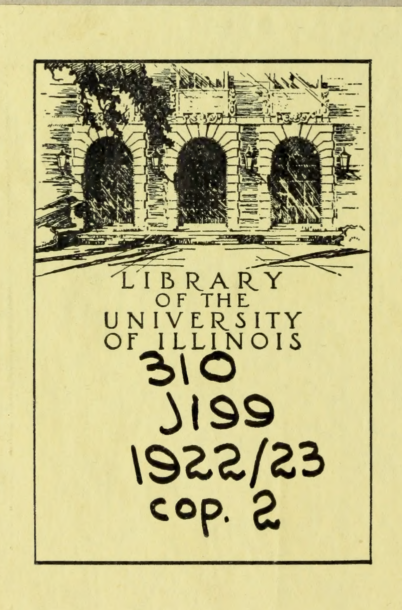
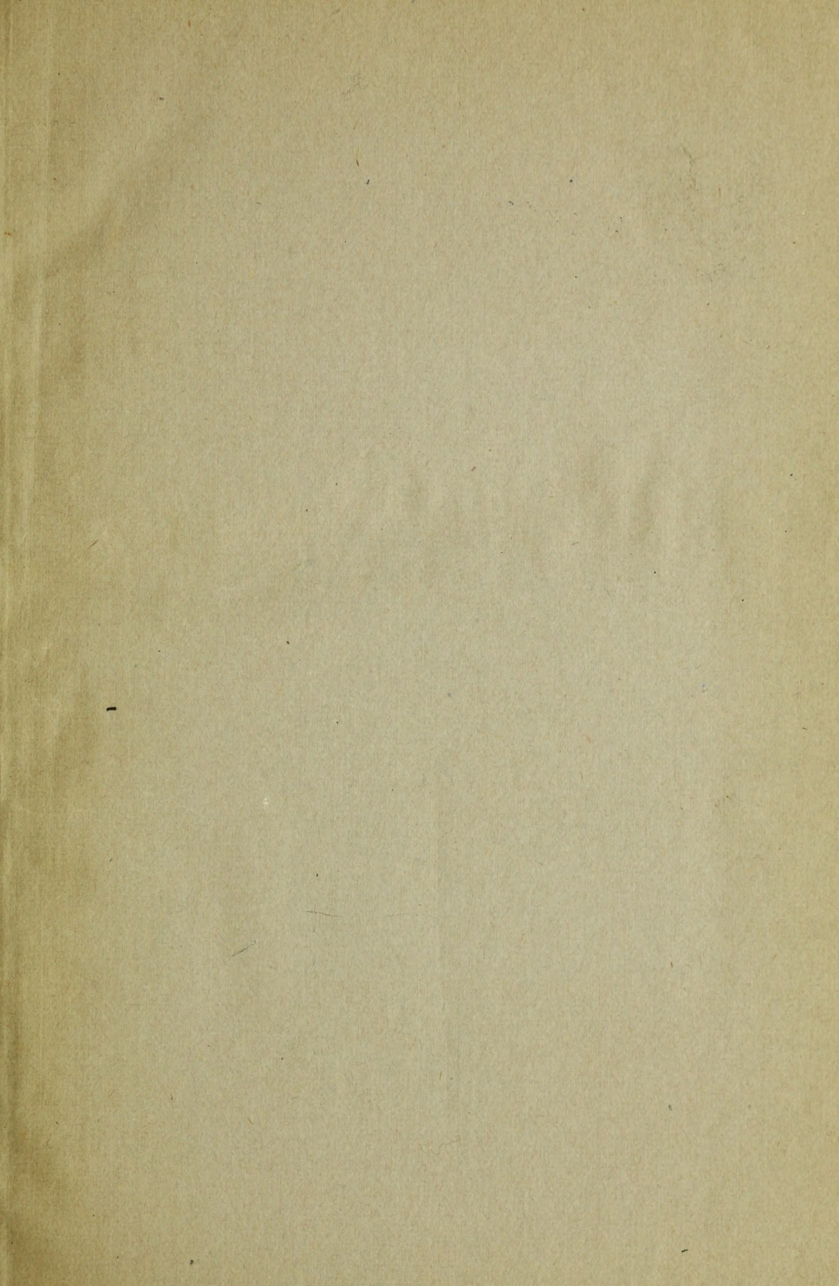
JAHRBUCH

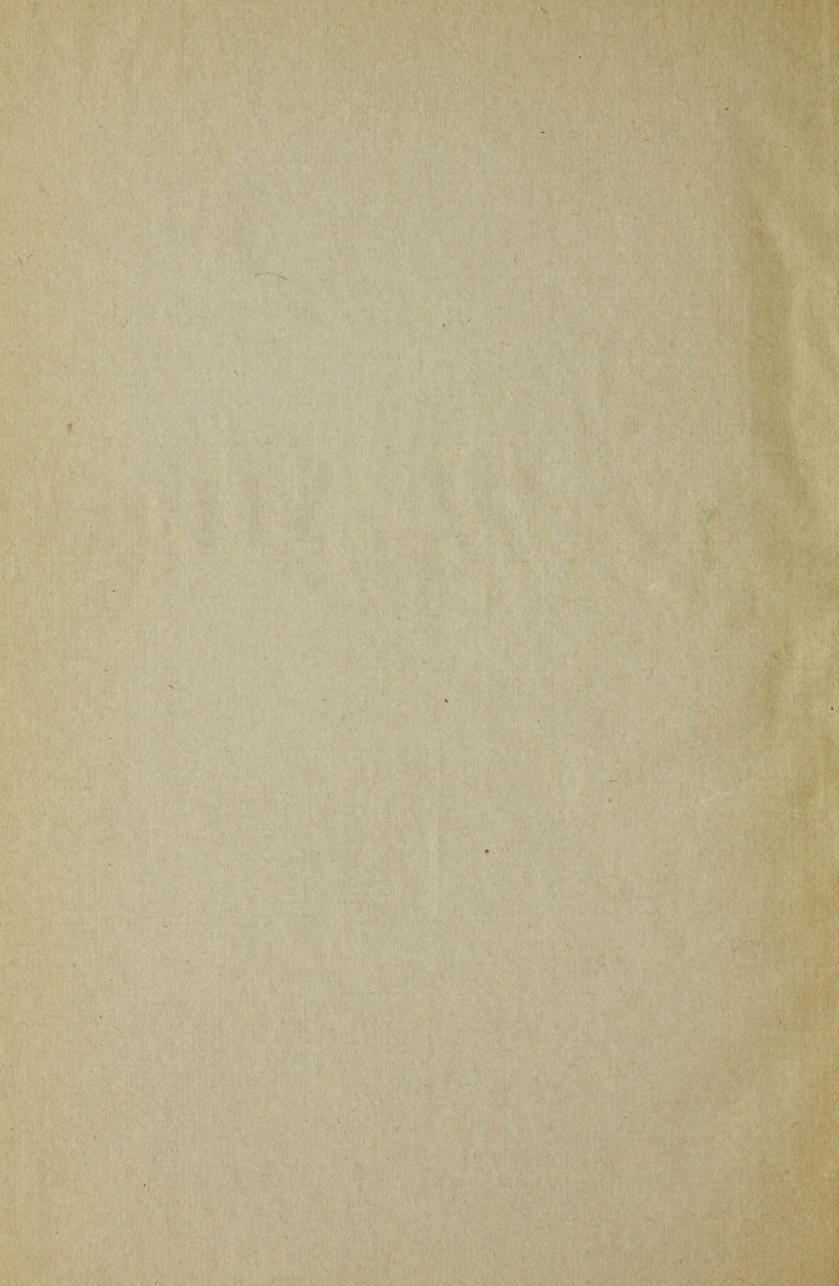
F Ü R

POLITIK - WIRTSCHAFT
ARBEITERBEWEGUNG

1922 - 23


LIBRARY
OF THE
UNIVERSITY
OF ILLINOIS
310
J199
1922/23
cop. 2





Jahrbuch

für Wirtschaft, Politik
und Arbeiterbewegung

1922/23



JAHRBUCH

für Wirtschaft, Politik und Arbeiterbewegung

1922/23

Verlag der Kommunistischen Internationale
Auslieferungsstelle für Deutschland:
Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg 8

Druck von Konrad Hanf, Hamburg 8

Inhalt.

I. ALLGEMEINER TEIL

Internationale Arbeiterbewegung

Gewerkschaftsbewegung

Lage der Arbeiterklasse / Sozialpolitik

Wirtschaftsleben

Weltpolitik

Demographische Notizen

II. DIE SOWJETREPUBLIKEN

Geschichtliche Einführung

Der Kampf der Sowjetrepublik

Territorium, Bevölkerung

Die Wirtschaftslage

I. Landwirtschaft

II. Industrie

III. Transportwesen

IV. Finanzwesen

V. Der Außenhandel

VI. Das Ernährungswesen

Innere Organisation.

Das russische Proletariat

Gewerkschaftsbewegung

Die Lage des Proletariats

DIE AUTONOMEN REPUBLIKEN

Die Sowjetukraine

Weißrußland

Georgien

Armenien

Aserbeidschan

Die Republik des Fernen Ostens

(mit einer Kartenskizze: Fernöstliche Republik)

Chiva

Buchara

III. BÜRGERLICHE STAATEN

VERZEICHNIS DER WICHTIGSTEN TABELLEN

I. ALLGEMEINER TEIL

II. SOWJETREPUBLIKEN

III. BÜRGERLICHE STAATEN[1])

[1]) Siehe auch Inhaltsverzeichnis und Register. An dieser Stelle führen wir nur die allerwichtigsten Tabellen an.

VERZEICHNIS DER CHRONIKEN.

VERZEICHNIS DER KARTEN UND KARTENSKIZZEN.



Wir bitten nachdrücklich die Parteien und jeden einzelnen Genossen, Fehler und Mängel, welche sie in dem Jahrbuch feststellen, unbedingt noch vor Schluß des laufenden Jahres (gleich in welcher Sprache) an den Verlag Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg 8, mit der Bezeichnung „Abteilung Jahrbuch" einzusenden. Nur durch die freiwillige Mitarbeit aller Genossen wird es möglich sein, in der nächstjährigen Ausgabe Fehler nach Möglichkeit zu vermeiden.

4. Juli 1922.

Die Redaktion.



V O R W O R T

Wir haben uns bei der Herausgabe dieses Buches den Zweck gesetzt, den mit Arbeit überhäuften Genossen in der Partei die Möglichkeit zu geben, die Mehrzahl der Informationen, die sie in ihrer täglichen Arbeit brauchen, in gut geordneter Form vereinigt zur Verfügung zu stellen, außerdem aber auch in knapper Form die kommunistischen Gesichtspunkte anzugeben, nach welchen die gegenwärtig so verworrenen Verhältnisse der Welt zu beurteilen sind. Es sollte also ein Buch sowohl zum Lesen als zum Nachschlagen sein.

Dem Zweck entsprechend, teilt sich das Material zwanglos in drei Hauptteile: Internationale Uebersichten, Darstellung der Verhältnisse der Sowjetrepubliken und jene der bürgerlichen Länder. In dem Internationalen Teil gaben wir daher Artikel und Tabellen, welche als Hilfsmittel zur Beurteilung internationaler Fragen (Arbeiterbewegung, Außenpolitik, Weltwirtschaft usw.) dienen. Die Scheidung zwischen Sowjetländern und bürgerlichen Ländern ist durch die grundlegende Verschiedenheit der politischen Struktur motiviert. Während in den bürgerlichen Ländern das Hauptgewicht auf die Aufklärung über den Stand und die Aussichten der Arbeiterbewegung gelegt werden sollte, wurde bei den Sowjetländern auf die Probleme der Erhaltung der bereits eroberten Macht das Hauptgewicht gelegt.

Die Schwierigkeiten, welche sich dem Zustandekommen dieses Buches entgegenstellten, waren ungeheuer groß. Zum Teil waren es objektive Schwierigkeiten: die internationale Lage der Wirtschaft, der Politik und der Arbeiterbewegung ist gegenwärtig so kompliziert und so rasch wechselnd, daß die richtige Erfassung der Tatsachen und eine Darstellung, die nicht während des Druckes selbst veralten sollte, sehr schwer zu erzielen waren. Infolge der großen Veränderungen, welche nach dem Weltkriege vor sich gingen, mangelt es gegenwärtig an so verläßlichen Statistiken, wie es solche vor dem Weltkriege gab. Die nationalen und wirtschaftlichen Gegensätze führen in vielen Fällen zu bewußten Fälschun-

gen der staatlichen Statistiken. Der verschärfte Kampf zwischen Kapital und Arbeit hat zur Folge, daß die Angaben über Löhne, Lebenshaltungskosten und Preise widersprechend und unverläßlich geworden sind. Die Grenzen vieler neuer Staaten sind bis heute nicht festgelegt. Die Umrechnung der fremden Valuten auf eine einheitliche Basis ist unmöglich infolge der großen Kursschwankungen. Daher ist auch der Vergleich zwischen Geldzahlen verschiedener Jahre und verschiedener Länder fast wertlos geworden usw.

Die subjektiven Schwierigkeiten lagen vor allem in der Arbeitsüberlastung der führenden Parteigenossen. Der aufmerksame Leser wird in dem russischen Teil Lücken bemerken, die eine Folge davon sind, daß einzelne russische Genossen nicht imstande waren, die ihnen zugeteilten und von ihnen auch übernommenen Artikel tatsächlich zu schreiben. Andererseits scheint es, daß einige, vor allem westeuropäische Parteien, die Wichtigkeit der Herausgabe dieses Jahrbuches nicht eingesehen haben. Wir konnten trotz vielfachen Schreibens und Telegraphierens von ihnen keinerlei Material bekommen; sollten daher die Darlegungen, vor allem der Parteiverhältnisse, ihnen mißfallen, so müssen wir hierfür die Verantwortung von vornherein auf die betreffenden Parteien selbst abwälzen.

Eine andere Schwierigkeit lag darin, daß das Jahrbuch eigentlich improvisiert wurde. Um ein derartiges Werk tadellos fertigstellen zu können, bedarf es einer ständigen, eingeübten Garde von Mitarbeitern und einer ständigen Redaktion; beides hat uns gefehlt.

Die Hauptschwierigkeit lag aber darin, daß der Typus des Jahrbuches selbst nicht feststand, da keines der erschienenen Jahrbücher als Vorbild dienen konnte. Gute Jahrbücher gibt es nur in englischer Sprache; diese sind aber stark spezialisiert. Das beste zusammenfassende bürgerliche Jahrbuch, das Statesmans-Yearbook, ist ganz für die Interessen des englischen Kaufmanns zugeschnitten. Es gibt weder Politik noch Arbeiterbewegung. Das Labour Yearbook und das International Labour-Yearbook geben wohl viel Material über die Arbeiterbewegung, hingegen keine systematisierten wirtschaftlichen Angaben und sind dem Geiste des englischen Trade-Unionismus angepaßt.

Unser Jahrbuch sollte beides vereinigen, außerdem Aufklärung über die innerpolitischen Verhältnisse, Parteien der verschiedenen Länder usw. geben und das ganze Buch sollte — ohne natürlich irgendeine Tatsache zu verwischen oder gar zu fälschen — von der kommunistischen Weltanschauung durchzogen sein.

Der Umstand, daß der Typus des Jahrbuches bei der Bearbeitung eigentlich noch nicht feststand, hat bei der Bearbeitung der einzelnen Länder gewisse Ungleichheiten verursacht. Die Bearbeiter haben je nach ihrem individuellen Interesse dem wirtschaftlichen oder dem politischen bezw. dem gewerkschaftlichen Teil mehr Raum gegeben. Diese Ungleichheiten sind zum Teil durch die objektiven Umstände gerechtfertigt: in Ländern mit einer starken kommunistischen Arbeiterbewegung mußte diesem Teil mehr Raum gewidmet werden als in Ländern mit unentwickelter Arbeiterbewegung.

*

Es ist nun die Frage, ob es in dem vorliegenden Buche gelungen ist, den erstrebten Zweck zu erreichen. Sicherlich wird jeder Kritiker darin Mängel und Fehler finden. Wir unsererseits finden vor allem den Hauptmangel darin: in den Darstellungen der kapitalistischen Einzelländer fehlt die außenpolitische Einstellung. Die aktive oder passive Rolle, welche das betreffende Land in dem gegenwärtigen Weltsystem spielt, geht aus denselben nicht mit genügender Klarheit hervor. An diesem Mangel haben wir wahrscheinlich auch selbst Schuld: in den Instruktionen zur Abfassung der Landesberichte scheint das außenpolitische Moment nicht genügend stark betont gewesen zu sein; andererseits ist es ein allgemeiner Fehler unserer Genossen, daß sie der Außenpolitik zu wenig Aufmerksamkeit widmen. Wir suchten dem Mangel dadurch abzuhelfen, daß wir im internationalen Teil eine Reihe von außenpolitischen Zusammenstellungen und eine außenpolitische Chronik brachten; ein vollwertiger Ersatz ist dies natürlich nicht.

Bürgerliche Statistiker werden wahrscheinlich manche Fehler und Ungenauigkeiten in den statistischen Zusammenstellungen feststellen. Demgegenüber wollen wir betonen, daß wir diese

Tabellen aus sehr vielen verschiedenen Statistiken zusammenstellen mußten, wobei manchmal Zahlen eingesetzt wurden, die nicht auf absolut gleicher Basis entstanden waren. Uns handelt es sich vor allem um die zahlenmäßige Illustration gewisser Entwicklungstendenzen; und hierbei ist es nicht ausschlaggebend, wenn die Zahlen nicht auf Bruchteile genau errechnet sind.

Alle Mängel und Fehler, welche dem Jahrbuch anhaften, sind erklärlich und entschuldbar durch die Tatsache, daß es ein Versuch ist, ein Jahrbuch von bisher unbekanntem Typus zu schaffen. Die Kritik, welche die Leser und vor allem unsere Parteien an dem Jahrbuch üben werden, und die regere Mitarbeit an demselben, welche wir in Zukunft von allen Parteien erhoffen, wird es erst möglich machen, die nächsten Jahrgänge des Jahrbuches zu einem tadellosen Instrument des proletarischen Klassenkampfes auszubauen.

Quellenverzeichnis.

Um Raum zu sparen, haben wir es unterlassen, in allen Fällen die Quelle der Daten anzugeben. Im allgemeinen taten wir es in jenen Fällen, wo die Daten einer mit Namen unterzeichneten Arbeit entnommen wurden oder wo zwischen den verschiedenen Quellen große Differenzen bestanden. Die Hauptquellen, aus welchen Daten entnommen wurden, sind die folgenden:

Statesmans-Yearbook 1921 und 1922,
Labour-Yearbook 1916,
International Labour-Handbook 1921,
Annuaire Statistique de la France (hauptsächlich der internationale Teil), verschiedene Jahrgänge,
Wirtschaftskurve der „Frankfurter Zeitung",
Nestriepke — Die Gewerkschaftsbewegung,
Andree — Geographie des Welthandels,
Hübner — Geographisch-statistische Tabellen usw.,
Statist. Jahrbuch des deutschen Reichs, verschiedene Jahrgänge.
Annuaire International de Statistique Agricole 1909-1921.

Für die einzelnen Länder wurden außerdem die betreffenden statistischen Jahrbücher und Agrarstatistiken benutzt.

Von Zeitschriften wurden vor allem benutzt:

Economist — Manchester Guardian Com. — Statist — Federal Reserve Bulletin — Wirtschaft und Statistik — Reichsarbeitsblatt — Weltwirtschaftliche Nachrichten, Kiel — Bulletin de statistique agricole, Rom — Bulletin de la statistique générale de la France usw.

Für die Arbeiterbewegung:

Labour Gazette — Kommunistische Internationale — Rote Gewerkschaftsinternationale — Korrespondenzblatt der Gewerkschaften Deutschlands — Reichsarbeitsblatt.

Die allerletzten Daten sind zum Teil verschiedenen Tageszeitungen entnommen. Die Daten des russischen Teiles stammen zumeist unmittelbar von den Volkskommissariaten und sind zum größten Teil in nicht-russischer Sprache bisher nicht veröffentlicht.

Eine vollständige Aufzählung der Quellen ist uns unmöglich, da die verschiedenen Beiträge in einer großen Reihe von Ländern verfaßt wurden und die Quellen der Redaktion selbst oft unbekannt sind.



I.

ALLGEMEINER TEIL



INTERNATIONALE ARBEITERBEWEGUNG

Die Geschichte der Internationale bis zum Kriege.

(I. und II. Internationale.)

Die I. Internationale.

Gründung der Ersten Internationale. Die Erste Internationale (Internationale Arbeiter-Assoziation) ist die Fortsetzung jener Versuche internationalen Zusammenschlusses der Arbeiterklasse, die schon der „Bund der Gerechten" und später der „Kommunisten-Bund" eingeleitet hat. Unmittelbaren Anlaß zur Gründung der Internationalen Arbeiter-Assoziation gaben: 1. das Bestreben der englischen gewerkschaftlichen Vereinigungen, die Idee des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses auf den Kontinent zu verpflanzen, da die ausländischen Arbeiter während der Streiks der 50er und 60er Jahre von der Unternehmerschaft als Streikbrecher gebraucht wurden; 2. das Zusammentreffen englischer und französischer Arbeiter beim Besuch der Londoner Weltausstellung im Jahre 1862; 3. die weitere Zusammenarbeit der Arbeiter dieser beiden Länder aus Anlaß der Sammlungen für die notleidenden Textilarbeiter (Folge der Baumwollnot, die durch den Bürgerkrieg in Nordamerika herbeigeführt wurde) und gemeinsamer Aktion zugunsten der aufständischen Polen. — Formell ist die Internationale Arbeiter-Assoziation in einer Versammlung gegründet worden, die am 28. September 1864 in London unter Teilnahme der Vertretung englischer, französischer, italienischer, irländischer und deutscher Arbeiter stattfand. Die Versammlung akzeptierte den französischen Entwurf als die Grundlage einer internationalen Vereinigung und ernannte ein Komitee, um die Statuten und Reglements für die geplante Vereinigung zu entwerfen.

Die Inauguraladresse und die Statuten. Die Inauguraladresse der neuen Vereinigung, die sich endgültig den Namen „Internationale Arbeiter-Assoziation" gab, sowie ihre provisorischen Statuten sind vom deutschen Mitglied des Generalrates, Karl Marx, entworfen und zuerst vom Generalrat, dann im Jahre 1866 auf dem ersten Kongreß der Internationale ohne bedeutende Aenderungen angenommen worden. Die Inauguraladresse knüpfte in ihren Gedankengängen eng an das Kommunistische Manifest an. Sie stellte die Tätigkeit der Internationale ganz entschieden auf den Boden des Klassenkampfes und gipfelte, ebenso wie die Statuten, in der Forderung der ökonomischen Emanzipation der Arbeiterklasse, als jenes

großen Zieles, dem jede politische Bewegung als Mittel dienen muß. Sie schloß wie das Kommunistische Manifest mit dem Schlachtruf „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!" Die Statuten aber sprachen denselben Gedanken der Notwendigkeit des internationalen Zusammenschlusses der Arbeiterschaft in folgenden Worten aus: „Die Emanzipation der Arbeiter ist weder eine lokale, noch eine nationale, sondern eine gesellschaftliche Aufgabe. Sie umfaßt alle Länder, wo die moderne Gesellschaft besteht, sie kann nur gelöst werden durch das planmäßige Zusammenwirken dieser Länder."

Die Kongresse der Ersten Internationale. Die I. A. A. bestand von 1864 bis 1873. Im Laufe dieser Zeit hat sie fünf Kongresse und zwei Konferenzen abgehalten: im Jahre 1865 in London — anstatt des von der belgischen Regierung nicht zugelassenen Kongresses in Brüssel —, 1866 in Genf, 1867 in Lausanne, 1868 in Brüssel, 1869 in Basel, 1871 in London, 1872 im Haag. Auf diesem letzten Kongreß ist, infolge der Differenzen mit den Bakunisten und der drohenden inneren Auflösung der Assoziation, beschlossen worden, den Sitz der Internationale von London nach New-York zu verlegen. Dieser Beschluß war nur der Ausdruck des stattgefundenen Absterbens der Organisation. Die darauffolgenden Kongresse im Jahre 1873 in Genf und im folgenden Jahre in Brüssel waren schon durch die sezessionistischen, „anti-autoritären" (bakunistischen) Föderationen einberufen und besitzen keine Bedeutung in der Geschichte der Internationale.

Die wichtigsten Kongreßbeschlüsse der Ersten Internationale. In ihren Kongressen behandelte die I. A. A. die wichtigsten theoretischen und praktischen Fragen des Kampfes der Arbeiterklasse. Von besonderer Bedeutung waren die Beschlüsse des Genfer Kongresses (1866) über die Gewerkvereine, die Beschlüsse des Lausanner, des Brüsseler und des Baseler Kongresses über die Frage des Eigentums und der Verstaatlichung der Produktionsmittel, und der Beschluß des Brüsseler Kongresses über das Verhalten der Arbeiter im Falle eines Krieges. Wenn auch alle diese Beschlüsse ein Resultat hitziger Kämpfe zwischen den Anhängern des Kommunismus und Kollektivismus einerseits, des von der radikalen und liberalen Ideologie durchtränkten Trade-Unionismus andererseits, des kleinbürgerlich und individualistisch angehauchten Proudhonismus und Bakunismus auf der dritten Seite waren, bedeuteten sie dennoch einen Fortschritt in der Entwicklung zum Kommunismus. In der Resolution über die Gewerkvereine ist ausgesprochen worden, daß die Zukunft des „neuen Trade-Unionismus" darin liegt, daß die Gewerkschaften „bewußter Weise als die großen Brennpunkte der Organisation der Arbeiterklasse zu handeln lernen, daß sie jede soziale und politische Bewegung, die auf dieses Ziel lossteuert, unterstützen und sich selbst als die handelnden Vorkämpfer der ganzen Klasse betrachten". Zu der Frage des Eigentums und der Verstaatlichung der Transport- und Verkehrsmittel und der großen Monopolbetriebe ist endgültig in Basel eine kollektivistische Stellung eingenommen worden. Dort hat sich die Mehrheit für das Recht der Gesellschaft, den Grund und Boden zu verstaatlichen, sowie für die Notwendigkeit einer solchen Vergesellschaftung ausgesprochen. Noch früher, im Jahre 1868 in Brüssel, ist eine Resolution

angenommen worden, die verlangte, daß in einer wohlgeordneten Gesellschaft die Steinkohlen- und anderen Bergwerke sowie die Eisenbahnen der Gesamtheit gehören sollen, ebenso die Kanäle, Landstraßen, Telegraphen und anderen Verkehrsmittel.

Die geschichtliche Bedeutung der Ersten Internationale. Die geschichtliche Bedeutung der I. A. A. besteht darin, daß sie die erste großangelegte internationale Gesellschaft für Propaganda der Ideen des selbständigen Kampfes der Arbeiterklasse war, daß sie durch ihre ganze Tätigkeit der Entwicklung der Arbeiterbewegung in allen Ländern der Welt einen mächtigen Ansporn gab. Das Blatt der englischen Großbourgeoisie, die „Times", kennzeichnete die Rolle der entstandenen Bewegung, indem sie kurz vor dem Brüsseler Kongreß über die Internationale schrieb: „Man muß schon bis auf die Zeit der Entstehung des Christentums und der Verjüngung der antiken Welt zurückgehen, um etwas so Analoges zu finden wie diese Arbeiterbewegung." Das Ende der I. A. A. selbst war nur das Resultat des Wachstums der internationalen Arbeiterbewegung, die nicht mehr in den Rahmen der bestehenden internationalen Vereinigung hineinpaßte. Noch früher haben die Manifeste des Generalrats der I. A. A. an die Pariser Kommune, die der Feder Karl Marx' entstammen, das Programm dieser Arbeiterbewegung in folgenden Sätzen festgelegt:

> „Die Arbeiterklasse hat keine fix und fertigen Utopien durch Volksbeschluß einzuführen. Sie weiß, daß sie, um ihre eigene Befreiung und mit ihr jene höhere Lebensform herauszuarbeiten, der die gegenwärtige Entwicklung durch ihre eigene ökonomische Entwicklung unwiderstehlich entgegenstrebt, lange Kämpfe, eine ganze Reihe geschichtlicher Prozesse durchzumachen hat, durch die die Menschen und die Umstände gänzlich umgewandelt werden. Sie hat keine Ideale zu verwirklichen; sie hat nur die Elemente der neuen Gesellschaft in Freiheit zu setzen, die sich bereits im Schoße der zusammenbrechenden Bourgeoisiegesellschaft entwickelt haben."

Literaturnachweis:

Rothstein: Aus der Vorgeschichte der Internationale. 17. Ergänzungsheft zur „Neuen Zeit" 1913.

N. Rjasanof: Die Gründung der Ersten Internationale. Die Kommunistische Internationale 1919, Nr. 6.

G. Jaekh: Die Internationale, Leipzig 1904.

J. Guillaume: L'Internationale, Paris 1905.

Brupbacher: Marx und Bakunin, München, 2. Aufl. 1921.

Stjeklow: Die Internationale (russ.), Petersburg 1920.

Die II. Internationale.

Gründung, Organisation, allgemeiner Charakter. Seit der Auflösung der Ersten Internationale wurden wiederholt Versuche gemacht, eine Internationale der sozialistischen und Arbeiter-Organisationen ins Leben zu rufen. Erst 1889 haben sie zu einem Erfolg geführt. Auf dem in Paris abgehaltenen Kongreß, der eine Trennung zwischen den „Possibilisten" und den „Radikalen" herbeiführte, ist der erste Ansatz einer solchen Organisation geschaffen worden. In den nächsten Jahren wurden abgehalten 1891 ein Kongreß

in Brüssel, 1893 in Zürich, 1896 in London, 1900 in Paris. Erst auf diesem letzten Kongreß ist eine eigentliche Organisation der Zweiten Internationale geschaffen worden. Laut der dort angenommenen Resolution sollten in Zukunft zu den internationalen sozialistischen Arbeiterkongressen zugelassen werden: 1. nur solche Organisationen, welche sich zu den wesentlichen Grundsätzen des Sozialismus bekennen: Vergesellschaftung der Verkehrs- und Produktionsmittel, internationale Vereinigung und Aktion der Arbeiterklasse, Eroberung der öffentlichen Macht durch das als Klassenpartei organisierte Proletariat; 2. alle Arbeiterorganisationen, welche den Grundsatz des Klassenkampfes akzeptieren und die Notwendigkeit politischer Aktionen anerkennen, ohne direkt an denselben teilzunehmen. Gleichzeitig wurde ein Internationales Sozialistisches Büro in Brüssel eingesetzt und dadurch ein Band — wenn auch ein äußerst lockeres — zwischen den der Internationale angeschlossenen Organisationen geschaffen. Ihrem allgemeinen Charakter nach blieb die Zweite Internationale nach wie vor eine äußerst lockere Organisation, da die Beschlüsse der alle zwei Jahre zusammentretenden internationalen Kongresse keine bindende Kraft für die nationalen Sektionen besaßen.

Die erste Periode der Entwicklung der Zweiten Internationale. Diese Periode fällt ungefähr mit den Jahren 1889 bis 1904 zusammen. Auf dem Züricher und dem Londoner Kongreß ist endgültig eine Trennung zwischen dem Sozialismus und dem Anarchismus vollzogen worden. Gleichzeitig wurde im Schoße der Internationale ein scharfer Kampf um die Frage des Ministerialismus geführt, vor allem auf den Kongressen in Paris (1900) und in Amsterdam (1904). Die Resolutionen, die in dieser Frage angenommen wurden, trugen das Gepräge jener Zwiespältigkeit, welche die Zweite Internationale überhaupt kennzeichnet. Die von Kautsky entworfene Kompromiß-Resolution erklärte freilich, daß die Sozialdemokratie in der bürgerlichen Ordnung keine Beteiligung an der Regierung annehmen könne, gleichzeitig aber wurde im Einklang mit der Pariser Resolution ein Vorbehalt mit Bezug auf „außerordentliche Umstände" gemacht.

Noch viel charakteristischer für diese Periode der Entwicklung der Zweiten Internationale war ihre Stellungnahme zu den Problemen der internationalen Politik und insbesondere zu den Fragen des Weltkrieges. Die Zweite Internationale stand unter dem Zeichen „Gegen den Zarismus". Die Gefahr des Weltkrieges, die schon wiederholt die Erste Internationale beschäftigt hatte, erschien vor der Zweiten als eine der größten Gefahren für die Entwicklung der internationalen sozialistischen Arbeiterbewegung. Daher war sie kriegsfeindlich und antimilitaristisch. Die Kongreßresolutionen faßten aber den Krieg als unausbleibliche Folge der kapitalistischen Gesellschaftsordnung auf und suchten nach Mitteln gegen die Kriegsgefahr, vor allen Dingen in den allgemeinen Formen der sozialistischen Agitation und Organisation. Konkrete Mittel, welche ins Auge gefaßt wurden, trugen einen sehr bunten Charakter und entsprangen nur zum Teil der ablehnenden Stellung gegenüber dem anarchistischen Kampfmittel des Militärstreiks, zum Teil aber der ausgesprochen reformistischen Einstellung der

Mehrheit der Zweiten Internationale. In dieser Richtung sind besonders die Beschlüsse des Londoner (1896) und des Pariser (1900) Kongresses charakteristisch. Der erstere forderte neben der Abschaffung des stehenden Heeres und der Organisierung des Volkes in Waffen, neben der Uebertragung der Entscheidung über Krieg und Frieden an das Volk die Einsetzung eines internationalen Schiedsgerichtes, dessen Entschließungen endgültig wären. Diese Beschlüsse trugen daher das Gepräge einer utopistisch-reformistischen Auffassung, um so mehr, als die Resolution im nächsten Absatz davon sprach, daß die Arbeiterklasse, in dieser Frage wie in jeder anderen nur dann ihren Zweck werde erreichen können, wenn sie einen überwiegenden Einfluß auf die Gesetzgebung erobert haben wird. Demgegenüber protestierte der nächste internationale Kongreß in Paris (1900) gegen die „sogenannten Friedenskonferenzen, wie die Haager, die in der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung nur zu ärgerlichen Enttäuschungen führen können, wie dies letztens der Burenkrieg bewiesen hat".

Zweite Periode. In der Periode 1904 bis 1914 erlebte der Imperialismus seinen höchsten Aufschwung, der zum Weltkrieg führte. Die internationale Arbeiterbewegung entwickelte sich in diesem Rahmen mächtig weiter, aber die Kraft der Zweiten Internationale nicht dem entsprechend. Die Haltung der Zweiten Internationale gegenüber dem Weltkrieg wurde wiederholt auf den internationalen Kongresssen erörtert, in Stuttgart im Jahre 1907, in Kopenhagen im Jahre 1910, auf dem außerordentlichen Baseler Kongreß im Jahre 1912 aus Anlaß des Balkan-Konfliktes. In den Resolutionen aller dieser Kongresse kam die unversöhnliche Feindschaft der Arbeiterklasse gegenüber dem Militarismus, dem Imperialismus und den imperialistischen Kriegen zum Ausdruck. Besonders sind die Aeußerungen des Baseler Kongresses in dieser Hinsicht beachtenswert; die wichtigste Stelle lautet wörtlich:

> „Der Kongreß stellt fest, daß die ganze sozialistische Internationale über diese Grundsätze der auswärtigen Politik einig ist. Er fordert die Arbeiter aller Länder auf, dem kapitalistischen Imperialismus die Kraft der internationalen Solidarität des Proletariats entgegenzustellen. Er warnt die herrschenden Klassen aller Staaten, das Massenelend, das die kapitalistische Produktionsweise herbeiführt, durch kriegerische Aktionen noch zu verschärfen. Er fordert nachdrücklich den Frieden. Die Regierungen mögen nicht vergessen, daß sie bei dem gegenwärtigen Zustand Europas und der Stimmung der Arbeiterklasse nicht ohne Gefahr für sie selbst den Krieg entfesseln können, sie mögen sich daran erinnern, daß der deutsch-französische Krieg den revolutionären Ausbruch der Kommune im Gefolge hatte, daß der russisch-japanische Krieg die revolutionären Kräfte der Völker des russischen Reiches in Bewegung gesetzt hat, daß die militärischen und maritimen Wettrüstungen den Klassenkonflikten in England und auf dem Kontinent eine unerhörte Zuspitzung gegeben und riesige Arbeitseinstellungen entfesselt haben. Es wäre Wahnwitz, wenn die Regierungen nicht begreifen würden, daß schon der bloße Gedanke der Ungeheuerlichkeit eines Weltkrieges die Entrüstung und Empörung der Arbeiterklasse hervorrufen muß. Die Proletarier empfinden es als ein Verbrechen, aufeinander zu schießen zum Vorteile des Profits der Kapitalisten, des Ehrgeizes der Dynastien oder zu höherer Ehre diplomatischer Geheimverträge.
>
> Wenn die Regierungsgewalten jede Möglichkeit der normalen Fortentwicklung abschneiden und dadurch das Proletariat zu verzweifelten Schritten treiben sollten, würden sie selbst die ganze Verantwortung für die Folgen des durch sie herbeigeführten Krieges zu tragen haben."

Aber dieser Verkündung der grundsätzlichen Ablehnung des imperialistischen Krieges entsprach keineswegs eine klare Festsetzung von

Mitteln, durch die man die Kriegsgefahr abwehren und bannen, den evtl. ausbrechenden Krieg bekämpfen könnte. Die Resolution des Stuttgarter Kongresses (1909) erklärte mit Bezugnahme auf die früheren Aktionen der internationalen Arbeiterschaft gegen die Kriegsgefahr, daß „die Aktion der Arbeiterklasse um so erfolgreicher sein wird, je mehr die Geister durch eine entsprechende Agitation vorbereitet und die Arbeiterparteien der verschiedenen Länder durch die Internationale angespornt und zusammengefaßt werden". Weiter sprach der Kongreß die Ueberzeugung aus, daß „unter dem Druck des Proletariats durch eine ernsthafte Anwendung der Schiedsgerichte an Stelle der kläglichen Veranstaltungen der Regierungen die Wohltat der Abrüstung den Völkern gesichert werden kann". Mit diesen recht reformistischen Illusionen wurde eine revolutionäre — als solche wurde sie wenigstens von ihren Antragstellern gedacht — Aeußerung verkoppelt, die besagte:

„Droht der Ausbruch eines Krieges, so sind die arbeitenden Klassen und deren parlamentarische Vertretungen in den beteiligten Ländern verpflichtet, unterstützt durch die zusammenfassende Tätigkeit des Internationalen Büros, alles aufzubieten, um durch die Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel, die sich je nach der Verschärfung des Klassenkampfes und der Verschärfung der allgemeinen politischen Situation naturgemäß ändern, den Ausbruch des Krieges zu verhindern."

Diese so allgemein gehaltene Beschreibung sollte der Verschiedenheit der Zustände in den einzelnen Ländern Rechnung tragen; tatsächlich aber hat sie den Chauvinisten und Imperialisten in den Reihen der Zweiten Internationale erlaubt, sich irgendwelchen Verpflichtungen in bezug auf eine wirksame Aktion gegen den Krieg zu entziehen. Dasselbe bezieht sich auf den nächstfolgenden Absatz der Stuttgarter Resolution, der ebenso wie der vorhergegangene auch in die Kopenhagener und die Baseler Resolution hineingenommen wurde:

„Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es die Pflicht, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dafür zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen."

In der Auffassung des revolutionären Flügels der Zweiten Internationale, der diesen Absatz in die Stuttgarter Resolution eingefügt hat, sollte derselbe die einzelnen Parteien der Zweiten Internationale dazu verpflichten, den Krieg in einen revolutionären Klassenkampf, in den Kampf um die Diktatur des Proletariats zu verwandeln. In Wirklichkeit aber hat um diese Zeit schon der reformistische Flügel in der Zweiten Internationale die Oberhand gehabt, was sich am klarsten in der Debatte über die Kolonialfrage auf demselben Stuttgarter Kongreß gezeigt hat. So konnte es auch nicht ausbleiben, daß im Moment des Ausbruches des imperialistischen Weltkrieges die große reformistische Mehrheit der Zweiten Internationale die Prinzipien des revolutionären Klassenkampfes, zu denen sie sich in den Kongreßresolutionen bekannt hatte, schmählich verraten hat. An diesem Verrat ist die Zweite Internationale zugrunde gegangen.

D i e g e s c h i c h t l i c h e B e d e u t u n g d e r Z w e i t e n I n t e r n a t i o n a l e. Die geschichtliche Bedeutung der Zweiten Internationale besteht darin, daß sie ein internationales Band zwischen verschiedenen nationalen Organisationen der Arbeiterklasse aller Länder bildete. Gleichzeitig war sie aber der Ausdruck der Schwäche,

die die Arbeiterbewegung in dieser Periode noch charakterisierte. Die Arbeiterbewegung in allen kapitalistischen Ländern war in der Periode des Aufschwunges des Imperialismus so eng mit demselben verflochten, daß ihre internationale Organisation nicht imstande war, sich dem Imperialismus als eine revolutionäre Organisation, die direkt das Ergreifen der Macht anstrebt, gegenüberzustellen. Als der Weltkrieg ausbrach, erwies es sich, daß die Losung der II. Internationale „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!" für sie nur leerer Schall war. Die meisten nationalen Parteien ebenso wie die Gewerkschaftsorganisationen stellten sich auf den Standpunkt der Verteidigung ihres Vaterlandes, und die Internationale fiel auseinander.

Literaturnachweis.

Protokolle der Internationalen Sozialistischen Arbeiterkongresse von 1889 bis 1912.

Berichte des Internationalen Sozialistischen Büros.

G. Sinowjew: Der Krieg und die Krise des Sozialismus (russ.) Petersburg 1919.

N. Lenin und G. Sinowjew: Gegen den Strom. Hamburg 1921.

1. Mai 1922. *Leder.*

Die II. Internationale und der Krieg.

(Sozialpatriotismus, Teilnahme an der Regierung, Sozialistische Konferenzen.)

Am Vorabend des Krieges. Durchsieht man die sozialistische Presse der wichtigsten durch den Krieg bedrohten Länder am Vorabend des Kriegsausbruches, so schienen alle Arbeiterparteien sich einig zu sein im Willen, den Krieg durch einen energischen Widerstand gegen die imperialistischen Kräfte abzuwehren. In der am 29. und 30. Juli 1914 abgehaltenen Sitzung des Internationalen Sozialistischen Büros wurde nach Entgegennahme der Berichte der nationalen Sektionen einstimmig beschlossen, das Proletariat aller interessierten Nationen aufzufordern, seine Kundgebungen gegen den Krieg, für den Frieden und für die schiedsrichterliche Regelung des österreichisch-serbischen Konfliktes mit noch mehr Nachdruck als bisher fortzusetzen. Die deutschen und französischen Proletarier sollten auf ihre Regierungen einen Druck, viel energischer als bisher, ausüben, damit Deutschland auf Oesterreich einen mäßigenden Einfluß ausübe und Frankreich Rußland zur Nichteinmischung bewege. Die Proletarier Groß-Britanniens und Italiens sollten ihrerseits diese Anstrengungen mit allen Kräften unterstützen. Ein für den 9. August 1914 nach Paris dringendst einberufener internationaler sozialistischer Kongreß sollte diesem Friedenswillen des Weltproletariats Ausdruck geben. Gleichzeitig sprach das I. S. B. dem russischen Proletariat seine heißen Glückwünsche für seine revolutionäre Haltung aus und forderte es auf, in seinen heldenhaften Anstrengungen

gegen den Zarismus fortzufahren, weil dies eine der wirksamsten Garantien gegen die Drohung des Weltkrieges bilde. Auf dem am 29. Juli in Brüssel abgehaltenen internationalen Meeting gegen den Krieg sprachen Haase, Jaurès, Vandervelde und andere Redner in demselben Sinne.

Kreditbewilligungen, die Vaterlandsverteidigung. Schon am 1. August 1914, in der Aussprache zwischen den Vertretern der deutschen und der französischen Partei, wurde es klar, daß die französische Parlamentsgruppe für die Kriegskredite stimmen würde, da sie die Auffassung vertrat, die französische Regierung habe alles getan, um den Krieg abzuwehren, und die Sozialisten hätten die Pflicht, dem von einer Invasion bedrohten „Vaterland" die Mittel zur Verteidigung zu geben. Auch in Deutschland fiel die Entscheidung der Partei und der Parlamentsfraktion zur selben Zeit in demselben Sinne aus. In der im Namen der Partei am 4. August 1914 abgegebenen Erklärung setzte der Parteivorsitzende Haase auseinander, daß angesichts der „Schrecknisse feindlicher Invasionen" die Partei entschlossen habe, wahr zu machen, was sie immer betont habe: „In der Stunde der Gefahr das Vaterland nicht im Stiche lassen!" — Am selben Tage hat die französische Parlamentsgruppe den von der Regierung vorgelegten Kriegsgesetzentwürfen debattelos und einstimmig zugestimmt.

Die Kreditbewilligung und das prinzipielle Bekenntnis zu der Pflicht, „das Vaterland in der Stunde der Gefahr" mit allen Mitteln zu verteidigen, ist zur Richtlinie der Kriegspolitik aller Parteien der Zweiten Internationale, mit Ausnahme einiger weniger — wie der russischen, serbischen, polnischen, italienischen — geworden. Die nächste praktische Folge der Stellungnahme war, daß in den Ländern, wo die Arbeiterparteien einen größeren Einfluß auf die Arbeiterklasse ausübten, und wo die Regierungen eine solche Entscheidung nicht scheuten, die Sozialisten zu der Teilnahme an der Regierung zugezogen wurden; so in Frankreich, wo die Sozialisten Anfang August 1914 die Beteiligung an der Regierung noch ablehnten, aber am 18. August 1914 nach den ersten Niederlagen Sembat und Guesde als Vertreter der Partei in die Regierung eintraten. Am 22. Mai 1915 trat ein neuer Vertreter der Partei, Albert Thomas, als Unterstaatssekretär in das Ministerium für das Munitionswesen ein, um etwas später Minister der Bewaffnung zu werden. Die Teilnahme der französischen Sozialisten an der bürgerlichen Regierung dauerte bis zum September 1917. In Belgien wurde sofort nach dem Eindringen der Deutschen in das Land, am 3. August 1914, ein Ministerium aus Vertretern aller Parteien gebildet. Vandervelde vertrat darin die Arbeiterpartei. In England hat die Arbeiterpartei ihren Widerstand nach dem ersten Tage aufgegeben; in der Abstimmung über die Kriegskredite enthielt sie sich der Stimme, in den nächsten Tagen nahm sie schon einen regen Anteil an der Werbungskampagne. Am 26. Mai 1915 traten im Auftrag der Partei Henderson, Brace und Roberts in das Koalitionsministerium ein, und bis August 1917 gewährte die Arbeiterpartei der Regierung ihre vorbehaltlose Unterstützung.

Die Teilnahme an der Regierung war übrigens nur ein äußerer Ausdruck jener vorbehaltlosen Teilnahme an der „Vaterlandsverteidigung" und Kriegsführung, der sich die sozialdemokratischen Parteien fast aller kriegführenden Länder befleißigt haben. Fast überall wurde sofort nach dem Kriegsausbruch der „Burgfrieden" oder „heilige Einigkeit" von den sozialdemokratischen Parteien — ebenso wie von den sozialdemokratischen Gewerkschaften — verkündet; überall suchten diese Parteien den Regierungen alle Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen, die infolge des Krieges und der durch denselben hervorgerufenen Unzufriedenheit der Volksmassen entstanden. Sie waren es, die die Massen dazu aufforderten, „bis ans Ende durchzuhalten", sie waren es, die diese Massen anfeuerten, trotz aller Entbehrungen, Not, Elend und Unterdrückung alle ihre Kräfte in den Dienst des „Vaterlandes" zu stellen. Der internationale Charakter und die internationalen Verbindungen der Bewegung wurden vorwiegend dazu ausgenutzt, die Interessen des heimischen Imperialismus zu fördern, und die Führer der sozialdemokratischen Parteien fast aller Länder verwandelten sich während des Weltkrieges in geheime diplomatische Agenten ihrer Regierungen. So war es sowohl in Frankreich, Belgien, England, wo die Sozialisten an der Regierung teilnahmen, als auch in Deutschland und Oesterreich, wo sie zu dieser „hohen Gunst" nicht zugelassen wurden; und schließlich auch in den neutralen Ländern, in Dänemark, Schweden, Holland usw., wo es die Bourgeoisie auch zum Teil als notwendig erachtete, die sozialistischen Führer zur Teilnahme an der Regierung heranzuziehen (Stauning in Dänemark).

Internationale Zusammenkünfte während des Weltkrieges. Unter diesen Bedingungen konnten alle Versuche, internationale Verbindungen zwischen verschiedenen Parteien der Zweiten Internationale anzuknüpfen, kein positives Resultat zeitigen; sie verwandelten sich in Instrumente der Kriegspolitik der imperialistischen Regierungen. So trat am 14. Februar 1915 eine interalliierte sozialistische Konferenz in London zusammen, deren verhüllter Zweck es war, den linken Flügel der englischen Arbeiterpartei dazu zu bewegen, seinen passiven Widerstand gegen den Krieg aufzugeben. In der in London gefaßten Resolution bekundeten die interalliierten Sozialisten ihren „unbeugsamen Willen, zu kämpfen, bis der Sieg das Werk der Befreiung vollziehen wird." In demselben Geiste wurden auch die später zusammengetretenen interalliierten Konferenzen (28. August 1917, 20. Februar 1918) gehalten; wenngleich der Einfluß der russischen Revolution sich auf diesen schon bemerkbar machte, hielten dennoch die interalliierten „Sozialisten" an ihrem Willen fest, alle ihre Kräfte in den Dienst des Entente-Imperialismus zu stellen.

Aehnliches beobachtete man auf der Seite der „Sozialisten" der Zentralmächte. Am 12. und 13. April 1915 traten die Vertreter der deutschen, der österreichischen und der ungarischen Parteien in Wien zusammen und nahmen Resolutionen an, welche ebenso wie die Resolutionen der interalliierten Sozialisten von internationaler Arbeiter-

Solidarität und vom Willen des Proletariates, den Krieg möglichst schnell zu beendigen, sprachen. Und ähnlich wie die Sozialisten der Ententeländer leisteten die Sozialisten des Vierverbandes nach wie vor ihren Regierungen ihre uneingeschränkte Unterstützung. Daß die „internationalen" Konferenzen der „Neutralen" (17. und 18. Januar 1915 in Kopenhagen, 31. Juli — 2. August 1916 im Haag) unter diesen Umständen absolut bedeutungslos waren, ist ohne weiteres klar.*)

Die Stockholmer Konferenz und die weiteren Versuche der Wiederaufrichtung der Zweiten Internationale. Die russische Revolution im März 1917 gab den Anstoß zu neuen Versuchen, die Zweite Internationale wieder zum Leben zu erwecken. Diese Versuche dauerten vom April bis Juni 1917. Im Juni fanden Unterhandlungen zwischen dem I. S. B. und den Vertretern der deutschen und österreichischen Sozialdemokratie statt. Die beiden Parteien, die Sozialisten der Zentralmächte und die Sozialdemokraten der Ententeländer, legten ihre Auffassung in Denkschriften nieder. Aber trotz aller Bemühungen der neutralen Sozialdemokraten, die beiden Parteien zusammenzubringen, hegten die Sozialisten Frankreichs und Englands keine große Sehnsucht danach, mit den „Feinden" persönlich zusammenzutreffen und zu unterhandeln. Die russischen Ereignisse waren stark genug, um eine Krise in den Reihen der englischen und französischen Sozialisten hervorzurufen; sie waren nicht stark genug, um den Leichnam der Zweiten Internationale wieder auferstehen zu lassen. Als die französische und englische Regierung sich der Reise ihrer „Sozialisten" widersetzten und ihnen Pässe verweigerten, scheiterte die Stockholmer Konferenz endgültig.

Die bolschewistische Revolution hat in die Reihen der Zweiten Internationale eine noch größere Verwirrung gebracht. Die Parteien der Zweiten Internationale waren nicht imstande, sie anders als vom Standpunkt ihrer Einwirkung auf die weitere Entwicklung der Kriegsoperationen zu betrachten. Die dritte interalliierte sozialistische und Arbeiterkonferenz, die im März 1918 in London zusammentrat, stand ganz in diesem Zeichen; ihre Friedensdenkschrift ebenso wie die Antwort, die auf diese die Sozialdemokraten der Zentralmächte ausgearbeitet hatten, trugen zu sichtbar das Gepräge der vorgehenden Kriegs- und Revolutionsereignisse, als daß sie eine wirkliche Verständigung bringen konnten. Dasselbe trifft auch in bezug auf die vierte interalliierte Konferenz im September 1918 zu, an der merkwürdigerweise auch die amerikanische Arbeiterkonföderation teilgenommen hat. Da der antisozialistische Charakter dieser Organisation von ihren Führern ganz offen zur Schau getragen wurde, so kann man sich auch vorstellen, was für einen sozialistischen Charakter die Beratungen dieser interalliierten sozialistischen Konferenz hatten.

---

* Ueber die revolutionäre Bewegung der Tat — Zimmerwald, Kienthal — siehe bei der Kommunistischen Internationale.

Literaturnachweis.

C. Grünberg: Die Internationale und der Weltkrieg, Leipzig 1916.

Ph. Scheidemann: Der Zusammenbruch. Berlin 1921.

Die deutsche Sozialdemokratie über Krieg und Frieden. Herausgegeben vom Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie. Berlin 1917.

N. Lenin, G. Sinowjew: Gegen den Strom, Hamburg 1921.

Paul Louis: La Crise du Socialisme Mondial, Paris 1921.

1. April 1922. *Z. L.*

Die Kommunistische Internationale.

Entstehung — 1., 2. und 3. Kongreß — Statuten, 21 Punkte — Die Einheitsfront — Die Konferenz der drei Internationalen.

1. Ihre Vorläufer.

Die Zweite Internationale sollte die Feuerprobe beim Ausbruche des imperialistischen Krieges bestehen. Sie war dazu geistig gerüstet: der Krieg war im voraus richtig analysiert, sein Charakter erkannt, und gegen ihn haben die Kongresse in verschiedenen Resolutionen den schärfsten Kampf, darunter den internationalen Generalstreik, beschlossen.

Beim Kriegsausbruch geschah das Gegenteil. Die Zweite Internationale war nicht imstande, sich zu einem platonischen Protest aufzuschwingen. Statt Generalstreik oder Kampf gegen den kapitalistischen Krieg beeilten sich die sozialdemokratischen Führer, unter der Losung der Vaterlandsverteidigung die Räubergelüste der eigenen Bourgeoisie zu unterstützen. Sie waren alle von Opportunismus und Chauvinismus zerfressen, mit hundert Fäden an die Bourgeoisie gekettet und erwiesen sich bei der großen Probe als gefügiges Werkzeug der Ausbeuter. Anders als die einzelnen Parteien konnte natürlich ihre Zusammenfassung, die Zweite Internationale, auch nicht sein. Die revolutionären Phrasen konnten diese Tatsache nur so lange verhüllen, bis die Zeit kam, die die Erfüllung der Phrasen verlangte. So bedeutete der Ausbruch des Weltkrieges den offenen Zusammenbruch der Zweiten Internationale.

Dadurch blieb die internationale Arbeiterbewegung eben in den Tagen der größten geistigen Verwirrung ohne Führung, ohne Zusammenfassung. Die wenigen, die selbst in der Flut des Chauvinismus und Opportunismus, die im Herbst 1914 alle Gehirne zu erobern schien, nicht das Ziel aus dem Auge verloren haben, versuchten sofort, diese Tatsache in die Köpfe der Arbeiter einzuhämmern. Vor allem waren es die russischen Bolschewiki, die in dem unerbittlichen Kampfe gegen den Zarismus, insbesondere in den Revolutionsjahren 1905—1906, schon gelernt hatten, die revolutionäre Phrase von revolutionärer Tat zu unterscheiden, und die, auf dem linken Flügel stehend, schon früher die Tätigkeit der Zweiten Internationale mit kritischen Augen angesehen hatten. In ihrem Zentralorgan, dessen Ausgabe am 1. November 1914 begann, schrieb Genosse Lenin schon in der ersten Nummer:

„Die Zweite Internationale ist tot, vom Opportunismus besiegt. Nieder mit dem Opportunismus, und es lebe die sowohl von den Ueberläufern wie auch vom Opportunismus gesäuberte Dritte Internationale!"

Die Zweite Internationale hat ihren Teil nützlicher Vorbereitungsarbeit zur Organisierung der proletarischen Massen während der langen „Friedensperiode", der härtesten kapitalistischen Versklavung und des raschesten kapitalistischen Fortschritts im letzten Drittel des 19. und am Anfang des 20. Jahrhunderts getan. Der Dritten Internationale steht die Aufgabe bevor, die Kräfte des Proletariats zum revolutionären Ansturm gegen die kapitalistischen Regierungen zu organisieren: zum Bürgerkrieg gegen die Bourgeoisie aller Länder um die politische Macht, um den Sieg des Sozialismus!"

Und einige Wochen später schrieb Genosse Sinowjew über „Die Parole der revolutionären Sozialdemokratie":

„Wir müssen das Banner des Bürgerkrieges erheben. Die Internationale, die ihres Namens wirklich würdig ist, wird entweder unter dieser Parole wieder auferstehen oder ist zum Vegetieren verurteilt. Unsere Aufgabe ist: uns bereit zu machen für die kommenden Schlachten, uns selber und die ganze Arbeiterbewegung in dem Gedanken zu erziehen, daß wir entweder sterben müssen oder unter dem Banner des Bürgerkrieges siegen!"

Die Verbreitung ähnlicher Ansichten hatte mit ungeheuren Schwierigkeiten zu kämpfen. Die Bourgeoisien aller Länder zusammen mit ihren Sozialpatrioten ließen kein Mittel unversucht, um das Eindringen dieser Ideen in die Massen zu verhindern.

Zum ersten Versuch der Aufrichtung einer revolutionären Internationale kam es Anfang September 1915 in Zimmerwald

in der Schweiz. Auf Initiative der italienischen Sozialisten wurden diejenigen Arbeiterorganisationen, die „dem Prinzip des Klassenkampfes und der internationalen Solidarität treu geblieben sind", eingeladen. Anwesend waren Delegierte aus Deutschland, Frankreich, Italien, dem Balkan, Schweden, Norwegen, Polen, Rußland, Holland und der Schweiz. Die Ansichten der Teilnehmer waren ziemlich bunt und wiesen vom pazifistischen Reformisten bis zum klaren revolutionären Marxisten alle Schattierungen auf. Die Konferenz nahm ein Manifest an, in dem der Krieg als imperialistischer gebrandmarkt wurde und das Beispiel derjenigen, die verfolgt und verhaftet wurden, weil sie den revolutionären Geist im internationalen Proletariat weckten, zur Nachahmung empfohlen wurde. Das Manifest, trotzdem es nicht mit der notwendigen Klarheit und Entschiedenheit in den brennendsten Fragen auftrat, bedeutete einen großen Schritt vorwärts. Eine viel klarere und schärfere Resolution unterbreitete die Gruppe, die unter dem Namen „Zimmerwalder Linke" bekannt wurde. Ihre Resolution forderte:

> „Stimmenabgabe gegen die Kriegskredite, Austritt der sozialistischen Minister aus den bürgerlichen Regierungen, Entlarvung des kapitalistischen und antisozialistischen Charakters des Krieges von der Parlamentstribüne aus, in den Spalten der legalen und, falls erforderlich, der illegalen Presse, Organisierung von Straßendemonstrationen gegen die Regierungen, Propagierung der internationalen Solidarität in den Schützengräben, Unterstützung der wirtschaftlichen Streiks in dem Bestreben, sie unter günstigen Umständen in politische Streiks umzuwandeln, Bürgerkrieg und nicht Burgfrieden."

Die Stimmung und Einstellung der Konferenz wurde durch die Ablehnung dieser Resolution am treffendsten charakterisiert. Die Konferenz setzte eine „Internationale Sozialistische Kommission" ein. Trotz der Erklärung der Majorität der Konferenz, daß sie keine neue Internationale aufbauen wolle, wurde die Kommission im Gegensatz zum „Internationalen Sozialistischen Büro" (so hieß das Exekutiv-Organ der Zweiten Internationale) der Sammelpunkt der Opposition und die Vorbereiterin der neuen Internationale.

Der Zimmerwalder Konferenz folgte im April 1916 die Konferenz von Kienthal. Das Hauptmerkmal dieser Konferenz war, daß der Gedanke des internationalen revolutio-

nären Kampfes gegen den Krieg und damit die Notwendigkeit einer neuen Internationale immer mehr in den Vordergrund trat. Der Einfluß der „Zimmerwalder Linken" nahm zu. Es wurde eifriger gearbeitet. Es wurden Broschüren, Flugblätter gedruckt und unter den schwierigsten Verhältnissen in die verschiedenen Länder geschickt. Kleinere Zusammenkünfte und Konferenzen folgten, die alle die weitere Vorbereitung der Idee des revolutionären Klassenkampfes bezweckten und sehr viel zur Klärung beitrugen.

Der Ausbruch der Revolution rief eben die aktivsten Elemente der „Zimmerwalder Linken" nach Rußland zurück. Damit wurde der Schwerpunkt des Kampfes für die Dritte Internationale nach Rußland verlegt. Mit Recht sagt Sinowjew:

> „Schon bei ihrer Geburt verknüpfte die Dritte Internationale ihr Schicksal mit dem Schicksal der proletarischen Revolution in Rußland. In demselben Maße, wie diese Revolution siegte, gewann die Losung „Für die Kommunistische Internationale!" Fleisch und Blut. Und im selben Maße, wie die proletarische Revolution in Rußland erstarkte und sich befestigte, festigte sich auch die Lage der Kommunistischen Internationale in der ganzen Welt."

In den Demonstrationen vom 1. Mai 1917 war eine der Hauptlosungen der russischen Proletariermassen die Errichtung der Kommunistischen Internationale. Noch heißer wurde dieser Wunsch, als das russische Proletariat die Macht eroberte und in dem Kampfe gegen den Weltkapitalismus die Zweite Internationale sich — wie im Weltkriege — auf die Seite der Bourgeoisie schlug.

Die Initiative zur Organisierung der Kommunistischen Internationale ergriff die Russische Kommunistische Partei einige Monate nach dem Zusammenbruch der Zentralmächte. Die Revolutionen, die dem Kriege folgten, beleuchteten grell den Bankrott der „Vaterlandsverteidigung" und ihrer Verfechter, der Sozialdemokraten. Eine ungeheuere revolutionäre Gärung erfaßte die Arbeiter aller Länder. In Mitteleuropa schlugen bald hier, bald dort die Flammen bewaffneter Arbeitererhebungen auf. Der Boden zur Errichtung der Kommunistischen Internationale war nicht nur reif; ihr Zustandekommen, die Zusammenfassung und Organisierung der revolutionären Kämpfe, war eine dringende Notwendigkeit.

2. Der erste Kongreß.

Am 24. Januar 1919 hat die Zentrale der Kommunistischen Partei Rußlands zusammen mit den Auslandsbüros der polnischen, ungarischen, deutsch-österreichischen kommunistischen Parteien, dem russischen Büro der Lettischen Kommunistischen Partei, der Zentrale der Finnischen Kommunistischen Partei, der Balkanföderation der revolutionären Sozialdemokraten und der Sozialistischen Arbeiterpartei Amerikas einen Aufruf erlassen:

„Die unterzeichneten Parteien und Organisationen halten die Zusammenrufung des ersten Kongresses der neuen revolutionären Internationale für eine gebieterische Notwendigkeit. Während des Krieges und der Revolution stellte sich nicht nur der vollkommene Bankrott der alten sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien und mit ihnen der Zweiten Internationale, sondern auch die Unfähigkeit der mittleren Elemente der alten Sozialdemokratie, des sogenannten Zentrums, zur aktiven revolutionären Tätigkeit heraus; gleichzeitig zeichneten sich klar die Umrisse einer wirklichen revolutionären Internationale."

Der Aufruf gibt in zwölf Punkten das Ziel, die Taktik und das Verhalten den „sozialistischen" Parteien gegenüber an. Ausgehend davon, daß die jetzige Epoche den Zerfall und Zusammenbruch des kapitalistischen Systems bedeutet, was auch den Zusammenbruch der europäischen Kultur bedeuten wird, wenn man den Kapitalismus nicht vernichtet, besteht die Aufgabe des Proletariats in der unmittelbaren Eroberung der Staatsmacht. Die Eroberung der Macht besteht in der Vernichtung des Bourgeois-Staatsapparates und in der Organisation des Apparates der proletarischen Macht. Der neue Apparat soll die Diktatur der Arbeiterklasse verkörpern und soll das Mittel zur systematischen Unterdrückung und Enteignung der Ausbeuterklasse werden. Der Typus des proletarischen Staates ist nicht die Bourgeois-Demokratie — unter deren Marke sich heuchlerisch die Herrschaft der Finanzoligarchie versteckt —, sondern die proletarische Demokratie in der Form der Räte. Zur Sicherung der Enteignung des Bodens und der Produktionsmittel, die in den Besitz des ganzen Volkes übergehen, muß die Bourgeoisie entwaffnet und die ganze Arbeiterklasse bewaffnet werden. Als Grundmethode des Kampfes wird die proletarische Massenaktion bezeichnet, bis zum bewaffneten Zusammenstoß mit dem Bourgeoisstaate.

Im Verhalten den Sozialisten gegenüber werden drei Gruppen unterschieden. Die Sozialchauvinisten, die mit Waffen in der Hand auf der Seite der Bourgeoisie kämpfen, müssen schonungslos bekämpft werden. Die revolutionären Elemente des Zentrums müssen abgespalten, die Führer unaufhörlich kritisiert und enthüllt werden. Auf einer gewissen Stufe der Entwicklung muß eine klare organisatorische Absonderung von den Zentristen erfolgen. Es wurde auf die Notwendigkeit der Zusammenfassung einer dritten Gruppe der revolutionären Elemente der Arbeiterbewegung, der Syndikalisten, hingewiesen. Es folgte eine Aufzählung der 39 Parteien und Organisationen, die zum ersten Kongreß eingeladen wurden. Die Aufgabe der Kongresses bestehe in der „Schaffung eines Kampforganes, das durch ständige Verbindung und planmäßige Führung der Bewegung zum Zentrum der Kommunistischen Internationale wird und die Unterordnung der Interessen der Bewegung der einzelnen Länder unter die Interessen der internationalen Revolution verwirklicht".

Der erste Kongreß kam Anfang März 1919 zustande. Zu dieser Zeit war Sowjetrußland vollständig blockiert, von allen Seiten mit Fronten umgeben, so daß es nur wenigen Delegierten unter den größten Schwierigkeiten gelungen war, zum Kongreß einzutreffen. Ueber die Konstituierung sagt Genosse Sinowjew (in einem Bericht an den zweiten Kongreß):

> „Die kommunistische Bewegung in den verschiedenen Ländern Europas und Amerikas stand in jener Zeit erst im Begriff, feste Gestalt anzunehmen. Aufgabe des ersten Kongresses war es, die kommunistische Fahne zu entrollen, die Idee der Kommunistischen Internationale zu proklamieren. Aber weder die allgemeine Lage der kommunistischen Parteien in den verschiedenen Ländern noch die Zahl der Delegierten auf dem ersten Kongreß (die sehr gering war) gestatteten es, die praktischen Fragen des organisierten Ausbaus der Kommunistischen Internationale weit genug aufzurollen."

Der Kongreß hörte die Berichte der Delegierten über den Stand der Bewegung in ihren Ländern an und nahm Resolutionen über die Richtlinien der Kommunistischen Internationale, über die bürgerliche Demokratie und die proletarische Diktatur, über die Stellung zur sozialistischen Strömung, über die internationale Lage an, die alle im Geiste der zwölf Punkte des Gründungsaufrufes abgefaßt waren. Die Gründung der Kommunistischen Internationale wurde mit allen Stimmen bei fünf Stimmenenthal-

tungen beschlossen. Die endgültige Verfassung der Kommunistischen Internationale wurde dem Zweiten Kongreß überlassen. Die Leitung der Kommunistischen Internationale wurde einem Exekutivkomitee übertragen, in welches die Parteien Rußlands, Deutschlands, Deutsch-Oesterreichs, Ungarns, der Balkanföderation, der Schweiz und Skandinaviens ihre Vertreter senden sollten. Der Kongreß endigte mit einem Manifest an das Proletariat der ganzen Welt.

Die Exekutive der Kommunistischen Internationale hatte im ersten Jahre eine schwere Arbeit. Sie mußte, fast hermetisch von Westeuropa abgeschlossen, oft monatelang ohne Zeitungen zu erhalten, ohne die Anwesenheit der meisten Mitglieder, die wegen der Blockade nicht kommen konnten, ihre Aufgabe lösen. Sie leistete dennoch ihr Mögliches und nahm zu jedem wichtigen Ereignis Stellung. Eben in dem ersten Jahre der Nachkriegszeit, wo noch so viel an Klarheit fehlte, waren die Aufrufe und offenen Schreiben der Exekutive von ungeheurem Wert.

Das Vorhandensein der Kommunistischen Internationale gab Ziel und Richtung den gärenden, mit der Zweiten Internationale unzufriedenen Massen. Es begann ein wahrer Zustrom der revolutionären Arbeiter zur Kommunistischen Internationale. Im März 1919 trat ihr die Italienische Sozialistische Partei, im Mai die Norwegische Arbeiterpartei und die „engherzigen" Sozialisten Bulgariens, im Juni die Schwedische Linkssozialistische Partei, die Ungarische Sozialistisch-Kommunistische Partei etc. bei. Gleichzeitig begann eine wahre Flucht aus der Zweiten Internationale, aus der eine wichtige Partei nach der anderen austrat. War die Kommunistische Internationale bei ihrer Gründung mehr eine Fahne als eine Armee, so hatte sie im Laufe des ersten Jahres nicht nur eine Armee um die Fahne gesammelt, sondern ihrer Gegnerin auch große Niederlagen bereitet.

3. Der zweite Kongreß.

Mit dem stürmischen Wachstum der Kommunistischen Internationale wurden neue Probleme aufgeworfen. Die neuangeschlossenen Parteien waren noch nicht ausgegärt; es herrschte

über die Rolle der Partei, über die Tätigkeit der Kommunisten in den Gewerkschaften, ihr Verhältnis zum Parlamentarismus und auch in anderen Fragen keine genügende Klarheit. Die Aufgabe des zweiten Kongresses war, Leitsätze dazu festzustellen.

Der zweite Kongreß zeigte schon rein äußerlich den Aufschwung der kommunistischen Bewegung. Es nahmen an ihm ganze Delegationen der einzelnen Länder teil; aus allen Ländern trafen Delegierte der bereits angeschlossenen oder sympathisierenden Parteien ein. Der Kongreß wurde am 17. Juli 1920 unter ungeheurem Jubel der russischen Arbeiter und im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der ganzen proletarischen Welt in Petrograd eröffnet. Ueber die verschiedenen Fragen wurden Leitsätze beschlossen, vorerst über die Grundaufgaben der Kommunistischen Internationale, in denen der Inhalt der Begriffe „Diktatur des Proletariats" und „Sowjetmacht" konkreter auf Grund der praktischen Erfahrung bestimmt wurde, dann darüber, worin in allen Ländern die unverzügliche Vorbereitungsarbeit zur Verwirklichung dieser Parolen bestehen könne und solle; endlich über die Mittel und Wege zur Verbesserung der Schäden der kommunistischen Bewegung.

Die Rolle der Partei in der proletarischen Revolution wurde auch geklärt. Die kommunistische Partei soll die Avantgarde, der fortgeschrittenste, klassenbewußteste und revolutionärste Teil der Arbeiterklasse sein, soll auf dem Prinzip der strengsten Zentralisation aufgebaut sein und in jeder nicht parteimäßigen Institution eine Zelle haben, die der Disziplin der Gesamtpartei unterstellt ist.

Was die Gewerkschaften anbetrifft, so „müssen die Kommunisten in sie eintreten, um aus ihnen bewußte Kampforgane zum Sturze des Kapitalismus und für den Kommunismus zu machen". Der Austritt der Kommunisten aus den Gewerkschaften würde nur die Massen an die opportunistischen Führer ausliefern, die der Bourgeoisie in die Hände arbeiten.

Es wurden außerdem die Fragen der Betriebs- und Arbeiterräte, des Parlamentarismus, der Agrar- und Kolonialfrage in Leitsätzen präzisiert und die Statuten der Kommunistischen Internationale angenommen.

Größere Debatten setzten bei den Fragen der Rolle der Partei, der Tätigkeit in den Gewerkschaften und der Teilnahme an

den Wahlen ein. Am heftigsten haben die Opportunisten die berühmten 21 Bedingungen zur Aufnahme in die Kommunistische Internationale angegriffen.

Der heroische Kampf des russischen Proletariats, der Bankrott der Bourgeoisie und der mit ihr verbündeten Zweiten Internationale, die revolutionären Losungen und Aufrufe haben in den Arbeitern der ganzen Welt ungeheure Sympathie für die Kommunistische Internationale ausgelöst. Der Strom der Arbeiter brachte zur Kommunistischen Internationale eine Menge von Führern, die wider ihren Willen, nur unter dem Drucke der Massen kamen. Es waren durch und durch opportunistische Führerelemente, die mit Leib und Seele der Zweiten Internationale angehörten, die treuesten Diener der Bourgeoisie waren und jetzt, wo die Massen anfingen, mit den Kommunisten zu sympathisieren, plötzlich bei der Kommunistischen Internationale um Aufnahme baten, um ihren Einfluß nicht zu verlieren. Selbst wenn die Kommunistische Internationale eine alte, ausgegärte, geklärte Organisation gewesen wäre, würde die Aufnahme solcher opportunistischer und reformistischer Elemente die Gefahr in sich geborgen haben, daß mit ihnen der Geist und damit das Schicksal der bankrotten Zweiten Internationale in die Kommunistische eindrang. Unter den gegebenen Verhältnissen, mit gärenden, jungen, halbfertigen, im Entstehen begriffenen Parteien, war für die Kommunistische Internationale die Fernhaltung solcher Elemente geradezu ein Gebot der Selbsterhaltung. Aus dieser Erkenntnis heraus entstanden die 21 Aufnahmebedingungen.

Die 21 Punkte verlangen von jeder Partei, die der Kommunistischen Internationale beitreten will, daß die gesamte Propaganda und Agitation einen kommunistischen Charakter tragen muß. Die Presse soll vollständig dem Parteivorstand untergeordnet werden. Von jedem verantwortlichen Posten müssen die Reformisten entfernt werden. Die Partei muß einen illegalen Apparat haben, eine systematische Propaganda im Heere und auf dem flachen Lande führen. Sie muß einen hartnäckigen Kampf gegen die Reformisten und Zentristen führen; in den Gewerkschaften soll die Amsterdamer Internationale bekämpft werden. Die Partei muß streng zentralisiert aufgebaut sein und den Namen „Kommunistische Partei (Sektion der Kommunistischen Internationale)“ führen. Alle Parteien, die

der Kommunistischen Internationale angehören oder ihr beitreten wollen, müssen spätestens in vier Monaten nach dem zweiten Kongreß auf einem außerordentlichen Parteitag diese Bedingungen prüfen und diejenigen Parteiangehörigen, die die aufgestellten Bedingungen und Leitsätze grundsätzlich ablehnen, aus der Partei ausschließen.

Der zweite Kongreß wurde am 7. August beendigt. Im September spaltete sich die Sozialdemokratische Partei der Tschechoslowakei. Ihre überwiegende Majorität nahm prinzipiell die 21 Bedingungen an und konstituierte sich später als Kommunistische Partei. Im Oktober sprach sich auf dem Parteitag von Halle die Majorität der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands für den Eintritt in die Kommunistische Internationale aus, und aus der Vereinigung mit der K. P. D. (Spartakusbund) entstand im Dezember die große Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands. Im Dezember trat die überwiegende Majorität der Französischen Sozialistischen Partei der Kommunistischen Internationale bei. Im Januar spaltete sich die Italienische Sozialistische Partei, die zwar früher der Kommunistischen Internationale beigetreten war, deren reformistische Majorität den 21 Bedingungen gegenüber aber Farbe bekennen mußte und sich dagegen aussprach. In allen Ländern der Welt, wo politische Arbeiterorganisationen existieren, ging ein ähnlicher Prozeß vor sich. Die Kommunisten sonderten sich von den Reformisten ab und führten den von der Zweiten Internationale verratenen Kampf des Proletariats als Sektionen der Kommunistischen Internationale fort.

Parallel mit dem Ausbau und der Verstärkung der Kommunistischen Internationale ging der weitere Zerfall der Zweiten Internationale vor sich. Eine Reihe von Parteien, die aus der Zweiten Internationale austraten, aber in die Kommunistische Internationale nicht eintraten, schlossen sich unter dem Namen „Internationale Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien" zu einer Organisation zusammen, die gewöhnlich Zweieinhalb-Internationale genannt wird, da sie in jeder Frage zwischen der Zweiten und der Kommunistischen Internationale schwankt.

4. Der dritte Kongreß.

Der dritte Kongreß der Kommunistischen Internationale, der im Juni 1921 zusammentrat, fand neue Aufgaben vor sich. Bedingt wurden diese Aufgaben teilweise dadurch, daß die Kommunistische Internationale bereits über 50 Sektionen, darunter große Massenparteien der wichtigsten europäischen Länder, umfaßte und im Zusammenhang damit neue organisatorische und taktische Fragen auftauchten, noch mehr aber dadurch, daß die Entwicklung der Revolution und der Zusammenbruch des Kapitalismus in langsamerem Tempo vor sich ging, als man es zur Zeit des ersten und des zweiten Kongresses annahm.

Kurz nach dem Zusammenbruch der Zentralmächte war die revolutionäre Welle ungeheuer stark, und man hatte den Eindruck, daß den bürgerlichen Revolutionen bald proletarische Revolutionen folgen würden. Der Kampf ging um die unmittelbare Machtergreifung, und in Ungarn und Bayern gelang es auch, die Staatsmacht zeitweilig zu erobern. Selbst später, wo die bewaffneten Kämpfe der Arbeiter blutig unterdrückt worden sind, war noch diese Hoffnung auf einen baldigen Sieg sehr lebendig. Man denke nur an die Zeiten, wo die Rote Armee vor Warschau stand und das ganze Proletariat fieberhaft zum neuen Ansturm sich vorbereitete.

Die Bourgeoisie zeigte sich aber widerstandsfähiger, als man angenommen hatte. Ihre Stärke bestand in erster Linie darin, daß die Sozialverräter, die während des Krieges so heldenhaft sich gegen das Proletariat schlugen, auch nach dem Kriege sich als sicherste Stützen des erschütterten Kapitalismus zeigten. In allen Ländern, wo die Bourgeoisie nicht mehr Herr der revolutionären Lage werden konnte, überließ sie die Staatsmacht den Sozialdemokraten. „Sozialistische Regierungen" waren es, die mit Noske und Ebert in Deutschland, mit Renner und Otto Bauer in Oesterreich, mit Tusar in der Tschechoslowakei, mit Böhm und Garami in Ungarn die Geschäfte der Bourgeoisie in der Revolutionszeit besorgten und die Befreiungsversuche des Proletariats im Blute erstickten.

Die Scheinkonjunktur, die nach dem Kriege eintrat, wirkte auch der revolutionären Gärung entgegen, indem sie den Kapitalisten die Unterbringung der abgerüsteten Soldaten und eine, wenn auch nur teilweise, Befriedigung ihrer Forderungen ermög-

lichte. Die Bourgeoisie war auch klug genug, den arbeitslosen Teil des Proletariats durch entsprechende Unterstützungen zu beschwichtigen. Dazu kam noch eine psychologische Erscheinung, deren Wichtigkeit man übersehen hatte: breite, tiefe Massen der Arbeiterschaft, die eben den Qualen der Front und den vierjährigen Entbehrungen entgangen waren, sehnten sich nach etwas Ruhe und ließen sich für ein Stückchen Brot von neuen Kämpfen abhalten. Zu all dem kam noch, daß die kommunistischen Parteien, die die Kämpfe zusammengefaßt und geführt hatten, erst im Entstehen begriffen waren und oft nicht die richtigen Kampfmethoden sahen.

Alle diese Umstände bewirkten, daß die Bourgeoisie langsam ihre zerschlagenen Kräfte sammelte, ihr Selbstvertrauen wiederfand und einen Teil ihrer verlorenen Positionen wiedereroberte. Nachdem die Bourgeoisie sie nicht mehr brauchte, flogen die „Sozialisten" in allen Ländern aus den Regierungen heraus, und die Kapitalisten besorgten selbst ihre Staatsgeschäfte. Sie schufen illegale Militärorganisationen, bewaffneten die selbstbewußten Teile der Bourgeoisie und gingen dann zum Angriff über.

Die ökonomische Lage hat sich inzwischen auch wesentlich verändert. Im Frühjahr 1920 setzte eine Krise in Japan und Amerika ein, die der Reihe nach dann alle Industrieländer erfaßte. Der Absatz verkleinerte sich rapid, die Produktion wurde eingeschränkt, Hunderttausende und Millionen von Arbeitern wurden arbeitslos. Die Abwehrkämpfe der Arbeiter nahmen großen Umfang an, gingen aber durchweg verloren und trugen nur zur weiteren Stärkung der Bourgeoisie bei.

Dies war die Situation, als der dritte Kongreß der Kommunistischen Internationale einberufen wurde.

Der Kongreß untersuchte vor allem die Lage der Weltwirtschaft und schritt dann zur Frage der Taktik, die den geänderten Verhältnissen entsprechend einzuschlagen sei. Die Bourgeoisie erstarkte, mit ihr auch ihre Diener, die Sozialdemokraten. Die Zeit der leichten Siege, die die Kommunistische Internationale in den Jahren der hochgehenden revolutionären Welle erntete, war einstweilen vorüber. Bis zum neuen revolutionären Ansturm müssen wir unsere Organisationen

prüfen, ausbauen, befestigen und in mühevollem Kleinkrieg und mit hartnäckiger Kleinarbeit die Stellungen der Sozialdemokraten und Amsterdam... ...ern. Die Fabrikbesetzungen in
in der Tschechoslowakei, die
gten, daß die kommunistischen
sehr die Interessen des Gesamt-
egen die vereinigte Macht der
ratie nur dann durchsetzen
lie Sympathie der großen
Massen organisatorisch
ıen Organisationen entreißen
ler Kongreß die Parole „An die

ommunistischen Parteien alles
erkschaften und die sich auf
leren Parteien für die nächst-
tariats in einen gemeinsamen
die Arbeitermassen von vorn-
ıes Verrats seitens der nicht-
reiten.

/ar natürlich eine gewisse
e Kommunistische Arbeiter-
larin ein Abweichen vom
Kampf und beschuldigte die
daß sie, nachdem Sowjetruß-
rhältnisse einen ökonomischen
ıuf politischem Gebiet dieselbe
ı viele unserer guten Genossen
er Taktik zwischen der abge-
nnenden revolutionären Welle

ıahmen die der Organisationen
erfolgreichen Führung des
ewerkschaften wurde aus dem
sierten Gewerkschaftsbüro mit
getretenen Gewerkschaften die
e gegründet. Die Fragen der
uenbewegung wurden durchge-
..rbeit in den Genossenschaften
und in den Arbeiterturnvereinen je eine Sektion gegründet.

lichte. Die Bourgeoisie war auch klug genug, den arbeitslosen Teil des Proletariats durch entsprechende Unterstützungen zu beschwichtigen. Dazu kam noch eine psychologische Erscheinung, deren Wichtigkeit m
tiefe Massen der Arbeitersc
der Front und den vierjähr
waren, sehnten sich nach e
für ein Stückchen Brot vo
Zu all dem kam noch, da
teien, die die Kämpfe zusamme
im Entstehen begriffen waren ur
methoden sahen.

Alle diese Umstände bewirkt
ihre zerschlagenen Kräfte samm
fand und einen Teil ihrer verlor
Nachdem die Bourgeoisie sie n
„Sozialisten" in allen Ländern
und die Kapitalisten besorgten
schufen illegale Militärorganisa
bewußten Teile der Bourgeoisie
über.

Die ökonomische Lage hat si
verändert. Im Frühjahr 1920 s
Amerika ein, die der Reihe nac
faßte. Der Absatz verkleiner
wurde eingeschränkt, Hunder
Arbeitern wurden arbeitslos
Arbeiter nahmen großen Umfa
verloren und trugen nur zur
geoisie bei.

Dies war die Situation, als d
nistischen Internationale einber

Der Kongreß untersuchte vor
schaft und schritt dann zur F
änderten Verhältnissen entspre
Bourgeoisie erstarkte, mit ihr
demokraten. Die Zeit der lei
nistische Internationale in den
lutionären Welle erntete, war
neuen revolutionären Ansturm müssen wir unsere Organisationen

prüfen, ausbauen, befestigen und in mühevollem Kleinkrieg und mit hartnäckiger Kleinarbeit die Stellungen der Sozialdemokraten und Amsterdamer erobern. Die Fabrikbesetzungen in Italien, der Dezemberstreik in der Tschechoslowakei, die Märzaktion in Deutschland zeigten, daß die kommunistischen Parteien, und wenn sie noch so sehr die Interessen des Gesamtproletariats verfechten, sich gegen die vereinigte Macht der Bourgeoisie und Sozialdemokratie nur dann durchsetzen können, wenn sie nicht nur die Sympathie der großen Massen haben, sondern diese Massen organisatorisch erfassen und den gegnerischen Organisationen entreißen können. In diesem Sinne gab der Kongreß die Parole „An die Massen heran!" aus.

In Westeuropa sollen die kommunistischen Parteien alles aufbieten, damit sie die Gewerkschaften und die sich auf Arbeitermassen stützenden anderen Parteien für die nächstliegenden Interessen des Proletariats in einen gemeinsamen Kampf hineinzwingen, wobei sie die Arbeitermassen von vornherein auf die Möglichkeit eines Verrats seitens der nichtkommunistischen Parteien vorbereiten.

Gegen diese Einstellung war natürlich eine gewisse Opposition von „links". Die Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands sah darin ein Abweichen vom unmittelbaren revolutionären Kampf und beschuldigte die Kommunistische Internationale, daß sie, nachdem Sowjetrußland unter dem Druck der Verhältnisse einen ökonomischen Rückzug angetreten habe, jetzt auf politischem Gebiet dieselbe Schwenkung mache. Aber auch viele unserer guten Genossen haben anfangs die Aenderung der Taktik zwischen der abgeflauten und der noch nicht beginnenden revolutionären Welle schwer begriffen.

Neben den taktischen Fragen nahmen die der Organisationen den größten Raum ein. Zur erfolgreichen Führung des Kampfes für die Eroberung der Gewerkschaften wurde aus dem auf dem zweiten Kongreß organisierten Gewerkschaftsbüro mit Einbeziehung der inzwischen eingetretenen Gewerkschaften die Rote Gewerkschaftsinternationale gegründet. Die Fragen der Jugendinternationale und der Frauenbewegung wurden durchgearbeitet und zur Führung der Arbeit in den Genossenschaften und in den Arbeiterturnvereinen je eine Sektion gegründet.

Der Kongreß hörte ein Referat über Sowjetrußland an und billigte einstimmig die eingeschlagene Taktik.

Größere Debatten fanden noch bei dem Bericht über die Tätigkeit der Exekutive statt. Es waren Stimmen, die mit der Politik der Exekutive in der italienischen Frage, im Falle Levi und in der Frage der K. A. P. D. nicht einverstanden waren. Der Kongreß billigte aber in allen diesen Fragen die Tätigkeit der Exekutive, und die Ereignisse seit dem Kongreß haben die Richtigkeit der diesbezüglichen Beschlüsse nur bestätigt.

Mit der Behandlung der Orientfrage beendigte der Kongreß am 12. Juli seine Arbeit.

Die nächsten Monate verliefen ziemlich ruhig und gaben den Sektionen der Kommunistischen Internationale die Möglichkeit, die Beschlüsse des dritten Kongresses durchzuführen. Die Organisationen wurden überprüft, die Verbindung der einzelnen Sektionen untereinander und mit der Exekutive verbessert. In den drei Jahren ihres Bestehens entwickelte sich die Kommunistische Internationale zu der einzigen wirklich weltumspannenden Organisation des Proletariats. Die Zweite und die Zweieinhalb-Internationale sind lediglich Organisationen der weißen, fast ausschließlich europäischen Arbeiter, wobei z. B. die Zweite Internationale in Ländern wie Frankreich und Italien überhaupt keine Parteien besitzt; die Zweieinhalb-Internationale ist noch lückenhafter. Demgegenüber existiert fast kein Land mehr, wo der klassenbewußte Teil des Proletariats, ohne Rücksicht auf Farbe oder Rasse, nicht in den Sektionen der Kommunistischen Internationale organisiert ist. Die Anzahl der Sektionen nähert sich der Zahl 60; die Zahl der Mitglieder ist ungefähr drei Millionen mit fast 700 Tageszeitungen. Dabei geht die Erfassung neuer Massen und Gebiete erfolgreich weiter. Der Kongreß der Arbeitenden des Fernen Ostens, der im Januar dieses Jahres in Moskau stattfand, machte erfolgreich den Versuch, die junge Arbeiterklasse Japans und Chinas in unmittelbare ideologische und organisatorische Verbindung mit der Kommunistischen Internationale zu bringen.

5. Die Einheitsfront.

Der dritte Kongreß faßte seine Beschlüsse zu einer Zeit, wo unter den Arbeitermassen eine große Depression herrschte. Die verlorenen Streiks, die erfolgreichen Angriffe der Kapitalisten entmutigten das Proletariat. Dieser Zustand dauerte nach dem Kongreß in erhöhtem Maße an. In England, Amerika, Italien und in den im Kriege neutralen Ländern hatten die Arbeiter unter der andauernden Arbeitslosigkeit zu leiden. Den noch Arbeitenden nahm man die Errungenschaften der letzten Jahre wieder ab, die Arbeitszeit wurde verlängert, ihr Lebensniveau tief unter das der Vorkriegszeit gedrückt. In den Ländern mit schlechter Valuta, in Deutschland, Oesterreich, Polen, war die Arbeitslosigkeit zwar weniger drückend, die Not der Proletariermassen aber womöglich noch größer, da sie durch das Sinken der Kaufkraft des Papiergeldes in ihrem Reallohn immer mehr verkürzt wurden und immer weniger Möglichkeit hatten, selbst die primitivsten Lebensbedürfnisse zu befriedigen.

Für die Dauer war diese Lage unhaltbar. Unter dem Drucke der fortwährend steigenden Not fingen die Massen an, den Ausweg zu suchen. Sie sahen, daß man mit den alten Methoden nichts ausrichten kann. Die Streiks gingen verloren, oder die Errungenschaften wurden durch die neue Geldentwertung sofort wettgemacht. Sie sahen, daß die Arbeiterschaft in Parteien gespalten ist, die sich gegenseitig bekämpfen, wo die Kapitalistenklasse geschlossen gegen sie aufmarschiert. Den Ausweg, die Aenderung dieser unhaltbaren Lage, sahen sie darin, daß man die zersplitterten Kräfte des Proletariats vereinigt dem Ansturm der Kapitalisten entgegenstellen muß.

Wie, auf welche Weise diese Zusammenfassung der Proletarierkräfte vor sich gehen soll, welche Losungen und Ziele für den so unternommenen Kampf gelten sollen, darüber machten sich die Massen kein klares Bild. Die Tatsache aber, daß unter den verschiedensten Formen in allen Industrieländern eine Bewegung in dieser Richtung einsetzte, zeugt für ihre Tiefe und Naturwüchsigkeit. Sie bedeutet, daß die Massen unbewußt mit der reformistischen, schwankenden Politik der Zweiten und der Amsterdamer Internationale brechen wollen, und daß sie nach so vielen Irrungen und Niederlagen endlich den Weg des

Kampfes zur Zusammenfassung aller Kräfte des Proletariats einschlagen wollen.

Der Anfang dieser kampflustigen Welle mußte auch den Anfang einer Aenderung in der Einschätzung der kommunistischen Parteien und der Kommunistischen Internationale bedeuten. In den Revolutionsjahren 1918—19 sind die Kämpfe des Proletariats verlorengegangen, da die Vorhut, die Kommunistische Partei, überall mehr eine Richtung als eine zur Klassenkriegsführung taugliche Organisation darstellte. Durch die teuere Lehre der großen Niederlagen und Opfer gezwungen, machten sich die Kommunisten daran, durch Spaltungen und durch Gründung selbständiger Parteien die unumgänglich notwendigen Kampfesorganisationen zu schaffen. Diese Periode der Spaltungen fiel in eine Zeit, wo die große revolutionäre Welle im Abebben war und die Gegenoffensive des Kapitals einsetzte. Selbst wenn die Sozialdemokraten diesen Umstand nicht geschickt ausgenützt hätten, wäre in den großen Massen mancher Länder, die die Notwendigkeit eines solchen Vorganges nicht begreifen konnten, ein dumpfer Groll gegen die „Spalter" entstanden. Die Masse der einfachen Arbeiter hatte ebensowenig die Aufrüttelungsversuche verstanden, die die Kommunisten unternahmen, als diese — eben weil sie die klarblickendsten Teile des Proletariats sind — früher als die gesamte Arbeiterschaft die Anwendung energischerer Kampfmethoden verlangten. Der Dezemberstreik in der Tschechoslowakei und die Märzaktion in Deutschland waren solche Versuche, die scheitern mußten, selbst wenn sie mit weniger Fehlern gemacht worden wären, da die breiten Massen damals noch nicht die Notwendigkeit einer solchen energischen Kampfführung einsahen. In dem Maße aber, als sie unter dem Drucke der Not zur Einsicht kamen, verstanden sie die Aktionen, die sie damals nur als Putsche oder ungeduldiges Zerren der Kommunisten ansahen. Die Arbeit, die die Kommunisten in der Zeit der Depression mit ungeheuren Opfern allein leisteten, fing an, ihre Früchte zu bringen.

Dazu kam noch der Umstand, daß in der Kampfesstimmung die Arbeiter kein Verständnis mehr für die Parteigrenzen hatten, mit denen die Sozialdemokraten weiter versuchten, sie von den Kommunisten fernzuhalten.

Die Amsterdamer, die Zweite und Zweieinhalb-Internationale

bemerkten auch die neue Wendung, und sie versuchten, sie in ihrem Sinne auszunützen, indem sie eine Bewegung für die Einheit gegen die Kommunisten einleiteten. Die Zeiten aber, wo solche Manöver möglich waren, weil die Sozialdemokraten und Reformisten alle Arbeiterorganisationen und die ganze Arbeiterpresse in ihren Händen hatten, waren vorüber. Die Exekutive der Kommunistischen Internationale enthüllte den Plan und leitete eine Kampagne „für die Einheit des Weltproletariats, gegen das Bündnis der Sozialverräter" ein. Sie trat in der Frage der Hilfe für die Hungernden, der Hilfe für die jugoslavischen und spanischen Arbeiter an die Amsterdamer heran, anfangs ohne Erfolg. Als die Umrisse der neuen Welle klarer und sichtbarer wurden, nahm die Exekutive nach eingehender Erörterung Stellung zu der Frage.

In den „Leitsätzen über die Einheitsfront der Arbeiter und über das Verhältnis zu den Arbeitern, die der Zweiten und Zweieinhalb- und der Amsterdamer Internationale angehören, sowie zu den Arbeitern, die die anarcho-syndikalistischen Organisationen unterstützen" wurde die Lage analysiert und dem elementaren Streben nach Einheit ein klares Ziel gesetzt. „Unter Einheitsfront der Arbeiter ist die Einheit aller Arbeiter zu verstehen, die gegen den Kapitalismus kämpfen wollen." Die Kommunisten sollen die Parole der größtmöglichen Einheit aller Arbeiterorganisationen in jeder praktischen Aktion gegen die kapitalistische Front unterstützen. Die Führer der Zweiten und Zweieinhalb- sowie der Amsterdamer Internationale haben bisher die Massen in allen praktischen Fragen des Kampfes gegen die Kapitalisten im Stiche gelassen. Sie werden auch diesmal die Einheit mit der Bourgeoisie der Einheit mit dem Proletariat vorziehen. Die Aufgabe der Kommunistischen Internationale und ihrer Sektionen wird es sein, in diesem Falle die Massen von der Heuchelei der Sozialverräter, die sich als Zerstörer der Einheitsfront der Arbeiter enthüllen, zu überzeugen. Zu diesem Zwecke ist aber die absolute Selbständigkeit, die volle Freiheit der Kritik die Hauptbedingung der kommunistischen Parteien.

Die Leitsätze weisen auch auf die Gefahren hin, die bei der Durchführung dieses Planes dadurch entstehen können, daß in

manchen kommunistischen Parteien die ideelle Klarheit und die feste Zusammengeschlossenheit fehlt.

Die Leitsätze wurden Mitte Dezember angenommen; gleichzeitig wurde zur endgültigen Bestimmung der künftigen Arbeit in der geschilderten Richtung eine erweiterte Sitzung der Exekutive für Anfang Februar nach Moskau einberufen. In einem Aufruf am 1. Januar 1922 über die proletarische Einheitsfront wurde die Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes im Zusammenhang mit der Washingtoner Konferenz und mit der Offensive des Kapitals gegen die Arbeiterklasse beleuchtet. Sowohl die Leitsätze als auch der Aufruf wurden in allen Sprachen in der kürzesten Zeit verbreitet, wurden Gegenstand der eingehendsten Erörterung seitens der Kommunisten und ihrer Gegner und trugen viel dazu bei, daß die ganze Initiative der Einheitsfront in einer geklärteren Form in die Hände der Kommunistischen Internationale überging. Die Sozialverräter und Amsterdamer erhoben ein Gezeter über diesen Gang der Sache. Sie fühlten, daß sie jetzt vor eine Frage gestellt wurden, wo sie Farbe bekennen müssen und wo sie klar enthüllt werden, wenn sie, wie bisher immer, die Sache der Arbeiterschaft verraten. Ihr Geschimpfe über dieses „neue kommunistische Manöver" konnte aber in den breiten Massen nicht den Eindruck verwischen, daß die als „Spalter" verrufenen Kommunisten die wirklichen Träger der Einheit des Proletariats sind.

Die Sitzung der erweiterten Exekutive kam infolge des deutschen Eisenbahnerstreiks erst Ende Februar zusammen. Sie gestaltete sich zu einem kleinen Kongreß mit über hundert Delegierten aus 36 Ländern. Die Tagesordnung war ziemlich umfangreich. Sie behandelte die Berichte der Parteien der wichtigsten Länder, die Aufgabe der Kommunisten in den Gewerkschaften, die Frage des Kampfes gegen die Kriegsgefahr, die neue ökonomische Politik Sowjetrußlands, den Kampf gegen die Verelendung der Arbeiterjugend. Die Hauptfrage bildete die Einheitsfront und die Teilnahme an der von der Zweieinhalb-Internationale vorgeschlagenen gemeinsamen Konferenz.

Gegen die Einheitsfront in der Form, wie sie in den Leitsätzen der Exekutive dargelegt war, sprachen die französischen und italienischen Genossen. In Frankreich hatte man

Furcht davor, daß die Massen ein Herantreten an die verkrachten Sozialisten gar nicht verstehen würden. Die französischen Kommunisten sind für die Einheitsfront der revolutionären Arbeiter, und ihre Tätigkeit läuft darauf hinaus, in den praktischen Fragen des Achtstundentages und der Lohnsteuern ein Programm aufzustellen, durch das ein einheitlicher revolutionärer Block der Arbeiter zustandekommen kann. Die Partei ist außerdem jung und wenig manöverierfähig, und die Einheitsfront in der Form einer Annäherung oder eines Uebereinkommens mit den Sozialisten, mit denen man vor kaum einem Jahr gebrochen hat, oder mit den reformistischen Gewerkschaftsführern in Frankreich halten sie für eine unverständliche und unerfüllbare Sache.

Die italienischen Vertreter waren für die Einheitsfront, aber nur in den Gewerkschaften, und lehnten das Herantreten an die Sozialisten und den Zusammenschluß ab.

Sie waren der Ansicht, daß ein Zusammengehen der Parteien mit ihren scharf abgegrenzten Programmen und Organisationen für die Massen unverständlich wäre; der richtige Boden der Einheitsfront seien die Gewerkschaften, wo die Kommunisten und Sozialisten beisammen sind.

Sämtliche anderen Teilnehmer der Debatte hielten diese Argumentationen für nicht stichhaltig. Trotz unzähligem, offenkundigem Verrat ist es den reformistischen Führern gelungen, den größten Teil der Arbeiter unter ihrer Führerschaft zu behalten. Durch eine neuerliche Wiederholung, daß sie Verräter sind, können wir die einfachen Arbeiter nicht auf unsere Seite bringen. Wir müssen ihnen jetzt, wo ein Kampfwille in den Massen herrscht, zeigen, daß die Sozialdemokraten nicht nur für die Endziele des Sozialismus, sondern auch für die gemeinverständigen, handgreiflichen Alltagsforderungen, für ein größeres Stück Brot, für eine Lohnerhöhung nicht ernstlich kämpfen wollen. Bisher konnten wir sie nicht enthüllen, wie sie es verdienten, erstens, weil uns dazu die notwendige Organisation, die Presse etc. fehlte, dann fehlte die psychologische Lage, die Atmosphäre, in der die einfachsten Arbeiter auch für den Verrat, der kommen wird, wie er bisher immer kam, mehr Verständnis haben. Jetzt haben wir endlich eine Gelegenheit, wo diese Erfordernisse zur Enthüllung vorhanden

sind. Wenn wir in dieser Lage auf dem Standpunkt verharren, daß wir mit den Reformisten nicht kämpfen wollen, weil sie nie ernst gegen die Bourgeoisie, deren Diener sie sind, kämpfen werden, so werden wir zwar die Zustimmung unserer Genossen, die das schon wissen, ernten, aber keinen einzigen Arbeiter aus der Gefolgschaft der Reformisten davon überzeugen. Im Gegenteil, dadurch, daß die Kommunisten auf einen einheitlichen Kampf, zu einer Zeit, wo große Massen dazu drängen, verzichten, liefern sie den Sozialverrätern die Möglichkeit, die Kommunisten als Saboteure der Proletariereinheit hinzustellen. Machen wir aber den Kampf mit, so werden die Massen bald sehen, wer wirklich gegen die Bourgeoisie kämpfen will und wer bei der ersten Möglichkeit Verrat üben wird. Und diesmal werden wir schon dafür sorgen, daß auch dem einfachsten Arbeiter der Verrat einleuchtet. Unsere Genossen, die anfangs mit Widerwillen sahen, daß wir uns mit den Reformisten an einen Tisch setzten, werden im Laufe der Verhandlungen schon zu der Ueberzeugung kommen, daß wir auch dort revolutionäre Arbeit leisten.

Nachdem die erweiterte Exekutive mit allen Stimmen gegen die der französischen, italienischen und spanischen Genossen die in den Leitsätzen enthaltene Richtlinie gebilligt hatte, gaben die letzteren eine Erklärung ab, in der sie ausdrückten, daß sie sich dem Beschlusse willig fügen würden.

Die erweiterte Exekutive nahm noch die Einladung der Wiener Sozialistischen Arbeitsgemeinschaft zu einer Internationalen Konferenz an mit dem Vorschlage, nicht nur die Kommunistische Internationale, sondern auch die Rote Gewerkschafts-Internationale, die Amsterdamer, die Syndikalisten, die unabhängigen Gewerkschaftsorganisationen etc. zur Konferenz einzuladen und auf die Tagesordnung neben dem Kampf gegen die Offensive des Kapitals und gegen die Reaktion auch die Frage des Kampfes gegen neue imperialistische Kriege, die Wiederherstellung Sowjetrußlands, die Reparation und den Versailler Friedensvertrag zu setzen.

Nachdem noch einige Fragen (die kommunistische Presse, die Eingabe der 22 Mitglieder der K. P. R. etc.) erledigt waren und die Neuwahl des Präsidiums der Exekutive vorgenommen war, endigte die Sitzung der erweiterten Exekutive am 4. März.

6. Die Vorkonferenz der drei Internationalen.

Am 2. April fand die erste Beratung der aus je zehn Mitgliedern bestehenden Delegationen der drei Internationalen statt. Die Vertreter der Zweiten Internationale wollten die Konferenz von Anfang an sabotieren und ließen kein Mittel unversucht, um die Einheitsfront schon im Keime zu ersticken. Sie stellten Bedingungen an die Kommunistische Internationale, verlangten „Sicherheiten" gegen die Zellentaktik und rollten die Frage Georgiens und die der Sozialrevolutionäre auf. Wiederholt entstand eine Situation, wo man glaubte, daß die Konferenz in die Brüche ginge. Nur dem entschiedenen Auftreten der Delegation der Kommunistischen Internationale, die die Einheitsfront ohne Bedingungen verlangte, ist es zu verdanken, daß die Vertreter der Zweieinhalb-Internationale sich dieser Ansicht angeschlossen haben, und die Zweite Internationale konnte angesichts des Drängens der Massen nicht die Verantwortung für die offene Sabotage der Einheitsfront auf sich nehmen. Nach viertägiger Verhandlung wurde beschlossen, daß für die nächste Zeit eine allgemeine Konferenz einberufen werden solle. Zur Vorbereitung dieser Konferenz wurde eine Kommission, bestehend aus je drei Mitgliedern der Exekutiven, eingesetzt. Bis zum Zustandekommen der allgemeinen Konferenz sollten schon gemeinsame Demonstrationen der an die drei Internationalen angeschlossenen Parteien am 20. April 1922 oder, soweit das aus technischen oder organisatorischen Gründen nicht mehr möglich wäre, am 1. Mai unter folgenden Losungen stattfinden:

Für den Achtstundentag;

Für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die durch die Reparationspolitik der kapitalistischen Mächte ins Maßlose gesteigert wird;

Für die einheitliche Aktion des Proletariats gegen die kapitalistische Offensive;

Für die russische Revolution, für das hungernde Rußland, für die Aufnahme der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen aller Staaten mit Sowjetrußland;

Für die Herstellung der proletarischen Einheitsfront in jedem Lande und international.

Die Organisationskommission wurde auch beauftragt, zwischen den Vertretern der Amsterdamer Internationale und der Roten Gewerkschafts-Internationale eine Verhandlung einzuleiten. Die Vertreter der Kommunistischen Internationale gaben eine Erklärung ab, daß der Prozeß der Sozialrevolutionäre öffentlich und ohne Todesurteile zu fällen, geführt werden solle. Die Resolution konstatierte noch, daß die allgemeine Konferenz deshalb nicht im April stattfinden konnte, weil die Zweite Internationale dies unter verschiedenen Vorwänden ablehnte. Sie lehnte ebenfalls ab, die Frage des Versailler Friedens und seine Revision auf die Tagesordnung zu stellen. Die Demonstrationen am 20. April und am 1. Mai zeigten mit ihrer ungeheuren Massenbeteiligung den Wunsch des Proletariats, für die angenommenen Parolen einheitlich zu kämpfen. Die Zweite Internationale und ihre Parteien versuchen zwar nach wie vor mit allen Mitteln die Einheitsfront zu sabotieren. Sie sagen gemeinsame Demonstrationen ab, verzögern die Durchführung der Beschlüsse und tragen so zu ihrer Selbstenthüllung vor den Massen bei.

Die Aufgabe der Kommunistischen Internationale und ihrer nationalen Sektionen wird in der nächsten Zeit eben darin bestehen, daß sie durch ihre Tätigkeit beweisen, daß der einheitliche Kampf gegen die kapitalistische Offensive und gegen den Kapitalismus überhaupt nur unter der Führung der Kommunistischen Internationale erfolgreich sein kann.

Wie es vorauszusehen war, sprengten die Zweite und die Zweieinhalb-Internationale die Neunerkommission. Nachdem es ihnen gelungen war, eine Zusammenkunft der Kommission während der Genua-Konferenz überhaupt zu hintertreiben, damit die Bourgeoisie in ihren Beratungen gegen Sowjetrußland nicht durch den leisesten Druck des internationalen Proletariats gestört werde, fand die erste und letzte Sitzung der Kommission am 23. Mai in Berlin statt. Am 21. Mai fand eine Konferenz der Labour Party, der Belgischen Arbeiterpartei und der Französischen Sozialistischen Partei statt, in der eine Konferenz aller sozialistischen Parteien — ohne die Kommunisten — beschlossen wurde. Damit war es klar, daß die

Zweite und die Zweieinhalb-Internationale zu ihrem Original-
›mmunisten, zurückgekehrt war.

ıonale tat dennoch ihr möglich-
·beiterparteien zustande kommt.
ausschließlich auf die Probleme
e des Kapitals, gegen die Lohn-
sigkeit zu reduzieren, war sie
:ützung Sowjetrußlands aus der
samen Plattform zu streichen,
Einheitsfront der Zweiten und
erleichtert wird. Demgegen-
›rt auf die Frage, ob die Zweite
ler nicht. Vor die klare Frage
ıaften demaskieren: die Zweite
Einheitsfront und die Zweiein-
ge Gefolgschaft. Unter diesen
;eflogen.

onale rief daraufhin eine neue
n. Die erweiterte Exekutive
nahmen an ihr 27 Länder mit
ıufgaben der erweiterten Exe-
r weiteren Taktik, der Lehren
· der Parteien, deren Linie von
Stellung der Kommunistischen
ɔzialrevolutionäre und die Ein-

ont anbetrifft, wurde einmütig
es mit der Neunerkommission
ɜn Voraussetzungen der Taktik
:em Maße weiterbestehen und
r Sektionen der Kommunisti-
ie Errichtung der einheitlichen
apitals gerichtet werden muß.

e und die norwegische Partei
ihrten oder die Taktik nur
zögernd oder nur teilweise anwandten, beschäftigte sich die er-
weiterte Exekutive eingehend mit der Lage dieser Parteien

Die Organisationskommissi
zwischen den Vertretern der
der Roten Gewerkschafts-Inte
zuleiten. Die Vertreter der
gaben eine Erklärung ab, daß d
öffentlich und ohne Todesurtei
Die Resolution konstatierte nc
deshalb nicht im April stattfinc
nationale dies unter verschie
lehnte ebenfalls ab, die Frage
Revision auf die Tagesordnung
am 20. April und am 1. M
Massenbeteiligung den Wunsc
nommenen Parolen einheitlich
nationale und ihre Parteien v
allen Mitteln die Einheitsfror
meinsame Demonstrationen ab
Beschlüsse und tragen so zu
Massen bei.

Die Aufgabe der Kommuni
nationalen Sektionen wird in
stehen, daß sie durch ihre Tä
liche Kampf gegen die kapita
Kapitalismus überhaupt nur
nistischen Internationale erfo

Wie es vorauszusehen wa
Zweieinhalb-Internationale
dem es ihnen gelungen war,
mission während der Genua
treiben, damit die Bourge
Sowjetrußland nicht durch de
nalen Proletariats gestört wer
der Kommission am 23. Mai
eine Konferenz der Labour
partei und der Französischen Sozialistischen Partei statt, in der
eine Konferenz aller sozialistischen Parteien — ohne die Kommunisten — beschlossen wurde. Damit war es klar, daß die

Zweite und die Zweieinhalb-Internationale zu ihrem Originalplan, Einheitsfront gegen die Kommunisten, zurückgekehrt war.

Die Kommunistische Internationale tat dennoch ihr möglichstes, damit ein Kongreß aller Arbeiterparteien zustande kommt. Um die Ziele der Einheitsfront ausschließlich auf die Probleme des Kampfes gegen die Offensive des Kapitals, gegen die Lohndrückerei, gegen die Arbeitslosigkeit zu reduzieren, war sie geneigt, die Losung der Unterstützung Sowjetrußlands aus der bereits angenommenen gemeinsamen Plattform zu streichen, wenn damit der Kampf für die Einheitsfront der Zweiten und der Zweieinhalb - Internationale erleichtert wird. Demgegenüber wollte sie eine klare Antwort auf die Frage, ob die Zweite den Arbeiterweltkongreß will oder nicht. Vor die klare Frage gestellt, mußten sich die Herrschaften demaskieren: die Zweite Internationale als Gegnerin der Einheitsfront und die Zweieinhalb-Internationale als ihre willige Gefolgschaft. Unter diesen Bedingungen ist die Sitzung aufgeflogen.

Die Kommunistische Internationale rief daraufhin eine neue erweiterte Exekutive zusammen. Die erweiterte Exekutive wurde am 7. Juni eröffnet. Es nahmen an ihr 27 Länder mit 60 Delegierten teil. Die Hauptaufgaben der erweiterten Exekutive waren die Feststellung der weiteren Taktik, der Lehren der ersten Etappe, die Korrektur der Parteien, deren Linie von der allgemeinen abweicht, die Stellung der Kommunistischen Internationale zum Prozeß der Sozialrevolutionäre und die Einberufung des 4. Weltkongresses.

Was die Taktik der Einheitsfront anbetrifft, wurde einmütig festgestellt, daß trotz des Bruches mit der Neunerkommission die wirtschaftlichen und politischen Voraussetzungen der Taktik der Einheitsfront sogar in erhöhtem Maße weiterbestehen und dementsprechend die Taktik der Sektionen der Kommunistischen Internationale weiter auf die Errichtung der einheitlichen Front gegen die Offensive des Kapitals gerichtet werden muß.

Da die französische, italienische und die norwegische Partei die Einheitsfront nicht durchführten oder die Taktik nur zögernd oder nur teilweise anwandten, beschäftigte sich die erweiterte Exekutive eingehend mit der Lage dieser Parteien

und drückte ihren Wunsch bezüglich der Anwendung der Einheitsfronttaktik auch in diesen Ländern in entsprechenden Resolutionen aus. Was die französische Partei anbetrifft, wurden außerdem sämtliche Fragen der Partei behandelt, da das Vorhandensein eines einflußreichen rechten opportunistischen Flügels die Tätigkeit und Entwicklung der Partei auf allen Gebieten schädigte. Die Exekutive bezeichnete den Block des Zentrums der Partei mit dem linken Flügel gegen den rechten als den Weg zur raschesten Gesundung. Die erweiterte Exekutive untersuchte auch die Lage der K. P. der Tschechoslowakei, wo die Zeichen einer Krise sichtbar wurden. Man fand die Ursache in einer gewissen Passivität der Führung und gab entsprechende Instruktionen zur Beseitigung derselben.

Zum Prozeß der Sozialrevolutionäre wurde festgestellt, daß, nachdem die Zweite und Zweieinhalb-Internationale eine internationale Kampagne gegen die Kommunistische Internationale und gegen Sowjetrußland machte, außerdem, da es sich um eine Angelegenheit handelt, die Sowjetrußland, die stärkste Stütze der Weltrevolution und der Kommunistischen Internationale, betrifft, muß die K. I. sich an dem Prozeß aktiv beteiligen, indem sie Ankläger, Verteidiger, Zeugen und Experten im Prozeß stellt.

Der 4. Kongreß wurde für den 7. November 1922, den fünften Jahrestag der proletarischen Revolution, nach Moskau einberufen. Seine Tagesordnung ist wie folgt:

1. Bericht der Exekutive.
2. Taktik der Kommunistischen Internationale.
3. Programm der Kommunistischen Internationale und ihrer deutschen, französischen, italienischen, tschechoslowakischen, bulgarischen, norwegischen, nordamerikanischen und japanischen Sektionen.
4. Agrarfrage.
5. Gewerkschaftsfrage.
6. Erziehungsarbeit.
7. Jugendfragen.
8. Orientfragen.

Die Haupttätigkeit des 4. Kongresses wird sich um den 3. Punkt gruppieren. Zur Vorbereitung der Ausarbeitung eines Programms für die Kommunistische Internationale wurde sofort eine internationale Programmkommission eingesetzt, die auch an der Ausarbeitung der Programme der einzelnen Sektionen mitarbeitet.

Die erweiterte Exekutive zeigte im großen und ganzen eine weitere Entwicklung und Verstärkung der kommunistischen Bewegung in allen Ländern. Ein Symptom dafür ist die zunehmende Nervosität der Amsterdamer, die mit Furcht das Anwachsen des Einflusses der Kommunisten in den Gewerkschaften sehen. Viele Anzeichen sprechen dafür, daß sie jetzt in allen Ländern versuchen werden, die Kommunisten aus den Gewerkschaften auszuschließen und bei diesem Manöver auch vor der Spaltung der Gewerkschaften nicht zurückschrecken werden. Die Haupttätigkeit der Kommunistischen Internationale in den Gewerkschaften wird in der nächsten Zeit darauf gerichtet sein, dieses Manöver zu durchkreuzen und nicht zuzulassen, daß die Amsterdamer durch die Zerschlagung der Gewerkschaften das Proletariat weiter schwächen und die Bourgeoisie weiter verstärken.

Moskau, Mitte Juni 1922.

Mathias Rákosi.

Die II. Internationale nach dem Weltkriege.

Während des Krieges scheiterten alle Versuche zur Wiederherstellung der Zweiten Internationale.

Mit der Niederlage der Zentralmächte wurde die Situation für den Reformismus eine andere. Ohne auch nur ein Jota von der Nachkriegspolitik ihrer Bourgeoisien abzurücken, schuf doch die Nachkriegssituation die objektive Möglichkeit für die Versuche einer internationalen Organisation des Reformismus und damit der Wiederaufrichtung der Zweiten Internationale. Die Revolution in Deutschland, und in Oesterreich, die siegreiche Behauptung Sowjetrußlands, die inter-

national herrschende revolutionäre Demobilisierungsstimmung erzeugte die Gefahr der Revolution, und in der Abwehr dieser Gefahr, unbeschadet der nationalen Politik der Sozialdemokraten, fand der Reformismus die objektive Basis für seine internationale Organisation.

Die Berner Konferenz.

(3.-10. Februar 1919.)

Drei Monate nach Ausbruch der deutschen Revolution fand die erste von Henderson und Huysman einberufene internationale Konferenz statt. An ihr nahmen 96 Delegierte aus 26 Ländern teil. Nicht erschienen waren die Bolschewiki, die sozialistischen Parteien der Schweiz, Serbiens, Rumäniens, die auf dem Boden des Zimmerwalder Kongresses standen. Die deutschen Unabhängigen und der linke Flügel der österreichischen Sozialdemokratie hatten zu diesem Kongreß ihre Vertreter entsandt. Die belgischen Sozialisten lehnten eine Beteiligung an dieser Konferenz ab, weil sie sich mit den deutschen Sozialdemokraten nicht zusammensetzen wollten. Ebenso waren die amerikanischen Sozialisten nicht erschienen. Aus Amerika kamen nur Delegierte der Unabhängigen Sozialistenpartei.

Die Konferenz begann damit, daß die französischen Sozialisten (Renaudel etc.) eine Diskussion über die Schuldfrage verlangten. Sie forderten den Ausschluß der am Kriege Mitschuldigen aus der Internationale. Der Antrag war natürlich gegen die deutschen Sozialdemokraten gezielt. Nach einer langwierigen Debatte gaben die Vertreter der deutschen Sozialdemokratie folgende verklausulierte Schulderklärung ab:

> „Durch die Revolution hat das deutsche Proletariat das alte, für den Krieg verantwortliche System gestürzt und zerstört. Die deutsche Sozialdemokratie hat, wie immer man im einzelnen über ihre Politik während des Krieges urteilen mag, jetzt durch die Tat ihren entschlossenen Willen bekundet, alle ihre Kraft dem Aufbau der durch den Krieg zerrütteten Welt zu widmen und im Geiste und Dienste der Internationale gemeinsam mit den Sozialisten aller Länder den Völkerbund des Sozialismus zu erkämpfen."

Der Kongreß nahm diese Erklärung zur Kenntnis, und, während noch das Blut der von Noske etc. in Deutschland ermordeten Arbeiter rauchte, stellte er fest, „daß für die Konferenz die Frage der unmittelbaren Verantwortlichkeit des Krieges geklärt sei, sowohl durch die Aussprache als auch durch die Erklärung der deutschen Mehrheit, die den revolutionären Geist des neuen Deutschland und dessen völlige Loslösung von dem für den Krieg verantwortlichen alten System bekundet hat". Neben der Aufstellung eines Programms für eine internationale Arbeiterschutzgesetzgebung nahm der Kongreß einstimmig zwei Resolutionen über die „Gesellschaft der Nationen" und über die „territorialen Fragen" an. Die erste verlangt einen Völkerbund, dessen Zentralrat aus Delegierten der Parlamente gebildet und in den alle Nationen aufgenommen werden sollen. Die zweite Resolution verlangt für alle strittigen Gebiete die Volksabstimmung unter Kontrolle des Völkerbundes. Diese Resolution verwirft auch „das Recht des Siegers auf Beute". Ueber die konkrete politische

Situation, über den bevorstehenden Friedensvertrag, fand keine Debatte statt.

Ebenso heftig wie die Debatte über die Schuldfrage war die Debatte über Demokratie und Diktatur, deren Resultate in zwei Resolutionen niedergelegt wurden. Ueber die Resolutionen wurde nicht abgestimmt, aber die Mehrheit des Kongresses war für die „demokratische" Resolution. Diese ist, wenn auch in sehr vorsichtiger Form die Eröffnung der sozialdemokratischen Kampagne gegen Sowjetrußland. Darin heißt es:

„Ist nach Ansicht der Konferenz eine wirkliche sozialistische Entwicklung nur in Verbindung mit der Demokratie möglich, so muß auch von Anfang an die Methode einer Vergesellschaftung ausscheiden, die keine Aussicht hat, die Mehrheit des Volkes für sich zu gewinnen. Um so gefährlicher wäre jeder Versuch einer solchen Diktatur, die sich selbst nur auf einen Teil des Proletariats stützt. Das kann nur zur Aufreibung des Proletariats im Bürgerkrieg führen. Das Ende wäre die Diktatur der Reaktion.

Die russischen Delegierten haben vorgeschlagen, die Konferenz möge eine Kommission von Vertretern aller sozialistischen Richtungen nach Rußland senden, um die Internationale über die politische und wirtschaftliche Lage Rußlands unparteiisch zu unterrichten. Die Konferenz ist sich der Schwierigkeiten einer solchen Aufgabe wohl bewußt, aber bei dem allgemeinen Interesse, welches das Proletariat hat, die Wahrheit über die revolutionären Gärungen zu erfahren, empfiehlt sie der Permanenten Kommission, eine solche Abordnung nach Rußland zu senden."

Die Minderheitsresolution (Adler, Longuet) verwahrt sich gegen eine Brandmarkung Sowjetrußlands. Darin heißt es:

„Wir verwahren uns gegen jede wie immer geartete Brandmarkung der Zustände in der russischen Sowjetrepublik, da wir keinerlei zureichende Grundlage zur Beurteilung besitzen und nur das eine mit Sicherheit wissen, daß die schändliche Lügenmache, in der die Depeschenagenturen der Zentralmächte und der Entente während des Krieges miteinander wetteiferten, gegenüber der russischen Sowjetrepublik ungeschwächt fortgesetzt wird."

Die Amsterdamer Konferenz.

(26.-29. April 1919.)

Diese Konferenz wurde auf der Berner Konferenz beschlossen. Die Resolutionen verlangen einen „wirklichen Völkerbund" im Gegensatz zu dem aus dem Versailler Frieden entstandenen. Ebenso wurde der Permanenten Kommission der Konferenz der Auftrag erteilt, in Paris mit dem Obersten Rat zu verhandeln, damit der zu schließende Friede ein Friede im Sinne der 14 Wilson-Punkte werde.

Der Kongreß von Luzern.

(1.-10. August 1919.)

An demselben nahmen zum letzten Mal die deutschen Unabhängigen und die österreichischen Sozialdemokraten teil. Die Mehrheit nahm im Sinne des Versailler Friedensvertrages zur internationalen Situation Stellung. Die wichtigsten Stellen der diesbezüglichen Resolution lauten:

„Die Konferenz begrüßt es mit Freuden, daß endlich der Friede unterzeichnet ist, bedauert aber, daß die durch die Diskussion herbeigeführte Verzögerung eine so große gewesen ist.

Nur wenn alle zur Kriegsbeendigung nötigen Verträge unterschrieben sind, wird die Internationale daran gehen können, die neuen internationalen Ungerechtigkeiten gutzumachen, die sich aus gewissen Klauseln dieser Verträge ergeben. Vor allem aber muß man aus dem Kriege herauskommen.

Die Internationale glaubt nicht, daß alle hartnäckigen Kriegsherde nur durch die Unterzeichnung der Verträge zu löschen sind; aber die Völker hören auf, von der brutalen Waffengewalt bedroht zu werden, können ihre Selbständigkeit festigen und endlich das durch den Krieg unterbrochene wirtschaftliche Gleichgewicht wiederfinden."

Es heißt dann weiter:

„Durch seinen Minister des Auswärtigen, Hermann Müller, hat sich Deutschland bereit erklärt, alle Anstrengungen zu machen, um in loyaler Weise in den Grenzen der Möglichkeit dem unterzeichneten Friedensvertrag nachzukommen. Die Internationale betrachtet diese Worte als den nötigen Ausgangspunkt zum Ausbau der neuen Beziehungen zwischen den Völkern der Welt.

Diese Worte sind geeignet, das durch die kaiserlichen Herren geschaffene Mißtrauen gegen Deutschland zu zerstreuen, das die Mittelmächte ins Verderben brachte.

Die Internationale betont, daß diese fortdauernde Haltung geeignet ist, die siegreichen Regierungen zu einer Politik der Mäßigung zu verpflichten und die Bemühungen der Internationale selbst zugunsten einer Revision der Verträge zu erleichtern."

Die Zweite Internationale stellt also fest, daß sie die Friedensverträge von St. Germain und Versailles als die geeigneten Grundlagen für die „Beziehungen der Völker" betrachtet und ermahnt die S. P. D. und U. S. P. D., alles zu tun, damit der Versailler Vertrag von Deutschland durchgeführt wird. Die Resolution verlangt ferner die sofortige Einberufung des Völkerbundes. Die Resolution der Minderheit, der Keimzelle der Zweieinhalb-Internationale, stellt dieser Resolution gegenüber fest, daß die Friedensverträge von Versailles und St. Germain Gewaltfrieden seien und ruft zur Unterstützung der russischen Revolution auf. Als Kuriosum sei noch erwähnt, daß die deutschen Sozialdemokraten erklärten, beiden Resolutionen ihre Zustimmung geben zu können! Es wurde die Einberufung eines neuen Kongresses nach Genf beschlossen, der vom 31. Juli bis 4. August dort tagte. Im Mittelpunkt der Verhandlungen stand die Kriegsschuldfrage und „Demokratie oder Diktatur". Die S. P. D. legte eine Denkschrift vor, in der sie erklärte, daß „sie auch noch heute der Ueberzeugung ist, daß die Grundlinie ihres Verhaltens durch die Ereignisse selbst vorgeschrieben war, und sie kann sich auch heute noch keinen Vorwurf daraus machen, daß sie bestrebt war, den Sieg eines feindlichen Imperialismus über ihr eigenes Volk zu verhindern".

Die Schuldfrage wurde durch ein Kompromiß erledigt, in dem die Schuld der Deutschen am Weltkriege in etwas verschleierter Form festgestellt wurde. In der Frage „Demokratie oder Diktatur" war der Kongreß einmütig der Meinung: „Für die Demokratie und gegen die Diktatur, für die großen Prinzipien der Völkerkultur und der politischen Freiheit". Auf der Konferenz kam es auch zu einer wüsten Hetze gegen Sowjetrußland. In organisatorischer Beziehung beschloß die Konferenz die Bildung eines Exekutivkomitees mit Henderson an der Spitze und die Verlegung des Internationalen Büros von Brüssel nach London. Die Annahme eines Statuts vollendete auch die formelle Konstituierung der Zweiten Internationale. Die britische Sektion wurde aufgefordert, mit jenen Arbeiterparteien in Verbindung zu treten, die auf der Genfer Konferenz nicht vertreten waren.

Das in Genf neu konstituierte Exekutivkomitee trat zum ersten Mal am 4. und 5. November 1920 in London zusammen und beschloß dort ein „Manifest an die Arbeiter". Die Arbeiter werden in diesem Manifeste aufgefordert zum Kampf „für die Weltanschauung des demokratischen Sozialismus gegen die Sklaverei des Kapitalismus auf der einen, gegen die tyrannische Diktatur des Bolschewismus auf der anderen Seite". Auf der nächsten Tagung des Exekutivkomitees, am 17. März 1921, fand eine Registrierung der der Zweiten Internationale angeschlossenen Parteien statt. Es waren angeschlossen: Armenien (Menschewiki), England (Labour Party und Gewerkschaften), die S. P. von Deutschland, Belgien, Schweden, Holland, Dänemark, Ungarn, Georgien, Frankreich (P. S. F.), Schweiz (Grütliverein), Türkei (Sozialistische Partei), Tschechoslowakei (Tschechische Sozialdemokratische Partei), Italien (Reformisten) und Polen (P.P.S.).

Aus Anlaß des Abbruches der Londoner Verhandlungen beschloß das Exekutivkomitee die Abhaltung einer Konferenz in Amsterdam. Diese fand am 30. März 1921 statt. Die Vertreter der S. P. D. erklärten auf dieser Konferenz erneut, daß sie in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen in Genf alle berechtigten Reparationsforderungen anerkennen.

Die nächste Exekutivsitzung in London am 27. und 28. Juni beschloß, auf die alliierten Regierungen „allen möglichen Druck auszuüben, um die Aufhebung der Sanktionen im Rheinland zu erwirken".

Im Oktober 1921 kam es zu einer Besprechung mit der Labour Party zum Zwecke der Einberufung einer gemeinsamen Konferenz mit der Zweieinhalb-Internationale, die aber ergebnislos verlief. Die Vertreter der Zweieinhalb-Internationale machten die Beschickung einer gemeinsamen Konferenz von der Teilnahme der Kommunistischen Internationale abhängig, was aber die Labour Party ablehnte. Die Offensive des Kapitals, Angriffe gegen den Achtstundentag, die Lohnreduktionen, die wachsende Arbeitslosigkeit, die politische Stabilisierung der Bourgeoisie erzeugen im Proletariat das Bestreben nach Zusammenschluß zum gemeinsamen Kampf und zur gemeinsamen Abwehr. Diesem Streben der Arbeiter nach Zusammenschluß können sich auch die Zweite und die Zweieinhalb-Internationale nicht entziehen. Sie müssen zumindest zum Schein vor den Arbeitern ihren „Willen" bekunden, über gemeinschaftliche Aktionen zu beraten.

Die Pariser Konferenz.

(4. Februar 1922.)

Die Einberufung zu dieser Konferenz ging von der Französischen Sozialistischen Partei aus mit Zustimmung der Zweieinhalb-Internationale, der sie angeschlossen ist. Es sollten an dieser Konferenz alle proletarischen Parteien Englands, Frankreichs, Italiens, Belgiens und Deutschlands teilnehmen. Als Tagesordnung waren die Reparationen angesetzt. Von den Parteien der Zweiten Internationale waren aber nur die Belgier und die Engländer erschienen, da die Deutschen infolge des Eisenbahnerstreiks am Kommen verhindert waren. Daher konnte auch eine Debatte über die Reparationsfrage nicht abgehalten

werden. Die Konferenz verlief resultatlos. Es kam aber zu unverbindlichen Besprechungen zwischen den Vertretern der Zweiten und der Zweieinhalb-Internationale über die Einberufung einer Konferenz der drei Exekutiven. In diesen Besprechungen kann man schon deutlich die Linien jener Sabotage-Politik verfolgen, die die Zweite Internationale dann auf der Berliner Konferenz und in der Sitzung der Neuner-Kommission anwandte, um eine Beratung über eine internationale Aktion des Proletariats unmöglich zu machen. Ohne eine endgültige Antwort auf den Vorschlag der Zweieinhalb-Internationale zu geben, erklärten die Vertreter der Zweiten Internationale, daß man der Kommunistischen Internationale folgende Bedingungen stellen müsse, ehe man sich mit ihr auf einer gemeinsamen Konferenz treffen könne: Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker (gemeint ist die Auslieferung Georgiens an den französischen und englischen Imperialismus), Befreiung der politischen Gefangenen in Rußland (gemeint sind die Sozialrevolutionäre und Menschewiki, die gegen die Sowjetrepublik aufgetreten waren) und Aufgabe der kommunistischen Gewerkschaftsarbeit.

Die Fortsetzung der Pariser Konferenz war die

Frankfurter Konferenz.

(25.-27. Februar 1922.)

Gleichzeitig mit derselben tagten die Vertreter der Zweiten und Zweieinhalb-Internationale zum Zwecke der Vorverhandlungen über die Einberufung einer allgemeinen Konferenz. Das Exekutivkomitee der Zweiten Internationale gab eine Erklärung ab, in der sie einer „Vorbesprechung" zustimmte, aber sich vorbehielt, die Frage Georgiens und die Befreiung der politischen Gefangenen auf dieser Konferenz zur Sprache zu bringen.

Auf der Frankfurter Konferenz selbst konnte man eine einheitliche Politik der Parteien der Zweiten Internationale gegenüber der Zweieinhalb-Internationale nicht feststellen. Die Scheidelinien liefen nicht zwischen der Zweiten und der Zweieinhalb-Internationale, sondern parallel mit den Grenzen der einzelnen Länder. Die Politik, für die die einzelnen Parteien sich aussprachen, entsprachen der Politik der Regierungen von Paris, London und Berlin. In der Sitzung der Entwaffnungskommission verlangten z. B. die Engländer (Zweite Internationale), daß die Forderung auf die Bekämpfung jedes militärischen Bündnisse in die Programmresolution aufgenommen werde. Hiergegen wandten sich die Franzosen (Zweieinhalb-Internationale) und die Belgier (Zweite Internationale), die S. P. D. (Zweite Internationale) und die deutschen Unabhängigen (Zweieinhalb-Internationale).

Noch schärfer waren die Gegensätze in der Reparationsfrage. Die Franzosen hatten der Konferenz ein allgemein gehaltenes Memorandum über die Revision des deutschen Reparationsplanes vorgelegt. Die englischen Arbeiterparteiler stellten darauf einen Abänderungsantrag, der die sofortige Streichung der Kriegsschulden, die einstweilige Einstellung der deutschen Reparationszahlungen und den Verzicht auf den Ersatz der an die Siegermächte zu leistenden Pensionen und Rentenausgaben forderte. Die Engländer betonten gleich-

zeitig, daß die Reparationsfrage kein Einzelproblem sei, sondern nur im Zusammenhang mit Sowjetrußland und dem allgemeinen Wiederaufbau behandelt werden könne. Gegen diese Vorschläge wandten sich die französischen und belgischen Sozialpatrioten und fanden dabei die Unterstützung der deutschen S. P. D. und U. S. P. D.

Die Berliner Konferenz

(2.-5. April 1922.)

(Siehe den Artikel über die Kommunistische Internationale.)

Die Londoner Konferenz der II. Internationale

(18.—19. Juni 1922)

stand in erster Linie im Zeichen des Kampfes gegen „Moskau", was sowohl in den Debatten, als auch in sämtlichen Resolutionen zum Ausdruck kam. So wurde in der Resolution zur politischen Lage neben dem Kampfe gegen ‚rechts' der Kampf gegen „die Uebergriffe der Diktatur von ‚links'" angesagt. Zu der Frage der Einheitsfront beschloß die Konferenz, nach Aufstellung des üblichen Sündenregisters der Kommunistischen Internationale, „daß sie unter diesen Umständen an keinen Versuchen mehr teilnehmen kann, mit der Kommunistischen Internationale zu internationalen Beschlüssen zu gelangen". Der I. G. B. wurde zum „erfolgreichen Kampfe gegen die Kommunistischen Spaltungsversuche" beglückwünscht. Gleichzeitig suchte die Konferenz einen Weg zum engeren Zusammenschluß mit der Zweieinhalb-Internationale zu bahnen. Es wurde erklärt daß es sich zwischen den beiden Internationalen lediglich um Meinungsverschiedenheiten in der Frage der Methoden, nicht aber der Grundsätze handelt. Die Zweieinhalb-Internationale wurde — entgegen der Opposition Tom Shaw's — zu einem „allgemeinen Kongreß der sozialistischen Arbeiterparteien" für den 1. Oktober nach Hamburg eingeladen. — In den Fragen der allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Lage wurde eine Entschließung angenommen die die Notwendigkeit der Stärkung des Völkerbundes zwecks Erleichterung der Abrüstung und der internationalen Verteilung der Rohstoffe betonte.

Internationale Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien.

(I. A. S. P.)

Die Zweieinhalb- oder Wiener Internationale entstand aus den von der Kommunistischen Internationale zurückgewiesenen oder zurückgeschleuderten sozialistischen Parteien. Die 21 Bedingungen des zweiten Kongresses der Kommunistischen Internationale haben klar bewiesen, daß die Kommunistische Internationale nicht geneigt ist, allen Arbeiter-

parteien, die sich die Freiheit des Entschlusses, national oder international, revolutionär oder gegenrevolutionär zu handeln, bewahren wollen, eine Immunität gegenüber den revolutionären Massen zu sichern. Diese Tatsache veranlaßte die I. L. P. Englands, die U. S. P. D. und die S. P. der Schweiz, in voneinander unabhängigen Beschlüssen (Ende Oktober 1920) eine Konferenz der außerhalb der zwei Internationalen stehenden Parteien vorzuschlagen, um „miteinander über die Bildung einer weltumspannenden Internationale zu beraten, die der Bewegung in jedem Lande die Freiheit ihrer Entwicklung nach ihren besonderen ökonomischen und historischen Kampfbedingungen lassen muß" (I. L. P.), bezw. „zu einer gemeinsamen Aussprache über die gegenwärtige internationale Situation und zur Stellungnahme zur Frage der Internationale" zu kommen, . . . „wie sie nach dem zweiten Kongreß der Kommunistischen Internationale gegeben ist" (U. S. P.); bezw. um „mit jenen Parteien des Auslandes, die sich der Kommunistischen Internationale anzuschließen wünschen, sich aber mit den 21 Bedingungen nicht einverstanden erklären können, in Verbindung zu treten, um gemeinsam mit diesen Parteien eine Revision der Aufnahmebedingungen zu erstreben, die den internationalen Zusammenschluß der revolutionären Arbeiterparteien ermöglicht" (S. P. d. Schweiz). Der Parteitag der Sozialdemokratie Deutschösterreichs hat am 7. November 1920 beschlossen, „dahin zu wirken, daß die Konferenz über die Mittel und Wege berät, nach welchen der Aufbau einer Weltorganisation der Arbeiterklasse möglich ist, in der die Massen der klassenbewußten Proletarier aller Länder vereinigt sind". Auf Grund dieser Beschlüsse fand die sogenannte Berner Vorkonferenz vom 5.—7. Dezember 1920 statt, an der außer den angeführten vier Parteien noch die Sozialistische Partei Frankreichs, die russischen Menschewiki und die Deutschen Sozialdemokraten der Tschechoslowakei teilnahmen. Das Resultat dieser Vorkonferenz war ein Aufruf, der für notwendig erklärt, „alle Kräfte des Weltproletariats zu sammeln und in den Mittelpunkt seines Kampfes die sozialistischen Endforderungen zu stellen. Der Weltherrschaft des Kapitals muß das Proletariat seine eigene Weltpolitik entgegenstellen. Aufgabe dieser Politik muß es sein, Sowjetrußland gegen die Angriffe der imperialistischen Westmächte tatkräftig zu verteidigen, die konterrevolutionären Intrigen des französischen Imperialismus in Mitteleuropa zu durchkreuzen . . . alle revolutionären Kräfte der Welt gegen die Herrschaft des Imperialismus zu vereinigen." Nach einer Kritik der Zweiten und der Kommunistischen Internationale gibt der Aufruf den Standpunkt der Parteien über Kampfmittel und Taktik des Klassenkampfes (s. unten) und ruft eine Internationale Sozialistische Konferenz für den 22. Februar 1921 nach Wien zusammen. Zur Vorbereitung wurde eine Kommission eingesetzt (Adler, Grimm, Ledebour, Longuet, Wallhead), die auch jetzt das Büro der I. A. S. P. bildet.

Auf der Wiener Gründungskonferenz (vom 22. bis 27. Februar 1921) bildete sich die I. A. S. P. aus den sieben Par-

teien der Berner Vorkonferenz und aus den linken S. R., den sozialdemokratischen Parteien Jugoslaviens, Litauens, Rumäniens, aus dem „Poale Zion" und einer Gruppe der ungarischen Emigranten (Világosság). Außerdem haben sich angemeldet: die S. P. Argentiniens, S. P. Finnlands, S. P. Griechenlands, die Deutsche Sozialdemokratie Polens und die Ungarische Sozialdemokratische Partei der Tschechoslowakei. Die Gründungskonferenz hat Leitsätze angenommen über „Imperialismus und soziale Revolution" und über „Methoden und Organisation des Klassenkampfes". Aus den Ersteren teilen wir mit:

„Deshelb erklären die auf der Wiener Konferenz vereinigten Parteien, daß sie in die Arbeitsgemeinschaft, die sie gründen wollen, nur solche Parteien aufnehmen können, die frei vom Einfluß des Sozialpatriotismus sind, jede Unterstützung eines imperialistischen Krieges und jede Politik des Burgfriedens, sei es auch unter dem Vorwande der Landesverteidigung, ablehnen, als Richtschnur ihres Handelns nur die Wahrung des revolutionären Klasseninteresses anerkennen und der Internationale die Einheit ihrer Aktion und die Durchführung ihrer Beschlüsse zu garantieren imstande sind." „Die auf der Wiener Konferenz vertretenen Parteien sind weit davon entfernt, die von Moskau aus propagierte systematische Spaltung der proletarischen Parteien zum Zwecke ihrer Reinigung gutzuheißen." . . . „muß die Arbeitsgemeinschaft . . . . darauf bestehen, daß in jeder Partei, die sich ihr anschließen will, eine Mehrheit besteht, die entschlossen den Sozialpatriotismus ablehnt."

Zu diesem Punkt und im Zusammenhang damit wurden folgende Resolutionen angenommen:

„zum Zwecke der gründlichen Prüfung der Frage der Wiedergutmachung eine gemeinsame Besprechung der drei Parteien Deutschlands, Englands und Frankreichs abzuhalten", Versammlungen und Kundgebungen zu veranstalten, „insbesondere für die allgemeine Abrüstung und für die Revision der Friedensverträge." Weiter: „Die Konferenz verpflichtet die sozialistischen Parteien, mit allen Kräften, über die sie verfügen, die konterrevolutionäre Intervention der kapitalistischen Mächte in Sowjetrußland zu bekämpfen, die Herstellung des Friedenszustandes mit Rußland, die Aufnahme der wirtschaftlichen und diplomatischen Beziehungen mit der Sowjetrepublik zu fördern und jede kriegerische Aktion der kapitalistischen Mächte gegen Sowjetrußland zu bekämpfen, insbesondere auch durch Verhinderung der Truppen- und Munitionstransporte."

Aus den Leitsätzen über „Methoden und Organisation des Klassenkampfes". — Nach Wertung der bürgerlichen Demokratie und Betonung der Mannigfaltigkeit der objektiven Bedingungen des Klassenkampfes wird ausgeführt, daß auch im Falle einer demokratischen Eroberung der Macht durch das Proletariat die Sabotage der Bourgeoisie „in der Regel" zur Anwendung diktatorischer Mittel von seiten des Proletariats führen wird.

„Die proletarische Diktatur nimmt dann die Form einer diktatorischen Herrschaft der von der Arbeiterklasse eroberten demokratischen Staatsgewalt an." Wo aber die Bourgeoisie Machtmittel besitzt, dort „wird die Arbeiterklasse die Herrschaft nur durch die direkte Massenaktion (Massenstreiks, bewaffnete Aufstände usw.) erobern, nur durch diktatorische Niederhaltung der besiegten Bourgeoisie sich behaupten können. Die Diktatur des

Proletariats muß dann ausgeübt werden auf der Grundlage der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte, der gewerkschaftlichen oder anderer proletarischen Klassenorganisationen."

Die proletarische Internationale „darf das Proletariat weder auf die Anwendung der demokratischen Methoden beschränken, wie dies heute die genannte Zweite Internationale tut, noch ihm die schablonenhafte Nachahmung der Methoden der russischen Bauern- und Arbeiterrevolution vorschreiben, wie dies die Kommunistische Internationale will". „Eine solche internationale Organisation ist aber nur insoweit lebendige Wirklichkeit, als ihre Beschlüsse für alle ihre Teile bindend sind. Ein jeder Beschluß der internationalen Organisation bedeutet dabei eine selbstgewollte Einschränkung der Autonomie der einzelnen Länder."

Auf diese letzte Phrase wird besonders Gewicht gelegt, wie aus dem Referat Adlers über den Kommissionsbericht hervorgeht: „Was Einschränkung der Autonomie ist, geht aus dem Willen der Parteien hervor . . . und ist daher dieses Wort „selbstgewollte Einschränkung" hinzugekommen. Dies ist ja einer der wesentlichsten Punkte, die uns scheiden von der Organisation, die sich heute die Kommunistische Internationale nennt" usw. Weiter im Hauptreferat Adlers:

„Wir konstruieren die Internationale nicht wie eine Partei, wie Moskau sie will, sondern wir konstruieren die Internationale wie einen Arbeiterrat, in den die Parteien der Internationale als autonome Parteien eintreten und in dem ihre Autonomie erst nachträglich durch Beschluß dieser Gesamtheit beschränkt werden kann."

Aus den Statuten teilen wir im Wortlaut mit:

„§ 1. Unter dem Namen „Internationale Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien" besteht eine Vereinigung solcher sozialistischer Parteien, die die Verwirklichung des Sozialismus durch die Eroberung der politischen und wirtschaftlichen Macht auf dem Wege des revolutionären Klassenkampfes erstreben. — Die Arbeitsgemeinschaft ist nicht eine das gesamte revolutionäre Proletariat umfassende Internationale, wohl aber ein Mittel zur Schaffung einer solchen.

§ 2. Die Arbeitsgemeinschaft hat die Aufgabe, die Tätigkeit der angeschlossenen Parteien zu vereinheitlichen, gemeinsame Aktionen einzuleiten und die Herstellung einer Internationale zu fördern, die das gesamte revolutionäre Proletariat umfaßt.

§ 3. Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft können alle sozialistischen Parteien werden, die keinem der Parteiverbände angehören, die sich „Zweite" oder „Kommunistische" Internationale nennen, dieses Statut als für sich verbindlich anerkennen und die Beschlüsse der allgemeinen Konferenzen der Arbeitsgemeinschaft erfüllen.

§ 6. Die Beschlüsse der Arbeitsgemeinschaft sind für alle Mitglieder verbindlich; insbesondere verpflichten sich die der Arbeitsgemeinschaft angehörenden Parteien, einzeln keinerlei Anschlußverhandlungen mit anderen internationalen Organisationen zu führen und im übrigen ihre internationale Politik gemeinschaftlich zu bestimmen."

Der letzte Punkt bezog sich ursprünglich nur auf die Verhandlungen mit der Kommunistischen Internationale, wie aus dem Referat Adlers hervorgeht:

„Denn die Zerrüttung des europäischen Proletariats ist durch nichts so herbeigeführt worden wie dadurch, daß jede Partei einzeln nach Moskau bitten gegangen ist . . . Es ist unsere entschiedene Meinung, daß wir das Recht haben, zu verlangen, daß wir, obwohl wir den Opfermut und die Energie derjenigen, die die Herrschaft in Sowjetrußland durch so viele Jahre aufrechterhalten haben, bewundern, in der Internationale betrachtet und behandelt werden als Gleiche unter Gleichen" usw. „Einig sind wir darin, daß es mit der Zweiten Internationale derzeit eine Verhandlung nicht geben kann."

Trotz dieser „Bewunderung" war die Gründungskonferenz voll von Herabsetzung Sowjetrußlands und der Kommunistischen Internationale. Die Bewunderung und der „Geist des revolutionären Marxismus" spricht auch aus dem Briefe, den im Zusammenhang mit der Konferenz derselbe Friedrich Adler an Macdonald geschrieben hat. (S. „Der Kampf" Februar/März 1921. „Was trennt uns von der Zweiten Internationale?")

„Diese Anarchie in der Internationale war es auch, die es Lenin ermöglichte, auf eigene Faust, ohne Verständigung mit den Vertretern des klassenbewußten Proletariats anderer Länder, sich in eines der folgenschwersten Experimente für die Arbeiterklasse nicht nur Rußlands, sondern der ganzen Welt zu stürzen."

Die Amsterdamer Konferenz (1.—4. April 1921) der U. S. P. D., I. L. P. und S. F. J. O. (s. o.) über die „Sozialistische Wiedergutmachung" hat einen utopistischen Plan zur Wiedergutmachung auf Grundlage der internationalen kapitalistischen Solidarität gefaßt, in vollem Einklang mit dem Plan der Gewerkschaftsinternationale.

Anfang Juli wurde ein Aufruf „Für das notleidende russische Proletariat" erlassen; darin heißt es:

„Wir haben den schweren Irrtum der Bolschewiki über die ökonomischen Entwicklungstendenzen und die politischen Möglichkeiten der Nachkriegszeit stets für ein schreckliches Verhängnis für die soziale Revolution gehalten. Wir haben alles darangesetzt, um das Weltproletariat zur Erkenntnis dieses unheilvollen Fehlers der Geschichtsperspektive zu bringen. Wir waren gezwungen, die entsetzlichen Mißgriffe der herrschenden Regierung in Rußland auf das schärfste zu bekämpfen" usw.

Nachdem alle Aufrufe der russischen Menschewiken offiziell („Nachrichten") veröffentlicht wurden, hat das Büro der I. A. S. P. in seiner Frankfurter Sitzung (8.—11. Juli 1921) den ersten Protest gegen den bolschewistischen Terror gegenüber den sozialistischen Parteien Rußlands und „gegen den Ueberfall der bolschewistischen Truppen auf Georgien" erhoben.

Vom 17.—21. Oktober 1921 fand in London eine Sitzung des Exekutivkomitees statt, auf der neben der obligaten Entrüstung über die Verhaftungen von Sozialisten in Rußland auch gegen die Verurteilung von Sacco und Vanzetti

protestiert wurde. Das Exekutivkomitee hielt eine gemeinsame Besprechung mit dem Exekutivkomitee der englischen Arbeiterpartei „über die Probleme der internationalen Zusammenfassung der proletarischen Kräfte" ab. Das Resultat dieser Besprechungen wurde in einem Briefwechsel festgelegt, aus dem hervorgeht, daß die I. A. S. P. eine Konferenz mit Ausschluß der Kommunistischen Internationale nicht für nützlich hielt.

In der Bürositzung in Frankfurt (17.—18. Dezember 1921) wurde beschlossen, „eine Konferenz der proletarischen Parteien jener Länder, die durch die Friedensdiktate von Versailles und St. Germain direkt betroffen sind", mit dem Programm „Die ökonomische Lage Europas mit besonderer Berücksichtigung des Problems der Reparationen" vorzuschlagen.

Am 15. Januar 1922 wurde der Aufruf zur Einberufung einer allgemeinen Konferenz des klassenbewußten Weltproletariats erlassen und angekündigt, daß Verhandlungen mit den Exekutiven in London und in Moskau eingeleitet werden würden. Gleichzeitig wurde die Französische Sozialistische Partei ermächtigt, die Reparationskonferenz einzuberufen. Diese „Fünfländerkonferenz" (Belgien, Deutschland, England, Frankreich, Italien) tagte teils in Paris (5. Februar) teils in Frankfurt (25. Februar). In ihrer Resolution wiederholte sie im wesentlichen den Amsterdamer Wiedergutmachungsplan (s. o.) und brachte auch eine Resolution über die Abrüstung zustande.*)

Seit der Gründung meldeten sich bis Ende Mai 1922 bei der I. A. S. P. noch nachstehende Parteien an: Sozialistische Partei Spaniens, Sozialrevolutionäre Rußlands, Unabhängige Sozialdemokratische Partei Polens, Sozialistische Partei Amerikas, Unabhängige Sozialistische Arbeiterpartei der Tschechoslowakei.

Der Zweieinhalb-Internationale angeschlossen, mit ihrer „moralischen und materiellen Hilfe", existiert die „Internationale Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Jugendorganisationen."

Der Zulauf aller dieser Parteien zu dieser „freien" Internationale erklärt sich durch ihre in ihrer kurzen Geschichte schon klar hervorgetretene Richtungslosigkeit. Alle die Parteien, die weder die kompromittierte Vergangenheit der Zweiten, noch die revolutionäre Rolle der Kommunistischen Internationale auf sich nehmen wollen, schließen sich ihr an.

Programm? Die I. L. P. Englands hat ihren Anschluß auf der Jahreskonferenz 1921 mit Vorbehalten über die Abschnitte der Leitsätze betreffend Demokratie und Diktatur beschlossen. „. . . die I. L. P. sich das Recht vorbehalten müsse, die betreffenden Abschnitte der Leitsätze im Lichte der in ihrem Lande bestehenden Bedingungen zu interpretieren. Bei Festhaltung der Tatsache, daß

*) Ueber die Berliner Konferenz der drei Exekutiven und des Neuner-Komitees, siehe bei der K. I.

die I. L. P. die Anwendung bewaffneter Macht zur Eroberung der politischen Gewalt stets verworfen hat . . . sich die Freiheit vorbehält, die Politik in ihrem Lande gemäß den Beschlüssen ihrer Konferenzen zu führen."

Beschlüsse? Die Unterstützung Sowjetrußlands? Siehe oben. Nichts zu tun haben wollen mit der Zweiten Internationale, Versuche einer Einigung der revolutionären Kräfte? Dagegen: Zusammenarbeit mit der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale (Wiedergutmachungspläne, Hilfsaktion); Macdonald, Mitglied der Zweiten und der Wiener Internationale, praktische Unterstützung der Zweiten Internationale, maßlose Hetze gegen die Kommunistische Internationale.

Klassenkampf? Ja, entschiedener — im Programm. „Die Periode der sozialen Revolution ist da", aber in keinem Lande eine konkrete revolutionäre Situation. „Begreifen wir es wohl: alle unsere Kämpfe gegen unsere armselige heimische Bourgeoisie — was sind selbst die Rothschild und Castiglioni, selbst die Krupp, Dreher und Schöller gegen Cäsar Morgan? — sind doch nur Kämpfe von provinzieller Bedeutung. Ist die Weltherrschaft in die Hände des amerikanischen Finanzkapitals gefallen, so wird sich das Schicksal der Welt dereinst in den Klassenkämpfen des amerikanischen Proletariats entscheiden."

Theorie des Staates und der Partei? Die Diktatur kann ausgeübt werden durch „Gewerkschaften" usw. (s. Leitsätze).

Was bleibt da? Der Geist der deutschösterreichischen Sozialdemokratie; verkappte oder offene Koalition mit der Bourgeoisie!

J. L.

Die revolutionäre Bewegung der Gewesenen Kriegsteilnehmer.

Im Kriege gab es viele Soldaten, in denen der revolutionäre Geist brütete und reifte, und es wäre wahrhaftig zu schön gewesen, wenn diese ganze tiefe und gerechte Empörung hätte nutzbringend dauern und ausbrechen können. Leider wurden viele abtrünnig von jenen, die am lautesten gerufen hatten: „Das muß anders werden, wenn wir zurückkommen; wir werden zu sagen und zu tun wissen, was wir wollen!" Es ist wahr, der Soldat genoß damals in der Oeffentlichkeit ein glänzendes Ansehen. Es war die Zeit, als man ihn brauchte, der Augenblick, als man gern in den pathetischsten Tönen von der Höhe der Tribünen und der Höhe der Zeitungen ausrief: „Sie haben mehr Rechte als wir." Dieses Ansehen verdrehte manchem von ihnen den Kopf.

Der revolutionäre Geist hält nicht aus und dauert nicht, wenn er nur revolutionärer Geist bleibt. Der ewig Mißvergnügte ist nicht zu fürchten, wenn er sich darauf beschränkt, von einem Zorn in den andern und von Beschuldigungen in Verwünschungen zu fallen. Er ist

erst dann zu fürchten, wenn er sich einer festgefügten Lehre von Grundsatz und Handlung unterwirft.

Zahlreiche von diesen schrecklichen „Brummern" von 1914 und denjenigen, welche, mehr oder weniger im Hintergrund, im Namen der Soldaten wahrgesprochen hatten, gründeten Vereinigungen früherer Kriegsteilnehmer. Diese Gruppen, die wir, wenn ich nicht irre, seit dem dritten Kriegsjahr sich bilden sahen, stellten sich unter den Schutz des Staates. An ihrer Spitze sah man Namen wie Maurice Barrès, Louis Barthou, Cardinal Amette. Ihr Ziel war, darüber zu wachen, daß die Ueberlebenden des Krieges in ihren Interessen nicht geschmälert wurden, daß sie durch die Vereinigung ihr Recht auf Renten, Remunerationen, Pension, ärztliche Behandlung usw. durchsetzen konnten. Diese großen Vereinigungen legten Wert darauf, zu betonen, daß sie die bestehenden Institutionen absolut achten und daß in ihren Kreisen die Politik sorgfältig vermieden wird. Dank dieser Klausel „unpolitisch", die, wenn man sie gut versteht, bedeutet, daß diese Organisationen der regierenden Politik ergeben sind, hatten diese Vereinigungen ehemaliger Kriegsteilnehmer einen ausgesprochen offiziellen Charakter. Manche von diesen Gesellschaften der Kriegsopfer, die zu ihrer Rolle der Opfer noch die der Narren fügten, entwickelten sich recht gut, zum großen materiellen und moralischen Nutzen ihrer Führer.

Es ist bekannt, daß auch Vereinigungen einer anderen Ordnung sich konstituiert haben. Diese bettelten nicht um den Schutz der Behörden und der großmütigen Bourgeoisie, machten keine Konzessionen und begingen keine Niedrigkeiten. Die den Ueberlebenden und Opfern des Krieges zustehenden Vergünstigungen forderten sie als ihr Recht, und sie forderten auch neue Gesetze, diese Vergünstigungen nach Vernunft und Billigkeit auszudehnen.

Ferner waren die Gründer dieser in Opposition stehenden Gruppen ehemaliger Kriegsteilnehmer der Meinung, daß die Wünsche der früheren Kriegsteilnnehmer die gleichen seien wie die des gesamten Proletariats. Daher kam ihnen die große, logische, aber kühne Idee, ihre Forderungen den Forderungen des Volkes anzuschließen, anzupassen, sie auf irgend eine Weise dem großen Schuldbuch der Ausgebeuteten und Geopferten gegenüber dem Jahrhunderte alten Ausbeuter einzufügen, den Kampf um die Rechte der früheren Kriegsteilnehmer auf den Boden des Klassenkampfes zu stellen.

Es ging nicht darum, die Arbeit der existierenden politischen und Arbeiterorganisationen, der sozialistischen Partei und der Syndikalisten, zu verdoppeln. Ganz im Gegenteil: es handelte sich darum, ein Werk von großer disziplinierter Organisation zu schaffen und der Tätigkeit der Parteien eine einzelne, auf besondere Quellen gestützte Tätigkeit der Neuhinzugekommenen anzuschließen.

Das Ideen-Programm der revolutionären ehemaligen Kriegsteilnehmer besteht aus einigen großen Prinzipien, Ideen allgemeiner Ordnung, die eigentlich auch ein Aktionsprogramm sind, zu weit aber, um für sich allein ein eigentliches politisches Programm zu bilden.

Der bewußte gewesene Kriegsteilnehmer widmet sich dem „Krieg dem Kriege". Aber der Krieg ist eine zusammengesetzte Erscheinung, die man aus dem kollektiven Leben nicht entfernen kann, wenn nicht die Bedingungen dieses kollektiven Lebens — das heißt die

Organisation der Gesellschaft — von Grund auf geändert werden, geändert durch das Verschwinden der herrschenden parasitären Klasse, die den Kapitalismus, Imperialismus und Militarismus verhängnisvoll begünstigt und verändert im Sinne des Internationalismus. Auch ist es nicht möglich, die Lösung dieser Kriegsfrage von einem System der mehr oder weniger heuchlerischen langsamen Reformer zu erwarten, einem System, das um so mehr verspricht, je weniger es halten kann. Die Befreiung kann nur durch eine radikale Aenderung des sozialen Körpers, durch die Revolution kommen.

Die protestierenden ehemaligen Kriegsteilnehmer schufen antimilitaristische Agitationszentren, und sie sorgten dafür — das war ihre Klugheit und ihre Stärke —, sich immer auf dem Boden des Antimilitarismus zu erhalten. Sie hüteten sich davor, sich in eine politische Formel einzuschließen, eine feste Etikette anzunehmen: erstens, weil es zu Konfusionen, Schwankungen und Spaltungen der Parteien geführt hätte, da diese nicht das Bedürfnis haben, sich zu verdoppeln; dann, weil die Beibehaltung weiterer Grundsätze bei gleichzeitiger Einordnung in ein doch festes Programm, das dem Reformismus keinen Raum läßt, ihnen eine viel weitere und viel wichtigere Wirkungssphäre öffnete. Sie tauchten so mitten in die Menschheit hinein, erreichten die riesige Masse aller jener, die unter dem Kriege zu leiden hatten und alles verstehen können, vor allem die nackte und fürchterliche Tatsache des Blutbades und des Ruins.

Die nicht dienerischen ehemaligen Kriegsteilnehmer formulierten die Richtlinien ihrer Organisation bei der Gründung der „Association Républiquaine des Anciens Combattants" (A.R.A.C.), d. h. der „Republikanischen Vereinigung Gewesener Kriegsteilnehmer". Raymond Lefèvre, Vaillant-Couturier, Bruyère und ich haben dem Haus, das wir bauen wollten, von Anfang an einen festen dauerhaften Unterbau gegeben.

Die A. R. A. C. hat in der Politik der letzten Jahre eine Rolle von bemerkenswerter Wichtigkeit gespielt. Sie hat mit ein Verdienst am Erwachen und, wenn man so sagen darf, an der Nutzbarmachung gewisser Bewegungen der öffentlichen Meinung. Ihre Redner sind Männer, denen die bürgerlichen Behörden im allgemeinen nur sehr schwer den Mund schließen können, weil sie, ich wiederhole es, nicht aus der sicheren Stellung des Antimilitarismus heraustreten, gegen den sich kein Mensch auf der Welt mehr öffentlich zu erklären wagt. Ihre übrige Argumentation ist nur die logische Folgerung hieraus.

Es ist natürlich, daß Menschen, die von der Idee der Gleichheit und Freiheit so erfüllt sind, wie wir in der A. R. A. C. es sind, aus ihrer Vereinigung das zu machen suchen, was ihre ganze Bedeutung, ihre ganze Tragweite ausmacht: eine internationale Organisation. Im Auslande, jenseits der Gräben und Grenzen, gab es Menschen, die das Gleiche dachten wie wir. Wir brauchten einander, um in Wahrheit und Wirklichkeit zu wachsen, und wir haben einander gefunden. Ein internationaler Kongreß der Gewesenen Kriegsteilnehmer fand im Juni 1920 in Genf statt. Diesem Kongreß wohnten bei die französischen Delegierten der A. R. A. C. und ihrer tapferen Schwester, der Vereinigung der Verstümmelten Arbeiter und Bauern (F. O. P. M. — Fédé-

ration Ouvrière et Paysannne des Mutilés) und Delegierte der Vereinigungen Gewesener Kriegsteilnehmer aus Deutschland, Elsaß-Lothringen, England, Italien und Belgien. Diese Delegierten, die in ihrer Gesamtheit einen Bestand von etwa einer Million gewesener Soldaten, die auf die Schlachtfelder gehetzt worden waren, repräsentierten, haben eine Erklärung verfaßt und diese an die Spitze der Gründungsstatuten ihrer Internationale gestellt. Die wichtigsten Artikel dieser Erklärung betreffen: Verwerfung individualistischer und anarchistischer Mittel zur Bekämpfung des Krieges; die Notwendigkeit, den Kampf gegen künftige Blutbäder der Bekämpfung der Klassenausbeutung anzuschließen; Vorbereitung des Generalstreiks für den Fall einer Mobilisation und Herstellung des Kontakts für diesen und andere Fälle mit politischen und Arbeiter-Organisationen.

Der Internationale Kongreß, den wir vor einigen Monaten in Wien abgehalten haben, hat die Mehrzahl dieser Dispositionen gefestigt und präzisiert. Er hat auch die Stellung der Gewesenen Kriegsteilnehmer zu den verschiedenen Parteien deutlicher herausarbeitet; die grundlegende Unabhängigkeit, die für die Ausdehnung und Macht unserer Bewegung lebensnotwendig ist, wurde neuerdings proklamiert. Die I. V. G. K. (Internationale Vereinigung Gewesener Kriegsteilnehmer) zeigte sich auf dem Wiener Kongreß ablehnend gegen jede Art des Kompromisses mit den offiziellen und reformistischen Organisationen. (Die Zusammenarbeit mit dem Internationalen Arbeitsbüro, das aus dem Völkerbund hervorgegangen ist und infolgedessen dem trügerischen offiziellen Pazifismus anhängt, wurde in einer Debatte und durch eine charakteristische Note abgelehnt.)

Die A. R. A. C., die sehr viel zur Gründung und zur Lebendigkeit des Aktionskomitees gegen den Krieg mit Rußland beigetragen hatte, konnte, wie uns schien, den verschiedenen nationalen Sektionen der I. V. G. K. als Vorbild der Initiative zur Nachahmung und Wiederholung in deren Milieu dienen.

Gewiß, es gibt viel zu tun, und die Geschichte der Gewesenen Kriegsteilnehmer ist noch sehr kurz und macht den Eindruck eines Geschichtsembryos, eines Anfangs, zwischen den großen Umwälzungen, die wir mitgemacht haben und noch mitmachen werden. In Wirklichkeit sind noch nicht einmal die administrativen und finanziellen Grundlagen genügend ausgebaut — obwohl auf dem Wege dazu —, um die I. V. G. K. zum Leben und zur Erfüllung ihrer besonderen Aufgabe fähig zu machen. Immerzu muß man an die Börse der Genossen appellieren, ein Opfer folgt dem andern, und immer schwerer wird es, für eine Sache der Zukunft den schon für die Gegenwart unzureichenden Lohn zu beschneiden. Und doch ist es nötig. Unsere Freunde verstehen das, und nach und nach entsteht die riesige internationale Organisation, die von allen gestützt wird und die alle stützt.

Oft hörten wir von unsern Gegnern und mitunter auch von unsern Freunden sagen, und zwar schon seit langem, daß die aus dem Kriege hervorgegangene Bewegung der Gewesenen Kriegsteilnehmer nicht die Berechtigung habe, weit über den Krieg hinaus zu dauern, und daß, je weiter die Zeit fortschreitet, um so mehr die Bewegung in eine Art Ohnmacht rückblickender Inaktualität sinke.

Das ist ein großer Irrtum. Weit entfernt davon, erledigt zu sein,

weil der Weltkrieg schon weit hinter uns liegt und fast nur noch ein böser Traum ist, wird die Bewegung der Gewesenen Kriegsteilnehmer immer stärker und lebendiger. Niedergang und Interesselosigkeit sind tatsächlich vorhanden, aber jenseits der Barrikaden. Die berüchtigten, wohlgesinnten, offiziellen Vereinigungen, deren Ziel es war, die Hände der Ueberlebenden des Krieges zusammenzuschließen und sie zu einer braven Herde zu machen, die bei allen Festen mit Lob bedeckt wurden und in der übrigen Zeit sich hüten mußten, sich bemerkbar zu machen, — diese Vereinigungen haben Bankrott gemacht.

Wir sind wiederholt in der Lage gewesen, das feststellen zu können. In diesem Paktverhältnis zwischen der Minderheit der Henker und der Mehrheit der Opfer beginnt man, wie überall, klar zu sehen und Fragen an Gewissen und Vernunft zu stellen. Die Folge davon ist, daß — trotz der Unterstützungen, trotz der Gunst und der Ehren, der Schmeicheleien und Flitter — die öffentlichen Vereinigungen ihr Ansehen und ihre Mitglieder verlieren und daß viele von ihnen zu uns kommen.

Die I. V. G. K., die einzige revolutionäre Internationale dieser Art, ist auf gutem Wege. In den unvergeßlichen Sitzungen bei der Gründung in Genf sagten wir: Allein die Tatsache ihrer Entstehung ist eine große und wichtige Manifestation, der ganzen Welt sichtbar. Jetzt handelt es sich darum, ein strenges und ganzes Werk zu Ende zu führen.

In Deutschland haben die revolutionären Gewesenen Kriegsteilnehmer eine mächtige Organisation. Der „Internationale Bund", dessen Führung der bedeutende und angesehene Genosse Karl Tiedt übernommen hat, gewinnt jeden Tag neue Anhänger. In Oesterreich ist es, neben der zahlenmäßig größten Vereinigung, dem „Zentralverband", der sich uns vor einigen Monaten in edler und erschütternder hellsichtiger Begeisterung angeschlossen hat, die „Reichsvereinigung", geführt von dem Genossen Schmidt, die am klarsten revolutionär arbeitet und handelt. Machtvolle und zähe Mittelpunkte organisierter Antimilitaristen gibt es auch unter den aus dem Kriege Zurückgekehrten der Tschechoslowakei, Jugoslaviens und Bulgariens. In Nordamerika gibt es zwei Vereinigungen: die „Weltkrieg-Veteranen" (World War Veterans) und „Reih und Glied" (Rank and File), als Protest des Gewissens und der Vernunft gegen den Umstand, daß gewisse offizielle Vereinigungen nichts weiter sind als Polizei und Diener der imperialistischen Regierung. In Italien und England hat die Bewegung der antimilitaristischen Gewesenen Kriegsteilnehmer durch besondere Schwierigkeiten Hemmungen erfahren. Der große Zusammenhang, die Solidarität, die allen Gliedern der Internationalen Vereinigung Gewesener Kriegsteilnehmer gestattet, einander gegenseitig zu unterstützen, läßt uns hoffen, daß die lokalen Krisen im Laufe der Gesamtentwicklung der Bewegung verschwinden werden.

Augenblicklich trachten wir, keine Gelegenheit vorübergehen zu lassen, um unsere Ideen und unsere Prinzipien zu verteidigen und zur Geltung zu bringen und auf die Orientierung der öffentlichen Meinung machtvoll zu wirken oder wirken zu helfen.

Henri Barbusse,
General-Sekretär der Internationale der Gewesenen Kriegsteilnehmer.

Die internationale Frauenbewegung.

1. Die Frauenbewegung in den einzelnen Ländern.

Deutschland.

Erwerbstätige Frauen:*)

1882	5 541 517	24 Proz. der Erwerbstätigen
1895	6 578 350	25 ,, ,, ,,
1907	9 492 881	30 ,, ,, ,,

Kommunistische Frauenbewegung: siehe Bericht über Deutschland.

Unabhängige Sozialdemokratische Partei:

1921 . . . . 30 000 Frauen, 14 Proz. der Gesamtpartei
Organ: ,,Die Kämpferin'', Auflage 20 000, 14täglich.
Frauenbeilagen zu den Tageszeitungen.

Sozialdemokratische Partei:

1921 . . . . 192 000 Frauen, 16 Proz. der Gesamtpartei.
Organ: ,,Die Gleichheit''; Auflage 16 000, 14täglich; im Abnehmen begriffen.

Bürgerliche Frauenbewegung:

,,Bund deutscher Frauenvereine'', umfaßt alle deutschen bürgerlichen Vereine, 1920 883 217 Mitglieder, wobei Doppelzählungen vorgekommen. Häufiges Versagen weiblicher bürgerlicher Abgeordneter bei Abstimmungen über rein frauenrechtliche demokratische Fragen (Richterberuf).
Organe: ,,Die Frau'', einmal monatlich. ,,Die Frau im Staat'', einmal monatlich.

Deutsch-Oesterreich.

Sozialdemokratische Bewegung:

Organ: ,,Arbeiterinnen-Zeitung'', 14tägig. Für politisch organisierte Frauen obligatorisch. Auflage der ,,Arbeiterinnen-Zeitung'' 1913 29 000, 1915 13 000, 1917 30 000, 1920 100 000, 1921 102 000.

Kommunistische Bewegung: schwach.

März 1922 gegen 10 Proz. der Gesamtbewegung — zirka 1500 Mitglieder.
Zweimal monatlich erscheinende Frauenbeilage in der ,,Roten Fahne''.

Tschechoslowakei.

Kommunistische Bewegung:

Stark entwickelt mit großer politischer Aktivität. — Beteiligung von Frauen am Dezemberstreik 1920. Seit 1921 Vereinigung der deutschen und der tschechischen Frauen: 1921 33 911 tschechische, 8000 deutsche Frauen.
Vor der Spaltung 120 000 sozialdemokratische Frauen. Schwierigkeit der Propaganda wegen nationaler, sprachlicher und kultureller Verschiedenheiten der Deutschen, Tschechen, Slowaken, Ungarn, Russen.
Organe: ,,Die Kommunistin'', 14täglich (deutsch), ,,Zensky List'' und ,,Zena'', 14täglich (tschechisch). Frauenbeilage des Reichenberger ,,Vorwärts''.

*) Die große Differenz in den Prozentzahlen der erwerbstätigen Frauen in den verschiedenen Ländern ist bloß eine scheinbare; die Grundlage der Einreihung in Erwerbstätige oder Nicht-Erwerbstätige ist nicht dieselbe. — Die Zahl der arbeitenden Frauen nimmt ständig zu.

Sozialdemokratische Bewegung:
Nach Berichten ihrer eigenen Presse äußerst kläglich.
Organ: „Die Sozialdemokratin", 14täglich.

Schweiz.

Erwerbstätige Frauen:
1910 . . . . 500 000 Frauen . . . . 27 Proz. der Erwerbstätigen.
Kommunistische Bewegung:
Anfangsstadium. In der deutschen Schweiz 1000 Frauen auf 6500 Mitglieder, in Genf 5 Frauen auf 300 Mitglieder.
Organ: ursprünglich in den 4 kommunistischen Tageszeitungen regelmäßige Frauenbeilage. Wegen Platzmangel nur selten erscheinende Frauenspalten.
Agitation für das politische Wahlrecht, für die Rußlandhilfe, gegen Lohnreduktionen etc.

Sozialdemokratische Bewegung:
zahlreich, aber durchaus bürgerlich orientiert. (Flickabende etc.)

Frankreich.

Erwerbstätige Frauen:
1896 . . . . 6 411 223 . . . . 33,1 Proz. der Erwerbstätigen
1901 . . . . 6 804 510 . . . . 34,8 Proz. „ „
1906 . . . . 7 693 412 . . . . 39,0 Proz. „ „
1921 . . . . die Hälfte aller französischer Frauen erwerbstätig. Zahlenmäßig am stärksten: 1. selbständige Gewerbetreibende, 2. in der Landwirtschaft, 3. in der Textilindustrie, 4. seit dem Kriege in der Metallindustrie.

Kommunistische Bewegung:
Herbst 1921 Gründung eines kommunistischen Frauensekretariats. Schwierigkeiten durch kleinbürgerliche Ideologie der Franzosen auf dem Gebiet der Frauenfrage.
Agitation: Kampf gegen Militarismus, für die Rußlandhilfe und für das politische Wahlrecht etc.
Organe: Seit März 1922 „L'Ouvrière", 14täglich und Frauenbeilagen in der „Humanité" bezw. „L'Internationale" und der Provinzpresse.
Bürgerliche Bewegung:
Pazifistisch orientiert.
Organe: „La mère éducatrice". Feministisch: „La voixe des femmes", einmal wöchentlich, „La lutte feministe" u. a.

Italien.

Gesamtzahl der Frauen:
Juni 1911 . . 17 649 687 Frauen, darunter 3 955 553 Mädchen unter 10 Jahren.
Revolutionäre Frauenbewegung im Krieg:
(Balabanoff) Stagnation und Verbürgerlichung nach dem Krieg.
Kommunistische Bewegung:
Seit Herbst 1921. Im Anfangsstadium.
Organ: „La Campagna", 14täglich, seit März 1922. 1000 Abonnenten und 7000 Auflage.
Agitation für das politische Wahlrecht. Schwierigkeiten durch Analphabetentum (von 11 Millionen Analphabeten 6 Millionen Frauen) und starke Religiosität. Starkes Landproletariat.

Sozialistische Bewegung:
Organ: „La difesa della Lavoratrice", 14täglich.

Belgien.

Beginnende kommunistische Frauenbewegung:
Gelegentliche Frauenbeilagen in „Drapeau rouge".

Holland.

Sozialdemokratische Bewegung:
„Bund der sozialdemokratischen Klubs" (166 Klubs).
Herausgabe der Zeitung: „De Proletarische Vrouw", 14täglich, Auflage 14 000 bis 15 000, Frauenbeilage in der „Amsterdamer Volksgazet".

Kommunistische Bewegung:
Auflösung des „Revolutionären Sozialistischen Frauenbundes" durch Austritt der Kommunisten und Gründung einer eigenen kommunistischen Bewegung (November 1921).
Organ: „De Voorbode", 14täglich, Auflage 1500.

England.

Erwerbstätige Frauen:
Juli 1914 . . 3 277 000, November 1918 . . 4 936 000, Oktober 1919 . . 4 161 000 (gegenüber einer Gesamtarbeiterschaft im Juli 1914 von 13 886 000, November 1918 von 13 095 000, Oktober 1919 von 14 222 000).

Arbeiterbewegung:
Die stärkste Mitgliederzahl hat die Labour Party. Seit August 1920 eine besondere Frauensektion. In vielen Zeitschriften, so z. B. „The Farm Servant" in Schottland, Artikel über Frauen.
Organ: „The Labour Women".
In der Frauengenossenschaftsgilde 50 000 (weibl.) Mitglieder.

Kommunistische Bewegung:
Die Frauenagitation der kommunistischen Partei noch in den ersten Anfängen. Da die Arbeitslosigkeit sehr groß ist, sucht die Leitung der Frauenarbeit z. Zt. engere Verbindung mit der Exekutive der Arbeitslosen und propagiert Hinzuziehung von Frauen in die Komitees; Rußlandhilfe.

Bürgerliche Frauenbewegung:
Literarische Anfänge der Bewegung in der französischen Revolution. Erster Verein 1867: National Union of the Societies for Women's Suffrage (National-Verband der Vereine für Frauenstimmrecht), 1903 Gründung der National Women's Social and Political Union (Sozialer und politischer Verband der Frauen), die den größten Einfluß gewann. Daneben mehrere andere Vereinigungen mit mehr sozialpolitischem Charakter.

Schweden.

Erwerbstätige Frauen:

1890	672 480	27,3 Proz. der Erwerbstätigen
1900	795 196	28,3 Proz. „ „

Starkes weibliches Landproletariat. Von 760 000 Landarbeitern 340 000 Landarbeiterinnen.

Sozialdemokratische Bewegung:
Organ: „Morgenbris", erscheint in 7—8000 Exemplaren.

Kommunistische Bewegung:
Organ: „Röda Röster" (Rote Stimmen), 14tägig. Auflage 4300. Besondere Frauenbeilage hat „Politiken". Wahlergebnis 1920: von 92 000 kommunistischen Stimmen 40 000 von Frauen.

B ü r g e r l i c h e F r a u e n b e w e g u n g :
Organisiert im „Frederika-Bremen-Verein".
Organe: „Hertha", einmal monatlich, „Idun", „Tidning für Lararinnor" (Lehrerinnen).

Dänemark.

B e g i n n e n d e k o m m u n i s t i s c h e F r a u e n b e w e g u n g , angeregt durch die russische Hilfsaktion.

Finnland.

K o m m u n i s t i n n e n
arbeiten unter dem Namen „Sozialdemokratische Frauen" wegen der Reaktion. 1920 . . 3 117, 1921 . . 3 394. Rußlandhilfe, Sammelwochen für Witwen und Kinder gefallener Genossen.

Bulgarien.

K o m m u n i s t i s c h e B e w e g u n g :
1921 . . 4 447 Mitglieder.
Agitation: Rußlandhilfe, Kampf für das politische Wahlrecht.
Organ: „Rawenstwo" (Gleichheit), Auflage 10 000.

S o z i a l d e m o k r a t i s c h e B e w e g u n g :
1921 . . 300 Mitglieder.

B ü r g e r l i c h e B e w e g u n g :
„Bürgerlicher Frauenbund".
Organ: „Frauenstimme", Auflage 2000.

Jugoslavien.

Serbien: Heimarbeiterinnen. Bosnien, Kroatien, Slowenien: Industriearbeiterinnen.

K o m m u n i s t i s c h e B e w e g u n g :
1918 . . 1000 Frauen.
1920 . . 5000 kommunistische Frauen, ein Sechzehntel der Gesamtpartei.
Organ: „Die Gleichheit", 1918 in 5000 Exemplaren. Starke kommunistische Propaganda.
Nach Auflösung der kommunistischen Partei durch die Reaktion Neubegründung der
S o z i a l d e m o k r a t i s c h e n F r a u e n b e w e g u n g :
1921 . . 1—2000 sozialdemokratische Frauen. Organ: „Die Frau", als Frauenbeilage im „Sozialist".

Ungarn.

E r w e r b s t ä t i g e F r a u e n :
1890 . . . . 2 273 894 . . . . 25,9 Proz. der Erwerbstätigen
1900 . . . . 2 668 697 . . . . 27,6 Proz. „ „
Vor der Diktatur sozialdemokratisches Wochenblatt. Während der Diktatur starker Aufschwung. Verfolgung vieler Frauen durch das Horthyregime. Beteiligung von Frauen an allen Kämpfen (Arbeitslosigkeit, Lohnkämpfen, etc.).

Vereinigte Staaten von Amerika.

E r w e r b s t ä t i g e F r a u e n :
1900 . . 4 833 630 erwerbstätige Frauen, die meisten als Arbeiterinnen in der Textil- und Bekleidungsindustrie (231 500 in der Textil-, 675 300 in der Bekleidungsindustrie), ferner in der Papierindustrie, Schuh- und Tabakindustrie, sowie vor allem als Dienstboten aller Art.
Gesamtmitgliederzahl der K o m m u n i s t i s c h e n P a r t e i etwa 10 000, Frauen nicht besonders angegeben.

Bürgerliche Frauenbewegung:

Anfänge etwa 1840 mit den Sklavenemanzipationsbestrebungen. 1869 zwei große Stimmrechtvereine gegründet, die 1890 verschmolzen wurden zur National American Suffrage Association (Nationale amerikanische Stimmrecht-Vereinigung). Daneben haben großen Einfluß die Women's Christian Temperance Union (Christlicher Frauen- und Mäßigkeitsverband) und verschiedene Wohlfahrtsvereinigungen.

Rußland.

Kommunistische Bewegung:

9—10 Prozent der Parteimitglieder sind Frauen.

Agitation: Einberufung von Versammlungen parteiloser Frauen aus allen Betrieben. 1920 in Moskau 900 Delegierte der parteilosen Frauen aus 200 Betrieben, 1921 in Moskau 2420 Delegierte der parteilosen Frauen aus 600 Betrieben, 1921 in Sibirien 1500 Delegierte.

Bekämpfung des Analphabetentums, der Prostitution, rote Samstage, Frauen in der roten Armee, Frauenschulen, Kinder- und Mutterschutz.

Organ: „Kommunistka" einmal monatlich in 30 000 Exemplaren. 74 Frauenbeilagen zur Tagespresse. Allgemeines Frauen-Korrespondenzblatt.

Bewegung im Osten.

Japan: 50 Prozent der japanischen erwerbstätigen Proletarier sind Frauen. Im ganzen Osten (China, Japan usw.) stehen die Frauen unter dem Einfluß des sich ausbreitenden Kapitalismus. Umwälzung der Sitten, unterstützt durch die Kommunistische Internationale. In China ist die Frauenbewegung stark nationalistisch (antijapanisch) orientiert. Im ganzen Osten Kämpfe für Wahlrecht, Gleichberechtigung, allgemeine Bildungsbestrebungen. In Japan bewußte Kämpfe gegen den Kapitalismus.

2. *Die Frau in der Gewerkschaft.*

Deutschland:

Freie Gewerkschaften:

1892	4 355	9 Proz.	der Gesamtmitgliedschaft
1914	222 000	21 Proz.	„ „
1919	1 612 000	18 Proz.	„ „

Die größte Zahl von Frauen im Textil- und Metallarbeiterverband. In 11 Verbänden überwiegen die Frauen: Hausangestellte 92,2 Prozent, Tabakarbeiterinnen 74,5 Prozent, Buchbinder 68,9 Prozent. Hirsch-Dunckersche und christliche Gewerkschaften haben zum Teil Frauensonderorganisationen.

Deutsch-Oesterreich:

1913	26 709	10,55 Proz.	der Gesamtmitgliedschaft
1919	193 163	25,02 Proz.	„ „
1920	215 145	23,89 Proz.	„ „

Größte Zahl von Frauen im Metall-, Textil-, Handels- und Transportarbeiterverband.

Tschechoslowakei:

1915 . . 3 994, 1916 . . 3 239, 1918 . . 23 824 15,2 Prozent, 1919 . . 194 665 26,8 Prozent. Die meisten Frauen in den Verbänden der Land- und Forstarbeiter, der Textil- und Metallarbeiter.

Schweiz:

1914	7 451 Frauen	74 675 Gesamtmitgliedschaft
1915	5 519 „	65 177 „

1916	10 876 Frauen	88 648 Gesamtmitgliedschaft
1919	43 906 ,,	223 588 ,,
1920	41 534 ,,	227 572 ,,

Frauen hauptsächlich in der Uhren- und Seidenindustrie.

Frankreich:

Begründung revolutionärer Gewerkschaftskomitees zur Propaganda unter den Frauen.

Italien:

	1921	
Landarbeiterinnen	400 000 Frauen	800 000 Gesamtzahl
Textilarbeiterinnen	120 000 ,,	(Mehrheit)
Staatsangestellte	16 000 ,,	23 000 ,,
Papierarbeiter	10 000 ,,	25 000 ,,

England:

1907	201 709 Frauen	61 Proz. der Gesamtzahl.
1914	357 936 ,,	
1918	1 200 000 ,,	
1919	1 345 000 ,,	
1920	1 363 000 ,,	

Hauptsächlich in der Textil-, Bekleidungs- und Nahrungsmittelindustrie. Großer Prozentsatz unqualifizierter Arbeiterinnen. Bis 1921 waren alle Frauen organisiert in der ,,British Women's Trade-Union League''. 1921 wurde sie eine Sektion des Generalverbandes der Gewerkschaften.

Schweden:

1920: Von 300 000 Gewerkschaftsmitgliedern . . 26 000 Frauen. 8⅔ Prozent

Jugoslavien:

1920: Von 300 000 Gewerkschaftsmitgliedern . . 20 000 Frauen. 6⅔ Prozent

China:

Frauen ist der Eintritt in die Gewerkschaften verboten.

Amerika:

Am besten organisiert in der Bekleidungs- und Textilindustrie. Eigenes Organ: ,,Life and Labour''. Revolutionärste Frauen in der Bekleidungs- und Textilindustrie (Russen, Italiener, Juden).

Rußland:

Anwachsen der organisierten Frauen, z. B. in der Metallindustrie:
1914 . . 5 Proz. Frauen, 1916 . . 9,1 Proz. Frauen, 1920 . . 18,3 Proz. Frauen, 1921 . . 17 Proz. Frauen. 1921 hauptsächlich in der

Lebensmittelindustrie	74,4 Proz. Frauen
Konfektion	74,2 Proz. ,,
Tabakverarbeitung	53,5 Proz. ,,
Textilindustrie	58,8 Proz. ,,

3. *Aus der internationalen Frauenbewegung.*

Kommunistische Bewegung:

Sommer 1920: I. Internationale Kommunistische Frauenkonferenz in Moskau.
Sommer 1921: II. Internationale Kommunistische Frauenkonferenz in Moskau.
Konkrete Forderungen: internationale Richtlinien, Gründung eines internationalen Frauensekretariats bei der Exekutive; Gründung eines Frauensekretariats in jedem Lande, Frauenzeitungen, Bereitstellung eines festen Etats für Frauenagitation in jeder kommunistischen Partei. Seither fanden eine internationale Korrespondentinnen-

konferenz und kommunistische Frauenkonferenzen in folgenden Ländern statt: Deutschland, Deutsch-Oesterreich (Reichskonferenz März 1922), Tschechoslowakei (Reichskonferenz in Verbindung mit dem Vereinigungs-Parteitag, Oktober 1921), Holland (November 1921), Frankreich (Dezember 1921), Finnland, Italien (März 1922), Bulgarien (Mai 1922). Organisierung von internationalen Frauentagen. Rußlandhilfe.

Internationale Zweieinhalb:
Seit Februar 1921 Frauensekretariat in Wien.

Gewerkschaftliche Fraueninternationale:
1919. Gewerkschaftliche Fraueninternationale in Washington anläßlich der internationalen Arbeitskonferenz. Aufstellung der sogen. Washingtoner Konvention, eines Programms von Forderungen zum Arbeiterinnen- und Mutterschutz. Von den wenigsten Regierungen ratifiziert.
1921. II. Gewerkschaftliche Konferenz in Genf: Arbeiterinnenschutz auch auf landwirtschaftlichem Gebiet, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Wiederherstellung des freien Handels (!), u. a. Gründung des „Internationalen Verbandes berufstätiger Frauen". Forderung der Abrüstung von der Washingtoner Konferenz. Alle Forderungen vom internationalen Arbeitsamt unerledigt.

Bürgerliche Frauenbewegung:
Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit. Konferenzen in Wien (Sommer 1921) und Genf (Oktober 1921). Propaganda für Pazifismus auch in Arbeiterkreisen.

(Verfaßt vom Frauensekretariat Berlin.)

Die Kommunistische Jugendinternationale.

Die Wurzeln der Kommunistischen Jugendinternationale reichen weit zurück. Den Kern der Kommunistischen Internationale bildeten die oppositionellen Gruppen, die in Zimmerwald, Kienthal und später als Zimmerwalder Linke in Opposition zu dem Brüsseler Büro der Zweiten Internationale traten, um dann zu Beginn 1919 mit ihr überhaupt zu brechen und in Moskau die Kommunistische Internationale zu gründen.

Anders vollzog sich die Bildung der Kommunistischen Jugendinternationale, die nicht durch Abspaltung einiger revolutionärer Verbände, sondern durch Umgestaltung der früheren sozialistischen Jugendinternationale in eine kommunistische entstand.

Schon in den ersten Jahren des neuen Jahrhunderts versuchten Karl Liebknecht und die damals noch radikalen Ludwig Frank und De Man (Brüssel), die ersten internationalen Fäden zwischen den einzelnen nationalen sozialistischen Jugend-

organisationen und Vereinigungen zu knüpfen. Ihre Bemühungen führten 1907 zu der Einberufung einer internationalen sozialistischen Jugendkonferenz nach Stuttgart. Die Konferenz fand in unmittelbarem Anschluß an den Allgemeinen Internationalen Sozialistenkongreß vom 24. bis 26. August 1907 statt.

Die Konferenz beschloß die Gründung einer „Internationalen Verbindung Sozialistischer Jugendorganisationen", setzte ein internationales Büro ein und legte für die Arbeit der einzelnen Verbände Richtlinien fest.

Im Mittelpunkt der Beratungen standen die Fragen des Bildungswesens und des wirtschaftlichen Kampfes der Arbeiterjugend. In den Thesen, die die holländische Genossin Roland-Holst zu der Frage des Bildungswesens der Konferenz vorschlug, wurde neben der Vermittlung von Allgemeinwissen auf die Notwendigkeit einer speziellen politischen Schulung der Arbeiterjugend in organisatorisch selbständigen Vereinen hingewiesen. In den Thesen zu dem wirtschaftlichen Kampfe wurde die Notwendigkeit für die Arbeiterjugendvereine betont, eng und fest mit den Gewerkschaften zusammenzuarbeiten. Alle diese Richtlinien wurden, wie auch die zur Frage des antimilitaristischen Kampfes (vorgelegt von Karl Liebknecht), einstimmig von der Konferenz angenommen.

Die Konferenz und ihre Beschlüsse standen stark unter dem Einfluß der radikalen Parteigruppen, und aus allen Diskussionen klang die mächtige Melodie der russischen Revolution von 1905.

Bald aber änderte sich das Bild. Unter dem verderblichen Einfluß des Revisionismus, der nach 1907 immer mehr die gesamte westliche Arbeiterbewegung in den sozialdemokratischen Parteien und Gewerkschaften beherrschte, wurde die sozialistische Jugendbewegung immer stärker auf die gleitende Bahn des zünftlerischen Jugendpflegetums und der seichten Unterhaltungsvereine und Wanderklubs gedrängt. In Deutschland zerschlug die Parteibürokratie 1908 direkt die sozialistischen freien Jugendorganisationen und gründete die von ihr ausgehaltenen und absolut von ihr abhängigen Jugendausschüsse. Diesem Beispiel folgten 1911 die holländischen und 1917 die französischen reformistischen Parteigruppen, und andere versuchten, es ihnen gleich zu tun (Schweiz, Italien, Schweden etc.).

Die Internationale Verbindung Sozialistischer Jugendorganisationen tat nichts, um dieses Abgleiten der sozialistischen

Jugendbewegung aufzuhalten. Im Gegenteil, ihr Büro in Wien traf Vorbereitungen, das internationale Jugendbüro als ein Unterbüro des Brüsseler Büros der Zweiten Internationale anzugliedern. Bevor dieser Plan verwirklicht werden konnte, brach der Krieg aus. Wie das Brüsseler Büro, so kapitulierte auch das Wiener Jugendbüro und stellte „vorläufig" seine Arbeiten ein. Während aber die großen Parteien der Zweiten Internationale die Tätigkeit ihrer internationalen Zentralstelle als selbstverständlich empfanden, liefen die Jugendverbände gegen die Sabotage ihrer internationalen Zentralstelle Sturm und beriefen zu Ostern 1915 nach Bern eine internationale Konferenz der sozialistischen Jugendorganisationen ein. Es war die erste internationale Konferenz von Arbeitern und Sozialisten nach Ausbruch des Krieges. Auf der Konferenz waren 16 Delegierte aus zehn Ländern vertreten, darunter auch Delegierte aus Deutschland, deren Zentralstelle bisher einem Anschluß angeblich mit Rücksicht auf das deutsche Vereinsgesetz ausgewichen war.

Die Konferenz war von entscheidender Bedeutung für die weitere Entwicklung der sozialistischen Jugendinternationale auf dem Wege zur kommunistischen Organisation. Es wurde beschlossen, eine viel festere internationale Organisation als bis dahin zu schaffen (ständiges Sekretariat, Herausgabe der „Jugend-Internationale" und anderer Schriften, Veranstaltung von gemeinsamen Jugendtagen und Demonstrationen etc.). In einer politischen Resolution wurde die Notwendigkeit der politisch-revolutionären Tätigkeit aller jugendlichen Arbeiter betont und die Unterstützung der oppositionellen Parteigruppen gegen die sozialpatriotischen kriegsbegeisterten Führer durch die in Bern vertretenen Jugendorganisationen in Aussicht gestellt.

Einige Monate nach der Berner Konferenz hatten sich alle bestehenden sozialistischen Jugendorganisationen zu dem Berner Programm bekannt, mit Ausnahme der französischen Zentralstelle und der Berliner Zentralstelle. In Berlin war damals der spätere deutsche Reichspräsident Fritz Ebert Vorsitzender der Jugend-Zentralstelle. Fast gleichzeitig mit der Parteispaltung in Deutschland erfolgte auch die Spaltung in der deutschen

sozialistischen Jugendbewegung. Ein großer Teil der deutschen Arbeiterjugendvereine erklärte sich für die in Bern reorganisierte internationale Vereinigung gegen die sozialpatriotische Zentralstelle in Berlin. In Schweden, Norwegen, Dänemark, Italien, Spanien, Finnland, Bulgarien, der Schweiz, Amerika etc. erklärten sich die sozialistischen Jugendorganisationen geschlossen für Bern. Unter dem Drucke der fast einhelligen Anerkennung der neuen Richtung in der sozialistischen Jugendbewegung vollzog auch das Wiener Büro und der mit seinen Leitern eng verbundene österreichische Verband jugendlicher Arbeiter seinen theoretischen Anschluß an das von der Berner Konferenz eingesetzte Sekretariat in Zürich.

Während des Krieges entfaltete die sozialistische Jugend-Internationale eine bedeutende antikriegerische und antimilitaristische Propaganda und wurde vorübergehend zu dem eigentlichen Sammelherd aller revolutionären Elemente gegen die revisionistischen Führer- und Bürokratenklüngel. Sie unterstützte mit allen Mitteln die Gruppen der Zimmerwalder Linken, und ihre Verbände schlossen sich als die ersten Arbeiterorganisationen der Kommunistischen Internationale an. Einen Abschluß dieser Entwicklung brachte die internationale Konferenz im November 1919 in Berlin, die auch offiziell den Anschluß an die Kommunistische Internationale beschloß und den Namen „Kommunistische Jugendinternationale" annahm.

In dem revidierten Organisationsstatut wurde eine noch stärkere und strengere Zentralisation gefordert und in einem Programm für die Tätigkeit aller Verbände die Unterstützung der kommunistischen Parteien und die politisch-revolutionäre Erziehung der breiten Massen der Arbeiterjugend besonders hervorgehoben.

Auf der Berliner Konferenz waren wiederum die Mehrzahl und vor allem die kräftigsten und tätigsten Jugendorganisationen vertreten. Nur wenige Verbände fehlten und machten Vorbehalte. Später gelang es, auch von diesen Verbänden noch einige für die Kommunistische Jugendinternationale zu gewinnen, so die damals organisatorisch starken Jugendverbände in der Tschechoslowakei, den Jugendverband in Frankreich und die Hälfte der in Deutschland tätigen Freien Sozialistischen

Jugendvereine. Erst im Winter 1920 sammelten sich mit Unterstützung der sozialpatriotischen und unabhängigen Parteien die Splitter und Reste der sozialpatriotischen Jugendvereine und gründeten dann im Frühjahr 1921 so etwas wie eine internationale Jugendverbindung der sozialpatriotischen Jugendvereine und eine solche der unabhängigen Jugendvereine, beide mit dem Sitz in Berlin. Keine von beiden kann es aber an organisatorischer Größe, Aktivität und politischer Bedeutung auch nur entfernt mit der Kommunistischen Jugendinternationale aufnehmen.

Die sozialpatriotische Jugendinternationale hat eigentlich nur zwei größere Vereinigungen, die der Arbeiterjugend in Deutschland und die der Arbeiterjugend in Holland. Sonst gehören ihr nur kleine Gruppen in Schweden, Dänemark, Belgien etc. an. Alles in allem dürfte die Vereinigung nicht über 150 000 Mitglieder zählen, deren meiste Gruppen sich vor allem mit Spiel, Unterhaltung und Wandern abgeben.

Die Wiener Jugendinternationale ist noch kleiner; ihr einziger größerer Verband ist der der jugendlichen Arbeiter in Oesterreich mit rund 30 000 Mitgliedern, sonst sind es nur Gruppen, die sich theoretisch für sie erklärt haben (Frankreich 2000 Mitglieder, Deutschland 12 000).

Die Kommunistische Jugendinternationale hat sich in den Jahren 1920 und 1921 organisatorisch innerlich gefestigt, stark ausgebaut und im Westen und fernen Osten organisatorisch an Boden gewonnen.

Auf dem Zweiten Internationalen Kongreß der Kommunistischen Jugendinternationale, der im Anschluß an den dritten Kongreß der Kommunistischen Internationale im Sommer 1921 in Moskau stattfand und von über 150 Delegierten aus 30 Ländern beschickt war, konnte die Kommunistische Jugendinternationale in 48 Verbänden über 800 000 Mitglieder mustern. Der Kongreß verbesserte die Organisationsstatuten, knüpfte das Band zwischen den einzelnen Organisationen und dem Exekutivkomitee noch fester, grenzte die Aufgaben, die nach der Entwicklung der kommunistischen Parteien in den einzelnen Ländern sich ändern mußten, scharf ab, regelte das Verhältnis der kommunistischen Jugendorganisationen zu den kommunistischen Parteien und klärte die Fragen

der kommunistischen Bildungsarbeit in den kommunistischen Jugendorganisationen und ihre Rolle bei der Einleitung und Führung von wirtschaftlichen Kämpfen durch die Arbeiterjugend.

Das letzte Jahr war der Entwicklung der proletarischen Jugendbewegung nicht besonders günstig. Die großen revolutionären Wellen der Jahre 1917, 1918 und 1919, die Tausende von Jugendlichen aufrüttelten und in die revolutionären Organisationen führten, kamen zum Stillstand, eine allgemeine politische Ermüdung trat bei den großen Massen der Jugendlichen ein. Es ist für den Wert der einzelnen proletarischen Jugendvereinigungen bezeichnend, daß unter den Folgen dieser Verhältnisse die kommunistische Jugendbewegung noch am wenigsten gelitten hat, ja, daß in einzelnen Ländern trotzdem, vor allem in den weltwirtschaftlich wichtigen Ländern England und Amerika, die Bewegung sich festigen konnte. Je mehr die kommunistischen Parteien in den einzelnen Ländern sich als gute kommunistische Parteien kristallisieren, desto mehr verzichten die kommunistischen Jugendorganisationen auf ihre nur politische Einstellung — die sie notgedrungen während des Krieges, der Zeit der tiefsten Erniedrigung der internationalen Arbeiterbewegung, einnehmen mußten — und konzentrieren ihre ganze Kraft mehr und mehr auf die Lösung besonderer Jugendaufgaben (wirtschaftlichen Kampf der Arbeiterjugend, Bildungswesen etc.).

Ihre Tradition und die Verknüpfung mit den kommunistischen Parteien garantieren dafür, daß sie nicht wie einst die sozialdemokratischen Jugendbildungsvereine versimpeln, sondern daß sie verstehen werden, ihre heute notwendigen Jugendaufgaben mit der Erziehung und Teilnahme ihrer Mitglieder an der großen kommunistischen revolutionären Bewegung zur Befreiung der Arbeit und Erlösung der Menschheit zu verknüpfen.

Willy Münzenberg.

Mitgliederzahl der sozialistischen und kommunistischen Parteien 1909—1921.

Land	1909/10	1913/14	1919	1920	1921	Kommunist. Partei 1921			1922
						Mitgl.-Zahl	Tageszeitung	Wochenschriften u. a. polit. Presse	
1. Australien	—	—	—	—	—	1 500	—	2	—
2. Argentinien	—	—	—	—	S. P. ca. 9000	5 000	1	1	**S. P.** ca. 6000 **K. P.** ca. 3500
3. Armenien	—	—	—	—	—	5 000	—	1	—
4. Aserbeidschan	—	—	—	—	—	16 000	—	—	—
5. Aegypten	—	—	—	—	—	1 500	—	—	—
6. Belgien	185 318	**1912—13** 131 405	ca. 600 000	ca. 600 000	Arb.-P. 718 000	1 100	—	1	—
7. Bulgarien	Engherz: 1870 Weit: **2417**	Enge: 5 000 —	Enge: 25 000 Weit: 18 000	—	—	40 000	1	11	38 000
8. China	—	—	—	—	—	—	—	—	—
9. Chile	—	—	—	—	—	—	—	—	**K. P.** ca. 2500
10. Chiwa	—	—	—	—	—	1 000	—	1	—
11. Dänemark	47 000	50 000	**S.D.P.** 115 000	**S.D.P.** 115 000	**S. D. P** 115 000	1 200	1	1	—
12. Deutschld.	633 309	ca. 1 000 000	**1917:** 243 000 **1919:** 1 012 299	**SPD.** 1 180 208 **USP.** 893 900 vor Halle **KPD.** 78 715 v. Halle 380 000 n. Halle	**S. P. D.** 1 221 053 **U. S. P.** 300 000 (Schätzung)	360 000	33	3	**U. S. P.** 360 000
13. England	**L. P.** 1 600 000 **I. L. P.** 60 000 **Fabier** 4 000	**L. P.** 1 612 147 — —	**L. P.** 3 511 290 **I. L. P.** 35 000 **Fabier** 2 000	**L. P.** 4 256 674 **I. L. P.** 35 000 **Fabier** 2 000	**L. P.** 4 417 000 **I. L. P.** 35 000 **Fabier** 2 000	10 000	—	3	—
14. Estland	—	—	—	—	—	3 000	1	—	—
15. Finnland	**1908:** 71 266[2])	**1912:** 48 406 **1913:** 51 798	Soz.-D. 67 000	Soz.-D. 67 000 (nach d. Spaltg.)	Soz.-D. 30 000	40 000	3	6	—
16. Frankreich	**1910:** 53 900	**1914:** 90 700	150 000	200 000	**S. P.** 40 000	130 000	3	20	**K. P.** 90 000
17. Georg. Soz. Sowjetrepbl.	—	—	—	—	—	11 000	4	5	—
18. Griechenland	—	—	—	—	—	2 000	1	3	—
19. Holland	8 787	**1912** S.D.A.P. 15 567 S. D. P. 500	S.D.A.P. 42 000	—	—	4 000	1	2	—
20. Italien	30 000	45 000	70 000	200 016	**S. P.** 113 000 (nach Livorno)	70 000	3	12	**S. P.** 70 000

21. Island	—	—	—	—	—	3 000	1	—	—
22. Japan	—	—	—	—	—	900	—	2	—
23. Java	—	—	—	—	—	4 000	—	1	—
24. Jugoslavien	**Serbien**[1]) 1 450	—	—	—	—	85 000	4	8	—
25. Kanada	—	—	—	—	—	1 000	—	1	—
26. Korea	—	—	—	—	—	—	—	—	—
37. Lettland	3 000[1])	—	—	—	—	—	—	—	—
28. Luxemburg	—	—	—	—	—	600	—	1	—
29. Mexiko	—	—	—	—	—	1 200	—	1	—
30. Nordamerika	**1912**: 118 045	**1914**: 93 579	S. P. 104 022 vor d. Spaltung K. P. ca. 40 000	S. P. 26 766 K. P. 14 000	S. P. 5 781	10 000	7	31	—
31. Norwegen	26 500[1])	43 557	—	A. P. 110 000	A. P. 110 000	97 000	14	22	—
32. Oesterreich	**1910**: Dtsch.S.P. 126 000[1])	Deutsch. S. P. 145 024	S. D. A. P. 336 000	S. D. A. P. 491 000	S. D. A. P. 491 000	18 000	1	3	—
33. Palestina	—	—	—	—	—	500	—	—	—
34. Persien	—	—	—	—	—	2 000	—	1	—
35. Polen	—	—	—	—	**P. P. S.** 50 000	—	—	—	—
36. Portugal	—	—	—	—	—	400	—	1	—
37. Rep. d. f. Ost.	—	—	—	—	—	7 095	6	—	—
38. Rumänien	—	—	—	—	—	40 000	3	6	—
39. R. S. F. S. R.	—	—	—	**K. P. R.** 700 000	—	550 000	500	69	—
40. Soz. Sowj.-Rep. Daghestan	—	—	—	—	—	7 000	—	—	—
41. Soz. Sowj.-Rep. Gorsk	—	—	—	—	—	10 000	—	—	—
42. Spanien	—	—	**1918**: S. A. P. 14 588	**S. A. P.** 42 113	—	10 000	—	6	—
43. Schweden	60 813[1])	**1912**: 61 898	S.D.P. — Linke S. D. P. 23 567	S. D. P. — Linke S. D. P. 25 500	—	15 000	2	10	—
44. Schweiz	21 132[1])	**1914**: 33 000	**S. D. P.** 54 000	**S. D. P.** 55 000	**S. D. P.** 54 000	6 000	3	1	—
45. Tschechosl.	—	—	—	—	—	360 000	7	46	—
46. Türkei	—	—	—	—	—	—	—	2	—
47. Ukraina	—	—	—	—	—	61 000	45	2	—
48. Ungarn	—	**1912**: 120 000	450 000	—	—	—	—	—	—
49. Uruguay	—	—	—	—	—	1 500	1	—	ca. 2000
50. Volksrepubl. Buchara	—	—	—	—	—	6 000	—	2	—

[1]) Die Zahlen für 1909/10 sind den offiziellen Berichten der einzelnen Parteien an den Intern. Sozialisten-Kongreß zu Kopenhagen, 1910, entnommen.

[2]) Offizielle Angaben der Kommunistischen Internationale. (Imprekorr. Spezialbeilage zu Nr. 396 vom 27. Nov. 1921.)

Diese Zahlen haben natürlich nur eine annähernde Pünktlichkeit. Die meisten Parteien geben größere Zahlen an, als es der Wahrheit entspricht. Auch muß betont werden, daß die Riesenzahlen der englischen L. P. oder S. P. D. nicht viel bedeuten, da diese sozialdemokratischen Parteien ihren Mitgliedern fast gar keine Parteipflichten auferlegen.

Die Rolle der Gewerkschaftsbewegung im Kampfe der Arbeiterklasse.

Die Gewerkschaften sind als Organisation der Lohnarbeiter zur gegenseitigen Hilfe im Kampf ums Dasein in den Anfangsperioden der modernen kapitalistischen Gesellschaft entstanden. Hunderttausende waren durch den Verfall der feudalen Gesellschaft wurzellos geworden und in der nackten menschlichen Existenz bedroht. Hunderttausende gingen zugrunde; jener Teil, der aus der zerfallenden feudalen Gesellschaft als modernes Proletariat hervorging, fand in der Waffe der Arbeitsverweigerung das zweckmäßige Kampfmittel zur Sicherung seiner menschlichen Existenz. Die neue Klassenlage wirkte sich brutal und nackt ohne ideologische Verhüllung in unerträglichen, menschenunmöglichen Arbeitsverhältnissen aus. Es war ein jahrzehntelanger, schmerzhafter Prozeß fortwährender Niederlagen, in denen das moderne Lohnproletariat mit den Methoden der bürgerlich-kapitalistischen Revolution zu kämpfen versuchte. Die Revolte, der Putsch, die Maschinenzerstörung erweisen sich als ungeeignete Mittel. Die Waffe der Arbeitsverweigerung wurde ursprünglich buchstäblich gefunden. Die Arbeitermassen liefen davon aus Gegenden, wo sie trotz sechzehnstündiger Arbeitszeit sich nicht satt essen konnten, nach Gegenden, wo man Nahrung fand oder zu finden glaubte. Die großen Wanderbewegungen, vor allem in England, dem Ursprungsland der modernen Gewerkschaftsbewegung, bildeten insofern ein wirksames Druckmittel, als sie den Arbeitsmarkt von überflüssigen Arbeitskräften entblößten. Daraus entwickelte sich die Arbeitsverweigerung zu einem bewußt angewandten Kampfmittel, zur Ausübung eines periodischen Druckes auf das Unternehmertum mit dem Ziel, die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern.

Anfangs kämpften die Arbeiter eines Betriebes gegen den einzelnen Unternehmer des Betriebes, dann die Arbeiter eines Berufes gegen die Unternehmer dieses Berufes. Später die Arbeiter eines Ortes oder Bezirkes gegen die Unternehmer dieses Ortes oder Bezirkes, bis sich der Kampf ausweitete zu Kämpfen der Arbeiterklasse gegen die Kapitalistenklasse eines ganzen Landes. Internationale, unmittelbar zusammenhängende Gewerkschaftskämpfe liegen in der Richtung der Entwicklung des Gewerkschaftskampfes, haben aber praktisch noch nicht stattgefunden.

Die Gewerkschaftsbewegung ist ein Teil des proletarischen Klassenkampfes. Der bewußte Inhalt der Gewerkschaftsbewegung, die Kampfmethoden und die Kampfmittel eines Landes sind unmittelbar beeinflußt von der Tradition, der Geschichte des betreffenden Landes und den politischen und ökonomischen Verhältnissen. Funktionen und Inhalt der Gewerkschaftsbewegung stehen mit der ökonomischen und sozialen Entwicklung des Landes in engstem Zusammenhang. Inhalt der Gewerkschaftsbewegung ist immer: Sicherung der Existenz der Arbeiterklasse.

In Ländern, wo eine selbständige politische Arbeiterbewegung vorhanden war, hatte sich in der Periode der Vorkriegszeit, als der Kapitalismus eine aufsteigende Linie zeigte, wo trotz der periodischen wirtschaftlichen Krisen die kapitalistische Gesellschaftsordnung sich in einer gewissen Gleichgewichtslage befand, eine Arbeitsteilung zwischen Gewerkschafts- und politischen Arbeiterorganisationen herausgebildet. Die Gewerkschaften beschränkten sich auf den Kampf um die Regelung der unmittelbaren Lohn- und Arbeitsbedingungen. In Ländern, wo keine selbständige politische Arbeiterbewegung bestand oder wo die politischen Arbeiterparteien ohne Einfluß auf die breiten Arbeitermassen waren, oder wo — wie in den lateinischen Ländern — die breiten Arbeitermassen auf Grund ihrer schlechten Erfahrungen mit der Tätigkeit der angeblichen Arbeiterparteien unzufrieden waren, waren die Gewerkschaften bestrebt, ihren Aufgabenkreis auf die Politik auszudehnen.

Die Gewerkschaftsbewegung stand in allen Ländern und zu allen Zeiten in ziemlich enger Verbindung mit dem politischen Kampf. Schon in den ersten Anfängen mußten die Gewerkschaften um ihr Koalitionsrecht kämpfen. Die Fragen der Arbeitsbe-

dingungen, Arbeiterschutz, Arbeitszeit, Nachtarbeit, Frauen- und Kinderarbeit, Arbeit der Jugendlichen, Ueberstundenarbeit, des Arbeiterschutzes usw. waren in allen Ländern und zu allen Zeiten politische Machtfragen. Auch in jenen Ländern, wo, wie in England, die Arbeiter ohne selbständige politische Arbeiterorganisationen, durch Ausnützung des Gegensatzes im Lager der herrschenden Klasse, die Erfolge und Resultate ihres Gewerkschaftskampfes in Gesetzesform festlegen konnten, auch dort tritt dieser Zusammenhang klar zutage. Der Unterschied besteht nur darin, daß der Arbeiterklasse dieser Länder der Zusammenhang nicht klar zum Bewußtsein gekommen ist. In der Chartisten-Bewegung, der Sturm- und Drangperiode des englischen Proletariats, tritt uns das Bewußtsein des politischen Zusammenhangs in unzulänglicher Formulierung bereits entgegen. In den lateinischen Ländern tritt uns der Zusammenhang mit dem politischen Machtkampf im und um den Staat in Form unklarer kleinbürgerlich-anarchistelnder, antipolitischer Tendenzen entgegen, deren wahrer Inhalt in den Schlagworten von der direkten Aktion und der individuellen Sabotage als der alleinigen proletarischen Kampfmittel zum Vorschein kommt, hinter dem sich nichts anderes verbirgt als die begründete Unzufriedenheit mit den französischen proletarischen Parteien und ihrer unzulänglichen Politik. Die ganze syndikalistische Ideologie ist nichts anderes als die unklare Anmeldung des Anspruchs auf Teilnahme am politischen Machtkampf, den man mit antipolitischen Schlagworten begründet. Es ist der unzulängliche, schüchterne Konkurrenzversuch gegenüber den Erfahrungen mit der tatsächlich schlechten Parteipolitik der kleinbürgerlichen und proletarischen Parteien jener Länder in der Vergangenheit.

Die bewußte und unbewußte Beschränkung der Gewerkschaftsbewegung auf den reinen Lohnkampf hat in fast allen Ländern den Gesichtskreis der Gewerkschaftler eingeschränkt. Im aufreibenden kleinen Tageskampf verloren sie die großen Zusammenhänge des Wesens des proletarischen Klassenkampfes und erlitten einen Rückfall in kleinbürgerliche Lohntheorien. Die stürmische Aufwärtsentwicklung des Kapitalismus in der Vorkriegszeit bildete einen üppigen Boden hierfür. Im Krieg, wo sich die Gewerkschaftsführer mit der Bourgeoisie ihres Landes solidarisierten, fanden diese Führer Gelegenheit, ihre Pläne zu verwirklichen. Die Arbeiterklasse aller kapita-

listischen Länder hat diese Experimente mit der Klassenharmonie blutig bezahlen müssen. Alle diese Experimente führten gewollt und ungewollt zum unmittelbaren Arbeiterverrat. Unter dem Einfluß dieser Ideologie und dieser Führer verwandelten sich die Gewerkschaften aus Kampforganen der Arbeiterklasse in Hilfsorgane der Bourgeoisie zur Aufrechterhaltung der zusammenbrechenden kapitalistischen Wirtschaft auf Kosten der Lebensmöglichkeiten der breiten Proletariermassen.

Das Hauptmittel, mit dem die Gewerkschaften für die Sicherung der proletarischen Existenz kämpften, war das solidarische Zusammenwirken der proletarischen Klassengenossen. Die Gewerkschaften haben eine umfangreiche Erziehungsarbeit geleistet und nicht ohne Erfolg gegen die individuellen Sonderinteressen, die das gemeinsame solidarische Handeln hemmten, gegen zünftlerische Berufsbeschränkung und dergleichen gekämpft. Schon in der Form der gewerkschaftlichen Organisationen, die sich aus kleinen Lokalorganisationen mit mehr oder weniger föderalistischem Zusammenhang zu straff zentralisierten Berufsverbänden entwickelt haben und diese zentralisierten Berufsverbände bereits zu mächtigen zentralisierten Industrieverbänden umzuformen beginnen, liegt ein großes Stück Erziehungsarbeit. Neben diesen ohne Zweifel günstigen Einflüssen der Gewerkschaftsbewegung auf die Arbeiterklasse steht eine ganze Reihe schwerer Mängel. In fast allen Ländern versuchen die Gewerkschaften, ein umfangreiches Unterstützungswesen einzurichten, um ihre Mitglieder fest dem Gewerkschaftsgefüge einzuverleiben und dadurch den Unternehmerverbänden gegenüber kampffähiger zu machen. Diese Unterstützungseinrichtungen belasten die Gewerkschaften mit einem umfangreichen bürokratischen Apparat. Die Taktik und Strategie der Lohnkämpfe nimmt mit ihrem Umfang an Kompliziertheit zu und entfernt sich immer mehr von den Massen der Gewerkschaftsmitglieder, indem die Kampfführung immer mehr zu einer Art Geheimwissenschaft der Gewerkschaftsfunktionäre und Gewerkschaftsbürokratie wird. An Stelle des Lohnkampfes tritt das Tarifabkommen mit dem Unternehmertum. Kollektive Tarif- und Arbeitsbedingungen mit einem komplizierten Paragraphenkram, Schiedsgerichtswesen, Schlichtungsausschüsse, Arbeiterkammern und Arbeitskammern nehmen die Formen

eines komplizierten Arbeitsrechtes an, wobei es trotz oder wegen der Mitwirkung der Gewerkschaftsbürokratie bei der Formulierung dieser Abkommen und Tarife ein eigentliches Mitbestimmungsrecht der breiten Arbeitermasse nicht gibt. In der Vorkriegszeit bildete sich in den alten kapitalistischen Staaten auf Grund dieser Tätigkeit der Gewerkschaften eine Arbeiteraristokratie aus den qualifizierten kapitalistischen Lohnarbeitern heraus, die sich auf diese Weise den Kapitalismus wohnlich einzurichten hoffte. Diese Elemente bildeten neben den Angestellten und Beamten, die im Laufe der Jahrzehnte ebenfalls von der Gewerkschaftsbewegung erfaßt wurden, die stärkste Stütze für die konservativ-kleinbürgerlichen Tendenzen der Gewerkschaftsbürokratie, mit denen zusammen sie sich die Doktrin eines kampflosen, genügsamen, bürgerlich-demokratischen Spießbürgeridylls zurechtmachten. Auf diesem Boden faßte die Ideologie von der Klassenharmonie, der Arbeitsgemeinschaft, der Betriebsdemokratie, der gleitenden Lohnskala usw. Wurzel. Von diesem Boden aus leistet die alte Gewerkschaftsbürokratie noch Widerstand gegen die Eroberung der Gewerkschaften für die Aufgaben des revolutionären Kampfes.

Der Krieg hat die kapitalistische Wirtschaftsordnung in ihren Grundfesten erschüttert. Der Gleichgewichtszustand innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung ist dahin. Damit ist auch der Boden verschwunden für diese kleinbürgerlichen Illusionen. Der Unterschied in den Existenzverhältnissen innerhalb der Arbeiterklasse ist fast verschwunden oder verschwindet immer mehr. Arbeiter, Angestellte und Beamte müssen wieder im buchstäblichen Sinne des Wortes den Kampf um die bloße Existenz aufnehmen. Die alten Gewerkschaftsmethoden haben überall versagt. Die Gewerkschaften sind nicht mehr imstande, mit ihren alten Kampfmitteln und Kampfformen die Existenz ihrer Mitglieder und damit der Arbeiterklasse zu sichern. In allen Ländern ist während des Krieges und nach dem Kriege eine absolute Verelendung der Arbeiterklasse eingetreten. Die Unternehmeroffensive bedroht gegenwärtig die Existenz der Arbeiterklasse aller Länder immer mehr. Die ideellen Konzessionen und Zugeständnisse, welche die Bourgeoisie ihren Arbeitern machen mußte, sollen diesen wieder geraubt werden. Die stereotype Redensart, „daß es Aufgabe der Gewerkschaft sei, die Lohn- und Arbeits-

bedingungen zu verbessern", nimmt sich angesichts des zunehmenden Arbeiterelends wie eine Verhöhnung der Arbeiter aus. Die Praxis der Arbeitsgemeinschaft mit dem Unternehmertum ist zu Ende. Nur unter dem Massendruck der revolutionären Arbeiterbewegungen unmittelbar nach Kriegsende erklärte sich das Unternehmertum bereit, die während des Krieges begonnene Arbeitsgemeinschaft zwischen Gewerkschaftsvertretern und Unternehmern beizubehalten, zu dem einzigen Zweck, gemeinsam mit der Gewerkschaftsbürokratie die in revolutionäre Gärung geratenen Mitgliedermassen der Gewerkschaften vom revolutionären Klassenkampf, von der Eroberung der politischen Macht und Aufrichtung der Diktatur des Proletariats abzuhalten. Heute sitzt das Bürgertum wieder fest im Sattel — oder glaubt, fest zu sitzen. Deshalb weigert sich das Unternehmertum, weiter Konzessionen für die Aufrechterhaltung der Arbeitsgemeinschaften zu machen. Unmittelbar nach Kriegsende erklärte sich das Unternehmertum bereit, den Achtstundentag anzuerkennen und verhältnismäßig hohe Lohnerhöhungen zu bewilligen. In den Siegerstaaten, wo die Staatsmacht der Bourgeoisie nicht so erschüttert wurde wie in den besiegten, sowie in den neutralen Ländern ist der Lohnabbau und die Arbeitszeitverlängerung unter dem Druck der Massenarbeitslosigkeit bereits durchgeführt. In den besiegten Staaten, wo die Staatsmacht der Bourgeoisie noch nicht ganz so fest ist, ist das Unternehmertum in der gleichen Richtung tätig. Dort vollzieht sich nur der Lohnabbau nicht unmittelbar durch Kürzung des Geldlohnes, sondern durch Entwertung des Geldes: der Reallohn ist in diesen Ländern bereits längst unter das Existenzminimum gesunken.

Die in den alten Formen der Gewerkschaftsbewegung erstarrten Gewerkschaften Europas und Amerikas werden nur in dem Prozeß akuter revolutionärer Massenkämpfe umgeformt und umgeschmolzen werden. Im Interesse des Befreiungskampfes der Arbeiterklasse ist die Eroberung der Gewerkschaften für die Zwecke des revolutionären Massenkampfes die dringendste Aufgabe. Die Gewerkschaften, die auf Grund der Tradition der Arbeiterbewegung der Vorkriegszeit zu Hilfsorganen zur Aufrechterhaltung der Herrschaft der Bourgeoisie geworden sind, gilt es jetzt in Kampforgane um die politische Macht, zur Durchführung der Diktatur umzuwandeln. Nur die Diktatur der Arbeiterklasse kann den zerfallenden Kapitalis-

mus umwandeln; sie allein ist imstande, die Existenz der Arbeiterklasse sicherzustellen und das alte Losungswort der Gewerkschaften, die Hebung der kulturellen Lage der Arbeiterklasse, die endgültige Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, zu verwirklichen.

In den Erfahrungen der russischen Revolution der Jahre 1905 und 1917 ist der Arbeiterklasse der übrigen Länder bereits der Weg gezeigt, wie diese Umformung vor sich geht; in den Arbeiterräten, den politischen und den Betriebsräten sind die neuen Organisationsformen gegeben. In den Arbeiterräten sammelt sich die gesamte Arbeiterklasse zur organisierten Einheitsfront gegen die Bourgeoisie. Die bloßen Lohnkämpfe retten das Proletariat nicht mehr vor dem Untergang. Nur in dem Umfange, in dem das um seine Existenz kämpfende Proletariat über die bloße Lohnbewegung hinausgeht und Fragen der Produktionskontrolle, Regelung der Einstellung und Entlassung der Arbeitskräfte, Arbeitsbeschaffung für die Arbeitslosen und des Kampfes gegen die Teuerung zum Gegenstand seines unmittelbaren Kampfes macht, nur in dem Umfange, in dem die Arbeiterklasse die unerträglichen Steuerlasten auf die Bourgeoisie abwälzt, nur in diesem Umfange kann sie in der zusammenbrechenden kapitalistischen Wirtschaftsordnung ihre Existenz sichern. Der Kampf um die Umformung der Gewerkschaften steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der sozialen Revolution. An dem Zeitpunkt, an dem es in den ausschlaggebenden Ländern gelungen ist, die Mehrheit der aktivsten gewerkschaftlich organisierten Arbeitermassen für den revolutionären Klassenkampf in Bewegung zu bringen, sind die halbproletarischen und Kleinbürgermassen in den ausschlaggebenden kapitalistischen Ländern unter der Wirkung des kapitalistischen Zusammenbruchs mehr oder weniger neutralisiert, und das ist der Sieg des Proletariats über die Bourgeoisie.

Heinrich Brandler.

Die Amsterdamer Internationale.

V o r d e m K r i e g e. Vor dem Weltkriege bestanden nur schwache Ansätze einer Internationalen Gewerkschafts-Organisation. Seit 1901 traten internationale Konferenzen der *Sekretäre* der gewerkschaftlichen Landeszentralen zusammen, um über die wichtigsten Fragen, welche die Taktik und die Organisation der Gewerkschaftsbewegung betreffen,

einen Meinungsaustausch zu pflegen: 1901 Kopenhagen, 1902 Stuttgart, 1903 Dublin, 1905 Amsterdam, 1907 Christiania, 1909 Paris, 1911 Budapest, 1913 Zürich. Auf der Dubliner Konferenz wurde die schon früher geschaffene internationale Zentralstelle zu einem internationalen Sekretariat umgestaltet und der Vorsitzende der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Carl Legien, zum internationalen Sekretär ernannt. In den nächsten Jahren stieg die Zahl der zugehörigen Landeszentralen von 12 auf 19 im Jahre 1913. Die Zahl der angeschlossenen Mitglieder erhöhte sich in demselben Zeitraum von zirka 1,7 Millionen auf 7,4 Millionen. Tatsächlich war indessen das internationale Band äußerst locker; die internationalen Konferenzen stellten nur Zusammenkünfte der Sekretäre der Landeszentralen dar; dabei waren die Aufgaben der Konferenzen, laut dem in Amsterdam gefaßten und in Christiania bestätigten Beschluß, beschränkt auf die Beratungen „über den engeren Zusammenschluß der Gewerkschaften, über einheitlich zu führende Statistiken, über gegenseitige Unterstützung in den wirtschaftlichen Kämpfen und über alle unmittelbar mit der gewerkschaftlichen Organisierung der Arbeiterschaft im Zusammenhang stehenden Fragen". Ausgeschlossen von der Beratung waren „alle theoretischen Fragen und solche, welche die Tendenzen und die Taktik der gewerkschaftlichen Bewegung in den einzelnen Ländern betreffen". Die Anträge solche Fragen zu behandeln wie den Kampf gegen den Militarismus und die Anwendung des Generalstreiks im Kampfe um den Achtstundentag, wurden wiederholt abgelehnt, weil die Mehrheit meinte, daß man dadurch den Aufgaben der internationalen sozialistischen Kongresse vorgreifen würde; außerdem wollte man nicht die Gegensätze zuspitzen, welche zwischen verschiedenen Tendenzen in der internationalen Gewerkschaftsbewegung bestanden. Noch in Zürich (1913) haben die Vertreter der französischen Gewerkschaftszentralen ihren Antrag auf Abhaltung internationaler Gewerkschaftskongresse, die Amerikaner den ihrigen auf Errichtung einer internationalen Arbeitsföderation wiederholt. Die Mehrheit beschloß, die Frage den Landeszentralen zum Studium zu überweisen und ein Komitee einzusetzen, welches einen Plan für die praktische Durchführung des Antrages ausarbeiten sollte. Nach den Auffassungen der maßgebenden Vertreter dieser Mehrheit — Legiens und Oudegests — war die Entwicklung noch nicht weit genug gediehen, und eine genügend geschlossene, einheitliche internationale Gewerkschafts-Organisation existiere noch nicht. Dennoch hat die Konferenz auf Legiens Antrag einstimmig beschlossen, der Organisation den Namen des Internationalen Gewerkschaftsbundes, I. G. B., zu geben, und Legien wurde zum Vorsitzenden ernannt. Auch wurde die Organisation des I. G. B. dadurch erweitert, daß 1913 im Anschluß an die Konferenz der Vertreter der Landeszentralen zum ersten Male eine Konferenz der internationalen Berufssekretäre tagte. — In dem Bericht des internationalen Sekretärs über die Gewerkschaftsbewegung 1912 wurden im ganzen 32 internationale Berufssekretariate aufgezählt.

Von den Beschlüssen der internationalen Gewerkschafts-Organisation vor dem Kriege sind hervorzuheben: 1. diejenigen, welche die inter-

nationale Verbindung, die internationalen Konferenzen und die internationale Hilfsaktion betreffen; 2. der Beschluß der Pariser Konferenz (1909) mit der Sympathieerklärung für den Kampf der spanischen Arbeiter gegen den Krieg. Es wurde festgesetzt, daß für jedes Land nur eine gewerkschaftliche Landeszentrale anerkannt werden könne und nur deren Vertretung zur Teilnahme an den internationalen Konferenzen berechtigt sei (Stuttgart 1902). Auch in Budapest 1911 wurde auf Antrag der französischen C. G. T. beschlossen, „unter Ausschaltung aller persönlichen Fragen alles zu tun, um die Einheit der Arbeiterbewegung herbeizuführen". Um den internationalen und nationalen einheitlichen Zusammenschluß zu fördern, wurde beschlossen, daß „die einzelnen Gewerkschaften die Pflicht haben, den betreffenden Berufsverbänden im eigenen Lande anzugehören, und daß diese Verbände verpflichtet sind, sich der gewerkschaftlichen Zentrale ihres Landes anzuschließen. Wenn dieser Hauptpflicht nachgekommen ist, aber auch nur dann, hält die Konferenz es für richtig, daß die einzelnen Berufsverbände sich international mit den entsprechenden Verbänden anderer Länder verbinden" (Christiania 1907). Dieser Beschluß ist in Budapest 1911 noch verschärft worden, indem die Konferenz die internationalen Berufssekretariate und -verbände ersuchte, „nur solche Organisationen zuzulassen, die ihrer zuständigen Landeszentrale angehören". Die Resolution betreffend die internationale Hilfsaktion (Budapest 1911) hat ein sehr kompliziertes und schwerfälliges System zur Einleitung einer solchen ausgearbeitet. Was die Sympathieerklärung der Pariser Konferenz für die spanischen Arbeiter betrifft, so geben wir angesichts des geschichtlichen Interesses, welches dieselbe bietet, den entsprechenden Absatz wortgetreu wieder:

> „Ebenfalls erklärt die Konferenz ihre Sympathie den mutigen spanischen Kameraden, die sich der Mobilmachungsorder durch den Generalstreik widersetzt haben. Sie spricht die Hoffnung aus, daß es den Arbeitern aller Länder bald gelingen möge, durch ihren Einfluß und durch Anwendung aller ihnen zur Verfügung stehenhenden Mittel Kriege zu verhüten."

Der I. G. B. während des Krieges. „Von einer regelrechten internationalen Betätigung des I. G. B.", erklärt Legien in seinem Bericht für 1913—1914, „konnte während des Krieges nicht die Rede sein. Es ließ sich kaum die notwendige Verbindung mit den neutralen Ländern aufrecht erhalten, weil die Grenzsperre den brieflichen Verkehr sehr erschwerte." In Wirklichkeit ist der I. G. B. auseinandergefallen, weil die Gewerkschaftsführer in fast allen kriegführenden Ländern die internationale Solidarität der Arbeiterklasse preisgaben und sich vorbehaltlos auf die Seite der Bourgeoisie ihrer Länder stellten. So bildeten sich während des Krieges zwei quasiinternationale gewerkschaftliche Zusammenschlüsse. 1916 trat eine gewerkschaftliche Konferenz der Vertreter der alliierten Länder zusammen, und sie hat an Stelle des internationalen Sekretariats der Vorkriegszeit in Berlin mit Legien an der Spitze ein „provisorisches" internationales Korrespondenzbüro in Paris mit Jouhaux an der Spitze eingesetzt. Die Bestrebungen Legiens und seiner „neutralen" Freunde, eine internationale Gewerkschaftskonferenz zustande zu bringen, führten 1917 zu einer Konferenz der Vertreter der Zentralmächte und der neutralen Länder in Bern. Beide Konferenzen be-

rieten über die Forderungen, die die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft am Ende des Weltkrieges aufzustellen hätten, und arbeiteten entsprechende Programme aus. Die Verwirklichung derselben sollte einem internationalen Arbeiterkongreß übertragen werden, der am selben Ort und um dieselbe Zeit wie der internationale Friedenskongreß zusammentreten sollte. In der Frage der Verlegung des Sitzes des internationalen Sekretariates, die für die Gewerkschaftsführer der alliierten Länder den hauptsächlichsten Stein des Anstoßes bildete, wurde in Bern kein Beschluß gefaßt, und so fungierten während der Kriegszeit drei „internationale" Gewerkschaftsbüros in Berlin, in Paris und in Amsterdam. In Wirklichkeit aber war die Gewerkschafts-Internationale für jede praktische Betätigung tot.

Der Wiederaufbau des I. G. B., seine Tätigkeit in der Nachkriegszeit. Die im Anschluß an die internationale sozialistische Konferenz Februar 1919 in Bern zusammengetretene internationale Gewerkschaftskonferenz hatte zwei Hauptaufgaben: die Wiederherstellung der Gewerkschaftsinternationale und die Ausarbeitung eines internationalen Arbeiterschutzprogrammes, welches in die Friedensverträge eingefügt werden sollte. Die erste Aufgabe scheiterte, da die nationalen Gegensätze zwischen Vertretern der Gewerkschaftsbewegung der feindlichen Länder noch so stark waren, daß weder die Engländer, noch die Belgier, noch die Amerikaner mit den Deutschen zusammen tagen wollten. Was die zweite Aufgabe betrifft, so hat freilich die Berner Gewerkschaftskonferenz ein Arbeiterschutzprogramm ausgearbeitet, aber von der Einfügung desselben in die internationalen Friedensverträge konnte keine Rede sein. Die Vertreter der siegreichen Mächte gingen aus Furcht vor dem Kommunismus und der internationalen Arbeiterrevolution darauf ein, solche „Arbeitervertreter" wie Vandervelde, Gompers, Barnes, Jouhaux zur Mitarbeit in der Arbeitskommission der Friedenskonferenz heranzuziehen, wollten aber nichts davon hören, daß eine internationale Arbeiterkonferenz am selben Ort und zu derselben Zeit wie die Friedenskonferenz tagte. Um so weniger waren sie geneigt, das Arbeiterschutzprogramm und das Friedensprogramm der Gewerkschaftsführer zu akzeptieren. Diese letzteren erklärten in Bern, daß „das Bestreben, soziale Reformen zu verwirklichen, nicht bedeutet, daß man sein Ideal aufgibt"; im Gegenteil, es sei die Vorbereitung der neuen Ordnung, der die Arbeiterwelt zustrebt. Dementsprechend haben sie ein ausgesprochen reformistisches Programm ausgearbeitet, welches internationale Sicherheiten für das Recht auf Freizügigkeit, Koalitionsrecht, Recht auf Mindestlohn, auf Sozialversicherung, Kinderschutz, Arbeiterinnenschutz und Arbeitshygiene fordert. Die Wirksamkeit der internationalen Arbeitsgesetzgebung sollte durch die Schaffung eines internationalen Arbeitsamtes als Bestandteil der Völkerliga gesichert werden; dieses Amt sollte sich auf ein internationales Arbeitsparlament stützen, in welchem Delegationen aller Länder und aller Berufe sitzen sollten, und welches die Macht haben sollte, Arbeitsgesetze mit internationaler Rechtskraft zu erlassen. Die in Bern beschlossene „Proklamation an die Arbeiter aller Länder!" erklärte bombastisch, daß die Verwirklichung dieses Programmes „den Beginn einer neuen Aera be-

deuten wird, in welcher die Arbeiterklassen aller Länder sich sowohl in ihrer Kraft als auch im sozialen Bewußtsein in der Richtung des Fortschritts und der Besserstellung Aller entwickeln können".

Die oben angeführte „Prinzipienerklärung" ist der ganzen Tätigkeit des wiederhergestellten I. G. B. zugrunde gelegt; aber das Internationale Arbeitsamt der Völkerliga, von welchem die Gewerkschaftsführer in Bern träumten, ist in Wirklichkeit zu einem integrierenden Bestandteil des imperialistischen Weltsyndikates herabgesunken, welches sich die siegreichen Ententeländer im Völkerbund geschaffen haben.

Die endgültige Konstituierung der Amsterdamer Gewerkschafts-Internationale wurde im Juli 1919 in Amsterdam vollzogen. Das geschah unter der Ausschaltung des ausschlaggebenden Einflusses, welchen früher die deutschen Gewerkschaften in der internationalen Gewerkschaftsorganisation ausübten. Den Deutschen ist freilich auf Grund einer von Sassenbach abgegebenen (und später von der Generalkommission desavouierten) Erklärung eine Amnestie für ihre „Verbrechen" erteilt worden, aber ihr Vertreter ist in das Präsidium des neu geschaffenen I. G. B. nicht hineingewählt worden, wonach die Deutschen auf jeden Sitz im Büro des I. G. B. verzichteten. Um die noch immer klaffenden nationalen Gegensätze zu überbrücken, wurde der Sitz der neuen Gewerkschafts-Internationale in Amsterdam festgesetzt. Zum Vorsitzenden wurde der Vertreter der englischen Gewerkschaftszentrale, Appleton, zu stellvertretenden Vorsitzenden der Franzose Jouhaux und der Belgier Mertens, zu Sekretären die Holländer Oudegest und Fimmen ernannt.

In Amsterdam ist die Politik des neuen I. G. B. endgültig im Sinne der Berner Konferenz festgelegt worden. Zum Hauptinstrument der Verwirklichung der gewerkschaftlichen Forderungen im internationalen Maßstabe hat sich Amsterdam den Völkerbund und sein Arbeitsamt ausersehen. Es ist in Amsterdam der Wunsch ausgesprochen worden, „daß der Völkerbund auf dem Willen und der Mitwirkung aller Völker beruht", daß eine allgemeine Abrüstung vollzogen, und die Freiheit der Völker ausschließlich durch die Vollzugsorgane des internationalen Gerichtshofes geschützt wird. Der Völkerbund solle sowohl gesetzgebende als richterliche Gewalt haben, wobei die gesetzgebende Körperschaft des Völkerbundes aus der Wahl der Völker hervorgehen müsse. Als wirtschaftliche Aufgaben des Völkerbundes wurden bezeichnet: Stärkung der Arbeitskraft und Hebung der Bildung der Arbeiter. Förderung des Arbeiterschutzes, rationelle und wissenschaftliche Organisation der Arbeit, internationale Verteilung der erforderlichen Rohstoffe sowie internationale Regelung des Zahlungs- und Transportverkehrs. Diesem reformistisch-utopistischen Programm wurde die Warnung angehängt, daß, wenn die Arbeiterklasse verhüten wolle, daß der Völkerbund zu einem Mittelpunkt der Reaktion und der Unterdrückung werde, „sie sich international organisieren und dadurch zu einer solchen Machtfülle gelangen muß, daß sie zu einem wirksamen Kontrollorgan des Völkerbundes wird". In demselben Geiste beschloß die Amsterdamer Konferenz 1919 die Teilnahme an der internationalen Arbeitskonferenz in Washington, ob-

wohl sie feststellte, daß die in den Versailler Friedensvertrag eingefügte Arbeitscharte „so gut wie in keinem Punkte den in Bern im Februar 1919 aufgestellten Forderungen entspricht". Die Teilnahme wurde an gewisse Bedingungen geknüpft, und den Delegierten wurden gewisse Verpflichtungen auferlegt; aber weder wurden die Bedingungen erfüllt, noch sind die Delegierten den ihnen auferlegten Verpflichtungen nachgekommen. Das hinderte aber Amsterdam nicht weiter, durch seine Delegierten an den internationalen Arbeitskonferenzen des Völkerbundes teilzunehmen und im Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes ständig mitzuarbeiten.

Seit der Amsterdamer Konferenz 1919 hielt der I. G. B. einen Kongreß in London November 1920 und den dritten Kongreß in Rom April 1922 ab. Die Beschlüsse des Londoner Kongresses sind ebenfalls ausgesprochen reformistische, bloß durch revolutionäre Phrasen übertüncht. In der Resolution über die internationale Lage erklärte der Kongreß, daß die Gewerkschaftsbewegung neben ihrer gewöhnlichen Aktion für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen national und international den Kampf gegen Kapitalismus und Imperialismus führt, daß dabei als die wirksamste und zweckentsprechendste Waffe der Massenstreik und der internationale Boykott anzuwenden ist. In der Resolution zum Achtstundentag verpflichtete der Kongreß die angeschlossenen Organisationen, allen Bestrebungen, die Durchführung der Konvention von Washington zu hintertreiben, mit allen Mitteln entgegenzutreten, und forderte sie zu „nachhaltiger Unterstützung" der Gruppen auf, die zum Kampf für die Erringung des Achtstundentages gezwungen sind. Gleichzeitig erklärte der Kongreß, daß der I. G. B. eine weitere Unterstützung des Internationalen Arbeitsamtes ablehnt, wenn die Ratifizierung der Washingtoner Beschlüsse innerhalb der festgesetzten Frist nicht erfolgt ist. Zur Rohstofffrage erklärte der Kongreß, daß die Verteilung der Rohstoffe nur durch eine internationale Verständigung herbeigeführt werden könne, durch die Bemühungen des I. G. B., daß der am besten geeignete internationale Organismus dazu das Internationale Arbeitsamt sei; der Kongreß beschloß, den vom I. G. B. auszuarbeitenden Plan, die Errichtung einer internationalen Rohstoffverteilungsstelle, dem Internationalen Arbeitsamt „zur baldigsten Durchführung" zu überreichen. Zur Valutafrage wurde erklärt, daß diese durch „die Solidarisierung aller Völker für den Wiederaufbau der Welt durch die Arbeit" gelöst werden müsse; daher empfahl der Kongreß die allgemeine Annullierung der internationalen Kriegsschulden, die Vermeidung unnötiger Ausgaben, besonders für militärische Zwecke, Ausgabe einer internationalen Anleihe durch den Völkerbund, mit der Garantie durch die Reichtümer und Hilfsquellen aller Völker ohne Ausnahme. Zur Sozialisierungsfrage beschloß der Kongreß, die Vergesellschaftung des Grund und Bodens und der Produktionsmittel zu fordern, und beauftragte das Büro, sich mit den internationalen Berufssekretariaten der Bergarbeiter, Seeleute und übrigen Transportarbeiter in Verbindung zu setzen, um das erstrebte Ziel „mit allen zu Gebote stehenden Mitteln so bald wie möglich zu erreichen".

Prüft man alle diese Entschließungen genau, vergleicht man sie mit der täglichen Praxis von Amsterdam, so ist es klar, daß die

revolutionär klingenden Drohungen nichts weiter sind als Zugeständnisse, welche die Führer den revolutionären Stimmungen der Massen machen. Die Geschichte der Wechselbeziehungen zwischen den Führern von Amsterdam, dem Internationalen Arbeitsamt und dem Völkerbund, die Art und Weise, wie der I. G. B. den Boykott gegen Horthy-Ungarn im Juni 1920 durchführte, seine Stellung gegenüber dem Kriege zwischen Sowjetrußland und Polen im Juli-August 1920, alle Aeußerungen seiner Tätigkeit zeigen, daß die Führer des I. G. B. ihre ganze Politik auf das Bündnis mit der Weltbourgeoisie einstellen, daß sie dem Kampf um die Weltrevolution feindlich gegenüberstehen. Das äußert sich am besten in der Stellung, die der I. G. B. der revolutionären Strömung in der Gewerkschaftsbewegung und der kommunistischen Bewegung gegenüber einnimmt. Seitdem der I. G. B. in London in einer Resolution „zu den Angriffen der Moskauer Internationale" erklärt hatte, daß er den angeschlossenen Zentralverbänden „volle Autonomie und Bewegungsfreiheit" zusichert, aber von ihnen verlangt, „allen Aufforderungen außenstehender Körperschaften, ihre Sonderbestrebungen in der Gewerkschaftsinternationale zu unterstützen, die Gefolgschaft zu verweigern", seit dieser Zeit geht Amsterdam ganz entschieden darauf aus, in allen angeschlossenen Gewerkschaftsorganisationen, wo es eine revolutionäre Strömung gibt, Spaltungen zu provozieren.

Ueber die organisatorischen Kräfte der Amsterdamer Gewerkschafts-Internationale vergleiche das Kapitel „Die Stärke der Gewerkschaftsorganisationen".

Der Kongreß des I. G. B. in Rom, der zur Zeit der Tagung der Genuakonferenz stattgefunden hat und dadurch eine besondere Bedeutung hätte erlangen können, trug im wesentlichen denselben Charakter wie der Londoner und kam über fromme Wünsche und tönende Phrasen nicht hinaus. Bezüglich der Fragen des wirtschaftlichen Wiederaufbaues Europas verwies er auf die Londoner Beschlüsse und betonte die Notwendigkeit der Abrüstung zwecks Entlastung des wirtschaftlichen Lebens. In der Resolution „Ueber die Reaktion" wurde auf die erstarkende Offensive des Kapitals und die Notwendigkeit einer einheitlichen Abwehr seitens der Arbeiterschaft zwecks „Aufrechterhalung des Achtstundentages, der gegenwärtigen Arbeitslöhne und der erworbenen Rechte und Pflichten" hingewiesen. Ferner rief der Kongreß in einem Manifest die Arbeiterschaft der Welt auf, gegen den Militarismus anzukämpfen und einen evtl. Krieg auf Aufforderung des I. G. B. durch einen internationalen Generalstreik zu verhindern. Anschließend an diesen Kongreß beschloß das Bureau des I. G. B., für Anfang Dezember einen Weltkongreß gegen den Krieg nach Amsterdam einzuberufen, zu dem alle Arbeiterorganisationen, die sich in dieser Frage auf den Boden der römischen Entschließungen stellen, eingeladen werden sollen.

Literaturnachweis.

Zehn internationale Berichte über die Gewerkschaftsbewegung 1903—12, herausgegeben von dem internationalen Sekretär, 1904—13.

Protokoll der Züricher internationalen Konferenz der Vertreter der gewerkschaftlichen Landeszentralen, abgehalten 1913.

Bericht des Internationalen Gewerkschaftsbundes für die Jahre 1913—19.

Protokolle der internationalen Gewerkschaftskongresse, abgehalten in Bern (1919) und Amsterdam (1919).

(Vgl. auch den Literaturnachweis zu dem nächsten Kapitel.)

Die Rote Gewerkschaftsinternationale.

Entstehung der R. G. I. Die ersten Versuche, die revolutionären Kräfte in der internationalen Gewerkschaftsbewegung organisatorisch zusammenzufassen, datieren vom 16. Juni 1920. An diesem Tage fand auf Anregung des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale eine Sitzung von Vertretern der englischen Gewerkschaften (Robert Williams und Alfred Purcell), der italienischen C. G. L. (D'Arragona und G. Bianchi), des italienischen Metallarbeiterverbandes (E. Colombino), des italienischen Lederarbeiterverbandes (E. Dugoni), des Allrussischen Zentralrates der Gewerkschaften (A. Losowsky, M. Tomski, G. Ziperowitsch und W. Schmidt) und des Vorsitzenden des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale (G. Sinowjew) statt. Der erste Ansatz ist im Juli desselben Jahres, unter Teilnahme der Vertreter der durch das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale einberufenen Fach- und Industrie-Verbände Rußlands (A. Losowsky), Italiens (D'Arragona), Spaniens (Pestana), Frankreichs (Rosmer), Bulgariens (Schablin), Jugoslaviens (Milkitsch) und Georgiens (Mikadse) geschaffen worden. In der Erklärung vom 15. Juli 1920 haben die Obengenannten die Prinzipien einer neu zu schaffenden Organisation der revolutionären Elemente der internationalen Gewerkschaftsbewegung festgelegt und die Richtlinien der Tätigkeit des eingesetzten „Internationalen Rates der Fach- und Industrieverbände" (I. R.) bestimmt. Die Deklaration stellte fest, daß es „Pflicht der Arbeiterklasse ist, alle gewerkschaftlich organisierten Kräfte zu einem machtvollen revolutionären Bund zusammenzuschließen, der Hand in Hand mit der politischen Organisation des internationalen kommunistischen Proletariats und in enger Verbindung mit diesem alle seine Kräfte entfalten muß zur Erringung eines endgültigen Sieges der sozialen Revolution und zur Errichtung einer Weltrepublik", daß „man der Diktatur der Bourgeoisie die Diktatur des Proletariats als entscheidende Herrschaftsform der Uebergangszeit gegenüberstellen muß, die allein imstande ist, den Widerstand der Ausbeuter zu brechen, die Eroberung der proletarischen Macht zu sichern und zu festigen." Als nächste Aufgabe aller revolutionär gesinnten in der Gewerkschaftsbewegung tätigen Arbeiter bezeichnete die Deklaration: 1. die Taktik des Austritts aus den bestehenden Gewerkschaften verurteilend, dahin zu wirken, daß umgekehrt aus den Verbänden die Opportunisten vertrieben werden; 2. den Kommunismus innerhalb der Gewerkschaften methodisch zu verbreiten; 3. eine internationale Kampforganisation zu bilden, um den Revolutio-

nierungsprozeß der Gewerkschaftsbewegung einheitlich zu gestalten und zu leiten. Als solche Organisation wurde der I. R. ernannt, in welchem alle ihm angeschlossenen Arbeiterorganisationen und Industrieverbände vertreten waren. Ein Vertreter des I. R. sollte dem E. K. der K. I. und ein Vertreter des E. K. der K. I. dem I. R. angehören.

Die Entwicklung bis zum ersten konstituierenden Kongreß. Das nächstfolgende Jahr bis zum Juni 1921 war dem Ausbau der Organisation der „Roten Gewerkschafts-Internationale" (R. G. I.), der Propaganda ihrer Ideen und der Vorbereitung ihres ersten konstituierenden Kongresses gewidmet. Die organisatorischen Verbindungen des I. R. wurden im Laufe dieses Jahres fast auf alle Länder der ganzen Welt ausgebreitet. Ueberall wurde eine rege Propaganda unter der Losung „Amsterdam oder Moskau?" geführt. Freilich hatte der provisorische I. R. in seiner Tätigkeit mit zweifachen Elementen zu tun. Einerseits: überall in den Gewerkschaftsorganisationen, welche als Ganzes der Amsterdamer G. I. angeschlossen sind, bestanden und bestehen Minderheiten, welche revolutionär gesinnt sind, zu der Richtung der Tätigkeit Amsterdams und der Führer ihrer Organisationen in scharfer Opposition stehen und mit den Richtlinien des I. R. sich einverstanden erklärten; aus Rücksicht auf die Einheit der Gewerkschaftsbewegung und im Interesse der Propagierung der revolutionären Ideen mußten diese Elemente nach wie vor im Schoße der Organisationen verbleiben, welche formell Amsterdam angeschlossen sind. Andererseits: in allen Ländern gibt es revolutionäre oder revolutionär angehauchte Gewerkschaftsorganisationen, welche außerhalb Amsterdam stehen, weil ihre Vertreter der Ansicht sind, daß es zwecklos und schädlich sei, daß die revolutionären Elemente innerhalb der reformistischen Gewerkschaftsorganisationen verbleiben, wo sie auf die Leitung derselben keinen wirksamen Einfluß ausüben können. Die ersteren Elemente mußten in eine organisatorische Verbindung mit dem I. R. gebracht werden, die letzteren mußten wenigstens dazu bewogen werden, ihre auf die Zerstörung der bestehenden alten Gewerkschaftsorganisationen hinausgehende Tätigkeit einzustellen und ihre Kräfte auf dasselbe Ziel zu richten, welches der I. R. sich mit anderen Methoden gesetzt hat. Als Resultat seiner einjährigen Tätigkeit konnte der provisorische I. R. in seinem Bericht zu dem ersten Kongreß der revolutionären Gewerkschaften am 15. Juli 1921 folgendes feststellen: Für den Anschluß an eine revolutionäre Gewerkschafts-Internationale, deren Prinzipien der provisorische I. R. vertrat, erklärten sich 10 Landesorganisationen (Rußland, Bulgarien, Griechenland, Türkei, Italien, Spanien, Norwegen, Mexiko, Argentinien, Neuseeland); von den neueren revolutionären Organisationen, welche neben den alten großen Landesorganisationen bestehen, sprachen sich 18 für die Moskauer I. R. aus. (Freie Arbeiter-Union Gelsenkirchen-Deutschland, Freie Arbeiter-Union Deutschlands (Syndikalisten), die der Kommunistischen Partei angeschlossenen Fraktionen im A. D. G. B., Italienische Gewerkschafts-Union, Komitee der revolutionären Syndikalisten in Frankreich, Zentrale Arbeiterorganisation Schwedens, Niederländisches Arbeitersekretariat in Holland, die syndikalistische Union in Dänemark und die unter der Leitung der Kommunistischen Partei stehenden Fraktionen in den Amsterdamer Gewerk-

schafts-Internationale angeschlossenen Organisationen einiger anderer Länder). Außerdem gab der Bericht des I. R. das Verzeichnis von 36 einzelnen Gewerkschafts- und Industrieverbänden und 86 Gewerkschafts-Ortsverbänden größerer Städte mit Fraktionen, welche nach einer Diskussion über die Frage „Moskau oder Amsterdam?" sich für die Grundsätze der Moskauer G. I. erklärten. Zu bemerken ist, daß die italienische und norwegische Landesorganisation sich zwar für die Grundsätze der Moskauer Internationale aussprachen, ohne aber aus der Amsterdamer G. I. auszutreten. In Finnland sprachen sich die Gewerkschaften in einer Urabstimmung für den Austritt aus Amsterdam aus, ohne sich formell Moskau anzuschließen in Anbetracht des wütenden weißen Terrors.

Der konstituierende Kongreß der R. G. I. Der erste internationale Kongreß der roten Gewerkschaften tagte in Moskau vom 3. bis 19. Juli 1921 und schuf die feste Basis eines neuen revolutionären internationalen Zusammenschlusses der Gewerkschaften der ganzen Welt.

Auf dem Kongreß erschienen 380 Delegierte: 336 mit beschließender, 44 mit beratender Stimme. Sie vertraten 42 Länder: Deutschland 71 Delegierte mit beschließender, 9 mit beratender Stimme; Rußland 64 (5), Schweden 14, Frankreich 13, Bulgarien 13, Jugoslawien 11, Tschechoslowakei 10, Oesterreich 10, Schweiz 10 (5), Polen und Norwegen je 9, Holland 8, England 7 (8), Ukraine 8, Lettland, Estland, Rumänien je 5, Spanien 5 (1), Luxemburg, Georgien und Australien je 4, Ungarn, die Republik des fernen Ostens, Litauen, Finnland, Italien je 3 Delegierte, Dänemark 3 (1), Armenien, Aserbeidshan und Palästina je 2 Delegierte, Griechenland, Südafrika, Japan, China, Türkei, Java, Korea, Abchasien je ein Delegierter. Außerdem waren auf dem Kongreß einzelne Organisationen aus den Vereinigten Staaten, von Kanada, Mexiko und Argentinien vertreten.

Auf der Tagesordnung des Kongresses standen folgende Fragen:

1. Bericht des provisorischen Internationalen Rates der Fach- und Industrieverbände;
2. die Weltwirtschaftskrise, die Aufgaben und die Taktik der Gewerkschaften;
3. Gewerkschaften, Parteien, Rote Gewerkschafts-Internationale und Kommunistische Internationale;
4. die Gewerkschaften, die Produktionskontrolle und die Betriebskomitees;
5. die Arbeitslosigkeit;
6. Organisationsfragen;
7. die Frauen in den Gewerkschaften und in der Produktion.

Der Kongreß hat eine Reihe von wichtigen Resolutionen gefaßt und einige Adressen und Aufrufe erlassen.

In einer Resolution wurde die Gründung und die Tätigkeit des provisorischen I. R. gutgeheißen, die Parole der Diktatur des Proletariats gebilligt und festgestellt, daß der I. R. die Rolle der Amsterdamer Internationale richtig einschätzt und mit vollem Recht dieselbe bekämpft.

Durch die Resolutionen über die Beziehungen zwischen der R. G. I. und der K. I. hat der Kongreß ein festes Bündnis mit der Kommu-

nistischen Internationale geschaffen. Mit Berufung darauf, daß „die Logik des modernen Klassenkampfes einen festen Zusammenschluß der proletarischen Kräfte und die Einigkeit im revolutionären Kampfe erfordert", hat der Kongreß beschlossen:

1. Alle Mittel anzuwenden, um die Sammlung der revolutionären Gewerkschaften in einer festgefügten Kampfesorganisation mit einer internationalen Zentralleitung — der R. G. I. — durchzuführen;
2. möglichst enge Verbindung mit der Kommunistischen Internationale, als der Avantgarde der revolutionären Arbeiterbewegung der Welt, in Form gegenseitiger Vertretung beider Vollzugsausschüsse, gemeinschaftlicher Beratungen und dergl. zu schaffen;
3. dieser Verbindung einen organischen und sachlichen Charakter zu geben, der in gemeinschaftlicher Vorbereitung revolutionärer Aktionen und in einheitlicher Durchführung derselben im nationalen und im internationalen Maßstabe ihren Ausdruck finden muß."

Des weiteren wies der Kongreß mit Nachdruck darauf hin, daß es notwendig ist, eine wirkliche und innig revolutionäre Einheit der roten Gewerkschaften und der kommunistischen Parteien zwecks Verwirklichung der Beschlüsse beider Kongresse anzubahnen.

In den Thesen und Resolutionen über die Aufgaben und die Taktik der Gewerkschaften, über die Produktionskontrolle, über die Betriebsräte und über die Arbeitslosigkeit hat der Kongreß die Richtlinien festgesetzt, in welchen die roten Gewerkschaften und die einzelnen Gruppen, welche auf dem Boden der R. G. I. stehen, obgleich sie organisatorisch Amsterdam angehören, sich betätigen sollen. In dem Aufruf „An die Arbeiter der Welt" heißt es hierüber:

„Brüder und Klassengenossen, an Euch, die Ihr dem Amsterdamer Gewerkschaftsbund folgt, wendet sich der konstituierende Kongreß der Roten Gewerkschafts-Internationale im Namen der von ihm vertretenen und durch ihn organisierten vielen Millionen revolutionärer Arbeiter aller Länder, mit denen Ihr an ein und derselben Werkbank arbeitet, und mit welchen Ihr alle — wir sind davon überzeugt — den letzten Kampf gegen den Kapitalismus kämpfen werdet . . . Das Kapital greift mit seiner in Reserve gehaltenen bedeutenden Armee von Arbeitslosen an, es entreißt Schritt für Schritt der Arbeiterklasse all ihre Errungenschaften der letzten Zeit. In hartnäckigem Kampfe wird das Proletariat gezwungen, jeden Fuß breit seiner Position zu verteidigen. Hat sich etwa die Amsterdamer Internationale im wirtschaftlichen Kampfe einige Verdienste um die Arbeiterklasse erworben? Hat sie Euren Kampf erfolgreich geleitet? Das ist die Frage, auf welche jeder organisierte Arbeiter, auch wenn er sich dem Sozialismus und der Revolution gegenüber gleichgültig verhält, eine klare Antwort im Interesse seiner wichtigsten täglichen Bedürfnisse erhalten muß . . .

Von Tag zu Tag mehren sich die Fälle, in denen einzelne Gruppen der Arbeiter, die nicht warten wollen, bis die Reihe des Verrates an sie kommt, unorganisiert in den Streik und den revolutionären Kampf treten. Dem wahren Klasseninstinkt folgend, brechen diese Arbeitergruppen die von den Amsterdamern festgesetzte Disziplin,

brechen die Fesseln des Kapitals, handeln nach dem heiligen Rechte des Proletariats, das sich nie ohne Kampf dem Feinde ergeben wird. Es gibt aber noch einen besseren Ausweg, und dieser Weg ist, auf organisatorischem Wege die gelben Führer abzusetzen, welche die Sache der Arbeiter verraten."

Der Kongreß hat die Satzungen der neuen Gewerkschafts-Internationale festgelegt und hierdurch derselben feste organisatorische Formen gegeben. Der Name der neuen internationalen Vereinigung ist als „Rote Gewerkschafts-Internationale" festgesetzt worden. Als Mitglieder können nach den Satzungen alle revolutionären wirtschaftlichen Klassenorganisationen zugelassen werden, welche die Grundsätze des revolutionären Klassenkampfes anerkennen und diesem im täglichen Kampf treu sind, welche die Notwendigkeit der Abschaffung des Kapitalismus auf dem Wege der sozialen Revolution und der Errichtung der proletarischen Diktatur während der Uebergangszeit anerkennen, welche alle Beziehungen zu Amsterdam abgebrochen haben und die internationale proletarische Disziplin und die Beschlüsse der Kongresse der R. G. I. anerkennen, welche schließlich in ihren Aktionen einheitlich mit allen revolutionären Organisationen und kommunistischen Parteien des Landes vorgehen. Im Vollzugsbüro, im Zentralrat und in den internationalen Kongressen, welche nach Möglichkeit jedes Jahr zusammentreten, hat sich die R. G. I. zentrale Organe geschaffen, welche die Einheitlichkeit der Aktion der Roten Gewerkschaften und einzelner roter Gewerkschaftsgruppen sicherstellen.

Die Tätigkeit seit dem konstituierenden Kongreß. Die Tätigkeit der R. G. I. seit dem konstituierenden Kongreß bestand noch immer hauptsächlich in der Sammlung der revolutionären gewerkschaftlichen Kräfte, in der Abgrenzung zwischen den wirklichen Anhängern und falschen und unsicheren Kantonisten, in der Propaganda der proletarischen Einheitsfront zur Abwehr der Offensive des Weltkapitals, gleichzeitig aber auch in der Abwehr der Spaltungstendenzen von Amsterdam. Das nach dem internationalen Kongreß höchste Organ der R. G. I., der Zentralrat, ist seit dem Kongreß zweimal zusammengetreten: unmittelbar nach dem Abschluß des Kongresses und im Februar 1922. Es muß noch die Bildung von internationalen Propagandakomitees für einzelne Berufe und Industrien erwähnt werden. Diese sind zum ersten Mal in Moskau im Anschluß an den Kongreß zusammengetreten; seitdem arbeiten sie in engster Verbindung und unter Leitung der Instanzen der R. G. I.

Literaturnachweis.

A. Losowsky: Der internationale Rat der Fach- und Industrieverbände. Hamburg-Berlin 1921.

A. Losowsky: Amsterdam, Moskau, London, Hamburg 1921.

Bericht des Internationalen Rates der Roten Fach- und Industrieverbände, Moskau 1921.

Protokoll des Ersten Internationalen Kongresses der Roten Gewerkschaften, Moskau 1921.

Resolutionen, Statuten, Manifeste und Aufrufe des Ersten Internationalen Kongresses der Roten Fach- und Industrieverbände.

Gewerkschaftlich organisierte Arbeiter der Welt

in den einzelnen Ländern in den Jahren 1913 bis 1921.

	1913	1919	1920	1921
Afrika				
Aegypten	Eine Zentrale Organis., gegründet 1921			50 000
Südafrika	Keine Zahl	108 000	115 000	133 000
Amerika				
Argentinien		140 000	180 000	120 000
Brasilien	Keine Zahl	Keine Zahl	Keine Zahl	Keine Zahl
Chile	Keine Zahl	Keine Zahl	110 000	110 000 [5])
Kanada	176 000	378 000	374 000	373 000 [1])
Mexiko	Keine Zahl	Keine Zahl	Keine Zahl	90 000
Peru			25 000	25 000
Uruguay				15 000
Ver. Staaten N.-Amerikas	2 722 000	5 607 000	5 179 000	5 122 000
Zentralamerika			20 000	20 000 [1])
Asien				
Buchara	Zentrale Organisation, gegründet 1921			6 000
China	Keine Zahl	Keine Zahl	Keine Zahl	Keine Zahl
Britisch-Indien	I. Gewerkschaftskongr. 1920		500 000	1 500 000
Ndl. Indien	Keine Zahl	Keine Zahl	20 000	52 000
Japan		236 000	247 000	247 000 [1])
Kaukasus	Unvollständige Zahlen			206 000
Korea	Keine Zahl	Keine Zahl	Keine Zahl	3 000
Palästina	Keine Zahl	Keine Zahl	Keine Zahl	Keine Zahl
Persien	Keine Zahl	Keine Zahl	Keine Zahl	20 000
Australien				
Austr. Festland	498 000	628 000	684 000	684 000 [1])
Neu-Seeland	72 000	83 000	83 000 [1])	83 000 [1])
Europa				
Belgien	200 000	715 000	920 000	920 000 [1])
Bulgarien	21 000 [5])	38 000	38 000	35 000
Dänemark	153 000	347 000	355 000	355 000 [1])
Deutschland	4 513 000	8 560 000	12 558 000	12 798 000
Estland	Keine Zahl	30 000	16 000	16 000 [1])
Finnland	28 000	41 000	59 000	48 000
Frankreich	1 027 000	2 500 000	2 000 000	1 600 000
Griechenland	Keine Zahl	100 000	Keine Zahl	
Gr. Britannien	4 173 000	8 051 000	8 502 000	8 300 000
Irland	Keine Zahl	Keine Zahl	340 000	340 000 [1])
Italien	600 000	1 800 000	3 600 000	3 600 000 [1])

	1913	1919	1920	1921
Europa				
Jugoslavien	14 000 [6])	20 000 [6])	200 000	256 000
Lettland	Keine Zahl	50 000	25 000	44 000
Litauen	Keine Zahl	Keine Zahl	Keine Zahl	Keine Zahl
Luxemburg	—	—	27 000	27 000
Niederlande	189 000	456 000	618 000	480 000
Norwegen	64 000	144 000	143 000	127 000
Oesterreich	260 000	803 000	1 000 000	1 050 000
Polen	Keine Zahl	1 007 000	1 117 000	1 200 000
Portugal	Keine Zahl	100 000	100 000	100 000
Rumänien	10 000 [7])	75 000 [7])	125 000	250 000 [1])
Rußland	Keine Zahl	3 639 000	4 755 000	6 500 000 [2])
Schweden	134 000	368 000	403 000	380 000
Schweiz	95 000	250 000	292 000	292 000
Spanien	128 000	885 000	980 000	1 080 000
Tschechoslowakei	Keine Zahl (1914)	1 301 000	1 600 000	1 600 000 [1])
Türkei	2 000	15 000 [3])	15 000 [3])	15 000 [3])
Ungarn	115 000	1 663 000 [8])	154 000	335 000
Sa.:	15 194 000	40 138 000	47 479 000	50 607 000

[1]) Die Zahlen geben denselben Mitgliederbestand wie für das vorige Jahr an.
[2]) Die Zahl umfaßt nicht die gewerkschaftlich organisierten Mitglieder der Kaukasus-Republiken (Georgien, Armenien, Dagestan usw.), die der gemeinsamen allrussischen gewerkschaftlichen Zentralorganisation angehören.
[3]) bezieht sich nur auf die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in Konstantinopel.
[4]) umfaßt nicht die gewerkschaftlich organisierten Eingeborenen.
[5]) Im 7. 1910.
[6]) bezieht sich nur auf Serbien.
[7]) bezieht sich nur auf Alt-Rumänien.
[8]) Räterepublik.

(Zusammengestellt von dem Büro der Roten Gewerkschafts-Internationale.)

Entwicklung der Gewerkschaften in den Jahren 1913-1921.

In der vorliegenden Tabelle soll versucht werden, ein Bild der zahlenmäßigen Entwicklung der Gewerkschaften aller Richtungen in den letzten Jahren zu geben. Dabei sind als Gewerkschaften sowohl die auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Arbeiterverbände, wie auch wirtschaftliche Arbeiterorganisationen aller anderen Richtungen, die „wirtschaftsfriedlichen" nicht ausgenommen, berücksichtigt worden. Es ist nun bekannt, wie schwer, ja unmöglich es ist, genaue Zahlen über den Mitgliederbestand solcher Organisationen verschiedener „nationaler", christlicher und ähnlicher Gründungen zu bekommen. Deshalb müssen die Gesamtzahlen der

gewerkschaftlich organisierten Arbeiter nur mit größtem Vorbehalt genommen werden. Gewöhnlich exstieren genaue Zahlen über den Mitgliederbestand nur eines großen Gewerkschaftsverbandes für jedes Land; für manche Länder, wo die auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Gewerkschaften polizeilichen Verfolgungen schlimmster Art ausgesetzt sind, konnten genaue Ziffern für die letzten Jahre 1920 und 1921 nicht beschafft werden. Außerdem veröffentlichen manche Gewerkschaftsorganisationen ihre statistischen Angaben mit einer großen Verspätung, so daß man für das Jahr 1921 zum Teil die Daten des vorigen Jahres zugrunde legen muß.

Der Tabelle liegen, soweit es nur irgend möglich war, direkte Angaben oder Erhebungen der einzelnen Gewerkschaftsverbände oder der statistischen Behörde des betreffenden Landes zugrunde; außerdem wurden alle anderen Quellen herangezogen, die uns nur zugänglich waren, insbesondere die Veröffentlichungen der Roten Gewerkschafts-Internationale, der Amsterdamer Gewerkschafts-Internationale, der Kommunistischen Internationale, des Internationalen Arbeitsamtes, die gewerkschaftliche und politische Arbeiter-Tagespresse usw.

Der Vergleich der Zahlen ist auf die Jahre 1913, 1919, 1920 und 1921 beschränkt worden, weil nur für diese Jahre irgendwelche glaubwürdigen Zahlen existieren und weil die Zahlen für die Kriegsjahre keineswegs eine richtige Vorstellung von den Entwicklungstendenzen der Gewerkschaftsbewegung geben können.

Ueberschaut man die Tabelle im ganzen, so fällt der ungeheure Mitgliederzuwachs ins Auge, der das Jahr 1919 gegenüber dem Jahre 1913 kennzeichnet. Dieser Zuwachs beträgt in dem genannten Zeitraum ungefähr 160 Prozent, von 1913 bis 1920 bis 220 Prozent, bis 1921 gegen 240 Prozent. Dieser Zuwachs ist zum kleineren Teil darauf zurückzuführen, daß die Zahlen für 1919 viel vollständiger sind als die Zahlen für die Vorkriegszeit, zum größeren Teil aber darauf, daß in allen Ländern der Welt in der Nachkriegszeit die gewerkschaftliche Bewegung einen ungeheuren Aufschwung aufzuweisen hat. Dabei spielt der natürliche Zuwachs der Bevölkerung nur eine verhältnismäßig unbedeutende Rolle. Wenn auch die außereuropäischen Länder eine beachtenswerte Entwicklung der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung in den Jahren 1913 bis 1921 aufweisen, ist dennoch der größte Aufschwung der gewerkschaftlichen Bewegung in den Ländern der alten Gewerkschaftsbewegung — in Europa — zu verzeichnen.

Das Jahr 1921 bedeutet, soweit sich bisher übersehen läßt, keineswegs eine Fortentwicklung im bisherigen Tempo. In den meisten Ländern bleiben die Zahlen stationär, in mehreren zeigt sich ein Rückgang des Mitgliederbestandes. Dieser ist zurückzuführen zum Teil auf den weißen Terror seitens der Regierungen, zum Teil auf die wirtschaftliche Depression und die Zersetzung der Bewegung durch die Methoden der reformistischen Führer und die inneren Kämpfe, welche eine Reaktion auf diese Politik darstellen.

Von Interesse ist die Verteilung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter über die verschiedenen Erdteile und Länder. Der weitaus größte Teil der gewerkschaftlich Organisierten (ungefähr 80 Prozent) fällt auf Europa, von dem Restbestand

entfällt der größte Teil auf Amerika. Die Entstehung der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung in Asien gehört den allerletzten Jahren an, obgleich dieser Bewegung allem Anschein nach eine große Entwicklung bevorsteht. Was einzelne Länder betrifft, so steht Deutschland seit 1919 an der Spitze, ihm folgten Großbritannien, Rußland, die Vereinigten Staaten Amerikas, Frankreich, Italien, die Tschechoslowakei, Britisch-Indien, Polen, Oesterreich. Alle diese Länder weisen mehr als eine Million gewerkschaftlich organisierter Arbeiter auf.

Oppositionelle Bewegung in den Gewerkschaften.

Verteilung einzelner Berufsverbände verschiedener Länder auf die revolutionäre und die reformistische Richtung.

Industriegruppe	Rote Gew. Internat.		Amsterdam. Gew. Int.		Neutral	
	Länder	Gesamtzahl der Verbd.	Länder	Gesamtzahl der Verbd.	Länder	Gesamtzahl der Verbd.
1. Holzindustrie	Argentinien Bulgarien Finnland (2) Frankreich (4) Holland Italien Jugoslavien Norwegen (2) Polen Portugal Rumänien Rußland Schweiz Spanien Tschechoslow. Republ. d. F. Ostens	21	Belgien Dänemark Deutschland (4) Frankreich England (2) Holland Luxemburg Norwegen Oesterreich Polen Spanien Schweden (2) Tschechoslow. Ungarn	19	Argentinien (7) Amerika (7) Jugoslavien Japan (2) Lettland Ungarn	19
2. Landwirtschaft	Bulgarien Frankreich Holland Jugoslavien Norwegen Rußland Spanien	9	Deutschland (2) Oesterreich Belgien Dänemark England Frankreich Holland	13		

Industriegruppe	Rote Gew. Internat. Länder	Gesamtzahl der Verbd.	Amsterdam. Gew. Int. Länder	Gesamtzahl der Verbd.	Neutral Länder	Gesamtzahl der Verbd.
	Tschechoslow. Rep. d. Fernen Ostens		Italien Polen Spanien Schweden Tschechoslow.			
3. Transportindustrie A) Seeleute u. Hafenarbeiter	Deutschland Argentinien (3) Australien Norwegen Spanien Rußland Rep. d. Fernen Ostens	9	Deutschland (?) Schweden (2) Dänemark (3) Spanien Frankreich (2) England (6)	15	Amerika (5) China (4) Finnland Ost-Indien Italien (2) Japan Kanada	51
B) Eisenbahn- u. Transportwesen	Bulgarien Finnland Frankreich Griechenland Holland Jugoslavien Norwegen (3) Rumänien Rußland (2) Spanien Rep. d. Fernen Ostens Australien	15	Deutschland (4) Belgien (2) Dänemark (3) Frankreich (2) England (6) Holland (2) Italien Jugoslavien Oesterreich Polen Spanien Schweden (3) Schweiz Tschechosl. (3)	31	Amerika (15) Argentinien (3) Kanada (3) Italien Japan Portugal Südafrika (5) Ost-Indien (2)	31
4. Bergbau	Deutschland Bulgarien Frankreich Holland Jugoslavien Rußland Spanien	7	Deutschland Belgien Dänemark Frankreich England Italien Jugoslavien Holland Oesterreich Polen Schweden Tschechosl. (2) Spanien	14	Australien Japan (2) Amerika (3) Finnland	7

Industriegruppe	Rote Gew. Internat.		Amsterdam. Gew. Int.		Neutral	
	Länder	Gesamtzahl der Verbd.	Länder	Gesamtzahl der Verbd.	Länder	Gesamtzahl der Verbd.
5. Metallindustrie	Bulgarien Finnland Frankreich Griechenland Jugoslavien Norwegen (2) Holland Lettland Rumänien Rußland Rep. d. Fernen Ostens Spanien	13	Belgien Dänemark Deutschland (2) Frankreich England (7) Holland Italien (2) Jugoslavien Luxemburg Norwegen Oesterreich Polen (3) Schweden (3) Schweiz Tschechosl. (2)	28	Australien Amerika (7) Argentinien (6) Japan Portugal	16
6. Bauindustrie	Bulgarien Frankreich Holland Jugoslavien Polen Norwegen Spanien Schweiz Rumänien Tschechoslow. Rußland Rep. d. Fernen Ostens	12	Belgien (2) Dänemark (6) Deutschland (7) England (3) Holland Jugoslavien Oesterreich Polen (2) Schweden (3) Spanien Frankreich Tschechoslow.	29	Amerika (11) Argentinien (3) Finnland Japan (2) Italien Südafrika	19
7. Lederindustrie	Bulgarien Frankreich Polen Norwegen (2) Spanien Rumänien Rußland Jugoslavien Rep. d. Fernen Ostens	10	Belgien Dänemark (5) Deutschland (3) Frankreich (2) England (3) Italien Jugoslavien Oesterreich (3) Spanien Schweden (2) Polen Tschechosl. (2)	25	Australien Argentinien (5) Amerika (3) Finnland Japan Schweiz	12

Industriegruppe	Rote Gew. Internat.		Amsterdam. Gew. Int.		Neutral	
	Länder	Gesamtzahl der Verbd.	Länder	Gesamtzahl der Verbd.	Länder	Gesamtzahl der Verbd.
8. Lebens- und Genußmittel-Industrie	Bulgarien (2) Frankreich Amerika Griechenland Holland Jugoslavien Norwegen (2) Spanien (2) Rumänien (3) Rußland (2) Rep. d. Fernen Ostens	17	Belgien (2) Dänemark (7) Frankreich Deutschland (5) Holland (4) Italien (5) England (2) Jugoslavien Oesterreich (2) Polen (8) Schweden (4) Schweiz Tschechosl. (8)	50	Australien (2) Amerika (4) Argentinien (7) Finnland Portugal	15
9. Freie Berufe	Bulgarien Frankreich Griechenland Rumänien Rußland Spanien Rep. d. Feren Ostens	7	Belgien (2) Deutschland (5) England (5) Frankreich Holland Italien (2) Oesterreich Polen (2) Spanien (2) Schweiz	22	Amerika (4) Norwegen	5
10. Textilindustrie	Bulgarien Frankreich Griechenland Holland Spanien Rußland	6	Belgien Dänemark Deutschland England Frankreich Holland Italien Oesterreich Polen Schweden Schweiz (2) Spanien Tschechosl. (2)	22	Amerika (5) Finnland Japan	7
11. Staats- und Gemeindearbeiter	Bulgarien Griechenland Holland Jugoslavien	4	Belgien (2) Dänemark (3) Deutschland (3) Frankreich (2)	10	Australien Amerika (3) Argentinien Finnland	6

Industriegruppe	Rote Gew. Internat. Länder	Gesamtzahl der Verbd.	Amsterdam. Gew. Int. Länder	Gesamtzahl der Verbd.	Neutral Länder	Gesamtzahl der Verbd.
	Norwegen (2) Rumänien Rußland Spanien Rep. d. Fernen Ostens	6	England (3) Holland (3) Italien (5) Jugoslavien Polen (8) Schweden Schweiz Spanien (2) Tschechosl. (2) Oesterreich (2)	28	Norwegen (3) Südafrika (2)	5
12. Bekleidungsindustrie	Amerika Bulgarien Frankreich Holland Norwegen Rußland Spanien	7	Belgien Dänemark (2) Deutschland (2) England (4) Frankreich (3) Holland Italien (2) Jugoslavien Oesterreich (2) Polen (3) Schweden (2) Schweiz (2) Tschechosl. (3) Spanien	29	Amerika (6) Argentinien (2) Finnland	9
13. Graph. Gewerbe	Bulgarien Frankreich Holland Jugoslavien Norwegen Rumänien Rußland Schweiz Spanien Rep. d. Fernen Ostens	10	Belgien (3) Dänemark (4) Deutschland (5) England (6) Frankreich (2) Holland (2) Jugoslavien Italien (4) Oesterreich (3) Polen (2) Schweden (3) Schweiz (3) Spanien Tschechosl. (5)	44	Argentinien (2) Amerika (7) Finnland (2) Japan (2) Norwegen (3) Südafrika	17

Industriegruppe	Rote Gew. Internat.		Amsterdam. Gew. Int.		Neutral	
	Länder	Gesamtzahl der Verbd.	Länder	Gesamtzahl der Verbd.	Länder	Gesamtzahl der Verbd.
14. Angestellte	Bulgarien Frankreich Griechenland Holland Jugoslavien Rußland Spanien Rep. d. Fernen Ostens	8	Belgien (2) Dänemark Deutschland (3) England (8) Frankreich (3) Holland (2) Italien (4) Jugoslavien Oesterreich (7) Polen Schweden (2) Schweiz Tschechosl. (5) Spanien	41	Amerika (3) Argentinien	4
15. Chemische Industrie	Bulgarien Jugoslavien Rußland Spanien Tschechosl.	5	Belgien (3) Dänemark (2) Deutschland (3(England Frankreich (4) Holland (3) Italien (8) Jugoslavien Oesterreich (2) Polen (2) Schweden Tschechsl. (4) Spanien	35	Australien Amerika (4) Argentinien Finnland Japan	8

In der obigen Tabelle ist versucht worden, die Verteilung einzelner Berufsverbände verschiedener Länder der revolutionären und reformististischen Richtung nach festzustellen. Diese Verteilung kann nur insoweit erfaßt werden, als wir die Zahl der Verbände angeben, die mit der Roten Gewerkschafts-Internationale sympathisieren und ihren Propagandakomitees angeschlossen sind, die andererseits dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossen und reformistisch eingestellt sind. Ein Teil von Berufsverbänden muß gegenüber den beiden Richtungen als „neutral" bezeichnet werden. In seinen Veröffentlichungen gibt der Internationale Gewerkschaftsbund an, daß ihm 29 internationale Berufssekretariate angeschlossen seien, die im Jahre 1921 die Gesamtzahl von 21 160 463 Mitgliedern zählten. Wenn auch diese Zahl zum Teil fiktiv, zum Teil übertrieben ist, so beweist sie dennoch, daß die der Amsterdamer Gewerkschafts-Internationale angeschlossenen internationalen Berufssekretariate sehr

weit davon entfernt sind, die Gesamtheit der in jeder Industriegruppe organisierten Arbeiter zu erfassen, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen. Das macht unsere Tabelle zum Teil anschaulich. Um nur ein Beispiel anzuführen, wie wenig die Statistik der Amsterdamer Gewerkschafts-Internationale den wirklichen Sachverhalt auf diesem Gebiet widerspiegelt, wollen wir darauf hinweisen, daß in der Holzindustrie nach den vorliegenden Mitteilungen von 27 Organisationen 1 432 000 Arbeiter gewerkschaftlich organisiert sind; unterdessen sind der Internationalen Holzarbeiter-Union (Amsterdam) nach ihren Angaben im ganzen 800 000 Holzarbeiter angeschlossen. Darunter ist noch eine Minderheit revolutionär und nicht reformistisch eingestellt. Aehnlich liegen die Verhältnisse in der Bauindustrie. Nach den Mitteilungen aus 44 Organisationen sind in denselben 2 374 000 Bauarbeiter organisiert. Nach den Angaben der Amsterdamer Gewerkschafts-Internationale sind dem Internationalen Bauarbeiter-Berufssekretariat im ganzen 804 000 angeschlossen. Während die Internationale Transportarbeiter-Föderation nach ihren Angaben im Jahre 1921 2 713 000 Transportarbeiter umfaßte, zählte der Russische Transportarbeiter-Verband allein um dieselbe Zeit über 1 400 000 Mitglieder. Usw. usw. Es ist noch weiter in Betracht zu ziehen, daß die Rote Gewerkschafts-Internationale erst seit dem ersten Kongreß (Juli 1921) ihre Kräfte in einzelnen Industriegruppen zusammenzufassen anfing.

Die zweite Tabelle ergänzt die erste, indem sie versucht, die Verteilung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter auf einzelne Richtungen zahlenmäßig zu erfassen. Diese Arbeit stößt auf große Schwierigkeiten, weil die Differenzierung zwischen den beiden größten Gruppierungen — dem Amsterdamer Internationalen Gewerkschaftsbund und der Moskauer Roten Gewerkschafts-Internationale — bisher noch nicht abgeschlossen ist und sich zum Teil nur sehr schwer zahlenmäßig erfassen läßt. Als Zeitpunkt der Verteilung haben wir das Jahr 1921 genommen; wo sich aber seitdem die Verhältnisse bedeutend verschoben haben (wie z. B. in Frankreich), haben wir die späteren Daten herangezogen. Die Roten Gewerkschaften haben wir in zwei Gruppen geteilt: diejenigen, die der Roten Gewerkschafts-Internationale als Landesorganisation angeschlossen sind und jene, die als Minderheiten innerhalb der der Amsterdamer Gewerkschafts-Internationale angeschlossenen Landesorganisationen bestehen. Neben diesen haben wir in die Gruppe der „Sympathisierenden" auch diejenigen Organisationen gestellt, die ihre Stellungnahme zur Roten Gewerkschafts-Internationale noch nicht endgültig festgelegt haben (wie z. B. in Italien die U. S. I., usw.). Die Ergebnisse der Zusammenstellung sind von gewissem Interesse. Es ergibt sich vor allen Dingen aus der Tabelle, daß sich die überwältigende Mehrheit der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter zum Klassenkampfstandpunkt bekennt und den Sozialismus — wenn auch mitunter in seiner bürgerlich-liberalen Form — als ihr Endziel verfolgen. Es sind jedenfalls mehr als 70 Prozent der Gesamtzahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter. Was die Verteilung zwischen der revolutionären und der reformistischen Richtung betrifft, so kann man aus der Tabelle folgen-

II. Verteilung der gewerkschaftlich Organisierten auf einzelne Richtungen im Jahre 1921.

	Rote Gewerkschaften		Gewerksch. Amsterdamer Richtung		„Unabh." Gewerk.	Gewerkschaften bürgerlich. Richtung		Gelbe Gewerksch.	Summe
	Der Roten Gew.-Intern.		Dem Int. Gew.-Bund						
	angeschloss. als Landesorganisation	sympathisierend	angeschlossen	sympathisierend		Christliche	Nationale		
Afrika									
Aegypten	—	50 000	—	—	—	—	—	—	50 000
Südafrika	Keine Zahl	Keine Zahl	60 000	—	—	—	—	—	133 000 [1])
Amerika									
Argentinien	—	—	—	80 000	—	—	—	—	120 000
Brasilien	—	—	—	Keine Zahl	—	—	—	—	—
Chile	60 000	I.W.W. 10000	—	—	—	—	—	—	140 000
Kanada	⁄	(40 000)	260 000	—	31 000	45 000	25 000	—	373 000
	—	Synd. 5 000	—	—	—	—	—	—	—
Mexiko	20 000	—	—	70 000	—	—	—	—	90 000
Peru	—	—	20 000	—	—	—	—	—	25 000
Uruguay	—	—	—	—	—	—	—	—	15 000
Ver. Staaten N.-Amerikas	—	(450 000)	—	4 079 000	815 000	—	—	—	5 122 000
	—	I. W. W. 125 000	—	—	—	—	—	—	—
Asien									
Buchara	6 000	—	—	—	—	—	—	—	6 000
China	—	Keine Zahl	—	Keine Zahl	—	—	—	—	—
Br. Indien	—	Keine Zahl	—	Keine Zahl	—	—	—	—	1 500 000
Ndl. Indien	27 000	—	—	25 000	—	—	—	—	52 000
Japan	—	Keine Zahl	—	Keine Zahl	—	—	—	136 000	247 000
Kaukasus-Republiken	336 000	—	—	—	—	—	—	—	208 000
Korea	—	—	—	—	—	—	—	—	3 000
Palästina	—	Keine Zahl	—	Keine Zahl	—	—	—	—	Keine Zahl
Persien	20 000	Keine Zahl	—	Keine Zahl	—	—	—	—	20 000
Australien									
Austr. Festld., Neu-Seeland	—	400 000	—	367 000	—	—		—	767 000

Europa									
Belgien	—	(10 000)	720 000	—	—	200 000	—	—	920 000
Bulgarien	30 000	—	—	—	—	—	—	5 000	35 000
Dänemark	—	(5 000)	279 000	—	76 000	—	—	—	355 000
Deutschland	150 000	(2 000 000)	8 591 000	—	1 350 000	1 733 000	658 000	220 000	12 798 000
	—	96 000	—	—	—	—	—	—	—
Esthland	16 000	—	—	—	—	—	—	—	16 000
Finnland	48 000	—	—	—	—	—	—	—	48 000
Frankreich	—	300 000	?	—	—	140 000	—	93 000	1 600 000
Griechenland	?	50 000	—	—	—	—	—	—	100 000 [2])
Gr. Britannien	—	(300 000)	6 400 000	Keine Zahl	1 850 000	—	—	—	8 300 000
	—	Synd. 50 000	—	—	—	—	—	—	—
Irland	—	150 000	—	—	—	—	—	40 000	340 000
Italien	—	(580 000)	2 150 000	—	250 000	1 182 000	—	200 000	3 600 000
	—	U.S.I. 60 000	—	—	—	—	—	—	—
Jugoslavien	231 000	—	25 000	—	—	—	—	—	256 000
Lettland	18 000	—	26 000	—	—	—	—	—	44 000
Luxemburg	Keine Zahl	—	27 000	—	—	—	—	—	27 000
Niederlande	—	30 000	210 000	—	50 000	190 000	—	—	480 000
Norwegen	—	—	127 000 [3])	—	—	—	—	—	127 000
Oesterreich	—	(20 000)	1 000 000	—	—	42 000		—	1 050 000
Polen	—	(250 000)	403 000	—	—	50 000	640 000	—	1 200 000
Portugal	—	35 000	—	65 000	—	—	—	—	100 000
Rumänien	—	90 000	—	—	—	—	8 000	—	250 000
Rußland	6 500 000	—	—	—	—	—	—	—	6 500 000
Schweden	—	32 000	260 000	—	—	—	—	—	380 000
	—	(5 000)	—	—	—	—	—	—	—
Schweiz	—	(90 000)	224 000	—	51 000	17 000	—	—	292 000
Spanien	700 000	—	220 000	—	—	160 000	—	—	1 080 000
Tschechoslowakai	—	(400 000)	822 000	—	—	—	352 000	—	1 600 000
Türkei	—	15 000	—	—	—	—	—	—	15 000
Ungarn	—	—	152 000	—	—	334 000	—	—	152 441
	8 162 000	6 168 000	21 889 000	4 686 000	—	—	—	—	—

[1]) Umfaßt nicht die gewerkschaftlich organisierten Eingeborenen, deren Zahl unbekannt ist. [2]) Im 7. 1919. [3]) Haben sich für den Anschluß an die R. G. I. ausgesprochen, ihn jedoch noch nicht vollzogen.

( ) Minderheiten innerhalb der der Amsterdamer Gewerkschafts-Internationale angehörenden Verbände.

des feststellen. Die Gesamtzahl der auf der Plattform der Roten Gewerkschafts-Internationale stehenden gewerkschaftlich organisierten Arbeiter (wenn wir vom formellen Organisationsband absehen) beläuft sich auf ungefähr 15 Mill., die Zahl der in den Landesorganisationen, die dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossen sind, organisierten Arbeiter beträgt ungefähr 22 Millionen. (Unsere Zahl ist etwas geringer als die, welche die Amsterdamer Gewerkschafts-Internationale selbst angibt, weil wir einige Zahlen nach späteren Daten berichtigt, einige problematische oder fiktive Größen — wie z. B. Argentinien, Griechenland und Frankreich — entsprechend korrigiert oder gestrichen haben.) Zieht man ungefähr 5 Millionen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter ab, die mit der Amsterdamer Gewerkschafts-Internationale nur durch ein formelles Organisationsband verbunden sind, obgleich sie auf der Plattform der Roten Gewerkschafts-Internationale stehen, so ergibt es sich, daß die beiden Richtungen sich ungefähr die Wage halten. Dabei scheint das Werbungsgebiet der Roten Gewerkschafts-Internationale breiter als das Gebiet der Amsterdamer zu sein.

Zusammengestellt von dem Büro der Roten Gewerkschafts-Internationale.

Chronik der wichtigsten Lohnkämpfe in den Jahren 1919-1922.

1919

Januar — Argentinien. Im Anschluß an die Lohnbewegung der Post- und Telegraphen-Beamten und der Arbeiter einiger anderer Gewerbe treten 150 000 Arbeiter in Buenos Aires in den Generalstreik. Blutige Zusammenstöße mit der Polizei. Bis 100 Menschen werden getötet und verwundet. Der Streik dauert eine Woche.

Januar — Deutschland. Die Kellner fordern in Berlin und anderen Städten die Abschaffung des Trinkgeldsystems. Sämtliche gastwirtschaftlichen Betriebe werden geschlossen. Der Streit wird erst im Juni durch den Schiedsspruch ausgetragen, und zwar durch die Abschaffung des Trinkgeldsystems.

Januar—Februar — Groß-Britannien. Eine Streikflut, die sich über ganz England ausdehnt. Schiffbau- und Maschinenbauarbeiter streiken in Nordengland und in Belfast für eine kürzere Arbeitswoche. In Belfast wird zu ihrer Unterstützung ein Generalstreik, der alle Betriebe stilllegt, erklärt. In Glasgow führt der Generalstreik zu gewaltigen Zusammenstößen mit der Polizei. In London streikt die Untergrundbahn. In Yorkshire stellen 150 000 Bergarbeiter die Arbeit ein. Die Bewegung erfaßt auch die Londoner Polizei.

6. Februar — Nordamerika. Im Anschluß an einen Lohnkampf der Werftarbeiter wird in Seattle von 110 Unionen in Urabstimmung der Generalstreik in allen Betrieben beschlossen und durchgeführt, darunter Zeitungsdruckereien.

Mai	Australien. Die Arbeiter der Erzgruben in Broken Hill (Neu-Süd-Wales) legen infolge von Lohndifferenzen die Arbeit nieder. Sie nehmen sie erst am 10. November 1920 wieder auf.
Mai—Juni	Kanada. Im Anschluß an einen Lohnkampf der Bau- und Metallarbeiter beschließen fast alle Unionen in Winnipeg, in einen Sympathiestreik zu treten. Am Generalstreik beteiligen sich 35 000 Arbeiter und legen allen Verkehr still. Das Bürgertum bildet zur Abwehr eine Bürgerwehr.
Mai—Juni	Frankreich. Im Anschluß an die Einführung des Achtstundentages und die damit verbundene Anpassung der Löhne an die neue Arbeitszeit brechen in Paris und der Provinz zahlreiche Streiks aus. Lohnforderungen werden gestellt, aber daneben auch politische Forderungen. Insbesondere wird Amnestie, der Mobilmachungsabbruch, Einstellung jedes militärischen Eingreifens im Auslande und schleuniger Friedensschluß gefordert. Die bedeutendsten von diesen Streiks sind die Arbeitseinstellung in der Bekleidungsindustrie die 7 Wochen dauerte; der Metallarbeiterstreik (2. Juni bis 28. Juni, 80 000 Beteiligte), der Streik der Transportarbeiter (3. Juni bis 14. Juni) und der Bergarbeiter (16. Juni bis 11. Juli).
Juni	Großbritannien. 300 000 Baumwollarbeiter streiken für die Einführung der 40stündigen Arbeitswoche. Dieser Streik wird mit Erfolg gekrönt.
Juli	Australien. Streik der Seeleute.
Juli	Japan. Generalstreik in 16 Tageszeitungsbetrieben in Tokio. Erfolglos.
Juli—August	Deutschland. Streik der Eisenbahner. Trotz des Streikverbots durch den Reichswehrminister Noske treten die Eisenbahner in einen „wilden" Streik wegen verschiedener Forderungen, darunter auch Lohnforderungen.
18. September	Deutschland. Im Anschluß an Lohn- und andere Differenzen treten am 18. September die Metallarbeiter Groß-Berlins in den Streik. Am 16. Oktober schließen sich ihnen die Heizer und Maschinisten an. An der Bewegung sind über 200 000 Arbeiter beteiligt. Die Bewegung führt zu zahlreichen Zusammenstößen mit der Polizei, wobei es Tote und Verwundete gibt. Die Gewerkschaftsbürokratie und die Rechtssozialisten, mit dem damaligen Vorsitzenden Schlicke an der Spitze (gleichzeitig Reichsarbeitsminister), sabotieren den Kampf. Er wird durch einen Schiedsspruch vom 2. November, der nur zum kleinen Teil die Forderungen der Arbeiter befriedigt, beendet, und am 11. November nehmen die Metallarbeiter die Arbeit wieder auf.
22. September	Großbritannien. Die Eisenformer erklären den Streik. Er dauert bis zum 12. Januar 1920.
22. September	Nordamerika. 365 000 Stahlarbeiter legen die Arbeit nieder. Ihre Hauptforderungen sind: Abschaffung des 12stündigen Arbeitstages, kollektive Festsetzung der Arbeitsbedingungen, Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Noch am 8. Januar 1920 beharren über 100 000 Arbeiter im Streik. An diesem Tage gestattet die Streikleitung auch diesen 100 000 Streikenden, die Arbeit aufzunehmen „unter den besten Bedingungen, die sie sich sichern können".

27. September — Großbritannien. Die Eisenbahner treten wegen der Forderung auf Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in einen Generalstreik ein. Der Streik umfaßt über eine halbe Million Arbeiter und wird nach 8 Tagen durch ein Kompromiß beigelegt.

1. November — Nordamerika. Streik der Kohlengrubenarbeiter. Ueber 400 000 Arbeiter beteiligen sich an ihm.

November — Japan. Große Streiks in den Kamaishi- und Ashio-Minen.

1920

3. Januar — Britisch-Indien. In Bombay legen 200 000 Arbeiter die Arbeit nieder.

14. Februar — Holland. 16 000 Transportarbeiter und Seeleute treten wegen Lohnforderungen in den Streik. Der Streik wird von der Bourgeoisie mit allen Gewaltmitteln bekämpft. Am 16. April wird dem Parlament eine Vorlage gegen die revolutionären Umtriebe unterbreitet. Auf der anderen Seite greifen die Arbeiter zu der Hilfe ihrer ausländischen Klassengenossen, und die holländischen Schiffer werden im Auslande boykottiert. Der Streik wird erst am 28. April beendet.

25. Februar — Frankreich. Maßregelung von Vertrauensleuten führt in Paris zu einem Streik der Eisenbahner. Er breitet sich auf die ganze Mittelmeerbahn aus und erfaßt 230 000 Eisenbahner. Neben rein wirtschaftlichen Forderungen wird auch die Nationalisierung der Eisenbahnen verlangt. Am 1. März wird die Bewegung beendet, nachdem den Streikenden die Befriedigung ihrer wichtigsten Forderungen versprochen ist.

13.—17. März — Deutschland. Nach der Abwehr des Kapp-Putsches dauern im Rheinland und in Westfalen schwere Kämpfe der Bergarbeiter weiter an. Die Kämpfe haben zum Teil rein politischen Charakter, daneben wird auch die Sozialisierung des Bergbaues auf die Fahne geschrieben.

März — Frankreich. In Lyon streiken 60 000 Arbeiter verschiedener Berufe während 5 Wochen, in Paris die Buchdrucker, im Norden 65 000 Textilarbeiter, im Norden und im Pas de Calais die Bergarbeiter. Die meisten Streiks werden durch die Differenzen wegen des Achtstundentages und der Arbeitslöhne herbeigeführt. In Elsaß-Lothringen schlägt die wirtschaftliche Arbeitseinstellung in den ersten Tagen des April in einen Generalstreik um, der während einiger Tage alle Betriebe stillegt.

März—Juni — Italien. In dem ganzen Po-Tal brechen Streiks der landwirtschaftlichen Arbeiter aus. Höhere Löhne werden gefordert. Die Bewegung dauert den ganzen Frühling an. In Verona nimmt sie im Mai einen revolutionären Charakter an. Ein Generalstreik wird erklärt, an dem sich Eisenbahner, Straßenbahner, Metall- und Elektrizitätsarbeiter, Buchdrucker und Gemeindearbeiter beteiligen. Der Belagerungszustand wird proklamiert. Da die Unruhen aber weiter andauern, wird er am 23. Mai aufgehoben. Der Streik der landwirtschaftlichen Arbeiter dauert noch bis zum 18. Juni und endet mit einem Sieg der Arbeiter. Im ganzen schätzt man die Zahl der Teilnehmer der Bewegung auf eine halbe Million.

2. April — Nordamerika. Der wilde Streik der Eisenbahner in Chikago breitet sich auf ganz Nordamerika aus. Erst am 14. September fordern

die Führer des Streiks, die sowohl von den Eisenbahnmagnaten als auch von den Gewerkschaftsführern aufs schärfste bekämpft werden, die Streikenden auf, unter den Bedingungen der Eisenbahnverwaltungen zur Arbeit zurückzukehren.

April — Japan. Erfolgloser Streik von 20 000 Arbeitern in der Yawata-Eisengießerei.

15. April — Jugoslavien. Ein Eisenbahnerstreik bricht wegen Lohnforderungen aus. Die Schiffsleute von den Donauschleppern treten in einen Sympathiestreik ein. Die Regierung antwortet mit der Militarisierung der Eisenbahner. In Erwiderung dieser Provokation wird ein Generalstreik proklamiert.

16. April — Oesterreich. 94 000 Eisenbahner treten wegen Lohnforderungen in den Streik. Die Gewerkschaftsführer und die Sozialdemokraten fallen den Streikenden in den Rücken. Am 20. nehmen die Eisenbahner die Arbeit zum Teil wieder auf.

April—Juni — Britisch-Indien. Ende des Monats April bricht auf den Regierungs-Eisenbahnen eine Streikbewegung aus. Grund: Differenzen wegen Entlassung einiger Arbeiter. Am 5. Mai beträgt die Zahl der Streikenden auf der Nord-West-Bahn 15 000. Am 13. Juli nehmen die letzten 5000 Streikenden die Arbeit wieder auf Auf der Großen Indischen Eisenbahn streiken seit dem 26. Mai 12 000 Eisenbahner wegen Lohndifferenzen. Am 28. Mai umfaßt die Bewegung schon 20 000 Menschen. Eisenbahn- und Telegraphenlinien werden zerstört, die Züge aufgehalten, es kommt zu blutigen Zusammenstößen mit dem Militär. Am 31. Mai kehren die Streikenden zur Arbeit zurück.

1. Mai — Frankreich. Da die Eisenbahnverwaltungen ihre Versprechungen vom März nicht gehalten haben, treten 250 000 Eisenbahner erneut in den Ausstand. Die C. G. T. fällt den Kämpfenden in den Rücken. Die Regierung geht mit allen Mitteln gegen die Streikenden vor. Die Bewegung endet mit einer Niederlage und massenhaften Maßregelungen der Ausständigen. Andererseits führt sie zur organisatorischen Auflösung der C. G. T.

8. Juni — Italien. Die Eisenbahner suchen den Transport von Munition für Polen zu unterbinden. Das gibt zu Differenzen mit der Eisenbahnverwaltung Anlaß, und in Mailand und Cremona wird die Arbeit bis zum 24. niedergelegt.

15.—19. Juni — China. 10 000 Maurer und Tischler treten in Shanghai und eine ähnliche Anzahl von Textilarbeitern in Suchow wegen hoher Reispreise in den Streik.

Juni — Spanien. Die Bergarbeiter von Rio Tinto treten wegen Lohnforderungen in den Streik. Sie werden von den Arbeitern in Cuelva (Hafen von Rio Tinto) unterstützt. Der Streik dauert bis Februar 1921.

Juli—Oktober — Italien. Im Anschluß an die seit Juli andauernden Streiks der Landarbeiter in verschiedenen Teilen des Landes gehen die Landarbeiter Anfang September an verschiedenen Stellen des Landes zur Besitzergreifung der Ländereien über. In einer Provinz werden auf diese Weise 30 000 Hektar Land von den Landarbeitern in Besitz genommen. Die Bewegung dauert noch Anfang Oktober an.

Aug.—Septbr. — Italien. Die Metallarbeiter erklären infolge von Lohn- und anderen Differenzen der Obstruktion in den Metallfabriken, in dem Maschinen- und Schiffbau in ganz Italien. Am 30. August erwidern die Indu-

striellen in Mailand diese Bewegung mit einer Aussperrung. Die Arbeiter parieren darauf in Mailand, Rom, Turin, Neapel und Ligurien mit der Besitzergreifung der Fabriken. Am 2. September wird auf der einen Seite die allgemeine Aussperrung, auf der anderen die allgemeine Besitzergreifung der Betriebe erklärt. Um die revolutionäre Situation zu beschwichtigen, treten die Gewerkschaftsführer in die von der Regierung vorgeschlagenen Unterhandlungen durch Vermittlung des Ministerpräsidenten Giolitti ein. Am 19. September wird ein Abkommen geschlossen auf Grundlage des Versprechens der Regierung, die Arbeiterkontrolle der Produktion auf gesetzlichem Wege einzuführen. Zwischen dem 28. September und 4. Oktober räumen die Arbeiter die Fabriken.

September — Nordamerika. In Alabama treten 10 000 Arbeiter der Braunkohlengruben in den Streik ein, um das Prinzip der „Offenen Werkstätte" zu bekämpfen. In den nächsten Monaten werden durch den Streik bis 20 000 Menschen betroffen. Der Streik dauert bis 22. Februar 1921 und wird durch einen Schiedsspruch im März 1921 ausgetragen, welcher zu Gunsten der Unternehmerschaft ausfällt.

1. September — Nordamerika. 140 000 Bergarbeiter in den Anthrazitgruben, unzufrieden mit dem Schiedsspruch in der Frage der Lohnerhöhung, legen die Arbeit nieder. Der Streik dauert drei Wochen.

2. Oktober — Deutschland. Infolge Lohndifferenzen stellen die Mitarbeiter aller Berliner Zeitungen die Arbeit ein. 25 000 Hand- und Kopfarbeiter werden ausgesperrt. Die Arbeit wird am 14. auf Grund eines Vergleichs aufgenommen.

18. Oktober — Großbritannien. 1 Million Bergleute treten wegen Lohnforderungen in den Streik. Eineinhalb Millionen Arbeiter sind von dieser Bewegung betroffen. Die Regierung erwidert mit dem Gesetz betreffend die außerordentlichen Vollmachten. Der Streik wird am 3. November durch einen Vergleich beigelegt.

23. Oktober — Rumänien. Im Anschluß an einzelne Lohn- und Arbeitskämpfe wird der Generalstreik proklamiert. Die Regierung wendet Repressalien an. Am 28. bricht der Streik zusammen.

2. November — Deutschland. In Berlin treten 100 000 Gemeindearbeiter in den Streik.

2. Ncvember — Belgien. 44 000 Bergarbeiter treten wegen Lohnherabsetzungen, Verlängerung der Arbeitszeit und Maßregelung von Vertrauensleuten in den Streik. Am 15. wird der Streik gegen den Willen der Mehrheit abgebrochen, wobei der Vergleich auf Grund der Vermittlungsvorschläge der Regierung stattfindet.

1. Dezember — Norwegen. Infolge von Lohndifferenzen treten die Eisenbahner in einen Streik. Nach 2 Wochen endet er mit einer Niederlage.

Dezember — Tschechoslowakei. Die Sozialdemokraten rauben der Arbeiterschaft mit Gendarmenhilfe das Arbeiterheim in Prag. Der Provokation folgt ein mächtiger Proteststreik im ganzen Lande.

30. Dezember — Jugoslavien. Als Protest gegen die Verfolgungen der Bergarbeiterorganisationen und die Niederknüppelung ihrer Streikbewegungen wird ein Generalstreik erklärt. Die Regierung unterdrückt die Bewegung durch den Terror. Am 3. Januar 1921 wird die Arbeit wieder aufgenommen.

1921

Januar	Oesterreich. 12 000 Postangestellte treten wegen Lohndifferenzen in den Streik ein. Nachdem die Regierung den meisten Forderungen nachgegeben hat, wird die Arbeit am 17. wieder aufgenommen.
Januar	Tschechoslowakei. Im Anschluß an die passive Resistenz der Metallarbeiter in einzelnen Betrieben kommt es zur Aussperrung von 15 000 ihrer Berufsgenossen. Dank der Unterstützung der Berg- und Elektrizitätsarbeiter kommt es nach 14tägigem Kampf zu einer Einigung, wobei die meisten Forderungen der Arbeiter befriedigt wurden.
Januar—März	Argentinien. Eine Reihe von Streiks in der Industrie und der Landwirtschaft.
Januar	Britisch-Indien. In mehreren Provinzen brechen Lohnbewegungen der Landarbeiter aus, verbunden mit Unruhen und Zusammenstößen mit dem Militär, welches geschickt wird, um die Bewegung zu unterdrücken. In Bombay und Kalkutta finden gleichzeitig stürmische Streiks von Fabrikarbeitern und Automobilchauffeuren statt.
9. Februar	Nordamerika. 35 000 Arbeiterinnen in der Bekleidungsindustrie treten in den Kampf für die „Standardisierung" der Löhne.
9. Februar	Indien. Mehrere tausend Arbeiter in den Werkstätten einiger Eisenbahnen treten wegen Lohnforderungen in den Streik.
23. Februar	Mexiko. Die Eisenbahner treten in den Kampf wegen des Prinzips der „Offenen Werksätte" ein. 125 000 Arbeiter sind betroffen. Am 29. März wird die Arbeit wieder aufgenommen, nachdem der Kampf mit einem Kompromiß abgeschlossen ist.
24. Februar	Polen. Wegen Lohndifferenzen treten die Lokomotivführer und die Werkstättenarbeiter in Warschau und in einigen anderen Eisenbahnknotenpunkten in den Streik. Die Gewerkschaftsführer sabotieren den Kampf. Die Regierung proklamiert die Militarisierung der Eisenbahnen, und die Gewerkschaftsführer sind angesichts dessen gezwungen, am 28. Februar den Generalstreik zu proklamieren. Er wird am 2. März abgebrochen, obgleich die Regierung nur ganz ungenügende Versprechungen gegeben hat. Die Streikbewegung auf den Eisenbahnen und in den Werkstätten zieht sich auch nachher in die Länge.
28. Februar	Ungarn. Der erste bedeutende Streik unter dem Horthy-Regime bricht unter den Buchdruckern als Protest gegen die Verfolgungen durch die Regierung und wegen Lohnforderungen aus.
3. März	Luxemburg. Im Bergbau und in der Eisen- und Stahlindustrie wird der Generalstreik proklamiert. Grund: Entlassung von 300 Arbeitern in Differdingen. Die Betriebsräte protestieren gegen die Entlassung. Die Arbeiter besetzen die Betriebe. Die französische und die belgische Regierung schreiten ein und fordern die Abschaffung des Betriebsrätegesetzes. Gleichzeitig „säubern" die französischen Truppen die Betriebe. Der Streik bricht am 18. März zusammen.
März	Deutschland. Lohn- und andere Differenzen auf der großen chemischen Fabrik Leuna-Werk, und Lohndifferenzen im Mansfelder Bergbaugebiet erweitern sich infolge der Provokation seitens Hörsings zu einem Generalstreik und später zu einem bewaffneten Aufstand, der auch andere Gebiete Deutschlands (Hamburg, Ruhrgebiet) ergreift. Nach der Niederwerfung des Aufstandes werden

auch die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiterschaft in den bestreikten Gebieten verschlechtert.

1. April — England. Infolge von Lohndifferenzen und um die Forderung des nationalen Ausgleichssystems für die Löhne durchzusetzen, treten über 1 Million Bergarbeiter in den Generalstreik ein. Die Regierung erklärt den Ausnahmezustand. Die Eisenbahner und die Transportarbeiter versprechen, die Bergarbeiter durch den Generalstreik zu unterstützen. Am 15. April („schwarzer Freitag") widerrufen aber die Exekutiven dieser beiden Verbände den für diese Nacht festgesetzten Generalstreik, indem sie sich darauf berufen, daß die Bergarbeiterführer zu einer Einigung mit der Regierung und dem Bergkapital kommen wollen. Der Kampf dauert noch weiter, wobei bis 3 Millionen Arbeiter in Mitleidenschaft gezogen werden. Trotz des Verrates der Führer unterstützen die Dock- und Hafenarbeiter, Transportarbeiter und Eisenbahner in vielen Ortschaften und auch außerhalb Englands, vor allen Dingen in Belgien, den Kampf der Bergarbeiter. Am 1. Juli sehen sich diese dennoch gezwungen, auf einen Vergleich einzugehen, ohne ihr eigentliches Ziel zu erreichen. Dieser Vergleich gestaltet sich später zu einer Niederlage, welche die Niederlage der Arbeiterschaft in allen anderen Industrien nach sich zieht.

1. Mai — Vereinigte Staaten. Die Seeleute, Maschinenbauer und Heizer lehnen die ihnen vom Unternehmertum zugemutete Herabsetzung der Löhne um 25 bis 30 Prozent, die Verlängerung der Arbeitszeit bis 9 und 10 Stunden und die Akzeptierung der „Offenen Werkstätte" ab und treten in den Streik. Am 23. nehmen sie die Arbeit wieder auf, ohne das Unternehmertum gezwungen zu haben, auf einen Kollektivvertrag einzugehen.

8. Mai — Norwegen. Die Reeder wollen den Seeleuten eine Lohnherabsetzung von 33 und später von 25 Prozent aufzwingen. 15 000 Seeleute treten in den Streik, um diese Lohnherabsetzung abzuwehren. Am 26. wird zur Unterstützung der kämpfenden Seeleute der Generalstreik proklamiert, an welchem sich von allen Berufen bis 150 000 Arbeiter beteiligen. Der Generalstreik wird am 8. Juni abgebrochen, nachdem die Regierung teilweise auf die Forderungen der Streikleitung eingegangen ist. Der Streik der Seeleute dauert noch bis Anfang Juli und endet mit einem Vergleich.

Mai — Polen. Im Dombrower Kohlenbecken treten wegen verschiedener Lohn- und anderer Forderungen die Kohlengrubenarbeiter in den Streik ein.

3. Juni — Dänemark. 10 000 Landarbeiter treten in den Streik ein, um Lohnherabsetzungen abzuwehren. Das Unternehmertum erwidert mit der Aussperrung. Der Kampf endet am 6. Juni mit einem Vergleich.

Juni — Deutschland. Verschiedene Differenzen führen eine umfangreiche Bewegung der Werftarbeiter herbei. 20 000 Arbeiter stehen ungefähr 4 Wochen im Streik. Die Bewegung wird mit einem Kompromiß abgeschlossen.

23. Juni — Tschechoslowakei. 12 000 Bankangestellte treten zur Abwehr der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen in den Streik ein. Am 14. August endet die Bewegung mit einer Niederlage.

Juni—Juli — Polen. Eine Streikwelle ergießt sich über ganz Polen. Im Lodzer Gebiet, in Schirardow, Czenstochau und Ssosnowitz streiken 80 000

	Textilarbeiter. In Lodz dauert der Streik der Eisenbahner einen Monat lang und hat einen sehr stürmischen Verlauf. Im Borislawer Naphthabecken streiken mehrere tausend Naphthaarbeiter, im Lodzer und Dombrower Gebiet die Metallarbeiter. Lohnerhöhungen und zum Teil die Einsetzung von Betriebsräten werden gefordert.
Juli	Japan. Streik von 25 000 Arbeitern der Kawasaki-Werft in Kobe. Endet mit einer Niederlage der Streikenden.
August	Frankreich. Anfang August treten die Textilarbeiter in Nordfrankreich zur Abwehr der Lohnherabsetzung in den Streik. Am 19. breitet sich die Bewegung auf 60 000 Textilarbeiter und 7 000 Arbeiter anderer Berufe aus. Am 22. schließen sich den Streikenden in Roubaix auch die Transportarbeiter an. Streitigkeiten zwischen den revolutionären und reformistischen Syndikaten bringen Verwickelungen in die Bewegung. Nach 11 Wochen endet der Kampf mit einer Niederlage der Arbeiterschaft.
August	Polen. Die Streikwelle in Polen dauert weiter an. In Warschau streiken zirka 28 000 Metallarbeiter, in Posen die Eisenbahner der Sekundärbahnen, die Straßenbahner und andere Gemeindearbeiter, in Kalisch die Straßenbahner, die Eisenbahner der Sekundärbahnen auf dem flachen Lande und die Landarbeiter. Am 22. August entbrennt in den ehemaligen preußischen Provinzen der allgemeine Eisenbahnerstreik. Am 1. September breitet er sich über ganz Polen aus. Die Gewerkschaftsführer sabotieren den Kampf, welcher mit teilweisem Erfolg endet.
29. August	Britisch-Indien. Streiks in Madras. Zusammenstöße mit der Polizei. 36 Tote und Verwundete.
1. September	Vereinigte Staaten. Der Bergarbeiterstreik in Westvirginien führt infolge der Provokation seitens der Polizei zu blutigen Zusammenstößen. 200 Bergarbeiter ermordet.
19. September	Oesterreich. In Wien streiken die Eisenbahner.
2. Oktober	Deutschland. Streik der 35 000 gastwirtschaftlichen Angestellten in Berlin. Angesichts des hartnäckigen Widerstandes des Unternehmertums, welches von der Polizei beschützt und unterstützt wird, soll Anfang November der Streik durch einen Generalstreik aller Berliner Arbeiter unterstützt werden. Im letzten Moment wird ein Vergleich abgeschlossen, der tatsächlich für die Gastwirtsangestellten eine Niederlage bedeutet.
1. November	Holland. Um die Lohnherabsetzung abzuwehren, treten über 10 000 Metallarbeiter in den Streik ein. Die Unternehmerschaft beginnt mit der Aussperrung. Der Kampf, an welchem über 15 000 Arbeiter beteiligt sind, endet mit einer Einigung erst am 5. Januar 1922.
Dezember	Vereinigte Staaten. In Newyork, Philadelphia und Chikago streiken 70 000 Bekleidungsarbeiter. Der Streik endet mit einem Vergleich. In den Fabriken des Fleischtrustes in Newyork und Chikago kämpfen bis 50 000 Arbeiter gegen die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und die Ausschaltung der Gewerkschaften. Der Streik hat einen sehr stürmischen Verlauf.

1922

8. Januar	Südafrika. Um den Lohnabbau abzuwehren, treten die Kohlengrubenarbeiter in den Streik. Die Arbeiter in den Goldminen

	im Randgebiet schließen sich ihnen an. Der Streik erweitert sich zu einem Generalstreik in Johannesburg und dann im März im ganzen Randgebiet. Es kommt zu bewaffneten Kämpfen. Am 16. wird der Aufstand erstickt. Der Lohnkampf endet mit der Niederlage der Arbeiter.
1. Februar	C h i n a. Streik der Seeleute in Hong-Kong wegen Lohndifferenzen. Die Regierung verhängt über die Insel den Belagerungszustand. Trotzdem erweitert sich der Streik in den ersten Tagen des März zum Generalstreik. Am 8. März wird die Beendigung des Streiks angekündigt, der der Arbeiterschaft einen Sieg gebracht haben soll.
1. Februar	D e u t s c h l a n d. Zur Unterstützung ihrer Lohnforderungen treten die Eisenbahner in den Streik. Die Zahl der Streikenden soll bis 800 000 betragen. Die Führer der Freien und der bürgerlichen Gewerkschafts-Organisationen nehmen gegen den Streik Stellung. Angesichts der Repressalien seitens der Regierung schickt sich die Arbeiterschaft an, zur Unterstützung der Eisenbahner in den Generalstreik zu treten. Auch die Gemeindearbeiter Berlins treten wegen Lohnforderungen in den Streik ein. Um politische Verwicklungen zu verhindern, bricht die Streikleitung den Eisenbahnerstreik am 7. ab, ohne wirkliche Erfolge erzielt zu haben.
2. Februar	T s c h e c h o s l o w a k e i. 150 000 Bergarbeiter treten in den Streik. Am 15. wird der Streik durch einen Vergleich beendet.
13. Februar	V e r e i n i g t e S t a a t e n. In Neu-England stellen 50 000 Arbeiter in der Textilindustrie zur Abwehr der Lohnherabsetzung und der Verlängerung der Arbeitszeit die Arbeit ein.
13. Februar	D ä n e m a r k. 100 000 Arbeiter werden ausgesperrt, da sie die ihnen zugemutete Lohnherabsetzung von 25—50 Prozent nicht akzeptieren wollen. Bis eine Viertelmillion Arbeiter sind vom Kampf und von der Arbeitslosigkeit betroffen. Nach 8 Wochen wird der Kampf mit einem teilweisen Erfolg für die Arbeiterschaft beendet.
9. März	D e u t s c h l a n d. In Bayern und Württemberg bricht wegen Lohndifferenzen und des Bestrebens der Unternehmerschaft, die Arbeitszeit zu verlängern, ein Kampf in der Metallindustrie aus. Der Streik breitet sich über ganz Deutschland aus; er umfaßt über 100 000 Arbeiter.
11. März	G r o ß b r i t a n n i e n. Der Verband der Metallindustriellen sperrt 250 000 Mitglieder des Vereinigten Maschinenbauer-Verbandes aus, die sein Ultimatum in bezug auf die Abschaffung des Mitbestimmungsrechts in den Betrieben nicht akzeptiert haben. Am 25. März folgt die Aussperrung der Schiffsbauer, um eine bedeutende Lohnherabsetzung zu erzwingen. Die 47 Verbände ungelernter Metallarbeiter, welche sich zeitweilig von dem Maschinenbauer-Verband getrennt haben, werden am 2. Mai durch die Unversöhnlichkeit der Unternehmerschaft auch in den Kampf getrieben. Ueber 800 000 Arbeiter stehen im Kampf.
März	U n g a r n. 30 000 Metallarbeiter stehen im Kampf.
18. März	I t a l i e n. Generalstreik der Hafenarbeiter in ganz Italien wegen Einstellung nichtorganisierter Arbeiter. Die Bewegung umfaßt zirka 30 000 Arbeiter; Ende März wird sie mit Erfolg für die Arbeiterschaft beigelegt.
1. April	N o r d a m e r i k a. 600 000 Bergarbeiter treten in den Streik wegen Lohn- und anderer Differenzen.

4. Mai — Tschechoslowakei. Streik von 32 000 Metallarbeitern zur Abwehr der Lohnherabsetzung.

6. Mai — Deutschland. „Wilder" Streik von 25 000 Bergarbeitern im Dortmunder Kohlenrevier. Forderungen: Wiedereinstellung der für das Feiern des 1. Mai entlassenen Arbeiter, Anerkennung des 1. Mai und des 9. November als Feiertage. Durch das Eingreifen der Bergarbeitervorstände am 13. ohne nennenswerten Erfolg abgebrochen.

9. Mai — England. Die Aussperrung der Schiffsbauer endet mit einem Kompromiß.

13. Mai — Deutschland. Textilarbeiterstreik — zirka 70 000 Arbeiter — im Rheinland und im sächsisch-thüringischen Gebiet wegen Lohndifferenzen, zum Teil gegen Arbeitszeitverlängerung. Durch ein Kompromiß beigelegt.

23. Mai — Frankreich. 15 000 Metallarbeiter in Lille treten in den Streik zur Abwehr gegen Lohnherabsetzung. Auch in anderen Städten Nordfrankreichs kommt es zu Teilstreiks.

23. Mai — Deutschland. Ende des süddeutschen Metallarbeiterstreiks. Die Arbeiter erlangen Lohnerhöhung. Die Arbeitszeit wird faktisch von 46 auf 48 Stunden wöchentlich verlängert.

27. Mai — Spanien. Streik von 30 000 Metallarbeitern in Biscaya gegen Lohnabbau.

2. Juni — England. Die Metallarbeiterverbände außer den Verbänden der Maschinenbauer, Gießereiarbeiter und Kesselschmiede akzeptieren die Bedingungen der Unternehmer.

3. Juni — Tschechoslowakei. Der Metallarbeiterstreik endet mit einer Niederlage der Arbeiter.

3. Juni — Indien. Zirka 30 000 indische Seeleute stehen im Abwehrstreik gegen Lohnabbau.

13. Juni — England. Der Verband der Maschinenbauer und Gießereiarbeiter nimmt die Bedingungen der Unternehmer an. Die Kesselschmiede setzen den Streik fort.

19. Juni — Italien. Der Metallarbeiterkongreß beschließt den Streik der Metallarbeiter in ganz Italien, um den Lohnabbau abzuwehren. Die Bewegung umfaßt zirka 400 000 Arbeiter.

24. Juni — Oesterreich. Streik der Post-, Telegraphen- und Eisenbahnangestellten wegen Lohnforderungen. Der Streik wird am 26. durch einen Vergleich beigelegt.

30. Juni — Nordamerika. Der Streik der Textilarbeiter dauert an. Der Streik der Bergarbeiter nimmt einen stürmischen Verlauf. Es kommt zu blutigen Zusammenstößen zwischen Streikenden und den Unternehmergarden, denen zahlreiche Arbeiter zum Opfer fallen. In Herrin, Illinois, wird die Ermordung von 20 Arbeitern durch die Angestellten der Kohlengrubengesellschaft offiziell vom Staatsanwalt festgestellt. Die Eisenbahner verweigern ihre Zustimmung zu Lohnherabsetzungen.

LAGE DER ARBEITERKLASSE
SOZIALPOLITIK

Die Entwicklung der Geldlöhne.

In der Vorkriegszeit, als die Preise ziemlich stabil waren, zeigte auch der Geldlohn eine entsprechende Stabilität. Das System der langfristigen Kollektivverträge machte es möglich, die Lohnentwicklung in längeren Zeiträumen gut zu überblicken. Der während des Krieges eingetretene und in der Nachkriegszeit in verschärfter Form vorhandene Wechsel des Geldwertes machte sehr rasch aufeinander folgende Aenderungen der Lohnhöhe notwendig.

Die Richtung dieser Aenderungen war während der Kriegszeit und in der Nachkriegszeit bis ungefähr Ende 1920 in allen Ländern aufsteigend. Als aber in den Ländern mit guter oder sich bessernder Valuta der Höhepunkt der Teuerung überschritten war, setzte alsbald der Lohnabbau ein, während in den Ländern mit verfallender Valuta die Erhöhung der Arbeitslöhne bis zur jüngsten Zeit weiter vor sich ging. Im Frühjahr 1922, als in diesen Ländern (Deutschland, Deutsch-Oesterreich, Ungarn, Polen usw.) trotz der entwerteten Valuta das Weltpreisniveau erreicht wurde, nahmen die Lohnerhöhungen ein Ende, und auch hier wurde Lohnabbau versucht und in manchen Fällen auch durchgeführt.

So klar diese allgemeinen Linien der Lohnentwicklung sind, so schwierig ist es, dieselben für die einzelnen Länder durch zahlenmäßige Daten zu belegen und das Maß der Lohnerhöhungen bezw. des Lohnabbaus in Zahlen anzugeben. Auch ist es nicht klar, was man unter Lohnhöhe verstehen soll. Man kann darunter verstehen: S t u n d e n l o h n, W o c h e n l o h n, W o c h e n v e r d i e n s t und J a h r e s v e r d i e n s t. Diese Begriffe sind durchaus nicht gleichwertig. Mit der Erhöhung des Stundenlohnes ging in vielen Fällen eine Verringerung des Wochenlohnes parallel, weil die Zahl der wöchentlichen Arbeitsstunden stark herabgesetzt wurde. Andererseits kann zwischen Wochenlohn und Wochenverdienst eine große Differenz bestehen, indem der Wochenverdienst infolge von Akkordarbeit oder Ueberstunden viel höher sein kann als der Wochenlohn. Der Jahresverdienst endlich, welcher für die Beurteilung des tatsächlichen Einkommens der Arbeiterschaft ausschlaggebend ist, hängt nicht nur von den eben erwähnten Faktoren, sondern auch vom Ausmaß der Arbeitslosigkeit im Laufe des Jahres ab.

Andererseits wieder stehen uns auch keine genügenden Daten für die tatsächliche Lohnhöhe der verschiedenen Arbeiterkategorien in den verschiedenen Ländern in genügendem Maße aufgearbeitet zur Verfügung. Das aktuelle Zahlenmaterial müßte entweder aus Lohn-

listen oder aber aus den einzelnen Daten der Gewerkschaftspresse zusammengestellt werden; Methoden, welche für uns nicht in Betracht kommen konnten. Wir können daher nur zusammengefaßte Daten bringen, die mehr den Charakter von Stichproben als den einer vollständigen Statistik haben. Auch können wir nur Daten aus einigen wichtigen kapitalistischen Ländern anführen. Wir geben nicht die absoluten Zahlen, sondern die Prozentzahlen im Vergleich zur Vorkriegszeit.

Die Lohnentwicklung in Deutschland:

1. Ergebnisse der Reichslohnerhebung Februar 1920:

(Reichsdurchschnitt)

(Juli 1914 = 100)

Schlosser	Maschinenarbeiter	Hilfsarbeiter
559	633	800

(1913 = 100)

Spinner	Weber	Weberin	Maurer	Zimmerer	Bauhilfsarbeiter
730	790	932	554	541	613

Hierzu wollen wir noch bemerken, daß die Schwankungen in der Lohnsteigerung ungeheuer groß sind; bei den Schlossern z. B. zwischen 389 (Halle) und 782 (Nürnberg); bei den Webern: 440 (Bremen, Zeitlohn) und 1152 (Guben).

Die oben gegebenen ungefähren Durchschnittsziffern sind daher nur von annähernder Genauigkeit.

Lohnsteigerung im Stein- und Braunkohlenbergbau:

3. Quartal 1920 und 1921. — Schichtlohn 1913 = 100.

	unterird. besch. eigentl. Kohlenbergarb.	Sonstige	Uebertagsarbeiter
1920	996	1017	1093
1921	1430*)	—	—

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands hatte 1920 eine Lohnumfrage veranstaltet. Nach dieser betrug die Durchschnittssteigerung von 1914 bis Ende 1920:

für 1 444 851 Arbeiter . . . . bis 900 Prozent
„ 817 506 „ . . . . „ 650 „
„ 37 469 „ . . . . „ 420 „

Entwicklung der tarifmäßigen Wochenlöhne in Berlin in Prozent:

Juli 1914 = 100

	Metallarbeiter Gelernte Ledige	Gelernte Verheir.	Angelernte Ledige	Angelernte Verheir.	Ungelernte Ledige	Ungelernte Verheir.	Maurer u. Zimmerer
1920 Januar	376	411	352	390	395	444	377
1920 Mitte	548	654	535	648	653	800	728
1920 Ende	581	687	570	683	699	846	—
1921 August	663	833	657	838	812	1048	835
1921 Dezember	997	1326	995	1344	1253	1708	1311
1922 Februar	1167	1496	1175	1524	1488	1944	1444
1922 Mai**)	—	2548	—	2765	—	3606	2598

*) Annähernde Zahl für den Dortmunder Oberbergamtsbezirk, berechnet nach Reichsarbeitsblatt vom 15. Mai 1921. † Februar.

**) Zahlen beziehen sich auf 10 Großstädte.

Juli 1914 = 100

	Bauhilfsarb.	Buchdrucker Ledige	Buchdrucker Verheir.	Niedere Bankbeamte	Reichsarbeiter	Untere Beamte	Mittlere Beamte
1920 Januar	526	442	467	577[1])	—	—	
1920 Mitte	1053	704	729	—	—	—	—
1920 Ende	—	762	787	—	—	—	—
1921 August	1188	823	861	—	—	—	—
1921 Dezember	1850	1472	1507	—	1470	1376	881
1922 Februar	2055	1719	1783	1625	1586	—	—
1922 Mai[2])	3214	—	2714	—	—	—	—

Die Zahlen zeigen zwei Entwicklungstendenzen: Die Differenz zwischen dem Lohn der gelernten und der ungelernten Arbeiter wird kleiner; andererseits steigt der Lohn der verheirateten Arbeiter stärker als der der Ledigen. Beide Tendenzen sind verursacht durch die Tatsache, daß die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterschaft im allgemeinen stark zurückging. Daher mußte der Lohn der ungelernten Arbeiter in stärkerem Maße steigen, da dieselben bereits in Friedenszeiten sehr schlecht entlohnt waren, und sie, wenn ihr Lohn nicht stärker als der Durchschnitt gestiegen wäre, überhaupt nicht hätten leben können. Derselbe Grund erforderte die höheren Lohnsätze für verheiratete Arbeiter.

Frankreich. Die Daten über die Entwicklung der Löhne in Frankreich sind außerordentlich spärlich. Bekannt sind die Löhne der Bergarbeiter. Der Tagelohn im Bergbau entwickelte sich folgendermaßen (1913 = 100)[3])

1914	91,5	1917	128,1
1915	88,5	1918	187,4
1916	101,6	1919	249

Eine Statistik, die auf Schätzungen von Gewerbegerichten und Bürgermeistern beruht und in der Hauptsache nicht die Großindustrie, sondern handwerksmäßige Betriebe umfaßt, ergab von 1911 bis 1921 folgende Lohnentwicklung (Steigerung in Prozent):

	Durchschn. von 20 Berufen Paris	Durchschn. von 20 Berufen and. Städte	Buchdrucker Paris	Buchdrucker and. Städte	Zimmerer Paris	Zimmerer and. Städte	Maurer Paris	Maurer and. Städte
Stundenlohn	429	509	431	462	350	478	368	488
Tagelohn	363	413	383	375	311	401	327	411

	Schlosser Paris	Schlosser and. Städte	Tischler Paris	Tischler and. Städte	Tagelöhner Paris	Tagelöhner and. Städte	Weber Paris	Weber and. Städte
Stundenlohn	361	—	449	498	450	506	529	—
Tagelohn	325	—	375	414	360	430	432	—

Aus sämtlichen Städten über 10 000 Einwohnern außer Paris ergab der Durchschnitt von 38 Berufen:

1911	Fr. 4,61	Tagelohn	— 100 Prozent
1916	„ 5,56	„	— 122 „
1921	„ 18,92	„	— 410 „

[1]) Annähernde Zahl für den Dortmunder Oberbergamtsbezirk, berechnet nach Reichsarbeitsblatt vom 15. Mai 1921. † Februar.
[2]) Zahlen beziehen sich auf 10 Großstädte.
[3]) Daten des französischen Arbeitsministeriums nach „Wirtschaft und Statistik" 1920, Nr. 1.

Die Differenz zwischen der Steigerung der Tagelöhne und der Stundenlöhne erklärt sich durch die Verminderung der wöchentlichen Arbeitszeit. Es muß nochmals betont werden, daß diese Zahlen auf Schätzungen beruhen, ihre Verläßlichkeit gering ist und die Lohnsteigerung wahrscheinlich höher erscheinen lassen, als sie in Wirklichkeit ist.

Prozentuelle Lohnerhöhungen für eine Reihe von Arbeiterkategorien in verschiedenen Industrien Englands 1914—1920.

	Höhe der Vorkriegslöhne	Durchschnittliche Lohnsteigerung am Ende jedes Jahres							
		1914	1915	1916	1917	1918	1919	1920	Jan. 1922
Bauwesen (London) Maurer	11½- p. Stunde	—	9	33	60	104	103	126[1])	96
Bergbau (Süd-Wales) Kohlenbergarbeiter Akkordlohn	6/5 p. Schicht	—	32	68	84	100	121	176	36
Metall- u. Maschinenbau-Industrie (London) Werkmeister	40/- p. Woche	7	17	25	77	101	115	133	93
Siemens-Stahl	40/- p. Woche	—	15	27	67	85	130	180	68
Textil-Baumwollindustr. (Nördl. Grafschaften) alle Arbeitnehm. Stücklohn	—	—	—	5	33	105	102	159	102
Wolle (York u. Lancash.) alle männlich. Arbeiter Stücklohn	—	—	7	25	48	84	135	181	101
Transportwesen—Eisenbahnen (London) Lastträger	23/- p. Woche	—	21	43	91	143	165	215	158
Wasserkante (London) Dockarbeiter	5/3- p. Tag	—	10	19	57	84	119	205	168
Handelsschiffahrt Vollmatrose	£ 5/10 monatl.	—	32	55	100	164	164	164	98
Landwirtschaft (England und Wales) Landarbeiter	16/10-p. Woche	—	—	—	40	89	126	177	105
Druckereigewerbe (London) Setzer	39/- p. Woche	—	8	15	36	87	118	156	141
Möbelindustrie (London) Kunsttischler	11½- p. Stunde	—	—	13	30	56	102[2])	134[2])	106
Töpfereien (N. Staffs) alle Arbeitnehm. Stücklohn	—	—	7	16	29	60	80	108	87

Im Verlaufe der Jahre 1921 und 1922 fand in England ein außerordentlich scharfer Lohnabbau statt, zum Teil auf Grundlage der sogenannten gleitenden Lohnskala. Die Lohnhöhe wurde in diesen Fällen nach der Höhe der vom Arbeitsministerium errechneten Kosten der Lebenshaltung bestimmt. Und da diese Ziffer, wie aus dem nächsten Artikel hervorgeht, während der letzten 17 Monate kontinuierlich fiel, folgten Lohnreduktionen, welche mehrere Millionen Arbeiter betrafen. In andern Berufen, wo die gleitende Lohnskala nicht eingeführt war,

[1]) Unter Berücksichtigung der Herabsetzung der Arbeitszeit von 50 auf 44 Stunden wöchentlich.

[2]) Unter Berücksichtigung der Herabsetzung der Arbeitszeit von 50 auf 47 Stunden wöchentlich.

setzte sich der Lohnabbau durch die großen Lohnkämpfe und Aussperrungen durch.

Der Lohnabbau begann bereits im Jahre 1920, wie aus folgender Spezialtabelle deutlich hervorgeht.

Entwicklung der Löhne (August 1914 = 100)

	Juli 1920	Dezember 1920
Zementindustrie	274	287
Ziegelei	279	297
Keramische Industrie	273	274
Glasindustrie	249	262
Baumwollindustrie	305	217
Woll- und Kammgarnindustrie	308	275
Leinenindustrie	246	211
Juteindustrie	244	163
Sonstige Textilindustrie	250	214
Bleicherei und Färberei	288	247
Papierindustrie	252	261
Bekleidungsindustrie	241	176
Wäscheindustrie	225	200
Schuhindustrie	249	187
Nahrungsmittelindustrie	286	277
Durchschnitt	265	235

Vereinigte Staaten von Amerika. Für die Vereinigten Staaten steht uns eine Untersuchung zur Verfügung, welche P. H. Douglas, Professor der Universität Chikago, und Francis Lamberson, in The American Economic Review 1921, III. Band, veröffentlicht haben. Dieselbe ist eine Fortsetzung alter Untersuchungen von J. M. Rubinow in derselben Zeitschrift.

Die Löhne einer vollen Woche im Durchschnitt der Jahre 1890—99 wurden als 100 angesetzt. Für die Periode 1912—18 wurden die Löhne folgender Berufe ausgearbeitet: Bäckereien, Bauindustrie, Gießereien, Maschinenfabriken, Marmor- und Steingruben, Mühlen, Buchdruckereien, Zeitungsindustrie, Wollindustrie, Baumwollindustrie. Als Lohn wurden in der ersten Gruppe von Industrien der Tariflohn, bei den drei letzten die nach den Lohnlisten tatsächlich bezahlten Löhne genommen. Das Ergebnis ist folgendes:

1890	100,9	1914	137,9
1895	98,3	1915	135,5
1900	104,6	1916	144,8
1910	126,5	1917	146,9
1913	135,2	1918	187,7

Eine bis in die neuere Zeit reichende Lohnstatistik haben wir nur für den Staat New-York. Hier betrugen die durchschnittlichen Wochenverdienste von ca. 500 000 Arbeitern (in Prozent):

	1914	1915	1916	1917	1918	1919	1920	1921
im Juli	100	101	113	129	165	184	227	201
Jahresdurchschnitt	100	103	116	131	163	188	226	213 *)

Selbstverständlich besagen diese Zahlen der Lohnentwicklung für den realen Lohn, die wirkliche Lebenshaltung der Arbeiterschaft, nichts,

*) Durchschnitt von sechs Monaten.

denn die Kaufkraft des Geldes hat sich in der Zeit sehr stark verändert. Um die Gestaltung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft annähernd beurteilen zu können, müssen die Kosten der Lebenshaltung mit der Lohnhöhe verglichen werden. V.

Kosten der Lebenshaltung.

Die Zahlen über den Geldlohn geben gegenwärtig keinerlei Maß für die Entwicklung der Reallöhne, d. h. für die Beurteilung dessen, was sich ein Arbeiter für seinen Geldlohn kaufen kann. Um dies annähernd feststellen zu können, müssen die Preise der Waren mit den Geldlöhnen verglichen werden.

Für die Entwicklung der Preise gibt es dreierlei Daten: Großhandelspreise, Kleinhandelspreise und sogenannte Lebenshaltungskosten.

Die Tabelle der Großhandelspreise findet sich in der Abteilung über Wirtschaft. Die Kleinhandelspreise geben wir nicht, da dieselben sich auf sehr viele Waren beziehen, darunter auch solche, welche von den Arbeitern nicht konsumiert werden.

Die Lebenshaltungsindexziffern entstehen auf folgende Weise: Gewisse Waren werden in bestimmter Quantität als die Norm angenommen, welche eine Arbeiterfamilie von vier oder fünf Mitgliedern wöchentlich verbraucht. Der Kleinhandelspreis dieser Warenmenge wird in gewissen Terminen immer von neuem bestimmt. Dies ergibt absolute Zahlen. Wird eine dieser Zahlen als Ausgangspunkt gleich 100 gesetzt, und drückt man die Veränderungen in Prozenten aus, so erhält man die Lebenshaltungsindexziffern.

Solche Indexziffern hat es in einer Reihe von Ländern schon vor dem Kriege gegeben. Erhöhte praktische Wichtigkeit erhielten sie in der Kriegszeit, als die Preise rasch stiegen, die Streiks in den kriegführenden Ländern verboten waren und daher irgendeine objektive Grundlage zur behördlichen Lohnbestimmung geschaffen werden mußte. Zu diesem Zwecke wurden in weiteren Ländern amtliche Indexziffern geschaffen und in vielen Fällen auf dieser Grundlage gleitende Skalen zur Lohnbestimmung aufgestellt. Hierdurch erhielten diese Berechnungen für die Arbeiterklasse eine große praktische Bedeutung.

In nachfolgender Tabelle sind die Indexzahlen der wichtigsten Länder zusammengestellt. Da uns in den meisten Fällen die Original-Veröffentlichungen nicht zur Verfügung standen, mußten wir Nachdrucke aus verschiedenen Quellen benutzen, wobei Unrichtigkeiten unvermeidlich sind.

Zur Verwendung der Tabelle müssen wir nachdrücklich betonen, daß diese Zahlen nur für die Entwicklung der Lebenshaltungskosten eines und desselben Landes eine Bedeutung haben, aber nicht gut zu einem Vergleich derselben in verschiedenen Ländern dienen können, da nicht dieselben Waren und Waren in sehr ungleicher Quantität als Grundlage genommen wurden.

Tabelle der Entwicklung der Lebenshaltungskosten.[1])

Jahr	Schweiz	England 600 Städte	Schweden 44 Städte	Norwegen 20 Städte	Dänemark	Frankreich Städte über 10 000 Einw.	Italien Florenz	Deutschland: Reichsamt	Deutschland: Calwer	Deutschland: Kuczynski	Polen Warschau	Kanada 60 Städte	Ver. Staaten	Indien
1913—14	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Juli 1915	119	132	124	129	116	123	—	—	151	—	—	105	98	—
„ 1916	139	161	142	161	136	142	—	—	212	—	—	114	109	—
„ 1917	180	202	181	214	155	184	—	—	220	—	—	157	143	—
„ 1918	—	218	268	277	182	—	—	—	232	—	—	175	164	—
Jan. 1919	—	220	339	279	190	278	—	—	250	—	—	186	181	—
Juli 1919	243	205	310	289	211	289[5])	—	—	327	—	—	186	186	—
Jan. 1920	249	225	298	299	242	321[3])	—	635	520	765	—	206	197	—
Juli 1920	250	252	297	319	262	390[5])	—	856	—	1125	—	227	215	193[6])
Jan. 1921	248	265	283	334	264	430[3])	—	944	—	1110	—	195	169	160[7])
Juli 1921	217	219	232	292	237	—	428	963	—	1125	25 709	148	145	177
Okt. 1921	210	210	218	288	—	349[4])	469	1146	—	1289	48 656	155	150	183
Jan. 1922	195	192	190	257	—	—	468	1640	—	1905	46 883	152	139	173
Febr. 1922	189	188	189	295	—	323	464	1989	—	2178	48 085	149	139	165
März 1922	186	186	185	238	—	—	461	2302[8])	—	2698	52 358	148	136	165
April 1922	173	182	182	234	—	304[9])	452	2804[8])	—	3182	58 629	146	136	162
Mai 1922	181	181	178	230	—	317	453	3462	—	—	63 914	145	136	163
Juni 1922	—	180	179	—	—	307	451	3770	—	—	—	—	—	163

[1]) Die Daten sind verschiedenen Quellen entnommen. W. Speiser, Kleinhandels- und Teuerungszahlen in Technik und Wirtschaft, Nov. 1921, Wirtschaft und Statistik, Reichsarbeitsblatt und Economist, verschiedene Nummern. Für Indien: Deutsche Allg. Ztg. vom 24. 5. 1922. Die Angaben der verschiedenen Quellen zeigen kleine Abweichungen; die Tabelle ist daher nur von annähernder Genauigkeit.

[2]) Februar. [3]) August. [4]) Letztes Quartal. [5]) Dezember des Vorjahres. [6]) Oktober. [7]) März. [8]) Nach neuer Berechnungsmethode 2639 bezw. 3175. [9]) April—Juni 1922 Paris, 1. Quartal 1922 307.

Was für Unterschiede auf diese Weise entstehen können, ist ersichtlich, wenn man die für Deutschland gegebenen vier Lebenshaltungszahlen untereinander vergleicht. Im Januar 1920 zeigt der Calwer-Index 520, der Silbergleit-Index 1270 Prozent Teuerung; Januar 1921 ist hingegen die Calwer-Indexziffer auf 1520 gestiegen, die Silbergleit-Indexziffer auf 1240 gefallen. Also einer Erhöhung von 1000 Prozent steht eine Verbilligung von 30 Prozent in derselben Periode gegenüber.

Wir sehen, wie wenig verläßlich diese Ziffern eigentlich sind. Was aber die Zahlen des Statistischen Reichsamts anbelangt, so sind dieselben absichtlich niedriger gehalten, um die Lohnforderungen der Arbeiterschaft im Bann zu halten.

A. Heichen schreibt im „Berliner Tageblatt" vom 13. Juni 1921 folgendes:

„Daß die Indexziffer des Statistischen Reichsamtes so irreführende Ergebnisse angibt, ist nicht verwunderlich und erklärt sich aus einer Konstruktion, die darauf zugeschnitten war, die wirkliche Teuerung nicht voll in Erscheinung treten zu lassen. Waren es doch vornehmlich politische Gründe, die zu ihrer Entstehung Anlaß gegeben haben. Wenn es mit Hilfe dieser Indexziffern gelungen ist, übertriebene und mit der Verarmung Deutschlands nicht verträgliche Entlohnungsansprüche abzuwehren, so ist das an sich für die Wirtschaft durchaus erfreulich. Dann hat diese Indexziffer die wichtige Funktion erfüllt, die fortschreitende Geldentwertung zu dämmen."

Die großen Widersprüche zwischen den Zahlen von Silbergleit, Calwer und auch von Kuczynski erklären sich dadurch, daß nicht dieselben Quantitäten gewisser Nahrungsmittel darin zur Grundlage genommen worden sind. Ist zum Beispiel, wie bei Calwer, der die dreifache Friedensration eines Marinesoldaten als Grundlage nimmt, sehr viel Fleisch in Rechnung gezogen, so wird der Index stark steigen, wenn die Fleischpreise anziehen. Ist bei einem anderen Index weniger Fleisch aufgenommen, hingegen mehr Pflanzennahrung, so wird sich die Indexziffer natürlich ganz anders entwickeln.

In einigen wichtigen Ländern, wie zum Beispiel den Vereinigten Staaten, Italien, Polen, gibt es überhaupt keine Lebenshaltungsindexziffern, sondern nur einfache Teuerungsindexe, welche die Entwicklung der Lebenshaltungskosten noch mangelhafter widerspiegeln als die Lebenshaltungsindexziffern. Wir wiederholen daher, daß diese Zahlen mit großer Vorsicht benutzt werden müssen, im besten Falle zum Vergleich der Entwicklung in demselben Lande, keinesfalls aber zu internationalen Vergleichen.

Die verschiedene Höhe der Lebenshaltungsindexzahlen steht im engsten Zusammenhang mit der Gestaltung der Valuta. Je besser die Landesvaluta, desto niedriger die Preise und die Kosten der Lebenshaltung. *V.*

Die Entwicklung der Reallöhne.

Vergleichen wir die in den vorhergehenden zwei Aufsätzen enthaltenen Daten über die Entwicklung der Geldlöhne und der Lebenshaltungskosten, so ergibt sich folgendes Bild der Entwicklung:

In der ersten Phase während des Krieges übersteigt die Erhöhung der Lebenshaltungskosten in allen Ländern diejenige der Löhne. Es tritt ein allgemeines Sinken des Reallohnes ein.

Es ist eine allgemein verbreitete Meinung, daß in den Vereinigten Staaten, die sich unzweifelhaft während des Krieges sehr bereichert haben, die Lebenshaltung der Arbeiterschaft sich ebenfalls gehoben habe. Die Untersuchung von P. H. Douglas und Francis Lamberson — die wir schon im vorigen Aufsatz erwähnten — beweist, daß dies auch dort nicht der Fall war. „Die Kaufkraft des vollen Wochenlohnes, gemessen an den Detailpreisen der Lebensmittel", gestaltete sich nach ihrer genauen Berechnung folgendermaßen:

1914	87	1916	80,8
1915	86	1917	64,

Diese Zahlen zeigen klar, daß sich die Kaufkraft des Lohnes sehr bedeutend vermindert hat. Wenn sich die Lebensverhältnisse der Arbeiterschaft trotzdem gebessert hätten — wie es Beobachter ohne zahlenmäßige Berechnungen behaupten — so könnte dies nur dadurch geschehen sein, daß im Jahre mehr Stunden gearbeitet wurden und daß mehr Familienmitglieder in Arbeit standen als vor dem Kriege. Die besseren Lebensverhältnisse dürften in diesem Falle durch erhöhte Arbeitsleistungen, daher erhöhte Ausbeutung, erkauft sein.

Da es allgemein bekannt ist, daß von allen Ländern in der Kriegszeit die Lebenslage der amerikanischen Arbeiter sich am günstigsten entwickelt hat, so ergibt sich hieraus von selbst die bedeutende Verschlechterung der Lebenshaltung der europäischen Arbeiterschaft. Dies geht auch aus dem Vergleich zwischen Lohnentwicklung und Lebenshaltungskosten der einzelnen Länder hervor, wie sie in den vorhergehenden Aufsätzen zu finden sind.

In der Nachkriegszeit können wir mehrere Perioden unterscheiden. Unmittelbar nach Kriegsschluß, in der revolutionären Periode, fand eine weitere Verschlechterung der Lage der Arbeitenden statt, aber, wie es scheint, in einem geringeren Grade als während der Kriegszeit, wo die Lohnbewegung behördlich unterdrückt wurde. In den Ländern mit guter Valuta trat mit dem Rückgang der Preise eine zeitweilige Besserung des Reallohnes ein. Die Preise sinken, während die Arbeiterschaft eine Zeitlang noch die alten Löhne erhält. So sehen wir z. B. eine durchschnittliche Lohnerhöhung in England Juli 1920 von ungefähr 265 Prozent, Lebenshaltungskosten zu demselben Zeitpunkt 262 Prozent. Die Lebenshaltung der englischen Arbeiterschaft hätte daher ungefähr wieder das Vorkriegsniveau erreicht.

Alsbald jedoch setzte der Lohnabbau auf der ganzen Linie ein. Die Kapitalisten benützten die für sie günstige Lage des Arbeitsmarktes — die große Zahl der Arbeitslosen —, um die Löhne herunterzudrücken.

In England z. B. sehen wir, daß ein halbes Jahr später, Ende 1920, die Lohnhöhe bereits auf 235 herabgedrückt wurde, während die Kosten der Lebenshaltung im Januar 1921 noch immer 263 betragen

haben. Diese Verschlechterung der Lebenslage der Arbeiterschaft durch fortgesetzte Lohnherabsetzungen fand auch während des Jahres 1921 statt; nicht nur in England, sondern in allen Staaten mit einigermaßen stabiler Valuta, wo sich das Fallen der Weltmarktpreise bemerkbar machte. Zusammenfassende Zahlen über das Maß dieser Verschlechterung stehen uns nicht zur Verfügung. Doch wird in England von allen ernsten kapitalistischen Zeitschriften zugegeben, daß die Lohnkürzungen im Verlauf des Jahres das Maß des Preisrückganges der Lebensmittel überschritten haben.

In den Ländern mit sich kontinuierlich verschlechternder Valuta stiegen die Geldlöhne während dieser Zeit fortdauernd weiter, aber wiederum in geringerem Maßstabe als die Teuerung, so daß eine weitere Verschlechterung der Lebenshaltung eintrat. Dies läßt sich am besten an den deutschen Zahlen feststellen:

Die Indexziffer der Lohnerhöhung bewegte sich, wie aus unserem Aufsatz über die Geldlöhne sichtbar ist, in Berlin:

				Reichs-Lebens-haltungsindex	Kuczynski
Februar	1922	zwischen 1167 und 2050%		1989	2178
Mai	1922	zwischen 2548 und 3006%	**April:**	3175	3182

Die Maizahlen der Löhne gelten für Verheiratete, die Steigerung der Lohnhöhe der Ledigen ist viel geringer. Ein ähnliches Ergebnis kann für Deutsch-Oesterreich und Polen festgestellt werden.

Hingegen scheint es, daß in den Vereinigten Staaten infolge des scharfen Preisfalles der Lebensmittel der Reallohn im Jahre 1921 sich etwas gehoben hat. Dies beweisen auch die Zahlen, die wir über die Lohnentwicklung im Staate New-York besitzen. Doch wurde diese Besserung für die Arbeiterschaft als Klasse durch die ungeheure Arbeitslosigkeit wieder aufgehoben.

Dies sind die ganz allgemeinen Umrisse der Entwicklung.

Einen zahlenmäßigen internationalen Vergleich aufzustellen, lohnt sich nicht, da — wie wir bereits ausführten — weder die Daten über die Entwicklung der Geldlöhne, noch jene der Lebenshaltungskosten genügend pünktlich und erschöpfend sind, um darauf eine zahlenmäßige Berechnung basieren zu können. Es wäre aber sehr wünschenswert, wenn die kommunistischen Parteien der einzelnen Länder das ihnen in Tarifverträgen und Schiedssprüchen zugängliche konkrete Zahlenmaterial über die Lohnhöhe statistisch zusammenfassen würden, um eine verläßliche Feststellung der Entwicklung der Reallöhne durch Vergleich mit den kritisch überprüften Kosten der Lebenshaltung ermöglichen zu können. *V.*

Arbeitszeit vor und nach dem Weltkriege.

Seit dem Jahre 1917 bezw. seit dem Waffenstillstand und der Revolution in Mitteleuropa wurde der Maximalarbeitstag in einer ganzen Reihe von Staaten Europas und Amerikas gesetzlich auf acht Stunden festgelegt; die Arbeitswoche ist gleichzeitig auf 48, 46 und

in einzelnen Staaten sogar auf 44 Stunden festgesetzt. Dies ist geschehen in: Rußland (11. November 1917), Finnland (29. November 1917), Mexiko (5. Februar 1918), Norwegen (14. August 1918), Tschechoslowakei (19. November 1918), Deutschland (23. November 1918), Polen (23. November 1918), Luxemburg (14. Dezember 1918), Oesterreich (19. Dezember 1918), Peru (15. Januar 1918), Dänemark (12. Februar 1919 — nur für kontinuierliche Betriebe), Spanien (3. April 1919), Frankreich (23. April 1919), Portugal (7. Mai 1919), Schweiz (27. Juni 1919), Serbien - Kroatien - Slowenien (12. September 1919), Schweden (17. Oktober 1919), Holland (1. November 1919), Belgien (14. Juni 1921). Am 28. November 1919 hat die erste internationale Arbeitskonferenz des Völkerbundes einmütig den 8-Stunden-Arbeitstag und die 48-Stunden-Arbeitswoche als Prinzip eines internationalen Uebereinkommens angenommen. In Italien ist ein Gesetzentwurf, welcher den 8-Stunden-Tag für die Industrie, den Handel und die Landwirtschaft festlegen soll, dem Parlament am 5. Februar 1920 von der Regierung unterbreitet worden. In mehreren Ländern, wo der 8-Stundentag nicht gesetzlich festgelegt wurde, ist die Arbeitszeit auf dieses Maximum oder ein noch kürzeres in Kollektivverträgen eingeschränkt worden. In Dänemark ist ein derartiger Kollektivvertrag am 17. Mai 1919 im Landesmaßstabe abgeschlossen worden (nach drei Jahren, am 20. März 1922, gekündigt).

Ueber die tatsächliche Dauer der Arbeitszeit bestehen in größerem Maßstabe nur wenig Erhebungen. Wir führen nachstehend die Angaben über drei große industrielle Länder an: die Vereinigten Staaten Nordamerikas, Großbritannien und Deutschland.

Vereinigte Staaten Nordamerikas. Nach der Erhebung, welche Ende Dezember 1919 durchgeführt wurde und sich auf über 9 Millionen Arbeiter erstreckte, arbeiteten 4 418 693 Arbeiter, d. h. 48,6 Prozent der Gesamtzahl der erfaßten Arbeiterschaft, 48 Stunden oder weniger in der Woche. 3 573 384 Arbeiter, d. h. 39,2 Prozent der Gesamtzahl, arbeiteten mehr als 48 und bis 60 Stunden in der Woche. 1 104 295 Arbeiter, d. h. 12,1 Prozent der Gesamtzahl, arbeiteten 60 und bis 72 Stunden in der Woche.

Vergleicht man andererseits diese Zahlen mit den Ergebnissen einer ähnlichen Fabrikerhebung von 1914, so ersieht man, daß die Arbeitszeit im großen Ganzen bedeutend verkürzt worden ist und daß sich ein ziemlich großer Teil der Arbeiterschaft den 8-Stunden-Arbeitstag erkämpft hat. Es arbeiteten nämlich im Jahre 1914 48 Stunden oder weniger als 48 Stunden wöchentlich im ganzen 11,8 Prozent der durch die Erhebung erfaßten Arbeiterschaft. 61,3 Prozent der Arbeiterschaft arbeiteten mehr als 48 und bis 60 Stunden in der Woche und 26,9 Prozent arbeiteten damals 60 und bis 72 Stunden wöchentlich. Um die stattgefundene Verkürzung der Arbeitszeit zu würdigen, genügt es, die Zahlen von 1914 mit denen von 1919 zu vergleichen. Freilich muß man aber bemerken, daß sich die Erhebung von 1914 nur auf 7 Millionen Arbeiter erstreckte, also weniger umfassend war als die von 1919.

Zu der Zeit, als die Resultate der obenerwähnten Erhebung veröffentlicht wurden (Frühling 1922), fand in den Vereinigten Staaten

Nordamerikas eine Bewegung statt, die auf die Verlängerung der Arbeitszeit hinarbeitet.

Laut einer Erhebung, die vom Arbeitsministerium 1919 und 1920 in den Kohlengruben durchgeführt wurde, wobei zu bemerken ist, daß diese Industrie in Nordamerika über 750 000 Arbeiter beschäftigt, betrug die Arbeitszeit in den Anthrazitgruben durchschnittlich 48,4 Stunden für die Untertagsarbeiter und 48 bis 55,7, mit dem Durchschnitt 49,4 im Jahre 1919 und 49,6 im Jahre 1920 für die im Tagbau Beschäftigten. In den Braunkohlengruben betrug die durchschnittliche Arbeitswoche 48,5 Stunden, wobei sie zwischen 48,1 bis 48,8 schwankte. Für die im Tagbau Beschäftigten betrug die Arbeitszeit 50,5 bis 50,6 Stunden, im Durchschnitt 51,3 Stunden; 95 Prozent der Untertagsarbeiter arbeiteten 48 Stunden wöchentlich.

Groß-Britannien. Nach einer Mitteilung der englischen Regierung vom August 1921 ist die 48-Stunden- oder kürzere Arbeitswoche durch die Kollektivverträge für 10 bis 12 Millionen Arbeiter festgelegt. Diese Zahl macht 60 bis 80 Prozent der gesamten Arbeiterschaft aus und umfaßt alle diejenigen, welche in den industriellen Unternehmungen, in den Schiffswerften, in den Gruben, auf den Eisenbahnen, in den Docks, in der Textilindustrie und in dem Baugewerbe beschäftigt sind. Der Maximalarbeitstag von 8 Stunden ist weniger verbreitet als das Maximum von 48 Stunden in der Arbeitswoche, weil der Brauch fast allgemein ist, daß am Sonnabend nur einen halben Tag gearbeitet wird. Während der Parlamentsdebatte, die sich am 21. Juli 1921 über die Frage der Arbeitszeit entspann, wurde festgestellt, daß die Handelsangestellten im allgemeinen mehr als 48 Stunden wöchentlich arbeiten. Die Gesetze schreiben nur den Ladenschluß um 8 Uhr an den fünf ersten Wochentagen und um 9 Uhr am Sonnabend vor. Auch wurde in derselben Debatte festgestellt, daß die Regierung ihre Versprechen vom August 1919 nicht eingelöst hat, die Nachtarbeit in den Bäckereien gesetzlich zu verbieten, was in mehreren Ländern (Deutschland, Frankreich u. a.) geschehen ist, und die Arbeitswoche auf 48 Stunden einzuschränken. Ueber die Verkürzung der Arbeitszeit in den Jahren 1919 und 1920 ist folgendes bekannt. Im Jahre 1919 wurde die Arbeitszeit von 6 461 000 Arbeitern um 41 755 000 Stunden, also um 6,4 Stunden wöchentlich, gekürzt. Im Jahre 1920 ist es, nach vorläufigen Aufstellungen, nur 560 000 Arbeitern gelungen, ihre Arbeitszeit zu kürzen, und zwar insgesamt um 2 085 000 Stunden, also durchschnittlich um 3,7 Stunden wöchentlich. Für das Jahr 1921 wird fast ausschließlich Verlängerung der Arbeitszeit gemeldet, sie beträgt eine bis fünf Stunden wöchentlich. Im Jahre 1922 dauert diese Bewegung weiter an.

Deutschland. Für Deutschland wurde von dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund im September 1921 eine Erhebung über die Dauer der tariflich festgesetzten Arbeitszeit eingeleitet. Anfang Februar 1922 machte der A. D. G. B. einen Auszug aus dieser Erhebung über die Dauer der Arbeitszeit in 22 Berufen und 29 Orten; bei der Auswahl der Orte wurden alle Bezirke Deutschlands und die verschiedenen Ortsklassen berücksichtigt. Nach den Feststellungen des A. D. G. B. hatten von 1 389 413 Beschäftigten 589 394, oder über 42 Prozent, das Höchstmaß an Arbeitszeit, d. h. 48 Stunden wöchent-

lich. 800 019 Arbeiter arbeiteten unter 48 Stunden wöchentlich. Im einzelnen arbeiteten mehr als 216 000 Bergarbeiter 42 Stunden, gegen 74 000 Bauarbeiter, Bergarbeiter, Bäcker 44 bis 45½ Stunden, 465 000 Bauarbeiter, Holzarbeiter, Metallarbeiter u. a. 46 und 46½ Stunden usw. Bei der Würdigung dieser Zahlen muß man dennoch in Betracht ziehen, daß die Erhebung nur einen kleinen Teil der werktätigen Massen in Deutschland erfaßt hat. Zum Vergleich sei erwähnt, daß im Jahre 1908 die vertragliche Festlegung des 10-Stunden-Tages im Baugewerbe als eine große Errungenschaft galt.

Was die anderen Länder betrifft, so ist die Arbeitszeit im großen Ganzen durch das gesetzliche Höchstmaß eingeschränkt. Dabei gilt dieses Höchstmaß in einigen Ländern nur für die industriellen, in anderen für die industriellen und gewerblichen Unternehmungen; in vereinzelten Ländern wird es auch auf die Landwirtschaft angewandt (z. B. in der Tschechoslowakei). In den Jahren 1921 und 1922 wurden überall Versuche vorgenommen, den 8-Stundentag und die 48-Stunden-Arbeitswoche, sei es auf gesetzlichem, sei es auf vertraglichem Wege, abzubauen. Um andererseits den Fortschritt zu erfassen, welchen die Arbeiterklasse selbst seit den Kriegsjahren in dieser Frage in ihrem Bewußtsein durchgemacht hat, sei hier darauf hingewiesen, daß die interalliierte Gewerkschaftskonferenz in Leeds (Juli 1916) in bezug auf die Arbeitszeit die Forderung erhob, daß der Arbeitstag 10 Stunden nicht übersteigen dürfe, daß die etwas weitergehende Konferenz der Gewerkschaftsführer der Zentralmächte und der neutralen Länder in Bern (Oktober 1917) ebenso den 10-Stundentag mit einem allmählichen Uebergang zum 8-Stundentag forderte. *W. Z.*

Die Arbeitslosigkeit.

Eine Arbeitslosen-Reservearmee war beim Kapitalismus von jeher vorhanden und ist eine der Vorbedingungen dafür, daß die Kapitalisten die Arbeitskraft auf dem Markte zu einem Preise mieten können, der ihren Profit sicherstellt. Die Armee der Arbeitslosen stammte vor allem aus der Landwirtschaft, wo durch die Anwendung der Maschinerie ständig Arbeitskräfte überflüssig wurden und in die Städte strömten. In der Landwirtschaft selbst gab es immer — je nach dem Klima — eine Saison-Arbeitslosigkeit, die sich auf 2 bis 6 Monate erstreckte. Die einzige Periode, in der es praktisch keine Arbeitslosigkeit gab, war die Zeit des Weltkrieges. Da Millionen arbeitskräftiger Menschen zum gegenseitigen Morden angestellt wurden, fanden alle sonstigen Arbeitskräfte — Frauen, Greise, Kinder — produktive Beschäftigung.

Nach Beendigung des Krieges stellte sich alsbald der Rückschlag ein. In der Periode der Nachkriegs-Konjunktur bis Frühjahr 1920 bewegte sich die Arbeitslosigkeit ungefähr in den Grenzen der Vorkriegszeit. In der darauf folgenden und bis heute anhaltenden Krise erreichte

Tabelle I. **Arbeitslosen-Zahlen in den wichtigsten Ländern in Tausenden.**

	England	Frankreich	Italien	Belgien	Niederlande	Dänemark	Schweden	Deutschland	Tsch.-Slowak.	Polen	Oesterreich	Schweiz	Verein. Staaten
1. Viertel 1913	155	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
2. „ „	66	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
3. „ „	75	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
4. „ „	98	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
1. Viertel 1919	896	—	—	—	38	71	—	1011	Febr.	278	—	—	
2. „ „	802	—	381	—	28	19	—	716	267	431	—	—	
3. „ „	478	—	391	—	16	8	—	548	Höchst-	—	—	—	
4. „ „	405	—	275	—	22	28	—	497	stand	—	—	—	
1. Viertel 1920	181	—	256	—	35	26	—	416	90	—	60	4	
2. „ „	112	—	141	—	28	8	—	298	41	—	29	3	
3. „ „	131	—	99	—	179	9	—	380	33	—	22	6	
4. „ „	526	40	104	49	33	27	—	368	20	—	16	15	
Januar 1921	977	45	120	118	64	64	—	410	45	—	—	35	
Februar „	1146	61	130	141	65	66	—	423	44	—	—	43	
März „	1355	81	145	211	55	67	—	427	38	80	—	47	
April „	1799	85	250	193	46	64	—	413	31	88	—	48	
Mai „	2110	73	300	204	37	58	—	394	31	—	—	53	
Juni „	2171	50	389	153	32	56	—	357	33	—	—	54	
Juli „	1804	37	414	147	30	54	—	314	33	—	—	56	6,5 Mill. lt. Angabe des Arbeitsamtes, 3,5 Mill. lt. Angabe des Handelsamtes
August „	1603	98	470	160	29	58	—	267	29	65	—	63	
Septbr. „	1485	20	473	132	27	56	—	232	26	70	—	67	
Oktober „	1555	15	455	102	27	62	96	186	23	80	—	74	
Novbr. „	1865	12	513	104	38	64	117	150	22	120	—	81	
Dezbr. „	1934	10	542	86	66	—	134	149	33	173	—	89	
Januar 1922	1926	—	607	85	74	—	145	165	42	178	—	97	
Februar „	1886	—	576	75	—	—	158	203	—	183	—	99	
März „	1765	—	499	67	—	—	—	213	—	173	—	89	
April „	1715	—	432	64	—	—	—	116	—	142	—	81	
Mai „	1599	—	—	48	—	—	—	65	—	—	—	71	
Juni „	1503	—	—	—	—	—	—	31	—	—	—	59	

Gesamtzahl der Arbeitslosen in Europa laut Denkschrift der deutschen Regierung „Die Erwerbslosigkeit der Welt" Frühjahr 1922 **4 Millionen; Gesamtzahl für die ganze Welt** nach derselben Quelle **10 Millionen** gegenüber 1—2 Millionen vor dem Kriege. — Der Ausfall an Löhnen im Jahre 1921 in Europa 10 Milliarden, in allen Ländern der Erde 25 Milliarden Goldfrancs. — Aufwand an Arbeitslosen-Unterstützung im Jahre 1921 in Europa 4 Milliarden, in allen Ländern der Erde 10 Milliarden Goldfrancs. — Mit den Angehörigen zusammen führen heute 30 Millionen Menschen infolge der Arbeitslosigkeit kein menschenwürdiges Dasein.

Tabelle II.

Die Prozent-Daten über die Arbeitslosigkeit.[1])

	England Proz. aller Versich. a)	Belgien Proz. der Kassenmitglieder b)	Niederlande Proz. der Gewerkschaften c)	Dänemark Proz. der Fachverbände d)	Schweden Proz. der Gewerkschaften e)	Norwegen Proz. der Gewerkschaften f)	Kanada Proz. der Gewerkschaften g)	Deutschland Proz. der Gewerkschaften h)	Massachusetts[3]) (Vereinigte Staaten) i)
1. Viertel 1913	4,3	—	5,8	12,7	8,1	4,4[2])	—	2,8	7,3
2. " "	2,8	—	3,8	4,2	4,1	2,9	—	2,5	4,3
3. " "	3,3	—	4,4	3,8	2,5	1,5	—	2,8	4,3
4. " "	4,1	—	6,8	8,3	3,7	2,6	—	3,9	7,3
1. Viertel 1919	10,0	—	15,9	25,2	7,5	—	—	5,5	—
2. " "	—	—	10,0	6,8	7,2	—	—	3,8	—
3. " "	—	—	5,3	2,7	3,8	—	—	2,8	—
4. " "	6,0	—	6,2	8,8	3,4	—	—	2,8	—
1. Viertel 1920	4,6	—	8,9	9,8	6,5	1,9	3,7	2,7	—
2. " "	2,7	—	7,6	2,8	3,3	0,9	2,4	2,8	14,6
3. " "	3,1	—	4,7	2,6	2,9	1,4	2,7	5,5	16,4
4. " "	4,5	12,3	8,3	8,3	9,3	3,9	9,8	4,1	29,2
Januar 1921	8,2	19,3	16,5	19,7	20,2	11,3	13,1	4,5	—
Februar "	9,5	22,7	16,4	23,2	20,8	14,0	16,1	4,7	—
März "	11,3	31,5	13,9	23,6	24,6	16,1	16,5	3,7	—
April "	15,0	31,2	11,9	21,7	24,2	17,1	16,3	3,9	—
Mai "	17,3	32,3	9,4	18,6	25,3	17,8	15,5	3,7	—
Juni "	17,8	22,9	8,1	16,8	27,9	20,9	13,2	3,0	22,1
Juli "	14,8	21,4	7,6	16,7	27,8	17,9	9,1	2,6	—
August "	13,2	21,7	7,3	17,7	26,8	17,3	8,7	2,2	—
Septbr. "	12,2	17,7	6,8	16,6	26,2	14,7	8,5	1,4	—
Oktober "	12,8	13,6	6,9	18,3	26,8	15,1	7,4	1,2	25,6
Novbr. "	15,7	13,9	9,9	20,8	28,7	16,9	11,1	1,4	—
Dezbr. "	16,2	11,4	16,6	25,2	33,2	18,3	15,1	1,6	—
Januar 1922	16,2	11,2	20,0	28,9	34,8	20,4	13,9	3,3	—
Februar "	15,7	10,1	21,3	33,1	32,1	21,3	10,6	2,7	—
März "	14,6	9,2	14,2	27,9	30,6	21,9	9,6	1,1	—
April "	14,4	8,9	11,4	24,0	28,6	23,3	10,4	0,9	—
Mai "	13,5	7,4	10,5	16,1	23,3	—	—	0,7	—
Juni "	12,7	—	—	13,2	—	—	—	0,6	—

Die Erklärungen siehe nächste Seite.

aber die Zahl der Arbeitslosen eine so ungeheure Höhe, wie es seit dem Bestehen des Kapitalismus niemals der Fall war. Die Ursachen dieser Erscheinung sind in unserem Aufsatz „Die Lage der Weltwirtschaft in der Nachkriegszeit“ dargestellt. Das Grundlegende ist, daß der sachliche Produktionsapparat in den Vereinigten Staaten, in England, Japan, in den neutralen Ländern und zum Teil auch in den überseeischen Kolonialländern stark erweitert wurde. Die Produktionsfähigkeit an Waren ist größer, als der Weltmarkt infolge der Verarmung Mittel- und Osteuropas aufnehmen kann. Daher sehen wir die Erscheinung, daß die Arbeitslosigkeit in jenen Ländern am größten ist, die ihren Produktionsapparat im Weltkriege unversehrt erhalten oder erweitert haben, während in den verarmten Ländern das Ausmaß der Arbeitslosigkeit geringer ist. Vorangehend geben wir zwei Tabellen. Die erste enthält die absoluten Zahlen der Arbeitslosen in den wichtigsten Ländern, die zweite die Prozentzahlen. Wir müssen aber ausdrücklich bemerken, daß diese Zahlen nicht verläßlich sind. Im besten Fall geben sie die Zahlen der unterstützten Arbeitslosen. Da aber nicht alle Arbeitslosen Unterstützungen bekommen — die Unterstützungsberechtigung läuft nach einer gewissen Periode ab —, so sind die wirklichen Zahlen im allgemeinen größer als die hier gegebenen. Andererseits muß auch darauf hingewiesen werden, daß während des Krieges Millionen von Frauen und Mädchen, die vor dem Kriege vom Verdienst ihres Mannes oder Vaters lebten, zu Arbeiterinnen wurden und gegenwärtig zu den Arbeitslosen gezählt werden, obwohl sie vor dem Kriege einfach erhaltene Familienmitglieder waren.

Die Zahlen über Arbeitslosigkeit enthalten niemals die landwirtschaftlichen Arbeiter, ihre Arbeitslosigkeit wird als etwas Natürliches, durch die klimatischen Verhältnisse Unvermeidliches betrachtet.

Die Tabellen enthalten natürlich nur Zahlen jener Länder, welche eine Arbeitslosen-Statistik überhaupt besitzen. In einer ganzen Reihe von Ländern gibt es eine starke Arbeitslosigkeit, ohne daß wir auch nur annähernde Zahlen dafür angeben könnten.

E. Varga.

Erklärungen zu den beiden Tabellen betreffend Arbeitslosigkeit:

a) Erstreckte sich 1913 auf 2,5 Millionen, 1919 3,5 Millionen, 1920 4 Millionen, 1921 auf 12 Millionen Arbeiter; b) erstreckte sich 1920 auf 546 000, Ende 1921 auf 755 000 Arbeiter; c) erstreckte sich 1913 auf 60 000, Januar 1921 auf 410 000 Arbeiter; d) erstreckte sich 1913 auf 105 000, Dezember 1921 auf 282 000 Arbeiter; e) erstreckte sich 1920 auf 145 000 Arbeiter; f) erstreckte sich 1920 auf 80 000 Arbeiter; g) unbekannt; h) erstreckte sich 1913 auf 2 Millionen, 1921 6 Millionen Arbeiter; i) erstreckte sich 1920—21 auf 175—297 000 Arbeiter.

[1]) Daten der Genua-Denkschrift der deutschen Regierung über die Arbeitslosigkeit; neueste Ziffern nach Zeitungsmeldungen.

[2]) Durchschnitt 1906—1913.

[3]) Gesamtprozentzahlen der Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten gibt es nicht; die Zahlen über Massachusetts sind Monatszahlen, welche in das betreffende Vierteljahr fallen.

Diese Zahlen können untereinander nicht unmittelbar verglichen werden, weil die Zählungsmethoden in den einzelnen Ländern nicht gleich sind. Auch für die gesamte Arbeitslosigkeit des Landes ist nur die englische Ziffer richtunggebend. Die Zahlen dienen vor allem dazu, die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in demselben Lande vor und nach dem Kriege zu verfolgen.

Arbeitslosenfürsorge.

Gesetzliche Zwangsversicherung für den Fall der Arbeitslosigkeit besteht in England, Italien und Oesterreich, in gewissem Sinne auch in der Schweiz. Freiwillige Versicherung ist in Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Holland, Norwegen, Spanien, der Tschechoslowakei und einigen schweizerischen Kantonen geregelt. Außerdem besteht Erwerbslosenfürsorge ohne Versicherung der Arbeitslosen in Deutschland, Schweden, Polen. In den meisten dieser Staaten, namentlich in Deutschland, Oesterreich, Italien, einem Teil der Schweiz, Belgien, Dänemark, Spanien — abgesehen von den neuen Staaten — datiert die Arbeitslosenfürsorge erst von der Kriegszeit oder Nachkriegszeit; zum Teil wurde sie erst um diese Zeit auf breiterer Basis ausgebaut (Großbritannien, Schweiz, Dänemark, Holland.)

In Groß-Britannien ist die Arbeitslosenfürsorge gegenwärtig durch das Gesetz vom 9. August 1920, ergänzt durch drei Gesetze vom Jahre 1921 und ein Gesetz vom 1. April 1922, geregelt. Die Arbeitslosenversicherung erstreckt sich auf alle im Inland beschäftigten Arbeitnehmer über 16 Jahre mit Ausnahme von Land- und Forstwirtschaft, Gärtnerei und häuslichem Dienst. Auf diese Weise beläuft sich die Gesamtzahl aller gegen Arbeitslosigkeit versicherten Personen auf 12 Millionen (im Jahre 1913 auf Grund des Gesetzes von 1911 nur 2,5 Millionen). Die Zahl der unterstützten Arbeitslosen betrug Ende März ca. 1 900 000. Auf Grund des zweiten Gesetzes von 1921 beträgt die wöchentliche Unterstützung 15 shilling für Männer, 12 für Frauen, die Hälfte für die jugendlichen Arbeiter. Das Gesetz vom 8. November 1921 gewährt eine Arbeitslosenunterstützung auch den Angehörigen des Arbeitslosen (wöchentlich 5 shilling für die Frau, 1 shilling für jedes unselbständige Kind).

In Italien erstreckt sich die Arbeitslosenversicherung auf Grund des Gesetzes vom Jahre 1919 auf die gesamte Arbeiterschaft zwischen 15 und 65 Jahren, sowie zum Teil auch auf Privatangestellte. Die Zahl der Arbeitslosen betrug am 1. Februar 1922 606 819, die Zahl der teilweise Arbeitslosen und verkürzt Arbeitenden 159 231, die Zahl der Unterstützten bloß 124 752. Die Unterstützung beträgt je nach der Ortsklasse, dem Alter, Geschlecht und Familienstand des Arbeitslosen 0,75 bis etwa 5 Lire täglich.

Schweiz. Hier sind unterstützungsberechtigt auf Grund des Bundesratsbeschlusses vom 20. Oktober 1919 alle mindestens 16 Jahre alten bedürftigen Schweizer, die regelmäßig eine Erwerbstätigkeit ausgeübt haben. Ende März 1922 betrug die Zahl der Vollarbeitslosen und der Kurzarbeiter 129 414; davon erhielten Unterstützung 45 504 Arbeitslose, 27 343 wurden bei Notstandsarbeiten beschäftigt. Die Unterstützung beträgt bei voller Arbeitslosigkeit 60 Prozent des normalen Verdienstes; bei Kurzarbeit kann sie bis zur Hälfte des Lohnausfalles betragen. Die Höchstsätze sind auf 4 bis 10 Frs., seit März 1922 auf nur 3 bis 9 Frs., je nach der Gemeinde und dem Familienstand, festgesetzt.

Oesterreich. Die Arbeitslosenversicherung wurde in Oesterreich durch das Gesetz vom 24. März 1920 (Ergänzung vom 1. Oktober 1920) geregelt, nachdem die Revolution schon am 20. November 1918 eine Unterstützung von Arbeitslosen eingeführt hatte. Die Arbeitslosenversicherung erstreckt sich auf alle Arbeiter, Lehrlinge und Betriebsbeamte, welche der Krankenversicherung, und alle Angestellte, welche der Pensionsversicherung unterliegen. Ende März 1922 bezogen die Arbeitslosenunterstützung 41 970 Arbeitslose, davon in Wien allein 23 591. Nach dem Gesetz vom März 1921 betrug die Arbeitslosenunterstützung 75 bis 125 Prozent der Kranken-

unterstützung, so daß sich um diese Zeit der höchste Satz der Arbeitslosenunterstützung auf 68,50 Kronen für die Ledigen, auf 90 für die Familienväter belief.

Belgien. Die Arbeitslosenunterstützung wurde im nationalen Maßstabe durch die Verordnung vom 30. Dezember 1920 gesetzlich geregelt. Berufsorganisationen, die ihren Mitgliedern satzungsgemäß Arbeitslosenunterstützung gewähren, bekommen Zuschüsse vom Staat, die von der Höhe der Mitgliederbeiträge und der Rücklagekasse abhängig sind. Die Zahl der Mitglieder solcher Arbeitslosenkassen, die vom Staat subventioniert werden, belief sich im Dezember 1921 auf 756 516; davon waren im Dezember arbeitslos und unterstützungsberechtigt: vollständig Arbeitslose 49 851, teilweise Arbeitslose 36 232, also im Ganzen 11,4 Prozent der Versicherten. Die Unterstützung betrug für das Haupt der Familie 5 Frs., für die Frau 1,50 Frs., für jedes Kind 1 Fr.

Dänemark. Auch in Dänemark subventioniert der Staat nur die Arbeitslosenkassen, welche den Bestimmungen des Gesetzes Rechnung tragen. Die gesetzliche Regelung des Systems vom 5. Januar 1920 (neue Regelung seit dem 1. Februar 1922) stellt nur einen Ausbau des Systems dar, welches schon vor dem Kriege (seit 1907) bestand. Die Staatszuschüsse betragen 50 Prozent der Mitgliederbeiträge, die Unterstützung darf zwei Drittel des laufenden Lohnes, bis zum Höchstbetrag von 4 Kronen täglich, nicht übersteigen. Im Februar 1922 waren 28,9 Prozent der Mitglieder der Arbeitslosenkassen arbeitslos. Im Dezember 1920, als die Arbeitslosigkeit etwas geringer war (25,2 Prozent der Mitglieder der Fachverbände), betrug die Zahl der Arbeitslosen 74 390, bei einer Gesamtzahl der Versicherten von 278 101.

Deutschland. Das Deutsche Reich bietet das Beispiel eines Staates, wo die Arbeitslosenfürsorge vom Typus der Arbeitslosenversicherung ganz entfernt ist und sich dem Typus der Armenfürsorge nähert. Nach der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 13. November 1918 (seitdem zahlreiche Aenderungen) erhalten arbeitsfähige, arbeitswillige, bedürftige Personen, deren Arbeitslosigkeit als Kriegsfolge anzusehen ist, von der Gemeinde ihres Wohnsitzes Unterstützungen für sich und Zuschläge für unterhaltsberechtigte Familienangehörige. Die Höhe der Unterstützung richtet sich nach dem Lebensalter, dem Familienstand sowie nach Ortsklassen. Ab 15. Februar 1922 beträgt der Höchstsatz in Orten mit größter Teuerung für männliche Personen über 21 Jahren 18,50 Mark pro Tag. Die Familienzuschläge betragen für den Ehegatten 8,75 Mark, für Kinder 7,50 Mark, sie dürfen aber insgesamt nicht das Zweifache der dem Arbeitslosen gewährten Sätze übersteigen. Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen betrug am 1. Februar 1922 196 103, die Zahl der Zuschlagempfänger 269 600. Wie groß der Teil der Unterstützungsberechtigten im Verhältnis zu der Gesamtzahl der Arbeitslosen ist, ist nicht bekannt, da keine vollständige Statistik der Arbeitslosen besteht.

Ohne auf die Formen der Arbeitslosenfürsorge in verschiedenen anderen Ländern einzugehen, stellen wir nur fest — zusammen mit der neuesten Veröffentlichung über diese Frage: „Die Erwerbslosigkeit der Welt, ihre Wirkungen und ihre Bekämpfung" (Denkschrift der deutschen Reichsregierung, vorgelegt der Genueser Konferenz) —, daß „welche Summe von Verarmung, Elend, verminderter wirtschaftlicher, physischer und moralischer Sicherung die Arbeitslosigkeit nicht nur für die Arbeitslosen selbst, sondern für die gesamte Menschheit zur Folge hat, man ahnen, aber nicht schätzen kann". Aehnlich wie diese Denkschrift und wie alle Sozialpolitiker stellen wir fest, daß die Gewährung von Unterstützungen an Arbeitslose keineswegs als Abhilfemaßnahme gegen die Arbeitslosigkeit betrachtet werden darf. Aber im Gegensatz zu dem Standpunkt der bürgerlichen Regierungen und Sozialpolitiker müssen wir konstatieren, daß die Arbeitslosenunterstützung nicht nur keine Abhilfe gegen die Arbeitslosigkeit ist, sondern auch nicht imstande ist, die Folgen der Erwerbslosigkeit

für den einzelnen Arbeiter zu mildern. Die Unterstützungen bewegen sich in der Regel auf einer Höhe, die dem Arbeitslosen nicht zu leben erlaubt und ihn gleichzeitig nicht sterben läßt. Andererseits bedeutet die Arbeitslosigkeit für die kapitalistische Wirtschaftsordnung die größte Gefahr, weil, wie die oben erwähnte Denkschrift mit Recht ausführt, sie „wie kaum eine Seuche den Keim der Ansteckung und immer weiteren Ausbreitung in sich trägt und sich lawinenartig in geometrischer Steigerung zusammenballt."

L.

Chronik der sozialpolitischen Gesetzgebung seit 11. November 1918.

1918

12. November: Deutschland. Der Rat der Volksbeauftragten hebt das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst auf, mit Ausnahme der sich auf die Schlichtung von Streitigkeiten beziehenden Bestimmungen, setzt außer Kraft die Gesindeordnung, sowie die Ausnahmegesetze gegen die Landarbeiter und setzt wieder in Kraft die durch das Notgesetz vom 4. August 1914 aufgehobenen Arbeiterschutzbestimmungen.

21. November: Großbritannien. Gesetz betr. die provisorische Regelung des Arbeitslohnes.

23. November: Polen. Dekret des Staatsoberhauptes betr. den Achtstunden-Arbeitstag und die 46-Stunden-Arbeitswoche.

23. November: Deutschland. Anordnung des Demobilmachungskommissars über die Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter beschränkt die tägliche Arbeitszeit auf acht Stunden.

14. Dezember: Luxemburg. Verordnung betreffend den Achtstundentag in den gewerblichen Unternehmungen.

19. Dezember: Deutsch-Oesterreich. Gesetz betr. den Achtstunden-Arbeitstag.

19. Dezember: Tschechoslowakei. Gesetz betr. den Achtstunden-Arbeitstag und die 48-Stunden-Arbeitswoche in der Industrie, Land- und Forstwirtschaft.

23. Dezember: Deutschland. Verordnung über Tarifverträge, Arbeiter- und Angestellten-Ausschüsse und Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten.

1919

3. Januar: Polen. Dekret betr. die Arbeitsinspektion.

11. Januar: Polen. Dekret betr. die obligatorische Krankenversicherung.

13. Januar: Deutschland. Verordnung über die Errichtung von Fachausschüssen für Hausarbeit.

15. Januar: Peru. Gesetz betr. den Achtstunden-Arbeitstag in der Industrie.

24. Januar: Deutschland. Verordnung betr. eine vorläufige Landarbeitsordnung.

27. Januar: Polen. Gesetz betr. die Arbeitsvermittlung und Werbung von Arbeitskräften nach dem Ausland.

8. Februar: Deutschland. Verordnung betr. die Errichtung von Arbeitskammern im Bergbau.

8. Februar: Polen. Dekret betr. Berufsverbände.

12. Februar: Dänemark. Gesetz betr. den Achtstunden-Arbeitstag in den kontinuierlichen Betrieben.

26. Februar: Großbritannien. Gesetz betr. die Kommission für Untersuchung des Kohlenbergbaues.

27. Februar: Großbritannien. Eröffnung der nationalen industriellen Konferenz.

18. März: Deutschland. Verordnung über die Regelung der Arbeitszeit der Angestellten während der wirtschaftlichen Demobilmachung.

18. März: Spanien. Verordnung betr. Subventionierung von anerkannten Arbeitslosenkassen.

25. März: Frankreich. Gesetz betr. die Kollektivverträge.

28. März: Polen. Gesetz betr. die Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten in der Landwirtschaft.

3. April: Spanien. Dekret betr. den Achtstunden-Arbeitstag und die 48-Stunden-Arbeitswoche.

11. April: International. Der Entwurf des Interalliierten Ausschusses für internationale Arbeitsgesetzgebung zu einer Arbeitscharte wird auf der Vollsitzung der Pariser Friedenskonferenz angenommen und als XIII. Teil in den Friedensvertrag von Versailles eingefügt.

23. April: Frankreich. Gesetz betr. den Achtstunden-Arbeitstag.

7. Mai: Portugal. Dekret betr. den Achtstunden-Arbeitstag und die 48-Stunden-Arbeitswoche für alle industriellen Arbeiter.

15. Mai Deutsch-Oesterreich. Betriebsrätegesetz.

27. Juni: Schweiz. Gesetz betr. die 48-Stunden-Arbeitswoche in der Industrie.

15. August: Großbritannien. Gesetz betr. den Siebenstunden-Arbeitstag im Kohlenbergbau.

12. September: Serbien-Kroatien-Slowenien. Gesetz betr. den Achtstunden-Arbeitstag und die 48-Stunden-Arbeitswoche im Gewerbe und in der Industrie.

26. September: Deutschland. Gesetz über Wochenhilfe und Wochenfürsorge.

6. Oktober: Vereinigte Staaten von Nordamerika. Eröffnung der nationalen industriellen Konferenz in Washington.

17. Oktober: Schweden. Gesetz betr. den Achtstunden-Arbeitstag und die 48-Stunden-Arbeitswoche.

19. Oktober: Italien. Gesetz betr. die Arbeitslosenversicherung.

29. Oktober: Schweiz. Bundesratsbeschluß betr. Arbeitslosenunterstützung.

1. November: Holland. Gesetz betr. den Achtstunden-Arbeitstag und die 48-Stunden-Arbeitswoche.

20. November: Großbritannien. Gesetz betr. die industriellen Schiedsgerichtshöfe.

28./29. Nov.: International. Die erste Hauptversammlung der internationalen Arbeitsorganisation des Völkerbundes in Washington nimmt sechs Entwürfe zu Uebereinkommen (betr. den Achtstunden-Arbeitstag, die Arbeitslosigkeit und den Schutz der Jugendlichen und Frauen) und sechs Empfehlungen an.

18. Dezember: Polen. Gesetz betr. den Achtstunden-Arbeitstag; die 46-Stunden-Arbeitswoche abgeschafft.

30. Dezember: Großbritannien. Einsetzung des Eisenbahnamtes für Lohnwesen.

1920

5. Januar: Dänemark. Gesetz über anerkannte Arbeitslosenkassen.

24. Januar: Nordamerika. Kansaser Gesetz über die industriellen Gerichtshöfe.

26. Januar: Deutschland. Reichsverordnung über Erwerbslosenfürsorge.

4. Februar: Deutschland. Betriebsrätegesetz.

12. Februar: Deutschland. Verordnung über die Einstellung und Entlassung von Arbeitern und Angestellten während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilmachung.

25. Februar: Tschechoslowakei. Gesetz betr. die Betriebsräte im Bergbau.

12. März: Frankreich. Gesetz betr. die Berufsverbände.

24. März: Oesterreich. Gesetz über die Arbeitslosenversicherung.

19. Mai: Polen. Gesetz betr. die Krankenversicherung.

23. Juni: Norwegen. Betriebsrätegesetz.

10. Juli: International. Die zweite Tagung der Hauptversammlung der Internationalen Arbeitsorganisation des Völkerbundes nimmt drei Entwürfe zu Uebereinkommen und vier Empfehlungen, alle die Schiffahrt betreffend, an.
Das Uebereinkommen über den Achtstunden-Arbeitstag wird abgelehnt.

26. Juli: Luxemburg. Betriebsrätegesetz (Ausbau des Gesetzes vom 26. April 1919).

9. August: Großbritannien. Gesetz betr. die Arbeitslosenversicherung.

16. August: Großbritannien. Gesetz betr. die Bergbauindustrie.

16. August: Rumänien. Gesetz über das obligatorische Schiedsgerichtsverfahren.

28. Oktober: Großbritannien. Gesetz über die außerordentlichen Befugnisse für den Fall der Streikbewegung.

11. Dezember: Nordamerika. Gesetz gegen die Streikpropaganda, welche den in- und ausländischen Verkehr bedroht.

30. Dezember: Belgien. Verordnung über die Subventionierung der Arbeitslosenkassen und -fonds.

1921

7. Januar: Deutschland. Der Arbeiterrat in der Hamburger Verfassung verankert.

21. Januar: Spanien. Gesetz betr. Alterspensionen.

14. März: Luxemburg. Gesetz betr. Abschaffung der Betriebsräte.

31. März: Großbritannien. Die Staatskontrolle des Kohlenbergbaues wird aufgehoben.

6. Mai: Dänemark. Gesetz betr. die Kranken- und Invalidenversicherung und die Armenfürsorge.

24. Mai: Belgien. Gesetz betr. die Berufsverbände.

3. Juni: Argentinien. Gesetz über den Achtstunden-Arbeitstag und die 48-Stunden-Arbeitswoche.

14. Juni: B e l g i e n. Gesetz betr. den Achtstunden-Arbeitstag.

14. Juli: O e s t e r r e i c h. Neues Gesetz betr. die Arbeitsinspektion.

19. Juli: T s c h e c h o s l o w a k e i. Gesetz betr. die Subventionierung der Arbeitslosenkassen.

19. August: G r o ß b r i t a n n i e n. Gesetz betr. die Reorganisierung der Eisenbahnen.

19. August: G r o ß b r i t a n n i e n. Gesetz betr. die Aufhebung der Gesetze über die Getreideproduktion.

11. Oktober: P o l e n. Regierungsentwurf des Gesetzes betr. die teilweise Suspendierung des Achtstunden-Arbeitstages. Wird vom Landtag abgelehnt.

25. Oktober: I n t e r n a t i o n a l. Die III. Tagung der Internationalen Arbeits-Konferenz nimmt sieben Entwürfe zu Uebereinkommen (darunter vier betr. Landarbeiter) und acht Vorschläge betr. die Landarbeiter und die Handelsangestellten an. (Bis 19. November.)

1922.

24. Januar: B r i t i s c h - I n d i e n. Neues Fabrikgesetz.

15. Februar: D e u t s c h l a n d. Gesetz betr. die Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat.

Februar-März: G r o ß b r i t a n n i e n. Angesichts des Widerstandes des Grubenkapitals weigern sich die Regierung und die Abgeordnetenkammer, die Bestimmungen des Berggesetzes von 1920 über die Lohnkommissionen in Anwendung zu bringen.

14. März: H o l l a n d. Die Regierung unterbreitet dem Parlament einen Gesetzentwurf, der das Achtstundentaggesetz in dem Sinne revidiert haben will, daß der Arbeitstag achteinhalb Stunden und die Arbeitswoche 48 Stunden betragen soll.

30. März: S c h w e i z. Auf Grund der Debatte im Nationalrat erklärt sich die Regierung zur Revision des Achtstundentags-Gesetzes in dem Sinne bereit, daß zur Zeit der Krise die Arbeitswoche bis 54 Stunden verlängert werden kann. Ein dahingehender Antrag wird im Juni dem Parlament unterbreitet und von diesem angenommen.

Zusammengestellt von L.

Die Weltwirtschaft seit Kriegsschluß.

Dieser Artikel versucht die allgemeinen Entwicklungslinien der Weltwirtschaft seit Kriegsschluß zu ziehen. Das Zahlenmaterial hierzu findet der Leser in den nachfolgenden Tabellen und in dem volkswirtschaftlichen Teil der einzelnen Länder.

Die Weltwirtschaft steht auch heute, mehr als drei Jahre nach Kriegsschluß, unter dem Einfluß jener Deformation, welche die Kriegszeit verursacht hat. Die wichtigsten Tatsachen der Kriegswirtschaft, welche die Erscheinung der kriegswirtschaftlichen Deformation hervorgerufen haben, sind die folgenden: Der unproduktive Konsum war während der Kriegszeit viel größer als in Friedenszeiten. Der Mehrkonsum setzte sich aus vielen Elementen zusammen: unmittelbarer Verbrauch an Gütern für den Krieg; vermehrter Verbrauch der Armee an Friedensgütern, z. B. Kleidern, Schuhen, Transportmitteln usw.; die durch die Kriegshandlungen unmittelbar verursachte Verwüstung von Werten auf den Kriegsschauplätzen selbst. Was die Produktion anbelangt, so wurde dieselbe infolge des Krieges kleiner. Viele Millionen Menschen wurden für den Militärdienst eingezogen; einen großen Teil der Produktion nahm die Armee in Anspruch; die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung wurde infolge des Krieges geringer. Dies machte sich geltend besonders in den boykottierten Staaten des Vierbundes und in den entlegenen Weltgebieten, wo infolge der Schiffsnot und der ungeheuren Verteuerung der Frachten der internationale Warenaustausch ins Stocken geriet.

Demgegenüber zeigten sich auch Gegentendenzen. Um in der Arbeiterschaft die Lücken auszufüllen, wurden in großen Massen Menschen herangezogen, die bei normalem Gang des Kapitalismus keine produktive Arbeit leisten. Die Arbeitslosigkeit hörte während der Kriegszeit tatsächlich auf. Millionen von Frauen wurden ins Erwerbsleben einbezogen;

deklassierte Arbeitskräfte, Alte, Invaliden, Jugendliche, fanden Beschäftigung. Eine andere Gegentendenz war die Verminderung der Anarchie in der Produktion durch die kriegswirtschaftlichen Organisationen. Indessen war die Wirkungskraft dieser Gegentendenzen viel geringer als die der oben erwähnten, die Produktion hindernden Faktoren. Das Ergebnis dieser Sachlage war eine allgemeine Verarmung der eigentlich kriegführenden Länder. (Wir rechnen hierzu weder die Vereinigten Staaten noch Japan, deren Teilnahme an dem Kriege von kurzer Dauer war und keine nachteiligen Folgen für die Wirtschaft nach sich zog.) Das Wesen dieser Verarmung besteht darin, daß mehr Güter verbraucht, als neu produziert wurden. Dies zeigte sich natural-wirtschaftlich in dem Aufzehren der Gütervorräte, in der Abnutzung des sachlichen Produktionsapparates, in einem Stillstand der Bautätigkeit usw. Geldwirtschaftlich betrachtet nahm dieser Vorgang jene Form an, daß der kriegführende Staat von seinen Mitbürgern Waren gegen Bargeld aufkaufte. Das Geld verschaffte sich der Staat durch Emission von Banknoten und durch Auflegung von Kriegsanleihen. Banknoten und Kriegsanleihen, also fiktives Kapital, traten beim einzelnen Bürger an die Stelle der im Kriege verbrauchten realen Güter. So entstand ein falscher Schein der allgemeinen Bereicherung, ein ungeheures Anschwellen des fiktiven Kapitals, ein In-die-Höhe-schnellen aller Einkommen in den weiter benutzten nominellen Geldeinheiten ausgedrückt. Zwischen realem Reichtum und realem Einkommen einerseits und fiktivem Kapital und nominellem Geldeinkommen andererseits trat ein immer schärferer Kontrast ein, je länger der Krieg andauerte. Diese Erscheinung nennen wir kriegswirtschaftliche Deformation des Wirtschaftslebens. Diese kriegswirtschaftliche Deformation zeigte sich am schärfsten in den boykottierten Ländern des Vierbundes, dann in Rußland, in etwas geringerem Maßstabe in Italien und Frankreich, welche von England und den Vereinigten Staaten durch Kredite gestützt wurden. Frankreich und England hatten außerdem die Möglichkeit, durch Veräußerung ihres Auslandskapitals Güter aus der ganzen Welt heranzuziehen und die reale Verarmung des Landes hierdurch zu vermindern. England selbst gelang es, durch diese Mittel

und durch die Umstände, daß es spät und mit kleineren Kräften am Kriege selbst teilnahm, und daß sein Gebiet von der feindlichen Invasion verschont wurde, seine Wirtschaft dem schädlichen Einfluß des Krieges fast ganz zu entziehen. Der Produktionsapparat Englands war am Ende des Krieges nicht schlechter als vor dem Kriege. In Japan und in den Vereinigten Staaten hatte der Krieg eine starke Entfaltung der Produktionskräfte zur Folge. Die Produkte ihrer Wirtschaft fanden bei den Ententeländern reißenden Absatz, alle Arbeitskräfte waren in Tätigkeit, und der sachliche Produktionsapparat erfuhr eine große Ausdehnung. Das Ergebnis dieser Entwicklung war, daß die Vereinigten Staaten aus einen Agrar-Kolonial-Land zu einem Industrie-Export-Land wurden, aus einem Schuldnerland ein Gläubigerland, aus einer amerikanischen Kontinentalmacht eine Weltmacht. Das Schwergewicht, der Mittelpunkt der Weltwirtschaft verschob sich von England nach Amerika, was am sinnfälligsten darin zum Ausdruck kam, daß alle europäischen Valuten dem Dollar gegenüber ein Disagio aufwiesen.

Auch die kleinen neutralen Länder Europas zogen Nutzen aus dem Kriege; doch konnten sie infolge Mangels an eigenen Rohstoffen und Produktionsmöglichkeiten die Kriegskonjunktur weniger ausnutzen als die großen kapitalistischen Länder außerhalb Europas. In den weit entlegenen Kolonialgebieten endlich: Australien, Indien, Südafrika, Südamerika, entwickelte sich während dieser Periode infolge Aufhörens der europäischen Konkurrenz und des Ueberflusses an Rohstoffen eine neue bodenständige Industrie.

*

Nach Beendigung des Krieges trat nach einer kurzen Zeit der Schwankung eine Periode der Hochkonjunktur ein. Der lange zurückgehaltene Warenbedarf Kontinental-Europas äußerte sich in einer stürmischen Nachfrage nach Waren jeder Art. Die Preise stiegen dauernd bis zum Frühjahr 1920. Der Warenmangel schien eine ständige Erscheinung der Wirtschaft geworden zu sein. Alle wohlbekannten Erscheinungen der Hochkonjunkturperiode: Gründungen, Speku-

lation, zeigten sich in selten gesehenem Ausmaße. Das Wichtigste bei der Beurteilung dieser Periode ist ihr stark spekulativer Charakter. Die Produktion selbst wurde in viel geringerem Maße ausgedehnt, als es den Anschein hatte. Die Gründe hierfür waren die folgenden: Die Nachkriegszeit hatte eine starke revolutionäre Gärung bei der Arbeiterschaft aller kriegführenden Länder gebracht. Zur Dämpfung dieser Gärung wurde überall der Achtstundentag eingeführt. Da aber die Unzufriedenheit der großen Massen unvermindert bestand und die Verkürzung der Arbeitszeit durch keine Mehrleistung kompensiert wurde, führte diese Maßregel zu einer Verminderung der Produktion. Verstärkt wurde dies durch riesige Streiks, revolutionäre Bewegungen und durch eine allgemeine Arbeitsunlust der im Kriege ermüdeten und schlecht ernährten Arbeiterschaft. Es muß weiter in Betracht gezogen werden, daß der sachliche Produktionsapparat Kontinentaleuropas, im Kriege abgenutzt, von geringerer Leistungsfähigkeit war als vor dem Kriege.

Der spekulative Charakter dieser Hochkonjunktur zeigte sich aber nicht nur in Europa, sondern auch in Gebieten, wo während des Krieges eine Entfaltung der Produktionskräfte stattgefunden hatte. In den Vereinigten Staaten z. B. betrug die Gesamtsumme der Kredite aller amerikanischen Banken:

am 30. Juni 1919 25 Milliarden Dollar
am 30. Juni 1920 31 Milliarden Dollar.

Führende amerikanische Kapitalisten stellten fest, daß diese zuschüssige Riesensumme von 6 Milliarden Dollar spekulativen Zwecken gedient haben mußte, da sich die Produktion während dieser Zeit nicht erhöht hatte und sich eigentlich auch überhaupt nicht erhöhen konnte, da schon in der ersten Hälfte 1919 alle Betriebe in Gang waren und alle Arbeiter volle Beschäftigung hatten. Während dieser Zeit ging auch die Umwandlung der für den Krieg produzierenden Betriebe auf Friedensproduktion vor sich, ein Umstand, der in der nachfolgenden Krise von großer Bedeutung war.

Schon in dieser Periode zeigte sich die Spaltung der Weltwirtschaft in zwei ziemlich scharf geschiedene Gebiete: Die Länder Mittel- und Osteuropas verarmten weiter in dieser

Hochkonjunkturperiode, da sie nicht so viel produzieren konnten, als für den eigenen Bedarf nötig gewesen wäre. Sie standen hiermit in scharfem Gegensatz zu den Staaten mit verbessertem Produktionsapparat, in welchen infolge der Umstellung der Produktion für Friedenszwecke die Produktionsmöglichkeiten sich weiter erhöhten. Kontinentaleuropa benötigte in dieser Periode fast alle Waren aus dem Ueberseegebiet: Lebensmittel, Rohstoffe, Produktionsmittel und fertige Güter in gleicher Weise. Es hatte jedoch infolge seiner verringerten Produktionsfähigkeit keine Waren zum Austausch zu geben. Die Warenlieferungen Amerikas wurden eine Zeitlang durch Staatskredite gedeckt. Nach einer gewissen Zeit zeigten sich aber die Folgen der stark passiven Handelsbilanz Kontinentaleuropas in einer rapiden Verschlechterung der Valuta aller gewesenen kriegführenden Länder gegenüber dem Dollar und den anderen neutralen Valuten.

*

Die ständige Unterproduktion in Kontinentaleuropa, besonders in Mittel- und Osteuropa, Rußland mit inbegriffen, also in einem Gebiet mit rund 300 Millionen Einwohnern, drei Achtel der in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung lebenden Menschen, führte zu einem Zusammenbruch der spekulativen Hochkonjunktur der Nachkriegszeit. Es setzte eine Krise von bisher in der Geschichte des Kapitalismus nie erlebter Heftigkeit und Dauer ein. Die Krise begann im Februar 1920 in jenen Ländern, welche während des Krieges die größte Entwicklung ihrer Wirtschaft erlebt hatten: in Japan und in den Vereinigten Staaten. Es zeigte sich ein Mangel an Absatz für Waren, dem alsbald ein Nachgeben der Preise folgte. Nacheinander wurden England, die neutralen Staaten, später auch Frankreich und Italien in die Krise einbezogen. Die in Kartellen und Trusts fest organisierten Kapitalisten leisteten der Krise lange Widerstand. Sie versuchten, durch künstliche Hochhaltung der Preise und systematische Beschränkung der Produktion dem Preisabbau entgegenzuwirken. Tatsächlich gelang es, den Zusammenbruch der Preise noch monatelang hinauszuschieben, nachdem die Krise schon

eingesetzt hatte. Aber die Erschütterung des wirtschaftlichen Gleichgewichtes war zu groß, als daß die Kapitalisten stark
[illegible] usbruch der Krise zurückzu-
Rückgang der Preise, ein Zu-
Unternehmungen, Kreditkrise,
cheinungen, welche von den
d. Es zeigte sich, daß infolge
in Mittel- und Osteuropa die
Produktionsapparat Amerikas,
arkt brachte, keine Abnehmer
erstreckte sich nicht nur auf
f Rohstoffe und agrarische Er-
Produktion von Lebensmitteln
r Produzenten ist, während die
acht von Kartellen und Trusts
lwirtschaftlichen Produkte auf
rer als jener der industriellen
in Australien und in den agra-
ise eine besondere Note. Es
leichgewichtsstörung
t und Industrie, zwischen
ten die Produkte der Industrie
tark gesunkenen Lebensmittel-
tbild der Krise ist also folgen-
en Krieg verursachten
terproduktion in Kon-
dieser Unterproduk-
uropas gegenüber den
dern und England. In-
Ueberproduktion in
liziert und verschärft
ebenen starken Preis-
tlichen Produkte auf

ist eine bisher nie gekannte
duktionsgebieten. Die Zahl der
inigten Staaten im Jahre 1921
, in England rund 2 Millionen.
In den neutralen Ländern Europas ist die Arbeitslosigkeit

Hochkonjunkturperiode, da sie nicht so viel produzieren konnten
als für den eigenen Bedarf
hiermit in scharfem Gegensat
Produktionsapparat, in welc
Produktion für Friedenszwe
sich weiter erhöhten. Kon
Periode fast alle Waren aus
Rohstoffe, Produktionsmittel
Weise. Es hatte jedoch infolg
fähigkeit keine Waren zum
lieferungen Amerikas wurden
gedeckt. Nach einer gewisse
der stark passiven Handelsb
rapiden Verschlechterung de
führenden Länder gegenübe
neutralen Valuten.

Die ständige Unterproduk
sonders in Mittel- und Osteu
in einem Gebiet mit rund 300
der in der kapitalistische
Menschen, führte zu einem Z
lativen Hochkonjunk
Es setzte eine Krise von bisl
lismus nie erlebter Heftigl
begann im Februar 1920 in je
Krieges die größte Entwicklu
in Japan und in den Vereini
Mangel an Absatz für Ware
Preise folgte. Nacheinander
Staaten, später auch Frankre
bezogen. Die in Kartellen u
talisten leisteten der Krise la
durch künstliche Hochhaltun
Beschränkung der Produktion dem Preisabbau entgegenzuwirken. Tatsächlich gelang es, den Zusammenbruch der Preise noch monatelang hinauszuschieben, nachdem die Krise schon

eingesetzt hatte. Aber die Erschütterung des wirtschaftlichen Gleichgewichtes war zu groß, als daß die Kapitalisten stark genug gewesen wären, den Ausbruch der Krise zurückzuhalten. Es erfolgte ein rapider Rückgang der Preise, ein Zusammenbruch der spekulativen Unternehmungen, Kreditkrise, Kapitalknappheit, alle jene Erscheinungen, welche von den früheren Krisen her bekannt sind. Es zeigte sich, daß infolge der ständigen Unterproduktion in Mittel- und Osteuropa die Waren, welche der vergrößerte Produktionsapparat Amerikas, Japans und Englands auf den Markt brachte, keine Abnehmer finden konnten. Der Preissturz erstreckte sich nicht nur auf Industriewaren, sondern auch auf Rohstoffe und agrarische Erzeugnisse jeder Art. Und da die Produktion von Lebensmitteln in den Händen nicht organisierter Produzenten ist, während die industrielle Produktion in der Macht von Kartellen und Trusts liegt, war der Preisfall der landwirtschaftlichen Produkte auf dem Weltmarkt ein viel stärkerer als jener der industriellen Produkte. Dies gab in Amerika, in Australien und in den agrarischen Kolonialländern der Krise eine besondere Note. Es entstand eine innere Gleichgewichtsstörung zwischen Landwirtschaft und Industrie, zwischen Land und Stadt; die Farmer konnten die Produkte der Industrie des eigenen Landes infolge der stark gesunkenen Lebensmittelpreise nicht kaufen. Das Gesamtbild der Krise ist also folgendes: Infolge der durch den Krieg verursachten Verarmung ständige Unterproduktion in Kontinentaleuropa. Folge dieser Unterproduktion: Kaufunfähigkeit Europas gegenüber den außereuropäischen Ländern und England. Infolgedessen: Relative Ueberproduktion in diesen Gebieten, kompliziert und verschärft durch den oben beschriebenen starken Preisfall der landwirtschaftlichen Produkte auf dem Weltmarkte.

Das Ergebnis dieser Sachlage ist eine bisher nie gekannte Arbeitslosigkeit in den Ueberproduktionsgebieten. Die Zahl der Arbeitslosen beträgt in den Vereinigten Staaten im Jahre 1921 durchschnittlich rund 5 Millionen, in England rund 2 Millionen. In den neutralen Ländern Europas ist die Arbeitslosigkeit

prozentual ebenso groß oder noch größer als in England oder in Amerika.

In den Unterproduktionsgebieten macht sich die Krise in anderer Weise geltend. Hier kann von einer Ueberproduktion keine Rede sein. Hingegen zeigt sich auch in dieser Periode die kontinuierliche Verschlechterung der Staatsfinanzen und der Valuta, welche das ganze Wirtschaftsleben dieser Staaten in eine wüste Valutaspekulation verwandelt. Die Beziehungen zu den Ländern des Ueberproduktionsgebietes mit hochwertiger Valuta werden durch die sprunghaften Aenderungen des Wechselkurses bestimmt. Die Konjunktur in den Ländern der Unterproduktion ändert sich in umgekehrtem Verhältnis zu den Valutakursen; jede Verschlechterung der eigenen Valuta macht die Produktion des Landes auf dem Weltmarkt konkurrenzfähiger. Es ergibt sich die eigenartige Erscheinung, daß, trotzdem diese Länder mit einem viel schlechteren sachlichen Produktionsapparat produzieren als die reichen Länder des Ueberproduktionsgebietes, sie auf dem Weltmarkt doch konkurrenzfähig sind. Es ist dies die Folge der auf ein Minimum herabgesetzten Lebenshaltung der Arbeiterschaft in diesen Ländern: ihr realer Anteil an ihrem eigenen Wertprodukt ist so gering, daß es den Kapitalisten möglich ist, trotz objektiv höherer Produktionskosten den unter besseren Bedingungen produzierenden Kapitalisten des Ueberproduktionsgebietes Konkurrenz zu bieten. So entsteht die Erscheinung des „Ausverkaufs": die verarmten Länder, deren Bevölkerung das Notwendigste entbehrt, werfen große Warenmengen zu Schleuderpreisen auf den Weltmarkt.

Durch die Verschlechterung der Valuta in diesen Gebieten wird es den Kapitalisten des Ueberproduktionsgebietes möglich, zu verhältnismäßig sehr niedrigen Preisen große Teile des verminderten Vermögensbestandes dieser Länder aufzukaufen. Es ist dies die Erscheinung der Ueberfremdung. Industrielle Betriebe, Häuser, Grundbesitz werden zu Spottpreisen an Ausländer verkauft. Das ganze Gebiet gerät so in wirtschaftliche und finanzielle Abhängigkeit von Ausländern.

Die Wirtschaftskrise zeitigt scharfe Kämpfe zwischen Arbeit und Kapital. Während in der Hochkonjunkturperiode im allgemeinen die Arbeiter die Angreifenden waren, benutzten die Kapitalisten die Zeit der Krise, um die Löhne abzubauen und die Arbeiter zu zwingen, den in der Nachkriegszeit allgemein errungenen Achtstundentag aufzugeben. Diese Kämpfe, welche sich auch in dem laufenden Jahre fortsetzen, endeten im allgemeinen mit dem Siege des Kapitals. Die Gewerkschaften haben ihre Mittel während der lange andauernden Arbeitslosigkeit zur Unterstützung der Arbeitslosen verwendet. Die gewöhnlichen Mittel des Gewerkschaftskampfes scheinen unter solchen Umständen dem organisierten Kapital gegenüber zu versagen.

*

Der Höhepunkt der Krise scheint um die Jahreswende im allgemeinen überschritten zu sein. Es zeigen sich Tendenzen zur Besserung, vor allem in jenen Ländern, wo die Krise ihren Anfang nahm: in Japan und in den Vereinigten Staaten. Die Produktion zeigt in den Monaten um die Jahreswende ein langsames Steigen. Auch Bestrebungen zur Ueberwindung des gestörten Gleichgewichts in der Weltwirtschaft sind vorhanden. Es wird Kapital in der Form des Ankaufs von Aktien und unmittelbar von Gütern nach den Unterproduktionsgebieten übertragen. Es werden Versuche gemacht, den überflüssigen Waren durch Erschließung neuer Absatzgebiete, wie Südamerika und China, Absatz zu verschaffen. Andere Versuche gehen dahin, durch Anleihen die Produktionsfähigkeit der Unterproduktionsgebiete zu heben.

Inwieweit diese Tendenzen stark genug sein werden, das gestörte Gleichgewicht der Weltwirtschaft wieder herzustellen, bleibt dahingestellt. Das äußere Anzeichen, die Entwicklung der Valuta, zeigt ein widersprechendes Bild: während die Valuten Englands und der westeuropäischen Länder eine langsame Besserung zeigen, ihr Disagio dem Dollar gegenüber abnimmt, zeigen die Valuten des Unterproduktionsgebietes einen weiteren scharfen Fall, welcher sich auf alle Länder Mittel- und Osteuropas — mit Ausnahme der Tschechoslowakei —

ausdehnt. Die Grundtatsache der Zerrüttung der Weltwirtschaft, die Ausschaltung Rußlands und Mittel- und Osteuropas vom Weltmarkte, bleibt bestehen. Diese ständig wirkende Ursache muß die akute Krise immer wieder reproduzieren, wenn sich auch zeitweilig eine Besserung der Konjunktur in den Ueberproduktionsgebieten zeigt. Eine Entfernung der Krisenursache könnte nur durch einheitliches Vorgehen aller Mächte des Ueberproduktionsgebietes erreicht werden. Einem solchen Vorgehen aber tritt das spezielle Interesse der einzelnen Mächte entgegen. Auf diese Weise ist ein Fortschleppen der Krise — kurze Perioden der besseren Konjunktur zwischen langen Perioden der Krise — das wahrscheinliche Bild der Weltwirtschaft in den nächsten Jahren.

Eugen Varga.

Wirtschaftsstatistische Tabellen.

Gesamtproduktion 1921 (nördliche Erdhälfte) und 1921/22 (südliche Erdhälfte) an Getreide und Kartoffeln. [1]

Fruchtarten	Anbaufläche 1921	Anbaufläche 1920	Anbaufläche Durchs. 1915—19	Ernteertrag 1921	Ernteertrag 1920	Ernteertrag Durchs. 1915—19	Ernteertr. v. 1920/21 ausgedr. in Proz. 1920 = 100	Ernteertr. v. 1920/21 ausgedr. in Proz. 1915—19 = 100
	in Millionen Hektar			in Millionen Tonnen				
Weizen	77,8	76,7	76,0	752,0	728,5	712,9	103,2	105,5
Roggen	10,3	9,9	10,0	137,5	110,5	119,5	124,4	115,1
Gerste	13,3	13,6	13,5	166,5	172,4	170,8	98,6	97,5
Hafer	38,5	37,1	35,7	392,0	476,6	438,9	82,2	89,3
Mais	48,7	48,1	50,3	874,2	931,6	802,1	93,8	109,0
Reis (roh)	44,6	43,9	43,5	742,0	667,0	725,0	111,2	102,3
Kartoffeln	8,0	7,7	7,5	677,5	759,0	681,1	89,3	99,5

In der Gesamtproduktion sind folgende Länder enthalten:

Bei Weizen: Deutschland, Oesterreich, Belgien, Bulgarien, Dänemark, Spanien, Finnland, Frankreich, Großbritannien und Irland, Griechenland, Italien, Luxemburg, Norwegen, Niederlande, Schweden, Schweiz, Kanada, Vereinigte Staaten, Guatemala, Britisch-Indien, Japan, Algier, Aegypten, Marokko, Tunis, Argentinien, Chile, Uruguay, Südafrika, Australien.

---

[1] Angaben für alle Tabellen der Landwirtschaft nach „Bull. Stat. Agricole", Rom, XIII. Jahrgang. — Diese Tabelle aus Nr. 5 und 6, II. Teil.

Bei Roggen: Deutschland, Oesterreich, Belgien, Bulgarien, Dänemark, Spanien, Finnland, Frankreich, Griechenland, Italien, Luxemburg, Norwegen, Niederlande, Schweden, Schweiz, Kanada, Vereinigte Staaten, Chile.

Bei Gerste: Deutschland, Oesterreich, Belgien, Bulgarien, Dänemark, Spanien, Finnland, Frankreich, Großbritannien und Irland, Italien, Luxemburg, Norwegen, Niederlande, Schweden, Schweiz, Kanada, Vereinigte Staaten, Japan, Algier, Aegypten, Marokko, Tunis, Chile, Uruguay, Südafrika.

Bei Hafer: Deutschland, Oesterreich, Belgien, Bulgarien, Dänemark, Spanien, Finnland, Frankreich, Großbritannien und Irland, Italien, Luxemburg, Norwegen, Niederlande, Schweden, Schweiz, Kanada, Vereinigte Staaten, Algier, Tunis, Chile, Argentinien, Uruguay, Südafrika.

Bei Mais: Oesterreich, Bulgarien, Spanien, Frankreich, Griechenland, Italien, Schweiz, Kanada, Vereinigte Staaten, Guatemala, Algier, Marokko, Tunis, Chile.

Bei Reis: Bulgarien, Spanien, Italien, Vereinigte Staaten, Guatemala, Britisch-Indien, Indochina, Japan, Formosa, Aegypten, Java, Madura.

Bei Kartoffeln: Deutschland, Oesterreich, Belgien, Bulgarien, Dänemark, Spanien, Finnland, Frankreich, Großbritannien und Irland, Italien, Luxemburg, Norwegen, Niederlande, Schweden, Schweiz, Kanada, Vereinigte Staaten, Guatemala, Algier, Tunis.

Zum Vergleich Weltproduktionszahlen Durchschnitt 1915/19 in Millionen Tonnen:

Weizen	1 200	Mais	1 200
Roggen	380	Reis (roh)	2 000
Gerste	380	Kartoffeln	1 400
Hafer	630		

Brotgetreidefläche und ihre Verteilung auf Weizen und Roggen.

Länder	Anbaufläche an Brotgetreide in Millionen Hektar									Anteil der Weizenfläche in Prozenten				
	Durchs. 1909/13	1914	1915	1916	1917	1918	1919	1920	1921	Durchs. 1909/13	1914	1916	1920	1921
Deutschl.[1]) .	8,2	8,3	8,4	7,7	7,1	5,1	5,7	5,7	5,7	23,7	24,1	21,9	24,3	25,3
Frankr.[2]) . . .	7,7	7,1	6,4	5,9	5,0	5,1	5,4	5,7	6,0	84,5	85,1	85,3	85,8	86,3
Großbrit. . . .	0,8	0,8	0,9	0,8	0,8	1,1	1,0	0,8	0,9	96,8	96,9	97,4	95,0	96,1
Italien[3])	4,9	4,9	5,2	4,8	4,3	4,5	4,4	4,7	4,9	97,5	97,5	97,6	97,7	97,6
Spanien	4,7	4,7	4,8	4,9	4,9	4,9	4,9	4,9	4,9	82,8	83,7	84,6	85,1	85,6
Rumänien[4]) .	2,0	2,2	2,0	2,0	—	1,7	1,3	0,9	1,2	93,5	96,2	95,9	91,9	95,7
Kanada	4,3	4,2	6,0	5,3	6,1	7,2	8,0	7,6	10,2	98,8	98,9	98,9	96,6	92,7
Ver. Staaten	20,3	22,7	25,7	22,6	20,3	26,4	32,5	25,2	24,8	95,5	95,5	94,5	91,9	92,6
Indien	11,8	11,5	13,2	12,3	13,3	14,4	9,6	12,1	10,5	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Argentinien	6,5	6,3	6,6	6,5	7,2	6,9	6,0	6,0	5,6	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Australien .	3,1	3,9	5,1	4,7	3,9	3,2	2,6	3,7	3,8	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Eurp. Rußl.[5])	43,1	47,2	52,7	53,3	—	—	—	—	—	46,7	47,6	47,1	—	—
Asiat. Rußl.	8,1	10,4	9,7	—	—	—	—	—	—	84,0	85,6	85,6	—	—

[1]) 1909/13—1917 alter, 1919—1921 neuer Reichsumfang. [2]) Ohne Elsaß-Lothringen, 1914—1918 mit Ausschluß des besetzten Gebietes. [3]) 1916—1918 mit Ausschluß des besetzten Gebietes. [4]) altes Königreich. [5]) R. S. F. S. R. ohne Kaukasus und Republik des Fernen Ostens 1921 31,9 Millionen Hektar Brotgetreide, davon 44,9 Proz. Weizenfläche.

Starker Rückgang der Brotgetreidefläche in den vom Krieg unmittelbar betroffenen Ländern. In Großbritannien während des Krieges Vergrößerung der Anbaufläche; ebenso starke Erweiterung der Brotgetreidefläche in allen übrigen Ländern während des Krieges. 1919 die Anbaufläche in den Vereinigten Staaten am größten, in Indien im selben Jahre sehr starke Verminderung der Anbaufläche. In der Nachkriegszeit allmähliches Wachsen der Anbaufläche in den ehemals vom Kriege betroffenen Ländern. In Amerika in derselben Zeit Verminderung mit Ausnahme

von Kanada, wo im letzten Erntejahr die Anbaufläche stark vergrößert wurde. Bemerkenswert ist noch die Verschiebung bei der Brotgetreidefläche zugunsten der Roggenfläche in Kanada und den Vereinigten Staaten.

Brotgetreideertrag.

Obere Reihe: Gesamtertrag in Millionen Doppelzentnern à 100 kg
Untere Reihe: Hektarertrag in Doppelzentnern à 100 kg

Länder	Weizen								
	1921	1920	1919	1918	1917	1916	1915	1914	Durchs. 1909—13
Großbritannien	20,1	15,5	18,9	25,4	17,5	16,3	20,1	17,0	16,2
	23,8	19,3	19,7	22,4	20,5	19,6	21,3	22,0	21,3
Europ. Rußland[1])	—	—	—	—	102,8	119,8	177,8	157,7	192,7
	—	—	—	—	—	—	7,8	6,3	7,3
Asiat. Rußland	—	—	—	—	62,7	—	47,2	69,2	41,1
	—	—	—	—	—	—	5,4	7,6	6,1
Oesterreich[2])	1,8	1,5	1,4	—	6,9	7,6	8,8	10,3	16,6
	11,5	9,8	9,3	—	8,3	9,3	11,8	15,4	13,6
Ungarn[3])	12,8	10,4	—	—	—	—	41,2	32,1	46,2
	11,7	9,7	—	—	—	—	12,4	8,9	12,6
Deutschland[4])	29,3	22,5	21,7	25,4	22,8	30,9	38,6	39,7	41,4
	20,4	16,3	16,7	16,8	15,1	18,3	19,2	19,9	21,4
Frankreich[4])	87,8	64,5	50,9	61,4	36,6	55,8	60,6	76,9	86,4
	16,5	12,7	10,8	13,8	8,7	11,1	11,0	12,7	13,2
Spanien	39,5	37,7	35,2	36,9	38,8	41,5	37,9	31,6	35,5
	9,4	9,1	8,4	8,9	9,3	10,1	9,3	8,1	9,2
Italien	52,5	38,5	46,2	49,9	38,1	48,0	46,4	46,1	49,9
	11,0	8,4	10,8	11,4	8,9	10,2	9,2	9,7	10,5
Bulgarien[5])	11,6	8,2	8,1	6,3	7,9	8,1	9,7	6,3	11,5
	12,1	9,2	9,7	6,4	7,9	8,4	9,9	6,2	10,6
Rumänien	20,6	16,7	18,0	5,8	—	21,4	24,4	12,6	23,9
	8,3	8,2	10,4	2,5	—	10,9	12,8	6,0	12,9
Algier	9,2	1,9	3,9	13,4	7,9	7,9	9,2	9,0	9,6
	8,1	1,5	3,4	10,4	6,0	6,0	6,0	6,2	6,7
Ägypten	10,1	8,6	8,2	8,7	8,1	9,9	10,7	8,9	9,3
	17,1	17,9	15,3	16,8	18,0	17,0	16,5	17,0	17,5
Indien	68,2	102,8	76,3	100,8	104,0	87,9	102,6	85,0	95,8
	6,5	8,5	7,9	7,0	7,8	7,2	7,8	7,4	8,1
Kanada	81,9	71,6	52,6	51,5	63,6	71,5	107,1	43,9	53,6
	8,7	9,7	6,8	7,3	10,7	11,5	10,5	10,5	13,3
Vereinigte Staaten	216,3	226,7	263,5	250,8	173,3	173,2	279,2	242,5	186,9
	8,6	9,2	8,6	10,5	9,5	8,2	11,4	11,2	9,8
Argentinien	42,2	46,2	58,3	46,7	59,7	21,8	46,0	46,0	40,0
	7,5	7,7	9,6	6,8	8,3	3,3	6,9	7,4	6,2
Australien	39,9	39,3	12,5	20,6	31,2	41,5	48,7	6,8	24,6
	10,5	10,7	4,8	6,4	7,9	8,9	9,6	1,7	8,1

[1]) 1914—1917 ohne besetzte Gebiete. [2]) In der Kriegszeit ohne besetzte Gebiete, 1919—1921 im heutigen Umfange. [3]) Durchschnitt bis 1915 im alten, 1920 und 1921 im neuen Umfange. [4]) Durchschnitt bis 1918 im alten, 1919—1921 im neuen Umfange. [5]) 1918—1921 provisorische Zahlen.

Jugoslavien 1921 14,1 Millionen Zentner auf 1,6 Millionen Hektar; 1920 11,7 Millionen Zentner auf 1,4 Millionen Hektar.

Während der Kriegszeit im allgemeinen Rückgang des Hektarertrages gegenüber dem Durchschnitt des Jahres 1909—1913. Starker Rückgang des Gesamtertrages während der Kriegsjahre in Deutschland, Frankreich, Bulgarien und Rumänien; in Großbritannien dagegen wachsende Ernteerträge. Ebenso Steigerung des Gesamtertrages wegen der vergrößerten Anbaufläche in den amerikanischen Staaten. Bemerkenswert ist das Auf und Ab bei den Ernteerträgen in den amerikanischen und asiatischen Staaten, was auf die mangelhafte Intensivität der Bewirtschaftung und daher auf die größere Abhängigkeit von der Natur zurückzuführen ist. Solche starken Veränderungen der Erträge kann man nicht allein bei den südamerikanischen, asiatischen und afrikanischen Staaten sowie bei Australien feststellen, sondern auch bei Kanada und den Vereinigten Staaten. Das Erntejahr 1921 bringt gestiegene Erträge in sämtlichen europäischen Ländern, dagegen einen sehr starken Rückgang in Indien.

Kanada weist nur wegen der größeren Anbaufläche einen größeren Gesamtertrag auf. In den Vereinigten Staaten und in Argentinien Rückgang des Gesamtertrages in den allerletzten Jahren.

Roggenproduktion der wichtigsten Länder.

Länder	in Millionen Doppelzentnern à 100 kg								
	Durchs. 1909—13	1914	1915	1916	1917	1918	1919	1920	1921
Deutschland	113,1	104,3	91,5	89,4	70,0	80,4	61,0	49,3	68,0
Oesterreich	28,0	19,0[2]	15,4[2]	12,8[2]	11,8[2]	12,3[3]	2,3[1]	2,5	3,2
Belgien	5,8	5,9	1,5	1,4	1,3	1,4	3,7	4,6	4,4
Spanien	7,0	6,0	6,6	7,3	6,1	7,7	5,9	7,1	7,1
Frankreich	12,4	11,1[2]	8,4[2]	8,5[2]	6,3[2]	7,3[2]	7,8	8,8	11,3
Ungarn	13,0	11,5	11,5	—	—	—	—	5,2	5,6
Polen	—	—	—	—	—	—	26,2	18,7	42,5
Europ. Rußland	225,9	208,6[2]	223,5[2]	214,3[2]	154,2[2]	—	—	—	—
Schweden	6,1	6,8	6,0	5,4	3,5	4,9	5,9	5,9	7,1
Tschechoslowakei	—	—	—	—	—	—	8,3	8,4	13,8
Vereinigte Staaten	—	10,9	13,7	12,4	16,0	23,1	19,2	15,4	14,7
Asiat. Rußland	8,2	12,3	7,6	—	10,8	—	—	—	—

[1]) Oesterreich im heutigen Umfange. [2]) Ausschließlich des besetzten Gebietes. [3]) Daten sind unvollständig.

Weizeneinfuhr (gemahlen und ungemahlen).

Länder	in Millionen Doppelzentnern		
	1913	1920	1921
Deutschland	25,6	6,5	11,1[1])
Oesterreich	—	3,3	4,4
Belgien	19,4	9,2	10,8
Dänemark	2,0	0,3	0,6
Spanien	1,7	5,0	4,9
Finnland	1,1	0,6	0,6
Frankreich	15,7	23,6	10,9
Großbritannien	59,9	61,6	48,9
Griechenland	1,8	3,5	2,9
Italien	18,1	21,6	29,1
Norwegen	0,9	1,4	1,0
Holland[3])	23,6	5,3	6,1
Schweden	1,1	2,2	1,6
Schweiz[2])	5,3	3,3	1,9
Tschechoslowakei	—	1,7	4,1
Japan	1,9	1,9	4,1
Ägypten	2,1	2,3	3,3

[1]) 1. August bis 31. Dezember. [2]) Nur ungemahlen. [3]) Holland war in der Vorkriegszeit ein Durchfuhrland für Getreide. Infolge der Blockade der Mittelmächte ging die Getreideeinfuhr Hollands im Kriege sehr stark zurück. So betrug die holländische Weizeneinfuhr 1918 nur 0,6 Millionen Doppelzentner. In den niedrigen Getreideeinfuhrzahlen Hollands in der Nachkriegszeit kommt die starkgesunkene Kaufkraft Mitteleuropas, vor allem Deutschlands, zum Ausdruck.

Gegenüber dem Frieden starker Rückgang der Einfuhr in Deutschland, Holland, Belgien. Gegenüber 1920 stieg im Jahre 1921 die Einfuhr in den ehemaligen Zentralmächten. So standen Deutschland im Jahre 1920 nur 29 Millionen q Weizen (Produktion und Einfuhr) zur Verfügung, dagegen 1921 mehr als 40 Millionen q. Ebenso ist die Einfuhr in Italien gestiegen, aber in Frankreich im Jahre 1921 infolge der ausgezeichneten Ernte gegenüber 1920 um mehr als die Hälfte gefallen. Ebenso im Jahre 1921 ein starker Rückgang der Einfuhr in Großbritannien, ein Beweis für den Rückgang des Konsums, da die aus Produktion und Einfuhr verfügbare Weizen-

menge im Jahre 1921 um 8,1 Millionen q geringer war als im vergangenen Jahre. In all den hier angeführten Ländern betrug die aus Produktion und Einfuhr verfügbare Weizenmenge im Jahre 1921 annähernd 350 Millionen gegen nur 290 Millionen lionen q im Jahre 1920, was auf den verhältnismäßig stark gestiegenen Konsum dieser Länder gegenüber dem Jahre 1920 schließen lassen muß.

Der größte Exporteur für Roggen sind die Vereinigten Staaten mit 7,6 Millionen q im Jahre 1921 und 14,5 Millionen q im Jahre 1920. An zweiter Stelle steht Kanada mit 1,0 Millionen q im Jahre 1921 und 0,8 Millionen q 1920. Die bedeutendsten Einfuhrländer für Roggen waren im Jahre 1921: Norwegen mit 1,2, Tschechoslowakei mit 0,8, Italien mit 0,7, Finnland mit 0,5, Oesterreich mit 0,5, Großbritannien, Frankreich und Holland mit je 0,4 Millionen q. Im Jahre 1920: Frankreich mit 4,2, Deutschland mit 4,0, Norwegen mit 1,8, Belgien mit 1,0, Finnland mit 0,6, Italien mit 0,6, Oesterreich mit 0,5 Millionen q.

Weizenausfuhr (Korn und Mehl).

Ausfuhrmengen der Ausfuhrländer am 1. Januar 1922 in Millionen Doppelzentnern.

Länder	Verfügbare Mengen beim Beginn der letzten Kampagne				Vorhandene Mengen nach Abzug d. Eigenverbrauchs bei Beginn der Kampagne	Ausfuhr v. Beginn der Kamp. bis 31. Dez. 1921	Ausfuhrmengen am 1. Jan. 1922
	Letzte Jahresprodukt.	Lagernde Ware am Beginn der Kampagne	Insgesamt	Eigenverbrauch			
Kanada . .	81,9	1,7	83,6	24,5	59,1	28,1	31,0
Ver. Staaten	216,3	11,4	227,7	153,8	73,9	51,1	22,8
Algier . . .	7,5	—	7,5	4,1	2,6	1,2	1,4
Tunis . . .	3,1	—	3,1	2,3	0,8	0,4	0,4
Argentinien	42,1	9,7	51,8	18,0	33,8	—	33,8
Australien .	37,1	—	37,1	10,0	27,1	—	27,1
insgesamt .	388,0	22,8	410,8	212,8	197,3	80,8	116,5
and. Länder	—	—	—	—	—	—	2,0
	—	—	—	—	—	—	118,5

Im vergangenen Jahre haben fast ausschließlich die Vereinigten Staaten und Kanada exportiert. Die größten Bestände lagerten am 1. Januar 1922 in Argentinien, Kanada, Australien und den Vereinigten Staaten. Im Vergleich zur vorhergegangenen Kampagne war der Bestand an lagernder Ware zu dieser Zeit besonders groß.

Totalexport

an Weizen und Weizenmehl der Hauptexportländer während einer Kampagne 1. August bis 31. Juli in Millionen Doppelzentnern.

Länder	1920/21	1919/20	1918/19	1917/18	1916/17	1915/16	1914/15	1913/14
Kanada	45,2	24,9	27,8	45,6	47,2	73,0	23,4	36,7
Ver. Staaten . . .	79,9	64,6	78,0	36,2	54,4	65,3	84,8	43,8
Britisch Indien . .	4,1	0,8	2,6	11,4	14,6	2,3	10,1	9,1
Argentinien . . .	17,3	72,9	22,5	24,0	16,1	17,5	24,9	12,3
Australien	24,0	27,0	20,0	10,7	19,2	10,4	1,0	19,1
Total	188,5	190,2	150,9	127,9	151,5	168,4	144,2	121,0
Rumänien	—	—	—	—	—	(6,1)	(1,1)	(14,1)
Rußland	—	—	—	—	—	(3,7)	(2,0)	(46,2)
	—	—	—	—	—	—	—	181,3

Im Frieden Hauptexportland Rußland, im Kriege wachsender Export aus den Vereinigten Staaten, Kanada, Argentinien und Britisch-Indien. In der Nachkriegszeit starker Rückgang des Exportes aus Britisch-Indien, Anwachsen des Exportes aus Australien. Der Export aus Osteuropa ist fast vollständig ausgefallen, doch durch den Export aus den Vereinigten Staaten, Argentinien und Kanada gedeckt. Die letzten zwei Kampagnen wiesen bei gestiegener Ernte in den Importländern Steigerung des Exportes aus den Exportländern auf, was auf den gesteigerten Konsum in den europäischen Staaten gegenüber der Kriegszeit zurückzuführen ist.

Gerste-, Hafer- und Kartoffelernte der bedeutendsten Länder.

Länder	Gerste in Millionen q					Hafer in Millionen q					Kartoffeln in Millionen q				
	1921	1920	1915/19	1914	1909/13	1921	1920	1915/19	1914	1909/13	1921	1920	1915/19	1914	1909/13
Deutschland	19,9	17,9	21,6	31,4	33,4	50,0	48,3	51,2	90,4	85,9	261,5	278,8	320,3	455,7	457,8
Dänemark	5,9	5,4	5,1	5,3	5,5	7,5	7,4	6,7	6,7	7,8	13,6	12,3	10,1	10,0	8,5
Belgien	1,1	0,9	0,9	0,9	0,9	5,1	4,9	3,9	7,2	6,2	19,5	22,6	—	—	29,3
Holland	0,8	0,6	0,6	0,7	0,7	3,1	3,2	3,0	3,2	2,8	23,1	27,8	28,0	27,7	23,8
Großbritannien	12,3	14,9	12,6	14,6	14,2	29,1	32,0	35,8	29,3	30,0	66,6	64,8	75,5	76,0	69,2
Frankreich ohne Elsaß[1])	7,5	7,7	6,8	9,8	10,5	34,5	42,2	31,3	46,2	51,6	76,5	103,2	85,7	119,9	133,2
Spanien	19,4	19,7	18,3	15,7	16,3	5,2	5,5	4,9	4,5	4,2	27,8	29,3	28,5	20,9	31,8
Italien	2,3	1,3	2,0	1,5	2,6	5,5	3,5	5,0	3,9	5,4	15,0	14,2	14,3	16,6	16,5
Tschechoslowakei	10,3	8,1	4,7[3])	—	—	10,5	8,7	6,7[3])	—	—	37,1	50,0	22,9[3])	—	—
Polen	11,6	8,4	6,1[3])	—	—	21,7	18,7	11,1[3])	—	—	167,4	181,0	105,1[3])	—	—
Ungarn	4,5	4,9	—	14,7	15,7	2,9	3,2	—	13,4	13,2	12,4	20,7	—	58,5	55,0
Rumänien	10,8	14,7	6,9[3])	5,4	5,4	9,0	9,9	3,3[3])	3,7	4,2	0,4	0,6	—	0,3	1,2
Schweden	2,7	2,4	2,8	2,7	3,2	11,1	10,2	10,8	8,1	12,5	18,7	16,8	19,4	17,0	15,7
Kanada	13,0	13,8	12,7	7,9	9,9	65,7	81,8	66,6	48,3	54,2	29,2	36,4	23,7	23,3	21,2
Vereinigte Staaten	32,9	41,2	45,3	42,4	39,6	154,0	217,2	207,9	165,6	164,2	94,4	109,8	103,0	111,6	97,1
Japan	19,1	20,1	20,8	19,9	20,9	1,8	1,6	1,0	0,8	0,7	—	12,9	12,7	8,8	6,7
Rußland[2])	—	(1916) 76,3	(1915) 93,5	94,0	109,9	—	(1916) 122,4	(1915) 130,2	132,8	158,0		(1916) 180,2	(1915) 227,5	265,6	350,4

[1]) Mit Elsaß: Gerste 1921 8,2; 1920 8,4; Hafer 1921 35,6; 1920 42,3; Kartoffeln 1921 82,2; 1920 116,4. [2]) 1916 Europäisches Rußland, 1915—1909 Europäisches und Asiatisches Rußland. [3]) 1919.

Während Deutschland noch im Jahre 1915 annähernd 540 Millionen Doppelzentner Kartoffeln produziert hat, ist der Ertrag im letzten Jahre um mehr als die Hälfte gesunken. Im allgemeinen war die Kartoffelernte in den letzten zwei Jahren ungünstiger als in den vergangenen Jahren, der Ertrag der Gerstenernte dagegen höher, der der Hafenernte günstiger in Europa, ungünstiger in Amerika.

Maisernten der wichtigsten Länder.

Länder	in Millionen Doppelzentnern à 100 kg.								
	1909/13	1914	1915	1916	1917	1918	1919	1920	1921
Vereinigte Staaten	688	679	761	652	779	636	715	821	783
Argentinien	48,7	82,6	40,9	14,9	43,4	57,0	65,7	58,5	
Ungarn	49,3	50,3	45,9	—	—	—	—	12,7	6,9
Italien	25,5	26,7	30,9	20,7	21,0	19,5	21,2	22,7	24,0
Rumänien	27,3	27,8	23,4	—	—	8,0	35,9	46,2	27,4
Europ. Rußland	17,8	20,6	16,0	15,8	17,1	—	—	—	

Weltbaumwollernte.[1])

Jahr	in Millionen Ballen				
	Gesamternte	Vereinigte Staaten	Ostindien	Ägypten	China
1913/14	29,8	14,9	6,1	1,0	—
1914/15	27,6	15,1	4,8	0,8	—
1915/16	26,8	13,0	5,4	0,7	2,0
1916/17	24,2	13,0	4,8	0,6	2,0
1917/18	22,2	12,0	4,0	0,7	2,0
1918/19	20,8	11,6	3,7	0,6	2,0
1919/20	23,0	12,2	5,8	1,1	2,0
1920/21	21,8	13,8	3,6	1,2	1,5
1921/22	16,1	8,5	3,8	0,7	1,5

[1]) Angaben der Erntejahre 1913/14 bis 1918/19 entnommen dem Deutschen Statistischen Jahrbuch. Das Reingewicht eines Ballens beträgt bei diesen Zahlen bei amerikanischer Baumwolle 230 kg, bei ostindischer 180, bei ägyptischer 340 kg. Angaben der Erntejahre 1920/21 bis 1921/22 und sämtliche Daten für China entnommen dem Economist vom 18. 2. 1922. Ein Ballen beträgt hier annähernd 500 lbs. Ein lbs ist gleich 0,4536 kg. Dieses verschiedene Gewicht der Ballen ist beim Vergleich der verschiedenen Ernteergebnisse zu berücksichtigen. Es wird daher folgende Tabelle mit Angaben in Doppelzentnern gebracht:

Baumwollproduktion.

Länder	in Millionen Doppelzentnern								
	1913/14	14/15	15/16	16/17	17/18	18/19	19/20	20/21	21/22
Ver. Staaten	30,7	35,0	24,3	24,8	24,5	26,1	24,8	29,1	18,1
Britisch-Indien	9,2	9,4	6,8	8,1	7,4	7,2	10,5	6,5	8,1
Asiat. Rußland	1,4	1,6	2,1	—	—	—	—	—	—
Aegypten	3,4	2,9	2,1	2,3	2,8	2,2	2,5	2,7	1,5
Brasilien	—	—	0,6	0,6	0,7	0,7	0,8	1,0	1,3

Baumwollproduktion im Jahresdurchschnitt.

Länder	in Millionen Doppelzentnern		
	1909/10 1913/14	1914/15 1918/19	1919/20 1921/22
Europa	0,03	0,02	0,03
Amerika	29,59	28,26	25,78
Asien	7,86	7,94	8,64
Afrika	3,26	2,57	2,40
Welt[1])	40,74	38,79	36,85

[1]) In diesen Angaben ist nicht oder nur zum Teil enthalten die Produktion von China, Rußland, Türkei, Nigerien, Venezuela, Französisch-Westafrika. Die Produktion all dieser Länder beträgt ohne China jährlich schätzungsweise 2—3 Millionen q. Für China gelten die Zahlen, die in der ersten Tabelle in Ballen angegeben sind (aber nur eine annähernde Schätzung).

Baumwollverbrauch der wichtigsten Länder.

	in Millionen Doppelzentnern								
	Durchs. 1909/13	1914	1915	1916	1917	1918	1919	1920	1921
Großbritannien	9,0	7,5	10,5	8,8	6,9	6,9	8,3	7,3	4,2
Rußland	3,2	—	—	—	—	—	—	—	—
Oesterreich	1,9	—	—	—	—	—	—	—	—
Deutschland	4,5	—	—	—	—	—	—	1,3	2,4
Belgien	0,7	—	—	—	—	—	0,5	1,0[1])	0,4[1])
Frankreich	2,4	1,6	2,2	2,3	2,5	1,4	2,0	2,4	2,0
Spanien	0,8	0,8	1,4	1,0	1,0	0,6	0,7	0,8[1])	—
Italien	1,9	1,8	2,8	2,5	1,8	1,3	1,7	1,8[1])	1,6[1])
Japan	2,7	3,6	3,7	4,1	4,3	4,0[1])	4,6[1])	4,6[1])	5,0[1])
Vereinigte Staaten	12,1	13,8	16,6	17,5	17,1	14,3	15,4	15,6	12,0

[1]) Reine Baumwolleinfuhr.

Die Zahl der Spinnspindeln in der Baumwollindustrie.

	Deutschl.	Großbrit.	Frankreich	Ver. Staat.	Welt
	Gesamtzahl der Spinnspindeln in 1000 Stück				
31. Juli 1913	12 388	59 905	7400	31 840	157 368
Mai 1920	10 591	57 332	9400	35 500	153 818
31. Juli 1921	9 400	56 141	9600	36 478	152 317
	Tätige Spinnspindeln in 1000 Stück				
Mai 1920	3 530	51 441	5965	34 439	118 700
31. Juli 1921	7 052	49 441	5823	36 478	126 926
1. Aug. — 31. Dezbr. 1921	8 627	51 163	6788	36 843	—

Von der Gesamtziffer der englischen Spindeln haben 1921 nicht weniger als 32 200 000 zeitweilig durch Kurzarbeit oder Stillegung keine 48-Stundenwoche gearbeitet. In den Vereinigten Staaten sind 2,4 Millionen Spindeln in dem Berichtsjahr überhaupt nicht in Betrieb genommen worden.

Der Arbeitsausfall pro Spindel in Wochen zu 48 Arbeitsstunden:

	2. Halbj. 1920	1. Halbj. 1921	2. Halbj. 1921
Großbritannien	6,04	12,92	6,04
Frankreich	2,3	6,92	2,9
Deutschland	7,5	5,48	3,25
Italien	1,99	3,11	4,35
Tschechoslowakei	13,3	8,8	5,9
Spanien	4,7	9,2	6,5
Belgien	7,5	12,9	7,7
Schweiz	1,4	3,4	2,5
Polen	10,7	5,8	—
Japan	0,1	21,3	16,5

Aus dieser Uebersicht geht hervor, daß von den großen Textilindustrien die deutsche und die französische den verhältnismäßig günstigsten Beschäftigungsgrad aufweisen, im Gegensatz zur englischen Textilindustrie. Eine der wesentlichsten Ursachen der Krise in der englischen Textilindustrie war 1921 und Anfang 1922 auch die Hochkonjunktur der indischen und japanischen Textilindustrie, die infolge der günstigeren allgemeinen Produktionsbedingungen der englischen Konkurrenz Schritt für Schritt Boden abgewinnen konnten. Der japanische Handel in Textilrohstoffen und -Fabrikaten ist seinem Werte nach von 378 Mill. Yen 1913 auf 1197 Mill. Yen 1920 gestiegen, hat sich also innerhalb von 7 Jahren verdreifacht. Während der ersten 10 Monate 1921 ist er auf 662 Mill. Yen gefallen, doch der Menge nach gestiegen. (Industrie- und Handelszeitung vom 4. Mai 1922.)

Zuckererzeugung. [1])

Betriebsjahr	in Millionen Tonnen		
	Gesamternte	Rohrzucker	Rübenzucker
1912/13	18,2	9,0	9,2
1913/14	18,8	9,9	8,9
1914/15	18,2	10,0	8,3
1915/16	15,7	10,5	5,2
1916/17	16,6	11,4	5,1
1917/18	17,1	12,3	4,9
1918/19	16,0	11,7	4,4
1919/20	15,2	11,9	3,3
1920/21	16,6	11,8	4,7
1921/22	15,6	10,8	4,8

[1]) Die Welterntedaten sind entnommen Wirtschaft und Statistik Nr. 12, 1921.

In den Kriegsjahren ging die Gesamtzuckererzeugung infolge der starken Verminderung der Rübenzuckererzeugung zurück. Charakteristisch ist der wachsende Anteil des Rohrzuckers an der Gesamtzuckererzeugung der Welt. Im Betriebsjahr 1907/08 wurden produziert 7,0 Millionen Tonnen Rübenzucker, Rohrzucker dagegen nur 6,9 Millionen Tonnen.

Rübenzucker.

Erzeugung von Rohzucker in den wichtigsten Ländern.

Länder	in 1000 Tonnen								
	1913/14	14/15	15/16	16/17	17/18	18/19	19/20	20/21	21/22
Deutschland	2716	2510	1515	1558	1541	1328	698	1092	1268
Tschechoslowakei	—	—	—	—	—	641	507	717	585[1])
Frankreich	763	322	144	197	213	117	162	319	280[2])
Italien	305	150	150	145	93	108	167	124	203
Holland	210	287	239	260	195	165	229	288	344
Belgien	228	203	112	135	129	74	234	271	285[2])
Schweden	137	154	127	137	131	127	145	164	235
Europ. Rußland[3]]	1714	1909	1506	1450	—	—	—	—	—
Vereinigte Staaten	756	744	901	846	789	784	749	1124	1044

[1]) Wirtschaft und Statistik Nr. 12, 1921.

[2]) Unvollständige Daten.

[3]) Raffinierter Zucker. Ebenso wie bei den anderen Tabellen schließen die hier angegebenen Daten der vom Krieg betroffenen Länder nicht die vom Feinde besetzten Gebiete ein.

Produktion im Durchschnitt:

Länder	1909/10 1913/14	1914/15 1918/19	1919/20 1921/22
Europa (ohne Rußland)	5630	3739	3311
Amerika	640	831	1001
Welt (ohne Rußland)	6270	4570	4312

Rohrzucker.

Erzeugung von Rohrzucker in den wichtigsten Ländern.

Länder	in 1000 Tonnen								
	1913/14	14/15	15/16	16/17	17/18	18/19	19/20	20 21	21/22
Cuba	2657	2650	3082	3103	3528	4072	3794	3998	3000[1])
Vereinigte Staaten	273	224	126	282	223	258	105	153	242
British-Indien	2334	2482	2675	2806	3489	2506	3085	2563	2634
Formosa	151	208	321	458	344	292	211	241	334
Java	1432	1363	1343	1620	1865	1804	1398	1544	1716[2])
Brasilien	158[3])	312	190[3])	244[3])	441	400	—	526	613
Mauritius	250	277	215	209	226	253	260	259	235[2])
Australien	269	250	162	196	333	206	176	166[4])	298
Hawai	555	586	538	585	523	545	504	473	—

Produktion im Durchschnitt:

Länder	1909/10 1913/14	1914/15 1918/19	1919/20 1921/22
Europa (Spanien)	16	5	8
Amerika	3972	5367	6368
Asien	4388	5246	5174
Afrika	427	507	548
Ozeanien	789	880	795
Welt[5])	9592	12005	12893

[1]) Wirtschaft und Statistik Nr. 12. 1921. [2]) Nicht offizielle Daten. [3]) Die Zahlen beziehen sich auf die Produktion von 148 Fabriken gegen 215 im ganzen. [4]) Die Zahlen beziehen sich nur auf Queensland. [5]) In diesen Zahlen ist nicht die Produktion sämtlicher Länder, wie beispielsweise Chinas, Belgisch-Kongo usw. enthalten. Die große Differenz zwischen diesen Angaben und den oben gegebenen Welterntedaten ist darauf zurückzuführen, daß die Daten verschiedenen Quellen entnommen sind, die letzteren der „Wirtschaft und Statistik", die ersteren der Römischen Agrarstatistik.

Die amerikanische Rohrzuckerproduktion entwickelte sich infolge des Rückganges der Rübenzuckerproduktion in der Kriegszeit überaus stark. Sie hat die asiatische Rohrzuckererzeugung im Weltkriege und in der Nachkriegszeit überflügelt. Das Wiedererstarken Europas als Zuckerproduzent und die allgemeine Weltkrise hat im Jahre 1921/22 eine scharfe Krise in den Rohrzucker erzeugenden Ländern hervorgerufen.

Tee.

Länder	Produktion in Millionen Doppelzentnern								
	1913	1914	1915	1916	1917	1918	1919	1920	1921
Britisch-Indien	1,4	1,4	1,7	1,7	1,7	1,7	1,7	1,6	1,5[1])
Ceylon[1])	0,9	0,9	1,0	0,9	0,9	0,8	0,9	0,8	0,7
China	—	4,4	—	—	—	—	—	—	—
Japan	0,3	0,3	0,3	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	-

[1]) Ausfuhr.

Der größte Teeimporteur ist Großbritannien, das 1913—1921 im Durchschnitt jährlich 1,83 Millionen Doppelzentner Tee eingeführt hat. Für dieselbe Periode führten jährlich im Durchschnitt ein: Vereinigte Staaten 0,45, Kanada 0,16, Holland etwa 0,1 Millionen Doppelzentner. Rußland hat in der Vorkriegszeit jährlich 0,7 bis 0,8 Millionen Doppelzentner Tee eingeführt.

Kaffeeproduktion der wichtigsten Länder.

	Welternte i. Mill. Sack[1]	in Millionen Doppelzentnern						
		Niederl. Indien	Guatemala	Salvador	Mexiko[2]	Brasil.	Venezuela[3]	Columbien
1913/14	19,5	0,3	0,4	0,3	0,4	8,6	0,6	0,6
1914/15	18,4	0,3	0,5	0,4	0,1	8,1	0,6	0,6
1915/16	20,4	0,4	0,5	0,5	—	9,6	0,5	0,7
1916/17	17,4	0,5	0,4	—	0,4	7,7	0,4	0,7
1917/18	22,4	0,4	0,2	0,3	0,5	9,5	0,4	0,8
1918/19	18,9	0,5	0,5	0,4	—	5,8	0,8	0,9
1919/20	14,1	0,3	0,4	0,3	—	4,6	0,8	—
1920/21	15,0	0,5	0,2	0,2	0,3	7,2	—	—
1921/22	—	0,3	—	—	—	—	—	1,0

[1]) Indexzahlen der Frankf. Ztg. 5. Aufl. [2]) Schätzungen. [3]) Ausfuhr.
Weltproduktion im Durchschnitt: 1909—1913 etwa 12. 1914—1918 etwa 13, 1919 bis 1921 etwa 10 Millionen Doppelzentner jährlich.

Kaffeeimport der bedeutendsten Konsumländer.

	in Millionen Doppelzentnern					
	Großbrit.	Frankreich	Deutschland	Holland	Italien	Ver. Staaten
1913	0,4	1,2	1,7	1,5	0,3	3,9
1914	0,5	1,2	0,9[1])	1,2	0,3	4,6
1915	0,7	1,4	—	2,0	0,4	5,6
1916	0,8	1,5		0,9	0,5	5,3
1917	0,3	1,6		0,2	0,4	5,8
1918	0,1	1,4		0,4	0,5	4,8
1919	0,5	2,1		0,5	0,4	6,0
1920	0,4	1,5		0,6	—	5,9
1921	0,2	1,5		0,6	0,3	6,1

[1]) Die ersten 6 Monate.

Kakao.

	in Millionen Doppelzentnern									
	Produktion				**Import der Konsumländer**					
	Welternte	Goldküste[1])	Brasilien[1])	San Thomé	Großbrit.	Dtschl.	Holl.	Schweiz	Frankr.	Ver. Staat.
1913	2,5	0,5	0,3	0,3	0,4	0,3	0,5	0,1	0,3	0,7
1914	2,8	0,5	0,4	0,3	0,4	0,5	0,5	0,1	0,3	0,8
1915	2,9	0,8	0,5	0,3	0,8	0,4	0,4	0,2	0,4	1,0
1916	3,0	0,7	0,4	0,3	0,9	0,01	0,2	0,2	0,4	1,1
1917	3,5	1,0	0,6	0,3	0,5	0,001	0,08	0,1	0,4	1,7
1918	2,8	0,7	0,4	0,1	0,4	0,001	0,02	0,2	0,4	1,6
1919	4,6	1,8	0,6	0,5	1,1	0,01	0,4	0,2	0,5	1,8
1920	3,7	1,3	0,5	0,2	1,0	0,5	0,3	0,1	0,5	1,6
1921	3,9	1,4	0,3	0,3	0,6	1,0	0,3	0,1	0,3	1,4

[1]) Ausfuhr.

Viehstand.

in 1000 Stück

Jahr	Groß-britannien	Dänemark	Schweden	Europ. Rußland	Deutschland	Schweiz	Holland	Belgien	Frankreich	Spanien	Italien	Bulgarien	Serbien	Rumänien	Ver. Staaten	Argentinien	Australien	Polen	Oesterreich	Lettland
Pferde																				
1905	2117	487	555	—	4267	135	295	—	3169	440	805	538	174	864	17058	—	1675[11]	—	—	—
1910	2168	535[7]	587	24149	4516	144[19]	327	317	3198	520	956	478	153	—	23015	8435	2166	—	—	—
1915	2055	526	672	22375	3343[1]	137[20]	—	—	2209[2]	512	—	207	—	—	21195	8324[16]	2378	—	—	—
1920	2213	602	716[12]	17718	3588[1]	130	378	205	2635[3]	594[12]	990[13]	177	—	1485	19766	9366	2528	—	—	261
1921	2165	598	—	24518[10]	3683[1]	134	—	222	2543	722	—	—	1059[4]	—	19208[6]	—	—	3187	—	283
Rindvieh																				
1905	11674	1840	2550	—	19332	1498	1690	—	14316	2497	5672	1696	963	2589[5]	61242	—	8528	—	—	—
1910	11765	2254[17]	2747	37369	20159	1443[19]	2027	1880	14532	2369	6200	1606	965	2667[14]	63683	28828	11745	—	2175	—
1915	12171	2416	2884	32886	20317	1616[20]	—	—	12520[2]	2926	—	912	—	2873	58329	26388	9931	—	—	—
1920	11773	2504	2551[12]	28383	16806	1382	2049[13]	1487	13217[3]	3397[12]	6240[13]	854	—	4730	67120	27392	12711	—	2114	768
1921	11893	2591	—	39582[10]	16840	1425	2063	1515	12782	3718	—	—	4834[4]	—	65587[7]	—	—	7861	—	779
Schafe																				
1905	29077	877	1074	—	7907	210	607	—	17783	13481	—	8131	3160	5655[5]	45170	—	74541	—	—	—
1910	31165	727[17]	1004	45629[18]	5788	161[19]	889	185	17111	15117	11160	8669	3819	5269[19]	52839	73013	92047	—	278	—
1915	28276	533	1146	41553[18]	5073	173[20]	842[21]	—	12262[2]	15995	13824[22]	8632	—	7811[23]	49956	43677	69257	—	—	—
1920	23404	540	1564[12]	36065	6149	241	642[13]	—	9406[3]	19337[12]	11754[13]	—	—	8690	39025	45309	87086	—	368	978
1921	24274	522	—	44623[10]	5882	244	668	—	9372	20522	—	—	6773[4]	—	37452[8]	—	—	2093	—	1132
Schweine																				
1905	3602	1457	830	—	18921	549	862	—	7559	—	2224	465	908	1709[5]	47321	—	1015	—		
1910	3561	1468[17]	957	11584	21885	570[19]	1260	1494	6900	2424	2508	527	866	1021[19]	59474	2900[19]	1026	—	1791	—
1915	3795	1919	891	12300	17287	545[20]	1350[21]	—	4910[2]	2883	2722[16]	—	—	1382[20]	64618	2901[22]	754	—	—	—
1920	3116	1116	717[12]	12271	14179	546	600[13]	977	4942[3]	4434[12]	2339[13]	—	—	2514	59344	3227	914		1189	481
1921	3639	1430	—	14030[10]	15876	639	1519	976	4583	5152	—	—	3281[4]	—	56097[9]	—	—	5101		482

[1]) Ohne Armeepferde. [2]) Ohne besetzte Gebiete. [3]) Mit Elsaß-Lothringen. [4]) Jugoslavien. [5]) 1900. [6]) 1. Januar 1922 19 099. [7]) 1. Januar 1922 — 65 352. [8]) 1. Januar 1922 — 36 048. [9]) 1. Januar 1922 — 56 996. [10]) R. S. F. S. R. ohne Kaukasus und Republik des Fernen Ostens. [11]) In Angaben jedes Jahres Esel von Queensland mitenthalten. [12]) 1919. [13]) 1918. [14]) 1911, Büffel miteingerechnet. [15]) 1916, Büffel miteingerechnet. [16]) 1914. [17]) 1909. [18]) Ziegen miteingerechnet. [19]) 1911. [20]) 1916. [21]) 1913. [22]) 1914, Ziegen miteingerechnet. [23]) 1916, Dobrudscha mitinbegriffen.

Rückgang des Viehstandes in den kriegführenden Ländern, ebenso in verschiedenen neutralen Ländern; besonders starker Rückgang in Rußland, Deutschland und Frankreich. Bei Jugoslavien und Rumänien ist zu berücksichtigen, daß diese Staaten in den Besitz viehreicher Gebiete des ehemaligen Oesterreich-Ungarns gekommen sind. Sämtliche Nachfolgestaaten der ehemaligen östereichisch-ungarischen Monarchie haben gegenüber dem entsprechenden Gebiete im Frieden ebenfalls einen starken Rückgang aufzuweisen. In den Vereinigten Staaten verhältnismäßig langsameres Ansteigen des Viehstandes, als der Bevölkerungsvermehrung entsprechen müßte. 1921-22 in den Vereinigten Staaten auch den absoluten Zahlen nach Rückgang des Viehstandes.

Kohlenförderung.

Jahr	in Millionen Tonnen							
	Welt-produkt. St. u. Br.	Groß-britannien	Rußland	Tschecho-slowakei St.	Tschecho-slowakei Br.	Polen	Deutschland[3]) St.	Deutschland[3]) Br.
1913	1340,0	292,0	33,8	14,6	—	9,0	190,1	87,2
1914	1210,0	269,9	33,1	—	—	—	161,4	83,7
1915	1200,0	257,3	38,0	—	—	—	146,9	88,0
1916	1280,0	260,4	39,0	—	—	—	159,2	94,2
1917	1350,0	252,5	33,0	—	—	—	147,7	95,5
1918	1330,0	231,4	12,0	—	—	—	160,5	100,7
1919	1150,0	233,4	7,2	—	—	6,1	116,7	93,8
1920	1300,0	233,0	6,1 [2])	11,1	19,7	6,4	131,3	111,6
1921	1100,0	165,1	12,2	11,6	21,1	6,9	136,2	123,0
1922[1])	—	57,8	—	3,1	5,4	—	37,1	41,4

Jahr	in Millionen Tonnen								
	Belgien	Frankreich	Holland	Spanien	Südafrika	Brit.-Indien	China	Japan	Vereinigte Staaten
1913	22,8	40,8	1,9	4,3	8,0	16,5	13,9	21,3	517,0
1914	16,7	27,5	1,9	4,4	7,8	16,7	—	22,3	465,8
1915	14,2	19,5	2,3	4,7	7,5	17,4	—	20,5	482,2
1916	16,9	21,3	2,7	5,6	9,1	17,5	21,7	22,9	535,3
1917	14,9	28,9	3,1	6,0	9,4	18,5	—	26,4	590,8
1918	13,9	26,3	5,0	7,2	9,0	21,1	—	28,0	615,3
1919	18,5	21,9	3,4	5,7	9,3	21,8	23,0[4])	30,3	483,5
1920	22,4	24,3	3,9	5,4	11,8	17,1	18,7	29,3	585,5
1921	21,8	28,2	3,9	5,0	10,4	—	22,0[4])	23,3	448,2
1922[1])	5,6	7,7	—	—	—	—	—	—	—

[1]) Erstes Vierteljahr. [2]) Aus Wirtschaft und Statistik H. 9, 1922. Die im russischen Teil angegebenen Daten für Steinkohle ergeben umgerechnet für 1920 7,7, für 1921 8,5 Millionen Tonnen. [3]) Vom Jahre 1919 ohne Saargebiet. Dieses 1913 13,2, 1920 9,4, 1921 9,5 Millionen Tonnen. [4]) Schätzung.

Rückgang der Kohlenförderung in den kriegführenden Ländern. Steigerung in den neutralen Ländern und in den Vereinigten Staaten. Für die wachsende Industrialisierung in Asien ist charakteristisch die Steigerung der Kohlenförderung in Japan, China und Britisch-Indien. Während in den zwei letzten Kriegsjahren die Weltkohlenproduktion die des Jahres 1913 erreicht, geht sie im Jahre 1919 stark zurück. 1921 sehr starker Fall der Weltproduktion, 84,6 Prozent der Förderung des Vorjahres und 82 Prozent des Jahres 1913, insbesonders starker Rückgang in Großbritannien und den Vereinigten Staaten. In Großbritannien geringste Ausbeute seit 1887, Ansteigen der Kohlenproduktion in Deutschland und Frankreich in der Nachkriegszeit.

Kohlenverbrauch.

Länder	in Millionen Tonnen								
	1913	1914	1915	1916	1917	1918	1919	1920	1921
Großbritannien	213,5	206,4	210,2	217,8	213,3	196,2	197,6	207,6	—
Deutschland St.	156,2	134,4	126,8	134,8	153,0	—	128,4[1]	134,1	139,3
Br.	94,2	89,3	93,0	99,4	99,4	—	—	—	—
Belgien	26,0	—	—	—	—	—	15,3	22,4	—
Frankreich	64,8	46,3	40,3	42,7	47,2	41,7	45,1	57,5	—
Italien	10,8	9,8	8,4	8,1	5,0	5,8	—	—	—
Ver. Staaten	494,9	448,8	462,1	512,0	563,5	589,7	472,8	546,0	—
Japan	14,9	16,2	16,3	18,6	—	—	—	—	—

[1]) Braunkohle auf Steinkohle umgerechnet. Für 1913 entsprechende Zahl 179,7 Millionen Tonnen.

Der größte Kohlenexporteur im Frieden war England, der größte Kohlenverbraucher die Vereinigten Staaten. 1920 Vereinigte Staaten größter Kohlenexporteur, 1921 Rückgang des amerikanischen Kohlenexports.

Petroleumproduktion.

Länder	in Millionen Tonnen[1]) zweite Zahl in Millionen Barrels, Barrel zu 42 Gall. = 1,59 Hekt.								
	1913	1914	1915	1916	1917	1918	1919	1920	1921
Verein. Staaten	33,1	35,4	37,5	40,1	44,7	47,5	50,0	58,3	—
	248,4	265,8	281,1	300,8	335,3	355,9	377,7	443,4	469,6
Mexiko	3,5	2,8	4,4	5,4	7,4	10,0	11,4	21,0	
	26,6	—	—	—	—	63,8	87,1	159,8	195,0
Rußland	8,6	9,1	9,4	9,9	8,7	4,7	4,5	4,0	3,9
	63,0	—	—	—	—	40,5	34,3	30,0	28,5
Niederl. Indien	1,5	1,6	1,6	1,7	1,8	1,8	2,1	2,1	—
	11,2	—	—	—	—	13,3	15,8	16,0	18,0
Brit. Indien	1,1	1,0	1,1	1,1	1,1	1,0	1,1	1,1	—
	—	—	—	—	—	8,0	8,5	8,5	6,9
Persien	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	—	—	—	—	—	7,2	6,3	6,6	14,6
Rumänien	1,9	1,8	1,6	1,2	0,5	1,2	0,8	0,9	—
	14,0	—	—	—	—	8,7	6,7	7,4	8,3
Galizien	1,1	0,9	0,8	0,9	0,8	0,7	0,8	0,8	—
	8,1	—	—	—	—	5,6	6,3	6,0	3,7
Weltproduktion	51,6	53,6	57,4	61,6	66,7	67,4	80,0	90,0	—
	383,0	—	—	—	—	514,7	554,7	688,5	759,0

[1]) Tonnenzahlen aus Annuaire Stat. 1920. Barrelzahlen aus Federal Reserve Bulletin, Petroleum Yearbook, Wirtschaft und Statistik. Für 1921 Zahlen aus einer anderen Quelle (American Petroleum Institute) als für die früheren Jahre.

Petroleum ist das einzige Rohprodukt, dessen Produktion auch in der gegenwärtigen Krise sich erhöhte. Gegenüber dem Frieden Steigerung der Weltproduktion auf fast das Doppelte im letzten Jahre. Immer stärkeren Anteil an der Weltproduktion nimmt Mexiko. Der größte Petroleumproduzent sind die Vereinigten Staaten, doch ist der Petroleumverbrauch der Vereinigten Staaten verhältnismäßig stärker gestiegen als die Förderung. Die amerikanische Ausfuhr an Petroleum und Petroleumproduktion betrug im Jahre 1921 nur 46,8 Millionen Barrels gegenüber 50,7 Barrels im Jahre 1920. (The Manchester Guardian Commercial, 13. April.)

Eisenerzförderung der Welt.

Länder	in Millionen Tonnen							
	1913	1914	1915	1916	1917	1919	1920	1921
Deutschland[1]	28,6	20,5	17,7	21,3	22,5	6,2	6,4	—
Frankreich	21,9	—	—	—	2,0	9,4	13,9	14,1
Elsaß-Lothringen	21,1	—	—	—	—	7,8	8,9	13,2
Großbritannien	16,3	15,1	14,5	13,7	15,1	12,5	12,9	—
Spanien	9,9	6,8	5,6	5,9	5,6	4,6	—	—
Schweden	7,5	6,6	6,9	7,0	6,2	5,0	4,5	—
Luxemburg	7,3	5,0	6,1	6,8	4,5	3,1	3,7	—
Oest.-Ungarn	5,1	4,0	3,8	—	3,5[2]	—	—	—
Ver. Staaten	59,9	40,3	56,4	79,1	75,2	61,4	68,9	30,0
Algier	1,4	1,2	0,9	1,0	1,1	0,8	—	—

[1]) Deutschland im heutigen Umfange: 1913 7,4, 1917 8,9.
[2]) Oesterreich nach dem Frieden von St. Germain.

Sehr starker Rückgang der europäischen Eisenerzförderung in sämtlichen Ländern gegenüber der Vorkriegszeit. Ebenso Rückgang der Eisenerzförderung der Welt trotz der gesteigerten Förderung in den Vereinigten Staaten.

Roheisen- und Stahlerzeugung der Welt.

Länder	in Millionen Tonnen (Die obere Zahlenreihe bezeichnet Eisen, die untere Stahl)									1921 in Proz. gegen	
	1913	1914	1915	1916	1917	1918	1919	1920	1921	1913	1920
Deutschland	16,7	12,6	10,2	11,3	11,6	10,7	5,7	5,6	7,5	45,0	134,0
	—	13,5	11,6	13,6	13,8	13,2	6,7	7,7	9,0	—	117,0
Großbrit. und	10,7	9,1	8,9	9,2	9,6	9,2	7,5	8,1	2,7	24,9	32,6
Irland	7,8	7,9	8,7	9,3	10,0	9,7	8,0	9,2	3,7	47,3	40,0
Frankreich	5,2	2,7	0,6	1,3	1,4	1,3	2,4	3,4	3,4	64.6	97,9
	4,7	2,8	1,1	1,8	2,9	1,8	2,2	3,0	3,1	65,3	102,0
Rußland[1])	—	4,3	3,7	3,7	3,0	—	—	—	—	—	
	—	4,7	4,4	—	—	—	—	—	—	—	—
Luxemburg	2,6	1,8	1,6	2,0	1,5	1,3	0,6	0,7	1,0	38,1	140,0
	1,3	1,1	1,0	1,3	1,1	0,9	0,4	0,6	0,8	57,3	133,2
Belgien	2,5	1,5	0,1	0,1	—	—	0,3	1,1	0,9	35,3	77,7
	2,5	1,4	0,1	0,1	—	—	0,3	1,2	0,8	32,0	74,1
Oest.-Ungarn	2,4	2,0	2,0	—	—	—	—	0 9[2])	1,0	40,5	110,9
	2,7	2,2	2,7	3,3	2,9	1,8	0,9	1,2	1,5	55,9	122,4
Schweden	0,7	0,6	0,8	0,7	0,8	0,8	0,5	0,5	0,3	42,3	65,6
	0,6	0,5	0,6	0,6	0,6	0,5	0,5	0,4	0,2	39.1	52,9
Ver. Staaten	31,5	23,7	30,4	40,0	39,3	39,7	31,5	37,0	16,8	53.4	45,4
	31,8	23,9	32,7	43,5	45,8	45,2	35,2	41,6	20.3	63,9	48,9
Kanada	1,0	0,7	0,8	1,1	1,0	1,1	0,9	1,0	0,6	57,6	60 4
	1,1	0,8	0,9	1,2	1,6	1,7	0,9	1,1	0,7	63,1	59,0
Japan	—	0,3	0,3	0,4	0,6	0,7	0,8	0,7	—	—	—
	—	0,3	0,3	0,4	0,5	0 5	0,6	0,6	—	—	—

[1]) Siehe im russischen Teil ergänzende Zahlen.
[2]) Ab 1920 österr. Nachfolgestaaten.

Rückgang der europäischen Roheisen- und Stahlerzeugung in der Kriegszeit; starker Aufschwung in den Vereinigten Staaten. Nachkriegszeit: sehr starker Rückgang. 1921 ist das Jahr der tiefsten Depression für Großbritannien; seit mehr als 60 Jahren die geringste Eisen- und Stahlproduktion. Ebenso in den Vereinigten Staaten starker Rückschlag. In Deutschland infolge der Krisenkonjunktur Ansteigen der Eisen- und Stahlproduktion im Jahre 1921 gegenüber den zwei vorhergegangenen Jahren.

Die bedeutende Einschränkung der Produktionstätigkeit namentlich während der Sommermonate 1921 ist deutlich ersichtlich aus dem Sinken der Zahl der im Betrieb befindlichen Hochöfen.

Hochöfen.

	Hochöfen in Betrieb						Vorhandene Hochöfen Ende 1921
	Jahr	Januar	April	Juli	Oktbr.	Dezbr.	
Vereinigte Staaten	1920	262	290	293	287	201	
	1921	183	96	69	95	125	435
England	1920	260	282	303	300	274	
	1921	232	11	15	82	90	487
Frankreich	1920	69	—	82	—	—	
	1921	93	77	72	51	56[1]	220
Belgien	1920	12	14	17	21	27	
	1921	26	22	13	11	14	54

[1] Davon 24 bei einer Gesamtzahl von 64 im ehemaligen Deutsch-Lothringen.
März 1922: England 107, Frankreich 76, Belgien 22; Ver. Staaten Mai 1922 175.

Kupfer.[1]

	Hüttengewinnung in 1000 t									Rohmetallverbrauch in 1000 t		
	1913	1914	1915	1916	1917	1918	1919	1920	1921	1913	1919	1920
Europa	201,6	—	—	—	—	—	61,1	72,1	—	652,2	290,9	311 4
Gr. Britann.	52,1	40,7	26 0	20,6	—	—	19,2	26,0	—	140,4	98,1	106,7
Deutschl.	49,5	46,1	59,0	79,8	74,0	—	17,0	20,5	16,5	267,7	24,0	73,3
Frankreich	11,9	10,1	0,9	1,3	1,0	1,0	0,9	0,9	—	104,5	55 3	67,7
Spanien	31,2	23 7	34,7	32,9	38,5	45,1	35,0	23,0	32,4	—	—	—
Rußland	43,0	31,9	25,9	20,9	—	—	—	—	—	—	—	—
Asien	66,5	—	—	—	—	—	83,2	66 0	53,9	41,7	101,9	92,7
Japan	66,0	70,5	75,4	100,6	108,1	92,0	82,0	66,0	53,4	—	—	—
Afrika	7,5	—	—	—	—	—	23,0	18,9	39,3	7,2	9,2	8,0
Amerika	710,7	—	—	—	—	—	793,8	763,0	356,1	344,0	418,0	543,9
Kanada	35,0	34,3	45,4	53,0	49,5	53,7	34,0	35,5	20,5	14,0	8,0	8,0
Ver. Staat.	600,6	521,7	629,6	874,6	855,5	865,6	640,6	601,0	216,3	322,0	371,8	496,2
Chile	42 3	44,7	52,4	71,3	102,5	106,8	—	—	—	—	—	—
Australien	43,8	—	—	—	—	—	16,4	24,5	18,9	—	—	—
Welt	1030,1	950,0	1150,0	1450,0	1450,0	1450,0	977 5	944,5	529,6	1060,0	828,6	964,0

Blei.

	1913	1914	1915	1916	1917	1918	1919	1920	1921	1913	1919	1920
Europa	562,4	—	—	—	—	—	228,1	288 9	265,0	725,6	419,4	333,0
Gr. Britann.	30,4	—	—	—	—	—	13,1	10,0	10,0	191,3	206,9	124,0
Deutschl.	188,0	182,9	122,5	107,2	86,3	70,0	51,3	59,0	72,0	230,4	60,0	67,5
Belgien	53,6	45,6	16,8	15,6	22,7	20,6	4,2	16,0	21,0	—	—	—
Frankreich	28,8	29,6	14,5	24,3	21,2	12,8	10,0	12,0	13,0	107,6	65,9	64 1
Spanien	198,8	143 5	171,5	147,4	172,9	169,7	125,7	175,2	120,0	10,0	15,0	15,0
Asien	24,2	—	—	—	—	—	27,9	32 7	41,5	25,4	43,8	29 3
Afrika	—	—	—	—	—	—	11,4	14,0	30,0	6 2	2,0	3,0
Amerika	483,0	—	—	—	—	—	497,1	546,4	—	434,5	425,1	524,0
Ver. Staat.	407,9	465,7	460,0	501,0	497 5	489,8	392,0	440,2	365,1	401,4	395,4	493 6
Mexiko	56,0	—	—	20,0	61,1	98,8	78,6	84,2	60,5	—	—	—
Australien	115,6	—	102,7	134,1	144,9	163,6	84,1	6,1	56,5	9,6	11,0	10,5
Welt	1185,2	1150,0	1100,0	1150 0	1150,0	1150,0	848,6	888,1	853,8	1201,3	901,3	899,8

[1] Sämtliche Daten bis 1920 aus Wirtschaft und Statistik 3/1922, Deutschlands Weltw. Lage, IX D, und Annuaire Stat. 1921, nach Frankf. Zeitung vom 5. Juli 1922. Zwischen diesen Quellen ergeben sich manchmal größere Differenzen.

Starker Rückgang der Hüttenproduktion an Kupfer während des Krieges in Großbritannien und Frankreich; Steigerung in Deutschland, insbesondere aber in den Vereinigten Staaten, Japan, Chile, Kanada. Starkes Ansteigen der Weltproduktion während der Kriegszeit. In der Nachkriegszeit in sämtlichen Ländern starker Fall

der Hüttenproduktion. Charakteristisch ist das starke Zurückgehen des Rohmetallverbauches in Europa, das Anwachsen in Asien und in den Vereinigten Staaten, ein Zeichen der vergrößerten Industrialisierung dieser Gebiete.

Bei Blei allgemeiner Rückgang der europäischen Hüttenproduktion und Anwachsen der amerikanischen. Die Nachkriegsjahre bringen einen starken Fall der Weltproduktion. Bezüglich des Rohmetallverbrauches liegen die Verhältnisse ähnlich wie beim Kupfer.

Zink.

	Hüttengewinnung in 1000 t									Rohmetallverbrauch in 1000 t		
	1913	1914	1915	1916	1917	1918	1919	1920	1921	1913	1919	1920
Europa . .	180 4	—	—	—	—	—	187,9	262,0	—	696,9	327,3	352,9
Gr. Britann.	66,2	50,8	52,4	52,6	51,9	39,0	38,2	25,0	5,9	194,6	117,0	117,8
Deutschl. .	281,1	236,0	185,4	178,1	186,5	171,9	93,4	99,2	90,0	232,0	60,0	71,8
Belgien . .	204,2	145,9	51,7	22,9	10,3	9,2	15,6	83,0	66,5	82,9	30,0	78,6
Frankreich	67,9	42,5	19,2	20,3	22,9	18,3	18,3	20,1	30,0	81,0	53,2	46,1
Asien . . .	1,5	5,9	21,1	39,0	54,7	44,5	19,8	5,0	12,0	16,3	37,8	12,5
Amerika .	320,3	—	—	—	—	—	433,8	438.3	—	283,1	318,3	294,4
Ver. Staat. .	320,3	359,9	460,1	616,9	619,1	476,6	422,5	420,2	195,6	279,6	315,8	296,4
Australien	4,4	4,6	4,7	4,8	3,7	9,1	8,3	9,8	1,7	4,4	4,8	1,1
Welt	1000,8	900,0	850,0	950,0	1000,0	800,0	648,1	715,1	458,5	1001,3	688,7	667,3

Zinn.

	1913	1914	1915	1916	1917	1918	1919	1920	1921	1913	1919	1920
Europa . .	35,2	—	—	—	—	—	25,4	24,3	—	70,1	45,4	44,2
Gr.Britann.	22,7	21,6	29,9	23,3	27,0	22,1	22,9	21,3	—	25,7	19,5	19,1
Deutschl. .	12,0	9,8	1,1	1,0	1,8	—	2,5	3.0	—	19,1	4,4	7,0
Asien . . .	92,2	—	—	—	—	—	82,0	80,1	—	8,9	8,5	9,0
Straits Set.	65,6	49,8	47,5	44,6	40,5	38,0	51,9	46,2	—	—	—	—
Ndl. Indien.	21,2	20,7	20,4	22,4	21,7	20,0	—	—	—	—	—	—
Ver. Staaten .	0,3	—	—	—	—	—	11,4	13,2	—	45 0	51,8	69.5
Bolivien . .	25,0	19,0	20,0	—	—	—	—	—	—	48,4	54,2	71,7
Australien. .	8,2	5,5	5,7	5,0	5,0	4,7	4 2	4,2	—	4.1	2,8	1.5
Welt	132,5	120,0	125,0	125,0	130,0	115,0	123.5	121,8	—	129,1	111,4	126.4

Aluminium.

	1913	1914	1915	1916	1917	1918	1919	1920	1921	1913	1919	1920
Europa . .	39,9	—	—	—	—	—	59,4	61,5	—	33,7	69,6	62,7
Gr.Britann.	7,6	—	—	—	—	—	8,1	8,0	—	5,0	9,0	11,0
Frankreich	18,0	10,0	6,0	9,6	11,1	12,0	15,0	15,0	—	7,0	16,9	14,5
Ver. Staaten .	22,5	—	—	—	—	—	81,6	87,3	—	32,8	85,0	10,2
Nordamer.	28,4	—	—	—	—	—	96,6	99,3	—	32,8	85,0	10,2
Welt	68,3	—	—	—	—	—	156,0	160,8	—	66,8	156,1	165,9

Manganerz.

	1913	1914	1915	1916	1917	1918	1919	1920	1921	1913	1919	1920
Rußland . . .	1130	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Brit. Ind. . .	828,0	649,0	457,0	655,4	600,2	—	—	—	—	—	—	—
Ver. Staaten . Manganerz.	2,7	9,8	32,0	131,5	310,7	—	—	—	—	—	—	—
Ver. Staaten . Ferromgz. .	60,3	100,0	198,8	553,0	874,8	1188,8	440,6	683,8	—	—	—	—
Brasilien. . .	122,3	183,6	288,7	502,6	532,9	395,4	—	—	—	—	—	—

Die Verhältnisse bei all diesen Metallen ähnlich wie bei Blei.

Goldausbeute der Welt in den wichtigsten Produktionsgebieten.

Weltausbeute			Ausbeute in den wichtigsten Produktionsgebieten in 1000 Unzen fein[1])						
	Wert in 1000 £	Menge in 1000 Unz. fein	Afrika	Ver. St.	Austral.	Mexiko	Kanada	Rußland	Versch. Länder
Durchschnitt 190						809	702	1258	2023
1						934	803	1282	2336
1						232	773	1383	2343
19						317	916	1273	2370
19						372	930	1088	2358
19						435	739	871	2274
191						814	700	580	2112
191						738	767	556	2046
192						786	767	556	2007
1921						—	—	—	—

[1]) ...
[2]) ... Länder 19,5 Mill. £.

Inf... gegenüber dem Dollar in der letzten ... und Australien, die bisher von de...

...senbahnen.

Europ...	. . . . . 4 252 km
Deu...	. . . . 14 951 ,,
Oest...	. . . . 3 179 ,,
Bo...	...ey, Man . 110 ,,
Rußla...	. . . . . 586 859 ,,
Rumä...	. . . 49 549 ,,
Serbi...	...taaten . 418 768 ,,
Monte...	. . . . . 25 492 ,,
Europ. ...	. . . . . 26 646 ,,
Bulgar...	. . . . . 35 904 ,,
Griech...	. . . . 8 069 ,,
Italien ...	. . . 114 123 ,,
Schweiz ...	. . . . 56 773 ,,
Spanien ...	...elasiat.
Portugal ...	...birien,
Frankrei...	. . . . 15 910 ,,
Belgien ...	. . . 11 004 ,,
Holland ...	. . 14 251 ,,
Luxembur...	. . 48 153 ,,
Großbrita...	. . 36 388 ,,
Irland ...	. 1 137 369 ,,

Nach Dr. Tuck... wissenschaft, Köln, Jahrg. I, Heft 1, ... r Umfang des gesamten Eisenbahn... rungen folgendermaßen dar:

Deutschland . . . 5...	...nd . . . 2 250 km
Frankreich . . . . 5...	. . . . 2 150 ,,
Rußland . . . . . 4...	. . . . 1 850 ,,
Italien . . . . . . 1...	. . . . 1 200 ,,
Polen . . . . 15...	. . . . 930 ,,

der Hüttenproduktion. Charakteristisch ist das starke Zurückgehen des Rohmetallverbauches in Europa, das Anwachsen in Asien und in den Vereinigten Staaten, ein Zeichen der vergrößerten Industrialisierung dieser Gebiete.

Bei Blei allgemeiner Rückgang der europäischen Hüttenproduktion und Anwachsen der amerikanischen. Die Nachkriegsjahre bringen einen starken Fall der Weltproduktion. Bezüglich des Rohmetallverbrauches liegen die Verhältnisse ähnlich wie beim Kupfer.

	Hüttengewin				
	1913	1914	1915	1916	
Europa . .	180 4	—	—	—	
Gr. Britann.	66,2	50,8	52,4	52,6	
Deutschl. .	281,1	236,0	185,4	178,1	
Belgien . .	204,2	145,9	51,7	22,9	
Frankreich	67,9	42,5	19,2	20,3	
Asien . . .	1,5	5,9	21,1	39,0	
Amerika .	320,3	—	—	—	
Ver. Staat. .	320,3	359,9	460,1	616,9	
Australien	4,4	4,6	4,7	4,8	
Welt	1000,8	900,0	850,0	950,0	1

Europa . .	35,2	—	—	—
Gr.Britann.	22,7	21,6	29,9	23,3
Deutschl. .	12,0	9,8	1,1	1,0
Asien . . .	92,2	—	—	—
Straits Set.	65,6	49,8	47,5	44,6
Ndl. Indien.	21,2	20,7	20,4	22,4
Ver. Staaten .	0,3	—	—	—
Bolivien . .	25,0	19,0	20,0	—
Australien. .	8,2	5,5	5,7	5,0
Welt	132,5	120,0	125,0	125,0

Alu

Europa . .	39,9	—	—	—
Gr.Britann.	7,6	—	—	—
Frankreich	18,0	10,0	6,0	9,6
Ver. Staaten .	22,5	—	—	—
Nordamer.	28,4	—	—	—
Welt	68,3	—	—	—

Mai

Rußland . . .	1130	—	—	—
Brit. Ind. . .	828,0	649,0	457,0	655,4
Ver. Staaten .				
Manganerz.	2,7	9,8	32,0	131,5
Ver. Staaten .				
Ferromgz. .	60,3	100,0	198,8	553,0
Brasilien. . .	122,3	183,6	288,7	502,6

Die Verhältnisse bei all diesen Metalle

Goldausbeute der Welt in den wichtigsten Produktionsgebieten.

	Weltausbeute		Ausbeute in den wichtigsten Produktionsgebieten in 1000 Unzen fein[1])						
	Wert in 1000 £	Menge in 1000 Unz. fein	Afrika	Ver. St.	Austral.	Mexiko	Kanada	Rußland	Versch. Länder
Durchschnitt 1901—10	77,756	18,305	5448	4239	3826	809	702	1258	2023
1913	94,578	22,265	10040	4300	2569	934	803	1282	2336
1914	91,021	21,414	9809	4573	2301	232	773	1383	2343
1915	96,647	22,752	10598	4888	2390	317	916	1273	2370
1916	93,008	21,895	10713	4479	1955	372	930	1088	2358
1917	87,042	20,491	10302	4051	1739	435	739	871	2274
1918	78,852	18,563	9542	3321	1494	814	700	580	2112
1919	75,029	17,663	9374	2919	1263	738	767	556	2046
1920	71,022	16,871	9149	2476	1130	786	767	556	2007
1921	66,000[2])	—	—	—	—	—	—	—	—

[1]) 1 Unze fein = 28,35 g.
[2]) Hiervon: Britisches Imperium 46,5 Mill. £, andere Länder 19,5 Mill. £.

Infolge der starken Kurssteigerung des Pfund Sterling gegenüber dem Dollar in der letzten Zeit müssen die ärmeren Goldminen in Südafrika und Australien, die bisher von der Valutaprämie lebten, ihre Betriebe stillegen.

Länge der in Betrieb befindlichen Eisenbahnen.

Europa	351 846 km
Deutschland	64 987 „
Oesterreich-Ungarn mit Bosnien-Herzegow.	46 195 „
Rußland	62 198 „
Rumänien	3 842 „
Serbien	1 572 „
Montenegro	18 „
Europ. Türkei	2 303 „
Bulgarien	2 428 „
Griechenland	1 626 „
Italien	18 245 „
Schweiz	5 299 „
Spanien	15 350 „
Portugal	2 983 „
Frankreich	51 431 „
Belgien	8 814 „
Holland	3 400 „
Luxemburg	525 „
Großbritannien und Irland	38 135 „
Dänemark	4 252 km
Schweden	14 951 „
Norwegen	3 179 „
Malta, Jersey, Man	110 „
Amerika	586 859 „
Kanada	49 549 „
Vereinigte Staaten	418 768 „
Mexiko	25 492 „
Brasilien	26 646 „
Argentinien	35 904 „
Chile	8 069 „
Asien	114 123 „
Brit.-Ostindien	56 773 „
Russ. mittelasiat. Gebiet, Sibirien, Mandschurei	15 910 „
China	11 004 „
Japan, Korea	14 251 „
Afrika	48 153 „
Australien	36 388 „
Welt	1 137 369 „

Nach Dr. Tuckemanns Schätzung in der Zeitschrift für Verkehrswissenschaft, Köln, Jahrg. I, Heft 1, stellt sich in folgenden europäischen Ländern der Umfang des gesamten Eisenbahnnetzes infolge der eingetretenen Gebietsveränderungen folgendermaßen dar:

Deutschland	57 150 km
Frankreich	53 700 „
Rußland	48 000 „
Italien	19 600 „
Polen	15 500 „
Tschechoslowakei	13 200 km
Rumänien	10 250 „
Ungarn	9 000 „
Jugoslavien	8 600 „
Oesterreich	6 500 „
Finnland	3 900 „
Griechenland	2 250 km
Bulgarien	2 150 „
Lettland	1 850 „
Litauen	1 200 „
Estland	930 „

Frachtindexziffern (des Statist).

Durchschnitt 1920 = 100

	1920				1921				1922
	Januar	April	Juli	Okt.	Januar	April	Juli	Nov.	April
Europ. Gewässer	120	140	97	90	50	38	40	37	35
Rotes Meer, Arab. Indien	131	113	96	90	45	27	34	28	25
Ostasien, Java,-Großbrit.	153	129	109	97	45	—	50	28	28
Australasien-Großbrit.	89	116	85	98	57	40	47	36	34
Argent., Uruguay Gr.-Brit. u. Kont.	128	137	83	92	37	40	44	20	27
Brasilien, Bahia-Großbrit.	74	127	—	113	51	44	51	25	31
Ver. Staat.-Europ.	145	112	107	98	43	40	42	32	26
Durchschnitt	128	127	95	93	46	39	43	29	31
Zeitcharter	149	120	94	84	60	36	37	30	27

Überseefrachtsätze 1921

verglichen mit 1913 (1913 = 100).

Abgangsort od. Land	Bestimmungsort od. Land	Januar	April	Juli	Oktober	Dezbr.
La Plata	Engl. u. Kontin.	198	236	259	113	160
Verein. Staaten Ost-Häfen	England	200	176	169	124	114
Australien	Engl. u. Kontin.	292	146	188	163	141
Bombay	" "	212	—	147	130	105
Donau	" "	496	245	318	171	214
Cardiff	Genua	248	—	187	140	143

Ende des ersten Halbjahres 1920 erreichen die Frachtindexziffern ihren Höhepunkt, dann befinden sie sich in ständigem Sinken. Das hat darin seine Ursache, daß die Gesamttonnage gegenwärtig — wie aus der betreffenden Tabelle ersichtlich ist — ungefähr 21 Prozent größer als vor dem Kriege ist, hingegen die zu befördernden Frachtmengen infolge der Krise stark zusammengeschrumpft sind.

Raumgehalt der aus Eisen und Stahl gebauten Seedampfer.

Die hauptsächlichen seefahrenden Länder 1914 und 1921	in Tausend Bruttotonnen		
	Juni 1914	Juni 1921	Unterschied
Großbritannien	18,877	19,288	+ 411
Britische Kolonien	1,407	1,950	+ 543
Vereinigte Staaten	1,837	12,314	+10477
Deutschland	5,098	654	— 4444
Frankreich	1,918	3,046	+ 1128
Italien	1,428	2,378	+ 950
Japan	1,642	3,063	+ 1421
Niederlande	1,471	2,207	+ 736
Norwegen	1,923	2,285	+ 362
Welt	43,921	54,217	+11703

Der Bestand an Schiffen ist bei sämtlichen Staaten gestiegen, am stärksten in den Vereinigten Staaten; in Deutschland infolge der Versailler Friedensbedingungen stark reduziert.

Die Handelsflotten der Welt.

Bestand vor und nach dem Kriege.[1])

	Bestand am 30. Juni 1913				Zusammen		Bestand am 30. Juni 1920				Zusammen	
	Dampfer		Segelschiffe				Dampfer		Segelschiffe			
	Anzahl	100 Br.-T.	Anzahl	100 Br.-T.	Anzahl	100 Br.-T.	Anzahl	100 Br.-T.	Anzahl	100 Br.-T.	Anzahl	100 Br.-T.
Brit. Reich: Großbritannien	8514	182739	700	4223	9214	186962	8113	181107	448	2198	8561	183305
Brit. Reich: Kolonien	1495	15752	578	1601	2073	17353	1666	20322	604	2200	2270	22522
Zusammen	10009	198492	1278	5824	11287	204315	9779	201429	1052	4398	10831	205827
Ver. Staaten: Ozean	1209	19720	1487	10266	2696	29985	3673	124061	1316	13838	4889	137899
Ver. Staaten: Große Seen	593	22858	34	969	627	23827	466	21185	26	889	492	22074
Ver. Staaten: Philippinen	69	445	8	19	77	465	71	497	5	23	76	520
Zusammen	1871	43023	1529	11253	3400	54276	4110	145744	1347	14749	5457	160493
Deutschland	2019	47430	302	3390	2321	50821	901	4194	237	2532	1138	6727
Frankreich	987	17933	565	4079	1552	22012	1400	29632	358	2820	1758	32452
Italien	591	12741	523	2478	1114	15219	789	21184	326	1240	1115	22424
Japan	1037	15000	—	—	1037	15000	1940	29959		—	1940	29959
Niederlande	662	12867	97	231	759	13098	922	17734	65	200	987	17934
Norwegen	1597	18708	594	5871	2191	24579	1596	19796	181	2398	1777	22194
Rußland	716	7901	500	1841	1216	9742	524	5095	89	250	613	5345
Schweden	1043	9439	393	1033	1436	10473	1072	9964	225	765	1297	10729
Spanien	547	8263	60	147	607	8410	601	9373	148	598	749	9970
Welt	23897	430792	6694	38909	30591	469701	26513	539047	5082	34094	31595	573141

[1]) Weltwirtschaftliche Nachrichten Nr. 335.

Diese Tabelle enthält im Gegensatz zu der Tabelle „Raumgehalt der aus Eisen und Stahl gebauten Seedampfer" alle Schiffsarten, Dampfer und Segler, aus Eisen, Holz und anderem Material für Juni 1913 und 1920. Neuere Gesamtdaten augenblicklich nicht publiziert. Ein Vergleich ergibt, daß die aus Eisen und Stahl gebauten Dampfer ungefähr 95 Prozent der Gesamttonnage ausmachen.

Weltschiffbau.

Raumgehalt der vom Stapel gelassenen Handelsschiffe von 100 und mehr Bruttotonnen

	Groß-britann.	Brit. Domin.	Frank-reich	Deutsch-land	Holland	Italien	Japan	Ver. Staaten Küste	Welt
1913 . . .	19322	267	1761	4652	1043	504	647	2282	33329
1914 . . .	16836	223	1141	3872	1182	430	859	1629	28528
1915 . . .	6509	133	254	—	1131	221	494	1572	12016
1916 . . .	6082	226	428	—	1802	567	1456	3849	16881
1917 . . .	11629	665	188	—	1488	389	3501	8211	29378
1918 . . .	13481	2305	137	—	740	608	4899	26022	54474
1919 . . .	16204	2985	326	—	1371	827	6119	35798	71445
1920 . . .	20556	1746	934	—	1831	1332	4566	23487	58617
1921 . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Im Bau befindliche Handelsschiffe in 100 Bruttotonnen									
31. 12. 1921	26403	665	3526	—	3139	3938	1449	4338	44571

In den Jahren 1918—1920 standen die Vereinigten Staaten an der Spitze des Weltschiffbaus, im Jahre 1921 Großbritannien. Rückgang im ersten Viertel 1922. In Deutschland sind nach dem Vortrag Stimmis, des Generaldirektors des Norddeutschen Lloyd (Industrie- und Handelszeitung vom 30. März 1921), 280 Schiffe mit 1,5 Millionen Tonnen fertiggestellt und gekauft, 230 Schiffe mit 1,5 Millionen Tonnen im Bau.

Der Außenhandel.

	1913	1914	1915	1916	1917	1918	1919	1920	1921	1. Viertelj. 1922
Großbritannien[1]) in Mill. Pfund										
Einfuhr	659	601	753	851	994	1285	1461	1710	980	234 [2])
Ausfuhr	525	431	385	506	527	501	799	1334	703	186 [2])
Wiederausfuhr .	10	83	87	83	62	31	165	223	107	29 [2])
Einfuhrübersch.	24	87	281	262	405	753	597	153	170	19 [2])
Deutschland in Mill. Mark										
Einfuhr	10 770	—	—	—	—	—	—	98136	119132[3])	47733
Ausfuhr	10 097	—	—	—	—	—	—	69311	99921	50352
Einfuhrübersch.	673	—	—	—	—	—	—	28825	19211	2619[4])
Frankreich in Mill. Francs										
Einfuhr	8421	6402	11035	15159	—	22301	35799	49905	23548	5267
Ausfuhr	6880	4869	3937	5115	—	6596	11880	26894	21553	5369
Einfuhrübersch.	1541	1533	7098	10044	—	15705	23919	23011	1995	102[4])
Italien in Mill. Lire										
Einfuhr	3645	2923	4704	8390	13991	16039	16623	15862	20058	—
Ausfuhr	2312	2210	2534	3088	3309	3345	6066	7804	9224	—
Einfuhrübersch.	1133	713	2170	5302	10682	12694	10557	8058	10834	—
Spanien in Mill. Pesetas										
Einfuhr	1179	1050	1206	1280	1328	999	899	1454	1261	—
Ausfuhr	998	880	1258	1377	1303	590	1305	1010	812	—
Einfuhrübersch.	181	170	—	—	25	409	—	444	449	—
Ausfuhrübersch.	—	—	52	93	—	—	406	—	—	—
Schweiz in Mill. Francs										
Einfuhr	1919	1478	1680	2378	2405	2401	3533	4200	2253	445
Ausfuhr	1376	1186	1670	2447	2322	1963	3298	2374	1764	402
Einfuhrübersch.	543	291	10	—	83	438	235	926	489	43
Ausfuhrübersch.	—	—	—	69	—	—	—	—	—	—
Belgien in Mill. Francs										
Einfuhr	5050	—	—	—	—	—	5223	12942	10054	2038[5])
Ausfuhr	3716	—	—	—	—	—	2289	8862	7147	1335
Einfuhrübersch.	1334	—	—	—	—	—	2934	4080	2907	703

	1913	1914	1915	1916	1917	1918	1919	1920	1921	1. Viertelj. 1922
Holland in Mill. Gulden										
Einfuhr	3918	2889	2111	1883	965	608	2826	3332	2240	485
Ausfuhr	3083	2505	1749	1347	819	381	1411	1701	1370	283
Einfuhrübersch.	835	384	362	536	146	227	1415	1631	871	202
Dänemark in Mill. Kronen										
Einfuhr	855	795	1157	1357	1082	946	2519	2943	1635	275
Ausfuhr	721	867	1129	1309	1064	758	909	1962	1466	256
Einfuhrübersch.	134	—	28	48	18	188	1610	981	169	19
Ausfuhrübersch.	—	72	—	—	—	—	—	—	—	—
Norwegen in Mill. Kronen										
Einfuhr	552	567	868	1353	1661	1253	2569	2552	1531	—
Ausfuhr	392	410	677	988	791	756	667	1053	753	—
Einfuhrübersch.	160	157	191	365	870	497	1902	1499	778	—
Schweden in Mill. Kronen										
Einfuhr	859	737	1197	1160	839	1270	2534	3373	1266	235
Ausfuhr	818	772	1317	1558	1350	1351	1589	2294	1097	170
Einfuhrübersch.	41	—	—	—	—	—	945	1079	169	65
Ausfuhrübersch.	—	35	120	398	511	81	—	—	—	—
Finnland in Mill. finnische Mark										
Einfuhr	495	380	578	963	1232	505	2506	3626	3583	488
Ausfuhr	405	285	416	811	445	227	873	2926	3386	463
Einfuhrübersch.	90	95	162	152	787	278	1633	700	197	25
Vereinigte Staaten in Mill. Dollar										
Einfuhr	1749	1789	1777	2292	2952	3031	3904	5279	2508	692
Ausfuhr	2446	2112	3556	5481	6263	6149	7920	8228	4425	862
Ausfuhrübersch.	737	323	1779	3189	3281	3118	4016	2949	1917	170
Kanada in Mill. Dollar										
Einfuhr	670	618	455	508	845	963	916	1337	799	185
Ausfuhr	377	455	461	779	1179	1586	1260	1303	803	152
Einfuhrübersch.	293	163	—	—	—	—	—	34	—	33
Ausfuhrübersch.	—	—	6	131	334	623	334	—	4	—
Brasilien in Mill. Pfund										
Einfuhr	67	35	30	40	44	53	68	125	61	10
Ausfuhr	65	46	53	55	59	61	130	107	59	17
Einfuhrübersch.	2	—	—	—	—	—	—	18	2	7
Ausfuhrübersch.	—	11	23	15	15	8	62	—	—	—
Argentinien in Mill. Goldpesos										
Einfuhr	496	323	305	366	380	501	656	881	635	—
Ausfuhr	519	403	582	573	550	801	1031	1031	672	—
Ausfuhrübersch.	23	80	277	207	170	300	375	150	37	—
Britisch-Indien in Mill. Rupien										
Einfuhr	1600	1339	1379	1320	1496	1504	1690	2075	—	—
Ausfuhr	2450	2489	1816	1974	2452	2426	2539	3275	—	—
Ausfuhrübersch.	850	550	437	654	956	922	849	1200	—	—
Japan in Mill. Yen										
Einfuhr	729	596	532	756	1036	1668	2173	2335	1613	304
Ausfuhr	632	691	708	1127	1603	1962	2099	1947	1252	582
Einfuhrübersch.	97	5	—	—	—	—	74	388	361	278
Ausfuhrübersch.	—	—	176	371	567	294	—	—	—	—
Australien in Mill. Pfund										
Einfuhr	78	72	68	81	62	76	63	131	97	—
Ausfuhr	81	65	60	73	81	81	113	97	89	—
Einfuhrübersch.	—	7	8	8	—	—	—	34	8	—
Ausfuhrübersch.	3	—	—	—	19	5	50	—	—	—

[1]) Weltwirtschaftl. Nachr. 344. [2]) The Economist 20. Mai 1922. [3]) Deutsche Allg. Ztg. [4]) Ausfuhrüberschuß. [5]) Schätzung der Frankf. Zeitung.

Das starke Anschwellen der Außenhandelszahlen (in Geld) während der Kriegs- und Nachkriegszeit entspricht nicht — Vereinigte Staaten ausgenommen — einem Anwachsen der Mengenziffern. Den Mengenziffern nach ist der Außenhandel stark zurückgegangen. Im Jahre 1921 kann man die gegenteilige Erscheinung beobachten. Der Rückgang der Mengenziffern ist geringer infolge des Preissturzes, als er den Außenhandelszahlen entsprechend sein müßte.

In den kriegführenden Ländern in Europa steigender Einfuhrüberschuß während des Krieges, der in der Nachkriegszeit bis 1920 besonders stark anschwillt. In den neutralen Ländern im allgemeinen sinkender Einfuhrüberschuß, teilweise Ausfuhrüberschuß während der Kriegsdauer. In diesen Gebieten in der Nachkriegszeit starker Rückschlag, Ausfuhrüberschüsse verschwinden, die Einfuhrüberschüsse steigen stark. In den Vereinigten Staaten während der Kriegs- und Nachkriegszeit besonders stark steigender Ausfuhrüberschuß. In Kanada während der Kriegszeit und im Jahre 1919 aktive Handelsbilanz, 1920 Rückschlag. Aehnlich in Brasilien. Von asiatischen Ländern hat Indien wachsende aktive Handelsbilanz, Japan in der Kriegszeit aktive Handelsbilanz, 1919 Rückschlag, folgende Jahre stark passive Handelsbilanz. 1921 das größte Krisenjahr, Rückgang des gesamten Handels.

Die Staatsschulden der Welt in historischer Entwicklung.

Die Schuld aller Staaten der Erde betrug in Goldmarkmillionen nach Aufstellung des amerikanischen Professors Bogart:

nach dem Frieden von Utrecht 1713	6 525.—
nach der französischen Revolution 1793	18 875.—
nach den napoleonischen Kriegen 1816	30 450.—
nach dem deutsch-französischen Krieg 1873	97 440.—
im Jahre 1897	131 370.—
1914	191 835.—
1915	247 515.—
1916	524 109.72
1917	866 085.—
1918	980 055.—
1919	1 078 800.—
1920	1 109 250.—

Zieht man von der Summe von 1920 die Summe von 1914 ab, so kommt man in der Tat ungefähr auf jene Summe, die Bogart als Kriegskosten der beiden Mächtegruppen errechnet hat. Dieselben stimmen natürlich nur in ganz groben Umrissen mit der aus unserer Tabelle der Staatschulden sich ergebenden Summe überein, da unsere Tabelle nicht alle Staaten enthält und diese Summen je nach dem Umrechnungskurs riesige Differenzen aufweisen. Trotzdem gibt die Tabelle ein gutes annäherndes Bild über die ungeheure Schuld, die auf den Völkern — der kriegführenden Länder vor allem — lastet.

Die Kriegskosten.

Derselbe Bogart gelangt in seinem Buche „Die Kriegskosten und ihre Finanzierung" zu folgender Aufstellung:

Verbündete Mächte	in Mill. Dollar:
Vereinigte Staaten	32 080
England	44 029
Kanada	1 606
Australien	1 423
Neuseeland	379
Südafrika	300
Indien	601
Ver. brit. Kolonien	125
Frankreich	25 813
Rußland	22 597
Italien	12 314
Belgien	1 155
Serbien	399
Rumänien	1 600
Griechenland	270
Japan	40
Sonstige Verbündete	500
zusammen	145 231

Mittelmächte	in Mill. Dollar:
Deutschland	40 150
Oesterreich-Ungarn	20 263
Türkei	1 430
Bulgarien	815
Zusammen	62 658

Die Kriegskosten der beiden feindlichen Mächtegruppen betragen demnach 207 889 Millionen Dollar, also fast tausend Milliarden Goldmark, wobei allerdings Bogart selbst zugibt, daß er verschiedene Anleihen, welche Amerika seinen Verbündeten gewährte, sowohl bei den Verbündeten als Kosten wie bei der Berechnung der amerikanischen Ausgaben aufführte, im ganzen etwas über 22 Milliarden Dollar, so daß sich die Gesamtausgaben etwas verringern.

Schuldsumme auf den Kopf der Bevölkerung vor und nach dem Kriege (Ende 1919) in Einheiten der Landesvaluten.[1])

	vor	nach		vor	nach
Vereinigte Staaten	11,0	226,3[2])	Dänemark	125,6	303,6[3])
Australien	3,9	78,6	Schweden	117,4	269,5
Großbritannien	15,6	174,1[3])	Holland	198,3	407,8
Kanada	39,7	302,3	Schweiz	454,2	939,9
Frankreich	849,4	5773,4	Indien	16,9	25,2
Italien	440,7	2137,2	Japan	51,0	61,8
Belgien	623,2	2565,0	Spanien	479,3	579,8
Norwegen	152,7	386,4	Argentinien	157,0	152,2

[1]) Aus Wirtschaft und Statistik 1921 Nr. 1 [2]) 31. 6. 1920. [3]) 31. 3. 1920.

Verschuldung der Ententeländer untereinander.

Amerika hat zu fordern von	Mill. Doll.
Großbritannien	4 166,3
Frankreich	3 350,8
Italien	1 648,0
Belgien	375,3
Rußland	192,6
Polen	135,7
Tschechoslowakei	91,2
anderen Ländern	181,5
insgesamt	10 141,4

England hat zu fordern von	Mill. £
Rußland	561,4
Frankreich	557,0
Italien	476,8
Belgien	103,4
Serbien	2,0
Portugal, Rumänien, Griechenland und anderen Alliierten	226,9
insgesamt	1927,5

Frankreich hat zu fordern von	Mill. Frs.
Rußland (zaristisch.)	5959
„ (versch. Reg.)	480
Belgien	3684
Jugoslavien	1795
Rumänien	1181
Griechenland	861
Polen	1056
Tschechoslowakei	574
Italien	49
Montenegro	13
Randstaaten u. and.	29
insgesamt	15 681

Die zwei größten Gläubigerstaaten sind die Vereinigten Staaten und England. England hat selbst große Auslandsschulden; allerdings hat es mehr zu fordern als zu zahlen, doch sind die Schuldner Englands nicht zahlungskräftig. Daher ist die Lage der Vereinigten Staaten günstiger, da der größte Schuldner das zahlungsfähige England ist.

Staatsschulden.

	Großbr. Mill. Pf.St.	Schweden Mill. Kr.	Schweiz Mill. Fr.	Deutschl. Mill. Mk.	Niederl. Mill. Fl.	Belgien Mill. Fr.	Frankr. Mill. Fr.	Spanien Mill. P.	Italien Mill. Lire	Japan Mill. Yen	Ver. St. Mill. Doll.	Kanada Mill. Doll.
1913	717	622	146,3	5 400	1163	4 277	32 974	9 793	14 573	2592	1 029	314
1916	2197	930	799,1	35 600	1650	—	—	9 275	22 801	2482	1 006	615
1918	5921	1086	1435,3	100 500	1744	—	115 122	10 315	43 414	2524	10 924	1192
1919	7481	—	1741,5	148 800	2316	—	245 242	10 306	83 719	2793	25 482	—
1920	7879	—	—	176 000	2764,1	29 278	286 524	11 926	—	3135	24 298	2527,4
1921	7634	1270	1790,0	264 000	—	—	301 510 [1])	—	110 302 [2])	3512	23 953 [3])	—
1922	7799	1423	—	360 300	2502	—	—	11 963	114 500 [2])	—	—	2385 [4])
Mai	7689	—	—	371 000	—	—	—	—	—	—	—	—

[1]) 31. Mai 1921. [2]) Diese Summen haben auswärtige Schulden in Dollar und Pfund im Gesamtbetrag von 21 361 Millionen zu pari in Rechnung gestellt. Zum Kurse Mitte Juli 1922 berechnet, beträgt die italienische Staatsschuld etwa 178 Milliarden Papierlire.. Dabei zahlt Italien, wie die anderen Ententeländer, keine Zinsen für auswärtige Schulden, die in Italien bei Zahlung fast die Gesamteinnahmen des Staates aufbrauchen würden. Dasselbe gilt von Frankreich. [3]) 1. Juni 1921. [4]) Laut L'Information Financiere 30. Mai 1922.

Polnische Staatsschuld 31. Dez. 1921:

innere Schuld . . . . . 222 Milliarden poln. Mark
Banknotenumlauf . . . $229^{1}/_{2}$,, ,, ,,
äußere Schuld mehr als 250 ,, ,, ,,

Jugoslavische Staatsschuld:

Innere Anleihe . . . . Kr. 636 661 586
Din. 4 542 589 296
Aeußere Anleihe . . . . Fr. 2 966 703 966
Doll. 67 000 000

Tschechoslowakische Staatsschuld: innere Staatsschuld 9,6 Milliarden tschechische Kr.; ausländische Schulden Amerika 91,2 Mill. Doll., England 2,4 Mill. Pf. St., Italien 180 Mill. Lire, Frankreich 128 Mill. Francs, Befreiungsbeitrag 750 Mill. Goldfrancs.

Anwachsen der Staatsschuld in sämtlichen Ländern. Besonders bemerkenswert ist das sehr starke Anwachsen der inneren Staatsschuld in den Vereinigten Staaten. Dementsprechend ist die Steuerlast in sämtlichen Ländern gestiegen.

Die Kursentwicklung der wichtigsten Valuten der Welt seit Kriegsende,

gemessen an dem amerikanischen Dollar.
Die europäischen Valuten sind ungefähr in der Reihenfolge ihres gegenwärtigen Kurses gruppiert.

Parität	Schweiz[1] 19,3 cts. für 1 Franc	Holland 40,19 cts. für 1 Gulden	Schweden 26,98 cts. für 1 Krone	Spanien[1] 19,3 cts. für 1 Peso	England 4,866 cts. für 1 £	Frankr.[1] 19,3 cts. für 1 Franc	Italien[1] 19,3 cts. für 1 Franc	Berlin 23,82 cts. für 1 Mark	Wien 20,26 cts. für 1 Krone	Tschecho-slowakei 20,26 cts. für 1 Krone	Rumänien 19,3 cts. für 1 Lei	Japan 49,85 cts. für 1 Yen	Hongkong 63,65 cts. für 1 Dollar	Argentinien 96,45 cts. für 1 Peso	Brasilien 32,42 cts. für 1 Milreis
1919															
Januar	20,6	28,6	29,1	20,1	4,76	18,3	15,7	—	—	—	—	52,1	80,3	—	—
Juli	18,3	34,4	19,1	19,6	4,52	15,1	12,6	—	—	—	—	50,8	82,5	—	—
Dezember	18,3	37,5	15,2	19,4	3,75	8,8	7,6	2,05	0,6	—	—	50,2	102,3	—	36,3
1920															
Januar	17,6	38,0	19,7	18,4	3,50	7,5	6,4	1,24	—	—	—	49,3	103,1	—	38,5
April	17,7	36,5	21,4	17,1	3,84	6,4	4,5	1,74	—	—	—	50,0	88,3	—	54,3
Juli	17,1	34,4	21,3	15,4	3,72	8,1	5,3	2,33	—	—	—	50,5	75,0	—	20,7
Oktober	15,8	30,5	19,4	14,0	3,45	6,7	3,7	1,25	0,38	1,25	1,88	50,7	67,8	81,0	17,9
Dezember	15,2	31,3	19,4	13,5	3,53	6,2	3,5	1,35	0,27	1,25	1,24	50,0	55,9	76,0	14,3
1921															
Januar	16,0	33,9	21,4	13,5	3,74	7,1	3,7	1,56	0,25	1,30	1,30	48,5	56,0	79,4	15,1
April	17,6	35,0	23,6	14,0	3,96	7,7	4,8	1,51	—	—	—	48,3	—	65,8	10,4
Juli	16,4	30,7	21,6	12,8	3,57	7,6	4,2	1,23	0,14	1,31	0,63	48,0	—	65,8	10,5
Oktober	18,2	33,2	22,9	13,3	3,87	7,3	4,0	0,69	—	1,05	0,77	47,7	56,5	73,1	12,7
Dezember	19,4	36,3	24,5	14,6	4,16	7,9	4,2	0,54	0,04	1,25	0,80	47,9	54,3	74,8	12,7
1922															
Januar	19,4	36,7	24,9	15,0	4,23	8,2	4,4	0,52	0,03	1,73	0,78	47,6	55,0	80,0	12,6
März	19,5	37,8	26,2	15,7	4,38	9,0	5,1	0,37	0,02	1,73	0,75	47,3	53,2	82,8	13,7
April	19,5	38,0	26,1	15,5	4,41	9,2	5,4	0,35	0,01	1,96	0,73	47,4	57,0	82,2	13,7
Mai	19,4	38,7	25,9	15,7	4,45	9,1	5,3	0,34	0,01	1,92	0,70	47,4	59,6	82,4	13,7

[1]) Die Valuten der lateinischen Münzunion wurden 1919—20 Francs für 1 Dollar notiert. Hier wurden zum Zwecke der besseren Uebersicht auf die spätere Art: Cents für Francs umgerechnet, daher nicht auf Bruchteile genau, wie überhaupt diese Tabelle nur den Gang der Valutaschwankungen in großen Linien darstellen will und keine börsenmäßig unanfechtbaren Zahlen enthält. Die Zahlen sind zum Teil dem Federal Reserve Bulletin, zum Teil dem Economist, zum Teil dem Archiv für Weltwirtschaft entnommen.

Das allgemeine Bild der Entwicklung ist folgendes: Bei Schluß des Weltkrieges standen die neutralen Valuten sowohl der europäischen Länder (Schweiz, Holland, Schweden, Spanien), als auch der südamerikanischen und asiatischen über Pari; das heißt: der Dollar stand unter Goldparität. Dies ist der Ausdruck der Tatsache, daß die Vereinigten Staaten immerhin große Opfer im Weltkrieg gebracht haben. Die Valuten der großen Ententeländer standen etwas unter der Dollarparität. Die Valuta der besiegten Länder wurde nicht notiert.

Nach dem Friedensschluß begann ein starkes Fallen aller europäischen Valuten dem Dollar gegenüber. Dasselbe dauerte ungefähr bis Ende 1920. Ungefähr Anfang 1921 setzte eine Besserung einiger europäischer, vor allem der neutralen, aber auch der englischen, französischen und italienischen Valuta ein, die unter verschiedenen Schwankungen bis jetzt, Mai 1922 anhält. Als Ergebnis hat der Schweizer Franc die Dollarparität wieder überschritten; Schweden, Holland stehen nahe der Parität, England knapp 10 Prozent darunter. Frankreich und Belgien auf der Hälfte, Italien ungefähr auf ein Viertel des Wertes. Hingegen setzt sich die Entwertung der mitteleuropäischen Valuten (Deutschland, Oesterreich, Polen, Ungarn) ununterbrochen fort. Die Entwertung griff im Jahre 1922 auch auf die Balkanvaluten über.

Aus der Entwicklung der verschiedenen Valuten im Vergleich mit dem Dollar läßt sich auch die Bewegung der Valuten untereinander mühelos erkennen. Wir geben daher keine Vergleichstabellen über die Gestaltung der Kurse anderer Valuten.

Eine noch bessere Uebersicht über die Gestaltung der Valuta geben die „gewogenen" Valutaindexe. Der Kurs der wichtigsten ausländischen Valuten wird je nach der Größe des Außenhandels mit dem betreffenden Lande im vorhergehenden Monate bewertet und auf dieser Grundlage festgestellt, wieviel die eigene Valuta dem ganzen Auslande und dessen einzelnen Ländern gegenüber wert ist. Solche gewogenen Indexe gibt es für die Vereinigten Staaten (Federal Reserve Bulletin) und England (Statist). Der Index Deutschlands und der nachfolgenden Länder nach „Die Wirtschaftskurve der Frankfurter Zeitung" ist nur ein ungenauer Index der 11 wichtigsten Valuten. Das Bild ist folgendes:

	1918	1919		1920		1921		1922				
	Nov.	Jan.	Juli	Jan.	Juli	Jan.	Juli	Jan.	Febr.	März	April	Mai
Amerika Wert der ausl. Valuten, Dollarparität	102	102,1	94	88	82	66	53	59	58	56	53	65
England Wert des £ im Ausland. . . .	99	99	102	100	100	122	—	133	133	135	133	133
Deutschland . .	Wert d. Geldeinheit in den	Auslandsvaluten	—	13,4	18,2	11,1	11,4	3,7	3,4	2,9	2,3	—
Frankreich . . .			—	81	75	63	93	73,2	72,7	80,6	80,8	-
Italien			—	58,1	53	36	54	38	40,6	45,4	44,4	—
Spanien			—	182	165	162	155	149	145,9	149,5	149,8	—
Rumänien . . .			—	20	20	12,8	16	6,5	6,9	8,8	5,8	—
Oesterreich . .			—	3,9	5,3	2,3	1,5	0,28	0,26	0,15	0,17	—

Es muß darauf hingewiesen werden, daß die Zahlen für Amerika nicht den Kurs des Dollars, ausgedrückt in den ausländischen Valuten, sondern umgekehrt den Kurs der ausländischen Valuten in Dollar angegeben; je niedriger die Zahl, desto höher der Dollarkurs. Bei den übrigen ist es umgekehrt; je kleiner die Zahl, desto entwerteter die Valuta.

Budgets.[1])

	Großbrit. Million. £		Deutschland Million. Mk.		Frankreich Million. Fr.		Italien[3]) Million. Lire		Ver. Staaten Mill. Dollar		Japan Million. Yen	
	Einn.	Ausg.	Einn.	Ausg.	Einn.	Ausg.	Einn.	Ausg.	Einn.	Ausg.	Einn.	Ausg.
1913	188,8	188,6	3284	3521	5092	5067	3252	3249	724	683	687	594
1914	198,2	197,5	8149	9650	4549	5192	3160	3129	735	700	722	574
1915	226,7	560,5	23206	26689	—	22804	4047	5954	692	777	734	648
1916	336,8	1559	22815	28780	—	32945	11944	12712	780	724	709	583
1917	573	2198	50035	50035	—	41680	17216	21776	1118	1148	803	591
1918	842	2550	48059	48059	—	54537	20506	26656	4174	8967	727	726
1919	707	2696	58060	58060	—	49027	22080	33480[2]	4654	15838	902	902
1920	1201	1068	—	—	—	50633	37251	28171[2]	6704	17036	1061	1061
1921	1426	1195	—	—	23303	26499[2]	21344	31024[2]	5585	5517	1613	1255
1922	1125	1079	210388	377256[2]	22451	24932[2]	17497	21759[2]	3968	3605[2]	1455	1466[2]

[1]) Das Finanzjahr beginnt in den verschiedenen Ländern mit verschiedenem Datum. Angaben bis 1919 entnommen Ann. Stat. Paris 1919—20, Statesman Yearbook 1922, Business Forecasting New York und andere Quellen. [2]) Voranschlag. [3]) Finanjahr vom 1. Juli—30. Juni. 1920/21 tatsächliches Defizit 16,5 Milliarden, 1921/22 7,5 Milliarden Lire. (Neue Zürcher Zeitung, 14. Juli 1922.)

Notenumlauf.

In der nachfolgenden Tabelle wird eine Uebersicht über den Notenumlauf in den bedeutendsten Ländern gebracht (nach „Indexzahlen der Frankfurter Zeitung, II. Heft, April 1922 und ergänzt aus The Economist). Aus ihr ist ersichtlich, daß im Kriege der Notenumlauf in sämtlichen Staaten zugenommen und auch in der unmittelbaren Nachkriegszeit sich in fortwährendem Steigen befunden hat. In den Ländern mit günstigen Valutaverhältnissen erreicht der Notenumlauf im Laufe des Jahres 1920 seinen Höhepunkt, um dann allmählich abzunehmen. Besonders zielbewußt wird eine Deflationspolitik in den Vereinigten Staaten durchgeführt, wo März 1922 der Notenumlauf mehr als 30 Prozent gegenüber Ende 1920 abgenommen hat. In den Ländern mit zerrütteten Valutaverhältnissen (Deutschland und Polen) wächst die Notenüberschwemmung weiter an.

	Mitte	Ende			1921 Anfang			1922 Anfang					
-	1914	1918	1919	1920	April	Juli	Dez.	Jan.	März	April	Mai	Juni	Juli
England[1] i. Million. Pfd.	29,5	70,2	91,4	132,9	129,2	129	125	125,7	123,1	122,7	122,1	122,5	124,5
Frankreich i. Milliard. Fr.	5,8	31,1	37,9	37,9	38,7	37,4	36,5	37,4	36,2	35,5	36,2	36,0	36,8
Italien i. Milliard. Lire	1,6	9,2	—	15,4	14,3	13,2	13,9	13,7	14,1	13,9	13,5	13,4	—
Spanien i. Milliard. Pst.	0,2	3,3	3,9	4,3	4,3	4,2	4,2	4,3	4,2	4,2	4,2	4,2	4,1
Niederlande i. Milliard. Gld.	0,3	1,1	1,1	1,1	1,1	1,0	1,0	1,1	1,0	1,0	1,1	1,0	1,0
Belgien i. Milliard. Fr.	0,9	—	4,8	6,1	6,1	6,1	6,3	6,3	6,3	6,3	6,3	6,2	6,3
Schweiz i. Milliard. Fr.	0,3	0,9	1,0	1,0	1,0	0,9	0,9	1,0	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8
Schweden i. Million. Kr.	226	783	722	731	725	681	632	586	538	634	568	570	594
Tsch.-Slowakei i. Milliard. Kr.	—	—	—	10,9	10,9	11,1	11,7	12,1	10,7	10,3	9,8	9,6	9,7
Deutschland i. Milliard. Mk.	2,4	22,2	35,7	68,8	69,4	75,3	102,8	113,6	120	131,8	142,5	154,9	172,7
Disk.-Schatzanweisungen[2]	—	—	—	—	—	79,6	103,3	132,3	134,3	142,8	157,7	167,4	189,5
Polen i. Millrd. p. Mk.	—	—	—	49,4	74,1	102,7	207,0	229,5	247,2	257,3	266,5	285,7	—
Ver. Staaten[3] i. Millrd. Doll.	—	2,7	3,1	3,4	3,1	2,6	2,4	2,5	2,3	2,3	2,2	2,2	2,2
Japan i. Milliard. Yen	0,4	1,1	1,2	1,4	1,1	1,1	1,2	1,4	1,1	1,3	1,1	1,2	—

[1]) Getrennt von der Bank von England sind im Kriege von einer der Geldbeschaffung der Regierung dienenden Organisation die Currency-Noten, ein staatliches Papiergeld, ausgegeben worden. Ihr Umlauf bezifferte sich laut „Statist" vom 20. Mai bis Mitte Mai 1922 auf 297 Millionen Pfund gegen 336 Millionen Mitte Mai vergangenen Jahres.

[2]) Seit Mai 1921 wird im Deutschen Reichsbankausweis der Posten „Diskontierte Schatzanweisungen" gesondert angeführt. Das Deutsche Reich vermehrt ständig seine schwebende Schuld. Ein immer größerer Teil seiner Schatzanweisungen muß von der Reichsbank, die diese an die Banken weiter zu diskontieren sucht, gegen Ausgabe neuer Noten übernommen werden.

[3]) Nach der Bankreform von 1913, die mit den „Federal Reserve Board", eine mit großen Vollmachten ausgestattete Zentralbehörde für die Regulierung des Notenumlaufs schuf, wurde das Notenwesen in den Vereinigten Staaten zentralisiert. Die Herstellung der Noten erfolgt jetzt durch den Bundes-Reserve-Rat (Federal Reserve Board), die Ausgabe durch 12 Distriktsbanken. Die Noten müssen jetzt durch Gold und Wechsel, nicht mehr, wie vorher, durch Staatsanleihen gedeckt sein. Die neue Bankverfassung trat erst im Kriege in Kraft.

Indexziffern der Großhandelspreise.

Bewegung der Gesamtindexziffern in den einzelnen Ländern. Durchschnitt 1913 = 100. Nach W. N. S. 3015, ergänzt und richtiggestellt nach Originalquellen (Federal Res. Bull., Statist, Economist, Bulletin mensuel usw.)

	1913	1914	1915	1916	1917	1918	1919	1920	1921	1921 Jan.	1921 April	1921 Juli	1921 Okt.	1922 Jan.	1922 Febr.	1922 März	1922 April	1922 Mai
Schweiz [5]	—	100	—	—	—	—	—	—	190	230	186	177	182	171	171	163	161	160
Niederlande	100	105,3	144,7	221,9	286	392	297	281	181	213	176	176	169	161	162	161	161	—
Schweden	100	116	145	185	244	339	330	347	211	267	229	211	175	170	166	164	165	164
Großbrit. [1]	—	—	—	—	—	—	—	314	203	251	209	198	184	167	165	163	163	164
u. Irland [2]	100	98,7	123,1	160,9	204,1	224,9	235	283	181	209	183	178	170	159	158	160	159	162
Norwegen [6]	100	115	159	233	341	345	—	383	298	344	297	300	286	260	253	240	236	231
Dänemark [5]	—	100	—	—	—	—	295[7]	383[7]	239	290	257	254	186	177	182	178	177	179
Frankreich [6]	100	102	139,8	187	261,6	339,2	356	509	345	407	347	330	331	314	306	307	314	317
Belgien	—	100	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	368	361	350	347	340	—
Italien	100	96	132,7	201,2	296,7	409,1	366	624	578	642	584	520	599	577	562	533	527	527
Deutschld. [3]	100	105,2	141,7	151,8	176,4	216	415	1486	1911	1439	1326	1428	2460	3665	4103	5433	6355	6458
[5]	—	—	—	—	—	—	—	1620	2025	1528	1483	1798	2798	3955	4888	6101	6573	6809
Finnland [8]	—	—	—	—	—	—	755	1387	1329	1475	1336	1311	1350	1083	—	—	—	—
[9]	—	—	—	—	—	—	441	1053	1213	1626	1430	1285	1213	1364	—	—	—	—
Bulgarien [6]	100	103	—	—	—	—	1166	1940	2006	2392	2006	1721	2052	2172	2272	2287	2514	—
Ungarn [6]	—	—	—	—	—	—	—	—	5912	6890	4491	4227	6753	8111	8487	9885	—	—
Polen	—	—	—	—	—	—	2137	12895	—	33286	40756	60756	114967	—	—	—	—	—
Ver. Staat. [4]	100	96,7	107	128,4	170	203,2	211	239	148	163	146	145	145	142	146	147	149	—
	100	100	101	124	176	196	212	243	153	177	154	148	150	148	151	152	—	—
Kanada	100	100,4	109,2	134,3	174,9	205,4	217	246	182	208	187	176	169	168	169	166	166	167
Peru	100	104	—	—	—	—	220	238	205	221	205	201	203	190	191	190	187	186
Aegypten [10]	—	—	—	—	—	—	225	299	180	214	181	164	186	168	169	153	148	—
Südafrik. Un.	100	96,6	107	122,6	140,7	153,1	165	233	—	188	166	150	138	131	—	—	—	—
Brit. Ind. [11]	—	—	—	—	—	—	198	204	181	178	183	183	184	178	179	182	182	—
Ndl. Indien [12]	—	—	—	—	—	—	281	226	166	214	188	183	175	164	163	164	—	—
Japan	100	95,5	96,7	117,3	148,5	195,9	239	258	200	201	190	196	219	206	204	201	197	—
Australien [6]	—	100	141	132	166	170	189	228	174	205	179	167	164	152	154	—	—	—
Neuseeland	100	104	—	—	—	—	178	212	201	216	204	200	195	186	181	180	—	—

[1]) The Board of Trade. [2]) Economist. [3]) Statist. Reichsamt und Frankft. Ztg. [4]) Federal Reserve Board und Bureau of Labour Statistics. [5]) Die Zahlen für die einzelnen Monate von 1922 und 1922 beziehen sich jeweils auf den Ersten des folgenden Monats. [6]) Ende jeden Monats. [7]) 1. Juli. [8]) Einfuhrpreise. [9]) Ausfuhrpreise. [10]) Basis 1. Januar 1913 bis 1. Juli 1914 = 100. [11]) Juli 1914 = 100. [12]) Ende jeden Monats. Basis 1. Januar 1914 = 100.

Im Kriege in sämtlichen Staaten Steigen der Gesamt-Indexziffern. Am stärksten in Italien, dann in Frankreich, in den neutralen Ländern, in Großbritannien, in den amerikanischen Staaten, in Deutschland. In Deutschland war die Preisentwicklung künstlich gehemmt, im Index sind nur die nominellen Höchstpreise, nicht die tatsächlichen Preise berücksichtigt. In der Nachkriegszeit muß man die Entwicklung der Preise in den Ländern mit Goldvaluten (Vereinigte Staaten, Japan) von denen mit Papier-Valuten unterscheiden. Bis Frühjahr 1920 steigen die Goldpreise und mit ihnen in stärkerem Maße die Preise in den Ländern mit sicheren Werten der Valuta. Vom Frühjahr 1920 an Preissturz der Weltmarktpreise der aber in den Ländern mit sich verschlechternder Valuta (Deutschland Polen, Oesterreich, Finnland, Bulgarien) durch die Geldentwertung paralysiert wird, so daß hier die Teuerung weiter steigt. Herbst 1921 im großen Ganzen Stabilisierung der Weltmarktpreise, weitere Steigerung der Preise in den Ländern, in denen die Valuta weiter fällt.

Die Friedensverträge.

I. Der Versailler Vertrag.

In der Nacht vom 4. zum 5. Oktober 1918 ergeht von Deutschland und Oesterreich-Ungarn das Ersuchen an den Präsidenten Wilson, auf der Grundlage des von ihm in zahlreichen Kundgebungen aufgestellten Programmes einen allgemeinen Friedensschluß, sowie einen sofortigen Waffenstillstand herbeizuführen. Am 5. November erhält Deutschland die Mitteilung, daß die verbündeten Regierungen bereit sind, „auf Grund der in der Kongreßbotschaft vom 8. Januar 1918 aufgestellten Friedensbedingungen und der in seinen späteren Ansprachen verkündeten Grundsätze mit der Regierung Deutschlands Frieden zu schließen".

Die für Deutschland wichtigsten Punkte der erwähnten Wilson'schen Kundgebungen sind folgende:

I. Offene Friedensverträge, offen erreicht. Es sollen keinerlei private und internationale Abmachungen mehr bestehen. Die Diplomatie soll aufrichtig und vor aller Welt offen vorgehen.

II. Uneingeschränkte Freiheit der Schiffahrt auf den Meeren außerhalb der Territorialgewässer im Frieden sowohl wie im Kriege, ausgenommen, wenn die Meere gänzlich oder teilweise zur Durchsetzung der internationalen Verträge kraft internationaler Beschlüsse gesperrt werden müssen.

III. Die möglichste Beseitigung aller wirtschaftlichen Schranken und die Herstellung einer Gleichheit der Handelszustände für alle Nationen, die dem Frieden beitreten und sich zu seiner Aufrechterhaltung verpflichten.

IV. Volle Garantie zugestanden und zugesichert, daß die Rüstungen der Nationen auf das kleinste Maß, das zur inneren Sicherheit nötig ist, beschränkt werden.

V. Freier, unbefangener und absolut unparteiischer Ausgleich aller kolonialen Ansprüche, beruhend auf der genauen Beobachtung des Grundsatzes, daß beim Entscheid in solchen Souveränitätsfragen die Interessen der betreffenden Bevölkerung gleich schwer ins Gewicht fallen müssen wie die gerechten Ansprüche von Regierungen, deren Rechtstitel zu entscheiden sind.

VI. Belgien muß, die ganze Welt wird dem beipflichten, geräumt und wieder hergestellt werden.

VII. Das ganze französische Gebiet muß geräumt, und die besetzten Teile müssen wieder zurückgegeben werden. Das Unrecht, das Frankreich im Jahre 1871 in Beziehung auf Elsaß-Lothringen durch Preußen angetan worden ist und das den Frieden der Welt während nahezu fünfzig Jahren unsicher gemacht hat, muß wieder gutgemacht werden, damit der Friede im Interesse aller wieder hergestellt werden kann.

Aus der Rede in Newyork vom 27. 9. 1918:

„Kein besonderes abgesondertes Interesse irgend einer einzelnen Nation oder Gruppe von Nationen kann zur Grundlage irgend eines Teiles des Abkommens gemacht werden, wenn es sich nicht mit dem gemeinsamen Interessen aller verträgt."

Am 11. November — dem Tage der Uebernahme der Regierungsgewalt durch den Rat der Volksbeauftragten in Deutschland — diktiert der Marschall Foch den deutschen Bevollmächtigten die außerordentlich

harten Bedingungen des Waffenstillstandes. Der Waffenstillstand wird dreimal erneuert. Erst am 18. April wird Deutschland eingeladen, zum 25. April Vertreter nach Versailles zu entsenden, „um dort den von den Alliierten und Assoziierten Mächten festgesetzten Text der Friedenspräliminarien in Empfang zu nehmen". Nach langem Zögern und Ablehnungsversuchen, die nicht immer ernst gemeint waren, ist der Vertrag am 28. Juni 1919 in Versailles von den deutschen Bevollmächtigten unterzeichnet worden. Der Vertrag wurde von allen 32 auf Seite der Entente kämpfenden Länder unterzeichnet, doch hat der Senat der Vereinigten Staaten die Ratifikation des Vertrages verworfen und in einem besonderen Gesetz das Aufhören des Kriegszustandes mit Deutschland festgesetzt. Der Senat begründete die Ablehnung der Ratifikation damit, daß der Friedensvertrag die Vereinigten Staaten zwingen würde, sich in die europäische Politik einzumischen.

Der Inhalt des Friedensvertrages.

1. Territoriale Bestimmungen. Die territorialen Bestimmungen des Versailler Vertrages sind in den Teilen II und III enthalten (Art. v. 27 bis 39).

Gebietsabtretungen. An Frankreich: Elsaß-Lothringen, 14 522 qkm.

An Polen: den größten Teil der Provinz Posen und einen Teil der Provinz Westpreußen; 43 188 qkm.

An Belgien: Moresnet, die Kreise Eupen und Malmedy, 989 qkm.

An die Tschechoslowakei: einen Teil des Kreises Ratibor in Oberschlesien, 657 qkm.

Außerdem wurden die Gebiete um Danzig, 1977 qkm, und um Memel, 2522 qkm, von Deutschland abgetrennt, wobei das erstere Gebiet für einen Freistaat erklärt und später gezwungen wurde, eine Zollunion mit Polen einzugehen. Die Frage der staatlichen Zugehörigkeit des Memel-Gebietes befindet sich noch immer in der Schwebe.

Dieser Gebietsverlust macht 12,02 Prozent der Gesamtfläche Deutschlands aus. Der Volkszählung von 1910 gemäß wohnten auf diesem Gebiet 6 062 101 Menschen (9,34 Prozent der Gesamtbevölkerung Deutschlands).

2. Eine Volksabstimmung sollte in Schleswig, Ost- und Westpreußen und Oberschlesien stattfinden. Die Volksabstimmung in Ost- und Westpreußen fiel zugunsten Deutschlands aus. Nach der Volksabstimmung vom 10. Februar 1920 ist die sogenannte erste Zone Schleswigs (Norden) mit 160 000 Einwohnern an Dänemark gefallen; die zweite und die dritte Zone verblieben bei Deutschland.

Die oberschlesische Abstimmung fand im März 1921 statt. Von 1 186 000 tatsächlichen Wählern wurden 700 000 Stimmen, oder $^{7}/_{11}$ für Deutschland und 479 000 Stimmen oder $^{4}/_{11}$ für Polen abgegeben. Auf Grund dieser Abstimmung teilte der Völkerbund gemäß der Entscheidung des Obersten Rates den Polen 327 000 ha. mit einer Bevölkerung von 965 000 (49 Prozent der Bevölkerung Oberschlesiens) zu.

3. Das Saargebiet. Als Ersatz für die Zerstörung der Kohlengruben in Nordfrankreich tritt Deutschland das volle Eigentum an den

Kohlengruben im Saarbecken an Frankreich ab. Deutschland verzichtet einstweilen zugunsten des Völkerbundes (tatsächlich Frankreichs) auf die Ausübung der Regierungsgewalt über das Saargebiet. Die deutsche Souveränität ruht bis zur Volksabstimmung nach fünfzehn Jahren, die dann entscheiden wird, ob die durch den Vertrag geschaffene Rechtsordnung beibehalten oder eine Wiedervereinigung mit Deutschland oder ein Anschluß an Frankreich erfolgen soll. Wird die Wiedervereinigung mit Deutschland beschlossen, so kann Deutschland die Kohlengruben zurückkaufen. Ein fünfgliedriger Ausschuß, durch den der Völkerbund die Regierung ausübt, wird vom Rat des Völkerbundes für die 15 Jahre Dauer der Besetzung ernannt.

4. Kolonien. „Deutschland verzichtet zugunsten der alliierten und assoziierten Hauptmächte auf alle seine Rechte und Ansprüche bezüglich seiner überseeischen Besitzungen." (Art. 119.)

Der Wert der deutschen Kolonien wird durch folgende Zahlen aus dem Jahre 1912 kurz angedeutet:

	Flächeninhalt qkm	Bevölkerung	Gesamtaußenhandel Mark
a) Afrika:			
Deutsch-Ostafrika	997 000	7 665 300	81 757 546
Kamerun	790 000	4 149 900	57 577 794
Togo	87 200	1 032 368	21 386 734
Deutsch-Südwestafrika	835 100	98 830	71 534 000
b) Südsee-Kolonien:			
Land, Samoa-Inseln			
Archipel, Kaiser-Wilhelms-			
Neuguinea, Bismarck-	245 078	641 971	31 333 000
c) Kiautschou:	552	191 470	200 894 000
insgesamt	2 954 930	13 779 839	464 483 074

Bestimmungen über Landheer, Seemacht und Luftschiffahrt.

Das deutsche Heer darf künftig nur eine Stärke von 100 000 Mann (sieben Infanterie und drei Kavallerie-Divisionen) haben, einschl. von höchstens 4000 Offizieren. Der Große Generalstab wird aufgelöst; seine Erneuerung ist in keiner Form gestattet. Die Anzahl der erlaubten Feuerwaffen jeder Art ist durch genaue Vorschriften beschränkt. Vorhandenes Kriegsgerät muß ausgeliefert bezw. unter Aufsicht zerstört werden. „Die allgemeine Wehrpflicht wird in Deutschland abgeschafft." Unteroffiziere und Gemeine müssen sich zu wenigstens 12 Jahren, Offiziere zu 25 Jahren Dienst verpflichten; der jährliche Wechsel darf höchstens 5000 Personen umfassen. Entsprechend ist die Zahl der Militärschulen zu beschränken. Kein Deutscher darf im Auslande Heeresdienste leisten.

Seemacht. Die deutschen Seestreitkräfte dürfen künftig umfassen: 6 Schlachtschiffe der Deutschland- oder Lothringenklasse, 6 kleine Kreuzer, 12 Zerstörer, 12 Torpedoboote. Unterwasserfahrzeuge sind verboten; sie dürfen auch für Handelszwecke nicht gebaut werden. Die Flottenersatzbauten dürfen eine vorgeschriebene Größe (10 000 Tonnen für Schlachtschiffe) nicht überschreiten. Das Personal der Flotte darf 15 000 Mann einschl. der Offiziere nicht überschreiten. Dienstvertrag und Dienstzeit sind ähnlich wie beim Landheer geregelt.

Luftstreitkräfte. „Deutschland darf Luftstreitkräfte weder zu Lande noch zu Wasser unterhalten." Ausdrücklich wird im Rahmen dieser Bestimmungen auch die Beibehaltung von Lenkluftschiffen verboten. Vorhandenes Material ist in großem Umfange auszuliefern, die meisten Flughäfen sind abzubauen.

Ueberwachung der Abrüstung. Die vorstehend dargelegten Bestimmungen sind von Deutschland unter Aufsicht interalliierter Ueberwachungsausschüsse auszuführen. Diese genießen weitgehende Kontrollrechte. Die erwachsenden Kosten müssen von Deutschland getragen werden.

Befestigungen. Die Befestigungen am linken Rheinufer müssen geschleift werden; an der Süd- und Ostgrenze dürfen die Befestigungen bleiben, müssen aber abmontiert werden; in Helgoland sind die militärischen Anlagen und Häfen zu zerstören.

Die wirtschaftlichen Bestimmungen.

Die wirtschaftliche Bedeutung der abgetretenen Gebiete.

Oberschlesien. Von 63 Steinkohlengruben mit 31 726 863 Tonnen Jahresproduktion fielen an Polen 48 Gruben mit 24 428 770 Tonnen. Von dem Gesamtkohlenvorkommen von 60 Milliarden Tonnen fielen an Polen 53,9 Milliarden Tonnen. Von 18 Koksanstalten mit 2 487 652 Tonnen Jahresproduktion fielen an Polen, solche mit 1 358 373 Tonnen. Fast sämtliche Eisenerzgruben mit 62 342 Tonnen Jahreserzeugung (1920) fielen an Polen. Von 16 Zink- und Bleierzgruben mit einer Jahresproduktion von 288 395 Tonnen (1920) fielen an Polen 12 mit 267 547 Tonnene. Sämtliche Zink-, Blei- und Silberhütten fielen an Polen.

Das Saargebiet. Die Saargruben förderten 1913 12,22 Millionen Tonnen Kohle oder 6,38 Prozent der deutschen Gesamtförderung. Die Gesamtvorräte des Saargebietes wurden von Geologen 1913 auf 16,55 Milliarden Tonnen geschätzt. Die Gesamtproduktion des Gebietes betrug etwa 8 Prozent der Roheisen- und 12 Prozent der Stahlerzeugung Deutschlands.

Elsaß-Lothringen. Das industrielle Schwergewicht des Gebietes liegt in Lothringen. Mit seinen reichen phosphorhaltigen Minette-Erzen deckte es 1913 rund drei Viertel der gesamten deutschen Eisenerzeugnisse. Von der Roheisenerzeugung entfiel rund ein Drittel auf die technisch hoch entwickelten lothringischen Werke. 25 Prozent der deutschen Kalierzeugung stammten 1913 aus elsässischen Schächten.

Ost- und Westpreußen und Posen. Wirtschaftlich sind die an Polen abgetretenen Gebiete durch erhebliche Ueberschüsse an landwirtschaftlichen Erzeugnissen gekennzeichnet. Die Ueberschußmengen bei Getreide hätten genügt, um — auf Grund der im Sommer 1920 für Deutschland gültigen Rationen — 3,8 Millionen Personen zu versorgen.

Kolonien (s. territoriale Bestimmungen).

1. Regierungseigentum in den abgetretenen Gebieten. Die territorialen Bestimmungen des Friedensvertrages beziehen sich nicht allein auf die Abtretung der Landeshoheit, sondern erstrecken sich auch auf das Regierungs-, Staats- und Gemeindeeigentum, das einschließlich der Eisenbahnen unter ungünstigen Bedingungen ohne Vergütung mit abzutreten ist; andererseits bleibt die deutsche Regierung für jede Schuld haftbar, die beim Kauf oder Bau dieses Eigentums im allgemeinen eingegangen worden sein mag.

2. Eigentum und Person deutscher Staatsangehöriger.

a) In den abgetretenen Gebieten: Die verbündeten Mächte behalten sich das Recht vor, in den früheren deutschen Gebieten alle deutschen Reichsangehörigen oder von ihnen abhängigen Gesellschaften vom Tage des Inkrafttretens des Vertrages gehörenden

Güter, Rechte und Interessen zurückzubehalten und zu liquidieren. (Art. 297b, Schlesien.)

Die in den abgetretenen Kolonien ansässigen deutschen Reichsangehörigen können heimgeschafft werden. Ebenso kann gegenüber Deutschen das Recht der Niederlassung, des Besitzerwerbes und der Berufsausübung beschränkt werden.

b) In den Ententeländern. „Die Verbündeten behalten sich das Recht vor, alle den deutschen Reichsangehörigen oder den von ihnen abhängigen Gesellschaften im Zeitpunkt des Inkrafttretens des gegenwärtigen Vertrages gehörenden Güter, Rechte und Interessen innerhalb ihrer Gebiete, Kolonien, Besitzungen und Protektoratsländer, einschl. der Gebiete, die ihnen durch den gegenseitigen Vertrag abgetreten werden, zurückzubehalten und zu liquidieren."

Der Wert des so enteigneten Eigentums wird zunächst zur Befriedigung von Privatschulden Deutschlands bei Angehörigen des verbündeten Staates verwendet werden, unter dessen Hoheit die Liquidation stattgefunden hat; zweitens zur Befriedigung von Ansprüchen aus Handlungen von Deutschlands früheren Verbündeten. Andererseits fällt das Eigentum verbündeter Staatsangehöriger, das unter deutscher Rechtshoheit stand, an seine Eigentümer zurück.

Verträge zwischen Verbündeten und deutschen Staatsangehörigen aus der Zeit vor dem Kriege können nach Wahl der ersteren aufgehoben oder wieder in Kraft gesetzt werden.

c) In neutralen Ländern. Bis zum 1. Mai 1921*) konnte der Reparationsausschuß jedes deutsche Geschäft, Unternehmen oder Eigentum auch in den neutralen Ländern zwecks Beschaffung der 20 Milliarden enteignen.

d) In anderen Ländern. Auf Grund des Art. 260 kann die Reparationskommission innerhalb eines Jahres nach dem Inkrafttreten des Friedensvertrages verlangen, daß Deutschland seine Staatsangehörigen enteignet und dem Wiedergutmachungsausschuß alle „Rechte oder Beteiligungen deutscher Reichsangehöriger an allen öffentlichen Unternehmungen oder Konzessionen in Rußland, China, Oesterreich-Ungarn, Bulgarien, der Türkei, den Besitzungen und zugehörigen Gebieten dieser Staaten oder in Gebieten, die früher Deutschland oder seinen Verbündeten gehört haben, auf Grund des gegenwärtigen Vertrages abgetreten werden müssen oder unter die Verwaltung eines Mandatars treten, übergibt."

e) Internationale Unternehmungen. Durch den Art. 258 verzichtet Deutschland auf sein Beteiligungsrecht an allen finanziellen und wirtschaftlichen Organisationen internationalen Charakters „in irgend einem der alliierten und assoziierten Staaten, in Oesterreich, in Ungarn, in Bulgarien oder in der Türkei oder in den Besitzungen und in den zugehörigen Gebieten der genannten Staaten, sowie im früheren russischen Kaiserreich."

3) Zoll- und Verkehrssystem.

a) Deutschland verpflichtet sich, sowohl bei Ein- und Ausfuhr, als auch in Tarifen, Verordnungen und Handelsverboten fünf Jahre lang

*) s. Reparationen.

den alliierten und assoziierten Staaten die Meistbegünstigung zu gewähren.

Fünf Jahre lang hat Elsaß-Lothringen das Recht, Waren, die dem Jahresdurchschnitt 1911—13 der nach Deutschland versandten Mengen entsprechen, zollfrei dorthin auszuführen.

Die Verbündeten behalten sich das Recht vor, in dem besetzten Gebiet am linken Rheinufer*) eine eigene Zollordnung in Geltung zu bringen.

b) Die Verwaltung der Elbe, der Oder, der Donau und des Rheins wird internationalen Ausschüssen übergeben.

Im Elbeausschuß hat Deutschland 4 Stimmen von 10, im Oderausschuß 3 von 9, im Rheinausschuß 4 von 19.

Wo der Rhein Frankreich und Deutschland trennt, erhält Frankreich alle Rechte zur Nutzbarmachung des Wassers für Bewässerung oder Krafterzeugung.

Völkerrechtliche Bestimmungen.

a) Deutschland erkennt an, daß die seit dem 1. August 1914 bis zum 10. Januar 1920 geschlossenen Verträge mit Oesterreich-Ungarn, Bulgarien, der Türkei, Rumänien, Rußland und russischen Teilstaaten aufgehoben sind.

b) Deutschland erkennt alle Friedensverträge der verbündeten Mächte mit den Mächten, „die an Deutschlands Seite gekämpft haben", an.

c) Deutschland erklärt sich mit der Aufhebung der Verträge von 1839, die Belgiens Neutralität völkerrechtlich sicherten, einverstanden, da diese „durch die Verhältnisse überholt sind". Deutschland muß sich schon jetzt verpflichten, etwaigen neuen Verträgen über die Stellung Belgiens zuzustimmen.

d) Deutschland erkennt die Unabhängigkeit Oesterreichs in den von den Alliierten vorgeschriebenen Grenzen an, verpflichtet sich, sie unbedingt zu achten und erkennt an, daß diese Unabhängigkeit unabänderlich ist.

e) Deutschland erkennt die Unabhängigkeit der russischen Randstaaten an.

Rußlands Recht, an Deutschland Wiedergutmachungsansprüche zu stellen, wird vorbehalten.

Deutschland erklärt sein Einverständnis mit allen Verträgen, die von den verbündeten Mächten mit Rußland oder staatlichen Neubildungen geschlossen werden.

f) Deutschland verzichtet auf alle erworbenen Rechte und Vorrechte in China, Siam, Liberia, Marokko und Aegypten.

g) Deutschland verzichtet auf sämtliche Rechte, Ansprüche und Vorrechte in eigenen Kolonien oder in den seinen Verbündeten gehörenden Gebieten, sowie auch auf alle Rechte und Vorrechte und Ansprüche, die ihm aus irgend einem Grunde den alliierten Mächten gegenüber zustanden.

*) s. Garantien.

Garantien.

Um die Ausführung des Vertrages durch Deutschland sicherzustellen, werden die deutschen Gebiete westlich des Rheines einschl. der Brückenköpfe während eines Zeitraumes von 15 Jahren durch die Truppen der verbündeten Mächte besetzt gehalten.

Bei pünktlicher Erfüllung des Vertrages beginnt die Räumung nach fünf Jahren in einem Teilgebiet um Köln, nach 10 Jahren um Koblenz und nach 15 Jahren auch des von Frankreich besetzten Gebietes, insbesondere der Brückenköpfe von Mainz und Kehl.

II. Der Friedensvertrag mit Oesterreich.

(Saint-Germain)

Der Vertrag mit Oesterreich wurde am 10. September 1919 in St. Germain unterschrieben. Laut diesem Vertrag war die österreichische Regierung, vertreten durch den Kanzler Renner, gezwungen, folgende Bedingungen anzunehmen:

Die Territorialfrage wurde folgendermaßen geregelt: Oesterreich wurde gezwungen abzutreten:

An Italien einen Teil des Tiroler Gebietes mit der Stadt Bozen und das Küstengebiet mit dem Hafen Triest.

An die Tschechoslowakei Böhmen, Mähren, Schlesien (das Troppauer und einen Teil des Teschener Gebietes).

An Polen: Galizien (dessen östlicher Teil, obgleich er sich in den Händen von Polen befindet, ihm bisher noch nicht endgültig zugesprochen worden ist) und einen Teil des Teschener Schlesiens.*)

An Jugoslavien Slowenien mit den Städten Laibach, Marburg u. a. Es wurde beschlossen, in der Zone der Stadt Klagenfurt ein Plebiszit durchzuführen, das aber zugunsten Oesterreichs ausfiel.

An Rumänien die Bukowina mit der Stadt Tschernowitz.

Von Ungarn erhielt Oesterreich einen Teil von Westungarn (Burgenland).

Oesterreich übernahm die Verpflichtung, den nationalen Minderheiten auf seinem Gebiete die vollständige Sprach- und Glaubensfreiheit zu gewähren.

Der Bestand der österreichischen Armee wurde auf 30 000 Mann festgesetzt. Die Bewaffnung wurde auf 1150 Gewehre, 15 Maschinengewehre, zwei Minenwerfer und drei Kanonen auf je 1000 Mann beschränkt. Die See- und Luftflotte wurde vollständig abgebaut.

Oesterreich verpflichtete sich, alle durch die Kriegsoperationen seinerseits den Ententeländern und ihren Bürgern zugefügten Schäden zu ersetzen. Zu diesem Zwecke wurden seine Finanzen und seine Produktion der Kontrolle der internationalen Reparationskommission unterstellt.

---

*) Die Grenze zwischen Polen und der Tschechoslowakei wurde nachträglich im Juli 1920 auf Grund des Vertrages von Spaa festgelegt. Oesterreichisch-Schlesien wurde zwischen der Tschechoslowakei und Polen verteilt, so daß der ersteren das gesamte reiche Steinkohlengebiet zugefallen ist, während Polen nur die Stadt Teschen und den Bjelsker Bezirk erhielt.

Der Betrag der Reparationen sollte später festgesetzt werden. Dagegen wurde Oesterreich verpflichtet, als Ersatz für Requisitionen sofort zirka 20 000 Stück Vieh und eine bestimmte Menge von Baumaterialien zu liefern.

Ferner verpflichtete es sich, Italien eine Reihe von Kunstgegenständen und Schriftstücken zurückzuerstatten, die sich im 18. und 19. Jahrhundert die Habsburger angeeignet hatten. Es verpflichtete sich außerdem, die Unterhaltungskosten der Okkupationstruppen der Entente zu tragen.

Ein Teil der Staatsschulden Oesterreichs entfiel auf die Nachfolgestaaten. Die Kontrolle über die Donau-Dampfschiffahrt wurde einer internationalen Kommission zugewiesen, die für eine bestimmte Zeitdauer lediglich aus Vertretern der Ententeländer bestehen sollte.

III. Der Vertrag mit Ungarn.

(Trianon)

Der Friedensvertrag mit Ungarn wurde am 4. Juli 1920 in Trianon unterschrieben. Auf Grund dieses Vertrages sah sich die ungarische Regierung zu folgenden Zugeständnissen gezwungen.

Folgende Territorien wurden abgetreten:

An Jugoslavien Kroatien mit der Hauptstadt Zagreb (Agram), Bosnien und die Herzegowina, sowie der südliche Teil Ungarns, die sogenannte Vojvodina.

An Oesterreich Westungarn.

An Rumänien Siebenbürgen und die benachbarten südöstlichen Komitate des eigentlichen Ungarns.

An die Tschechoslowakei die Slowakei und Karpathorußland.

Der Bestand der ungarischen Armee wurde auf 35 000 Mann festgesetzt, sie darf nicht über Geschütze von mehr als 105 Millimeterkaliber verfügen. Im übrigen gelten für Ungarn dieselben Einschränkungen wie für Oesterreich.

Der Gesamtverlust beträgt an Gebiet 191 765 qkm (es bleiben 91 114 km); an Bevölkerung 10,78 Millionen Seelen (es bleiben 7,48 Millionen).

Die Reparationsfrage wurde auf dieselbe Weise wie in dem Vertrage von St. Germain geregelt. Ungarn wurde verpflichtet, der Entente entsprechende Kohlenmengen zu liefern.

Die Bedingungen der Kontrolle über die Donauschiffahrt sind dieselben wie für Oesterreich.

IV. Der Vertrag mit Bulgarien.

(Neuilly)

Der Friedensvertrag mit Bulgarien wurde am 27. November 1919 in Neuilly unterschrieben. Die bulgarische Regierung hat auf Grund dieses Vertrages folgende Bedingungen angenommen.

In territorialer Hinsicht wurden die Grenzen Bulgariens einigen „Verbesserungen" zugunsten Jugoslaviens und Griechenlands unterzogen. Die Grenze mit Rumänien wurde nicht verändert. Im Süden

verlor Bulgarien den gesamten Teil des früher in seinem Besitz befindlichen ägäischen Küstengebietes (westlich Thrazien) mit dem Hafen Dedeagatsch. Dieses Gebiet wurde nachträglich Griechenland zugesprochen.

Der Bestand der bulgarischen Armee wurde auf 20 000 Mann eingeschränkt. Die Zahl der mit Gewehren bewaffneten Gendarmen und Zollaufseher darf 10 000 Mann nicht überschreiten. Der Bestand der Grenzwachen sollen 3000 Mann betragen. Die übrigen Bedingungen sind gleichlautend mit denen des Vertrages von St. Germain.

Die Reparationszahlungen Bulgariens wurden auf 2¼ Milliarden Goldfranken festgesetzt. Außerdem wurde Bulgarien verpflichtet, als Entschädigung für Requisitionen an Griechenland, Rumänien und Jugoslavien in kurzer Frist zirka 70 000 Stück Vieh zu liefern (ungerechnet eventueller weiterer Lieferungen, die auf das Reparationskonto fallen werden).

Als Schadenersatz für die Zerstörung serbischer Kohlengruben verpflichtete sich Bulgarien für die Zeitdauer von fünf Jahren, 50 000 Tonnen Kohle jährlich an Jugoslavien zu liefern. Bulgarien trägt die Unterhaltungskosten der Okkupationstruppen. Es übernimmt einen Teil der türkischen Staatsschuld entsprechend der Größe des in seinem Besitz befindlich gewesenen türkischen Gebietes.

Bulgarien verpflichtet sich, den nationalen Minderheiten innerhalb seiner Grenzen die Sprach- und Glaubensfreiheit zu gewähren. Diese Verpflichtung bezieht sich ebenfalls auf Jugoslavien, Griechenland und Rumänien.

Der Vertrag mit der Türkei.

(Sèvres)

Der Friedensvertrag mit der Türkei, der am 10. August 1920 in Sèvres unterschrieben wurde, nahm der Türkei fast zwei Drittel ihres Gebietes. In Europa verlor sie zugunsten Griechenlands Thrazien und behielt lediglich ein Stückchen Land um Konstantinopel.

Die Meeresengen mit den Küsten und den nächstliegenden Inseln sind in die Verwaltung einer internationalen Kommission übergegangen, zu der auch Rußland (nach seiner Aufnahme in den Völkerbund) zugelassen werden soll.

Der Bezirk von Smyrna verblieb nominell unter türkischer Herrschaft, doch die tatsächliche Verwaltung dieses Gebietes ist Griechenland zugefallen, wobei dem östlichen Parlament das Recht erteilt worden ist, sich nach Verlauf von fünf Jahren für die Angliederung an Griechenland auszusprechen.

Ferner wurde die Türkei gezwungen, Armenien und Hedschas als unabhängige Staaten anzuerkennen. Sie verzichtete zugunsten Englands auf alle Rechte auf Aegypten.

Das Mandat über Mesopotamien und Palästina erhielt England, über Syrien Frankreich.

Die bewaffneten Kräfte der Türkei wurden auf 50 000 einschl. der Gendarmerie beschränkt, nicht gerechnet die Leibgarde des Sultans von 700 Mann.

In der auf das Gebiet von Kleinasien beschränkten Türkei selbst erhielten die interalliierten Kommissionen das Recht: 1. eine Gerichtsreform durchzuführen; 2. die Finanzen des Landes zu kontrollieren zwecks Auftreibung des Schadenersatzes zugunsten der Bürger der Ententeländer, die ihre Kapitalien in der Türkei angelegt hatten (auf andere Reparationszahlungen haben die Alliierten verzichtet). Die Rechte der deutschen, österreichischen und anderen feindlichen Ländern angehörenden Kapitalisten in der Türkei wurden liquidiert. Was die Eisenbahn-Konzessionen anbetrifft, sollen auf Forderung der Alliierten selbst die türkischen Kommissionäre ihrer Rechte enthoben und dieselben an die Alliierten übertragen werden.

An dem erfolgreichen bewaffneten Widerstand der in Angora, dem entlegenen Mittelpunkt Kleinasiens, konstituierten nationalen türkischen Regierung gegen die Truppen der griechischen Regierung, welche im Auftrage der Entente den Vertrag von Sèvres tatsächlich durchsetzen wollten, scheiterte derselbe. Die Angora-Regierung wurde von der Sowjetregierung anerkannt, von Frankreich insgeheim unterstützt. Die Unhaltbarkeit des Sèvres-Vertrages trat klar zutage, als Frankreich im Frühjahr 1922 ein dem Inhalt des Vertrages widersprechendes Separat-Abkommen mit der Angora-Regierung abschloß. Es folgten offizielle Verhandlungen zwecks Abänderung des Vertrages, welche aber bei Redaktionsschluß noch nicht beendigt waren.

Der Völkerbund.

Die Schaffung des Völkerbundes ist das Ergebnis der Ideologie Wilsons, der, um seine Lieblingsidee wenigstens auf dem Papier zu retten, seine Einwilligung zu den undurchführbaren Bedingungen des Versailler Friedensvertrages gab. Der Völkerbundvertrag selbst ist ein integrierender Bestandteil des Versailler Friedensvertrages. Er paßte sich in seiner Entwicklung dem Geiste von Versailles an: statt zu einem Instrument zur allgemeinen Völkerversöhnung, zur Vermeidung aller zukünftigen Kriege, entwickelte er sich zu einem Herrschaftsinstrument der siegreichen Großmächte. Zwischen der zugrunde liegenden Idee und der tatsächlichen Wirklichkeit besteht eine breite Kluft.

Die Einleitung zu den Statuten gibt die „Förderung der Zusammenarbeit der Völker und Erreichung des Weltfriedens" als Ziele des Völkerbundes an. Außerdem hat der Völkerbund, gemäß seinen Statuten, den Arbeiterschutz auszuüben (Art. 23), die Kolonialvölker unter seine Vormundschaft (im Original „tutelle") zu nehmen (Art. 22), die Fragen der Regelung der internationalen Handelsbeziehungen zu bearbeiten (Art. 23e), den Kampf gegen Krankheiten (Art. 23f), die Prostitution, den Opiumhandel und Vertrieb anderer schädlicher Substanzen (Art. 23c) zu führen.

Die Zusammensetzung des Völkerbundes.

Die wirklichen Ziele des Völkerbundes sind am besten aus den Grundsätzen seiner Zusammensetzung ersichtlich.

Zur Zeit der Gründung des Völkerbundes traten ihm alle Länder, die den Frieden von Versailles unterschrieben hatten, mit Ausnahme Deutschlands, dessen Beitritt verweigert wurde, bei; im ganzen 27 Staaten, einschließlich der Vereinigten Staaten von Nordamerika, welche aber später die Ratifizierung des Friedensvertrages ablehnten und dem Völkerbunde fernblieben.

Auf der Tagung des Bundes im September 1921 in Genf waren 48 Länder vertreten. Lettland und Estland wurden neu aufgenommen. Gegenwärtig (April 1922) umfaßt der Völkerbund die Mehrheit der kleinen Nationen, darunter auch unselbständige Länder wie Indien, Hedschas, Siam, Haiti und andere. Zur selben Zeit blieben aber drei Großmächte, die Vereinigten Staaten, Rußland und Deutschland, dem Völkerbund fern. Was die Vereinigten Staaten anbetrifft, so war gerade die Einfügung des Völkerbundpaktes in den Versailler Friedensvertrag der Hauptgrund, weshalb der amerikanische Senat die Ratifizierung dieses Vertrages, welcher von ihrem Präsidenten Wilson mit unterzeichnet war, verweigerte. Amerika wollte nicht Verpflichtungen in bezug auf europäische Angelegenheiten auf sich nehmen.

Deutschland gegenüber ist der Völkerbund, insbesondere aber seine Leitung — der Oberste Rat —, ein Organ, welches die unmittelbare Aufgabe inne hat, die Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages durchzuführen. Der Völkerbund tritt in dem von Deutschland gelösten Saar-Kohlengebiet als oberste Administrationsbehörde auf (Art. 49), entscheidet über alle Fragen, die Eupen-Malmedy, ein gegenwärtig Belgien zugesprochenes Gebiet, betreffen (Art. 34), bestimmt über Danzig (Art. 102), die deutsch-österreichischen Beziehungen (Art. 80) usw.

Die Rußlandfrage wird in dem Bundesvertrag nicht erwähnt. Trotzdem beschäftigte sich der Oberste Rat mehrmals mit Angelegenheiten, die direkt oder indirekt Rußland angehen (so mit der Frage der Aaland-Inseln und des karelischen Aufstandes). Die Gründer des Völkerbundes haben sich das Recht angemaßt, ihre Einmischung auch auf die Angelegenheiten derjenigen Staaten auszudehnen, die nicht Mitglieder des Bundes sind. (Art. 17.) Dieser Einstellung zufolge versuchte der Oberste Rat im Jahre 1920, eine „Untersuchungskommission" nach Sowjetrußland zu entsenden. Dieser Plan scheiterte jedoch an der Weigerung der Sowjetregierung, der Kommission eines Organs, welches sonst Rußland ignoriert, die Einreiseerlaubnis zu erteilen. In allen hier angeführten Fällen waren die Handlungen des Völkerbundes gegen die Interessen Rußlands gerichtet. Für die Hungerhilfsaktion im Wolgagebiet hat der Völkerbund die finanzielle Hilfe verweigert, trotz des flammenden Appells, den Nansen in der zweiten Session des Plenums in Genf im September 1921 an den Völkerbund richtete.

Der Oberste Rat, seine Konstruktion und seine Kompetenzen.

Der wahre Charakter des Völkerbundes in seiner gegenwärtigen Gestaltung kommt auch in seinen Statuten, in den Bestimmungen über den Obersten Rat und dessen Kompetenzen der Plenarversammlung gegenüber kraß zum Ausdruck. In Wirklichkeit liegt das tatsächliche Schwergewicht des Völkerbundes nicht in der Plenarversammlung, die statutengemäß nur einmal im Jahre, und zwar an jedem ersten Montag des September, einzuberufen ist, sondern im Obersten Rat. Statutengemäß soll der Oberste Rat mindestens einmal im Jahre zusammentreten (Art. 4), doch tagt er in Wirklichkeit bedeutend öfter. Der Oberste Rat ist mit großen Vollmachten ausgestattet (Art. 4, Abs. 2) und beschäftigt sich mit allen Fragen, die im Bereich der Kompetenzen des Völkerbundes liegen oder den Weltfrieden berühren (Art. 4, Abs. 4). Laut Artikel 15, Abs. 10 der Statuten erhält ein Beschluß der Plenarversammlung erst dann die Rechtsgültigkeit, wenn er durch die Bevollmächtigten der im Obersten Rat vertretenen Länder gebilligt worden ist. Der Oberste Rat hat auch das Recht, Mitglieder des Völkerbundes auszuschließen, sollten diese seines Erachtens irgendeine der Verpflichtungen nicht innegehalten haben (Art. 16, Abs. 4).

Diese weitgehenden Vollmachten des Obersten Rates erhalten in Verbindung mit seiner Zusammensetzung einen ganz besonderen Charakter. „Der Oberste Rat besteht aus Vertretern der alliierten Großmächte (d. h. Englands, Frankreichs, Italiens, Japans und der Vereinigten Staaten) und vier Vertretern aller anderen Mitglieder des Völkerbundes . . . . Bis zum Beschluß der Plenarversammlung gehören die Vertreter Belgiens, Brasiliens, Spaniens und Griechenlands dem Obersten Rat an . . ." (Art. 4, Abs. 1.) Später lehnten es die Vereinigten Staaten ab, dem Völkerbunde beizutreten, und der Vertreter Griechenlands wurde durch einen Vertreter Chinas ersetzt. So sind im Obersten Rat vier Großmächte und vier kleine, in politischer Hinsicht nur halbselbständige Staaten vertreten. Diese Scheinparität bedeutet in Wirklichkeit entscheidenden Einfluß der Entente-Großmächte.

Die Abrüstung.

„Die Mitglieder des Völkerbundes sehen ein, daß es im Interesse des Friedens notwendig ist, die Streikräfte bis zu einem mit den Forderungen der nationalen Sicherheit vereinbarlichen Minimum herabzusetzen." (Art. 8, Abs. 1.)

Wer und was für die Festlegung dieses Minimums in jedem einzelnen Falle und im allgemeinen maßgebend ist, wird in den Statuten nicht erwähnt. Anscheinend sind es die betreffenden Regierungen selbst, wie aus dem Absatz 2 desselben Artikels zu ersehen ist.

Während der ganzen Zeit seines Bestehens hat der Oberste Rat des Völkerbundes bloß eine Abrüstungskommission eingesetzt, die aber bisher nicht einmal bis zur Ausarbeitung eines Abrüstungsplanes gelangt ist.

Gegenseitiger Schutz.

Der diese Frage behandelnde Artikel ist äußerst vorsichtig gefaßt, sogar das Wort „Schutz" wird nicht erwähnt.

„Die Mitglieder des Völkerbundes verpflichten sich gegenseitig, die Territorial- und Souveränitätsrechte aller dem Völkerbund angehörenden Länder bei Angriffen von außen zu achten und zu wahren (maintenir). Im Falle eines Angriffs oder der Gefahr eines solchen legt der Oberste Rat die praktischen Maßnahmen zur Durchführung dieser Verpflichtungen fest." (Art. 10.)

Dies ist der Punkt, weswegen die Vereinigten Staaten dem Völkerbund fernblieben und den Versailler Vertrag nicht rafifizierten.

Der internationale Gerichtshof.

Der Völkerbund stellt sich die Aufgabe:

a) der Schaffung eines ständigen internationalen Gerichtshofes, welcher den Plenartagungen des Bundes oder dem Obersten Rat seine „Gutachten" (avis consultatifs) über strittige Fragen abgeben soll (Art. 14). In Ausführung dieses Beschlusses erwählte die Plenartagung des Völkerbundes im September 1921 in Genf 11 Mitglieder dieses Gerichtshofes. Der Wahlmodus gewährte den Großmächten ein entscheidendes Uebergewicht;

b) der Regelung der Differenzen mittels eines Schlichtungsverfahrens (Art. 12) und durch Entscheidung des Obersten Rates (Art. 15). Jedoch sind diese Artikel so gefaßt, daß sie den Großmächten volle Bewegungsfreiheit lassen. Die Einmischung in die Angelegenheiten der Völker, die durch den Willen der Gründer selbst außerhalb des Völkerbundes gestellt wurden, tritt klar zutage auch im Art. 17, wonach diese Völker der Blockade unterworfen werden können, sollten sie die Verpflichtungen des Völkerbundes, welcher ohne ihre Beteiligung geschaffen wurde, nicht innehalten.

Das „Mandat-System" zur Verwaltung der vormals deutschen Kolonien und anderer „Einflußgebiete", welches im Art. 22 der Statuten des Völkerbundes präzisiert wird, ist äußerst bezeichnend für den Geist dieser Institution. Der Völkerbund erachtet es für eine heilige Pflicht der Zivilisation, sich um diejenigen Völker zu kümmern, welche „sich unter den besonders schwierigen Bedingungen der heutigen Welt selbst zu leiten nicht fähig sind . . . Das beste Mittel zur Verwirklichung dieses Prinzips ist die „Uebertragung der Vormundschaft" (tutelle) über diese Völker auf die in kultureller Hinsicht hochstehenden Nationen". (Abs. 2.)

Ueber den wahren Sinn dieses „Mandatsystems" schreibt der ehemalige Staatssekretär der Vereinigten Staaten, Lansing, der gemeinsam mit dem Präsidenten Wilson den Versailler Vertrag unterzeichnet hat, in seinen Memoiren, betitelt „Die Friedensverhandlungen", folgendes:

„Sollten die Parteigänger dieses Systems die Hoffnung hegen, durch seine Verwirklichung die Tatsache der Besetzung von feind-

lichen Gebieten vertuschen zu können, so wird dieses Manöver niemanden mehr betrügen können . . . Unter der altruistischen Maske dieses Systems sind die egoistisch-materiellen Interessen der sich seiner (des Systems) bedienenden Mächte verborgen."

Arbeiterschutz.

Der diese Frage behandelnde Artikel lautet: „Die Mitglieder des Völkerbundes werden bemüht sein, gerechte, menschliche Arbeitsverhältnisse für Männer, Frauen und Kinder — sowohl in ihren eigenen Gebieten, als auch in denjenigen Ländern, mit welchen sie wirtschaftliche Beziehungen unterhalten — zu schaffen und sicherstellen." Die Erfahrung zeigt, daß dies nur schöne Worte sind. Viele dem Völkerbund angehörenden Länder haben nicht einmal das Arbeitsabkommen, das auf dieser Grundlage getroffen wurde, zur festgesetzten Zeit ratifiziert. Die in den Statuten des Völkerbundes und den erwähnten Artikeln des Versailler Vertrages ersichtliche Neigung zu einigen angeblichen Konzessionen an die Arbeiterklasse verschwand mit der Abschwächung der revolutionären Welle, die gerade in den Tagen der Versailler Verhandlungen ihren Höhepunkt erreicht hatte.

In den oben erwähnten Memoiren gibt Lansing die nachfolgende Charakteristik vom Völkerbund:

„Man muß offen gestehen, daß der Völkerbund eine Waffe in den Händen der Starken ist, um den nationalen Bestrebungen und Hoffnungen derjenigen entgegenzuwirken, die durch ihre Niederlage zur Hilflosigkeit verdammt sind."

Innerhalb des Völkerbundes spielt sich ein starker Kampf zwischen England und Frankreich ab. Während England, dessen wirtschaftliche Interessen gegenwärtig einen dauernden Frieden und eine Wiederherstellung Europas erfordern, den Völkerbund zu einem Friedensinstrument ausbauen möchte, ist Frankreich bestrebt, denselben vor allem zur Niederhaltung Deutschlands zu verwenden. Scharf trat dies z. B. in der oberschlesischen Frage zutage, als dem Völkerbund von England und Frankreich die Entscheidung über das Schicksal Oberschlesiens anvertraut wurde. Auch die Frage des Beitritts Deutschlands zum Völkerbund wird durch den Gegensatz zwischen England und Frankreich hinausgeschoben, trotzdem Deutschland sich durch seine Willfährigkeit zu einer Aufnahme in den Bund als befähigt erwiesen hat. Das weitere Schicksal und Wirken des Völkerbundes hängt von der Gestaltung des Verhältnisses zwischen England und Frankreich ab.

Die Reparationen und die Reparationskommission.

Im Versailler Friedensvertrag ist der genaue Umfang der deutschen Reparationszahlungen nicht festlegt. Deutschland mußte sich, indem es den Vertrag unterzeichnete, verpflichten, der Entente eine un-

bestimmte, erst später festzustellende Summe zu zahlen. Es wurde die Reparationskommission mit fast unbegrenzten Vollmachten geschaffen, deren Aufgabe es sein sollte, 1. den Umfang der Schäden und Verluste festzustellen, die Deutschland durch Angriffe zu Lande, zur See und in der Luft verursacht hat, und 2. Mittel und Wege zu finden, um von Deutschland die fälligen Summen zu erhalten. Als letzter Termin zur Feststellung der Gesamtsumme der deutschen Verpflichtungen wurde der 1. Mai 1921 bestimmt. Bis zum Ablauf dieser Frist wurde Deutschland vorgeschrieben, fast seine ganze Handelsflotte auszuliefern, eine Unmenge Eisenbahnwagen, Lokomotiven und sonstiges Eisenbahnmaterial zu stellen und allmonatlich 3,4 Mill. Tonnen Kohlen und eine gewisse Menge Chemikalien und Steinkohlenprodukte zu liefern. Das Staatseigentum in den laut dem Versailler Friedensvertrag losgetrennten Gebieten mußte an die Entente abgegeben werden (die Saarkohlengruben vorläufig auf 15 Jahre). Die von Deutschland bis zum 1. Mai 1921 zu zahlende Summe wurde auf 20 Milliarden Goldmark festgesetzt, die obigen Sachleistungen eingerechnet.

Doch die Forderung auf 20 Milliarden Goldmark bis zum 1. Mai 1921 konnte nicht erfüllt werden; die Entente erhielt nur sieben bis acht Milliarden. Seitdem bemühen sich die Ententeregierungen erfolglos, die praktische Lösung des Reparationsproblems zu finden. Deutlich zeigen sich die Interessengegensätze der kapitalistischen Länder: England und Italien einerseits, Frankreich und Belgien andererseits. England begnügt sich mit der Verwandlung Deutschlands in einen Staat, dessen Wirtschaft durch England leicht kontrolliert werden kann. In der Sorge um seine Exportindustrie ist es bemüht, die Kaufkraft Deutschlands zu erhalten. Italien sieht in Deutschland einen Produzenten, bei welchem die Ware billiger und vorteilhafter gekauft werden kann als sonstwo.

Belgien und besonders Frankreich, das während des Krieges eine zügellose Anleihewirtschaft führte und in den Nachkriegsjahren für den Wiederaufbau der zerstörten Norddepartements und Entschädigungen anderer Art ganz ungeheure Summen (bis jetzt nicht weniger als 80 Milliarden Francs) ausgeben und mit diesen Summen sein Budget und seinen Kredit belasten mußte, sind bemüht, Deutschland auszupressen, ohne jede Rücksicht auf die wirtschaftlichen Folgen, unter der ständigen Drohung der Besetzung des Ruhrgebietes, dieser Lebensader der deutschen Industrie.

Das ganze Jahr 1920 verlief in erfolglosen Versuchen, sich der Lösung des Reparationsproblems zu nähern. Im April fand die erste Konferenz der Ententeländer in San Remo (19.—26. April 1920) statt. Es wurden keine prinzipiellen Beschlüsse gefaßt. Eine zweite fand in Hythe und eine dritte in Boulogne statt (21. Juli 1921), in der beschlossen wurde, eine vierte Konferenz nach Spaa einzuberufen, wo die Vertreter der Entente mit den Vertretern der deutschen Regierung zusammenkommen sollten.

Inzwischen verschlechterte sich die finanzielle Lage Deutschlands immer mehr. Der Reichsetat für 1920—21 schloß mit einem Defizit von ungefähr 100 Milliarden Mark, welches durch die Ausgabe von Bank-

noten und Kassenscheinen gedeckt wurde. Der Wert der Mark sank sich. Das Ende Juni 1920 veröffentlichte Memorandum der deutschen Finanz- und Wirtschaftssachverständigen führte den Beweis, daß die Zahlungsfähigkeit Deutschlands viel geringer ist, als es sogar die gemäßigsten Politiker der Entente glauben. Die Konferenz in Spaa (vom 5.—17. Juli 1920) konnte nur die Frage der deutschen Kohlenlieferungen regeln. In bezug auf die Regelung des Reparationsproblems in seinem vollen Umfange kam die Konferenz zu keinem konkreten Ergebnis.

Der Konferenz von Spaa folgte die gemeinsame Konferenz der Entente- und deutschen Sachverständigen in Brüssel (16.—23. Dezember 1920). Der durch die Sachverständigen vorgeschlagene provisorische Plan der deutschen Reparationszahlungen für die nächsten fünf Jahre wurde von Frankreich nicht akzeptiert. Es wurde dann eine neue Konferenz nach Paris (24.—30. Januar) einberufen. Dieselbe endete mit der Stellung eines Ultimatums an Deutschland.

Hauptpunkte: Deutschland zahlt in Goldmark:

a)	während zweier Jahre	vom	1. 5. 1921—1. 5. 1923	je 2	Milliarden	Mark
b)	„ dreier „	„	1. 5. 1923—1. 5. 1926	„ 3	„	„
c)	„ dreier „	„	1. 5. 1926—1. 5. 1929	„ 4	„	„
d)	„ dreier „	„	1. 5. 1929—1. 5. 1932	„ 5	„	„
e)	„ einunddreißig Jahren	von	1932—1963	„ 6	„	„

Außer diesen Zahlungen verpflichtet sich Deutschland, für die Dauer von 42 Jahren jährlich 12 Prozent seines Exportwertes abzugeben. Laut den Berechnungen von Keynes würde demnach die endgültige jährliche Zahlungssumme Deutschlands zirka 8 Milliarden ausmachen, was die von der Brüsseler Konferenz festgesetzte Zahlungsfähigkeit Deutschlands um das Doppelte übersteigt.

Die Beschlüsse der Pariser Konferenz riefen in Deutschland einen Sturm von Protesten hervor. Die Vertreter der deutschen Regierung wurden aufgefordert, ihre Antwort auf der Londoner Konferenz, welche Anfang März 1921 stattfand, zu erteilen. Die Londoner Konferenz endigte mit einem zweiten Ultimatum. Zur Strafe und zwecks Einwirkung auf die widerspenstige deutsche Regierung wurden die sogenannten wirtschaftlichen „Sanktionen" in Anwendung gebracht. Es wurde der Befehl zur Besetzung der Rheinhäfen Duisburg, Ruhrort und Düsseldorf erteilt, die besetzten Rheinprovinzen wurden vom übrigen Deutschland durch eine Zollgrenze getrennt, wobei die Zollerträge der Reparationskommission zufließen sollten, und außerdem wurde den Ländern der Entente noch das Recht zugesprochen, fünfzig Prozent der Summen, welche für aus Deutschland eingeführte Waren zahlbar wurden, für die Reparationszahlungen mit Beschlag zu belegen (die von der deutschen Regierung den Exporteuren zurückzuerstatten wären).

Ende April 1921 hatte nun die Reparationskommission ihre Arbeiten zur Feststellung des Umfanges der deutschen Reparationsverpflichtungen gemäß den Grundlagen des Versailler Vertrages beendigt. Am 27. April 1921 überreichte die Kommission der deutschen Regierung ein Memorandum, in dem die Gesamtsumme der Forderungen auf

132 Milliarden Goldmark bemessen wurde. Die sechs Milliarden, welche Deutschland an die Entente auf Rechnung der belgischen Kriegsanleihe bei den Alliierten einzuzahlen hatte, waren nicht mit einberechnet.

Zur selben Zeit nahte die Frist (1. Mai 1921), bis zu der die Alliierten laut dem Versailler Vertrag den endgültigen Modus der deutschen Zahlungen festzustellen hatten. Die zu diesem Zwecke Ende April in London tagende Konferenz der Alliierten richtete an Deutschland folgendes Ultimatum:

1. Die Gesamtsumme der deutschen Verpflichtungen an die Alliierten wird mit 132 Milliarden Goldmark bemessen (von dieser Summe sind die erfolgten Leistungen und die Eingänge aus dem Staatseigentum in den abgetrennten Gebieten abzuziehen), für deren Deckung Deutschland Reichsschuldscheine in entsprechender Zahl in drei Serien überreichen soll, und zwar:

   a) 12 Milliarden Goldmark in Form von Reichsschuldscheinen Serie A,
   b) 38 Milliarden Goldmark in Schuldscheinen Serie B,
   c) 82 Milliarden Goldmark in Schuldscheinen Serie C.

Diese Schuldscheine sollen mit fünf Prozent verzinst und mit einem Prozent amortisiert werden. Serie A zinspflichtig vom 1. Mai 1921 an gerechnet, Serie B vom 1. November 1921. Die Serie C wird einstweilen überhaupt nicht ausgestellt und trägt keine Zinsen.

2. Zur Deckung der Zinsen und zur Amortisierung hat Deutschland vorläufig zu zahlen:

a) jährlich zwei Milliarden Goldmark in vier Raten ab 1. Mai 1921. Die Reparationskommission hat das Recht, den Termin für die Ausstellung der Schuldscheine auf die restlichen 82 Milliarden Goldmark festzulegen und Verzinsung und Amortisierung zu fordern, wodurch die Lasten sich entsprechend erhöhen würden.

b) 26 Prozent des deutschen Exportwertes.

3. Es wird eine besondere „Garantie-Kommission" mit dem Sitz in Berlin geschaffen, welcher große Rechte und Vollmachten erteilt werden und deren Aufgabe es sein soll, die pünktliche Bezahlung der Schuldzinsen durch Deutschland sicherzustellen.

Die Forderungen des Londoner Ultimatums wurden durch die Drohung mit der Besetzung des Ruhrkohlengebietes bekräftigt. Auch dieses unerfüllbare Programm wurde der französischen Regierung mit Mühe von der englischen abgezwungen, nicht ohne Beihilfe der Vereinigten Staaten, die bei dieser Gelegenheit aus ihrer Isolierung wieder heraustraten und deren Vertreter — wenn auch nicht in formell-offizieller Weise — seinen Sitz in der Reparationskommission und dem Obersten Rate wieder einnahm. Die Krise führte zu dem Abtritt der schwankenden Fehrenbach-Simonschen Regierung, die unter dem Drucke der Rechtsparteien sich zu keiner endgültigen Politik zu entscheiden vermochte und deren Nachfolger Wirth und Rathenau an der Spitze der bürgerlich-sozialistischen Koalitionsregierung nun erst entschieden den Weg der „Erfüllungspolitik", der Politik der Unterordnung unter den Willen der Ententestaaten, betraten. Am 12. Mai erklärte sich die Regierung in Person des Kanzlers mit der Annahme der Londoner Bedingungen einverstanden.

Es begann die Periode der Erfüllung. Durch äußerste Anspannung aller Kräfte des Landes gelang es der deutschen Regierung, die erste Zahlung in Höhe von einer Milliarde Goldmark rechtzeitig (zum 31. August 1921) zu leisten. Jedoch wurde nur e i n g e r i n g e r T e i l dieser Summe durch die zur Verfügung der deutschen Reichsbank stehenden ausländischen Devisen beglichen. Auf die übrige Summe (annähernd 700 Millionen Goldmark) wurden k u r z f r i s t i g e A n l e i h e n in Holland und der Schweiz aufgenommen, wobei die Silbervorräte der Reichsbank nach dem Auslande geschafft und dort verpfändet werden mußten. 68 Millionen Goldmark aus den Goldbeständen wurden auf das Konto der Alliierten der Federal-Reserve-Bank in New York übergeben.

Die üblen Folgen dieser Anstrengung kamen bald zum Vorschein. Die kurzfristigen Anleihen mußten alsbald eingelöst werden. Dies geschah im wesentlichen durch die Abgabe von Papiermark an das Ausland. Dies hatte in der zweiten Hälfte 1921 ein ständiges Sinken des Markkurses zur Folge. Der Dollarkurs, der in der ersten Hälfte 1921 ungefähr 60 bis 70 Mark betrug, erreichte Anfang November 1921 in Berlin die Höhe von 309 Mark. Dies hatte andererseits eine forcierte Ausfuhr deutscher Waren zur Folge, die der ohnehin überlastete Weltmarkt nicht aufnehmen konnte. Jene Länder, welche die Reparationszahlungen empfangen sollten, wehrten sich gegen das Eindringen deutscher Waren, also gegen die Möglichkeit der Reparationszahlungen.

Das Wiesbadener Abkommen war ein Versuch, diese Schwierigkeiten auszugleichen. Deutschland sollte an Frankreich Waren zum Wiederaufbau liefern, also zu einem Zwecke, für welchen die reguläre französische Produktion ohnehin nicht aufkommen konnte. Nach dem am 6. Oktober 1921 abgeschlossenen Abkommen sollte Deutschland bis zum 1. Mai 1926 Waren im Höchstbetrage von 7 Milliarden Goldmark jährlich liefern, ausschließlich zum Zwecke des Wiederaufbaues. Die regulären Lieferungsverpflichtungen Deutschlands an die Entente sollten hierdurch nicht berührt werden. Gutgebracht werden sollte jährlich nur für die Reparationsleistungen eine Milliarde Goldmark; den diese Summe übersteigenden Teil sollte Deutschland an Frankreich kreditieren zu fünf Prozent Zinsen, zahlbar in zehn Jahresraten vom 1. Mai 1926 an. Das Abkommen hatte den Zweck, die Konkurrenz der deutschen Industrie auf dem freien französischen Markte auszuschalten. Die deutschen Lieferanten sollten natürlich von der deutschen Regierung den Wert in Papiermark erhalten. Das Abkommen blieb infolge Einspruchs Englands bis Frühjahr 1922 in der Schwebe. Es wurde durch das Bemelmans-Abkommen ergänzt, welches einzelnen Franzosen den freien Einkauf zu Wiederaufbauzwecken auf Reparationskonto in Deutschland möglich machte.

Mittlerweile ergab sich, daß Deutschland nicht imstande war, die fälligen Reparationszahlungen zu leisten. Die deutschen Arbeiterparteien hatten die Forderung der Erfassung der Sachwerte zur Deckung der Reparationszahlungen gestellt. Als Gegenzug folgte das Angebot der deutschen Industrie, einen Goldkredit im Ausland auf ihre Betriebe aufzunehmen und dem deutschen Staat zur Verfügung zu stellen (Kreditaktion der Industrie), doch zerschlugen sich die Ver-

handlungen, da die Auslieferung der Reichseisenbahnen an das Privatkapital als Bedingung gestellt wurde.

Es folgte der Steuerkampf, welcher mit dem bekannten Steuerkompromiß endete: alle Steuern wurden erhöht und die Aufnahme einer inländischen Zwangsanleihe auf das Kapital im ungefähren Betrage von einer Milliarde Goldmark beschlossen.

Inzwischen wurden die neuen Reparationszahlungen dringend. Die deutsche Regierung wandte sich an die Bank von England um eine Anleihe, erhielt aber die Antwort, daß, solange die Reparationsfrage nicht geordnet sei, Deutschland kein Kredit gewährt werden könne. Am 14. Dezember wandte sich die deutsche Regierung an die Reparationskommission mit der Bitte um Erteilung eines Moratoriums. Nachdem die Frage in Cannes vom Obersten Rat besprochen war, folgte die Entscheidung der Reparationskommission, wonach Deutschland für das Jahr 1922 nur 720 Millionen Goldmark in bar und 1450 Millionen Goldmark in Sachlieferungen zu bezahlen habe. Die Barzahlungen sollten provisorisch in Raten von 31 Millionen alle 10 Tage erfolgen.

Als Bedingung wurde gestellt: die Organisierung einer ständigen Kontrolle der deutschen Finanzen durch die Garantiekommission und die Votierung von neuen Steuern in Höhe von 60 Milliarden Mark, welche bis Ende Mai votiert sein und von welchen noch im Jahre 1922 mindestens 40 Milliarden eingehen müßten. Diese Forderungen wurden von der deutschen Regierung zurückgewiesen und zur Aufbringung der zur Zahlung sämtlicher Verpflichtungen Deutschlands notwendigen Devisen die Gewährung einer Auslandsanleihe an Deutschland vorgeschlagen. In ihrer Antwort vom 13. April beharrte die Reparationskommission auf ihren Forderungen, doch ließ sie einen Weg zu weiteren Verhandlungen offen, indem sie sich bereit erklärte, „praktische Vorschläge Deutschlands auch weiterhin entgegenzunehmen".

Auf der Konferenz in Genua durfte das Reparationsproblem nicht behandelt werden, da Frankreich in diesem Falle mit dem Verlassen der Konferenz drohte. Nur als zwischen Deutschland und Rußland der Rapollovertrag geschlossen wurde, richtete am 5. Mai die Reparationskommission an die deutsche Regierung eine Note, in der sie mit Hinweis auf die Bestimmung der Vertrages, in der Deutschland auf seine Rechte in Rußland endgültig Verzicht leistet, forderte, daß „nicht etwa eine neue Belastung des Budgets und so mittelbar eine Beeinträchtigung der deutschen Reparationskraft aus Entschädigungen an deutsche Reichsangehörige für ihre aufgegebenen Interessen in Rußland oder aus staatlichen Subventionierungen deutscher Unternehmungen in Rußland entstehe. Auch behält sich die Reparationskommission das Recht vor, von Zeit zu Zeit die Wirkungen zu überprüfen, die sich aus der Durchführung des Rapallovertrages ergeben, damit nicht in irgend einer Weise die Vorrechte der alliierten Gläubiger Deutschlands beeinträchtigt werden."

Die deutsche Regierung erklärte sich in ihrer Note vom 9. Mai grundsätzlich bereit, „die gesamten in Papiermark entstehenden Staatsausgaben durch Einnahmen aus Steuern und auch innere Anleihen ohne Geldinflation zu decken, einen entsprechenden Plan der Repa-

rationskommission vor dem 31. Mai vorzulegen, im Kontakt mit ihr die in dieses Gebiet fallenden gesetzgeberischen Bestimmungen zu treffen und ihr jederzeit über die finanziellen Gebahrungen Deutschlands Auskünfte zu erteilen". Zu gleicher Zeit war der deutsche Finanzminister Hermes zwecks Verhandlungen mit der Reparationskommission mit Hinblick auf die am 31. Mai fälligen Forderungen von Genua nach Paris gereist. Das praktische Ergebnis der Verhandlungen war vor allem die Verlängerung des Moratoriums bis Ende 1922. Ferner verpflichtete sich Deutschland, seine schwebenden Schulden auf den Stand vom 31. März zurückzuführen, doch nur unter der Bedingung, daß es eine Auslandsanleihe erhalte.

In der Note vom 29. Mai teilte die deutsche Regierung der Reparationskommission mit, daß „die Einnahmen des deutschen Staatshaushaltes durch erneute Schätzung der Steuern erhöht, die Ausgaben durch Beseitigung der Zuschüsse, durch Ersparnisse in der Finanzverwaltung eingeschränkt würden. Ebenso sei die Reichsbank durch das Gesetz vom 26. Mai unabhängig gemacht worden, außerdem sei die deutsche Regierung mit „Nachprüfungen" der Reparationskommission grundsätzlich einverstanden." In der Antwortnote vom 31. Mai nahm die Reparationskommission die Erklärungen der deutschen Regierung mit Befriedigung zur Kenntnis, doch behielt sie sich ausdrücklich den Widerruf des Moratoriums vor, wenn Deutschland mangels einer Auslandsanleihe die schwebende Schuld nicht herabsetzen sollte.

Die Reparationskommission hatte einen Sachverständigenausschuß von Bankiers mit der „Prüfung der Bedingungen, nach denen die deutsche Regierung auswärtige Anleihen zur Ablösung eines Teiles des Kapitals der Reparationsschuld aufnehmen könnte", betraut. Das Komitee war am 24. Mai in Paris zusammengetreten und bestand aus folgenden Mitgliedern:

Delacroix (Belgien), Vorsitzender,
d'Ameglio (Italien), stellvertretender Vorsitzender,
Sergent (Frankreich),
Kindersley (England),
Vissering (Holland),
Bergmann (Deutschland),
Morgan (Vereinigte Staaten).

Morgan war die bedeutendste Persönlichkeit dieses Komitees. Nach Mitteilungen amerikanischer Blätter gingen die Vorschläge Morgans dahin: Modifizierung der deutschen Reparationen, der zu zahlende Betrag solle so festgesetzt werden, daß die Abtragung in einer absehbaren Zeit möglich sei; Vorrecht der Anleihe vor den Reparationsforderungen; der Betrag der Anleihe solle größer sein als die Summe, die zur Garantie der Reparationszahlungen während der nächsten drei bis fünf Jahre nötig sei; der Restbetrag sei zur Stabilisierung des deutschen Finanzwesens zu verwenden. Eine Milliarde Dollar könnten aufgebracht werden, wenn der Zinsfuß genügend hoch (nicht wesentlich unter 10 Prozent) festgesetzt, während der Dauer der Anleihe kein Einmarsch in Deutschland stattfinden und ein Viertel der Anleihe Deutschland zum Ankauf von Rohstoffen überlassen würde.

Am 1. Juni legte das Morgankomitee der Reparationskommission die Frage vor, ob „die durch das Londoner Ultimatum vorgeschriebenen Zahlungen als eine unabänderliche Verpflichtung zu betrachten sind, und ob es dem Komitee freisteht, die Möglichkeit von Lösungen ins Auge zu fassen, die Abänderungen dieses Arrangements einschließen". Gegen die Stimme des französischen Vertreters wurde die Antwort gegeben, daß „jede Anregung des Bankhilfskomitees äußerst wertvoll sein werde, ohne irgendwie die Verantwortung des Wiedergutmachungsausschusses zu beeinträchtigen."

Da aber Frankreich mit 52 Prozent an den Reparationszahlungen interessiert ist, fand es das Morgankomitee für untunlich, gegen den Willen desselben eine Lösung, welche die Herabsetzung der Reparationszahlungen in sich schließt, ins Auge zu fassen. Es heißt im Memorandum des Komitees: „Die allmähliche Umwandlung der deutschen Verpflichtungen aus einer Schuld an Regierungen in eine Schuld an private Kapitalisten sei geboten. Da aber Frankreich jetzt keine Untersuchung allgemeiner Bedingungen wünsche, halte sich das Komitee nicht für berechtigt, eine derartige Untersuchung vorzunehmen. Ohne eine Herabsetzung der Reparationslasten sei aber Deutschland nicht kreditwürdig."

Das Komitee sah sich folgenden Schwierigkeiten gegenüber: „Es wurde festgestellt, daß die Wiederherstellung des auswärtigen Kredites Deutschlands so lange unmöglich ist, als die geldgebenden Kreise keine Sicherheiten sehen, daß Deutschlands Verpflichtungen, so wie sie gegenwärtig festgesetzt sind, und wie sie erzwungen werden können, innerhalb seiner Leistungsfähigkeit liegen, und daß Deutschlands Wille und Absicht, sie abzugelten, aufrecht erhalten werden wird. Solange, wie dies die Lage ist, muß der Kapitalist unter dem Einfluß der Möglichkeit stehen, daß ein Zusammenbruch der deutschen Finanzen als Folge der gegenwärtigen Unsicherheit einen sozialen Umsturz hervorrufen kann. Es ist jedoch schwierig, Sicherheiten zu finden, welche unter solchen Bedingungen als eine befriedigende Garantie für eine Anleihe angesehen werden würden, wenigstens für jede Anleihe in einem Umfang und unter Bedingungen, welche eine wesentliche Erleichterung der Lage herbeiführen würden.

Selbst eine erstklassige Sicherheit, wie die Zölle, welche unter stabilisierten Bedingungen eine brauchbare Garantie für eine beträchtliche Anleihe bilden würden, könnten keinen genügenden Goldwert mehr behalten, falls die wirtschaftliche Lage Deutschlands oder seine sozialen Verhältnisse ernstlich gestört werden würden. Die Möglichkeiten dieser Art mögen entfernt erscheinen, aber wer sich an einer langfristigen Anleihe beteiligen soll, neigt natürlich mehr dazu, die schlimmste Möglichkeit in Rechnung eher zu ziehen, als die, die wahrscheinlich zu erwarten ist. Es wurde weiter festgestellt, daß in einigen der wichtigsten Länder, namentlich in den Vereinigten Staaten und Großbritannien, die Kapitalisten in einer Anleihe an Deutschland, die dazu berechnet ist, eine endgültige Regelung des Reparationsproblems herbeizuführen, keine wirkliche Anziehungskraft finden würden".

Frankreich fürchtet, daß es isoliert wird und anscheinend bereitet sich in Frankreich ein Umschwung vor. So sind aus Frankreich Vor-

schläge lautgeworden, daß man jetzt die Reparationsfrage ganz lösen möge, wenn auch mit Nachlässen. Den größten Teil des Nachlasses sollen freilich die Vereinigten Staaten und England durch Verzicht auf ihre Forderungen an die Verbündeten gewähren.

So ist die Reparationsfrage wieder einmal in die Sackgasse geraten. „Verraten" sogar von seinem treuesten Genossen — Belgien — erwies sich Frankreich auf der Bankierkonferenz gründlicher isoliert als je. Und doch entschied sich nicht das Morgankomitee, gegen Frankreich offen zu handeln und seine Stellungnahme zu ignorieren. Der allgemeine Standpunkt der Vereinigten Staaten wurde somit noch einmal der europäischen Welt klargemacht: die europäischen Länder sollen erst selbst zu einer geschäftsmäßigen und ausführlichen Verständigung kommen, bevor sie auf eine aktive Anteilnahme Amerikas an dem europäischen Wiederaufbau rechnen dürfen. Das Urteil der amerikanischen Finanzwelt, die, vertreten von Morgan, in dem Komitee selbstverständlich die entscheidende Stimme hatte, hat auch schon in London und Paris ihre Wirkung gehabt, indem es die Stellungnahme der beiden Ententeregierungen in den Reparationsfragen wieder einmal etwas näher zusammenbrachte, aber auch in den maßgebenden Kreisen Frankreichs etwas mehr Besonnenheit erweckte. Ob uns diese neue Wendung in der Reparationsfrage einer Regelung der internationalen Schulden, die offensichtlich durch die französische Obstruktionstaktik in der Reparationskommission bezweckt wurde, bedeutend näher bringt und damit auch eine Revision der vorjährigen Londoner Beschlüsse, die die Pauschalsumme der deutschen Reparationsschuld festsetzte, erfolgen wird, das wird sich erst zeigen. Gemäß der neuerlichen Uebereinkunft Poincarés und Lloyd Georges soll die Garantiekommission vorläufig ihre Arbeiten zu Ende bringen und erst die nötigen Grundlagen für einen eventuellen neuen Lösungsversuch der raparationistischen Quadratur des Kreises ausfindig machen. Jedoch die nahenden Wahlen in Amerika und die eigenartige Borniertheit der bürgerlichen Massen in den Vereinigten Staaten, die von einer Annäherung der europäischen Schulden nichts hören wollen, mit deren Stimmung aber nach dem traurigen Wilsonschen Experiment die Hughes, die Hoover und die Mellons sehr rechnen müssen, lassen keine größeren Hoffnungen auf amerikanische Entschlüsse von durchgreifender Bedeutung schon in nächster Zeit zu.

Somit genügte ein Jahr dazu, um den Bankerott des mit solcher Mühe zusammengebrachten Londoner „Uebereinkommens" in aller Form zu beweisen: aber das verelendete Europa wurde damit einer gesunden Lösung der Reparationsfrage nicht wesentlich näher gebracht.

Inzwischen fällt die deutsche Mark weiter zur sichtlichen und unverhohlenen Befriedigung der großkapitalistischen Kreise, die daraus einen doppelten Profit für sich — einen rein wirtschaftlichen und einen politischen — zu ziehen wissen.

Das Arbeitsrecht in den Friedensverträgen.

Entstehung der „Arbeitscharte". Auf ihren Tagungen in Leeds (5. Juli 1916) und Bern (4. Oktober 1917) haben die Gewerkschaftsführer sowohl der Ententeländer (Leeds) als auch der Zentralmächte und der neutralen Länder (Bern) die Forderung aufgestellt, daß der Friedensvertrag, der den Weltkrieg beenden wird, Bestimmungen enthalten müsse, die der Arbeiterklasse aller Länder „ein Mindestmaß von Garantien bieten in moralischer und materieller Beziehung, bezüglich des Koalitionsrechtes, der Freizügigkeit, der Sozialversicherung, der Arbeitszeit, der Hygiene und des Arbeitsschutzes". Auch der Amerikanische Arbeitsbund, mit Gompers an der Spitze, erhob eine ähnliche Forderung. Die Jahresversammlung der A. F. of L. im November 1917 in Buffalo hat dahingehende Beschlüsse gefaßt. Gleichzeitig forderten dieselben reformistischen und sozialpatriotischen Gewerkschaftsführer, die in jedem Lande während des Krieges ihre imperialistische Regierung mit allen Kräften unterstützen, daß zur selben Zeit und an derselben Stelle wie der Friedenskongreß ein Welt-Arbeiter-Kongreß zusammentreten und über die sozialpolitischen Forderungen der internationalen Arbeiterschaft beraten solle.

Um die Gewerkschaftsführer auch weiter im Schlepptau ihrer Politik zu behalten, machten sich die Politiker diese Forderungen zu eigen — am frühesten die Regierung des Prinzen Max von Baden in Deutschland, später auch die der Ententeländer. Angesichts des Gespenstes der kommunistischen Revolution, welches in den Tagen des Waffenstillstandes über Europa schwebte, sollte den reformistischen Gewerkschaften eine Abschlagszahlung für ihre Haltung während des Krieges gegeben werden. Am 25. Januar 1919 setzte der Oberste Rat der Alliierten eine Kommission der Internationalen Arbeitsgesetzgebung ein, um „die Arbeitsbedingungen vom internationalen Gesichtspunkt aus zu untersuchen, die internationalen Maßnahmen zu erwägen, die zur Sicherstellung gemeinsamen Vorgehens in den Arbeitsfragen notwendig sind, und die Organisation eines ständigen Amtes zu empfehlen, das derartige Untersuchungen und Prüfungen fortführen könnte, und zwar in Verbindung mit dem Völkerbund und unter seiner Leitung". In die Kommission wurden von dem Obersten Rat der Alliierten die Vertreter der Großmächte und der Mächte mit „beschränkten" Interessen berufen. Darunter befanden sich als angebliche Vertreter der Arbeiterschaft: der Präsident des A. F. of L.,

Gompers, als Vorsitzender der Kommission; das ehemalige Mitglied der englischen Arbeiterpartei der Metallarbeiterführer Barnes, Mitglied des englischen Kriegskabinetts; der Generalsekretär der C. G. T. Jouhaux als Stellvertreter des französischen Delegierten (des Wiederaufbauministers Loucheur); der Führer der belgischen Arbeiterpartei, Justizminister Vandervelde. Auch der englische Eisenbahnerführer (späterer Vorsitzender der Amsterdamer Gewerkschafts-Internationale) J. H. Thomas wurde zur Mitarbeit berufen.

Am 24. März 1919 hat die Kommission der Internationalen Arbeitsgesetzgebung ihren Vorschlag der „Arbeitscharte" der Friedenskonferenz unterbreitet, welche Charte in den Friedensvertrag eingefügt werden sollte. Ohne daß man den Vertretern der Gewerkschaften zu einer internationalen Konferenz in Paris zusammenzutreten erlaubte, ohne auf die weitergehenden Wünsche des in Bern zusammengetretenen Internationalen Gewerkschaftskongresses (Februar 1919) irgendwelche Rücksicht zu nehmen, fügte der Oberste Rat das Projekt der Kommission der Internationalen Arbeitsgesetzgebung mit kleinen Aenderungen in den Friedensvertrag als Teil XIII desselben (überschrieben „Arbeit") ein.

Die Versailler „Arbeitscharte", ihre wichtigsten Bestimmungen. Das Kapitel XIII des Versailler Friedensvertrages besteht aus zwei Abschnitten, deren erster (Einleitung und die Artikel 387 bis 426) eingehende Bestimmungen über die Schaffung einer Internationalen Arbeitsorganisation und deren Geschäftsgang enthält, während der zweite (Artikel 427) gewisse „Grundsätze" des materiellen Arbeitsrechts festsetzt. In der Einleitung wird erklärt, daß der Weltfrieden nur „auf dem Boden der sozialen Gerechtigkeit aufgebaut werden kann", daß eine Verbesserung der bestehenden Arbeitsbedingungen „dringend erforderlich ist," weil diese „für eine große Anzahl von Menschen mit so viel Ungerechtigkeit, Elend und Entbehrung verbunden sind, daß eine den Weltfrieden und die Welteintracht gefährdende Unzufriedenheit besteht". Die vertragschließenden Mächte haben daher die Einsetzung einer Internationalen Arbeitsorganisation (I. A.) vereinbart, um eine „wirklich menschliche Arbeitsordnung" zu fördern. Die I. A. besteht aus zwei Hauptorganen: einem internationalen Arbeitsamt unter der Leitung eines zu diesem Zwecke einzusetzenden Verwaltungsrates und einer Hauptversammlung von Vertretern der Mitgliedstaaten. Die I. A. soll alle Unterlagen sammeln und weiterleiten, die sich auf die internationale Regelung der Lage der Arbeiter und der Arbeitsverhältnisse beziehen, und besonders die Fragen bearbeiten, die den Beratungen der Hauptversammlung zum Zwecke des Abschlusses internationaler Uebereinkommen vorgelegt werden sollen. Die Hauptversammlung, die ihre Tagungen mindestens einmal jährlich abhalten soll, soll Entwürfe von internationalen Uebereinkommen und Empfehlungen in den Fragen der Arbeitsgesetzgebung beraten und empfehlen. Diese Vorschläge und Empfehlungen werden allen Mitgliedstaaten mitgeteilt; die letzteren verpflichten sich, dieselben spätestens ein Jahr oder 18 Monate nach Schluß der Tagung ihren Parlamenten oder zuständigen Verwaltungsbehörden zu unterbreiten, damit der Entwurf oder die Empfehlung zum Gesetz erhoben oder eine ander-

weitige Maßnahme getroffen wird. Zur Annahme eines Entwurfes zu einem Uebereinkommen oder einer Empfehlung ist in der Endabstimmung eine Zweidrittelmehrheit der Stimmen der anwesenden Vertreter notwendig, ebenso wenn ein Punkt der Tagesordnung gegen den Protest der Regierung eines Mitgliedstaates beibehalten werden soll. Die Vertretung jedes Mitgliedstaates besteht aus zwei Vertretern der Regierung, einem Vertreter der Arbeitgeber und einem Vertreter der Arbeitnehmer. Die Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer sollen „im Einverständnis mit den maßgebenden Berufsverbänden der Arbeitgeber oder Arbeitnehmer des betreffenden Landes bestimmt werden, vorausgesetzt, daß solche Verbände bestehen".

Im zweiten Abschnitt werden neun Grundsätze und Verfahren festgesetzt, welche nach der Meinung der vertragschließenden Mächte „von größter Bedeutung für das körperliche, sittliche und geistige Wohlergehen der Lohnarbeiter vom internationalen Standpunkt aus sind, „als Richtschnur der Politik des Völkerbundes dienen" und „dauernde Wohltaten unter den Lohnarbeitern der Welt verbreiten" sollen. An der Spitze dieser Grundsätze steht die hohle Deklaration, welche Gompers und dem A. F. of L. besonders teuer und einem amerikanischen Antitrust- und Antigewerkschaften-Gesetz entnommen war, daß „die Arbeit nicht lediglich als Ware oder Handelsgegenstand angesehen werden darf". Es folgen verklausulierte Deklarationen über Koalitionsrecht („sowohl für Arbeitnehmer als auch für Arbeitgeber", „zu allen nicht dem Gesetz zuwiderlaufenden Zwecken"), den Lebenstandardlohn („eine nach der Auffassung ihrer Zeit und ihres Landes angemessene Lebensführung ermöglicht"), den Achtstundentag („als zu erstrebendes Ziel überall da, wo er noch nicht erreicht ist"), die wöchentliche Arbeitsruhe usw. Diese allgemeinen Erklärungen sind noch mit einer allgemeinen Klausel versehen, wonach „die Verschiedenheiten des Klimas, der Sitten und Gebräuche, der wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit und der industriellen Ueberlieferung die sofortige Herbeiführung der vollständigen Einheitlichkeit in den Arbeitsverhältnissen erschweren". Dementsprechend bestimmt die „Arbeitscharte", daß bei der Aufstellung einer Empfehlung oder eines Entwurfes zu einem Uebereinkommen die Hauptversammlung auf diejenigen Länder Rücksicht zu nehmen hat, in denen „das Klima, die unvollkommene Entwicklung der gewerblichen Organisationen oder andere Sonderumstände die Verhältnisse der Industrie wesentlich abweichend gestalten".

Die geschichtliche und die praktische Bedeutung der „Arbeitscharte". Die „Arbeitscharte" ist ein Zugeständnis, welches der Kapitalismus der internationalen Arbeiterklasse gemacht hat, um der sozialen Revolution vorzubeugen. Das wurde von verschiedenen Teilnehmern der Pariser „Friedens"arbeiten offen ausgesprochen (Wilson, Clemenceau, Shothwell, Albert Thomas u. a.). Sie stellt andererseits eine Abschlagszahlung dar, welche die imperialistischen Regierungen den reformistischen und sozialpatriotischen Gewerkschaftsführern zugeworfen haben, um sie für die ihnen während des Weltkrieges geleistete Unterstützung zu „belohnen". Praktisch ist die Bedeutung der I. A. gleich Null. Die Verfassung der I. A. be-



Vardö
Kem
2
Petersbg.
Krim
Angora


POLITISCHE KARTE DER ERDE
(Mercators Projektion)
Äquatorial-Maßstab 1 : 100 000 000
Kilometer
Kolonialbesitz:
Britischer
Japanischer
Spanischer
Französischer
Niederländischer
Vereinigte Staaten von Nordamerika
Ehemalige deutsche Kolonien
Italienischer
Portugiesischer
Abkürzungen. 1.) Staatennamen. A - Albanien, Aa - Aserbeidschan, B. - Belgien, Bh - Bhutan, G. - Georgien, N. - Niederlande, Ö Österreich, S - Schweiz, Tsch - Tschechoslowakei, U. - Ungarn
2.) Stadtenamen, B - Belgrad, Bri - Brindisi, Br - Brussel, K - Konstanza, Ko - Kowno, L - Leipzig, M - München, R - Riga, S - Sofia
Grönland
(zu Dänemark)
Spitzbergen
Baffin Bai
Beaufort See
Territ. Alaska
(z. d. Verein Staat)
Kanada
Hudson Bai
Labrador
NORD-AMERIKA
Neufundland
Vereinigte Staaten
ATLANTISCHER
OZEAN
STILLER
ODER
GROSSER OZEAN
Mexiko
Karibisches M
Kolumbien
Venezuela
Ecuador
Peru
Bolivia
Brasilien
SÜD-AMERIKA
Argentinien
Patagonien
Feuerland
Falkland Iⁿ (Br)
Island
Großbritannien
Irland
Frankreich
Spanien
Portugal
Lappland
Rußland
EUROPA
Polen
Ukraine
Rumänien
Türkei
Marokko
Algerien
Libia
Ägypten
Sahara
AFRIKA
Franz. West-Afrika
Engl. Ägypt. Sudan
Abessinien
Belg. Kongo
Angola
Süd-Afrika Union
Kapstadt
Madagaskar
Arabien
Persien
Afghanistan
Britisch Indien
Tibet
Chinesisches Reich
Mongolei
Turkestan
West-Sibirien
Ost-Sibirien
ASIEN
Karisches Meer
Taimyr H.I.
Ochotskisches Meer
Bering Meer
Japan
Korea
Japanisches Reich
Philippinen
Indochina
Siam
Niederländisch-Indien
Borneo
INDISCHER
OZEAN
Karolinen (J)
AUSTRALIEN
Neu Süd Wales
Tasmanien
Neu-Seeland
Bibliographisches Institut, Leipzig

schränkt ihre Rolle darauf, den Mitgliedstaaten Entwürfe von internationalen Uebereinkommen und Empfehlungen zu unterbreiten, wobei diese absolut frei sind, die Entwürfe anzunehmen oder abzulehnen. Die Rolle der Arbeiterklasse in der I. A. ist verschwindend: die Arbeitervertreter verfügen über ein Viertel der Stimmen. Ihr Gepräge erhielt sie, indem man an die Spitze des Internationalen Arbeitsamtes Albert Thomas, den bekannten französischen Sozialimperialisten, den ehemaligen Minister für Munitionswesen, stellte. Die Generalkommission der Deutschen Gewerkschaften äußerte sich während der Friedensverhandlungen wie folgt:

„Nicht eine der von den Gewerkschaften aller Länder in Leeds 1916, Bern 1917 und 1919 erhobenen Forderungen zum Schutze der Arbeiter aller Länder gegen die kapitalistische Ausbeutung wird verwirklicht. Lediglich eine neue Organisation der früheren Arbeiterschutzkonferenzen soll durchgeführt werden, aber in einer Form, die alle Entscheidung in die Hände der Bürokraten und Unternehmer legt und dann noch den einzelnen Staaten das Recht gibt, einen mit einer Zweidrittelmehrheit gefaßten Beschluß abzulehnen ... Das ist nichts als eine Verhöhnung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter aller Länder und ein Trutzbündnis gegen den internationalen Arbeiterschutz. .... Wie vor über hundert Jahren die feudale Reaktion Europas sich gegen die Republik der großen französischen Revolution zur Rettung der Monarchien vereinigte, so erleben wir jetzt unter Führung der Westmächte eine Verschwörung des internationalen Kapitalismus gegen die soziale Revolution des Proletariats."

Die dreijährige Praxis der I. A. hat seitdem dieses strenge Urteil erhärtet.

Die I. A. in den Jahren 1919 bis 1922. Die Hauptversammlung der I. A. tagte dreimal: im Oktober-November 1919 in Washington, im Juni-Juli 1920 in Genua, im Oktober-November 1921 in Genf. Die Washingtoner Arbeitskonferenz hat sechs Entwürfe zu Uebereinkommen betreffend den Achtstundentag in gewerblichen Betrieben, die Arbeitslosigkeit, den Arbeitsschutz der Frauen und Jugendlichen und sechs Empfehlungen beschlossen. Die Konferenz in Genua betraf im wesentlichen die Anwendung der Washingtoner Beschlüsse auf die Schiffahrt. Die Genfer Arbeitskonferenz befaßte sich mit verschiedenen Fragen des Arbeiterschutzes, wobei die wichtigsten den Arbeiterschutz in der Landwirtschaft betrafen. Die erste Konferenz stand noch im Zeichen der „Arbeitsgemeinschaft" des Unternehmertums und der Arbeiterschaft, und alle Beschlüsse dieser Konferenz wurden ziemlich einmütig von den Regierungsvertretern, von den Vertretern des Unternehmertums sowie von den Vertretern der Arbeiter angenommen. In Genua fehlte schon eine Stimme zu der Zweidrittelmehrheit, um den Entwurf des Uebereinkommens über den Achtstundentag in der Schiffahrt zu beschließen. In Genf ist die Frage des Achtstundentages in der Landwirtschaft auf Betreiben der französischen Regierung und zum großen Teil des internationalen Unternehmertums von der Tagesordnung abgesetzt worden. Auf dieser dritten Arbeitskonferenz ist es klar geworden, daß angesichts der Weltwirtschaftskrise „die Fragen des Arbeiterschutzes in den Hintergrund getreten sind" (Begrüßungsrede des Präsidenten des Schweizerischen Bundes, des Herrn Schultess). Andererseits, entsprechend den von verschiedenen Regierungen und vom internationalen Unter-

nehmertum erhobenen Forderungen, soll die Tätigkeit der Internationalen Arbeitsorganisation in Zukunft vor allem auf Ausarbeitung von Arbeitsübereinkommen-Entwürfen eingestellt werden. Was das Schicksal der Washingtoner und der Genueser Beschlüsse betrifft, die spätestens in der zweiten Hälfte 1920 bezw. 1921 zur Ratifizierung unterbreitet werden sollten, so kann man feststellen, daß die wichtigsten von ihnen bisher von keinem größeren industriellen Staat ratifiziert worden sind. Angesichts dieser Sachlage und um dem ausgesprochenen Bestreben des Weltkapitals entgegenzukommen, den Ausbau der internationalen Sozialpolitik zu verhindern und zu hemmen, ist das Internationale Arbeitsamt zu einer Auslegung gekommen, die der „Arbeitscharte" in ihrem Sinn und Geist auf das krasseste widerspricht: „. . . daß nämlich die einzelnen Staaten die Beschlüsse unter dem Vorbehalt ratifizieren können, daß diese erst wirksam werden, wenn bestimmte andere Staaten gleichfalls ratifiziert haben". Das bedeutet praktisch, daß die etwa weitergehenden Beschlüsse von internationalen Konferenzen — wenn solche überhaupt zustande kommen — auf dem Papier bleiben, ohne zum Gesetz erhoben zu werden."*)

W. Lada.

Die Washingtoner Konferenz.

Die auf Anregung der Vereinigten Staaten von Amerika einberufene Abrüstungs-Konferenz in Washington tagte vom 12. November 1921 bis 6. Februar 1922. An der Konferenz nahmen teil: die Vereinigten Staaten, England, Japan, Frankreich, Italien, Nord-China (vertreten durch die einzige von den Mächten anerkannte Pekinger Regierung), Holland und Portugal. Rußland war nicht eingeladen worden, obwohl viele der von der Konferenz zu behandelnden Fragen, wie z. B. die sibirische Frage, die Frage des Pacific und andere, das Lebensinteresse Sowjetrußlands unmittelbar berühren. Die Delegation des Fernen Ostens erhielt zwar eine Einreise-Bewilligung nach den Vereinigten Staaten, der Zutritt zur Konferenz wurde ihr jedoch verweigert. Man hörte sie nur inoffizieller Weise. Die Konferenz wurde von dem Präsidenten Harding in dessen Eröffnungsansprache als die Verwirklichung des „erwachten Gewissens des 20. Jahrhunderts und der Hoffnungen der im Weltkriege müde gewordenen Welt auf Herstellung regulärer internationaler Beziehungen und eines dauernden Weltfriedens" bezeichnet.

In Wirklichkeit aber zeigten sowohl der Verlauf der Konferenz selbst als auch die Ereignisse während der Konferenz, daß sie ein Versuch der großen imperialistischen Mächte war, sich irgendwie über die

*) Ueber die Beziehungen zwischen der Internationalen Arbeits-Organisation und der Amsterdamer Gewerkschafts-Internationale vgl. den Aufsatz „Die Amsterdamer Gewerkschafts-Internationale", Seite 79.

strittigen Fragen auf Kosten Rußlands und Chinas zu verständigen, was die Möglichkeit einer gewissen Abrüstung, welche von den Massen gefordert wurde, bieten und die Gefahr des am Pacific im Werden begriffenen riesenhaften Konfliktes wenigstens für einige Zeit beseitigen könnte. Ein wichtiger Beweggrund zur Einberufung der Konferenz war das Bestreben der Vereinigten Staaten, Japan in eine ungünstige diplomatische Lage zu bringen, um sowohl dieses Land als auch England zu zwingen, den in London am 13. Juni 1913 erneuerten und seit 1902, also fast zwei ganze Jahrzehnte, existierenden Bündnisvertrag zu lösen.

Die wichtigsten auf der Konferenz behandelten Fragen sind die folgenden:

I. Abrüstungen. Die öffentliche Meinung, verteten durch die Presse und getragen von der Stimmung der breitesten Volksmassen in Amerika, verlieh der Konferenz von vornherein den Namen einer „Abrüstungs-Konferenz", so daß die Washingtoner Regierung sich in einem bestimmten Moment gezwungen sah, in offizieller Weise die warnende Erklärung abzugeben, daß es sich nicht um eine Abrüstung, sondern nur um die „Beschränkung" der Rüstungen handele, was allerdings vielmehr der Wirklichkeit entsprach und der Gefahr vorbeugen sollte, daß die später eintretende Enttäuschung sich gegen die regierende republikanische Partei wenden konnte. Und tatsächlich wurde auch das ganze Problem der Rüstungen zu Lande und auch in der Luft vollständig ausgeschaltet. Als die englischen Delegierten den schüchternen Versuch wagten, die Frage der Rüstungen zu Lande doch aufzurollen, wenn auch in rein agitatorischer Absicht, um die Volksstimmung in den Vereinigten Staaten gegen Frankreich aufzupeitschen, legten die französischen Delegierten den entschiedensten Protest ein, und die ganze Frage mußte fallen gelassen werden.

Aber auch in der Frage der maritimen Rüstungen, die das eigentliche Verhandlungsobjekt der Konferenz bildeten, gelang es den Franzosen, die Verhandlungen einzuschränken und den Bau der Unterseeboote und Hilfsschiffe aus dem Abkommen auszuschalten.

Die Mächte verpflichteten sich nur durch ein besonderes Abkommen vom 6. Februar, gewisse Regeln bei Ueberfällen der Unterseeboote auf Handelsschiffe zu beobachten und vom Gebrauch der Gase für militärische Zwecke Abstand zu nehmen. Zum letzten Punkt wurden jedoch keine praktischen Weisungen ausgearbeitet. (Der halbamtliche englische „Daily Chronicle" vom 2. Februar 1922 schrieb, daß diese „Vereinbarung den Charakter einer frommen Resolution" trage.)

In ähnlicher Weise wurde der Bau der Hilfs- und Mittelschiffe jeder Art frei gelassen und nur für die Größe der betr. Schiffseinheiten ein Maximum von 10 000 Tonnen festgesetzt (dem Panama-Kanal angepaßt!). So wurden tatsächlich auf der Konferenz die Grenzen nur für den Bau der sogen. „capital-ships" festgelegt, d. h. der großen Schlacht- und Panzerschiffe, deren Bedeutung in der modernen Flotte von vielen Autoritäten bezweifelt wird. Nach langem und mühseligem Hin und Her wurde dann das Verhältnis in folgenden relativen Ziffern festgesetzt:

5 (England und Amerika), 3 (Japan), 1,75 (Frankreich und Italien), in absoluten Ziffern ausgedrückt: Vereinigte Staaten und England je

525 000 Tonnen, Japan 315 000 Tonnen, Frankreich und Italien je 175 000 Tonnen.

Die vertragschließenden Parteien verpflichteten sich für die Dauer von 10 Jahren, vom Tage des Vertragsschlusses an gerechnet, keine neuen großen Schlachtschiffe zu bauen und auch von der Schaffung neuer Forts und Flottenstützpunkte auf den Inseln des Stillen Ozeans Abstand zu nehmen. Diese Bestimmung bezieht sich jedoch nicht auf die Inseln, welche an den Küsten der Vereinigten Staaten, Japans, Australiens und Neu-Seelands gelegen sind, auch nicht die Hawai-Inseln und die Inseln an der Peripherie des Panama-Kanals.

Somit sollten den in Betracht kommenden Ländern alle Möglichkeiten der Verteidigung ihrer Küsten und der territorialen Gewässer gewahrt bleiben, der Möglichkeit eines Offensiv-Krieges sollte aber vorgebeugt werden. Selbstverständlich wurde damit für Japan — wenn man seine geographische Lage in der unmittelbaren Nähe des asiatischen Kontinents und auch der Philippinen in Betracht zieht — tatsächlich eine privilegierte Lage geschaffen!

II. Das Pacific-Abkommen vom 13. Dezember 1921. In diesem Abkommen verpflichten sich die Vereinigten Staaten, Großbritannien, Japan und Frankreich auf Grundlage der Gegenseitigkeit, „die Rechte der vertragschließenden Parteien in bezug auf ihren Inselbesitz im Pacific-Ozean zu wahren", und „im Falle des Entstehens irgendwelcher Konflikte zwischen den vertragschließenden Parteien in bezug auf ihren Besitz im Pacific-Ozean haben die in Konflikt gekommenen Parteien sämtliche anderen Vertragschließenden zu einer gemeinsamen Konferenz einzuladen, zwecks Prüfung und Regelung der entstandenen Differenzen." (§ 1.) Die gleichen Maßnahmen werden auch ausdrücklich bei einem Ueberfall von dritter Seite getroffen. (§ 2.) Das Abkommen hat eine Gültigkeitsdauer von 10 Jahren. (§ 3.)

Die Grundbedeutung des Abkommens ist im § 4 enthalten:

„Nach Austausch der Ratifizierungsurkunden . . . wird die zwischen Großbritannien und Japan am 13. Juli 1913 in London abgeschlossene Konvention annulliert werden."

Somit wurde das britisch-japanische Bündnis, das die Vormachtstellung Großbritanniens in den Gewässern des Großen Ozeans fast ein Menschenalter sicherte, aus welchem aber auch das verbündete Japan viele Vorteile gezogen hat, unter dem Drucke der Vereinigten Staaten aufgelöst und durch einen breiteren, viergliedrigen, aber desto unbestimmteren und verschwommeneren Vertrag ersetzt. Wie in der Frage der Beschränkung der Seemacht, so war England auch in dieser Frage gezwungen, die durch den Weltkrieg geschaffene Lage — die wirtschaftliche und politische Uebermacht der Vereinigten Staaten — anzuerkennen. Mit diesen Zugeständnissen konnte aber Großbritannien einstweilen nur eine karg bemessene Unterstützung der englischen Politik in Europa erkaufen und den seine finanziellen Kräfte übersteigenden Wettbewerb mit Amerika im Flottenbau einstellen.

Das Pacific-Abkommen wurde im Senat erst nach der Einsetzung der Klausel des Senators Brandegee, welche beinahe einstimmig (mit 90 gegen 2 Stimmen) angenommen wurde, durchgesetzt. Die Klausel lautet: „Die Vereinigten Staaten meinen (understand), daß weder die Einleitung zum Abkommen noch dessen Bedingungen selbst für die ver-

tragschließenden Parteien die Verpflichtung zu einem militärischen Eingreifen, Bündnis oder gegenseitiger Hilfe bei einem Angriff enthalten."

Diese Klausel, die den Wert des ganzen Abkommens vermindert und im Allgemeinen die Vertragsfähigkeit der Vereinigten Staaten in einem etwas eigenartigen Lichte erscheinen läßt, ist ein nur schwacher Versuch, den in Amerika sehr stark zutage tretenden Stimmungen, jede Verwicklung („entanglement") in den außeramerikanischen Angelegenheiten zu vermeiden, Rechnung zu tragen.

III. Die China-Frage. China, das letzte von dem internationalen Finanzkapital noch nicht endgültig erschlossene Gebiet, war das eigentliche, konkrete Hauptstreitobjekt der Konferenz. Das Hauptziel Amerikas, das sich in den letzten Kriegs- und Nachkriegsjahren in größerem Ausmaß als früher in China betätigte, war, die ausschlaggebende Rolle Japans in China zu beschränken und freies Feld für die Betätigung seines Finanz- und Handelskapitals in diesem ungeheuren Lande zu schaffen. Diese Tendenzen hüllten sich in das Gewand der alten Hay'schen Doktrin des Prinzips der „Offenen Tür", das mit dem Monroeschen Prinzip „Amerika für Amerika" zum ideologischen Ausdruck des nordamerikanischen Imperialismus geworden ist.

Das Prinzip der „Offenen Tür" wie auch die parallelen Prinzipien der „Souveränität" und der „Integrität" Chinas wurden auch von der Konferenz als grundlegende und allgemein gültige „Prinzipien" anerkannt. Um so schwerer aber war es, diesen „Prinzipien" auf der Konferenz Geltung zu verschaffen. Bei dem Versuch der Regelung des China-Problems stieß die Konferenz auf zwei unüberwindliche Schwierigkeiten. Die erste war der gewaltige Einfluß, den Japan während des Weltkrieges sich zu sichern wußte. Die andere Schwierigkeit lag im innern Zustande Chinas selbst, wo seit einem Jahrzehnt ein Bürgerkrieg, geschürt von Japan, tobt. Nur ein Krieg gegen Japan könnte Abhilfe bringen. So blieb tatsächlich das ganze Problem in der Schwebe, und außer leeren programmatischen Erklärungen wurden nur Teillösungen erreicht.

Das allgemeinste politische Ergebnis der Konferenz auf diesem Gebiete bildet der sogenannte „Neuner-Vertrag" über die

> „Stabilisierung der Lage im Fernen Osten, den Schutz der Rechte und Interessen Chinas und die Förderung der Wechselbeziehungen zwischen China und den Mächten auf den Grundlagen gegenseitiger gleicher Möglichkeiten",

d. h. auf der Grundlage des Prinzips der „Offenen Tür". Hierzu tritt die Verpflichtung Chinas, keiner der Mächte einen Teil chinesischen Gebietes abzutreten.

Dem stark erwachten Nationalgefühl des modernen China machten die Mächte eine Reihe nicht unerheblicher Konzessionen, indem sie sich bereit erklärten, auf manche nicht unwichtigen Vorrechte, die die Souveränität Chinas besonders gröblich beeinträchtigen (so besonders die eigenen Posteinrichtungen), zu verzichten. Auch bewilligten die Mächte China die Erhöhung der Zölle, die das Finanzgebahren des Reiches erleichtern sollen.

Eine Anzahl anderer versprochener und angedeuteter Maßnahmen, die u. a. auch die Abberufung fremdländischer Garnisonen erhoffen lassen, behielten einstweilen einen platonischen Charakter und sollen bloß die allgemeine Richtung der Taktik der Mächte andeuten.

Der englische Delegierte beteuerte zwar die Bereitwilligkeit Englands, den Hafen Wei-hai-wei an China zurückzugeben (selbstverständlich hütete er sich aber, dasselbe für Tibet zu wiederholen), was eine analoge Versprechung seitens der französischen Delegierten zur Folge hatte. Jedoch die grundsätzliche und feierliche Anerkennung der „Integrität" Chinas hinderte nicht im mindesten die tatsächliche Anerkennung der Vormachtstellung Japans in der Mandschurei und Ostmongolei gemäß des während des Weltkrieges abgeschlossenen Abkommens Sandihy-Ishii.

Und die einzige im letzten Moment zur Beschwichtigung der arg enttäuschten öffentlichen Meinung Amerikas den Japanern tatsächlich abgerungene bedeutende Konzession ist das zwischen den Japanern und Chinesen abgeschlossene (mit Hilfe der „Vermittlungsdienste" Balfours und Hughes') Abkommen, kraft dessen sich Japan verpflichtete, innerhalb von sechs Monaten seine Militär-Streitkräfte aus dem Schantunggebiet abzuberufen und auch die wichtige Eisenbahnstrecke Kiautschau — Tsi - nan - fou für Bezahlung einer Entschädigung von 53 Millionen, aber unter Beibehaltung einer Kontrolle über deren Verwaltung, an China zurückzugeben.

Dies war — neben dem Fallenlassen des englisch-japanischen Bündnisses — der wichtigste diplomatische Erfolg Amerikas auf der Konferenz, aber auch dieser Erfolg war keineswegs billig erkauft.

IV. Die russische Frage. Rußland, genau gesprochen, die Republik des Fernen Ostens, war es, die das Entgelt für die Evakuierung Schantungs zahlen mußte. Der japanische Delegierte beschränkte sich, als die Frage zur Sprache kam, auf eine absolut kautschukartige, zynisch-nichtssagende und unverbindliche Erklärung, wonach Japan sich verpflichtete, die Evakuierung der japanischen Streitkräfte aus Sibirien vorzunehmen, sobald sich „die Möglichkeit dazu bieten wird". (Also nach eigenem Gutdünken. Und wie bekannt, wurden im April d. J., zwei Monate nach dem Abschluß der Konferenz, die Friedensverhandlungen zwischen Japan und der Tschita-Regierung in Dairen von den Japanern gesprengt, wodurch sich die Lage im fernen Osten auf das Aeußerste verschärfte.) Der gutmütige Sprecher der amerikanischen Delegation begnügte sich damit, daß er nach einer sauren polemischen Entgegnung die japanische Erklärung ins Protokoll eintragen ließ, womit auch die Konferenz die ganze Angelegenheit als erledigt betrachtete.

*

Damit erschöpften sich die Arbeiten der Konferenz. Zusammenhängend kann über ihr Ergebnis gesagt werden: das mit so viel Reklame und Phrasenaufwand zustande gebrachte diplomatische Unternehmen hat für die imperialistische Welt die grundsätzliche Unmöglichkeit erwiesen, einen Ausweg aus dem Wirrwarr der sie zerwühlenden Gegensätze zu finden. Das Problem der Beschränkung der Rüstungen wurde nur sehr unvollkommen gelöst, und das noch um den Preis der Verschärfung des englisch-französischen Gegensatzes. Die Vormacht-

stellung Japans in den territorialen Gewässern und in China blieb tatsächlich unangetastet. Das gewaltige Problem China bleibt ungelöst und das Land ziemlich verteidigungslos den Gelüsten der Großmächte, besonders aber Japans, preisgegeben. Das militaristische Japan bleibt trotz alledem der Hauptgewinner der Konferenz. Der andere Gewinner sind die Vereinigten Staaten Nordamerikas, deren Vormachtstellung in der Welt von England anerkannt wurde.

Dagegen brachte die Konferenz unter dem Druck der ungeheuren Wirtschaftskrise eine gewisse Abschwächung des englisch-amerikanischen Weltgegensatzes, was in einer Art Annäherung der beiden mächtigsten kapitalistischen Länder Ausdruck fand, die nun die ganze kapitalistische Welt sich unterzuordnen versuchen werden, bis die sie trennenden gewaltigen Gegensätze sie wieder mit vergrößerter Wucht auseinanderreißen.

Wir wollen zum Schluß noch bemerken, daß zuvor England, die Vereinigten Staaten und auch die anderen Mächte den Bau von Großkampfschiffen zwar auf das im Abkommen vorgesehene Maß reduziert haben, daß aber bis jetzt (Ende Juni 1922) keines der Mächte das Abkommen ratifiziert hat.

Die Genueser Konferenz.

Sir Wortington Evans, Mitglied der britischen Delegation und Kriegsminister, hat die Beschlüsse der Genueser Konferenz in Finanz- und Valutafragen mit der Gesetzessammlung des Justinian verglichen. Aber es genügt natürlich, diese Resolutionen flüchtig durchzusehen, um zu merken, daß dieser Vergleich nichts weiter ist als ein boshafter Scherz der Staatsmänner des kapitalistischen Europa über sich selber. Die Digesten des Justinian sind bekanntlich zu jener ratio scripta, jener „geschriebenen Vernunft", geworden, auf Grund deren mehr als ein Jahrtausend lang sich das Rechtsbewußtsein der entstehenden, der reifenden und der reif gewordenen kapitalistischen Welt entwickelte. Die Beschlüsse der Kommissionen und Subkommissionen der Konferenz in Genua sind dagegen nichts mehr als zum Ueberdruß abgedroschene, abgeschmackte Phrasen, die schon einen Tag später von aller Welt vergessen sein werden. In der Tat, wer kann ohne ein Gefühl der Langeweile um die Mitte des Jahres 1922, nach soviel Jahren hoffnungsloser Zerrüttung, solche Offenbarungen vernehmen wie etwa den § 1 der Valuta-Resolution: „Die notwendige Forderung zur Wiederher-

stellung Europas ist das Erreichen einer Wertstabilisierung der Valuta durch jedes Land", oder § 4: „Es wäre erwünscht, daß alle europäischen Valuten auf gemeinsamer Basis (Standard) beruhten" und ähnliches mehr. Es bedarf einer gewissen Portion Schafsgeduld oder seliger Unschuld, um mit ernster Miene diese ganze Fibelweisheit zu wiederholen.

Gewiß, nicht zur Abfassung dieser „Digesten" hatten sich die Vertreter von ein paar Dutzend Staaten zu der Konferenz versammelt, die anderthalb Monate dauerte. Im Mittelpunkt der Arbeiten der Konferenz stand als deren grundlegendes politisches und wirtschaftliches Problem die russische Frage, Sowjetrußland. Bis dahin waren sich das revolutionäre Rußland und die kapitalistische Welt nur auf dem Schlachtfelde begegnet. In Genua aber trafen sie miteinander auf der Arena des diplomatischen Wettkampfes zusammen. Diese Tatsache allein war schon ein Beweis und ein Symbol für den ungeheuren Umschwung, der sich in den letzten Jahren in der Weltlage vollzogen hat. Die imperialistische Welt mußte zuerst alle ihre Patronen verschießen, um einzuwilligen, mit Rußland zusammen zu kommen wie mit ihresgleichen. Dem revolutionären Rußland gelang das, was ein Jahrhundert früher dem revolutionären Frankreich nicht gelungen ist. Zum ersten Mal in der Weltgeschichte fand der Klassenkampf um die Befreiung des Proletariats seinen Ausdruck in Formen des offenen diplomatischen Wettkampfes zweier polar-entgegengesetzter sozialer Prinzipien: des Prinzips des Sozialismus einerseits und des Prinzips des kapitalistischen Eigentums andererseits.

Und dennoch ist das revolutionäre Rußland zu diesem Wettkampf, zu dem die Berechtigung mit Strömen Arbeiter- und Bauernblutes erkauft wurde, nicht leichten Herzens gegangen. Genua stellte nicht nur das Resultat der Siege der revolutionären Waffen, sondern auch den Ausdruck für die langsame Entwicklung der Weltrevolution dar. Das durch die Revolution isolierte Land sollte zu der Konferenz mit dem Gedanken des Kompromisses erscheinen. Aber mit demselben Gedanken erschien auch die Gegenseite. Nicht nur die Niederlage der konterrevolutionären Waffen, sondern auch die aussichtslose wirtschaftliche Zerrüttung, die in der Geschichte noch nie dagewesene Wirtschaftskrise hatte in der kapitalistischen Welt das Bestreben erzeugt, sich mit Sowjetrußland „auszusöhnen".

Die pazifistische Ideologie und die pazifistische Tendenzen, die in der Vorkriegszeit die Stimmungen kleiner und einflußloser kleinbürgerlicher Gruppen ausdrückten, haben sich unter den Verhältnissen der Jahre 1921—22 in die offizielle Doktrin der Geschäftswelt verwandelt, sind zum Ausdruck der Interessen der führenden kapitalistischen Ländern geworden, die durch die dreifache Wirkung des Krieges, der Revolution und der Krise in Handel und Industrie erschüttert worden sind.

Aber auch innerhalb dieser bescheidenen Grenzen sind die Wege der kapitalistischen Länder keineswegs die gleichen. Während für die Großmacht-Interessen Englands Sowjetrußland allein in Asien gefährlich werden kann, bedeutet für Frankreich schon das Bestehen Sowjetrußlands die Negation jener Vorkriegssituation, in der das von Kopf bis zur Zehe bewaffnete zaristische Rußland die beste Stütze der Machtstellung Frankreichs auf dem Kontinent war. Anstatt eines unersetzbaren Verbündeten — ein ungeheurer Revolutionsherd! Man kann sich kaum einen radikaleren Umschwung vorstellen. An der Tatsache dieses Umschwunges, der sich durch keinerlei Interventionen aus der Welt schaffen ließ, zerschellen wie an einer Granitmauer jede Politik und alle Hoffnungen Frankreichs auf die kontinentale Hegemonie, alle jene von den Kriegsfolgen und der sich aus ihnen ergebenden unvergleichlichen militärischen Macht der plutokratischen Republik gezüchteten Hoffnungen. Dazu kommt noch der Interessengegensatz der Ententeländer, der eine Folge ihrer ganzen sozialen und wirtschaftlichen Struktur ist und durch die Wirkung der allgemeinen Wirtschaftskrise und Zerrüttung noch vertieft wurde. Während das eigentlich kleinbürgerliche Frankreich in wirtschaftlicher Hinsicht im Prinzip ein Selbstversorgerland ist, das vor allem an der Wiederherstellung seiner erschütterten Großmachtstellung und seiner Finanzen interessiert ist, liegt Großbritannien, dem klassischen Handelsstaate, der mit dem ganzen Weltmarkt und insbesondere dem Europas verbunden ist, vor allem daran, die Kaufkraft Mittel- und Osteuropas zu heben.

Diese Interessengegensätze mußten sich unvermeidlicherweise in der Konferenz auswirken, doch haben sie nicht zum Scheitern der Konferenz geführt. Trotz aller Gegensätze und der beständigen Reibungen zwischen der anglo-italienischen

und der franco-belgischen Seite, zwischen denen die Staaten der kleinen Entente hilflos hin- und herzappelten, zeigten die kapitalistischen Länder letzten Endes viel mehr innere Einheitlichkeit und Solidarität, als dies den Sammlern von Zeitungsklatsch scheinen möchte.

Die ungeheuerliche, erschütternde Tatsache der Hungerkatastrophe in Rußland war niemals so der Vergessenheit überlassen wie gerade auf der Konferenz, wo die namhaften Vertreter aller nationalen Kategorien der zivilisierten Barbarei anwesend waren. Noch niemals starben Millionen von Menschen an Hunger und Erschöpfung unter einem tieferen Stillschweigen dahin, wie in den letzten zwei Aprilwochen und den ersten zwei Maiwochen 1922. Was ist aus dem hungrigen und verelendeten Sowjetrußland herauszuholen? In dieser Frage kristallisierte sich das ganze Problem der Konferenz. Man suchte das russische „Problem" im Rahmen desselben Circulus viciosus zu lösen, in dessen Umklammerung Deutschland schmachtet. Nehmen, aber nichts geben. Zahlen lassen, ohne der wirtschaftlichen Wiederherstellung zu helfen. Die Sowjetregierung hatte für die geforderten Zugeständnisse eine weitgehende finanzielle Hilfe, Kredite, zur Bedingung gemacht. Aber da stieß die Sowjetregierung auch schon auf die grundsätzliche Schwierigkeit. Erstens, und vor allem: wie sollte man dem verhaßten Land der Revolution auf einmal finanzielle Hilfe gewähren? Zweitens: woher das Geld nehmen? In allen kapitalistischen Ländern ohne Ausnahme sucht die Industrie, durch den Niedergang der Absatzmärkte beeinträchtigt, ihre Rettung in der Einschränkung der Steuerlast und hat die „Sparsamkeit" zur Hauptlosung aller Staatsweisheit proklamiert. Der Krieg hat die komplizierte Maschine des internationalen Kredits zerschlagen. Dieser Kredit begann sich erst Ende des verflossenen Jahres zu erholen infolge der Industriekrisis und des Preissturzes, die eine gewisse Kapitalmenge freimachten. Bis Ende 1921 wurden die Kreditmittel der führenden Länder fast ausschließlich zwecks Wiederherstellung der durch den Krieg zerrütteten Staatsfinanzen erschöpft. Sämtliche Franzosenfreunde der Welt haben Frankreich à conto der erwarteten deutschen Zahlungen nicht einen Franc zur Wiederherstellung der zerstörten Departements geborgt, und der tote Ballast

der deutschen Reparationsbonds liegt unberührt in den Kästen der Reparationskommission. Im Laufe des ganzen Vorjahres wurden in London internationale Anleihen auf eine Gesamtsumme, die kaum die lachhafte Ziffer von 7 Millionen Pfund erreicht, ausgegeben. Das internationale Kreditgeschäft begann erst in den Vereinigten Staaten zu florieren, aber einstweilen werden die Kredite in den beiden führenden kapitalistischen Ländern fast ausschließlich verwendet für die Festigung der Bande zwischen den imperialistischen Mutterländern und ihren Kolonien, Halbkolonien oder den Ländern, die zu Kolonien gemacht werden sollen (die vermehrten Investionen der Vereinigten Staaten in Kanada, das England abspenstig gemacht werden soll!). Zentripetale Kräfte herrschen auch weiter im Weltkapitalismus vor, der auf modifizierter und teilweise reduzierter Basis seine Auferstehung erlebt. Ungeachtet all seiner pazifistischen Träumereien und angeblich versöhnenden Absichten erwies sich der Kapitalismus in Genua angesichts des „russischen Problems" fast ebenso hilflos oder gar noch hilfloser, als er es bis jetzt angesichts des deutschen Problems gewesen ist. Die innere Ohnmacht trat hier Seite an Seite mit dem Klassenhaß auf.

In der Frage der Anerkennung aller Schulden seitens Sowjetrußlands legten die kapitalistischen Länder eine phantastische Prinzipientreue an den Tag. Es erwies sich leichter für die kapitalistische Welt, sich auf einer toten Parole zu einigen und sich damit zufrieden zu geben, als auf der lebendigen Tat der wirtschaftlichen Wiederherstellung. So wurde die Forderung der bedingungslosen und absoluten Anerkennung der alten Schulden in intransigenter, ultimativer Form an die Sowjetdelegation gestellt.

Ernste Meinungsverschiedenheiten zeigten die Mächte nur in der Frage des ausländischen Eigentums in Sowjetrußland. Während die Italiener und Engländer bereit waren, auf die Forderung der direkten und unbedingten Rückerstattung des Besitzes prinzipiell zu verzichten, beharrten die Belgier auf der bedingungslosen, formalen und feierlichen Einsetzung der früheren Besitzer in ihre Rechte. Das Prinzip des kapitalistischen Legitimismus sollte auch hier den vollen Sieg davontragen. Das kleine Belgien, um dessentwillen Ströme Proletarierbluts vergossen wurden, zeigte sich als der beste Champion des bürgerlichen

Eigentums. Die französische Delegation schwankte, aber schließlich hielt es Poincaré für nötig, diesmal ebenso wie 1914 das „heroische" Belgien zu unterstützen. Auf diese Weise rettet Belgien durch seinen „Heroismus" schon zum zweiten Mal in der modernen Geschichte die kapitalistische Welt der Entente. Natürlich lag im Hintergrund des Heroismus die Befürchtung, daß im Fall der Nichtinnehaltung der unbedingten Restitution die Konzessionäre der stärkeren Länder die anderen Eigentümer in Rußland verdrängen würden. Das kleine Belgien verteidigte hier sein Pfund Fleisch vor seinen mächtigeren Beschützern.

In diesen beiden Fällen war die Konferenz zu Mißerfolg verdammt. Das russische Memorandum vom 11. Mai zerstreute alle Hoffnungen auf die Kapitulation Sowjetrußlands. Sowjetrußland zeigte noch einmal der Welt sein revolutionäres Gesicht. Das bereitete eine bittere Enttäuschung jenen „pazifistischen" Kreisen, die in der russischen Frage ebenso wie auf allen anderen Gebieten sich in unzähligen politischen Widersprüchen wanden, die zwar letzten Endes den unerbittlichen Faktoren nachgeben, aber immer noch mit Hilfe dilettantischer Kurpfuschermittel das wirtschaftliche und politische Gleichgewicht Europas wiederherzustellen suchen.

Aber, wie jeder Mißerfolg, so mußte auch dieser die Situation verschlechtern. Diese Verschlechterung zeigte sich vor allem an der Position, die von den Vereinigten Staaten eingenommen wurde. Die Washingtoner Regierung lehnte die Teilnahme an der neu einzuberufenden Konferenz im Haag ab. Aber wenn die frühere Absage an die Genueser Konferenz vor allem den Charakter einer anti-französischen Demonstration trug (Washington protestierte dagegen, daß unter dem Drucke Frankreichs die Reparationsfrage von der Tagesordnung entfernt wurde), so kehrte sich die Demonstration diesmal direkt und offen gegen Sowjetrußland. In keinem Lande wird die auswärtige Politik dermaßen unmittelbar von den Spitzen der Finanz- und Industriekreise diktiert wie in den Vereinigten Staaten. Und obwohl die Vereinigten Staaten von allen Großmächten am wenigsten an den alten russischen Schulden interessiert sind und am wenigsten unter der Nationalisierung gelitten haben, so sind für sie, als Land des mächtigsten Kapitalismus, die von der Konferenz aufgeworfenen

Fragen im hohen Grade Fragen des Prinzips. Ein Wanken der Grundprinzipien würde das Pathos des Widerstandes gegen den Ansturm der eigenen Arbeiterklasse schwächen. Außerdem war Rußland als Abnehmermarkt für den amerikanischen Export niemals von ernster Bedeutung und könnte nach Wiederherstellung seiner Landwirtschaft in Europa, d. h. in dem wichtigsten Absatzgebiet der amerikanischen Landwirtschaft, zum direkten Konkurrenten der amerikanischen Farmer werden, die unter der Wirtschaftskrisis am meisten gelitten haben und sich jetzt auf ihrem eigenen Binnenmarkt gegen die kanadische Konkurrenz durch eine hohe Mauer von Schutzzöllen wehren.

Aber dennoch bleibt die Politik der Vereinigten Staaten gegenüber Sowjetrußland auch jetzt nichts weiter als eine Funktion ihrer allgemeinen Politik. In Europa ist den Vereinigten Staaten vor allem gelegen an der Lösung der Reparationsfrage und damit zugleich auch des Wirtschaftsproblems Deutschlands, das auch jetzt noch zwei Fünftel der gesamten europäischen Ausfuhr der Vereinigten Staaten verschluckt. Und — was am wesentlichsten ist — von allen führenden kapitalistischen Ländern werden die Vereinigten Staaten in den letzten Monaten am raschesten und erfolgreichsten mit der Wirtschaftskrisis fertig. Das verstärkt ihre zentripetalen Interessen und vermindert ihr Interesse an Europa. Aber dies bedeutet zu gleicher Zeit den Beginn einer neuen Welle der Weltreaktion, die diesmal aus Amerika kommt. Die von den Vereinigten Staaten eingenommene Position in der russischen Frage hat die intransigente Strömung in Frankreich gestärkt, und so hat das Gebäude der Entente, das vom verbrecherisch vergossenen Blut von Millionen zusammengehalten und von der Kette des Versailler Friedens umgeben ist, trotz der klaffenden Risse einstweilen sich noch als festgefügt erwiesen. Auch hierbei zeigte sich der soziale Konservatismus, die Furcht, diesen Bau, der die Stütze der Weltreaktion bildet und an dem die Wellen der Revolution bisher sich brachen, zu erschüttern.

Auch auf dem rein politischen Gebiete stellten sich die Resultate der Genueser Konferenz als verschwindend heraus. Lloyd Georges Projekt, das soviel Staub aufgewirbelt hatte, einen langjährigen internationalen Burgfrieden festzusetzen,

mußte die Konferenz — schon in articulo mortis — durch das bedeutend bescheidenere Abkommen einer gegenseitigen Abstinenz von agressiven Handlungen während nur weniger Monate vertauschen. Lloyd George rettete hier seine schon ins Wanken geratene persönliche Position. Anstelle des welterschütternden Konferenz-Berges mußte er wenigstens dem Parlament diese klägliche Maus vorlegen können. Jeder Versuch, die Frage auf Grund einer Revision der strittigen territorialen Fragen weiter zu fassen, hätte die Geister aller Gegensätze heraufbeschworen, während die höchste Weisheit des modernen Pazifismus — dieses ermüdeten Imperialismus — einstweilen quieta non movere ist.

Die Vertreter der deutschen Regierung zeigten, sobald sie aus Berlin nach Genua versetzt waren, unerwartet den Mut, den Vertrag mit Sowjetrußland zu unterzeichnen, der strittige Punkte, deren Ursprung der Vergangenheit angehörte, liquidierte. In diesem Sinne ist der Vertrag von Rapallo entschieden eins der wenigen positiven Ergebnisse der Genueser Konferenz. Aber der Zustand der chronischen Furcht, in dem die Diktatur der Entente die Regierungskreise Deutschlands hält, macht — abgesehen von den beschränkten Geldmitteln Deutschlands — jede Erwartung ausschlaggebender Resultate dieses Abkommens in der nächsten Zukunft hinfällig. Auf der jüngsten Konferenz der deutschen Industriellen wurde dieses Abkommen als eine rein „moralische (d. h. mit anderen Worten — platonische) Position" bezeichnet.

Auf diese Weise hat die Konferenz keine irgendwie greifbaren Resultate gezeitigt. Seit Brest-Litowsk war Genua das erste größere unmittelbare Zusammentreffen zweier Welten, zweier Prinzipien auf diplomatischer Basis. Die erste Folge dieser Begegnung mußte sein, daß die beiden Seiten den sie trennenden Abgrund um so stärker empfanden. Ungeachtet aller trennenden inneren Gegensätze erwies sich das Weltkapital gegenüber Sowjetrußland in unmittelbarer finanzieller und wirtschaftlicher, ja auch sogar in politischer Hinsicht viel stärker zusammengeschlossen, als dies bei oberflächlicher Betrachtung zu erwarten war. Der Pazifismus, der in unmittelbare Abhängigkeit von den Geschäftskreisen geraten ist, der sich im Netz der Großmacht-Gegensätze verstrickt hat, der geschwächt ist durch die heimlichen Gegensätze der britischen und amerika-

nischen Imperialismen, durch die die Aktionseinheitlichkeit des angelsächsischen Welttrusts untergraben wird, dieser Pazifismus, der trotz der zur Schau getragenen Kühnheit seiner Diplomatentechnik schüchtern und tief opportunistisch ist, erwies sich einstweilen als ohnmächtig in seinen Versuchen, den kapitalistischen Westen und den revolutionären Osten zu überbrücken. Nur der Ansturm der Arbeiterklasse, die im Frühling 1922 schwächer war als zur Zeit des russischen Vormarsches oder der ersten Verhandlungen Sowjetrußlands mit Großbritannien, hätte diesen Versuchen mehr Schwung und Entschlossenheit verliehen können.

Lap.

Chronik der Genueser Konferenz.

10. April: Eröffnungssitzung. Eröffnungsrede de Facta's. de Facta zum Vorsitzenden gewählt. Reden von Lloyd George, Barthou (Frankreich), Ishii (Japan), Theunis (Belgien), Wirth (Deutschland). Tschitscherin wirft die Abrüstungsfrage auf.

Barthou protestiert mit Berufung auf die Canner Beschlüsse. Die Antwort Tschitscherins. Lloyd George vermittelt.

11. April: Bildung von Kommissionen. 1. Die Politische, 2. die Finanz- 3. die Wirtschafts- und Handels-, 4. die Transport-, 5. die Rechts-, 6. die Redaktionelle, 7. die Mandatsprüfungskommission.

In der Sitzung der Politischen Kommission wird das Londoner Memorandum der alliierten Sachverständigen vorgelegt, welches ein gemeinsames Vorgehen aller kapitalistischen Länder, die Anerkennung der Schulden usw. vorsieht.

12. u. 13. April: Sitzung der Unter- und der Hauptkommission für die Finanzfragen. Rakowski wirft wieder die Abrüstungsfrage auf.

14. u. 15. April: Unterredungen der Alliierten mit den Russen. Die Russen stellen als Gegenforderung Vergütung der Schäden auf, welche Rußland durch die von den Alliierten unterstützten Interventionen erlitten hat.

16. April: Unterzeichnung des deutsch-russischen Vertrages in Rapallo; gegenseitiger Verzicht auf alle Ansprüche aus der Kriegs- und Vorkriegszeit. Sofortige Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen.

18. April: Protestnote aller Alliierten gegen den Rapallovertrag. Ausschluß der Deutschen aus der Politischen Kommission, die sich mit der Rußland-Frage beschäftigt. Frankreich fordert in vorangehenden Besprechungen die Annullierung des Rapallovertrages.

21. April: Die Antwortnote der Deutschen, die ihrem Ausschluß zustimmen. Lloyd George erklärt den Zwischenfall für erledigt.

20. u. 21. April: Einreichung der russischen Note und später des russischen Memorandums, beide das Londoner Abkommen betreffend. Bei der Ueberweisung der Note an die Unterkommission erklärt Barthou, die Anerkennung der Schulden ziehe nicht notwendig die Anerkennung de jure nach sich. Der Protest Tschitscherins.

22. April: In der Sitzung der Sachverständigenkommission erklärt Seydoux (Frankreich), das russische Memorandum hebe die mehr entgegenkommende russische Note auf. Seydoux und der Vertreter Japans verlassen die Kommission. Die russische Delegation zieht ihr Memorandum zurück.
Die Franzosen überreichen ihre zweite Protestnote gegen den Rapallovertrag.

23. April: Die zweite Note der Alliierten an Deutschland, in der sie sich das Recht vorbehalten, die Bestimmungen des Rapallovertrages, die gegen den Versailler Vertrag verstoßen, als null und nichtig zu betrachten. Am 5. Mai erfolgt dann die Note der Reparationskommission an Deutschland in demselbem Sinne.

24. April: Protestbrief Tschitscherins an Skirmunt wegen des Einspruchs der polnischen Delegation gegen den Rapallovertrag, da der Einspruch das Rigaer Abkommen verletzt.

24. April: Tschitscherin legt das Memorandum in einer neuen Fassung vor. Rußland verlangt die Stundung der Kriegsschulden, Kredite und die Anerkennung de jure und ist für diesen Fall bereit, auf die Rückerstattung der Interventionsschäden zu verzichten.

24. April: Rede Lord Birkenheads in Genua mit einer Solidaritätserklärung der englischen Regierung mit der Politik Lloyd Georges. An demselben Tage Rede Poincarés in Bar-le-Duc mit der Androhung eines Sondervorgehens Frankreichs gegen Deutschland.

26. April: Lloyd Georges Rede auf dem Journalistenbankett gegen die gewaltsame Ausschaltung Rußlands und Deutschlands aus der europäischen Völkergemeinschaft. Vorschlag Lloyd Georges an die französische Regierung wegen der Einberufung der Signatarmächte des Versailler Vertrages.
Skirmunts Antwort an Tschitscherin.

29. April: Tschitscherins Note an de Facta. Beschwerde wegen der Nichteinberufung der Politischen Kommission und wegen der Ungewißheit in der Kreditfrage.

29. April: Offenes Schreiben des Papstes an den Kardinal Gasparri mit dem Wunsch einer Versöhnungspolitik in Genua.

30. April: Barthous Abreise nach Paris. Tschitscherins Protest gegen das Erscheinen der fiktiven kaukasischen Delegationen in Genua.

1. Mai: Gerüchte über den Abschluß eines Petroleumvertrages mit der Royal Dutch und der Shell Co. Große Bestürzung. Am 5. Mai erfolgt der Protest Amerikas gegen diesen angeblichen Vertrag. Am 6. eine Sitzung der alliierten Experten mit den Russen bezüglich der Bedingungen der Petroleumkonzessionen.

2. Mai: Uebergabe des Memorandums der Alliierten an die Russen. Französische Forderung auf Anerkennung des Privateigentums; trotzdem stimmen die Franzosen dem Memorandum mit Vorbehalt zu. Die Belgier verweigern ihre Unterschrift.

3. Mai:	Die Plenarsitzung der Konferenz nimmt zahlreiche Beschlüsse der Finanz- und der Transportkommission an.
4. Mai:	Unterredung zwischen Tschitscherin und Skirmunt.
5. Mai:	Französische Verbalnote, in der Frankreich sich der belgischen Unterschriftsverweigerung anschließt.
6. Mai:	Erklärung Barthous nach seiner Rückkehr aus Paris, die französische Regierung lehne eine Zusammenkunft der Signatarmächte vor dem 31. Mai ab.
7. u. 8. Mai:	Barthous Erklärungen, Frankreich werde von Rußland ein Ja oder Nein fordern.
8. Mai:	Päpstliche Note an die Konferenz mit versöhnlichen Bedingungen für Rußland.
10. Mai:	Einreichung der russischen Antwort mit dem Vorschlag, eine gemischte Kommission für die weiteren Besprechungen zu bilden.
14. Mai:	Beschluß der Alliierten, betreffend die Einberufung der beiden Parallelkommissionen im Haag und das Verbot jedes Separatabkommens mit Rußland. Tschitscherins Note mit dem Protest gegen diese Beschlüsse und mit der Forderung auf die Einberufung der Politischen Kommission.
16. Mai:	Aushändigung der alliierten Beschlüsse, ohne Unterschrift Frankreichs und Belgiens, an die Russen.
17. Mai:	Die russische Delegation nimmt die Kommissionsvorschläge und den Burgfriedenspakt auf vier Monate an.
18. Mai:	Ablehnung der Teilnahme an der Haager Konferenz durch Amerika.
19. Mai:	Schlußsitzung. Annahme des Friedenspaktes und anderer Beschlüsse.

Außenpolitische Chronik (1918-1922).

1918

29. September:	Waffenstillstand Bulgariens mit der Entente.
31. Oktober:	Revolution in Wien. Bildung einer vorläufigen deutschen Nationalversammlung.
31. Oktober:	Revolution in Oesterreich-Ungarn, Ermordung des ehemaligen ungarischen Ministerpräsidenten Tisza in Budapest. Gründung eines tschechoslowakischen, eines südslawischen, eines ungarischen und eines deutsch-österreichischen Staates.
31. Oktober:	Waffenstillstand zwischen der Türkei und der Entente.
3.—9. November:	Revolution in Deutschland.
4. November:	Waffenstillstand zwischen Oesterreich und der Entente.
9. November:	Abdankung Wilhelms II., Proklamierung der deutschen Republik.
10. November:	Regierung Ebert-Haase in Deutschland.
11. November:	Waffenstillstand zwischen Deutschland und der Entente.
18. November:	Bildung der sozialpatriotischen Regierung Moraczewski in Polen.
14. Dezember:	Parlamentswahlen in England.
29. Dezember:	Austritt der U. S. P. D. aus der Regierung in Deutschland. Bildung der Regierung Scheidemann-Noske.

1919.

18. Januar:	Beginn der Friedensverhandlungen in Paris.
	Rücktritt der sozialpatriotischen Regierung Moraczewski (vom 18. 11. 1918 bis 16. 1. 1919) und Bildung des Kabinetts Paderewski in Polen.
	Besetzung der ganzen Provinz Posen durch Polen im Laufe des Monats.
11. Februar:	Wahl des bisherigen Volksbeauftragten Ebert zum vorläufigen Reichspräsidenten in Deutschland.
19. März:	Abdankung Karolyis und Räteregierung in Ungarn.
7. April — 1. Mai:	Räterepublik in Bayern.
Ende April:	Polnischer Einmarsch in das Gebiet der litauischen und weißrussischen Räterepublik, der mit der Besetzung von Wilna endet, Kriegsausbruch zwischen Polen und Räterußland.
26. Mai:	Besetzung von Eupen, Malmedy und Moresnet durch Belgien.
16. Juni:	Ueberreichung der endgültigen Friedensbedingungen durch die Alliierten an die deutsche Delegation in Versailles.
21. Juni:	Rücktritt der Regierung Scheidemann in Deutschland und Bildung des Kabinetts Bauer (S. P. D. und Zentrum).
28. Juni:	Unterzeichnung des Versailler Friedens durch Deutschland.
2. August:	Sturz der Räteregierung in Ungarn.
4. August:	Einmarsch der Rumänen in Budapest.
10. September:	Unterzeichnung des Friedensvertrages von St. Germain durch Oesterreich.
Oktober:	Annahme des Friedensvertrages von Versailles durch das französischen Parlament am 2., durch das japanische am 11., durch das englische am 21. Oktober.
16. November:	Parlamentswahlen in Frankreich, Italien und Belgien.
27. November:	Unterzeichnung des Friedensvertrages von Neuilly durch Bulgarien.

1920.

10. Januar:	Unterzeichnung des Ratifikationsprotokolls des Versailler Friedensvertrages.
16. Januar:	Tagung des Völkerbundsrates in Paris. Amerika verweigert den Zutritt.
17 Januar:	Deschanel Präsident der französischen Republik, bis 17. 9. 1920.
19. Januar:	Kabinett Millerand in Frankreich nach Rücktritt des Kabinetts Clemenceau, bis 23. 9. 1920.
1. Februar:	Besetzung Danzigs durch die Engländer.
10. Februar:	Abstimmung in Nordschleswig zugunsten Dänemarks.
13. Februar:	Rücktritt des amerikanischen Staatssekretärs Lansing und des Ministers des Innern Lane wegen Konflikts mit Wilson in Fragen des Friedensvertrages.
Ende Februar:	Beginn der Besetzung Oberschlesiens durch Ententetruppen.
28. Februar:	Einzug der neuen Regierung ins Saargebiet.
13. — 17. März:	Kapp-Putsch in Deutschland.
19. März:	Ablehnung der Ratifizierung des Versailler Friedensvertrages durch den amerikanischen Senat.
27. Februar:	Kabinett Hermann Müller in Deutschland nach Rücktritt des Kabinetts Bauer (bis 8. 6. 1920).
6. April:	Besetzung des Maingaus (Frankfurt, Darmstadt usw.) durch die Franzosen.

10. April:	Amerikanische Repräsentantenhaus nimmt mit 213 gegen 155 Stimmen eine Entschließung betr. Wiederherstellung des Friedenszustandes mit Deutschland an.
19. — 26. April:	Konferenz in San Remo.
4. Mai:	Bildung eines neuen China-Konsortiums durch Amerika, England, Frankreich und Japan (Internationale Bankvereinigung zur Kreditgewährung in China).
7. Mai:	Einnahme von Kiew durch die Polen.
10. Mai:	Bildung der kemalistischen Regierung in Angora.
15. Mai:	Konferenz in Hythe (Lloyd George und Millerand. Verschiebung der Konferenz in Spaa bis nach den deutschen Reichstagswahlen).
16. Mai:	Annahme der Resolution Knox (Friedenszustand mit Deutschland) durch den amerikanischen Senat mit 95 gegen 58 Stimmen. Am 28. 5. legt Wilson sein Veto ein.
27. Mai:	Masaryk wird zum Präsidenten der Tschechoslowakischen Republik gewählt.
4. Juni:	Unterzeichnung des Friedensvertrages durch Ungarn.
5. Juni:	Annahme des Merchant Marine Act (Schiffahrtsgesetz) durch den amerikanischen Kongreß.
19. — 22. Juni:	Konferenz in Hythe und nachher in Boulogne (Entwaffnung und Kohlenlieferungen).
26. Juni:	Kabinett Fehrenbach in Deutschland nach den neuen Reichstagswahlen.
2. — 3. Juli:	Konferenz in Brüssel.
5. — 16. Juli:	Konferenz in Spaa (Kohlenabkommen, Entwaffnungsabkommen).
16. Juli:	Inkrafttreten des Friedens von St. Germain.
Ende Juli:	Die Botschafterkonferenz beschließt die Teilung Teschens zwischen Polen und der Tschechoslowakei.
9. August:	Inkrafttreten des Vertrages von Neuilly (Bulgarien).
10. August:	Unterzeichnung des Abkommens zwischen Italien und Griechenland betr. des Zwölf-Insel-Landes. Unterzeichnung des Vertrages von Sèvres durch die Türkei.
11. August:	Unterzeichnung des französisch-belgischen Militärabkommens. Ratifizierung am 7. 9. 1920.
14. — 17. August:	Schlacht um Warschau und Rückzug der Sowjetarmee.
1. September:	Benesch berichtet im Parlamentsausschuß in Prag über die Bildung der kleinen Entente.
20. September:	Der Völkerbundsrat spricht die Kreise Eupen und Malmedy Belgien zu.
23. September:	Millerand Präsident der französischen Republik. Leygues von Millerand zum Ministerpräsidenten ernannt.
7. Oktober:	Unterzeichnung des Waffenstillstandes zwischen Polen und Litauen.
9. Oktober:	Besetzung von Wilna durch den polnischen General Zeligowski.
10. Oktober:	Offizielle Annexion des deutschen Südtirols durch Italien.
12. Oktober:	Unterzeichnung des Waffenstillstands- und Vorfriedensvertrages zwischen Sowjetrußland und Polen als Ergebnis der in Riga Mitte September begonnenen Friedensverhandlungen. Ratifizierung am 23. bezw. 25. 10. 1920.
2. November:	Harding zum Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika gewählt.
12. November:	Rapallovertrag zwischen Italien und Jugoslavien (Adria-Frage).

15. November:	Erste Völkerbundsversammlung in Genf.
15. November:	Proklamation der Freien Stadt Danzig unter dem Protektorat des Völkerbundes.
27. 11. — 3. 12.:	Erste Londoner Konferenz (hauptsächlich Orientfrage).
1. Dezember:	Genehmigung der mit Ungarn (1. 6.), der Tschechoslowakei (20. 6.) und Oesterreich (1. 8.) abgeschlossenen Wirtschaftsverträge durch den deutschen Reichstag.
16. — 22. Dezbr.:	Brüsseler Sachverständigen-Konferenz (Wiedergutmachungsfrage).
31. Dezember:	Vollzug der Herabsetzung der deutschen Heeresstärke auf 100 000 Mann.

1921

15. Januar:	Kabinett Briand in Frankreich (bis 12. 1. 1922).
23. Januar:	Ratifikation des deutsch-ungarischen Wirtschaftsabkommens.
24. Januar:	Die Türkei unterzeichnet ein Abkommen über Unterstellung der Ausgaben unter die Interalliierte Finanzkontrolle.
24. — 30. Jan.:	Pariser Konferenz (Festsetzung der deutschen Reparationsschuld auf 226 Milliarden Goldmark).
	Reise des polnischen Präsidenten Pilsudski nach Paris und Entwurf eines militärisch-wirtschaftlichen französisch-polnischen Abkommens.
19. Februar:	Austritt Amerikas aus der Reparationskommission.
24. Februar:	Abschluß eines Meistbegünstigungsvertrages zwischen Deutschland und Bulgarien.
21. 2. — 7. 3.:	Zweite Londoner Konferenz (Orientfrage und Reparationsfrage).
8. März:	Besetzung von Duisburg, Ruhrort und Düsseldorf.
16. März:	Unterzeichnung des englisch-russischen Handelsabkommens.
19. März:	Unterzeichnung des russisch-polnischen Friedens.
20. März:	Abstimmung in Oberschlesien (60 Prozent für Deutschland).
20. April:	Inkrafttreten der Zollgrenze am Rhein.
23. April:	Vorbesprechungen zwischen Briand und Lloyd George in Hythe als Einleitung zur dritten Londoner Konferenz.
25. April:	Deutschland ersucht die Regierung der Vereinigten Staaten um Uebermittlung von neuen, bedeutend höheren Reparationsvorschlägen. Ablehnung der Uebermittlung am 4. 5. 1921.
29. April:	Die Reparationskommission setzt den Betrag der Kriegsschäden nach Art. 232 des Friedensvertrages auf 132 Milliarden Goldmark fest.
29. 4. — 5. 5.:	Dritte Londoner Konferenz. Ultimatum an Deutschland am 5. Mai.
30. April:	Militärkonvention zwischen der Tschechoslowakei und Rumänien zum Schutz der Friedensverträge und gegen die Wiederkehr der Habsburger.
5. Mai:	Rücktritt des Kabinetts Fehrenbach-Simon infolge des Ultimatums.
8. Mai:	Unterzeichnung des deutsch-russischen Handelsabkommens.
10. u. 11. Mai:	Im deutschen Reichstag sprechen sich Zentrum, S. P. D., U. S. P. D. und ein Teil der Demokraten für Annahme des Ultimatums aus.
	Bildung des Erfüllungskabinetts Wirth in Deutschland. Annahme des Ultimatums durch den Reichtag.
	1 Dollar gleich 57 Mark.

8. Juni:	Ratifikation des Friedens von Trianon durch die französische Regierung.
21. 7. — 5. 8.:	Britische Reichskonferenz (British Imperial Conference). Aussprache über Fragen der Reichsflotte, des Pacific und den neuen „Status" der Dominions. Automatische Verlängerung des englisch-japanischen Bündnisses um ein Jahr.
1. Juli:	Inkrafttreten des deutsch-chinesischen Abkommens.
4. Juli:	Kabinett Bonomi in Italien.
5. Juli:	Polen ratifiziert das polnisch-rumänische Abkommen vom März 1921 (Militärkonvention).
12. Juli:	Die Deutsche Reichsbank erhält in Holland eine Anleihe von 150 Millionen Goldmark und bis Ende des Monats neue 100 Millionen für die nächste Reparationsrate.
5. August:	Unterzeichnung des tschechisch-jugoslavischen Bündnisvertrages.
8. — 13. August:	Sitzung des Obersten Rates in Paris. (Orientfrage, Ueberweisung der Regelung der Oberschlesischen Frage an den Völkerbund. Bedingungsweise Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen und der Kontrollkommissionen am 15. 9.)
13. August:	Finanzkonferenz der alliierten Finanzminister in Paris regelte Verteilung der ersten Reparationsmilliarde (England 450 Millionen, Rest an Belgien).
16. August:	Reparationskommission setzt die deutschen Kohlenlieferungen provisorisch von 2,2 auf 1,6 Millionen Tonnen herab.
26. August:	Unterzeichnung der Friedensverträge zwischen Amerika, Deutschland und Oesterreich. Ratifizierung Anfang Oktober.
27. August:	Ermordung Erzbergers in Griesheim. Große Arbeiterdemonstrationen in Deutschland am 31. 8. Konflikt zwischen Reichsregierung und Bayern. Rücktritt des bayerischen Ministerpräsidenten v. Kahr am 12. 9.
29. August:	Abschluß eines vorläufigen deutsch-italienischen Handelsabkommens.
31. August:	Deutschland überweist der Reparationskommission 1 Milliarde Goldmark.
7. September:	Einmarsch ungarischer Truppen in Niederösterreich; zweites Ultimatum der Alliierten an Ungarn. Am 3. 10. räumt Ungarn das Burgenland.
16. September:	Unterzeichnung des Lana-Abkommens zwischen Oesterreich und der Tschechoslowakei, Inkrafttreten am 15. 3. 1922.
19. September:	Kabinett Ponikowski in Polen (Witos zurückgetreten).
27. September:	Neues Kabinett Benesch in der Tschechoslowakei.
6. Oktober:	Abschluß des Wiesbadener Abkommens zwischen Loucheur und Rathenau (Sachlieferungen an Frankreich).
7. Oktober:	Kosten der Besatzungstruppen bis 1. 5. 1921 werden von der Reparationskommission auf 3,6 Milliarden Goldmark festgesetzt. Eröffnung der Brüsseler Konferenz. Die Internationale Kommission für die Hilfe an Rußland beschließt, dieselbe von der Anerkennung der Vorkriegsschulden abhängig zu machen.
11. Oktober:	Kabinett Branting in Schweden.
14. Oktober:	Konferenz in Venedig (Westungarische Frage, Plebiszit für Oedenburg).
20 Oktober:	Lösung der Oberschlesischen Frage auf Grund des Gutachtens des Völkerbundes.

22. Oktober:	Veröffentlichung der Note der Botschafterkonferenz über Oberschlesien. Demission des Kabinetts Wirth in Deutschland. 1 Dollar gleich 187 Mark.
23. Oktober:	Vormarsch Kaiser Karls nach Budapest. Internierung des Kaisers am 25. 10.
24. Oktober:	Unterzeichnung des Danzig-polnischen Wirtschaftsabkommens in Warschau.
26. Oktober:	Neue Regierung Wirth in Deutschland.
31. Oktober:	Note Tschitscherins über Anerkennnung der Vorkriegsschulden. Die französische Regierung ratifiziert das türkisch(kemalistisch)-französische Abkommen.
8. November:	1 Dollar gleich 330 Mark.
10. November:	Polen erhält eine französische Anleihe von 500 Millionen Francs.
12. November:	Washingtoner Konferenz (bis 6. 2. 1922). Unterzeichnung des Vier-Länder-Abkommens am 10. 12. und Fortfall des englisch-japanischen Bündnisses. Unterzeichnung des Abkommens über die Insel Jap zwischen Amerika und Japan am 13. 12. Abschließung des Vertrages über die Abrüstung zur See einschl. der Beschlüsse über U-Boote und Giftgase, des Schantung-Abkommens, des Vertrages über die chinesisehen Zölle und des Zusatzvertrages über Ausnahme der japanischen Inseln aus den Bestimmungen des Vier-Mächte-Abkommens (siehe Artikel über Washington).
15. November:	Vertreter Londoner Finanzhäuser erklären in London dem Präsidenten der Deutschen Reichsbank Havenstein, daß sie zu Krediten an Deutschland nur auf der Grundlage einer befriedigenden Regelung der deutschen Reparationsverpflichtungen bereit wären.
26. November:	Das persische Parlament erteilt der amerikanischen Standard Oil Company eine Erdölkonzession auf 50 Jahre.
7. Dezember:	Einigung zwischen England und den Sinnfeinern nach fünfmonatigen Verhandlungen. Bildung eines südirländischen Freistaates nach dem Muster der Dominions. Ratifizierung des Abkommens durch England am 17. 12.
8. Dezember:	Einjähriges vorläufiges Handelsabkommen zwischen Deutschland und Portugal mit Meistbegünstigungsrecht. Deutsch-jugoslavisches Wirtschaftsabkommen wird von der jugoslavischen Regierung genehmigt.
16. Dezember:	Deutsche Note an die Reparationskommission um Aufschub der am 15. 1. und 15. 2. 1922 fälligen Zahlungen.
19. — 22. Dez.:	Besprechungen zwischen Lloyd George und Briand in London (Reparationsfrage und Rußland). Rathenau in London.

1922.

6. — 13. Januar:	Konferenz in Cannes. Beschluß der Einberufung einer allgemeinen Wirtschafts- und Finanzkonferenz auf Anfang März.
11. Januar:	Eintreffen der deutschen Delegation in Cannes. Abreise Briands nach Paris.
12. Januar:	Demission Briands.

13. Januar: Reparationskommission in Cannes setzt die deutschen Zahlungen bis auf weiteres auf 31 Millionen Goldmark jede 10 Tage, vom 18. 1. ab, fest.
Kabinett Poincaré in Frankreich (Poincaré — Ministerpräsident und Minister des Aeußern, Lasteyrie — Finanzminister, Maginot — Kriegsminister).

18. Januar: Rücktritt des Kabinetts Take Jonescu in Bukarest; an seine Stelle tritt J. Bratianu; Minister des Aeußern — Duca.

26. Januar: Annahme des Abkommens von Lana zwischen Oesterreich und der Tschechoslowakei im österreichischen Parlament. Darauf Rücktritt des Kabinetts Schober.

27. Januar: Neubildung des österreichischen Kabinetts durch Schober.

31. Januar: Ernennung Rathenaus zum Minister des Aeußern in Deutschland.

5. Februar: Abkommen zwischen Japan und China über Schantung.

6. Februar: Unterzeichnung eines polnisch-französischen Wirtschaftsvertrages.

10. Februar: Neubildung des Kabinetts durch Bonomi in Italien nach seinem Rücktritt am 2. 2.

11. Februar: Genfer Konferenz über das Oberschlesien-Abkommen zwischen Deutschland und Polen unter Vorsitz Calonders.

20. Februar: Das Parlament von Wilna beschließt den Anschluß an Polen.

25. Februar: Bildung des Kabinetts durch de Facta in Italien nach Rücktritt Bonomis (18. 2.); Minister des Aeußern — Schanzer.
Zusammenkunft zwischen Lloyd-George und Poincaré in Boulogne. Die Einberufung der Konferenz in Genua für den 10. 4. beschlossen.

9. März: Rücktritt des Staatssekretärs für Indien Montague auf Grund der von ihm ohne Befragen des Londoner Kabinetts veranlaßten Veröffentlichung des Telegrammes der indischen Regierung, die die Befriedigung der türkischen Wünsche auf der bevorstehenden Orientkonferenz fordert.

10. März: Der halbamtliche amerikanische Vertreter in der Reparationskommission, Boyden, verlangt die Bezahlung der Besatzungskosten: bis 1. 5. 1921 zirka 241 Millionen Dollar.

11. März: Neubildung des Kabinetts Ponikowski in Polen nach seinem Rücktritt (9. 3) wegen der Wilnafrage.

13. — 17. März: Baltische Konferenz in Warschau zwischen Finnland, Lettland, Estland und Polen.

24. März: Einigung zwischen Polen und Wilna.

16. März: Verkündung der Unabhängigkeit Aegyptens.

17. März: Warschauer Konferenz der russischen Nachfolgestaaten.

22. — 26. März: Orientkonferenz in Paris.

23. März: Veröffentlichung der Note der Reparationskommission an Deutschland. Festsetzung der Reparationszahlungen für 1922 auf 720 Millionen Goldmark in bar und 1450 Millionen Goldmark in Sachleistungen. Ultimatum bis 31. 5. Neue 60 Milliarden Steuern. Kontrolle der deutschen Finanzen.

25. März: Annahme der Akte über Anschluß Wilnas an Polen durch das polnische Parlament (Sejm).

29. — 30. März:	Rigaer Konferenz zwischen Sowjetrußland, Polen, Estland und Lettland, die mit der Unterzeichnung des Rigaer Protokolls endigte.
4. April:	Annahme des Mantelgesetzes zu der Steuervorlage (Steuerkompromiß) in dritter Lesung im deutschen Reichstag.
5. April:	Antwortnote der deutschen Regierung an General Nollet in der Polizeifrage (Annahme des Zustandes von 1913 als Grundlage für die Organisation der Polizei).
7. April:	Inkrafttreten des Abkommens über die Entfestigung und Neutralisierung der Aalandinseln.
10. April:	Konferenz in Genua (siehe Spezialchronik) — bis 18. 5.
16. April:	Unterzeichnung des Rapallovertrages zwischen Sowjetrußland und Deutschland in Genua.
23. April:	Rede Poincarés in Bar-le-Duc, in der er Frankreichs Handlungsfreiheit nach dem 31. Mai ankündigt.
24. April:	Die Polen übernehmen Wilna offiziell.
15. Mai:	Unterzeichnung des deutsch-polnischen Vertrages über Oberschlesien als Ergebnis der am 8. April wieder begonnenen deutsch-polnischen Verhandlungen in Genf. Seine Ratifizierung durch Polen am 24. Mai, durch Deutschland am 30. Mai.
16. Mai:	Ratifizierung der französisch-polnischen Wirtschaftsverträge durch das polnische Parlament (Sejm).
23. Mai:	Beratungen des europäisch-amerikanischen Finanzausschusses (Anleihe-Komitee mit Morgan) zur Prüfung der Mittel, die Deutschlands Zahlungsverpflichtungen erleichtern (bis 10. Juni). (Siehe Artikel über Reparationen.)
23. Mai:	Ratifizierung des Rapallo-Vertrages durch die Sowjetregierung. Ratifizierung des Washingtoner Schantungabkommens durch Japan.
25. Mai:	Vertrauensvotum für Lloyd George und seine Genuapolitik im Unterhause (235 gegen 26 Stimmen).
29. Mai:	Die deutsche Antwortnote, welche die Ententeforderungen in bezug auf die deutsche Finanzwirtschaft im wesentlichen — das Gelingen einer Auslandsanleihe vorausgesetzt — annimmt, wird in Paris übergeben.
31. Mai:	Die Reparationskommission erklärt deutsche Note vorläufig für ausreichend und bewilligt den teilweisen Aufschub der Reparationszahlungen bis Ende 1922. Die Vereinigten Staaten lehnen die Teilnahme an der Haager Konferenz ab.
1. Juni:	Poincaré erhält in der Reparationsfrage Vertrauensvotum im Parlament. Der schwedische Reichstag lehnt den Entwurf eines schwedisch-russischen Handelsvertrages ab.
3. Juni:	Englisch-italienisches Abkommen.

5. Juni: Die Vereinigten Staaten erklären dem bisherigen Botschafter der Kerenski-Regierung, daß er nicht weiter als diplomatischer Vertreter Rußlands angesehen wird.

10. Juni: Französische Presse berichtet den Abschluß einer Militärkonvention zwischen Jugoslavien, der Tschechoslowakei und Rumänien. Polen soll später beitreten.

15. Juni: Beginn der Konferenz im Haag. Vereinigte Staaten haben keine Vertretung.

16. Juni: Adverul (Bukarest) berichtet über Abschluß eines rumänisch-französischen Bündnisvertrages gegen einen russischen Angriff.

17. Juni: Ankunft der Garantiekommission in Berlin. Die Reparationskommission stimmt dem Bemelmans-Abkommen zu.

20. Juni: Wahlen in Irland ergeben eine Mehrheit für den englisch-irischen Vertrag.

Friedens-Armeebestände Anfang 1921 und 1914.[1])

Staaten	in 1000		Staaten	in 1000	
	Anfang 1921	Anfang 1914		Anfang 1921	Anfang 1914
Rußland	3950	1800	Afghanistan	117	70
Frankreich	1074,5	883,6	Schweden	86	80
China	1000	770	Mexiko	60	50
England	470	248	Persien	57	115
Polen	420,9	—	Brasilien	54	50
Japan	320	250	Litauen	50	—
Italien	300	250	Portugal	35	25
Griechenland	270	43	Holland	31	31
Rumänien	223,4	105	Albanien	30	—
Tschechoslowakei	200	—	Oesterreich	30	—
Jugoslavien	200	63,6[2])	Chile	20,8	20
Türkei	200	300	Lettland	20,7	—
Deutschland	200	760,9	Bulgarien	20	85
Spanien	190	90	Argentinien	20	20
Ver. Staat. v. Mittelamerika	187	—	Estland	13	—
Ver. Staat. v. Nordamerika	175	200	Peru	11	10
Schweiz	140	25,9	Uruguay	10,4	10
Belgien	130	61	Venezuela	10	10
Ungarn	130	—	Dänemark	10	13
Finnland	125,3	—	Öst.-Ungarn	—	477,8
Norwegen	118,5	35	Insgesamt	10 964,5	6 952,8

Der Armeebestand der hier angeführten Staaten ist Anfang 1921 um mehr als 4 Millionen größer als Anfang 1914 oder gleich 157 Prozent des Armeebestandes 1914. Die Kosten dieser Armeen sind aber in einem unvergleichlich größerem Maße gestiegen, zum Teil wegen der qualitativ weit besseren Ausrüstung mancher Heere in der Gegenwart, außerdem wegen der Teuerung und besseren Entlöhnung der Soldaten. Anfang 1922 ist das Bild etwas geändert, da mehrere Staaten ihren Armeebestand verringert haben, so vor allem Rußland auf 1,5 Millionen, ebenso England, Frankreich, doch in einem verhältnismäßig geringeren Maße als Rußland.

[1]) Aus L. Trotzki, „Die neue Etappe". [2]) Serbien und Montenegro.

DEMOGRAPHISCHE NOTIZEN

I. Flächeninhalt und Bevölkerung Europas.

Staaten	Letzte Volkszählung			
	vor dem Friedensschluß		nach dem Friedensschluß	
	1000 qkm	Mill. Einw.	1000 qkm	Mill. Einw.
Europa	9969,7	468,1	—[4])	—
Rußland[2])	4837,0	131,7	—	101,7
Deutschland	547,9	64,9	472,5	62,0[1])
Oesterr.-Ungarn	676,6	51,4	—	—
Großbritannien	318,2	46,8	—	47,3
Frankreich	536,4	39,6	551,0	39,2[1])
Italien	286,7	36,7	308,7	38,8[1])
Spanien	505,2	20,7	—	21,3
Belgien	29,4	7,6	30,4	7,6[1])
Rumänien	137,9	7,5	294,7	17,4[1])
Niederlande	40,8	6,8	—	6,8
Portugal	91,9	6,0	—	6,4
Schweden	448,1	5,8	—	5,8
Bulgarien	114,0	4,7	105,3	4,9[1])
Griechenland	113,3	4,6	143,6	5,4
Serbien[3])	87,3	4,5	247,9	12,0[1])
Schweiz	41,3	3,9	—	3,8
Dänemark	40,4	3,1	43,0	3,3[1])
Norwegen	322,9	2,6	—	2,6
Türkei	7,2	1,9	—	1,3
Polen	—	—	373,8	26,4[1])
Oesterreich	—	—	78,1	6,1
Ungarn	—	—	96,1	7,2
Tschechoslowakei	—	—	140,5	13,6[1])
Estland	—	—	67,8	1,8
Lettland	—	—	65,7	1,7
Litauen	—	—	150,0	5,0
Finnland	—	—	—	3,3

[1]) Einwohnerzahlen gelten für das Jahr 1921. Gegenüber der Zeit unmittelbar nach dem Friedensschluß haben folgende Länder im Jahre 1921 einen Bevölkerungszuwachs aufzuweisen:
Deutschland von 59,2 auf 62,0 — Bulgarien von 4,5 auf 4,9 — eine Bevölkerungsverminderung: Frankreich von 41,4 auf 39,2 — Belgien von 7,7 auf 7,6.
[2]) Europ. Rußland ohne Finnland und Polen. R. S. F. R. S. 1920 131,5 Millionen Einwohner auf einem Gebietsumfang von 20 865 qkm.
[3]) 1921 Jugoslavien. [4]) Strich bedeutet unverändertes Gebiet.

Angaben sind entnommen für das Jahr 1921 dem Statesman Yearbook 1922, Ann. Int. de Stat. Agricole Rome 1922, der „Wirtschaft und Statistik", der Rest Otto Huebners geographisch-statistischen Tabellen 1920.

Was die Regierungsform anbetrifft, so gab es vor dem Kriege 22 Monarchien mit etwa 396 Millionen (89 Prozent) und 5 Republiken mit etwa 50 Millionen (11 Prozent) Einwohnern. Nach dem Kriege 19 Republiken mit etwa 282 Millionen (61 Prozent) und 19 Monarchien mit etwa 183 Millionen (39 Prozent) Einwohnern.

II. Flächeninhalt und Bevölkerung.

	1000 qkm	Mill.Einw.		1000 qkm	Mill.Einw
Asien	44 445	895,4	**Amerika**	41 157	204,1
China[1]	11 138	329,6	Ver. Staaten	9 369	105,7
Brit. Bes.	5 265	325,4	Brasilien	8 498	30,6
Japan	382	56,0	Mexiko	1 985	15,5
Japan. Bes.	291	23,9	Brit. Bes.	10 097	11,3
Niederl. Bes.	1 527	47,2	davon Kanada	9 659	8,8
Russ. Bes.	17 388	37,2	Argentinien	2 950	8,7
Türk. Gebiet	1 764	20,8	Peru	1 834	5,6
Franz. Bes.	803	17,1	Columbien	1 206	6,3
Persien	1 645	9,5	Chile	751	3,9
Philippinen	298	10,4	Bolivia	1 470	2,9
Siam	600	8,8	Venezuela	1 020	2,4
			Cuba	166	2,6
Afrika[2]	29 804	136,2	Haiti	29	1,6
Franz. Bes.	9 732	37,4	Guatemala	113	2,0
Brit. Bes.	6 191	37,1	Ecuador	307	1,5
Aegypten	3 544	16,1	Uruguay	187	1,4
Belg. Kongo	2 365	15,0	Salvador	21	1,3
vorm. deutsch. Bes.	2 707	11,5	Paraguay	253	1,1
Abessinien	1 120	8,0			
Portug. Bes.	2 057	7,7	**Australien**	8 949	8,0
Liberia	95	1,5	Brit. Bes.	8 261	6,8[3]
Ital. Bes.	1 591	1,2	Besitzung. anderer		
Span. Bes.	313	0,6	Länder	688	1,2

[1]) Die Schätzungen für China gehen stark auseinander. In den verschiedenen Schätzungen werden verschiedene Provinzen, teils zu China gehörig, teils als selbständig angenommen. Ann. Int. De Stat. Agricole Rome 1922 gibt die Einwohnerzahl Chinas für 1921 mit 441,3 Millionen an.

[2]) Laut Anm. Int. de Stat. Agricole Rome 1922 sind in Afrika im Jahre 1921 infolge des Verlustes der Kolonien Deutschlands folgende Gebietsveränderungen eingetreten: französische Besitzungen 10 163 qkm mit 43,1 Millionen Einwohnern; britische Besitzungen 7 390 qkm mit 44,5 Millionen Einwohnern; Belgisch-Kongo 2415 qkm mit 17,5 Millionen Einwohner.

[3]) 1921 7,7 Millionen Einwohner.

Die größten Städte der Welt

(mit über 500 000 Einwohnern.)

Stadt	Land	Jahr	in 1000 Einwohner
London	(England)	1921	7 446
New-York	(Vereinigte Staaten)	1920	5 620
Berlin	(Deutschland)	1919	3 801
Paris	(Frankreich)	1921	2 906
Chikago	(Vereinigte Staaten)	1920	2 702
Tokio	(Japan)	1920	2 173
Ningpo	(China)	1919	2 172
Wien	(Oesterreich)	1920	2 031
Philadelphia	(Vereinigte Staaten)	1920	1 824
Wantschou	(China)	1919	1 739
Buenos Aires	(Argentinien)	1920	1 667
Shanghai	(China)	1919	1 539
Futschou	(„)	1919	1 491
Peking	(„)	1919	1 300
Tschangscha	(„)	1919	1 273

Stadt	Land	Jahr	in 1000 Einwohner
Kalkutta	(Indien)	1921	1 263
Osaka	(Japan)	1920	1 252
Konstantinopel	(Türkei)	1918	1 200
Budapest	(Ungarn)	1921	1 184
Bombay	(Indien)	1921	1 179
Rio de Janeiro	(Brasilien)	1920	1 158
Mexiko	(Mexiko)	1910	1 080
Glasgow	(Schottland)	1921	1 034
Moskau	(Rußland)	1920	1 028
Sutschou	(China)	1919	1 027
Tschungking	(,,)	1919	1 012
Tschingtau	(,,)	1910	1 000
Detroit	(Vereinigte Staaten)	1920	994
Hamburg	(Deutschland)	1919	986
Warschau	(Polen)	1921	931
Birmingham	(England)	1921	919
Nanking	(China)	1919	902
Kanton	(,,)	1910	900
Tientschin	(,,)	1919	839
Liverpool	(England)	1921	803
Cleveland	(Vereinigte Staaten)	1920	797
Kairo	(Aegypten)	1917	791
Sidney	(Australien)	1913	777
St. Louis	(Vereinigte Staaten)	1920	773
Boston	(,, ,,)	1920	748
Baltimore	(,, ,,)	1920	734
Wanhschien	(China)	1919	732
Manchester	(England)	1921	731
Hangtschou	(China)	1919	730
Melbourne	(Australien)	1913	708
Petrograd	(Rußland)	1920	706
Neapel	(Italien)	1918	698
Brüssel	(Belgien)	1921	685
Prag	(Tschechoslowakei)	1921	676
Kopenhagen	(Dänemark)	1921	666
Mailand	(Italien)	1918	663
Amsterdam	(Niederlande)	1921	642
Köln	(Deutschland)	1919	634
München	(,,)	1919	631
Bangkog	(Siam)	1918	629
Madrid	(Spanien)	1918	609
Kobe	(Japan)	1919	609
Leipzig	(Deutschland)	1919	604
Rom	(Italien)	1918	591
Kioto	(Japan)	1920	591
Pittsburg	(Vereinigte Staaten)	1920	588
Kiautschou	(China)	1919	587
Marseille	(Frankreich)	1921	586
Barcelona	(Spanien)	1918	582

Stadt	Land	Jahr	in 1000 Einwohner
Los Angeles	(Vereinigte Staaten)	1920	577
Lyon	(Frankreich)	1921	561
Dresden	(Deutschland)	1919	529
Breslau	(,,)	1919	528
Madras	(Indien)	1921	523
Tschingkiang	(China)	1910	518
Rotterdam	(Holland)	1921	510
Santiago	(Chile)	1920	507
Buffalo	(Vereinigte Staaten)	1920	507
St. Franzisko	(,, ,,)	1920	507
Sao Paolo	(Brasilien)	1919	504
Lantschou	(China)	1910	500
Tschautschou	(,,)	1910	500

Folgende Staaten besitzen mehr als eine Stadt über 500 000 Einwohner: China 17, Vereinigte Staaten 12, Deutschland 7, England, Indien, Japan je 4, Frankreich Italien je 3, Niederlande, Spanien, Rußland, Brasilien, Australien je 2.

Bevölkerungsbewegung.

Die Bevölkerung der wichtigsten Staaten nach den Volkszählungen gegen Mitte jeder zehnjährige Periode in Millionen Einwohnern. Nach „Annuaire Statistique" 1921.

	Europa:								
	Rußland	Polen	England	Dtsch.-land	Oesterreich	Schweden	Italien	Frankreich	Irland
1836/45	—	—	18,5	32,8	16,6	3,1	22,0	33,4	8,2
1846/55	57,2	4,9	20,8	35,9	17,5	3,5	24,3	34,9	6,6
1856/65	63,7	4,8	23,1	38,1	18,0	3,9	25,0	35,8	5,8
1866/75	—	6,0	26,1	41,1	20,4	4,2	26,8	36,1	5,4
1876/85	89,0	8,0	29,7	45,2	22,1	4,6	28,5	37,7	5,2
1886/95	—	—	33,0	49,4	23,9	4,8	—	38,3	4,7
1896/05	103,6	9,4	37,0	56,4	26,2	5,1	32,5	39,0	4,5
1906/15	—	—	40,8	64,9	28,6	5,5	34,7	39,6	4,4

	Nord-Amerika		Süd-Amerika		Indien	Japan	Australien
	Vereinigt. Staaten	Kanada	Argentinien	Brasilien			
1836/45	17,1	—	0,8	—	—	—	—
1846/55	23,2	1,8			—	—	0,4
1856/65	31,4	3,1	1,2	7,8	—	—	1,1
1866/75	38,6	3,5	1,8	10,1	206,2	33,1	1,6
1876/85	50,2	4,3	—	—	253,9	37,5	2,3
1886/95	62,9	4,8	4,0	10,5	287,3	41,4	3,2
1896/05	76,0	5,4	—	14,3	294,4	46,7	3,8
1906/15	92,0	7,1	7,9	23,4	315,2	49,6	4,5

Wenn man die Bevölkerungszahlen für Rußland im Jahre 1915 mit annähernd 132 Millionen und für Polen mit über 12 Millionen annimmt, so ist in Rußland und Polen um das Jahr 1915 herum ein Bevölkerungszuwachs von annähernd 125 Prozent gegenüber der Mitte des vorigen Jahrhunderts zu verzeichnen. Von den europäischen Industrie-Ländern hat England die verhältnismäßig größte Bevölkerungszunahme, rund 100 Prozent; Deutschland folgt mit einem Bevölkerungszuwachs von etwa 85 Prozent,

Oesterreich 70 Prozent, Schweden 55 Prozent, Italien 40 Prozent, Frankreich 14 Prozent. Irlands Bevölkerung in der Periode 1906/15 weist gegenüber der Periode 1836/45 eine Verminderung um fast 50 Prozent auf. Rußland und Polen sind Agrarländer, Gebiete mit großen Wirtschaftsmöglichkeiten, die aus diesen Gründen ihrem Bevölkerungszuwachs im Lande selbst Beschäftigung und Brot geben können, in deren Landwirtschaft der Maschinenbetrieb noch unentwickelt ist und daher die „Hände" von der Maschine noch nicht verdrängt werden. England als bedeutendstes Industrieland und als Finanzzentrum der Welt in der Vorkriegszeit kann aus diesen Gründen die stetig wachsende Bevölkerung innerhalb seines Gebietes beschäftigen und ernähren. Deutschland erlebt in der zweiten Periode einen ungeheuren wirtschaftlichen Aufschwung, die wachsende Bevölkerung wird von der Industrie absorbiert. Der stationäre Charakter des Rentnerstaates Frankreichs kommt auch in der Bevölkerungsbewegung deutlich zum Ausdruck. Die extensive Landwirtschaft der englischen Lords ist die wirtschaftliche, die Unterdrückungspolitik der englischen Regierung die politische Ursache der stetigen Bevölkerungsabnahme in Irland. In den Vereinigten Staaten ist in der unmittelbaren Vorkriegszeit eine Bevölkerungszunahme von fast 500 Prozent gegenüber der Mitte des vergangenen Jahrhunderts zu verzeichnen. Ein ähnliches Verhältnis, wenn auch absolut in einem bedeutend geringerem Ausmaße, bei Kanada. In den Bevölkerungszahlen der Vereinigten Staaten spiegelt sich die ungeheure Entwicklung der amerikanischen Wirtschaft wieder. Die Vereinigten Staaten sind das Land mit der höchsten Einwanderungsziffer. Die südamerikanischen Staaten werden als Produktionsgebiete bestimmter Rohstoffe immer bedeutender. Mit dem dort investierten ausländischen Kapital wächst die Einwanderung, mit der Erschließung dieser Gebiete die Bevölkerung. Indien und Japan sind Gebiete, die noch vor ihrer schrankenlosen Einbeziehung in den Weltmarkt bereits eine eigene bedeutende Kultur besessen haben und daher eine verhältnismäßig große Bevölkerungsziffer haben.

Lebendgeburten.

Länder	in 1000								
	1913	1914	1915	1916	19 7	1918	1919	1920	1921
Deutschland	1839	1819	1383	1029	940	956	1299	1562	—
Frankreich	746	594	383	315	343	399	404	834	813
Italien	1122	1114	1109	882	691	634	755	—	—
Ungarn	736	747	512	—	297	—	—	—	—
Belgien	170	156	124	99	87	85	128	164	—
Rumänien	310	327	320	—	—	103	286	—	—
Bulgarien	108	193	174	90	—	—	—	—	—
Großbritannien	1103	1102	1025	987	851	849	887	1195	972[1])
Schweiz	90	87	76	74	72	73	72	81	—
Holland	174	177	167	173	173	167	164	193	—
Dänemark	72	73	70	72	70	73	69	78	—
Norwegen	61	62	59	66	65	64	58	71	—
Schweden	130	129	123	121	120	118	115	189	—
Spanien	618	608	6 5	599	602	613	585	—	—
Japan	1757	1808	1800	1805	1812	—	—	—	—

[1]) Provisorische Zahl ohne Irland (1920 Großbr. ohne Irland 1095).

In den Kriegsländern gehen die Lebendgeburten während der Kriegsjahre sehr stark zurück; sie fallen in Deutschland um fast 50 Prozent, in Frankreich um über 60 Prozent. Italien und Großbritannien hatten in der Vorkriegszeit annähernd gleich große Geburtenziffern; in der Kriegszeit gehen diese in Italien stärker zurück, als in Großbritannien. In den neutralen Ländern bringt der Krieg nur unbedeutende Veränderungen. In Japan steigt die Geburtenziffer. Im ersten Jahre nach dem Kriege geht in sämtlichen Kriegsländern die Geburtenziffer in die Höhe.

Gestorbene.

Totgeburten und im Kriege Gefallene nicht einbegriffen.

Länder	in 1000								
	1913	1914	1915	1916	1917	1918	1919	1920	1921
Deutschland	1105	1291	1450	1297	1332	1227	1017	938	—
Ungarn	485	505	553	—	—	—	—	—	—
Großbritannien	653	662	720	651	642	769	658	601	—
Italien	664	643	741	722	640	—	677	—	525[1]
Frankreich	704	648	655	608	613	789	621	675	—
Belgien	108	109	101	101	125	157	113	102	696
Rumänien	192	183	194	—	—	297	261	—	—
Bulgarien	120	88	86	88	—	—	—	—	—
Schweiz	55	54	52	51	53	75	55	56	—
Holland	76	78	80	84	87	115	90	82	—
Dänemark	35	36	37	39	39	39	40	40	—
Norwegen	32	33	33	34	34	43	36	34	—
Schweden	77	78	83	78	77	104	84	78	—
Spanien	050	450	452	452	466	696	482	—	—
Japan	1027	1102	1094	1188	1200	—	—	—	—

[1]) Provisorische Zahl ohne Irland (1920 Großbritannien ohne Irland 534).

Bei den Zentralmächten (Deutschland, Ungarn) steigt auch bei der Zivilbevölkerung die Ziffer der Gestorbenen. 1919 ist das Jahr der Grippeepidemie, daher das Hinaufschnellen der Gestorbenenkurve. In Frankreich bewegt sich ab 1919 die Gestorbenenziffer nach aufwärts.

Kriegsverluste im Weltkriege.

Land	Tote	Verwundungen
Deutsches Reich	1 824 051	4 247 105
Frankreich (weisse Truppen)	1 358 872	2 560 000
„ (farbige Truppen)	67 000	140 000
England (ohne Kolonien)	743 702	1 693 262
„ (Kolonien)	202 321	428 644
Italien	496 921	949 576
Belgien	115 000	—
Serbien	690 000	—
Vereinigte Staaten von Nordamerika	56 6[illegible]8	254 994

Die Gesamtzahl der Toten aller Heere wird schätzungsweise 10 Millionen betragen; die Zahl der Verwundeten wird vermutlich zwischen 20 und 30 Millionen liegen.

Einwanderung

Länder	in 1000												
	1881	1891	1901	1911	1913	1914	1915	1916	1917	1918	1919	1920	1921
Vereinigte Staaten	669	560	488	879	1198	1218	327	299	295	111	141	430	—
Argentinien	47	52	126	282	364	183	83	82	52	51	70	189	—
Auswandgs.-Überschuß	25	30	46	110	145	61	—51	—33	—32	—9	+2	40	—
Brasilien	12	217	85	136	194	—	—	—	—	—	—	71	—
Australien													
Auswandgs.-Überschuß	29	27	4	69	55	—17	—91	—134	—22	20	160	—	—
Neuseeland	10	14	25	41	45	38	26	22	16	12	21	—	—
Auswandgs.-Überschuß	2	—	7	4	14	5	3	1	2	0,2	1	—	
Kanada	48	82	49	311	402	385	145	49	75	79	117	—	

Infolge des Krieges fallen die Einwanderungsziffern rapid. Australien und Argentinien haben sogar Auswanderungsüberschüsse. Australien beteiligt sich aktiv am Kriege in Europa, aus Argentinien muß ein großer Teil der italienischen Waffenfähigen zum Kriegsdienst in der Heimat einrücken. Australien weist schon im Jahre 1914 einen Auswanderungsüberschuß auf, der in den folgenden Jahren rasch anwächst, Argentinien erst im Jahre 1915, dem Jahre des Eintritts Italiens in den Krieg.

Auswanderung.

Auswanderungsüberschuß.

Länder	in 1000												
	1881	1891	1901	1911	1913	1914	1915	1916	1917	1918	1919	1920	1921
Italien[1])	136	294	533	534	873	479	146	142	46	28	230	344	—
	41	188	280	263	560	233	67	74	13	4	—	—	—
Spanien	—	63	51	171	206	113	87	92	59	32	90	148	63
Portugal	15	34	21	60	78	26	19	35	—	—	—	—	—
Engld. u. Schottld.	167	160	133	}455	470	293	105	76	21	17	180	352	—
Irland	76	58	39										
Oesterreich	24	41	65	92	194	—	—	—	—	—	—	—	—
Ungarn	12	40	71	74	120	—	—	—	—	—	—	—	—
Schweden[1])	42	43	25	20	20	13	8	11	6	5	8	—	—
	41	38	20	17	17	10	5	7	3	1	—	—	—
Norwegen	26	13	13	12	10	9	5	5	3	1	2	4	6
Belgien	—	15	10	18	22	—	—	—	—	—	38	—	—
Dänemark	8	10	5	8	9	6	3	4	2	1	3	6	—
Schweiz	—	8	4	6	6	4	2	1	1	0,3	3	9	7
Rußland	—	110	57	81	209	—		—	—	—	—	—	—
Deutschland	221	120	22	23	26	12	1	—	—	—	3	9	7
Holland	—	4	2	3	2	2	1	1	1	1	3[2])	6[2])	—
Frankreich	4	6	4	6	5	—	—	—	—	—	—	—	—

[1]) = gesamte Auswanderung.

[2]) nach Nordamerika. Gesamte Auswanderung (Holländer und Fremde) 1919: 8213, 1920: 42 337.

Bei der Auswanderung sind die Länder gruppiert annähernd nach dem Verhältnis der Stärke der Auswanderung zur Gesamtbevölkerung. Die Zahlen geben kein getreues Bild der Auswanderung, da einige Länder nach den ausgegebenen Pässen, andere nach der tatsächlichen Auswanderung registrieren. Der größte Prozentsatz der Auswanderer setzt sich aus der Landbevölkerung zusammen. Das Eindringen der Maschine in die Landwirtschaft setzt Arbeitskräfte frei, die aber von der eigenen Industrie noch nicht aufgenommen werden können und daher im Auslande Beschäftigung suchen müssen. So in Deutschland in den 80er Jahren, in den romanischen Ländern, vor allem in Italien, in der Vorkriegszeit. Ein ähnlicher Prozeß in Rußland wurde durch den Krieg abgeschnitten. Bei zunehmender Industrialisierung werden die freigesetzten Arbeitskräfte von der eigenen Industrie absorbiert, die Auswanderungszahl fällt. (Deutschland nach den 80er Jahren!) im Kriege geht die Auswanderung infolge des Kriegsdienstes in allen Ländern stark zurück. In der Nachkriegszeit geht sie nicht, wie man angenommen hatte, infolge der verschiedenen Absperrungsgründe der Einwanderungsländer rasch in die Höhe.

Die Erwerbstätigen nach Berufsabteilungen in den wichtigsten Ländern[1]) (in 1000 und in Prozent).

Staaten	Zählungsjahr	Land- und Forstwirtschaft Fischerei	Industrie u. Bergbau	Handel und Verkehr	Armee und Marine	Sonst. öffentliche Dienst- und freie Berufe	Häusliche persönliche Dienstboten	Sonstige Erwerbstätige
1. Belgien	1910	520	1581	541	40	185	191	62
		16,7	50,7	17,3	1,2	6,0	6,1	2,0
2. Schottland	1911	243	1021	469	15	115	141	62
		11,8	49,3	22,6	0,8	5,6	6,8	3,0
3. England und Wales	1911	1389	7631	4214	196	919	1428	497
		8,6	46,9	25,9	1,2	15,7	8,7	3,0
4. Schweiz	1910	477	822	279	3	87	90	25
		27,3	46,2	15,6	—	4,7	4,8	1,4
5. Deutsches Reich	1907	9883	1125	3478	650	1087	1265	472
		35,1	40,0	12,4	2,4	3,9	4,5	1,7
I. Ung. (einschl. Kroat. u. Slav.	1910	5601	1424	620	131	316	391	262
		64,3	16,2	7,0	1,4	3,6	4,5	3,0
II. Italien	1900	9666	3990	1197	204	641	482	93
		59,4	24,4	7,4	1,4	3,9	2,9	0,6
III. Rußland	1897	18245	5597	2219	1133	1175	1617	1286
		58,8	17,8	7,1	3,5	3,6	5,2	4,0
IV. Oesterreich	1910	8506	3628	1321	247	523	470	256
		56,8	24,2	8,8	1,6	3,6	3,2	1,8
V. Spanien	1910	4221	1099	406	135	319	320	1008
		56,3	14,6	5,4	1,9	4,2	4,2	13,4
VI. Schweden	1910	1016	565	237	31	76	167	112
		46,2	25,7	10,6	1,4	3,4	7,7	5,0
VII. Irland	1911	776	396	194	30	100	141	167
		43,1	22,0	10,7	1,6	5,6	7,8	9,2
VIII. Dänemark	1911	512	299	179	9	53	122	27
		42,6	25,0	12,0	0,7	4,4	10,1	2,2
IX. Frankreich	1911	8517	7486	2053	721	1225	929	—
		41,2	35,7	9,7	3,4	5,7	4,3	—
a) Verein. Staaten v. Nordamerika	1910	12659	11946	8849	77	1945	1572	1119
		33,2	31,3	23,2	0,2	5,1	4,2	3,0
b) Norwegen	1910	359	241	438	5	34	152	36
		29,8	19,8	36,4	—	2,7	8,4	2,9
c) Niederlande	1909	640	783	411	20	162	222	24
		28,6	34,6	18,2	0,9	7,1	9,6	1,0

[1]) Nach „Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1920". Auch diese Statistik gibt nicht ein genaues Bild des wirtschaftlichen Charakters des entsprechenden Landes, da die Einteilung nicht in sämtlichen Ländern nach demselben Schema getroffen worden ist. So in der Rubrik Land- und Forstwirtschaft, wo die Beurteilung, wer Erwerbstätiger und wer nur Angehöriger ist, sehr schwer zu treffen ist.

Die Ordnung der Länder ist hier nach folgenden Gesichtspunkten vorgenommen:

Kategorie 1—5 Länder mit vorwiegend industriellem Charakter.

Kategorie I—IX Länder mit vorwiegend agrarischem Charakter.

a) Vereinigte Staaten mit annäherndem Gleichgewicht, mit großem Handel und Verkehr.

b—c) Norwegen als Land mit großer Küste am Weltmeer mit verhältnismäßig bedeutender Schiffahrt. Aehnlich Niederlande, doch dieses mit stärkerem industriellen Einschlag, jenes mit agrarischem. Gegenwärtig hat sich der Charakter der Wirtschaft insofern geändert, als im allgemeinen in den hier genannten Ländern die Industrialisierung fortgeschritten ist.

Die Klassengliederung in den kapitalistischen Staaten.

Wir wollen in folgendem den Versuch machen, eine Gliederung der Bevölkerung einiger kapitalistischer Staaten nach Klassengesichtspunkten zusammenzustellen. Eine derartige Zusammenstellung wäre sehr nützlich und lehrreich, um die Kräfteverhältnisse der einander gegenüberstehenden Klassen beurteilen zu können.

Nun läßt sich diese Aufgabe nur ganz annähernd lösen. Die amtlichen Statistiken kennen den Begriff der Klassen überhaupt nicht. Sie geben Einteilungen nach Berufen und höchstens innerhalb der Berufe die Scheidung von Selbständigen und Angestellten. Nun ist es natürlich, daß unter den sogenannten Selbständigen sich große Mengen proletarischer und halbproletarischer Existenzen befinden: Bauern, die nicht genügend Boden besitzen, um sich davon zu ernähren, und die daher genötigt sind, zum Teil durch Lohnarbeit ihr Brot zu verdienen; kleine Gewerbetreibende und Kleinhändler, die keine fremden Arbeitskräfte anwenden und aus dem Ertrag ihrer eigenen Arbeit oft ein kümmerlicheres Leben führen als ein Fabrikarbeiter. Aus den amtlichen Statistiken läßt sich daher eine Gliederung nach Klassen nur sehr schwer zusammenstellen.

Außerdem muß natürlich in Betracht gezogen werden, daß gewisse Schichten zwar im Lohn- bezw. Angestelltenverhältnis stehen, aber infolge ihrer besonderen Stellung, als Organe des staatlichen Machtapparates, vollzählig zu dem Lager der herrschenden Klassen gezählt werden müssen. Erschwert wird die Aufgabe dadurch, daß in den verschiedenen Ländern verschiedene Gruppen von Berufstätigen in der Statistik angeführt werden bezw. die Kennzeichen, nach denen die Erwerbstätigen in die verschiedenen Gruppen eingeteilt werden, sehr verschieden sind.

Wir haben bei der Zusammenstellung der nachfolgenden Tabelle ungefähr folgendes Verfahren angewendet:

In die Gruppe „Proletarier" haben wir eingeteilt:

Lohnarbeiter in Bergbau, Industrie, Landwirtschaft und Verkehr, 75 Prozent der Angestellten in diesen Berufen und die Hausangestellten.

In die Gruppe der „Halbproletarier":

Bauern mit einem Besitz von weniger als 5 Hektar in Mittel- und Westeuropa, mit weniger als 10 Hektar in Amerika und Osteuropa; 25 Prozent der sogenannten Selbständigen in Handel und Industrie und 25 Prozent der freien Berufe.

Wir glauben, daß diese Einteilung bedeutend weniger Elemente in diese Gruppe bringt, als in Wirklichkeit vorhanden sind.

In die dritte Gruppe „Herrschende Klasse und ihr Anhang" rechnen wir:

Alle Bauern und Grundbesitzer mit mehr als 5 bezw. 10 ha Besitz, 75 Prozent aller Selbständigen in Handel und Industrie, wie auch in den freien Berufen, ferner die ganze Wehrmacht und alle staatlichen und kommunalen Beamten.

Es ist offenbar, daß die dritte Gruppe auf diese Weise zahlreicher wird, als es der Wirklichkeit entspricht.

Auf diese Weise erhalten wir folgende Tabelle, deren Zahlen nur ganz grobe Annäherungen sind, um so mehr, als bei den meisten Ländern die Daten der Berufsstatistik nach der letzten Volkszählung noch nicht veröffentlicht sind und daher jene der letzten Volkszählung vor dem Kriege verwendet werden mußten. Die Anordnung der Länder entspricht ungefähr der Stärke des Proletariats.

Land	Erwerbstätige	Proletarier	Halbproletarier	Herrschende Klasse und ihr Anhang
	in Tausenden			
England und Wales	16 300	14 200	500	1 600
Schottland	2 100	1 810	60	230
Irland	4 350	3 720	260	370
Großbritannien	22 750	19 730	820	2 200
Deutschland	33 900	26 000	3 500	4 400
Italien[1])	20 000	14 000	2 500	3 500
Frankreich	20 900	10 700	3 900	6 300
Tschechoslowakei	6 900	4 000	900	1 000
Oesterreich	3 100	2 500	150	450
Schweden[2])	2 900	1 440	1 300	160
Dänemark	1 350	850	100	350
Bulgarien	2 500	1 600	260	640
Finnland	2 750	2 000	200	550
Ver. Staat. mit Japan	42 000	27 500	6 500	8 000
Südafrikan. Union	1 300	1 000	140	160

[1]) Bei Italien ist die Zahl der Erwerbstätigen unter Berücksichtigung seines Gebietszuwachses schätzungsweise angenommen, der Verteilungsschlüssel auf Grund eines Vergleiches mit dem der Länder ähnlicher Struktur getroffen worden.

[2]) Aus dem schwedischen Bericht entnommen. Gliederung nach einem anderen Schlüssel als dem hier angegebenen getroffen.

Die Zahlen ergeben in den hier angeführten Ländern ein zahlenmäßiges Ueberwiegen des eigentlichen Proletariats über alle anderen Klassen; in den kleinbürgerlichen Ländern jedenfalls ein Ueberwiegen der ersten zwei zusammen über die dritte Gruppe.

Weitgehende Folgerungen können natürlich aus diesen Zahlen nicht gezogen werden. Ein zahlenmäßiges Ueberwiegen des Proletariats bedeutet an sich nur günstige Möglichkeiten für den proletarischen Klassenkampf; ob sich diese Möglichkeit wirklich geltend macht, hängt in erster Linie nicht von der Gesamtzahl des Proletariats, sondern von der zahlenmäßigen Stärke und dem ideologischen Einfluß der klassenbewußten revolutionären Schicht innerhalb desselben ab. Die Größe dieses Faktors läßt sich natürlich zahlenmäßig nicht feststellen, um so weniger, da es eine mit der wechselnden Stärke der revolutionären Bewegung sich verändernde Größe ist. Einen ganz ungenügenden, aber immerhin den einzigen Anhaltspunkt bietet die Stärke der kommunistischen Parteien in den betreffenden Ländern (politisch und gewerkschaftlich), die der Leser an anderer Stelle findet. („Stärke der Arbeiterparteien in den verschiedenen Ländern" und „Die oppositionelle Bewegung in Gewerkschaften".)

E. V.

II.

DIE SOWJETREPUBLIKEN



Vorbemerkung zum russischen Teil.

Viel weniger als von jedem anderen Lande läßt sich ein zutreffendes Bild vom heutigen Sowjetrußland in einem Jahrbuch festhalten. Zunächst ist die R. S. F. S. R. noch lange nicht ein fertiges Gebilde: die Organisationen selbst sind vielfach im Entstehen begriffen; es werden fortwährend Veränderungen und Reformen vorgenommen. Die Sowjetrepublik, die kein Vorbild in der Geschichte hat, befindet sich noch im Zustande des Aufbaues. So mußten wir — um ein einigermaßen annäherndes Bild zu geben — in die vorhergehende Zeit zurückgreifen und aus der historischen Entwicklung heraus den jetzigen Zustand charakterisieren.

Aber auch dies ließ sich nicht lückenlos durchführen. Die letzten Jahre, die durch den weit ausgedehnten Bürgerkrieg, durch die wirtschaftliche Zerrüttung und Zerstörung aller Art gekennzeichnet sind, hatten nicht genügendes statistisches Material und keinen Apparat, der statistische Erhebungen und Registrierungen ermöglichte. Der fluktuierende Zustand der Dinge schloß von vornherein jede Art exakter Feststellungen aus.

Wenn also die Schwierigkeiten, ein zutreffendes Bild von Sowjetrußland zu bekommen, schon in der Natur der Sache liegen, so werden diese Schwierigkeiten noch durch andere, technische Gründe erhöht. Der junge russische Sowjetstaat, der auf ganz neuer Grundlage aufgebaut wird, leidet an einem Personenmangel. Die Genossen, die verantwortliche Posten innehaben, sind durchweg mit Arbeit überlastet; ebenso die Aemter. Auf diese Weise wird es außerordentlich schwer, zuverlässige amtliche Daten und Auskünfte für „literarische" Zwecke zu erhalten. Dazu kommt noch die Schwierigkeit im postalischen Verkehr mit Rußland, die eine rasche Verbindung ausschließt.

Wir sind uns also von vornherein der Mängel und Ungenauigkeiten bewußt, die dem russischen Teil des Jahrbuches anhaften. Wenn wir aber dennoch den Abschnitt in der vorliegenden Form der Oeffentlichkeit übergeben, so geschieht es deshalb, weil er den ersten Versuch darstellt, ein zusammenhängendes, wahres, objektives Bild von einem Lande zu geben, für das die bürgerliche und pseudosozialistische Welt ein Arsenal von Lüge und Entstellungen bereit hat.



GESCHICHTLICHE EINFÜHRUNG

Die revolutionäre Bewegung der Vergangenheit.

Die zaristische Regierung und ihre Historiker unterhielten die Legende, Rußland sei das rückständigste Land der Welt, die Revolution sei erst in allerletzter Zeit unter dem Einfluß westlicher Ideen entstanden. In Wirklichkeit aber war Rußland seit dem 16. Jahrhundert wohl das unruhigste, das revolutionärste Land Europas. Seit der Mitte des 16. bis zu Beginn des 19. Jahrhunderts lebten alle russischen Regierungen wie auf dem Vulkan. Erst mit dem Beginn des 19. Jahrhunderts hatte der Absolutismus einen ziemlich festen Boden unter den Füßen, gerade zu der Zeit, da angeblich die revolutionäre Bewegung erst begonnen haben soll. Die revolutionären Ausbrüche der ersten drei Viertel dieses Jahrhunderts stellten für den Zarismus keine ernste Gefahr dar. Erst der 1. März 1881, der Tag, an dem Alexander II. ermordet wurde, erinnerte an die Möglichkeit eines neuen Ausbruches, und erst im 20. Jahrhundert entlud sich die neue Katastrophe, die in den glühenden Abgrund nicht nur die letzte absolutistische Regierung, sondern auch die auf ihren Trümmern entstehende bürgerliche Pseudodemokratie hinwegfegte.

Um den verhältnismäßig starken Revolutionismus des alten Rußland zu charakterisieren, genügt eine Tatsache. Jedes europäische Land hatte in der Periode der Zersetzung des Feudalismus und der Entstehung des frühen Kapitalismus seine Bauernrevolution, Frankreich die Jacquerie, England den Aufstand von Wat Tylor, Böhmen die Hussitenkriege, Deutschland den großen Bauernkrieg des 16. Jahrhunderts. Aber jedes Land hatte eine solche Revolution; Rußland jedoch machte in der gleichen Periode seiner ökonomischen Entwicklung (die bei uns in das 17. bis 18. Jahrhundert fiel) vier Revolutionen durch, drei in Großrußland — die sogenannte „Aufruhrzeit", ganz zu Beginn des 17. Jahrhunderts,

vor allem den Aufstand Stepan Rasins 1670—71 und den Pugatschewschen Putsch 1773—74. Der erstere stürzte eine Reihe von Regierungen, eine nach der anderen; der letztere war nahe daran: Katharina hatte keinen gefährlicheren Rivalen als Pugatschew. Dazu kommt die vierte gewaltige und erfolgreiche Revolution in Südwestrußland, in der Ukraine 1648—1654, der Aufstand Bogdan Chmelnitzkis, der der polnischen Herrschaft an diesen Orten ein Ende machte und faktisch den Beginn der Zersetzung und des Zusammenbruchs Altpolens bedeutete.

Wodurch ist diese außerordentlich starke revolutionäre Erregbarkeit des russischen Volkes zu erklären? Natürlich nicht durch den nationalen Charakter der Russen. Der „nationale Charakter" erklärt nicht, sondern bedarf selbst der Erklärung.

Der revolutionäre Charakter des russischen Volkes ist durch die Besonderheiten seiner wirtschaftlichen Entwicklung zu erklären. Im 14. Jahrhundert, als in Westeuropa bereits das Handelskapital im Entstehen war, Handwerk und Gewerbe florierten, der Nationalstaat mit Bürokratie, Geldsteuer und stehender Armee entstand, steckte Rußland mitten im Feudalismus. Das war die sogenannte „Lehnsepoche" der russischen Geschichte.

Unter dem Ansturm des europäischen Handelskapitals, das sich längst den Weg in dieses wilde Land bahnte — zuerst über Nowgorod in Gestalt der Hansakaufleute, dann über Moskau in Gestalt der Italiener, die am Ende des 15. Jahrhunderts den Moskauer Kreml erbauten, schließlich in Gestalt der Engländer, die den großen Wasserweg nach Rußland über Archangelsk 1553 entdeckten (im 17. Jahrhundert wurden die Engländer durch die Holländer, die Lehrer Peters I., abgelöst). Unter den heißen Strahlen dieser aufgehenden Sonne des Kapitalismus schmolz der russische Feudalismus dahin wie der Schnee im Frühling. Das, was im Westen die Folge eines langsamen, anhaltenden und beharrlichen Kampfes in einzelnen Orten war, entstand in dem durch den einheimischen Handelskapitalismus rasch gereinigten Rußland mit einem Schlag im ganzen Lande. Das flache Land hatte keine Zeit, sich dem neuen Wirtschaftsregimes anzupassen. Der Grundbesitzer, der in Rußland mehr als anderswo ein Werkzeug der ursprünglichen Akkumulation war, räuberte, von einer seinem Großvater völlig unbekannten Profitgier berauscht, den Bauer mitunter im buchstäblichen Sinne des Wortes aus.

Moskau erstickte in Luxus, während die Dörfer das Hungern kennen lernten. Die Bauern irrten von Gutsbesitzer zu Gutsbesitzer und erfuhren überall dasselbe Geschick. Die passivere Majorität verkaufte sich als Sklaven um ein Stück Brot; die aktivere Minorität verließ die Grenzen des Landes und bildete freie Kosakensiedlungen, die den Nachbarn und dem Moskauer Staat gleich gefährlich waren.

Die Zusammenstöße dieses Staates mit den Kosaken Ostrußlands waren das Signal der ersten Bauernrevolution. Der neu entstandene Staat des Handelskapitals war schwach, den Kosaken fiel der Sieg leicht zu, und der Bauernaufstand ergoß sich breit über das Land, die soeben entstandene Leibeigenschaft vernichtend. Der Aufstand hatte die Losung „Vernichtet die Herren, nehmt ihre Güter!". So lauteten die Proklamationen des Bauernführers Bolotnikow.

Die Masse der Gutsbesitzer wurde vernichtet. Aber in Großrußland vermochten die Bauern und Kosaken auf den Ruinen des feudalen Staates nichts zu schaffen: sie selbst hatten kein politisches Ideal außer dem Zarismus. 1613 ernannte die Kosakenarmee als Thronprätendenten die alte feudale Familie Romanow, die sofort an jenen Verrat übte, von denen sie den Thron erhalten hatte. Unter den ersten Romanows wurden die Bauern endgültig versklavt.

Das westliche Kosakentum stand Europa näher und war bewußter. Der Moskauer Zar mußte sich einige Jahrzehnte lang mit der Rolle des Oberlehnsherrn der Ukraine begnügen. Allmählich jedoch riß er sie an sich, und das ukrainische Bauerntum wurde von den Kosakenältesten gezügelt, die sich aus Führern des Aufstandes in eine wahre Gutsbesitzerklasse verwandelten, die noch gieriger und ausbeuterischer war als die Gutsbesitzer Großrußlands.

Rasins Aufstand hielt einige Monate lang die wichtigste Handelsverkehrsader des Moskauer Staates, den Wolgafluß, besetzt. Seine Wogen erreichten die nördlichste Ecke des Handelsweges, das Weiße Meer. Die Rasinbewegung bedeutete die erste bewußte Bauernrevolution. Rasin war von einer bestimmten Tendenz beseelt. Er wollte den bürokratischen Staat durch eine Bauernrepublik ersetzen, die, mit einem Zaren an der Spitze, die Vollbringerin des Kosakenwillens wäre. Aber dem wirklichen, nicht erträumten Zaren stand nun eine Armee zur Verfügung, die gut bewaffnet und nach westeuropäischer Art

organisiert war. Vor dieser Armee mußten die Kosakentruppen kapitulieren. Am 6. Juni 1671 wurde Rasin in Moskau hingerichtet. Seine Genossen wurden größtenteils noch früher getötet. Mit der Eroberung von Astrachan, einige Monate später, befand sich der Haupthandelsweg wieder in den Händen des Staates des Handelskapitals.

Die darauf folgende Kosaken- und Bauernrevolution, fast genau 100 Jahre nach Rasins Tode, hatte ein noch viel festeres militärisch-bürokratisches Gefüge. Es ist charakteristisch, daß die Kosaken in dieser Revolution nicht mehr die erste Rolle spielten: der Aufstand war für den Absolutismus gefährlich durch die Teilnahme des Vorproletariats in Gestalt der Arbeiter der Uralbergwerke. Diese Werke bildeten die Industriebasis Pugatschews, der von dort Kanonen und Geschosse bezog. Aber es gelang Pugatschew nicht, Moskau zu erreichen. Gegen die Aufständischen wurde eine Armee mobilisiert, wie sie, laut Geständnis von Katharina selbst, nur gegen den stärksten Außenfeind gebraucht wurde. Pugatschews Truppen wurden geschlagen, und am 8. Januar 1775 erfuhr er in Moskau das Schicksal Rasins.

Die Pugatschew-Episode war die letzte Kosaken- und Bauernrevolution und überhaupt die letzte große Massenaktion in Rußland vor 1905. Nach ihr konsolidiert sich die Leibeigenschaft in Rußland endgültig und fällt erst 1861 unter dem Ansturm einer neuen kapitalistischen Woge, die aus dem Westen kommt — des Industriekapitalismus. Unter diesen Umständen konnte die Bauernemanzipation in der Praxis bloß deren Expropriation sein. Diese Expropriation beantwortete das Bauerntum mit einer Anzahl von Aufständen (mindestens 2000 in ganz Rußland), aber zu einer allgemeinen Revolution kam es nicht. Jedoch waren diese Aufstände für den Absolutismus weit gefährlicher als der von den bürgerlichen Liberalen überschätzte Dekabristen-Aufstand (14. Dezember 1825). Das Komplott der Dekabristen war von großer Bedeutung für die Entfaltung der revolutionären Ideologie der russischen Intellektuellen, in der Geschichte der Massenbewegungen Rußlands nimmt es jedoch eine untergeordnete Stellung ein.

M. Pokrowski.

Der Zarismus und die Wurzeln der Revolution von 1917.

Der russische Absolutismus ist verhältnismäßig neuen Ursprungs; er stellt eine osteuropäische Parallele solcher Erscheinungen dar wie der Absolutismus Ludwigs XIV. oder Heinrichs VIII. in Westeuropa. Die Rückständigkeit Rußlands findet in diesem Fall ihren Ausdruck hauptsächlich darin, daß hier die Blüte des Absolutismus in den Anfang des 18. Jahrhunderts fällt, während er in England bereits abgewirtschaftet hatte und in Frankreich die neuen höheren Formen Ludwigs XIV. angenommen hatte, der an den russischen Absolutismus aus der Zeit Nikolaus I. erinnert. Der T y p u s der Herrschaft der russischen Romanows war vollkommen der der Tudor und Valois.

Der moskowitische Absolutismus ist mit dem Feudalismus nur insofern verknüpft, wie der russische Feudalismus mit dem Varjäger Fürstentum der vorhergehenden Periode: einer der Feudalfürsten, der von Moskau, wurde zuerst Oberlehnsherr und dann Souverän von ganz Großrußland. Aber er wurde es nicht deshalb, weil er Feudalherr war, sondern weil er den anderen Feudalfürsten nicht glich. Der Moskauer Fürst wuchs über die anderen Feudalherren hinaus dank seinem engen Bündnis mit dem H a n d e l s k a p i t a l, das in seinen Keimformen in Westeuropa bereits seit dem 11. Jahrhundert bekannt ist (die sogenannten „Kreuzzüge"), in Rußland aber im 14.—15. Jahrhundert entstand.

Nach und nach nahm der Moskauer Fürst aktivere Handelsoperationen auf. Die ersten Moskauer Fürsten liehen schon Geld auf Zinsen aus. Wir erfahren dies aus ihren Testamenten. Vom zweiten Romanow, Alexej, sagt ein Ausländer, er wäre „der erste Kaufmann seines Staates". Und den Hof seines Sohnes, Peter des „Großen", verglich ein anderer Ausländer mit einem Handelsbüro, wo von Geschäften schier mehr geredet werde als von Politik.

Neben dem Handel ging die „ursprüngliche Akkumulation" vor sich. Das Regime der Selbstherrschaft war, da niemand irgendwelche Rechte hatte, den Bedürfnissen der ursprünglichen Akkumulation besser angepaßt als jedes andere. Der Idee nach trug der Absolutismus einen p e r s ö n l i c h e n Charakter.

Dieser Charakter fand seinen prägnanten Ausdruck in Peter I. (1682—1725), der den Nachweis lieferte, daß der Zar mit seinem Reich umspringen kann wie mit seinem persönlichen, selbsterworbenen Eigentum. Er kann es z. B. willkürlich vermachen, wem er will. Die Nachfolger Peters waren bei all ihrem theoretischen Absolutismus in Wirklichkeit bloße Werkzeuge einer Handvoll Magnaten, der Großgrundbesitzer, die durch Strohmänner, ihre Klienten, Handel trieben. Sie waren auch die Besitzer der ersten großen Industrieunternehmen mit tausenden leibeigenen Arbeitern, des Uralbergwerks oder der Riesentextilmanufakturen, die fast ausschließlich auf Bestellung der Regierung für Armee und Flotte arbeiteten.

In der ersten Zeit nach Peter unternahmen diese Oligarchen, erschreckt durch das offenbare Bestreben des mächtigen „Reformators", die Theorie in Praxis zu verwandeln, Versuche, auch formal den Absolutismus zu ihren Gunsten einzuschränken (sogenannte Konstitution der „Werchowniki" 1730), aber sie taten es so ungeschickt, daß nichts dabei herauskam. Dann überzeugten sie sich, daß mit Hilfe der Garderegimenter die Sache viel leichter zu machen sei: der Zar, der den Oligarchen nicht paßte, flog vom Thron und kam ins Gefängnis — oder ins Grab — mit einer Schnelligkeit, wie sie keine Verfassung hätte besser sichern können.

Dieses Spiel mit Zarenköpfen wies erst der Pugatschew-Aufstand in die Schranken. Als die Oligarchen das Muschikenbeil vor sich sahen, verstanden sie, daß das Scherzen zu Ende war, und fügten sich wortlos unter das Joch des Lieblings Katharinas II., Potemkins. Katharinas Sohn, Paul I. (1796—1801), mißbrauchte diese Fügsamkeit der einstmals rebellischen Aristokratie und fiel als Opfer der letzten Palastrevolution in der russischen Geschichte. Seine Söhne (Alexander I. und Nikolaus I.) verstanden es, die Eitelkeit und die Interessen des höheren Adels zu schonen; sie wurden eigentlich die ersten wirklichen Selbstherrscher, die Verkörperung der Diktatur des Adels in Rußland. Aber bei all der streng persönlichen Form war es auch jetzt die Diktatur einer K l a s s e und nicht der Personen. Die Zaren bezeichneten sich bei Ansprachen an die Vertreter des Großgrundbesitzes als die ersten Edelleute ihres Staates. Katharina II. nannte sich sogar eine Kasansche „Gutsbesitzerin", es befanden sich ja Krongüter auch im Gouvernement Kasan.

Aber zu Beginn des 19. Jahrhunderts war die Adelsklasse selbst noch kein einheitliches Ganzes. Die Nachfrage nach russischem Weizen auf dem Weltmarkte verwandelte das Adelsgut in eine „Fabrik für Getreideerzeugung". Auf dem jungfräulichen Boden des Südens und Südostens, wo der Boden, die berühmte „Schwarze Erde", gewaltige Ernten ohne jede Düngung gab, brauchte diese Fabrik nichts als Arbeitskräfte. Hier verwandelte sich der Betrieb in eine Art amerikanische Plantage; die Rolle der Neger spielten die russischen Leibeigenen. Aber im dichtbevölkerten Zentralrußland, wo der Grund und Boden bereits verbraucht war, war auch K a p i t a l erforderlich; schon bei Beginn des 19. Jahrhunderts fingen einzelne Gutsbesitzer an, eine komplizierte Wirtschaft mit ausländischen Maschinen zu betreiben.

Es begann der Kampf zwischen dem Gutsbesitzer („Plantator") und dem „Manchestermann". Auf Seiten des letzteren war das Industriekapital, das in Rußland große Fortschritte machte, besonders nach der Kontinentalblockade, als die Fabriken aus dem Boden schossen wie die Pilze. 1761 gab es in Rußland nur e i n e Baumwollweberei; 1804 gab es deren 199 und 1814 423. Die Zahl der Arbeiter hatte sich in den letzten zehn Jahren (1804 bis 1814) von 6,5 Tausend auf 39 Tausend erhöht. Tuchfabriken gab es 1804 155, 1825 324; Gießereien 1804 26 und 1825 170. Auf Seiten des Industriekapitals war die im Entstehen begriffene „Intelligenz", eine Schicht gebildeter Fabrikaufseher, Organisatoren der kapitalistischen Wirtschaft.

Der erste Zusammenstoß zwischen den „Manchesterleuten" und „Plantatoren", der Dekabristen-Aufstand, verlief ungünstig für die letzteren. Die Petersburger Gruppe der Verschwörer (die sog. „Nördliche Gesellschaft"), die über ziemlich große Kräfte verfügte, verstand es nicht, sie auszunützen, und die ukrainische Gruppe (die sogenannte „Südliche Gesellschaft", die nicht aus Ukrainern, sondern aus russischen, in der Ukraine stehenden Offizieren bestand), vermochte nur ein Regiment aufzurütteln. Die Dekabristen brachten also nichts fertig, aber ihr Programm und ihre Propaganda hinterließ eine Spur, von der die r u s s i s c h e l i b e r a l e T r a d i t i o n ihren Ursprung nimmt. Ihre Hauptprogrammforderungen waren: Bauernbefreiung und Aufhebung oder wenigstens Einschränkung des Absolutismus. Die Versuche Nikolaus I., den Forderungen der „Manchesterleute" ein blankes „Nein" entgegenzustellen, ende-

ten mit einem Fiasko. Die wirtschaftliche Entwicklung war für die „Manchesterleute". Der russische Getreideexport wuchs ungeheuer. (Weizen: 1820 14 Millionen Pud, 1860 42 Millionen Pud; Roggen 1820 4 Millionen Pud; 1860 20 Millionen Pud.) Der von Nikolaus zugunsten des Handelskapitals begonnene Krieg um Konstantinopel (der sogenannte Krim-Krieg 1853 bis 1856) hatte diesen Export unterbunden. Der Krieg war sehr unbeliebt; in diesen Jahren tauchte zum ersten Mal in der russischen Gesellschaft eine „defaitistische" Stimmung auf. Gleichzeitig rührte sich auch das Bauerntum. Es roch nach Revolution.

Nikolaus' Nachfolger, Alexander II., nahm sofort den Kampf mit der inneren antizaristischen Bewegung auf. Durch bittere Erfahrung gewitzigt, beschloß er, zur Schlauheit Zuflucht zu nehmen. So wurden die Bauern befreit (1861) nach einem Plan, der für die Gutsbesitzer unvergleichlich vorteilhafter war als für die Bauern selbst. Für den „Manchesterflügel" der Gutsbesitzer und für die Intellektuellen wurden einige Institutionen westeuropäischen Schlages geschaffen. Das genügte, damit die Opposition der „Manchesterleute" vollkommen erlosch. Dazu nutzte die Regierung Alexanders II. sehr geschickt den für Rußland völlig ungefährlichen polnischen Aufstand (1863—1864) aus, um im chauvinistischen Taumel die letzten Ueberreste der defaitistischen Stimmung zu ersticken.

Die Revolution schien mit der Wurzel ausgerottet zu sein. Selbst die im Auslande erscheinende russische Presse verlor ihre Schärfe. Auf dem Plan blieb der siegreiche Absolutismus, der sich ganz und gar den Bedürfnissen des Industriekapitalismus angepaßt zu haben schien.

Aber gerade die Entwicklung des letzteren bereitete dem Zarismus die schlimmsten Feinde. Vor allem spaltete die Bauernreform den Adelsstand in noch einer Richtung. Sehr vorteilhaft für den Adel als Klasse, war sie hauptsächlich berechnet für die Bedürfnisse des Großgrundbesitzes. Die kleinen Gutsbesitzer verarmten und vermehrten die Reihen der Unzufriedenen. Ferner verbreitete die lokale Selbstverwaltung, die mit dem Bau von Schulen und Krankenhäusern, der Vervollkommnung der Landwirtschaft etc. begann, die Masse der Kopfarbeiter in die entlegensten Winkel, wo man früher kaum einen Lesekundigen antreffen konnte. Diese ganze Masse der Intellektuellen wurde zur Vermittlerin einer kleinbürgerlichen, dem

Zarismus gegenüber oppositionellen und demokratischen Bewegung. Die Exzesse des Gründerkapitalismus, der den Ausbau des russischen Eisenbahnnetzes 1860—70 in einen wahren Taumel der Räuberei verwandelte, machten unter der kleinbürgerlichen Demokratie selbst sozialistische Theorien populär; der utopische Sozialismus hatte in der russischen Literatur seine Vertreter in Herzen und Tschernyschewski.

Die neue Revolutionsarmee wuchs rasch, und die Entfaltung des Industriekapitalismus schuf automatisch ihre Kaders. Ende 1860 hatte Rußland bereits über eine halbe Million Industriearbeiter, die jetzt nach der Bauernbefreiung fast ein richtiges Proletariat im europäischen Sinne des Wortes waren. Sehr früh treffen wir bei dieser neuen Klasse die neue europäische Form des Protestes gegen die Ausbeutung — den Streik — an. Die Petersburger Streiks von 1870 alarmierten die Regierung; der Innenminister versandte an die Gouverneure ein Rundschreiben, in dem er seine Untergebenen auf die fürchterlichen Lebensbedingungen des Arbeiters in Rußland aufmerksam machte. Aber das „Recht" des Fabrikanten anzutasten, hielten selbst die liberalen Beamten nicht für möglich. Die ersten Fabrikgesetze erschienen in Rußland erst 15 Jahre später. Aber während für die Lage der Arbeiter selbst diese Streiks fast spurlos verliefen, so hinterließen sie in der russischen revolutionären Bewegung eine tiefe Spur: seit Beginn der 70er Jahre sehen wir die revolutionäre Bewegung unter der russischen Intelligenz wachsen und erstarken, besonders in Petersburg. Es entstand eine Reihe von Propagandazirkeln, die sozialistische Ideen hauptsächlich unter den Arbeitern verbreiteten. Freilich war der Sozialismus kleinbürgerlicher Natur. Die Propaganda unter den Bauern hatte fast gar keinen Erfolg, während unter den Arbeitern zwei revolutionäre Organisationen entstanden: im Süden in Odessa und in Petersburg. Die letztere, der „Nördliche Bund der russischen Arbeiter", an deren Spitze die Arbeiter Chalturin und Obnorski standen, war die erste wirklich politische Organisation des Proletariats in Rußland.

Diese Organisationen wurden natürlich von der Regierung aufgehoben, aber das Hauptaugenmerk der Regierung war nicht auf sie gerichtet. Der Hauptfeind des Absolutismus war in diesen Jahren (Ende der 70er Jahre) die kleinbürgerliche Intelligenz, unter der die revolutionäre Stimmung höhergestiegen

war als zu Beginn der 60er Jahre. Die harten Verfolgungen, denen die revolutionären Propagandisten unterworfen wurden (die Prozesse der „193", der „50" und andere — im Ganzen wurden zirka 1000 Mann verhaftet und deportiert), zeigten diesen, daß sie von der Regierung kein Erbarmen zu erwarten hatten. Die 1878 entstandene revolutionäre Gesellschaft „Land und Freiheit" wurde von einer viel mächtigeren illegalen Organisation „Volksfreiheit" (Narodnaja Wolja) abgelöst, die den Terror zu ihrer Hauptwaffe machte, als Mittel, das ihrer Meinung nach am raschesten und sichersten den Sturz des Zarismus herbeiführen müsse.

Das „Exekutivkomitee der Narodnaja Wolja" (Scheljabow, Michaljow, Perowskaja) sagte Alexander II. offen den Krieg an. Am 1. März 1881 wurde der Zar von einer Bombe in einer Straße seiner Hauptstadt getötet. Die Regierung war schon früher ganz kopflos. Alexander II. war vor seinem Tode bereit, die Verfassung zu unterzeichnen. Sein Sohn Alexander III. wußte einfach nicht, woran er sich halten sollte, und hörte gleichzeitig auf die Einflüsterungen solcher Konstitutionalisten wie Loris-Melikow und solcher Erzreaktionäre wie Pobedonostzew.

Die Trägheit der Bourgeoisie und die dumpfe Gleichgültigkeit der breiten Volksmassen ermutigten die Regierung Alexanders III. Er betrat den Weg, den mit so viel Erfolg sein Vater 1861 erprobt hatte, nämlich den Weg der Bestechung der Volksmassen. So wurden die armen Bauern gewonnen durch die Aufhebung der Personensteuer; für die wohlhabenden Bauern wurde die „Bauernbank" gegründet; die Arbeiter schließlich wurden mit Fabrikgesetzen beglückt, die im Vergleich mit den westeuropäischen zwar kläglich waren, aber immerhin die bis dahin unbegrenzte Ausbeutung der Unternehmer etwas einschränkten.

Aber im Gegensatz zu den 60er Jahren wurden den Intellektuellen keine Zugeständnisse gemacht. Im April 1881 publizierte der neue Zar ein Manifest, in dem kategorisch die Unwankbarkeit des Absolutismus proklamiert wurde. Die bürgerlichen Reformen der 60er Jahre wurden stark beschnitten. Das Kaisertum Alexanders III. stand dem leibeigenen Staate Nikolaus' I. näher als dem halbbürgerlichen Alexanders II. Das wurde deshalb möglich, weil der „Manchester-Edelmann" in diesen

Jahren eine entschiedene Niederlage erlitten hatte. Die Krise der Getreidepreise, die in den 70er Jahren begonnen hatte, machte die kapitalistische Wirtschaft auf dem Lande fast unmöglich. Der Gutsbesitzer sehnte sich nach der kostenlosen Fronarbeit der Bauern, der er 1861 verlustig ging, und fristete sein Dasein durch Brocken vom Amtstische (durch die 1885 gegründete „Adelsbank"). Besonders kraß äußerten sich diese neuen Stimmungen im russischen Adel und zum Teil auch in der Bourgeoisie in Form des Antisemitismus. (Die ersten Judenpogrome fanden 1881 statt.)

Die Regierung Alexanders III. glaubte, mit der auf diese Weise isolierten kleinbürgerlichen Intelligenz mittels rein polizeilicher Maßnahmen fertig werden zu können. Und die Intelligenz selbst glaubte, daß die Regierung hierin Erfolg hatte. In Wirklichkeit wurde gerade in diesen Jahren das feste Fundament der russischen Revolution gelegt. Der Mißerfolg der Terroristen unter den Intellektuellen kümmerte die Arbeiterklasse wenig, die in Gestalt ihrer Führer, z. B. Chalturins, dem Terror nicht viel mehr Bedeutung beimaß als dem utopischen Sozialismus der „Narodniki". Die revolutionäre Propaganda unter dem Proletariat stand keinen Augenblick still; während der ganzen 80er Jahre bestanden in allen großen Petersburger Fabriken Propagandazirkel, die im äußersten Fall auch ohne Intellektuelle auskamen. Als die Propaganda der Gruppe „Befreiung der Arbeit" Rußland erreichte und in den Petersburger Fabriken die ersten marxistischen Propagandisten auftauchten, fanden diese einen aufnahmefähigen Boden.

M. Pokrowski.

Die politischen Parteien Rußlands vor der Oktoberrevolution.

(Mit Ausnahme der Bolschewiki.)

1. Epoche des Zarismus.

Bis zu der Revolution von 1905 erkannte der Zarismus keine politischen Vereinigungen an. Die revolutionäre Arbeiterbewegung rief illegale revolutionäre politische Parteien auf die

historische Arena. Und im Gegensatz zu den proletarischen entstanden auch bürgerliche (halblegale) und monarchistische (l e g a l e) Parteien.

Die monarchistischen Gruppierungen. In den Jahren 1904—1905 wurden mehrere politische Monarchistenorganisationen („Die Russische Versammlung", „Die Russische Monarchistenpartei", „Verein der Russischen Leute", „Verein des Russischen Volkes" usw.) ins Leben gerufen. Im Grunde genommen waren alle diese Organisationen nichts anderes als verschiedene Fraktionen der reaktionären Partei, die die Interessen des Großadels, der Rangaristokratie und der höheren Geistlichkeit verteidigte. Einige von diesen Fraktionen stützten sich zeitweise auf die reaktionären Schichten des Kleinbürgertums (Kaufleute, Krämer, Handwerker) und sogar auf kleine Arbeitergrüppchen. Die Monarchistengruppierungen entstanden in dem Moment, als die Schwäche der zaristischen Regierung im Kampfe mit der Revolution zum Vorschein kam. Die reaktionären Organisationen spielten in der Unterdrückung der Revolution eine bedeutende Rolle.

Die Kadettenpartei. „Die Konstitutionell-Demokratische Partei" (K.-D. P.) oder „Die Partei der Volksfreiheit" wurde in Moskau am 18. (31.) Oktober 1905 gegründet. Sie entstand durch Vereinigung von zwei bereits existierenden Gruppierungen: dem „Verein der Befreiung" und den „Konstitutionellen Landsmannschaftsabgeordneten". Die neue Partei war, der sozialen Zusammensetzung nach, nicht homogen. Durch den rechten Flügel war sie mit dem „progressiven" Teil des Adels verbunden, als dessen Vertreter in der Partei Roditschew, Petrunkewitsch, Fürst Trubezkoj u. a. galten; durch den linken mit den demokratischen Schichten der Stadtbevölkerung (Staatsbeamte, Handelsangestellte). Und das Zentrum bildeten die Repräsentanten der „fortschrittlichen" Bourgeoisie, Miljukow, Nabokow, Hessen, Winawer, welche die Leitung der Partei übernahmen.

Im Oktober 1905, in dem Moment des höchsten revolutionären Erfolges, liebäugelte die Kadettenpartei mit der Revolution. Als die Revolution besiegt war, wurde sie von den Kadetten mit einer wilden Hetze verfolgt. Und die Partei erklärte, im Gegensatz zu den Revolutionären stehe sie auf streng „gesetzlichem", „konstitutionellem" Boden. Sowohl in

der ersten als auch in der zweiten Reichsduma spielten die Kadetten eine führende Rolle, vermochten aber gegen den Absolutismus, außer liberalen Phrasen, nichts hervorzubringen. Sie unterstützten vollkommen die Regierung in ihrem Kampf gegen die revolutionären Parteien. In der auswärtigen Politik waren sie ebenso agressiv wie die zaristische Regierung. Während des Weltkrieges schlossen die Kadetten einen Pakt „mit dem Zarismus und predigten den Kampf bis zum siegreichen Ende".

Die Oktobristen. „Der Verein des 17. Oktober" (an diesem Tage ist das Freiheits-Manifest des Zaren verkündet worden) entstand im November 1905. Er vereinigte die Groß- und Mittelagrarier, die Großindustriellen, die Handelsbourgeoisie und die höchste Bürokratie. Der Verein unterstützte einige politische Reformen, wandte sich aber entschieden gegen die sozialen Forderungen der Volksmassen und stand auf der Seite der Regierung in ihren Unterdrückungsaktionen. Die Aenderung des Wahlgesetzes (am 3. [16.] Juni 1907) verhalf den Oktobristen zur Majorität in der dritten Reichsduma, wo sie die Regierung Stolypins, „des russischen Bismarck", des Henkers der Revolution, unterstützten.

An der Spitze des „Vereins" standen Gutschkow, Rodsjanko, Chomjakow, Graf Heiden u. a.

Die Partei der Sozialrevolutionäre (S.-R.). Die sozialrevolutionäre Partei wurde am Ende des Jahres 1901 im Auslande aus einigen in Rußland und im Auslande tätigen Gruppen gebildet. Die Gründung kam auf einer Konferenz der Gruppenvertreter (W. Tschernow, der berühmte Provokateur E. Asew, Gerschuni, M. Gotz) zustande, die ein provisorisches „praktisches Minimalprogramm" annahmen. Der erste Parteitag wurde Ende 1905 abgehalten. Am revolutionären Massenkampf nahm die Partei der Sozialrevolutionäre geringen Anteil. Die führenden Parteien der Arbeiterklassen waren die Bolschewiki und die Menschewiki; das Bauerntum, mit dem die Sozialrevolutionäre am meisten in Verbindung standen, ließ sich durch die revolutionäre Agitation wenig beeinflussen. Dort, wo aktive Bauernbewegungen dennoch zum Ausbruch kamen (Baltikum, Georgien), geschah es unter der Führung der Sozialdemokratie. Die Hauptkräfte der sozialrevolutionären Partei wurden für den individuellen Terror

verwendet, der als Effekt sehr verlockend, vom Standpunkt des praktischen Erfolges aber für die Revolution sehr unzureichend ist.

Die Partei boykottierte die erste Reichsduma und war deshalb dort als Fraktion nicht vertreten. Sie versuchte die Führung der in der Duma entstandenen Fraktion der „Trudowiki" („Arbeitsfraktion") zu übernehmen. In der zweiten Duma schwankte die sozialrevolutionäre Fraktion zwischen den Sozialdemokraten und den Kadetten und spielte fast keine Rolle. In der dritten war keine sozialrevolutionäre Fraktion vorhanden; in der vierten schloß sich der Sozialrevolutionär Kerenski der „Arbeitsfraktion" an. Während der Reaktion verschwanden beinahe die Sozialrevolutionäre von der politischen Arena. In der Periode des Aufschwunges 1910 bis 1912 bekam die Partei neues Leben, hatte aber auf die Volksmassen einen sehr geringen Einfluß. Der Weltkrieg hat die Sozialrevolutionäre in zwei Gruppen, Sozialpatrioten und Internationalisten, gespalten. Die letzteren, mit Tschernow an der Spitze, beteiligten sich an der Kienthaler Konferenz.

Die Partei der Menschewiki entstand im August 1903 auf dem Parteitag der „Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei" als Fraktion derselben. Die einheitliche revolutionäre Mehrheit des Parteitages, die sich um das Zentralorgan „Iskra" (Der Funke) gruppierte, wurde damals wegen Differenzen in Organisationsfragen in zwei Fraktionen gespalten: „die Majorität" (russisch „Bolschinstwo") mit Lenin und die „Minorität" (russisch „Menschistwo") mit Martow und Axelrod an der Spitze. Bis Frühjahr 1905 arbeiteten noch die Bolschewiki und die Menschewiki in derselben Organisation. Im Mai 1905 verließen die Menschewiki den dritten Parteitag, wo die Mehrheit zugunsten der Bolschewiki ausfiel, und hielten eine separate Fraktionskonferenz ab. Unter dem Einfluß der revolutionären Ereignisse wurde im Herbst 1905 zwischen den beiden Fraktionen eine Verständigung erzielt und ein gemeinsames (vereinigtes) Zentralkomitee gewählt. Diese Vereinigung wurde im April 1906 auf dem Stockholmer „Vereinigungs-Parteitag" bestätigt, wo die Menschewiki die Majorität hatten.

Die Menschewiki betrachteten die Revolution des Jahres 1905 als eine „bürgerliche" Revolution, in der die Bourgeoisie

eine führende Rolle spielen sollte. Die Arbeiterklasse müßte sich mit der Bourgeoisie verständigen und dieselbe unterstützen. Der Gedanke einer Hegemonie des Proletariats in der Revolution wurde von den Menschewiki entschieden abgelehnt, und sie warnten die Arbeiter vor einem bewaffneten Aufstand. In den sozialdemokratischen Fraktionen der Reichsduma hatten die Menschewiki stets die Mehrheit und verfolgten die Taktik der Verständigung mit der Kadettenpartei, dem angeblich revolutionären Flügel der Bourgeoisie.

Der Sieg der Reaktion rief bei den Menschewiki eine schroffe Rechtsorientierung hervor. Während der Jahre 1908—1914 traten die Menschewiki als Liquidatoren der alten Partei hervor. Sie lancierten die Parole der „Offenen Arbeiterpartei" und strebten nach Legalität um jeden Preis. Sie verzichteten auch auf das alte Parteiprogramm und gaben die Hauptlosungen der Revolution auf. Kurz und gut, sie traten als Repräsentanten des Renegatentums und des Possibilismus auf. Um die Mitte des Jahres 1914 erlitten sie aber eine entscheidende Niederlage, und zwar auf legalem Boden. In den Gewerkschaften, den Klubs, den Versicherungskassen und in der Arbeiterpresse dominierten die Bolschewiki, die nicht aufhörten, die illegale sozialdemokratische Partei gegen die Liquidatoren-Menschewiki zu verteidigen, zugleich aber jede legale Möglichkeit ausnutzten, die Volksmassen zu revolutionieren.

Die Anarchisten. Im Frühjahr 1905 entstanden in mehreren Städten, insbesondere in Polen und in Nordwest-Rußland, anarchistische Gruppen. Vorwiegend waren sie Anhänger Krapotkins („Brot und Wille"), und an einigen Orten nannten sie sich „Gesetzlosen", „Motivlosen" etc. 1906 breitete sich die Anarchistenbewegung aus und eroberte neue Gebiete. Hier und da erschienen legale anarchistische Blätter. Die Tätigkeit der anarchistischen Gruppen äußerte sich in mündlicher und schriftlicher Propaganda, in politischem und ökonomischem Terror, in Expropriationen und stellenweise in Sabotage. Im April 1907 fand die Konferenz der Anarchisten-Kommunisten des Urals, im Juni die Konferenz der polnisch-litauischen Anarchisten statt.

Es sei hervorgehoben, daß die Tätigkeit der Anarchisten ohne jeden Zusammenhang mit der Massenbewegung vor sich ging. Durch den Sieg der Reaktion wurden die Anarchisten so gut wie vernichtet.

2. Vom Februar bis Oktober 1917.

Die Februarrevolution legalisierte alle revolutionären und oppositionellen Parteien. Und umgekehrt: durch die Elementarkraft der ersten Revolutionswelle wurden die reaktionären Parteien zu unterirdischem Dasein verdammt; die monarchistische Presse wurde verboten, die Organisationen wurden zerschlagen, einige angesehene Führer verhaftet. Die Monarchisten ordneten aber bald ihre Reihen, änderten äußerlich ihr Programm, wechselten den Namen und tauchten wieder auf der Bildfläche auf. Gleichzeitig kam eine beträchtliche Anzahl neuer Zwerg-Parteien zum Vorschein. Die wichtigsten politischen Strömungen waren die folgenden: „Das Heilige Rußland", vormals „Verein des Russischen Volkes", eine Organisation von „Schwarz-Hundert"-Progrom-Leuten; der „Verein der Grundbesitzer" wurde im April 1917 gegründet zum Schutz des großen Grundbesitzes vor Konfiskation. Auch wohlhabende Bauern schlossen sich dem Verein an, der unter der Leitung namhafter politischer Persönlichkeiten aus dem Adel (N. N. Lwow, Gurko, A. Kriwoschein u. a.) stand.

Die progressistischen Nationalisten mit dem bekannten Reaktionär Schulgin als Leiter kämpften insbesondere gegen die separistischen Tendenzen der Randgebiete der Ukraine. Die Nationaldemokratische Republikanerpartei bildete sich bald nach der Revolution, war aber keine neue, sondern vielmehr die alte oktobristische Partei unter einem neuen Schild. Der Revolution Rechnung tragend, erklärten sich die Kadetten Ende März 1917 für Republikaner, obwohl sich die Kadettenführer am Anfang desselben Monats noch krampfhaft an die Trümmer des zarischen Thrones klammerten. Die Kadetten spielten in der Provisorischen Regierung die ganze Zeit hindurch eine führende Rolle. Diese Partei war die Hauptmacht der feudal-bürgerlichen Konterrevolution. Sie forderte die Fortsetzung des Krieges „bis zum siegreichen Ende", die gewaltsame Unterdrückung der revolutionären Arbeiter- und Soldatenbewegung, die Diktatur der Generäle. Die Kadetten unterstützten den Kornilow-Putsch. „Der Verein des revolutionären Sozialismus" war tatsächlich nichts anderes als der linke Flügel der Kadettenpartei und versuchte als Verbindungsglied

zwischen den liberalen und den „sozialistischen" Parteien zu wirken.

Die Radikal-demokratische Partei — die ehemalige Progressistenpartei — war mit den Kapitalisten der Moskauer Industrie eng verbunden. Die Republikanisch-demokratische Partei wurde nach der Revolution aus gemäßigt-liberalen Elementen gebildet, die in enger Beziehung zu den Petrograder Industriellen standen. Bald darauf vereinigten sich die beiden letztgenannten Parteien.

Die Sozialrevolutionäre waren die numerisch stärkste Partei Rußlands. Zusammen mit den Menschewiki übernahm diese Partei die Führung der Arbeiter- und Soldatenräte (Sowjets) und hätte auf die Politik der Regierung einen entscheidenden Einfluß ausüben können. Zuerst überließ sie der Bourgeoisie fast die ganze politische Macht, später verbündete sie sich mit den Menschewiki und der Bourgeoisie. Die unvermeidliche Folge davon war der Kampf gegen die Linken — gegen „Anarchie" und Bolschewismus, gegen die unzufriedenen Arbeiter, Soldaten und Bauern. Der sozialrevolutionäre-menschewistische Block eröffnete im Mai einen systematischen Feldzug gegen die Bolschewiki und ließ deren Organisationen nach den Demonstrationen des 3.—5. Juli gründlich zerstören. In den Hauptfragen der Revolution (Frieden, Agrarfrage, Nationalversammlung) zeigte die Partei der Sozialrevolutionäre eine erstaunliche Feigheit und Unentschlossenheit. Sie hatte nicht einmal genug Mut, die Verwirklichung des eigenen Parteiprogramms in Angriff zu nehmen. — Die Partei der Menschewiki übernahm die Stellung einer politischen Gouvernante der Sozialrevolutionäre. Die beiden Parteien sind durch gemeinsame Sünden und Verbrechen miteinander verbunden. Eine selbständige Rolle spielten die Menschewiki in der Revolution überhaupt nicht. Wenn in dem Moment der Oktoberumwälzung die Sozialrevolutionäre von einem Teil des selbständigen Bauerntums unterstützt waren, so hatten die Menschewiki so gut wie niemanden hinter sich.

Die Arbeiterpartei der Volkssozialisten vereinigte die oberen Schichten der Landbevölkerung und die städtischen Intellektuellen. In den vier Reichsdumas wurde sie durch Fraktionen vertreten, die die Stimmung der wohlhabenden Bauernschaft zum Ausdruck brachten. Außerhalb der Duma existierte von ihr fast keine Organisation. Während der Koali-

tionsperiode beteiligten sich einige Parteiführer (Peschechonow, Sarudni) an der Provisorischen Regierung.

Nach der Revolution tauchten Anarchistengruppen in allen größeren Zentren des Landes auf. Die vorherrschenden Strömungen waren die der Anarchisten-Kommunisten und die der Anarchisten-Syndikalisten. Die Hauptformen ihrer Tätigkeit waren mündliche und schriftliche Propaganda und Agitation. In einer Reihe von Fällen schritten die Anarchisten zur eigenmächtigen, gewaltsamen Besetzung von Wohnungen und Druckereien, wofür sie von der Provisorischen Regierung mit den schärfsten Repressalien bedacht wurden. Es gelang den Anarchisten fast nirgends, mit den Massen in Verbindung zu treten und sich an deren Spitze zu stellen. Gegen die bürgerliche Regierung traten sie faktisch als der „linke", übrigens oft desorganisierte Flügel der Bolschewiki auf. Eine selbständige Bedeutung hatte ihr Kampf nie. Einzelne Personen, die aus den Reihen der Anarchisten hervorgegangen sind, leisteten der Revolution bedeutende Dienste; viele Anarchisten schlossen sich der Russischen Kommunistischen Partei an.

I. Wardin.

Uebersicht der außenpolitischen Ereignisse seit der Oktoberrevolution.

1917

25. Oktober	Appell des II. Allrussischen Sowjetkongresses an die Völker und Regierungen mit dem Vorschlag eines allgemeinen Waffenstillstandes.
26. Oktober	Dekret der Sowjetregierung über den Frieden.
2. November	Deklaration der Rechte der Völker Rußlands.
8. November	Note des Volkskommissars des Aeußeren, Trotzki, an die Gesandten der alliierten Staaten mit dem Vorschlage, einen Waffenstillstand und demokratischen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen abzuschließen.
10. November	Note an die Gesandten der neutralen Mächte mit dem Vorschlage, die Vermittlung zwecks Herbeiführung eines Waffenstillstandes und demokratischen Friedens zu übernehmen.
22. November	Appell an die arbeitende mohammedanische Bevölkerung Rußlands und des Ostens mit der Erklärung der Annullierung aller sich auf die Teilung Persiens und der Türkei beziehenden Verträge und mit der Aufforderung, sich vom imperialistischen Joche zu befreien.
23. November	Abschluß des Waffenstillstandsvertrages mit Deutschland für die Frist vom 24. November bis 4. Dezember.
17. Dezember	Der Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten, Trotzki, schlägt den verbündeten Regierungen vor, an den Friedensverhandlungen teilzunehmen.
18. Dezember	Dekret über die Anerkennung der Unabhängigkeit Finnlands.

1918

3. März	Abschluß des Brest-Litowsker Friedensvertrages mit Deutschland.
12. Juni	Abschluß eines Waffenstillstandsvertrages mit dem Ukrainischen Staate.
3. August	Beginn der Friedensverhandlungen mit Finnland (in Berlin). Ergebnislos.
5. August	Der Volkskommissar des Aeußeren wendet sich an den Vertreter Amerikas mit einem Friedensangebot an die alliierten Mächte.
24. Oktober	Note der Sowjetregierung an den Präsidenten Wilson mit einem Friedensangebot an die alliierten Staaten.
7. November	Friedensangebot des sechsten Sowjetkongresses.
23. Dezember	Beschluß des Allrussischen Zentral-Exekutiv-Komitees über die Anerkennung der Unabhängigkeit der Republiken Estland, Lettland und Litauen.

1919

12. Januar	Die Sowjetregierung richtet an den Staatssekretär der Vereinigten Staaten den Vorschlag, die Friedensverhandlungen einzuleiten.
23. Januar	Aufforderung der alliierten Mächte an alle auf dem Territorium des gewesenen russischen Reiches bestehenden Regierungen zu einer Konferenz auf den Prinzeninseln.
26. Juli	Note an die chinesische Regierung mit dem Verzicht der Sowjetregierung auf die China von der zaristischen Regiernug aufgezwungenen Konzessionen und anderen Privilegien.
31. August	Friedensangebot an Estland.
11. September	Friedensangebot an Lettland, Litauen und Finnland.
25. November	Beginn der Verhandlungen zwischen dem englischen Delegierten O'Grady und Litwinow in Dänemark.
7. Dezember	Der siebente Sowjetkongreß fordert die alliierten Mächte auf, die Friedensverhandlungen einzuleiten. Beginn der russisch-estnischen Friedenskonferenz.
22. Dezember	Friedensangebot an Polen.
31. Dezember	Vorschlag an die italienische Regierung, die diplomatischen Beziehungen sofort aufzunehmen. Abschluß des Waffenstillstandsvertrages mit Estland.

1920

16. Januar	Beschluß des Obersten Wirtschaftsrates, keine separaten diplomatischen Beziehungen mit Sowjetrußland aufzunehmen.
20. Januar	Beschluß der Konferenz der Baltischen Staaten in Helsingfors, sich in allen Entscheidungen in der russischen Frage nach der Politik der Entente zu richten.
2. Februar	Appell des Allrussischen Zentral-Exekutiv-Komitees an das russische Volk mit der Aufforderung, die Friedensverhandlungen einzuleiten.
12. Februar	Infolge der Verhandlungen mit dem englischen Vertreter O'Grady erhält Sowjetrußland die Bewilligung, die eingekauften Medikamente und andere Waren nach Rußland zu befördern.
24. Februar	Friedensangebot der Regierung der R. S. F. S. R. an die Vereinigten Staaten, Japan und Rumänien.
9. März	Protest-Radio der Sowjetregierung an die Regierungen der Entente gegen die Tätigkeit der japanischen Truppen im Fernen Osten und die Besetzung einer Reihe von Städten.
25. März	Vorschlag der lettischen Regierung, im April die Friedensverhandlungen in Moskau einzuleiten.
28. März	Note der Sowjetregierung an Lettland mit der Zustimmung zur Aufnahme der Friedensverhandlungen.
	Vorschlag an die polnische Regierung, auf dem Territorium eines neutralen Staates die Friedensverhandlungen einzuleiten.
14. April	Radio der Sowjetregierung an Lord Curzon mit dem Vorschlag, über die Frage der Einstellung der Kriegsoperationen gegen Wrangel und andere England und Rußland interessierende Fragen zu verhandeln.
16. April	Beginn der Friedenskonferenz mit Lettland in Moskau.
17. April	Lord Curzon's Drohung, die englische Flotte gegen Sowjetrußland zu richten, angesichts des Ausbleibens einer Antwort auf den Vorschlag vom 11. April. (Die Antwort ist am 14. April abgeschickt worden.

	Sie wurde jedoch von der englischen Radiostation nicht aufgenommen.) Die englische Flotte beschießt die Sowjettruppen an der Küste des Schwarzen Meeres.
20. April	Vereinbarung mit Frankreich betr. den Austausch der Zivil- und Kriegsgefangenen. Frankreich verpflichtet sich, in die innere Politik Rußlands sich nicht einzumischen und keinerlei Angriffsmaßnahmen gegen die russische und ukrainische Sowjetregierung zu unterstützen.
25. April	Lord Curzon lehnt in einer Note den Vorschlag der Sowjetregierung betr. Einleitung der Verhandlungen ab. Die Note wiederholt die frühere Forderung betr. Wrangel und droht im Falle einer Ablehnung militärisches Einschreiten an.
26. April	Pilsudskis Aufruf an die Bevölkerung der Ukraine, der die bevorstehende Okkupation der Ukraine durch die polnische Armee in Gemeinschaft mit den Truppen Petljuras ankündigt. Eindringen der polnischen und Petljura-Truppen in das ukrainische Gebiet.
6. Mai	Die Sowjetregierung erklärt sich einverstanden mit dem Vorschlage Englands, die Kriegsoperationen gegen Wrangel einzustellen.
22. Mai	Protestnote der R. S. F. S. R. und der U. S. S. R. an die Regierungen Großbritanniens, Frankreichs, Italiens und der Vereinigten Staaten wegen der Unterstützung Polens durch diese Regierungen.
31. Mai	Erste Besprechung in London zwischen Krassin und den englischen Ministern betr. Maßnahmen zur Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen.
12. Juli	Abschluß des Friedensvertrages mit Litauen.
17. Juli	Die Sowjetregierung benachrichtigt die englische Regierung von ihrer Absicht, unmittelbar mit Polen zu verhandeln.
22. Juli	Polen wendet sich an die Sowjetregierung mit dem Vorschlag, unmittelbare Verhandlungen einzuleiten.
23. Juli	Note der Sowjetregierung an England mit der Mitteilung, daß die Instruktionen für das Zusammentreffen der Sowjetdelegierten mit den polnischen Delegierten erteilt worden sind; die Sowjetregierung erklärt sich zu einer Konferenz mit den Ententestaaten ohne Polen und die Randstaaten bereit.
4. August	Erklärung Lloyd Georges an die Sowjetdelegation, daß im Falle der Fortsetzung der Offensive der Sowjetarmee an der polnischen Front die Flotte der Alliierten gegen Sowjetrußland vorgehen werde.
5. August	Der italienische Außenminister Sforza gibt im Parlament eine Erklärung ab, daß Italien bereit sei, einen diplomatischen Agenten nach Rußland zu entsenden und einen Agenten der Sowjetregierung nach Italien zuzulassen.
6. August	Ultimatum Englands an Rußland mit der Forderung, einen zehntägigen Waffenstillstand, vom 9. oder 10. August an, mit Polen zu schließen.
7. August	Radio der polnischen Regierung, worin sie sich zu Verhandlungen über Waffenstillstand und Frieden bereit erklärt.
12. August	Offizielle Anerkennung der Regierung Wrangels durch Frankreich.
20. August	Abschluß des Friedensvertrages mit Lettland.
21. September	Beginn der Friedenskonferenz in Riga zwischen Rußland und der Ukraine einerseits, Polen andererseits.
7. Oktober	Abschluß des Waffenstillstandsvertrages und des Friedenspräliminarvertrages mit Polen.

14. Oktober — Abschluß des Friedensvertrages mit Finnland in Dorpat.

24. November — Krassins Note an den englischen Premierminister mit der Mitteilung, die russische Delegation sei jederzeit bereit, das von England vorgeschlagene Projekt eines Vertrages mit Rußland zu erörtern.

17. Dezember — Beschluß der Regierung der Vereinigten Staaten über die Ausweisung des Vertreters Sowjetrußlands, Martens.

1921

25. Februar — Georgien wird als unabhängige Sowjetrepublik proklamiert.

26. Februar — Abschluß des Vertrages mit Persien.

16. März — Abschluß eines freundschaftlichen Vertrages mit der Türkei.
Abschluß eines russisch-englischen Handelsabkommens. (Das Abkommen wird durch die gegenseitige Verpflichtung bedingt, sich feindlicher Aktionen und direkter sowie indirekter Propaganda gegen die Institutionen der Gegenpartei zu enthalten.)

18. März — Abschluß des polnisch-russischen Friedensvertrages. Der Vertrag enthält gegenseitige Garantien der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Gegenpartei und die Verpflichtung, die feindlichen Interventionen weder direkt noch indirekt zu unterstützen.

12. Mai — Beschluß des englischen Appellationsgerichtes in London, wonach das Gold der Sowjetregierung in England der Beschlagnahme nicht unterliegt, da die Sowjetregierung faktisch von England anerkannt worden ist.

19. Juli — Protest der Sowjetregierung auf der Washingtoner Konferenz gegen die Entscheidung der Fragen des Pacifik ohne Rußlands Teilnahme.

24. Juli — Durch den Beschluß des Völkerbundes werden die Aaland-Inseln Finnland zuerkannt. Die Sowjetregierung hatte in ihrer Note vom 22. Juli mitgeteilt, daß sie sich in dieser Frage freie Hand vorbehalte.

20. August — Abschluß eines Abkommens in Riga mit der „American Relief Administration".

27. August — Abschluß eines Abkommens in Moskau mit dem Vertreter der Genfer Konferenz, dem Obersten Kommissar Nansen.

7. Oktober — Brüsseler Konferenz der Internationalen Komitees für die Hungerhilfe in Rußland. Die Hilfeleistung und Gewährung von Krediten für Rußlands wirtschaftlichen Wiederaufbau wird von der Anerkennung der Schulden durch die russische Regierung abhängig gemacht.

28. Oktober — Note der Sowjetregierung an die Ententestaaten und Amerika mit der Anerkennung der zaristischen Vorkriegsschulden, unter der Bedingung der Prüfung aller Ansprüche der Parteien auf einer internationalen Konferenz.

9. November — Die französische Regierung stellt in einer Note an England die Forderung der Anerkennung aller Kategorien der Schulden einschließlich der durch die Nationalisierung der Mobilien und Immobilien entstandenen Schulden an Privatpersonen durch Rußland.

16. November — Note an die Finnländische Regierung mit dem Protest gegen den Karelischen Einfall von Banden unter dem Kommando finnländischer Offiziere in Karelien und der Forderung, die nötigen Maßnahmen zur Einstellung der Tätigkeit der Banden zu treffen.

1. Dezember — Finnlands Note mit der Mitteilung, sich an den Rat des Völkerbundes gewandt zu haben mit dem Vorschlag, eine Kommission des Völkerbundes zur Untersuchung der karelischen Frage einzusetzen.

5. Dezember — Note des Volkskommissars des Aeußeren an die finnländische Regierung betr. ihrer Note über die karelische Frage an den Völkerbund. Die Sowjetregierung lehnt es entschieden ab, zur Entscheidung von Rußlands inneren Fragen fremde Staaten heranzuziehen.

26. Dezember — Abschluß des russisch-italienischen Präliminarabkommens.

1922

7. Januar — Eröffnung der interalliierten Konferenz in Cannes. Lloyd George stellt den Antrag, eine Konferenz aller europäischen Staaten zur Entscheidung der Fragen des wirtschaftlichen Wiederaufbaus Europas einzuberufen. Rußlands Teilnahme an dieser Konferenz wird von dem Versprechen der Sowjetregierung abhängig gemacht, allen ihren Verpflichtungen ehrlich nachzukommen, die Schulden zu bezahlen und die bolschewistische Propaganda einzustellen. Der Oberste Rat nimmt Lloyd Georges Vorschlag und die Einladung des italienischen Ministerpräsidenten Bonomi an alle europäischen Staaten zur internationalen Konferenz in Genua an.

13. Januar — Beschluß des Obersten Rates in Cannes, die wirtschaftliche Konferenz in Genua am 8. März einzuberufen.

19. Januar — Deklaration des neuen französischen Ministerpräsidenten Poincaré in der Kammer und im Senat. Betreffs der Genua-Konferenz beharrt die Deklaration darauf, daß die Delegierten vor Beginn der Verhandlungen die Bedingungen von Cannes anzunehmen oder abzulehnen haben, und daß die bereits abgeschlossenen internationalen Verträge weder direkt noch indirekt auf der Konferenz erörtert werden.

27. Januar — Wahl der russischen Delegation zur Genua-Konferenz in einer außerordentlichen Sitzung des A. Z. E. K.

8. Februar — Krassin wird eine Resolution des Vereinigten Nationalen Rates mitgeteilt, der in England die Labour Party, den Kongreß der Trade-Unions und die Parlamentsfraktion der L. P. vertritt, mit der Erklärung, daß der Rat von der englischen Regierung verlangte, auf der Genua-Konferenz die Frage Georgiens den Grundsätzen der Demokratie gemäß zu entscheiden.

11. Februar — Veröffentlichung des Inhalts der französischen Note (die am 6. Februar der englischen Regierung überreicht worden ist) betr. die Genua-Konferenz. Die Note weist auf das Fehlen direkter Hinweise betr. Annahme der Bedingungen von Cannes in der Antwort der Sowjetregierung (vom 8. Januar) hin und schlägt vor, zwecks Vorbereitung der Konferenz ihre Einberufung um die Frist von nicht weniger als 3 Monaten zu verschieben.

15. Februar — Eine Konferenz der Gläubiger Rußlands in Paris, auf der 12 Staaten vertreten sind, faßt eine Resolution, die die Mitarbeit in Rußland von seiner Anerkennung der Schulden, von dem Schadenersatz und der Rückgabe des nationalisierten Eigentums abhängig macht.

24. Februar — Radio des italienischen Außenministers an das Volkskommisariat des Aeußern mit der Mitteilung von dem kurzfristigen Aufschub der Genua-Konferenz infolge der Kabinettskrise in Italien.

26. Februar — Veröffentlichung des von Lloyd George und Poincaré in Boulogne gefaßten offiziellen Beschlusses, in dem der italienischen Regierung vorgeschlagen wird, die Genua-Konferenz für den 10. April einzuberufen.*)

*) Ueber Genua-Konferenz siehe Spezial-Artikel im internationalen Teil, Seite 199.

6. März	Lenins Rede auf dem Kongreß der Metallarbeiter über Rußlands Aufgaben in Genua.
12. März	Tschitscherins Note an die polnische Regierung mit der Forderung, die Formierung weißgardistischer Banden auf polnischem Territorium einzustellen.
15. März	Tschitscherins Note an die alliierten Regierungen mit der Erklärung, daß die Stellungnahme der russischen Delegation in Genua durch das Bestreben nach Wiederherstellung der Volkswirtschaft bestimmt wird.
17. März	Abschluß des Abkommens in Berlin mit dem Französischen Roten Kreuz betr. die Beteiligung an der Hungerhilfe für Rußland.
20. März	Rußland nimmt an der internationalen Sanitätskonferenz in Warschau teil.
29. März	Konferenz mit den Baltischen Staaten und Polen in Riga. Es wird ein Protokoll unterschrieben, in dem die Teilnehmer sich verpflichten, in Genua die Forderung der Abrüstung und der de jure-Anerkennung Sowjetrußlands zu befürworten.
16. April	Abschluß des deutsch-russischen Vertrages in Rapallo.
29. Mai	Abschluß des russisch-italienischen Handelsvertrages.
5. Juni	Abschluß des Handelsvertrages zwischen Rußland und der Tschechoslowakei. Abkommen zwischen Rußland und Finnland betr. die Verhinderung der Grenzüberfälle.
14. Juni	Litwinows Note an Polen, Estland, Finnland und Lettland betr. die Durchführung einer proportionellen Abrüstung.
16. Juni	Der Rat der Volkskommissare verweigert die Ratifizierung des russisch-italienischen Handelsvertrages.
22. Juni	Russisch-persische ökonomische Konferenz in Moskau.

Die Rote Armee.

Die Fragen, die mit der Bildung der bewaffneten Macht der Revolution verbunden sind, haben für die kommunistischen Parteien aller Länder die größte Bedeutung. Die Vernachlässigung dieser Fragen, ja nur eine von humanitär-pazifistischer Phraseologie verhüllte negative Stellungnahme diesen Fragen gegenüber ist geradezu ein Verbrechen. Alle Betrachtungen etwa, daß jede Gewalt ein Uebel sei, darunter auch die revolutionäre Gewalt, daß die Kommunisten deshalb keine „Verherrlichung" des bewaffneten Kampfes und der revolutionären Armee treiben sollten, stellen eine Philosophie dar, die der Quäker, der Sekte der Duchoborzen oder der alten Jungfern aus

der Heilsarmee würdig ist. Wollte man eine derartige Propaganda in der kommunistischen Partei zulassen, so würde das dasselbe bedeuten, als wollte man die Propaganda des Tolstojanertums in der Garnison einer bewaffneten Festung zulassen. Wer das Ziel will, muß auch die Mittel wollen. Das Mittel zur Befreiung der Werktätigen ist die revolutionäre Gewalt. Vom Moment der Machteroberung an nimmt die revolutionäre Gewalt die Form der organisierten Armee an. Der Heroismus des jungen Proletariers, der auf der ersten Barrikade der beginnenden Revolution stirbt, unterscheidet sich durch nichts vom Heldentum des Roten Soldaten, der an einer der Fronten der Revolution, die bereits den Staat erobert hat, stirbt. Nur sentimentale Narren können glauben, daß dem Proletariat der kapitalistischen Staaten die Gefahr drohe, die Rolle der revolutionären Gewalt zu übertreiben und die Methoden des revolutionären Terrors zu überschätzen. Im Gegenteil, dem Proletariat geht gerade das Verständnis für die Wichtigkeit der befreienden Rolle der revolutionären Gewalt ab. Gerade deshalb bleibt das Proletariat, wie es jetzt ist, versklavt. Die pazifistische Propaganda in der Arbeiterklasse führt nur zur Schwächung des Willens des Proletariats und stützt die konterrevolutionäre Gewalt, die bis an die Zähne bewaffnet ist.

*

Vor der Revolution hatte unsere Partei eine militärische Organisation. Ihr Ziel war ein zweifaches: einerseits die revolutionäre Propaganda in der Armee zu führen, und andererseits in der Armee selbst Stützpunkte für den Staatsumsturz vorzubereiten. Da die revolutionäre Erregung die Armee als ganzes erfaßt hatte, so machte sich die organisatorische Rolle der bolschewistischen Zellen in den Regimentern nicht besonders bemerkbar; doch diese waren bedeutend, denn sie gaben die Möglichkeit, die entschlossenen, wenn auch nicht zahlreichen Elemente herauszusuchen, deren Bedeutung in den kritischen Augenblicken der Revolution so groß ist. Im Moment des Oktoberumsturzes erfüllten sie ihre Aufgabe als Kommandanten, Kommissare der Truppenteile usw. Später treffen wir viele von ihnen als Organisatoren der Roten Armee und Roten Garde.

Die Revolution ist unmittelbar aus dem Kriege erwachsen. Eine ihrer wichtigsten Parolen war die Kriegsbeendigung, und

eine Begleiterscheinung — Kriegsmüdigkeit und Abscheu vor dem Kriege. Indes hat die Revolution selbst neue Kriegsgefahren erzeugt, die immer wuchsen. Daraus ergab sich die außerordentliche äußere Schwäche der Revolution in ihrer ersten Periode. Die fast vollkommene Wehrlosigkeit der Revolution offenbarte sich zur Zeit der Brest-Litowsker Friedensverhandlungen. Keiner wollte Krieg; man meinte, der Krieg gehöre der Vergangenheit an — die Bauern nahmen sich das Land, die Arbeiter bauten ihre Organisationen aus und eigneten sich die Industrie an.

Daraus erwuchs das gewaltige pazifistische Experiment aus der Zeit von Brest-Litowsk. Die Sowjetrepublik erklärte, sie könne nicht einen Gewaltfrieden unterzeichnen, sie würde aber auch nicht Krieg führen, und ordnete die Demobilisierung der Armee an. Das war ein sehr gewagter Schritt, aber er ergab sich aus der ganzen Situation. Die Deutschen nahmen den Vormarsch auf, der auch zum Ausgangspunkt eines tiefen Umschwungs im Bewußtsein der Massen werden sollte: man begann einzusehen, daß es galt, sich mit bewaffneter Faust zu wehren. Unsere pazifistische Deklaration hatte ein Ferment der Zersetzung in die Hohenzollern-Armee hineingetragen. Der Angriff des Generals Hoffmann verhalf uns dazu, die erste Vorbereitung für die Rote Armee in Angriff zu nehmen.

In der ersten Zeit wagten wir jedoch nicht, zur Zwangsmobilisierung zu schreiten: es fehlten die politischen und die organisatorischen Möglichkeiten, die soeben nach Hause geschickten Bauern einzuberufen. Die Armee wurde auf dem Freiwilligen-Prinzip aufgebaut. Es ist nur natürlich, daß sie neben der selbstlosen Arbeiterjugend gefüllt wurde mit den in jener Zeit zahlreichen Vagabunden, mit nicht sehr guten Elementen. Unsere neuen Regimenter, die in der Periode des elementar vor sich gehenden Zerfalls der alten Regimenter entstanden, waren unstabil und wenig zuverlässig. Dies wird für Freunde sowohl wie für Feinde vollkommen klar bei dem Aufstand der Tschechoslowaken, den die Sozialrevolutionäre und andere „Weiße" an der Wolga anzettelten.*) Die Verteidigungskraft unserer Regimenter war verschwindend. Eine Stadt nach

*) Das tschechoslowakische Korps wurde im zaristischen Rußland aus gefangenen Tschechen formiert. Nach der Oktoberrevolution strebte das Korps „nach Hause". Dazu wurde der große sibirische Weg über Wladiwostok gewählt.

der anderen ging im Laufe des Sommers 1918 in die Hände der Tschechoslowaken und der mit ihnen verbündeten russischen Konterrevolutionäre über. Ihr Zentrum war Samara. Sie eroberten Simbirsk und Kasan. Nishni war bedroht. Nach der Wolga kam die Vorbereitung des Vormarsches auf Moskau. In diesem Moment (August 1918) machte die Sowjetrepublik außerordentliche Anstrengungen zur Bildung und Festigung der Armee. Zum ersten Mal kam die Methode der Massenmobilisierung der Kommunisten in Anwendung. Es wurde ein zentralisierter Apparat der politischen Leitung und Erziehung bei den Regimentern der Wolgafront geschaffen. Daneben wurde in Moskau und im Wolgagebiet der Versuch unternommen, einige Jahresklassen der Arbeiter und Bauern zu mobilisieren. Kleinere kommunistische Trupps sicherten die Durchführung der Mobilisation. In den Gouvernements des Wolgagebietes wurde ein hartes Regime eingeführt, das den Dimensionen und der Schärfe der Gefahr entsprach. Gleichzeitig wurde eine intensive mündliche und schriftliche Agitation betrieben. Die kommunistischen Truppen zogen von Dorf zu Dorf. Nach den ersten Schwankungen nahm die Mobilisation eine große Ausdehnung an. Dazu kam der harte Kampf gegen die Fahnenflucht und gegen jene sozialen Gruppen, die die Fahnenflucht nährten und förderten: die reichen Bauern, teilweise die Geistlichkeit und die Ueberreste der alten Bürokratie. Die neu geschaffenen Truppenteile nahmen die kommunistischen Arbeiter von Petrograd, Moskau, Iwanowo-Wosnessensk usw. in sich auf. Die Kommissare erlangten nun in den Truppenteilen die Bedeutung der revolutionären Führer und der direkten Vertreter der Sowjetregierung. Die Revolutionstribunale statuierten ein Exempel durch ihre Urteile und warnten alle, daß das sozialistische Vaterland, das sich in Lebensgefahr befindet, von Allem und Jedem unbedingten Gehorsam erfordert. Durch die vereinigte Wirkung der Agitation, der Organisation und der Repressalien wurde im Verlauf von wenigen Wochen der notwendige Umschwung erreicht. Aus der schwankenden, unstabilen, zerfließenden Masse entstand eine wirkliche Armee. Am 10. September 1918 nahmen wir Kasan ein. Am Tage darauf eroberten wir Simbirsk wieder. Dieser Augenblick bildet ein denkwürdiges Datum in der Geschichte der Roten Armee. Sofort fühlte man festen Boden unter den Füßen. Es waren nicht

mehr die ersten hilflosen Versuche, denn von nun ab konnten und vermochten wir zu kämpfen und zu siegen.

Der militärische Verwaltungsapparat wurde indessen im ganzen Lande im engsten Kontakt mit den lokalen Sowjets der Gouvernements, der Bezirke und der Gemeinden ausgebaut. Das von den Feinden beschnittene, aber immer noch gewaltige Territorium der Republik wurde in Distrikte geteilt, die mehrere Gouvernements umfassen. Dadurch wurde die notwendige Zentralisation im Verwaltungswesen erreicht.

Die politischen und organisatorischen Schwierigkeiten waren unsagbar. Der Gesinnungsumschwung — von der Zerstörung der alten Armee bis zur Schaffung einer neuen — wurde um den Preis beständiger innerer Reibungen und Konflikte erreicht. Die alte Armee hatte es zu wählbaren Soldatenkomitees und einem gewählten Kommandopersonal gebracht, das faktisch den Komitees unterstand. Diese Maßnahme hatte natürlich nicht einen militärischen, sondern einen revolutionären politischen Charakter. Vom Standpunkt der Heeresverwaltung im Kampfe und in der Ausbildung der Truppen zum Kampfe war sie unzulässig, ungeheuerlich, mörderisch. Es war unmöglich, es gab keine Möglichkeit, die Truppen mit Hilfe gewählter Komitees und durch Kommandierende, die den Komitees unterstanden und in jedem Moment abgesetzt werden konnten, zu leiten. Aber die Armee wollte auch nicht kämpfen. Sie machte innerlich die soziale Revolution durch, indem sie das Kommandopersonal aus dem Adel und dem Bürgertum absetzte und Organe der revolutionären Selbstverwaltung in Gestalt der Soldaten-Deputiertenräte schuf. Diese organisatorisch-politische Maßnahme war vom Standpunkt der Zersetzung der alten Armee richtig und notwendig, aber aus ihr ergab sich keineswegs eine neue schlagfähige Armee. Die zaristischen Regimenter fielen, nachdem sie die Kerenski-Periode durchgemacht hatten, nach dem Oktober auseinander und verschwanden ganz. Die Versuche, unsere alten organisatorischen Methoden auf die entstehende Rote Armee zu übertragen, drohten sie von Anfang an zu untergraben. Die Wählbarkeit des Kommando-Personals in den zaristischen Regimentern bedeutete so viel wie die Säuberung der Armee von evtl. Agenten der Restauration. Doch konnte das System der Wählbarkeit keinesfalls die revolutionäre Armee mit kompetentem, tauglichem und maßgebendem Kommandopersonal versehen. Die

Rote Armee wurde von oben herab auf dem Prinzip der Diktatur der Arbeiterklasse aufgebaut. Das Kommandopersonal wurde von den Organen der Sowjetregierung und der kommunistischen Partei gewählt und kontrolliert. Die Wahl der Kommandierenden durch die Truppenteile selbst, deren politische Bildung mangelhaft war und die sich soeben aus jungen Bauern rekrutiert hatten, wäre unvermeidlich in ein Zufallsspiel ausgeartet und hätte mitunter tatsächlich günstige Bedingungen für die Machenschaften einzelner Intriganten und Abenteurer geschaffen. Ebenso war die revolutionäre Armee, als Armee der Aktion und nicht als Armee der Propaganda, unvereinbar mit dem System der Wahlkomitees, das faktisch nicht umhin konnte, die zentralisierte Verwaltung zunichte zu machen, indem es jedem Truppenteil die Entscheidung überließ, ob er mit der Defensive oder Offensive einverstanden sei. Die linken Sozialrevolutionäre führten dieses chaotische, pseudo-demokratische Prinzip ad absurdum, als sie an die einzelnen Regimenter den Appell richteten, sie möchten entscheiden, ob wir die Bedingungen des Waffenstillstandes mit den Deutschen innehalten oder aber zur Offensive übergehen sollten. Dadurch suchten die linken Sozialrevolutionäre nur die Armee gegen die Sowjetregierung, von der sie geschaffen war, aufzubringen.

Das sich selbst überlassene Bauerntum ist außerstande, eine zentralisierte Armee zu schaffen. Es geht nicht über lokale Freischärler-Trupps hinaus, deren primitive „Demokratie" gewöhnlich zum Deckmantel der persönlichen Diktatur der Atamane dient. Diese Tendenzen des Freischärlertums, in dem sich das Bauernelement in der Revolution widerspiegelt, fanden ihren besonders vollendeten Ausdruck bei den linken Sozialrevolutionären und Anarchisten, faßten aber auch bei den Kommunisten Fuß, besonders unter denen aus dem Bauerntum, den früheren Soldaten und Unteroffizieren.

Das Freischärlertum war in der ersten Zeit eine notwendige und ausreichende Waffe. Der Kampf mit der Gegenrevolution, die noch nicht zur Besinnung gekommen war, noch nicht zusammengeschlossen und bewaffnet dastand, wurde mit Hilfe kleiner selbständiger Trupps geführt. Dieser Kampf erforderte Selbstlosigkeit, Initiative, Selbständigkeit. Immer mehr forderte jedoch der Krieg, der seine Basis erweiterte, eine richtige Organisation und Diszipliniertheit. Das Freischärlertum begann der Revolution ihren negativen Pol zuzuwenden. Die

Trupps und Regimenter umbilden, die Regimenter zu Divisionen zusammenschließen, die Divisionskommandeure den Armee- und Frontbefehlshabern unterordnen — das war eine Aufgabe, die große Schwierigkeiten bot und nicht immer ohne Opfer abging.

Die Empörung gegen den bürokratischen Zentralismus des zaristischen Rußland hatte einen sehr wichtigen Bestandteil der Revolution gebildet. Die Distrikte, Gouvernements, Bezirke und Städte strebten danach, ihre Selbständigkeit zu zeigen. Der Gedanke der „lokalen Macht" nahm in der ersten Periode einen äußerst chaotischen Charakter an. Er paarte sich auf dem Flügel der linken Sozialrevolutionäre und Anarchisten mit einem reaktionären und doktrinären Föderalismus; bei den breiten Massen bildete er jedoch eine unvermeidliche und ihrer Quelle nach gesunde Reaktion gegen das jede Initiative erstickende alte Regime. Jedoch von einem gewissen Moment an — dem des engeren Zusammenschlusses der Konterrevolutionäre und des Anwachsens der Gefahren für uns — wurden die autonomistischen Tendenzen immer gefährlicher, sowohl in politischer als auch besonders in militärischer Hinsicht. Diese Frage wird zweifellos in Westeuropa einmal eine große Rolle spielen, besonders in Frankreich, wo die Vorurteile des Autonomismus und Föderalismus stärker sind als sonstwo. Die möglichst schnelle Ueberwindung dieser Tendenzen unter dem Banner des revolutionären proletarischen Zentralismus ist eine Voraussetzung für den Sieg über die Bourgeoisie.

Das Jahr 1918 und ein bedeutender Teil von 1919 verliefen in ununterbrochenem und beharrlichem Kampf um die Bildung einer zentralisierten, disziplinierten Armee, die von einem Zentrum aus versorgt und geleitet wird. In militärischer Hinsicht spiegelt dieser Kampf — nur in krasserren Formen — den Prozeß wider, der sich auf allen Gebieten des Aufbaus der Sowjetrepublik vollzieht.

Die Auswahl und die Bildung des Kommando-Personals boten die größten Schwierigkeiten. Wir hatten zu unserer Verfügung die Reste des alten Offizierstabes, die breite Schicht der Offiziere der alten Zeit und schließlich die Chefs, die von der Revolution selbst, ihrer ersten Freischärler-Periode, emporgetragen worden waren.

Von den alten Offizieren blieben bei uns entweder die Leute, die den Sinn der neuen Epoche erfaßt oder wenigstens entfernt gespürt hätten (solcher gab es natürlich nur wenige), oder verknöcherte Beamte, starre Menschen ohne Initiative, denen die Energie fehlte, sich den „Weißen" anzuschließen. Schließlich waren auch nicht wenige aktive Konterrevolutionäre übrig geblieben, die in flagranti erwischt wurden.

Gleich bei den ersten Schritten wurde die Frage aktuell, was mit diesen früheren Offizieren der Zarenarmee werden sollte. Wir brauchten sie notwendig als Vertreter ihrer Zunft, als Träger der militärischen Routine, ohne die wir wieder von vorn hätten beginnen müssen. Unsere Feinde hätten uns wohl kaum in diesem Fall die Möglichkeit gegeben, unsere Ausbildung auf eine höheres Niveau zu bringen. Wir waren außerstande, ohne Heranziehung vieler Vertreter des alten Offiziersstabes einen zentralisierten militärischen Apparat und eine ebensolche Armee aufzubauen. Jetzt gehörten sie der Armee nicht als Vertreter der alten regierenden Klassen an, sondern als Beauftragte der neuen revolutionären Klasse. Freilich, viele von ihnen übten an uns Verrat, gingen zum Feinde über, beteiligten sich an Aufständen, aber im Grunde genommen war der Geist ihres Klassenwiderstandes gebrochen. Trotz alledem war der Haß der Soldatenmassen ihnen gegenüber noch stark genug und bildete eine Quelle der Freischärlerstimmungen: im Rahmen der kleinen lokalen Trupps hatte man kein Bedürfnis nach qualifizierten Militaristen. Es galt, den Widerstand der konterrevolutionären Elemente der alten Offiziere zu brechen und zu gleicher Zeit schrittweise den aufrichtigen Elementen unter ihnen die Möglichkeit zu sichern, in den Reihen der Roten Armee zu wirken.

Die oppositionellen „linken" (in Wirklichkeit intellektuell-bäuerischen) Tendenzen im Aufbau der Armee suchten nach einer verallgemeinernden theoretischen Formel für sich. Die zentralisierte Armee wurde als Armee des imperialistischen Staates erklärt. Die Revolution müsse ihrem ganzen Charakter entsprechend nicht nur mit dem Positionskrieg, sondern auch mit der zentralisierten Armee ein für alle Mal Schluß machen. Die Revolution sei vollkommen auf der Beweglichkeit, dem kühnen Angriff und dem Manövriervermögen aufgebaut. Ihre Kampfkraft bilde der nicht zahlreiche selb-

ständige Trupp, der sich aus allen möglichen Waffengattungen zusammensetzt, ohne mit der Basis verbunden zu sein, auf die Sympathie der Bevölkerung gestützt, dem Feind in den Rücken fallend usw. Kurz und gut, die Taktik des Kleinkrieges wurde als Taktik der Revolution proklamiert. Die ernsten Erfahrungen des Bürgerkrieges haben sehr bald diese irrigen Ansichten widerlegt. Die Vorzüge der zentralisierten Organisation und Strategie gegenüber den lokalen Improvisationen, dem militärischen Separatismus und Föderalismus haben sich so rasch und so klar gezeigt, daß heutzutage die Grundprinzipien des Aufbaues der Roten Armee außer Diskussion stehen.

Eine äußerst wichtige Rolle in der Schaffung des Kommandoapparates der Armee spielte die Institution der Kommissare. Diese wurden aus revolutionären Arbeitern, aus Kommunisten, teilweise auch — in der ersten Periode — aus linken S.-R. (bis zum Juli 1918) gewählt. Die Rolle des Kommandierenden wurde dadurch gewissermaßen geteilt. In den Händen des Kommandeurs blieb die rein militärische Leitung. Die politische Erziehungsarbeit konzentrierte sich in den Händen der Kommissare. Der Kommissar war aber hauptsächlich der direkte Vertreter der Sowjetregierung in der Armee. Die Aufgabe des Kommissars bestand darin, ohne die rein militärische Arbeit des Chefs zu beeinträchtigen und irgendwie seine Autorität zu schmälern, solche Bedingungen zu schaffen, bei denen diese Autorität sich nicht gegen die Interessen der Revolution richten kann. Die Arbeiterklasse hat für diese Sache ihre besten Söhne geopfert. Hunderte und Tausende von Arbeitern haben auf Kommissar-Posten ihr Leben gelassen. Aus den Reihen der Kommissare sind dann später viele revolutionäre Kommandeure hervorgegangen.

Von Anfang an haben wir die Schaffung eines Netzes von militärischen Lehranstalten in Angriff genommen. In der ersten Zeit trugen sie die Kennzeichen der allgemeinen Schwäche der militärischen Organisation. Der kurzfristige Kursus gab in einigen Monaten eigentlich nur mittelmäßige Rotarmisten, aber keine Kommandeure. Da aber in jener Periode eine Masse ins Feld zog, die im Eisenbahnwaggon zum ersten Mal ein Gewehr in die Hand bekam, so mußten die Rotarmisten, die einen Viermonatskursus mitgemacht hatten, mitunter nicht nur die Posten der Schwarmführer, sondern auch diejenigen der Zug- und sogar Kompagnie-

führer bekleiden. Wir gaben uns viel Mühe, die früheren Unteroffiziere der Zarenarmee für uns zu gewinnen, jedoch mußte man berücksichtigen, daß sie sich seinerzeit hauptsächlich aus den begüterten Schichten in Stadt und Land rekrutierten. Sie waren hauptsächlich die lesekundigen Söhne aus den reicheren Bauernfamilien. Andererseits war ihnen die Animosität gegen die „Epauletten-Träger", d. h. die Offiziere aus dem Adel oder der Intelligenz, stets eigen. Daher die Spaltung in dieser Gruppe! Sie hat uns viel hervorragende Kommandeure und Heeresführer geschenkt, deren leuchtendster Vertreter Budjenny ist; dieselbe Gruppe hat aber auch der Konterrevolution und der Weißen Armee viele Kommandeure geliefert.

Die Bildung des revolutionären Kommandopersonals gehörte zu den schwierigsten Aufgaben, und wenn das höhere Kommandopersonal bereits in den ersten drei bis vier Jahren der Existenz der Roten Armee gebildet wurde, so läßt sich das von dem niederen Kommandopersonal auch bis auf den heutigen Tag nicht sagen. Unsere Hauptbemühungen sind darauf gerichtet, die Armee mit Abteilungsführern zu sichern, die ihrer verantwortlichen Aufgabe durchaus gewachsen sind. Die militärische Bildung hat die größten Erfolge zu verzeichnen. Das Bildungs- und Erziehungsniveau des Roten Kommandopersonals steigt immer mehr.

Allgemein bekannt ist die Rolle der P r o p a g a n d a in der Roten Armee. Die politische Arbeit, die bei uns jedem Schritt auf dem Wege des Aufbaues, darunter auch dem des militärischen Aufbaues, voranging, führte zur Notwendigkeit, einen weit verzweigten politischen Apparat der Armee zu schaffen. Die wichtigsten Organe dieser Arbeit bilden die uns bereits bekannten Kommissare. Jedoch wird die Sache von der bürgerlichen Presse Westeuropas offenbar entstellt, wenn die Propaganda gewissermaßen als teuflische Erfindung der Bolschewiki dargestellt wird. Die Propaganda spielt in allen Armeen der Welt eine gewaltige Rolle. Der politische Apparat der bürgerlichen Armee ist viel mächtiger und reicher als der unsrige. Der Vorzug unserer Propaganda ist ihr Inhalt. Unsere Propaganda schließt die Rote Armee zusammen und zersetzt die Armee des Gegners nicht infolge irgendwelcher besonderen technischen Methoden und Vorrichtungen, sondern durch die kommunistische Idee, die ihren Inhalt ausmacht. Dieses militä-

rische Geheimnis verkünden wir offen und überall, ohne irgend ein Plagiat seitens unserer Feinde zu befürchten.

Die Technik der Roten Armee spiegelte und spiegelt die allgemeine Wirtschaftslage des Landes wider. In der ersten Periode der Revolution verfügte sie über das Material-Erbe des imperialistischen Krieges. Dieses war in gewissem Sinne kolossal, aber auch äußerst chaotisch. Von dem einen gab es zu viel, von dem andern allzuwenig, und dazu wußten wir nicht, was wir hatten. Die Hauptverwaltungsämter verheimlichten das wenige, das sie selbst wußten. Die „lokale Macht" legte ihre Hand auf das, was sich auf ihrem Territorium befand. Die revolutionären Freischärlerführer versorgten sich mit allem, was ihnen zwischen die Finger kam. Stationsvorsteher verschoben ganze Waggons mit Munition, und ganze Züge kamen nicht dorthin, wohin sie bestimmt waren. Die erste Periode war also eine Zeit der entsetzlichen Vergeudung der Vorräte des imperialistischen Krieges. Einzelne Bataillone oder Regimenter schleppten Panzerteile und Flugapparate mit sich, während sie für die Gewehre keine Bajonette hatten oder mitunter auch keine Patronen. Die Kriegsindustrie stand bereits Ende 1917 still. Erst 1919, als die alten Vorräte zur Neige gingen, begann die Arbeit zur Wiederherstellung der Kriegsindustrie. 1920 arbeitete bereits fast die ganze Industrie für Kriegszwecke. Wir haben gar keine Vorräte. Jedes Gewehr, jede Patrone, jedes Paar Stiefel geht unmittelbar von der Maschine, von der Drehbank nach der Front. Es gab Momente — und sie hielten wochenlang an —, da mit jeder Patrone gerechnet wurde und das verspätete Eintreffen eines Extrazuges mit Munition den Rückzug von ganzen Divisionen an der Front um mehrere Dutzend Werst zur Folge hatte.

Trotzdem die Weiterentwicklung des Bürgerkrieges zu einem Niedergang der Wirtschaft führte, wurde die Versorgung der Armee — einerseits dank der angespannten Arbeit der Industrie, andererseits, und hauptsächlich infolge der besseren Organisation der Kriegswirtschaft selbst — immer besser.

Eine besondere Stellung in der Entwicklung der Roten Armee nimmt die Schaffung der Reiterei ein. Ohne sich hier in Betrachtungen über die Rolle der Reiterei im allgemeinen einzulassen, kann man konstatieren, daß in der Vergangenheit die rückständigen Länder die beste Reiterei hatten; Ruß-

land, Polen, Ungarn und noch früher Schweden. Die Kavallerie erfordert Steppen, große, freie Flächen. Sie entsteht natürlicherweise im Kubangebiet und am Don und nicht bei Petersburg oder Moskau. Im Bürgerkrieg der Vereinigten Staaten waren die Vorzüge der Reiterei ganz und gar auf Seiten der südlichen Farmer. Erst in der zweiten Hälfte des Krieges benutzten auch die Nordstaaten diese Waffengattung. Dasselbe wiederholte sich auch bei uns. Die Konterrevolution bildete sich in den rückständigeren Randgebieten und suchte von dort aus gegen das Moskauer Zentrum vorzudringen. Die wichtigste Waffengattung eines Denikin und Wrangel war das Kosakentum und die Reiterei überhaupt. Ihre kühnen Vorstöße und Ritte bereiteten uns in der ersten Zeit mitunter die größten Schwierigkeiten; jedoch dieser Vorzug, der der Konterrevolution zugute kam, der Vorzug der Rückständigkeit, wurde auch der Revolution zugänglich, als sie die Bedeutung der Reiterei im Manöverieren des Bürgerkrieges erfaßt und sich zur Aufgabe gestellt hatte, eine Reiterei um jeden Preis zu schaffen. So wurde es 1919 zur Losung der Roten Armee: „Proletarier, aufs Pferd!" Schon einige Monate nachher kam unsere Reiterei der des Feindes gleich und nahm dann endgültig die Initiative in ihre Hände.

Die Geschlossenheit der Armee und ihre Sicherheit wuchsen beständig. In der ersten Periode wollten nicht nur die Bauern, sondern auch die Arbeiter nicht in die Armee eintreten. Nur eine ganz dünne Schicht selbstloser Proletarier nahm bewußt die Schaffung der bewaffneten Macht der Sowjetrepublik in Angriff, und dieser Schicht allein ist die Arbeit in der allerschwierigsten Periode zu verdanken. Die Stimmung des Bauerntums war immerfort schwankend. Ganze Bauernregimenter, die freilich in den meisten Fällen politisch und technisch ganz unvorbereitet waren, ergaben sich in der ersten Zeit kampflos, und wenn die Weißen sie unter ihr Banner einstellten, gingen sie wieder auf unsere Seite über. Manchmal suchten die Bauernmassen eine gewisse Selbständigkeit an den Tag zu legen und verkrochen sich vor den Weißen und Roten in die Wälder, wo sie ihre „grünen" Trupps schufen. Aber ihre Zersplitterung und politische Hilflosigkeit verdammte sie von vornherein zur Niederlage. Auf diese Weise zeigte sich an den Fronten des Bürgerkrieges das Wechselverhältnis der grundlegenden Klassenkräfte der Revolution: die Bauernmasse, welche die feudal-bürgerlich-intellektuelle Konterrevolution der

Arbeiterklasse streitig macht, schwankt bald nach der einen, bald nach der andern Seite, unterstützt aber letzten Endes die Arbeiterklasse. In den rückständigen Gouvernements, wie in Kursk und Woronesh, wo es Tausend und Abertausende von Fahnenflüchtigen gab, erzeugte das Auftauchen der Truppen an der Grenze des Gouvernements einen entschiedenen Umschwung in der Gesinnung und trieb die Deserteure von gestern massenweise in die Rote Armee. Der Bauer unterstützte den Arbeiter gegen den Gutsbesitzer und Kapitalisten. In dieser sozialen Tatsache wurzelt auch die letzte Ursache unserer Siege.

Die Rote Armee wurde im Feuer aufgebaut, folglich nicht nach einem vorgezeichneten Plan und mitunter infolge ziemlich ungeordneter Improvisationen. Ihr Apparat war eigentlich kompliziert und in vielen Fällen schwerfällig. Wir benutzten jede Atempause, um unsere militärische Organisation zu vereinfachen, zusammenzupressen, zu verfeinern. In dieser Hinsicht haben wir in den letzten zwei Jahren entschieden Fortschritte zu verzeichnen. In der Periode unseres Kampfes mit Wrangel und Polen zählte die Rote Armee über fünf Millionen. Momentan zählt sie zusammen mit der Flotte zirka anderthalb Millionen und wird immer noch abgebaut. Der Abbau wurde vollzogen und vollzieht sich langsamer, als man es wünschen möchte, denn er geht parallel mit der Verbesserung der Qualität. Der Abbau der Etappe vollzog sich rascher als der der Front. Die Armee wird jedoch nicht schwächer, sondern im Gegenteil stärker. Ihre Entfaltungsmöglichkeit im Kriegsfalle nimmt immer mehr zu. Ihre Treue für die Sache der sozialen Revolution ist erwiesen.

L. Trotzki.

Abriß des Bürgerkrieges.

September 1918 — Februar 1919.

In der ersten Periode des Bürgerkrieges lag die ganze Last auf den Schultern der Roten Garde. Die Abteilungen der Rotgardisten entstanden aus den Arbeiterorganisationen, hauptsächlich denen von Petersburg und Moskau. Die Aufgabe, die

die Rotgardisten zu erfüllen hatten, gehörte zu den schwierigsten der ganzen Geschichte des Bürgerkrieges.

Das erste Mal hatte ich Gelegenheit, diese Truppenteile im Jahre 1918 an der Ostfront kennen zu lernen, als ich den Posten des Befehlshabers an dieser Front antrat. In jener Periode lag die Ostfront in schwerem Kampf mit den Tschechoslowaken; wir hatten kurze Zeit vorher Kasan besetzt und waren in der Offensive gegen Samara begriffen, das in den Händen des Gegners war. Der Kampf wurde unter sehr ungleichen Bedingungen geführt, denn der Gegner — die tschechoslowakischen Truppenteile — war ausgezeichnet formiert, ausgebildet und stand unter guter Leitung. Unsere roten Truppenteile hatten dagegen in ihrer Mehrzahl noch keine festausgebaute Organisation, und ihr zufällig zusammengesetztes Offizierkorps war schlecht vorbereitet. Davon machten in bestem Sinne eine Ausnahme diejenigen Truppenteile, die in ihren Reihen Arbeiter hatten. Ich glaube, daß ich nicht übertreibe, wenn ich sage, daß der ganze Kampf gegen die Tschechoslowaken gerade auf diesen Truppenteilen und auf den lettischen Regimentern ruhte, die damals noch an der Front waren. (Zu meiner Zeit standen an der Front nur noch 3—4 lettische Regimenter, die damals auch schon zurückgezogen wurden.) Die Erfolge jener Kämpfe waren groß, doch kosteten sie uns sehr viel. Denn wenn auch der Gegner sich an uns aufrieb, so verloren wir doch zur selben Zeit unsere besten Kampfgruppen aus der Arbeiterschaft.

Zu dieser Zeit kamen die ersten Truppenteile der Roten Armee an die Front, die auch nach dem Prinzip der Freiwilligkeit zusammengestellt waren. Die Ausbildung dieser Truppenteile geschah in der Organisation, die den Namen „Der westliche Vorhang" trug. Als Freiwillige gingen in diese Truppenteile hauptsächlich Soldaten der alten Armee, und man muß gestehen, daß sie meist ein nur wenig kampftaugliches Element waren. Sie konnten keinen Vergleich mit den freiwilligen Arbeitern aushalten, die damals an der Front standen. Selbstsucht, Undiszipliniertheit und unangemessene Ansprüche waren die Grundcharakterzüge dieser Sorte Freiwilliger. Es gab unter ihnen auch gute Truppenteile, doch das waren Ausnahmen; meistens mußte man diese Truppenteile an der Front selbst ganz neu bearbeiten.

Diese kleinen Beobachtungen brachten uns zur Ueberzeugung, daß die Truppenteile, die nur aus Arbeitern bestehen, die höchste Kampffähigkeit besitzen. Infolge ihres Opfermutes und ihrer prächtigen Stimmung stellen sie einen solchen Kampfwert dar, daß man sie nicht einfach verwenden darf, sondern jeden solchen Truppenteil als Gerippe benutzen muß, um das schlechtere Material darum zu gruppieren und dies so durch den moralischen Einfluß der Arbeiterkaders zu verbessern.

Schließlich zeigte es sich, daß die Front nicht nur Operationen auszuführen hatte, sondern sich auch mit der Bearbeitung und Ausbildung des Nachwuchses aus der Heimat befassen mußte. Außerdem mußte man der Ausbildung des Offizierkorps Beachtung schenken. Leute, die eine mehr oder weniger große Masse geistig beherrschen konnten, gab es ziemlich viele, doch waren wenige darunter, die auch die Fähigkeit hatten, sie im Gefecht zu leiten. Dieser Umstand zwang uns zur Schaffung der neuen Militärschulen.

Auf diese Weise mußte die Front schon in den ersten Tagen ihre Arbeit in der Etappe außerordentlich verstärken; dabei stellte sich heraus, daß einige Arten dieser Etappenarbeit den aus der alten Armee stammenden Kräften völlig fremd waren. Hier steht an erster Stelle die Arbeit der Organisierung, der Ausbildung und vielleicht auch der Wiederzusammenstellung geschlagener Truppenteile, sowie die Bearbeitung des ankommenden Ersatzes. Jedenfalls hatte die alte Armee für diese Arbeiten keine Methoden besessen.

Dieses ganze Arbeitsgebiet kam begreiflicherweise in die Hände der neuaufgetauchten Organisatoren, deren es unter den Parteigenossen besonders viele gab. Zu dem oben Aufgezählten müßte man noch die politische Arbeit in ihren verschiedenen Formen der Paralyse aller gegenrevolutionären Erscheinungen hinzuzählen.

All dies verwandelte das Offizierkorps der Fronten und der Armeen sehr schnell in eine universale Körperschaft, die nicht nur die Truppe leitete, sondern auch die ganze Arbeit zur Schaffung, Ausbildung und Erziehung der Armee leistete, die gegen die Konterrevolution kämpfte und öfter auch, der Not gehorchend, in das Reich der Zivilverwaltung eingriff. Diese äußerst verschiedenartigen Arbeiten wurden durch das Offizierkorps in den meisten Fällen mit Erfolg durchgeführt, was sich leicht aus dem Aufbau der oberen Leitung der Truppe, der

revolutionären Kriegsräte, erklärt. Diese bestanden gewöhnlich aus drei Mitgliedern, von denen einer der Befehlshaber war und die zwei anderen Kommunisten, die große Parteiverdienste hatten, Erfahrungen und weiten Blick besaßen. Diese ganze Tätigkeit des Offizierkorps suchte damals erst noch tastend ihren Weg, sie breitete und dehnte sich mit dem Wachsen der Roten Armee aus, und erst später gestaltete sie sich zu einem bestimmten System, das genügend schmiegsam war, um sich den örtlichen Verhältnissen anzupassen, die leider an allen Fronten sehr ungleich waren.

Diese Schmiegsamkeit des Apparates und seiner Arbeiten ist einer der charakteristischen Züge der Roten Armee.

Wenn man die nächste Periode des Kampfes an der Ostfront betrachtet, so kann man an erster Stelle feststellen, daß die Lage der roten Front, nachdem sich die tschechoslowakischen Truppen und die der Konstituante an ihr aufgerieben hatten und an ihre Stelle die Truppen des Admirals Koltschak getreten waren, die sich während unseres Kampfes gegen die Tschechoslowaken formiert hatten, eine sehr schwierige war.

Es standen uns jetzt gut formierte, reguläre Truppenteile gegenüber — unter ihnen auch Offizierstruppen —, und wir hatten an der Front nur sehr geschwächte, wenn auch ausgezeichnete Kaders, die aber in ihrer Mehrzahl noch nicht die Organisationsform regulärer Truppenteile angenommen hatten und noch ganz oder zur Hälfte nach Art der Freischärler Formationen aufgebaut waren. Die Front mußte an erster Stelle alle diese Truppenteile zu regelmäßigen Divisionsverbänden zusammenfassen und dann sich mit der Ergänzung dieser neuen Armeekörper befassen.

Der Beginn dieser Arbeit erforderte große psychologische Veränderungen. Die meisten Truppenteile hatten ihren größten Rückhalt im Ruf ihrer Führer; jeder Truppenteil hatte seine besonderen Lebensformen und seine eigenen Kampfmethoden. Sie konnten sich nicht leicht von ihren Führern trennen und die regelrechten Methoden für ihre Existenz und für den Kampf annehmen. Unter diesen Verhältnissen konnte die Arbeit der Neuorganisierung natürlich nicht mechanisch vor sich gehen, sondern es mußte eine gründliche Arbeit in den Köpfen der Masse geleistet werden. Die Erfolge und die Frist, in der sie

erreicht wurden, legen Zeugnis ab von der Energie, die die politischen Organe bei der Arbeit aufwandten.

Was die Arbeit zur Ergänzung der Truppenteile betrifft, so war auch hier nicht alles in bester Ordnung, und man kann sogar sagen, vieles war gar nicht in Ordnung. Damals hatte man noch nicht zur Mobilisierung gegriffen, und der Nachschub setzte sich aus Freiwilligen zusammen, deren es aber nicht genügend gab. Man machte den Versuch, jedes örtliche Kriegskommissariat zu verpflichten, für die Ergänzung der Truppenteile zu sorgen, die es seiner Zeit an die Front gesandt hatte. Diese Maßnahme zeitigte jedoch nicht die gewünschten Resultate. Ausnahmen davon machten die Fabrikrayons und besonders Petrograd. Dieses letztere war in dieser Hinsicht besonders pflichteifrig und genau; es entsandte regelmäßig Nachschub in seine Truppenteile, die zur Zeit besonders in der dritten Armee standen, die im Rayon von Perm-Jekaterinburg operierte. Der Nachschub krankte auch an ungenügender Vorbereitung in militär-technischer Hinsicht. Um diesen Mangel zu beseitigen, schuf man bei den Armeen die Ausbildungsstellen. Der ganze Nachschub ging durch diese durch und erhielt dort eine kurze Ausbildung. Dieselben hatten auch andere Aufgaben, an erster Stelle die der örtlichen Mobilisationen, eine Maßnahme, zu der die Armeen greifen mußten, lange bevor die Heimat diese Frage für die Republik allgemein entschieden hatte. Diese Mobilisationen lieferten einen an Zahl bedeutenden Nachschub, und die Ausbildungsstellen erhielten die Möglichkeit, eine breit angelegte Tätigkeit für die Ausbildung des Nachschubs und für die Aufstellung von mangelnden Truppenteilen in den neuzusammengestellten Divisionen zu entfalten. Später fing auch die Mobilisation in der Heimat an, wo die Generalkommandos und die Kommissariate die Ausbildung der in Marsch zu setzenden Züge in Angriff nahmen und ganze Divisionen aufgestellt wurden.

Aus dem allgemeinen Vergleiche der Arbeit im Hinterland und an der Front möchte ich die Folgerung ziehen, daß die Etappen- und Heimatformationen aus allgemeinen Gründen um ein vielfaches schlechter waren als die Frontformationen. Deswegen mußte man später auch hier einige Abänderungen treffen, von denen ich weiter reden werde, wenn ich zur Schaffung der Reservearmeen übergehen werde.

1919. März — April.

Diese an der Front eilig durchgeführte Organisationsarbeit sollte die Lage der Roten Armee gegenüber dem stärkeren Gegner ausgleichen, der sich zur Zeit seines Uebergewichts natürlich bewußt war. Die Ergebnisse unserer Arbeit zeigten sich bald in der Gestalt von großen Erfolgen der Roten Armee, die nach Eroberung der Wolga zur Besetzung der Stadt Ufa führten. Doch wurden diese Ergebnisse durch den Angriff der frischen Truppen Koltschaks zunichte gemacht. Im Süden wurde die Front wieder an die Wolga zurückgedrängt, während wir im Norden den Rayon von Perm verloren und der Gegner die Stadt Glasow und die Ufer des Flusses Wjatka besetzte.

Dieser Schlag zwang uns, die Arbeit zur Formierung und Ausbildung der Fronttruppen zu verdoppeln. Das Generalkommando aber faßte den Beschluß, der sich schon lange als notwendig fühlbar gemacht hatte, die Fronten ihrer Wichtigkeit gemäß eine nach der anderen vorzunehmen, wobei zunächst die Ostfront als die wichtigste anerkannt wurde. Mit dem Augenblick, wo Genosse Trotzki die Parole ausgab: „Alles zur Verteidigung des Urals!" begann die neue Periode an der Ostfront, die mit unserem völligen Siege über Koltschak endete.

Diese Periode zerfällt in zwei Teile, einen sehr kurzen, vorbereitenden und einen rein operativen.

Die Vorbereitungsperiode zeichnete sich aus durch die fieberhafte Arbeit, die durch die Anstrengungen der Heimat- und der Frontrayons zur Stärkung der Front geleistet wurde. Hier ist von materieller Hilfe nicht die Rede, denn diese konnte infolge der Armut der Republik nicht groß sein, und sie war auch tatsächlich gleich Null. Ebenso unbedeutend war auch die Unterstützung von seiten der Heimat durch militärische Kräfte; diese bestand nur in der Entsendung von zwei Schützendivisionen (der 2. und der 7.), deren Aufstellung nicht beendet war, von denen man eine sogar nicht an die Front bringen konnte.

Die eigentliche Hilfe wurde der Front von der Heimat und den Kampfgebieten durch die Entsendung von einigen Tausend mobilisierter Kommunisten und Arbeiter geleistet.

Einige Fabrikrayons entsandten an die Front ganze Regimenter aus Arbeitern und Kommunisten. Ich habe hier keine

statistischen Angaben, doch glaube ich, daß es keinen einzigen proletarischen Winkel in der Republik gab, der in diesem Moment nicht seine Genossen entsandt hätte. Als diese Welle von Parteigenossen und Arbeitern an die Front kam, schuf sie jene Stimmung und Kraft, die den Feind entschieden zurückwarf und ihm die erste tödliche Wunde versetzte.

Diese Methode der Festigung der Front hatte eine ganz außerordentliche Bedeutung. Sie wurde von der Republik in allen kritischen Momenten angewandt, und sie hat in der Regel gute Erfolge gezeitigt.

Zur selben Zeit mußte sich die Front mit dem Ausbau des Etappengebietes beschäftigen. Die Notwendigkeit dieser Maßnahme ergab sich durch mehrere Aufstände, die in einigen Städten von der Gegenrevolution organisiert wurden, wenn die Linie der Kampffront sich näherte. Dieser Ausbau vollzog sich durch die Schaffung von in jeder Beziehung befestigten politischen Punkten, die die revolutionäre Ordnung und Widerstandsfähigkeit der Front zu sichern hatten. Die ersten in diesem Sinne befestigten Punkte an der Wolga waren: Wjatka, Sarapul, Kasan, Simbirsk, Samara und Saratow.

Die erste Arbeit bei der Schaffung von in diesem Sinne befestigten Rayons war die Säuberung von unsicheren Elementen, deren es zur Zeit an der Wolga besonders viele gab. Gleichzeitig wurde die Einreise in diese Rayons allen Personen aus dem kleinbürgerlichen Milieu verboten, da sie der Panik am meisten ausgesetzt sind. Alle Behörden, die für das Rayon nicht unentbehrlich waren, wurden verlegt. Die Arbeit der anderen Behörden wurde ausschließlich auf die Festigung der Roten Armee eingestellt. Die Kommunisten wurden bewaffnet und in die Reihen der Roten Armee gestellt. Sämtliche materiellen Mittel der Rayons wurden für die Armee verwendet. Die örtlichen Garnisonen wurden in Feldtruppenteile umgewandelt, dasselbe tat man mit den Reservetruppen, die sich dort befanden.

Die technische Befestigung der Rayons bestand in der Errichtung von Drahtverhauen; an einigen Stellen wurden auch Schützengräben gezogen. Auf anderen Strecken wurde nur eine Rekognoszierung und die Trassierung der Schützengräben durchgeführt. Die Artilleriepositionen wurden aufgesucht

und an einigen wenigen Stellen mit Batterien aus der Zahl der wenigen, die schon formiert waren, besetzt.

Die Hauptarbeit bestand also in der politischen Befestigung der Rayons und in ihrer völligen Militarisierung. Die technischen Arbeiten wurden nur soweit getan, wie es die Mittel, die Kräfte und die Zeit erlaubten, wobei als Kraft für diese Arbeiten hauptsächlich bürgerliche Elemente ausgenutzt wurden.

Diese Arbeiten zeitigten riesige Resultate. Die panische Stimmung, die die Bevölkerung der Wolgastädte schnell ergriffen hatte und die von den Agenten Koltschaks geschickt genährt wurde, verflog. Sogar der Spießbürger mußte sich auf einen hartnäckigen Kampf einstellen. Das Zusammenarbeiten aller militärischen und zivilen Stellen erreichte eine solche Höhe, daß alle vorhandenen Apparate und Funktionäre zu Apparaten und Funktionären der Roten Armee wurden. Besonders taten sich in dieser Hinsicht der Rayon von Kasan mit dem Kommandanten Genossen Awrow und der Rayon von Samara mit dem Genossen Frunse hervor. Auch Simbirsk blieb nicht zurück, doch konnten seine geringen Mittel nicht dieselben Ergebnisse zeitigen wie Kasan und Samara.

So waren die ersten befestigten Rayons, die der Bürgerkrieg geschaffen hatte, nicht nur nicht Festungen ähnlich, sondern ähnelten nicht einmal befestigten Knotenpunkten. Die ganze Kraft dieser Rayons lag in der revolutionären Stimmung des besten Teiles der Bevölkerung und in der Macht der Kommunisten und des Proletariats, die zum bewaffneten Kampfe mit dem sich nähernden Feinde bereit waren.

Wenn ich jetzt zum operativen Teil dieser Periode übergehe, muß ich dabei bemerken, daß im Rahmen dieser Skizze dieser Teil nicht ausführlich zu beschreiben ist. Deswegen werde ich mich auf die Anführung des Schemas der Konzentrierung der Truppenteile vor dem Stoße und mit der Entwicklung der ersten Periode der Operation beschränken, die der Roten Armee letzten Endes den völligen Sieg über die Armeen Koltschaks gab.

Der Grundgedanke war die Aufreibung des Gegners, an erster Stelle südlich von den Flüssen Belaja und Kama. An zweiter Stelle beabsichtigte man eine Vernichtung der Truppen des Feindes, die nördlich von dieser Linie standen;

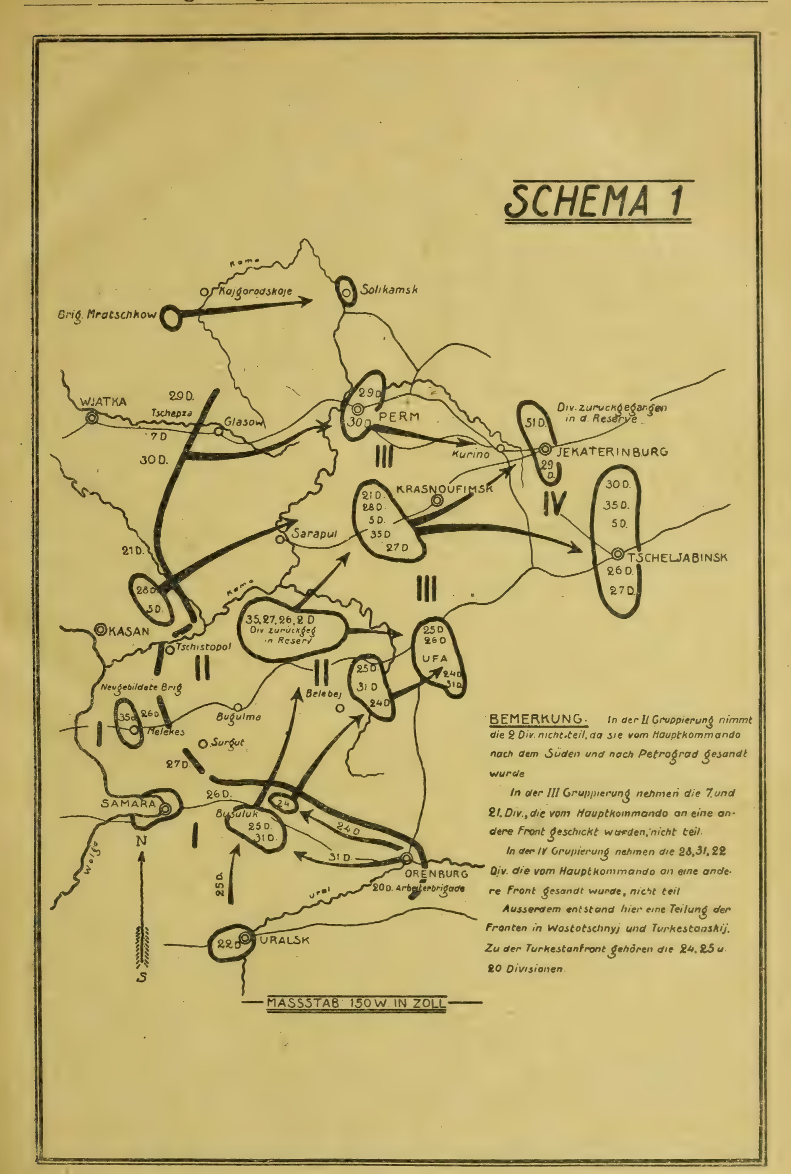
deswegen wurden die Hauptstreitkräfte auf den Süden konzentriert.

Auf dem beigelegten Schema sind alle Momente des Aufmarsches durch entsprechende Zahlen bezeichnet. Der erste Teil des Aufmarsches wurde erreicht durch Fortnahme von Truppenteilen von der südlichsten Strecke der Front und durch das Eintreffen der zweiten Division aus der Garnison. Die erfolgreiche Entwicklung des Manövers der südlichen Gruppe schuf automatisch eine noch viel mächtigere Kräftekonzentrierung im Rayon von Bugulma-Ufa (II), nach der die Manöver der ganzen nördlichen Strecke der Ostfront anfangen konnten. Hier schuf die erfolgreiche Offensive einen ebenso gelungenen Aufmarsch im Rayon von Krasnoufimsk-Ufa (III), und die weitere Offensive schuf eine außerordentlich vorteilhafte Lage, indem sie bedeutende Streitkräfte zwischen den zwei Eisenbahnlinien Jekaterinburg-Omsk und Tscheljabinsk-Omsk konzentrierte. Auf diese Weise gab jeder Schritt vorwärts in der Entwicklung der Operation eine neue vorher berechnete Kräftegruppierung, die es gestattete, die Offensive zu entwickeln, ohne Zeit damit zu verlieren, die Kräfte für einen neuen Schlag zu konzentrieren.

Die Entwicklung der Operation in dieser Periode war so günstig, und ihre Ergebnisse waren so bedeutend, daß es dem Frontkommando gelang, noch im Verlauf der Operation einige Divisionen (die im Schema genannt sind) von der Front fortzunehmen und sie an andere Fronten zu werfen, wo damals die Vorbereitungen zu entscheidenden Aktionen getroffen wurden.

Die wichtigsten operativen Befehlshaber dieser Periode waren: der Kommandeur der Südheeresgruppe, Genosse Frunse, der Kommandeur der 5. Armee, Genosse Tuchatschewski, der Kommandeur der 2. Armee, Genosse Schorin, und der Kommandeur der 3. Armee, Genosse Mesheninow.

Der weitere Verlauf der Operation an dieser Front nach der geschilderten Periode der Zertrümmerung der Hauptkräfte des Gegners ist vom Gesichtspunkte der Strategie weniger interessant, doch trat hier in vollem Maße ein äußerst interessantes Element im Bürgerkriege in Erscheinung: die Aktion der roten Freischärler im Rücken von Koltschak. Die Kenntnis dieser Seite des Bürgerkrieges wird jetzt erst allmählich zugänglich, deswegen kann man noch keine erschöpfenden Folgerungen ziehen. Doch muß man die großen Verdienste dieser


SCHEMA 1
Kama
Kajgorodskoje
Solikamsk
Brig. Mratschkow
WJATKA
29 D.
Tschepza
Glasow
7 D
30 D.
29 D
PERM
30 D
III
Kurino
51 D.
Div. zurückgegangen in d. Reserve
JEKATERINBURG
29 D.
KRASNOUFIMSK
21 D.
28 D.
5 D.
35 D
27 D
IV
30 D.
35 D.
5 D.
TSCHELJABINSK
26 D.
27 D.
Sarapul
21 D.
28 D
5 D.
Kama
KASAN
Tschistopol
35, 27, 26, 2 D
Div zurückgeg. in Reserv
III
25 D
26 D
UFA
24 D
31 D
II
II
25 D.
31 D
24 D
Belebej
Neugebildete Brig.
35 D.
26 D.
Melekes
Bugulma
I
Surgut
27 D.
26 D.
SAMARA
24
Busuluk
25 D.
31 D.
24 D
I
31 D.
N
ORENBURG
20 D. Arbeiterbrigade
25 D.
Wolga
Ural
22 D
URALSK
S
MASSSTAB 150 W. IN ZOLL
BEMERKUNG. In der II Gruppierung nimmt die 2 Div. nicht teil, da sie vom Hauptkommando nach dem Süden und nach Petrograd gesandt wurde
In der III Gruppierung nehmen die 7. und 21. Div., die vom Hauptkommando an eine andere Front geschickt wurden, nicht teil.
In der IV Grupierung nehmen die 28, 31, 22 Div. die vom Hauptkommando an eine andere Front gesandt wurde, nicht teil
Ausserdem entstand hier eine Teilung der Fronten in Wostotschnyj und Turkestanskij. Zu der Turkestanfront gehören die 24. 25 u. 20 Divisionen.



Tätigkeit der roten Freischärler erwähnen und wünschen, daß ihre Arbeit in Sibirien möglichst schnell beleuchtet wird und eine erschöpfende Darstellung findet.

1919. Juli — August.

Mit der Südfront, die auch in zwei Perioden zerfällt, die Denikinsche und die Wrangelsche, wurde ich nach meiner Ernennung zum Oberbefehlshaber bekannt.

Die ersten Eindrücke von der Südfront waren ungünstig. Sie zeigte sich viel weniger organisiert als die östliche. Die Truppen hatten noch keinen genügend regelmäßigen Aufbau erhalten, und die zwei Armeen an der rechten Flanke z. B. bestanden ausschließlich aus Freischärlern. Doch muß man berücksichtigen, daß diese Front damals gerade ihre kritische Periode hinter sich hatte, da sie ihren Rückzug nach dem schweren Schlage Denikins eingestellt und sich von einer langen Verfolgung durch dessen Kavalleriekräfte zu erholen hatte. Die schwierige Lage der Front wurde noch dadurch erschwert, daß der Gegner, trotzdem er seine Verfolgung eingestellt hatte, ganz deutlich Vorbereitungen für einen Vormarsch auf Kursk traf, was die Arbeiter jener Gegend beunruhigte und nervös machte. Die Unruhe griff natürlich auch auf das Zentrum über. Die unter solchen Verhältnissen geschaffene Atmosphäre machte es notwendig, dem vorauszusehenden Angriff des Gegners auf Kursk vorzubeugen, indem wir früher einen Gegenangriff machten.

Dies war der Anfang der äußerst langen Operationen an der Südfront, die mit der völligen Niederlage Denikins endeten.

Infolge des engen Rahmens dieser Skizze muß ich von der Beschreibung aller dieser langen Operationen absehen und werde nur kurz die wichtigsten Momente dieses glorreichen Kampfes der Roten Armee und diejenigen Maßnahmen erwähnen, die zum Siege führten oder ihn förderten.

Eine der ersten Maßnahmen war die Schaffung der Roten Kavallerie. Die Notwendigkeit dieser Maßnahme an der Südfront wurde an erster Stelle durch den Charakter der gegnerischen Truppen bestimmt. Denikins Freiwilligen-Armee war nur im Falle ihres Zusammengehens mit den Kräften des Kosakentums stark; an und für sich war die Freiwilligenarmee zahlenmäßig klein und hatte keine politische Grundlage. Die Kräfte der Kosaken waren aber zahlenmäßig groß und hatten

außerdem zweifellos eine politische und ökonomische Grundlage. Die Kosaken haben hauptsächlich Kavallerie, und deswegen war Denikin in erster Linie stark an Kavallerie. Schon diese Tatsache forderte von uns, daß die Südfront möglichst schnell durch Kavallerie verstärkt wurde. Zwar hatte man schon in dieser Periode einige Kavallerietruppen an der Front, doch waren sie zahlenmäßig ganz unzureichend. Die erste Sorge des Kommandos war die größtmögliche Verstärkung der Kavallerie; dazu wurden alle kleinen Kavallerieabteilungen, die an der Front waren, zu größeren Truppen zusammengefaßt. Außerdem wurde im Frontgebiet der Anfang mit der Aufstellung von neuen Kavallerieformationen gemacht.

In dieser Zeit gab Genosse Trotzki die neue mächtige Parole aus: „Aufs Pferd, Proletarier!" Der Ruf hallte in den entferntesten Ecken und Winkeln der Republik wider, und ein Strom von Freiwilligen ergoß sich an die Front — Soldaten mit Pferden, die von den Kreis-, und Bezirkskommissariaten angeworben waren, und auch Freiwillige, Arbeiter und Kommunisten, die sich aufs Pferd geschwungen hatten. Besonders energisch wurde während des Einfalls von Mamontow in unsere Etappe die Formation der Kavallerietruppen betrieben.

Ungefähr zur selben Zeit vollzog sich die Schaffung der Reservearmee der Republik; deswegen will ich einige Worte über die Motive ihrer Gründung sagen. Während des Bürgerkrieges hatten wir unter all den unvermeidlichen Zwischenfällen zu leiden, die überhaupt im Kampfe der Massenarmeen auftreten. Zu diesen Fällen gehörten die häufige Vernichtung von einzelnen Truppenteilen oder sogar von ganzen Frontstrecken. Das Tempo des Bürgerkrieges forderte eine schnelle Wiederherstellung dieser zertrümmerten Strecken. Man konnte sich nicht auf die gewöhnliche Maßnahme der Entsendung von Nachschub beschränken, schon wegen der zu langen Dauer einer großen Wiederauffüllung. Die geschlagenen Truppen durch frische Truppenteile mittels Umgruppierung an der Front zu ersetzen, dazu reichten unsere Kräfte nicht aus. Außerdem waren diese Umgruppierungen auch prinzipiell für die Rote Armee unanwendbar, denn sie mußte das System der Ausnutzung der Reserven zur Stopfung von Löchern vermeiden. Es blieb nur eines übrig, eine Art „Fabrik" zu schaffen, aus der man schon fertige Truppenteile zum Wiederaufbau zertrümmerter Truppen an der Front erhalten konnte. Zu diesem Zwecke

wurden die Reservearmeen gebildet, in denen in Form von ganzen Bataillonen, Batterien, Regimentern, Brigaden und Divisionen neue Kampfeinheiten geschaffen wurden. Diese neuen Formationsapparate gestatteten es, zertrümmerte Strecken in der kürzesten Zeit wieder herzustellen.

Auch andere Beweggründe brachten uns zur Schaffung von solchen Formationsapparaten; darunter waren die wichtigsten einerseits unsere materielle Armut, andererseits unser fester Wunsch, in der Formationsarbeit von „Kleinbetriebs"-Methoden zu besser organisierten und Massenmethoden überzugehen, die wir „Fabrik"-Methoden nennen können. In diesem Sinne wurde den Reservearmeen besondere Aufmerksamkeit geschenkt, was Bekleidungsstücke, Nahrung, Waffen, Ausbildung und Erziehung betrifft.

Daraus ist ersichtlich, daß mit der Schaffung der Reservearmeen das Hauptkommando die Möglichkeit erhielt, den Fronten bei ungünstigen Verhältnissen reale Unterstützung zu leisten sowohl durch fertige Truppenteile als auch durch auserwählten Ersatz.

Außer diesen zwei Hauptmaßnahmen wurde die Stärkung der Südfront durch Truppenteile auf Kosten anderer Fronten durchgeführt. Dann wurde sie als wichtigste Front durch eine Mobilisation von Kommunisten und Arbeitern gestärkt.

Auch der Ausbau der Etappe wurde durchgeführt, nur mit dem Unterschiede, daß man der rein militärischen Befestigung mehr Aufmerksamkeit schenkte. Die Säuberung der befestigten Rayons und ihre politische Stärkung wurde weniger stark betrieben. Außerdem waren die Rayons, was die Zahl des örtlichen Proletariats betrifft, uns wenig günstig. Jedenfalls haben sie die auf sie gesetzten Hoffnungen nicht erfüllt.

Der Mangel an Zeit gestattete nicht, alle vorgesehenen Maßnahmen durchzuführen. Um dem Schlag des Feindes zuvorzukommen, mußte man die Operation früher anfangen, als die Front dazu vorbereitet war. Das Schlimmste aber war, daß die Front nicht einmal den notwendigen Aufmarsch ihrer Kräfte hatte zustande bringen können.

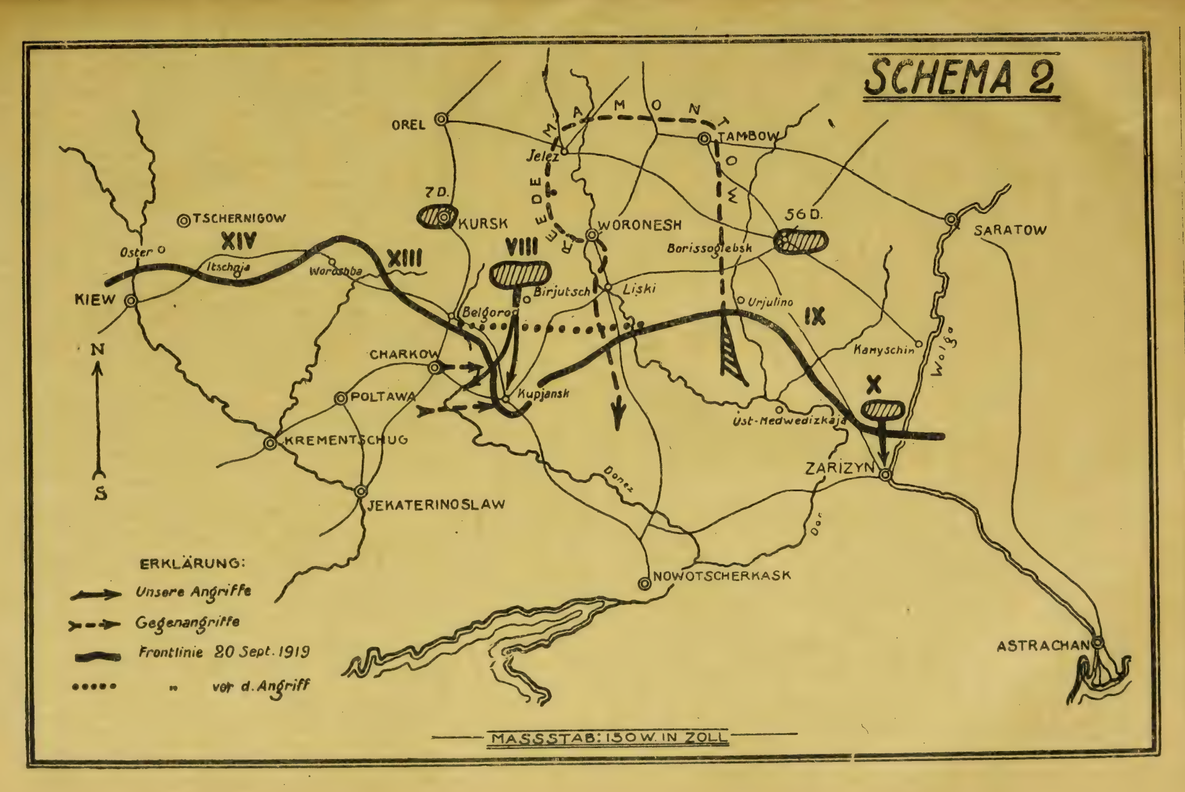
1919. September.

Der Schlag war folgendermaßen kombiniert: Die Gruppen der 8. Armee — als derjenigen, die sich am meisten kampffähig erhalten hatte, und die wenigstens einigermaßen ihre Gruppie-

rung hatte vornehmen können — sollten den Schlag in der Richtung von Kupjansk führen; gleichzeitig sollte die zunächst stehende 9. Armee einen Stoß gegen Bogutschar führen. Der eventuelle Erfolg der beiden Armeen erlaubte die Hoffnung, daß es weiter gelingen werde, diese Schläge zu verschmelzen und in scharfer Südwärtswendung einen Keil zwischen die Freiwilligen- und die Kosakenarmeen zu treiben.

Doch gelang es nicht mit einem Male, diesen Plan zu verwirklichen. Die Truppen der 9. Armee zeigten sich zu einem solchen Schlage unfähig. Die neben der 9. stehende 10. Armee stellte sich aber als die viel stärkere heraus. So mußte man die Aufgabe der Unterstützung der 8. Armee der 10. zuweisen. Doch war diese Unterstützung nur eine relative, denn sie konnte nichts weiter tun, als die Kräfte des Gegners, die der 10. Armee gegenüber standen, fesseln und dadurch den Feind seiner Reserven berauben. Es kam denn auch faktisch so, daß allein der 10. Armee die Aufgabe zufiel, den feindlichen Schlag zunichte zu machen. Dies war die erste für uns ungünstige Tatsache. Die zweite war der Zustand des Eisenbahntransportes, der sich in dieser Periode verschlechterte, und die dritte war schließlich der Einfall von Mamontow, der die Front der 9. Armee durch unsere Etappen durchbrochen hatte.

Diese Verhältnisse bestimmten im Voraus den Ausgang der begonnenen Aktion, und tatsächlich verlor die angefangene Operation, die anfangs einen wuchtigen Erfolg brachte, allmählich ihren ganzen Geist und endete damit, daß die Truppen in die Ausgangsstellungen zurückkehrten. Doch war das von uns gestellte Ziel erreicht worden: der Gegner mußte die Gruppierung, die er zu seinem Vorstoße getroffen hatte, auflösen und seine Kräfte benutzen, um unseren Schlag zu parieren. Doch erreichten wir dabei nicht die kleinste Besserung an unserer Front, und diesmal war die Hauptursache Mamontow, der in unserem Etappengebiet herumritt. Die ganze Front, sogar die Strecke der 9. Armee, durch die Mamontow durchgebrochen war, war unerschüttert. Alles blieb an seinen Stellen. Doch die Stimmung an den Fronten der Armee, hinter deren Rücken Mamontow herumspazierte, war eine sehr gespannte. Noch stärker war die Nervosität in den Stäben an der Front der Armeen, bei denen fortwährend die Verbindung unterbrochen wurde. Ein abscheuliches Gefühl herrschte auch deswegen,


SCHEMA 2
OREL
TAMBOW
Jelez
MAMONTOW
REMDE
7 D.
KURSK
TSCHERNIGOW
XIV
XIII
VIII
Oster
Itschaja
Woroshba
KIEW
WORONESH
Borissoglebsk
56 D.
SARATOW
Birjutsch
Liski
Urjulino
IX
Belgorod
CHARKOW
Kupjansk
Kamyschin
Wolga
X
POLTAWA
Ust-Medwedizkaja
KREMENTSCHUG
ZARIZYN
Donez
N
S
JEKATERINOSLAW
Don
ERKLÄRUNG:
Unsere Angriffe
Gegenangriffe
Frontlinie 20 Sept. 1919
" vor d. Angriff
NOWOTSCHERKASK
ASTRACHAN
MASSSTAB: 150 W. IN ZOLL



weil man keine wirklichen Informationen über Mamontow erhalten konnte, und da man öfters dem Geschwätz der erschrockenen Kleinbürger oder manchmal sogar den Gerüchten Glauben schenkte, die von den konterrevolutionären Elementen geschickt verbreitet wurden.

Der Kampf gegen Mamontow selbst war schwer genug. Wir hatten überhaupt wenig Kavallerie, und im Rayon, in den Mamontow eingedrungen war, war überhaupt keine. Die Infanterie konnte nie zurecht kommen. An technischen Kampfmitteln waren wir auch viel zu arm. Alles, was man Mamontow entgegenwarf, erwies sich als unzureichend.

Ich muß bemerken, daß wir an diesem Beispiel besonders gut erfuhren, wie stark die moderne Kriegstechnik in ihrer Anwendung mit ihrer Basis verbunden ist. Es scheint, daß nichts einfacher gewesen wäre, als ein Flugzeuggeschwader zu schicken. Man schickte sie — Mamontow wendete sich in eine ganz andere Richtung. Die Flieger folgten ihm nach und blieben ohne Basis. Man fing an, die Basis zu verlegen, Mamontow kehrte wieder nach einer neuen Richtung um. Es ist klar, daß das ständige Herumschleppen von allerlei technischen Basen die Verwendung der technischen Mittel schrecklich hemmt, und daß die Technik nur dann maximale Ergebnisse bringen kann, wenn das ganze Rayon mit den Basen reichlich ausgerüstet ist, die für sie notwendig sind.

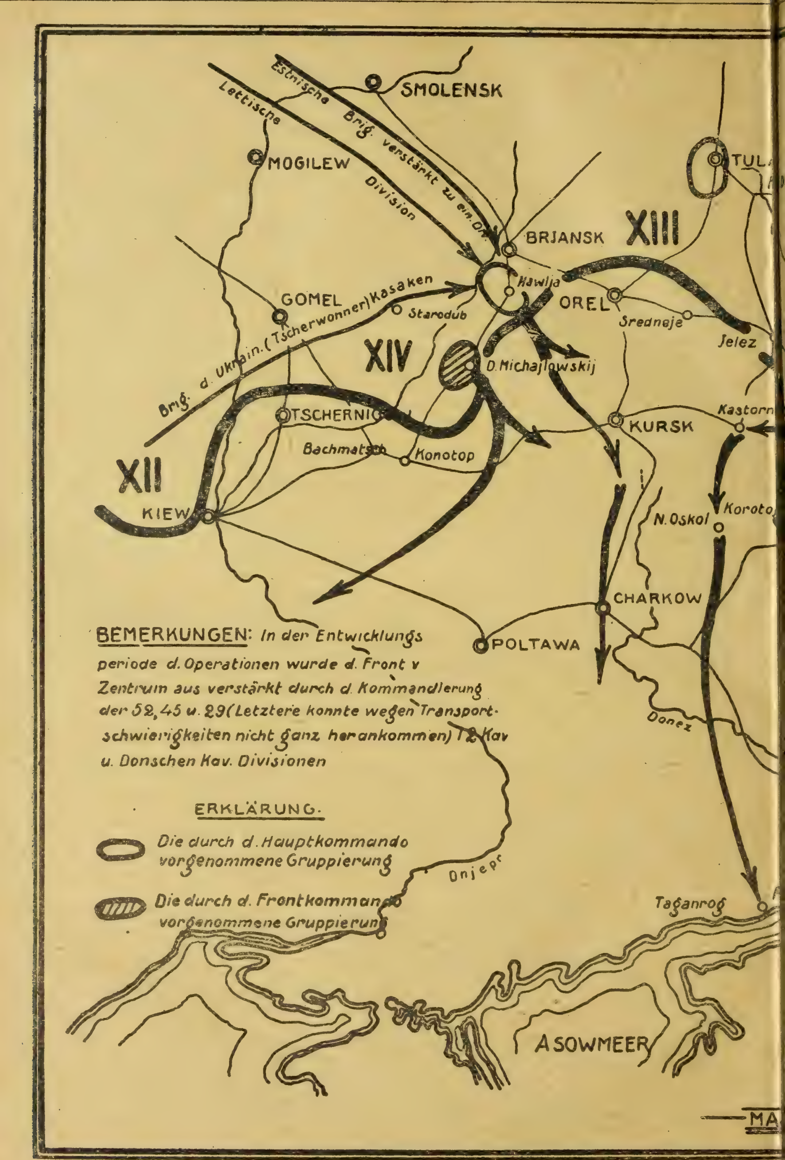
In solchen Fällen ist die Abwehr durch die Bevölkerung selber das einzig wirksame Mittel. Konnte man eine solche Abwehr organisieren? Die allgemeinen Verhältnisse ließen dies natürlich zu. Die Bevölkerung war nicht auf der Seite von Mamontow, was schon daraus hervorgeht, daß es ihm nirgends gelang, die Bevölkerung zum Aufstande zu bringen, und dies war ja sein Plan gewesen! Außerdem verwandelte sich der Feldzug Mamontows bald in einen Raubzug, was die Bevölkerung besonders zur Abwehr veranlaßte. Man mußte also an die Organisierung dieser Arbeit herantreten. Natürlich konnte man es nicht in dem Rayon durchführen, wo die Banden von Mamontow gerade waren, denn er war zu beweglich. Doch wurde in den Gebieten, die dem Rayon am nächsten lagen, eine großzügige Vorbereitung der Bevölkerung durchgeführt, und es ist wahrscheinlich, daß, wenn Mamontow weiter nach Norden gestiegen wäre, wie es Denikin hoffte, die Banditen ganz anders getroffen worden wären und damit auch das Ende dieses

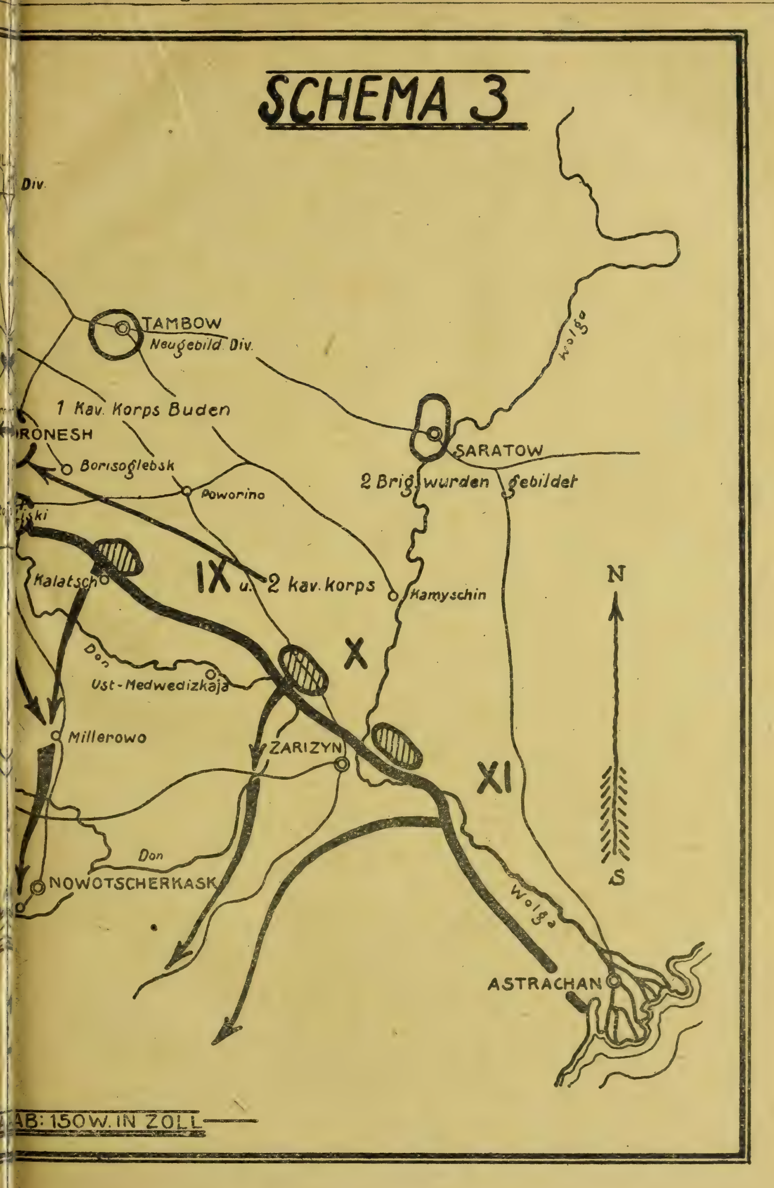
Zuges sich anders gestaltet hätte. Wie dem auch sei, es gelang uns im Kampfe gegen Mamontow nur eins: wir ließen Mamontow an keinem Platze lange sitzen, und so war seine ganze Bande schließlich bald abgemattet und demoralisiert.

Ungefähr Ende September näherte sich der Feldzug Mamontows seinem Ende, und er suchte nach einer Stelle, wo er durch die Linie unserer Front zurückkommen könnte. Es ist kein Zufall, daß gerade damals Denikin seine neue Offensive anfing, die mit dem Stoße im Gebiet der Stadt Belgorod eingeleitet wurde. Die Truppen der 13. Armee, die diesen Schlag aufzufangen hatten, hielten ihn nicht aus. Die nervöse Stimmung der 8. Armee, die neben der 13. stand und auf deren Linie Mamontow offenbar seinen Ausweg suchte, steigerte sich bis zu hoher Spannung, besonders infolge der Mißerfolge der 13. Armee, die damals schon sehr deutlich waren. Es ist natürlich, daß unter solchen Verhältnissen Mamontow ohne große Mühe zu Denikin zurückkehren konnte; an unserer Front aber folgte Mißerfolg auf Mißerfolg, und dies gab dem Gegner die Möglichkeit, seine ersten Erfolge weiter auszubauen, bis zur Eroberung der Stadt Orel.

Diese neue und schwierige Lage zwang das Kommando, eine neue Verstärkung der Front vorzunehmen, die auf die Zusammenziehung von Stoßkräften in zwei Rayons hinauslief: eine Kraft wurde westlich von Orel gesammelt, die andere im Rayon von Woronesh. Außerdem wurde der ganze linke Flügel der Front ausgebaut und ein Stoß im Rayon von Zaryzin organisiert. Anfang Oktober begann unser Gegenstoß. Ihm folgte seine ununterbrochene Auswertung. Der folgende Gedanke wurde diesem Plan zugrunde gelegt: die zu weit vorgedrungenen Freiwilligentrupps Denikins aufzureiben und dann bei der weiteren Entwicklung der Operation diese Kräfte von den Kräften der Kosaken zu trennen, d. h. der erste Gedanke der Operation wurde wieder aufgenommen. Der weitere Verlauf der Ereignisse zeigte, daß es uns nicht gelang, die Freiwilligen völlig von den Kosaken zu trennen; der beste Teil der freiwilligen Kräfte, die Kornilowsche Division, fand Zeit genug, auf den Kaukasus zurückzutreten und sich mit den Kosaken zu vereinigen. Was die Kosaken betrifft, so hatten die Truppen der Don-Kosaken ihre Kampffähigkeit und ihre Hauptkräfte erhalten. Die Kuban-Kosaken waren geschlagen und demoralisiert und stellten keine reale Kraft mehr dar.




SMOLENSK
Estnische Brig. verstärkt zu ein. Div.
Lettische Division
MOGILEW
BRJANSK
XIII
TULA
Nawlja
OREL
GOMEL
Brig. d. Ukrain. (Tscherwonner) Kasaken
Starodub
Sredneje
Jelez
XIV
D. Michajlowskij
TSCHERNIGOW
KURSK
Kastorn
Bachmatsch
Konotop
XII
KIEW
N. Oskol
Koroto
CHARKOW
POLTAWA
BEMERKUNGEN: In der Entwicklungsperiode d. Operationen wurde d. Front v Zentrum aus verstärkt durch d. Kommandierung der 52, 45 u. 29 (Letztere konnte wegen Transportschwierigkeiten nicht ganz herankommen) 12 Kav u. Donschen Kav. Divisionen
Donez
ERKLÄRUNG.
Die durch d. Hauptkommando vorgenommene Gruppierung
Die durch d. Frontkommando vorgenommene Gruppierung
Dnjepr
Taganrog
ASOWMEER


SCHEMA 3
Div.
TAMBOW
Neugebild. Div.
1 Kav. Korps Buden
RONESH
Borisoglebsk
Poworino
SARATOW
2 Brig. wurden gebildet
Wolga
IX u. 2 kav. korps
Kalatsch
Kamyschin
X
N
Don
Ust-Medwedizkaja
Millerowo
ZARIZYN
XI
Don
NOWOTSCHERKASK
Wolga
S
ASTRACHAN
AB: 150 W. IN ZOLL



Diese siegreiche Kampfperiode hatte die Rote Armee jedoch sehr geschwächt, ermüdet und abgemattet. Dazu trugen noch die schrecklichen Gesundheitsverhältnisse bei, die uns Denikin gelassen hatte. Unsere Truppen gelangten in ein völlig von Typhus durchseuchtes Gebiet und konnten sich nicht vor Massenerkrankungen retten. Die vom Feinde gänzlich zerstörten Eisenbahnen kamen zum Stillstand. Zwischen der Front der Roten Armee und dem Zentrum blieb ein Gebiet von 400 km Tiefe, durch das man weder Ersatz nachführen, noch Abtransporte durchführen oder sanitäre Hilfe leisten konnte.

Unter diesen Verhältnissen gelangten die Sieger und Besiegten in eine gleich schwierige Lage.

Bei der geringsten Erholung konnte der Besiegte, der die nahe Etappe zu seiner Verfügung hatte, wo die Eisenbahnen arbeiteten, die Möglichkeit gewinnen, seine Kräfte in Ordnung zu bringen, sie zu stärken und stärker als der Sieger werden.

Diese Atempause, die dem Gegner Vorteile in die Hand gab und für uns tödliche Gefahren barg, erhielt Denikin. Die Truppen der Roten Armee, die den Don erreicht hatten, hatten infolge ihrer zu großen Ermattung nicht einmal die Ueberfahrten sichergestellt. Dieser Fehler wurde vom Feinde schnell ausgenutzt. Er brachte seine Truppen in Ordnung, setzte sich am anderen Ufer des Don fest und wies unsere Versuche, auf das andere Ufer zu gelangen, zurück. Das eingetretene Tauwetter und die nahe Möglichkeit des Beginns des Eisganges auf dem Don machten die Lage noch komplizierter. Der Gegner zog die geschaffene Lage in Rechnung, die Erfolge seiner Abwehr ermunterten ihn, und er ging allmählich von der passiven Abwehr zur aktiven Aktion über, wobei es ihm am 21. Februar sogar gelang, Rostow zu erobern, das er jedoch nicht lange behalten konnte. Weiter stellten sich die Kosaken die Aufgabe, Nowo-Tscherkask zu erobern, und hatten in dieser Richtung auch einigen Erfolg.

So stand vor der Roten Armee eine Reihe von Tatsachen, die für sie ungünstig waren und die alle ihre glänzenden Erfolge zunichte machen konnten. Das Armeekommando im Rostow-Gebiet machte jene nervöse Stimmung durch, in der schon die nächste Zukunft unter Fragezeichen gestellt wird.

Die von Kommandeuren der 8. Armee erforderte neue Einschätzung der Verhältnisse ließ sich nicht erreichen. Diese Neueinschätzung hätte die Einstellung aller weiteren entschei-

denden Aktionen bedeutet. Dies wäre für uns dem Verluste des Feldzuges gleich gekommen. Es blieb nur eins: man mußte sich entscheiden. Nur dann war der Sieg sicher. Das Generalkommando, das die Krise klar übersah, aber das nicht imstande war, der Front sofort zu helfen, traf Maßnahmen für den Fall von ungünstigen weiteren Ereignissen. Diese Maßnahmen bestanden in der Zusammenziehung von Truppenteilen, die im Falle einer Katastrophe eine neue Front hätten bilden können. Diese Truppenteile waren die 4., 2. lettische, die 3., 52., 29. und 56. Division. Außerdem wurden 20 000 ausgebildete Ersatzmänner bereitgestellt.

Unter diesen Verhältnissen sollte die Kaukasusfront in den entscheidenden Kampf treten. Das Kommando der Kaukasusfront, mehrmals in schwierigen Situationen geprüft, ohne die Geistesgegenwart zu verlieren, versuchte örtlich alle Mittel zur Stärkung der Front.

Die in dieser Periode durch die Front durchgeführte Arbeit ist äußerst lehrreich. An erster Stelle wurden Maßnahmen getroffen, um die Zahl der Kämpfer in den Divisionen zu steigern und die Qualität der Truppenteile zu erhöhen mittels Auflösung der Truppen, die ihre Kampffähigkeit verloren hatten, und Verschmelzung der Kämpfer dieser Divisionen mit denen aus festeren Truppenteilen. Dann wurden alle zum Kampf fähigen Kräfte aus der Etappe an die Front versetzt. In dieser Arbeit hat die Rote Armee die Lehre des großen Meisters des Kriegshandwerks wieder ins Leben gerufen, der in schwierigen Momenten alle Kräfte von den Kommunikationslinien zur Stärkung der Kampftruppen nahm. Gleichzeitig mit dieser Neuorganisierung wurde ein Aktionsplan ausgearbeitet, der den Hauptstoß von Welikoknjascheskaja nach Tichorezkaja verlegte.

Die für den Schlag gewählte Richtung war zweifellos das Entscheidende. Doch bestand auch ein gewisses Risiko, und dieses Risiko war kein verhältnismäßiges, sondern ein absolutes. Zwar konnte bei der geschaffenen Lage nur bei diesem Risiko ein Sieg erreicht werden, doch mußte im Falle eines Mißerfolges die völlige Niederlage kommen. Die Sache war die, daß die besten und am besten erhaltenen Truppen des Gegners im Südosten von Rostow konzentriert waren; dabei zeigte der Gegner genügend klar seine Absicht, unsere Front im Rayon von Nowo-Tscherkask zu durchbrechen. Ein eventueller Erfolg


SCHEMA 4
Donez
Kamenskaja
Swerewo
?
Don
8 Ar.
NOWOTSCHERKASK
Rostow
Taganrog
9 Ar.
Bataisk
1 K. Ar.
Welikoknjashezkaja
Tl. 11 Ar.
Kuschtschewka
Hauptangriff Denikin
Torgowaja
10 Ar.
Manytsch
Diwnoje
Sosyka
Timoschewskaja
JEKATERINODAR
ERKLÄRUNG:
Stellung u. Bewegung d. Rot. Armee
" " d. Denikinarmee



in dieser Richtung brachte den Gegner in den Rücken unserer Hauptkräfte, die dazu noch sehr schwach waren (nicht über 40 000 Kämpfer).

Trotzdem schwächte das Kommando der Kaukasusfront diese Stelle noch mehr, wenn es von dort die Kavallerie nach Budjony fortnahm, die in die Hauptrichtung geschickt wurden. Unsere Neugruppierung blieb dem Gegner nicht verborgen.

So hatten beide Seiten den Ernst der Lage gleich durchschaut; die Aussichten auf den Sieg waren auf den beiden Seiten ziemlich gleich. Ein bedeutender Unterschied lag aber im Willen des Kommandos. Und das, wozu Denikin sich nicht entscheiden konnte, wurde vom Roten Kaukasuskommando ohne Schwankungen vollzogen. Am 14. Februar begann die Rote Armee den entscheidenden Kampf dieser Periode und beendete ihn am 27. März mit der Eroberung von Nowo-Tscherkask und der völligen Aufreibung der Armee Denikins.

Daraus kann man ersehen, wie schwer die Verhältnisse waren, unter denen die Rote Armee im Süden zu leiden hatte. Diese Verhältnisse erklären sich hauptsächlich dadurch, daß die ganze Südkampagne eigentlich keine Vorbereitungsperiode hatte und daß man ohne Pause zum Entscheidungskampf übergehen mußte, ohne durchgearbeiteten Plan, mit einer flüchtigen Gruppierung der Truppenteile und mit ungenügend vorbereiteten Truppen.

Mit der Liquidierung der Ost- und Südfront befreite die Rote Armee die Republik vom Ring der englischen Blockade. Ich werde mich nicht bei der Liquidierung der Nordfront aufhalten, die ganz vorübergehend geschah, auch nicht bei der Liquidierung des Abenteuers von Judenitsch bei Petersburg, denn dies würde die schon sowieso lang gewordene Skizze noch mehr verlängern. Ebenso berührte ich auch nicht den Kampf mit der in der Krim wiedererstandenen Armee Wrangels, denn die Liquidierung dieser Front ist vielmehr mit der Periode unseres Kampfes gegen das weiße Polen verbunden.

S. Kamenew.
Oberbefehlshaber der bewaffneten Macht.

Der Krieg mit Polen.

Die ersten Zusammenstöße mit den polnischen Legionären begannen Ende Januar 1919. Im April besetzten die Polen Baranowitschi, Lida und Wilna. Nach dreimonatlicher Unterbrechung nahmen die Polen den Angriff wieder auf und besetzten am 9. August Minsk, am 10. Sluzk und am 28. Bobruisk. Größere Kriegsoperationen unternahm weder Rußland noch Polen. Polen mußte das Hauptaugenmerk auf seine Westgrenze richten, und Rußlands Kräfte waren durch den Krieg mit Koltschak und Denikin in Anspruch genommen.

Die Sowjetregierung richtete zweimal an das polnische Volk ein Friedensangebot (am 22. Dezember 1919 und am 28. Januar 1920). Aber die polnische Regierung, die inzwischen ihre Lage im Westen befestigt hatte, begann unter dem Einfluß der Kriegspartei und der Entente die Kriegsoperationen zu verstärken. Am 25. April 1920 begann dann auch die polnische Armee den Vormarsch auf die Ukraine. Die Rote Armee zieht sich nach hartnäckigen Kämpfen vor dem numerisch stärkeren Feinde zurück. Im Mai besetzen die Polen Kiew, die Front verläuft am Dnjepr entlang. Die Folge der darauf stattfindenden Kämpfe ist, daß die Polen geschlagen werden und den Rückzug antreten, von den Roten Truppen verfolgt. Am 25. Mai besetzt die Rote Armee die Stadt Borissow und weiter im Norden die befestigten Positionen, die vom Weltkriege zurückgeblieben waren. Dieser gegen Wilna gerichtete Schlag trifft Polen aufs empfindlichste dadurch, daß er die Beziehungen zwischen Polen, Lettland und Litauen tangiert. Das polnische Kommando geht zum Gegenangriff über.

Es beginnen erbitterte Kämpfe im Gebiet der Eisenbahnlinie Polotzk—Molodeschno und nördlich vom Städtchen Sembin. Das Resultat dieser Operationen ist das Ablenken bedeutender Streitkräfte der polnischen Armee von der Ukraine, wodurch die Roten Truppen die Möglichkeit bekommen, die Offensive vorzubereiten.

Die Offensive beginnt Anfang Juni mit dem Eintreffen der Reiterei Budjennys, der am 8. Juni, nachdem er die Polen zurückgeschlagen hat, Berditschew und Schitomir erreicht. Die Polen räumen Kiew.

Ende Juni sind die Polen an der ganzen Front vom Pripet-Fluß bis zum Dnjepr zurückgeworfen. Die Polen beginnen infolge ihrer Mißerfolge in der Ukraine, ihre Truppen zurückzuziehen und erleichtern dadurch der Roten Armee die Vorbereitung zum neuen Angriff. Am 4. Juli beginnt dieser Angriff auf einer Frontlänge von 110 Werst. Die polnischen Positionen werden an mehreren Stellen durchbrochen.

Nach den Kämpfen am 5. und 6. Juli ziehen sich die Polen nach beträchtlichen Verlusten eilig zurück. Am 14. Juli wird Wilna besetzt, und die Polen ziehen sich gegen Grodno zurück. Die Division der Litauischen Republik, die am 15. Juli in Wilna einzieht, beteiligt sich an den Kämpfen gegen die Polen. Zwischen den litauischen Truppen und der Roten Armee findet Verbrüderung statt.

Am 19. Juli besetzt die Rote Reiterei nach einem Kampfe Grodno. Die Polen gehen zum Gegenangriff gegen die Grodnoer Gruppe der Roten Armee über und führen gleichzeitig die Defensive an den Flüssen Njemen und südlich Schara. Die Rote Armee drängt nach und besetzt am 24. die Stadt Wolkowysk. Am 28. Juli wird von der Roten Armee Bialystok besetzt, und am 29. erreicht die Rote Kavallerie Lomscha und setzt über den Narew.

Am 24. Juli gibt die Sowjetregierung die Einwilligung zu Verhandlungen über den von den Polen vorgeschlagenen Waffenstillstand.

Der Vormarsch der Roten Armee geht unterdessen weiter. Nach viertägigen erbitterten Kämpfen besetzen die Truppen am 1. August Brest-Litowsk und am 4. August Lomscha. Weiter wird der Vormarsch gegen Warschau, zu dessen Schutz die Kräfte der polnischen Armee konzentriert werden, fortgesetzt. In der Richtung auf Warschau wird Radimin besetzt; es finden Kämpfe 15 Werst östlich von Warschau statt.

Die Polen hatten sich Ende Juli südlich des Flusses Pripet in der Linie Olewsk—Mogilew-Podolsk zurückgezogen, wo sie sich zu halten hofften.

Ungeachtet der ungünstigen Verhältnisse hatte Budjenny die Front durchbrochen und am 4. Juli Rowno besetzt. In der Linie Proskurow—Kamenetz-Podolsk hatten die Polen ebenfalls dem Vordrängen der Roten Armee nicht standhalten können. Die Folge der Militäroperationen war, daß sich die Polen an der ganzen Frontlänge zurückzogen, bis zu den Flüssen Ikwa, Styr und Sbrutsch, wo sie neue Stellungen einnahmen. Während die Rote Armee sich der Weichsel näherte, nahm das polnische Kommando eine Reorganisation und Umgruppierung seiner Kräfte in Angriff und begann nach Auffüllung der Formationen die Offensive vorzubereiten.

Die polnische Offensive beginnt am 14. August im Gebiet von Nowo-Georgiewsk. Am 17. schlagen die Polen die Roten Truppen, die sich nach dem Flusse Bug zurückziehen. Am 22. besetzen sie Lomscha. Die Roten Truppen, die gezwungen sind, unter der Uebermacht des Gegners sich zur Grenze von Ostpreußen zurückzuziehen, schlagen sich durch die Stellungen des Gegners durch und versperren den Weg

an der deutschen Grenze entlang. Ein Teil der Truppen überschreitet die Grenze Ostpreußens und wird interniert.

Am 25. August ist der Rückzug der Roten Armee zu Ende; es tritt ein Stillstand ein. Weiter südlich besetzen die polnischen Truppen am 12. September Kowel und drängen die Rote Armee weiter östlich zurück. Am 16. besetzen die Polen Lutzk und am 18. Rowno.

Am 20. September gehen die Polen wieder zum Vormarsch gegen Grodno über; die Roten Truppen ziehen sich weiter zurück. Nach dem Durchbruch der Front durch die Polen bei Kowel beginnt am 16. September der Rückzug der Roten Armee in der Richtung auf Brody und Slotschew.

Am 12. Oktober wurde der Waffenstillstand mit Polen abgeschlossen. Am 17. November begannen in Riga die Friedensverhandlungen und am 18. März 1921 wurde der Friede mit Polen geschlossen.

Kräfteverhältnis an der russisch-polnischen Front 1920.

Perioden			Vor dem poln. Vormarsch auf Kiew, 24. April	Vor d. Offensive d. Roten Armee, 14. April	Vor d. Offensive d. Roten Armee, 4. Juli
Zahl der Kämpfer an der ganzen Front		Rote Armee	90 000	109 000	157 000
		Polen	103 000	142 000	101 000
Zahl der Kämpfer an der Westfront		Rote Armee	74 000	82 000	114 000
		Polen	72 000	75 000	58 000
Zahl der Kämpfer an der Südwestfront		Rote Armee	16 000	27 000	43 000
		Polen	30 500	66 500	43 000
Front-Dichte (Zahl d. Kämpfer pro Werst)	An der ganzen Front	Rote Armee	95	90	260
		Polen	108	120	168
	An der Westfront	Rote Armee	114	136	455
		Polen	112	126	232
	An der Südwestfront	Rote Armee	53	45	123
		Polen	101	110	123

(Diese Tabelle ist einem Aufsatz S. Kamenews entnommen.)

Der Bandenkrieg.

Nachdem der Kampf an den Außenfronten der R. S. F. S. R. zu Ende war, suchte die Gegenrevolution ihr Ziel mit Hilfe von Aufständen und Banden innerhalb des Landes zu erreichen.

Der Hauptanführer der Banden an der Westgrenze war Sawinkow, der an der Spitze der weitverbreiteten Organisationen des „Bundes zur Rettung der Heimat und der Freiheit" und des Russischen Politischen Komitees in Polen stand. Im Vorfrühling 1921 tauchten die Banden in Gestalt von Holzarbeitern an der Grenze auf, von wo aus sie über die Grenze kamen. Ihre Arbeit ging dahin, sowjetfeindliche

Literatur zu verbreiten, die Exekutivkomitees und andere Sowjetämter zu zerstören und die Eisenbahnstationen, Züge und Magazine zu überfallen, um auf diese Weise Aufstände herbeizuführen. Die Banden wurden jedoch aufgerieben und zum Teil wieder über die Grenze geworfen.

Im Herbst 1921 wurde ein neuer Versuch unternommen, Banden über die russische Grenze zu bringen, um einen Aufstand anzuzetteln. Auch diesmal ohne Erfolg: die Banden wurden liquidiert und zum Teil über die Grenze zurückgeworfen. Sawinkows Abenteuer erlitt vollkommen Schiffbruch. Im Oktober mußte Polen unter dem Druck der Sowjetregierung die Sawinkowsche Organisation liquidieren. Am 28. Oktober verließen Sawinkow und seine Freunde Polen.

Ein anderer Organisator des Banditentums, Petljura, der Ende 1920 mit den Resten seiner Armee sich nach Polen zurückgezogen hatte, bereitete einen Aufstand in der Ukraine vor. Petljuras Banden (Tjutjunik und Palij) überschritten Ende Oktober und Anfang November 1921 die Grenze der Ukraine und marschierten auf Kiew. Die Banden, die jedoch keine Sympathien unter der Bevölkerung genossen, wurden von den Roten Truppen aufs Haupt geschlagen. Nur ein Teil konnte ins Ausland flüchten.

Der seit 1918 in der Ukraine tätige Anarchist Machno mußte, da er auf die Sympathie der Bevölkerung nicht rechnen konnte und unaufhörlich von den Roten Truppen verfolgt wurde, Ende August 1921 sich mit dem Rest seiner Banden nach Rumänien zurückziehen.

Das erste Halbjahr 1921 wurde überhaupt durch den Bandenkrieg gekennzeichnet. Er flackerte bald in Kronstadt, bald im Gouvernement Tambow, in Sibirien, im Kaukasus und in der Ukraine auf. Im zweiten Halbjahr wurde das Bandenwesen liquidiert.

Im Oktober organisierten die finnischen Weißgardisten den Aufstand in Karelien. Indem sie sich den Umstand zunutze machten, daß in Karelien keine Roten Truppen standen, überschritten die weißgardistischen Banden die Grenzen, drangen ins Innere des Landes und bedrohten die Murmansk-Eisenbahn. Dann aber traf die Rote Armee ein und begann am 28. Dezember mit der Aufräumung, wenn auch unter den denkbar schwersten Bedingungen: die Soldaten rückten in kniehohem Schnee, bei 30 bis 40 Grad Frost vor. Die Banden wurden geschlagen und zogen sich wieder hinter die Grenze zurück. Nachdem am 7. Februar 1922 Uchtinskaja besetzt wurde, war das weißfinnische Abenteuer liquidiert, und die Bevölkerung der Arbeitskommune Karelien konnte wieder zu friedlicher Arbeit zurückkehren.

Die auswärtige Politik Sowjetrußlands.

Sowjetrußland ist einstweilen das einzige Land, in dem eine proletarische Partei die Regierungsgewalt innehat, die sich die Einführung der sozialistischen Gesellschaftsordnung zum Ziele gesetzt hat. Diese Tatsache der Isoliertheit Sowjetrußlands, ferner die Tatsache der sozialistischen Ziele, die die Sowjetregierung verfolgt, bestimmten die gesamte Außenpolitik der russischen Sowjetregierung. Auch Schweden hat jetzt eine Regierung, die sich nicht nur eine Arbeiterregierung, sondern sogar eine sozialdemokratische Regierung nennt. Da aber diese Regierung nur in Worten den Sozialismus anstrebt und niemals durch irgendwelche Taten versucht hat, die Interessen der Bourgeoisie denen des Proletariats unterzuordnen, geschweige denn zu opfern, so bestehen für die schwedische sozialdemokratische Regierung keine Fragen, die für Sowjetrußland Fragen von Leben und Tod sind.

Ein paar Wochen nach der Machtergreifung hatte die Sowjetregierung eine Aufgabe zu lösen, die jeder Regierung die größten Schwierigkeiten bereitet. Sie hatte die Frage zu beantworten: Wie beende ich den imperialistischen Krieg, in dem Rußland drei Jahre lang weißblutete? Sowjetrußland gegenüber stand der bis auf die Zähne bewaffnete deutsche Imperialismus. Die junge russische proletarische Revolution hatte aber noch keine Waffen. Die alten Waffen, die der Zarismus dem russischen Bauern und Arbeiter in die Hand gedrückt hatte, hatten die Volksmassen von sich geworfen. Denn diese Waffen waren die Waffen der alten Tyrannei. Und das müde Volk wollte nicht weiter kämpfen. Die Rote Armee existierte noch nicht. In dieser Situation war an einen Krieg nicht zu denken. Sowjetrußland war genötigt, den Frieden zu schließen, mochte er auch noch so hart sein, oder es mußte sich für den Untergang entscheiden. Die Sowjetrepublik entschied sich für den Frieden, aber nicht, um das Leben als Geisel der deutschen imperialistischen Regierung zu fristen. Sowjetrußland entschied sich für den Frieden in der festen Ueberzeugung, daß jeder Monat seines Bestehens die Sache der proletarischen Revolution stärken, die Sache des Kapitalismus schwächen werde.

Die russische proletarische Revolution war einstweilen nur ein Schemen. Sie lebte nur auf dem Papier der Proklamationen.

Jeder Monat ihrer Weiterexistenz trieb ihre Wurzeln tiefer in die Arbeitermassen, erlaubte ihr, immer tiefer den bürgerlichen Staatsorganismus zu zerrütten. Und jeder Monat des weiteren Krieges mußte die Bourgeoisie schwächen und erschöpfen. Indem die Sowjetregierung sich entschloß, den Frieden mit den imperialistischen Deutschen zu unterzeichnen, mußte sie gleichzeitig dafür sorgen, daß dies in einer Weise geschah, die jedem Proletarier in der Welt klar machte, daß Sowjetrußland diesen Frieden nicht als Verbündeter einer der imperialistischen Kliquen schloß, sondern als geschworener Feind des Imperialismus. Erst nachdem die deutsche Regierung sich entschieden hatte, gegen das wehrlose revolutionäre Rußland eine neue Offensive zu beginnen, unterzeichneten die Vertreter der Sowjetregierung das Brester Raubdokument.

Der Brester Frieden ist neben besonderen Momenten, die durch die absolute Wehrlosigkeit Sowjetrußlands bestimmt waren, durch eine ganze Reihe von Momenten gekennzeichnet, die charakteristisch sind für die späteren Friedensverträge Sowjetrußlands. L e n i n nannte den Frieden von Brest eine „Atempause der Revolution". Er glaubte dabei, daß die Atempause sehr kurz dauern würde. Acht Monate später aber war der Brester Friede tot. Die mächtige deutsche Monarchie lag in Schutt und Asche, besiegt durch den amerikanischen, englischen und französischen Imperialismus. Sowjetrußland mußte zwei Jahre lang kämpfen, bevor es einen neuen Friedensvertrag, den Handelsvertrag mit England, schloß. Dieser und die auf ihn folgenden Handelsverträge und alle die Probleme, die diplomatisch in absehbarer Zeit von Sowjetrußland gelöst werden sollen, — sie sind alle Fragen der Atempause. Sie bezwecken, der russischen Revolution die Möglichkeit zu geben, durchzuhalten, bis die Proletarier der industriellen Staaten sich erheben werden, um ihre Bemühungen mit denen des russischen Proletariats zu vereinigen.

Diese Atempause kann nur dadurch erkauft werden, daß Sowjetrußland eine Reihe von Zugeständnissen an das Kapital macht. Es muß darauf verzichten, sich in die Angelegenheiten der kapitalistischen Staaten einzumischen. Die kapitalistischen Staaten verzichten ihrerseits in Wirklichkeit niemals auf die Einmischung in das innere Leben der Sowjetrepublik. Sie suchen sie finanziell auszuhungern, um sie zu zwingen, auf den Sozialismus zu verzichten. Sie umgeben sie

mit einem Dunstkreis von Lügen, um die proletarischen Massen des Westens abzuhalten, dem Beispiele ihrer russischen Brüder zu folgen. Sie organisieren Komplotte gegen sie. Kurz und gut: sie beweisen, was ein leitender Diplomat vor einem Jahrhundert einer Dame geantwortet hat auf die Frage, was eigentlich das Prinzip der Nichteinmischung bedeute. „Dies ist ein anderes Wort für die Einmischung, Madame", lautete die Antwort. Aber von der Sowjetregierung fordern die kapitalistischen Regierungen — und sie werden dabei treuherzig von den Sozialdemokraten unterstützt —, sie solle sich taub und stumm stellen gegenüber dem Leiden der proletarischen Massen in den anderen Ländern, wie schwer ihr das auch werden möge. Die Sowjetregierung muß dieses Opfer bringen. Und sie tut es in der festen Ueberzeugung, daß auch ohne Propaganda der Sowjetregierung ihre Taten, der Kampf des russischen Proletariats für die russische Revolution, Zeugnis für ihren revolutionären Willen ablegen werden.

Der Verzicht der Sowjetregierung auf Propaganda, der ihr von der kaiserlich-deutschen Regierung in Brest-Litowsk aufgedrängt wurde, hat das imperialistische Deutschland nicht gerettet. Und als die deutschen Arbeitermassen, durch das Zusammenkrachen des deutschen Imperialismus aus ihrem Schlafe aufgescheucht, aufstanden, da haben sie instinktiv die Losungen der russischen Revolution, die Losungen der Räteregierung, die Losungen der proletarischen Diktatur aufgenommen. Seitdem unterzeichnet die Sowjetregierung in weiteren Friedens- und Handelsverträgen immer von neuem die Verpflichtung, auf jede Agitation zu verzichten, und sie hält zweifellos die übernommenen Verpflichtungen viel ehrlicher als ihre Gegner. Und trotzdem wächst die kommunistische Bewegung im Westen, und eine ihrer stärksten Triebkräfte ist das Vorbild der russischen Revolution, die unter unsäglich schweren Bedingungen um ihr Dasein ringt.

Aber die kapitalistischen Staaten begnügen sich natürlich nicht mit den moralischen Zugeständnissen seitens der Sowjetregierung. Sie fordern von ihr ö k o n o m i s c h e Zugeständnisse. Sie fordern von ihr Entschädigung für die Schäden, die die russische Revolution dem europäischen Kapital zugefügt hat; sie fordern von ihr Rückgabe des konfiszierten kapitalistischen Eigentums; sie fordern von ihr günstige Bedingungen für die Anlage des fremden Kapitals in Rußland. Ihre Forderungen

sind verschieden, je nach der Stärke des kapitalistischen Landes, je nach der Lage in Sowjetrußland. Sowjetrußland hat diese Forderungen verschieden beantwortet, entsprechend den Zeitumständen und der Kraft des Gegners. Wir können in dieser kurzen Uebersicht keinen Vergleich anstellen zwischen den verschiedenen Antworten, die die Sowjetregierung den verschiedenen kapitalistischen Staaten zu verschiedenen Zeiten gegeben hat. Wir wollen die Fragen hier so behandeln, wie sie jetzt stehen, nach vier Jahren der Existenz der Sowjetrepublik, nachdem es den kapitalistischen Staaten nicht gelungen ist, Sowjetrußland mit den Waffen niederzuwerfen.

Die Ursache, warum Sowjetrußland überhaupt auf die Forderungen der kapitalistischen Staaten eingeht, ergibt sich klar aus der Tatsache, daß es zwar diesen Staaten nicht gelungen ist, Sowjetrußland militärisch niederzuringen, aber daß gleichzeitig Sowjetrußland außerstande ist, nur auf die eigenen Kräfte gestützt, die kapitalistischen Staaten niederzuwerfen. Es ist klar, daß die Behauptung der Sozialdemokraten, ein Sieg über die kapitalistischen Länder, ein Versuch, die Herrschaft der Bourgeoisie mit Waffen in der Hand auch in Europa zu brechen, sei verwerflicher Imperialismus, glatter Unsinn ist. Der Imperialismus ist nichts anderes als der Versuch kapitalistischer Staaten, schwachen, rückständigen Völkern die Herrschaft des Finanzkapitals mit Waffen in der Hand aufzudrängen. Da die Russische Sowjetrepublik als ihr Ziel die Befreiung der Arbeiterklasse vom kapitalistischen Joch verfolgt, so ist es klar, daß — wenn sie auch militärisch angreifend vorgehen würde — die Hilfe, die sie dem Proletariat anderer Länder zu seiner Befreiung leisten würde, nichts mit dem Imperialismus gemeinsam hätte. Aber es genügt nicht, daß ein Sieg über das Weltkapital auch mit den Waffen in der Hand prinzipiell vom Standpunkt der Interessen des internationalen Proletariats zulässig ist. Entscheidend ist, ob dieser Sieg m ö g l i c h ist. Nun, jeder Einsichtige weiß, daß Sowjetrußland allein nicht imstande ist, die kapitalistische Welt zu besiegen. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, einen modus vivendi mit der kapitalistischen Welt zu suchen. Dieser modus vivendi erfordert, daß Sowjetrußland Zugeständnisse ökonomischer Art an die kapitalistische Welt macht. Wer nicht der Ansicht ist, die proletarische Revolution müsse auf einmal in allen kapitalistischen Ländern siegen oder untergehen, der muß auch ein-

sehen, daß eine isolierte proletarische Regierung zu Kompromissen mit der kapitalistischen Welt genötigt ist, und daß das Maß der von ihr gemachten Zugeständnisse davon abhängt, ob sie einsam dasteht und in wie weit sie auf die Hilfe der kapitalistischen Welt angewiesen ist. Würden z. B. die Sozialdemokraten so hochindustrieller Staaten, wie es Deutschland und Schweden sind, die Regierungsgewalt, die sie in diesen Ländern vollkommen oder zum Teil inne haben, benutzen, um Sowjetrußland mit Warenkrediten unter die Arme zu greifen, so würde Sowjetrußland viel stärker dastehen und viel geringere Zugeständnisse an das Kapital machen müssen, und die Sowjetregierung könnte viel schneller die landwirtschaftlichen Kräfte Rußlands entfalten, um dem europäischen Proletariat, wenn es siegt, zu helfen gegen die Versuche des englischen oder amerikanischen Kapitals, es von den überseeischen Lebensmittelzufuhren abzuschneiden. Da aber die sozialdemokratischen Parteien und die Gewerkschaftsführer sogar dort, wo sie an der Macht sind, die erste proletarische Republik bekämpfen statt ihr unter die Arme zu greifen, so muß die Sowjetrepublik sehr große Zugeständnisse an das Weltkapital machen, erstens, um es vom Krieg, von räuberischen Ueberfällen abzuhalten, und zweitens, um von dem europäischen Kapital Maschinen für die Instandsetzung der russischen Industrie zu bekommen.

Wenn die Notwendigkeit der Zugeständnisse der isolierten russischen Revolution an das Weltkapital keinem Zweifel unterliegt, so gilt es jetzt, die Grenzen dieser Zugeständnisse festzustellen. Das Weltkapital fordert in erster Linie von Sowjetrußland die Anerkennung der alten Schulden, die der Zarismus und die Regierung der Menschewiki und Sozialrevolutionäre beim Finanzkapital Frankreichs, Englands und Amerikas gemacht haben. Die Sowjetregierung hat am Anfang ihrer Existenz diese Schulden als annulliert erklärt. Aber diese Maßregel war keine prinzipielle, sondern eine Kampfmaßregel. Die Aufhebung der Schulden war eine Antwort darauf, daß die Alliierten an den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk nicht teilnahmen, sondern den Friedensschluß Rußlands mit einer Kampagne von Verschwörungen beantworteten, die dann in offenen Krieg überging. Wenn die Sowjetregierung sich jetzt weigert, die Schulden bedingungslos anzuerkennen, so tut sie es nicht aus prinzipiellen Erwägungen, sondern weil die Forderungen der Alliierten die russische Arbeiterklasse und das

russische Bauerntum zu einer Tributknechtschaft für Jahrhunderte verurteilen würden. Sowjetrußland stellt den Schuldforderungen der Alliierten seine Rechnung entgegen, die Rechnung für die verwüsteten Felder und Fabriken, für alle Schäden der Interventionen, die um so schändlicher waren, weil die Alliierten sich nicht einmal der Mühe unterzogen, Sowjetrußland den Krieg zu erklären. Und Sowjetrußland macht die Anerkennung irgendwelcher auch noch so sehr reduzierter Schulden von der wirtschaftlichen Hilfe abhängig, die ihm die kapitalistischen Staaten zuteil werden lassen. Denn es ist klar, daß Sowjetrußland nur dann imstande sein wird, irgend etwas an die kapitalistischen Staaten zu zahlen, wenn seine Produktion neu aufgerichtet sein wird.

Eine weitere Forderung der kapitalistischen Machthaber geht darauf hinaus, Sowjetrußland solle die Kapitalisten entschädigen für die Schäden, die ihnen die Revolution zugefügt hat. Man braucht über die Schamlosigkeit der kapitalistischen Staaten kein Wort zu verlieren, die es im gleichen Atemzug ablehnt, die russischen Arbeiter und Bauern zu entschädigen, die sie überfallen haben im Frieden, nachdem sie von ihnen drei Jahre lang den Tribut des Blutes empfangen haben; daß sie im gleichen Atemzug von ihnen eine Entschädigung fordert für die Schäden, die jene ihr im Abwehrkampfe zugefügt haben. Vom politischen Standpunkt ist es klar, daß die Frage der Entschädigungen noch mehr davon abhängt, ob das geschwächte Sowjetrußland durch die kapitalistische Welt instand gesetzt wird, sich in einem Maße zu restaurieren, daß es zahlungsfähig wird. Solange die kapitalistische Welt den Finanzboykott über Rußland verhängt hält, ist all ihr Geschrei über Entschädigungen lächerlich — aus dem einfachen Grunde, weil sie Unmögliches fordert.

Ganz anders als diese beiden Fragen ist die Frage der Rückgabe des von der Revolution konfiszierten ausländischen kapitalistischen Eigentums zu behandeln. Hier ist kein Kompromiß möglich. Hier stehen die Lebensinteressen der proletarischen russischen Revolution gegen die Lebensinteressen der Weltbourgeoisie. Die russische Revolution ist eine proletarische Revolution, obwohl sie sich in einem überwiegend agrarischen Lande entwickelt und zum Siege gelangt ist. Sie ist die erste proletarische Revolution. Sie steht und fällt mit der Frage, ob

sie wenigstens die große Industrie in den Händen des proletarischen Staates behält. Sie kann einen Teil dieser Industrie für eine Zeitlang verpachten, wenn sie auf diese Weise Mittel erhält, um den größeren, lebenswichtigen Teil zu entwickeln. Aber sie muß in den Händen des Staates erstens die Kontrolle des ganzen industriellen Apparates bewahren, denn dieser industrielle Apparat ist das wichtigste Mittel der Erhaltung der staatlichen Gewalt und der Beeinflussung der bäuerlichen Wirtschaft. Und sie muß weiter das Land behüten vor der Herrschaft der kapitalistischen Trusts, die das Land versklaven und die proletarische Macht zu einem toten Schemen machen würden. Aus diesem Grunde wird Sowjetrußland in seinem Bestreben, zu einem modus vivendi mit der kapitalistischen Welt zu gelangen, niemals so weit gehen, daß es die wichtigsten Zweige der Industrie, die sich vor dem Kriege in den Händen des fremden Kapitals befanden, ihm jetzt wieder ausliefern würde. Denn mit dieser Auslieferung würde jedes Kompromiß enden. Sie würde eine glatte Unterwerfung Sowjetrußlands unter die Gebote der kapitalistischen Welt bedeuten. Wenn das europäische Kapital versuchen würde, Sowjetrußland zu einem solchen Verzicht zu zwingen, so müßte die Antwort der Sowjetregierung darin bestehen, daß sie sich auf die eigenen Kräfte verlassen müßte, um sich durchzuhungern, bis eine Aenderung der Lage in den kapitalistischen Staaten eintritt. Dieser Zustand würde früher oder später in einen Krieg münden.

Wir haben die Fragen der auswärtigen Politik Sowjetrußlands kurz skizziert. Sie sind die Fragen der ersten proletarischen Revolution, die isoliert einer kapitalistischen Welt gegenübersteht. Aber diese kapitalistische Welt ist selbst in ihren Grundlagen in größerem oder geringerem Maße unterminiert. Vier Jahre sind seit der Beendigung des Krieges verflossen, und die kapitalistische Welt ist nicht imstande gewesen, auch nur provisorisch ihre Wirtschaft zu ordnen. Sie macht eine Krise nach der anderen durch, auf wirtschaftlichem wie auf politischem Gebiete. Sie hat die alten Gegensätze, die zum Kriege geführt haben, noch nicht überwunden. Und schon treten neue wuchtige Gegensätze auf, die dazu führen, daß die Rüstungslast der Welt jetzt größer ist, als sie vor dem Kriege war. In allen Ländern gärt es tief in der Arbeiterklasse, der das Kapital nicht einmal das Maß von Lebenssicherheit und

Wohlstand geben kann, das ihr vor dem Kriege zuteil war. Mitteleuropa erlebte schon eine Welle der Revolution. Im Westen verschärft sich die Lage zwischen Kapital und Arbeit mit jedem Jahre. Gleichzeitig wachsen die kolonialen Schwierigkeiten des Kapitals. Dies alles ist ein Beweis dafür, daß die Sowjetregierung nicht immer isoliert bleiben wird. Jeder Sieg des Proletariats in Westeuropa, jede koloniale Revolution werden die Lage der Sowjetrepublik erleichtern. Und dann wird es sich zeigen, welche unermeßlichen Dienste Sowjetrußland dem europäischen Proletariat geleistet hat, indem es durch den Aufbau der Roten Armee und durch eine maßvolle Politik der Zugeständnisse den ersten proletarischen Staat, als Stütze und Hort für die weiteren proletarischen Staaten, vor dem Untergang bewahrte. Wenn auch sie in der ersten Periode ihrer Existenz nicht frei sein werden von der Notwendigkeit, Kompromisse mit den kapitalistischen Staaten zu schließen, so werden sie doch sich stützen können auf einen großen proletarischen Staat, der ihnen eine namhafte Hilfe sein wird. Ob die kapitalistischen Staaten so viel Einsicht haben werden, noch vor dem Siege der Revolution in irgend einem industriellen Lande des Westens ein Kompromiß mit Sowjetrußland zu schließen, läßt sich jetzt schwer sagen. Eins ist sicher, sie mögen sich dagegen sträuben, wie sie wollen, sie werden auf ein Kompromiß mit dem proletarischen Staat eingehen müssen. Denn die Kräfte der Weltrevolution sind schon zu stark, als daß es dem Weltkapital gelänge, seine Herrschaft soweit aufzurichten, daß es die Errungenschaften der ersten Welle der Revolution, die im Jahre 1917 einsetzte, vollkommen zunichte machen könnte.

Karl Radek.

Die Wiederaufnahme der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Sowjetrußland und Westeuropa.

Fast unmittelbar nach der Proklamierung der Sowjetregierung in Rußland hat die kapitalistische Welt eine bewaffnete Offensive gegen diesen Herd des Sozialismus eröffnet: zuerst in Gestalt des deutschen Vormarsches und dann in

einer Reihe von der Entente organisierter Feldzüge. Gleichzeitig wurde die völlige Blockade Sowjetrußlands proklamiert. Im Laufe von einigen Jahren bestanden die einzigen materiellen Güter, die Sowjetrußland aus dem Auslande erhielt, allein aus den Materialien, die das zivilisierte Europa in Form von Geschossen und Kugeln aus den Kanonen und Gewehren seiner Mietlinge in den Bereich des Sowjetstaates sandte.

Die erste Bresche in diese Blockade wurde durch den am 20. Februar 1920 mit Estland geschlossenen Friedensvertrag geschlagen. Nach Reval wurde ein Handelsagent der Sowjetregierung abgesandt zum Kauf der notwendigen Lebens- und Produktionsmittel, die letzteren vor allem für die Holzindustrie und die Landwirtschaft.

Ein weiteres wichtiges Ereignis war der Beschluß des Obersten Rates im Januar 1920 in Paris, die Blockade gegen Sowjetrußland aufzuheben und den Handel durch Vermittlung der Genossenschaften zuzulassen. Die Herrscher Europas erlaubten gnädig den Vertretern der Zentralorganisation der russischen Genossenschaften, des „Zentrosojus", nach London zu kommen zwecks Verhandlung über Handelsbeziehungen.

Die Sowjetregierung antwortete darauf durch die Einsetzung Litwinows als Vertreter des Zentrosojus in Europa und bald darauf durch Entsendung der sogenannten Handelsdelegation des Zentrosojus nach dem Auslande mit dem Volkskommissar Krassin an der Spitze und der Beteiligung so angesehener Sowjetarbeiter wie Litwinow, Nogin und Rosowski. Diese Delegation reiste Ende März 1920 nach Schweden und darauf nach Dänemark. In Schweden wurden außer einzelnen Handelsabkommen die ersten Handelsverträge geschlossen, einstweilen nicht zwischen den Regierungen, sondern zwischen dem Zentrosojus einerseits und dem Konsortium der schwedischen Fabrikanten andererseits. Die schwedische Regierung gewährte jedoch Garantien bezüglich der Unantastbarkeit der russischen Waren und Kapitalien, der Unantastbarkeit der russischen Handelsvertreter und so weiter.

Als im Mai 1920 diese Delegation in Kopenhagen weilte, fanden dort Verhandlungen mit den Vertretern Englands und Frankreichs statt, die jedoch zu keinem Resultat führten.

Die Verhandlungen des Vorsitzenden der Delegation mit Lloyd George und anderen Vertretern der englischen Regierung begannen Anfang Juni 1920. Schon in der ersten Sitzung trat

Krassin nicht als Vertreter des Zentrosojus, sondern als Vertreter der Sowjetregierung auf, und Lloyd George empfing Krassin das erste Mal in Anwesenheit fast sämtlicher Mitglieder des englischen Kabinetts und behandelte ihn als Vertreter der Sowjetregierung. Das Feigenblatt des Zentrosojus wurde fallen gelassen, und der Zentrosojus figuriert seither bloß beim Abschließen der einzelnen Handelsoperationen und bei Verhandlungen mit den Genossenschaften.

Krassins Verhandlungen mit der Regierung Großbritanniens sollten eine völlige Anerkennung Sowjetrußlands oder wenigstens doch ein solches Handelsabkommen erreichen, das der Sowjetregierung das Recht sicherte, in England Exterritorialität genießende Vertreter zu unterhalten, das Recht einer juristischen Person zu beanspruchen, die Unantastbarkeit der der russischen Regierung gehörenden Waren und Gelder zu erreichen, unabhängig von den Ansprüchen seitens der durch die russische Revolution geschädigten Kapitalisten, ob ausländische oder russische Staatsangehörige, ferner die Wiederaufnahme der Post- und Telegraphenverbindungen, das Recht, russische Schiffe nach englischen Häfen zu schicken, das Recht chiffrierte Telegramme abzusenden, die Unantastbarkeit der Kuriere usw.

Die Verhandlungen, die sich neun Monate lang hinzogen, drohten mehrmals abgebrochen zu werden infolge politischer Komplikationen des Krieges mit Polen usw.

Die Hauptursache davon war die zwiespältige Stellungnahme der englischen Regierung. Einerseits hatte Lloyd George schon längst eingesehen, daß im Interesse des kapitalistischen Europas selbst eine Wiederherstellung des normalen Handelsverkehrs vonnöten und daß ohne Heranziehung Rußlands an eine Sanierung der Wirtschaft Europas nicht zu denken sei. Aber zugleich vermochte die englische Regierung — teilweise unter dem Druck Frankreichs, teilweise aus Haß gegen das Sowjetregime und in der Hoffnung, mehr Profite bei dessen Zusammenbruch zu erzielen — zu jener Zeit — nicht auf den Gedanken der militärischen Intervention zu verzichten.

Sobald die allgemeine politische Lage und insbesondere die Lage an den Fronten, der polnischen und der Wrangelfront, eine neue Hoffnung auf einen politischen Zusammenbruch Sowjetrußlands in Aussicht stellte, reagierte die englische Regierung sofort darauf mit Hinausschieben der Verhandlungen

und allerhand Erschwerungen, wobei die Presse gewöhnlich an der Spitze marschierte, indem sie eine Verleumdungs- und Hetzkampagne eröffnete. Besserte sich die Lage Sowjetrußlands an den Fronten, so zeigte sich dies sofort günstig bei den Verhandlungen.

Die stärkste Unterstützung gewährten der diplomatischen Arbeit und der Mission Krassins die Aktionen und Aeußerungen der proletarischen Massen, sowohl in England selbst als auch in Europa überhaupt. Mit ganz geringen Ausnahmen hat fast die gesamte sozialistische Presse von Frankreich und England, ja sogar die gemäßigte, gegen die Wiederaufnahme der Intervention protestiert und ein Handelsabkommen mit Sowjetrußland gefordert. Die englische Arbeiterpartei übte durch wiederholte öffentliche Demonstrationen einen Druck auf die Regierung aus, indem sie den baldigen Abschluß eines Handelsvertrages und die Wiederaufnahme von Handelsbeziehungen forderte. Die steigende Arbeitslosigkeit und die rußlandfreundliche Stimmung der werktätigen Massen steigerten nur diesen Druck und trieben die Arbeiterpartei selbst vorwärts.

Die russische Handelsdelegation in London ließ zugleich auch andere Möglichkeiten nicht außer Acht, insbesondere die Beeinflussung jenes Teiles der Bourgeoisie, die unmittelbar am Abschluß des Handelsvertrages interessiert war. Im Oktober 1920 wurden ziemlich große Bestellungen auf Textilien, Leder und Metallwaren gemacht, sowohl zur Versorgung Rußlands, als auch um zu zeigen, daß aller Lügenkampagne der bürgerlichen Presse zuwider eine faktische Möglichkeit der Handelsbeziehungen mit Rußland vorhanden ist. Die exakte Bezahlung der gemachten Bestellungen hat tatsächlich in der City einen starken Eindruck gemacht. Gleichzeitig wurden Verhandlungen gepflogen über ziemlich große Bestellungen zur Instandsetzung von russischen Lokomotiven in englischen Fabriken; und im Januar 1921 wurde ein Konventionalvertrag mit der englischen Großfirma Armstrong geschlossen für die Reparatur russischer Lokomotiven unter der Bedingung, daß der Vertrag in Kraft tritt nach dem Unterzeichnen des Handelsvertrages zwischen den beiden Regierungen.

Die Bestellungen der russischen Regierung auch in den anderen Ländern wurden dazu benutzt, um der englischen Bourgeoisie und den englischen Arbeitern zu zeigen, daß das Nicht-

vorhandensein von Verträgen zwischen den beiden Ländern England wichtiger Bestellungen beraubt. Die im März 1921 gemachte große Bestellung auf 800 Lokomotiven in Deutschland spielte wahrscheinlich eine entscheidende Rolle im Sinne der Beeinflussung der englischen öffentlichen Meinung und der Regierung. Ungeachtet der wahnwitzigen Hetze der Northcliffepresse wurde der Handelsvertrag zwischen Rußland und Großbritannien von Krassin und Sir Robert Horn unterzeichnet am Tage vor der endgültigen Unterdrückung der Kronstädter Meute, am 16. März 1921.

Bei aller Unvollkommenheit dieses Vertrages, der bloß eine Anerkennung der Sowjetregierung de facto bedeutete, gab er dennoch die Möglichkeit, den Importhandel mit England zu beginnen und bedeutend zu entfalten. Gewisse Mängel des Vertrages, wie das Fehlen bestimmter Garantien für die Unantastbarkeit des russischen Eigentums, wurden nachträglich zum Teil korrigiert durch Urteilssprüche des englischen Gerichts, die für die Sowjetrepublik günstige Präzendenzfälle schufen. Noch wichtiger war der allgemeine Eindruck, den der Abschluß dieses Handelsvertrages in ganz Europa machte.

Die französische Regierung, die bis dahin eine russenfeindliche Position eingenommen hatte, sah sich gezwungen, den Handel mit Rußland für einzelne Firmen und Personen als zulässig zu erklären.

Am 6. Mai 1921 erfolgte der Abschluß des Handelsvertrages mit Deutschland. Dieser Vertrag geht bedeutend weiter als der englische und enthält die Anerkennung der Sowjetregierung als der einzigen Staatsmacht Rußlands. Das Eigentum und die Güter der R. S. F. S. R. werden laut diesem Vertrag gegenüber allen Ansprüchen als unantastbar erklärt.

Noch mehr nähert sich der Wiederaufnahme normaler diplomatischer Beziehungen der Vertrag zwischen Sowjetrußland und Norwegen, der am 2. September 1921 von Kershenzew unterzeichnet wurde. Der Vertrag mit Italien vom 26. Dezember 1921 und mit Schweden vom 1. März 1922 bilden die letzten Etappen zur Festigung der Handelsbeziehungen Sowjetrußlands mit der Außenwelt.*)

*) Vertrag mit Litauen am 12. Juli 1920, mit Lettland am 11. August 1920, mit Finnland am 14. Dezember 1920.

Ein Haupthindernis für den Handel bildete anfangs die sogenannte goldene Blockade, d. h. das ungeschriebene Abkommen zwischen den kapitalistischen Regierungen und den Großbanken Europas und Amerikas, wonach russisches Gold nicht in Zahlung genommen wurde. Dank der planmäßigen Arbeit der Sowjetdiplomatie und des Volkskommissariats für Außenhandel, die die Interessengegensätze der einzelnen Länder und die Gier der europäischen und amerikanischen Bourgeoisie überhaupt ausnutzten, gelang es, diese Blockade zu brechen, obwohl die Gesamtverluste, die dadurch Sowjetrußland entstanden sind, viele Millionen Goldrubel betragen.

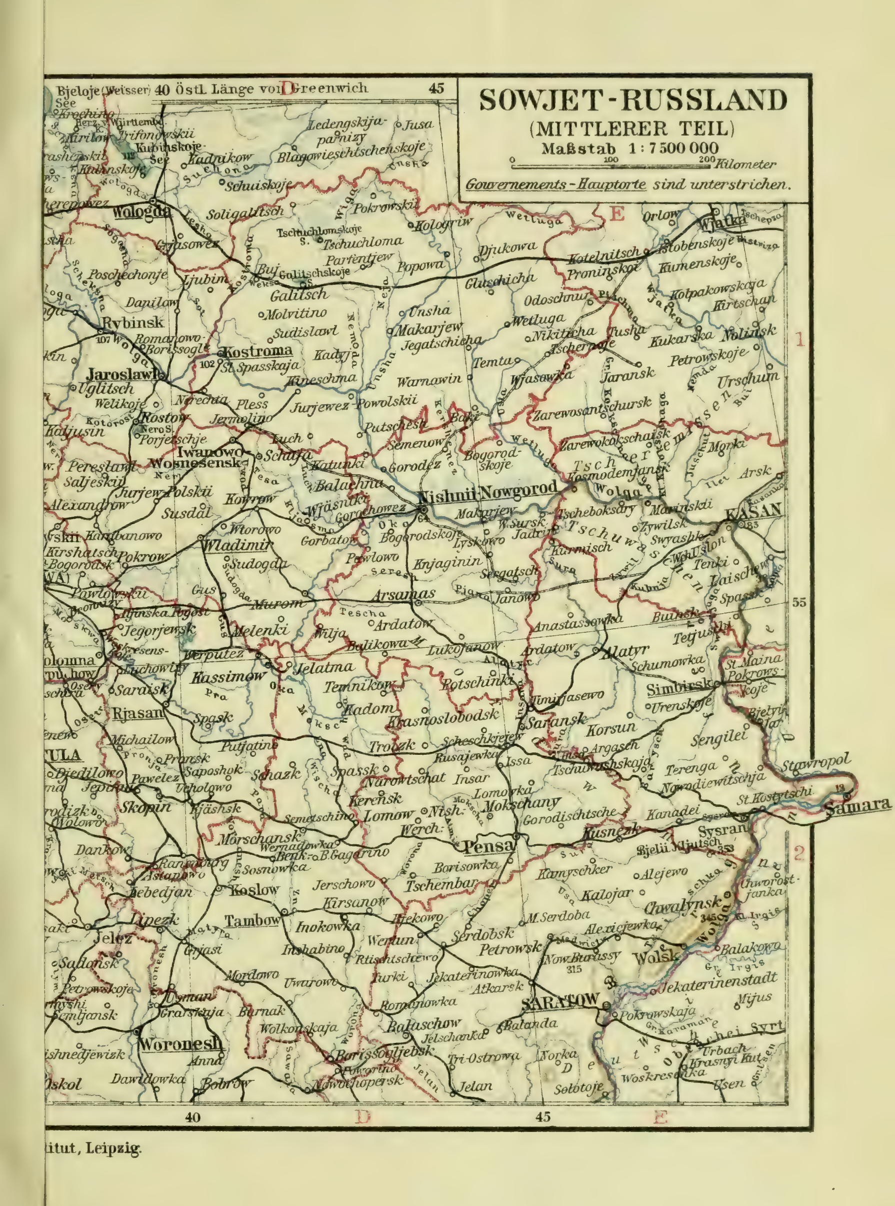
Gegenwärtig darf russisches Gold ebenso wie russische Waren exportiert und zu Preisen verkauft werden, die den normalen Weltpreisen fast gleichkommen.

Ein wichtiges Hindernis für die Entwicklung des Handels bildet die Verweigerung von Paßvisen für Angehörige des Sowjetstaates. Die Erschwerungen der zaristischen Regierung für die Einreise von Ausländern sind nichts im Vergleich mit jenen Hindernissen, die die Regierungen der Westländer der Handelstätigkeit der Vertreter der Sowjetregierung in den Weg legen.

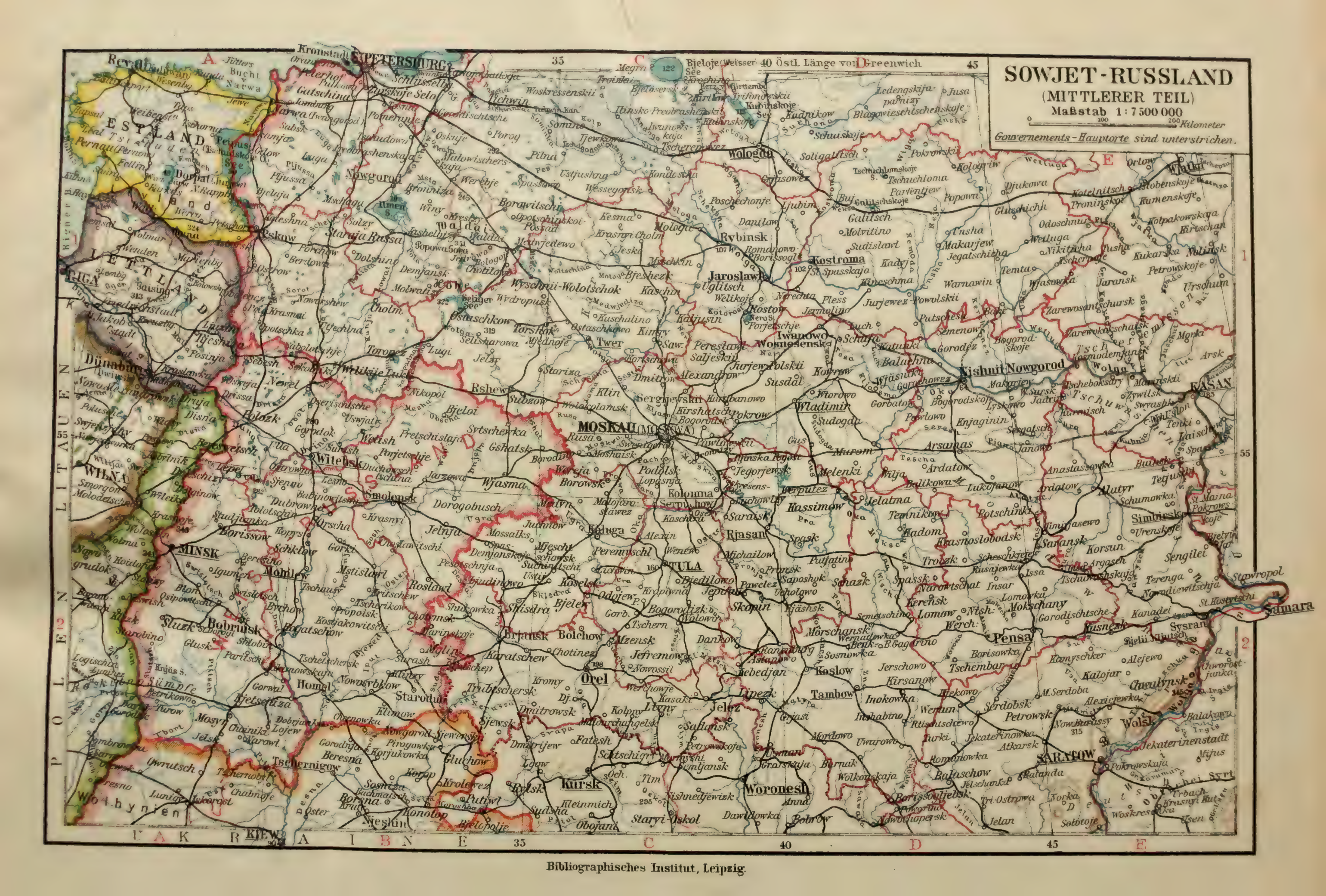
Doch die objektive Lage Europas und der ganzen kapitalistischen Welt, die an den Wunden und der Zerstörung des Weltkrieges zu Grunde geht, zwingt die kapitalistischen Regierungen trotz ihrer Animosität und ihres Hasses gegen Sowjetrußland, den Weg der Wiederherstellung wirtschaftlicher und Handelsbeziehungen immer weiter zu verfolgen.

Indem die Delegation der Sowjetregierung sich jetzt nach Genua begibt, hegt sie keineswegs übertriebene Hoffnungen bezüglich der Resultate, die dort erzielt werden können, sie darf jedoch die feste Ueberzeugung ausdrücken, daß auch die diplomatische Blockade des Arbeiter- und Bauernstaates letzten Endes mit derselben Konsequenz gebrochen sein wird, wie die militärische, Handels- und goldene Blockade gebrochen worden sind.

Moskau, Ende März 1922. L. Krassin.
(Vor der Konferenz in Genua.)



SOWJET-RUSSLAND
(MITTLERER TEIL)
Maßstab 1 : 7 500 000
0 100 200 Kilometer
Gouvernements-Hauptorte sind unterstrichen.
40 Östl. Länge von Greenwich
45
Wologda
Kostroma
Jaroslawl
Rybinsk
Iwanowo Wosnesensk
Wladimir
Nishnii Nowgorod
Kasan
Wjatka
Simbirsk
Samara
Sysran
Pensa
Saratow
Tambow
Woronesh
Rjasan
Tula
Kassimow
Arsamas
Murom
Saransk
Wolsk
Chwalynsk
Kotelnitsch
Orlow
Tscheboksary
Kosmodemjansk
Jelez
Lipezk
Koslow
Borissoglebsk
Balaschow
Kirsanow
Morschansk
Jekaterinenstadt
Pokrowskaja
Stawropol
Sengilei
Kusnezk
Petrowsk
Atkarsk
Kineschma
Rostow
Uglitsch
Pereslawl
Susdal
Kowrow
Gorbatow
Balachna
Semenow
Makarjew
Galitsch
Soligalitsch
Kologriw
Jaransk
Urshum
Nolinsk
Tetjuschi
Buinsk
Alatyr
Ardatow
Temnikow
Krasnoslobodsk
Insar
Kerensk
Nishnii Lomow
Mokschany
Gorodischtsche
Chwalynsk
Serdobsk
Tschembar
Spassk
Schazk
Skopin
Rjashsk
Ranenburg
Lebedjan
Dankow
Jepifan
Saposhok
Pronsk
Michailow
Jegorjewsk
Melenki
Jelatma
Sudogda
Pokrow
Alexandrow
Jurjew Polskii
Wolga
Oka
Sura
Kama
Zna
Chopjor
D
E
1
2
55
40
45
itut, Leipzig.



Bibliographisches Institut, Leipzig.

TERRITORIUM, BEVÖLKERUNG

Territorium der R. S. F. S. R.

Das alte russische Kaiserreich hatte eine Ausdehnung von ungefähr 19 155 587 Quadratwersten und bildete somit etwa den siebenten Teil der gesamten Erdoberfläche. 1915 zählte das russische Reich eine Bevölkerung von zirka 182 002 000.

Territorium und Bevölkerung unterlagen während der Revolution und in den verschiedenen Etappen des Bürgerkrieges starken Veränderungen. Gegenwärtig (Sommer 1922) hat die R. S. F. S. R. eine Gesamtfläche von 16 915 595 Quadratwersten mit einer Gesamtbevölkerung von zirka 132 Millionen.

Die Großstädte Rußlands nach der Volkszählung 1920

(über 50 000 Einwohner).

Stadt	Gouvernement Provinz oder Republik	Einwohnerzahl
1. Moskau	Moskau	1 028 218
2. Petrograd	Petrograd	705 908
3. Odessa	Odessa	434 857
4. Kiew	Kiew	365 737
5. Charkow	Charkow	270 924
6. Tiflis	Rep. Georgien	246 910
7. Taschkent	Prov. Syr-Darja	245 091
8. Baku	Rep. Aserbeidschan	206 500
9. Saratow	Saratow	190 193
10. Rostow a/D.	Don-Provinz	176 770
11. Samara	Samara	171 497
12. Jekaterinoslaw	Jekaterinoslaw	164 288
13. Kasan	Kasan	146 495
14. Omsk	Omsk	144 525
15. Krasnodar	Kuban-Schwarzmeer	143 137
16. Tula	Tula	129 147
17. Astrachan	Astrachan	122 648
18. Kokand	Fergan-Prov.	120 984
19. Nicolajew	Nicolajew	108 777
20. Orenburg	Orenburg-Turgai	108 768
21. Irkutsk	Irkutsk	103 920
22. Ufa	Ufa	93 056
23. Woronesch	Woronesch	92 773
24. Tomsk	Tomsk	89 887
25. Pensa	Pensa	85 070
26. Samarkand	Prov. Samarkand	84 386
27. Zarizyn	Zarizyn	80 747
28. Taganrog	Donetz	80 697
29. Witebsk	Witebsk	80 203
30. Andischan	Fergan	79 732
31. Simferopol	Rep. Krim	79 072
32. Simbirsk	Simbirsk	77 248
33. Elisawetgrad	Nicolajew	77 211
34. Cherson	Nicolajew	74 703
35. Perm	Perm	74 104
36. Sebastopol	Krim	74 070
37. Jaroslaw	Jaroslaw	72 849
38. Poltawa	Poltawa	71 608
39. Namengan	Fergan	70 540
40. Nischni-Nowgorod	Nischni-Nowgorod	70 406
41. Ekaterinburg	Ekaterinburg	69 591
42. Nowo-Nicolajew	Nowo-Nicolajew	67 989
43. Krasnojarsk	Jenissey	67 240
44. Tambow	Tambow	67 205
45. Krementschug	Krementschug	66 403
46. Barnaul	Altej	65 939
47. Twer	Twer	65 415
48. Stowropol	Stowropol	64 317
49. Arma	Kuban	64 051
50. Ovel	Ovel	64 015
51. Wladikowkas	Rep. Georgien	61 411
52. Homel	Homel	61 092
53. Nowotscherkask	Don-Prov.	60 822
54. Swonowo-Wosnessenk	Swonow. Wosnessensk	58 105
55. Smolensk	Smolensk	56 826
56. Tscheljabinsk	Tscheljabinsk	56 766
57. Harjupol	Donetz	55 069
58. Jugarsk	Donetz	52 743
59. Sysran	Simbirsk	51 507
60. Noworossisk	Kuban	50 567

Bevölkerung der R. S. F. S. R. nach der Statistik von 1920 (in 1000)

Namen der Republik, der Provinz oder des Gouvernements	Fläche in q.Werst	Einwohnerzahl			Ländliche Bevölkerung			Städtische Bevölkerung			Einwohnerzahl pro q.Werst
		Männer	Frauen	Beiderlei Geschlecht	Männer	Frauen	Beiderlei Geschlecht	Männer	Frauen	Beiderlei Geschlecht	
In ganz Rußland	18 384	60 868	70 329	131 197	51 096	59 444	110 540	9 773	10 884	20 657	7
I. In allen Gouvernements des Europäischen Rußlands	2 709	26 487	33 328	59 815	22 492	29 572	51 064	5 995	4 757	8 752	22
1. Archangelsk-Gouvernement . .	503	158	203	361	121	169	290	36	34	70	0,7
2. Brjensk-Gouvernement	24	446	537	983	389	469	858	57	67	124	41
3. Witebsk-Gouvernement	35	612	741	1 353	519	629	1 148	93	112	205	38
4. Wladimir-Gouvernement . . .	34	549	739	1 288	478	647	1 125	71	92	163	38
5. Wologda-Gouvernement . . .	92	402	512	913	364	472	836	38	40	78	10
6. Wjatka-Gouvernement	93	892	1 160	2 052	841	1 105	1 946	51	55	106	22
7. Homel-Gouvernement	55	913	1 113	2 026	750	911	1 661	163	201	364	37
8. Iwanow-Woßnosensk-Gouvernement	16	279	380	659	210	285	495	69	96	165	22
9. Kaluga-Gouvernement	21	400	555	955	362	501	863	38	47	85	47
10. Kostroma-Gouvernement . . .	67	514	689	1 203	470	632	1 102	44	57	101	18
11. Stadt Moskau	—	502	526	1 028	—	—	—	502	526	1 028	3 837
12. Gouvernement Moskau ohne Stadt	32	702	964	1 666	564	780	1 344	138	183	321	53
13. Murmansk-Gouvernement . . .	130	11	8	19	8	6	14	3	2	5	0,2
14. Nischni-Nowgorod-Gouvernement	45	786	1 047	1 833	671	907	1 578	115	140	255	4
15. Nowgorod-Gouvernement . . .	45	401	505	906	351	445	796	50	60	110	20
16. Olonetz-Gouvernement	57	91	123	214	83	115	198	8	7	15	27
17. Perm-Gouvernement	188	775	1 004	1 779	629	834	1 463	146	170	316	8
18. Stadt Petrograd	—	296	410	706	—	—	—	296	410	706	3 209
19. Gouvernement Petrograd ohne Stadt	38	389	505	894	306	404	710	83	101	184	21
20. Pskow-Gouvernement	37	548	700	1 248	502	643	1 195	46	57	103	34
21. Rybinsk-Gouvernement	26	321	448	769	289	411	700	32	37	69	30
22. Nord-Dwinsk-Gouvernement . .	90	284	348	632	269	335	604	15	14	29	71
23. Twer-Gouvernement	48	792	1 060	1 852	706	955	1 661	86	105	191	38
24. Smolensk-Gouvernement . . .	51	890	1 136	2 026	805	1 039	1 844	85	98	183	40
25. Tscherepowetz-Gouvernement .	56	275	357	632	256	334	590	19	23	42	11
26. Jaroslaw-Gouvernement . . .	14	274	377	651	217	307	524	57	70	127	47

Die „Schwarze Erde"-Gouvernements:											
27. Astrachan-Gouvernement	19	172	216	388	108	137	245	64	79	143	21
28. Woronesch-Gouvernement	58	1 382	1 681	3 063	1 280	1 560	2 840	102	121	223	53
29. Jekaterinburg-Gouvernement	138	872	1 078	1 950	627	787	1 414	244	290	534	14
30. Kuroka-Gouvernement	41	1 241	1 472	2 713	1 158	1 360	2 513	88	111	199	66
31. Mackstadt-Gouvernement	17	213	241	554	197	222	419	17	18	35	26
32. Orel-Gouvernement	24	673	842	1 515	608	762	1 370	65	79	144	64
33. Pensa-Gouvernement	34	774	971	1 745	707	889	1 596	68	82	150	51
34. Rjasan-Gouvernement	37	944	1 213	2 157	888	1 146	2 034	57	67	124	58
35. Samara-Gouvernement	91	1 267	1 553	2 820	1 113	1 372	2 485	154	181	335	31
36. Saratow-Gouvernement	85	1 375	1 695	3 070	1 168	1 450	2 018	207	245	452	36
37. Simbirsk-Gouvernement	37	722	921	1 643	628	808	1 436	94	113	207	34
38. Tambow-Gouvernement	59	1 522	1 848	3 370	1 408	1 711	3 119	115	137	252	58
39. Tula-Gouvernement	27	777	947	1 722	680	850	1 530	97	97	194	63
40. Ufa-Gouvernement	62	935	1 075	2 110	818	936	1 754	117	139	256	32
41. Zarizyn-Gouvernement	89	519	681	1 200	438	582	1 020	82	99	181	14
42. Tscheljabinsk-Gouvernement	95	594	749	1 343	511	656	1 167	83	93	176	14
Die einzelnen Republiken und autonomen Provinzen	596	2 871	3 451	6 322	2 668	3 213	5 881	203	238	441	11
1. Baschkiren-Republik	91	597	671	1 268	564	634	1 198	33	37	70	14
2. Wotjaken-Republik	25	299	387	686	275	360	635	24	27	51	27
3. Syrianer-Republik	241	82	106	188	77	101	178	5	5	10	0,8
4. Kalmücken-Republik	87	59	67	126	58	67	125	1	1	2	2
5. Arbeitskommune Karelinen	65	65	80	145	49	64	113	16	16	32	1
6. Mari-Provinz	13	131	169	300	127	164	291	4	5	9	22
7. Tataren-Republik	58	1 292	1 560	2 852	1 181	1 224	2 605	111	136	247	49
8. Tschuwaschen-Provinz	15	347	412	758	337	401	738	9	11	20	50
II. Soz. Sow.-Rep. Krim	34	372	389	761	202	199	401	170	190	360	23
III. Nord-Kaukasus und Don	260	3 172	3 678	6 850	2 594	2 997	5 591	579	681	1 260	26
1. Don-Provinz	64	684	860	1 544	517	656	1 173	167	204	371	24
2. Gorzen-Republik	39	404	403	807	352	342	694	54	60	114	21
3. Kuban-Schwarzmeer-Provinz	82	1 352	1 587	2 930	1 098	1 284	2 382	254	294	548	36
4. Stawropol-Gouvernement	45	545	831	1 176	504	584	1 088	40	47	87	26
5. Terskaja-Gouvernement	31	186	207	393	123	131	254	63	76	139	13

Namen der Republik, der Provinz oder des Gouvernements	Fläche in q. Werst	Einwohnerzahl			Ländliche Bevölkerung			Städtische Bevölkerung			Einwohnerzahl pro q. Werst
		Männer	Frauen	Beiderlei Geschlecht	Männer	Frauen	Beiderlei Geschlecht	Männer	Frauen	Beiderlei Geschlecht	
IV. Sibirien	9 473	4 478	4 779	9 257	3 946	4 234	8 180	533	546	1 079	1
1. Altaj-Gouvernement	188	779	855	1 634	706	787	1 493	73	68	141	9
2. Jennissej-Gouvernement	2 247	587	606	1 193	511	532	1 043	76	74	150	1
3. Irkutsk-Gouvernement	804	464	458	922	375	365	740	89	93	182	0,5
4. Kamtschatka-Gouvernement	1 143	22	20	42	20	18	38	2	2	4	0,04
5. Omsk-Gouvernement	220	753	804	1 557	664	713	1 377	89	90	179	7
6. Nowo-Nikolajewskgouvernement	127	640	705	1 345	587	648	1 235	53	57	110	11
7. Tomsk-Gouvernement	361	530	556	1 086	430	452	882	100	104	204	3
8. Tjumen-Gouvernement	1 072	551	626	1 177	508	578	1 086	43	49	92	1
9. Sekutsek-Gouvernement	3 312	153	148	301	145	140	285	8	8	16	0,09
V. Kirgisien Soz. Sow.-Rep.	1 898	2 536	2 522	5 058	2 346	2 315	4 661	190	207	397	3
1. Akmolinsk-Gouvernement	475	633	623	1 256	604	591	1 195	29	32	61	3
2. Bukejewsk-Gouvernement	83	120	114	234	119	113	232	1	1	2	3
3. Memgyschlak-Bezirk	124	45	43	88	43	42	85	1	1	2	0,5
4. Orenburg-Turgai-Gouvernement	553	787	839	1 626	704	746	1 450	83	93	176	3
5. Semipalatinsk-Gouvernement	406	630	595	1 225	581	547	1 128	49	47	96	3
6. Ural-Gouvernement	187	321	308	629	295	276	571	26	32	58	3
VI. Soz. Sow.-Rep. Turkestan	1 299	3 862	3 340	7 202	3 297	2 833	6 130	564	507	1 071	6
1. Transkaukasien	341	236	213	449	201	181	382	35	32	67	1
2. Samarkand-Provinz	61	630	530	1 160	544	449	993	86	80	166	19
3. Semiretschinsk-Provinz	329	729	605	1 334	677	556	1 233	52	49	101	4
4. Syr-Darja-Provinz	345	981	859	1 840	810	701	1 511	171	159	530	5
5. Amu-Darja-Provinz	97	132	121	253	129	119	248	3	2	5	5
6. Fergan-Provinz	126	1 154	1 012	2 166	937	827	1 764	214	185	402	17
VII. Soz. Sow.-Rep. Dahestan	31	408	390	798	366	357	723	42	33	75	26
1. Dahestan	26	362	347	709	325	318	643	38	30	68	27
2. Chassaw-Jurtow-Kreis	5	46	43	89	42	40	82	4	3	7	19

VIII. Soz. Sow.-Rep. Aserbeidschan	76	1 104	993	2 097	849	794	1 643	255	139	454	27
1. Baku-Gouvernement	34	585	495	1 080	397	354	751	189	141	330	32
2. Gjandschi-Gouvernement	39	470	454	924	406	398	804	64	57	121	24
3. Saketal-Kreis	3	49	43	92	47	41	88	2	2	4	26
IX. Soz. Sow.-Rep. Armenien (1916)	34	603	611	1 214	532	550	1 082	71	61	132	35
X. Soz. Sow.-Rep. Georgien (1915)	58	1 201	1 171	2 372	820	865	1 685	382	306	688	41
1. Tiflis-Gouvernement	25	564	525	1 089	279	288	567	284	237	521	43
2. Batum	6	98	79	178	73	62	135	26	17	43	29
3. Kutais	18	439	475	914	387	439	826	52	36	88	49
4. Teil des Sotschi-Kreises	2	8	7	15	8	8	16	—	—	—	7
5. Suchum-Kreis	6	92	84	176	73	63	142	19	15	34	30
XI. Soz. Sow.-Rep. Weißrußland	52	804	830	1 634	624	657	1 281	180	173	353	31
XII. Ukraine	393	12 111	13 991	26 002	9 656	11 118	20 774	2 355	2 809	5 164	66
1. Wolyn-Gouvernement (1916)	27	616	788	1 405	488	640	1 128	128	148	276	51
2. Jekaterinoslaw-Gouvernement	26	809	893	1 702	665	730	1 395	144	170	314	65
3. Donetz-Gouvernement	56	1 352	1 519	2 871	1 102	1 219	2 321	250	301	551	51
4. Saporatchje-Gouvernement	28	682	851	1 543	594	743	1 337	98	108	206	55
5. Kiew-Gouvernement	42	1 502	1 768	3 270	1 117	1 294	2 441	385	474	859	77
6. Krementschug-Gouvernement	25	781	970	1 751	670	843	1 513	111	127	238	71
7. Nikolajcu-Gouvernement	33	829	992	1 821	598	712	1 310	230	280	510	55
8. Odessa-Gouvernement	28	883	1 001	1 884	596	649	1 245	287	352	639	68
9. Podolien-Gouvernement	30	1 344	1 615	2 959	1 057	1 284	2 341	286	331	617	65
10. Poltawa-Gouvernement	34	1 147	1 259	2 406	1 038	1 129	2 167	109	130	239	71
11. Charchow-Gouvernement	34	1 215	1 365	2 580	997	1 103	2 100	218	256	474	76
12. Tschernigow-Gouvernement	29	841	969	1 810	733	838	1 571	109	130	239	63
XIII. Rep. des Fernen Ostens (1916)	1 469	958	853	1 811	703	675	1 378	255	178	433	1
1. Amur-Gouvernement	352	169	169	338	126	135	261	43	34	77	1
2. Transbajkal-Provinz	478	369	404	773	312	340	652	58	63	121	2
3. Küsten-Provinz	541	385	264	649	244	189	433	141	75	215	1
4. Sachalin-Provinz	97	35	17	52	22	11	33	14	6	20	0,5

Anmerkung. Da Mangel an statistischen Daten für 1920, wurde für 25 Gouvernements die Bevölkerung nach Daten von 1915—1917 angegeben.

Die nationale Zusammensetzung der R. S. F. S. R.

In der Frage der Nationalitäten hat die Regierungspolitik in Anbetracht der großen Rassenverschiedenheit der Bevölkerung des Landes von jeher in Rußland eine große Bedeutung gehabt.

Nach der Statistik des Jahres 1897 beträgt die Anzahl der verschiedenen Sprachen und Mundarten, die als Muttersprache angegeben wurden, mehr als 100. Die folgende Tabelle zeigt jene Sprachen, die von mehr als einer halben Million Einwohnern gesprochen werden.

Muttersprache	Einwohnerzahl	Prozent der Gesamtzahl
Großrussisch	55 667 469	44,31
Kleinrussisch	22 380 551	17,81
Weißrussisch	5 885 547	4,68
Polnisch	7 931 307	6,31
Jüdisch	5 063 156	4,03
Kirgisisch	4 084 139	3,25
Tartarisch	3 737 627	2,97
Deutsch	1 790 489	1,42
Lettisch	1 435 937	1,14
Baschkirisch	1 321 363	1,05
Litauisch	1 210 510	0,97
Armenisch	1 173 096	0,93
Moldauisch	1 121 669	0,89
Mordwinisch	1 023 841	0,81
Esthnisch	1 002 738	0,80
Sartisch	968 655	0,78
Tschuwaschisch	843 755	0,67
Georgisch	823 968	0,66
Usbekisch	726 534	0,58
Uebrige Sprachen	7 447 670	5,94
Im Ganzen	125 640 021	100,00

Anmerkung. Die Tabelle enthält keine Daten über Finnland, über das sich die statistische Erhebung nicht erstreckt hat. Nach dem statistischen Jahrbuch Finnlands für das Jahr 1916 lebten innerhalb der Grenzen des Großfürstentums Finnland (Ende 1910) 2 571 145 Finnen, 338 961 Schweden u. a.; im Ganzen eine Bevölkerung von 2 921 197 Personen.

Russen gab es im Ganzen 83 933 667 Personen oder 66,80 Prozent der Gesamtbevölkerung.

Obwohl die Daten über die Muttersprache, die man bei der Volkszählung erhält, kein absolut genaues Material zur Beurteilung der Nationalität dieser oder jener Gruppe der Bevölkerung darstellen,

so geben sie dennoch die Möglichkeit, in allgemeinen Zügen die relative numerische Stärke der bedeutendsten nationalen Gruppen zu beurteilen. Aus der obigen Tabelle geht hervor, daß im ehemaligen Russischen Reiche 44,3 Prozent der Bevölkerung Großrussen und 17,8 Prozent Kleinrussen waren; an dritter Stelle standen die Polen (6,3 Prozent); hierauf folgten die Weißrussen (4,7 Prozent), die Juden (4,0 Prozent), Kirgisen (3,3 Prozent), Tartaren (3 Prozent) usw.

In der R. S. F. S. R. ist der Prozentsatz der Polen, Finnen usw. nach der Konstituierung der Randstaaten natürlich ein entsprechend kleinerer. Der Kern Rußlands, die eigentliche Russische Sowjetrepublik, ist ihrer Bevölkerungszusammensetzung nach im wesentlichen unverändert geblieben.

Ethnographische Zusammensetzung der Bevölkerung der R. S. F. S. R. im Jahre 1920.

Bezeichnung der Nationalität	Europ. Rußland	Die einzelnen Republiken und autonomen Provinzen des Europ. Rußlands									
		Baschkiren-Rep.	Weißrußland	Gorzen-Republik	Kalmüken-Republik	Deutsche Kommune a. d. Wolga	Krim	Mari	Tataren-Republik	Tschuwaschen	Summe
1. Groß-Russen	50 982 791	375 011	72 086	201 008	17 742	7 982	251 174	60 814	1 269 093	381 313	2 636 223
2. Ukrainer	2 244 056	—	4 748	34 479	14 152	271	225 652	4	3 286	18	282 610
3. Weißrussen	1 692 915	—	1 232 631	443	182	85	4 417	—	1 401	40	1 239 199
4. Polen	169 522	—	54 196	2 054	25	175	7 646	59	2 436	57	66 648
5. Übrige Slaven	5 119	—	218	164	9	12	9 344	3	57	15	9 822
6. Litauer	32 483	—	553	407	1	93	153	1	206	3	1 417
7. Letten	99 749	—	1 426	137	2	72	220	15	292	2	2 166
8. Roman. Völker	4 596	—	92	140	1	10	1 370	3	113	1	1 730
9. Deutsche	130 060	7 891	3 140	6 438	488	442 435	42 837	23	1 623	32	504 407
10. Andere Germanen	4 362	—	32	31	2	22	145	3	74	1	310
11. Juden	530 757	—	260 283	5 061	7	142	32 919	25	12 552	66	311 055
12. Georgier	1 167	—	—	6 417	5	2	209	—	13	1	6 647
13. Griechen	1 036	—	72	1 636	10	7	14 286	—	15	1	15 967
14. Armenier	8 362	—	7	7 525	56	35	7 110	—	44	3	14 780
15. Perser, Tadschiken, Talyschen, und Taten	1 559	—	13	3 102	—	1	56	—	10	—	3 182
16. Kurden	—	—	—	14	—	—	—	—	—	—	14
17. Ossetinen	117	—	—	124 523	2	—	4	—	—	—	124 529
18. Zigeuner	7 945	—	302	80	31	—	945	41	61	42	1 502
19. Andere Indo-Europäer	7	—	—	—	—	—	3	—	—	—	3
20. Kabardingen	3	—	—	112 284	9	—	—	—	—	—	112 293
21. Tscherkessen	322	—	2	2 343	—	1	—	—	—	—	2 346
22. Abehasier	—	—	—	6 115	—	—	—	—	—	—	6 115

23. Tschetschentzen	14	—	—	239 869	—	—	—	—	—	—	239 869
24. Lesginier	44	—	—	262	—	—	20	1	7	5	295
25. Finnen	114 564	—	52	5	—	2	29	3	17	4	112
26. Wotjaken	441 718	—	37	—	—	—	12	—	33 752	6	33 807
27. Karelen, Ischoren und Tschudj	256 781	—	4	—	1	1	—	—	—	—	6
28. Esthen	105 704	—	33	542	1	63	1 798	—	64	1	2 502
29. Syrianer	180 768	—	—	—	—	—	—	3	17	2	22
30. Permjaken	141 174	—	—	—	—	—	—	—	25	—	25
31. Mordwinen	973 692	6 452	182	117	16	—	125	37	32 300	36	39 265
32. Merier	166 033	5 485	59	1	—	—	4	137 473	25 785	71 028	239 835
33. Uebrige Finnen	5 091	—	—	6	—	13	26	—	11	—	56
34. Tataren	974 181	226 902	3 882	2 945	392	493	160 022	32 767	1 373 603	21 468	1 822 474
35. Baschkiren, Mestscherjaken, Tentjaren	875 576	596 878	51	614	—	—	—	4	181	1	597 729
36. Tschuwaschen	363 293	—	60	2	3	—	2	68 785	128 292	231 530	428 674
37. Karatschajelver, Kumyken, Nogajer	—	—	—	24 026	—	—	—	—	—	—	24 026
38. Türken, Karapapachen	370	—	24	120	—	3	1 505	—	285	2	1 939
39. Turkmenen	1 524	—	—	—	2	—	—	—	—	—	2
40. Kirgisen	59 900	—	—	2	282	1 065	4	—	28	—	1 381
41. Sarten	24	—	—	1	—	—	—	—	—	—	1
42. Usbeken	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
43. Jakuten	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
44. Uebrige Turko-Tataren	12	—	—	2	—	—	—	—	—	—	2
45. Kalmüken	4 524	—	—	1	92 834	—	—	—	—	—	92 835
46. Burjaten	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
47. Uebrige Mongolo-Burjaten	65	—	—	2	—	—	—	—	—	—	2
48. Chinesen, Japaner, Koreaner, Tanguten	1 746	—	—	5	—	3	—	—	—	—	8
49. Hyperboräer	4 700	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
50. Sonstige	81 698	49 513	98	25 557	1	—	63	5	15	17	75 269
Zusammen:	60 670 129	1 268 132	1 634 223	808 480	126 256	452 988	761 600	300 069	2 885 658	705 695	8 943 101

Bezeichnung der Nationalität	Nord-Kaukasus und Don	Sibirien	Kirgisien	Turkestan	Dahestan	Aserbejdschan	Armenien	Georgien	Ukraine	Summe
1. Groß-Russen	4 439 452	7 520 460	1 737 680	239 048	20 266	114 318	23 449	116 779	3 515 149	71 345 615
2. Ukrainer	1 177 076	315 824	181 323	57 296	5 196	5 071	5 933	11 937	19 297 967	23 584 289
3. Weißrussen	7 994	18 937	6 639	53	128	4 133	152	489	336 059	3 306 698
4. Polen	13 234	43 874	1 504	4 838	2 314	2 529	3 419	9 301	203 708	520 891
5. Übrige Slaven	5 337	243	74	93	36	203	56	602	52 497	74 082
6. Litauer	2 333	2 876	17	6	760	452	867	2 012	1 688	44 911
7. Letten	3 136	12 605	993	59	25	153	175	255	2 790	122 106
8. Roman. Völker	6 269	1 156	320	68	99	351	440	1 555	262 574	279 158
9. Deutsche	68 290	8 204	764	1 151	505	7 732	500	11 285	387 555	1 120 453
10. Andere Germanen	661	471	91	53	10	449	9	290	3 079	9 785
11. Juden	25 190	44 725	2 120	4 647	11 313	9 752	2 049	14 185	1 772 479	2 728 272
12. Georgier	4 906	418	57	34	553	18 026	15 000	1 590 827	654	1 638 289
13. Griechen	65 676	249	10	28	50	977	22 172	50 266	93 285	249 716
14. Armenier	77 945	643	27	501	2 129	403 836	555 840	246 166	5 445	1 315 674
15. Perser, Tadschiken, Talyschen, und Taten	3 421	343	20	328 104	6 198	152 731	1 402	3 687	339	498 986
16. Kurden	96	—	—	—	30	3 554	97 378	3 597	—	104 669
17. Ossetinen	317	126	—	—	162	251	282	86 694	309	212 787
18. Zigeuner	1 467	11 437	253	1 471	2	10	158	74	8 700	33 019
19. Andere Indo-Europäer	1	33	10	419	—	40 782	—	296	75	41 626
20. Kabardingen	97	20	—	—	60	—	—	22	—	112 495
21. Tscherkessen	53 083	2 864	—	—	62	98	102	200	142	59 219
22. Abehasier	503	—	—	—	41	—	—	72 140	—	78 799
23. Tschetschentzen	15	—	—	—	23 506	69	156	3 251	—	266 880

24. Lesginier	5 420	122	87	169	578 098	146 478	257	4 006	3	734 979
25. Finnen	81	2 902	2	23	4	69	37	11	223	118 028
26. Wotjaken	27	192	17	—	2	5	1	10	267	476 046
27. Karelen, Ischoren und Tschudj	14	33	—	—	—	9	—	—	169	257 012
28. Esthen	2 848	7 643	54	—	2	29	104	812	780	120 478
29. Syrianer	2	17 823	34	205	1	—	—	—	42	198 897
30. Permjaken	2	1 067	676	1 660	5	—	—	—	10	144 619
31. Mordwinen	442	39 721	52 728	233	42	619	350	95	645	1 107 832
32. Merier	12	104	—	2 965	16	6	12	82	99	409 164
33. Uebrige Finnen	536	48 088	7	3	1	7	—	10	254	54 053
34. Tataren	9 996	450 994	128 972	25 894	41 591	1 182 554	375 683	81 025	40 243	5 141 607
35. Baschkiren, Mestscherjaken, Tentjaren	266	1 636	298 457	461	66	13	30	152	2 328	1 776 714
36. Tschuwaschen	70	7 090	7 561	23	93	69	8	227	459	808 467
37. Karatschajelver, Kumyken, Nogajer	22 121	24	—	—	103 492	73	40	179	10 393	149 955
38. Türken, Karapapachen	1 275	133	7	31	48	1 364	98 080	57 298	8	170 938
39. Turkmenen	8 343	190	—	284 093	15	91	6 891	24	2	301 181
40. Kirgisen	3	63 575	2 633 735	2 802 801	—	9	32	6	—	5 561 444
41. Sarten	—	306	2 207	2 261 272	—	—	—	189	—	2 263 999
42. Usbeken	—	149	999	432 659	—	—	—	—	—	433 808
43. Jakuten	2	344 138	—	—	—	—	—	—	37	344 141
44. Uebrige Türko-Tataren	—	88	20	702 845	68	—	—	—	—	703 072
45. Kalmüken	26 100	173	40	4 878	16	10	—	7	—	128 583
46. Burjaten	—	213 652	—	65	—	—	—	—	—	213 720
47. Uebrige Mongolo-Burjaten	—	141	831	39	—	—	—	—	—	1 078
48. Chinesen, Japaner, Koreaner, Tanguten	20	237	7	44 505	—	1	—	17	—	46 541
49. Hyperboräer	—	62 892	—	—	—	—	—	—	14	67 606
50. Sonstige	8 287	304	212	858	1 176	90	3 327	2 343	1 332	174 896
Zusammen:	6 042 366	9 257 825	5 058 555	7 201 551	798 181	2 096 973	1 214 391	2 372 403	26 001 802	129 657 277

Bevölkerungsbewegung in Moskau und Petrograd 1909—1920.

Februar	Eheschließung	Absolute Zahlen		Von je 10000 Einwohnern		
		Geburten	Sterbefälle	Verheiratet	Geboren	Gestorben
			Moskau			
1909	8 337	52 280	42 958	57	354	291
1910	8 717	53 812	40 158	57	352	263
1911	9 418	54 197	41 864	60	342	265
1912	9 564	54 831	39 885	58	335	244
1913	10 093	54 649	41 945	60	322	247
1914	9 679	54 373	42 201	55	310	240
1915	7 478	49 738	44 311	41	269	240
1916	7 623	44 402	44 576	39	229	230
1917	9 900	36 250	43 927	53	196	237
1918	12 650	24 900	41 924	75	148	249
1919	24 693	24 604	65 308	174	174	461
1920	21 717	24 800	42 323	194	221	378
			Petrograd			
1909	10 713	55 916	46 724	59	306	255
1910	11 104	56 230	46 969	59	299	250
1911	12 225	56 966	41 635	63	292	226
1912	13 192	56 099	45 957	63	264	214
1913	13 403	56 155	45 446	63	246	214
1914	13 202	55 460	47 597	60	250	215
1915	11 569	51 356	52 866	50	225	228
1916	11 299	46 188	55 980	47	191	232
1917	20 559	43 109	52 623	89	189	289
1918	13 500	22 800	64 150	92	155	437
1919	18 672	12 428	65 347	207	138	726
1920	20 500	16 119	37 479	277	218	506

Autonome Republiken und Provinzen.

Die Oktoberrevolution 1917 setzte jener Politik der Unterdrückung der nationalen Minderheiten, der sich der Zarismus gegen die sogenannten „Fremdstammigen" Jahrhunderte hindurch bedient hatte, ein Ende.

Auf Grund der durch den III. Allrussischen Rätekongreß festgesetzten Prinzipien und der im Januar 1918 erlassenen Deklaration der Rechte des werktätigen und ausgebeuteten Volkes, in der erklärt wird, „daß es der freien Entscheidung der Arbeiter und Bauern jeder Nationalität überlassen wird, durch ihren bevollmächtigten Rätekongreß zu bestimmen, ob und in welcher Form sie an der föderativen Regierung und an anderen föderativen Rätebehörden teilzunehmen wünschen" — führt die Regierung der R. S. F. S. R. ihre nationale Politik in drei Grundformen durch.

1. Ausscheidung unabhängiger Räterepubliken (Ukraine, Georgien, Armenien, Aserbeidshan, Weißrußland).
2. Bildung autonomer Sowjetrepubliken.
3. Bildung autonomer Provinzen.

In den Unabhängigen Sowjetrepubliken wird die Regierungsmacht durch das Zentral-Exekutivkomitee, das vom Rätekongreß der Arbeiter-, Bauern- und Soldatendelegierten gewählt wird, und durch den vom Zentral-Exekutivkomitee gewählten Rat der Volkskommissare ausgeübt. Der Anschluß der Unabhängigen Sowjetrepubliken an die Föderative Sowjetrepublik erfolgt auf dem Wege des Abschlusses von militärischen und finanzwirtschaftlichen Verträgen. Auf Grund dieser Verträge werden vereinigt:

a) die Kriegsorganisationen und das Kriegskommando;
b) die Organe der Volkswirtschaft und des Außenhandels;
c) die Organe der Verpflegung;
d) der Eisenbahn- und Wassertransport;
e) das Post- und Telegraphenwesen;
f) die Finanzorgane.

Die Autonomen Sowjetrepubliken haben dieselbe Konstruktion wie die Unabhängigen Sowjetrepubliken, unterscheiden sich von letzteren bloß in der Form des Anschlusses an die Sowjetföderation, der nicht mittels Verträgen, sondern mittels Verordnungen des Allrussischen Zentral-Exekutivkomitees durchgeführt wird. Die Volkskommissariate der Autonomen Republiken (außer dem Volkskommissariat des Innern, der Justiz, des Unterrichtswesens, der Volkswohlfahrt und der Landwirtschaft) sind dem entsprechenden Volkskommissariat der Föderativen Sowjetrepublik unmittelbar unterstellt, wobei die Volkskommissare im Einverständnis mit dem Rate der Volkskommissare der betreffenden autonomen Sowjetrepublik, die Kollegienmitglieder der einzelnen Volkskommissariate dagegen durch den Rat der Volkskommissare selbst ernannt werden.

Die Autonomen Provinzen werden auf Grund der Verordnung des Allrussischen Zentral-Exekutivkomitees gebildet, das den Sowjetkongreß der Provinz einberuft und das Exekutivkomitee der Provinz wählt; dieses ist mit den Rechten eines Gouvernement-Exekutivkomitees ausgestattet. Die Autonomie der Provinz besteht darin, daß alle Maßnahmen den Eigenheiten der Volkssitte entsprechend durchgeführt werden und daß die betreffende Nationalität in der Schule, in der lokalen Administration, vor Gericht und überhaupt auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens sich ihrer Muttersprache bedient.

(Anmerkung: Laut Verordnung des Präsidiums des Allrussischen Zentral-Exekutivkomitees ist im Mai d. J. die Autonome Sozialistische Sowjetrepublik Jakutsk als föderativer Teil der R. S. F. S. R. mit dem administrativen Zentrum in der Sadt Jakutsk gebildet worden. Diese neue Republik umfaßt das frühere Gouvernement Jakutsk (Sibirien) und größere Teile der Gouvernements Irkutsk und Jenissejsk, sowie die Inseln des Nördlichen Eismeeres, die zwischen den Meridianen 84 und 140½ östlicher Länge liegen.)

Die autonomen Republiken und Provinzen.

Name der Republik oder Provinz	Territorium in Quadratwerst	Bevölkerung laut Volkszählung 1920			Zusammensetzung der Bevölkerung	Hauptbeschäftigung der Einwohner	Hauptstadt der Republik oder Provinz	Aus Teilen welcher Gouvernements ist die Republik od. Prov. gegründet?	Zeitpunkt d. Veröffentlichung des Erlasses d. Z. E. K. üb. d. Bildung der Republik od. Provinz
		in Dörfern	in Städten	zusammen					
Baschkirische Republik	90 945	1 179 433	70 106	1 249 539	518 808 Baschkiren 412 097 Russen 215 795 Tataren 102 839 Sonstige	Landwirtschaft und Viehzucht	Sterlitamak	Ufa Samara Orenburg Perm Jekaterinodar Ural	29. Mai 1920
Tatarische Republik	58 415	2 605 176	246 959	2 852 135	1 452 839 Tataren 1 110 845 Russen 174 418 Tschuwaschen 114 042 Sonstige	Landwirtschaft	Kasan	Kasan Ufa Samara Wjatka Simbirsk	29. Mai 1920
Kirgisische Republik	2 285 260	4 742 996	412 517	5 155 513	73% Kirgisen	Viehzucht	Orenburg	Orenburg	1. Sept. 1920
Daghestaner Republ.	30 902	723 758	74 423	798 181	148 114 Awaren 51 126 Darginen	Viehzucht	Temir-Chan-Schura	Mittler. Teil d. Kaukasus	25. Januar 1921
Republik d. Gorzen.	39 189	693 902	114 578	808 480	—	Viehzucht Landwirtschaft	—	—	26. Januar 1921
Turkestaner Republik	1 290 168	6 130 400	1 071 151	7 201 581	2 500 000 Usbeken 2 400 000 Kirgisen 1 300 000 Tadschiken 600 000 Russen 120 000 Duntschanen 100 000 Armenier 100 000 Tataren 100 000 Juden	Landwirtschaft Schafzucht Bergwerk	Taschkent	Sirdarja Semiretschensk Fergansk Samarkand Transkaspien Amudarja-Provinz	13. April 1921
Republik Krim	—	401 600	360 000	761 600	—	—	Simferopol	—	13. Okt 1921

Karelische Arbeits-Kommune	65 000	113 177	31215	144 392	86 916 Karelier 54 725 Russen	Forstwesen	Petrosa-wodsk	Clonietz Archangelsk Gouv.	9. Juni 1920
Deutsches Wolga-gebiet (Provinz)	17 275	419 042	35 326	454 368	442 353 Deutsche 7 999 Russen	Land-wirtschaft	Marxstadt	Saratow Samara Gouv.	29. April 1918
Provinz der Tschu-waschen	—	738 025	20 136	758 161	652 964 Tschuwaschen 88 505 Russen	Land-wirtschaft	Tschebok-sari	Kasan Simbirsk Gouv.	6. November 1920
Wotische Provinz	25 430	634 736	51 313	686 049	404 268 Wotjaken 281 781 Russen u. a.	Land-wirtschaft	Jschewsk	Kasan Simbirsk Gouv.	6. November 1920
Marinsker Provinz	13 581	290 235	9 834	300 069	67 % Mari-Tsche-remisen 33 % Russen	Land-wirtschaft	Krasno-Kaschajsk	Kasan Wjatka	6. November 1920
Provinz der Kal-mücken	86 943	124 501	1 656	126 236	84 956 Kalmücken 40 034 Russen	Viehzucht	Astrachan	Astrachan Stawropol Gouv. Don Ter. Provinz	6. November 1920
Syriansker Provinz	240 284	177 320	955	168 878	—	Land-wirtschaft Viehzucht Jagd	Ustjbysolsk	Archangelsk Nord-Dünaburg Gouv.	27. August 1921
Karagai-Tscherke-sische Provinz	—	—	—	—	—	—	Batal-paschinsk	Utschku-lansk Shumarinsk u.a.Bezirken	31. Januar 1922
Burjaten-Mongol. Provinz	—	—	—	184 839	120 755 Burjaten 64 084 Russen	—	Irkutsk	Irkutzker und Transbaj-kaler Gouv.	12. Januar 1922
Karbardino-Badkar. Provinz	—	—	—	—	—	—	Naltschik	Baskak Naltschik u. a. Bezirken	27. Januar 1922

Die neue ökonomische Politik.

Die Krankheit des Genossen Lenin verhinderte ihn leider daran, einen Originalartikel für das Jahrbuch zu schreiben. Er gab uns aber detaillierte Instruktionen darüber, was er von seinen früheren Schriften angeführt haben würde. — Er schreibt u. a.: „1. Ausführliches Zitieren meiner Aufsätze im Frühling 1918 gegen die „Linken" über den „Staatskapitalismus" und Schwierigkeiten der Verwaltung als einer spezifischen Aufgabe. 2. Broschüre gegen die „Kinderkrankheiten" (allgemeine Regeln der Taktik und Strategie ausführlicher zitieren)". Auch bezeichnete er späterhin Teile seiner Rede auf dem 11. Kongreß der K. P. R. und besonders sein dort gehaltenes Schlußwort als zur Darstellung seiner Ansichten geeignet.

Wir waren bestrebt, durch die Zusammenstellung der Zitate vor allem zu beweisen, daß die neue Wirtschaftspolitik durchaus nicht die Folge eines unerwarteten Mißerfolges beim Aufbau des sozialistischen Staates, sondern eine längst vorhergesehene und aus den ökonomischen Grundtatsachen Rußlands folgende Maßnahme war.

Aus der im September 1917, also noch vor der Machtergreifung der Bolschewiki, verfaßten Broschüre „Die drohende Katastrophe und wie wir sie bekämpfen sollen":

> „Versucht anstelle des junkerlich-kapitalistischen Staates, anstelle des Staates der Gutsbesitzer und Kapitalisten, einen revolutionär-demokratischen Staat zu setzen, d. h. einen solchen, der auf revolutionärem Wege alle Vorrechte beseitigt und sich nicht fürchtet, die vollständigste Demokratie revolutionär durchzuführen. Ihr werdet sehen, daß der staatsmonopolistische Kapitalismus in einem wahrhaft revolutionär-demokratischen Staate unvermeidlich einen Schritt zum Sozialismus bedeutet . . .
>
> . . . Denn der Sozialismus ist nichts anderes als der nächste Schritt vorwärts vom staatskapitalistischen Monopol.
>
> . . . Der staatsmonopolistische Kapitalismus ist die vollständigste materielle Vorbereitung zum Sozialismus, ist dessen Vorhof, ist eine Stufe der historischen Leiter, wobei es

zwischen ihr und der als Sozialismus bezeichneten Stufe keinerlei Zwischenstufe gibt."

Frühjahr 1918 erschien die Broschüre „Die Hauptaufgabe unserer Tage; über „Links"kindereien und Kleinbürgerlichkeit". Darin heißt es:

„U e b e r d i e m o d e r n e O e k o n o m i e R u ß l a n d s.

. . . Der Staatskapitalismus würde bei der gegenwärtigen Lage der Dinge in unserer Räterepublik einen Schritt vorwärts bedeuten. Würde bei uns, beispielsweise, nach einem halben Jahre der Staatskapitalismus festen Fuß fassen, so würde das einen gewaltigen Erfolg und die sicherste Gewähr dafür bedeuten, daß bei uns der Sozialismus nach einem Jahre sich endgültig etablieren und unbesiegbar sein würde.

Ich kann mir vorstellen, mit welch edler Entrüstung so mancher bei diesen Worten zurücktaumeln wird . . Wie? In einer sozialistischen Räterepublik sollte der Uebergang zum Staatskapitalismus einen Schritt vorwärts bedeuten? . . . Und das sollte kein Verrat am Sozialismus sein?

Gerade auf diesen Punkt lohnt es sich, näher einzugehen.

Erstens muß man untersuchen, welcher Art gerade der U e b e r g a n g vom Kapitalismus ist, der uns das begründete Recht gibt, uns als sozialistische Räterepublik zu bezeichnen.

Zweitens muß man den Irrtum jener aufdecken, die den H a u p t f e i n d des Sozialismus in unserem Lande, die kleinbürgerlichen Wirtschaftsverhältnisse und das kleinbürgerliche Grundelement, nicht zu erkennen vermögen.

Drittens muß man die Bedeutung des R ä t e staates hinsichtlich seiner wirtschaftlichen Verschiedenheit vom bürgerlichen Staate klar erkennen.

Prüfen wir alle diese drei Umstände.

Es hat, glaube ich, noch keinen Menschen gegeben, der in Bezug auf die Frage nach der Oekonomik Rußlands den Uebergangscharakter dieser Oekonomik in Abrede gestellt hätte. Kein Kommunist hat, glaube ich, ferner bestritten, daß der Ausdruck „Sozialistische Räterepublik" die Entschlossenheit der Rätemacht bedeutet, den Uebergang zum Sozialismus zu verwirklichen, und nicht etwa eine Anerkennung der gegebenen Wirtschaftsverhältnisse als sozialistisch.

Was bedeutet nun aber das Wort Uebergang? Bedeutet es nicht, auf die Oekonomik bezogen, daß in der bestehenden

Ordnung Elemente, Bruchteile, Stücke des Kapitalismus und des Sozialismus enthalten sind? Ein jeder wird diese Frage in zustimmendem Sinne beantworten. Aber nicht ein jeder, der dies anerkennt, überlegt, welches denn die in Rußland vorhandenen Elemente der verschiedenen sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse sind. Dabei liegt gerade hierin der Kern der Frage.

Diese Elemente sind:

1. Die patriarchalische Bauernwirtschaft, die in hohem Maße Naturalwirtschaft ist;
2. Die Waren-Kleinwirtschaft (hierzu gehört die Mehrzahl jener Bauern, die Brot verkaufen);
3. der privatwirtschaftliche Kapitalismus;
4. der Staatskapitalismus;
5. der Sozialismus.

Rußland ist so groß und so buntscheckig, daß sich in ihm alle diese verschiedenen Typen der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse ineinander verflechten. Gerade darin besteht das Eigenartige der Situation.

Es fragt sich nun, welche Elemente vorherrschen? Es ist klar, daß in Kreisen der Kleinbauern das kleinbürgerliche Element vorherrscht und vorherrschen muß; die Mehrzahl, und zwar die überwiegende Mehrzahl der Ackerbauer, sind Kleinproduzenten von Waren. Die Hülle des Staatskapitalismus (Getreidemonopol, einer Kontrolle unterstellte Unternehmer und Händler, bürgerliche Genossenschaften) wird bei uns bald hier, bald dort von Spekulanten durchbrochen, wobei das Hauptobjekt der Spekulation das G e t r e i d e bildet.

Der Hauptkampf entwickelt sich gerade auf diesem Gebiet. Zwischen welchen Faktoren spielt sich dieser Kampf ab, wenn wir uns der Terminologie für wirtschaftliche Kategorien, wie „Staatskapitalismus" usw., bedienen? Etwa zwischen der vierten und fünften Stufe in der von mir soeben aufgezählten Reihenfolge? Natürlich nicht. Nicht der Staatskapitalismus kämpft hier gegen den Sozialismus, sondern das Kleinbürgertum plus privatwirtschaftlichem Kapitalismus kämpfen hier gemeinsam und gleichzeitig sowohl gegen den Staatskapitalismus als auch gegen den Sozialismus. Das Kleinbürgertum leistet Widerstand gegen jegliche Einmischung durch den Staat, sowohl gegen die staatskapitalistische als auch die

staatssozialistische Erfassung und Kontrolle. Es ist das eine unwiderlegliche Tatsache. Das Nichtbegreifen dieser Tatsache ist die Wurzel einer ganzen Reihe ökonomischer Fehler ....

Der Staatskapitalismus würde auch dann einen gewaltigen Schritt vorwärts bedeuten, wenn wir mehr als jetzt bezahlen würden, denn es verlohnt sich, für Wissen zu zahlen, da es für die Arbeiter von Nutzen ist, da das Wichtigste ein Sieg über die Unordnung, den Zerfall, die Zerrüttung ist, da ein Andauern der Anarchie des Kleinbesitzes die größte Gefahr darstellt, die uns unbedingt vernichten wird, falls wir nicht den Sieg über sie davontragen werden. Die Leistung eines hohen Tributs an den Staatskapitalismus wird uns dagegen nicht nur keinen Untergang bereiten, sondern uns auf den richtigen Weg zum Sozialismus führen. Die Arbeiterklasse, die gelernt hat, die Staatsordnung vor der Anarchie des Kleinbesitzes zu bewahren, die gelernt hat, eine allgemeine staatliche Großorganisation der Produktion auf staatskapitalistischer Grundlage aufzubauen, wird dann — verzeiht den Ausdruck — alle Trümpfe in der Hand halten, und die Festigung des Sozialismus wird gewährleistet sein.

Der Staatskapitalismus steht wirtschaftlich ungleich höher da als unsere jetzige Oekonomik. Das ist das erste.

Zweitens birgt er für die Rätemacht nichts Schreckliches in sich; denn der Rätestaat ist ein Staat, in dem die Macht der Arbeiter und der armen Bevölkerung gesichert ist.

Um die Frage noch näher zu klären, wollen wir zunächst ein ganz konkretes Beispiel des Staatskapitalismus anführen. Dieses Beispiel ist allen bekannt: es ist Deutschland. Hier haben wir das „letzte Wort" der modernen großkapitalistischen Technik und einer dem junkerlich-bürgerlichen Imperialismus untergeordneten planmäßigen Organisation. Streicht die im Druck hervorgehobenen Worte fort, setzt anstelle eines junkerlich-bürgerlichen imperialistischen Staates einen Staat von anderer sozialer Struktur, von anderem Klassengehalt, einen Rätestaat, d. h. einen proletarischen Staat, und Ihr erhaltet die ganze Summe der Bedingungen, die den Sozialismus gibt."

Viele Genossen haben den Uebergang zur neuen Wirtschaftspolitik in Rußland, dessen Ursachen sie nie voll erfassen konnten, als ein „Kompromiß" verurteilt. Ueber die unbedingte Notwendigkeit von

Kompromissen zu gegebener Zeit heißt es in der Broschüre „Radikalismus, die Kinderkrankheit des Kommunismus", geschrieben 1920:

„Mit aller Entschiedenheit ist jedes Kompromiß mit den anderen Parteien ... jede Politik des Lavierens und Paktierens abzulehnen" — schreiben die deutschen „Radikalen" in der Frankfurter Broschüre.

Es ist zum Erstaunen, daß diese „Radikalen" bei solchen Ansichten nicht den Bolschewismus entschieden verurteilen.

Es ist doch nicht möglich, daß die deutschen Radikalen nicht wissen, daß die ganze Geschichte des Bolschewismus, vor wie nach der Oktoberrevolution, voll ist von Fällen des Lavierens, Paktierens, der Kompromisse mit andern Parteien, darunter auch mit den bürgerlichen! . . .

Krieg führen zum Sturze der internationalen Bourgeoisie, einen Krieg, der hundertmal schwieriger, langwieriger, komplizierter ist als der hartnäckigste der gewöhnlichen Kriege zwischen den Staaten, und dabei im voraus auf das Lavieren, auf die (wenn auch nur zeitweilige) Ausnutzung der Interessengegensätze zwischen den Feinden, auf das Paktieren und die Kompromisse mit möglichen (wenn auch nur zeitweiligen, unbeständigen, schwankenden, bedingten) Verbündeten verzichten — ist das nicht grenzenlos lächerlich? Ist das nicht dasselbe, wie bei einem schwierigen Aufstieg auf einen noch unerforschten und bis dahin noch unzugänglichen Berg von vornherein ablehnen, manchmal im Zickzack zu gehen, manchmal zurückzukehren, die einmal gewählte Richtung aufzugeben und verschiedene Richtungen zu versuchen?

Nach der ersten sozialistischen Revolution des Proletariats, nach dem Sturz der Bourgeoisie in e i n e m Lande bleibt das Proletariat dieses Landes für lange schwächer als die Bourgeoisie, einfach kraft der ungeheuren internationalen Beziehungen der Bourgeoisie und der Kraft der elementaren und ständigen Wiederherstellung, Wiedergeburt des Kapitalismus und der Bourgeoisie durch die kleinen Warenerzeuger der gestürzten Bourgeoisie des Landes. Einen mächtigen Feind besiegen kann man nur bei größter Anspannung der Kräfte und bei unbedingter sorgfältiger, sorgsamer, vorsichtiger, geschickter Ausnutzung wie eines jeden — wenn auch des kleinsten — „Risses" zwischen den Feinden, eines jeden Interessengegensatzes zwischen der Bourgeoisie innerhalb der einzelnen Länder — so auch einer jeden, wenn auch der

kleinsten — Möglichkeit, sich einen Verbündeten zu erwerben, wenn auch nur einen zeitweiligen, schwankenden, unbeständigen, unzuverlässigen, bedingten. Wer das nicht begriffen hat, der hat auch nicht ein Gramm von Marxismus und vom wissenschaftlichen heutigen „zivilisierten" Sozialismus überhaupt begriffen. Wer nicht praktisch während einer ziemlich bedeutenden Zeitspanne und in ziemlich verschiedenartigen politischen Lagen erwiesen hat, daß er es versteht, diese Wahrheit in der Praxis anzuwenden, der hat es noch nicht gelernt, der revolutionären Klasse in ihrem Kampfe um die Befreiung der ganzen werktätigen Menschheit von den Ausbeutern zu helfen. Das Gesagte bezieht sich in gleicher Weise auf die Periode vor und nach der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat.

Im Augenblick des Oktoberumsturzes schlossen wir mit der kleinbürgerlichen Bauernschaft dadurch einen formalen, aber sehr wichtigen (und sehr erfolgreichen) Block, daß wir das ganze sozialrevolutionäre Agrarprogramm annahmen, d. h. wir gingen ein unzweifelhaftes Kompromiß ein, um den Bauern zu beweisen, daß wir sie nicht majorisieren, sondern uns mit ihnen verständigen wollen. Gleichzeitig schlugen wir (und verwirklichten bald darauf) einen formalen politischen Block mit Beteiligung an der Regierung den „linken Sozialrevolutionären" vor, die diesen Block nach Abschluß des Brester Friedens sprengten."

Die Notwendigkeit eines neuerlichen Kompromisses tauchte gebieterisch im Frühjahr 1921 auf. Diese Notwendigkeit stellt Lenin folgendermaßen dar (Rede auf dem 10. Parteitag der K. P. R.):

„Wir wissen, daß nur die Verständigung mit dem Bauerntum die sozialistische Revolution in Rußland retten kann, solange nicht die Revolution in anderen Ländern zum Durchbruch gekommen ist. Das müssen wir offen auf allen unseren Versammlungen und in unserer ganzen Presse aussprechen. Wir dürfen uns nicht bemühen, irgend etwas zu verheimlichen, sondern müssen offen aussprechen, daß das Bauerntum mit der Form von gesellschaftlichen Verhältnissen, die sich bei uns herausgebildet hat, unzufrieden ist, daß es diese Form nicht will und nicht so weiter existieren wird. Das ist unbestreitbar. Dieser Wille des Bauerntums ist deutlich zum Ausdruck gekommen: es ist der Wille einer ungeheuren

Mehrheit werktätiger Bevölkerung. Damit müssen wir rechnen, und wir sind genügend nüchterne Politiker, um offen zu erklären: „Das muß geprüft und geändert werden."

Die Grundlage der neuen ökonomischen Politik bildet die Ersetzung der Zwangsablieferung von Getreide durch die Naturalsteuer. In der Broschüre über Naturalsteuer heißt es hierüber:

„Im Resultate gestaltete sich die politische Situation im Frühjahr 1921 so, daß es dringend notwendig wurde, sofort entschiedene außerordentliche Maßnahmen zu treffen, um die Lage der Bauern zu verbessern und ihre produktiven Kräfte zu heben. Warum gerade die der Bauernschaft und nicht die der Arbeiterschaft?

Weil zur Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter Brot und Brennstoff notwendig sind. Gegenwärtig ist die größte „Behinderung" — unter dem Gesichtswinkel der gesamten Staatswirtschaft — gerade darauf zurückzuführen. Man kann aber die Getreideerzeugung und Getreideernte, die Brenn-Stoffbeschaffung und — Zustellung nicht anders fördern als durch eine Besserung der Lage der Bauern, durch Hebung ihrer produktiven Kräfte. Man muß mit den Bauern beginnen. Wer dies nicht begreift, wer geneigt ist, zu vermuten, daß hierdurch die Bauern an die erste Stelle gerückt werden sollen, wer geneigt ist, hierin einen „Verzicht" oder eine Art Verzicht auf die Diktatur des Proletariats zu erkennen, vertieft sich nicht in das Problem, sondern liefert sich der Macht der Phrase aus. Die Diktatur des Proletariats bedeutet die politische Leitung durch das Proletariat, das Proletariat muß als führende, als herrschende Klasse es verstehen, die Politik so zu lenken, daß es in erster Linie die dringendste, die brennendste Frage zu lösen vermag. Am dringendsten ist es gegenwärtig, Maßnahmen zur Hebung der produktiven Kräfte innerhalb der Bauernschaft zu treffen. Nur auf diesem Wege wird es möglich sein, sowohl die Lage der Arbeiter zu verbessern als auch das Band zwischen Arbeitern und Bauern zu festigen, die Diktatur des Proletariats zu stärken. Jener Proletarier oder Vertreter des Proletariats, der auf einem anderen Wege eine Besserung der Lage der Arbeiter herbeiführen wollte, würde in Wirklichkeit zu einem Helfershelfer der Weißgardisten und Kapitalisten werden. Denn diesen Weg nicht gehen, heißt, die Fach-

gruppeninteressen der Arbeiter über ihre Klasseninteressen zu stellen, heißt, den Interessen eines unmittelbaren, augenblicklichen Teilvorteiles der Arbeiter die Interessen der gesamten Arbeiterklasse, ihrer Diktatur, ihres Bundes mit den Bauern gegen die Grundbesitzer und Kapitalisten, ihrer führenden Rolle im Kampfe um die Befreiung der Arbeit vom Joche des Kapitals zum Opfer zu bringen.

Somit sind an erster Stelle sofortige und ernstliche Maßnahmen zur Hebung der produktiven Kräfte der Bauernschaft vonnöten.

Dies läßt sich nicht ohne eine ernste Aenderung der Verpflegungspolitik durchführen. Eine solche Aenderung würde die Ersetzung der Zwangsablieferung durch die Naturalsteuer sein, die nach Leistung der Steuer mit dem freien Handel, zum mindesten im örtlichen Wirtschaftsaustausch, verknüpft ist.

Worin besteht das Wesentliche in dieser Ersetzung der Zwangsablieferung durch die Naturalsteuer? Hierüber sind sehr irrige Vorstellungen verbreitet. Die Irrigkeit dieser Vorstellungen ist zum größten Teil darauf zurückzuführen, daß man nicht in das Wesen des Ueberganges eindringt, sich nicht fragt, von wo und wohin der Uebergang erfolgt. Man stellt sich die Sache so vor, als handelte es sich um einen Uebergang vom Kommunismus als solchem zur Bürgerlichkeit überhaupt. Diesem Irrtum gegenüber muß man unvermeidlich auf das hinweisen, was im Mai 1918 gesagt wurde.

Naturalsteuer ist eine Form des Ueberganges von einem durch die äußerste Not, durch Krieg und Zerstörung erzwungenen eigenartigen „Kriegskommunismus" zu einem geregelten sozialistischen Austausch von Produkten. Dieser wiederum ist eine Uebergangsform eines durch das Vorherrschen der Kleinbauern in der Bevölkerung mit besonderen Eigentümlichkeiten verknüpften Sozialismus zum Kommunismus.

Der eigenartige „Kriegskommunismus" bestand darin, daß wir tatsächlich den Bauern alle Ueberschüsse und mitunter nicht nur diese, sondern einen Teil der für sie notwendigen Lebensmittel fortnahmen, um den Bedarf des Heeres und der Arbeiter zu decken. Größtenteils nahmen wir den Bauern diese Lebensmittel auf Kredit, gegen Papiergeld, fort. Anders konnten wir in dem zerrütteten Lande der Kleinbauern nicht über die Gutsbesitzer und Kapitalisten siegen . . .

Hierbei darf noch das eine nicht übersehen werden. Die Not und die Zerstörung sind derart, daß wir nicht imstande sind, die staatliche sozialistische Groß- und Fabrikindustrie auf einmal wieder herzustellen. Hierzu bedarf es großer Vorräte an Getreide und Brennstoffen an den Hauptpunkten der Großindustrie, bedarf es einer Auswechselung der abgenutzten Maschinen usw. Wir haben aus den Erfahrungen gelernt, daß man dies nicht auf einmal erreichen kann, und wir wissen, daß selbst die reichsten und vorgeschrittensten Länder nach dem zerstörenden imperialistischen Kriege nur im Laufe einer Reihe von Jahren imstande sein werden, diese Aufgaben zu lösen. Es ist somit notwendig, in gewissem Maße die Wiederherstellung der Kleinindustrie zu fördern, die weder Maschinen benötigt, noch staatliche oder große Vorräte an Rohmaterialien, Brennstoffen und Lebensmitteln erfordert, und die sofort der Bauernwirtschaft eine gewisse Hilfe zu leisten und ihre produktiven Kräfte zu heben vermag.

Was ergibt sich hieraus?

Es ergibt sich auf der Grundlage einer gewissen (wenn auch nur örtlichen) Handelsfreiheit eine Wiederbelebung des Kleinbürgertums und des Kapitalismus. Es ist dies ohne Zweifel richtig. Es wäre lächerlich, sich dem verschließen zu wollen . .

Oder (die letzte mögliche und einzig vernünftige Politik) man versucht nicht, die Entwicklung des Kapitalismus zu verhindern oder zu verbieten, sondern man bemüht sich, sie in das Becken des Staatskapitalismus zu leiten. Es ist dies wirtschaftlich möglich, denn der Staatskapitalismus ist in dieser oder jener Form, in diesem oder jenem Grade überall dort vorhanden, wo überhaupt Elemente des freien Handels und des Kapitalismus anzutreffen sind.

Ist es möglich, den Rätestaat, die Diktatur des Proletariats mit dem Staatskapitalismus zu vereinigen und in Einklang zu bringen?

Gewiß ist es möglich. Ich habe dies im Mai 1918 zu beweisen versucht. Und ich hoffe, daß ich im Mai 1918 auch den Beweis hierfür erbracht habe. Mehr als das. Ich habe damals auch bewiesen, daß der Staatskapitalismus einen Schritt vorwärts bedeutet, gemessen am Element des Kleinbesitzes (am kleinpatriarchalischen und kleinbürgerlichen Element). Man macht einen ungeheuren Fehler, indem man

den Staatskapitalismus nur dem Sozialismus gegenüberstellt, wohingegen es in der gegebenen wirtschaftspolitischen Situation unbedingt notwendig ist, den Staatskapitalismus mit der kleinbürgerlichen Produktion in Vergleich zu stellen. Die ganze Frage besteht sowohl theoretisch als auch praktisch darin, richtige Methoden dafür zu finden, wie man die (bis zu einem gewissen Grade und für eine gewisse Frist) unvermeidliche Entwicklung des Kapitalismus in das Bett des Staatskapitalismus lenken soll, wie man die Verhältnisse hierzu gestalten muß, wie man die Umwandlung des künftigen staatlichen Kapitalismus in Sozialismus in naher Zukunft sicherstellen soll."

Die Wirtschaftspolitik Rußlands bewegt sich seither in dieser Richtung. Auf dem 11. Kongreß der K. P. R. hat Lenin einen Rückblick auf die Entwicklung eines Jahres der neuen Wirtschaftspolitik geworfen. Aus seiner Rede zitieren wir:

„Die neue Wirtschaftspolitik ist für uns wichtig als die Prüfung dessen, wie wir wirklich den Zusammenschluß mit der Bauernwirtschaft erreichen. Wir konnten nicht genügend darüber nachdenken in der vorletzten Epoche der Entwicklung unserer Revolution, da unsere Aufmerksamkeit und unsere Kräfte hauptsächlich der Aufgabe der Abwehr der Invasion gewidmet waren bezw. von ihr beinahe absorbiert wurden. Die Umkehr zur neuen Wirtschaftspolitik wurde auf dem vorigen Kongreß mit einer außerordentlichen Einhelligkeit beschlossen.

Diese Einhelligkeit hat gezeigt, daß die Notwendigkeit des neuen Weges zur sozialistischen Wirtschaft absolut reif war. Leute, die in vielen Fragen auseinandergingen, von verschiedenen Gesichtspunkten aus die Lage einschätzten, kamen ohne Schwankungen sehr schnell zur Ansicht, daß wir noch über keinen wirklichen Weg zur sozialistischen Wirtschaft verfügten, und daß die neue Wirtschaftspolitik die einzige Möglichkeit ist, diesen Weg zu finden. Infolge der Entwicklung der militärischen und politischen Geschehnisse, infolge der Entwicklung des Kapitalismus im alten kulturellen Westen und der gesellschaftlichen und politischen Bedingungen in den Kolonien, mußten wir als erste die Bresche in die alte kapitalistische Welt in einem Augenblick schlagen, da unser Land wirtschaftlich wenn nicht das rückschrittlichste,

so doch eines der rückschrittlichsten war. Die ungeheure Mehrheit der Bauernschaft in unserem Lande führt kleine individuelle Wirtschaft. Der Aufbau dessen, was wir aus dem von uns geplanten Programm der kommunistischen Gesellschaft gleich aufbauen konnten, geschah bis zu einem gewissen Grade abseits von dem, was in den breitesten Bauernmassen vorging, denen wir die schwersten Verpflichtungen auferlegten, die wir damit rechtfertigten, daß der Krieg kein Schwanken in dieser Beziehung zuläßt. Diese Rechtfertigung wurde von der Bauernschaft im großen und ganzen angenommen. Die Bauernmasse hat eingesehen und verstanden, daß diese ihr auferlegte ungeheure Last notwendig war, um die Arbeiter- und Bauernmacht gegen die Großgrundbesitzer zu verteidigen, um von der kapitalistischen Invasion, die drohte, alle Revolutionseroberungen zu beseitigen, nicht erdrosselt zu werden. Aber es gab keinen Zusammenhang zwischen der Wirtschaft, die in den nationalisierten, sozialisierten Fabriken, Werken und Sowjetwirtschaften aufgebaut wurde, und der Bauernschaft.

Die neue Wirtschaft, die wir zu schaffen versuchten, hatte keinen Zusammenhang mit der Bauernwirtschaft. Besteht dieser gegenwärtig? Nein, wir bewegen uns nur in seiner Richtung. Die ganze Bedeutung der neuen Wirtschaftspolitik, die man in unserer Presse noch immer überall, nur nicht dort sucht, wo sie sich befindet, besteht in folgendem und nur in folgendem: durch die neue Wirtschaft, die wir mit ungeheurer Mühe schaffen, vollziehen wir den Zusammenschluß. Gerade darin besteht unser Verdienst, ohne dies wären wir nicht die revolutionären Kommunisten. Wir haben begonnen, die neue Wirtschaft nach vollkommen neuen Methoden aufzubauen, ohne uns an alte zu halten. Hätten wir diesen Aufbau nicht begonnen, so wären wir schon in den ersten Monaten auf den Kopf geschlagen gewesen.

Wir bauen unsere Wirtschaft auf im Zusammenhange mit der Bauernschaft. Wir müssen sie mehrmals umarbeiten und so organisieren, daß ein Zusammenschluß unserer sozialistischen Arbeit in der Großindustrie und der Landwirtschaft mit jener Arbeit vorhanden ist, die jeder Bauer leistet, und die er so einrichtet, wie er kann. Es ist unsere Aufgabe, diesen Zusammenschluß offenkundig zu machen, durchzusetzen, daß die ganze Masse der Bauernschaft einsieht, daß

ein Zusammenhang zwischen ihrem gegenwärtigen schweren, elendesten, qualvollsten Bettlerleben und jener Arbeit besteht, die von fernen sozialistischen Idealen geleitet wird. Unsere Arbeit hilft ihm. Er, der einfache, durchschnittliche, werktätige Mensch, versteht, daß er uns eine gewisse Verbesserung seiner Lage verdankt, und zwar nicht auf eine Weise verdankt, wie es bei wenigen Bauern in der Periode der Macht der Großgrundbesitzer und des Kapitalismus der Fall war, in einer Periode, da jede Verbesserung — es gab zweifellos Verbesserungen, es gab auch sehr große Verbesserungen — mit einer Verspottung, mit einer Profanierung, mit einer Erniedrigung des Bauern, mit einer Vergewaltigung der Massen verbunden war, die kein Bauer vergessen hat, und die jahrzehntelang kein Bauer in Rußland vergessen wird. Unser Ziel ist es, einen solchen Zusammenschluß herzustellen, dem Bauern durch Taten zu beweisen, daß wir mit dem beginnen, was ihm verständlich, bekannt und trotz seiner ganzen tiefsten Armut gegenwärtig erreichbar ist, und nicht mit etwas Entferntem, vom bäuerlichen Standpunkt Phantastischem, daß wir ihm helfen können, daß der Kommunismus das ist, was ihm in seiner schweren Lage eines ruinierten, verarmten, qualvoll hungernden Kleinbauern gegenwärtig in der Tat hilft. Es ist vollkommen unvermeidlich, daß entweder wir ihm dies beweisen, oder er uns zu allen Teufeln schickt.

Das ist die Bedeutung der neuen Wirtschaftspolitik. Das ist die Grundlage von allem, und dieser Umstand ist unsere Hauptlehre der Anwendung der neuen Wirtschaftspolitik im ganzen vergangenen Jahre und sozusagen unsere politische Hauptregel im nächsten Jahre.

Die Bauern geben uns hier einen Kredit. Aber dieser Kredit kann nicht unerschöpflich sein. Dies muß man wissen, und, obgleich man den Kredit bekommen hat, muß man sich doch ein wenig beeilen. Wir nähern uns unvermeidlich dieser Prüfung, und sie wird letzten Endes das Schicksal der neuen Wirtschaftspolitik und der kommunistischen Macht in Rußland entscheiden . . .

Der Staatskapitalismus. In der Frage des Staatskapitalismus begeht unsere Presse und überhaupt unsere Partei den Fehler, daß wir in den Intellektualismus, in den Liberalismus verfallen. Wir spekulieren darüber, wie man den Staatskapitalismus auffassen soll, und schauen in die

alten Bücher hinein. In diesen steht aber etwas ganz anderes geschrieben. Es ist in ihnen über den Staatskapitalismus geschrieben, der unter der Herrschaft des Kapitalismus vorkommt. Es gibt aber kein Buch über den Staatskapitalismus, der unter der Diktatur des Proletariats vorkommt. Sogar Marx hat kein Wort darüber geschrieben und starb, ohne ein genaues Zitat und ohne unwiderlegbare Weisungen zu hinterlassen. Deshalb müssen wir uns selbst ohne Zitate helfen. Ich habe versucht, unsere Presse anzuschauen. In ihren Vorbereitungen zum heutigen Referat über die Frage des Staatskapitalismus spricht sie über etwas ganz anderes, geht am eigentlichen Gegenstande vorbei. In der ganzen wirtschaftlichen Literatur versteht man unter Staatskapitalismus jenen Kapitalismus, der in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung vorkommt, wenn die Staatsmacht diese oder jene kapitalistischen Unternehmungen sich direkt unterwirft. Wir aber haben einen proletarischen Staat, der sich auf das Proletariat stützt, dessen Organe vom Proletariat gewählt sind. Unser Staat gibt dem Proletariat alle politischen Vorrechte und zieht die Bauernschaft von unten durch das Proletariat an sich heran. Ihr erinnert Euch, daß wir diese Arbeit mit den Dorfarmenkomitees begonnen haben. Deshalb werden viele und sehr viele durch den Staatskapitalismus verwirrt. Um nicht verwirrt zu werden, muß man stets an das Grundlegende denken, daran, daß der Staatskapitalismus, in der Form, wie wir ihn gegenwärtig haben, in keiner Theorie, in keiner Literatur analysiert worden ist, aus dem einfachen Grunde, weil alle Begriffe, die mit diesem Worte verknüpft sind, sich auf die bürgerliche Macht in der kapitalistischen Gesellschaft beziehen. Und wir haben einen Staat, der das kapitalistische Geleise verlassen hat und noch nicht auf das neue Geleise geraten ist. Dieser Staat wird aber nicht von der Bourgeoisie, sondern vom Proletariat geleitet, und wir wollen nicht verstehen, daß, wenn wir „Staat" sagen, so der Staat wir, das Proletariat, die Avantgarde der Arbeiter ist. Der Staatskapitalismus ist jener Kapitalismus, den zu beschränken, dessen Grenzen festzustellen wir imstande sein werden; dieser Staatskapitalismus ist mit dem Staate verbunden, und der Staat, das sind Arbeiter, der vorgeschrittenste Teil der Arbeiter, die Avantgarde, das sind wir. Der Staatskapitalismus, das ist jener Kapitalismus, dem wir

bestimmte Grenzen setzen müssen, die aber zu setzen wir bisher nicht gekonnt haben. Das ist alles. Und das hängt schon von uns ab, wie dieser Staatskapitalismus sein wird ...

Die Einstellung des Rückzuges. Jetzt gehe ich zur Frage der Einstellung des Rückzuges über, über die ich schon in meiner Rede auf dem Kongreß der Metallarbeiter gesprochen habe. Weder in der Parteipresse, noch in den Privatbriefen der Genossen, noch im Zentralkomitee bin ich seitdem irgendwelchen Erwiderungen begegnet. Das Zentralkomitee hat meinen Plan gebilligt. Mein Plan bestand darin, diese Einstellung des Rückzuges auch im Referat im Namen des Zentralkomitees auf diesem Kongreß mit aller Energie zu unterstreichen und den Kongreß zu bitten, entsprechende bindende Direktiven schon im Namen der ganzen Partei herauszugeben. Wir gingen ein Jahr lang zurück. Wir müssen jetzt im Namen der Partei sagen: Genug! Das Ziel, das wir durch den Rückzug verfolgten, ist erreicht. Diese Periode endigt, beziehungsweise, sie ist schon beendigt. Jetzt tritt ein anderes Ziel hervor, die Umgruppierung der Kräfte. Wir sind an einer neuen Stelle angekommen. Wir haben den Rückzug im großen und ganzen in einer verhältnismäßigen Ordnung vorgenommen. Es mangelte wohl an verschiedenen Stellen nicht an Stimmen, die diesen Rückzug in einen panikartigen verwandeln wollten. Die einen sagten, daß wir an diesem oder jenem Punkte unrichtig den Rückzug vornehmen, wie z. B. einige Vertreter der Gruppe, die den Namen „Arbeiteropposition" (nach meiner Ansicht haben sie diesen Namen mit Unrecht getragen) trug; infolge des übermäßigen Eifers gingen sie nach einer Tür; sie sind aber in eine andere Tür geraten, und jetzt haben sie es deutlich gezeigt. Sie sahen damals nicht, daß ihre Tätigkeit in Wirklichkeit nur die Wirkung hatte, Panik zu verbreiten, daß sie die disziplinierte Vornahme des Rückzuges verhinderte.

Der Rückzug ist eine schwierige Sache, besonders für jene Revolutionäre, die an Vormärsche gewöhnt sind, die gewöhnt waren, einige Jahre mit riesenhaften Erfolgen vorzugehen, die von den Revolutionären anderer Länder umgeben sind, die nur daran denken, die Offensive zu beginnen. Es war uns klar, daß, eben weil wir im Laufe von vielen Jahren erfolgreich vormarschiert sind und so viele ungeheure Siege errungen haben, und da dies alles ein vollkommen ruiniertes,

aller materiellen Voraussetzungen beraubtes Land leistete, es eben zur Befestigung dieses Vormarsches unbedingt notwendig war, den Rückzug vorzunehmen. Da wir so viel erobert haben, konnten wir nicht alle Stellungen halten, die wir im ersten Angriff eingenommen haben; andererseits aber nur, weil wir im ersten Angriff, dank dem Enthusiasmus der Arbeiter und der Bauern, ungeheuer viel eingenommen haben, hatten wir so viel Raum, daß wir uns noch sehr weit zurückziehen konnten und uns jetzt noch weiter zurückziehen können, ohne dabei das Wichtigste und Grundlegendste zu verlieren. Die Panik ist das Gefährlichste beim Rückzug. Im Falle des Rückzuges einer ganzen Armee (ich spreche hier in Metaphoren), kann nicht die Stimmung der Periode, da alles nach vorwärts ging, vorhanden sein. Da begegnet man bei jedem Schritte einer bis zu einem gewissen Grade gedrückten Stimmung.

Der Rückzug ist beendet, es muß jetzt eine Umgruppierung der Kräfte vorgenommen werden. Dies ist die Direktive, die der Kongreß beschließen muß, die der Geschäftigkeit, der Unruhe ein Ende setzen wird. Beruhigt Euch, geistreichelt nicht, dies wäre ein Minus. Man muß praktisch beweisen, daß wir nicht schlechter als die Kapitalisten arbeiten. Die Kapitalisten stellen den wirtschaftlichen Zusammenschluß mit der Bauernschaft her, um sich zu bereichern; Du aber mußt den Zusammenschluß mit der bäuerlichen Wirtschaft herstellen, um die wirtschaftliche Macht unseres proletarischen Staates zu stärken. Du hast ein Uebergewicht über die Kapitalisten, da die Staatsmacht in Deinen Händen liegt, da Du über eine Reihe von wirtschaftlichen Mitteln verfügst. Du kannst sie nur nicht benutzen; betrachte nüchtern die Dinge, wirf die Theatergewänder ab, das feierliche kommunistische Gewand, lerne einfach die einfache Sache, und dann werden wir den Privatkapitalisten schlagen. Wir verfügen über die Staatsmacht, wir besitzen eine Reihe von wirtschaftlichen Mitteln. Schlagen wir den Kapitalismus, und stellen wir den Zusammenschluß mit der Bauernwirtschaft her, so werden wir die absolute unbesiegbare Kraft werden. Dann wird der sozialistische Aufbau nicht das Werk eines Tropfens im Meere, wie die kommunistische Partei ihn darstellt, sondern das Werk der gesamten werktätigen Massen sein. Der Durchschnitts-

bauer wird dann sehen: sie helfen uns. Und er wird uns dann auf eine solche Art und Weise folgen, daß diese Gangart wohl hundertmal langsamer, dafür aber millionenmal fester und unerschütterlich sein wird.

In diesem Sinne muß man über die Einstellung des Rückzuges sprechen; und es wird richtig sein, diese Losung in dieser oder jener Formulierung zum Beschluß des Kongresses zu erheben."

Zusammenfassend in der Schlußrede des Kongresses.

„. . . Wir haben unsere Revolution auf eine in der Welt noch nie dagewesene Höhe emporgehoben. Keine Macht der Welt wird, soviel Unheil, Not und Marter sie auch Millionen und Abermillionen von Menschen bringen mag, die grundlegenden Errungenschaften unserer Revolution rückgängig machen, denn dies sind nicht mehr „unsere" Errungenschaften, sondern historische Welterrungenschaften. Als es sich im Frühling 1921 herausgestellt hatte, daß unserer Vorhut der Revolution die Gefahr drohe, sich der Masse des Volkes zu entfremden, sich von der Bauernmasse, die sie tüchtig vorwärts zu führen hat, zu trennen, da beschlossen wir einmütig und fest, den Rückzug anzutreten. Und so vollzogen wir im verflossenen Jahr den Rückzug im großen und ganzen in revolutionärer Ordnung.

Die Revolutionen des Proletariats, die in allen fortgeschrittenen Ländern der Welt heranreifen, vermögen ihre Aufgabe nicht zu bewältigen, ohne daß sie die Fähigkeit, selbstlos zu kämpfen, mit der Fähigkeit zum Rückzug in revolutionärer Ordnung paaren. Die Erfahrungen der zweiten Phase unseres Kampfes, d. h. die Erfahrungen des Rückzuges, werden in Zukunft den Arbeitern wenigstens mancher Länder wahrscheinlich ebenfalls zugute kommen, wie zweifellos den Arbeitern aller Länder unsere Erfahrungen der ersten Etappe die Revolution, die Erfahrungen des restlos kühnen Angriffs, zugute kommen werden.

Nun haben wir beschlossen, dem Rückzug Einhalt zu gebieten. Das heißt soviel, wie die ganze Aufgabe unserer Politik neu anzupacken.

Der Kern besteht nun darin, daß die Avantgarde nicht vor der Aufgabe zurückscheue, an sich selbst zu arbeiten, sich selbst umzumodeln, in aller Offenheit die eigene ungenügende Vorbereitung, das mangelnde Können einzugestehen.

Der Kern besteht darin, daß wir uns jetzt in viel breiterer und mächtigerer Masse vorwärts bewegen, und zwar nicht anders als in Gemeinschaft mit der Bauernschaft, der wir durch Taten, Praxis, Erfahrung den Nachweis erbringen müssen, daß wir ihr zu helfen wissen und sie vorwärts zu führen lernen und es auch erlernt haben werden. Die Aufgabe kann bei der gegenwärtigen internationalen Situation und bei dem jetzigen Stand der Produktivkräfte Rußlands nur bewältigt werden, indem man sie langsam, bedächtig, sachlich auffaßt und in der Praxis tausendmal jeden Schritt abwägt.

Würden in unserer Partei Stimmen gegen diese höchst langsame und höchst vorsichtige Bewegung laut werden, so blieben diese Stimmen vereinzelt.

Die Partei hat im ganzen begriffen und wird durch Taten beweisen, daß sie die Notwendigkeit erfaßt hat, im gegebenen Moment ihre Arbeit so und nicht anders aufzubauen. Und sobald wir dies begriffen haben, werden wir auch unser Ziel zu erreichen wissen"*)

N. Lenin.

Die Wirtschaftsplan-Kommission.

(„Gosplan".)

Unsere revolutionäre Regierung hat die Wirtschaftsplan Kommission (kurzweg als „Gosplan" = Staatsplan bezeichnet) des Arbeits- und Verteidigungssowjets zur praktischen Durchführung und Befestigung der kommunistischen Wirtschaft ins Leben gerufen. Nach dem Uebergang zur neuen Wirtschaftspolitik hat sich diese Kommission ebenfalls bewährt; ja, sie hat sogar an Bedeutung zugenommen.

Wer für das Problem der Verwirklichung der wirtschaftlichen Ziele der russischen Revolution und für die praktischen Schwierigkeiten, die der Uebergang zum Sozialismus bietet, Interesse hat, soll diese eigenartige Institution, die keine Vorläufer hat, kennen lernen.

*) Die Zusammenstellung wurde von E. Varga besorgt.

Die Wirtschaftsplan-Kommission ist faktisch eine neue Form der obersten Verwaltung. Sie lenkt die Tätigkeit unserer wirtschaftlichen Hauptkommissariate, des Allrussischen Volkswirtschaftsrates, des Volkskommissariates für Landwirtschaft, des Volkskommissariates für Finanzen, des Außenhandelskommissariates und des Volkskommissariates für das Verkehrswesen. Außerdem untersteht ihr die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit, die von e i n e m einzigen Kommissariat nicht erledigt werden kann, in erster Linie die Rayoneinteilung Rußlands. Sie leitet ebenfalls unsere gesamte wirtschaftliche Innen- und Außenpolitik.

Die Wirtschaftsplan-Kommission hat nicht die Befugnis eines selbständigen Regierungsorganes, sie ist vielmehr ein Beratungsorgan des Arbeits- und Verteidigungsrates. Dabei werden ihr von allen obersten Regierungs- und Verwaltungsstellen nicht nur Aufgaben zugewiesen zur Vorbereitung und Erforschung der grundlegenden wirtschaftlichen Maßnahmen, sondern sie hat mitunter auch die Funktionen der Regierungsorgane selbst zu erfüllen.

Die ursprüngliche Aufgabe der Wirtschaftsplan-Kommission bestand in der Durchführung eines einheitlichen Wirtschaftsplanes. Nachdem die Erfahrung gezeigt hatte, daß der zur Verfügung stehende Fond an Organisationskraft und Betriebskapital einerseits und die von der Kommission sorgfältig studierten Bedürfnisse des Bauerntums andererseits der vollkommenen Lösung dieser Aufgaben nicht angemessen waren, ergab sich von selbst die neue Wirtschaftspolitik. Augenblicklich hat die W. P. K. hauptsächlich die Förderung der Großindustrie, als „Staatsindustrie" mit kommunistischem Einschlag, soweit es in gegenwärtiger kapitalistischer Umkreisung möglich ist, zur Aufgabe. Die Großindustrie bleibt auch unter den obwaltenden Verhältnissen das eigentliche Bollwerk des Kampfes, den das Proletariat noch zu führen hat. Die W. P. K. sucht nicht allein die Mittel und Wege, um die Großindustrie wieder herzustellen, sondern auch, um sie in das richtige Verhältnis zu dem gesamten wirtschaftlichen Leben des Landes zu bringen. Um die Diktatur der Arbeiterklasse in einem Bauernlande zu ermöglichen, schafft die W. P. K. Formen, die auf eine wirtschaftliche Diktatur der in den Händen des Proletariats sich befindenden Großindustrie hinauslaufen. Das Bündnis mit dem Bauerntum, das von unseren Führern als Tageslosung pro-

klamiert worden ist, wird ökonomisch verwirklicht vor allem durch die Ausnutzung der wieder auflebenden Großindustrie, von der verlangt wird, daß sie dem Bauern Vorteile biete, wirklichen Nutzen bringe, für die erhaltenen Landesprodukte vollen Gegenwert leiste und so bei der Wiederherstellung der Landwirtschaft mitwirke.

Dem Arbeitsfeld der W. P. K. entsprechen ihre Arbeitskräfte. Wir finden da eine Reihe von Parteigenossen, die Wirtschaftler sind und unter der aktiven Mitwirkung der besten wissenschaftlichen Kräfte des Landes arbeiten. Die W. P. K. hat die Blüte der russischen Gelehrten um sich gesammelt. Ingenieure, Agronomen und andere Fachleute verknüpfen ihre vitalen Interessen immer mehr und mehr mit den Interessen der Arbeiter und Bauern und werden somit die Erbauer des Kommunismus in der Sowjetrepublik. Vorläufig sind sie noch nicht zahlreich, aber die ihnen tatsächlich gewährte Freiheit der Initiative, all die neuen Maßnahmen und das Ausmaß der wirtschaftlichen Arbeiten der Republik, das einen kapitalistischen Staat weit übertrifft, sowie unsere Bereitwilligkeit, die Diktatur des Proletariats auf Grund der wissenschaftlichen Prognose zu gründen, bringt uns von Tag zu Tag die Vertreter der Wissenschaft näher. Die W. P. K. ist der Stab geworden, wo sich diese Gelehrten zusammenfinden und wo sie ihrem Verständnis und ihrer Autorität angemessene Aufgaben zu lösen haben.

Wir wollen die Hauptaufgaben der W. P. K. flüchtig skizzieren. An erster Stelle steht die Bildung kombinierter Betriebe auf Grund wissenschaftlich-technischer Rationalisierung. Es werden verschiedene Maßnahmen getroffen zur Ersparnis der durch Wettbewerb und Schwankungen der Nachfrage entstehenden Mehrkosten. Zu diesem Zweck werden die ersten Schritte zur Normalisierung und Standardisierung getan, das Niveau der Maschinenbetriebe wird möglichst erhöht.

Die W. P. K. ist dabei unaufhörlich bemüht, als Kriterium bei Abschätzung der Rentabilität eines Unternehmens oder des Wertes einer Maßnahme nicht den Standpunkt des vorübergehenden Vorteils einzelner Personen, sondern den der dauernden Folgen für das ganze Land durchzuführen. Den abgelaufenen stürmischen Prozeß des Bruches der alten Wirtschaftsformen hat die W. P. K. in die Richtung einer bewußten Schöpfung gelenkt, der maximale Ersparnis und rationelle Ver-

wertung der Produktionsressourcen und -kräfte zugrunde gelegt wurden.

Der Plan für diese Tätigkeit wird an zentraler Stelle nur ganz allgemein entworfen. Die Ausführung wird den lokalen Institutionen, den sogenannten wirtschaftlichen Beratungsstellen, überlassen. Dieser Plan zerfällt in zwei Teile: in den Bauplan und den Ausbeutungsplan.

Der Bauplan sucht eine feste Basis sowohl für die Industrie als auch für die kommunistische Wirtschaft zu schaffen. Als solche soll die Elektrifizierung dienen. Die Schwierigkeit dieses Planes besteht im Mangel der Ressourcen. Die W. P. K. ist ungeachtet der großen Schwierigkeiten bemüht, dieses Werk durchzusetzen, und es ist ihr auch gelungen, manche Ressourcen des Landes dafür zu verwerten. Als Ergebnis sind zu verzeichnen: die in der Nähe von Petrograd bereits fertiggestellte elektrische Station an der Utkinschen Flußbucht und die im Bau befindliche Station am Wolchow; in der Nähe von Moskau ist die Station Kaschira vollendet. Andere Stationen sind teilweise errichtet, andere sind schon im Gange.

Der Ausbeutungsplan sämtlicher vorhandener und zu beschaffender Ressourcen erfordert einen besonders energischen Kraftaufwand. Die Hauptschwierigkeiten bestehen darin, daß eine Uebersicht über alle Ressourcen des Landes fehlt, und infolge der anhaltenden wirtschaftlichen Desorganisation ist es auch unmöglich, Reserven zu schaffen. Es fehlen ebenfalls infolge des Scheinbetriebes vieler Unternehmungen der feste Ausbeutungsmaßstab, sowie die stabile Geldeinheit und das Rentabilitätskriterium. Die Geldwirtschaft ist mit der Naturalwirtschaft verquickt, wodurch die Rentabilitätsberechnung noch schwieriger wird.

Die W. P. K. besteht aus der Sektion für Registratur und Verteilung der materiellen Ressourcen und Organisation der Arbeit, der Energetik-Sektion (das ist die reorganisierte Elektrifizierungskommission) mit der Untersektion für Heizmaterialien, der landwirtschaftlichen Sektion, der Industriesektion, der Sektion für das Verkehrswesen, der Finanzsektion, der Sektion für Außenhandel und der Rayonierungssektion.

Die Sektion für Registratur und Verteilung ist gegenwärtig die wichtigste Sektion. Eine Anzahl von Nationalökonomen und Statistikern bereitet für das kommende Jahr die voraussichtliche allgemeine Jahresbilanz, die zur planmäßigen Verwertung

der materiellen Ressourcen und Verteilung der Arbeit dienen soll, fertigt summarische Berichte über die Ausführung des allgemein-staatlichen Planes für das verflossene Rechnungsjahr an und leitet die Verteilung, indem sie den Plan des Vorjahres der jeweiligen wirtschaftlichen Konjunktur gemäß variiert.

Als Grundlage der gesamten wirtschaftlichen Ressourcenbeschaffung dienen bei uns die landwirtschaftlichen Ressourcen; unser wirtschaftliches Rechnungsjahr beginnt somit am 1. Oktober. Die geringe Entwicklung der Industrie und des industriellen Ackerbaues bringt uns die Abhängigkeit von dem zufälligen Ergebnis der Ernte. Die Sektion für Berechnung und Verteilung leistete im laufenden Jahre eine ungeheure Arbeit in der Neuverteilung der Getreidevorräte und Bezwingung der Hungersnot im Südosten. Von großer Bedeutung ist das Bestreben der Sektion, die Arbeitskräfte in dem Maße abzubauen, daß es möglich werde, deren Unterhaltung (den Natural- und Geldlohn) auf das gebührende Produktionsniveau zu bringen.

Besonders wertvolle Ergebnisse sind auf dem Gebiete der Registrierung und Verteilung der Heizmaterialien erzielt worden. Von allen Zentralämtern ist nach dem Plan der W. P. K. als erste die Zentralstelle für Heizmaterialien reorganisiert worden. Alle administrativen Organe für Produktion und für Rayonverteilung sind von der Hauptstelle abgesondert und dezentralisiert worden; sowohl die tatsächliche Berechnung und Buchung der Heizmaterialien an Ort und Stelle als auch die technische Kontrolle über den Verbrauch sind vervollkommnet worden. Auf diesem grundlegenden Gebiet sind wir bereits dabei, die Schwierigkeiten des Plansystems zu überwinden.

Unser Hauptbrennstoff ist Holz, aber Kohle und Erdöl sind für unsere Wirtschaft auch sehr wichtig. Wir haben auf diesem Gebiete vieles geleistet; im laufenden Jahr gab es keine Brennstoffkrise mehr. Dem Erdöl haben wir besondere Aufmerksamkeit gewidmet.

Unser Erdöl kostet uns nämlich vier- bis fünfmal weniger als ausländisches Heizmaterial, und vor allem geben unsere Erdölschätze uns die Hoffnung, unsere gesamte Volkswirtschaft entfalten zu können. Die Bedeutung der Motoren mit innerer Verbrennung in der modernen Industrie, die Erfolge der Flugtechnik und der Schiffahrt, die Einführung von Erdölheizung in der englischen Kriegsmarine und in der Flotte

anderer Länder, die große Nachfrage für Erdölprodukte auf dem Weltmarkt, alles dieses hat das Erdöl zum Träger einer neuen industriellen Valuta gemacht, die stabiler und sicherer ist als die Goldvaluta.

Die Sektion für das Verkehrswesen hat eine besonders schwierige Aufgabe zu bewältigen. Rußlands Transport ist derart zugrunde gerichtet, daß man so gut wie alles wieder aufbauen muß. Es kann aber unter den obwaltenden wirtschaftlichen Verhältnissen vom Aufbau kaum die Rede sein. Die Sektion ist bemüht, den katastrophalen Zustand der Lebensmittelzufuhr, den Schwellenhunger der Eisenbahnen, das Leerlaufen der Züge zu beseitigen, den Eisenbahntransport zu konzentrieren, ihn mit dem Wassertransport zu kombinieren und sonstige unzählige Organisationsfragen zu lösen.

Die Industriesektion hat viel geleistet, indem sie sämtliche Produktionsvorlagen und Programme einer genauen Prüfung unterzog. Dadurch hat man über alle Produktionsmöglichkeiten Aufschluß bekommen. Die Mängel unserer Industrie: — die Erschöpfung der materiellen Ressourcen, die Zersplitterung der Produktion, die Arbeitsstillegungen, die Ueberfüllung der Betriebe mit unqualifizierten Arbeitskräften, der Rückgang der Produktivität, der Mangel an Rechenschaft und an rationeller Bewirtschaftung — sind sorgfältig studiert, wichtige Maßnahmen ins Auge gefaßt und mehrere davon durchgeführt worden. Die Industrie steht entweder unter zentraler oder unter lokaler Leitung; ein Teil der Unternehmen wird vom Staate versorgt, der andere Teil ist auf Selbstversorgung angewiesen. Der Staat hat aber immer das Kaufvorrecht. Die Industrie ist in Rayons eingeteilt; außerdem sind, unter aktiver Mitwirkung der W. P. K., Gruppenverbände oder Trusts geschaffen worden. Der Arbeitslohn ist modifiziert worden. Anstatt des strengen Produktionsplans wird ein perspektivischer Plan ausgearbeitet, der sich auch auf Verwertung der Produkte erstreckt. Dieser Plan beruht auf den realen Zahlen der verabfolgten Heizmaterialien und Verpflegung. Die Industriebranchen selbst richten sich nach den Bedürfnissen der Volksmassen. Der Zusammenhang mit der europäischen Industrie wird immer gewahrt.

Die Sektion für Landwirtschaft hat die gegenwärtige Produktion der Landwirtschaft und die Erfordernisse der städtischen Bevölkerung und der Industrie festgestellt. Sie hat eine Reihe

von Maßnahmen zur Bekämpfung der Minderaussaat aufgestellt, verschiedene Probleme der Bodenbewirtschaftung, der Amelioration usw. studiert und Projekte von Staatsarbeiten mit Heranziehung ausländischen Kapitals ausgearbeitet. Die Sektion hat auch das Problem der Dürregefahr der südöstlichen Gouvernements in vollem Umfange aufgeworfen.

Die Rayonierungssektion bringt einen wichtigen Moment unserer Revolution zum Abschluß. Der alte Gouverneur aus der Zarenzeit ist nicht mehr da, aber die Einteilung von Gouvernements, die von Katharina herrührt und durch zufällige Auffassung zufälliger Günstlinge entschieden wurde, ist nach wie vor aufrecht erhalten. Bei der Lösung dieses höchst komplizierten Problems sind die neuen schöpferischen Kräfte, die während der Revolution entstanden sind, in Betracht gezogen und die Produktionszentren als Herde neuer Kultur und proletarischen Aufschwungs berücksichtigt worden. Die wirtschaftliche Rayoneinteilung soll eine Stütze für die Entwicklung neuer, höherer Arbeitsformen sein und deshalb vom energischsten Standpunkt aus durchgeführt werden. Die Rayons werden als kombinierte Wirtschaften aufgefaßt und nach dem Prinzip maximaler gemeinsamer Arbeitsfähigkeit gebildet. Die Rayoneinteilung soll die rückständigen Lebensformen der Provinz durchbrechen und zur Lösung der nationalen Fragen beitragen.

Zum Schluß sei die Grundtatsache hervorgehoben, auf der das ganze Werk der W. P. K. basiert, um so mehr, da die ausländischen Genossen darüber manchmal im unklaren sind. Das ist der M a ß s t a b d e r w i r t s c h a f t l i c h e n T ä t i g k e i t der R. S. F. S. R. Hier schlägt Quantität in Qualität um. Der Bauer und der Gutsbesitzer, der kleine Heimarbeiter und der Großindustrielle, alle diese Teilnehmer am Produktionsprozeß beschränken sich in ihrem Streben, den Arbeitsprozeß zu organisieren und zu maschinisieren auf diejenigen objektiven Ressourcen, die ihnen zur Verfügung stehen. Die Grenzen und Möglichkeiten der im Staatsmaßstabe organisierten Industrie sind ganz andere. Und zwar ist unsere äußerste Grenze, das Limitum, der Sozialismus selbst. Natürlich wird die W. P. K. noch vieles zu leisten haben, ehe sie das vollkommene Arbeitsmilieu für den produktiven Arbeiter geschaffen haben wird. Die Erfahrungen der rationell-wirtschaftlichen Organisierung und Ausnutzung der größten und wichtigsten Unternehmungen des Landes im einheitlichen Maßstabe

der R. S. F. S. R. ergeben ein ungewöhnliches geschichtliches Beispiel von Kraftersparnis und wirklicher Befreiung der arbeitenden Massen. Es soll auch damit gezeigt werden, daß die Sowjetmacht einzig und allein die wirklichen Interessen der Volkswirtschaft ausdrückt in der Form, die den Bedürfnissen der arbeitenden Massen und den Errungenschaften der modernen Technik gerecht wird. Die Technik und die Arbeiterklasse, beide aus der kapitalistischen Gesellschaft hervorgegangen und über dieselbe hinausgewachsen, sind der Reihe nach die Totengräber des Kapitalismus geworden und wirken jetzt, durch die W. P. K. vereinigt, als neue, noch nie dagewesene Formen der schöpferischen Zusammenarbeit und des Aufbaues.

J. Schatunowski.

I. Landwirtschaft.

Die Agrarverhältnisse und die Agrarrevolution in Rußland.

1. Die Agrarverhältnisse bis 1917.

Zur Beurteilung der historischen Bedeutung der russischen Revolution, zur Erfassung ihres sozialen Inhalts und ihrer Entwicklungstendenzen ist die Erkenntnis der Agrarumwälzung, die seit 1861 und besonders nach der ersten russischen Revolution 1905 stattgefunden hat, von größter Wichtigkeit. Es ist in der westeuropäischen Literatur die Meinung verbreitet, daß die Agrarverhältnisse in Rußland, die gutsherrlich-bäuerlichen Beziehungen, einer längst vergangenen feudalen Epoche angehörten, deren letzter Ausläufer in Rußland erhalten geblieben ist; daß der jahrzehntelange Kampf gegen den Zarismus nichts anderes als eine russische Wiederholung der französischen bürgerlichen Revolution des 18. Jahrhunderts war. Ausgehend von dieser falschen historischen Perspektive wird dann die russische Revolution von 1917 als eine typische bürgerliche Revolution bewertet, die jedoch in dem Oktoberumsturz und in der bolschewistischen Fortführung der Revolution eine über die wirtschaftliche Notwendigkeit hinausgehende, von sozialen Utopien ge-

tragene, der historischen Notwendigkeit nicht entsprechende und deshalb zum vollständigen Mißerfolg verurteilte Taktik anwandte.

Abgesehen von dieser schematischen Beurteilung der revolutionären Strategie, abgesehen davon, daß die russische Revolution so aus dem Komplex der imperialistischen Probleme der gesamten kapitalistischen Welt isoliert wird, wird dabei das Grundproblem der russischen Revolution, die Agrarfrage, vollständig falsch beurteilt. Man kann die Agrarverhältnisse eines Landes nicht aus der Gesamtheit der Volkswirtschaft nach Belieben herausgreifen. Sie sind ein lebendiger Teil des lebendigen Körpers. Wenn man noch in den 80er Jahren des vergangenen Jahrhunderts, also 20 Jahre nach der sogenannten Bauernbefreiung, in sozialistischen Kreisen eifrig und mit tiefem politischen Ernst um die Frage gekämpft hat, ob Rußland ein kapitalistischer Staat sei, so wurde dieser Streit durch die Revolution von 1905 politisch erledigt. Rußland war ein kapitalistischer Staat geworden, und der Kampf gegen die Ueberreste des Feudalismus, den die bürgerliche Klasse nicht zu führen imstande war, wurde von der Arbeiterschaft, als einer politisch selbständigen Klasse, mit den breiten Schichten der mittleren und kleinen Bauern in einer Front geführt. Es bedeutet also eine vollständige Verkennung der objektiven Tatsachen, wenn man noch jetzt in Rußland annimmt, daß die Basis der russischen Gesellschaft von 1861 bis 1917 die Agrarverfassung war, die auf feudaler Grundlage ruhte.

Freilich, die 1861 vom Zarismus durchgeführte Agrarreform war weit davon entfernt, den wirtschaftlichen und politischen Notwendigkeiten der damaligen Zeit gerecht zu werden. Sie wurde hervorgerufen durch den finanziellen Zusammenbruch des Staates und ermöglicht durch das Interesse der adeligen Grundherren an der Steigerung der Bodenproduktivität, der Erweiterung ihrer wirtschaftlichen Ergiebigkeit. Die Notwendigkeit einer Aenderung der wirtschaftlichen und rechtlichen Lage der Bauern, die Aufhebung der Leibeigenschaft, wurde gegeben durch die Steigerung des landwirtschaftlichen Exports in dem zweiten Viertel des 19. Jahrhunderts und durch die Bildung des inneren Marktes, der durch die ziemlich rasche Entwicklung der einheimischen Industrie entstanden ist. Von jeher war der landwirtschaftliche Betrieb in Rußland die feudale Grundwirtschaft, die mit leibeigenen Bauern und ihren Ge-

spannen wirtschaftete. Die Lieferanten der landwirtschaftlichen Produkte waren die feudalen Gutsherren, die, solange kein lohnender Export vorhanden war, kein Interesse hatten, bei der herrschenden Naturalwirtschaft eine Aenderung in der Produktivität des Bodens vorzunehmen. Dies änderte sich jedoch für den adeligen Grundbesitzer in dem Moment, wo erstens die Steigerung des Exportes bei hohen Kornpreisen eine höhere Rentabilität seines Gutes bringen konnte, und zweitens nachdem die sich entwickelnde — zuerst auf feudaler Grundlage — Fabrikindustrie eine Nachfrage nach den freien Arbeitskräften schuf. Der Boden gewann an Wert in den Augen des Grundherrn, und die Verwertungsmöglichkeit des leibeigenen Bauern eröffnete neue Perspektiven für die adeligen Sklavenhalter.

Nun bestanden aber im Lager der adeligen Grundherren verschiedene Schichten, deren wirtschaftliche Auffassungen in bezug auf die Bauernfrage nicht gleich waren. Wenn die großen adeligen Herren, hauptsächlich in den Nordgebieten, ein Interesse daran hatten, als Landlords in der Verpachtung der Güter die Quelle ihrer Revenuen zu finden, so waren die adeligen Gutsbesitzer im „Schwarzerde-Gebiet" auf dem Wege, sich als landwirtschaftliche Produzenten zu konstituieren und eine auf kapitalistischer Grundlage geführte Gutswirtschaft — für den inneren und äußeren Markt arbeitend — mit „freien" Landarbeitern aufzurichten. Wenn die erste Kategorie der Großgrundherren ein Interesse daran hatte, die Bauern an ihre Ländereien zu fesseln, um sie zur Pachtung des grundherrlichen Bodens zu zwingen, so waren die anderen Grundherren für die vollständige Expropriierung der bäuerlichen Bevölkerung, damit sie die vom Boden befreiten bäuerlichen Kräfte in Anspruch nehmen und ihre eigene Gutswirtschaft auf Kosten des bäuerlichen Besitzes erweitern konnten.

Die Reform von 1861 ist als Kompromiß dieser zwei Tendenzen zustande gekommen; bei Fortbestehen des reaktionären großadeligen Einflusses auf den Staat und die Verwaltung war sie außerstande, den Weg für die kapitalistische Entwicklung zu ebnen. Man hat den Bauern weder die volle persönliche Freiheit, noch den bäuerlichen Besitz in solchem Umfange gegeben, daß die Bauernwirtschaft lohn- und ertragsfähig gemacht worden wäre. Außerdem wurden die Bauern mit Abzahlungspflichten so belastet, daß sie in eine schwere wirtschaftliche Abhängigkeit gerieten.

Die Folge davon war, daß die Bauern, um ihren Boden erwerben und die Abzahlungsrate pünktlich abtragen zu können, gezwungen waren, entweder grundherrlichen Boden zu pachten oder ihre Arbeitskraft, sei es in der Landwirtschaft, in dem Handwerk oder in der Industrie, zu veräußern. Das hat dazu geführt, daß nicht nur in den nördlichen Gouvernements bei den adeligen Landlords, sondern auch bei den in dem Schwarzerde - Gebiet liegenden Gutswirtschaften das Pachtsystem, die Verpachtung an die Bauern, überhand genommen hat auf Kosten der adeligen Gutswirtschaft. Je mehr aber die Bauern gezwungen waren zu pachten, um so höher stieg der Pachtzins, um so schwerer wurde es, die Wirtschaft auf der notwendigen Höhe zu halten, um so „übervölkerter" wurde das Dorf.

Dabei kam noch folgendes hinzu: die Entwicklung der städtischen Industrie, der die zaristische Bürokratie große Schwierigkeiten in den Weg legte, ging nicht in solcher Schnelligkeit vor sich, daß sie die zuerst durch die Reform von 1861 freigemachten bäuerlichen Kräfte hätte aufnehmen können, und so ergab sich eine Erscheinung, die eine Quelle des ständigen Aufruhrs auf dem Lande bildete, der Landhunger der Bauern.

In der russischen marxistischen Literatur wurde schon Ende der neunziger Jahre darauf hingewiesen, daß in der Bauernschaft selbst unter dem Einfluß der sich entwickelten Geldwirtschaft eine tiefgehende soziale Differenzierung stattgefunden hat. Die kapitalistische Entwicklung in den Städten hat vor dem flachen Lande nicht Halt gemacht und nicht nur die unabhängigen adeligen Gutswirtschaften umgestürzt, sondern auch die durch das Gesetz und die Tradition geschützten Bauerngemeinschaften stark untergraben. Es zeigte sich die stark ausgeprägte Tendenz, trotz aller juristischen Eigentumsformen, zur Mobilisierung des Bodens in den Händen der Dorf-Bourgeoisie, wobei die Dorfreichen den Betrieb nach den Grundsätzen der kapitalistischen Produktion führten. Schon am Ende der neunziger Jahre konnte man in der marxistischen Literatur feststellen, daß die offizielle Klassifikation des bäuerlichen Besitzes nicht dem tatsächlichen Zustand entsprach. Es wurde festgestellt, daß der 1861 den Bauern übergebene Anteil (Nadjel) nicht identisch war oder, richtiger, sich nicht deckte mit der individuellen bäuerlichen Bodenbenutzung; je

länger, desto geringer wurde die wirtschaftliche Rolle des Nadjels in der Gesamtheit der individuellen bäuerlichen Bodenbenutzung. Es wächst der Anteil des gepachteten und des gekauften Bodens, wobei (und das ist eine charakteristische Erscheinung) die Dorfbourgeoisie nicht nur den adeligen Besitz pachtet, sondern auch die Nadjels der ärmeren und mittleren Bauern. Als soziale Folge dieser Erscheinung geht ein starker Proletarisierungsprozeß auf dem Dorfe vor sich, die Zahl der Zwergwirtschaften auf der einen Seite und die großen bäuerlichen Wirtschaften auf der anderen Seite wachsen auf Kosten des mittleren Bauern und auf Kosten des adeligen Grundbesitzes.

Nun hat aber dieser Prozeß der Hineinziehung des Dorfes in die kapitalistische Entwicklung der Stadt noch größere Schwierigkeiten zu überwinden als selbst die städtische Industrie. Die adelige Herrschaftsklasse im Staate legte der Entwicklung der städtischen Industrie politisch und wirtschaftlich Schwierigkeiten in den Weg, trotz ihrer Verflechtung mit den großkapitalistischen Interessen, weil diese einen Saugkanal für die bäuerliche Bevölkerung bildet und dadurch die Konkurrenz der bäuerlichen Pächter untereinander schwächt. Diese Politik verschärfte noch mehr die relative Uebervölkerung des Dorfes und machte es den freigemachten Elementen des Dorfes unmöglich, in den Städten Arbeitsgelegenheit zu finden. Erst nach der Revolution 1905 merkten die adeligen Herren den Fehler, den sie begingen, als sie auf diese Weise aus dem Dorfe einen Revolutionsherd machten.

Es ist eine vollkommen irrige Ansicht, daß die Aufrechterhaltung des „Mirs" zur gleichmäßigen Verarmung der Bauern geführt hat, ohne die Ausscheidung der Dorfbourgeoisie aus der Bevölkerung zu ermöglichen. Die Dorfbourgeoisie entwickelte sich ständig. Was ihr fehlte, war die f o r m e l l e Befreiung von den feudalen Fesseln sowohl in bezug auf den Besitz als auch in bezug auf den Boden. Die Stolypin'sche Reform war eben die feudal-kapitalistische Lösung der Revolutionsprobleme des Jahres 1905. Sie sollte das Problem des bäuerlichen Landhungers auf kapitalistischer Grundlage lösen, indem sie die Dorfbourgeoisie sich befestigen ließ und den schwächeren, bäuerlichen Besitzer in schnellem Tempo proletarisierte. Zur gleichen Zeit, in der die Stärkung der Dorfbourgeoisie vor sich ging, mußte auch der städtischen Industrie ein gewaltiger An-

trieb gegeben werden, um ihre Produktionsmöglichkeit in gleichem Schritt mit dem Prozeß der gewaltigen Proletarisierung des Dorfes zu halten. Dazu war aber die Periode der Stolypin'schen Konterrevolution nicht die geeignete Zeit, um diesen gewaltigen Aufschwung der russischen Industrie vorzubereiten.

Diese Stolypin'sche Agrarreform kam dabei zu spät. Sie nahm keine Rücksicht auf die imperialistische Entwicklung der Welt und auf die Verwicklung Rußlands in die imperialistische Weltpolitik. Die Periode des Imperialismus ließ keine Zeit für die Erweiterung der nationalen Basis der russischen Industrie, die an der imperialistischen Auseinandersetzung von 1914 teilnehmen mußte, zu. Die mit Gewaltmitteln versuchte Lösung der bäuerlichen Revolution, der gewaltsame Proletarisierungs- und Expropriierungsprozeß der mittleren und schwächeren Bauern ist nicht zum Abschluß gekommen. Die auf ihren kleinen Flecken sitzenden Bauern, die sich durch die Stolypin'sche Reform bedroht fühlten, wurden in den revolutionären Gärungsprozeß hineingedrängt, und am Anfange des Krieges war das russische Dorf noch viel mehr denn je mit revolutionärem Stoff angefüllt. Der Krieg war nicht imstande, diese sozialen Gegensätze in den Dörfern zu schlichten, vielmehr stieg durch die Steigerung des politischen Bewußtseins der Bauern, durch die Konsolidierung der Bauern in den Armeen die soziale Macht der großen Massen der mittleren und Kleinbauern. Damit mußte man bei der Regelung der Agrarverhältnisse viel mehr rechnen, als es dem adeligen und großkapitalistischen Herren lieb war.

Die Februarrevolution 1917 hat den feudal-kapitalistischen Weg der Lösung der Agrarfrage in Rußland beiseite gelassen. Die politische Gewalt der adeligen Grundherren war zusammengebrochen, und es wurde der Weg freigemacht, um den bäuerlichen Landhunger auf eine andere Weise zu stillen. Nicht dadurch, daß man den adeligen Grundbesitz unberührt ließ und den der Dorfbourgeoisie auf Kosten des mittleren und kleinbäuerlichen Besitzes erweiterte, sondern im Gegenteil den Landhunger der bäuerlichen Wirtschaften auf Kosten des adeligen grundherrlichen Besitzes stillte.

Von März bis Oktober 1917 ging der politische Kampf um diese Lösung des Agrarproblems vor sich. Acht Monate lang warteten die Bauernmassen auf die Proklamierung ihres

Rechtes auf den adeligen Besitz, den sie Generationen hindurch mit ihrem Blut und Schweiß getränkt hatten. Sie betrachteten diesen Boden als ihr eigen, weil eine Unmenge ihrer Arbeit drin lag. Nachdem sie aber einsahen, daß die politische Regelung von oben herab auf sich warten ließ und die bürgerliche Partei, die Kadetten, sowie die sozialistische Partei der Menschewiki und die sozialrevolutionäre Partei die Agrarreform im Sinne der bäuerlichen Wünsche nicht durchführten, schenkten die mittleren und kleinen Bauern ihre Stimme der bolschewistischen Partei und versuchten, ihre Rechte auf den grundherrlichen Boden in die Tat umzusetzen.

2. *Die revolutionäre Agrargesetzgebung nach 1917.*

Bei Beurteilung der revolutionären Agrargesetzgebung seit der Uebernahme der Macht durch die Mehrheit des allrussischen Arbeiter- und Bauernsowjets im Jahre 1917, in dem die politische Führung in den Händen der Partei der Bolschewiki lag, darf man nicht aus dem Auge verlieren, daß diese Politik auf der Koalition zwischen Arbeitern und Bauern basiert war. Von jeher war das Ziel der bolschewistischen Partei, im Gegensatze zu den Menschewiki, die revolutionären Bewegungen des Bauerntums mit dem proletarischen Kampf zusammenzufassen, ihn politisch zu beeinflussen und zu führen.

Auf dem Parteikongreß 1907 wurde in das Programm der bolschewistischen Fraktion die Nationalisierung des Grund und Bodens aufgenommen als die Forderung der übergroßen Mehrheit der Landbevölkerung. In dieser Losung sahen die Bolschewiki den konsequentesten Kampf gegen die adeligen Gutsherren und in der Realisierung dieser Forderung den einzigen Weg zur Entfaltung der Produktivkräfte der Bauernwirtschaft. Diese Forderung stand in keinem Gegensatz zu den proletarischen Interessen im Kampfe gegen den Zarismus für die demokratisch-bürgerliche Wirtschafts- und Staatsordnung.

Die Losung der Nationalisierung des Grund und Bodens war in der Tat kein Zugeständnis an die Illusionen der kleinbürgerlichen Ideologie der Partei der Sozialrevolutionäre. Dies war eine Maßnahme, die freilich eine radikale, revolutionäre Abrechnung mit den feudal-kapitalistischen, herrschenden Klassen

forderte, jedoch keine direkt sozialistische Umwälzung auf dem Gebiete der Agrarverhältnisse und der landwirtschaftlichen Produktion darstellte. Die Nationalisierung des Grund und Bodens war eine radikale bürgerliche Maßnahme, die den Weg für die Vertiefung und Erweiterung der Produktivkräfte auf dem Lande bahnen sollte.

Wie die weitere Entwicklung der Agrarverhältnisse auf dem Lande nach der Durchführung dieser Forderung vor sich gehen würde, auf welcher Grundlage die Bauernwirtschaft aufgebaut würde, nachdem die Expropriation des adeligen Grundbesitzes vorgenomemn wurde, hing nun davon ab, welche sozialen Schichten und Klassen die politische Macht in ihren Händen behalten oder, besser gesagt, welche Klassen diese Agrarrevolution durchführen würden.

Wenn es auch theoretisch klar war, daß die Nationalisierung des Grund und Bodens als eine im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft durchgeführte Agrarreform möglich war, so hat die Praxis der zwei Revolutionen in Rußland, die von 1905 und die Februarrevolution im Jahre 1917, bewiesen, daß sie nicht durch die kapitalistischen Klassen gegen die kapitalistisch-feudalen Grundherren, sondern durch die Koalition der proletarisch-bäuerlichen Klassen gegen die kapitalistischen Klassen durchgeführt werden konnte und durchgeführt wurde. Damit wurde auch die weitere Entwicklung der Agrarverhältnisse gegeben, und zwar nicht in der Richtung der Entfaltung der kapitalistischen Produktionsform, sondern in der Richtung der Entfaltung der produktiven Kräfte nach der sozialistischen Organisation der Gesellschaft, die die ökonomischste Organisation darstellt.

So war also die Aufgabe der proletarischen Regierung am Tage nach der Uebernahme der politischen Macht, einerseits alle kapitalistisch-feudalen Fesseln der zaristischen Epoche aus dem Wege zu räumen, andererseits bei der Aufrechterhaltung der politischen Koalition mit dem Bauerntum die bäuerlich landwirtschaftliche Produktion zur Entfaltung ihrer produktiven Kraft zu bringen, die nur in der Richtung zum Sozialismus gehen konnte.

Nun aber war, wie wir gesehen haben, die Bauernbevölkerung nicht einheitlich; eine mehr oder weniger scharf ausgeprägte Klassenschichtung war auf dem Lande in den letzten

Jahrzehnten vor der Revolution entstanden, und neben den bäuerlichen Klein- und Zwergbetrieben waren großbäuerliche kapitalistisch geführte landwirtschaftliche Betriebe vorhanden, die die soziale Basis für die Dorfbourgeoisie abgaben. Das mußte auch in der politischen Ausbildung der Agrarrevolution ihren Ausdruck finden.

Das kam zuerst in der Form zum Ausdruck, daß die mittleren und Kleinbauern, die das Gros der revolutionären Bauernbevölkerung ausmachen, in ihrem Kampfe gegen die Knechtung und Ausbeutung der feudal-kapitalistischen Herren sich auch gegen die Dorfbourgeoisie wandten. So hat auch das erste Gesetz, das die revolutionäre proletarische Regierung am Tage der Uebernahme der Macht erlassen hat, den Interessen der mittleren und kleineren Bauern im ganzen entsprochen. Das Dekret vom 26. Oktober 1917 hat nicht nur die Expropriierung des adeligen Großgrundbesitzes proklamiert, sondern auch das gesamte Privateigentum an Grund und Boden aufgehoben und dem arbeitenden Volke übergeben. Das Nutzungsrecht des Bodens wurde jedem Bürger zugesprochen. Die Lohnarbeit auf dem Lande wurde abgeschafft, und der Besitzumfang des Bodens mußte sich nach der Arbeitsmöglichkeit des Besitzers richten. Der gesamte Grund und Boden bildet den nationalen Landfonds, der nur in der Verwaltung der lokalen bäuerlichen Selbstverwaltung und der Zentralgewalt steht. Periodisch wird der Boden nach den Bedürfnissen und der Zahl der Benutzer und entsprechend den Kulturbedürfnissen des landwirtschaftlichen Betriebes neu aufgeteilt. Ausgenommen von dieser Verteilung wurden die landwirtschaftlichen Betriebe von hoher kultureller Bedeutung, die als Musteranstalten beibehalten werden sollen und in der Verwaltung der Zentralgewalt verbleiben.

Wenn auch von vornherein die Agrargesetzgebung danach strebte, die landwirtschaftlichen Großbetriebe in ihrer Produktionsfähigkeit zu erhalten, so ist es klar, daß in der Periode des schärfsten Kampfes gegen die jahrhundertelange Ausbeutung der Klassenhaß der Bauern nicht standhalten konnte gegenüber den nicht allzu zahlreichen adeligen Gutswirtschaften, die sie mehr oder weniger vernichtet haben.

Nach der Statistik, die am 1. November 1920 aufgenommen wurde und 36 Gouvernements des Europäischen Rußlands umfaßte, sind von 22,8 Millionen Desjatin des adeligen Besitzes nicht weniger als 21,4 Millionen Desjatin in bäuerlichen Besitz

übergegangen, was 93,8 Prozent des gesamten landwirtschaftlichen Bodens ausmacht. Kaum 3,2 Prozent wurde im Besitz der Kollektiv- oder Sowjetwirtschaften behalten.

Wenn man die bäuerliche Besitzverteilung von 1916 mit der von 1919 vergleicht, stellt sich heraus, daß in diesen drei Jahren der Revolution eine Ausgleichung des Bodenbesitzes stattgefunden hat. Die Zahl der Zwergbetriebe ist von 11,4 auf 6,5 Prozent zurückgegangen. Die Zahl der Kleinbetriebe (bis vier Desjatinen) von 59,1 auf 74 Prozent gestiegen; dagegen ist die Zahl der bäuerlichen Betriebe, die mehr als acht Desjatinen umfaßten, von 7,9 auf 3,1 Prozent gesunken. Kurz, die Zahl der proletarischen und halbproletarischen Elemente des Bauerntums ist gewaltig zurückgegangen. Vermindert wurde auch die Zahl der besitzreichen Elemente; beides zugunsten der mittleren Besitzer, die jetzt die herrschende Schicht des russischen Dorfes ausmachen.

Auf diese Weise ist das elementare nächstliegende Ziel der bäuerlichen Revolution erfüllt worden. Der gewaltige Landhunger der Millionen halbproletarischer Elemente und Zwergbauern ist gestillt, durch die Abschaffung der feudal-kapitalistischen Lasten und Fesseln der Weg zur Neuordnung der Agrarverhältnisse auf dem Lande gegeben und die Möglichkeit geschaffen, diejenige Besitz- und Bodenbenutzungsform festzusetzen, die sich zur Steigerung der produktiven Kräfte auf dem Lande am besten eignet.

Der erste Anstoß zur staatlichen Beeinflussung des landwirtschaftlichen Produktionssystems ist aus den inneren wirtschaftlichen und politischen Notwendigkeiten entstanden. Die Jahre des revolutionären Kampfes eignen sich nicht zur Steigerung der produktiven Tätigkeit, und vor allem die Auseinandersetzung mit den adligen Gutswirtschaften auf dem Lande führte dazu, daß die Ergiebigkeit der bäuerlichen landwirtschaftlichen Produktion gewaltig zurückgegangen ist. Man mußte danach trachten, sie in die Höhe zu bringen, und dazu war es notwendig, in erster Linie die früher existierenden großen Betriebe wiederherzustellen, und zwar in Form der S t a a t s b e t r i e b e. Der erste Schritt in dieser Richtung wurde durch das Dekret vom 19. Februar 1919 gemacht, in dem man die Grundlagen für „sozialistische Bodenbenutzung“ geschaffen hat, wo als die empfehlendste Art der Bodenbenutzung die Gründung von großen landwirtschaftlichen Betrieben (Sowjetwirtschaften), von

Kommunen, die gesellschaftliche Bearbeitung des Bodens und die Bodenbenutzung auf kooperativer Grundlage dargelegt wurde.

Schon Sommer 1918 und später wurde aus politischen Gründen, in Abwehr gegen die von der Dorfbourgeoisie unternommenen konterrevolutionären Aktionen auf dem Lande, eine Stärkung der sogenannten Dorfarmut, d. h. eine Organisierung der mittleren und Kleinbauern zusammen mit den Landproletariern vorgenommen, um sie gegen die Sabotage der landwirtschaftlichen Produktion seitens der Dorfbourgeoisie, die die Städte in die Gefahr versetzten, ausgehungert zu werden, zu mobilisieren. Das Jahr 1918 war eigentlich eine Periode der Uebertragung und Durchführung der proletarischen und halbproletarischen Revolution auf das flache Land. Wenn auch politisch und wirtschaftlich diese Maßnahmen von größter Wichtigkeit und in einem gewissen Punkt ein Abschluß des Klassenkampfes auf dem Lande waren, so waren sie vom Standpunkt der Entwicklung der Produktionsverhältnisse auf dem Lande nicht genügend. Sie konnten nur einen vorübergehenden Erfolg zeitigen, indem sie die proletarischen und halbproletarischen Elemente auf dem Lande politisch stärkten und den hungernden Städten eine materielle Unterstützung gewährten.

Als Vervollständigung und Weiterführung dieser Maßnahmen war eben die Gründung der landwirtschaftlichen Staatsbetriebe, die gemeinschaftliche Bebauung auf kooperativer Grundlage usw. gedacht, die vor allem als Reservoirs von Nahrungsmitteln für die notleidenden Städte dienen sollten. 1919 bis 1921 war die Periode der intensiven Arbeit auf diesem Gebiete. Im Februar 1919 befanden sich unter der Verwaltung der Zentralgewalt nur etwa 35 landwirtschaftliche Staatsbetriebe mit zirka 12 000 Desjatinen; die vielen anderen waren in den Händen der Ortsgewalt und hatten keine große Bedeutung. Erst seit 1919 fing die Zahl der Staatswirtschaften zu steigen an, und bis Ende 1921 wuchs sie auf 4316. Im Durchschnitt haben die landwirtschaftlichen Staatsbetriebe über 500 Desjatinen, obwohl es auch kleinere gibt. 1920 umfaßte die bebaute Fläche über 302 000 Desjatinen, 1921 wurden 502 900 Desjatinen und für 1922 werden 667 400 Desjatinen gerechnet.

Nun ist neben den Sowjetwirtschaften eine andere Art der landwirtschaftlichen Betriebe entstanden. Teilweise sind es

landwirtschaftliche Kommunen, teilweise — und zwar am zahlreichsten — landwirtschaftliche Kooperativen (Artelen), sowie landwirtschaftliche Betriebe, die gemeinsame Bodenbearbeitung betreiben. Alle diese drei Kategorien der Bodenbenutzung und -bearbeitung umfassen jedoch kaum mehr als 1,1 Million Desjatinen, wovon die Artelen allein 896 000 Desjatinen umfassen. Von 13 424 solcher landwirtschaftlichen Organisationen entfallen auf die landwirtschaftlichen Artelen 10 283, kaum 1710 fallen auf Kommunen und 1342 auf die gemeinsame Bodenbebauung.

Diese landwirtschaftlichen Sozialisierungsversuche blieben einstweilen erfolglos. Die Entwicklungstendenz der bäuerlichen Wirtschaft zeigt einen anderen Weg. Zweifellos hat auf diese Tendenz einen kolossalen Einfluß die Tatsache, daß die sozialisierte industrielle Produktion nicht die entsprechende Kraft und Entwicklungsmöglichkeit gezeitigt hat, wie man es erwartet hatte. Der Prozeß der Entfaltung der Produktivkräfte auf dem Lande ist mit der Entfaltung und Entwicklung der Produktivkräfte der städtischen Industrie aufs engste verbunden; nicht nur in dem Sinne, daß die Industrie die landwirtschaftliche Produktion mit Produkten ihrer Arbeit nährt, indem sie für das Dorf technische Mittel schafft, sondern auch in dem Sinne, daß sie das Dorf der Stadt nähert. Die wirtschaftliche Macht des Staates, wenn sie groß genug ist, um die sozialisierte Industrie voll und ganz der landwirtschaftlichen Produktion zur Verfügung zu stellen, ihr die agronomische Hilfe gewähren, den landwirtschaftlichen Kredit bieten und die gesamten kulturellen Bedürfnisse decken, ist imstande, einen ausschlaggebenden Einfluß auf die Richtung der bäuerlichen Entwicklung auszuüben. Es ist auch keine Kapitulation gegenüber der Bauernschaft, wenn die proletarische Regierung nicht auf die dekretmäßige Durchführung der Vergesellschaftung des Bodens dringt. Und die Politik der Sowjetregierung entspricht vollständig den Auffassungen der Begründer des wissenschaftlichen Marxismus, wenn sie nicht danach strebt, den Bauern gewaltsam den Sozialismus einzuflößen. „Unsere Aufgabe gegenüber den Bauern nach der Uebernahme der Macht," sagte Engels, „besteht vor allem darin, ihre Privatproduktion und Privatwirtschaft in gesellschaftliche Wirtschaft umzuwandeln, nicht mit Gewaltmitteln, sondern durch Beispiele und

durch die staatliche Hilfe, die man ihnen bieten kann." Es ist klar, je stärker die proletarische Staatsmacht ist, je mehr sie wirtschaftlich den Bauern etwas bieten kann, um so erfolgreicher ist der Weg von der bäuerlichen Kleinwirtschaft zur bäuerlichen Kooperativwirtschaft.

In dieser Richtung geht auch das neue, im Mai 1922 angenommene Gesetz über die bäuerliche Bodenbenutzung. In diesem Gesetz wurde jeder bäuerlichen Bodenbenutzung (gemeint wird nicht nur die altüberlieferte Feldgemeinschaft, sondern auch die Artelen, die landwirtschaftlichen Genossenschaften usw.) das Recht zugestanden, die Art der Bodenbenutzung nach Beschluß der Mehrheit zu behalten oder zu ändern. Es wird jedem Bauern und jeder Bauerngemeinschaft freigestellt, entweder in der Feldgemeinschaft zu bleiben mit periodischer Bodenverteilung oder auch aus der Gemeinschaft auszutreten mit dem Recht auf Abrundung seines Landanteiles, oder auch eine besondere Gemeinschaft mit gemeinsamer Bodenbenutzung, eine landwirtschaftliche Kommune, Artel, Gesellschaft usw. zu bilden. Dieses Recht steht auch denjenigen Bauern zu, die bereits in solche Kollektivgemeinschaft eingetreten sind. Alle diese Aenderungen in der Bodenbenutzung müssen jedoch unter Berücksichtigung der gemeinsamen Interessen der Bodenbenutzung sowohl für die Ausgetretenen als auch für die Uebriggebliebenen vorgenommen werden.

Außerdem garantiert dieses Gesetz, das nur in Ausnahmefällen, die im Gesetz vorgesehen sind, aufgehoben werden kann, den Bodenbenutzern den von ihnen bebauten Boden. Das Recht auf den benutzten Grund und Boden wird hochgehalten und erlischt nur in bestimmten Fällen, die auf freiwilligen Verzicht oder auf Liquidierung des Betriebes, Uebersiedlung usw. zurückzuführen sind. Wem der Boden infolge von Staatsnotwendigkeiten abgenommen werden muß, wird eine Entschädigung in Form einer anderweitigen Bodenzuteilung geleistet. Es wird auch den Bauern in gewissen Fällen das Recht zugestanden, den Boden einem anderen zu übertragen, auch eine Pacht ist zulässig, die jedoch nicht länger als sechs Jahre dauern darf, wobei die Pacht eine Produktionspacht sein muß. Auch eine Anwendung fremder Arbeitskraft wird zugestanden, unter dem Vorbehalt jedoch, daß die vorhandene Arbeitskraft der Bauernfamilie nicht genügt, um den Bodenbesitz rechtzeitig

und sorgfältig zu bearbeiten. In einem speziellen Paragraphen wird noch besonders die Sicherheit und Dauerhaftigkeit des Umfangs der Bodenbenutzung garantiert, die sich zurzeit der Herausgabe dieses Gesetzes in den Besitz von Dörfern, Gemeinden und anderen landwirtschaftlichen Gemeinschaften befindet. Jede weitere Aenderung des Besitzstandes oder, richtiger, des Standes der Bodenbenutzung wird zurückgestellt und eine Aenderung nur aus der Notwendigkeit der Arrondierung heraus vorgenommen.

Auch dieses Gesetz ist kein politisches Kompromiß der proletarischen Regierung gegenüber den Bauern, sondern eine der grundsätzlichen Bauernpolitik der bolschewistischen Partei entsprechende Maßnahme. Sie wird der politischen Koalition des Proletariats mit dem Bauerntum nach den Stürmen der Agrarrevolution auch weiterhin eine feste Basis geben und der Bauernbevölkerung zeigen, daß die kommunistische Politik nicht darin besteht, sie gewaltsam zur Vergesellschaftlichung der landwirtschaftlichen Produktion zu drängen, sondern in wirtschaftlicher Kooperation der Stadt mit dem Lande die landwirtschaftlichen Produktivkräfte bestmöglich zu fördern. Sie wird auch der Bauernbevölkerung zeigen, daß die proletarische Regierung ihr den einzig möglichen Schutz garantiert gegenüber der kapitalistischen Methode der Produktionsentwickelung, die auf dem Lande durch Sklaverei, durch Wucherkrallen und gewaltsames Bauernlegen den Weg gehen muß, um einer kleinen Schicht der Dorfbourgeoisie die Möglichkeit zu geben, auf Kosten der übergroßen Mehrheit der Kleinbesitzer einen rentablen landwirtschaftlichen Betrieb zu organisieren.

Die wirtschaftliche Stärkung der städtischen Industrie in Rußland, die jedoch abhängig ist von der erfolgreichen Abwehr der imperialistischen Drangsalierung Sowjetrußlands und Stärkung der weltwirtschaftlichen Beziehungen, wird die bäuerlichen Wirtschaften Rußlands auf den Weg der Steigerung ihrer Produktivität bringen.

M. Bronski.

Der Stand der Landwirtschaft in Sowjetrußland.

Die Tabelle Nr. 1 über die bäuerlichen Betriebe nach der Größe der Bodenbenutzung ist zusammengestellt auf Grund der landwirtschaftlichen statistischen Teilaufnahme von 1919 und analogen Materialien der Aufnahme von 1917. Deswegen ist die absolute Zahl der Betriebe in der Rubrik 21 nur ein Teil, etwa 6 Prozent der gesamten Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe.

In den Gebieten von 1 bis 5 wird als Kleinbetrieb ein Betrieb genannt, der bis vier Deßjatinen der Anbaufläche umfaßt. In den Gebieten 6, 7 und 8 umfaßt der Kleinbetrieb bis sechs Deßjatinen der Anbaufläche.

Zur Tabelle selbst ist noch folgendes zu bemerken. Sie zeigt den Charakter der Aenderungen in der wirtschaftlichen Schichtung des Bauerntums unter dem Einfluß der Agrarreform.

1. Die Zahl der Betriebe im Laufe der zwei Jahre ist um 8,4 Proz. gestiegen. Die Steigerung ist viel größer als der normale Zuwachs, der in der Vorkriegsperiode jährlich etwa 1—5 Prozent ausgemacht hat. Es ist klar, daß die Kaders der Landbebauer sich ziemlich erweitert haben, aber auf Kosten der aufs Land zurückgekehrten Bevölkerung, die bei der Neuaufteilung Bodenanteile erhalten haben.

2. Die Zahl der Wirtschaften, die das Land nicht bebauen, der Zwergwirtschaften also, ist um die Hälfte gesunken.

3. Die Großbetriebe, die ihre großen Flächen durch Lohnarbeiter bebauen ließen, sind 1919 entweder vollständig verschwunden oder stark vermindert.

4. Die Zahl der Kleinbetriebe ist stark gewachsen und bildete 1919 in verschiedenen Gebieten 65—85 Prozent der Gesamtzahl.

Die Tabelle Nr. 2 über die Anbauflächen ist zusammengestellt auf Grund der landwirtschaftlichen statistischen Aufnahmen von 1916, 1917 und 1920. Die für 1921 ist zusammengestellt auf Grund einer Enquete, die 30 Betriebe in jeder Wolojtj (Unterbezirk) umfaßte.

Der Rückgang der Anbaufläche gegenüber 1916 beträgt im Durchschnitt für das Jahr 1921 35 Prozent.

Der Rückgang des lebendigen Inventars ist geringer, so bei den Pferden 22 Prozent, beim Großvieh etwa 21 Prozent und bei den Schweinen 28 Prozent, dagegen bei Schafen etwa 44 Prozent und bei Ziegen etwa 55 Prozent.

Die Ursachen des Rückganges der landwirtschaftlichen Produktion sind für die Jahre 1919, 1920 und 1921 hauptsächlich auf politische Kämpfe zurückzuführen: der Bürgerkrieg, die blutigen Kämpfe mit den Weißgardisten, die, gestützt auf die ausländischen Interventionen, tief in das Land eingedrungen sind und sich vor allem durch die Beraubung des lebendigen Inventars zu erhalten suchten.

Die zweite wichtige Ursache war die Blockade, das Fehlen von ausländischem Samen und drittens die Notwendigkeit der ausländischen Intervention möglichst rasch Herr zu werden, die die Sowjetregierung zwang, die Lebensmittel durch Zwangsabgaben von den Bauern zu erhalten.

Endlich waren die Jahre 1920 und 1921 Jahre einer starken Mißernte.

---

1. Die bäuerlichen Betriebe nach der Größe der Bodenbenutzung

Gebiete	Aufnahmezeit	in Verhältniszahlen																		in absoluten Zahlen
		Zwergwirtschaften (ohne Bodenbebauung)	Bis 1 Deßjatine	1-2 Deßjat.	2-4 "	4-6 "	6-8 "	8-10 "	10-13 "	13-16 "	16-19 "	19-22 "	22-25 "	25-30 "	30-35 "	35-40 "	40-45 "	45-50 "	Ueber 50 Deßjat.	Gesamtzahl der Betriebe
1. Nordgebiet	1917	8,92	14,42	32,75	35,34	6,64	1,64	0,20	0,07	0,02	—	—	—	—	—	—	—	—	—	13 785
	1919	4,76	20,24	43,26	27,53	3,43	0,50	0,25	0,03	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	14 468
2. Seegebiet	1917	15,52	17,98	26,33	28,93	7,94	2,15	0,73	0,32	0,05	0,03	0,01	0,01	—	—	—	—	—	—	35 046
	1919	11,97	37,97	31,30	16,13	2,11	0,38	0,11	0,03	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	36 729
3. Zentral-Industriegebiet	1917	13,78	15,54	23,65	32,63	10,01	2,89	0,89	0,41	0,12	0,04	0,02	0,01	0,01	—	—	—	—	—	115 549
	1919	7,64	30,83	33,54	24,11	3,22	0,52	0,10	0,03	0,01	—	—	—	—	—	—	—	—	—	120 479
4. Nord-West-Gebiet	1917	8,32	4,85	13,52	36,51	21,11	8,84	3,79	1,98	0,61	0,26	0,16	0,02	0,01	—	—	—	—	0,02	32 734
	1919	4,31	19,01	32,22	33,04	8,65	1,93	0,53	0,23	0,07	0,01	—	—	—	—	—	—	—	—	37 357
5. Zentral-Landwirtschaftl. Gebiet	1917	7,98	10,75	18,55	27,36	15,90	8,66	4,62	3.31	1,36	0,68	0,32	0,48	0,17	0,07	0,03	0,02	0,01	0,03	68 454
	1919	2,65	11,68	21,30	35,42	18,61	7,06	2,30	0,79	0,15	0,03	0,01	—	—	—	—	—	—	—	80 900
6. Ural-Gebiet	1917	8,04	4,48	10,52	26,13	21,45	13,49	7,42	5,10	1,95	0,72	0,37	0,15	0,11	0,05	0,01	—	—	0,01	59 547
	1919	5,96	7,19	15,63	32,88	20,69	9,92	4,27	2,32	0,69	0,26	0,10	0,03	0,04	0,01	0,01	—	—	—	64 518
7. Zentral-Wolga-Gebiet	1917	9,83	7,19	16,52	28,66	17,58	9,38	5,04	3,26	1,38	0,62	0,24	0,10	0,10	0,04	0,03	0,01	0,01	0,01	65 318
	1919	3,78	9,12	19,80	36,70	18,86	7,63	2,80	1,10	0,17	0,04	—	—	—	—	—	—	—	—	68 927
8. Unter-Wolga-Gebiet	1917	19,25	4,16	8,67	16,08	14,34	10,95	7,90	7,84	4,39	2,46	1,52	0,79	0,80	0,36	0,20	0,08	0,07	0,14	36 858
	1919	14,83	4,77	10,21	23,75	18,78	12,70	7,13	4,69	1,92	0,66	0,33	0,10	0,08	0,03	0,01	—	0,01	—	40 012
Zusammen	1917	11,49	10,34	18,36	28,92	14,65	7,34	3,82	2,68	1,16	0 55	0 29	0,14	0 13	0,06	0,03	0,01	0,01	0,02	427 291
	1919	6,56	18,00	24,87	29.34	12,37	5,18	2,12	1,06	0,32	0,11	0,04	0,01	0,01	—	—	-		—	463 390

Anmerkung: 1. Nordgebiet umfaßt: Gouvernement Wologda (5 Bezirke von 6); 2. Seegebiet umfaßt: Gouvernement Novgorod, Olonczk (5 Bezirke von 6), Petrograd (6 Bezirke von 8), Tscherepovesk; 3. Zentral-Industriegebiet umfaßt: Gouvernement Wladimir, Kaluga, Kostroma, Moskau, Tweer, Jaroslaw; 4. Nord-West-Gebiet umfaßt: Gouvernement Witebsk (5 Bezirke von 7), Smolensk; 5. Zentrallandwirtschaftl. Gebiet umfaßt: Gouvernement Tula, Tambow, Rjasan, Kursk (3 Bezirke von 15); 6. Ural-Gebiet umfaßt: Gouvernement Wjatka, Ekaterinburg (5 Bezirke von 6), Orenburg (1 Bezirk), Perm (3 Bezirke von 7); 7. Zentral-Wolga-Gebiet umfaßt: Gouvernement Kasan, Pensa; 8. Unter-Wolga-Gebiet umfaßt: Gouvernement Astrachan (2 Bezirke von 5), Saratow (5 Bezirke von 8).

2. Anbaufläche.

(In Tausend Deßjatinen)

Rayons	Jahr	Roggen	Weizen	Hafer	Gerste	Hirse	Buch-weizen	Erbsen	Linsen	Mais	Kar-toffel	Flachs	Hanf	Sonnen-blumen-samen	Futter-gras	Andere	Zu-sammen
1. Kon-sumierende (22 Gouv.)	1916	4666,9	165,9	2637,9	826,2	66,5	352,1	104,6	49,6	—	893,4	817,1	128,0	0,1	638,8	23,1	11370,2
	1917	4543,2	136,4	2681,1	690,6	56,1	368,7	54,1	47,3	—	786,9	733,5	100,9	0,1	730,8	19,8	10949,5
	1920	3698,6	96,8	1621,7	488,3	138,2	213,2	69,7	15,6	—	491,7	336,7	19,5	—	214,8	—	7404,8
	1921	3582,2	120,0	1676,8	527,0	150,1	204,4	69,6	16,7	—	504,4	311,7	19,6	—	—	210,5	7393,0
2. Pro-duzierende (24 Gouv.)	1916	11585,6	7493,0	7780,1	1021,6	1578,4	779,8	212,8	209,2	10,2	855,9	287,2	261,4	434,2	473,3	469,7	33452,4
	1917	12568,2	6671,7	7880,6	911,6	1768,9	765,8	130,1	234,0	6,7	826,1	197,3	250,0	442,5	305,3	325,9	33184,7
	1920	9327,3	5197,3	4591,3	415,1	2280,7	539,7	117,4	131,8	1,5	374,3	189,3	57,8	207,9	72,0	165,4	23668,8
	1921	8668,5	2671,8	3591,0	339,2	2045,6	370,3	90,4	111,6	1,8	330,7	189,4	65,7	235,6	—	187,4	18899,0
3. Süd-Ost (5 Gouv.)	1916	275,0	3859,1	308,0	1900,8	298,7	4,3	1,4	0,8	316,2	58,4	35,7	5,0	366,0	92,2	167,0	7688,6
	1917	377,7	3794,2	330,7	1968,6	429,6	5,7	2,0	0,8	273,4	53,7	45,0	6,0	573,1	18,7	170,8	8050,0
	1920	156,0	2631,3	120,7	1049,7	198,2	9,0	1,0	0,4	327,9	42,9	20,2	10,8	207,5	49,3	176,0	5000,9
	1921	151,9	2382,5	93,9	745,1	215,5	15,6	4,4	1,6	339,7	38,5	19,1	11,1	175,1	—	255,5	4449,5
Zusammen Europ. Rußland (ohne Krim und Ukraine)	1916	16527,5	11518,0	10726,0	3748,6	1943,6	1136,2	318,8	259,6	326,4	1807,7	1140,0	394,4	800,3	1204,3	659,8	52511,2
	1917	17489,1	10602,3	10792,4	3570,8	2254,6	1140,2	186,2	282,1	280,1	1666,7	975,8	356,9	1015,7	1054,8	516,5	52184,2
	1920	13181,9	7925,4	6333,7	1953,1	2617,1	761,9	188,1	147,8	329,4	908,9	546,2	88,1	415,4	336,1	341,4	36074,5
	1921	12402,6	5174,3	5361,7	1611,3	2411,2	590,3	164,4	129,9	341,5	873,6	520,2	96,4	410,7	—	653,4	30741,5
4. Baschirien	1916	138,0	2425,7	512,2	146,7	303,5	3,3	2,5	0,4	1,0	25,2	20,1	3,4	23,3	0,7	33,0	3639,0
	1917	136,6	2652,7	627,0	176,2	404,2	9,1	1,9	0,4	1,8	26,7	14,5	5,4	25,0	1,1	44,0	4126,6
	1920	69,9	2175,2	493,0	166,3	216,2	2,9	1,6	0,2	0,2	11,4	13,1	2,1	11,5	1,0	48,2	3212,8
	1921	58,4	1610,7	342,6	115,1	172,1	6,9	2,6	0,1	—	8,6	11,1	1,5	10,2	—	32,7	2372,6
5. Sibirien	1916	808,1	3049,1	1649,8	220,5	71,8	30,5	16,8	0,1	0,1	81,3	69,5	50,2	24,7	33,7	23,5	6129,7
	1917	787,8	3486,1	1924,2	240,9	72,1	33,8	15,2	0,1	0,1	89,4	76,2	61,2	32,4	34,5	23,5	6877,5
	1920	701,0	3154,4	1999,0	228,7	33,7	33,1	11,1	0,1	—	61,2	63,4	44,9	16,5	11,1	14,1	6372,3
	1921	640,4	2223,2	1034,6	173,0	108,4	38,0	11,5	—	—	47,0	64,3	44,2	19,8	—	38,2	4442,6

Zusammen Asiat. Rußland (ohne Republ. d. Fern. Ostens)	1916	946,1	5474,8	2162,0	367,2	375,3	33,8	19,3	0,5	1,1	106,5	89,6	53,6	48,0	34,4	56,5	9768,7
	1917	924,4	6138,8	2551,2	417,1	476,3	42,9	17,1	0,5	1,9	116,1	90,7	66,6	57,4	35,6	67,5	11004,1
	1920	770,9	5329,6	2492,0	395,0	249,9	36,0	12,7	0,3	0,2	72,6	76,5	47,0	28,0	12,1	62,3	9585,1
	1921	698,8	3833,9	1377,2	288,1	280,5	44,9	14,1	0,1	—	55,6	75,4	45,7	30,0	—	70,9	6815,2
Zus. Eur. u. As. Rußl. (o. Krim u. d. Ukraine, u. d. Rep. d. F. O.)	1916	17473,6	16992,8	12888,0	4115,8	2318,9	1170,0	338,1	260,1	327,5	1914,2	1229,6	448,0	848,3	1238,7	716,3	62279,9
	1917	18413,5	16741,1	13343,6	3987,9	2730,9	1183,1	203,3	282,6	282,0	1782,8	1066,5	423,5	1073,1	1090,4	584,0	63188,3
	1920	13952,8	13250,0	8825,7	2348,1	2867,0	797,9	200,8	148,1	329,6	981,5	622,7	135,1	443,4	348,2	403,7	45659,6
	1921	13101,4	9008,2	6738,9	1899,4	2691,7	635,2	178,5	130,0	341,5	929,2	595,6	142,1	440,7	—	724,3	37556,7
6. Krim	1916	8,1	385,6	105,8	247,9	1,5	—	0,2	—	7,0	3,5	7,7	0,1	0,3	2,8	9,2	779,7
	1917	11,8	341,5	96,1	215,4	1,4	—	0,2	—	6,2	1,4	7,3	0,1	0,1	7,1	8,5	697,1
	1921	8,9	237,0	81,1	192,5	4,8	—	—	—	10,7	1,0	5,6	—	0,1	—	10,2	551,9
7. Ukraine	1916	3589,3	5685,5	1917,4	4472,0	480,7	665,5	91,3	29,3	586,5	485,5	80,1	71,1	166,7	482,2	687,0	19490,1
	1917	3321,0	5260,5	1743,5	4093,2	427,6	634,9	68,3	32,5	418,2	420,2	66,0	70,2	198,7	414,0	255,3	17424,1
	1921	2907,5	4227,6	1610,7	3429,4	630,1	897,9	47,9	24,3	550,6	457,4	51,8	104,7	288,2	—	658,2	15886,3
Zus. R.S.F.S.R. (ohne Kaukas. u. d. Rep. d. F. O.)	1916	21071,0	23063,9	14911,2	8835,7	2801,1	1835,5	429,6	289,4	921,0	2403,2	1317,4	519,2	1015,3	1723,7	1412,5	82549,7
	1917	21746,3	22343,1	15183,2	8296,5	3159,9	1818,0	271,8	315,1	706,4	2204,4	1139,8	493,8	1271,9	1511,5	847,8	81309,5
	1921	16017,8	13472,8	8430,7	5521,3	3326,6	1533,1	226,4	154,3	902,8	1387,6	653,0	246,8	729,0	—	1392,7	53994,9
Bei 1916 = 100	1916	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
	1917	103	97	102	94	112	99	63	109	77	91	86	95	125	88	60	98
	1921	76	59	57	62	119	84	52	54	98	58	50	47	72	—	99	65

Anmerkung: Zu dem konsumierenden Rayon gehören die Gouvernements, deren landw. Produktion den Bedarf nicht deckt und die zu ihrer Ernährung eine Einfuhr von auswärts benötigen. Es sind dies folgende Gouvernements:

1. Archangelsk, 2. Obonetzk, 3. Karelien, 4. Briansk, 5. Witebsk, 6. Wladimir, 7. Kostroma, 8. Ivano-Wosnessensk, 9. Wologda, 10. Sewero-Dwinsk, 11. Homel, 12. Kaluga, 13. Moskau, 14. Nischni-Nowgorod, 15. Nowgorod, 16. Tepenobeyk, 17. Petrograd, 18. Pskow, 19. Smolensk, 20. Twer, 21. Jaroslaw (mit Rybinsk), 22. Weißrußland.

Zu den produzierenden Gouvernements gehören solche, die Ueberschuß aufweisen. Es sind dies folgende:

1. Astrachan, 2. Kalmückisches Gebiet, 3. Perm, 4. Woronesch, 5. Ekaterinburg, 6. Kursk, 7. Orel, 8. Pensa, 9. Tanbow, 10. Tula, 11. Wjatka, 12. Wotskaja, 13. Baschiren-Republik, 14. Marijskaja, 15. Samara, 16. Saratow, 17. Simbirsk, 18. Tataren-Republik, 19. Deutsche autonome Kommune, 20. Tsaritzyn, 21. Tschelabinsk, 22. Tschuwascheta-Gebiet, 23. Yta, 24. Rjasan.

3. Der Viehstand

(in Tausenden)

Gebiet	Jahr der Zählung	Pferde	Rindvieh						Kleinvieh		
			Ochsen	Bullen von 2 Jahren an	Kühe	Jungvieh	Kälber	Insgesamt	Schafe	Ziegen	Schweine
Konsumierendes (mit Weißrußland)	1916	4664,6	53,0	77,5	5320,8	1243,0	2674,9	9369,2	11311,0	55,6	4170,0
	1917	4561,7	41,5	55,9	5267,6	1573,6	2619,8	9558,4	12273,5	61,4	4503,6
	1919	4461,8	38,9	52,3	5583,7	794,7	1736,9	8206,5	11512,5	77,2	2359,9
	1920	4164,8	46,2	52,1	5445,0	920,4	1606,7	8070,4	9498,3	54,0	2665,1
	1921	4217,1	53,1	51,9	5408,0	1123,5	1929,1	8565,6	9712,2	71,0	2833,3
Produzierendes (ohne Krim)	1916	10600,6	871,9	193,8	7283,5	3050,6	4791,6	16191,4	34696,1	1156,2	5595,0
	1917	9825,2	745,4	141,4	6788,2	2486,2	4101,4	14262,6	27070,6	720,2	6629,0
	1919	8905,8	567,9	74,9	6740,7	1056,6	2629,0	11068,5	18812,4	486,1	4080,7
	1920	8325,2	725,1	60,5	7024,8	1103,4	2297,0	11210,8	17534,8	395,2	3317,9
	1921	7366,6	663,8	58,3	6470,8	962,0	2243,8	10398,7	15047,5	372,8	2388,9
Süd-Osten	1916	2334,9	978,7	79,6	1426,3	1120,3	1144,8	4749,7	8024,9	414,0	1844,2
	1917	2372,4	1047,9	101,4	1526,1	892,9	1220,9	4789,2	9405,5	479,6	1984,4
	1920	1508,0	541,9	37,1	1085,9	320,8	694,8	2680,5	2899,4	116,2	1387,6
	1921	1393,8	491,1	30,5	934,6	348,7	817,4	2622,3	2773,5	221,9	1200,3
Insgesamt im Europäischen Teil der R. S. F. S. R. (ohne Krim und Ukraine)	1916	17600,1	1903,6	350,9	14030,6	5413,9	8611,3	30310,3	54032,0	1625,8	11609,2
	1917	16759,3	1834,8	298,7	13581,9	4952,7	7942,5	28610,2	48748,6	1261,2	13117,0
	1920	13998,0	1313,2	149,7	13555,7	2344,6	4598,5	21961,7	29932,5	565,4	7370,6
	1921	12977,5	1208,0	140,7	12813,4	2434,2	4990,3	21586,6	27533,2	665,7	6422,0

Sowjetrepublik Kirgisien	1916	3348,6	636,5	98,2	1613,2	1017,8	1441,5	4807,2	11321,6	1283,1	424,0
	1917	3756,1	696,6	97,2	1911,6	1100,2	1587,6	5393,2	11974,0	1233,3	415,1
	1920	2272,8	492,5	44,8	1493,3	497,8	1248,9	3777,3	5028,4	694,5	389,7
	1921	2092,2	492,5	28,7	1458,9	486,3	1412,3	3878,7	4296,4	616,7	344,0
Sibirien (ohne die Republik des Fernen Ostens)	1916	4786,2	90,7	187,4	3413,7	1633,8	1627,2	6952,8	7271,6	172,9	2715,8
	1917	4664,2	147,8	141,1	3225,9	1486,8	1633,0	6634,6	6924,8	123,7	2571,9
	1920	4509,8	80,9	91,3	3127,9	1044,0	1201,5	5545,6	6626,7	91,8	2154,3
	1921	4700,1	81,9	66,0	2969,8	1445,9	1445,4	6009,0	6203,0	124,9	1674,7
Insgesamt im Asiatischen Teil der R. S. F. S. R.	1916	8134,8	727,2	285,6	5026,9	2651,6	3068,7	11760,0	18593,2	1456,0	3139,8
	1917	8420,3	844,4	238,3	5137,5	2587,0	3220,6	12027,8	18898,8	1357,0	2987,0
	1920	6782,6	573,4	106,1	4621,2	1541,8	2450,4	9322,9	11655,1	786,3	2544,0
	1921	6792,3	574,4	94,7	4428,7	1932,2	2857,7	9887,7	10499,4	741,6	2018,7
Insgesamt in R. S. F. S. R. ohne Krim und Ukraine	1916	25734,9	2630,8	636,5	19057,5	8065,5	11680,0	42070,3	72625,2	3081,8	14749,0
	1917	25179,6	2679,2	537,0	18719,4	7539,7	11162,7	40638,0	67647,4	2618,2	16104,0
	1920	20780,6	1886,6	285,8	18176,9	3886,4	7048,9	31284,6	41587,6	1351,7	9914,6
	1921	19769,8	1782,4	235,4	17242,1	4366,4	7848,0	31474,3	38032,6	1407,3	8441,2
S. S. R. Krim	1916	193,0	40,8	4,8	71,4	44,2	43,9	205,1	743,8	19,4	83,8
	1917	177,6	36,1	4,8	72,2	44,6	44,4	202,1	574,4	15,0	105,2
	1921	141,5	22,1	3,8	83,0	49,5	54,9	213,3	477,4	6,0	84,2
S. S. R. Ukraine	1916	5487,5	773,0	105,1	3151,3	1443,0	2334,8	7807,2	6357,2	48,2	4623,6
	1917	5086,1	767,9	76,0	3119,8	1505,0	2372,2	7840,9	6184,6	37,1	6015,3
	1921	4606,6	832,4	92,5	3288,5	1806,0	1874,8	7894,2	6112,5	14,6	5504,3
Insgesamt in R. S. F. S. R. mit Krim und Ukraine. ohne Kaukasus und Republik des F. O.	1916	31415,4	3444,6	746,4	22280,2	9552,7	50082,6	50082,6	79726 2	3149,4	19456,4
	1917	30443,3	3483,2	617,8	21911,4	9089,3	48631,0	48631,0	74406,4	2670,3	22224,5
	1921	24517,6	2636,9	331,7	20613,6	6221,9	39581,8	39581,8	44622,5	1427,9	14029,7
In Prozent = 100	1916	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
	1917	96,9	101,1	82,8	98,3	95,1	96,6	97,2	93,3	84,8	114,0
	1921	78,0	76,6	44,4	92,5	65,1	69,5	79,1	56,0	45,3	72,1

II. Industrie.

Die russische Industrie vor der Revolution.

Riesenbetriebe und primitives Hausgewerbe und Handwerk. — Das ausländische Kapital. Mobilisierung der Industrie während des Weltkrieges. — Die Zersetzung der Industrie während des Krieges und vor der Revolution.

Rußland blieb auch im 20. Jahrhundert das Bauernland. Zu Beginn des Weltkrieges entfielen auf je einen Städter sechs Dorfbewohner, auf je einen Industriearbeiter zehn in der Landwirtschaft Beschäftigte. Es wäre jedoch irreführend, wenn man die Rolle der Industrie in der russischen Volkswirtschaft nach diesen Zahlen beurteilen wollte.

1913 entfielen von dem gesamten Volkseinkommen 54 Prozent auf die Landwirtschaft und zirka 22 Prozent (etwa ein Verhältnis von 5 zu 2) auf die Industrie. Infolge der ungeheuren Rückständigkeit der russischen Landwirtschaft, die in hohem Grade noch die Technik und die Traditionen des altslavischen Ackerbaus beibehalten hat (die russische Ernte ist bekanntlich zwei- bis dreimal geringer als die in Westeuropa), spielte die junge russische Industrie schon vor dem Kriege in der russischen Wirtschaft eine sehr große und immer wachsende Rolle, die in keinem Verhältnis zu dem Prozentsatz der in ihr beschäftigten Bevölkerung stand.

Das städtische Handwerk und besonders die ländlichen Kustari (so heißen die Bauern, die hauptsächlich im Winter und überhaupt mehr in der von der Landwirtschaft freien Zeit Heimarbeit betreiben) stellen auch Ueberbleibsel einer vorkapitalistischen Industrie dar, die, ihrer starren und rückständigen Technik nach, einen krassen Gegensatz zu der modernen Großindustrie bietet. Der Kustarbauer arbeitet in seiner Hütte so, wie vor Jahrhunderten seine Ahnen arbeiteten, die sich der primitivsten Werkzeuge und Arbeitsmethoden bedienten.

Da es schwer ist, eine Scheidelinie zu ziehen zwischen dem Bauer, der für seinen eigenen Gebrauch arbeitet, und dem Heimarbeiter, der für den Markt produziert, so läßt sich die Zahl der Kustari schwer bestimmen. Man schätzt sie auf ungefähr zwei Millionen Personen; der größte Teil derselben ar-

beitet nicht das ganze Jahr (von drei bis zwölf Monaten). Auf Vollarbeiter umgerechnet, würde diese Zahl einundeinviertel Millionen betragen.

Die Zahl der im Handwerk beschäftigten Arbeiter (Unternehmer und Lohnarbeiter zusammen) wurde auf ungefähr 600 000 geschätzt.

Die Zahl der in der kapitalistischen Großindustrie Beschäftigten betrug 1912 zirka 2¾ Millionen, das heißt ungefähr ebensoviel wie in der Heimarbeit und im Handwerk zusammengenommen. Aber während die Gesamtproduktion der Kustari auf 200—250 Millionen Rubel und die des Handwerks auf 600 bis 700 Millionen veranschlagt wurde, machte die Produktion der kapitalistischen Großindustrie ungefähr 4500 Millionen Rubel, d. h. zirka fünfmal soviel als die ersten beiden zusammen, aus.

Aber auch innerhalb der Großindustrie spielten die Riesenunternehmen dank dem Umstand, daß die russische Großindustrie die in Westeuropa erworbene Technik übernommen hat, eine Rolle, die selbst für die fortschrittlichsten kapitalistischen Länder ungewöhnlich wäre. Ein Vergleich mit Deutschland zeigt:

Von je 100 Arbeitern waren beschäftigt:

	in Rußland 1913	in Deutschland 1907
In der Kleinindustrie (Betriebe unt. 20 Arbeiter)	38	43
In der Großindustrie	62	57
Davon:		
In Kleinbetrieben (21—100 Arbeiter)	10	22
In Mittelbetrieben (101—500 Arbeiter)	17	21
In Großbetrieben (501—1000 Arbeiter)	10	6
In Riesenbetrieben (über 1000 Arbeiter)	24	8

Das heißt, in den Riesenbetrieben war ungefähr ein Viertel aller Arbeiter Rußlands (fast eine Million Arbeiter) und verhältnismäßig dreimal soviel als in Deutschland beschäftigt; auch die absolute Zahl der in diesen Betrieben beschäftigten Arbeiter (920 000) war größer als die in Deutschland (880 000). Dasselbe Bild bekommt man auch beim Vergleich mit den Vereinigten Staaten. Die russische Vorkriegsindustrie war die konzentrierteste Industrie der Welt. Fast ein Viertel der russischen Arbeiterschaft war in

Riesenunternehmen beschäftigt, und die 900 Riesenbetriebe zählten fast ebensoviel Arbeiter wie die 200 000 Betriebe der Kleinindustrie.

Von den einzelnen Industriezweigen umfaßte die

Textilindustrie	1/3 der Arbeiterschaft;	1/4 der Gesamtproduktion
Lebensmittelindustrie	1/6 „ „	1/8 „ „
Montanindustrie . . . . . ca.	1/6 „ „	1/10 „ „
Metallindustrie . . weniger als	1/5 „ „	1/7 „ „

In den letzten fünf Jahren vor dem Kriege wuchs die Zahl der Arbeiter der Großindustrie von 2½ Millionen auf 2¾ Millionen, d. h. um 11 Prozent; dagegen stieg die Produktion (dem Werte nach) um 20 Prozent.

Eine große Rolle bei der Verpflanzung der kapitalistischen Großproduktion nach Rußland spielte das ausländische Kapital.

Von den 2163 Betrieben, die vor dem Kriege in Rußland Aktiengesellschaften mit einem Grundkapital von fast 4000 Millionen Rubel gehörten, war in 327 Unternehmen ausländisches Kapital in der Höhe von mehr als 1340 Millionen Rubel investiert, d. h. in einem Siebentel der Unternehmen ein Drittel des gesamten Grundkapitals aller Aktiengesellschaften.

Speziell in der Montan- und Metallindustrie beherrschte das ausländische Kapital ein Viertel der Unternehmen und besaß mehr als die Hälfte der Aktien; in der elektrotechnischen Industrie fast die Hälfte der Unternehmen und drei Viertel der Aktien; in der chemischen Industrie fast ein Viertel der Unternehmen und mehr als ein Drittel der Aktien; in verschiedenen Munizipal-Unternehmungen mehr als ein Viertel der Betriebe und fast die Hälfte der Aktien.

Wie aus diesen Zahlen hervorgeht, befanden sich in den Händen des ausländischen Kapitals vorwiegend die Riesenbetriebe. In den übrigen Industriezweigen war die Teilnahme des ausländischen Kapitals gering. Fast die Hälfte des ausländischen Kapitals war von Frankreich und Belgien investiert, mehr als ein Viertel von Deutschland und fast ein Sechstel von England.

Das Donetzbecken mit seiner Kohlen-, Metall- und chemischen Industrie lag ganz in den Händen des fremden Kapitals.

Außer dem Kapital bezog die russische Industrie aus dem Auslande mehr als die Hälfte (58 Prozent) ihrer Ausrüstung,

fast die Hälfte der Textilrohstoffe und eine Reihe anderer Materialien (insbesondere Chemikalien).

Die Mobilisierung von 1914 entzog der Industrie fast 40 Prozent der Arbeiter und ersetzte sie durch andere, wenig qualifizierte Kräfte. Die Gesamtindustrie wurde unter dem Einfluß des Krieges umgebaut. Die Gesamtzahl der Arbeiter veränderte sich scheinbar wenig (genaue Daten fehlen), aber es fanden bedeutende Umgruppierungen in den einzelnen Zweigen statt. Die Holz- und Bauindustrie ging zurück. Stark gewachsen sind die Industrien, die für den Kriegsbedarf arbeiteten, besonders die Metallindustrie. Ebenso die chemische Industrie (z. B. wuchs die Produktion von Salpetersäure von 1913 bis 1916 um das Vierfache, von Oleum um das Doppelte usw.). Es entstand eine Reihe neuer Industriezweige. Die Industrie Polens und des Baltikums wurde nach Rußland evakuiert, die Zahl der Arbeiter des Moskauer und Petrograder Rayons vergrößerte sich.

Im Moment der Revolution befanden sich in Petrograd neben dem Zentralregierungsapparat, durch die Kriegsindustrie gesammelt, zirka 400 000 Fabrikarbeiter, von denen drei Viertel (355 000) in 140 Riesenbetrieben — durchschnittlich 2400 Arbeiter pro Betrieb — beschäftigt waren. Da der Krieg am meisten die Metallindustrie gefördert hat, so waren mehr als die Hälfte (55 Prozent) dieser Proletarierarmee gerade die aktivsten Proletarier, die Metallarbeiter, die in ganz Rußland 1911 bis 1916 fast zwei Drittel der Teilnehmer aller politischen Streiks stellten.

Der Krieg führte in Rußland später und nicht so vollkommen wie in anderen Ländern zur staatlichen Regelung der Industrie, mit deren Hilfe der zerstörende Einfluß des Krieges auf die russische Industrie (die Transportkrise, die Versorgungskrise etc.) bekämpft werden sollte. Die vom Ausland abgeschnittene russische Industrie verfiel immer mehr. Infolge der Armut Rußlands begann es früher und weit eher als die reichen vorgeschrittenen kapitalistischen Länder, die Unkosten des Krieges mit den Grundmitteln der Produktion auf Kosten einer Konsumherabsetzung zu decken.

Die Lage der Arbeiterklasse verschlechterte sich zusehends. Schon in den ersten anderthalb Jahren des Krieges stiegen die Lebensmittelpreise in Moskau um 53 Prozent, während der Arbeitslohn nur um 19 Prozent stieg. Dafür heimsten die Kapitalisten Mehrprofite ein. So reifte die Revolution heran.

L. Kritzmann.

Änderung der organisatorischen Formen der Staatsindustrie.

Als das Proletariat nach dem Sturz des Zarismus an die Erstürmung der Macht ging, als der große Kampf um die politische Macht der Arbeiterklasse unter der Losung „Die ganze Macht den Räten" einsetzte, wurde auch als nächstliegende Aufgabe die Statuierung der Macht des Proletariats in der Produktion aufgestellt. Dieser Kampf wurde unter der Parole „Arbeiterkontrolle" begonnen.

Das Proletariat war offenbar in Sorge über die Geschicke der Industrie, über das Schicksal der Unternehmen, die in den Händen der Bourgeoisie verblieben waren. Denn die unsichere Lage der Provisorischen Regierung, der nahende Aufstand der Arbeiter und der Bauern und die Zersetzung der alten Armee — dieser Stütze der bürgerlichen Ordnung — führten bei dem unkontrollierten Wirtschaften der Bourgeoisie in den Betrieben dazu, daß die Betriebe ausgeplündert und die Produktionsbasis der kommenden Diktatur des Proletariats zerstört wurde. Es galt, Vorbeugungsmaßnahmen zu treffen; als grundlegende Maßnahme in dieser Hinsicht entstand die „Arbeiterkontrolle", eine von den Betriebskomitees eingesetzte Kontrolle, die die wirtschaftliche Zweckmäßigkeit der Maßnahmen der Administration überprüfte, und zwar vor allem unter dem Gesichtspunkt, daß die entsprechenden Produktionsbetriebe nicht ausgeräubert werden dürfen. Andererseits hatte die „Arbeiterkontrolle" noch eine andere, viel wichtigere Bedeutung: sie schuf jenes ursprüngliche System der Betriebsverwaltung, das den Kapitalisten beim Uebergang der politischen Macht an das Proletariat ersetzen sollte. In der kapitalistischen Fabrik entstand in Keimform der Typus der künftigen Sowjetfabrik; die Arbeiter, die ihre Kontrollorgane schufen, nahmen die Verwaltung in Angriff, lernten die Geschäftsführung kennen, orientierten sich, sonderten die nötigen Personen aus und bereiteten dadurch den Uebergang der Macht im Betrieb vom Kapitalisten auf den proletarischen Staat vor.

Freilich konnte man schon vor der Oktoberrevolution eine Reihe von Fällen konstatieren, wo Organe der Arbeiterkontrolle faktisch die Macht in der Fabrik eroberten und somit

aus Organen der Kontrolle sich in Organe der Verwaltung verwandelten. Doch dies sind markante Ausnahmen, die bloß die Entwicklungstendenz der „Arbeiterkontrolle" charakterisieren. Im allgemeinen blieb der Kapitalist der Herr.

Die „Arbeiterkontrolle" — das war die revolutionäre Forderung des Proletariats, das die Macht erstürmte, denn diese Forderung bedeutete bei ihrer völligen Verwirklichung den Uebergang der Macht an die Arbeiterschaft und bewahrte im Prozeß ihrer Verwirklichung den kommenden Erben — den Arbeiterstaat — vor der Vergeudung des Erbteils der bankrott gewordenen Bourgeoisie, bewahrte die Fabriken vor der Ausräuberung und bereitete Organe vor, die imstande waren, die Produktionsbetriebe in eigene Verwaltung zu übernehmen.

Die Menschewiki suchten diese revolutionäre Forderung zu lähmen durch eine ähnliche, eine wenig abweichende Gegenforderung, die Forderung der „staatlichen Regelung der Industrie". Diese an sich gegenrevolutionäre Forderung konnte mit unserer Losung der „Arbeiterkontrolle" nicht lange konkurrieren. Es genügte, auf die Klassennatur des Staates hinzuweisen, dem die Menschewiki die Regelung der Industrie übertragen wollten, damit diese Losung unter dem Proletariat ihre Bedeutung verlor.

Schon ging das gesamte Proletariat zum Angriff über und schrieb auf seine Fahnen neben die Losung:

„Die ganze Macht den Räten!"

die Losungen:

„Nieder mit der Anarchie in der Produktion und der Aussperrung durch die Kapitalisten!"

„Es lebe die Kontrolle und die Organisation der Industrie!"

Im November 1917 trug das Proletariat den Sieg davon. Die Folge des Aufstandes war die Uebernahme der Macht durch die Sowjets. Der Uebergang der Produktionsbetriebe in die Hände der Arbeiterklasse vollzog sich nicht gleich. Das Proletariat begann fieberhaft seinen Sieg zu sichern durch Festigung der politischen und wirtschaftlichen Positionen. Bereits im Herbst 1917 erscheint das Dekret des Allrussischen Zentralexekutivkomitees über die Arbeiterkontrolle, in dem es heißt:

1. „Im Interesse der planmäßigen Regelung der Volkswirtschaft in allen Betrieben, die Lohnarbeiter beschäftigen oder Arbeit außer Haus vergeben, wird die Arbeiterkontrolle der Produktion, des Kaufes und Verkaufes der Produkte und Rohmaterialien, ihrer Aufbewahrung, sowie der finanziellen Seite des Betriebes eingeführt.

2. Die Arbeiterkontrolle wird von sämtlichen Arbeitern des gegebenen Betriebes durch ihre Wahlkörperschaften verwirklicht, so die Betriebskomitees, Aeltestenräte usw., wobei diesen Institutionen Vertreter der Angestellten und des technischen Personals angegliedert sind.

7. Das Geschäftsgeheimnis wird aufgehoben. Die Eigentümer sind verpflichtet, den Organen der Arbeiterkontrolle alle Bücher und Rechnungen sowohl für das Rechnungsjahr als auch für die abgelaufenen Jahre vorzuzeigen.

10. In allen Betrieben werden die Eigentümer und Vertreter der Arbeiter und Angestellten, die zur Verwirklichung der Arbeiterkontrolle eingesetzt sind, vor dem Staate verantwortlich gemacht für strengste Ordnung, Disziplin und Sachschonung."

Die erste Periode nach der Machtergreifung wird gekennzeichnet durch den elementar vor sich gehenden Prozeß der Erfassung der Betriebe durch die Arbeiter mittels der Organe der Arbeiterkontrolle und durch die gleichzeitige Schaffung eines Systems von Organen des proletarischen Staates zur Regelung und Verwaltung der Produktion. Der opportunistische Teil der Kommunisten unter den Gewerkschaftlern, der die Unvermeidlichkeit dieses elementaren Prozesses nicht berücksichtigen wollte, wirkte auf jegliche Weise der aktiven Erfassung der Losung der „Arbeiterkontrolle" entgegen. Aber die Revolution hat ihre eigene Logik. Die Fabrikkomitees selbst deuteten sie sehr aktiv, und so wurde sie auch verwirklicht.

Die Bedeutung der „Arbeiterkontrolle" war jedoch beschränkt: sie war die Losung des Sturzes der Macht der Bourgeoisie im Betriebe und die Losung der Inangriffnahme der Nationalisierung. Eine konsequente Durchführung der Arbeiterkontrolle hätte die Uebernahme der Verwaltung durch die Arbeiter *dieses* Betriebes statt der Uebergabe der Verwaltung an den Arbeiterstaat bedeutet (und so war es auch stellenweise).

Deshalb begann gleich nach der Oktoberrevolution die fieberhafte Arbeit zur Schaffung von Organen der Verwaltung der Industrie. Bereits am 5. Dezember 1917 wurde die erste Verfügung über den Obersten Rat (Sowjet) für Volkswirtschaft dekrediert, der nach und nach zum Zentralorgan der Industrieverwaltung wurde.

Am 13. August 1918 wurde eine neue Verfügung erlassen, in der es heißt:

„Der Oberste Volkswirtschaftsrat regelt und organisiert die gesamte Produktion und Verteilung und verwaltet sämtliche Betriebe der Republik . . . Sämtliche Etataufstellungen des Staatsbudgets werden vorher im Obersten Volkswirtschaftsrat geprüft und seiner Bestimmung nach dem Sowjet der Volkskommissare übertragen. Die Finanzierung s ä m t l i c h e r Zweige der Volkswirtschaft geschieht durch den Obersten Volkswirtschaftsrat."

Dementsprechend konstituierte sich der Oberste Volkswirtschaftsrat folgendermaßen:

a) vom Obersten Zentralexekutivkomitee	10	Mitglieder
b) von den Allrussischen Produktionsverbänden.	30	„
c) von den Distriktssowjets für Volkswirtschaft 2 Prozent	10-20	„
d) vom Rat der Verbände der Arbeitergenossenschaft	2	„
e) von den Kommissariaten: für Verpflegung 1, für das Verkehrswesen 1, für Arbeit 1, für Ackerbau 1, für Finanzen 1, für Handel und Industrie 1, für innere Angelegenheiten 1 .	7	„
im Ganzen	59-69	Mitglieder

Die Versuche, regulierende und verwaltende Produktionszentren gemeinsam mit den Unternehmern zu schaffen, mißlangen vollständig. Als auf eines der charakteristischsten Beispiele kann man auf das „Zentrotextil" hinweisen, das laut Verfügung vom 1. April 1918 aus einer Arbeitergruppe (30 Genossen vom Kongreß der Textilarbeiter), Vertretern der Unternehmer (15 Bürger), Vertretern der Zentralorgane (11 Genossen), Vertretern der Arbeiterorganisationen (8), Vertretern der Ingenieure, Buchhalter usw. (6) und Genossenschaftsvertretern (3) bestand. Diese Versuche führten zu keinem Erfolg, und des weiteren vollzog sich die ganze Arbeit in der Richtung, daß rein proletarische Verwaltungsorgane, natürlich mit Heranziehung von Fachmännern, entstanden.

Die Periode bis zum Beginn des verschärften Bürgerkrieges wird namentlich charakterisiert durch den fieberhaften Ausbau eines ganzen Netzes von Wirtschaftsorganen, die das ganze Wirtschaftsleben des Landes regulieren sollten, im Zentrum und in der Provinz.

Sehr bald zeigte es sich, daß die sich widersprechende Lage der Diktatur des Proletariats mit der Beibehaltung der Produktion in den Händen der Bourgeoisie objektiv unmöglich ist. Die Festigung der Staatsmacht des Proletariats erlaubte es, von der Einmischung in die Industrie der Bourgeoisie zur Expropriierung der Produktionsmittel überzugehen. Es begann die Etappe der

Nationalisierung: der Enteignung der Privateigentümer und der Uebergabe der Betriebe an die Arbeiterklasse.

Es ist ganz natürlich, daß in der ersten Zeit bei der mangelhaften Organisiertheit des ganzen Staatssystems die gewählten Betriebsverwaltungen eine besondere Rolle spielten. Der revolutionäre Prozeß entfaltete sich im Zeichen der „Lokalmacht" und der gewählten Verwaltungen. Die Rolle des Zentrums war gering. Es fand der elementare Prozeß der Enteignung der Bourgeoisie statt.

Bald jedoch mischte sich die Zentralgewalt in diesen Prozeß und trug eine gewisse Planmäßigkeit hinein. Schon die Verfügung des Obersten Wirtschaftsrates vom 16. Februar 1918 lautet:

„Die Konfiszierung in Industrie und anderen Unternehmen geschieht . . . a) durch den Obersten Volkswirtschaftsrat und b) durch den Sowjet der Volkskommissare."

Am 27. April 1918 wird diese Verfügung durch eine besondere „Bekanntmachung" bestätigt:

„In Anbetracht dessen, daß die lokalen Sowjets . . . die Konfiszierung und Nationalisierung der Betriebe ohne Kenntnis des Obersten Volkswirtschaftsrates fortsetzen, sei an folgende Bestimmung des Obersten Volkswirtschaftsrates vom 16. Februar 1918 erinnert."

Am 14. Dezember 1917 wurden die Banken nationalisiert und am 26. Januar 1918 die Kapitalien der früheren Privatbanken konfisziert. Am 26. Januar 1918 wurde die Handelsflotte nationalisiert. Am 15. Februar wurden die großen Getreidespreicher verstaatlicht, am 2. Mai 1918 die gesamte Zuckerindustrie, am 20. Juni die Naphthaindustrie, und durch das allgemeine Dekret vom 28. Juni 1918 wurden sämtliche Großbetriebe nationalisiert. Dieses letztere historische Dekret beginnt folgendermaßen:

„Zwecks entschlossenen Kampfes mit der Zerrüttung in der Wirtschaft und im Verpflegungswesen und zur Festigung der Diktatur der Arbeiterklasse und der armen Bauern hat der Sowjet der Volkskommissare beschlossen:

1. die unten genannten Industrie- und Handelsunternehmen mit all ihren Kapitalien und Gütern, worin sie auch bestehen mögen, . . . als Eigentum der R. S. F. S. R. zu erklären."

Es muß jedenfalls betont werden, daß der Prozeß der Nationalisierung in hohem Grade elementar verlief; der Oberste Volkswirtschaftsrat konstatiert in seinem Bericht an den VIII. Sowjetkongreß (12. Dezember 1920):

„Der Oberste Volkswirtschaftsrat war sich durchaus der Notwendigkeit bewußt, den Nationalisierungsplan bestimmten Grenzforderungen zu koordinieren. Doch war der Oberste Volkswirtschaftsrat, dem in der ersten Zeit der statistische und Kontrollapparat fehlte, der keine zuverlässige Verbindung mit der Provinz, keine Hilfsorgane, keinen ordentlichen Stamm von Arbeitern hatte, gezwungen, neben der planmäßigen Erfassung der für den Sowjetstaat in erster Reihe notwendigen Produktion auch unnötige und krankhafte Produktionsorganismen aufzunehmen, wodurch die Organisation der Produktion selbst äußerst erschwert wurde. Diese erste stürmische Periode der Nationalisierung, die jede wirtschaftsorganisatorische Berechnung durchkreuzte, . . . wurde bald von einer Periode abgelöst, die die Erfassung der Industrie bereits einem bestimmten Produktionsprogramm unterordnete."

Die alten Formen gingen zu Grunde. Die früheren Verbindungen zerfielen. Die Verwaltungsorgane gingen unter, und der Arbeiterstaat trat die ganze Erbschaft an. Die Folge war, daß in der gesamten Industrie von 6775 Betrieben mit 1 185 542 Arbeitern am 1. Oktober 1919 2522 Betriebe mit 750 619 Arbeitern und am 1. April 1920 4 141 Betriebe mit 983 049 Arbeitern nationalisiert waren. Dieser Prozeß wurde durch die Verfügung des Präsidiums des O. V. W. R. vom 29. November 1920 abgeschlossen, wonach

„sämtliche Industrieunternehmen, die Privatpersonen oder Gesellschaften gehören und mehr als 5 Arbeiter bei mechanischer Triebkraft oder 10 ohne mechanische Triebkraft beschäftigen, als nationalisiert erklärt werden."

Der O. V. W. R. verwandelte sich allmählich in das Präsidium des O. V. W. R., das allein an der Spitze der Industrie steht und das vereinigende Organ der Sowjet für Arbeit und Schutz wird, da die Landwirtschaft, das Verkehrswesen, die Finanzen, das Verpflegungswesen usw. sich in anderen Kommissariaten konzentrieren. Es entstanden lokale Industrieorgane, Distrikts-, Gouvernements- und sogar Bezirkssowjets für Volkswirtschaft. Diese Organe sind bestrebt, die Industrieunternehmen territorial zusammenzufassen (nach Bezirken, Gouvernements, Distrikten), einem ziemlich zufälligen Merkmal, von der historisch feststehenden administrativen Teilung des Landes ausgehend.

Zu gleicher Zeit wurde das Zentrum immer stärker, organisierte und orientierte sich. Es begann die Periode der sogenannten „Glawki" (Zentralämter). Andererseits wurden die abnormen Verwaltungsformen, die auf dem Boden der Sturm- und Drangperiode entstanden waren, und namentlich die gewählten

Verwaltungskörperschaften von Formen einer normaleren Verwaltung abgelöst, einer von der Arbeiterregierung eingesetzten Verwaltung.

Die Arbeiterregierung hatte es mit der grandiosen, unerhört schwierigen und völlig neuen Aufgabe zu tun, „eine planmäßige Regelung der gesamten Volkswirtschaft des Landes zu schaffen, die Arbeit der mitunter miteinander rivalisierenden Zweige zu einem einheitlichen Wirtschaftsorganismus zusammenzuschließen, der nach einem einheitlichen Produktionsplan arbeitet".*)

Wir wollen uns nicht Vermutungen hingeben, wie diese Aufgabe unter anderen objektiven Verhältnissen hätte gelöst werden können, aber in dem historisch gegebenen Milieu mußte sie eine schlechte Lösung finden. Es sei nicht vergessen, daß Mitte 1918 ein furchtbarer Bürgerkrieg eingesetzt hatte; sämtliche Kräfte des Landes waren in dem bewaffneten Kampf mit der von allen Seiten vordringenden Bourgeoisie konzentriert. Dabei war das Land durch den Krieg 1914—18 erschöpft. Die materiellen Hilfskräfte waren gering, eine harte Oekonomie war vonnöten. Dabei ist Rußland in hohem Grade ein Agrarland mit schwachem Verkehr, schwacher Technik, einer geringen Kulturschicht, einem kleinen Proletariat und einer schwach entwickelten Industrie. Unter diesen Umständen war unvermeidlich: 1. die Vernichtung des Privathandels, 2. eine außerordentliche Erschwerung der Ausgabe der materiellen Mittel, 3. ein Regime der Zwangserfassung der Lebensmittel vom Bauerntum und 4. eine gesteigerte Zentralisierung der gesamten Verwaltung, darunter auch der Industrie. Auf diesem Hintergrunde entstand auch das theoretisch richtig gedachte, aber entstellt durchgeführte System des „Glawkismus". Es galt vor allem, „sämtliche Betriebe in jedem Zweige, die in ihnen arbeitenden Mechanismen und die lebendige Kraft in Gestalt des technischen Personals und der Arbeiter zu buchen, diesen komplizierten Apparat zu beherrschen, ihn mit den nötigen Rohstoffen, Rohmaterialien usw. zu versorgen und die ganze Arbeit der bis dahin gesonderten Produktionseinheiten nach einem allgemeinen, im voraus ausgearbeiteten Plan zu lenken. Dazu wurden vor allem im Zentrum für die einzelnen Produktionszweige verantwortliche Kollegien mit einem notwendigen Stab von

---

*) Aus dem Bericht des O. V. W. R. auf dem VIII. Sowjetkongreß, Seite 21.

Angestellten (Glawki und Zentren) ins Leben gerufen, denen auch die oben genannte Arbeit auferlegt wurde.*)

Ende 1920 sah das Verwaltungssystem der Industrie folgendermaßen aus:

Das Zentralorgan, das das Produktionsprogramm der einzelnen Industriezweige festlegt und die gesamte Industrie verwaltet, ist der Oberste Volkswirtschaftsrat. Ihm entsprechen die Volkswirtschaftsräte der Gouvernements, denen die der Bezirke unterstehen. Andererseits wird jeder Industriezweig geregelt und verwaltet von dem entsprechenden Zentralamt und den entsprechenden Sektionen des Gouvernementsvolkswirtschaftsrates. Ein Teil der Betriebe untersteht den Glawki unmittelbar, über die Sektionen der Gouvernementsvolkswirtschaftsräte hinweg. Vorwiegend ist die vertikale Linie: Betrieb — Gruppe — Zentrum (Glawki). Die Verwaltungsorgane sind überall auf Grund des entsprechenden Produktions-(Gewerkschafts-)Verbandes aufgebaut. Im ganzen Verwaltungsapparat sind 61,6 Prozent Arbeiter, 30,7 Prozent Fachleute (die sog. „Spez") und 7,7 Prozent Angestellte usw. betätigt. An Stelle der Kollektivformen der Verwaltung ist die Personalform getreten, so daß von 2483 Betrieben 2183 eine Personalverwaltung und 300 eine kollektive haben.

Die wichtigsten Betriebe unterstehen unmittelbar dem Zentrum (den Glawki). Es ist klar, daß sie dazu durch s p e z i e l l e territoriale Organe zusammengefaßt werden. Die Unternehmen sind zu Gruppen oder besonderen Verbänden zusammengeschlossen. Solche Verbände entstanden hauptsächlich 1919.

Das industrieverwaltende und -regelnde Organ jedes Gouvernements ist der Gouvernementsvolkswirtschaftsrat, der nach demselben Typus wie der O. V. W. R. organisiert ist. Diese Volkswirtschaftsräte der Gouvernements zerfallen in Produktionssektionen (Metall, Textil, Elektrotechnik usw.), die einerseits vom Präsidium des Gouvernementsvolkswirtschaftsrates und andererseits vom Glawki geleitet werden, denen auch die Budgets vorgelegt und von wo aus die Instruktionen und Verfügungen entgegengenommen werden.

Die Produktionseinheit selbst (Fabrik, Bergwerk usw.) ist jeder Selbständigkeit beraubt: sie erhält die Gelder laut Vor-

---

*) Aus dem Bericht des O. V. W. R. auf dem VIII. Sowjetkongreß, Seite 22.

anschlag, Verpflegung nach den Listen, technische Hilfsmittel laut Berechnung usw. Die gesamte Produktion wird an das Zentrum abgeliefert. Eine Planversorgung und -verteilung liegen der ganzen Tätigkeit zugrunde.

Unter den Verhältnissen des höchst angespannten Bürgerkrieges konnte es auch nicht anders sein.

Doch bei der Erschöpfung des Landes, bei dem mangelhaften Transport und schlechten Verkehr, dem ungenügenden und wenig erfahrenen Stamm von Organisatoren, der Sabotage der bürgerlichen Kopfarbeiter und der mangelhaften Erziehung des ganzen Personals mußte dieses System neben positiven Ergebnissen auch ein ungeheures negatives Resultat zeitigen: es erwürgte die Produktionseinheiten, lähmte die lokale Initiative und führte zu einer ganzen Reihe unangenehmer Erscheinungen.

Die erste Reaktion gegen dieses System war die Opposition auf dem VIII. Sowjetkongreß. Zu jener Zeit waren die Gouvernementsvolkswirtschaftsräte und die Gouvernements-Exekutivkomitees der Sowjets bedeutend erstarkt. Die harten, von oben verfügten Pläne wurden wegen einer Reihe objektiver Ursachen nicht erfüllt. Es setzte ein scharfer Kampf gegen den Glawkismus ein, infolgedessen durch eine Verfügung des VIII. Kongresses sämtliche sowohl beständige als auch provisorische Lokalorgane den Exekutivkomitees untergeordnet wurden; den letzteren wurden auch die administrativ-wirtschaftlichen Institutionen der Volkskommissare unterstellt. Die Volkswirtschaftsräte der Gouvernements wurden in erster Linie zu Organen der Exekutivkomitees. Die in drei Gruppen geteilten Unternehmen unterstehen in der zweiten und dritten Gruppe den Volkswirtschaftsräten der Gouvernements ganz, und lediglich die erste Gruppe verblieb in vertikaler Unterordnung den Glawki, wobei die Direktive erging, diese erste Gruppe nach und nach abzubauen.

Die zweite stärkere Reaktion erfolgte nach dem Uebergang der gesamten Wirtschaft zur neuen Wirtschaftspolitik im Sommer 1921.

Der Abschluß des Bürgerkrieges Ende 1920 und die maximale Ueberlastung der Bauernwirtschaft, die einen Rückgang der Produktivkräfte in der Landwirtschaft hervorrief, stellten die Abschaffung der Raswjorstka (zwangsweise Erfassung) auf die Tagesordnung. Das Getreide wurde wieder zur Ware. Die Klein-

bauernwirtschaft ging wieder zum Warenverkehr über. Der Arbeiterstaat wurde vor die Frage der Verbindung zwischen Landwirtschaft und Industrie gestellt. Diese Verbindung ist bei der Existenz von Millionen von Zwergwirtschaften in Rußland objektiv nur im Handel gegeben. Die Frage des Handels wurde akut. Die Naturalbeziehungen wurden durch Beziehungen des Warenaustausches abgelöst. Dies änderte radikal sowohl die gegenseitigen Beziehungen der Staatsbetriebe untereinander als auch die Beziehungen dieser zum Staate. Diese Beziehungen erhielten eine Warenform. Es trat die Etappe der sog. „neuen ökonomischen Politik" ein. Die Formen der Staatsindustrie änderten sich radikal — die Industrie wurde umgebaut entsprechend den neuen Wirtschaftsmethoden. Diese Phase ist noch nicht vollendet. Die neuen Formen stehen noch nicht fest. Doch die charakteristischen Züge und Tendenzen der Weiterentwicklung sind vorgezeichnet.

Vor allem ist der Staat bestrebt, nur die wirklich wichtigen Betriebe beizubehalten, und verzichtet auf den Gedanken, s ä m t l i c h e Betriebe zu bewirtschaften. Die Staatsbetriebe zerfallen ferner in zwei grundlegende Gruppen: in die lokaler Natur, die den Wirtschaftsräten der Gouvernements (oder den Distriktsorganen) unterstehen, und solche von allgemein staatlicher Bedeutung, die unmittelbar dem Zentrum unterstehen. Alle übrigen Betriebe werden an Privatunternehmer verpachtet, die Gründung neuer Privatunternehmen ist nicht ausgeschlossen. Andererseits organisiert der Staat gemischte Gesellschaften (Staat zusammen mit Privatkapital, besonders ausländischem) und erteilt ausländischen Kapitalisten für eine Reihe von Unternehmen Konzessionen. Auf diese Weise entsteht ein ziemlich kompliziertes System von Beziehungen, das der raschen Entwicklung der Industrie am meisten angepaßt ist und alle zugänglichen Mittel ausnutzt. Es sei nicht vergessen, daß die Verelendung und Verarmung des Landes dies energisch fordern.

Der Staatsbetrieb behält natürlich unter diesen Umständen eine größere Autonomie. Die Verwaltung des Staatsbetriebes wird zu einem selbständig wirtschaftenden Subjekt, das über alle ihm zur Verfügung stehenden materiellen Mittel verfügt und vom Prinzip der wirtschaftlichen Rechnung geleitet wird. Das Zentrum verzichtet auf die Leitung der Produktion; diese konzentriert sich vollkommen in den Händen der wirtschaftenden Subjekte, d. h. der Unternehmer selbst. Das Unternehmer-

tum wird nicht vom Zentrum versorgt und finanziert, sondern durch selbständige Kredit- und Warenoperationen. Dennoch gehört das Unternehmen dem Staate, der seine Arbeit überwacht, es revidiert, die Leitung ein- und absetzt, sie regelt, die Profite einsteckt und, wenn es nottut, Bestellungen macht (z. B. für das Militär). Die kostenlose Ablieferung des Produktes wird durch eine gegen Bezahlung abgelöst; der ganze Betrieb wird auf Grund einer privatwirtschaftlichen Berechnung geführt. Ein solches Unternehmen bildet gewöhnlich eine Gruppe gleichartiger Produktionseinheiten (Gruppe der Textilfabriken) oder eine kombinierte Gruppe (metallurgische Betriebe und Gruben). Derartige Großbetriebe werden „Trusts" genannt; sie stellen gegenwärtig die typische Form der Staatsbetriebe vor.

Die „Trusts" beginnen ihrerseits, sich zu „Syndikaten" zusammenzuschließen, freiwillige (Textilsyndikat) und Zwangssyndikate (Salzsyndikat). Gewisse Industriezweige sind jedoch zentralisiert geblieben und befinden sich vollkommen in den Händen des Staates, der über ihre Produkte verfügt, obgleich die letzteren ebenfalls gegen Bezahlung abgegeben werden. Das ist in erster Linie die Brennstoffindustrie, die durch die Brennstoffzentrale vereinigt ist, und die Kriegsindustrie, die vom Sowjet der Kriegsindustrie zusammengefaßt wird. Die Motive der zentralisierten Leitung der Kriegsindustrie sind klar; was die Brennstoffindustrie betrifft, so ist das Brennmaterial gegenwärtig der regulierende Faktor der gesamten Wirtschaft, und der Staat, der die Brennstoffversorgung beibehält, behält auch einen mächtigen Hebel des ganzen Wirtschaftsmechanismus in seinen Händen. Die Brennstoffzentrale faßt die Ausbeute der Naphthawerke, der Kohlenbergwerke, der Torfstechereien, der Holzbeschaffung und der Schiefergewinnung zusammen.

An der Spitze der gesamten Staatswirtschaft steht der O. V. W. R. als Organ der Industriepolitik und der Regelung der Industrietätigkeit, dem der Sowjet für Kriegsindustrie, die Brennstoffzentrale, die Staatstrusts (oder die bereits entstandenen Salz- und Textilsyndikate) und die Distriktssowjets der Volkswirtschaft mit ihren Unternehmen unterstehen.

Der Trustierungsprozeß setzte ein mit der Bildung der „Leinenverwaltung" am 28. Juli 1921, des „Nordwald" am 18. August, des „Chem-Kohle" am 10. September und kann jetzt in den Grundzügen als vollendet betrachtet werden. Der Zentralverwaltung unterstehen momentan folgende Trusts:

Textilindustrie.

	Zahl der Fabriken	Zahl der Arbeiter	Spez. Gew.[1]) in Prozent
1. „Leinenverwaltung"	17	20 195	53,6
2. „Wsnikowscher Leinenverband"	17	9 855	19,7
3. „Jaroslawer Leinenverband"	7	6 289	11,5
4. „Leinen- und Baumwollverband von Iwanowo-Wosnesenz"	27	—	—
5. „Flachskämmerei von Rschew"	1	413	—
6. Serpuchow Trust	5	8 151	3,8
7. Orechowo-Suew Trust	8	17 769	13,3
8. Presnja	6	12 900	5,9
9. Twer	7	14 177	4,5
10. Moskau	7	7 480	5,4
11. Bogorosk-Stschelkow	9	10 878	12,5
12. Jegoriew	7	4 964	3,3
13. Jaroslaw	2	—	—
14. Mosk. Ver. Feintuch	23	11 593	17,9
15. Tambow Wolltrust	6	5 469	5,6
16. Pensa	6	2 840	5,2
17. Sisiborsk Trust	11	—	—
18. Klinzow Trust	9	3 150	—
19. Südost	—	—	—
20. Allrussische Gesellschaft Wolle	—	—	—
21. Orlow Briansker Verband d. Spinnereien	8	—	—
22. „Kardo-Band"	4	—	—
23. „Erneuerte Faser" (Watte)	12	3 150	—
Wald- und Holzindustrie.			
24. „Nordwald"	42	—	—
25. „Westwald"	3	—	—
26. „Djeperwald"	—	—	—
27. „Oberwolga-Verband"	—	—	—
28. „Mittelwolga"	—	—	—
29. „Kaukasuswald"	—	—	—
30. „Peterwald"	—	—	—
31. „Dünawald"	—	—	—
32. „Furniertrust"	10	1 039	—
33. „Korktrust"	9	280	—
Chemische Industrie.			
34. Chem. Kohle	15	3 682	—
35. Pharmak-Verwaltung	8	1 724	51
36. Anil-Werke	8	1 136	100
37. Lackfarbe	4	369	85
38. Azetometyl	6	481	67
39. Gummitrust	7	8 851	100
40. Zündholztrust von Polessje	8	3 455	—
41. Tschimkensker Santoninfabrik	1	—	—
42. Phosphatotuk		1 300	100
43. Bonjusch-Werke	6	4 658	29
44. Komprim-Gas	2	22	—
Metallindustrie.			
45. „Südstahl"	3	35 000	48
46. „Gomsa"	12	—	—
47. „Nordvjatka"	9	—	—
48. „Stol"	1	—	—
49. „Riech. Jol"	1	—	—
50. Malzew Trust	—	9 235	—
51. Nähmaschine	—	—	—
52. „Zugas"	6	—	—

[1]) „Spezifisches Gewicht" nennen wir die Bedeutung des betreffenden Verbandes für den gegebenen Industriezweig.

Elektrotechnische Industrie.			
53. Electrostatische Benutzung	—	—	70
54. „Moges“	7	6 000	—
55. Moskauer elektrotechnische Werke	14	5 250	—
Montana-Industrie.			
56. Zink-Blei	4	1 600	8
57. Ural-Platin	—	4 029	100
58. Lena-Gold	—	3 422	60
59. Ural-Asbest	6	3 076	100
60. Kaukas. Zink	5	650	80
Silikat-Industrie.			
61. Glas-Porzellan	16	10 097	37
62. Zement-Trust	10	4 365	82
63. Borowitsch. Feuersich. Silikat-Kombinat	—	1 520	59
Lebensmittel-Industrie.			
64. Tee-Zentrale	15	1 336	100
65. Nordsyrup	10	663	68
66. Zucker-Trust	alle	16 090	100
Leder-Industrie.			
67. Fabriken von Taganrog und Maikop	2	2 548	—
68. Tatarischer Leder-Trust	7	—	—
Bau-Industrle.			
69. 1. Staatliches Baubureau	—	—	—
70. 2. „ „	—	—	—
71. 3. „ „	—	—	—
72. 4. „ „	—	—	—
Polygraphische Industrie.			
73. Mosk.-Presse	6	3 501	—
Papier-Industrie.			
74. „Papiertrust“	5	10 000	80
75. Kondrowsche Schreibpapier-Fabriken	5	—	—
76. Vereinigte Fabriken von Polessje	3	2 100	—

Diese Liste ist lange nicht vollständig und nicht ganz genau. Sie zeigt bloß die allgemeinen Konturen der Vertrustung. Man kann sagen, daß wir im gegenwärtigen Augenblick zirka 100 Staatstrusts haben, die ungefähr eine halbe Million Arbeiter beschäftigen.

Heute besteht unsere Aufgabe darin, die Tätigkeit dieser Unternehmen möglichst planmäßig und zweckmäßig zu gestalten.

Die Methoden der Regulierung sind noch nicht kristallisiert; die Methoden der Verbindung zwischen Trust und Staat sind noch nicht festgestellt. Aber diese Aufgabe steht auf der Tagesordnung und wird noch gelöst werden.

Die Sowjetrepublik hat also auf die Form der Naturalplanwirtschaft verzichtet, die unter den gegebenen materiellen Voraussetzungen sich nicht verwirklichen läßt. Die Weiterentwicklung der Produktivkräfte, die Hebung der Industrie und des Transportwesens, die Besserung des Verkehrs und die Erziehung eines Stammes von Organisatoren wird nach und nach die Bedingungen zum Aufbau der Planwirtschaft ergeben.

Diese Aufgabe ist von der Tagesordnung nicht entfernt. Wir nähern uns ihr auf dem einzig realen Wege: durch die Hebung der Produktivkräfte, durch die Schaffung einer materiellen Basis für die kommunistische Wirtschaft. Die Geschichte entwickelt sich dialektisch. Die Formen der Staatsindustrie der ersten proletarischen Republik folgen der Dialektik der Geschichte. Die objektiven Widersprüche werden dadurch gelöst, so daß solche Formen entstehen, die eine Weiterentwicklung möglich machen. In allen diesen Fällen ist unsere Aufgabe die Verwirklichung der kommunistischen Gesellschaftsordnung. Ohne den Westen kann Rußland diese Aufgabe nicht lösen; es kann und muß aber den Boden zu deren Lösung vorbereiten, und es tut dies auch.

Ende April 1922. *G. Pjatakow.*

Die Industrie der R. S. F. S. R.

Der Zustand der russischen Industrie wird hauptsächlich gekennzeichnet durch ihre wichtigsten Zweige: die Brennstoffgewinnung, Metallurgie, Montana-, Textilindustrie und der Erzeugnisse der Landwirtschaft. Es wurde gewonnen (in 1000 Pud):

	1920				1921			
	1. Halbjahr	3. Vierteljahr	4. Vierteljahr	Zus.	1. Halbjahr	3. Vierteljahr	4. Vierteljahr	Zus.
Steinkohle	209 548	122 835	139 113	471 496	256 861	71 950	186 195	515 004
Naphtha	130 656	68 160	51 823	250 639	123 376	58 320	62 355	244 051
Metallurgie.								
Gußeisen	2 763	1 298	2 269	3 661	3 660	818	2 132	6 720
Martinstahl	4 370	2 599	2 913	9 882	4 777	426	3 103	8 306

Die Gußeisengewinnung des Jahres 1921 beträgt im ganzen 2,5 Prozent derjenigen von 1913.

Die Lokomotiv- und Wagenbau-Fabriken, die während des Krieges und der Revolution erhalten blieben, werden jetzt umgebaut. 1921 (für Dez. fehlen Daten) wurden angefertigt:

	1. Halbjahr	3. Vierteljahr	Oktober	November
Lokomotiven, neu	33	12	10	12
„ gründlich remontiert	58	13	12	7
„ einfach „	190	88	24	22
Wagen, neu	593	62	55	38
„ remontiert	7 958	2 122	913	935

Bergbau.

Gewonnen in 1000 Pud.

	1920				1921			
	1. Halbjahr	3. Vierteljahr	4. Vierteljahr	Zus.	1. Halbjahr	3. Vierteljahr	4. Vierteljahr	Zus.
Eisenerze . . .	4 506	2 434	2 877	9 817	6 052	399	1 871	8 322
Chromerze . .	78	65	38	181	122	23	44	189
Manganerze . .	154	56	110	320	108	62	333	503

Die Erzgewinnung beträgt jetzt 1,7 Proz. der Vorkriegsgewinnung.

Textilindustrie.

Baumwollprod. Gespinst in 1000 Pud	259	150	422	831	526	55	441	1 029
Rohware in Mill. Archin .	52	19	47	118	70	7	52	129
Wolle: Gespinst in 1000 Pud .	193	118	182	491	225	52	111	388
Rohware in Mill. Archin .	6,7	2,9	4,9	14,5	7,3	1,3	4,3	12,9
Fertigware in Mill. Archin .	9,1	4,5	7,7	21,3	12,8	1,7	6,2	20,7
Leinen: Gespinst in 1000 Pud .	458	128	214	800	331	15	152	498
Gewebe in Mill. Archin .	30	9	15	54	25,6	1,0	7,9	34,5

Chemische Industrie.

Angefertigt in 1000 Pud.

Feste Hausseife	311	341	394	846	290	148	123	561
Schmierseife . .	27	10	14	51	27	12	10	49
Ersatzseife . . .	10	6,8	6	22,9	11,4	5,3	—	16,9
Waschpulver . .	62	28	78	168	149	42	16	207
Salpetersäure . .	3,3	8,6	11,5	23,4	12,3	4,4	4,6	21,3
Salzsäure	428	223	319	970	582	298	320	1 200
Schwefelsäure	244	130	318	692	594	217	383	1 198
Zündhölzchen in 1000 Kisten .	325	91	218	634	355	131	285	771

Erzeugnisse der landwirtschaftlichen Industrie.

Stärke- und Syrupfabrikation.

Erzeugt in 1000 Pud.

Trockene Stärke	173	14	38	225	82	2	34	118
Syrup	224	57	41	322	144	35	74	253
Gluckose	38	9	—	47	37	2	6[1])	45

[1]) ohne den Monat Dezember; keine Produktion im Dezember.

Tabakindustrie.

	1920				1921			
	1. Halbjahr	3. Vierteljahr	4. Vierteljahr	Zus.	1. Halbjahr	3. Vierteljahr	4. Vierteljahr	Zus.
Tabak in 1000 Pud	2 415	5 342	5 180	12 937	9 601	2 359	4 248	16 208
Zigaretten in Millionen	1 984	1 261	967	4 212	1 796	1 313	1 683	4 792
Knaster in Pud .	525	287	579	1 091	321	107	132	560

Zuckerindustrie.

Erzeugt pro Saison 1919—20 . . . . 4 850 181 Pud
„ „ „ 1920—21 . . . . 5 542 240 „
„ „ „ 1913 . . . . 82 806 000 „

Verteilung der Betriebe nach Produktionszweigen.

Bezeichnung des Produktionsgebietes	Gesamtzahl der Betriebe nach der Zählung 1920					
	Insgesamt	Davon mit Angaben über die beschäft. Personen	Zahl der beschäft. Personen	Darunter mit mechan. Triebkraft		
				Insgesamt	Mit Angaben über die Stärke	Stärke
1. Fischerei und Jagd	1 118	1 012	37 336	2	2	32
2. Stein-, Ton- u. Erdarbeiten	6 374	4 919	80 897	732	582	81 599
3. Montana- u. Hüttenindustrie	1 321	1 078	235 116	928	815	488 098,55
4. Metallurgie	69 974	62 045	202 576	1 620	1209	125 303
5. Maschinenbau u. Produktion von allerhanden Apparaten	3 620	3 162	296 331	999	899	384 185,93
6. Holzbearbeitung	19 184	17 153	145 302	1 763	1476	83 191,1
7. Chemische Industrie	1 676	1 335	57 528	445	403	89 209,25
8. Produktion von Lebensmitteln, Getränken und Narkotiken	146 019	127 457	410 129	128 357	52 170	609 648,86
9. Bearbeitung harter tierischer Stoffe	407	311	3 478	66	52	1 681,25
10. Lederindustrie	9 214	7 534	64 408	1 045	773	19 802,1
11. Baumwollindustrie	753	494	179 044	460	417	414 037,6
12. Wollindustrie	3 869	3 371	48 907	1 702	1 113	43 365,8
13. Seidenindustrie	112	950	5 004	62	57	11 346
14. Leinenindustrie	497	438	49 750	205	179	55 773,5
15. Hanf- und Pflanzenfaserbearbeitung	912	806	16 761	169	119	6 642
16. Faserstoffindustrie	52	32	1 716	21	20	1 575
17. Bekleidungsindustrie	21 900	20 481	188 955	619	461	14 731,15
18. Papierindustrie	287	206	25 815	148	138	63 795,75
19. Graphisches Gewerbe	1 586	1 394	46 602	473	415	12 540,86
20. Kunstgewerbe und angew. Wissenschaft	1 787	1 549	10 782	94	85	3 114,57
21. Wasserversorgung	993	926	22 839	887	748	392 136,29
22. Ingenieurwesen	31	30	5 600	10	6	3 333
23. Bauwesen	292	266	6 583	25	25	513
24. Wohnung-, Straßen- u. Hofreinigung	54	52	1 772	16	15	3 247
25. Transport und Eisenbahnwerkstätten	536	526	147 083	279	228	26 898,2
In der ganzen R. S. F. S. R.: .	292 568	256 636	2 289 813	141 127	62 405	2 935 801,46

Verteilung der Betriebe nach Produktionszweigen.

Tätige Betriebe

Bezeichnung des Produktionsgebietes	Gesamtzahl der tätigen Betriebe						Staatsbetriebe					
	insgesamt	davon mit Angabe über die beschäft. Person.	Zahl der beschäftigten Personen	Darunter mit mechan. Triebkraft: insgesamt	m. Angabe über die Stärke	Stärke	insgesamt	davon mit Angabe über die beschäft. Person.	Zahl der beschäftigten Personen	Darunter mit mechan. Triebkraft: insgesamt	m. Angabe über die Stärke	Stärke
1. Fischerei und Jagd . . .	1009	998	37266	2	2	32	255	252	25866	—	—	—
2. Stein-, Ton- und Erdarbeiten	4591	4447	73015	477	354	43218,10	975	929	59019	336	280	42775,1
3. Montana- und Hüttenindustrie	976	912	228938	738	646	448900,55	845	823	226879	690	606	447751,5
4. Metallurgie	61165	58765	197904	1431	1072	116700	4434	4337	102913	752	668	107668,32
5. Maschinenbau und Produktion von verschiedenen Apparaten	3157	3033	294477	921	827	369311	1081	1045	279455	703	648	363068,2
6. Holzbearbeitung	16639	16122	136232	1353	1147	62895,5	2862	2794	88977	1068	943	60300,5
7. Chemische Industrie . .	1212	454	54954	365	336	77951,25	483	463	49215	272	253	76184,75
8. Produktion von Lebensmitteln, Getränken und Narkotiken	121935	116329	375920	109293	43425	506695	18613	17732	165882	16372	5804	229850,55
9. Bearbeitung harter tierischer Stoffe	306	294	3329	53	42	864	141	133	2278	32	25	770

10. Lederindustrie	7182	6865	62563	874	720	19130,38	1071	1037	39579	372	338	15227,1
11. Baumwollindustrie	291	285	116426	172	157	183083	191	188	112686	139	134	178338,1
12. Wollindustrie	3080	2974	45034	1326	854	33337	223	213	38003	150	126	29577
13. Seidenindustrie	48	47	4180	31	29	2240,5	39	38	3971	30	28	2237
14. Leinenindustrie	412	392	46885	165	152	53499	134	132	43378	95	94	52579
15. Hanf- und Pflanzenfaserbearbeitung	782	759	16399	130	88	4443,5	133	120	11298	51	48	4240
16. Faserstoffindustrie . . .	26	27	1571	9	8	1335,5	13	13	1120	8	7	1317,5
17. Bekleidungsindustrie . .	20477	19940	186641	531	407	14364,7	2530	2492	124377	282	235	12182,7
18. Papierindustrie	179	175	24288	98	90	55307,05	107	107	23910	82	78	53327,25
19. Graphisches Gewerbe . .	1425	1364	46330	444	377	11350	747	722	41930	361	310	9783,37
20. Kunstgewerbe und angew. Wissenschaft . . .	1579	1513	10510	81	69	2634	204	197	6156	51	47	2503,97
21. Wasserversorgung	933	897	22299	820	694	387490	863	854	22050	782	661	386087,5
22. Ingenieurwesen	28	28	5580	9	6	3333	25	25	5577	7	5	3330
23. Bauwesen	262	260	6547	24	24	509	131	129	5979	20	20	491
24. Wohnung-, Straßen- und Hofreinigung	51	51	1758	14	13	2200	38	38	1682	13	12	2191
25. Transport u. Eisenbahnwerkstätten	529	524	147044	276	225	26883,2	525	520	143639	273	223	26803,2
In der ganzen R. S. F. S. R.:	248272	238155	2146111	119637	51764	2427707,23	36663	35343	1625876	22941	11593	2108584,76

Die Volkszählung 1920 registrierte also 292 568 Betriebe, von denen 248 272 (mit 2 146 111 Arbeitern) arbeiteten. Von diesen 248 272 Betrieben waren solche, die mit Lohnarbeitern arbeiteten, 7734; der Rest entfiel auf Kleinbetriebe ohne Lohnarbeiter. Von der Gesamtmenge der Betriebe gehörten dem Staate 36 663 Unternehmungen, in denen insgesamt 1 625 876 Arbeiter beschäftigt waren; es arbeiteten also ungefähr vier Fünftel der Arbeiter in Staatsbetrieben.

Verteilung der Betriebe und der beschäftigten Personen nach den einzelnen Gebieten.

Name des Gebietes:	Zahl d. Betriebe n. d. Zählung 1920	Arbeitende Betriebe mit Angabe der Arbeiterzahl											
		Betriebe	Beschäftigte Personen		Mit Lohnarbeit			Ohne Lohnarbeit			Betriebe mit über 30 Lohnarbeitern		
			Im Ganzen	Auf je 1000 Einw.	Betr.	Besch. Pers. Im Ganzen	Besch. Pers. A. je 1000 Einw.	Betr.	Besch. Pers. Im Ganz.	Besch. Pers. A. je 1000 Einw.	Betr.	Besch. Lohnarb. Im Ganzen	Besch. Lohnarb. A. je 1000 Einw.
Nordgebiet (Archangelsk, Wologda, Nord-Dvinsk)	16 683	13 719	55 967	260	2 437	33 312	155	10 747	21 775	101	136	19 102	89
Seen-Gebiet (Arbeits.-Komm. Karelien, Novgorod, Olonetz, Petrograd, Pskov, Tscherepovetz	18 385	14 893	194 884	416	4 004	177 814	380	10 889	17 070	36	657	135 639	290
Petrograd allein	2 080	1 292	110 725	1 569	779	109 367	1 549	513	1 358	19	329	87 494	1 239
West-Gouv. (Witebsk, Homel)	14 067	12 108	55 035	162	2 680	41 573	122	9 427	13 462	40	181	23 570	69
Zentral-Industrie Rayon (Brjansk Wladimir, Iw.-Wosnessensk, Kaluga, Kostroma, Moskau, N.-Novgorod, Rjasan, Rybinsk, Smolensk, Twer, Tula, Jarosl.	68 892	52 737	796 388	412	15 249	716 814	371	37 225	76 786	40	2 073	545 640	282
Moskau allein	2 353	1 940	102 607	998	1 380	101 035	983	325	888	9	437	90 383	879
Zentral-Schwarz-Erde-Gebiet (Woronesh, Kursk, Orel, Pensa, Tambow)	49 948	37 577	187 007	155	13 402	144 905	120	24 175	42 192	35	506	85 635	71
Wolgagebiet (Astrachan, Kasan, Kalmücken-Steppe, Samara, Saratow, Simbirsk, Deutsche Arb.-Kom. Zarizyn)	37 889	31 846	232 490	194	9 447	189 594	158	22 399	42 896	36	914	128 033	107
Ural-Gebiet (Baschkiren-Rep., Wjatka, Jekaterinburg, Perm, Ufa, Tscheljebinsk) .	48 055	40 041	333 949	284	12 645	284 220	241	27 362	49 296	42	838	186 395	158
Ukraine	30 317	26 178	199 167	220	6 797	169 620	187	19 431	29 547	33	553	104 537	115
Nord-Kaukasus u. Don (Don-Provinz, Kuban-Schw.-Meer, Stavropol, Ter-Provinz)	25 077	22 379	122 660	173	7 294	95 753	135	15 085	26 907	38	409	51 363	72
Westsibirien (Altay, Jenissej, Irkutsk, Omsk, Tomsk, Tjumen)	46 772	41 470	190 201	190	9 569	141 281	141	31 889	48 816	49	353	75 766	76
Kirgisien	9 329	8 281	40 326	125	2 421	31 219	97	5 860	9 107	28	174	18 736	58
Krim	3 353	2 609	26 429	3 468	1 351	24 069	3 157	1 258	2 370	311	119	13 121	1 722
Turkestan	12 707	11 907	57 207	85	1 299	29 957	44	10 608	27 250	40	185	22 079	33
Zahlen unvollst. für 73 Gouvern.	381 474	315 745	2 491 800	245	88 595	2 080 061	205	226 354	407 474	40	7 296	1 409 616	139
Zahlen vollständig:	400 752	333 537	2 523 157	236	—	—	—	—	—	—	—	—	—

Die Konzessionen.

Durch das Dekret vom 23. November 1920 wurden vom Sowjet der Volkskommissare in allgemeinen Zügen die Bedingungen für die Konzessionen festgelegt, die dem ausländischen Kapital die Möglichkeit geben, an der Ausbeutung der Naturschätze der R. S. F. S. R. und der Entfaltung ihrer Produktivkräfte teilzunehmen. Von besonderer Bedeutung sind die Garantien, die von den §§ 4 und 6 des genannten Dekrets vorgesehen werden.

„§ 4: Die Regierung der R. S. F. S. R. garantiert, daß das investierte Eigentum des Konzessionärs weder der Nationalisierung noch der Requirierung unterliegen wird", und

„§ 6: Die Regierung der R. S. F. S. R. leistet dem Konzessionär Gewähr für die Unzulässigkeit irgendeiner einseitigen Veränderung der Bedingungen des Konzessionsvertrages durch Regierungsverfügungen oder Dekrete."

Durch den Konzessionsausschuß des Obersten Volkswirtschaftsrates wurden diese Grundsätze durch detailliertere Rechtsnormen ergänzt. Der vom Sowjet der Volkskommissare bestätigte Konzessionsvertrag hat die Gültigkeit eines besonderen Gesetzes. Insofern dieser Vertrag keine besonderen Klauseln enthält, unterliegt der Konzessionär den allgemeinen Gesetzen und genießt auch alle Rechte, die für Privatindustrie und Handel gültig sind. Der Konzessionär hat das Recht, ein Unternehmen zu gründen zwecks bestimmter Produktion, zur Gewinnung von Rohstoffen oder Ausbeutung der Bodenschätze usw., ebenso für den Absatz seiner Produkte. Die Konzession wird für eine bestimmte Frist überlassen.

In jedem konkreten Falle darf der Konzessionär ein staatliches Industrieunternehmen oder eine Gruppe oder Kombination von Unternehmungen mit dem gesamten Inventar und den Hilfsmitteln zur Nutznießung übernehmen. Der Konzessionär verpflichtet sich seinerseits, innerhalb bestimmter Zeit den Betrieb in Gang zu setzen und ein bestimmtes Minimalprogramm der Produktion zu erfüllen. Der Konzessionär verpflichtet sich, den ihm überlassenen Betrieb mit allen notwendigen Maschinen zu versehen, entsprechend dem angenommenen Produktionsprogramm. Bei der Ausbeutung der Naturschätze (Waldungen, Bodenschätze usw.) stellt der Konzessionär im Einklang mit der Sowjetregierung den rationellsten Ausbeutungsplan auf. Der Konzessionär genießt das Recht des ungehinderten geschäftlichen Verkehrs mit dem Auslande.

An direkten Steuern und Abgaben zahlt der Konzessionär dieselben wie die anderen gleichen Privatunternehmen, ebenso indirekte Steuern und Zölle; in bezug auf die letzteren können jedoch Privilegien für Waren ausgemacht werden, die der Konzessionär zur Erfüllung des Produktionsprogramms importiert.

Alle bestehenden Gesetze und Verfügungen über Arbeitsschutz und soziale Fürsorge, Anstellung von Arbeitern und Angestellten erstrecken sich auch auf die Konzessionsunternehmungen. Die Arbeitsbedingungen und der Arbeitslohn werden durch Kollektivverträge mit den betreffenden Gesellschaften festgesetzt. Nach Ablauf einer bestimmten, im Vertrag vorgesehenen Frist hat die Sowjetregierung das Recht, alle Betriebe der Konzession zurückzuerwerben.

Die Bedingungen der erteilten Konzessionen werden aufs sorgfältigste reglementiert; im Falle der Uebertretung der Vertragsbedingungen hat die Sowjetrgierung das Recht, die Konzession vor Ablauf der Frist zu annullieren.

Die Konzessionserteilung sieht in erster Linie jene Zweige der Industrie und vor allem der Naturschätze vor, an denen Rußland besonders reich ist. Das sind die Waldbestände in Sibirien und im hohen Norden des europäischen Rußland, ferner die Kohlen- und Erzlager in Ostsibirien usw.

Zahl der Betriebe, die am 1. März 1922 verpachtet waren.

Art der Betriebe	Anzahl der Betriebe	Prozent aller verpachteten Betriebe
1. Gewinnung und Verarbeitung von Kohle und Ton	134	1,4
2. Metallindustrie	289	3,0
3. Holzbearbeitung	283	2,9
4. Chemische Industrie	350	3,6
5. Produktion von Lebensmitteln, Getränken und Narkotiken	7939	81,4
(darunter Mehl- und Backgewerbe)	(6108)	(78,2)
6. Leder- und Pelzindustrie	543	5.5
7. Textilindustrie	119	1,2
8. Graphisches Gewerbe	48	0,5
9. Unbestimmtes	43	0,5
im Ganzen	9748	100 %

Elektrifikation und Staatswirtschaft.

Zur Mechanisierung der Arbeit gehört vor allem billige Energie. Die privatkapitalistische Technik machte in den letzten Jahren enorme Fortschritte sowohl in der Verbilligung der Krafterzeugung und -verteilung als auch in der Verminderung schädlicher Verluste.

So kam die technische Wissenschaft der meisten Kulturländer teils in gemeinsamer Arbeit, teils auf getrennten Wegen zu folgenden allgemeinen Gesichtspunkten.

a) Um dem Verbraucher billige Energie liefern zu können, ist die Zentralisierung der Kraftquelle unerläßlich. Das amerikanische „Super Power System“ empfiehlt zu diesem Zwecke ein Kohlenkraftwerk von 300 000 bis 400 000 Kilowatt bei einer Maschinenleistung von 40 000 bezw. 60 000 Kilowatt.

b) Der Verbrauch dieser enormen Energiemassen unmittelbar an der Kraftquelle ist nur in Ausnahmefällen möglich und vorteilhaft; am zweckmäßigsten ist die Verteilung nach mehreren Verbrauchszentralen und weiter an möglichst zahlreiche Einzelverbraucher. Die einzige vorteilhafte Energieform ist Starkstrom; die Elektrifizierung der Gesamtproduktion bildet daher die Hauptforderung einer rationellen Kraftwirtschaft.

c) Noch wichtiger als die zentralisierte Krafterzeugung ist die zentralisierte Verteilung, d. h. die Parallelschaltung mehrerer Kraftwerke in ein gemeinsames Leitungsnetz, aus dem zahlreiche Verbraucher verschiedenster Art mit Energie versorgt werden. Derartige zentralisierte Verteilungssysteme wurden in der letzten Zeit mit gutem Erfolge praktisch durchgeführt; sie umfassen bereits ein ganzes Land oder sind sogar international ausgestaltet, so z. B. der Entwurf einer Versorgung Frankreichs mit der Energie der Schweizer Wasserkraftquellen.

d) Endlich sei die Kombination der reinen Krafterzeugung mit verschiedenen Formen der Industrie und des Verkehrs erwähnt; derartige Kombinationen ergeben oft eine erstaunlich billige Kraft.

Die Ausführung dieser Grundsätze ergibt zunächst einen erhöhten Wirkungsgrad der reinen Krafterzeugung, wobei an Brennstoff die Hälfte, manchmal zwei Drittel erspart wird;

außerdem aber verbilligt sich die Energie durch Nutzbarmachung entfernter und folglich billigerer Kraftquellen, sowie durch Verbesserung der Maschinen und Anlagen, deren Wirkungsgrad ebenfalls eine zwei- bis dreifache Steigerung erreichen kann, wodurch auch erheblich an Tilgungszinsen des Anlagekapitals gespart wird.

Das ungeheure Ausmaß solcher Kraftwirtschaft, die Großzügigkeit der Ausführung, die Einheitlichkeit der Kontrolle hinsichtlich Erzeugung, Verteilung und Verbrauch (in dieser Hinsicht besitzen wir bereits lehrreiche Erfahrungen aus der Kriegswirtschaft, die sehr günstige Leistungen aufweist), schließlich der enge Zusammenhang zwischen Kraftwirtschaft einerseits und Verkehr und Industrie andererseits, alle diese Umstände führen mit Naturnotwendigkeit zur Staatswirtschaft, die die Produktion so gestaltet, daß sich jede privatwirtschaftliche Initiative den Forderungen des Gemeinwohls unterordnen muß.

Die kapitalistische Kraftwirtschaft setzt diesen Bestrebungen unüberwindliche Schwierigkeiten entgegen. Denn eine zentralisierte Energieverteilung verspricht erhebliche Vorteile nur dann, wenn man unwirtschaftlich arbeitende Kraftwerke enteignen darf, und zwar ohne Rücksicht auf deren Entstehungszeit und ohne Entschädigung der Besitzer, die — geschützt durch langfristige Verträge mit den Verbrauchern — sonst keine Veranlassung haben würden, ihre Anlagen im modernen Sinne umzubauen. Bemerkenswert in dieser Hinsicht sind die in Deutschland in letzter Zeit auftauchenden Projekte, die großen elektrischen Kraftwerke zwangsweise zu vertrusten.

Ebenso zeigte sich in Frankreich, daß großzügige Anlagen, wie z. B. die Elektrifizierung durch den Rhônefluß, nur mit Staatsmitteln ausführbar sind, einmal aus Gründen der Rücksichtnahme auf die übrigen Zweige der Volkswirtschaft (landwirtschaftliche Verbesserungen, Binnenschiffahrt) und dann auch, weil es sich herausstellte, daß derartige Anlagen im Staatsbetriebe erheblich rentabler sind als im privatwirtschaftlichen. Laut dem Bericht des Senatsmitgliedes Berthelot würde eine derartige Anlage, privatwirtschaftlich betrieben, mit Verlust arbeiten. Andererseits bewies der französische Arbeitsminister ebenso energisch wie Berthelot, daß dieselbe Anlage in Staatsregie nicht nur gewinnbringend wäre (besonders bei 6000 jähr-

lichen Arbeitsstunden des Werkes, was nur unter weitgehender Zentralisierung der Erzeugung und des Verbrauchs zu erreichen wäre), sondern neben zählbarem Gewinn noch eine andere große Bedeutung für den Staat besäße, „die sich in Zahlen nicht ausdrücken läßt". Mit anderen Worten: Anlagen von dieser Größe lassen sich bei rein kapitalistischer Produktionsweise nicht durchführen.

Die Nachkriegswirtschaft hat das Prinzip der Heiligkeit des Besitzes und das unumschränkte Verfügungsrecht stark erschüttert; dies in Verbindung mit der allgemeinen Brennstoffknappheit in allen Ländern begünstigte die Entwicklung großzügiger Ideen und Projekte auf dem Gebiete rationeller Kraftwirtschaft. Eines der kühnsten Projekte dieser Art ist das amerikanische „Super Power System". In der ersten Fassung des Entwurfs wurde vorgeschlagen, die zahllosen kleineren Kraftwerke mit einer Gesamtleistung von über 10 Millionen PS durch einige wenige große Werke zu ersetzen, die auf ein gemeinsames Leitungsnetz geschaltet werden; dadurch könnte der enorme Bedarf des nordöstlichen Industriegebiets mit einer auf etwa 5 Millionen PS reduzierten Leistung reichlich gedeckt und außerdem über die Hälfte an Kohlen gespart werden. Die Berechnungen ergaben einen Gewinn sowohl für den Staat als auch für den Verbraucher; das Aktienkapital könnte in vier Jahren getilgt sein. Doch diese Rechnung wurde ohne den Wirt gemacht, d. h. ohne Rücksicht auf die Interessen der bestehenden Kraftwerke. Nach anderthalb Jahren wurde ein anderes ausführliches Projekt vorgelegt. Danach sollten die früheren Kraftwerke bestehen bleiben und neue große Anlagen nur errichtet werden, um den wachsenden Bedarf zu decken; die alten Anlagen würden dann unter der gewaltigen Konkurrenz sozusagen eines natürlichen Todes sterben. Aber die gegenwärtige allgemeine Wirtschaftskrise macht eine erhebliche Steigerung des Kraftbedarfs kaum wahrscheinlich, daher ist mit der Ausführung solcher Riesenprojekte in absehbarer Zeit kaum zu rechnen.

Alle diese Schwierigkeiten sind in der russischen Republik behoben infolge anderer Gestaltung des Eigentumsrechtes und der Produktionsverhältnisse.

Allerdings: die allgemeine wirtschaftliche Krise des Landes, die schwach entwickelte Industrie der Vorkriegszeit, der Bürgerkrieg, der bei der niedrigen Kulturstufe der Bevölkerung

meist verheerende Wirkungen hatte, ferner die Folgen der Intervention und der Blockade, alle diese Momente ergeben für Rußland eine Lage, bei der die schnelle Durchführung eines allgemeinen Elektrifizierungsplanes ohne auswärtige Hilfe sehr schwierig erscheint. Aber dafür sind dort auch diejenigen Hindernisse beseitigt, die sich in kapitalistischen Ländern der Entwicklung entgegenstellen und deren Beispiele wir oben angeführt haben.

Ungeheuere Schätze an natürlicher Energie gehören in Rußland dem Staate. Sie können an einzelne Besitzer nur unter der Bedingung verpachtet werden, daß die Ausbeutung im Einklang bleibt mit dem Gesamtplan der Volkswirtschaft. Zulässig bleiben die beliebigen Kombinationen von Privat- und Staatswirtschaft, aber nur mit Rücksicht auf größte Sparsamkeit und Verbilligung der Produktion; jeder Besitz und jedes Recht darf enteignet werden, wenn eine Anlage dem höheren Volksinteresse weichen muß. Es besteht keine Bodenspekulation, die sich in kapitalistischen Ländern auf alle Zufahrtsstraßen wirft (Leitungslinien, Wasserstraßen, Verkehrswege, Mineralschätze etc.) und jeden gesunden technischen Fortschritt hemmt oder verunstaltet.

Trotz der Verwüstungen des Bürgerkrieges im Dongebiete kann dort die jährliche Kohlenförderung schon in der nächsten Zukunft auf 4 Milliarden Pud (zirka 64 Millionen Tonnen gegenüber den 1,8 Milliarden Pud, gleich zirka 29 Millionen Tonnen, der Friedensproduktion) veranschlagt werden, unter bedeutender Herabsetzung der Selbstkosten, und dies nur deshalb, weil die Bodenstücke zwangsweise enteignet wurden.

Unter schwierigsten wirtschaftlichen Verhältnissen wurde der Bau einer Starkstromleitung für 100 000 Volt in Angriff genommen, ebenso eine große Wasserkraftstation; andere Entwürfe großer Wasserkraftwerke, die jahrelang zurückgelegt waren, kommen jetzt zur Ausführung. Der Staat enteignete zahllose Grundstücke, die zu Spekulationszwecken angekauft worden waren, um die wichtigsten Zugänge zu Bodenschätzen und Energiequellen strategisch zu versperren. Die russische Revolution hat hier in kürzester Zeit gründliche Arbeit gemacht und das erreicht, was jedes kapitalistische Unternehmen erst in jahrelangem Kampf um die Besitzrechte erzwingen muß, wobei die Kosten oft das ganze Unternehmen auf lange Zeit hinaus schwer belasten.

Die Zentralisierung der Krafterzeugung (durch Vertrustung der Kraftwerke) ist wohl auf kapitalistischer Grundlage, wenn auch nur bis zu einem gewissen Grade, möglich; dagegen stößt die Zentralisierung des Kraftv e r b r a u c h e s auf bedeutende Schwierigkeiten, die praktisch nur in der Kriegswirtschaft überwunden werden konnten. In Rußland, unter den neuen Besitzverhältnissen, ist auch diese Regulierung ohne weiteres ausführbar, und zwar im größten Maßstabe. Durch diese durchgreifende Zentralisierung wird die Leistung der Anlagen stark erhöht, denn der Hauptnachteil mancher elektrischer Kraft- und Wasserwerke — der langsame Kapitalumsturz — fällt hier fort: die Elektrifizierung der gesamten Arbeitskraft, die in privatkapitalistischer Wirtschaft so langsam fortschreitet, wird hier nicht nur leicht möglich, sondern wirkt auch in volkswirtschaftlichem Sinne fortschrittlich.

Auf diesem Wege ist z. B. auch die Elektrifizierung des platten Landes durchführbar. Die extensive Form der russischen Landwirtschaft und der dünne Bevölkerungszustand sind der Anlage von sekundären Kraftwerken hinderlich, um so bequemer wird dagegen die Energieverteilung durch kleine Lokalwerke, welche den Verbrauch genau nach Zeit und Ort regulieren können, vorgenommen werden, indem einzelne Motore und Stromabnehmer an Mitglieder einer Genossenschaft nacheinander abgegeben werden; dadurch wird es möglich, die Anlage mit 3—4000 Stunden jährlich zu belasten und Gewinn zu erzielen. Die fortschreitende Entwicklung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens eröffnet dem russischen Bauern äußerst günstige Aussichten und sichert ihm für die Zukunft die ehemalige Bedeutung als Hauptlieferant von Lebensmitteln und Rohmaterialien an Westeuropa.

Somit sind in Rußland alle Hindernisse beseitigt, die in anderen Ländern die rationelle Gestaltung der Kraftwirtschaft bisher gehemmt haben und weiter hemmen werden. Den kühnsten technischen Ideen steht dort nichts im Wege, wenn nur dadurch die Arbeitsleistung erhöht und an Material gespart werden kann. Das technische Genie, ungehemmt durch Rücksichten kapitalistischer Natur, findet dort ein unermeßliches Feld für die verschiedenartigsten Kombinationen der Kraftwirtschaft in Industrie, Landwirtschaft und Verkehr, wodurch die Naturschätze restlos erschlossen werden. Der dumpfe Groll des Arbeiters gegen jede neue Maschine, die in kapitalistischen Ländern die Produktion steigert und den Arbeiter auf

die Straße wirft, diese Feindschaft hat in Rußland keine Berechtigung; im Gegenteil: da der Staat den Arbeiter mit Lebensmitteln beliefert und die Arbeiterregierung die Verteilung der Produkte überwacht, hat er die Gewißheit, daß die Erhöhung seiner Arbeitsleistung auf dem Wege über das allgemeine Volkswohl wiederum ihm zu Gute kommt. Beseitigt werden auch die technisch-wirtschaftlichen Hindernisse, mit denen früher die Leiter der Volkswirtschaft so schwer und meistens erfolglos zu kämpfen hatten. Neben dem persönlichen Vorteil wirkt auch das Gesamtwohl als Beweggrund der Arbeit. Dieses Hervortreten allgemeiner Interessen sichert der Genossenschaftsidee ungeahnte Entwicklungsmöglichkeiten.

So bildet die Elektrifizierung der Landwirtschaft in Rußland eine technische Notwendigkeit, die in den natürlichen Verhältnissen des Landes begründet ist. Andererseits sind dort alle diejenigen Hindernisse weggeräumt, die sonst in kapitalistischen Ländern die Entwicklung zu höchsten Wirtschafts- und Rechtsformen zu hemmen pflegen. Wenn man ferner bedenkt, daß nach vorsichtigen Berechnungen eine Erhöhung des Nationalvermögens um zirka 40 Milliarden Rubel bei gleichzeitiger Steigerung des Konsums um 50 Prozent erwartet wird, so versteht man ohne weiteres, weshalb das Problem der Elektrifizierung in der letzten Zeit in Rußland so aufmerksam untersucht wird.

Prof. A. Gorew.
Mitglied der Elektrifizierungskommission.

III. Transportwesen.

Das Verkehrswesen der R. S. F. S. R. und seine Wiederherstellung.

Unser Verkehrsnetz ist ein kompliziertes System von Venen und Arterien: aus Sibirien kommt Getreide, aus dem Dongebiet Kohle, die Wolga hinauf schwimmen kaukasische Naphtha-Transporte usw. Doch das Adernsystem, in dem der Verkehr zirkuliert, erbten wir von der früheren Regierung in gänzlich

verkalktem Zustande. Während der Revolution gab es Zeiten, wo das Transportwesen vollständig zu stocken drohte, und nur die heldenhaften Anstrengungen der revolutionären Arbeiterschaft konnten es einigermaßen aufrecht erhalten. Stets aber pulsiert der Verkehr in unserer Republik, und die Aufgaben der Güterbewegung werden, wenn auch mit außerordentlichen Schwierigkeiten, bewältigt. Trotzdem darf der Zustand unseres Verkehrswesens keinesfalls als günstig betrachtet werden.

*

Das russische Eisenbahnnetz war schon in seiner ursprünglichen Anlage mangelhaft. Es war schon längst überlastet und wurde durch den Weltkrieg vollends zerrüttet. Im relativ dichter bevölkerten europäischen Rußland beträgt seine relative Länge nur zirka 1,13 km auf je 100 qkm Fläche oder zirka 4,37 km auf je 10 000 Einwohner. Die entsprechenden Zahlen für andere Länder (nach Daten von 1913) sind folgende:

Staaten	km auf: 1 qkm Fläche	10 000 Einwohner
England	12,0	8,1
Deutschland	11,7	9,4
Türkei	1,8	2,5
Spanien	2,9	7,4
Rumänien	2,9	5,0

In dieser Hinsicht stehen wir also in Europa an letzter Stelle, sogar hinter der Türkei und hinter solchen Ländern mit schwach entwickelter Industrie wie Rumänien und Spanien.

Gebaut in einem Lande mit rückständiger Industrie und Resten der Bauernsklaverei, wurde das russische Eisenbahnnetz ein Werk bürgerlicher Anarchie, nämlich gedankenloser Bürokraten und Börsenjobber, die in erster Linie bestrebt waren, mit möglichst wenig Anlagekapital auszukommen. Die Bahnen erhielten daher schlechte Längenprofile, wobei die Zugkraft unserer schweren Lokomotiven äußerst mangelhaft ausgenutzt wird. Dies ist aber von größter Wichtigkeit in einem Lande wie Rußland, wo die meisten Rohstoffe in den Randbezirken verteilt sind, und wo Güterzüge Tausende von Kilometern, und zwar meistens in einer Richtung, rollen müssen. Die Steigungen sind nicht konzentriert, sondern überall planlos und zufällig zerstreut. Wir besitzen daher keine Möglichkeit, das rollende Material wirtschaftlich zu beanspruchen und sind

gezwungen, die starken Lokomotiven mangelhaft auszunutzen und die schwachen ständig zu überlasten.

Unsere Stationsgeleise sind viel zu kurz angelegt, nicht vergrößerungsfähig und genügen nicht den bescheidensten Ansprüchen; sie sind daher oft mit Leerzügen und überzähligen Wagen gänzlich versperrt. Wir müssen uns mit höchstens 40 Wagen pro Zug begnügen.

Ebenso traurig sind die Reparaturverhältnisse. Unter günstigen Verhältnissen kann eine Lokomotive 1000 Werst laufen; 150 000 Werst erfordern eine Generalreparatur, 1500 eine Reinigung. Wir müßten jährlich 540 neue Lokomotiven bauen und 3060 Hauptreparaturen, 18 000 mittlere Ausbesserungen und 360 000 Reinigungen vornehmen. Aber unsere Reparaturwerkstätten sind meistens längst veraltet, schlecht angelegt und viel zu klein; sie sind schlecht beleuchtet, mangelhaft beheizt, ohne Anlagen für heiße Spülungen und ohne moderne Maschinen. Dasselbe gilt von unseren Waggon- und Lokomotivschuppen.

Im Gegensatz zum Anlagekapital wurde an Betriebskosten nicht gespart, doch war der Betrieb äußerst primitiv. Die Bekohlung der Lokomotiven erfolgte meistens mit der Hand, die Kesselspeisung dauerte 20 Minuten statt drei bis vier.

Die Liste technischer Mängel könnte man beliebig verlängern; nicht minder zahlreich sind die Betriebsfehler: jede ernstliche Belastung des Betriebes hatte eine Verkehrsstockung zur Folge.

Diesem Zustande entsprach auch das rollende Material. Der Lokomotivbestand war veraltet. Bereits vor dem Kriege waren 20 bis 25 Prozent aller Lokomotiven älter als 40—45 Jahre.

*

Nun sollten diese schlecht angelegten, primitiv betriebenen und bürokratisch verwalteten Eisenbahnen den ungeheuren Aufgaben des Weltkrieges gewachsen sein. Sie haben allerdings eine Mobilisation von noch nie dagewesenem Umfang bewältigt und versorgten während der ersten drei Kriegsjahre sowohl die kolossal ausgedehnte Front als auch die endlosen Etappen mit allem Proviant und Kriegsmaterial. Aber diese Arbeit, planlos und stets in fieberhafter Eile betrieben, vollendete nur die Zerstörung der Eisenbahnen.

Während des Krieges mußten die Eisenbahnwerkstätten Munition anfertigen und später 50 Prozent von ihrem eigenen Metallbedarf an die Kriegsleitung abliefern.

Die kurzsichtige zaristische Regierung beschleunigte noch den Verfall, indem sie das Eisenbahnpersonal und die Fabrik- und Grubenarbeiter einzog. Nachträglich wurde diese Maßnahme aufgehoben, aber es war schon zu spät; wertvolle Arbeitskräfte fielen im Kriege, als Ersatz kamen unerfahrene Leute und Drückeberger.

Die im Kriege angelegten Militärbahnen eignen sich nicht für den Friedensbedarf.

Bereits 1916 wurde offiziell festgestellt, daß der Zustand unserer Eisenbahnen katastrophal war.

*

Die Revolution 1917 brachte zunächst die mit elementarer Gewalt einsetzende Demobilisierung. Das zurückflutende Heer stürmte die Eisenbahnen, und alles, was noch einigermaßen intakt blieb, wurde von dieser Menschenlawine vernichtet oder unbrauchbar gemacht. Der Prozentsatz kranker Lokomotiven stieg von 16,5 auf 36,1 Prozent; Ende 1917 wurden 5 500 unbrauchbare Lokomotiven verzeichnet, 2500 mehr als 1916.

Eine große Menge Eisenbahnmaterial — Metall, Werkzeuge, Einrichtungsgegenstände etc. — wurde dabei einfach geraubt. Die Revolutionsregierung konnte zwar das Banditenwesen der deklassierten Massen sehr schnell eindämmen, aber an einen planmäßigen Wiederaufbau war unter den Verhältnissen des nun beginnenden Bürgerkrieges und der Blockade nicht zu denken.

Dazu kam die traurige Periode des Massenhamsterns von Lebensmitteln. Eine wahre Völkerwanderung — Hunderttausende schwerbepackter Stadtbewohner, in Rußland „Sackträger" genannt — bewegte sich nach allen Richtungen, überflutete die Eisenbahnlinien, überfüllte und ruinierte mit ihrem Gepäck alle Wagen. Diese massenhafte Hamsterei mit ihren verheerenden Folgen für den regelmäßigen Transport konnte nur langsam und mit größten Schwierigkeiten unterbunden werden.

Unter den Wirkungen der Revolution war auch der Verwaltungsapparat desorganisiert und mußte neu besetzt werden; die alten Beamten übten zuerst Sabotage und ergriffen dann all-

gemein die Flucht vor der sieghaften Revolution. Die eingesetzten oder selbstgewählten Verkehrsräte waren mangelhaft, da sie planlose Arbeit leisteten. Die Sowjetregierung wurde schließlich auch mit diesem Uebel fertig, aber Erfahrung, Kenntnisse, Disziplin mußten erst geschaffen und gesammelt werden. Während der Sammlung kam der Bürgerkrieg.

*

Der ganze Bürgerkrieg war ein Krieg der Eisenbahn. Offensiven und Defensiven entwickelten sich immer längs der Eisenbahnlinien. Waggons dienten zugleich als Schützengräben und Kasernen. Auf einer einzigen Strecke zwischen Tscheljabinsk und Krasnojarsk (Westsibirische Eisenbahn) standen gleichzeitig 130 Heeresgruppen und beanspruchten 5200 Waggons; fast alle Linien an den zahlreichen Fronten des Bürgerkrieges waren in dieser Weise besetzt. In den Jahren 1918 und 1919 waren 60 Prozent des gesamten russischen Eisenbahnnetzes, ferner ein Teil des Wolga-Gebiets und die wichtigsten Kohlenbezirke und Naphthaquellen in Händen der Gegenrevolutionäre. Wir waren gezwungen, zur Holzfeuerung zu greifen, und das feuchte Holz vermehrte noch die Zahl der ausrangierten Lokomotiven. Ende 1920 umfaßte das innere Kriegsgebiet über 54 000 km Bahnstrecken, oder 80 Prozent des Gesamtnetzes. So erklärt sich, daß im Bürgerkrieg folgendes zerstört wurde:

3 672 Eisenbahnbrücken und 3 597 sonstige Brücken, zirka 5 000 Gebäude mit insgesamt 46,8 ha Grundfläche, 381 Lokomotivschuppen und Werkstätten, 92 000 km Telegraphenleitungen und 4 331 -apparate, 92 000 km Telephonleitungen und 10 896 -apparate.

Aber auch die grausamen Folgen des Bürgerkrieges wurden durch die beispielslose Aufopferung unserer Arbeiterschaft überwunden. Von den 3672 Eisenbahnbrücken wurden nur 40 nicht wieder hergestellt; von diesen verursachten nur 12 Brücken eine ernstliche Verkehrsunterbrechung. Ebenso wurde alles andere in den zerstörten Gebieten schnell ausgebessert. Aber der Eisenbahnbetrieb mußte von Grund auf erneuert werden.

Ueberaus traurig steht es mit der Lieferung von Eisenbahnschwellen. Wir brauchen gegenwärtig mindestens 22 765 000 Schwellen. Die Forstverwaltung verpflichtete sich zu 66 Prozent dieses Bedarfs, lieferte aber nur 19 Prozent. Wir

rechnen im laufenden Jahre auf 10 Millionen Schwellen. Imprägnierungsanstalten werden eingerichtet.

*

Unsere Binnen- und Seeschiffahrt war etwas widerstandsfähiger, aber auch diese ging stark zurück, und die Seeflotte wurde ganz vernichtet oder entführt.

Der Automobilpark, an und für sich nicht sehr umfangreich, wurde im Kriege überanstrengt und ist ebenfalls gänzlich verbraucht. — Krieg und Futtermangel räumten auch unter unserem Pferdebestand stark auf.

Dies alles ergibt für die von der Sowjetregierung angetretene Erbschaft das Bild eines sterbenden Verkehrswesens.

*

Am Anfang der Revolution hatten wir keine geregelte Verkehrsverwaltung. Der erste Allrussische Verkehrsausschuß übernahm einen gänzlich zerstörten Apparat und mußte ihn zunächst von der sabotierenden und unfähigen Beamtenschaft säubern. Die ersten Verkehrskommissare — Newski und Kobosew — arbeiteten unter noch wenig erstarkter Zentralverwaltung; von einem ernstlichen Wiederaufbau konnte noch keine Rede sein.

Die zielbewußte und planmäßige Arbeit begann erst unter Krassin. Dieser war vor allem bestrebt, die Verwaltung zu organisieren und die verschiedenen Machtkompetenzen darin abzusondern. Aber das Verkehrswesen selbst blieb im alten Zustande.

Da übernahm Trotzki das Verkehrskommissariat und gestaltete dasselbe nach zwei Grundsätzen, die entscheidend wurden sowohl für die Ausgestaltung des Verkehrswesens, als auch für die gesamte Wirtschaftspolitik des Landes.

Der erste Grundsatz war: Massenbeteiligung der kommunistischen Arbeiterschaft an den Aufgaben des Wiederaufbaus. Das war die erste „wirtschaftliche Front" der um ihre Existenz kämpfenden Republik. Die Massen der Kommunisten, die fast ausschließlich an den militärischen Fronten tätig waren, wurden nun massenhaft zur wirtschaftlichen Arbeit herangezogen.

Der zweite Grundsatz lautete: nicht gänzlich neuer Wiederaufbau, sondern Erhaltung des Transportwesens auf einer be-

stimmten Höhe. Zunächst sollte der Lokomotivenbestand innerhalb 5 Jahren ersetzt werden.

Die kommunistischen Arbeitermassen stürzten sich mit wahrer Begeisterung auf die Ausführung dieses Planes. Mehrere große Metallwerke wurden ausschließlich mit der Massenherstellung von Ersatzteilen beschäftigt. Die Prinzipien wissenschaftlichen Betriebes und der Normalisierung wurden streng durchgeführt. In Deutschland und Schweden wurden 1700 Lokomotiven bestellt. Neue Reparaturwerkstätten wurden eingerichtet.

Damals war die schlimmste Zeit für das Transportwesen. Die fruchtbarsten Gebiete Rußlands: das Wolgagebiet, die Ukraine und der Kaukasus waren von den Weißgardisten verwüstet und bedurften selbst wirtschaftlicher Hilfe.

Die Nachfolger Trotzkis — Eschmanow und Dzerschinski — setzten seine Verkehrspolitik fort. Der letztere von ihnen hatte zwei besonders schwierige Aufgaben zu erfüllen: die Versorgung der Hungergebiete mit Lebensmitteln und Saatgut und den Uebergang zur neuen Wirtschaftspolitik im Verkehrsressort.

Gegenwärtig wird die Verwaltung dezentralisiert. Verkehrsdirektionen werden gebildet. Die Staatsbelieferung der Arbeiter wird nach Kategorien abgestuft; gegenwärtig arbeitet etwa die Hälfte des gesamten Eisenbahnnetzes auf voller Staatsbelieferung, etwa ein Sechstel wird mit 50 Prozent vom Staat versorgt, der Rest mit 30 Prozent. Die Lokalverwaltungen erhalten das Recht, in Lohn- und Belieferungsfragen mitzubestimmen. Der etatmäßige Personalstand wird von 1 222 000 Mann (zum 1. Januar 1922) auf 890 000 verringert. Das Kollegienprinzip ist aufgegeben: der Verkehrskommissar und sein Vertreter verwalten ohne Kollegium.

*

Besonders schwierig sind die Verkehrsverhältnisse in Sibirien, gegenwärtig die einzige Kornkammer Rußlands. Die üblichen Nachteile der russischen Eisenbahnen sind dort noch mehr ausgeprägt.

Die sibirische Bahnlinie wurde seinerzeit aus strategischen Gründen gebaut und ist auf den Warenaustausch nicht berechnet; sie durchschneidet ungeheure Steppen- und Waldgebiete und geht abseits von den wichtigsten Getreidebezirken

und Kohlengruben West- und Südsibiriens. 3000 km Gesamtlänge und über 15 Kesselspeisungen mit verschiedenartig zusammengesetzten Wasserarten bewirken, daß 36 Prozent der Lokomotiven bereits nach dem ersten Streckenlauf in Reparatur gegeben werden müssen. Die Seiten- und Zufahrtsstrecken sind ebenfalls schlecht angelegt. Die Altajbahn macht überflüssige Umwege, hat viel zu scharfe Profile und ungenügende Wasserversorgung, — ebenso die für den Kohlentransport wichtige Koltschugin-Linie. Die für Lebensmittel in Betracht kommenden Linien der Süd-Sibirischen Bahn, Petropawlowsk — Koktschet und Altaj — Slawgorod, sind unfertig.

*

Folgende Zahlentabellen mögen ein Bild unseres Verkehrswesens geben.

Das alte zaristische Rußland hatte ein Eisenbahnnetz von zirka 70 000 km mit 19 280 Lokomotiven, 502 101 Waggons und 815 502 Mann Personal. Die Bahnen transportierten jährlich 250 Millionen Passagiere und 128 Millionen Tonnen Güter.

Im Weltkriege stiegen die Zahlen auf 20 390 Lokomotiven und 533 252 Wagen; dagegen besaßen wir 1921 18 557 Lokomotiven und 443 013 Wagen.

Der Bestand an kranken Fahrzeugen ist am meisten bezeichnend für den Zustand unserer Transportmittel:

	Jahrgänge						zum
	1916	1917	1918	1919	1920	1921	1. 3. 1922
Kranke Lokomotiven. (in Prozent)	17	23,4	40,7	51,7	56,8	58,7	64,4
Kranke Wagen. . . . (in Prozent)	3,7	7,4	14,7	18,2	20,7	26,0	29,2

Neubau und Reparaturen von Lokomotiven betragen:

	Jahrgänge				
	1917	1918	1919	1920	1921
Neubau	420	214	74	61	53
Hauptreparaturen	2 041	859	692	626	709
Mittlere Reparaturen	10 771	5 609	4 431	7 501	5 031

Wenn man den Reparaturstand von 1913 als 1 annimmt, so beträgt er 1920 0,9, im Weltkriege 1,6 und im Bürgerkriege 0,5.

Wir haben (1921) 18 557 Lokomotiven, darunter 7158 gute, 11 372 kranke und 490 unbrauchbare. Davon sind 19 Prozent Personenlokomotiven und 81 Prozent Güterlokomotiven, an schweren Lokomotiven insgesamt 75 Prozent.

Tabelle der Wagenreparaturen.

Jahr	beauftragt	ausgeführt	Prozent der Ausführung
1919	54 448	20 994	40
1920	64 280	100 405	154
1921	124 622	124 058	100

Bezeichnet man wieder den Stand von 1913 als 1, so ergibt sich für 1920 0,9, mit Schwankungen von 1,5 für 1915 und 0,7 für 1919.

Streckenleistung in Pud-Werst pro Monat (für die Umrechnung 1000 Pud-Werst = zirka 1,7 Tonnen/km): 1913 341 643 1917 (zweites Viertel) 405 779, 1920 (erstes Viertel) 35 436, 1921 (letztes Viertel) 90 348.

Maximalverhältnis der stillstehenden Wagen 1921: 23,5 Prozent, Lokomotiven 26,3 Prozent.

Mittlere Tagesstrecke der Lokomotiven in kalter Jahreszeit 71,2 Prozent, in warmer Jahreszeit 83,6 Prozent; dieselben Zahlen für Waggons: 27,0 bezw. 32,6 Prozent.

Verhältnis des Personenverkehrs zum Gesamtverkehr: 1918 57,9 Prozent, 1913 42,1 Prozent, 1921 31,1 Prozent.

Neugebaute Eisenbahnlinien: 1913 bis 1916: 11 501 Werst, 1917: 1711,5 Werst, 1918: 533 Werst, 1919: 807,3 Werst, 1920: 671 Werst, 1921: 1534 Werst.

Länge der verfügbaren Eisenbahnlinien: 1917: 59 280 Werst, 1918: 25 108 Werst, 1919: 29 516 Werst, 1920: 53 261 Werst, 1921: 60 827 Werst.

Gütertransport 1911: 15 966 000 Pud, 1920 nur 23 Prozent der Friedenszeit.

Getreidetransport 1921: 200 Millionen Pud (gegenüber zirka 1 Milliarde Pud der Friedenszeit), Kohlentransport: 250 Millionen Pud (1,300 Mill. Pud), Holztransport: 580 Millionen Pud (1100 Millionen Pud). Im Vergleich zu 1919 und 1920 sind die Transportmengen jedoch gestiegen.

Die russische Binnenschiffahrt verfügte über 4605 Dampfschiffe und 19 510 sonstige Fahrzeuge.

Wir besaßen davon 1917: 4095 Dampfschiffe und 16 854 sonstige Fahrzeuge; 1920: 2687 bezw. 8608; 1921: 2006 bezw. 6646.

Länge der schiffbaren Wasserstraßen (mit Rücksicht auf den Gang des Bürgerkrieges): 1913 95 410 Werst; 1919 26 682 Werst; 1920 70 081 Werst; 1921 83 030 Werst. Künstliche Wasserstraßen: 3670 Werst.

Transport auf Wasserstraßen in Millionen Pud: 1913 2756; 1917 1452; 1919 340; 1921 715.

Getreidetransport auf den Wasserstraßen: auf der Wolga 1913 182,4 Millionen Pud, 1920 22,4 Millionen Pud = 12 Prozent; Marienwasserweg 1913 40,4 Millionen Pud, 1920 1,9 Millionen Pud = 5 Prozent; Sibirien 1913 25,5 Millionen Pud, 1920 16,0 Millionen Pud = 64 Prozent.

Personenverkehr auf der Wolga, dem Marienkanal und der Nord-Dwina: 1913: 7 851 400 Personen; 1921: 5 701 180.

Von 133 vorhandenen Baggermaschinen sind gegenwärtig 106 im Betriebe. Zirka 8 Millionen Kubikmeter Sohle wurden im vorigen Jahre ausgehoben.

Die Seeschiffahrt ist seit 1920 nationalisiert. Folgende Zusammenfassung ergibt den Bestand.

Jahr	Dampfschiffe		Segelschiffe		Insgesamt	
	Anzahl	Tonnage in Tonnen	Anzahl	Tonnage in Tonnen	Anzahl	Tonnage in Tonnen
1913	704	51 249	2577	26 276	3281	77 525
1917	638	51 028	2418	24 245	3056	75 273
1920	242	14 000	250	1 600	492	15 600
1921	295	17 400	398	2 087	693	19 487

Im Kriege verloren wir zirka 1000 Seeschiffe mit etwa 7 Millionen Pud Tonnage.

Der Gütertransport auf Seeschiffen beträgt 1920: 175 Millionen Pud (davon 92 Prozent Naphtha-Produkte im Kaspischen Meere); 1921: 216 Millionen Pud.

Der Bestand an Automobilen bewegt sich laut folgender Tabelle.

Jahr	Automobile	Motorräder	Insgesamt
1913	10 000	4 000	14 000
1918	6 621	1 424	8 045
1919	9 525	3 000	12 525
1921	16 946	4 488	21 434
1922	18 813	4 511	23 324

Darunter Lastautos 1913: 8 Prozent; 1918: 10 Prozent; 1922: 36 Prozent.

An Gespannen hatten wir im Verkehrswesen 1915: 21 500 Pferde; 1921: 9000.

An Brennstoffen brauchen wir, bezogen auf Holz von 35

Proz. Feuchtigkeitsgehalt, 64 Millionen cbm; davon wurde gedeckt höchstens 72 Prozent. Der Wassertransport benötigt zirka 10 Millionen cbm Holz.

Ergebnisse der Betriebsaufgaben für 10 Monate 1921: neue Lokomotiven angefertigt 92 Stück = 33,7 Prozent der Aufgabe, repariert 532 Stück = 43 Prozent, Kesselröhren 488 125 Stück = 19 Prozent, Kupferteile 276 395 Pud = 22 Prozent, Wagenteile 387 883 Pud = 33,8 Prozent, Gußstücke 3 250 000 Pud = 48 Prozent, Lokomotivteile 658 149 Pud = 21 Prozent, neue Wagen 3146 Stück = 33,1 Prozent, Schneepflüge 111 = 69 Prozent, Radsätze 803 437 Pud = 24 Prozent, Eisen- und Stahlteile 4 558 109 Pud = 21,2 Prozent, Bolzen, Muttern und Nägel 510 996 Pud = 21,7 Prozent des Programms.

Die Auslandsbestellungen wurden bedeutend vermehrt. Die in Deutschland und Schweden bestellten Lokomotiven kommen bereits an. Es sind über 100 Verträge abgeschlossen auf Lieferung von verschiedenem Eisenbahnbedarf. Die in Kanada bestellten Naphtha-Kesselwagen rollen bereits auf russischen Bahnen. Außerdem erhielten wir aus dem Auslande: 25 000 Räder, 343 922 Feuerungsröhren, 5000 Kupferröhren, 1000 Injektoren, 1130 Manometer, 56 000 Pud Blei, 10 896 Stück Federn, 51 000 Pud Federstahl.

*

Die Verkehrsausgaben werden für neun Monate des Jahres 1922 mit 277,5 Millionen Goldrubel veranschlagt.

Einnahmen der Eisenbahnen in Millionen Sowjetrubel: Juni 1921, vor der Wiedereinführung der Zahlungspflicht, 809; 1922: Januar 221 873, Februar 819 662, März 3 182 822.

Arbeiter- und Beamtenbestand insgesamt: am 1. Januar 1921: 1 229 081 oder per Kilometer 20,7 Mann; am 1. Oktober 1921 1 128 392 oder per Kilometer 18,4 Mann; 1913: 816 502 oder per Kilometer 12,6 Mann.

Bestand in der Binnenschiffahrt 229 291 Mann, im Seedienst 27 796, im Lokaltransport 165 000.

Im gesamten Verkehrsdienst werden 3116 Ingenieure beschäftigt, davon in der Zentralverwaltung 368 Mann. Im Betriebsdienst arbeiten 2748 Ingenieure. Der Minimalbedarf an Ingenieuren ist nur mit etwa 35 Prozent gedeckt.

Die Arbeitsleistung eines Eisenbahnarbeiters, bezogen auf 1916 mit 1, beträgt: 1917 0,7; 1918 0,2; 1919 0,3; 1920 0,4;

1921 0,5. Der niedrige Stand ist in erster Linie durch Lebensmittelknappheit bedingt.

Die Staatsbelieferung der Eisenbahner mit Lebensmitteln umfaßte 1921, vom Januar bis Oktober, folgende Mengen. 1. Brot: Bedarf 20 687 091 Pfund (1 russ. Pfund = 410 g), verfügte Lieferung 12 757 930 Pfd., davon tatsächlich geliefert 37,7 Prozent oder monatliche Brotration pro Arbeiter 22½ Pfd., pro Familienmitglied 18 Pfd.; 2. Fleisch: Bedarf 1 022 153 Pfund, geliefert 74,7 Prozent; monatliche Ration pro Arbeiter 1,1, pro Familienmitglied 0,04 Pfd.; 3. Fette: verfügt nur 20 853 Pfd., geliefert 57 941 Pfd., monatliche Ration pro Arbeiter 0,08 Pfd., pro Familienmitglied 0; 4. Zucker: verfügt 263 018 Pfd., geliefert 296 717 Pfd. oder monatlich pro Arbeiter 0,6 und pro Familienmitglied 0,3 Pfd.

Der Geldlohn beträgt nur zirka 25 Prozent des Naturallohnes.

Im Jahre 1921 wurden sechs Eisenbahnlinien von 16 überhaupt nicht beliefert. Die Norm von 22½ Pfd. Brot monatlich pro Arbeiter und 18 Pfd. pro Familienmitglied wurde im Juli 1921 nur zu 13 Prozent einbehalten; trotzdem wurden die Betriebsaufgaben voll erledigt.

Gegenwärtig ist die Lage der Transportarbeiter bedeutend besser, obwohl das Existenzminimum vom Staate immer noch nicht geliefert werden kann, höchstens nur ein Drittel davon.

Unser Verkehrswesen leidet unter außergewöhnlich schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen, aber es wird fieberhaft gearbeitet, und überall ist eine Besserung zu bemerken.

*

Zum Schluß noch einige Bemerkungen über das Bildungswesen. Unverzagt kämpfen wir mit unserem Grundübel — der Unkultur und technischen Rückständigkeit. Es bestehen unter schwierigsten Lebensbedingungen 85 verschiedene Lehranstalten für Eisenbahner und Wassertechniker, sowie 910 technische Fortbildungskurse. Sie werden von 33 103 Schülern aus dem Eisenbahnpersonal und 11 893 sonstigen Schülern besucht. Darunter sind viele Kommunisten. Diese Arbeiter werden in einem neuen Geist erzogen; sie lernen unter den neuen Verhältnissen des revolutionären Aufschwungs, und der sabotierende Fachmann wird immer mehr von unseren roten Fachleuten verdrängt. Die Zukunft gehört uns.

J. Schatunowski.

Post und Telegraph.

Das Post- und Telegraphenwesen war auch vor der Revolution in Rußland sehr schwach entwickelt. Zu Beginn des Weltkrieges entfielen auf den Kopf der Bevölkerung 15 Postsendungen im Jahre. Ein Postamt kam auf 14 000 Einwohner oder auf je 1400 Quadratwerst.

Die Ueberlastung des Verkehrsapparates während des Krieges mit Deutschland und dann während des Bürgerkrieges, die allgemeine schwere Wirtschaftslage, die Zerstörung vieler Postämter und Telegraphenlinien durch den Krieg direkt, usw., — all das hat das Verkehrswesen natürlich nur noch verschlechtert. Trotzdem läßt sich in den letzten zwei Jahren (1920—21) ein gewisser Fortschritt verzeichnen.

So wurden 1921 im ganzen 2914 Post- und Telegraphenämter errichtet; zu Beginn 1922 bestanden 12 714 Aemter (1920 14 600 für Rußland in den Vorkriegsgrenzen). Von 1920 bis November 1921 vergrößerte sich das Telegraphennetz um 770 Werst und erreichte 550 000 Werst gegenüber den 700 000 Werst des Vorkriegsrußland.

1921 wurden 64 Radio-Empfangsstationen errichtet, wodurch deren Gesamtzahl 284 erreichte. Auf dem Gebiete der Radio-Telegraphie sind große Verbesserungen und Erfindungen zu konstatieren. . (Radio-telegraphische Uebertrager und Relais von Prof. Bontsch-Brujewitsch, Wechselstrom-Ausgleicher des Ing. Schorin usw.)

Der Post- und Telegraphenverkehr hat in der ersten Hälfte 1921 bedeutend zugenommen. An einfachen Briefen und Kreuzbandsendungen wurden im ersten Halbjahr 1921 976 Millionen abgefertigt; im zweiten Halbjahre 1921 dagegen 1 497 Millionen, an eingeschriebenen Briefen 37 und 63 Millionen. Im ganzen wurden an Postabfertigungen registriert: 1919 1 427 Millionen; 1920 2 241 und im ersten Halbjahr 1921 1 798 Millionen.

Nimmt man eine Gesamtbevölkerung der R. S. F. S. R. von 130 Millionen an, so entfallen 1921 pro Kopf der Bevölkerung 27 Postsendungen im Jahr, also fast doppelt so viel als zu Beginn des Weltkrieges.

IV. Finanzwefen.

Finanzen und neue Wirtschaftspolitik.

Die neue ökonomische Politik Rußlands machte einen grundlegenden Wandel in der gesamten Finanzpolitik des Landes notwendig. Um diese Aenderung zu verstehen, wollen wir kurz den Zustand der Finanzen vor der neuen ökonomischen Politik wie auch die alte Finanzpolitik schildern.

Die Finanzlage Rußlands verschlechterte sich während des imperialistischen Krieges ähnlich wie diejenige aller kriegführenden Länder. In der Revolution verschlechterte sich der Zustand weiter. Vor allem deshalb, weil der Krieg in einen Bürgerkrieg umschlug, welcher, da ganz auf dem Gebiete des Landes selbst ausgefochten, die Produktion viel stärker zerrüttet und vermindert, als ein auswärtiger Krieg. Die Tatsache der Revolution selbst, die Auflösung der alther-

gebrachten Arbeitsdisziplin, das Auseinanderfallen des kapitalistischen Warenmarktes verminderten Produktion und Warenverkehr weiter. Das Geld entwertete rasch, und die Wirtschaft neigte auf diese Weise zum Uebergang zur Naturalwirtschaft, da die Bauern gegen das sich rasch entwertende Papiergeld ihre Produkte nicht hergeben wollten.

Hinzu tritt, daß die sozialistische Wirtschaft prinzipiell eine Naturalwirtschaft ist. Und da man in Rußland, in der Hoffnung auf eine rasche Ausdehnung der Weltrevolution den Kriegskommunismus als eine endgültige Form der Wirtschaft der russischen Diktatur zu betrachten geneigt war, so wurde der durch die Entwertung des Papiergeldes entstandene Zwang zur Naturalwirtschaft als gewolltes Ziel empfunden. Mit der Verringerung der Produktion und dem Zusammenschrumpfen des Güteraustausches wurde die Rolle des Geldes immer geringer. Am Höhepunkt des Kriegskommunismus wurden 38 Millionen Seelen von der Regierung naturalwirtschaftlich versorgt, während der restliche Teil, die Bauern, im Wesen eine geschlossene Hauswirtschaft führte. Die Rolle des Geldes schien ausgespielt zu sein. Unter diesen Umständen beschränkte sich die Finanzpolitik der Sowjetregierung auf das Drucken von ungeheuren Mengen Papiergeld, dessen Kaufkraft in Goldwert ausgedrückt, rapid zurückging. Dies zeigen folgende Zahlen:*)

Jahr	Emittiert an Papiergeld in Millionen Rubel	Preis der hierfür kaufbaren Waren in Millionen Goldrubel
1818	33 952	523
1919	163 751	390
1920	955 000	200
1921	14 368 596	200
1922 Januar	12 022 000	38,1
Februar	18 835 100	28,2
März	26 941 000	19,0
April	55 893 200	18,4

Die Entwertung des Geldes wird durch die folgenden, von Strumilin errechneten Indexzahlen, die natürlich nur eine annähernde Genauigkeit haben, illustriert.

Preisniveau im Jahresdurchschnitt für das jeweilige Gebiet Sowjetrußlands:

*) Siehe Referat Krestinsky's auf dem 9. Allrussischen Sowjetkongreß. Russische Korrespondenz, Jahrgang III., Heft 1/3, Seite 68. Siehe: Sokolnikow: Die Aufgabe der Finanzpolitik (russ.) S. 48. Deutsch, Russische Korrespondenz Jahrg. III. Nr. 6.

Januar/Juni	
1914	1,0
1915	1,2
1916	1,6
1917	6,3
1918	62,4
1919	605,0
1920	6290,0
1921	40300,0

Auf dem Höhepunkt der Teuerung April 1922 dürfte diese Zahl noch ein vielfaches der letztberechneten betragen haben.

Solange man im allgemeinen der Meinung war, daß die Naturalwirtschaft endgültig bleibe und das Geld in absehbarer Zeit absterben würde, kümmerte man sich im allgemeinen um die Entwertung des Geldes nicht. Der Staatshaushalt hatte nur Geldausgaben, aber keine Geldeinnahmen, da die Zuteilung von staatlich verteilten Gütern und staatlichen Dienstleistungen entweder ganz geringfügig bezahlt wurde oder gänzlich unentgeltlich erfolgte. Dieser Zustand hatte zur Folge, daß im Kriegskommunismus kein Mittel gegeben war, die Wirtschaftlichkeit oder Unwirtschaftlichkeit eines Staatsbetriebes zu beurteilen. Von einem in Geld errechneten Ergebnis konnte unter den gegebenen Umständen keine Rede sein.

Die Versuche, einen andern Wertmesser zu finden (Brot, Arbeitszeit) führten zu keinem Ziel. Die Unmöglichkeit der zahlenmäßigen Errechnung hatte einen Geist der Unwirtschaftlichkeit, des leichten Umgehens mit dem Gelde und mit den Gütern zur Folge.

*

Diese Finanzpolitik mußte in dem Moment des Eintretens in die neue ökonomische Politik einem radikalen Wandel unterliegen. Das Wesen der neuen Wirtschaftspolitik besteht darin, daß der Staat nicht mehr prinzipiell allen Staatsangehörigen Arbeit und Versorgung gibt, sondern sich als ein einzelnes wirtschaftendes Subjekt allen anderen wirtschaftenden Subjekten auf dem Gebiete des Staates gegenüberstellt. Das Verhältnis zwischen Staat und Bauern bezw. anderen Wirtschaftenden wird nunmehr prinzipiell demjenigen in der bürgerlichen Gesellschaft gleich. Der Staat erhebt Steuern von seinen Bürgern: abgesehen hiervon tauscht er aber Waren gegen Waren nach den Regeln der Warenwirtschaft. Hierdurch wird die Richtung auf die Naturalisierung der gesamten Wirtschaft vorläufig abgeschafft und der freie Markt tritt

(mit gewissen Beschränkungen) in sein Recht. Der freie Markt erfordert aber ein stabiles Zahlungs- und Umlaufsmittel und einen stabilen Preismesser. Mit der neuen ökonomischen Politik tritt daher eine prinzipielle Aenderung in der Finanzpolitik Rußlands ein. Das Problem ist dasselbe wie in den anderen Ländern Europas mit schlechter und sich stetig verschlechternder Valuta: Wie kann man den Wert der Geldeinheit stabilisieren? In der Resolution über die Finanzpolitik auf dem 11. Kongreß der K. P. R. wird als Ziel die Stabilisierung der Preise gesetzt und festgestellt, daß dies nur auf Grundlage einer Regelung des gesamten Finanzsystems des Staates möglich sei. Er fordert daher Verringerung und spätere Bestimmung des Defizits im Haushaltsplan, dessen Ausbalanzierung durch Einschränkung der staatlichen Ausgaben und Erhöhung der staatlichen Geld- und Naturaleinnahmen. Zur Verminderung und Abschaffung des Defizits soll vor allem eine Verringerung des staatlichen Verwaltungsapparates vor sich gehen.

„Zu der Bekämpfung des Defizits im Haushaltsplan muß zunächst von der klaren Erkenntnis ausgegangen werden, daß der Rätestaat über keine genügenden wirtschaftlichen und im besonderen finanziellen Hilfsquellen zum Unterhalt des ganzen gewaltigen Verwaltungs- und Wirtschaftsapparates verfügt, mit dem der Rätestaat aus der vorangegangenen Periode in die neue übergetreten ist, und dessen Unterhalt in jener Epoche durch Methoden gesichert war, die unter den Verhältnissen der neuen Periode, in der die Zwangsenteignung des Kleinbesitzes abgelehnt und der Enteignungsprozeß gegenüber dem Großbesitz beendet ist, nicht anwendbar sind. Der Rätestaat muß sich radikal und schnellstens „entlasten" . . . .

Gleichzeitig mit der Regelung der staatlichen Finanzierung der Industrie und des Handels sind eine starke Beschneidung des Verwaltungsapparates, eine Verringerung der Zahl der Regierungsbehörden im Zentrum und an den einzelnen Plätzen, die Uebertragung einer Reihe von Ausgaben auf das lokale Budget, die Ausmerzung aller Ausgaben aus dem staatlichen Haushaltsplan notwendig, die nicht mit einer unmittelbaren Unterstützung der Existenz des proletarischen Staates im Zusammenhang stehen. Ueberall bedarf es einer zahlenmäßigen Einschränkung und einer Hebung der Qualität."

Die Erhöhung der Einnahmen soll erfolgen durch:

„Erhöhung der Produktivität der Arbeit, Erhöhung der staatlichen Einnahmen aus der nationalisierten Industrie und besonders durch eine erfolgreiche Durchführung der Steuerpolitik."

Unter den besonderen Verhältnissen Rußlands gibt es außer der Herstellung des Gleichgewichtes im Staatshaushalt noch ein Mittel zur Stabilisierung des Geldwertes: Die Vergrößerung des Warenmarktes durch die Entwicklung des inneren Handels. Gelingt es, den inneren Handel, nachdem die in der Periode des Kriegskommunismus erlassenen Beschränkungen wegfallen, zu vergrößern, so entsteht ein erhöhter Bedarf nach Geld als Zirkulationsmittel, welches natürlich in der Richtung auf die Stabilisierung des Geldwertes wirkt. (Das noch immer bestehende Defizit des Staatshaushaltes hat die Tendenz, den Geldwert weiter herabzusetzen.)

Als Grundlage zu dem Versuch der Balanzierung des Staatshaushaltes diente die Aufstellung des ersten Budgets der Sowjetrepublik für den Zeitraum Januar-Oktober 1922.*)

Das Budget wurde in Goldrubeln aufgestellt.**) Die Wiedereinführung des Goldrubels machte eine festere Verrechnung möglich.

Gleichzeitig wurde die eine Gruppe von staatlichen Unternehmungen, die Staatstrusts, auf die Basis der „wirtschaftlichen Verrechnung" gesetzt und später ebenfalls auf die Basis der Goldrubelrechnung. Diese Trusts müssen nunmehr nach der Art von selbständigen kapitalistischen Unternehmungen alle vom Staate erhaltenen Waren und Leistungen in Goldrubel bezahlen und eine regelrechte Buchhaltung führen.

In das Gebiet der neuen Finanzpolitik fällt auch die Gründung der Staatsbank. Dieselbe wurde mit einem Kapital von vielen Milliarden gegründet zu dem Zwecke, den Staatstrusts, aber auch den Privatunternehmern Kredite auf kommerzieller Basis zu gewähren. Die Kreditgewährung erfolgt gegen sehr hohe Zinsen und nur kurzfristig, da die weiter fortschreitende rasche Entwertung des Papierrubels jeden langfristigen Kredit unmöglich macht.

Das Finanzproblem Rußlands ist in der freien Wirtschaftspolitik dasselbe wie jenes der kapitalistischen Staaten. Die Finanzkrise kann nur durch Ueberwindung der zugrunde liegenden ökonomischen Krise gelingen. In der Resolution heißt es zum Schluß:

„Alle auf die Regelung des Haushaltsplanes, die Steigerung der Einnahmen, die Korrektur des Geldumlaufs, die Organisation des Kredits gerichteten Maßnahmen der Finanzpolitik sind an sich nur Palliativ-

*) Das Finanzjahr Rußlands geht von Oktober zu Oktober, im Zusammenhang mit der Ernte.

**) Die Bestimmung der Einnahmen und Ausgaben in Goldrubeln erfolgte auf Grundlage der Vorkriegspreise, hinzugerechnet die in den Ländern mit intakter Valuta eingetretene Teuerung.

mittel, soweit sie nicht imstande sind, die Wirtschaftskrise zu überwinden, die die Grundlage der Finanzkrise bildet. Ein Ausweg findet sich nur in der Hebung der Arbeitsleistung in Landwirtschaft und Industrie, in der Erweiterung des Marktes durch erhöhtes Warenangebot von seiten sowohl des Großbetriebes als der Bauern und Kleinwirtschaften."

Die wirtschaftlichen Verhältnisse Rußlands waren im Wirtschaftsjahr 1921/22 infolge der Mißernte besonders ungünstig. Die Kaufkraft von ungefähr 30 Millionen bäuerlicher Bevölkerung sank infolge der Mißernte auf ein Minimum. Es ist vor allem diesem Umstand zuzuschreiben, daß die scharfen Maßregeln, welche ergriffen wurden, um der weiteren Entwertung des Papiergeldes Halt zu gebieten, erst im Juni 1922 zu einem Erfolg führten. Bis zu dieser Zeit ging die Entwertung des Geldes und die Ausgabe von Papiergeld weiter rasch vor sich. Es wurden ausgegeben (wie oben bereits angeführt) in den ersten Monaten 1922:*)

	in Milliarden Papierrubel	Kaufwert in Millionen Goldrubel
Januar	12 000	38
Februar ungefähr	19 000	28
März „	27 000	19
April „	46 000	18

Das Defizit des Staatshaushaltes für die ersten neun Monate 1922 wurde auf 125 Millionen Goldrubel vorausgesetzt; die vorhergehenden Zahlen zeigen, daß die Deckung dieses Defizits durch die vermehrte Ausgabe von Papierrubeln immer schwieriger wird.

Der Umschwung in der Bewertung des Geldes ist im Mai eingetreten. Die Steigerung der Preise, das heißt die Entwertung des Papierrubels, blieb nicht nur stehen, sondern es stellte sich in manchen Gebieten ein scharfer Preisfall ein. Derselbe betrug z. B. in Rostow am Don, berechnet auf eine 3600 Kalorien enthaltende Lebensmittelmenge, im Monat Mai 27 Prozent. Der Preis dieser Lebensmittelmenge fiel am 1. Juni auf das Niveau vom 15. April zurück. Noch schärfer war der Preisfall in Odessa, wo er im Monat Mai (zwischen 2. Mai und 1. Juni) nicht weniger als 43 Prozent betrug. In Moskau und den nördlichen Gegenden war der Preisfall geringer; eine Stabilisation ist aber in ganz Rußland feststellbar.

Dieser scharfe Preisfall ist nur zum Teil die Folge der Finanzpolitik der Regierung; zum größten Teil bedeutet er den *Zusammenbruch der*

*) Angaben von Sokolnikow in seiner Broschüre „Aufgaben der Finanzpolitik" (russ.)

spekulativen Preise infolge der günstigen Ernteaussichten und des Eintreffens von größeren Quantitäten ausländischer Lebensmittel. Dies geht daraus hervor, daß bei den Industrieartikeln ein ähnlicher Preisfall bisher nicht eingetreten ist. Es beweist, daß die ungeheure Preissteigerung der Lebensmittel im Jahre 1922 eine unmittelbare Folge der Mißernte war. Wir können aber ganz sicher annehmen, daß dieser starke Preisfall der Lebensmittel eine Verbilligung der industriellen Produkte nach sich ziehen wird.

Zu den Maßregeln zur Entlastung des Staatsbudgets gehört auch die Abwälzung der lokalen Ausgaben auf die betreffenden Städte und Dörfer. Ihnen wurde die Pflicht auferlegt, für die lokalen Bedürfnisse (Verwaltung, Volksschulen usw.) durch lokale Besteuerung selbst zu sorgen. Dies und der scharf durchgeführte Abbau des Beamtenheeres gibt die Hoffnung, daß das Gleichgewicht des Staatshaushaltes in absehbarer Zukunft, zwei bis drei Jahre, erreicht sein wird, wodurch dann, — vorausgesetzt, daß keine neue Mißernte vorkommt —, das Finanzproblem endgültig gelöst werden wird.

Ueber die Art der endgültigen Lösung sind die Meinungen geteilt. Die Thesen des Kongresses sagen folgendes:

„Im gegenwärtigen Augenblick ist es notwendig, ohne sich die sofortige Rückkehr zum Ziel zu setzen, festzustellen, daß unsere Wirtschafts- und Finanzpolitik sich entschieden im Sinne einer Wiederherstellung der Deckung des Geldbedarfs in Gold bewegt . . . Eine solche Orientierung muß in der Praxis zur Politik der Erhaltung eines unantastbaren Goldbestandes und zum Ausbau der Edelmetallgewinnung führen.*)

Als Maßnahmen zur Annäherung an dieses Ziel sind vorgesehen: Die Abtrennung eines unantastbaren Goldfonds, welcher der neugegründeten Staatsbank übergeben wird. Auf Grundlage dieses Goldfonds soll die Staatsbank Goldrubelnoten emittieren, welche mit 50 Prozent durch Gold gedeckt sind. Diese Noten werden nur gegen kommerzielle Sicherheiten als Kredite den Trusts und anderen Unternehmungen zur Verfügung gestellt. Ihr Wert ist dadurch stabilisiert, daß der Staat die-

---

*) Wir wollen bloß bemerken, daß, um eine sowohl im Inlande als im Auslande stabile, mit dem Golde fest verknüpfte Geldeinheit zu haben, eine Rückkehr zur faktischen Goldvaluta mit Goldzirkulation im Inland überflüssig ist. Hierzu genügt eine „Goldrand valuta", d. h. der Staat oder die Staatsbank muß nur soviel Gold besitzen, um ein Ansteigen des Kurses der fremden Valuten über die Parität hinaus durch Verkauf von fremden Valuten, die mit Gold angekauft werden, verhindern zu können. Jahrzehntelang wurde dies von der Oesterr.-Ung. Bank mit Erfolg durchgeführt.

selben bei allen in Goldrubeln festgestellten Zahlungen (Eisenbahnfrachten, Zollzahlungen usw.) an Goldes statt annimmt. Der Staat selbst kann von der Staatsbank Kredit in Goldnoten nur erhalten, wenn er die Hälfte der begehrten Kreditsumme in Gold bei der Bank deponiert. Diese Einrichtung wird auch die Möglichkeit von langfristigen in Gold oder Goldnoten rückzahlbaren Krediten geben und dadurch die Wiederherstellung eines normalen Kreditwesens ermöglichen.

Neben den neu zu schaffenden Goldnoten würde der Papierrubel weiter kursieren. (Der Staat müßte einen Teil seines Defizits auch weiterhin durch die Ausgabe von Papiergeld decken.) Das staatliche Papiergeld würde einen Kurs in Goldrubelnoten ausgedrückt besitzen und zu diesem Kurse vom Staate auch statt Goldnoten angenommen werden. Diese Doppelvaluta wird nur als Uebergangsstadium gedacht. Gelingt es, den Staatshaushalt defizitlos zu machen, so kann die Einziehung des Papiergeldes und die Ersetzung durch auf Goldrubel lautende Staatsscheine ohne Schwierigkeiten erfolgen.

In welchem Tempo die Gesundung der russischen Finanzen erfolgen wird, hängt natürlich in erster Linie nicht von der Finanzpolitik des Staates selbst, sondern vom Ausfall der Ernten, der Entwicklung der Industrie, von der Erhaltung des Friedens und von der Möglichkeit, innere oder äußere Anleihen aufzunehmen, ab.

(Wie bekannt, ist es der russischen Regierung gelungen, im Mai-Juni 1922 die erste innere Anleihe aufzunehmen. Es war dies eine kurzfristige „Getreide"-Anleihe von 10 Millionen Pud. Die Zeichner der Anleihe zahlten einen festgestellten Preis an den Staat und erhielten dafür eine Bescheinigung über das Recht auf den Bezug eines Puds Getreide aus den beim Staate eingehenden Naturalsteuern des laufenden Wirtschaftsjahres. Auch können diese Obligationen durch die Bauern an Stelle der Bezahlung der Naturalsteuern in Getreide verwendet werden. Der Vorteil für den Staat besteht darin, daß er hierdurch eine riesige Masse Papiergeld an sich gezogen hat, für den Zeichner, daß er sein Geld bereits heute zum gegenwärtigen Preis zum Ankauf seines Brotbedarfs verwenden konnte. Das Gelingen dieser Anleihe beweist nicht nur das stark gestiegene Vertrauen in die Wirtschaftspolitik der Sowjetregierung, sondern bildet auch den Uebergang zur Abtragung der Naturalsteuer in Geldform und zu inneren Geldanleihen im allgemeinen.)

E. Varga.

Das Budget.

Die Budgets der einzelnen Jahre können durch folgende Tabellen dargestellt werden.

Einnahmen:

in Millionen Rubel oder Prozent der Gesamteinnahmen (die Prozentzahl in Klammern)

	1916	1918	1919	1920
Steuern und Abgaben	1 619 (53,3)	11 843 (76,0)	7 165 (14,6)	471 (0,2)
Einnahmen von der Versorgung mit Lebensm. u. Gebrauchsgegenst. . .	—	—	18 105 (37,0)	51 104 (32,1)
Nationalisierte Betriebe	—	12 (0,1)	14 676 (30,1)	52 631 (33,1)
Eisenbahnen.	755 (24,8)	1 069 (6,8)	825 (4,5)	3 290 (11,5)
Sowjetwirtschaften.	—	—	686 (1,4)	8 175 (5,1)
Uebrige Güter u. Betriebe	364 (12,0)	1 997 (12,8)	4,090 (8,3)	17 200 (10,7)
Branntweinmonopol	51 (1,6)	—	—	—
Außenhandel	—	—	—	4 800 (3,0)
Nationalisierte Schiffahrt	—	(3,6)	(1,7)	(2,0)
	3 041 (100)	15 580 (100)	48 955 (100)	159 604 (100)

Ausgaben:

in Millionen Rubel oder Prozent der Gesamteinnahmen (die Prozentzahl in Klammern)

	1916	1918	1919	1920	1921
Verwaltung	418 (2,3)	4 304 (9,3)	14 269 (6,1)	20 420 (7,4)	252 475 (4,1)
Volksbildung	238 (1,4)	2 976 (6,3)	17 211 (8,0)	114 366 (10,4)	549 525 (8,9)
Arbeitsschutz und soziale Fürsorge	1 097 (6,1)	1 402 (3,0)	25 155 (11,6)	155 350 (12,1)	291 171 (4,7)
Nationalisierte Betriebe	42 (0,2)	7 663 (16,4)	55 117 (25,5)	368 212 (30,3)	2 630 000 (43 0)
Verpflegung	369 (2,0)	4 680 (10,0)	33 733 (15,7)	181 315 (14,8)	763 054 (19,2)
Ackerbau	141 (0,8)	657 (1,4)	3 000 (1,3)	63 011 (5,1)	758 960 (9,6)
Verkehrswesen, Post u. Telegraph	908 (5,0)	8 402 (18,0)	18 584 (9,0)	106 638 (8,8)	386 153 (6,2)
Wehrmacht.	13 776 (76,1)	15 695 (33,6)	40 842 (19,4)	135 847 (11,1)	255 676 (4,2)
Staatsschulden	1 066	727	1 751	—	—
Branntweinmonopol . .	36	—	—	—	—
Uebrige Ausgaben . . .	10	200	5 740	—	—
	18 100	46 706	215 402	1 215 159	6 148 698

Wie aus diesen Tabellen hervorgeht, ändert sich der Einnahmeetat der R. S. F. S. R. in der Richtung der Verringerung der Ausgabequellen und Vergrößerung der Einnahmen durch Wirtschaftsoperationen. Der Ausgabeetat läßt gesteigerte Ausgaben für Volksbildung und Volkswirtschaft konstatieren, während die unproduktiven Ausgaben (Militär und Administration) zurückgehen.

Das Budget für 1922 ist ein wesentlich anderes. Um das durch die Geldemission entstehende Defizit möglichst zu verringern, wurde beschlossen, den Ausgabeetat mit den Einnahmequellen möglichst in Einklang zu bringen. Die Einnahmen sollen vergrößert werden durch Wiedereinführung der Bezahlung für die vom Staate den Bürgern geleisteten Dienste, ferner durch Besteuerung. Die Ausgaben sollen verringert werden durch Abbau und Einschränkung der Zuschüsse (wirtschaftliche Verrechnung).

Bei dem Budgetentwurf für 1922 wird geplant, die Berechnung in Goldrubeln der Vorkriegszeit aufzugeben und zur Rechnung in Sowjetvaluta überzugehen. Infolge der Schwankungen des Papierrubels soll ein Vierteljahrs-Etat aufgestellt werden.

Steuern.

Mit der neuen Wirtschaftspolitik und der Notwendigkeit, ein defizitloses Staatsbudget zu erreichen, hat die Steuerfrage die größte Wichtigkeit erlangt. Es gilt jedoch, zuerst ein genaues System der direkten und indirekten Besteuerung auszuarbeiten und einen Steuerapparat zu schaffen. Diese Schwierigkeiten werden dadurch vermehrt, daß sich die Bevölkerung in den ersten Revolutionsjahren der Pflicht entwöhnt hat, ohne Widerspruch Steuern zu zahlen.

Steuern einzutreiben begann man in der zweiten Hälfte 1921. In dieser Periode bestanden an direkten Steuern nur die Gewerbesteuer und an indirekten nur gewisse Verkehrssteuern (Sprirituosen). Durch das Dekret vom 10. Dezember 1921 wurde den Exekutivkomitees der Gouvernements das Recht überlassen, gewisse Abgaben und Steuern für lokale Bedürfnisse zu erheben. Die wichtigste lokale Steuer ist der 10prozentige Zuschlag zu der staatlichen Gewerbesteuer; ferner die Steuer für die Baulichkeiten, die sich in Privatbenutzung befinden, die Steuern für Restaurants und Cafés, die Abgaben für in die betreffende Gegend importierte Frachten (pro Pud der Fracht).

Staatseinnahmen (in Tausend Rubel.)

	1916	1921	1922 (erste 2 Monate)
1. Direkte Steuern.			
Bodensteuer für Immobilien und Abgaben	115 889	—	—
Staatliche Gewerbesteuer	445 608	106 525 949	109 581 651
Weitere Abgaben	—	11 638 151	11 450 740
Abgaben für Geldkapitalien	52 377	—	—
Zusammen	613 874	118 164 100	121 032 391
2. Indirekte Steuern.			
Getränkesteuern	28 688	4 165 424	15 561 122
Tabaksteuer	169 582	—	78 655 812
Einnahmen für Hülsen- und Zigarettenpapier	7 881	—	—
Zuckersteuer	202 334	—	—
Petroleumsteuer	80 369	—	—
Zündholzsteuer	33 756	—	27 401 539
Zollabgaben	459 405	—	—
Zusammen	982 015	4 165 424	121 618 473
3. Lokale Abgaben (einschließlich Kommunalsteuer)	—	231 379 330	480 569 899
4. Einnahme d. Volkskommissariate	—	1 782 545 230	1 239 954 795
Zusammen	—	2 013 924 560	1 720 524 694
Im Ganzen	1 594 889	2 136 254 084	1 962 175 558

Geldumlauf.

Zu Beginn des europäischen Krieges befanden sich Geldzeichen in der Höhe von 2 335,4 Millionen Rubel im Verkehr, einschließlich der 1630,4 Millionen Rubel in staatlichen Kreditscheinen (Banknoten) (nach der Bilanz der Staatsbank vom 1. Juli 1914), Goldmünzen in der Höhe von 463,7 Millionen Rubel, Silber und Kupfergeld für 241,3 Millionen Rubel

Gleich nach der Kriegserklärung verschwand das Gold und darauf auch das andere Hartgeld aus dem Verkehr. Das System des Bankkredits, das in akuten Momenten durch eine weitgehende Einmischung der Staatsbank unterhalten wurde, war nach dem Oktoberumsturz (Nationalisierung der Banken) endgültig gebrochen; seit 1918 geschieht der Warenverkehr ausschließlich gegen „bar".

Die Papiergeldemission während des Krieges und der Revolution und die damit verbundene Preissteigerung können durch folgende Tabelle ausgedrückt werden:

Datum	Im Umlauf waren (in Millionen[1] R.)	Wachstum der Warenpreise (Durchschnitt)	Realwert der Geldmasse
Anfang 1915	2 946	1	2 946
„ 1916	5 617	1,9	2 960
„ 1917	9 103	5	1 801
„ 1918	27 312	21,4	1 275
„ 1919	61 264	122,4	500
„ 1920	255 016	1 550	144,9
„ 1921	1 168 598	22 700	51,5
„ 1922	17 539 600	194 900	90,1
am 1. Febr. 1922	29 585 000	408 000	72
am 1. März 1922	48 533 000	1 000 000	49

[1]) Unsere Bezeichnung „Millionen" bezieht sich auf die alte russische Bezeichnung. Bekanntlich wurden seit 1922 1 000 000 alte Rubel = 100 neue Rubel gesetzt.

Die Staatsbank und das Kreditwesen.

Während der ersten dreieinhalb Jahre nach der Oktoberrevolution bestand die Arbeit für das Kredit- und Bankwesen in der R. S. F. S. R. hauptsächlich in der gänzlichen Umgestaltung des alten Systems der Kreditanstalten und ihrer allmählichen Verschmelzung mit dem Verrechnungs- und Kassenapparat der Reichsbank. Nach dem Uebergang zur neuen Wirtschaftspolitik erließ der Rat der Volkskommissare am 26. Juli 1921 eine „Verordnung über die Geldmittel der genossenschaftlichen Organisationen", deren Finanzierung durch den Staat in Form von Darlehen bewerkstelligt wird. In einem Beschluß vom 30. Juli 1921 wurden die Beschränkungen des Geldverkehrs aufgehoben und Maßnahmen für Entwicklung der Depositen- und Scheck-Operationen festgesetzt.

Den Wendepunkt in der Kreditpolitik bildete das von der vierten Session des Zentralexekutivkomitees angenommene Dekret des Rates der Volkskommissare vom 4. Oktober 1921 über die Schaffung einer Staatsbank, wie auch die Verordnung über die Staatsbank der R. S. F. S. R. vom 13. Oktober desselben Jahres. Diesen Verordnungen gemäß hat die Bank folgende Aufgaben: Kreditoperationen, Regelung

des Geldverkehrs, die Funktionen einer Reichsrentei, wie auch andere Bankoperationen. Als die wichtigste unter ihren aktiven Operationen betrachtet die Bank die Gewährung von Produktionsdarlehen. Die Bank gewährt Kredite an erster Stelle staatlichen Trusts und Unternehmungen, die zur Produktion nach wirtschaftlichen Grundsätzen übergegangen sind, ferner genossenschaftlichen Organisationen und endlich Privatpersonen. Die Bank eröffnete ihre Operationen am 16. November 1921 und führt schon jetzt Operationen mit einer ganzen Reihe von angesehenen deutschen, italienischen, schwedischen, norwegischen, amerikanischen und englischen Bankhäusern.

Der neunte Sowjetkongreß (im Dezember 1921) sprach sich für die Errichtung von Börsen, Handelsgesellschaften und Kreditanstalten aus unter der Bedingung der Anteilnahme des Staates an denselben. Im Jahre 1922 entstand eine Reihe solcher Institutionen. Die erste Kreditanstalt war die Bank der Konsumgenossenschaften. Des weiteren wurde die Bildung einer „Gesellschaft für gegenseitigen Kredit", wie auch die Bildung vorläufig bloß lokaler Aktienbanken gestattet. 25 Prozent der Aktien dieser letzteren müssen dem Staate überlassen werden.

V. Der Außenhandel der R. S. F. S. R.

Das Volkskommissariat für Außenhandel und seine Organe. Das Dekret über die Nationalisierung des Außenhandels wurde vom Sowjet der Volkskommissare am 22. April 1918 herausgegeben. Die Leitung des Außenhandels wurde dem Kommissariat für Außenhandel übertragen, dem die Sammlung der Rohstoffe und aller Exportwaren obliegt, sowie deren Zurichtung für die Marktverhältnisse (Standardisierung) und Zufuhr zum Außenmarkt; andererseits auch alle Importoperationen für sämtliche Betriebe, Aemter und die Bevölkerung. Das Volkskommissariat für Außenhandel stellt nach den Anmeldungen der Importorgane einen Importplan auf, orientiert sich über die Marktverhältnisse, sucht neue Wege des Warenaustausches und schließt Verträge mit den Staaten und einzelnen Kontrahenten ab. Nach dem Abschluß der Verträge mit den Randstaaten wurde der Ring der Blockade durchbrochen. Gegenwärtig hat das Kommissariat für Außenhandel Abteilungen in folgenden Ländern:

Land	Ort	Zeit der Gründung
England	London	25. III. 20
Deutschland	Berlin	1. IV. 21
Italien	Rom	6. II. 21
Schweden	Stockholm	1. IV. 21
Norwegen	Christiania	20. X. 21
Estland	Reval	28. II. 20
Finnland	Helsingfors	30. IV. 21
Lettland	Riga	29. IX. 20
Tschechoslowakei	Prag	1. VIII. 21
Anatolien	Angora	6. V. 21
Litauen	Kowno	15. VII. 21
Türkei	Konstantinopel	15. V. 21
Oesterreich	Wien	15. I. 21
China	Peking	20. X. 21

Der Außenhandel im Jahre 1921. Die Einfuhr der Waren aus dem Auslande betrug für das ganze Jahr 1921 55 Millionen Pud, die sich nach Quartalen folgendermaßen gruppieren (in 1000 Pud):

	Einfuhr	Ausfuhr
1. Vierteljahr	2 962,1	467,2
2. „	8 406,9	2 135,6
3. „	24 217,9	2 979,6
4. „	19 717,4	7 308,4
Für das ganze Jahr 1921	55 304,3	12 962,8
„ „ „ „ 1913	936 000,0	1 472 000,0

Das Jahr 1921 bedeutete den Anfang der Wiederherstellung des russischen Außenhandels.

Die in der Tabelle vermerkte Verringerung während des letzten Vierteljahres 1921 findet ihre Erklärung im Einfrieren der Häfen. Das Wachstum des Außenhandels ist jedoch relativer Natur. Vergleicht man ihn mit den Vorkriegsjahren, so wird ersichtlich, wie wenig bisher die Aufnahme der Handelsbeziehungen mit dem Auslande für das Wirtschaftsleben Rußlands bedeutete.

	1913	1921
Die Einfuhr betrug	1 374 Mill. Rubel	248,5 Mill. Rubel
Die Ausfuhr betrug	1 520 „ „	20,2 „ „
Gesamtumsatz	2 894 Mill. Rubel	268,7 Mill. Rubel

Der Umsatz des Vorjahres betrug nur 6,9 Prozent des gesamten Umsatzes des normalen Warenverkehrs. Dem Gewichte nach bekommen wir folgende Zahlen:

	1913	1921
Import	936,5 Mill. Pud	55,3 Mill. Pud
Export	1 472,0 „ „	12,9 „ „
Gesamtexport	2 408,5 Mill. Pud	68,2 Mill. Pud

Die Struktur des Importes wird durch das Verhältnis der einzelnen Warenkategorien bestimmt. Massenartikel betragen mehr als die Hälfte, 54,7 Prozent; Werkzeuge und Nahrungsmittel 36,4 Prozent der Gesamteinfuhr. Die Einfuhr von tierischen Produkten und deren Bearbeitungen umfaßt hauptsächlich folgende Gruppen: Schuhzeug und Schuhleder, Textilwaren, Manufakturwaren und gewisse Artikel für Wirtschaftszwecke, wie Säcke, Fischereigeräte usw.

Während des ersten Jahres der Handelsoperationen mit dem Auslande wurden dem Werte nach am meisten Artikel des Massenkonsums eingeführt, und insofern entspricht der Import dem ursprünglichen Plan der R. S. F. S. R. nicht, wonach an erster Stelle die Einfuhr von Produktionswerkzeugen stehen sollte. Die außerhalb des Planes stehenden Einkäufe wurden überwiegend sowohl infolge der fort-

währenden Veränderungen im Wirtschaftsplan der Politik, als auch deshalb, weil Massenartikel sich viel rascher und leichter einkaufen lassen als die Artikel zur Wiederherstellung der Volkswirtschaft. Dem Werte nach läßt sich die Einfuhr für 1913 und 1921 durch folgende Tabelle ausdrücken (in Millionen Vorkriegsrubeln):

1913		1921	
1. Metalle und Metallprodukte	353,3	1. Tierische Produkte u. Erzeugn.	79,2
2. Textilien	314,1	2. Metalle und Metallprodukte	58,3
3. Lebensmittel	255,5	3. Lebensmittel und Tiere	32,0
4. Brennmaterial	144,3	4. Textilwaren	30,4

1913 stand an erster Stelle die Einfuhr von Metallen und Metallerzeugnissen, 1921 nahm diese Gruppe die zweite Stelle ein. Die Einfuhr von Brennmaterial nahm in der Vorkriegszeit eine wichtige Stelle ein; in der Importliste des Vorjahres stand diese Gruppe an siebenter Stelle. Die Artikel, die zur Wiederherstellung der Volkswirtschaft importiert wurden, bestanden hauptsächlich aus landwirtschaftlichen Maschinen und Eisenbahnmaterialien.

Die Ausfuhr hat 1921 einen ganz anderen Charakter als in der Vorkriegszeit. Im Export fehlen ganz die Lebensmittel, von denen im Jahre 1913 im Gesamtwert von 938 852 000 Rubeln exportiert wurde. An Stelle der Lebensmittel sollen Rohstoffe und Halbfabrikate exportiert werden. Doch im verflossenen Jahre hat der Export erst begonnen, und die Exportzahlen sind außerordentlich niedrig, was sich ja leicht durch die internationalen Verhältnisse erklären läßt, in denen der russische Exporthandel 1921 verlief.

Uebersicht des Ex- und Importes Rußlands.

(In 1000 Rubeln. Die Werte der späteren Jahre sind in Rubel von 1913 umgerechnet.)

Einfuhr:

Jahr	Lebensmittel	Rohstoffe und Halbfabrikate	Tiere	Fabrikate	Zusammen
1914	198 194	529 817	13 496	365 480	1 097 987
1915	179 194	499 652	15 173	444 545	1 138 564
1916	261 379	994 099	18 427	1 167 294	2 451 199
1917	127 783	628 778	60	1 560 127	2 316 748
1918	16 649	17 773	—	26 646	61 069
1919	2 252	406	—	372	3 030
1920	1 372	7 128	214	28 486	36 200
1921	33 956	23 525	834	190 390	248 675

Ausfuhr:

Jahr	Lebensmittel	Rohstoffe und Halbfabrikate	Tiere	Fabrikate	Zusammen
1913	839 852	561 027	34 359	84 895	1 520 133
1914	523 417	349 066	14 517	69 090	956 090
1915	201 815	144 659	155	55 208	401 834
1919	175 806	325 597	376	75 118	577 297
1917	51 467	383 815	6	28 676	463 963
1918	674	5 585	—	1 285	7 544
1919	104	5	—	—	109
1920	231	850	—	3	1 084
1951	1 795	18 947	19	546	21 307

VI. Das Ernährungswesen.

Der Kampf um die Ernährung der Städte.

Eine allen Ländern Europas — sowohl den Siegerstaaten, wie den Besiegten — gemeinsame Kriegsfolge war der krasse Rückgang der vorhandenen Lebensmittel. Dies war eine direkte Folge der stetigen Abnahme der Anbaufläche in Europa während des Krieges und überhaupt der in hohem Maße zerrütteten Landwirtschaft infolge der endlosen Personen- und Pferdemobilisationen.

Infolgedessen ist die Teuerung — jetzt in ganz Europa eine bekannte Erscheinung, die insbesondere die werktätigen Massen unserer Republik so hart trifft — nicht eine exklusive Erscheinung, die sich aus den Verhältnissen der russischen Revolution ergeben hätte. Die russische Revolution konnte nicht umhin, diese Erscheinung zu verschärfen und zu vertiefen. Unter der Teuerung und dem Steigen der Lebensmittelpreise mußte natürlich die werktätige Bevölkerung leiden. Das trat auch in Wirklichkeit ein.

Damit wuchs natürlicherweise auch der Einfluß und die Bedeutung des Landes als des Getreideproduzenten gegenüber der Stadt als des Konsumenten.

Rußland ist vorwiegend ein Agrarland und lebte früher ausschließlich von der eigenen Getreideproduktion; so war es natürlich, daß die städtischen Zentren Rußlands zu Ende des Krieges in hohem Grade ihre ganze Abhängigkeit vom Lande empfinden mußten. Die ökonomische Zerrüttung als Resultat eines dreijährigen, das Budget überlastenden harten Krieges machte sich bei der Lebensmittelversorgung des Volkes empfindlich bemerkbar. Die Zerrüttung des Transportwesens, die Stillegung der Betriebe, die allgemeine Herabsetzung der Arbeitsproduktivität im Lande, — all das lief wie in einem circulus vitiosus in der Lebensmittelfrage zusammen, komplizierte sie und ergab sich aus ihr als logische Folgerung.

Die Februarrevolution und daraufhin h a u p t s ä c h l i c h die Oktoberrevolution hatte durch die Liquidierung des alten administrativen und Steuerapparates das russische Land von den Fesseln befreit, in denen es gefangen gehalten war, und

überließ es seinem eigenen Schicksal. Das Land war mit seiner kleinbürgerlichen Mentalität dem städtischen Proletariat eigentlich feindselig, hinderte es jedoch nicht, in den Städten die Prinzipien der proletarischen Diktatur und des sozialistischen Gesellschaftsaufbaus zu verwirklichen, denn die Städte störten auch das Land nicht bei dessen Liquidierung des feudalen Großgrundbesitzes.

Das Land ließ aber keine Gelegenheit vorbei, um die Lebensmittelpreise für die Produkte, die an die Städte geliefert wurden, in die Höhe zu schrauben. Als die Städte nach der Oktoberrevolution mit aller Festigkeit das staatliche Getreidemonopol durchzuführen begannen, reagierte das Land darauf mit einer verminderten Zufuhr der Produkte in die Städte, und zwar in weit höherem Maße, als dies zur Zeit des Absolutismus der Fall war, als dieser versucht hatte, eine Politik der Höchstpreise durchzuführen.

Der Bürgerkrieg, der gleich am nächsten Tag nach dem Oktoberumschwung einsetzte, und die elementar vor sich gehende Demobilisierung der Frontarmeen, brachten eine ungeheure Desorganisation im Eisenbahnverkehr mit sich, und dies traf neben der allgemeinen Zerrüttung des Staatsapparates endgültig die städtischen Industriezentren, die sich vor die Gefahr der Hungersnot gestellt sahen, in einem Lande, das nun über 4 Millionen Pud Getreide produzierte und früher die Möglichkeit hatte, jährlich bis zu 800 Millionen Pud Getreide zu exportieren. Die getreidereichen Gebiete — die Ukraine, das Wolgagebiet, Sibirien — waren abgetrennt oder stellten Kriegsschauplätze mit allen sich daraus ergebenden Folgen der Getreidevernichtung dar. Aber selbst wenn man die verringerte Anbaufläche berücksichtigte, so mußte in Anbetracht dessen, daß im Kriege die Getreideausfuhr aufhörte, klar sein, daß im Lande Getreide vorhanden war. Doch die Landbevölkerung hielt es fest in der Faust; die Mentalität des revolutionären Proletariats der hungrigen Städte war der Landbevölkerung, den Satten und Kleinbürgerlichen, nicht nur fremd, sondern auch feindlich.

Der Kampf der Städte mit dem Land wurde angesagt durch die Proklamierung der Lebensmitteldiktatur im Mai 1918. Die Stadt selbst war jedoch absolut außer Stande, irgend etwas von der

Landbevölkerung heraus zu bekommen ohne Hilfe des ärmeren Teiles der Landbevölkerung selbst, die vom Proletariat in den Kampf mit hereingezogen wurde als Verbündete gegen den bürgerlichen Teil der Landbevölkerung. (Die sogenannten Armuts-Komitees.) Auf diese Weise wurde der Bürgerkrieg in das Innere der Dörfer selbst übertragen und zerfiel in kleine Fronten, wo jedes Dorf, jedes Vorwerk einen Kampfplatz darstellte.

Das Proletariat, das den Kampf um das Brot gegen die Landbourgeoisie führte, mußte im Interesse der Sache, durch den Gang der Ereignisse getrieben, auf dem Lande sich nicht nur auf die ärmsten Elemente der Bevölkerung stützen, sondern auch auf die sogenannten Mittelbauern, die es für sich zu gewinnen suchen mußte. Die Notwendigkeit, den Mittelbauer zu gewinnen, ergab sich auch dadurch, daß die Rote Armee sich hauptsächlich aus dieser Mittelschicht der Landbevölkerung rekrutierte, die ihrer Gesinnung und dem Wesen nach sich den wohlhabenden Elementen anschloß, d. h. der Landbourgeoisie. Aber diese Schicht war ebenso wie das arme Bauerntum daran interessiert, ihren Landbesitz zu vergrößern auf Kosten der Ländereien der Gutsbesitzer, wodurch sie sich organisch mit der Revolution und folglich auch mit dem städtischen Proletariat verband.

Die Verbesserung und der Ausbau der Verpflegungsorganisationen und die Gewinnung des mittleren Bauerntums gaben die Möglichkeit, im Jahre 1918/19 107 922 507 Pud Getreide zu erfassen gegenüber den 47 539 128 Pud im Jahre 1917/18. Ein weiterer Ausbau der Lebensmittelapparate und die Verstärkung der Erfassungsbataillone, ebenso wie die Erweiterung des Territoriums nach der Liquidierung einiger Fronten gibt die Möglichkeit, im Jahre 1919/20 212 507 408 Pud zu erfassen und im Jahre 1920/21 gar 283 875 145 Pud.

Trotzdem das erfaßte Getreide und die anderen landwirtschaftlichen Produkte immer zunahmen, reichten sie doch absolut nicht aus, um auch nur den Arbeitern eine satte Existenz zu sichern, ohne welche ja von der Hebung der Arbeitsproduktivität nicht die Rede sein konnte. Noch kurz vor dem Uebergang vom System der Zwangs-

erfassung (Raswjorstka) zum System der Naturalsteuer betrug die durchschnittliche Belieferung der Arbeiter der staatswichtigsten Betriebe im Gouvernement Moskau nur 25 bis 30 Pfund Brot im Monat.

Schon im Jahre 1900 betrug die durchschnittliche Brotration der Arbeiter der Moskauer Fabriken kaum 2 Pfund pro Person; im Jahre 1905 sank sie unter 2 Pfund und überstieg im Laufe einer ganzen Reihe von Jahren (fast bis zum Kriege) 2 Pfund nicht. Interessant und charakteristisch ist der Umstand, daß diese Menge des sogenannten Kornbrotes (denn Kornbrot war die übliche Nahrung des russischen Arbeiters unter dem Kapitalismus) mehr als die Hälfte der Gesamtnahrung der Moskauer Arbeiter überhaupt ausmachte. Infolge der harten Prüfungen, die das siegreiche Proletariat durchmachen mußte, sank der Brotkonsum der Arbeiter immer mehr, so betrug z. B. in den Jahren 1918/20 der Tagesverbrauch der Arbeiter im zentralen Industrierayon niemals mehr als 1 bis 1½ Pfund Brot; dabei gab es Wochen und Monate, wo diese Ration sogar bis zu einem, ja sogar ¾ Pfund Brot pro Tag sank. Die Unterhaltung der Armeen, die für die produktive Arbeit verloren waren, erforderte ungeheure Lebensmittelvorräte. Die vorhandenen Vorräte, die nicht imstande waren, auch nur die Städte zu befriedigen, stellten selbst die Versorgung der Armeen mitunter in eine prekäre Lage.

Das war die Lage in den Städten.

Auf dem flachen Lande führte die Lebensmitteldiktatur und das System der Zwangserfassung, nach der der Getreideproduzent an den Staat (die Stadt) seine ganzen Ueberschüsse nach Abzug des Samenmaterials und der Produkte, die er laut festgestellter Norm für den eigenen Bedarf brauchte, abliefern mußte, dazu, daß bedeutende Getreidevorräte einfach zugrunde gingen; sie wurden in den Wäldern, in den Feldern, in Gräben usw. versteckt und vergraben. Andererseits ging auch jede wirtschaftliche individuelle Initiative im Sinne einer Verbesserung der Landwirtschaft zu Grunde. So setzte die Etappe des permanenten Rückganges der Anbaufläche ein.

Die mangelhafte Versorgung der Industriearbeiter und der Rückgang der allgemeinen Produktivität der Landwirtschaft bildete die Voraussetzung für den Uebergang vom System der Raswjorstka zur Naturalsteuer, wo der Getreideproduzent an

den Staat nur noch eine ganz bestimmte Getreidemenge abzuliefern hat. Die Getreideüberschüsse bleiben aber zur Verfügung des Produzenten, was mit der Einführung des freien Handels nunmehr ein Stimulans bildete zur Vergrößerung der Anbaufläche und überhaupt zur Verbesserung der Wirtschaft. Nachdem die Naturalsteuer eingeführt wurde und die Getreideproduzenten wieder das Recht bekamen, die Getreideprodukte an die Städte frei zu verkaufen, verbesserte sich auch die Lage der Städte.

Mit dem Uebergang zur neuen Wirtschaftspolitik beginnt die Brotration der Arbeiter in den Staatsbetrieben zu steigen und erreicht ein Niveau, das der Vorkriegszeit sehr nahe kommt. So z. B. macht nach dem Plan der Staatsversorgung für das Jahr 1921/22 die durchschnittliche Kopfration des Arbeiters bereits 90 Pfund Mehl aus. Rechnet man auf je einen Arbeiter 2 Esser, so bedeutet diese Ration immerhin eine Versorgung von 45 Pfund Mehl pro Person; das bedeutet 60 Pfund Brot oder 2 Pfund täglich.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß auch diese erhöhte Ration im Vergleich mit den vorhergehenden Jahren 1918/21 entweder erhöht oder durch andere Lebensmittel (Fleisch, Fette, Zucker) ergänzt werden muß. Die Revolution und noch vor der Revolution der Krieg haben also bedeutende Veränderungen in der Ernährung der Arbeiter und der anderen Werktätigen der Städte zur Folge gehabt.

J. Chalatow.

Raswjorstka, Naturalsteuer und Bauernschaft.

Die Geschichte der Verpflegungspolitik in Rußland seit Kriegsbeginn umfaßt vier sich scharf von einander unterscheidende Perioden: 1. 1914/15—1915/16 freie Getreideablieferung; 2. 1916/17—1920/21 Getreidemonopol und Raswjorstka (Zwangserfassung); 3. 1921/22 Naturalsteuer mit vielen Steuerarten und 4. 1922/23 einheitliche Naturalsteuer.

Das Getreidemonopol und das damit verbundene System der Erfassung der Getreideüberschüsse, die sogenannte „Raswjorstka", ent-

wickelte sich in den Jahren 1917—1918 und erstreckte sich außer auf die Getreideproduktion auch auf die Produktion aller übrigen Zweige der Bauernwirtschaft.

Die „Raswjorstka" beruht auf dem Prinzip der Erfassung aller freien Reste zu gewissen von der Regierung festgestellten Höchstpreisen, wobei der Wirtschaft selbst lediglich ein bestimmtes Minimum, das zum Leben notwendig ist, zur Verfügung gestellt wird.

Das erste Jahr der Anwendung des Raswjorstkasystems — die letzten Tage des Zarismus und der Beginn der Revolution — unterscheidet sich von den darauffolgenden scharf dadurch, daß die Höchstpreise von den Marktpreisen nicht mehr als um 25 bis 50 Prozent differierten, so daß die Getreidebesitzer verhältnismäßig wenig einbüßten. Außerdem waren in Gestalt der großen Adelsgüter große Getreidebesitzer vertreten, denen es viel leichter fiel, ihre Vorräte zu verrechnen, als den zerstäubten Bauernwirtschaften.

Das zweite und dritte Jahr der Raswjorstkaanwendung verliefen unter dem Zeichen der Zerrüttung des Staatsapparates und der stark zunehmenden Preisdifferenz. Das vierte und fünfte Jahr, die letzten, verliefen unter dem Losungswort: nur die Macht des Staatszwanges kann das Getreide den Bauern entziehen.

Die Getreideerfassung betrug in diesen vier Jahren für das europäische Rußland bei der Umrechnung auf das Territorium von 1919/20:

1916/17	212	Millionen Pud
1917/18	40	„ „
1918/19	80	„ „
1919/20	180	„ „
1920/21	200	„ „

Solange die Höchstpreise mit dem Markte gleichen Schritt hielten oder nur etwas zurückblieben, sahen die Bauern hierin keine besondere Belastung und hielten sich schadlos durch den Preisaufschlag auf die anderen monopolfreien Produkte und die Entwicklung der entsprechenden Wirtschaftsweise. Aber der Preisunterschied zwischen Höchstpreisen und freiem Handel wuchs katastrophal. Und da am Ende des zweiten Jahres fast kein einziges Produkt unmonopolisiert blieb, verlor der Bauer nicht allein das Recht der freien Verfügung über sein Arbeitsprodukt, sondern mußte infolge der ungeheuren Abweichung der Höchstpreise von den freien Marktpreisen seine Produkte umsonst abgeben. Als Entgelt für seine Arbeit bekam der Bauer ein sehr bescheidenes Lebensminimum. Auf diese Weise gingen alle Beweggründe für die Entwicklung seiner Wirtschaft für den Bauern ver-

loren, so daß der Prozentsatz der unbestellten Felder wuchs und die Tendenz zum Vorschein trat, genau soviel zu säen, wie der Bauer für die Ernährung seiner Familie brauchte.

Das letzte Jahr der Raswjorstka war in dieser Hinsicht besonders ungünstig. Es genügt zu sagen, daß infolge dieses Jahres, des Jahres der intensiven Anwendung des Staatszwanges, der Raswjorstka, die Aussaatfläche in Sibirien um die Hälfte zurückgegangen und die des Wolgagebietes und des Nordkaukasus auf ein Viertel zusammengeschrumpft ist.

Die Bauernwirtschaft wurde im großen und ganzen vollkommen zerrüttet und es galt, heroische Maßnahmen zu ergreifen, um die Wirtschaft zu heben und weiter zu entwickeln.

Eine solche Maßnahme, die den Kurs der Wirtschaftspolitik jäh gewendet hat, war das Dekret über die Naturalsteuer. — Das Grundprinzip dieses Dekretes ist: Die Bauernwirtschaft soll die dringendsten Bedürfnisse des Staates befriedigen und über das übrige nach eigenem Gutdünken verfügen.

Der Staat beschritt also den Weg der Wiederherstellung der freien Verfügung des Bauern über das Produkt seiner Arbeit, forderte aber die Bezahlung einer bestimmten Steuer, die Erfüllung bestimmter Staatsverpflichtungen.

Die Naturalsteuer wurde für jedes Produkt in besonderer Höhe festgestellt, so daß im ganzen etwa 15 Steuern eingeführt wurden.

Trotz der relativen Erleichterung, die die Naturalsteuer mit sich brachte — für Getreide z. B. statt der 423 Millionen Pud der Raswjorstka für die ganze R. S. F. S. R. 160 Millionen Pud*) — wurde die Naturalsteuer nicht ganz eingebracht, sondern bloß zu 60 bis 70 Prozent, was entschieden die Erschöpfung der Bauernwirtschaft anzeigt. Zu den Mängeln des Naturalsteuersystems 1921/22, die negativ auf die Bauernwirtschaften wirkten, muß gezählt werden: einerseits die große Anzahl der Steuern, die den Bauern nicht immer verständlich sind, und andererseits das Prinzip der Besteuerung nach Wirtschaftszweigen und Faktoren, die sich leicht verändern (so und so viel Eier nach der Anzahl der Hühner, so und so viel Fleisch nach dem Viehbestand usw.); ferner die progressive Steigerung der Besteuerung, die jeder Wirtschaft, die über dem Durchschnitt steht, alle Ueberschüsse entzieht, wodurch eine fortwährende Einschränkung der Wirtschaft wahrzunehmen ist.

*) Diese Zahl berücksichtigt bereits die Mißernte 1921.

Die meisten dieser Mängel werden durch die für 1922/23 eingeführte Einheitssteuer beseitigt, die die Mannigfaltigkeit der Steuern aufhebt, die progressive Steigerung verringert und den Bauern freiläßt, das eine Produkt durch ein anderes zu ersetzen, so daß damit dem Typus der Einkommensteuer nähergekommen wird.

Das Pajok-System.

Auf dem Gebiete der Lebensmittelverteilung lassen sich in der Politik der Sowjetregierung drei Stadien unterscheiden:

I. Der Staat, der sich auf das Getreidemonopol und die Lebensmittelerfassung stützt, betrachtet es als seine Pflicht, für die Ernährung der Gesamtbevölkerung zu sorgen. Die Verteilung der Lebensmittel geschieht nach dem Klassenprinzip. Im August-September 1918 wurde in Petrograd und Moskau zum ersten Mal die Klassenration (Klassen-Pajok) eingeführt, mit einem System von drei Kategorien. Zur ersten Kategorie gehören alle Personen, die körperlich oder geistig schwer arbeiten; zur zweiten Kategorie alle übrigen Kopfarbeiter und zur dritten die nicht werktätigen Elemente. In den Jahren 1918/20, als dieses System in Kraft war, ging jedoch infolge des Wirtschaftskrieges und der wirtschaftlichen Schwierigkeiten eine weitere Zerrüttung der Volkswirtschaft vor sich, die den Staat vor die Notwendigkeit stellte, die Versorgung lediglich auf die werktätigen Teile der Bevölkerung zu erstrecken.

II. Auf diese Weise ging die Sowjetregierung zum zweiten Stadium über, dem Arbeits-Pajok, der durch das Dekret vom 30. April 1920 eingeführt wurde. Die nichtwerktätigen Elemente fielen fort. Im Prinzip versorgt der Staat nur die Werktätigen nach der Zahl der Arbeitstage. In Anbetracht der knappen Lebensmittelressourcen der Republik konnte natürlich diese Versorgung nicht besonders reichlich sein. Infolgedessen wurde im Interesse der in dem Moment wichtigsten Arbeitszweige als Zusatz das Prinzip der „Stoßarbeit" eingeführt, im nötigen Moment die Leistungsfähigkeit dieses oder jenes Zweiges zu erhöhen. Die Zahl der Konsumenten, die 1920/21 vom Staate verpflegt wurden, betrug (die Armee nicht einberechnet) 35 Millionen Personen, die in folgende Gruppen zerfielen:

1. Industriearbeiter mit ihren Familien . .	6 461 000	Personen
2. Transportarbeiter mit ihren Familien .	4 767 000	„
3. Oeffentliche Ernährung, Kinderernährung u. and. Gruppen städt. Konsumenten .	21 867 000	„
4. Heimarbeiter	2 020 000	„

Diese 35 Millionen starke Konsumentenmasse stand — selbst bei ungenügender Norm der Versorgung — in krassem Gegensatz zu den Lebensmittelressourcen der Republik.

Es galt also, auf diese oder jene Weise auf das Prinzip der staatlichen Versorgung zu verzichten.

III. Diese Notwendigkeit erhielt auch ihre Rechtfertigung mit dem Uebergang von der Zwangserfassung zur Naturalsteuer. Es ist klar, daß der Staat, der in Form der Naturalsteuer eine verhältnismäßig geringe Menge von Lebensmitteln erfaßte und die Ueberschüsse der Bevölkerung für den Freihandel überließ, nicht mehr die Verpflichtung tragen konnte, für eine so große Anzahl von Essern zu sorgen. In diesem Stadium trat zu dem staatlichen Versorgungsplan ein neues Prinzip hinzu: die Ausgaben werden den Einnahmen angepaßt.

Der neue staatliche Versorgungsplan, der durch die Verfügungen des Sowjets für Arbeit und Wehr vom 28. September für das Jahr 1921/22 bestätigt worden ist, sieht zweierlei Veränderungen vor: eine Verringerung der Konsumentenzahl und eine Erhöhung der Konsumnorm.

Statt mit 35 Millionen Konsumenten hat der Staatsplan 1921/22 nur noch mit 7 Millionen Konsumenten zu tun, was 20 Prozent der Gesamtzahl der Konsumenten der Periode der allgemeinen Staatsversorgung ausmacht. Die von der Staatsversorgung eliminierten Konsumentengruppen werden nunmehr gegen Geldberechnung entlohnt mit dem Rechte, selbständig Produkte zu beschaffen.

Auf diese Weise bildet der Staatsplan 1921/22 den ersten Versuch eines geschlossenen Wirtschaftssystems in Sachen der Lebensmittelversorgung.

Die Hungersnot.

Die Ursachen der Hungersnot, von der die fruchtbarsten Teile Rußlands betroffen wurden, reichen noch bis in den imperialistischen Krieg 1914 zurück, der die ungeheure Verschlechterung der ohnehin primitiven russischen Landwirtschaft hervorgerufen hat; die Fabriken, die auf Kriegsbedarf eingestellt wurden, erzeugten nur noch 4 Prozent der landwirtschaftlichen Geräte, das Inventar wurde verbraucht, das Vieh für militärische Zwecke requiriert, die männliche Arbeitskraft der Landwirtschaft entzogen. Dann kam der Bürgerkrieg und die Blockade. Die unternormale Ernte 1920 erschöpfte die knappen Vorräte der vorhergehenden Jahre. Schon im Jahre 1921 war Mangel zu spüren. Im Sommer 1921 wurde der ganze Südosten und ein Teil des Ostens der R. S. F. S. R. von einer Dürre betroffen, die für die betreffenden Gebiete den Charakter einer „periodisch wiederkehrenden Erscheinung hat, die sich mit fast strenger Gesetzmäßigkeit wiederholt und durch ihr Ausmaß zeitweise für die Wirtschaft ihrer Gebiete eine katastrophale Lage erzeugt" (Prof. Buschinski). So hat die Zeitspanne von 1891—1911 drei Mißernten, dreizehn unternormale und nur fünf gute Ernten zu verzeichnen.

Umfang. Von der 135 Millionen zählenden Bevölkerung Sowjetrußlands hungerten im Februar in 16 Wolga-Gouvernements

13 772 613 Menschen, mithin ein Zehntel der gesamten Bevölkerung. Jetzt kommt noch das Gouvernement Woronesch hinzu, das wahrscheinlich demnächst als Hungergebiet offiziell anerkannt werden wird. Außer dem Wolgagebiet sind offiziell als Hungergebiete auch die Gouvernements Saporoshje, Jekaterinoslaw, Nikolajew und einige Bezirke der Gouvernements Donetz und Odessa in der Ukraine, ferner auch die Krim und ein Teil des südöstlichen Gebietes anerkannt. In den erwähnten 16 Wolga-Gouvernements allein gab es im Januar 1922 etwa 5 698 000 hungernde Kinder.

Hilfe der Sowjetregierung. Im Gegensatz zu der Zarenregierung, die auch in den Jahren der ärgsten Hungersnot noch Getreide nach dem Auslande verkaufen ließ, hat die Sowjetregierung vom ersten Moment der Hungerkatastrophe mit größter Intensität alle möglichen Schritte zur Linderung der Not unternommen. Das Allrussische Zentral-Exukutivkomitee hat bereits durch das Dekret vom 17. Februar 1921 eine Hilfskommission für die Hungernden ins Leben gerufen, die sich zur Aufgabe stellte, für die Landbevölkerung in den Gegenden mit mangelnder Ernte Abhilfe zu schaffen. Am 10. Juli 1921 wurde in allen Ländern der Aufruf Maxim Gorkis verbreitet. Im Juli begannen auch die Verhandlungen mit der American Relief Administration (A. R. A.), mit der am 20. August in Riga ein Vertrag abgeschlossen wurde.

Die Hilfe der Regierung fand zunächst ihren Ausdruck darin, daß sie die Naturalsteuer der Hungergouvernements dazu verwandte, Sämereien für die Winterbestellung anzuschaffen. Ferner wurde die Maßnahme getroffen, daß jedem nicht hungernden Gouvernement ein Hungergouvernement zugewiesen wurde, für das es beständig und regelmäßig zu sorgen hat, soweit es in seinen Kräften steht.

Die staatliche Hilfe, die die Sowjetregierung bisher den Hungernden gewährt hat, beträgt (in Goldrubeln):

Wintersaatgetreide	12 100 000 Pud	24 200 000	Goldr.
Sommersaatgetreide	28 000 000 „	56 000 000	„
Kartoffeln	5 200 000 „	3 250 000	„
Oeffentliche Ernährung	1 360 000 „	2 720 000	„
Staatl. Lebensmittelversorgung	7 500 000 „	15 000 000	„
Evakuierung der Hungernden (741 000 Menschen)		8 151 000	„
Das in die Hungergebiete geschickte Papiergeld (3 208 900 000 000)		61 000 000	„
	Insgesamt über	170 000 000	Goldr.

(Dieses Papiergeld wurde hauptsächlich für die produktiven Aufgaben verwendet, um der hungernden Bevölkerung Arbeit zu verschaffen.)

Die Tendenz der Hungerhilfe der Sowjetregierung geht dahin, nicht nur die Hungernden zu retten, sondern auch die Wirtschaften der Betroffenen vor Verfall zu bewahren. Vom Volkskommissariat für Landwirtschaft und seinen örtlichen Organen wurden Maßnahmen getroffen, um das Vieh mit Futter zu versorgen. Bis zum 15. Dezember 1921 wurden zu diesem Zwecke allein 732 000 Pud Futter ein-

gekauft. Ferner werden öffentliche Arbeiten unternommen, für die der Sowjet der Volkskommissare im Jahre 1921 einen Kredit bewilligt hat. Dies sind hauptsächlich Meliorisationsarbeiten, die zugleich die Hebung der Landwirtschaft bezwecken.

Zugunsten der Hungernden hat die Sowjetregierug dann auch die Requisition der Kirchenschätze verfügt. Noch läßt sich nicht übersehen, wieviel diese Requisition, die sehr konsequent in ganz Rußland durchgeführt wird, einbringen wird. Aber schon jetzt hat das Allrussische Zentral-Exekutivkomitee à conto der requirierten Kirchenschätze eine Million Goldrubel ausgesetzt. Von diesem Gelde hat das Volkskommissariat für Außenhandel im Auslande 305 000 Pud Getreide für 800 000 Goldrubel eingekauft; 100 000 Goldrubel wurden der Krim und 100 000 Goldrubel dem Gouvernement Stawropol zur Bekämpfung der Hungersnot überwiesen.

Die Hilfeleistung der Bevölkerung geht tatkräftig Hand in Hand mit den Verfügungen der Regierung. Ueberall wird gesammelt. Die Arbeiter in den Betrieben, die Rotgardisten lassen zugunsten der Hungernden einen Teil ihres Lohnes abziehen. Die Sowjetämter und -Institutionen unterhalten Kinderheime für die aus den Hungergebieten evakuierten Kinder. Veranstaltungen jeder Art, Bazare, Konzerte usw. usw. werden zur Sammlung von Geldern unternommen.

Ebenso wie die werktätige Bevölkerung im Lande selbst hat auch das Proletariat aller Länder auf den Hilferuf der Hungernden Sowjetrußlands reagiert.

Die Hilfe des internationalen Proletariats. Am 30. Juli 1921 hat das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale einen Aufruf an die Proletarier aller Länder ergehen lassen, in Beantwortung dessen am 12. August das Internationale Komitee der Arbeiterhilfe für die Hungernden Sowjetrußlands organisiert wurde. Es lassen sich nicht genaue Zahlen über alle von proletarischer Seite gelieferten Beiträge aufstellen; folgende Tabelle gibt eine ungefähre Uebersicht:

Amerika, Arbeiterorganisationen	250 000	Dollar
England, Kommunistische Partei	3 500	Pfd. Sterl.
Gewerkschaften	2 000	„ „
Deutschland, Kommunistische Partei	35 000	Goldrubel
Gewerkschaften	37 350	„
Frankreich, Kommunistische Partei	184 000	„
Gewerkschaften und Sozial. Partei	80 000	„
Tschechoslowakei, Kommun. Partei	1 600 000	tschech. Kr.
Gewerkschaften und soz. Parteien	5 020 000	„ „
Genossenschaften	1 000 000	„ „
Die Kladnoer Arbeiterschaft	180 970	„ „
Italien, Kommunistische Partei	300 000	Lire
Gewerkschaften und Sozial. Partei	1 400 000	„
Schweden, Kommunistische Partei	110 000	schwed. Kr.
Metallarbeitergewerkschaften	36 000	„ „
Dänemark, Kommunistische Partei	10 000	Goldrubel
Gewerkschaften und Sozialdem. Partei	12 700	„

Schweiz, Kommunistische Partei	144 868	schweiz. Fr.
Die Jüd. Soz. Partei und Emigranten	34 700	deutsche Mk.
Bulgarien, Kommunistische Partei	42 000	Goldrubel
Belgien, Kommunistische Partei	7 500	„
Gewerkschaften und sozialdem. Partei	41 250	„

Die internationale Arbeiterhilfe hat in der Zeit vom 1. Januar bis zum 1. April 1922 im ganzen 322 Waggons mit Lebensmitteln, Medikamenten und Bekleidungsstücken im Gesamtgewicht von 310 210 Pud in die Hungergebiete geschickt.

Für die Auslandshilfe von nicht proletarischer Seite kommt in erster Linie die großzügige Agitation von Fritjof Nansen und die Hilfe der A. R. A. in Betracht. Der Anteil der A. R. A. beläuft sich ungefähr auf 15 Millionen Dollar. Ursprünglich sollte die A. R. A. dem Vertrage nach 1 Million Kinder ernähren, aber später wurde diese Zahl erhöht. Von der A. R. A. wurden ernährt in 14 Hungergouvernements in den Monaten

Dezember 1921	1 200 000 Kinder
Januar 1922	1 239 720 „
Februar 1922	1 710 000 „
März 1922	2 010 000 „
April 1922	2 735 000 „

Nach den Daten des Zentralkomitees für die Hungerhilfe können alle Arten der Hilfe und die Auslandshilfe nur durchschnittlich 16 Prozent der Hungernden ernähren, wobei man noch berücksichtigen muß, daß die reduzierte Hungerration nur ¼ Pfund Brot und etwas Graupen täglich beträgt, und daß die A. R. A. tatsächlich bloß ein Mittagessen gibt. Es werden täglich durch die gesamte Tagesration der A. R. A. nur etwas über 700 Kalorien geboten.

Die Hilfe der ausländischen bürgerlichen Regierungen hat sich bis jetzt in keinen nennenswerten Resultaten geäußert. Die bürgerlichen Regierungen sehen immer noch in der Sowjetrußland betroffenen Hungerkatastrophe ein Mittel zum Sturz des Bolschewismus. — Die philantropischen Gesellschaften, die Rote-Kreuz-Organisationen, die Quäker, die Menoniten usw. versuchen aus eigener Kraft Abhilfe zu leisten.

INNERE ORGANISATIONEN

Die Sowjetverfassung.

Die Verfassung der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik besteht aus zwei grundlegenden Teilen: 1. Der Deklaration der Rechte des werktätigen und ausgebeuteten Volkes, proklamiert im Januar 1918 auf dem dritten Allrussischen Sowjetkongreß, und 2. der eigentlichen Verfassung, konstituiert auf dem fünften Allrussischen Sowjetkongreß am 10. Juli 1918.

Die Deklaration, die die neue Gesellschaftsordnung verkündet, erklärt Rußland für eine Republik der Räte der Arbeiter, Soldaten und Bauerndeputierten. Die gesamte zentrale und lokale Macht gehört diesen Räten. Das System der Sowjetverwaltung stützt sich auf die breitesten Massen des werktätigen Volkes und bildet sich folgenderweise: Die oberste Macht in der Republik wird durch den Allrussischen Sowjetkongreß ausgeübt, der zumindest jährlich einmal einberufen wird, während der Außerordentliche Kongreß durch das Allrussische Zentral-Exekutivkomitee einberufen werden kann oder auf Verlangen so vieler Räte, die wenigstens ein Drittel der Gesamtbevölkerung vertreten. Der Allrussische Sowjetkongreß setzt sich aus Vertretern der städtischen Räte (je einem Deputierten auf 25 000 Wähler) und aus den Vertretern der Gouvernementrätekongresse (je einem Delegierten auf 125 000 Einwohner) zusammen.

Der Kompetenz des Allrussischen Sowjetkongresses unterstehen alle Fragen von allgemeinstaatlicher Bedeutung, wie die Bestätigung, Abänderung und Vervollständigung der Verfassung, die allgemeine Leitung der gesamten inneren und äußeren Politik der Republik, die Bestimmung und Veränderung der Grenzen, Kriegserklärung und Friedensschluß, der Etat usw. Der Allrussische Sowjetkongreß wählt das Allrussische Zentral-Exekutivkomitee, bestehend aus 300 Mitgliedern, das in den Zeiträumen zwischen den Kongressen die oberste Gewalt handhabt.

Das Allrussische Zentral-Exekutivkomitee wählt aus seiner Mitte das Präsidium. Vom Präsidium werden die periodisch stattfindenden Sitzungen des Allrussischen Zentral-Exekutivkomitees einberufen und alle Angelegenheiten der Republik in den Zeiträumen zwischen den Sitzungen geleitet.

Um die einzelnen Zweige der administrativen und wirtschaftlichen Verwaltung zu leiten, bildet das Allrussische Zentral-Exekutivkomitee einen Rat der Volkskommissare. Die Mitglieder dieses Rates stehen an der Spitze je eines der folgenden 18 Volkskommissariate, und zwar: 1. Volkskommissariat für Aeußeres, 2. für Kriegsangelegenheiten, 3. für Marine, 4. des Innern, 5. für Justiz, 6. für Arbeit, 7. für soziale Fürsorge, 8. für Volksbildung, 9. für das Post- und Telegraphenwesen.

10. für Finanzen, 11. für die Angelegenheiten der Nationalitäten, 12. für das Verkehrswesen, 13. für Landwirtschaft, 14. für Handel und Industrie, 15. für das Verpflegungswesen, 16. für Staatskontrolle (Arbeiter- und Bauern-Inspektion), 17. der Oberste Rat für Volkswirtschaft, 18. das Volkskommissariat für Gesundheitswesen.

Die gesamten Angelegenheiten jedes Volkskommissariats werden unter dem Vorsitz des Volkskommissars durch ein Kollegium geleitet, dessen Mitglieder durch den Volkskommissar eingesetzt werden. Die Volkskommissare und die neben ihnen sich betätigenden Kollegien sind dem Rate der Volkskommissare und dem Allrussischen Zentral-Exekutivkomitee vollständig unterstellt.

Die örtliche Sowjetmacht wird auf dieselbe Weise gebildet wie die Zentralmacht, d. h. es wird in dem betreffenden Rayon (Provinz, Gouvernement, Kreis) ein Kongreß einberufen, auf dem das Exekutivkomitee gewählt wird, das die gesamten Angelegenheiten des gegebenen Rayons führt; dabei werden Exekutivkomitees von höchstens 25 Mitgliedern für Gouvernements, 20 für Bezirke und 10 für die Gemeinden gewählt. Oertliche Sowjetkongresse werden mindestens jährlich zweimal, außerordentliche Kongresse aber je nach Ermessen der verantwortlichen Exekutivkomitees einberufen oder auf Verlangen der Räte, die wenigstens ein Drittel der Gesamtbevölkerung des betreffenden Rayons vertreten.

Die örtlichen Sowjetkongresse setzen sich folgendermaßen zusammen: a) Provinzialkongresse aus den Vertretern der Kreisrätekongresse, und zwar so, daß in den Kreisen auf 25 000 Einwohner, in den Städten auf 5000 Wähler je ein Delegierter kommt, die Gesamtzahl der Delegierten darf aber 500 nicht überschreiten; b) Gouvernementskongresse aus den Vertretern der Gemeindesowjetkongresse, und zwar kommt auf dem Lande auf 10 000 Einwohner, in der Stadt auf 2000 Wähler je ein Delegierter, insgesamt nicht über 300 Delegierte; c) Kreiskongresse aus Vertretern der Dorfsowjets, und zwar kommt auf je 1000 Einwohner ein Delegierter, doch insgesamt nicht über 300 Delegierte; d) Gemeindekongresse aus Vertretern aller Dorfsowjets des Bezirks, auf je einen Dorfsowjet kommt ein Delegierter.

Die Delegiertenräte werden in ihrer Eigenschaft eines beständig tätigen Organs und breiter Vertretung der Werktätigen folgendermaßen zusammengesetzt (gewählt auf die Dauer von drei Monaten bis zu einem Jahre): in den Städten je ein Delegierter auf 1000 Einwohner, auf dem Lande je ein Delegierter auf 10 000 Einwohner.

Für die laufenden Arbeiten wählt der Deputiertenrat aus seiner Mitte einen Vollzugsausschuß (Exekutivkomitee), der wenigstens aus drei und höchstens aus 15 Mitgliedern besteht (Petrograd und Moskau ausgenommen).

Ein jeder Deputierte ist verpflichtet, seinen Wählern periodisch zu berichten, die den Delegierten jederzeit zurückberufen und neue Wahlen treffen dürfen, den allgemeinen Verhältnissen entsprechend.

Der Deputiertensowjet gilt in den Grenzen der betreffenden Stadt oder Ansiedlung als die oberste Macht. Das Plenum des Sowjets wird periodisch gewählt und entscheidet über alle Angelegenheiten, die seinen Befugnissen unterliegen.

Die Provinzial-, Gouvernements-, Kreis- und Gemeindeorgane der Sowjetmacht, ebenso die Deputiertensowjets haben zum Gegenstand ihrer Tätigkeit die Durchführung aller Verordnungen der höheren Organe der Sowjetmacht, die Ergreifung aller Maßnahmen zur kulturellen und wirtschaftlichen Hebung des betreffenden Territoriums, die Entscheidung aller Fragen rein örtlicher Natur.

Das aktive und passive Wahlrecht zu den Sowjets genießen, unabhängig von der Religion, der Nationalität, Ansässigkeit usw., folgende Angehörige beiderlei Geschlechts der R. S. F. S. R., die am Tage der Wahlen das 18. Lebensjahr erreicht haben:

a) alle Personen, die die Mittel zu ihrem Lebensunterhalt durch produktive oder gemeinnützige Arbeit erwerben; b) die Soldaten der Roten Armee und der Flotte; c) Personen, die zu den erwähnten Kategorien gehören, aber in irgendwelchem Maße ihre Arbeitsfähigkeit verloren haben.

Es können aber weder wählen noch gewählt werden Personen, die a) zu persönlichem Zwecke Lohnarbeit ausbeuten; b) Personen, die von arbeitslosem Einkommen leben; c) Personen geistlichen Berufs; d) Angestellte und Agenten der früheren Polizei, des besonderen Gendarmenkorps und der politischen Geheimabteilung (Ochrana), ferner die Mitglieder des in Rußland einst herrschenden Hauses; e) Geisteskranke und Irrsinnige; f) Personen, die wegen Gewinnsucht oder Ehrlosigkeit verurteilt wurden.

Das ganze, den Vollzug der Wahlen betreffende Material geht dem zuständigen Sowjet zu, der aus seiner Mitte eine Mandat-Kommission für die Wahlkontrolle wählt. Die Kommission berichtet dem Sowjet über die Ergebnisse der Kontrolle und ordnet neue Wahlen an im Falle, daß die Wahl des betreffenden Kandidaten nicht bestätigt wird. Falls die Wahlen überhaupt unregelmäßig verlaufen sind, verfügt das nächst höhere Organ der Sowjetmacht die Aufhebung derselben.

Das W a p p e n der R. S. F. S. R. stellt übereinandergekreuzte, mit den Griffen nach unten, goldene Sichel und Hammer in Sonnenstrahlen auf rotem Hintergrund dar, umgeben von einem Aehrenkranz und versehen mit den Inschriften: Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik; Proletarier aller Länder vereinigt Euch!

Die Handels-, Marine- und K r i e g s f l a g g e der R. S. F. S. R. besteht aus hellrotem Tuch, in dessen linker Ecke, bei der Stange, die Buchstaben R. S. F. S. R. oder die Aufschrift Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik angebracht sind.

Das Justizwesen.

Die im Moment des akuten Bürgerkrieges gegründeten außerordentlichen Gerichte, die Revolutionären Kriegstribunale, die Regimentsgerichte und die Revolutionären Eisenbahn-Kriegstribunale wurden 1921 liquidiert. Seit 1922 hat Rußland ein geschlossenes Justizsystem unter Leitung des Volkskommissariates für Justiz.

Nachdem am 6. Februar 1922 die Allrussische Außerordentliche Kommission (Tsche-Ka) aufgehoben wurde, gehört das Recht des Rechtsspruches allein den Volksgerichten und den Revolutionstribunalen auf Grund des wirksamen materiellen und prozessualen Rechtes.

Das Einheitliche Volksgericht setzt sich aus einem ständigen Volksrichter und periodisch funktionierenden Richtern — Beisitzern aus dem Volke — zusammen. Ihm unterliegen innerhalb eines Rayons alle Kriminal- und Zivilfälle. Vor die Revolutionstribunale kommen die Prozesse: 1. über konterrevolutionäre Handlungen; 2. Prozesse wegen Spekulationen im großen Maßstab und 3. Prozesse über größere Amtsverbrechen.

Die Volksrichter, die von den Gouvernements-Exekutivkomitees bestätigt werden müssen, werden in den Großstädten vom Plenum der Rayonsowjets, in den übrigen Städten und Bezirken vom Plenum des Stadtsowjets oder Bezirks-Exekutivkomitees gewählt. In die Liste der Beisitzer, die halbjährlich aufgestellt wird, werden alle Werktätigen eingetragen, die das Recht haben, in die Sowjets zu wählen und gewählt zu werden. Jeder Beisitzer nimmt am Gericht höchstens 6 Tage im Halbjahr teil. Der Vorsitzende und die Mitglieder des Revolutionstribunals (nur in Gouvernements-Städten) werden von den lokalen Sowjets und von Gouvernements-Exekutivkomitees gewählt und vom Obersten Kassationstribunal bestätigt.

Die Untersuchung wird von den Volks-Untersuchungsrichtern geleitet. Die Rechtspflege wird dadurch gekennzeichnet, daß das Volksgericht durch keine formale Beweisführung eingeschränkt ist und es ihm freisteht, nach Bedarf diese oder jene Beweisführung zuzulassen oder sie von dritten Personen zu verlangen, für die diese Forderung verpflichtend ist. Das Gericht legt den Urteilssprüchen die Dekrete der Regierung zu Grunde, und falls solche im gegebenen Fall fehlen oder nicht ausreichen, ist das Gericht verpflichtet, selbst die Rechtsnorm auf Grund des sozialistischen Rechtsbewußtseins auszusprechen. Das Tribunal spricht das Urteil auf Grund der Beurteilung der Sachlage und der Interessen der proletarischen Revolution. Das höchste Strafausmaß ist für Volksgerichte 5 Jahre Freiheitsentziehung; für die Revolutionstribunale außerdem Todesstrafe durch Erschießen.

Einspruch gegen das Urteil der Volksgerichte ist zulässig innerhalb einer vierzehntägigen Frist auf dem Wege der Kassation beim Gouvernements-Sowjet der Volksrichter, gegen das Urteil der Revolutionstribunale innerhalb 48 Stunden an das Oberste Tribunal.

Der Sowjet der Volksrichter besteht aus einem Vorsitzenden und seinem Vertreter, den ständigen Mitgliedern und den Volksrichtern des Kreises. Das Oberste Tribunal, das zugleich auch die höchste Gerichtsinstanz für besonders wichtige Prozesse ist, bildet das Kassationsgericht und Organ der Aufsicht für alle Tribunale der R. S. F. S. R. Sein Vorsitzender und seine Mitglieder werden vom Allrussischen Zentral-Exekutivkomitee eingesetzt, dem das Recht allgemeiner Amnestie und einzelner Begnadigungen zusteht.

Das Volkskommissariat für Justiz hat zur Aufgabe: die allgemeine Aufsicht und Ueberwachung der Sowjet-Rechtspflege, die Unter-

suchung der Beschwerden über gefällte Urteile und Schlichtung der Fragen über Wiederaufnahme von Prozessen auf Grund neuen Materials. An der Spitze des Volkskommissariats für Justiz steht ein siebenköpfiges Kollegium mit dem vom Allrussischen Zentral-Exekutivkomitee eingesetzten Volkskommissar. Die administrativen Lokalorgane für Justiz sind die Justizsektionen der Gouvernements-Exekutivkomitees. Diese verwirklichen die organisatorischen und administrativen Maßnahmen. Was den Rechtsschutz betrifft, so wird gegenwärtig die Berufsverteidigung eingeführt, gegen Bezahlung seitens der interessierten Personen nach Uebereinkommen. Gleichzeitig damit wird auch das Institut der Staatsanwaltschaft geschaffen.

Die Kriminalität der Jahre 1920/21 läßt sich in folgenden Zahlen ausdrücken (in 40 Gouvernements; für viele Gouvernements liefen die statistischen Daten erst 1922 ein):

Jahr	Zahl der Prozesse absolut	Zahl der Prozesse in %	Zahl der Verurteilten absolut	Zahl der Verurteilten in %
1920	1015442	100	544203	100
1921	1294267	128	682155	125

Nach den Delikten gruppierten sich die Urteile im Jahre 1919 (spätere Daten fehlen) folgendermaßen:

Delikt	Von 100 Verurteilten
1. Staatsverbrechen	1
2. Vergehen gegen richtige Amtsausübung	19
3. Vergehen gegen die Organisation der Produktion und Verteilung	10
4. Amtsvergehen	3
5. Verbrechen gegen Personen	17
6. Verbrechen gegen Eigentumsrechte	44

Von je 100 Verurteilten wurden verurteilt:

	1919		1920		1921	
	Volksgerichte	Rev. Tribun.	Volksgerichte	Rev. Tribun.	Volksgerichte	Rev. Tribun.
zur höchsten Strafe (Erschiessen)		14		8		5
zu Freiheitsberaubung	36	50	34	70	39	78
darunter bedingt	(11)		(14)		(18)	
zu Zwangsarbeiten o. Freiheitsber.	8	8	23	7	30	6
zur Vermögenseinbuße	46	8	30	3	15	1
zu öffentlicher Rüge	6	8	6	3	7	3
zu anderen Strafen	4	12	7	9	9	7

Wir sehen also, daß zur höchsten Strafe (Erschießen) 1921 dreimal weniger Personen verurteilt worden sind als 1920. Dies steht im Zusammenhang mit dem Abschwächen des Bürgerkrieges. Gegenwärtig sind besondere Zwangsmaßnahmen nicht mehr erforderlich, und die Tätigkeit der Revolutionstribunale tritt in ein normales Geleise.

Die Volksbildung in der R. S. F. S. R.

Die Sowjetmacht hat von Anfang an, schon in den ersten Jahren in ihrer Deklaration über die Einheitsschule und in einer Reihe von Werken und Schriften, die diese vorbereiteten und begleiteten, ihre sozialistische Auffassung von der Aufgabe der Schule und der Form der Schularbeit formuliert. Es ist selbstverständlich, daß sich von vornherein niemand über die Möglichkeiten der Verwirklichung dieser Ideale in kürzerer Frist im rückständigen und verwüsteten Lande Illusionen machte. Die Schwierigkeiten erwiesen sich jedoch größer, als wir es erwartet hatten, besonders im Zusammenhange mit dem fortdauernden Bürgerkrieg und den schweren ausländischen Interventionen. Trotzdem gelang es, praktisch folgendes zu verwirklichen: 1. die Schaffung eines Netzes von Anstalten für die Vorschulzeit, wie Internate, Kindergärten und Kinderheime, die früher nicht bestanden, und 2. die Schaffung einer neuen Armee von Leiterinnen für diese Anstalten.

Schnell wuchs in den ersten Jahren die Gesamtzahl der Schulen, besonders der Dorfschulen; überall entstanden Kinderheime und Kolonien, und nicht nur in den Hauptstädten, sondern auch in der Provinz machte sich, wenn auch nicht in allen, so doch in vielen Schulen eine deutliche Aufwärtsbewegung fühlbar, die immer wieder Anerkennung und Erstaunen bei den Pädagogen, die uns besuchten, hervorrief.

Natürlich zeigte sich schon damals auf allen Seiten der Mangel an Mitteln und Menschen. Doch erst der Hunger und die Verschärfung der ökonomischen und finanziellen Krise setzten hinter diese ganzen Errungenschaften auf dem Schulgebiet ein großes Fragezeichen und zwangen uns zu einem fortwährenden Abbau der Schularbeit sowohl in bezug auf die Qualität wie auf die Quantität.

Das Bildungskommissariat verfolgt jetzt das Ziel, seine ganze Aufmerksamkeit auf die Weiterführung einer beschränkten Zahl von Musterschulen zu konzentrieren und wird nicht zulassen, daß die Ideale der Einheitsarbeitsschule in dieser vorübergehenden Periode der schweren Prüfungen verlorengehen.

Die Sowjetregierung hat gemeinsam mit der Kommunistischen Partei eine umfangreiche Arbeit außerhalb der Schulen entfaltet. Ein Teil dieser Arbeit bestand in der Beseitigung des Analpha-

betentums, wodurch zirka 3 Millionen Menschen schreiben und lesen lernten. Diese enthusiastisch durchgeführte Arbeit hat erst im Laufe der Krise der letzten Zeit ihr Tempo verlangsamt. Bibliotheken wurden errichtet, besonders sogenannte Lese-Hütten in den Dörfern. Es wurde ein ganzes System von Parteischulen geschaffen, das gekrönt wird von der Swerdlow-Universität in Moskau, der Sinowjew-Universität in Petrograd und der Universität der Völker des Ostens. Eine breit angelegte Propaganda für alle Zweige der Künste wurde entfaltet, Agitationszüge und die Informationsarbeit der Rosta organisiert. All diese Arbeiten waren im „Glaw-Polit-Proswet" (Zentralstelle für politische Aufklärung) konzentriert und werden erst jetzt mit schwerem Herzen in einen engeren Rahmen eingezwängt, als er in der früheren Zeit trotz des Krieges bestanden hat. Dazu ist noch zu bemerken, daß diese ganze Arbeit auch in der Armee geleistet wurde, wo sie noch energischer als unter der übrigen Bevölkerung geschah.

Auf dem Gebiete der technischen und Berufsbildung war etwas besonders Neues die Schaffung eines dichten Netzes von Kursen zur höheren Qualifizierung der Arbeiter und die Einrichtung eines ebenfalls ziemlich dichten Netzes von Schulen für Fabriklehre.

Gegenwärtig haben wir außer den 25 000 Studenten in den Arbeiterfakultäten der Hochschulen noch einige Tausende von Arbeitern, die diese schon beendigt haben, die in die normale Universitätsarbeit eingetreten sind und über die sich sogar konservative Professoren sehr lobend aussprechen.

Aeußerst schwer ist es noch immer, die wissenschaftlichen Institute der Republik auf genügender Höhe zu erhalten. Lange Zeit hindurch konnte nur für den Lebensunterhalt der Gelehrten selbst gesorgt werden, und erst jetzt kann man diese Frage als geregelt bezeichnen. Doch steht es immer noch sehr schlimm mit der Einrichtung, der Ausbesserung und Heizung der wissenschaftlichen Forschungsinstitute. Dasselbe gilt auch von dem Lehrapparat der Hochschulen.

Für den Schutz der Landesschätze, der historischen Monumente, der Kunstwerke, wissenschaftlich bedeutender Gebiete (Urwälder usw.) wurde eine enorme und aufopferungsvolle Arbeit geleistet. Im großen und ganzen sind die Zerstörungen, die Krieg und Revolution mit sich gebracht haben, nicht besonders

groß. Der Schutz des Eigentums, das ehemals dem Zaren, dem Adel und der höheren Geistlichkeit gehörte, hat zur Konzentrierung dieser Schätze in öffentlichen Museen geführt, wodurch der gesamte nationale Kulturbesitz eine große Bereicherung erfahren hat. Auf dem Gebiete der Kunst wurden mit der größten Kraftanstrengung nicht nur alle größeren Kunstsammlungen von Petersburg und Moskau erhalten, sondern es wurde auch eine Reihe von neuen geschaffen. Mehrere Privattheater und einige andere Kunstinstitutionen wurden unter den Schutz des Staates genommen, um sie, ohne Rücksicht auf ihre Richtung, zu erhalten und zu unterstützen. Zur gleichen Zeit wurde ein ernsthafter Versuch zur Entwicklung der proletarischen Kunst durch den Proletkult gemacht. Die revolutionäre Kunst wurde durch Heranziehung der sympathisierenden Künstler zur Arbeit auf allen Gebieten öffentlicher Arbeit unterstützt.

Im großen und ganzen können wir sagen, daß es uns nicht nur gelungen ist, unter ungeheuren Schwierigkeiten das Wertvollste von den Kulturschätzen Rußlands zu erhalten, sondern daß wir in den ersten Jahren trotz des Schreckens des Krieges und der ständigen Gefahren, die der Republik drohten, doch vorwärts gekommen sind. Jetzt hat sich die Lage noch mehr verschärft durch die Finanzkrise und die mangelhafte Organisiertheit des Steuerapparates zur Beschaffung von öffentlichen Mitteln. Doch wird es nur eine vorübergehende Krise sein, die wir überstehen werden, und wir hoffen fest, daß wir in baldiger Zukunft mit noch größerer Energie und unter günstigeren Verhältnissen auch an der Front der Volksbildung wieder von der Defensive zur Offensive übergehen können.

A. Lunatscharski.

Das Analphabetentum in Rußland.

Von je 1000 Einwohnern waren lesekundig 1920

Alterstufe	Ländliche Bevölkerung						Städtische Bevölkerung					
	Europ. Rußland						Europ. Rußland					
	Schwarz-Erde-Gebiet	Nicht-Schwarz-Erde-Gebiet	Südost	Sibirien	Ukraine	Zusammen	Schwarz-erde-Gebiet	Nicht-Schwarz-erde-Gebiet	Südost	Sibirien	Ukraine	Zusammen
I. Männliche Personen												
1. 5—7 Jahre	8	15	5	4	9	10	29	50	34	23	109	49
2. 8—15 "	427	658	337	325	339	494	715	815	653	657	670	745
3. 16—17 "	623	829	595	436	612	688	880	948	854	832	849	904
4. 18—24 "	649	815	613	511	632	692	884	942	876	822	873	908
5. 25—29 "	666	789	627	514	690	697	886	941	874	833	871	908
6. 30—39 "	597	728	580	479	652	645	836	916	838	816	850	877
7. 40—49 "	459	584	488	346	461	507	791	854	738	713	780	813
8. 50—59 "	319	437	372	235	313	369	626	764	632	569	733	707
9. über 60 "	131	278	247	138	197	219	454	636	459	385	597	546
10. " 65 "	397	549	383	330	423	451	698	797	671	658	717	743
II. Weibliche Personen												
1. 5—7 Jahre	5	11	4	2	6	7	29	51	36	24	98	48
2. 8—15 "	304	498	259	199	209	364	695	806	642	630	645	731
3. 16—17 "	356	572	388	281	314	430	817	911	808	786	779	854
4. 18—24 "	306	465	338	227	273	369	757	868	713	700	778	809
5. 25—29 "	242	380	264	161	209	296	666	779	646	593	697	722
6. 30—39 "	151	261	177	100	126	195	551	671	524	488	598	614
7. 40—49 "	83	154	91	50	67	113	427	570	395	372	508	506
8. 50—59 "	54	95	53	32	42	71	331	469	312	263	436	412
9. über 60 "	35	53	31	19	33	42	203	332	198	160	334	278
10. " 65 "	188	296	195	129	141	229	534	652	513	486	581	594
III. Beide Geschlechter												
1. 5—17 Jahre	288	450	246	210	233	338	567	659	534	514	561	603
2. 18—39 "	365	496	321	315	404	425	751	844	722	705	762	791
3. über 40 "	186	252	213	145	195	215	473	609	464	442	569	550
4. " 45 "	281	403	250	227	284	326	608	716	584	571	641	661

Statistische Angaben zur Volksbildung.

Jahre	Kosten der Volksbildung (Zusammenfassung aller Institutionen)	Prozent des gesamten Staatsbudgets
1913	202 772 083 Rubel	6,73
1915	225 117 345 "	7,34
1918	3 074 343 000 "	6,58
1919	17 279 374 428 "	8,02
1920	114 366 070 000 "	10,95
1921	(rund) 550 000 000 000 "	8,09
1922		voraussichtlich 9,5

Die Vorschulbildung.

Jahr	Anzahl der Anstalten	in Gouvernements
1914	130	
1917	516	40
1919	2 814	
1920	3 858	42
1921	5 981	46

Es gibt vier Arten von Anstalten für das vorschulpflichtige Alter: Kinderheime für die Sommerzeit; Kindergärten, wo die Kinder die Zeit von 9 Uhr früh bis 2—3 Uhr nachmittags verbringen, Kindergärten und Krippen, wo die Kinder während der ganzen Arbeitszeit der arbeitenden Mütter verbleiben, und schließlich Kinderheime, in denen die Kinder ganz erzogen werden.

Einheitsschule.

Sie bestand nach dem ursprünglichen Plan aus zwei Stufen. Erste Stufe: fünf Jahre, für Kinder von 8 bis 13 Jahren; zweite Stufe: vier Jahre, für das Alter von 13 bis 17 Jahren.

Anzahl der Schulen.

Jahr	Schulen I. St.	Zahl d. Schüler	Schulen II. St.	Zahl d. Schüler
1918	63 743	4 881 544		
1919	79 280	6 081 446	4 000	ca. 540 000
1920	94 205	7 264 168	4 126	456 555

Die Zahlen beziehen sich auf Sowjetrußland allein, ohne die Ukraine und Weißrußland. Auf je 100 Einwohner entfielen 1911 4,7, 1920 dagegen 9,2 Schüler.

Fachbildung.

Jahr	Höhere Lehranstalten Anzahl der Schulen	Studenten	Lehrer
1914	32	33 690	46 427
1921	190	176 713	15 896

Zahl der Institutionen am 15. Juli 1921.

Technikums	347
Technische Fachschulen	1 349
Langfristige Kurse	1 942
Kurzfristige Kurse	1 245
Staatl. Lehrwerkstätten	304
zus.	5 187

Außerdem gab es 1920 12 Arbeiterfakultäten mit 13 874 Hörern und am 1. Juni 1921 61 mit 21 029 Hörern.

Aufklärungsarbeiten.

Die Allrussische Außerordentliche Kommission zur Liquidierung des Analphabetentums hat ein weitverzweigtes Netz von „Stationen" geschaffen, deren Anzahl in manchen Gouvernements viele Tausende erreichte. Die Gesamtzahl der „Stationen" gegen das Analphabetentum betrug 1921 50 636.

Es bestanden in 40 Gouvernements:

	1917	1919	1920	1921
Lese-Hütten			40 000	41 607
Wanderbibliotheken	11 904		2 780	5 699
Ständige Bibliotheken			13 022	20 890
Volkshäuser			3 487	4 949
Clubs			2 938	4 155
Schulen für Erwachs.		7 134	15 927	27 914
Volks-Universitäten			101	107
Die Gesamtzahl der Anstalten betrug	16 316		94 745	135 912

Kirche.

Das in der Konstitution der R. S. F. S. R. proklamierte Prinzip der Trennung der Kirche vom Staate fand seine Verwirklichung in dem entsprechenden Dekrete vom 23. Januar des Jahres 1918. Durch dieses Dekret wurden der Kirche Eigentumsrechte und die Rechte einer juristischen Person entzogen, alle Kirchengüter als Volksgut erklärt, der Unterricht religiöser Lehren in allgemeinbildenden Lehranstalten untersagt. Die Führung der Akte des Zivilstandes war schon vorher durch das Dekret vom 18. Dezember 1917 den bürgerlichen Amtsstellen übergeben worden. Zur Registrierung und Nationalisierung des Kirchengutes wurde beim Volkskommissariat für Justizwesen eine Liquidationsabteilung gegründet, die im Laufe von 4 Jahren bloß an Klostergrundeigentum 840 000 Deßjatinen, an Kirchengeldkapitalien (mit Ausnahme der Ukraine, Sibiriens und des Kaukasus) 7 150 000 Vorkriegsrubel nationalisierte. Von den 890 orthodoxen Klöstern wurden 722 liquidiert; in diesen lebten 58 000 Mönche, Nonnen und Laienbrüder. In die freigewordenen Klosterräume siedelten über 1 500 000 Arbeiter über. Nationalisiert wurden 84 Fabriken, die Eigentum der Kirche waren, 436 Milchfarmen, 602 Viehhöfe, 1112 Miethäuser, 704 Gast- und Klosterhöfe, 311 Bienenfarmen und 237 Krankenhäuser und Asyle. Die nationalisierten Kirchenanstalten

und Kirchengüter wurden zu verschiedenen Verwaltungszwecken verwendet. So gingen die geistlichen Lehranstalten in die Verwaltung des Volkskommissariats für Bildungswesen über, die Gemeindekirchen wurden einzelnen Gruppen Gläubiger übergeben, wobei es nicht selten vorkam, daß die Bevölkerung selbst Tempel nationalisierte und sie zu Aufklärungszwecken einrichtete; auf dem Territorium der früheren Klöster wurden Arbeiterkartells und Kommunen eingerichtet.

Eine intensive antireligiöse Propaganda wurde geführt im Wege des Kampfes gegen religiösen Aberglauben durch Oeffnung der Reliquien, die früher als „unverwesliche" Ueberreste der „Heiligen" angesehen wurden; aufklärende Vorträge und religiöse Dispute (über 600, vor einem Auditorium von ungefähr 650 000 Personen) wurden veranstaltet. Verbreitet wurden 536 000 Exemplare Druckausgaben (darunter auch die Zeitschrift „Revolution und Kirche", eine Wandzeitung usw.).

Die orthodoxe russische Kirche setzte all diesen Maßnahmen den hartnäckigsten Widerstand entgegen. Entsprechend dem im Jahre 1918 in der Kathedrale aufgestellten Prinzip, daß der alleinige Verweser des Kirchengutes das Konzil und der Patriarch sei, wurde der Beschluß gefaßt, alle aus der Kirche auszustoßen, die der Durchführung des Dekretes vom 23. Januar 1918 Vorschub leisten, zur Organisation von Brüderschaften für die Verteidigung der Kirchen gegen die Sowjetmacht aufzurufen und zu diesem Zwecke den Allrussischen Rat der vereinigten Kirchengemeinden zu begründen.

Im Laufe der Zeit jedoch, hauptsächlich unter dem Einfluß der Taktik der Sowjetmacht, die von dem Geiste der Glaubenstoleranz durchdrungen war, milderten sich die verschärften Beziehungen zwischen der Staatsgewalt und der Kirche; diese Tatsache fand auch ihren Ausdruck in dem Aufrufe des Patriarchen Tichon vom 18. Oktober 1918. In diesem heißt es, daß die Form der Verwaltung für die Kirche unterschiedslos sei; den Orthodoxen wird daher der Vorschlag gemacht, keine Schritte zu unternehmen, die das Mißtrauen der Sowjetmacht hervorrufen könnten, und sich allen ihren Anordnungen zu fügen.

In den letzten Monaten jedoch erfolgte in den Beziehungen zwischen Kirche und Staat eine gewisse Verschärfung. Namentlich trat anläßlich der Regierungsbeschlüsse über Requisition des Kirchengutes zu Zwecken der Hungerhilfe ein bedeutender Teil der Geistlichkeit, vorzugsweise der höheren, scharf gegen diese Maßnahme auf. Aber im Schoße der Geistlichkeit selbst erwuchs eine Opposition gegenüber einem derartigen Verhalten zu dem Hilfswerk. Dieses Verhalten steht nach Ansicht der Personen, die auf dem Staatsstandpunkte stehen, im Widerspruch zu der christlichen Lehre. Es ist möglich, daß diese Spaltung für das Schicksal der russischen orthodoxen Kirche selbst folgenschwer werden wird.

Die soziale Fürsorge.

Die Stelle der sozialen Fürsorge in Rußland nahmen bis 1912 private Wohltätigkeit und Einzelbestimmungen in bezug auf gewisse Kategorien von Personen ein. 1912 wurde die soziale Versicherung von Lohnarbeitern gesetzlich statuiert. Die Hauptmängel des Gesetzes waren: Einschränkung der Selbstverwaltung, Abhängigkeit der Polizei, enger Aktionskreis, tiefe Versicherungsnormen, Zersplitterung der Krankenkassen und das Nichtvorhandensein so wichtiger Hilfsformen, wie der ärztlichen Hilfe usw.

Die Februarrevolution 1917 hat den Kreis der Personen, die der Fürsorge unterliegen, zum Teil erweitert.

Die Oktoberrevolution hat der Sache der sozialen Fürsorge einen mächtigen Anstoß gegeben. Es wurde die Versicherung der Arbeitslosen, der Invaliden und ihrer Familien eingeführt. Der Kreis der zu Versichernden wurde erweitert und Selbstverwaltung eingeführt; es wurden höhere Versicherungsnormen festgestellt und Versuche unternommen, die Fürsorge auch auf das Bauerntum auszudehnen.

Die einzelnen Krankenkassen verschmolzen zu allgemeinen städtischen Kassen der sozialen Fürsorge, die alle Formen der Versicherung umfassen. Neben der Institution der sozialen Versicherung wurde der Staatsapparat des Volkskommissariates für soziale Fürsorge geschaffen.

Die soziale Fürsorge war in ihrer Entwicklung jedoch durch die ungeheuere Erschöpfung des Landes bedeutend gehemmt. Seit der neuen Wendung in der Wirtschaftspolitik in der R. S. F. S. R. (1921) bestehen folgende Formen der sozialen Fürsorge:

1. Obligatorische Hilfskassen für das Bauerntum. (Dekret vom 14. Mai 1921.) Das Bauerntum wählt Dorf- und Gemeindekomitees der gegenseitigen Hilfe, die durch Selbstbesteuerung, gegenseitige Hilfe in Fällen elementarer und sozialer Katastrophen ausüben. Diese Komitees sind von besonderer Wichtigkeit in den Hungergebieten.

2. Staatliche Versicherung aller Lohnarbeiter. Grundprinzip: die Beiträge werden ausschließlich aus den Mitteln der Unternehmungen und Arbeitgeber gedeckt. Der Versicherungsapparat befindet sich ganz in den Händen der Versicherten ohne Teilnahme der Unternehmer, unter Kontrolle der Gewerkschaften. Die Versicherung erstreckt sich auf alle Fälle der Arbeitsunfähigkeit, unabhängig von deren Ursache, und ebenso auf Arbeitslose. Eingeführt wurde auch die Versicherung der Familienmitglieder und eine Reihe von Ergänzungsformen, die Versicherung der Wöchnerinnen, der stillenden Mütter usw.

3. Staatliche Versorgung. Hierzu gehörten: Lebensmittelversorgung der Familien der Rotarmisten (am 1. Juli 1919 waren dazu 1 431 000 Personen berechtigt, am 1. Oktober 1921 8 657 000 Personen); die Erhaltung von verschiedenen Institutionen der sozialen Fürsorge (in Zentralrußland über 3200 Aemter an 160 Orten); die Unterstützung von Invaliden, Erhaltung von Invalidenheimen (am 1. Januar 1919 1200 mit 64 000 Personen, am 1. November 1920

1600 mit 94 000 Personen) und Schaffung von Lehr- und Produktionswerkstätten (Anfang 1921 329; seitdem noch mehr). Der Staat verausgabt außerdem viel für Kriegsinvaliden-Pensionen, Rotarmistenfamilien und Familien der Gefallenen und Verschollenen im Kriege, sowie für die Opfer von elementaren und sozialen Katastrophen.

Gesundheitsschutz.

Die Sache des Gesundheitsschutzes unterliegt dem Volkskommissariat für Gesundheitsschutz. Die schwere ökonomische Lage und die äußeren Verhältnisse sind jedoch der Volkswohlfahrt und dem Gesundheitsschutz stark hinderlich. So macht sich der Mangel an medizinischem Personal empfindlich bemerkbar. Es gab:

	Gesamtzahl		auf 1 Arzt kamen Pers.	
	zu Beginn des Krieges	am Ende 1921	zu Kriegsbeginn	Ende 1921
Aerzte	29 042	17 400	5 100	8 000
Heilgehilfen	29 986	36 300	—	—

Was die ärztliche Hilfe betrifft, so ist das Netz der Stationen gewachsen, wie aus folgender Zusammenstellung hervorgeht, die sich auf 43 Gouvernements, 6 autonome Gebiete, die Tartarenrepublik und Weißrußland bezieht.

Datum	Zahl der Aerztestationen	Zahl der Heilgehilfenstat.	Zahl der Krankenhäuser	Gesamtzahl der Betten
1914	2 530	2 588	4 258	134 600
1. IX. 1921	3 263	3 615	3 831	251 588

Der Krieg und die damit zusammenhängende wirtschaftliche Zerrüttung hatten eine Ausbreitung der Epidemien zur Folge. So waren an Erkrankungen zu verzeichnen:

	1914	1916	1918	1919	1920	1921
Flecktyphus	89 000	155 000	106 000	2230 000	3215 000	ca. 700 000
Rückfalltyphus	17 000	99 000	—	223 000	1032 000	„ 1 000 000

Der Kampf gegen die Epidemien wurde mit aller Kraft geführt. Es wurden 20 neue bakteriologische Institute eröffnet; 5 Aerztekongresse fanden statt; 1919 wurde ein Gesetz zur obligatorischen Pockenimpfung herausgegeben.

Der Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten fand seinen Ausdruck darin, daß 1918 in den Krankenhäusern ein Bett auf je 28 000 Ein-

wohner entfiel, 1921 dagegen auf je 9 600 Einwohner. Auf je 1 Ambulatorium entfielen 123 000 Einwohner, dann nur 44 000. Im Dezember 1921 wurde in Moskau das staatliche Institut für Geschlechtskranke eröffnet. Eine Unmenge Aufklärungsliteratur über die Geschlechtskrankheiten wurde verbreitet (3 Millionen Flugblätter, 300 000 Broschüren, 40 000 Plakate).

Der Kampf gegen die Tuberkulose. Die Zahl der Ambulatorien wuchs von 4 (1918) auf 18 (1921), die der Sanatorien für Erwachsene von 72 auf 156, die der Kindersanatorien von 12 auf 58.

In der letzten Zeit wurde auch ein Netz von Erholungsheimen für Werktätige geschaffen. Es sind über 120 Erholungsheime eröffnet worden.

Anstalten für Mutter- und Kinderschutz.

	1917	1918	1919	1920	1921
Krippen	14	78	126	567	915
Bewahranstalten	7	92	121	426	574
Polikliniken f. Kinder .	6	39	58	180	179

Am 1. Januar 1920 betrug die Gesamtzahl der Anstalten für Mutter- und Kinderschutz für die ganze R. S. F. S. R. (ohne Ukraine, Kaukasus und Turkestan) 2 381.

Ende 1921 gab es: Anstalten für physische Kultur 5, ärztlich-pädagogische Institutionen 182, Anstalten für kranke und anormale Kinder 234, Anstalten für geisteskranke Kinder 30.

Viel Wert wird auf die medizinische Aufklärung und die Verbreitung von populärer Aufklärungsliteratur gelegt.

Die Arbeiter- und Bauern-Inspektion.

Das Volkskommissariat der Arbeiter- und Bauern-Inspektion nimmt in Sowjetrußland den Platz der früheren Staatskontrolle ein.

Anstatt einer formalen, amtlichen und bürokratischen Kontrolle, wie sie zur Zeit des Zaren bestand, eine aktive, lebendige, unmittelbar auf die gesellschaftlichen Organisationen und die öffentliche Meinung der werktätigen Massen sich stützende Kontrolle zu schaffen, war die Grundaufgabe der Reform, die durch die Dekrete vom 9. April 1919 und 7. Februar 1920 verwirklicht wurde.

Die Kompetenz der Kontrolle wurde erweitert. Als ihre Aufgabe wurde die Revision nicht nur hinsichtlich der Gesetzlichkeit, sondern auch vom Standpunkt der Zweckmäßigkeit und der tatsächlich erreichten Resultate anerkannt.

Was die Arbeitsmethoden betrifft, so wurde das Schwergewicht auf die faktische Revision übertragen. Es wurden besonders die Inspektionsmethoden der Arbeit entfaltet nicht allein um die vorhandenen Abweichungen dessen, was ist, von dem, was sein

soll, zu konstatieren, sondern auch um konkrete, praktische Anträge zur Verbesserung der Lage zu machen und deren Verwirklichung anzustreben.

Aber von den alten zaristischen Beamten konnte man die Verwirklichung der Idee der neuen proletarischen Kontrolle nicht erwarten; der beste Hüter der Interessen des proletarischen Staates konnte nur der Proletarier selbst sein. Deshalb dekretierten dieselben Verfügungen der Sowjetregierung auch:

a) Heranziehung der Werktätigen zur ständigen Arbeit in den Organen der Arbeiter- und Bauern-Inspektion durch Abordnung von den Gewerkschaften, ebenso durch Wahlen zu Mitgliedern der Inspektion in den Betrieben, Aemtern und auf dem Lande.

b) Schaffung von wählbaren Zellen der Inspektionsbeihilfe in den Betrieben und Gemeinden, die die Inspektionsorgane über alle wahrgenommenen Unordnungen auf dem laufenden zu halten haben.

c) Anwendung von weitgehenden Massenuntersuchungen bei den Revisionen, bei denen sich nicht nur die beständigen Funktionäre, sondern auch Vertreter der Werktätigen beteiligen, die speziell dazu gewählt werden.

d) Schaffung von besonderen „Beschwerdebüros" bei allen Inspektionsorganen zur Entgegennahme und Untersuchung von eingelaufenen Klagen über Amtspersonen, unabhängig von ihrer Stellung bis zu den Volkskommissaren einschließlich.

Die Verwirklichung der genannten Reformen ergibt sich aus folgenden kurzen Angaben.

Der zentrale und lokale Apparat der Arbeiter- und Bauerninspektion bestand Ende 1920 aus 917 Organen und zählte mehr als 30 000 ständige Mitarbeiter.

Außerdem wurden im ersten Halbjahr 1921 86 000 Vertreter der werktätigen Massen herangezogen, namentlich:

als gewählte Mitglieder der Arbeiter- und Bauerninspektion	16 000
als Mitglieder der Zellen	25 000
als Teilnehmer von Massenuntersuch. .	45 000

Die Zahl der einzelnen Revisionen überwog 1921 50 000 (allein in den 284 Inspektionen, von denen bereits Berichte eingelaufen sind); an Beschwerden sind im ersten Halbjahr 1921 zirka 30 000 eingelaufen.

Die Zahl der infolge der Revisionen 1920 auf administrativem und gerichtlichem Wege eingeleiteten Klagen erreichte 5 000.

Der neue Kurs der ökonomischen Politik, der das Tempo des Gerichtsverfahrens belebt und beschleunigt hat, ist auch auf den Charakter der Arbeit der Arbeiter- und Bauern-Inspektion nicht ohne Einfluß geblieben.

Eine weit wichtigere Bedeutung als bisher erlangte die Inspektion als außeramtliches und infolgedessen unparteiisches Organ auf dem Gebiete der Kontrolle und der Realisierung der neu herausgegebenen Dekrete und deren Ergänzung durch entsprechende Korrekturen auf Grund der gemachten Erfahrungen.

Die Kommunistische Partei Rußlands in der Revolution.

Datiert man die Entstehung der Partei der Bolschewiki mit dem Jahre 1903 (1902 fand der zweite Parteitag statt, auf dem zum ersten Male die schärfsten Meinungsverschiedenheiten zwischen den Bolschewiki und Menschewiki zum Vorschein traten), so wird die Partei der Bolschewiki bald ihren zwanzigsten Jahrestag feiern. In diesen 20 Jahren hat Rußland drei Revolutionen durchgemacht: 1905, März 1917 und Oktober 1917. Die letzten zwei Jahrzehnte spielten im Leben Rußlands die Rolle mancher Jahrhunderte. Das Parteileben der Bolschewiki ist seinerseits in diesen zwei Jahrzehnten ungewöhnlich reich an Ereignissen.

1903, bei ihrer Entstehung, war die Partei der Bolschewiki unzweifelhaft eine M a s s e n p a r t e i. Zur Zeit des dritten Parteitages (Mitte 1905), als die Bolschewiki formell bereits als selbständige Partei bestanden, beherrschte der Bolschewismus schon die Köpfe der breitesten proletarischen Massen. Formal bildeten die Bolschewiki die Minderheit im ersten Petrograder Sowjet der Arbeiter-Delegierten 1905, in Wirklichkeit aber verlieh der Bolschewismus der ganzen Tätigkeit dieser Sowjets die Färbung. Im Dezember 1905 bildete die bolschewistische Organisation die Seele des ersten Aufstandes des Moskauer Proletariats.

Doch war die bolschewistische Partei als Partei der Massen zur Zeit der Februarrevolution keine zahlreiche Partei. Ich glaube nicht zu irren, wenn ich sage, daß die Mitgliederzahl der bolschewistischen Organisation während der ersten Revolution kaum jemals die Zahl 50 000 übertraf. Unter dem zaristischen Absolutismus mußte die Parteiorganisation der Bolschewiki numerisch schwach und klein sein, aber sie schloß in sich alle kampffähigen Elemente der Vorhut der Arbeiterklasse. Unsere Organisation war zu jener Zeit, man möchte sagen, außer-

ordentlich konzentriert. Auf dem Wege einer natürlichen Auslese wurde alles Schwache, Wankende, Schwankende hinweggefegt, und es entstand gewissermaßen eine übersättigte proletarische Lösung. Es entstand, wenn man sich so ausdrücken darf, eine 96prozentige proletarische Organisation.

Und dessenungeachtet war die soziale Zusammensetzung unserer Parteiorganisation zu jener Zeit uneinheitlich. In unseren Parteiausschüssen gab es zu jener Zeit noch viele Intellektuelle aus den nicht-proletarischen Schichten der Bevölkerung. Zu jener Zeit folgten die Intellektuellen massenweise der Arbeiterklasse, auf der Suche nach einem Verbündeten zum Sturz des Absolutismus. Eine lange Zeit hindurch war der Beruf des Studenten zugleich ein Synonym für den Revolutionär; in vielen unserer bolschewistischen Komitees, geschweige denn in den menschewistischen, bestand mindestens die Hälfte der Mitgliederzahl nicht aus Arbeitern, sondern aus revolutionären Intellektuellen. Erst nach und nach, als die Revolution ihr „maximalistisches" Antlitz offenbarte, d. h. das Bestreben zeigte, nicht nur über den Zaren, sondern auch über die Bourgeoisie hinwegzuschreiten, rückte die sogenannte revolutionäre Intelligenz von unseren Organisationen ab, wo sie biwakiert hatte. Sie ging fort, um in den kleinbürgerlichen Parteien der Sozialrevolutionäre und Menschewiki ein Asyl zu finden. Während der Konterrevolution in den Jahren 1907—1912 schmolzen die Reihen der Bolschewiki unter den Schlägen der Reaktion und unter den Lasten der Zeit stark zusammen. Erst 1912 setzte eine neue Belebung der Arbeiterbewegung in Rußland und zugleich eine Belebung der Tätigkeit der bolschewistischen Partei ein. Während dieser Zeit fand intensiv der Prozeß der „Proletarisierung" unserer Organisationen statt. Die bolschewistischen Organisationen wurden zu dieser Zeit ihrer Zusammensetzung nach immer proletarischer. Aber dennoch blieb die Partei noch im engen Rahmen und umfaßte zu Beginn 1917 höchstens einige zehntausend Mitglieder.

> „Mit welchem Personengepäck ist die bolschewistische Partei in die Revolution getreten? Dies waren ein paar tausend Personen, die von der Revolution 1905 übriggeblieben waren, teils als Emigranten im Ausland, aber größtenteils in Rußland. Ihre Zahl läßt sich natürlich nicht bestimmen; aber es waren höchstens 50 000 und von ihnen mindestens ein Drittel Intellektuelle. Das war das Grundkapital, das nachher große Dividenden abzuwerfen begann."

Das schreibt ein Führer der Menschewiki, und das ist auch so ziemlich richtig. Der menschewistische Verfasser kann nur nicht begreifen, warum gerade unsere numerisch schwache Partei bereits 1917 faktisch den Generalstab der ganzen Arbeiterklasse Rußlands darstellte. Dem menschewistischen Verfasser will es nicht in den Kopf, daß im Verlauf von anderthalb Jahrzehnten die Partei der Bolschewiki wie ein Schwamm alles aufgesaugt hatte, was die Vorhut der Arbeiterklasse Rußlands an mächtigen und fortgeschrittenen Elementen aufzuweisen hatte.

Die folgende Tabelle mag dem Leser eine Vorstellung geben, wie die numerische Zusammensetzung der Partei der Bolschewiki sich seit der März-Revolution 1917 verändert hat. Die Russische Kommunistische Partei zählte:

April 1917 (I. allruss. Konferenz der Bolschewiki nach dem Sturz des Zarismus)	40 000*) Mitglieder
August 1917	200 000 „
August 1918	? (Zahlen nicht festgestellt)
März 1919	313 766 Mitglieder
„ 1920	611 978 „
„ 1921	730 051 „
„ 1922	485 909 „

Von 1917 bis 1921 hatte sich die Partei verzehnfacht. Dies wurde nur daher möglich, weil die Partei im Laufe der zwei Jahrzehnte durch ihre unterirdische Arbeit gewaltige K a d e r s solcher Arbeiter vorbereitet hatte, die man als „potentielle" Parteimitglieder bezeichnen konnte. Der unerhörte Druck von außen hinderte diese Arbeiterschichten, offen in die bolschewistische Partei einzutreten und ihre Ideale mit dieser oder jener ihrer Organisationen zu verknüpfen. Sobald aber günstigere Zeiten eingetreten waren, wurden diese „potentiellen" Parteimitglieder zu „r e e l l e n" Mitgliedern der Partei. In unsere Organisationen strömten Tausende und Abertausende von Arbeitern.

Der eigentümliche Entwicklungsgang der K. P. R. darf von keinem der Leser außer acht gelassen werden, der die Rolle dieser Partei in der Revolution begreifen möchte.

Nach der Zeit des Parteibeitritts verteilen sich die Mitglieder folgendermaßen:

*) Nach anderen 78 000.

vor 1916	2	Prozent
1917	8	„
1918	20	„
1919	50	„
1920—21	15	„

10 Prozent waren der Partei vor dem Oktoberumsturz 1917 beigetreten; 75 Prozent 1918—1919; 15 Prozent 1920—1921.

Auf diese Weise ist die bolschewistische Partei, formell gesprochen, eine außerordentlich junge Partei. 50 Prozent ihrer Mitglieder haben sich ihr 1919 angeschlossen. Andererseits war die bolschewistische Partei seit dem Moment ihrer Entstehung ihrer Zusammensetzung nach keine reine Arbeiterpartei. Wir haben bereits darauf hingewiesen, welche bedeutende Rolle die revolutionäre Intelligenz in ihr spielte. Solange alle Klassen der Bevölkerung, mit Ausnahme der Grundbesitzer, unter der schweren Faust des zaristischen Absolutismus stöhnten, war ja auch unvermeidlich, daß sich der proletarischen Partei verschiedene Elemente anschlossen, die sich im Kampf gegen den Zarismus befanden.

Mit der Uebernahme der Macht durch die Partei der Bolschewiki erwuchsen dieser Partei neue Schwierigkeiten, die der Bolschewismus bis dahin nicht gekannt hatte. An die proletarische Partei, die nun am Ruder war, mußten sich fremde karrierelüsterne Elemente anschmiegen; mehr oder weniger muß jede proletarische Partei, die zur Macht gelangt, mit diesem Uebel rechnen. Die Partei der Bolschewiki hat wohl die drohende Gefahr gesehen und begann, sie systematisch durch Neuregistrierungen und Säuberungen zu bekämpfen. Die Verringerung der Parteimitglieder vom März 1921 bis März 1922 um mehr als 200 000 Mitglieder ist auch die Folge der durchgreifenden Säuberung, die vom Z. K. der Partei unternommen wurde.

Am 11. Parteitag der K. P. R. (März 1922) war der Bestand der Organisationen folgender:

I. Zentral-Rußland.

1.	Gouv.	Astrachan	20521
2.	„	Briansk	3151
3.	„	Homel	5856
4.	„	Jaroslaw	3411
5.	„	Jv. Wosnessensk	3291
6.	„	Kaluga	1827
7.	„	Kostroma	2243
8.	„	Moskau	32997
9.	„	Kursk	4591
10.	Gouv.	Nischni Nowgorod	7598
11.	„	Nord-Dvinsk	1229
12.	„	Orel	5364
13.	„	Pensa	3685
14.	„	Petrograd	24727
15.	„	Rjasan	4032
16.	„	Rybinsk	1998
17.	„	Samara	6283
18.	„	Saratow	1168

19. Gouv. Simbirsk	5615
20. ,, Smolensk	7425
21. ,, Tambow	4508
22. ,, Tula	5839
23. ,, Twer	5271
24. ,, Wladimir	3017
25. Gouv. Woronesch	5201
26. ,, Witebsk	6506
27. ,, Wologda	2143
28. ,, Wjatka	3380
29. ,, Zarizyn	5118
zusammen:	187 995

II. Vereinigung Nord-West.

Gouv. Archangelsk	4145
,, Murmansk	800
,, Nowgorod	2820
Gouv. Pskow	3871
,, Tscherepowetz	1339
zusammen:	12 975

III. Autonome Provinzen.

Provinz Aktjuminsk	610
,, Akmolinsk	—
,, Baschkiren	4101
,, Bukejewsk	180
,, Kor. Olonetz	2294
,, Deutsche Kommune	388
,, Kalmüken	476
,, Mari	551
Provinz Minsk	4809
,, Orenburg	3850
,, Semipalatinsk	5696
,, Syrianer	1081
,, Tartaren	3481
,, Tschuwaschen	1164
,, Wotjaken	2125
zusammen:	30 806

IV. Ural.

Gouv. Jekatarinburg	17189
,, Perm	9117
,, Tscheljabinsk	5549
Gouv. Tjumen	3690
,, Ufa	5407
zusammen:	40 952

V. Sibirien.

Provinz Altaj	6000
,, Jakutsk	409
,, Jenissej	2844
Provinz Irkutsk	5250
,, Omsk	10500
,, Tomsk	12750
zusammen:	37 753

VI. Ukraine.

Gouv. Alexandrowsk	4670
,, Charkow	12471
,, Donetz	13940
,, Ekaterinoslaw	1290
,, Kiew	7421
,, Krementschuk	2298
Gouv. Nikolajew	7545
,, Odessa	5072
,, Podolsk	6910
,, Poltawa	4411
,, Tschernigow	2036
,, Wolyn	3737
zusammen:	71 801

VII. Nord-Kaukasus.

Provinz Donskaja	4305
,, Dahestan	1677
,, Gorskaja	4180
,, Kabard	477
Provinz Stawropol	5120
,, Terskaja	8602
,, Tschernomoskaja	13950
zusammen:	38 311

VII. Transkaukasien.

Abchasien	629
Aserbeidschan	10913
Armenien	5963
Georgien	15067
zusammen:	32 572

IX. Turkestan.

. . . . 33 750

X. Krim.

. . . . 66 389

Von besonderer Wichtigkeit ist die Frage nach der **sozialen Zusammensetzung der K. P. R.**:

Soziale Lage	Vor der Säuberung in Prozent	Nach der Säuberung in Prozent
Arbeiter	44	48
Bauern und Handwerker	24	19
Angestellte, Intellektuelle	32	25
Uebrige		4
	100	96 (die fehl. 4 Proz. unbest.)

Zur Frage der Zusammensetzung der K. P. R. entnehmen wir den Arbeiten des bekannten Statistikers Genossen Strumilin über die „Dynamik der K. P. R. und „Die soziale Zusammensetzung der Partei" noch folgende zwei Tabellen:

Die Mitgliederzahl 1922 laut Bericht der Kontrollkommission.

Rayon:	Mitgliederzahl		Ausgeschieden:	
	vor der Säuberung	nach der Säuberung	in Zahlen	in Prozenten
I. Industrie (10 Gouv.)	132 300	105 662	26 638	22,1
II. Ackerbau (28 Gouv.)	175 220	126 007	49 213	28,1
Gouv. Astrachan und Bransk	5 580	4 233	1 347	24,2
zusammen für 40 Gouv.	313 100	235 902	77 198	24,6
III. Sibirien (8 Gouv.)	76 282	62 480	13 802	18,0
IV. Kirgisien (6 Gouv.)	22 035	17 180	4 855	22,0
V. Aut. Prov. (11 Prov.)	33 189	24 565	8 624	26,0
VI. Süd-Ost (4 Gouv.)	54 844	37 626	17 218	31,4
zus. in den Randgebieten (29 Gouv.)	186 350	141 851	44 499	23,6
für ganz Rußland (69. Gouv.)	499 450	377 753	121 697	24,8
VII. Ukraine (12 Gouv.)	97 321	75 891	21 430	22,5
VIII. Kauk. Rep. (7 Gouv.)	67 100	49 355	17 745	26,4
IX. Turkestan (15 Proz.)	49 206	37 412	11 494	24,0
X. Ferner Osten (3 Gouv.)	12 000	9 100	2 900	24,2
Für die ganze Föderation				
a) laut Statistik ohne Korrektur	725 077	549 511	175 566	24,2
b) nach Korrektur	670 126	494 560	175 566	26,2

Nach der Statistik der K. P. R. stellt sich die soziale Zusammensetzung der K. P. R. in den letzten Jahren folgendermaßen dar:

Datum	Arbeiter	Angestellte	Bauern	Uebrige
	in Prozent			
Ende 1905	56,7	32,1	5,5	5,7
„ 1916	60,3	28,0	6,4	5,3
„ 1917	59,3	25,0	11,0	4,7
„ 1918	49,7	27,1	18,3	4,9
„ 1919	45,8	27,8	21,3	5,1
„ 1920	43,3	27,4	24,1	5,2
„ 1921				
a) vor der Säuberung	43,8	26,9	26,0	5,3
b) nach der Säuberung	49,1	27,6	18,7	4,6

Alle hier angeführten statistischen Daten müssen mit einer gewissen Vorsicht aufgenommen werden. Die Statistik läßt in unserem Lande, besonders in den Revolutionsjahren, viel zu wünschen übrig. Höchst unvollkommen ist auch unsere Parteistatistik. Die angeführten Zahlen stellen die Sache in einem schlimmeren Lichte dar, als es der Fall ist. Die zweite Gruppe — Handwerker und Bauern — besteht in Wirklichkeit halb aus Arbeitern und halb aus Bauern. Es sind hauptsächlich Rotgardisten, Kursanten, Zwergbauern, Halbproletarier usw.

Vor der Revolution 1917 waren in unserer Partei fast überhaupt keine Bauern. Die statistischen Angaben veranschlagen die Zahl der Bauern in unserer Partei vor 1917 im ganzen auf ungefähr 2 Prozent. Seit 1917 ändert sich das Bild.

Was hat den Bolschewiki im Oktober 1917 zu einem verhältnismäßig so leichten Siege verholfen? Der Umschwung in der damaligen Zehnmillionen-Armee zu unseren Gunsten. Aus welchen Elementen bestand aber die vom Zaren gesammelte Zehnmillionen-Armee? In überwiegender Mehrheit aus Bauern. Dies war der jüngste, beweglichste und revolutionärste Teil der Dorfbevölkerung. Er bekannte sich zu uns und verschaffte uns den Sieg. Und aus dieser Mitte begann ein intensiver Zustrom von Parteimitgliedern in unsere Reihen.

Andererseits haben wir alle anderen Parteien, die auf die Führung der Arbeiterschaft Anspruch machten, aufs Haupt geschlagen. Selbst auf dem 11. Parteitag (März 1922) waren von 600 Delegierten 120 Genossen, die früher zu den Parteien der Menschewiki, Sozialrevolutionäre, Anarchisten usw. gehört hatten. Die besten, die proletarischsten Elemente der mit uns konkurrierenden Parteien gingen in den Revolutionsjahren zu uns über. Darin liegt sowohl eine schwache wie eine starke Seite. Die schwache Seite besteht darin, daß diejenigen, die aus den kleinbürgerlich-sozialistischen Parteien kommen, unvermeidlich vorübergehend Ueberbleibsel alter Auffassungen mitbringen. Die starke Seite besteht darin, daß unter der Fahne unserer Partei sich die wertvollsten revolutionär-proletarischen Elemente sammeln und die kleinbürgerlich-sozialistischen Parteien entkräften.

Man spricht und schreibt viel von der Uneinheitlichkeit der sozialen Zusammensetzung der K. P. R. In der Tat, dies ist ein sehr ernstes Problem. Die Partei hat sich besonders mit

der dritten Gruppe — den Angestellten und Intellektuellen — zu beschäftigen. Auch in dieser Gruppe gibt es unzweifelhaft einen großen Prozentsatz von Personen, die der Arbeiterklasse ergeben sind und durch ihre Arbeit im Laufe der Jahre bewiesen haben, daß sie Mitglieder einer proletarischen Partei sein dürfen und müssen. Aber in dieser Gruppe befinden sich dennoch so manche andere, von denen sich die Partei auf diese oder jene Art befreien muß und sich befreien wird. In großen Zahlen, nach ganz pessimistischer Schätzung, hatte die K. P. R. zu Beginn des Jahres 1920 in ihren Reihen 50 Prozent städtische Proletarier, 20 Prozent Halbproletarier (Bauern) 30 Prozent Angestellte. In der Uebergangsperiode, wie sie unser Land augenblicklich erlebt, ist eine solche Parteizusammensetzung unvermeidlich. Die „Weggefährtin" der alten sozialen Demokratie war die Bourgeoisie. Die „Weggefährten" der K. P. R. sind in gewissem Sinne die halb-bäuerlichen Elemente. Die soziale Zusammensetzung der Partei hat sich im Vergleich mit 1905 jedenfalls unvergleichlich gebessert. Das Rückgrat der Partei bilden die städtischen Arbeiter.

Die K. P. R. hat außer der halben Million Mitglieder komplizierte Verzweigungen in allen Arbeitsgebieten. Der Jugendverband, der von unserer Partei gebildet wird, zählt mindestens 400 000 Mitglieder. Die Arbeiterinnen-Sektion hat in Rußland über 70 000 Delegierte, die drei Millionen Arbeiterinnen und Bäuerinnen vertreten. In der Roten Armee hat die Partei 5384 Zellen, die zirka 100 000 Mitglieder zählen; der Armeeapparat der politischen Sektionen gibt der Partei einen gewaltigen Apparat zur Beeinflussung der ganzen Armee in die Hand. Einen mächtigen Hebel in den Händen der Partei bilden auch die Zellen (Fraktionen) der Kommunisten in den Gewerkschaften. Dort, wo auch nur drei Kommunisten sind, muß eine kommunistische Zelle gebildet werden. Das ist das grundlegende organisatorische Gebot der K. P. R. Die Organisiertheit verzehnfacht die Kräfte der Parti.

Unmittelbar vor der Oktoberrevolution hat Genosse Lenin in seiner bekannten Broschüre „Werden die Bolschewiki die Staatsmacht behalten?" die Frage aufgeworfen, wer Rußland nach der Uebernahme der Macht durch die Sowjets regieren würde, und er antwortete: Wenn 130 000 Gutsbesitzer, die vom ganzen Lande gehaßt waren, es verstanden haben, lange Jahre Rußland zu regieren, so werden es mit um so größerem Erfolg

die 200 000 Kommunisten (zu jener Zeit zählte die Partei nur 200 000 Mitglieder) tun können, die sich auf die Sympathien von Millionen und Abermillionen Arbeitern und Halbproletariern stützen. Die fünf Jahre Revolution haben diese Prognose des Genossen Lenin vollauf bestätigt. So schwer auch die Lage in diesen Jahren war, auf welche Hindernisse die Partei in diesen Jahren auch stieß, die Grundaufgabe der Uebergangsperiode — die Beibehaltung der Macht — hat sie bewältigt.

Die K. P. R. leitet die Sowjets. Sie ist das Hirn der Sowjetregierung. Die Arbeitsteilung zwischen Partei und Sowjets tritt nicht immer klar genug hervor. In den Jahren des verschärften Bürgerkrieges wurden die Funktionen oft verzwickt, und mitunter trat bei den lokalen Parteiorganisationen die Tendenz zutage, an Stelle der Sowjets zu treten. Die Partei bekämpft im großen und ganzen diese Tendenz. Der elfte Parteitag hat besonders energisch die Frage der Sonderung der Funktionen zwischen Partei und Sowjet gestellt. Die Partei ist die Avantgarde der Arbeiterklasse, die im ganzen eine halbe Million Personen aufweist; die Sowjets sind die Organisationen der gesamten Arbeiterklasse und sogar aller Werktätigen, die viele Millionen zählen. Die Sowjets sind der Rumpf, die Partei der Kopf. Eine richtige Funktionsteilung zwischen Partei und Sowjets garantiert halb den Erfolg.

Die Arbeit der K. P. R. hat sich in den Jahren der proletarischen Revolution außerordentlich kompliziert. Andere proletarische Parteien, die in den Ländern, wo die Macht dem Kapital gehört, wirken, können sich nicht einmal ganz konkret vorstellen, wie vielgestaltig und kompliziert die Funktionen der K. P. R. seit 1917 sind. Das, was in anderen Ländern proletarische Parteien tun, vollzieht in Rußland jetzt allein die Agitations- und Propaganda-Sektion der Partei. Denn in den Ländern, wo die Macht der Bourgeoisie gehört (so war es auch in Rußland 1917), erschöpft sich die Arbeit der proletarischen Partei zu neun Zehntel in Agitation und Propaganda und bestenfalls in der Vorbereitung des Aufstandes. Indeß muß in Sowjetrußland jede beliebige, noch so kleine lokale Parteiorganisation nicht nur am politischen, sondern auch am wirtschaftlichen, kulturellen und staatlichen Leben der Uebergangsperiode allseitig teilnehmen. Das Leben stellt an jede kommunistische Zelle in Sowjetrußland unzählige Forderungen. Die

ische Partei nach der Macht-
l wahrhaftig unzählbar, beson-
dtische Proletariat die Minori-

ıßlands hat noch komplizierte
chwierigkeiten sind groß. Der
ıt in der Resolution über die
chen Revolution gesagt:

vom Proletariat erobert ist, so-
ıaft nicht ein für allemal befestigt
:stauration nicht gesichert ist, so-
nur die Minorität der Arbeiter in
Bis zur Machtergreifung und in
. unter günstigen Umständen den
fluß auf alle proletarischen und
Bevölkerung ausüben, kann sie
gen. Erst wenn die proletarische
mächtigen Werkzeuge wie der
ts, der Kirche, des Verwaltungs-
·st wenn die endgültige
erlichen Gesellschafts-
:heinlich werden wird —
ınistischen Partei alle
nzuschließen anfangen."

Geschick der K. P. R. vollauf
ren Uebergangsperiode, an die
:r Entbehrungen geknüpft sind,
ısse unserer Organisation bei-
iederwerfung der bürgerlichen
:r augenscheinlicher, trotz der
: Sowjetmacht der Bourgeoisie
rden noch ein paar Jahre ver-
ıds werden einsehen, daß die
rgerlichen Restauration" ge-
besser zu leben anfangen und
ı der K. P. R. zuströmen. Der
Jahr die Türen der Partei fast
vollkommen geschlossen; dieses Jahr soll der Verbesserung der Qualität der Parteimitglieder und der Hebung ihres Kulturniveaus gewidmet sein.

Die Schadenfreude der Menschewiki, Sozialrevolutionäre und anderer Weißgardisten über die Schwierigkeiten, die die K. P. R. jetzt hat, ist durchaus begreiflich. Dies ist jetzt ihre

die 200 000 Kommunisten (zu jener Zeit zählte die Partei nur 200 000 Mitglieder) tun können, die sich auf die Sympathien von Millionen und Abermillio
riern stützen. Die fünf Jahre
des Genossen Lenin vollauf
Lage in diesen Jahren war, a
in diesen Jahren auch stieß, di
periode — die Beibehaltung d

Die K. P. R. leitet die Sowj
regierung. Die Arbeitsteilun
tritt nicht immer klar genug
schärften Bürgerkrieges wurde
und mitunter trat bei den l
Tendenz zutage, an Stelle de
bekämpft im großen und g
Parteitag hat besonders energi
Funktionen zwischen Partei un
die Avantgarde der Arbeiterk
Million Personen aufweist; die
der gesamten Arbeiterkla
tätigen, die viele Millione
Rumpf, die Partei der Kopf.
zwischen Partei und Sowjets g

Die Arbeit der K. P. R. hat
schen Revolution außerordent
tarische Parteien, die in der
Kapital gehört, wirken, könne
vorstellen, wie vielgestaltig un
K. P. R. seit 1917 sind.
proletarische Parteien tun, vol
Agitations- und Propaganda-S
Ländern, wo die Macht der Bo
in Rußland 1917), erschöpft si
Partei zu neun Zehntel in
bestenfalls in der Vorbereitur
in Sowjetrußland jede beliebig
organisation nicht nur am pol
schaftlichen, kulturellen und st
periode allseitig teilnehmen. Das Leben stellt an jede kommunistische Zelle in Sowjetrußland unzählige Forderungen. Die

Schwierigkeiten, die die proletarische Partei nach der Macht-
l wahrhaftig unzählbar, beson-
ltische Proletariat die Minori-

ußlands hat noch komplizierte
chwierigkeiten sind groß. Der
t in der Resolution über die
chen Revolution gesagt:

vom Proletariat erobert ist, so-
aft nicht ein für allemal befestigt
stauration nicht gesichert ist, so-
nur die Minorität der Arbeiter in
Bis zur Machtergreifung und in
. unter günstigen Umständen den
luß auf alle proletarischen und
Bevölkerung ausüben, kann sie
gen. Erst wenn die proletarische
mächtigen Werkzeuge wie der
s, der Kirche, des Verwaltungs-
st wenn die endgültige
erlichen Gesellschafts-
heinlich werden wird —
nistischen Partei alle
nzuschließen anfangen."
eschick der K. P. R. vollauf
en Uebergangsperiode, an die
r Entbehrungen geknüpft sind,
sse unserer Organisation bei-
ederwerfung der bürgerlichen
r augenscheinlicher, trotz der
Sowjetmacht der Bourgeoisie
den noch ein paar Jahre ver-
ds werden einsehen, daß die
gerlichen Restauration" ge-
besser zu leben anfangen und
der K. P. R. zuströmen. Der
ahr die Türen der Partei fast
ahr soll der Verbesserung der
und der Hebung ihres Kultur-

wiki, Sozialrevolutionäre und
anderer Weißgardisten über die Schwierigkeiten, die die K. P. R. jetzt hat, ist durchaus begreiflich. Dies ist jetzt ihre

die 200 000 Kommunisten (zu jener Zeit zählte die Partei nur 200 000 Mitglieder) tun könn
von Millionen und Abermillic
riern stützen. Die fünf Jahre
des Genossen Lenin vollauf
Lage in diesen Jahren war, a
in diesen Jahren auch stieß, di
periode — die Beibehaltung d

Die K. P. R. leitet die Sowj
regierung. Die Arbeitsteilun
tritt nicht immer klar genug
schärften Bürgerkrieges wurd
und mitunter trat bei den l
Tendenz zutage, an Stelle de
bekämpft im großen und g
Parteitag hat besonders energi
Funktionen zwischen Partei u
die Avantgarde der Arbeiterl
Million Personen aufweist; die
der gesamten Arbeiterkl
tätigen, die viele Millione
Rumpf, die Partei der Kopf.
zwischen Partei und Sowjets g

Die Arbeit der K. P. R. hat
schen Revolution außerordent
tarische Parteien, die in de
Kapital gehört, wirken, könne
vorstellen, wie vielgestaltig un
K. P. R. seit 1917 sind.
proletarische Parteien tun, vo
Agitations- und Propaganda-S
Ländern, wo die Macht der B
in Rußland 1917), erschöpft s
Partei zu neun Zehntel in
bestenfalls in der Vorbereitu
in Sowjetrußland jede beliebi
organisation nicht nur am po
schaftlichen, kulturellen und st

periode allseitig teilnehmen. Das Leben stellt an jede kommunistische Zelle in Sowjetrußland unzählige Forderungen. Die

Schwierigkeiten, die die proletarische Partei nach der Machtergreifung zu bewältigen hat, sind wahrhaftig unzählbar, besonders in einem Lande, wo das städtische Proletariat die Minorität der Bevölkerung darstellt.

Die Kommunistische Partei Rußlands hat noch komplizierte Probleme zu lösen. Gewiß, die Schwierigkeiten sind groß. Der dritte Weltkongreß der K. I. hat in der Resolution über die Rolle der K. P. in der proletarischen Revolution gesagt:

„Solange die Staatsmacht nicht vom Proletariat erobert ist, solange das Proletariat seine Herrschaft nicht ein für allemal befestigt hat und vor einer bürgerlichen Restauration nicht gesichert ist, solange wird die K. P. in der Regel nur die Minorität der Arbeiter in ihren organisierten Reihen haben. Bis zur Machtergreifung und in der Uebergangszeit kann die K. P. unter günstigen Umständen den ungeteilten geistig-politischen Einfluß auf alle proletarischen und halbproletarischen Schichten der Bevölkerung ausüben, kann sie aber in ihren Reihen nicht vereinigen. Erst wenn die proletarische Diktatur die Bourgeoisie solcher mächtigen Werkzeuge wie der Presse, der Schule, des Parlaments, der Kirche, des Verwaltungsapparates usw. berauben wird, erst wenn die endgültige Niederwerfung der bürgerlichen Gesellschaftsordnung für Alle augenscheinlich werden wird — werden sich der kommunistischen Partei alle oder fast alle Arbeiter anzuschließen anfangen."

Diese Worte haben sich am Geschick der K. P. R. vollauf bestätigt. In der jetzigen schweren Uebergangsperiode, an die Hunger und eine Unmenge anderer Entbehrungen geknüpft sind, konnte noch nicht die ganze Klasse unserer Organisation beitreten. Aber die „endgültige Niederwerfung der bürgerlichen Ordnung" wird in Rußland immer augenscheinlicher, trotz der teilweisen Zugeständnisse, die die Sowjetmacht der Bourgeoisie zu machen genötigt war. Es werden noch ein paar Jahre vergehen, und alle Arbeiter Rußlands werden einsehen, daß die Sowjetregierung vor einer „bürgerlichen Restauration" gesichert ist, die Arbeiter werden besser zu leben anfangen und werden dann in größeren Scharen der K. P. R. zuströmen. Der letzte (11.) Kongreß hat für ein Jahr die Türen der Partei fast vollkommen geschlossen; dieses Jahr soll der Verbesserung der Qualität der Parteimitglieder und der Hebung ihres Kulturniveaus gewidmet sein.

Die Schadenfreude der Menschewiki, Sozialrevolutionäre und anderer Weißgardisten über die Schwierigkeiten, die die K. P. R. jetzt hat, ist durchaus begreiflich. Dies ist jetzt ihre

einzige Hoffnung. In den ersten drei Jahren haben alle Feinde der russischen Revolution ihre Hoffnung auf die direkte bewaffnete Intervention gesetzt. Im vierten Jahre klammerten sich ihre Hoffnungen an die dürre Faust des Hungers und der wirtschaftlichen Zerrüttung, und jetzt bauen unsere Feinde hauptsächlich auf die angeblich beginnende Krise innerhalb der K. P. R. Diese Hoffnung wird unsere Feinde genau so wie alle vorhergehenden trügen. Unsere Partei sieht klar die Gefahren, die ihr drohen, und ergreift alle Maßnahmen, die sich aus der Situation ergeben. Gerade der 11. Kongreß hat gezeigt, daß die K. P. R. jetzt einheitlicher ist als je. Die K. I. kann überzeugt sein, daß sie in Gestalt der K. P. R. eine sichere Truppe hat. Mit Hilfe der Arbeiter der anderen Länder wird dieser Vortrupp die ihm von der Geschichte auferlegten Aufgaben bewältigen.

G. Sinowjew.

Abriß der Organisation der K. P. R.

Die Struktur der K. P. R. stand stets im Einklang mit den aktuellen politischen und sozialökonomischen Aufgaben der Partei. Das Grundprinzip des Parteiaufbaues war während der ganzen Zeit ihres Bestehens das t e r r i t o r i a l e. Die unterirdischen „Zirkel" (Zellen), die in den Betrieben entstanden, gruppierten sich nach Rayons (Bezirken) und Unterrayons, an deren Spitze Stadt- oder Kreisausschüsse (Komitees) standen, je nachdem, ob es sich um eine Stadt oder um ein Gouvernement handelte. Die Distriktsverbände umfaßten eine Reihe von Gouvernements, die ihrer ökonomischen Struktur nach verwandt waren (zentraler Industrierayon, Ural, Donezbecken). Die gegenwärtige Struktur der K. P. R. hat in etwas veränderter Form die Grundzüge der illegalen territorialen Organisation weiterentwickelt.

Die Zelle im Betrieb, in der Militärformation oder im Dorfe bleibt die grundlegende Parteieinheit. Ihr übergeordnet ist auf dem Lande das Gemeindekomitee oder in einigen Großstädten der Bezirk. Die Gemeinde- und Bezirkskomitees sind den entsprechenden Kreis- oder Rayonkomitees untergeordnet. Die Gesamtheit der Kreis- und Rayonkomitees im Gouvernement stellt die Gouvernements-Organisation dar,

an deren Spitze das Gouvernementskomitee steht. Dieselben Befugnisse wie die Gouvernementskomitees haben die Distriktskomitees der autonomen Gebiete, so des deutschen Wolga-Gebietes, der Tartaren- und der Kalmückenrepublik usw.

Die oberste Instanz der Partei ist der Allrussische Kongreß (Parteitag) und in der übrigen Zeit das Zentralkomitee.

Das Grundprinzip des inneren Aufbaues ist der demokratische Zentralismus, der die Autonomie jeder Organisation in lokalen Fragen, die Wählbarkeit der leitenden Instanzen und die strengste Disziplin und Unterordnung der untergeordneten Instanzen voraussetzt. Der demokratische Zentralismus hat seinen Ausdruck gefunden in dem vom 8. Parteikongreß angenommenen Statut. Nach diesem Statut ist jede Organisation in der Entscheidung lokaler Fragen autonom. Das oberste Organ ist die Vollversammlung, die Konferenz oder der Kongreß.

Der Bürgerkrieg 1918—1920 hat die „Militarisierung" des Parteiapparates notwendig gemacht. Die Liquidierung der Fronten wird durch die Rückkehr zu den demokratischen Prinzipien charakterisiert. Die Partei steuert der „Arbeiterdemokratie" zu, unter welcher der 10. Kongreß eine Organisationsform versteht, die sämtlichen Parteimitgliedern eine aktive Beteiligung am Leben der Partei, an der Beratung und der Beschlußfassung sowie am Parteiaufbau sichert.

Zu den wichtigsten Fragen gehört die der Mitgliedschaft, eine Frage, die bekanntlich 1903 die Spaltung der Russischen Sozialdemokratischen Partei hervorgerufen hat. (Differenzen zwischen Lenin und Martow.) Im jetzigen Parteistatut heißt es:

> „Mitglied der Partei ist jeder, der das Parteiprogramm annimmt, in einer der Parteiorganisationen arbeitet, sich den Parteibeschlüssen unterwirft und Mitgliedsbeiträge zahlt."

Verwendung der Parteimitglieder in der R. S. F. S. R.

Nach der letzten Zählung sind von je 100 Kommunisten beschäftigt:

1. in den Sowjetämtern	35
2. in der Roten Armee und Flotte	21
3. in Industriebetrieben	14
4. im Transportwesen	6
5. in der Landwirtschaft	8
6. in Partei- u. Gewerkschaftsorganisat.	6
7. als Handwerker	2
8. Uebrige	8
Zusammen	100

Es ist allzu natürlich, daß, nachdem unter Leitung der kommunistischen Partei die Staatsmacht erorbert worden ist, die Kommunisten (35 Prozent aller Mitglieder) die leitenden Aemter im Staate inne haben. Dies macht aber wiederum die Politik der K. P. R. verständlich, die sich in straffer Abgeschlossenheit, Parteisäuberung etc. äußert.

Kongresse und Konferenzen der K. P. R.

Der erste Kongreß der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiter-Partei (der Vorläuferin der K. P. R.) fand illegal vom 1. bis 3. März 1898 in Minsk statt. Es waren nur Vertreter von 6 Organisationen anwesen. Es wurde ein Z. K. gewählt und beschlossen, ein Parteimanifest herauszugeben (das Manifest wurde von Peter Struve verfaßt).

Der zweite Kongreß wurde nach fünf Jahren einberufen. Er fand im Juli/August 1903 zuerst in Brüssel, dann in London statt. Vertreten waren 26 Organisationen, anwesend 65 Delegierte. Die Partei spaltete sich in Bolschewiki (Gruppe Lenin) und Menschewiki (Gruppe Martow). Die Meinungsverschiedenheiten basierten darauf, daß die Menschewiki allein die Anerkennung des Parteiprogramms für die Mitgliedschaft für ausreichend hielten, während die Bolschewiki die Beteiligung an einer lokalen Organisation absolut forderten. Die Lenin-Gruppe erhielt die Majorität (Bolschinstwo—Majorität; Menschinstwo—Minorität). Das von der „Iskra" eingebrachte Parteistatut wurde angenommen.

Der 3., April/Mai 1905 in London stattfindende Kongreß der Bolschewiki (gleichzeitig mit der Konferenz der Menschewiki in Genf) formulierte die taktischen Prinzipien der bolschewistischen Fraktion.

Der 4. Kongreß (Vereinigungskongreß) fand im April 1906 in Stockholm statt. Anwesend waren 111 Delegierte. Als Grundlage des neuen Parteistatuts wurde das Prinzip des „demokratischen Zentralismus" angenommen. Es fand die Vereinigung mit den nationalen Organisationen statt. Das Z. K. setzte sich aus sieben Menschewiki und drei Bolschewiki zusammen.

Der 5. Kongreß fand im April/Mai 1907 in London statt, mit einer Vertretung von 145 Organisationen. Das „Zentrum stimmte die bolschewistischen Anträge nieder, doch trug die bolschewistische Majorität in den meisten Fragen den Sieg davon.

Vom 5. Kongreß bis 1917 fanden keine Kongresse, sondern eine Reihe von Konferenzen statt, so 1907, nach der Auflösung der 2. Duma eine allrussische Konferenz unter dem Vorsitz von Lenin; dann am 21. Dezember 1908 eine Konferenz in Paris, die eine scharfe Resolution gegen das „Liquidatorentum" annahm; im Januar 1912 eine Konferenz in Prag, die die Liquidatoren außerhalb der Partei stellte; im Juni 1914 eine Internationale „Vereinigungskonferenz" in Brüssel, die jedoch zu keiner Verschmelzung der beiden Fraktionen führte, und

schließlich die Konferenz der ausländischen Sektionen der R. S. Arbeiterpartei im März 1915 in Bern, die die Losung der Ablehnung der Vaterlandsverteidigung und Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg proklamierte. Hier wurde auch die Idee der Schaffung der Kommunistischen Internationale ausgesprochen.

Nach dem Sturz des Zarismus fand im April 1917 eine allrussische Konferenz der R. S. A. P. (Bolschewiki) schon in Petrograd statt. Der Ende Juli einberufene 6. Parteikongreß vertrat bereits eine Partei von 200 000 Mitgliedern und wies 157 Delegierte mit beschließender und ungefähr 110 Delegierte mit beratender Stimme auf. Im Mittelpunkt der Tagesordnung standen die Fragen des Sturzes der konterrevolutionären Diktatur und der Liquidierung des Krieges.

Der am 3. März 1918 stattgefundene 7. Kongreß der Bolschewiki stand im Zeichen der Debatten über den Brester Frieden. Es wurde eine Kommission zur Revision des Parteiprogramms eingesetzt und der Name der Partei in „Kommunistische Partei" umgeändert.

Der 8. Kongreß, der mit 403 Delegierten am 18.—23. März 1919 stattfand, nahm das neue Parteiprogramm an. Zu den wichtigsten Resolutionen gehören die über das Verhältnis zum mittleren Bauerntum, zur Roten Armee.

Der vom 29. März bis zum 4. April 1920 stattgefundene 9. Kongreß (716 Delegierte) befaßte sich hauptsächlich mit der Durchführung des Wirtschaftsplanes (Elektrifizierung), der Gewerkschaftsfrage und dem Genossenschaftswesen.

Die im September 1920 stattgefundene Parteikonferenz billigte die Friedensverhandlungen mit Polen.

Der 10. Kongreß (990 Delegierte) fand vom 8.—16. März 1921 im Augenblick konterrevolutionärer Aufstände statt. Es wurde die neue Wirtschaftspolitik beschlossen.

Die Parteikonferenz im Mai 1921 und die 11. Konferenz im Dezember 1921 setzten die Richtlinien des 10. Parteikongresses fort.

Der letzte, 11. Parteitag, der vom 23.—30. März 1922 tagte, stellte die Grenzen der Zugeständnisse in der neuen Wirtschaftspolitik fest und befaßte sich mit Fragen der Wirtschaftspolitik und des Parteiaufbaues.

Die Parteisäuberung.

Im März 1921 wurde auf dem 10. Parteitag der K. P. R. folgende Resolution angenommen:

„In Anbetracht dessen, daß die Partei einen gewissen Teil kleinbürgerlicher und im kommunistischen Geiste unbearbeiteter Intellektuelle und halbintellektueller Elemente aufgenommen hat, die von der Partei noch nicht aufgesaugt worden sind; in Anbetracht dessen, daß der überwiegende Teil der kommunistischen

Arbeiter fast ausschließlich von den Bedürfnissen des sich entfaltenden Sowjetaufbaues verbraucht wird und gezwungen ist, in hohem Grade sich von der unmittelbaren Arbeit in den Betrieben zu trennen, auch in Anbetracht der großen Verluste, die die Partei an den Fronten des Bürgerkrieges erfahren hat, — ergibt sich die dringende Notwendigkeit, den Hebel der Parteipolitik in der Richtung der Anwerbung von Arbeitern und der Säuberung der Partei von nicht-kommunistischen Elementen zu drehen, auf dem Wege einer genauen Prüfung jedes einzelnen Parteimitgliedes der K. P. R. in bezug auf den von ihm eingenommenen Posten, wie auf seine Mitgliedschaft . . . ."

Mit der Ueberprüfung wurde eine besondere Zentralprüfungskommission betraut, die vom Z. K. der Partei gebildet wurde und aus fünf vom Z. K. und der Zentralprüfungskommission bestätigten Mitgliedern bestand. Diese Mitglieder setzten dann Prüfungskommissionen in allen Gouvernements und Distrikten ein. Die Beschlüsse der lokalen Prüfungskommissionen konnten durch die übergeordneten Prüfungskommissionen aufgehoben werden. Die Zentral-Prüfungskommission war die höchste Instanz zur Entscheidung schwieriger Fälle.

Es liegen gegenwärtig Berichte über die Arbeit in 34 Gouvernements und 10 autonomen Gebieten im Südosten vor. Im Ganzen wurden 330 656 Mitglieder überprüft, von denen 73 541, d. h. 22 Prozent, aus der Partei ausgeschlossen wurden. Darunter sind Arbeiter 22 Prozent, Bauern 41 Prozent, Intellektuelle und andere 37 Prozent; 9699, d. h. 3,6 Prozent, verließen die Partei freiwillig; 3271, d. h. 1 Prozent, wurden in die Kandidatenliste eingetragen.

Verteilung nach dem Anlaß zum Ausschluß aus der Partei.

Ursache des Ausschlusses	Zahl der Ausgeschlossenen	Prozentsatz d. Gesamtzahl der Ausgeschl.
1. Eintritt in die Partei mit gegenrevolutionären Absichten	1023	1,4
2. dienten früher bei der Polizei	892	1,2
3. verbrecherische Handlungen	11502	16,0
4. Deserteure	1726	2,3
5. Bruch der Parteidisziplin	23778	33,0
6. eines Parteimitgliedes unwürdiges Benehmen	27335	38,0
7. wegen Nichtvorweisens einer Empfehlung	2548	3,5
8. ohne näher genannten Anlaß	3423	4,6
im ganzen:	72227	100,0

Von denjenigen, die wegen verbrecherischer Handlungen ausgeschlossen wurden, waren verurteilt

wegen	Bestechlichkeit	2667
„	Erpressung	645
„	Amtsmißbrauch	3077
„	anderer verbr. Handlungen	5113

Als Betragen, das eines Kommunisten unwürdig war, wurde gerechnet: Strebertum (10463), Trunksucht und Grobheit (8762), bürgerliche Lebenshaltung (731), Erfüllung religiöser Riten (3013), Nationalismus, Chauvinismus und Antisemitismus (400).

Das Ziel der Säuberung war also, alle zweifelhaften, unsicheren und schwankenden Elemente zu entfernen, sowie diejenigen, die die Bestimmung der Partei untergraben.

Presse der K. P. R.

Ueber die periodische Presse liegen keine endgültigen Zahlen vor. Von den 1000 Zeitungen, die 1921 in Rußland erschienen, mußte ein großer Teil infolge der Papierknappheit und der allgemeinen Teuerung eingehen. Es sind dieselben Erscheinungen, die auch in anderen Ländern zu beobachten sind, mit denen die russische Presse zu kämpfen hat.

Was die Verlagstätigkeit betrifft, so bekommen wir ungefähr einen Begriff über deren Umfang, wenn wir die Anzahl der von den verschiedenen Verlagsstellen herausgegebenen Exemplare zusammenstellen:

Staats-Verlag		Zentralstelle f. pol. Aufklär.		Zentralstelle Berufsbildung		Zentralstelle f. soz. Erziehg.		Komm. f. Liqu. d. Analphab.		Uebrige	
Namen	Zahl der Exempl.	Namen	Zahl der Exempl.	Namen	Zahl der Exempl.	Namen	Zahl der Exempl.	Namen	Zahl der Exempl.	Namen	Zahl der Exempl.
Im Jahre 1921											
241	12 869 800	25	851 500	22	144 000	33	1 317 000	6	150 000	35	1 088 700
Im I. Quartal 1922											
103	2 163 000	2	9 000	7	94 000	11	1 020 000	—	—	10	412 500

Von besonderem Interesse ist die Tätigkeit, die die K. P. R. entfaltet hat zur Liquidierung des Analphabetentums in der Roten Armee. Diese Tätigkeit wurde mit vollem Erfolg gekrönt: die Feier des 1. Mai 1922 war zugleich der Tag, an dem in ganz Rußland die Liquidierung des Analphabetentums in der Roten Armee gefeiert wurde. Dieser Erfolg ist nicht zuletzt der Verlagstätigkeit des Militäramtes zuzuschreiben.

Es wurde herausgegeben in der Zeit vom 1. April 1919 bis 1. Jan. 1922:

Zeit:	Bücher und Broschüren		Flugblätter		Plakate	
	Zahl der Namen	Zahl der Exemplare	Zahl der Namen	Zahl der Exemplare	Zahl der Namen	Zahl der Exemplare
1919 und 1920	112	6 291 500	85	12 833 000	117	5 689 372
1921	115	3 478 900	—	—	9	163 000
Zus.	227	9 770 400	85	12 833 000	126	5 852 372

Diese Zusammenstellung umfaßt nur die Tätigkeit der Zentralämter, nicht mit eingeschlossen ist die Tätigkeit der lokalen Körperschaften.

Die Frauenbewegung.

Der Beginn der organisierten Arbeit unter den Frauen datiert seit dem ersten Allrussischen Kongreß der Arbeiterinnen und Bäuerinnen im November 1918. Auf diesem Kongreß waren 1100 Delegierte von verschiedenen Fabriken und Betrieben, Gewerkschaften, Parteiorganisationen, sowie Bäuerinnen als Vertreterinnen der Dorfarmut anwesend. Nach diesem Kongreß wurden von der Partei Kommissionen zur Agitation und Propaganda unter den Frauen eingesetzt. Die Aufgabe der Kommissionen war es, die Arbeiterinnen zur revolutionären Arbeit heranzuziehen.

Im September 1919 wurden diese Kommissionen in Arbeiterinnensektionen umgewandelt und in jedem Parteikomitee vom zentralen bis zum Bezirkskomitee einschließlich geschaffen. Gleichzeitig mit der Reorganisation der Kommissionen hat das Z. K. der K. P. R. verfügt, daß in den Betriebszellen besondere Organisationen für die Arbeit unter den Frauen aufgestellt werden.

Die Aufgaben der Kommissionen und Sektionen der Arbeiterinnen sind natürlich die gleichen geblieben, aber in organisatorischer Hinsicht bedeuten die Arbeiterinnensektionen einen beträchtlichen Schritt vorwärts. Die Sektionen bilden einen Teil des Parteiapparates und sind mit ihm organisch verbunden.

Die Arbeit unter den Frauen erforderte in Anbetracht der Rückständigkeit der Frauen besondere Methoden und besondere Organisationsformen. Eine solche neue Form waren auch die Dele-

giertenversammlungen der parteilosen Arbeiterinnen und Bäuerinnen. Diese dienen als Verbindungsglied zwischen den breiten parteilosen Massen und den Arbeiterinnensektionen. Die Delegierten werden für die Zeitdauer von drei bis sechs Monaten gewählt. Während dieser Zeit hören sie einen Vortragszyklus und Vorlesungen an und wohnen Diskussionsabenden über verschiedene Themen des Partei- und Sowjetaufbaus bei.

Die Delegiertenversammlungen sondern aus ihrer Mitte Gruppen von Arbeiterinnen aus für die Arbeiten in den Sowjets als Praktikantinnen. Diese lernen unter Anleitung der Sektionschefs und der Instruktoren die Aufgaben der Sektionen und ihre Arbeit kennen und nehmen dann an ihnen aktiv teil.

In Rußland gab es im Jahre 1921 mehr als 60 000 weibliche Delegierte, die zirka 3½ Millionen Arbeiterinnen und Bäuerinnen vertraten.

Ende 1919 waren in den Sowjetsektionen in Moskau allein 150 weibliche Delegierte tätig; 1920 244 in der Stadt und 231 in den Bezirken. 1921 waren im ersten Halbjahr 899 Praktikantinnen tätig; von ihnen kehrten 745 in die Betriebe zurück, die übrigen blieben beständig in den Sowjets tätig. In die Sowjetarbeit werden nach und nach auch die Bäuerinnen hineingezogen. In den Sektionen der Bezirkssowjets des Moskauer Gouvernements sind 72 Bäuerinnen als Praktikantinnen tätig; in den Gemeindekomitees und den Dorfsowjets 81 Bäuerinnen in sieben Bezirken. In Moskau haben 154 Arbeiterinnen verantwortliche Sowjetposten inne, in den Bezirken 121 (in zwölf Bezirken).

Es wurden 4459 Arbeiterinnen nach 13 Gouvernements hinausgeschickt. Von ihnen blieben 1335 in beständiger Beschäftigung, viele bekleiden verantwortliche Posten.

Die Tätigkeit der Sektionen findet ihren Ausdruck außer in der Heranziehung der Arbeiterinnen und Bäuerinnen zum Sowjetaufbau noch in der Aufstellung der Fragen, die mit der Entsklavung der Frau verbunden sind. Zu diesem Zweck treten die Arbeiterinnensektionen mit den entsprechenden Kommissariaten und Sowjetsektionen in Verbindung.

Besonders symptomatisch in dieser Hinsicht ist die Arbeit in der Ukraine. Das Zentralorgan der Arbeiterinnen hat ein Kollegium aus Vertretern der Volkskommissariate ins Leben gerufen, das ein Büro der Mutterhilfe organisiert hat. Im Frühling 1921 waren 1000 Sommerkrippen geplant, davon wurden 50 Prozent realisiert.

Die Kommunistische Jugendbewegung.

In der Periode vom März bis Oktober des Jahres 1917 entstanden sozialistische Verbände der Arbeiterjugend in einer ganzen Reihe der großen Industriestädte Rußlands, wie in Petrograd, Moskau, Kiew, Jekaterinburg, Tula, Iwanowo-Wosnessensk u. a. Diese Organisationen vereinigten fast ausschließlich die Arbeiterjugend. So vereinigte der Petrograder Verband um diese Zeit über 16 000 jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen. Die Verbände trugen einen bestimmten Klassencharakter: politisch schlossen sie sich den Bolschewiki an.

Im Sommer des Jahres 1918 begann nach einer Unterbrechung, die durch die Ereignisse an der deutsch-russischen Front hervorgerufen wurde, eine Belebung und ein Aufbau der Arbeit. Von der Petrograder und der Moskauer Jugend wurde die Arbeit auf Grund eines Aufrufes des Allrussischen Organisationskongresses in Angriff genommen, eines Kongresses, der sich die Schaffung eines allrussischen Verbandes zum Ziele setzte.

Die Mehrzahl der Verbände arbeitete unter äußerst schwierigen Verhältnissen (Fehlen eines einheitlichen Programmes, eines organisierten Zentrums, Mangel an Geldmitteln). Dessenungeachtet leisteten die Verbände ihre Arbeit. Der Vormarsch an der Ostfront zwang die noch schwachen Organisationen, sich zusammenzuschließen und einen Teil ihrer Kräfte dem bewaffneten Kampfe mit den Feinden der Revolution zu widmen.

Der Allrussische Kongreß, der in der Zeit vom 28. Oktober bis zum 4. November des Jahres 1918 stattfand, vereinigte alle Organisationen zu dem einigen „Kommunistischen Russischen Jugendverband", setzte das Programm des Verbandes fest und wählte sein Zentralkomitee. Als Grundaufgabe des Verbandes anerkannte der Kongreß die Verbreitung der kommmunistischen Ideen und die Heranziehung der Arbeiter- und Bauernjugend zu dem aktiven Aufbau Sowjetrußlands. Der Kongreß anerkannte ferner, daß der Verband „solidarisch mit der K. P. R. und ein Teil der Jugendinternationale ist"; gemäß Statut können dem Verbande Jugendliche von 14 bis 23 Jahre angehören. An dem Kongresse beteiligten sich 175 Delegierte, die Vertreter von 22 000 organisierten Mitgliedern (ungefähr 80 Delegierte waren Arbeiter und Bauern).

Im März des Jahres 1919 zählte der Verband schon ungefähr 600 Organisationen und 55 000 Mitglieder.

Im Jahre 1919 — in dem schrecklichen Kriegsjahre — wurde in

den Organisationen die obligatorische militärische Ausbildung der Mitglieder eingeführt, die weiblichen Mitglieder nähten Wäsche für den Frontbedarf und standen den Verwundeten bei. Die Verbände sandten Arbeiterjugend-Abteilungen in die Dörfer, um den Rotarmisten-Familien beim Einbringen der Ernte usw. behilflich zu sein.

Die Verbände leisteten der Front auch eine unmittelbare Kampfhilfe. Als im Frühjahr 1919 eine verschärfte Frontlage eintrat, führte der Verband eine Reihe von Mobilisierungen durch.

In dieser Periode setzte das Masseneindringen des Verbandes ins Dorf ein. Die Bewegung unter der Bauernjugend begann schon um die Mitte des Jahres 1918.

Die Entwicklung des Verbandes erforderte eine Konstituierung der gegenseitigen Beziehungen zwischen Verband und Parteiorganisationen. Von dem Z. K. des Verbandes und dem der Partei wurde im August 1919 das Statut aufgestellt, daß der Verband das Programm und die Taktik der K. P. R. annähme, gleichzeitig aber eine autonome Organisation sei. Seine Spitze (das Z. K.) untersteht dem Z. K. der Partei, aber der Verband hat seine eigene Organisation und seine selbständig gewählten Organe; außerdem unterstehen die Organisationen ihrem Z. K., aber arbeiten ebenfalls unter der allgemeinen Parteikontrolle.

Der zweite Allrussische Kongreß fand vom 5. bis 8. Oktober 1919 statt. Der Kongreß bewies die gewaltigen Erfolge der Bewegung. An ihm beteiligten sich 429 Delegierte, die ungefähr 100 000 Verbandsmitglieder vertraten. Der Kongreß hatte sich mit der Frage der Fronthilfe zu beschäftigen. Zur Fronthilfe und zur Befriedigung des Armeebedarfes mobilisierte der Verband bis zu 30 Prozent aller seiner Mitglieder (von über 16 Jahren).

Großen Einfluß auf die Bewegung übte zweifellos die Gründung der Kommunistischen Jugendinternationale aus. Die Kunde von ihrer Gründung erreichte Rußland im Januar 1920, und am 5. September 1920 beteiligte sich die Proletarierjugend ganz Rußlands zum ersten Mal an der Feier des internationalen Jugendtages.

Der dritte Allrussische Kongreß am 1. Oktober 1920 sollte eine Reihe von Maßnahmen zur Verbesserung der Lage treffen. Der Kongreß deutete den Uebergang von der Agitationsarbeit zur vertieften politischen aufklärenden Arbeit an.

Der Kongreß beauftragte ferner das Z. K., eine allrussische neue Registrierung des Verbandes vorzunehmen, um ihn von den in ihn zufällig hineingeratenen, der Gesinnung nach nicht wünschenswerten Elementen zu reinigen. Die Neuregistrierung reduzierte die Verbands-

mitgliederzahl um 50 Prozent, hauptsächlich auf Kosten der Bauernjugend und der jugendlichen Intellektuellen. Nach der Neuregistrierung wurde an vielen Orten ein Feldzug zur Verstärkung der Fabrik- und Verbandszellen geführt. Der Verband traf ferner Anstalten, um die Pläne zur Bildung der sozialistischen Arbeiterjugend, der Organisation der Fabriklehrlingsschulen, der Schulklubs der Arbeiterjugend usw. zu realisieren.

Die Frühjahrskrise des Jahres 1921 und der Wechsel in der ökonomischen Politik änderten äußerlich ein wenig die Arbeiten und die Methoden des Verbandes. Die Anpassung an die neuen Bedingungen dauert auch gegenwärtig an und wird nicht so bald als beendigt angesehen werden können. Der vierte allrussische Kongreß des Verbandes (22.—28. Oktober 1921) deutete die Grundlinien der Arbeit des Verbandes an. Der Verband konzentriert seine Aufmerksamkeit auf die Arbeiterjugend, die unmittelbar in der Produktion beschäftigt ist. Um den Verband vor dem Einfluß der kleinbürgerlichen Schichten zu wahren, trifft der Verband eine Reihe von Vorbeugungsmaßnahmen; im besonderen wird die Kandidatenzeit und die Empfehlung für neue Mitglieder nichtproletarischer Herkunft eingeführt.

Die antibolschewistischen Parteien in Sowjetrußland.

Die Periode nach der Oktoberumwälzung ist durch einen schonungslosen militärischen und politischen Kampf zwischen der Kommunistischen Partei einerseits und sämtlichen bürgerlichen, gutsherrlichen und kleinbürgerlichen Parteien andererseits gekennzeichnet. Die Kommunistische Partei hat in diesem Kampf den Sieg davongetragen. Ihre Gegner befinden sich in folgendem Zustande.

Die Monarchisten (Schwarze Hundert) haben in Rußland selbst keine nennenswerte Organisation. Der Mittelpunkt ihrer politischen Aktivität befindet sich in Deutschland, Jugoslavien, Bulgarien. Sie teilen sich in Monarchisten-Absolutisten, Konstitutionalisten und Parlamentaristen. Parteiorgane: „Nowoje Wremja" („Neue Zeit") in Belgrad, „Grjaduschtschaja Rossia" („Das kommende Rußland") und „Dwuglawy Orel" („Der Doppeladler") in Berlin.

Die Kadettenpartei erfreut sich eines bedeutenden Einflusses in Rußland bei den „höheren Intellektuellen", insbesondere bei den Professoren und den hervorragenden Fachleuten (den sogenannten „Spez", d. h. Spezialisten), besitzt aber keine nennenswerte Organisation. Der Mittelpunkt ihrer politischen Tätigkeit liegt im Auslande. Im Sommer 1921 hat sich die Partei gespalten. Der Parteiführer Miljukow schlug eine „neue Taktik" vor, und zwar eine Partei-Orientierung nach der Bauernklasse, anstatt der nach den Gutsbesitzern. Bis jetzt war die Kadettenpartei eine bürgerliche Partei der Gutsbesitzer, nun will Miljukow sie in eine bürgerliche Bauernpartei umwandeln.

Die Majorität der Partei blieb der „alten Taktik" treu, d. h. sie hat die Orientierung nach der Gutsbesitzerklasse aufrechterhalten. Unter der Führung der Kadettenmajorität (Nabokow, Hessen, Roditschew) ist der „Nationale Verein", der die rechten Kadetten mit den führenden Persönlichkeiten des Adelsstandes vereinigt, ins Leben gerufen worden. Die Tageszeitung „Rul" („Das Ruder"), die in Berlin herausgegeben wird, ist das Zentralorgan der rechten Kadetten. Die in Paris erscheinende Tageszeitung „Obschtscheje Djelo" („Die gemeinsame Sache"), von Burtzew, mit finanzieller Unterstützung der französischen regierenden Kreise herausgegeben, ist das Zentralorgan des „Nationalen Vereines".

Die linken Kadetten sind aus dem Zentralkomitee der Partei ausgetreten und haben eine selbständige „demokratische Gruppe" der Partei der Volksfreiheit unter der Leitung von Miljukow, Winawer u. a. gebildet. Diese Gruppe vertritt die Ansicht, daß die Revolution die Agrarfrage bereits gelöst habe und die Wiederherstellung des adligen Grundbesitzes unmöglich sei. In ihrem Kampf gegen den Bolschewismus wollen die linken Kadetten sich auf das Bauerntum stützen. Um sich den Weg zu den Bauern zu bahnen, haben sie eine Politik der Annäherung an die Sozialrevolutionäre eingeschlagen. Die demokratische Gruppe der Partei der Volksfreiheit läßt in Paris eine Tageszeitung „Poslednije Nowosti" („Die letzten Nachrichten"), von Miljukow redigiert, erscheinen. Die linken Kadetten gaben bis Ende Februar 1922 die Tageszeitung „Golos Rossii" („Rußlands Stimme") in Berlin heraus, die seitdem von den Sozialrevolutionären übernommen worden

ist. Aus den Reihen der Kadettenpartei sind auch die Anhänger der „dritten Taktik", d. h. der versöhnlichen Taktik, der Anerkennung der Sowjetregierung, hervorgegangen. Es sind die sogenannten „Smejenowjechowzi", die sich um das Sammelbuch „Smjena Wjech" („Wechsel der Grenzpfähle") gruppieren (Kljutschnikow, Ustrjalow u. a.). Sie erkennen die Tatsache der endgültigen Niederlage der Bourgeoisie im Bürgerkriege an und fordern die Gegner der Sowjetregierung auf, in den Dienst der Revolution zu treten. Gegenwärtig geben sie in Berlin die Tageszeitung „Nakanune" („Am Vorabend") heraus.

D i e P a r t e i d e r S o z i a l r e v o l u t i o n ä r e. Während der ersten Monate nach der Oktober-Umwälzung bestand die sozialrevolutionäre Partei in Rußland als legale Partei, ungeachtet dessen, daß sie gegen die Sowjetmacht einen erbitterten Kampf führte. Da aber die Sozialrevolutionäre im Anfang Juni 1918 die sowjetfeindliche tschechoslowakische Front unterstützten, eine Reihe von Aufständen und Verschwörungen leiteten und mehrere Attentate auf die Sowjetführer organisierten, war die Sowjetregierung gezwungen, aus Gründen des Selbstschutzes Repressalien anzuwenden. Im Herbst 1918 wurde die tschechoslowakische Front der „Konstituante-Anhänger" niedergeworfen. Gezwungen, zwischen der „roten und der weißen Diktatur" zu wählen, erklärten die Sozialrevolutionäre, daß sie den Bürgerkrieg gegen die Sowjetregierung aufgäben. Daraufhin wurde die sozialrevolutionäre Partei von der Sowjetregierung legalisiert. Die Majorität der Partei hat aber diese Legalität zum unversöhnlichsten Kampfe gegen die Sowjetmacht ausgenutzt. In dem Moment, als Koltschak und Denikin eine hartnäckige Offensive entfalteten und im Begriff waren, an der Wolga eine gemeinsame Front zu bilden, forderten die Sozialrevolutionäre die „Kapitulation" der Sowjetregierung vor der „Demokratie". — 1920 steuerte die Partei auf eine offenkundige Rebellion gegen die Sowjetregierung hin und organisierte mehrere lokale Aufstände. Im August 1921 erklärte der Zehnte Parteirat, daß „die Frage des revolutionären S t u r z e s d e r k o m m u n i s t i s c h e n D i k t a t u r mit aller Kraft der Lebensnotwendigkeit auf die Tagesordnung gestellt wird, da sie die Existenzfrage der russischen Arbeiterdemokratie geworden ist".

Es ist ja nur allzu natürlich, daß die Sowjetregierung der sozialrevolutionären Partei, der Partei, die einen neuen Bürgerkrieg predigt, die Handlungsfreiheit nicht gewährt.*) Ihre konterrevolutionäre Tätigkeit in Rußland entfaltet die Partei auf illegale Weise. Es existieren geheime Organisationen, die Partei hat aber keine Verbindung mit den Massen und übt auf die Massen keinen Einfluß aus. Die Einführung der Naturalsteuer und die Regierungsmaßnahmen zum Schutz der Interessen der Landwirtschaft haben bei den Bauern einen schroffen Umschwung zugunsten der Sowjetregierung hervorgerufen und somit der sozialrevolutionären Propaganda auf dem Lande beträchtlichen Boden entzogen. In der Stadt erstreckt sich der Einfluß der Sozialrevolutionäre bloß auf Bürgerkreise und auf den kleinbürgerlichen Teil des Studententums. In Berlin geben die Sozialrevolutionäre die Tageszeitung „Golos Rossii" („Rußlands Stimme"), in Prag die Wochenschrift „Wolja Rossii" („Rußlands Wille") heraus. Das Zentralorgan der Partei „Revoljuzionnaja Rossia" („Das revolutionäre Rußland") erscheint als Monatsschrift in Estland; dort wird auch die populäre Wochenschrift „Sa Narod" („Für das Volk") herausgegeben. In Paris erscheint die Monatsschrift „Sowremjenie Sapiski" („Die zeitgenössischen Annalen"). In Rußland erscheint illegal ungefähr ein Mal monatlich „Listok Djela Naroda" („Das Blättchen der Volkssache").

Die Partei der Sozialrevolutionäre, die nie einheitlich war, zerfällt auch jetzt in mehrere Gruppen. Am schroffsten hebt sich der rechte Flügel (Awxentjew, Minor, Breschkowskaja u. a.) hervor. Das Zentrum bilden Tschernow, Rubanowitsch, Sensinow u. a. Außerdem kann man ein rechtes Zentrum, ein linkes Zentrum etc. unterscheiden. Der rechte Flügel steht in Verbindung mit den linken Kadetten, und dadurch ist eigentlich die ganze sozialrevolutionäre Partei mit den Kadetten verbunden. Im März 1920 ist die Partei aus der Zweiten Internationale ausgetreten. Später hat das Zentralkomitee den Beschluß gefaßt, in die Wiener Arbeitsgemeinschaft einzutreten. Dieser Beschluß ist aber bis jetzt noch nicht verwirklicht worden, die Partei bleibt somit außerhalb der internationalen Vereinigungen.

---

*) Während diese Zeilen gedruckt werden, findet in Moskau der große Prozeß gegen die Sozialrevolutionäre statt, durch den die ganze konterrevolutionäre Tätigkeit dieser Partei enthüllt wird. (Anm. d. Red.)

Die Minorität der Sozialrevolutionären Partei. Im Jahre 1919 hat sich ein Teil der Sozialrevolutionäre, der an der Spitze des Wolga-Uralschen Konstituante-Abenteuers stand (Wolski, Burewoj u. a.), von der Partei gelöst und eine selbständige „Minorität der Partei der Sozialrevolutionäre" gebildet. Sie vertritt den Standpunkt des wirklichen, nicht nur deklarativen Verzichtes auf den Krieg gegen die Sowjetregierung. Trotzdem hat die „Minorität" das sozialrevolutionäre Programm nicht aufgegeben. Die Gruppe existiert legal und gibt eine Zeitschrift „Narod" ("Das Volk") heraus. Auf die Massen hat sie gar keinen Einfluß. Bei den Sowjetwahlen hatten ihre Kandidaten fast gar keinen Erfolg.

Die Partei der linken Sozialrevolutionäre hat sich von der sozialrevolutionären Partei kurz vor der Oktoberumwälzung abgespalten. An der Umwälzung nahm sie keinen aktiven Anteil, hat aber während der ersten Revolutionstage eine wohlwollende Neutralität den Bolschewiki gegenüber bewahrt. Bald darauf trat sie in die Regierung ein, verließ sie aber während der Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk. Die Partei fiel nach dem im Juli 1918 von ihr organisierten Aufstand allmählich auseinander. Zuerst spalteten sich die „Volks-Kommunisten" ab, die sich bald nachher der K. P. R. anschlossen. Dann sonderten sich die „Revolutionären Kommunisten" ab, die 1920 ebenfalls in die Russische Kommunistische Partei eintraten. Im selben Jahre spaltete sich die Partei der linken Sozialrevolutionäre in eine intransigente, aktivistische „Minderheit" (Spiridonowa, Kamkow) und eine „Verständigungs"-Majorität (Steinberg, Schischkow). Die „Minorität" ist programmatisch und taktisch allmählich beim zügellosesten Anarchismus angelangt. Augenblicklich ist diese Gruppe so gut wie inaktiv. Die „Majorität" besteht legal und gibt die Zeitschrift „Snamja" („Die Fahne") heraus. Auf die Massen hat sie keinen Einfluß. Bei den letzten Wahlen in den Moskauer Rat sind drei linke Sozialrevolutionäre als Delegierte gewählt worden.

Die Partei der Menschewiki. Zu Beginn des Weltkrieges ist die Partei der Menschewiki in zwei Gruppen zerfallen: die der „Landesverteidiger" und der „Internationalisten". Die Internationalisten kamen hier und da den bolschewistischen Ansichten ziemlich nahe. Die Oktoberrevolution hat die „Inter-

nationalisten" weit nach rechts zurückgeworfen. Sämtliche Fraktionen der menschewistischen Partei vereinigten sich gegen den Bolschewismus und verfolgten ihn mit einer wilden Hetze. Ueberall, wo nur die Weiße Garde Siegerin war, stellten sich die Menschewiki aktiv auf ihre Seite. In Sowjetrußland selbst vertraten die rechten Menschewiki den Standpunkt des aktiven Kampfes gegen den Bolschewismus und waren sogar Anhänger der Intervention. Die linken Menschewiki beschränkten sich darauf, daß sie ihre rechten Gesinnungsgenossen in Schutz nahmen und gegen die Sowjetregierung einen unversöhnlichen politischen Kampf entfalteten.

In den Jahren 1918—1919 besaßen die Menschewiki eine legale Presse in Rußland. Da diese Presse ausschließlich gegen die junge Sowjetmacht gerichtet war, sah sich die Regierung veranlaßt, die Freiheit der menschewistischen Presse zu begrenzen. Seit Anfang 1921 läßt die ausländische Delegation der Partei eine zweiwöchentliche Schrift „Sozialistitscheski Westnik" („Der sozialistische Bote") erscheinen. In Rußland funktionieren das Zentralkomitee und das Allukrainische Komitee der Partei, und in den größeren Zentren existieren Lokalkomitees. Die Organisationen aber sind äußerst schwach und haben mit den Massen keine Verbindung; der Einfluß der Partei ist unbedeutend. Nur in einigen Städten sind sie von einem gewissen Teil der Drucker unterstützt. Bei den letzten Wahlen in den Moskauer Rat sind drei Menschewiki (davon zwei als Vertreter der Drucker) gewählt worden. Eine Anzahl großer Betriebe, wo die Menschewiki bis jetzt einen ungeteilten Einfluß ausübten, ist ihnen verlorengegangen. Es sei hervorgehoben, daß die Partei im Verlauf der Revolution eine riesige Anzahl von Parteimitgliedern — von einfachen Genossen bis zu Zentralkomitee-Mitgliedern (Gorew, Suchanow, Trojanowski, Chintschuk, Jachontow, Skobelew) — verloren hat.

Im März 1920 sind die Menschewiki aus der Zweiten Internationale ausgetreten und dann in die Wiener Arbeitsgemeinschaft eingetreten. Die Anhänger der Zweiten Internationale bilden in der Partei eine starke Fraktion. Ueberhaupt ist die Partei der Menschewiki an „Strömungen", „Gruppen" und „Schattierungen" ungemein reich.

Anarchisten. Die Oktoberrevolution hat die Anarchisten in „Sowjetisten" und in „Konsequente" oder mit der Sowjetmacht

Unversöhnliche gespalten. Von den ersteren sind mehrere in die K. P. R. eingetreten, ein Teil vertritt bis heute den wohlwollenden neutralen Standpunkt.

Die „konsequenten" Anarchisten sind, vielmehr waren bis zur letzten Zeit in mehrere Fraktionen geteilt. Einigermaßen aktiv ist im gegenwärtigen Moment nur die rein literarische Föderation der Anarchisten-Kommunisten, mit Karelin an der Spitze. Diese Föderation gibt eine kleine Zeitschrift „Potschin" („Der Anfang") heraus. Die im Jahre 1920 entstandene Föderation der Anarchisten-Universalisten ist ganz aufgelöst. Von dieser Föderation hat sich eine wunderliche Gruppe der „Bio-Kosmisten" abgelöst, die sich mit dem Problem der Verjüngung und dem des Verkehrs zwischen den Planeten beschäftigt. Es existiert auch noch eine kleine Gruppe der „Universalisten-Interindividualisten" mit Gorew an der Spitze. Die Tätigkeit dieser Gruppe besteht lediglich in der Herausgabe einer Zeitschrift, die mit den Fragen des Lebens in absolut keinem Zusammenhang steht.

Die verschiedenen illegalen Anarchistengruppen, die während des Kronstädter Aufstandes tätig waren, sind zur Zeit fast gänzlich verschwunden.

I. Wardin.

Die neue Wirtschaftspolitik und die russischen Gewerkschaften.

Die besondere Lage, in der sich die russischen Gewerkschaften in der Zeit bis zum Frühjahr 1921 befanden, hat ihnen einen eigentümlichen Stempel aufgedrückt. Die Gewerkschaften waren, ohne Regierungsorgane zu sein, in vielen Fragen von entscheidender Bedeutung. Sie erfüllten faktisch die Funktionen der Regierung, indem sie den Arbeitslohn, die Rationierung usw. regelten. Die westeuropäischen Gewerkschaften können von einer solchen Bestimmung der Arbeitsbedingungen nicht einmal träumen. Jeder Schritt in dieser Richtung wurde durch die höchste Kraftanspannung erkauft. Es ist nur natürlich, daß diese besondere Lage der russischen Gewerkschaften neben ihren positiven Seiten auch eine Reihe von negativen Seiten aufwies, die in den letzten Jahren zum Vorschein kamen. Manche Gewerkschaften bekamen eine allzu gradlinige Auffassung über die Frage der Mitgliedschaft; sie meinten, allein die Tatsache, daß dieser oder jener Arbeiter oder Angestellte in einem Betriebe oder Amte beschäftigt sei, genüge, damit er Mitglied werde. Da die Gewerkschaften die Arbeitsbedingungen ausnahmslos für alle Werktätigen bestimmten, so stellten sie an alle die Forderung der Zahlung der Gewerkschaftsbeiträge. Diese wurden in den meisten Fällen durch die Verwaltung abgezogen, und so ging der Zusammenhang zwischen den Gewerkschaftsmitgliedern und ihren wirtschaftlichen Organisationen verloren. Es bestand keinerlei gesetzlicher Zwang zum Eintritt in die Gewerkschaften. Es wurde kein Gesetz erlassen, das den Arbeiter nötigte, Mitglied einer Gewerkschaft zu sein. Die Gewerkschaften hätten natürlich ein solches Gesetz durchführen können, aber sie taten es nicht, weil ihr tatsächlicher Einfluß so groß war, daß ein solches Gesetz völlig überflüssig war. Aber diese mechanische Einregistrierung aller Werktätigen in die Gewerkschaften hatte unzweifelhaft ihre Schattenseiten, und

zugleich mit den neuen Aufgaben und Arbeitsmethoden wurde auch diese Frage aktuell. Sie wurde nicht ganz zutreffend als „freie Mitgliedschaft" bezeichnet, denn keine Gewerkschaft verzichtet in irgend einem Lande auf den Druck auf den nichtorganisierten Arbeiter. Wenn der Arbeiter sich dem Beitritt entzieht, so gibt die Gewerkschaft bei der Arbeitseinstellung den Mitgliedern den Vorzug.

Die Entwicklung der Kleinindustrie und des Handels verlieh der Frage der Anwerbung von neuen Mitgliedern eine neue Färbung. Nun müssen die Gewerkschaften ihre Mitgliederlisten revidieren, jedes einzelne Mitglied sich genau ansehen und gegen formale Mitgliedschaft kämpfen, denn die neugeschaffene Situation erfordert von jedem einzigen Gewerkschaftsmitglied mehr Aktivität und Initiative.

In den ersten Revolutionsjahren, bei der sich stets ändernden Struktur der Wirtschaftsorgane, befaßten sich die Gewerkschaftsorgane auch mit der unmittelbaren Organisation der Produktion. Das war Sache zweier Organe. Einerseits waren es die Wirtschaftsorgane, die sich aus den Gewerkschaften und den Vertretern der Arbeiterdeputiertenräte bildeten; andererseits mischten sich dieselben Gewerkschaften unmittelbar in alle Fragen der Produktion. So entstand eine Doppelseitigkeit und ein Parallelismus, die eine mangelnde Stabilität in der Produktionsverwaltung zur Folge hatten. Dieser Doppelseitigkeit mußte ein Ende gemacht werden. Man mußte bestimmen, wo die Kompetenz der Gewerkschaften aufhört und wo die Befugnisse der Wirtschaftsorgane anfangen. Es galt, den einheitlichen Willen in der Produktionsverwaltung durchzuführen. Als die Wirtschaftsorgane sich endgültig geformt hatten, war diese Arbeitsteilung vollkommen natürlich. Die Wirtschaftsorgane konzentrieren ihr Augenmerk auf die Produktionsverwaltung und ihre technische Vervollkommnung, während die Gewerkschaften die Arbeit organisieren und sich hauptsächlich mit der Hebung des materiellen und kulturellen Niveaus der Arbeiterschaft befassen, also mit den Fragen, die mit der Zusammenfassung, Entwicklung und Verbesserung der Arbeitskraft verbunden sind. Bei dieser Arbeitsteilung sind natürlich Konflikte möglich, aber sobald diese Konflikte entstehen, werden sie durch spezielle Organe und Aemter geschlichtet werden. Werden sie sich friedlich

nicht lösen lassen, so ist eine gewaltsame Einwirkung der Gewerkschaft auf dieses oder jenes Staatsorgan möglich. Die Gewerkschaften werden ebensowenig diese Konflikte suchen, wie es die Wirtschaftsorgane selbst tun; die einen sowohl wie die anderen sind an planmäßiger Arbeit, an Verbesserungen der Produktion und Hebung des Wohlstandes der Arbeiterschaft interessiert.

Bei der immer zunehmenden Entwicklung der Produktivkräfte verringert diese Arbeitsteilung zwischen Gewerkschaften und Wirtschaftsorganen den Einfluß der Gewerkschaften auf den Sowjetstaat und seinen Apparat keineswegs. Nach wie vor sind sie an allen staatsregelnden Organen beteiligt. Es gibt keinen wichtigen Staatsakt, der ohne Beteiligung der Gewerkschaften zustande käme. Die ganze Wirtschaftspolitik der Sowjetregierung interessiert die Gewerkschaften ebenso wie die Wirtschaftsorgane. Die Gewerkschaften, die die militärischen, Verpflegungsfragen usw. abgestoßen haben, machen sich die Hände frei, um mit noch mehr Energie und Freiheit sich den Fragen der unmittelbaren Organisation der Massen und der Hebung des materiellen und kulturellen Niveaus der Werktätigen zu widmen. Dies bedeutet aber keineswegs, daß die Gewerkschaften sich niemals mehr mit anderen Fragen befassen werden. Wenn die Lage des Sowjetstaates eine militärische Kraftanspannung oder eine Hilfe im Verpflegungswesen erfordern sollte, würden die Gewerkschaften alles tun, um diese Fragen zu meistern. Sie würden es nicht aus abstrakter Einsicht tun, sondern deshalb, weil die Meisterung dieser Fragen im Interesse der Gewerkschaftsmitglieder selbst notwendig ist, weil die Interessen des Sowjetstaates auch die Interessen der Arbeiterklasse, also die Interessen der russischen Gewerkschaften sind. Es gibt keinen Gegensatz zwischen den Interessen des Sowjetstaates und denen der Gewerkschaften. Dort, wo der Staat unter dem Ansturm des kleinbürgerlichen Elementes oder unter dem Druck der ausländischen Kapitalisten zu Zugeständnissen gezwungen ist, machen sich keine Gegensätze zwischen Staat und Gewerkschaften geltend. Der Sowjetstaat hat den Rückzug angetreten, weil das russische Proletariat nicht genügend stark ist, um der internationalen Bourgeoisie keine Zugeständnisse zu machen, und die Gewerkschaften hätten dieselben Zugeständnisse gemacht, selbst wenn

sie die Regierung wären. Dies sind nicht Zugeständnisse des abstrakten Sowjetstaates oder der arbeiterfremden bürokratischen Spitzen, sondern Zugeständnisse der Arbeiter selbst, die mit den Gewerkschaften eins sind.

A. Losowsky.

Werdegang der russischen Gewerkschaften.

Die ersten Berufsorganisationen entstanden in Rußland in den 20er Jahren des vorigen Jahrhunderts in dem jetzigen Polen, wo sich „Gesellschaften für gegenseitige Hilfe" hauptsächlich unter den Handwerkern bildeten. Erst in den 60er Jahren begann die Arbeiterbewegung, die unter dem Industrieproletariat Verbände erzeugte, die für seine ökonomischen Interessen kämpften.

Ursprünglich nahm die Arbeiterbewegung die Form von „Arbeiterunruhen" an, die vom Wachstum des Klassenbewußtseins des Proletariats zeugten. Das Ergebnis dieser Unruhen war die Einführung der Fabrikgesetzgebung. So führten die Streiks der 70er Jahre, die sich hauptsächlich gegen die Ausbeutung der Kinderarbeit richteten, dazu, daß am 1. Juni 1882 die Arbeit von Jugendlichen unter 12 Jahren gesetzlich verboten und der Arbeitstag der anderen Jugendlichen auf acht Stunden festgesetzt wurde. Der berühmte Morosowsche Streik in Orechowo-Sujew in der ersten Hälfte der 80er Jahre führte das Gesetz vom 3. Juni 1886 herbei, das die Frage der Arbeitseinstellung und deren Bestrafen juristisch faßte, usw. Dieser Bewegung fehlte jedoch noch die feste organisatorische Form. Die Polizei-Repressalien machten jede legale Organisation der Arbeiter unmöglich. Von den illegalen Organisationen gehört zu den ersten halb wirtschaftlichen, halb politischen Organisationen der „Nordrussische Arbeiterverband", der vom Tischler S t e p h a n G a l t u r i n gegründet wurde. Da aber diese Organisationen sehr bald sich in rein politische umwandelten, so blieb die Leitung des Wirtschaftskampfes bei den „Streikkomitees", die während der Streiks verhaftet wurden.

Erst am Ende der 90er Jahre konsolidierte sich die Arbeiterbewegung. Polizei und Gendarmerie versuchten, der Arbeiterorganisationen auf provakatorischem Wege Herr zu werden. Mit Wissen der Polizei organisierte der Polizeiagent S u b a t o w in Moskau, Minsk und Odessa legale Arbeitervereinigungen und stellte sich mitunter sogar

an die Spitze der Streikbewegung. Die „Subatowerei" mußte jedoch bald liquidiert werden, da die von der Polizei angezettelten Organisationen des öfteren im Interesse der Arbeiter funktionierten (die südrussischen Ereignissen 1903).

Erst 1905, nach der ersten Rrvolution, erhielt die Arbeiterklasse in Rußland die Möglichkeit, mehr oder weniger planmäßig den Ausbau ihrer Gewerkschaftsverbände in Angriff zu nehmen. Das Koalitionsrecht wurde gesetzlich statuiert, und dieses Recht wurde von der Arbeiterschaft in weitem Maße ausgenützt. Nach dem Gesetzerlaß vom 4. März 1906 übertraf die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter bereits 200 000. Die Epoche der Reaktion zermürbte aber auch die Gewerkschaften. Die Gewerkschaften, die zum Mittelpunkt der Arbeiterbewegung in Rußland zu werden versprachen, wiesen nun kaum mehr als ein paar Dutzend Mitglieder auf; die Mitglieder der Leitung verließen nicht die Gefängnisse, jeder Streik führte zur Auflösung der Gewerkschaften.

Die Februarrevolution 1917 bildete jenen Augenblick, den die Arbeiterbewegung zu ihrer weiteren Entwicklung erwartete. Im März wurden alle Verbote aufgehoben, jedoch die soeben flügge gewordenen Gewerkschaften stießen bald auf die mächtigen Kapitalistenorganisationen, hinter denen die „demokratische" Regierung stand. Die Gewerkschaften führten einen vorwiegend politischen Kampf. An der Juliaktion 1917 nahmen die Gewerkschaften den aktivsten Anteil; der Petrograder Rat der Gewerkschaftsverbände erließ einen Aufruf, der die Petrograder Arbeiter zum Kampf für die Regierung der Sowjets auffordert. Die Gewerkschaften gaben die Hauptmasse der Kämpfer ab, die das Schicksal der Revolution entschieden.

Vor der Oktoberrevolution wies die Gewerschaftsbewegung Rußlands kein organisches Wachstum auf. Erst in dem Moment, als die Macht in die Hände des Proletariats überging, trat eine fortwährende und stetige Zunahme der Gewerkschaften ein.

Ende 1905	. . .	zirka	100 000	Mitglieder
„ 1906	. . .	„	200 000	„
Anf. 1907	. . .		245 000	„
„ 1908	. . .		103 000	„
Mitte 1917	. . .		693 278	„
1918	. . .		1 946 235	„
1919	. . .		3 706 779	„
1920	. . .		5 222 000	„
1921	. . .		7 524 438	„

(nach anderen Angaben zirka 8 Mill.)

Das rasche Wachsen der Gewerkschaftsbewegung in Sowjetrußland ist durchaus begreiflich, wenn man berücksichtigt, daß die proletarische Regierung jeden gewerkschaftlich nicht organisierten Arbeiter als unwillkommenes Element betrachtet.

Zu gleicher Zeit wurden durch den Gang des Bürgerkrieges und des Wirtschaftslebens den Gewerkschaften wichtige Aufgaben der Organisierung der Volkswirtschaft auferlegt. Natürlich wechselten die Aufgaben und der Charakter der Gewerkschaften je nach der politischen Situation. Dies wird besonders aus den Grundfragen ersichtlich, mit denen sich die Gewerkschaftskongresse zu befassen hatten. Es fanden statt:

	Zahl der Delegierten	Kommun.	Menschw.	Übrige Parteien	Parteilose
I. Kongr. 7./.14. I. 18	416 v. 2 638 812 Mitgl.	273	66	43	34
II. „ 16./25. I. 19	468 v. 3 422 000 Mitgl.	374	29	42	23
III. „ 6./13. IV. 20	1 578 v. 4 227 000 Mitgl.	1 180	57	69	272
IV. „ 17./.26. V. 21	3 102 v. 8 485 000 Mitgl.	2 510	16	21	555
V. „ soll i. Sept. 1922 stattfinden	—	—	—	—	—

Der erste Kongreß befaßte sich hauptsächlich mit dem Verhältnis der Gewerkschaften und der Sowjetregierung. In der dazu gefaßten Resolution heißt es: „Die revolutionären Sozialisten betrachteten stets die Gewerkschaften als Organisationen, die berufen sind, Hand in Hand mit den anderen Kampfesorganisationen der Arbeiterklasse für die Diktatur des Proletariats und Verwirklichung des Sozialismus zu kämpfen." Der zweite Kongreß befaßte sich mit der Frage der Beteiligung der Gewerkschaften am Wirtschaftsaufbau; der dritte proklamierte als Grundaufgabe der Gewerkschaften die „Wiederherstellung der Produktivkräfte des Landes durch Hebung der Leistungsfähigkeit der Arbeit und der Betriebe". Erst der vierte Kongreß weist auf die Notwendigkeit hin, die rein wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter zu verteidigen.

Statistik der Gewerkschaftsbewegung.

Am Ende des Jahres 1921 bestanden in Rußland 9 451 Gewerkschaftsorganisationen mit insgesamt 7 963 000 Mitgliedern. Nach Produktionszweigen lassen sich die jetzt bestehenden 21 allrussischen Verbände folgendermaßen gruppieren:

1. Metallarbeiter	522 000	Mitglieder
2. Textilarbeiter	369 000	,,
3. Bergarbeiter	284 000	,,
4. Erd- und Waldarbeiter	658 000	,,
5. Holzarbeiter	236 000	,,
6. Lederarbeiter	182 000	,,
7. Bauarbeiter	347 000	,,
8. Nadelarbeiter	186 000	,,
9. In der Lebensmittelbranche	268 000	,,
10. In der Zuckerindustrie	51 000	,,
11. Im Druckereigewerbe	86 000	,,
12. In der Papierindustrie	27 000	,,
13. Tabakarbeiter	30 000	,,
14. In der chemischen Industrie	159 000	,,
15. Eisenbahner	1 070 000	,,
16. Wassertransportarbeiter	299 000	,,
17. Transportarbeiter im Ortsverkehr	201 000	,,
Kopfarbeiter:		
18. Arbeiter der Heimkunst	122 000	,,
19. Im Kranken- und Sanitätswesen	562 000	,,
20. Im Bildungswesen	756 000	,,
21. Im Post- und Telegraphenwesen	198 000	,,
Dazu kommen:		
Sowjetangestellte	1 028 000	,,
und Personen, die in der öffentlichen Ernährung und Kommunalwirtschaften tätig sind	322 000	,,
Insgesamt:	7 963 000	Mitglieder

Territorial verteilen sich die Gewerkschaften folgendermaßen:

1. Der zentrale Industrierayon	1 378 000	Mitglieder
2. Der zentrale Schwarz-Erde-Rayon	961 000	,,
3. Das Nordgebiet	855 000	,,
4. Das Westgebiet	365 000	,,
5. Wolgagebiet	938 000	,,
6. Ural	783 000	,,
7. Kirgisen-Republik	145 000	,,
8. Sibirien	387 000	,,
9. Turkestan	206 000	,,
10. Kaukasus	208 000	,,
11. Südosten	405 000	,,
12. Krim	38 000	,,
13. Ukraine	1 294 000	,,
	7 963 000	Mitglieder

Die **Beteiligung der Frauen**, die in einigen Gewerkschaften überwiegend sind, geht aus folgender Zusammenstellung hervor:

1. Erd- und Waldarbeiter	25,6 Prozent	Frauen
2. Holzarbeiter	19,9 ,,	,,
3. Lederarbeiter	10,7 ,,	,,

4.	Bauarbeiter	11,0	Prozent Frauen
5.	Tabakarbeiter	55,1	„ „
6.	Nadelarbeiter	64,8	„ „
7.	Transportarbeiter	16,8	„ „
8.	Kommunalwirtschaften	21,9	„ „
9.	Volksernährung	64,9	„ „
10.	Kunstarbeiter	36,9	„ „
11.	Sanitäts- und Aerztewesen	57,8	„ „
12.	Volksbildung	62,3	„ „
13.	Post und Telegraph	31,6	„ „
14.	Sowjetangestellte	25,1	„ „
	durchschnittlich	33,4	Prozent Frauen

Organisation der Gewerkschaften.

Alle Mitglieder der Gewerkschaften werden als solche gezählt, wenn sie irgend einem Produktionsverbande angehören. Es gibt 21 solcher Verbände. Die Tätigkeit der lokalen Sektionen der Produktionsverbände wird aber in jeder Gegend zusammengefaßt und von lokalen gemischten Organisationen geleitet. In jedem Bezirk gibt es nicht nur Bezirkssektionen für jeden Produktionszweig, sondern auch ein Bezirksbüro der Gewerkschaftsverbände. In jedem Gouvernement gibt es neben den Gouvernementssektionen der Produktionsverbände auch einen Gouvernementsrat der Gewerkschaften, ebenso in den Distrikt-(Provinz-)Büros des Allrussischen Zentralrats der Gewerkschaften, der die ganze R. S. F. S. R. umfaßt.

Das oberste administrative Organ bilden die Präsidien und die Sekretariate der entsprechenden Verbände, die in den entsprechenden Konferenzen und Kongressen gewählt werden.

Die Kongresse und Konferenzen sind die gesetzgebenden Organe der Gewerkschaftsbewegung. Sie werden einberufen einmal jährlich für ganz Rußland und mindestens zweimal jährlich in jedem Gouvernement. In den Zeiträumen zwischen den Kongressen hat das Plenum der Zentralkomitees und des Allrussischen Zentralrats der Gewerkschaften gesetzgebende Macht und in beschränkterem Maße auch das Zentralkomitee und das Präsidium des Allrussischen Zentralrats der Gewerkschaften.

Die ganze Bewegung ist streng zentralisiert: das Gebiet, in dem jede Verbandseinheit befugt ist, selbständige Beschlüsse

zu fassen, ist genau begrenzt. Die Beschlüsse, die für ganz Rußland Gültigkeit haben sollen, werden vom Obersten Zentralrat der Gewerkschaftsverbände, dem Allrussischen Gewerkschaftskongreß, dem Zentralkomitee der Gewerkschaften und ihren Allrussischen Kongressen gefaßt. (Die letzteren werden vom Obersten Zentralrat der Gewerkschaften bestätigt.) Innerhalb des Gouvernements werden die Beschlüsse von den Gouvernementskonferenzen aller Verbände und den Konferenzen der einzelnen Produktionsverbände angenommen. Im Konfliktfall können die Gouvernementsbeschlüsse von den entsprechenden Zentralkomitees oder vom Obersten Zentralrat der Gewerkschaften aufgehoben werden. Den letzteren steht auch das Recht zu, die Verbände aufzulösen.

Die Betriebskomitees.

Die Betriebskomitees spielten eine besonders große Rolle in der Zeit nach der Februarrevolution, als die Gewerkschaftsorganisationen, die noch unter dem Einfluß der Menschewiki standen, in der Verteidigung der Arbeiterinteressen nicht tatkräftig genug waren. Die Sabotage seitens der Unternehmer ging soweit, daß zum Beispiel auf Anraten des bekannten Fabrikanten Rjabuschinski die Unternehmer sich weigerten, die Arbeitslöhne den Lebenserhaltungskosten anzupassen. Da galt es, Organe zu schaffen, die imstande gewesen wären, an Ort und Stelle die Verhandlungen mit den Unternehmern zu leiten. Das waren auch die Betriebskomitees, die ausschließlich aus Arbeitern des betreffenden Betriebes gebildet wurden und offiziell als Organe der Arbeiterkontrolle galten.

Gegenwärtig ist die Funktion der Betriebskomitees entsprechend dem Ausbau der Gewerkschaftsbewegung eine wesentlich andere geworden. Die Betriebskomitees, die in den Vollversammlungen des betreffenden Betriebes gewählt werden, in der Anzahl von 3—10 Personen, bilden jetzt die niedrigste Verbandseinheit, der folgende Funktionen obliegen:

T a r i f e. Die Komitees haben darauf zu achten, daß die Arbeiter ihrer Qualifikation nach in die richtige Tarifgruppe eingereiht werden.

K o n f l i k t s c h l i c h t u n g. Die Komitees greifen in alle Streitfälle und Mißverständnisse ein, die zwischen der Leitung und dem

einzelnen Arbeiter entstehen, wobei das Komitee Schlichtungskommissionen auf paritätischer Grundlage einsetzt. Außerdem tritt das Komitee von selbst in Verhandlungen mit der Betriebsleitung und ist berechtigt, Prozesse einzuleiten.

Arbeitsschutz. Es obliegt den Betriebskomitees, die Maßnahmen zum Schutze der Arbeiterschaft zu überwachen.

Bildungsarbeit, d. h. Bekämpfung des Analphabetentums und Veranstaltung von verschiedenen Vergnügungen, die den Kulturbedürfnissen entgegenkommen.

Die Mitgliederbeiträge für die Gewerkschaften werden von den Fabrikkomitees erhoben und den Gewerkschaftskassen überwiesen.

Der Verkehr mit den Gewerkschaftsverbänden, die Aufnahme neuer Mitglieder, die Durchführung von Versammlungen, die Vertretung der Arbeiterinteressen in den Konferenzen usw. geschieht durch die Betriebskomitees. Das Betriebskomitee, als niedrigste Verbandseinheit im Betrieb, dient auch dazu, alle Verfügungen des Verbandes in die Wirklichkeit umzusetzen.

Gegenwärtig gibt es in Sowjetrußland über 20 000 solcher Komitees mit mindestens 100 000 Mitgliedern.

Tätigkeitsgebiet der Gewerkschaften.

Die wichtigste Funktion aller Gewerkschaftsorganisationen ist die Normierung der Arbeitslöhne. Die Höhe der Löhne und die Art der Auszahlung der Arbeitslöhne wird in Sowjetrußland durch eine einzige Körperschaft bestimmt, nämlich durch den Allrussischen Zentralrat der Gewerkschaften. Die Lohnabstufung wird auf Grund einer sogenannten 17teiligen Skala vorgenommen. Das Verhältnis zwischen den einzelnen Tarifstufen ist ein festgesetztes, aber die Tarife selbst stellen ein Minimum und nicht die festgesetzte Bezahlungsnorm dar. Die Tarifpolitik der Gewerkschaften läßt die verschiedensten Bezahlungsformen der Arbeit zu: neben dem Zeitlohn ist Pauschalbezahlung vorgesehen, außerdem wird häufig die sogenannte Budget-Pauschalbezahlung praktiziert, die darin besteht, daß vom Budget des betreffenden Unternehmens eine bestimmte Summe nach der Berechnung der durchschnittlichen Produktion ausgesetzt wird.

Die Verteidigung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter in den Betrieben ist durch die letzten Veränderungen (1921-1922) im Wirtschaftsleben Sowjetrußlands aktuell geworden; vorher, zur Zeit des Bürgerkrieges, wurden diese Interessen dem Gesamtinteresse der proletarischen Diktatur hintenangestellt. Die neue Wirtschaftspolitik machte den Uebergang zu Kollektivverträgen mit den Gewerkschaften notwendig und ergab ferner die Notwendigkeit eines weitausgedehnten Netzes von Schlichtungskammern. Die Möglichkeit eventueller Streiks und die Notwendigkeit, von seiten der Gewerkschaften an dieser Streikbewegung teilzunehmen, gebietet schließlich das Unterhalten von Streikfonds.

Die Funktionen des Arbeitsschutzes sind mit der Verteidigung der Interessen der Arbeiter in den Betrieben eng verknüpft. Aber während früher die gesamte Tätigkeit zum Arbeitsschutz den Gewerkschaften oblag, beschränken sie sich nunmehr nur darauf, die Arbeitsinspektion mit Material zu versorgen und an der Ausarbeitung der Arbeitsschutzgesetze des Volkskommissariats für Arbeit teilzunehmen.

Die Gewerkschaften, die früher an der Organisation der Betriebe selbst mehr beteiligt waren, verwandeln sich immer mehr in regulierende Wirtschaftsorgane und beteiligen sich an der Produktionsleitung nur in gesetzgebender, aber nicht administrativer Hinsicht. Diese letztere Rolle der Gewerkschaften ist jedoch sehr beträchtlich: gegenwärtig gibt es kein Gebiet der Gewerbegesetzgebung, an dem sich die Gewerkschaftsbewegung nicht bemerkbar gemacht hätte. Die Beteiligung der Gewerkschaften am Obersten Volkswirtschaftsrat ist nicht unbedeutend. Wiederholt finden gemeinsame Sitzungen des Präsidiums des Obersten Volkswirtschaftsrates und desjenigen des Allrussischen Zentralrates der Gewerkschaften statt. Ebenso sind in fast allen Volkskommissariaten Vertretungen der entsprechenden Gewerkschaften.

Nicht zuletzt sei die Aufklärung, Verlags- und allgemein politische Arbeit der Gewerkschaften erwähnt. Die Gewerkschaften führen einen aktiven Kampf nicht nur gegen das Analphabetentum überhaupt, sondern auch gegen die Unwissenheit in gewerkschaftlicher Hinsicht. Dem Allrussischen Zentralrat der Gewerkschaftsverbände ist eine Hochschule für Gewerkschaftsbewegung angegliedert, in der jährlich 250—300 Gewerkschaftsfunktionäre ausgebildet werden. In der Schule wird gründlich Geschichte, Theorie und Praxis der Gewerkschaftsbewegung in Sowjetrußland und im Auslande durchgenommen, ferner Grundzüge der Nationalökonomie, der Ge-

schichte Europas und Rußlands, der Geschichte des Sozialismus, Grundzüge des Marxismus usw. Entsprechende Schulen niederen Grades sind den Gouvernementsräten der Gewerkschaften angegliedert.

Alle allrussischen Verbände haben ihre Monats- oder Wochenblätter, einige beides (z. B. Textil- und Metallarbeiter). Die Eisenbahner haben als Tageszeitung „Gudok" (das Signal). Der Allrussische Zentralrat hat eine Tageszeitung „Trud" (Arbeit) und eine Monatsschrift „Westnik Truda" (Bote der Arbeit) und gibt zweimal monatlich ein „Bulletin" heraus. Außer den periodischen Schriften geben das Zentralkomitee und der Allrussische Zentralrat eine Menge Bücher und Broschüren heraus, so z. B. ist im Verlag des A. Z. R. Webbs „Geschichte des Trade-Unionismus", Nestriepke, Paul Louis usw. erschienen.

Die politischen Funktionen der Gewerkschaften werden dadurch charakterisiert, daß die Gewerkschaften an allen Ereignissen des politischen Lebens Sowjetrußlands teilnehmen. So z. B. waren auch in der Genuadelegation zwei Vertreter der Gewerkschaften (Rudsutak, Sapronow u. a.). Gewerkschaften sind Chefs einzelner Truppenteile der Roten Armee und der Flotte, beteiligen sich aktiv an der Wahlkampagne für die Sowjets u. a. m.

Das Genossenschaftswesen.

Konsumgenossenschaften. Die Struktur des gegenwärtigen russischen Konsumgenossenschaftswesens gestaltete sich einerseits unter dem Einflusse des Interesses, das alle Bürger der Republik an der Kooperation hatten, und andererseits als Ergebnis eines bestimmten Schemas für den Aufbau des Genossenschaftswesens.

Das Organisationsschema des Konsumgenossenschaftswesens kann im Grundriß folgendermaßen dargestellt werden:

1. Konsumgenossenschaft der lokalen Vereinigung — Vereinigte Konsumgenossenschaft (Jedinoje Potrebitjelskoje Obschestwo, verkürzt = Jepo.)
2. Die Konsumgenossenschaft zweiter Stufe — Gouvernements-Verband der Konsumgenossenschaften (Gubsojus).
3. Die Konsumgenossenschaft dritter Stufe — Allrussischer Zentralverband der Konsumgenossenschaften (Zentrosojus).

Mit diesen Organen stehen folgende Arten des Genossenschaftswesens in organischer Verbindung:

1. Freiwillige konsumgenossenschaftliche Vereinigungen, die die primären Zellen des Arbeitsgenossenschaftswesens bilden und innerhalb der örtlichen Konsumgenossenschaften funktionieren.
2. Gouvernements - Arbeiterkomitees der Konsumgenossenschaften (Gubrabkoop), die innerhalb der Gouvernements die Tätigkeit der freiwilligen konsumgenossenschaftlichen Vereinigungen lenken und ihre Interessen vor den Gouvernementsverbänden vertreten.
3. Zentral-Arbeiterkomitee des Genossenschaftswesens (Zerabkoop), das organisatorisch in den Zentrosojus eingeschaltet ist und ihm gegenüber die Interessen des Arbeitergenossenschaftswesens im allgemeinen vertritt.

Außerdem gibt es:

1. Ein System eines Genossenschaftswesens für Transport (Transport-Konsumgenossenschaft), das die Rechte eines Gouvernements-Verbandes besitzt und als Zentralleitung des Verpflegungsdienstes der Angestellten des Transportwesens mit den Rechten einer autonomen Abteilung des Zentralverbandes ausgestattet ist.
2. Ein System des Armee-Genossenschaftswesens, dessen Struktur der Armee angepaßt ist und daher mit dem allgemeinen System des Genossenschaftswesens nicht übereinstimmt.

Genossenschaften der Hausindustrie. Die primären genossenschaftlichen Organisationen der Hausindustrie zerfallen in die folgenden Grundformen, deren Aufgaben aber gegenseitig ineinander geschlungen sind:

1. Einkaufsgesellschaften oder -Artels.
2. Gesellschaften oder Artels für Absatz der Produktion.
3. Industriegesellschaften oder -Artels.

Die Tätigkeit der Einkaufsgesellschaften besteht in dem Engros-Einkauf von Rohmaterial, von Produktionsmitteln und Instrumenten für die eigenen Mitglieder.

Die Absatzgesellschaften haben die Organisierung des Verkaufes der durch die Mitglieder der Gesellschaft erzeugten Produkte zur Aufgabe.

Endlich die im eigentlichen Sinne des Wortes genommenen Hausindustriegesellschaften, die die Produktion auf Grund der gemeinschaftlichen Benutzung der Räumlichkeiten oder der Produktionsmittel organisieren.

Zu Anfang des Krieges, im Jahre 1914, bestanden etwas über 200 der Hausindustrieartels. Die Zerrüttung der russischen Industrie und die in den Jahren 1919 bis 1920 vor sich gehende Verstaatlichung fast aller Zweige der Volkswirtschaft führte zu einer Ausbreitung der Artelbewegung.

Das Wachstum des Hausindustrie-Genossenschaftswesens in den letzten Jahren wird aus Folgendem ersichtlich:

Jahr	1919	1920	1921	1922
Artels	780	1 722	4 257	6 700
Verbände	15	26	27	144

Die landwirtschaftliche Genossenschaft. Der Uebergang zur neuen Wirtschaftspolitik war von zwei staatsrechtlichen Verfügungen von großer Bedeutung begleitet (Dekrete vom 7. Juli und 16. August 1921), die die Hebung der Landwirtschaft ins Auge fassen durch Feststellung der Art und Weise der Organisierung von Genossenschaften der landwirtschaftlichen Hausindustrie. Am 22. Januar 1922 erschien das Dekret über die Wiederherstellung des Kredit-Genossenschaftswesens mit allen seinen übrigen Funktionen.

Die größten Resultate auf dem Gebiet der Bauernwirtschaft wurden von den landwirtschaftlichen Genossenschaften und den Artels für Einkauf, Rohmaterialverarbeitung und Absatz erreicht. Im Jahre 1906 gab es 39 landwirtschaftliche Genossenschaften; im Jahre 1913 betrug ihre Zahl 1164, und im Jahre 1921 stieg sie auf 6000. Eine bedeutende Stufe der Entwicklung erreichte das Genossenschaftswesen für Absatz von Flachs. Die im Jahre 1915 entstandene Zentralgenossenschaft der Flachsproduzenten sammelte im Jahre 1920 ein Zwanzigstel des durch die russische Bauernschaft produzierten Flachses. Auch der Ende des Jahres 1918 entstandene Zentralverband der Genossenschaften für Absatz, Einkauf und Verarbeitung von Saatkorn und Getreide, „Genossenschaftliches Korn", wickelte in den Jahren 1918-20 Operationen mit Getreide ab. In den Jahren 1918-19 lieferte der Verband ungefähr 30 Millionen Pud Brotgetreide, während die Gesamthöhe der durch den Staat beschafften Proviantvorräte 100 Millionen Pud betrug. Im Mai 1918 begann die Tätigkeit des Allrussischen Verbandes der Ge-

nossenschaften für Verarbeitung und Absatz von Kartoffeln. Ebenfalls im Jahre 1918 entstand ein Zentralverband für Absatz der Produkte der Geflügelzüchter, und dann wurde der Allrussische Einkaufsverband des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens geschaffen („Selskosojus"), dessen Mitgliederzahl am 1. Januar 1922 die Zahl 500 000 erreichte.

Im Verlauf der Revolution wurde eine neue Form der Vereinigung von Bauern in der Gestalt landwirtschaftlicher Kollektive, Kommunen und Artels geschaffen. Während die landwirtschaftlichen genossenschaftlichen Organisationen, die die einzelnen Bauernwirtschaften zu bestimmten Zwecken (Absatz, Produktion) vereinigen, die Individualwirtschaft beibehalten, bilden die landwirtschhaftlichen Kollektiven Vereinigungen, in denen die Produktionsmittel gemeinsamen Besitz bilden, der Boden gemeinsam bearbeitet wird usw.

Nach statistischen Daten des Kommissariats für Landwirtschaft betrug die Zahl der Kollektivwirtschaften im europäischen Rußland am 1. Januar 1922 3935 Kommunen und 11 306 Artels.

Es ist zu bemerken, daß es Formen des Genossenschaftswesens gibt, deren Zweck in der Kooperation verschiedener Produktionsprozesse besteht; namentlich wurden Maschinengenossenschaften geschaffen. In der letzten Zeit kommt die Selbstbetätigung der örtlichen Bevölkerung auch in der Organisation besonderer Gesellschaften für Verbesserung des Bodens und der Schaffung besonderer Kulturen zum Ausdruck. Nach Angaben, die bei weitem nicht vollständig sind, gibt es gegenwärtig in Rußland ungefähr 250 Meliorations-Genossenschaften, die ungefähr 8000 Bauernwirtschaften vereinigen.

Die Arbeitsgesetzgebung.

Am 10. Dezember 1918 wurden die Dekrete und einzelnen Verfügungen in Fragen des Arbeitsschutzes gesammelt und zum Kodex der Gesetze über die Arbeit vereinigt. Auf Grund der Parole der R. S. F. S. R.: „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen", statuiert § 1 des Kodex das Arbeitsrecht und die Arbeitspflicht für alle Bürger der Arbeiterrepublik im Alter von 16 bis 50 Jahren, mit Ausnahme der Personen, die vorübergehend oder ganz arbeitsunfähig geworden sind infolge von Altersschwäche oder Krankheit und der schwangeren Frauen (in der Zeit von je acht Wochen vor und nach der Entbindung), sowie der Schüler aller Stufen, da der Schulbesuch als Arbeit betrachtet wird. Für Jugendliche unter 18 Jahre und Frauen wird Nachtarbeit und Beschäftigung in besonders gesundheitsschädlichen Betrieben verboten. Die Einstellung der Arbeiter geschieht durch die Sektionen für Registrierung und Verteilung der Arbeitskraft, wobei Arbeitgeber und Arbeiter, die diese Aemter umgehen, zur Verantwortung gezogen werden.

Jedem Werktätigen wird das Recht zuerkannt, Arbeit in seinem Fach unter den vom zuständigen Gewerkschaftsverband festgestellten Bedingungen zu erhalten. Der Arbeitslose hat kein Recht, eine

Beschäftigung abzulehnen, falls sie seinem Fach und seiner Qualifikation entspricht. Zur Feststellung der Brauchbarkeit des einzelnen Arbeiters für die ihm zugewiesene Arbeit wird vorerst eine Probezeit von höchstens sechs Tagen für Arbeiter in Betrieben, von vierzehn Tagen für Angestellte und von einem Monat für hochqualifizierte Angestellte eingeführt. Bei der Entlassung eines Arbeiters, die nicht auf seinen Wunsch hin, sondern infolge der Stilllegung oder Einschränkung des Betriebes oder dergl. erfolgt, hat eine vierzehntägige Kündigung vorauszugehen oder, bei sofortiger Entlassung, die Auszahlung eines vierzehntägigen Arbeitslohnes zu erfolgen.

Die Arbeitsentlohnung wird durch die vom Volkskommissariat für Arbeit festgesetzten Tarife reguliert. Die Dauer des Arbeitstages ist 8 Stunden für Tag- und 7 Stunden für Nachtarbeit. Für Jugendliche unter 18 Jahren, in besonders schädlichen Produktionszweigen und für die Tage vor Sonn- und Feiertagen wird die Arbeitszeit auf 6 Stunden herabgesetzt. Der Werktätige erhält 14 Tage bezahlten Urlaub.

Bei der Einbuße der Arbeitsfähigkeit erhält jeder Werktätige kostenlos ärztliche Hilfe und Unterstützung in der Höhe des vollen Arbeitslohnes; ebenso erhalten die Arbeitslosen Unterstützung.

In der Zeit von der Veröffentlichung des Kodex bis 1922 — in der Periode des erbittertsten Bürgerkrieges — sind neue Methoden der Heranziehung zur Arbeit notwendig geworden: der Zwang wurde besonders erforderlich. So wurden Mitte 1920 sämtliche Arbeiter und Angestellte durch spezielle Verfügungen militarisiert und der Freizügigkeit beraubt. Deserteure der Arbeit wurden ebenso bestraft wie Militärflüchtige.

Am 14. Dezember 1920 wurden besondere Kommissionen zur Bekämpfung der Arbeitsunlust ins Leben gerufen, und der Kampf gegen die Uebertretung der Arbeitsdisziplin wurde auf die Administration der Aemter und Betriebe sowie auf die Gewerkschaften übertragen.

Die Arbeitspflicht.

Vor der Revolution wurden amtlich auferlegte Arbeitspflichten nur ausschließlich vom Bauerntum getragen, das vom feudalzaristischen Regime als Arbeitsvieh betrachtet wurde. Die Oktoberrevolution führte das sozialistische Prinzip der allgemeinen Arbeitspflicht sämtlicher Bürger gegenüber dem Staate ein und betraute das Volkskommissariat für Arbeit mit der Durchführung dieses Gesetzes.

Die Gesetzgebung auf dem Gebiete der allgemeinen Arbeitspflicht sah vor: 1. die Pflicht aller Bürger, Arbeit gegen Bezahlung zu leisten, entsprechend den Bedürfnissen des Staates; 2. die Arbeitsaufgaben des Staates wurden nach der Bevölkerungszahl am Arbeitsorte verteilt; 3. für die Ausführung der der Bevölkerung auferlegten Arbeitspflichten wurde diese kollektiv verantwortlich gemacht.

Die wichtigsten Arbeitsprojekte für die Arbeits- und Gespannpflichten waren: Holzmachen und Zufuhr von Brennstoffen, Zufuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen an die Eisenbahnlinien, Ausführung der verschiedensten Arbeiten, für die unqualifizierte Arbeitskraft und eine primitive Organisation der Arbeit erforderlich sind, Bekämpfung elementarer Katastrophen, wie Ueberschwemmungen, Waldbrände und Schneeverwehungen der Eisenbahnen. Dem Umfang nach nimmt unter diesen Arbeiten das Holzhacken und die Zufuhr von Holz die erste Stelle ein: 75 Prozent des Gesamtbedarfes des Staates wird auf dem Wege der Arbeits- und Gespannpflicht beschafft, was in folgender Tabelle zum Ausdruck kommt:

Lieferung von Arbeitskraft und Gespannen auf dem Wege der Arbeitspflicht, für Holzbeschaffungsarbeiten, Industrie und Transport. Für die ganze R. S. F. S. R. (ohne Kaukasus, Ukraine und Turkestan).

Jahr	Gelieferte Menschentage	Gelieferte Pferdetage	Fertiggestellt in Kubik-Saschen	Zugeführt in Kubik-Saschen
1920	35 101 868	55 765 848	5 851 978	4 647 154
1921	26 507 994	60 155 676	4 417 999	5 012 973

Wir sehen also, daß die Menge der 1921 gestellten Pferde, ebenso wie die des zugeführten Holzes die Zahl von 1920 übersteigt, während die Anzahl der Arbeiter ohne Pferde und die Menge des fertiggestellten Holzes gesunken ist. Aus diesem Grunde wurden im Frühling und im Herbst 1921 Brennstoffkampagnen organisiert, für welche Arbeitskräfte und Gespanne mobilisiert wurden

Eine besondere Stellung in der Tätigkeit des Volkskommissariats für Arbeit nimmt die Organisierung von öffentlichen Arbeiten in den H u n g e r g e b i e t e n ein, über deren Umfang die folgende Zusammenstellung eine Vorstellung gibt.

Oeffentliche Arbeiten vom 1. Oktober 1921 bis 1. Januar 1922.

Gouvernement, Republik oder autonome Provinz	Gearbeitet Menschentage	Gearbeitet Pferdetage
Samara	24 368	21 790
Tartaren-Republik	1 484	1 384
Zaryzin	20 914	24 625
Saratow	8 760	6 705
Tschuwaschen-Provinz	47 119	25 129
Wotjaken „	8 553	—
Mari „	—	2 000
Insgesamt	111 198	81 633

Natürlich entfielen auf die Bevölkerung der Kriegsschauplätze und der Waldgegenden in der Periode des Bürgerkrieges die meisten Arbeitslasten. Die Beendigung des Bürgerkrieges und der Uebergang zur neuen Wirtschaftspolitik brachten eine Revision der Gesetzgebung für die Arbeitspflicht im Sinne einer N o r m a l i s i e r u n g der Arbeitspflicht mit sich. Durch eine Reihe von Dekreten wurde bereits im Sommer 1921 und im Winter 1921-22 die Arbeits- und Ge-

spannpflicht gleichmäßig nach der Dichte der Bevölkerung und den Bedürfnissen der Arbeit verteilt. Das Dekret vom 22. November 1920 führte an Stelle der früheren Arbeitspflicht eine Arbeitssteuer für alle arbeitsfähigen Bürger der Republik von 18—40 Jahren sowie für Gespannbesitzer in der Höhe von sechs Arbeitstagen im Jahre ein. (Die Arbeitssteuer erstreckt sich nicht auf die Arbeiter in den Staatsbetrieben.) In der R. S. F. S. R. (ohne Ukraine und Kaukasus) unterliegen 36 Millionen Menschen der Arbeits- und Gespannpflicht.

Der Arbeitsmarkt (1918—1921).

1918 herrschte in Rußland eine zunehmende Arbeitslosigkeit infolge der Demobilisierung der Armee, die mit der Demobilisierung der Industrie und der Veränderung der organisatorischen Wirtschaftsformen der Industrie zusammenfiel. 1919 wurde bereits ein Mangel an Arbeitskräften wahrgenommen infolge der schweren materiellen Lage der Städte und der Durchführung der Agrarreform, die ein Abströmen der Bevölkerung aufs flache Land zur Folge hatte, ebenso infolge der Mobilisierung für die Rote Armee. Seit Ende 1919 traten Arbeitsmobilisierungen in Kraft. Im Februar 1920 wurden Ausschüsse für die allgemeine Arbeitspflicht ins Leben gerufen, die die Tätigkeit der Organe zur Dienstbarmachung der Arbeitskraft leiteten und zusammenfaßten. Diese Organe bestanden bis März 1920, als die Funktion der Heranziehung der Arbeitskräfte dem Volkskommissariat für Arbeit übertragen wurde.

Der Uebergang zum friedlichen Aufbau hatte nach der Beendigung des Bürgerkrieges im Jahre 1920 eine bedeutende Nachfrage nach Arbeitskräften zur Folge.

Seit Ende 1920 ist infolge der neuen Wirtschaftspolitik, die die organisatorischen Grundlagen der Industrie veränderte, und infolge der Abwanderung aus den Dörfern nach der Mißernte wieder ein steigendes freiwilliges Arbeitsangebot zu vermerken.

In Anbetracht dessen ist das Volkskommissariat für Arbeit im August 1921 zur freiwilligen Heranziehung der Arbeitskraft für die Industrie übergegangen.

Arbeitsmarkt 1918—20.

Jahr	Arbeitsangebot in Tausend	angebotene Stellen
1918	834	460
1919	1 250	1 436
1920	1 015	1 703

Die Arbeitslosigkeit.

Jahr	Arbeitslosen-Kategorien	Zahl der Berichte	Absolut			Relativ		Quartal	Zahl der Berichte	1921				
			Arbeits-angebote	Arbeits-nachfrage	Anstellungen	Auf je 100 Angebote kamen				Arbeits-angebote	Arbeits-nachfrage	Anstellungen	Auf je 100 Angebote kamen	
						Stellen	Anstellungen						Stellen	Anstellungen
	Qualifizierte		440 746	272 813	225 131	61,9	51,1			72 979	190 895	83 085	261,6	113,8
1918	Unqualifizierte . . .	203	615 043	523 508	376 659	85,1	61,3	Januar-März	101	77 071	167 566	77 222	217,4	100,2
	Kopfarbeiter		462 666	141 021	155 749	30,5	33,7			66 548	116 329	66 963	174,8	100,6
	Zusammen		1 518 455	937 342	757 539	61,7	49,9			216 598	474 790	227 270	219,2	104,9
	Qualifizierte		306 907	407 756	277 311	133,2	90,4			58 902	107 446	72 941	182,4	123,8
1919	Unqualifizierte . . .	584	548 447	715 416	472 497	130,4	86,4	April-Juni	85	58 370	120 244	63 627	206,2	109,0
	Kopfarbeiter		404 729	307 596	293 599	76,0	72,5			47 234	64 026	49 130	135,6	106,2
	Zusammen		1 260 083	1 430 768	1 043 407	113,6	82,8			164 506	291 716	185 698	177,3	112,9
	Qualifizierte		326 366	635 687	329 727	194,8	101,0			48 472	63 777	50 057	131,6	103,3
1920	Unqualifizierte . . .	625	399 400	703 715	371 577	176,2	93,3	Juli-Sept.	91	56 076	68 384	65 508	121,9	116,8
	Kopfarbeiter		289 462	363 690	262 132	125,6	90,6			41 477	40 511	40 308	80,1	97,2
	Zusammen		1 015 228	1 703 092	963 436	167,8	94,8			146 025	172 672	155 873	118,3	105,6
	Qualifizierte		298 100	455 787	295 096	152,9	99,0			117 747	93 669	89 013	79,6	75,6
1921	Unqualifizierte . . .	379	291 673	455 020	282 674	156,0	98,7	Okt.-Dez.	102	100 156	98 826	76 317	98,7	72,2
	Kopfarbeiter		228 021	274 855	208 537	121,0	95,9			72 762	53 989	52 136	74,2	71,7
	Zusammen		817 794	1 185 662	786 307	145,0	96,5			290 665	246 484	217 466	84,8	74,8
		684	1 659 387	2 435 759	1 614 292	146,8	97,3			—	—	—	—	—

Verhältnis von Arbeitsangebot und Nachfrage. 1919—21.

Auf je 100 Arbeitswillige entfielen freie Stellen

Monat	1919	1920	1921	Monat	1919	1920	1921
Januar	91	150	276	Juli	138	177	152
Februar	103	129	186	August	113	159	104
März	108	162	204	September	126	170	93
April	126	142	165	Oktober	128	247	93
Mai	103	166	217	November	121	169	88
Juni	116	169	148	Dezember	160	149	79

[1]) Durchschnittlich entfielen im Jahre 1918 auf 100 Arbeitswillige 55 freie Stellen.

Arbeitslohn und Lebensmittelpreise.

Infolge des Mangels an ausreichenden statistischen Daten aus den Jahren 1918/19 ist es unmöglich, die Bewegung der Arbeitslöhne in diesen für die Arbeiterklasse schwierigsten Jahren zu verfolgen; erst 1920 wurde eine Registrierung des Nominallohnes und des Existenzminimums eingeführt.

1920 gibt die Bewegung des durchschnittlichen Geldlohnes der Arbeiter nach Quartalen, für 19 Gouvernements der R. S. F. S. R., neben den Kosten der Lebensmittelration (Pajok) von 2700 Kalorien folgendes Bild:

	Jan./März	April/Juni	Juli/Sept.	Okt./Dez.
Durchschnittlicher Monatslohn in Rubeln	2 300	2 817	4 381	6 132
Kosten der Tagesration von 2700 Kal. in Rubeln	884	1 480	1 970	2 748
Anzahl der Tagesrationen in Monatsverdienst	2,6	1,9	2,2	2,2

Wir sehen also, daß die Bedeutung des Geldteiles des Arbeitslohnes 1920 gering war. Im ersten Quartal konnte der Arbeiter für seinen Monatslohn 2½ kümmerliche (von 2700 Kalorien) Tagesrationen kaufen; während des übrigen Teiles des Jahres gewährte der Monatslohn dem Arbeiter nur zwei Tage Lebensmittel.

Die Sache ändert sich wesentlich, sobald wir außer dem Nominallohn den Naturalteil des Lohnes in Betracht ziehen. Hier bekommen wir für Moskau folgendes Bild:

	Gesamtarbeitslohn in Rubeln	Kosten d. Tagesrat. von 2700 Kal. i. Rub.	Anzahl der Rationen im Monatslohn
Januar—März 1920	13 609	1 024	12,2
April—Juni 1920	17 888	1 627	11,0
Juli—September	32 555	2 362	13,7
Oktober—Dezember	58 684	3 119	18,8

Eine Gegenüberstellung der Daten über den Arbeitslohn mit jenen über die Kosten des Pajoks zeigt, daß im Jahre 1920 der Monatslohn des Moskauer Arbeiters ihm nur die Möglichkeit gab, nur 11, 13, bestenfalls 19 Tage mit einer kümmerlichen Ration zu existieren. Den bedeutendsten Teil seines Ausgabeetats mußte also der Arbeiter 1920 aus anderen Ressourcen decken.

1921 ergibt die Bewegung des Geldlohnes in 22 Gouvernements folgendes Bild:

	Januar—März	April—Juni	Juli—September
Durchschn. Monatslohn in Rubel . .	7 001	9 528	43 280
Kosten der Tagesration von 2700 Kal. in Rubeln	5 208	10 917	13 376
Anzahl d. Tagesration in Monatslohn	1,3	0,9	3,2

Im ersten Halbjahr 1921 beobachten wir eine krasse Preissteigerung, die die Arbeitslöhne überholt. Im Sommer 1921 beträgt der Realwert eines durchschnittlichen Monatslohns schon weniger als eine Tagesration. Im dritten Quartal wird die Teuerung (hauptsächlich infolge der Einbringung der Ernte) eingedämmt, und zugleich macht der Geldlohn einen Sprung (von 9500 bis 43 200 Rubel). In dieser Periode sichert der Geldlohn dem Arbeiter 3,2 Tage Lebensunterhalt, was das Niveau von 1920 bereits übersteigt.

Die neue Tarifpolitik ergibt im Jahre 1921 für Moskau folgendes Bild:

	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Durchschnittl. Monatslohn in 1000 Rubel . .	7,9	9,9	11,2	13,2	13,2	22,6	35,8	62,0	205,2	434,3	1019,7	1450,0
Kost.d.Tagesrat. von 2700 Kal. in 1000 Rubel . .	5,2	7,5	9,3	10,4	11,5	13,8	15,2	13,3	11,7	12,4	17,5	29,5
Zahl d.Ration. im Monatsverd. .	1,5	1,3	1,2	1,3	1,1	1,6	2,4	4,7	17,5	35,0	58,2	49,0

Da wir keine neueren Daten (für die Monate 1922) zur Verfügung haben, so haben wir nicht die Möglichkeit, das weitere Verhältnis zwischen Arbeitslohn und Lebensmittelpreisen zu verfolgen. Jedoch kann man schon auf Grund der angeführten Zahlen auf den jähen Umschwung zugunsten der Arbeiterklasse schließen, der im letzten Quartal 1921 deutlich sichtbar geworden ist und beim Vergleich mit der unsagbar schweren Zeit 1918/1920 ins Auge fällt.

DIE AUTONOMEN REPUBLIKEN

Die Sowjetukraine.

Der Anteil des Proletariats und der Bauernklasse der Ukraine am Siege der Oktoberrevolution und der Befestigung der Sowjetmacht ist ungeheuer groß. Schon durch ihre geographische Lage kam die Ukraine in unmittelbare Berührung mit den gegenrevolutionären und kapitalistischen Kräften, und mehr als einmal haben die ukrainischen Arbeiter und Bauern durch ihren Heroismus die russische proletarische Revolution aus Lebensgefahr gerettet.

Ich will einige Episoden dieses Kampfes ins Gedächtnis zurückrufen.

Unmittelbar nach dem Triumph der Revolution in Petrograd und Moskau und nach Aufreibung der Truppen, die in aller Eile zusammenzubringen Kerenski gelungen war, tauchte im Süden für die Sowjetmacht eine bedrohliche Gefahr auf in Gestalt der antisowjetistischen Front, die sich herausbildete aus den Armeen des weißen Generals Kaledin, der die Donprovinz beherrschte, und den Armeen der ukrainischen Zentralrada und Rumäniens. Für die Bildung dieser Front scheute die Entente, die durch ihre militärischen und diplomatischen Agenten in Kiew die ukrainische Regierung bereitwillig anerkennen ließ, keine Mühe. Diese Front bedeutete nicht nur eine militärische, sondern gleichzeitig auch eine wirtschaftliche Gefahr, denn sie konnte Rußland von seinen Getreide- und Kohlenressourcen abschneiden. Dieser Plan wurde aber durch das Proletariat von Kiew, Odessa, Jekaterinoslaw, Charkow und der anderen Großstädte der Ukraine, die sich gegen die Macht der Zentralrada auflehnten, vereitelt. So wurde die Einkreisung Sowjetrußlands vermieden.

Eine zweite Gefahr, aus der die ukrainischen Arbeiter und Bauern Sowjetrußland gerettet haben, stand im Zusammenhang mit der deutschen Invasion nach dem Abschluß des Brest-Litowsker Friedens. Ohne den bewaffneten Widerstand der

ukrainischen Bauern, die durch eine ununterbrochene Reihe von Aufständen die deutschen und österreichischen militärischen Streitkräfte in Atem hielten, ohne die wiederholten Streiks der ukrainischen Arbeiter und namentlich den Generalstreik der Eisenbahner hätte Deutschland 1918 zweifelsohne seinen Plan ausgeführt, auf Moskau zu marschieren, um die Sowjetmacht zu stürzen und an ihre Stelle eine deutschfreundliche Kadettenregierung einzusetzen, deren Liste vom deutschen Botschafter in Moskau, dem Grafen Mirbach, bereits ausgearbeitet war.

Ein drittes Mal diente die Ukraine als Schutzwall für Sowjetrußland nach dem Sturz der Regierung des Hetman Skoropadski.

Wie erinnerlich, hatte die Entente nach dem Abschluß des Waffenstillstandes im November 1918 den Versuch einer Militärintervention gegen Sowjetrußland unternommen. Diese Intervention setzte gleichzeitig von Sibirien, Nordrußland und Südrußland her ein. Zwei französische und eine griechische Division, die zur Salonikiarmee gehörten, landeten in Odessa und sollten gegen Kiew marschieren, um im Einverständnis mit der ukrainischen Direktoriumsregierung die Ukraine in eine militärische Operationsbasis gegen Rußland zu verwandeln.

Auch dieser Plan scheiterte dank den ukrainischen Arbeitern und Bauern, die nicht nur dem Vormarsch der Alliierten zähen Widerstand entgegensetzten, sondern ihrerseits die Offensive ergriffen und im April 1919 die Alliierten zur Evakuierung der Ukraine und Krim nötigten.

Später, in dem großen Kampf gegen die Armeen Denikins und den polnischen Einfall, hat die Ukraine ähnliche Dienste geleistet.

Die Geschichte des proletarischen Kampfes in der Ukraine war übrigens mit der der Arbeiterklasse des übrigen Rußlands stets eng verbunden. Nächst Petrograd und Moskau waren die besten revolutionären bolschewistischen Organisationen in der jetzigen Ukraine (Jekaterinoslaw und Donetzbecken) zu finden. Da die große Mehrheit der ukrainischen Arbeiter aus Russen bestand, hat sie niemals unter dem Einfluß der sozialnationalistischen ukrainischen Parteien gestanden. Aber die Revolutionsgeschichte der ukrainischen Bauernschaft, die das eigentliche ukrainische Element repräsentiert, zeigt viel mehr Wechselfälle. In einem gewissen Zeitabschnitt der Revolution, während der Provisorischen Regierung Kerenskis, haben die

nationalsozialistischen Parteien der Ukraine, die ukrainischen Sozialrevolutionäre und die Sozialdemokraten, eine wahre moralische Diktatur über die ukrainische Landbevölkerung ausgeübt. Die Jahre 1918—1919 waren von Kämpfen zwischen den Kommunisten und den ukrainischen Nationalisten um die Eroberung der Sympathien der Bauernschaft ausgefüllt. Dieser Kampf endete mit dem Sieg der Kommunisten. Ich spreche hier von einem ideologischen und nicht von einem militärischen Sieg; letzterer wäre ohne ersteren nicht möglich gewesen.

Es bedurfte einer gewissen Zeit und Erfahrung, bis der ukrainische Bauer zur Ueberzeugung gelangte, daß der Landbesitz ihm nur durch die Sowjetmacht gesichert werden könne.

Freilich hatten wir schon 1918 in der Ukraine eine Massenbewegung der Bauernschaft für die Sowjets und gegen die Parteien der Zentralrada. Dank dieser allgemeinen Sympathie haben wir sehr leicht den Versuch der ukrainischen nationalistischen Parteien, sich nach dem Sturz Skoropadskis und während der kurzen Dauer des Direktoriums Winitschenko—Petljura am Ruder zu halten, liquidiert. Aber diese probolschewistische Bewegung trug noch einen kleinbürgerlichen Charakter. Die Bauernklasse in ihrer Gesamtheit erklärte sich für bolschewistisch, weil sie in uns die einzige Partei sah, die ihnen die Gutsbesitzer, Pomestschiki, vom Halse schaffen konnte. Aber weiter ging das Bündnis zwischen Proletariat und Bauernschaft nicht. Waren die ukrainischen Bauern einmal die Gutsbesitzer los, so wollten sie vom Kommunismus nichts hören. Ihr Traum war eine Bauernrepublik. Schon in der zweiten Hälfte 1919 stieß die Sowjetmacht in der Ukraine auf den Widerstand der ukrainischen Landbevölkerung gegen die sowjetistischen Gesetze und Dekrete. Eine Reihe von Aufständen, an deren Spitze sich improvisierte „Atamans" stellten, erschwerten unsere Arbeit. Schöpfer und Führer dieser antikommunistischen Bauernbewegung waren die Großbauern, die Kulaks, wie man sie in Rußland nennt, oder Kurkuls nach ukrainischer Bezeichnung. In der Mentalität der Bauernmassen war es zu einer seltsamen Einstellung gekommen. „Wir sind für die Bolschewiki", erklärten sie, „aber gegen die Kommunisten." In dieser Mentalität spiegelte sich der Einfluß der Kulaks — der reichen Bauern. Die Macht der Kulaks brechen, ihnen den Landesüberschuß, den sie dem Gesetze von der Nationalisierung des Grund und Bodens zuwider

in ihren Händen hielten, fortnehmen, ihnen auch das Zuviel an landwirtschaftlichem Inventar nehmen und eins wie das andere den armen Bauern geben, — das war die Parole, die unsere Partei in den Kampf warf.

So wurde der Klassenkampf in das Dorf verpflanzt. Die Einheitsfront der Bauernschaft wurde durchbrochen und der sozialrevolutionären Ideologie von der Einheitlichkeit der Bauernklasse der Boden entzogen.

1920 und 1921 wurden wir in der Ukraine Zeugen einer großen revolutionären Bauernbewegung, die durch ihre Ausdehnung und elementare Gewalt die Erinnerung an die ersten Monate der russischen Revolution wachruft und die ganze Ukraine umfaßte. Die Organisationen der armen Bauern tauchten damals in allen ukrainischen Dörfern auf und lieferten der Sowjetmacht jene soziale Basis, die ihr gestattete, die revolutionären Einrichtungen auf das flache Land zu übertragen. Die Organisationen der armen Bauern zeigten sich auch bei der Hebung der Landwirtschaft als wichtiger Faktor. Sie waren die treuen Pioniere der Agrarpolitik der Sowjets.

Diese tiefgreifende Umformung der Agrarverhältnisse der Ukraine hat die Spaltung und den Zerfall der nationalsozialistischen ukrainischen Parteien zur Folge gehabt. Die linken Elemente dieser Parteien schlossen sich der Kommunistischen Partei an. Diejenigen unter den Führern, die diese Evolution nicht restlos mitmachen konnten, erklärten sich gleichwohl als „loyale Untertanen" der ukrainischen Sowjetrepublik und kehrten einer nach dem anderen ins Land zurück. Als Emigranten im Ausland leben nur einige wenige Führer ohne moralische und politische Autorität und ohne jede Gefolgschaft im Lande.

Die Sozialistische Ukrainische Sowjetrepublik besteht schon seit mehr als vier Jahren. Sie ist nur wenige Monate jünger als die große Russische Sowjetrepublik. Aber wie bewegt gestaltete sich ihre Existenz in dieser Zeit!

Der erste Allukrainische Sowjetkongreß fand im Dezember 1917 in Charkow statt. Zwei Aufstände der Kiewer Arbeiterschaft führten im Februar 1918 zur Befreiung der ukrainischen Hauptstadt von der Zentralrada. Im Süden, in Odessa, war gleichzeitig eine zweite Räteregierung am Ruder. Noch ehe ihr

die Verschmelzung mit der Kiewer Regierung gelang, kehrte die Zentralrada im Schatten der Bajonette der imperialistischen deutschen Armeen zurück und begründete aufs neue ihre Macht in Kiew. Die ukrainischen Roten Garden, deren Kern aus Arbeitern bestand (viele waren aus Petrograd herbeigeholt), deren Massen sich aber aus den ukrainischen Bauern rekrutierten, setzten den bewaffneten Widerstand gegen die deutsche Invasion fort. Die Sowjetregierungen von Kiew und Odessa übernahmen die Führung der roten Freiwilligen Armee und zogen während zweier Monate von einem Gebiet der Ukraine in das andere. Ende April 1918 war bereits das ganze Gebiet der Ukraine okkupiert. Zehntausende von ukrainischen Rotgardisten zogen darauf in das Don- und Kubangebiet und erwarben hier allmählich in den beständigen Kämpfen Disziplin. Sie trugen so zur Bildung der besten Divisionen der russischen Roten Armee bei, der „eisernen Divisionen", die späterhin ruhmreichen Anteil an der Verteidigung der roten Festung Zaryzin hatten. Die ukrainische Sowjetregierung — die inzwischen den zweiten Allukrainischen Kongreß einberufen hatte — blieb ohne Territorium. Bald aber wählte sie als solches die „neutrale Zone", d. h. das von den Deutschen und Russen nichtbesetzte Gebiet zwischen den Demarkationslinien. Hier kam es zur Bildung neuer militärischer ukrainischer Formationen. Auf dem Gebiet der Ukraine selber brach der Bauernaufstand gegen die deutschen Generäle aus, die bereits die Zentralrada durch Skoropadski ersetzt hatten. In den ständigen Kämpfen und Reibereien mit den Aufständischen, in der Unterdrückung der fortwährend neu aufflackernden Streiks, büßte die bereits erschöpfte deutsche Armee ihre Schlagkraft ein. Die Ukraine, die für die deutschen Armeen ein Stahlbad werden sollte, wurde zu deren Capua.

Dann kam die deutsche Niederlage und die deutsche Revolution. Die deutschen Soldaten in der Ukraine verbrüderten sich mit den Bolschewisten. Nach einer kurzen, nur wenige Wochen dauernden Herrschaft des ukrainischen Direktoriums flatterte die rote Fahne auf dem Palast des Hetman in Kiew. Die Weißen und die Alliierten wurden von den Sowjetregimentern, die sich spontan in jeder Stadt und jedem Bezirk gebildet hatten, an die Küste zurückgetrieben. Wenige Monate später begann der wirkliche große Krieg mit Denikin, dessen Truppen die ganze Ukraine von Osten nach Westen überfluteten. Von

neuem wurde das ukrainische Gebiet okkupiert — mit Ausnahme eines Teiles der Provinzen Tschernigow und Wolhynien. Denikin rückte weiter vor, besetzte Kursk und Orel und bedrohte Tula, wo sich das einzige Waffenarsenal befand, das den verbündeten Sowjetrepubliken verblieben war. Aber da trat ein Ereignis ein, das die weiße Armee in Trauer versetzte: die Wiedereroberung Kiews durch die roten ukrainischen Regimenter. Sie konnten nicht länger in der Stadt bleiben als drei Tage, hatten sie doch eher einen Ueberfall als eine wirkliche Einnahme vorbereitet, aber der kriegerische Ruhm des weißen Generals, der von Sieg zu Sieg marschierte, war erschüttert. Nach den guten Zeiten kamen jetzt für die Konterrevolutionäre die schlechten. Denikin wurde besiegt und verjagt, aber er ließ den „Stachel der Krim" zurück, Wrangel, und noch ehe man sich seiner entledigen konnte, brach die polnische Offensive los, deren Hauptschauplatz wiederum die Ukraine war. Dieses Mal wälzte sich die Invasionswelle von Westen nach Osten. Abermals ein Zwei-Fronten-Krieg: gegen Pilsudski und gegen Wrangel, der sich schon im Süden von Jekaterinoslaw und einen Teil des Donetzbeckens besetzt hielt.

Die Anstrengung, die ganz Rußland machen mußte, war ungeheuer. Gab Rußland in diesem Kampfe sein Blut, so nahm die Ukraine an ihm durch ihre bombardierten, in Brand gesteckten und geplünderten Städte teil. Denikin und Pilsudski haben uns als Erbschaft 947 zerstörte Brücken und viele in Brand geschossene Städte zurückgelassen, aber diese ununterbrochene Reihe von Kämpfen und Einfällen von außen her haben auch für die ukrainischen Arbeiter und Bauern jene große revolutionäre Schule bedeutet, in der sie die Sowjetmacht lieben gelernt haben.

C. Rakowsky.

Geschichtliches. 1. In der ersten Periode der Geschichte der Sowjetregierung in der Ukraine unterstützen die Sowjets zeitweise die Zentralrada in ihrem Kampf gegen die Provisorische Regierung. Vom Oktober 1917 macht die Zentralrada eine Rechtsorientierung durch und schließt ein Bündnis mit Kaledin und Kras-

now. Die Sowjets machen den ersten Versuch, die Macht zu ergreifen. In Kiew, Charkow, Jekaterinoslaw, Poltawa und Cherson erobern im November die Sowjets die Macht. Aber bald werden sie von den Truppen der Zentralrada mit Hilfe der Fähnriche und Kosaken gestürzt, und ihre Mitglieder werden verhaftet. Den am 16. Dezember 1917 eröffneten I. Allukrainischen Sowjetkongreß verlassen die Bolschewiki, die sich dem Kongreß der Donetz-Kriworog-Gebiete anschließen, diesen zum Allukrainischen Kongreß erklären und ein Zentral-Exekutivkomitee bilden.

2. Das Zentral-Exekutivkomitee der Ukraine wählt ein Volkssekretariat — die erste Arbeiter- und Bauernregierung der Ukraine. Es beginnt der organisierte Kampf der Sowjetregierung der Ukraine mit der sozialbürgerlichen Rada. Am 27. März 1918 tritt in Jekaterinoslaw der II. Allukrainische Sowjetkongreß mit 1000 Delegierten zusammen, der die Unabhängigkeit der Sowjetrepublik Ukraine proklamiert. Aber schon am 9. April wird Charkow und acht Tage später Jekaterinoslaw von den Deutschen besetzt. Das Volkssekretariat wird aufgelöst. Es wird eine illegale Neunerkommission gewählt und das politische Zentrum einstweilen nach Moskau verlegt.

3. Am 28. April 1918 jagen die Deutschen die Zentralrada auseinander und setzen den Hetman Skoropadski ein. Es beginnt eine Periode der Reaktion. Die Reste der Zentralrada in Gestalt von Petljura, Winnitschenko usw. rufen, gestützt auf die „nationalen" Truppen, am 15. November das Direktorium aus, erheben den Aufstand gegen den Hetman und dann auch gegen die Deutschen. Am 15. Dezember 1918 besetzt das Direktorium Kiew und beginnt sogleich einen Kreuzzug gegen die Sowjets. Die proletarischen Massen rücken sofort vom Direktorium ab. Am 20. Dezember 1918 besetzt die Rote Armee Belgorod, und es wird eine Provisorische Sowjetregierung der Ukraine gewählt. Am 3. Januar 1919 besetzt die Rote Armee Charkow, und es wird eine neue Sowjetregierung mit dem Genossen Rakowski an der Spitze gebildet. Am 6. März 1919 wird vom III. Allukrainischen Sowjetkongreß der Sitz der Regierung von Charkow nach Kiew verlegt. Zu dieser Zeit beginnen Machnos Kämpfe gegen die Sowjetregierung; am Don sammelt Denikin eine neue konterrevolutionäre Armee, verstärkt durch französische, englische und japanische Instruktoren und Tanks. Wieder hält die Sowjetregierung dem Ansturm nicht stand. Denikin besetzt am 25. Mai Charkow, dann Jekaterinoslaw und Odessa und vereinigt sich mit Petljura,

dem Diktator des Direktoriums. Petljura und Denikin besetzen Kiew, die Sowjetregierung evakuiert mit den Resten der Roten Armee zuerst nach Homel, dann nach Serpuchow im Gouvernement Moskau. Es beginnt wieder die unterirdische Arbeit. Im Donetzbecken toben die Denikinianer (über 10 000 Arbeiter und Bauern wurden erschossen und zu Tode gequält).

4. Die revolutionäre Ukraine führt gemeinsam mit der R. S. F. S. R. den Kampf gegen die Konterrevolution. Schon im Oktober 1919 fangen sie an, eine Stadt nach der anderen zu besetzen. Die im November begonnene Offensive der Roten Armee liquidiert die Reste der Denikin- und der demoralisierten Petljura-Truppen. Am 12. Dezember 1919 besetzt die Rote Armee Charkow, am 16. zieht sie in Kiew ein. Hier beginnt

5. die ruhigere Periode des Sowjetaufbaues in der Ukraine, die jedoch unterbrochen wird durch die Wrangelaffäre und den Krieg mit Polen. Von den seither stattgefundenen weiteren drei Allukrainischen Sowjetkongressen ratifizierte der fünfte (25. Februar 1921) den Frieden mit Polen; der VI. (18. Dezember 1921) setzte die Grundzüge der Wirtschaftspolitik fest.

Das Verhältnis der Ukraine zur R. S. F. S. R. Die diplomatische Mission der U. S. S. R. wurde von der Regierung der R. S. F. S. R. am 12. Januar 1921 akkreditiert. Ihre Entstehung war die logische Folge des 1. Internationalen Abkommens zwischen der U. S. S. R. und der R. S. F. S. R., das am 28. Dezember 1920 in Moskau unterzeichnet wurde. Nach diesem Abkommen erkannten die beiden vertragschließenden Seiten die gegenseitige Unabhängigkeit und Souveränität an.

Demographie. (Vergleiche Demographie der R. S. F. S. R.) Die Ukraine, die 2,2 Prozent des Gesamtterritoriums der R. S. F. S. R. einnimmt, umfaßt 20,6 Prozent der Gesamtbevölkerung, wodurch sie die größte Bevölkerungsdichte von durchschnittlich 68,55 Einwohnern pro Quadratwerst hat, während die R. S. F. S. R. 7,2 und das europäische Rußland 20,1 Einwohner pro Quadratwerst aufweist.

Der nationalen Zusammensetzung nach besteht die Bevölkerung (nach der Volkszählung von 1897) aus: Ukrainern 76,4 Prozent; Großrussen 10,5 Prozent; Juden 7,5 Prozent; Deutschen 2,2 Prozent; Polen 1,3 Prozent; Weißrussen 0,3 Prozent; Uebrigen 1,8 Prozent. Die Ukrainer bilden 32,3 Prozent der städtischen und 82,9 Prozent der ländlichen Bevölkerung. Die nationale Zusammen-

setzung hat sich seitdem stark verändert; es fehlt jedoch abschließendes Material.

Ueber die Industrie finden wir Aufschluß in den Tabellen und Zusammenstellungen für die gesamte R. S. F. S. R. Die wichtigsten Industriezweige der Ukraine sind: Steinkohlengewinnung, Metallurgie, Zucker- und Spiritusfabrikation. Diese werden durch folgende Zahlen charakterisiert:

Die Kohlengruben der Ukraine (das Donetzbecken) haben in den ersten Kriegsjahren eine Vergrößerung der Ausbeute bei gleichzeitiger Verringerung der Arbeitsproduktivität aufgewiesen. So betrug:

	1913	1916
Gewinnung von Kohle und Anthrazit	1544,0 Mill. Pud	1738,5 Mill. Pud
Durchschnittsproduktion pro Arbeiter im Monat. . .	765,0 „ „	621,0 „ „
Durchschnittliche Arbeiterzahl.	168 000	235 000

Die Ausbeute des Donetzbeckens 1920—21.

	Gewinnung in 1000 Pud		Arbeiterzahl in 1000		Leistung eines Arbeiters in Pud	
Monat	1920	1921	1920	1921	1920	1921
Januar . . .	11,8	23,1	83,0	130,7	142	177
Februar . .	17,1	29,5	85,0	134,1	202	220
März. . . .	24,3	33,1	101,9	135,7	238	244
April. . . .	13,8	30,2	105,4	135,4	131	223
Mai	18,6	24,8	108,2	132,4	172	187
Juni	25,8	18,0	120,3	128,0	214	141
Juli	24,9	9,1	122,4	107,7	203	84
August . . .	22,7	11,3	124,7	93,4	182	121
Septemb. . .	25,7	18,4	127,9	94,1	201	195
Oktober . .	25,2	35,6	129,2	108,6	196	328
November .	29,6	43,9	127,9	111,2	231	—
Dezember .	31,0	45,0	129,0	—	239	—
Insgesamt	270,5	322,0	113,8	119,2	198	211

Wir sehen also, daß das Jahr 1921 einen Aufschwung des Donetzbeckens sowohl hinsichtlich der Ausbeute, als auch in bezug auf die Arbeitsleistung mit sich gebracht hat.

Metallurgie.

Vor dem Kriege lieferte die Ukraine 190 Millionen Pud Gußeisen oder etwas mehr als $^2/_3$ der gesamten Ausschmelze Rußlands (einschließlich Polens). Der Rückgang der metallurgischen Produktion während des Krieges ergibt sich aus folgender Zusammenstellung:

Gußeisengewinnung.

Jahr	in Millionen Pud	in Prozent; 1913 = 100
1913	189,7	100,0
1914	186,2	98,1
1915	167,5	88,3
1916	176,1	92,8
1917	137,6	72,6
1918	16,0	8,4

Infolge der politischen Verhältnisse hat die ukrainische Metallurgie 1918 einen Rückschlag erfahren und ist im Herbst fast vollkommen eingeschlafen; erst 1920 lebte sie wieder auf.

Monat	Gußeisengewinnung in 1000 Pud		Martinstahl in 1000 Pud	
	1920	1921	1920	1921
Januar	12,8	103,2	10,8	223,8
Februar	13,0	112,7	65,0	143,5
März	16,3	54,4	82,0	90,5
April	14,0	9,1	44,0	97,3
Mai	17,2	18,0	208,2	230,2
Juni	15,5	99,8	393,1	234,2
Juli	19,1	244,5	416,5	202,7
August	10,5	134,2	367,2	—
September	169,8	54,4	506,5	109,1
Oktober	178,3	131,6	364,6	329,0
November	199,4	270,8	160,1	665,1
Dezember	237,9	491,2	256,3	844,3
Insgesamt	903,8	1723,9	2874,0	3169,8

Zuckerindustrie.

Vor dem Kriege (1913) waren in der Ukraine 195 Zuckerfabriken mit einer Gesamtproduktion von 71 685 000 Pud Zucker in Tätigkeit. In den ersten Kriegsjahren ist eine bedeutende Erhöhung der Zuckerproduktion wahrzunehmen. 1916 trat ein Rückgang ein.

Jahr	Aussaatfl. f. Zuckerrüben in Deßjatinen		Zahl der tätigen Betriebe		Zuckerproduktion in 100 Pud	
	Ukraine	Rußland	Ukraine	Rußland	Ukraine	Rußland
1916	481,8	613,1	192	231	59 420,0	72 645,0
1917	433,6	539,3	188	227	48 310,2	55 866,6
1918	344,3	411,3	179	204	18 133,1	20 342;1
1919	301,0	378,2	76	103	4 100,0	4 700,0
1920	136,5	184,4	153	186	4 656,0	5 488,0
1921	153,8	199,7	85	106	2 350,2	2 764,9

An erster Stelle stehen wie auch vor dem Kriege die Gouvernements Kiew und Podolsk.

Spiritusindustrie.

In der Ukraine lag vor dem Kriege zirka $^1/_4$ aller Branntweinbrennereien des europäischen Rußlands (586 von 2704); von besonderer Bedeutung waren die Gouvernements Podolsk, Charkow und Kiew, wo insbesondere die Likörfabrikation entwickelt war, dank der Vereinigung der Spiritusbrennereien und Zuckerfabriken.

Der Krieg machte sich infolge des Alkoholverbotes in der Spiritusindustrie sofort bemerkbar, deren Produktion von 32,2 Millionen Eimer auf 16,3 sank.

1920 gab es in der Ukraine im ganzen 541 Branntweinbrennereien, von denen 37 in Betrieb waren; diese stellten 435 590,3 Eimer vierzigprozentigen Spiritus her.

Die Landwirtschaft

der Ukraine unterscheidet sich von der des übrigen Rußland wesentlich durch das Ueberwiegen des Acker- und Weidelandes; an Waldungen ist die Ukraine hingegen ärmer.

	Verteilung der Ländereien in Prozent (1887)	
	Ukraine	Rußland
Ackerland	64,1	28,2
Wiesen	12,3	11,4
Wälder	10,6	39,2
Übriges	6,2	3,9
kultiviertes Land	93,2	82,2
unkultivierbares Land	6,8	17,8
zusammen	100	100

Die Aussaatfläche der Ukraine betrug zirka 27,1 Prozent der Aussaatfläche des früheren europäischen Rußlands; die Ernte, die 1½ Milliarden Pud betrug, machte zirka 30,4 Prozent der des europäischen Rußlands aus.

Die Bedeutung der einzelnen Kulturen im Ackerbau der Ukraine im Vergleich mit dem des früheren europäischen Rußlands läßt sich durch folgende Tabelle ausdrücken (nach den durchschnittlichen Daten 1909—1913):

Kultur	Aussaatfläche in 1000 Deßjatinen		Ernte in Mill. Pud.	
	Ukraine	Europ. Rußland	Ukraine	Europ. Rußland
Weizen	7548	22 137	413	1058
Roggen	3359	22 531	240	1147
Gerste	4398	9 426	272	555
Hafer	2125	13 566	147	749
Kartoffeln	646	2 675	325	1249
Flachs	72	1 078	3	27
Hanf	127	567	5	22

In der Ukraine nimmt, ebenso wie im europäischen Rußland, das Korngetreide die erste Stelle ein. 70,6 Prozent der Produktion bilden die vier Getreidearten Weizen, Roggen, Hafer und Gerste.

Der südliche und mittlere Teil der Ukraine — die Gouvernements Cherson, Jekaterinoslaw und das Taurische Gouvernement nach der früheren administrativen Einteilung — waren die Gebiete des extensiven Ackerbaues mit überwiegenden Getreidekulturen; das Gebiet der Westukraine — die Gouvernements Wolyn, Kiew und Podolien — stellen das Rayon des intensiven Ackerbaues dar; hier sind mehr verbreitet Kulturen von technischer Bedeutung, wie Kartoffeln, Zuckerrüben usw. Vom übrigen Teil der Ukraine ist das Gouvernement Tschernigow mit der Westukraine am meisten verwandt; die Moldau und das Gouvernement Charkow befinden sich auf dem Wege der Kapitalisierung der Landwirtschaft, deren erste Stufe durch den Ackerbau des Steppengebietes und letzte — durch den der Westukraine charakterisiert werden kann.

Die Veränderungen infolge des Welt- und Bürgerkrieges lassen sich nicht genau verfolgen. Gestützt auf verschiedene Quellen können wir folgende Skizze des Niederganges des Ackerbaues der vier wichtigsten Getreidearten in der Ukraine anführen.

Jahr (Durchschnitt)	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer	Zusammen
	in 1000 Deßjatinen				
1909-13	7 548	3 859	4 398	2 125	17 930
1916	5 757	3 784	4 402	2 063	16 097
1918	5 187	3 864	3 820	2 456	15 327
1920	4 290	2 754	3 422	1 929	12 395
1922	4 286	2 761	3 615	1 653	12 315

Die Aussaatfläche der vier wichtigsten Kulturen ist fast um ein Drittel gesunken, insbesondere die für Weizen und Gerste, d. h. es ist scheinbar ein Prozeß des kapitalistischen Regresses, der Trennung der Produktion vom Markte eingetreten. Dies wird noch mehr durch den Rückgang der technischen Kulturen illustriert. Die Aussaatfläche betrug (in 1000 Desjatinen):

Kulturen	1916	1920	Rückgang in Prozent
Kartoffeln	544	355	35
Oelsamen	321	187	41
Zuckerrüben	372	121	67

Der regressive Prozeß in der Landwirtschaft der Ukraine wird ebenfalls bestätigt durch die außerordentliche Abnahme im Konsum landwirtschaftlicher Maschinen. Der Verbrauch an Geräten ist im Jahre

1920 zurückgegangen: für Mäh- und Schnittmaschinen auf 1,8 Prozent, für Pflüge auf 3,5 Prozent des Vorkriegsverbrauches.

Alle diese Umstände konnten nicht umhin, die Einträglichkeit der Kulturen zu beeinflussen: der Ernteertrag der wichtigsten Kulturen war 1918 im Vergleich mit dem der Vorkriegszeit um 9—10 Prozent, und 1920 um 35—40 Prozent und 1921 durchschnittlich noch tiefer gesunken (die Mißernte der letzten 2 Jahre stellt nicht nur die Folge natürlicher Umstände, wie Dürre usw. allein dar).

Die Gesamternte der vier wichtigsten Getreidearten, die sich 1919 auf 1 072 Millionen Pud belief, sank 1921 laut Vorberechnung:

Kulturen	In der Ukraine produziert in 1000 Pud
Roggen	115,4
Weizen	94,2
Gerste	69,3
Hafer	56,3
Insgesamt	355,2

Viehzucht.

Der Umfang der Viehzucht in der Ukraine läßt sich durch folgende Zahlen ausdrücken:

	Stück Vieh im Jahre 1914			
	Pferde	Rindvieh	Schafe	Schweine
Ukraine. Insgesamt (in Millionen)	5,3	6,5	5,8	4,4
Anzahl auf je 1000 Einwohner	16,1	19,4	17,5	13,2
R. S. F. S. R. (In den Grenzen des früh. Europ. Rußlands) insgesamt (in Mill.)	21,9	31,1	44,0	12,2
Anzahl auf je 1000 Einwohner	17,1	24,2	34,3	9,6

Die angeführten Zahlen zeigen, daß die Ukraine in bezug auf alle Vieharten, mit Ausnahme der Schweine, immer ärmer war, als das übrige Rußland; insbesondere äußert sich diese Vieharmut in der Schafzucht. Die Ukraine schreitet in rascherem Tempo als das übrige Rußland auf dem Wege der Entwicklung intensiver Viehzucht (Schweinezucht) vor, die sie bis zur Exportmöglichkeit forciert.

Die vorhandenen Daten über die Viehzucht in der Ukraine während des Krieges und der Revolution (die wir verschiedenen Quellen entnehmen, und die im großen und ganzen nicht ganz zuverlässig sind) lassen sich in folgender Tabelle zusammmenfasssen:

Jahr	Millionen Stück in der Ukraine			
	Pferde	Rindvieh	Schafe	Schweine
1914	5,3	6,5	5,8	4,4
1916	5,8	8,0	7,4	4,9
1920	4,6	7,6	5,5	5,2
1921	unbestimmt	4,7	4,4	1,8

Diese Zahlen zeigen einen außerordentlich starken Rückgang der Viehzucht im letzten Jahre und insbesondere eine geradezu katastrophale Verminderung der Schweinezucht.

Volksbildung. Das Volkskommissariat für Volksbildung der Ukraine hat seine Tätigkeit am Anfang der zweiten Hälfte 1920, gleich nach dem Rückzuge der Polen und Petljuras und der endgültigen Liquidierung Wrangels begonnen. Die Zahl der Schulbesucher im Jahre 1921 betrug 26 Prozent aller Kinder der Ukraine (7 495 000). Dem Volkskommissariat unterstehen im ganzen 46 956 Lehranstalten mit einem Lehrpersonal von 129 302 Personen.

Die Tätigkeit des Volkskommissariats für Volksbildung umfaßt 3 Gebiete: 1. soziale Erziehung, 2. Berufsbildung, 3. politische Aufklärung. Ihm schließt sich außerdem die Tätigkeit des Staatsverlages an.

1. Die soziale Erziehung umfaßte:

	1920	1921
Schulen für Kinder von 4—15 Jahren	21 887	22 601
Kinderheime	600	1 844
Kindergärten	500	513

Im Laufe des Jahres ist, wie man sieht, die Zahl der Kinderheime bedeutend gewachsen, während die Zahl der Kindergärten und Schulen nur unbeträchtlich zugenommen hat. Die Gesamtzahl der Kinder, die soziale Erziehung genießen, betrug im Jahre 1920 2 324 000; im Jahre 1921 1 987 000. Diese Verringerung findet ihre Erklärung darin, daß das Volkskommissariat für Volksbildung mit den größten finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen hat. Der Rückgang geschah auf Kosten der Schüler, die Zahl der Pfleglinge dagegen wuchs (1920 39 000, 1921 890 000).

Hervorgehoben sei die Tätigkeit der Odessaer Sektion für Volksbildung, die das erste „Kinder-Städtchen" in der R. S. F. S. R. gegründet hat, wo 14 000 Kinder erzogen werden.

2. Der Abteilung für Berufsbildung unterstehen:

	Zahl der Anstalten	Schüler
Technische Schulen	401	50 018
Landwirtschaftliche Schulen . . .	226	20 004
Sozialökonomische Schulen	260	28 511
Medizinische Hochschulen	4	16 559

Alle Anstalten zerfallen in 3 Stufen: Schulen, Technikums und Institute.

3. Die Sektion für politische Aufklärung unterhält ein weitverzweigtes Netz von Institutionen, von denen die Lesehütten (5504) und die sogenannten „Proswit" (4 007), die auch in den entlegensten Dörfern arbeiten, an erster Stelle stehen.

Das Gewerkschaftsleben. (Vergl. den Abschnitt über die Gewerkschaftsbewegung der R. S. F. S. R.)

Parteileben. Eine selbständige kommunistische Partei der Ukraine existierte bis zu Beginn der Februarrevolution nicht. Es bestanden bloß kleinere, lockere Organisationen der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (Bolschewiki) in den Großstädten und Industriezentren. Auch fehlte das einheitliche Prinzip im Verhältnis zu der nationalen Bewegung der Ukraine. In der Mittelukraine, im Westen und Südwesten hatte man für die nationale Frage das größte Verständnis, während man im Gouvernement Charkow, im Donetz- und Kriworog-Becken die nationale Frage als einen Auswuchs des konterrevolutionären Chauvinismus betrachtete. Diese Meinungsverschiedenheit führte dazu, daß schon im Dezember 1917 zwei Parteizentren bestanden: in Kiew das Zentralkomitee der Bolschewiki, als Hauptkomitee, das auf der Konferenz der westlichen Organisationen am 17. 12. gewählt wurde; und das Distriktskomitee des Donetz-Kriworog-Distriktes. Die Notwendigkeit des bewaffneten Kampfes gegen die Deutschen und Haidamaken (Truppen der Zentralrada) führte zu einer vorübergehenden Ueberbrückung der Meinungsverschiedenheiten, aber es wurde weder eine organisatorische noch praktische Einheit erzielt.

Die Besetzung der ganzen Ukraine durch die Deutschen hatte einen automatischen Zusammenschluß der kommunistischen Kräfte der Ukraine zur Folge. Aber schon im April 1918 kamen in der Konferenz in Taganrog die krassen Meinungsverschiedenheiten wieder zum Vorschein. Schließlich hat der 1. Allukrainische Kongreß der Kommunisten der Ukraine die vereinigte „Kommunistische Partei der Ukraine" gegründet und ein Zentralkomitee von 15 Personen gebildet.

Parallel mit der Vereinigung der Kommunisten ging eine Differenzierung der nationalistischen, sozial-opportunistischen Parteien der Ukraine vor sich. Im August 1917 sonderte sich in der ukrainischen Sozialdemokratie eine Fraktion der Linken ab, die unter der Losung „Alle Macht den Räten" sich den Kommunisten anschloß. Dasselbe geschah auch mit einem Teil der Sozialdemokraten-Internationalisten.

Kongresse und Konferenzen der K. P. der U.

1. Kongreß in Moskau	III. 1918,	vertreten	4 364	Mitglieder
2. „ „ „	X. „	„	5 014	„
3. „ „ Charkow	III. 1919	„	16 363	„
4. Konferenz in „	III. 1920	„	25 247	„
5 „ „ „	X. „	„	31 065	„
6 „ „ „	XII. „	„	über 75 000	„

Weißrußland.

Die Unabhängigkeit Sowjetweißrußlands wurde im Dezember 1918 proklamiert durch die nordwestliche Distriktskonferenz der K. P. R., die sich als erster Parteitag der Kommunistischen Partei Weißrußlands erklärt hat. Am 1. Januar 1919 wurde in der Hauptstadt Weißrußlands, Minsk, das Manifest der provisorischen Regierung der sozialistischen Sowjetrepublik Weißrußland veröffentlicht, und am 1. Februar fand der 1. Sowjetkongreß Weißrußlands statt, der die Unabhängigkeit Weißrußlands bestätigte und mit Begeisterung die Erklärung des Vertreters der R. S. F. S. R., J. Swerdlow, über die Anerkennung der Souveränität Weißrußlands entgegennahm.

Territorium und Bevölkerung. Sowjetweißrußland umfaßt ein Territorium von 45 948 Quadratwerst mit einer Bevölkerung (nach der Volkszählung von 1917) von 1 569 697 Personen, von denen 256 772 oder 16,5 Prozent der Gesamtbevölkerung in den Städten leben. Unter der Landbevölkerung sind die Weißrussen überwiegend, unter der städtischen die Juden. Die Polen waren vor der Revolution Großgrundbesitzer und reiche Bauern, in manchen Bezirken trifft man auch in größerer Anzahl polnische Arbeiter an. Die Gesamtzahl der Weißrussen in den Städten und auf dem flachen Lande beträgt 70 Prozent der Gesamtbevölkerung, die Gesamtzahl der Juden 17,5 Prozent, die Gesamtzahl der Polen im ganzen 93 000. Die städtische Bevölkerung besteht zu 60 Prozent aus Juden und zu

40 Prozent aus Weißrussen, Polen und Russen, die Landbevölkerung besteht zu 88,8 Prozent aus Weißrussen.

Beschäftigung. Sowjetweißrußland ist ausschließlich ein Agrarland; die Großindustrie fehlt ganz. Die wenigen Großbetriebe zählen im ganzen je 100, 200, 300 Arbeiter. Dafür ist die Klein- und Heimindustrie sowohl wie das Handwerk entwickelt, die sich hauptsächlich in den Städten konzentrieren. Der Ackerbau stand vor dem Kriege auf einer ziemlich hohen Entwicklungsstufe. Mehr als 60 Prozent des ganzen Grund und Bodens gehörten den Gutsbesitzern, die mit Hilfe von Lohnarbeit der ländlichen Proletarier und Halbproletarier wirtschafteten. Dies führte in Weißrußland früher als im übrigen Rußland zu kapitalistischen Beziehungen und zur ziemlich frühen Bildung eines landwirtschaftlichen Proletariats.

Die Bauernwirtschaft Weißrußlands kennt das Gemeindeeigentum nicht. Infolgedessen stellt Weißrußland ein scharfbegrenztes Gebiet, sowohl in landwirtschaftlicher, als auch in allgemein-wirtschaftlicher Hinsicht dar. Der bäuerliche Grundbesitz in Weißrußland besteht hauptsächlich aus Mittelbauern mit der Durchschnittsnorm von 11,8 Deßjatinen (nach Daten von 1910). Der gesamte Grund und Boden im heutigen Weißrußland beträgt 4 667 595 Deßjatinen, davon entfallen auf Güter, Gärten und Gemüseanlagen 70 696 Deßjatinen, Ackerland 1 190 200 Deßjatinen, Wiesen 588 697 Deßjatinen, Weideland 311 904 Deßjatinen und Wälder 1 943 250 Deßjatinen.

Die Industrie Weißrußlands. In den letzten Vorkriegsjahren fing in Weißrußland die Mittelindustrie an, sich zu entwickeln, insbesondere jene Zweige, die an Forstwirtschaft und Ackerbau geknüpft sind. Die hohe Entwicklung der Kartoffelkulturen gab die Möglichkeit, mehrere Spiritusbrennereien und Stärke- und Hefefabriken zu bauen. Die Entwicklung der Viehzucht rief die Lederindustrie, die Schuh- und Borstenindustrie ins Leben. Für die Bearbeitung der Waldprodukte bestanden zahlreiche Holzsägereien. Daneben bestanden Zündholz- und Papierfabriken. Die weißrussische Zündholzfädenindustrie versorgte die französischen und amerikanischen Zündholzfabriken. Das Fournierholz wurde nach England ausgeführt. Zur Bedienung des heimischen Fabrikbaus wurden in den letzten Jahren dank der Billigkeit der Brennmaterialien zirka acht kleinere Maschinenbaufabriken geschaffen.

Gegenwärtig erfährt nach siebenjähriger Unterbrechung die Industrie Weißrußlands eine rasche Wiedergeburt. Es arbeiten zwei Zündholzfabriken „Beresina" und „Vulkana" (380 und 130 Arbeiter), fünf Glas-

fabriken, zwei kleinere Metallfabriken, die landwirtschaftliche Geräte anfertigen; die Fournierholzbetriebe werden in Stand gesetzt, eine Papierfabrik und eine Kartonnagenfabrik haben den Betrieb aufgenommen. Erfolgreich arbeiten vier staatliche Lederfabriken. Die Seifenindustrie wurde in Angriff genommen. Die Stärkefabriken fangen an zu arbeiten.

Volksbildung. Das Volkskommissariat für Volksbildung leistet eine große Arbeit in der Entfaltung der weißrussischen und jüdischen Kultur. In den weißrussischen Dorfschulen werden fast ausschließlich weißrussische Kinder unterrichtet. Gegründet wurde: eine Staatsuniversität mit einer medizinischen und sozialwirtschaftlichen Fakultät, ein polytechnisches Institut und eine Reihe technischer und Gewerbeschulen. 1917 hatte Weißrußland 1526 Schulen, 1919 2089 Schulen, 1921 2243 Schulen.

Die Gewerkschaftsbewegung Weißrußlands entwickelt sich ungehindert erst seit 1920. Sie hat jedoch kolossale Fortschritte zu verzeichnen. Auf den letzten Gewerkschaftskongressen 1921 waren 87 295 Mitglieder vertreten, davon 15 201 aus den Gewerkschaften von Minsk, 57 402 aus denen der Bezirke und 7286 Eisenbahner.

Parteileben. Die K. P. Weißrußlands zählt gegenwärtig 5250 Mitglieder, von denen 3116 im Zivildienst und über 2000 in der Roten Armee beschäftigt sind. Die Partei hat sechs Bezirksorganisationen und in der Stadt Minsk drei Rayonorganisationen; die Minsker Organisation besteht zu 80 Prozent aus Arbeitern. Die Leitung liegt in den Händen des Zentralkomitees der K. P. Weißrußlands, das aus 13 Genossen besteht. Nach den letzten Wahlen im März 1922 waren der nationalen Zusammensetzung nach darin vertreten: fünf Weißrussen, fünf Juden, zwei Polen und ein Lette. Der kommunistische Jugendverband wurde im Dezember 1918 ins Leben gerufen und zählt momentan 4000 Mitglieder; er entfaltet eine große Propaganda in allen am Orte vertretenen Sprachen.

Das Zentralbüro der K. P. Weißrußlands gibt eine Tageszeitung in russischer Sprache, mit einer Auflage von 7000 heraus, ferner eine Tageszeitung in weißrussischer Sprache (2000 Exemplare), eine Tageszeitung in jüdischer Sprache und eine dreimal wöchentlich erscheinende polnische Zeitung. Jedes Bezirkskomitee gibt sein Bezirksblatt heraus, das eine Verbreitung bis zu 1500 Exemplaren hat.

Die im März 1920 stattgefundene XI. Konferenz der K. P. Weißrußlands zeigte, daß die Organisation auf festen Füßen steht.

Georgien.

T e r r i t o r i u m u n d B e v ö l k e r u n g. Georgien ist eine der verbündeten Sowjetrepubliken der R. S. F. S. R. Sie umfaßt die früheren Gouvernements und Gebiete: Tiflis, Kutais, Batum und den Suchumer Bezirk. Gegenwärtig ist die Teilung in Gouvernements aufgehoben und das Zentrum unmittelbar mit den Landkreisen verbunden. Die wichtigsten Städte Georgiens sind: Tiflis (etwa 600 000 Einwohner), Kutais, Batum, Poti, Gori, Suchum. Die Bevölkerung Georgiens zählt (laut Volkszählung des Jahres 1916) 2 372 602 Personen, wobei die Bauern die absolute Mehrheit bilden. Der Nationalität nach bilden die G e o r g i e r die Mehrheit. Außer von ihnen wird Georgien noch von Armeniern, Tataren, Russen, Deutschen, Juden u. a. bewohnt. Georgien wird vom Georgischen Zentralvollzugsausschuß und vom Rate der Volkskommissare Georgiens regiert und ist eine Föderation autonomer Republiken: der Adsharischen Sozialistischen Sowjetrepublik, der Abchasischen S. S. R., der Ossetischen S. S. R. und des eigentlichen Georgiens. Die autonomen Republiken werden von ihren Räten der Volkskommissare regiert, die dem Allrussischen Rate der Volkskommissare und dem Georgischen Zentralausschuß unterstehen.

S t a a t s f o r m. In Georgien wurde das Sowjetregime im Februar 1921 eingesetzt. Seit Ende 1917 fanden ununterbrochen Aufstände und Kämpfe der georgischen Bauernschaft gegen die menschewistische Regierung statt. Der Kampf der georgischen Bauern und Arbeiter wurde in den schärfsten Formen fast drei Jahre hindurch geführt, bis er im Februar 1921 mit dem roten Umsturz endete.

Die Sowjetrepublik Georgiens gehört zur Russischen Föderation. Georgien hat auch im Allrussischen Zentralvollzugsausschuß seine Vertreter. Das Verwaltungssystem ist in Georgien dasselbe wie in Rußland, d. h. die Republik wird vom Georgischen Zentralvollzugsausschuß und vom Rate der Volkskommissare, der vom Zentralvollzugsausschuß gewählt wird, verwaltet. Die örtliche Verwaltung liegt in den Händen der Räte und ihrer Vollzugsausschüsse. Außer der politischen Verbindung mit Rußland festigen sich die ökonomischen Beziehungen zu demselben immer mehr.

Von ausländischen Staaten sind in Tiflis nur Persien und die Türkei vertreten. In der Tschechoslowakei und in anderen Ländern hat Georgien Handelsmissionen.

L a n d w i r t s c h a f t. Am 6. April 1921 wurde der Grund und Boden nationalisiert und der Bauernschaft zur Nutznießung übergeben. Die Sowjetregierung ergreift Maßnahmen zur Hebung der Landwirt-

schaft. Es wird der Bau von Kanälen geplant, mit denen 60 000 Deßjatinen Land bewässert und fruchtbar gemacht werden sollen. In Ostgeorgien wird hauptsächlich Brotgetreide angebaut, in Westgeorgien Mais. Von den anderen landwirtschaftlichen Kulturen sind der Wein-, der Garten- und der Tabakbau am meisten entwickelt. Der Weinbau ist besonders in Kachetien (Gouvernement Tiflis), der Gartenbau und der Anbau von Kulturpflanzen (Tee, Mandarinen, Lorbeerbäumen usw.) besonders im Batumer Gebiet entwickelt.

Industrie und Handel. An der Spitze der Industrie Georgiens steht der Oberste Volkswirtschaftsrat Georgiens. Es muß hervorgehoben werden, daß Georgien kein Industrie-, sondern ein Agrarstaat ist. Von den einzelnen Industriezweigen florieren in Georgien hauptsächlich die Kohlen- und die Manganindustrie. Die Grundsätze der neuen ökonomischen Politik Sowjetrußlands wurden sofort nach der Sowjetisierung Georgiens durchgeführt. Der Staat konfiszierte nur die Großbetriebe. Einige Betriebe wurden in Pacht gegeben.

Der Innenhandel wurde in privaten Händen belassen; der Außenhandel konzentrierte sich anfangs im Kommissariat für Außenhandel Georgiens, späterhin aber vereinigten sich alle Außenhandelskommissariate der transkaukasischen Republiken zu einem „Gebietskommissariat für Außenhandel", um auf dem ausländischen Markt gemeinsam aufzutreten. Dieses Organ spielt im Leben Transkaukasiens eine bedeutende Rolle. Freilich entwickeln sich die Handelsoperationen nur langsam, aber dennoch ist ein großer Fortschritt zu verzeichnen. Batum und Poti sind mit ausländischen Waren überfüllt. Hauptsächlich werden Getreideerzeugnisse gekauft. Ausgeführt werden: Mangan, Petroleum, Holz, Tabak usw.

Transportwesen. In Georgien hatte der Bürgerkrieg nicht die Schärfe wie in Rußland. Daher befindet sich das Transportwesen hier in besserem Zustande als in Rußland. Gegenwärtig kursieren die Züge normal. Auch der Seetransport, besonders der Verkehr mit der R. S. F. S. R., kommt in Gang Die Sowejtregierung trifft energische Maßnahmen zum Bau und zur Instandhaltung der wichtigsten ökonomischen und strategischen Wege, wie des grusinischen (georgischen), des ossetischen u. a. Wege. Es werden schmalspurige Eisenbahnen, wie die Zchalbutinische und die Notaneb-Owugenische angelegt.

Volksbildung. Die Leitung der Volksbildung befindet sich in den Händen des Aufklärungskommissariats, das den Plan einer Schulreform ausgearbeitet hat, die die Einteilung in niedere, mittlere und höhere Schulen aufhebt. Es wurde die einheitliche Arbeitsschule geschaffen, nach deren Absolvierung die Zöglinge in ein

Technikum mit vierjährigem Kursus eintreten. Die Spezialisierung beginnt im dritten Jahre (im Technikum). Der Unterricht wird in der Nationalsprache geleitet Das Aufklärungskommissariat hat gegen 23 Privatschulen nationalisiert und 20 neue technische Schulen eröffnet. Insgesamt funktionieren gegenwärtig zwei Hochschulen und etwa 100 Technikums. Seit Juni 1921 wurden 31 technische Fachkurse und drei Technikums mit Abendunterricht eröffnet.

Gewerkschaftsbewegung. Die Sowjetisierung Georgiens schuf einen breiten Spielraum für die Gewerkschaftsbewegung. Es wurden auch Produktionsverbände nach russischem Muster organisiert. Der Zentralgewerkschaftsrat Georgiens wurde eingesetzt, der sich in aktiver Weise an den Arbeiten des Arbeitskommissariats und des Obersten Volkswirtschaftsrates Georgiens beteiligte. Im Oktober 1921 bestanden in ganz Georgien 269 einzelne Gewerkschafts- und Produktionsverbände, die sich an 56 Orten befanden. Die Mitgliederzahl betrug 89 500, die Zahl der zu diesen Verbänden gehörenden Betriebe 3760. Die Gesamtzahl der Mitglieder setzt sich folgendermaßen zusammen: Tiflis 45 600, Batum 9610, Kutais 5400, Samtredi 4470, Haschur 2000, Poti 2600, Nowosenak 2400, Osurget 2300 usw. Die Gewerkschaftsbewegung befestigt sich immer mehr und umfaßt immer größere Arbeitermassen.

Der Achtstundentag wurde eingeführt; Jugendliche arbeiten 4 und 6 Stunden. Die Gewerkschaften arbeiten in engster Fühlung mit dem Arbeitskommissariat.

Die Kommunistische Partei. Die Entstehung und Entwicklung der Partei ist in Georgien wie überall eng mit der Entwicklung der Arbeiterbewegung verknüpft. Seit 1893 wurde in Tiflis ein Blatt — „Kwali" — herausgegeben, um das sich die Führer der späteren sozialdemokratischen Partei gruppierten. Der Fraktionskampf verschärfte sich im Jahre 1905. Ein Teil der menschewistischen Parteiintelligenz betrat endgültig den Liquidationsweg. Nach dem Siege der georgischen Arbeiter und Bauern wurden in allen Landkreisen und Bezirken Parteikomitees organisiert, die einige Parteikonferenzen abhielten. Im Juni 1921 wurde beim Zentralkomitee eine Parteischule eröffnet, die von 300 Hörern besucht wird. Nach der Parteireinigung zählte die Partei 14 000 Mitglieder. Ende Januar 1922 wurde ein Parteitag einberufen, der als 1. legaler Kongreß der Kommunistischen Partei Georgiens gilt. Zentrale und örtliche Organe erscheinen in verschiedenen Sprachen: in georgischer Sprache der „Kommunist", in russischer die „Prawda Georgiens", in armenischer „Kraßnaja Swesda" (Roter Stern). In georgischer Sprache erscheinen

einige Bauern- und Sowjetpreßorgane, Agitationsliteratur, die Protokolle der Parteitage und dergleichen.

Der Kommunistische Jugendverband. Revolutionäre Jugendorganisationen bestanden in Georgien schon vor der Revolution 1917. Sie trugen aber den Charakter von rein intellektuellen Schülerorganisationen. Die Mehrzahl ihrer Mitglieder sympathisierte mit den Menschewiki. Die kommunistisch gestimmte Jugend gründete im Jahre 1917 ihren Jugendverband „Spartakus". Dieser berief im August 1920 einen Kongreß ein, der von den Menschewiki auseinandergejagt wurde. Nach der Sowjetisierung Georgiens erweiterte der Verband seine Arbeit; gegenwärtig zählt er etwa 13 000 Mitglieder. Es wurden einige Kreiskonferenzen abgehalten; im August 1921 fand der erste legale Kongreß statt, dem 250 Delegierte beiwohnten. Es werden zentrale und örtliche Organe des Verbandes herausgegeben.

Armenien.

Kein Land ist aus dem imperialistischen Kriege so verblutet hervorgegangen wie Armenien. Das kleine Volk, geleitet von der kleinbürgerlichen abenteuerlichen Partei der Daschnaken, die von der kolonialen armenischen Großbourgeoisie unterstützt wurde, brachte dem Moloch des Krieges unsagbare Opfer. So haben die werktätigen Massen vielleicht nirgends so anschaulich die Greuel des imperialistischen und nationalistischen Krieges am eigenen Leibe erfahren wie die Bauern und Arbeiter Armeniens. Auf diese Weise wurde auch der Boden für die kommunistische Arbeit in den Arbeiter- und Bauernmassen Armeniens, sowie für die Sowjetregierung des Landes nur zu sehr durch den natürlichen Gang der Ereignisse vorbereitet.

Territorium und Bevölkerung. Von den drei transkaukasischen Republiken: Aserbejdschan, Georgien und Armenien, hat Sowjet-Armenien das größte Erbteil bekommen. Das territorial noch unvollendete Daschnaken-Armenien verlor im Moment des Ueberganges der Macht in die Hände der Sowjets einen bedeutenden Teil seines Territoriums, nämlich die frühere Kars-Provinz, die Bezirke Surmalinsk, Scharur und Nachitschewan des ehemaligen Gouvernements Erivan, die infolge der Niederlage der Daschnaken im Kriege mit Angora laut dem Vertrag von Alexandropol im November 1920 an die Türkei und teilweise an Aserbeidshan übergegangen sind.

Sowjet-Armenien nimmt gegenwärtig ein Territorium ein, das aus Teilen der Gouvernements des früheren zaristischen Reiches besteht. Den Hauptteil des Territoriums Sowjet-Armeniens bildet das frühere Gouvernement Erivan, dann Teile der Gouvernements Elsijawetpol und Tiflis. Die Bevölkerung zählt nach den administrativen Daten von 1917 (genaue neue Daten sind noch nicht vorhanden) zirka 1 250 000 Personen. Fügt man dazu noch die 250 000 Flüchtlinge aus Türkisch-Armenien hinzu, die sich momentan in Sowjet-Armenien aufhalten, so beläuft sich die Gesamtzahl der Bevölkerung ungefähr auf 1½ Millionen Personen.

Der nationalen Zusammensetzung nach bilden die Armenier 80—85 Prozent der Gesamtbevölkerung; Turko-Tartaren zirka 10 Prozent, Russen, Griechen und andere 5—10 Prozent. Genauere Daten fehlen. Die Hauptmasse der Bevölkerung bildet das Bauerntum, das ungefähr 85 Prozent der ganzen Bevölkerung ausmacht.

L a n d w i r t s c h a f t. Infolge des Krieges befindet sich die Landwirtschaft in einem sehr traurigen Zustande. Im Vergleich mit der Friedenszeit ist das lebendige Inventar um 60 Prozent zurückgegangen; im selben Maße hat sich auch das tote Inventar der ohnehin primitiven Wirtschaft verringert. Seit Bestehen der Sowjetregierung wurde der Bauernbevölkerung eine gewisse Hilfe durch totes und lebendes Inventar zuteil. Eine wesentliche Hilfe brachte auch das verteilte Samenmaterial, aber im Vergleich mit der Not ist all dies unzureichend. Die Bauernbevölkerung selbst legt ungeachtet der schweren materiellen Lage die größte Energie an den Tag, um die zerrüttete Wirtschaft zu heben.

Der Hauptzweig der Landwirtschaft Armeniens ist gegenwärtig der Anbau von Getreidefrucht. Da die Zufuhr von Korngetreide von auswärts, sei es auch nur im geringsten Masse, ausbleibt, war die Bevölkerung gezwungen, von höher stehenden landwirtschaftlichen Zweigen wie Baumwollkulturen, Bienenzucht und Viehzucht, Abstand zu nehmen und, wo es nur möglich war, den Anbau von Getreidefrucht aufzunehmen.

Langsam aber stetig geht die Gesundung der Landwirtschaft Armeniens vor sich. Es bedarf noch einer Menge von Kraft und Anstrengung von seiten der Bevölkerung und der Regierung, um die Landwirtschaft auf ihre Vorkriegshöhe zu bringen.

I n d u s t r i e. Von der Industrie Armeniens kann man nur mit einem gewissen Vorbehalt sprechen. Ihre Bedeutung in der Volkswirtschaft liegt erst in der Zukunft. Aber auch die Anfänge der Industrie sind

infolge der Kriege in einen völligen Verfall geraten, und erst unter der Sowjetregierung zeigt die Industrie Armeniens Zeichen des Wiederauflebens. In der Großindustrie nahm besonders die Kupfergewinnung eine wichtige Stellung ein. Die Fabriken von Allawerd und Sangesur waren die größten Kupferfabriken in Rußland. Eine besonders große Zukunft hat die Kupferindustrie von Sangesur, die auf einem Gebiet der reichhaltigsten Kupferbergwerke liegt, die bis 14 Prozent reines Kupfer aus den Erzen ergeben.

Die von den Besitzern verlassenen Betriebe standen Jahre hindurch still. Erst unter der Sowjetregierung wurden die nationalisierten Betriebe wieder in Gang gesetzt; aber sie weisen natürlich noch lange nicht die Vorkriegsleistung auf. Ebenso arbeiten nun wieder Spiritus- und Lederfabriken, die teilweise die Vorkriegsproduktion erreichen.

Die Volksbildung hat in der letzten Zeit einen gewaltigen Aufschwung genommen, doch sah sich die Sowjetregierung aus Mangel an Mitteln gezwungen, das geplante Netz von Volksschulen einzuschränken. Charakteristisch ist, daß die Bauern an vielen Orten an die Regierung mit dem Vorschlag herantreten, Schulen auf ihre Kosten zu eröffnen, und sich verpflichten, das Lehrpersonal zu bezahlen. Ebenso bewunderungswert ist auf dem Gebiete der Volksbildung die Aktivität der armenischen Frauen. Die durch Jahrhunderte hindurch versklavten Frauen Armeniens leisten viel auf dem Gebiete der Volksbildung wie auch auf dem der Frauenbewegung.

Die Gewerkschaftsbewegung Armeniens, das ja vorwiegend ein Agrarland ist, umfaßt 40 000 Arbeitende. Eine starke Gruppe bildet darunter der Eisenbahner-Verband, der 8500 Mitglieder zählt, ferner die Bergarbeiter und Lederarbeiter.

Das Parteileben hat in Armenien faktisch erst nach der Oktoberrevolution in Rußland begonnen. In den verschiedenen Städten Armeniens arbeiteten nach dem Oktoberumsturz einzelne Zellen und Gruppen der K. P. R., die zum Transkaukasischen Landeskomitee der K. P. R. zusammengeschlossen waren. Nach dem Entstehen der nationalen transkaukasischen Republiken wurde Ende 1918 auch die K. P. Armeniens gegründet, die ihren Sitz zuerst außerhalb Armeniens und dann in Armenien selbst hatte.

Der im Januar 1920 stattgefundene Kongreß der K. P. Armeniens gab einen Ueberblick über die Tätigkeit der Partei und umgrenzte ihre Aufgaben. Die Partei zählte 8500 Mitglieder. Um die Partei vor dem Zustrom schädlicher Elemente zu schützen, wurde beschlossen, einstweilen die Aufnahme neuer Mitglieder einzudämmen; seit Mitte 1921 wurden tatsächlich keine neuen Mitglieder aufgenommen. Die K. P.

Armeniens rekrutiert sich hauptsächlich aus den ärmsten proletarisierten Teilen des Bauerntums (zirka 50 Prozent) und proletarischen Elementen (25 Prozent). Die Partei richtet ihr Augenmerk hauptsächlich auf die Hebung des geistigen Niveaus der Mitglieder, die aus dem Bauerntum kommen.

Unter der Leitung der Partei steht auch der Verband der Kommunistischen Jugend, der momentan 12 000 Mitglieder, hauptsächlich aus dem Bauerntum, aufweist.

Aserbeidschan.

Territorium und Bevölkerung. Die sozialistische Sowjetrepublik Aserbeidschan mit der Hauptstadt Baku umfaßt das Territorium des Gouvernements Baku, fast des ganzen Gouvernements Gjandschi (früher Elisawetpol) und eines Teiles des Gouvernements Tiflis; unter ihrem Protektorat steht auch das autonome Gebiet Nachitschewan, das aus den Bezirken Scharugaraloges, Nachitschewan und Ordubad besteht. Das ganze Territorium nimmt eine Fläche von 97 297 Quadratkilometer mit einer Bevölkerung von 3 200 000 Personen ein.

Entstehung. Nach der Februarrevolution 1917 ging die Macht in Transkaukasien auf die opportunistischen Parteien in Gestalt des von der Provisorischen Regierung gebildeten Besonderen Transkaukasischen Komitees über. Nach dem Oktoberumsturz wird Transkaukasien zum Hort des Menschewismus und Opportunismus und trennt sich von Sowjetrußland, mit Ausnahme der Stadt Baku, wo die Kommunistische Partei, gestützt auf das mächtige Proletariat von Baku, im April 1918 das Sowjetregime proklamiert. Nach dem Einzug der deutschen und türkischen Truppen 1918 zerfällt Transkaukasien in einzelne Republiken und die „Unabhängigkeit" Aserbeidschans wird von den türkischen Truppen in Gjansche proklamiert. Die herrschende Partei Aserbeidschans bleibt die Partei Mussafat, die mit operettenhafter Leichtigkeit von ihrer früheren panislamistischen Orientierung abrückt und willig vor der Entente kapituliert.

Das Niederringen Koltschaks und Denikins und der Vormarsch der Roten Truppen weckten den revolutionären Enthusiasmus der werktätigen Massen. Die Arbeiter der Stadt Baku erhoben mutig das Banner des Aufstandes und stürzten die morsche Mussafat-Regierung.

Am 28. April 1920 wurde Aserbeidschan als sozialistische Sowjetrepublik erklärt. Seine revolutionäre Taufe feierte Aserbeidschan durch den größten und bis dahin nie dagewesenen Kongreß der Völker des Ostens, der im September 1920 in Baku zusammentrat.

Landwirtschaft. Das gesamte Areal beträgt 7 889 000 Deßjatinen, von denen 1 598 000 kultiviertes Ackerland sind. Der größte Teil des Ackerlandes, das aber infolge Bewässerungsmangel unausgenutzt bleibt, liegt in der Muhan-Steppe. Gegenwärtig ist ein intensives Wachstum der Landwirtschaft und ein Wiederaufbau der verlassenen Wirtschaften wahrzunehmen. Die Aussaatfläche für Korngetreide hat 1922 in einigen Bezirken die Vorkriegsnorm überstiegen. Es wird ein energischer Kampf gegen die Heuschreckenplage geführt und an Bewässerungsanlagen gearbeitet. Zur Entwicklung der Kommunalwirtschaft wurden 197 Artel-Kommunen mit 16 462 Mitgliedern auf 19 694 Deßjatinen geschaffen. Die Hauptquelle des Volkswohlstandes ist jedoch nicht die Landwirtschaft, sondern die

Naphthaindustrie. Mit der Sowjetisierung Aserbeidschans wurde die Naphthaproduktion sozialisiert und einem besonderen „Aserbeidschaner Naphthakomitee“ unterstellt. Die Naphthaproduktion erreichte 1906—1916 durchschnittlich 470 Millionen Pud jährlich. In der Revolution trat ein Rückgang der Naphthaausbeute ein: 1919 185 Millionen Pud; 1919 225 Millionen Pud; 1920 175 Millionen Pud; 1921 150 Millionen Pud.

1922 beginnt dank der energischen Maßnahmen die Naphthaausbeute wieder zu steigen. Im laufenden Jahre soll sie 200 Millionen Pud erreichen; schon jetzt hat die Naphthagewinnung 54 Prozent der von 1914 erreicht. Außerdem sei bemerkt, daß in der Vorkriegszeit 3000 Naphthabohrungen ausgebeutet wurden; zur Mussafat-Zeit 1800, und jetzt 1125—50. Auf diese Weise entfällt momentan pro Arbeiter und Bohrung eine größere Gewinnung als in der Vorkriegszeit. In der Naphthaindustrie sind gegenwärtig 17 000 Arbeiter beschäftigt. Die neue Wirtschaftspolitik hat die Naphthaindustrie außerordentlich gefördert. Auf den Zustand der Industrie läßt der Etat des Naphthakomitees schließen, der für neun Monate 1922 aufgestellt ist: für Arbeitskräfte sind 1½ Millionen Goldrubel veranschlagt, für sämtliche Produktionsmaterialien 12½ Millionen Goldrubel, für die Unterhaltung aller Hilfsbetriebe einschließlich der Amortisation 48 Millionen Goldrubel. Die Einnahmen betragen, den Export nicht eingeschlossen, ungefähr 80

Millionen Goldrubel. Der Naphthaindustrie ist also ungeachtet der Blockade der Entente eine normale Entwicklung gesichert.

Nach der Naphthaproduktion steht an zweiter Stelle die Baumwollkultur, der eine große Zukunft beschieden ist. 1914 wurden 1 305 000 Pud gereinigte Baumwolle gesammelt. Nach dem Ausbau eines Bewässerungssystems steht die Möglichkeit bevor, jährlich über 5 Millionen Pud zu ernten. Hand in Hand damit geht die Entwicklung der Baumwollindustrie. Schon vor dem Kriege hatte Aserbeidschan 46 Fabriken zur Bearbeitung der Rohbaumwolle und eine große Webe- und Spinnerei mit 2500 Arbeitern. Im Kriege sind die Baumwollkulturen bedeutend zurückgegangen; 1920 waren nur 6000 Deßjatinen mit Baumwolle bepflanzt.

Von großer Bedeutung ist in Aserbeidschan auch die Seidenzucht, die sich in folgenden Zahlen ausdrücken läßt:

1912	165 000 Pud
1913	167 000 „
1917	150 000 „

Die Seidenindustrie Aserbeidschans gehört zu den ältesten und berühmtesten.

Außerdem ist für das Wirtschaftsleben Aserbeidschans von großer Bedeutung die Bearbeitung von Leder, Wolle und Tabak, ebenso wie die Fischerei, Salzgewinnung und Glasfabrikation. Alle diese Industriezweige waren in Verfall geraten, jetzt ist jedoch ein Wiederaufleben des Wirtschaftslebens zu vermerken.

Die Finanzen. Aserbeidschan hat ein eigenes Geldsystem. Am 1. Januar 1921 waren 10 Milliarden Rubel im Umlauf, 1921 wurden 680 Milliarden emittiert, in den ersten zwei Monaten 1922 400 Milliarden. Das Budget läßt sich in folgenden Zahlen ausdrücken:

direkte Einnahmen	1 562 851 Mill. Rubel
Umsatz- „	1 734 000 „ „
zusammen	3 296 851 Mill. Rubel
direkte Ausgaben	6 390 000 Mill. Rubel
Umsatz- „	1 072 000 „ „
zusammen	7 462 000 Mill. Rubel

Das Defizit beträgt also 4 165 149 Mill. Rubel in Aserbeidschaner Währung.

Außenpolitik. Die Aserbeidschaner Republik wurde „de jure" von den Nachbarstaaten Persien und der Türkei anerkannt.

Innenpolitik. Die alte Zarengesetzgebung wurde aufgehoben; der neuen Gesetzgebung wurde die Sowjetverfassung zugrunde gelegt.

Am ersten Jahrestag Sowjet-Aserbeidschans wurde der Erste Aserbeidschaner Sowjetkongreß einberufen, auf dem das Aserbeidschaner Exekutivkomitee gebildet wurde. Die größte Schwierigkeit im inneren Aufbau Aserbeidschans liegt jedoch in der niedrigen

V o l k s b i l d u n g. Die Sowjetregierung hat eine Bevölkerung vorgefunden, die aus 98,7 Prozent Analphabeten bestand; die Frauen waren in manchen Gegenden ohne Ausnahme Analphabeten. 94,5 Prozent der Kinder genossen keine Schulbildung. Die Sowjetregierung hat in 2 Jahren auf diesem Gebiete Bedeutendes geleistet. Es wurden neue Schulen, Kinderheime und Kindergärten für 20 000 Kinder eröffnet. Die Zahl der Schüler erreichte 130 000. Zur Ausbildung der Lehrer wurden 8 Seminare für 850 Besucher gegründet. Für die technische Ausbildung wurden 70 Fachkurse mit 350 Hörern ins Leben gerufen. Die Zahl der Studenten, die an der Staatsuniversität, an der Pädagogischen Hochschule, dem Institut für orientale Forschung und dem Konservatorium studieren, erreicht 5000. In jedem Bezirk wurden Arbeiter- und Bauernklubs und Bibliotheken eröffnet.

P a r t e i l e b e n. Die K. P. A. ist in den letzten zwei Jahren stark gewachsen. 1918 zählte die Partei im ganzen 700 Mitglieder, 1921 erreichte die Mitgliederzahl 17 097. Infolge der erhöhten Anforderungen, die die Partei an ihre Mitglieder stellt, wurden bei der Neuregistrierung 7143 Mitglieder ausgeschlossen, so daß die Partei momentan 9954 Mitglieder zählt. Die K. P. A. mußte infolge des tiefen Kulturniveaus und der patriarchalischen Lebensweise der Bevölkerung unter den schwersten Bedingungen wirken. Doch gelang es der Partei, unter den Massen den nationalen Antagonismus auszumerzen und ein festes Band zwischen der Arbeiterklasse und dem Bauerntum zu knüpfen. Die K. P. gibt in Baku ein Blatt „Der Bakuer Arbeiter" in russischer und außerdem die Zeitung „Kommunist" in türkischer Sprache heraus.

G e w e r k s c h a f t s b e w e g u n g. Sehr viel hat die Partei auf dem Gebiete der Gewerkschaftsbewegung geleistet. Gegenwärtig bestehen in Aserbeidschan 90 Gewerkschaftsverbände, insgesamt mit 170 276 Mitgliedern.

F r a u e n b e w e g u n g. Anzuerkennen ist auch die Arbeit, die die Partei zur Entsklavung der mohammedanischen Frau geleistet hat. Die Partei hat jetzt schon über 300 Mohammedanerinnen ausgebildet, die die weitere Bildungsarbeit unter den rechtlosen und unwissenden Frauen des Orients leiten.

Die Republik des Fernen Ostens.

Entstehung. Nach dem tschechoslowakischen Aufstand am 29. Juni 1918 und dem Sturz der Sowjetregierung in Wladiwostok begann im Fernen Osten eine Etappe der inneren Reaktion und der auswärtigen Intervention. Offiziell herrschte im Fernen Osten der Admiral Koltschak. Aber faktisch machten sich dort die Interventen und die von ihnen inspirierten Personen breit, die sogenannten Atamane, d. h. Führer von weißen Banden (Semenow in Transbaikalien; Kalmykow im Küstenland).

Im Fernen Osten befanden sich englische, französische, tschechische, italienische, amerikanische und japanische Truppen. Ende 1919 fiel unter den Schlägen der Roten Armee auf dem Territorium Sibiriens die Macht Koltschaks. Der Statthalter des letzteren in Wladiwostok, General Rosanow, wurde am 31. Januar 1920 gestürzt; am 5. Februar fiel die Koltschakregierung im Amur-Distrikt; am 13. flüchtete Kalmykow aus Chabarowsk, und am 15. d. M. zogen die revolutionären Volkstruppen der in Wladiwostok entstandenen Regierung in die Stadt ein. Obgleich schon Ende März 1920 die japanische Regierung offen erklärt hatte, daß sie danach strebe, eine Pufferzone zwischen Sowjetrußland und Japan zu schaffen, hinderte sie nach wie vor die Vereinigung von Wladiwostok und Tschita. Dank der Unterstützung der Japaner verblieb Tschita in den Händen Semenows.

Am 6. April 1920 proklamiert die Konferenz der Vertreter der Einwohner des Baikal-Distriktes die Unabhängige Demokratische Republik des Russischen Fernen Ostens (mit dem Zentrum in Werchne-Udinsk), die seitens der R. S. F. S. R. offiziell anerkannt worden ist. Nach der Einnahme Tschitas durch die Freischärler wurde dort (am 29. Oktober) eine Konferenz der Distriktsregierungen eröffnet, und am 9. November wurde in der gemeinsamen Sitzung mit der Delegation der Wladiwostoker Regierung eine Zentralregierung gewählt, die am 11. November das Wahlgesetz für die Konstituierende Versammlung durchgeführt und die Vollmachten niedergelegt hat. Am 12. Februar wurde die Konstituierende Versammlung der Republik des Fernen Ostens eröffnet, die am 17. April die Verfassung der Republik bestätigt hat. Am 26. hat sie die Grenzlinie zwischen der R. S. F. S. R. und der R. F. O. sanktioniert, laut dem Abkommen zwischen Moskau und der Regierung von Werchne-Udinsk, das am 28. August 1921 unterzeichnet wurde.

Staatsverfassung. Die R. F. O. ist eine demokratische Republik. (Punkt 1 der Verfassung.) Die oberste Gewalt gehört der Volksversammlung der Republik.

Zweimal jährlich finden Sitzungen der Volksversammlung statt; die Regierung wird von der Volksversammlung auf die Dauer von zwei Jahren gewählt. Innerhalb der Republik besteht ein einheitliches Volksgericht. Die Todesstrafe ist in jeder Form von der Gesetzgebung (der Verfassung nach) aufgehoben.

Alle nationalen Minderheiten genießen kulturell-nationale Autonomie. Das Privateigentum ist als unantastbar anerkannt, mit Ausnahme des Grundbesitzes, der Bodenschätze und der Gewässer; dieses Eigentumsrecht ist laut Verfassung aufgehoben.

Außenpolitik. Mit der R. S. F. S. R. wurden eine Reihe von Abkommen geschlossen; mit der revolutionären Volksregierung der Mongolei hat die R. F. O. 1921 nach der Liquidierung der weißen Truppen (von Ungern) freundschaftliche Beziehungen angeknüpft. Mit China hat die Republik verschiedene Abkommen getroffen und unterhält dort eine diplomatische Mission. Anfang 1922 berieten die Vertreter der R. F. O. und Chinas gemeinsam eine Reihe von Fragen zur Schaffung eines festen Bandes zwischen den beiden Republiken und Abwehrmaßnahmen gegenüber Japan.

Japan ist das einzige Land, das noch die Intervention fortsetzt. Aeußerlich tut Japan so, als ob es friedliche Beziehungen zu der R. F. O. anknüpfen und zu diesem Zweck eine Friedenskonferenz (in Dairen) einberufen möchte. Aber andererseits organisiert Japan die Merkulow-Regierung im Küstenland und versorgt die gegenrevolutionären Truppen mit Geld und Munition.

Faktisch hat Japan den Küstendistrikt okkupiert, die Insel Sachalin besetzt und beutet auf räuberische Weise die Fischereien aus.

Die Volksversammlung des Fernen Ostens hat eine Protestresolution gegen die Abenteuer Japans angenommen.

Territorium und Bevölkerung. Die R. F. O. besteht aus fünf Distrikten: Baikaldistrikt, Transbaikal-, Amur-, Vorderamur- und Küstendistrikt mit einer Gesamtfläche von 2 640 000 Quadratwerst und einer Bevölkerung von 1 860 000 (Ende 1921), also mit einer Bevölkerungsdichte von 0,75 pro Quadratwerst. 1 295 000 Einwohner entfallen auf die Landbevölkerung und 565 000 zählen zu den Städtern.

Was die Naturschätze betrifft, so sind diese ebenso reichlich wie mannigfaltig. Gold- und Steinkohlenlager erstrecken sich längs des ganzen Vorderamurdistrikts, von Transbaikalien bis zur Ozeanküste.

1916 betrug die Goldausbeute 1500 Pud, d. h. ein Drittel des ganzen in Rußland gewonnenen Goldes, oder ein Dreißigstel der Weltausbeute. Silber befindet sich in großen Mengen im Nertschinskkreis; es gibt im ganzen zirka 500 Silber- und Bleierzlager.

Im Tjetjucha-Flußtal sind gewaltige Silber- und Bleierzlager vorhanden; ebenso ausgiebig sind die Zinklager; die in Rußland einzigen Zinnlager befinden sich in Transbaikalien bei der Station Olowjannaja; bei der Mündung des Amur in den Fluß Samara wurden Eisenlager entdeckt, wobei die auf einer einzigen Fläche erforschten Lager auf vier Millionen Pud taxiert werden; gewaltige Magneteisenlager befinden sich in der Nähe der Bucht der Heiligen Olga und des Heiligen Wladimir.

Steinkohle wird in der Menge bis zu 25 Millionen Pud jährlich ausgebeutet. Im Bassin des Flusses Puren erstreckt sich ein breiter Streifen Braunkohle bis zu 100 Werst; in Transbaikalien befinden sich Lager von Wolframerzen. Die Insel Sachalin besitzt die im Osten reichsten Naphthaquellen.

Fundstätten von Edelsteinen befinden sich zwischen den Flüssen Onon und Argunj, wo Aquamarine, Byrille, Topase u. a. gewonnen werden.

Die Gesamtfläche der Forste erreicht 10 Millionen Deßjatinen. An Fischreichtum übertrifft die R. F. O. Island und Neu-Fundland. Der Fischexport nach dem Auslande betrug 1915 7½ Millionen Pud. Aus dem Küstendistrikt wurden alljährlich nach dem Auslande ca. 40 000 Zobel- und 5 Millionen Fuchspelze ausgeführt.

Landwirtschaft: Die Aussaatfläche betrug 1921 zirka 13 000 qkm (1 200 000 Deßjatinen) oder auf einzelne Kulturen verteilt:

	Roggen	Weizen	Hafer	Gerste	Buchw.	Kartoff.
Aussaatfläche (i. 1000 Deßjatinen)	215	433	377	19	76	80
Ernte (in 1000 Pud)	6 805,6	11 538,9	11 219,3	0 632,9	1 718,8	11 574

Der Viehbestand betrug in Tausend:

Pferde	806
Rindvieh	1509
Schafe	116
Ziegen	206
Schweine	607
mit anderen Viehsorten zusammen	4291

Handel. 1921 hat das Handels- und Industrieministerium auf dem Innenmarkt für die Bedürfnisse der R. F. O. für 6½ Millionen Goldrubel Waren beschafft; auf dem Außenmarkt (in der Mandschurei) für

2,2 Millionen Goldrubel, in Sowjetrußland für 1,25 Millionen Goldrubel.

Die Wareneinfuhr aus der Mandschurei erreichte 1921 den Wert von 6 Millionen Goldrubel.

Lage der Arbeiterklasse. Laut Verfassung der R. F. O. besteht eine Arbeitspflicht für alle Bürger der Republik.

Es wurde der achtstündige Arbeitstag eingeführt. Ueberstunden sind im allgemeinen unzulässig. Bis zum 16. Lebensjahr ist Lohnarbeit untersagt. Es wurde die soziale Versicherung eingeführt, wobei die Unternehmer die Beiträge zu zahlen haben.

Gewerkschaftsbewegung. In der Stadt Tschita bestehen Gewerkschaftsverbände, die 40 000 Arbeiter umfassen. Am stärksten ist die Eisenbahner-, die Metallarbeiter- und die Grubenarbeitergewerkschaft. Es bestehen im ganzen 19 Gewerkschaften. Vertreter der Gewerkschaftsverbände sind in allen staatlichen Wirtschaftsämtern vorhanden und nehmen am Aufbau des Landes den regsten Anteil.

Es bestehen 9 Fach- und Gewerbeschulen, 35 Bibliotheken und 11 Arbeiterklubs. Von den Gewerkschaften sind im letzten Halbjahr (1921) 120 Diskussionsversammlungen, 40 Theateraufführungen, 10 Konzerte, 45 wissenschaftliche Vorträge technischen Charakters usw. organisiert worden.

Parteileben. Die kommunistische Partei war im Fernen Osten die ganze Zeit hindurch die Führerin im Kampfe gegen die Reaktion. Die Freischärlerbewegung war an vielen Orten elementarer Natur, wurde aber im großen und ganzen von der K. P. geleitet.

Die Zersetzung in den Truppen der weißen Atamane ging ebenfalls unter dem Einfluß der Agitation der K. P. vor sich, die nicht nur das Bewußtsein der gemeinen Soldaten, sondern auch des Offiziersstandes weckte. Die K. P. genießt die größte Popularität unter den Soldaten, Arbeitern und Bauern; so wurden in die Konstituierende Versammlung — bei allgemeinem Wahlrecht — zirka 80 Prozent Kommunisten gewählt. Die Konstituierende Versammlung stellte Kommunisten an die Spitze der Regierung sowie des Ministerrates.

Die fernöstliche Sektion der K. P. umfaßt 7000 Mitglieder, davon sind 40 Prozent Arbeiter und 45 Prozent Bauern. Die anderen Parteien sind im Fernen Osten unpopulär. So haben die S. R. und die Menschewiki nur wenige Sitze in der Konstituante erhalten.

Im Fernen Osten erscheint eine Reihe kommunistischer Blätter: „Der fernöstliche Weg", „Der fernöstliche Telegraph", „Rußland", „Amur-Prawda" und andere.

Chiva.

T e r r i t o r i u m. Im Osten grenzt Chiva an die Volkssowjetrepublik Buchara, im Süden an die Städte Merw und Polotovazk (Aschabad), im Westen an den Aralsee und Amu Darja.

E i n w o h n e r. Nach der im Jahre 1912 getroffenen Volkszählung zählt Chiva 1 650 000 Einwohner (seit 1912 gab es bis zum heutigen Tage keine Volkszählung). Die am dichtesten bewohnten Gebiete befinden sich um den Aralsee und in der Umgebung der Städte Merw und Polotovazk (Aschabad).

B e s c h ä f t i g u n g. Die Bevölkerung von Chiva beschäftigt sich hauptsächlich mit Viehzucht, Landwirtschaft und Gartenkultur.

In Chiva wird Baumwolle zur Verarbeitung angepflanzt. Man verarbeitet auch das Fell zu Fußbekleidung, züchtet Seidenwürmer für Seidengewebe und andere Waren. Die Wolle wird verarbeitet, um sie zu feinen Wollkleidern und Teppichen zu verwerten.

Unter dem Regime der Chans handelten die großen Handels- und Aktiengesellschaften mit Baumwolle, Wolle, Kleesamen, Kamel-, Hammel-, Pferde- und Ziegenfellen und Leder.

Die Kleinhändler exportierten auch andere Waren der heimischen Industrie, Chalate (Mäntel), Krüge, Felle, Samoware, Leder etc. Die Großkaufleute betrieben Handel durch Vermittlung der Aktiengesellschaften; die kleinen Kaufleute handelten auf eigene Faust.

V o l k s b i l d u n g. Noch zur Zeit des Chans wurden Versuche gemacht, Schulen zu eröffnen und Lehrer angestellt, aber den Unterricht genossen nur die Kinder der privilegierten Personen, der Chanbeamten und der Großkaufleute; die Kinder der Besitzlosen hatten keinen Zutritt. In den russischen Schulen wurde ein Drittel der Kinder der usbekischen Großkaufleute unterrichtet.

Zur Zeit des Großvezirs Islam Chedscha Ibrahim Chedschajew wurden Privatschulen nach neuem System eröffnet, aber 1913 wurde er vom blutgierigen Chan Isfendiar ermordet und die Schulen wurden geschlossen; die Lehrer wurden für den Unterricht der Kinder des Chans und seiner Verwandten bestellt.

Während der Revolution, zu Beginn des Jahres 1920, kehrten die unter dem Chan emigrierten Revolutionäre heim. Es wurde eine ganze Reihe von Schulen und Internaten für Mittellose und Waisen eröffnet, nicht allein in der Stadt Chiva, sondern in der ganzen Republik.

Der Kampf gegen das Analphabetentum wurde von den jungen Lehrern energisch geführt. — Viele Jugendliche wurden zum Studium

in andere Republiken geschickt. Auf dem 2. Rätekongreß wurde beschlossen, kein Mittel und keine Kräfte zu scheuen im Kampf gegen das Analphabetentum, neue Schulen in den Dörfern zu eröffnen und zwangsweise die Kinder hinzuschicken.

Buchara.

Territorium und Bevölkerung. Die Sowjetrepublik Buchara mit der Hauptstadt Alt-Buchara umfaßt eine Fläche von 178 750 Quadratwerst. Die Bevölkerung zählt 3½ Millionen, von denen ½ Million Tadschiken sind und 3 Millionen zu den Tjurkenstämmen gehören, wie: Usbeken, Araber, Kirkisen usw.

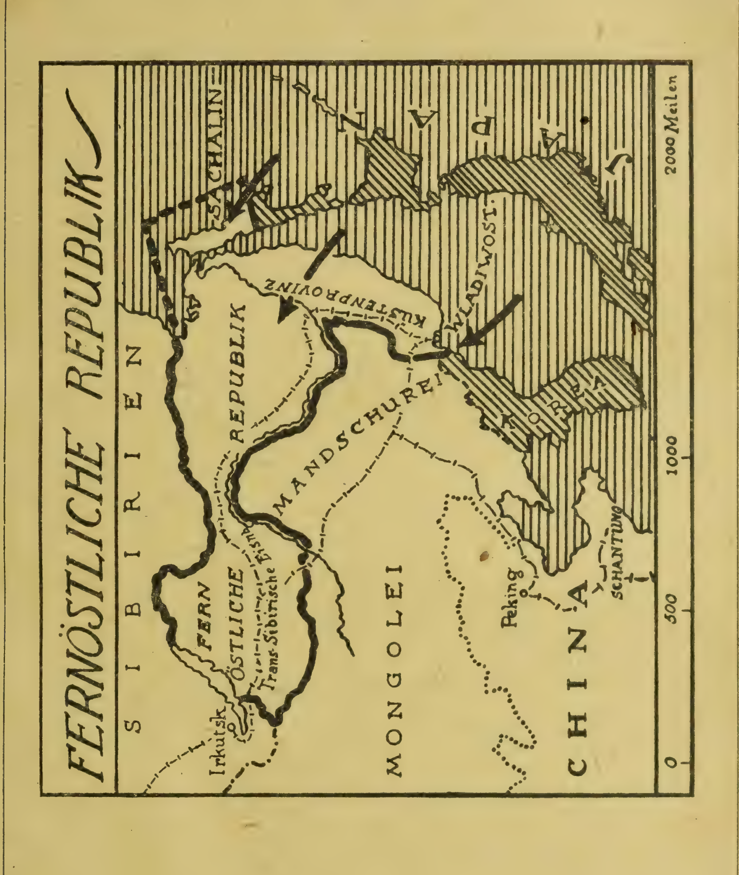
Entstehung. Bis zum Herbst 1920 wurde Buchara von einem feudalen und orientalisch despotischen Regime regiert, an dessen Spitze der Emir stand. Die Tätigkeit der „Jung-Bucharaer", die rein unterirdisch war, drang jedoch in alle Bevölkerungsschichten. Die russische Februarrevolution 1917 führte zu einem Aufstand in der Hauptstadt Bucharas, der jedoch unterdrückt wurde. Die „Jung-Bucharaer" teilten sich in zwei Gruppen. Die eine von ihnen, die Bolschewiki-Kommunisten, vereinigten sich im August-September 1920 zur K. P. B. Mit ihrer Hilfe vollzog das Volk von Buchara den Umsturz. Das Emirat wurde gestürzt und die Regierung ging in die Hände des Volkes über. Der erste Kongreß der Volksdeputierten der „Kurultaj" wählte als höchstes gesetzgebendes Organ den „Sowjet der Volksnasire".

Wirtschaftsleben. Die überwiegende Majorität der Bevölkerung beschäftigt sich mit Ackerbau („Dekhanen"), 10 Prozent der Gesamtbevölkerung besteht aus Handwerkern, Webern, Seidenspinnern usw. Ein kleiner Prozentsatz treibt Handel. Buchara war von altersher bekannt durch seine Teppiche, Seiden, Seidenstoffe usw. Dem Lande, das einen ausgezeichneten Boden hat und jetzt von einem Netz von Bewässerungskanälen („Aryken") durchzogen wird, ist entschieden eine große Zukunft beschieden. Jetzt aber ist das Land erschöpft und bedarf des Wiederaufbaus.

Parteileben. Auf dem ersten Kongreß der K. P. B. in Buchara wurden als Hauptfragen die Agrarfrage und die Frauenfrage behandelt. Die letztere ist in Anbetracht der orientalischen Traditionen von besonderer Wichtigkeit.

G e w e r k s c h a f t s b e w e g u n g. Seit der Revolution in Buchara hat die Gewerkschaftsbewegung einen großen Aufschwung genommen. Alle wichtigsten Berufe sind zu Gewerkschaften vereinigt, wie: der Verband der Dekhanen, der Schneider, der Metallarbeiter usw. Sämtliche Verbände sind in dem „Allbucharaer Gewerkschaftsbund" zusammengefaßt.

Das G e n o s s e n s c h a f t s w e s e n Bucharas wird von der Regierung unterstützt. Es wurde ein ganzes Netz von Genossenschaftsmagazinen (Staatsläden) eröffnet, aber der Warenverkehr ist infolge des Warenmangels noch kein reger.


FERNÖSTLICHE REPUBLIK
SIBIRIEN
SACHALIN
KÜSTENPROVINZ
WLADIWOST.
FERN ÖSTLICHE REPUBLIK
MANDSCHUREI
Trans-Sibirische Eisb.
Irkutsk
MONGOLEI
Peking
CHINA
SCHANTUNG
0
500
1000
2000 Meilen



III.

BÜRGERLICHE STAATEN



BÜRGERLICHE STAATEN

Abessinien.

Königreich, unabhängiger Eingeborenenstaat in Nordostafrika; Unabhängigkeit anerkannt nach einem siegreichen Kriege mit Italien 1896. Ausdehnung 814 300 qkm; geschätzte Einwohnerzahl: über 8 Millionen. Stehende Armee ungefähr 100 000 Mann. Religion: Altchristen. Beschäftigung: Landwirtschaft, hauptsächlich Viehzucht. Industrie: unentwickelt. Ein Proletariat im europäischen Sinne gibt es nicht.

Afghanistan.

Ausdehnung und Bevölkerung. Fläche zirka 568 400 qkm. Bevölkerung auf 6 380 000 geschätzt. Das herrschende Volk sind die Afghanen. Außerdem leben in Afghanistan und Beludschistan etwa 500 000 Inder. Die Zahl der eigentlichen Afghanen wird auf 3,5 Millionen geschätzt. Hazawa und Aimaks 650 000, Kataghanen 200 000, Uzbeken 300 000; alles nur rohe Schätzungen. Die eigentlichen Afghanen sind größtenteils Viehzüchter, die Tadschiks mehr Städtebewohner. Die Afghanen leben in Clan-Genossenschaften. Landessprachen sind persisch (die offizielle Sprache) und Puschtuh. Die weitaus vorherrschende Religion ist der sunnitische Islam.

Regierungsform. Absolute Monarchie mit einem „Emir".

Heerwesen. Die reguläre Armee soll aus 98 000 Mann, einschließlich 18 000 Berittenen, mit 396 Geschützen bestehen. Daneben gibt es große lokale Aushebungen von Irregulären.

Wirtschaft. Das Land ist gebirgig und trocken; stellenweise allerdings ist die Fruchtbarkeit hervorragend und die künstliche Bewässerung ausgedehnt. Meist zwei Ernten jährlich, Getreide und Obst, Fettschwanzschafe, äußerst ergiebig; deren Wolle und Felle ein Hauptausfuhrartikel.

Bergbau ist gering: Eisen, Gold, Edelsteine.

Industrie wenig: Seide, Filz, Teppiche, Produkte aus Kamel- und Ziegenhaar. In Kabul hauptsächlich Erzeugung von Seide, Tuch, Schuhen für die Armee; diese Regierungswerkstätten sind mit gewerblicher Ausbildung verbunden.

Handel und Verkehr richtet sich vor allem nach Indien.

Afghanistan hat noch keinerlei Eisenbahnen; auch keine Fahrzeuge. Aller Transport vollzieht sich noch auf Lasttieren (Kamele und Ponnies). Keine schiffbaren Flüsse.

Währung. Kabul-Rupie; daneben lokale Banknoten seit 1920 eingeführt. 1 Kabulrupie entspricht bei normalem Stand des afghanisch-indischen Kurses zirka 8 englischen Pence.

Chronik der wichtigsten politischen Ereignisse.

19. Jahrhundert: Zankapfel zwischen Rußland und England, die abwechselnd Gebietsteile losrissen. Drei Kriege gegen England. Friedensschluß: 1. 8. 1919. 10. 6. 1919 Sowjetrussische Mission für Afghanistan passiert Taschkent. 10. 10. 1919 Ankunft einer Sondermission (General Mohammed Wali Khan) in Moskau; Beginn der Emanzipation von England. Zweite Hälfte 1919 und auch 1920 und 1921 immer wieder aufflammende Kämpfe der Engländer mit den Grenzstämmen (Masuds und Wazfris). 22. 11. 1921 Vertragsabschluß mit England. Afghanistan erhält zum ersten Male volle Souveränität seiner Außenpolitik. Die Subsidien für den Emir fallen endgültig weg. 28. 12. 1921 Vertrag mit Sowjetrußland. Enges Verhältnis auch mit Angora, wo es eine englandfeindliche Mission unterhält. Die Bedeutung Afghanistans besteht darin, daß es mit der Türkei zusammen die bewaffnete, kriegerisch wirklich leistungsfähige Vormacht der islamisch-nationalistischen Emanzipationsbewegung Vorderasiens darstellt, und zwar unmittelbar am Tore des mohammedanischen, in latenter englandfeindlicher Gärung befindlichen Nordwestens von Britisch-Indien.

Albanien.

Kleinstaat auf dem Balkan, mit vorläufig unbestimmten Grenzen und ungeregelter politischer Verfassung. Ausdehnung ungefähr 25 300,9 qkm, Bevölkerung etwa 850 000. Sozial ein feudales Staatswesen. In Stämme geteilt, an deren Spitze feudale Adlige stehen. Zwei Drittel mohammedanisch, ein Drittel römisch-katholisch und griechisch-orientalisch. Das Land ist ständig von inneren Kämpfen zerrissen, die von den Italienern und den Jugoslaven geschürt werden. Die Bevölkerung beschäftigt sich mit Viehzucht und Ackerbau. Nennenswerte Industrie nicht vorhanden. Serbien erhebt Anspruch auf das ganze Land, Italien auf die Hafenstädte.

Argentinien.

Ausdehnung: 2 683 308,9 qkm; Einwohnerzahl am 31. 12. 1919: 8 533 332; 1914: 7 885 237. Hauptstadt Buenos Aires: 1 674 000 Einwohner.

	Einwanderung	Auswanderung
1915	83 019	148 025
1916	75 381	122 328
1917	51 665	83 996
1918	56 062	59 908

Die große Zahl der Rückwanderer ist der Einberufung der Europäer zum Militärdienst zuzuschreiben.

Nationalität. 1914: 5 530 000 Argentinier, 2 360 000 Ausländer; darunter 930 000 Italiener, 830 000 Spanier, 120 000 Südamerikaner, 90 000 Russen, 80 000 Franzosen, 60 000 Türken, 40 000 Oesterreicher und Ungarn, 28 000 Engländer, 27 000 Deutsche.

Religion. 1895: 3 821 000 Katholiken, 27 000 Evangelische, 6 000 Juden, 141 000 Anhänger anderer Konfessionen und Heiden (Indianer).

Regierungsform und Verfassung. 9. Juli 1816: Unabhängigkeitserklärung Argentiniens; 15. Mai 1853 erhielt das Land eine republikanische Verfassung. Haupt der Republik und Träger der vollziehenden Gewalt ist der Präsident. Die gesetzgebende Gewalt liegt beim Nationalkongreß: Senat und Abgeordnetenkammer. Der Präsident wird durch allgemeines indirektes Stimmrecht für 6 Jahre gewählt. Parlamentarisches Ministerium. Die Abgeordneten gehen aus direkter Wahl hervor. Der Senat besteht aus 30 Mitgliedern. Wähler: alle über 18 Jahre alten männlichen Argentinier.

Landwirtschaft. Bebaute Fläche 1918/19 etwa 24 Millionen Hektar. Anbaufläche und Ertrag der wichtigsten Ackerbauprodukte (in Millionen):

Jahr	Weizen		Lein		Mais	Luzerne	Hafer	
	Hektar	Tonnen	Hektar	Tonnen	Hektar	Hektar	Hektar	Tonnen
1913/14	6,6	—	1,8	—	4,1	6,7	—	—
1917/18	7,2	—	1,3	—	3,5	8,0	—	—
1918/19	6,8	4,6	1,9	0,8	3,3	8,0	1,2	0,5
1919/20	6,0	5,8	1,4	1,0	3,2	—	0,5	0,8
1920/21	6,0	6,0	1,4	1,3	—	—	0,8	0,8
1921/22	—	5,0	—	0,8	—	—	—	0,5

Der Rückgang im letzten Erntejahr ist auf die Weltwirtschaftskrise, die niedrigen Preise und die geschwächte Konsumkraft Europas zurückzuführen.

Einen großen Aufschwung zeigt in den ersten Jahren der Nachkriegszeit die Rindviehzucht. 1914 25 866 763 Stück Rindvieh, 1920 27 392 126. Dementsprechend stiegen die Erträge der Molkerei-Industrie. Käse: 1913 (erste 9 Monate) 5 690 Tonnen, 1920 (erste 9 Monate) 20 417 Tonnen. Butter: 1913 10 198 Tonnen, 1920 24 460 Tonnen.

Schafe: 1914 43 225 452 Stück, 1920 45 303 419 Stück. Wollproduktion in 1000 Tonnen: 1910 164, 1914 140, 1915 142, 1916 147, 1917 167, 1918 132.

Im letzten Jahre hat ein katastrophaler Rückgang der Viehpreise eine höchst ungünstige Wirkung auf die Weidenbesitzer gehabt. November 1918 wurden auf dem Schlachtviehhof in Buenos Aires für fette Ochsen 200—230, für gute Hammel 13—14 Pesos erzielt; im November 1921 aber nur 120—130 bezw. 8—9 Pesos. Man verlangt von der Regierung Maßnahmen zur Stützung der Viehzucht: direkte Beteiligung durch den Staat, Festsetzung von Ausfuhrhöchstpreisen für Vieh und Kredite für Europa.

I n d u s t r i e. Argentinien ist an industriellen Rohstoffen sehr arm. Etwas Gold, Silber, Kupfer, Kohle ist vorhanden. Die Ausbeute von Petroleum betrug 1917 181 704 Kubikmeter, 1918 197 573, 1919 188 092, 1920 226 545 Kubikmeter.

Hauptindustriezweige sind die landwirtschaftliche Produkte verarbeitende. Für die Ausfuhr am wichtigsten ist die Gefrierfleischindustrie. Der Wert der Ausfuhr von Fleisch (gefroren, gekühlt, konserviert) betrug 1918 254 Millionen Pesos bei 802 Millionen Pesos Gesamtausfuhr; 1919 243 Millionen Pesos bei 1033 Millionen Gesamtausfuhr. Die zweitgrößte Ausfuhrindustrie ist die des als Gerbstoff verwendeten Extraktes des Quebracho-Holzes.

Müllerei-Industrie: gesamte Mehlproduktion 1914 908 361 Tonnen; 1918 1 124 943 Tonnen. Zuckerindustrie: Produktion 1914 335 955 Tonnen; 1918 125 379, 1919 298 000, 1920 190 000 (geschätzt) Tonnen.

V e r k e h r s w e s e n. Das gesamte Eisenbahnschienennetz beträgt 35 630 km; hiervon gehören nur 6 127 dem Staate, alles Uebrige 13 englischen und 3 französischen Gesellschaften.

Die in argentinischen Häfen eingelaufenen Schiffe hatten einen Gesamtbruttoinhalt von (Millionen Tonnen):

	1913	1918	1919
Dampfschiffe	6,8	3,1	4,9
Segelschiffe	0,2	0,2	0,4

A u ß e n h a n d e l (Wert in Millionen Goldpesos). Einfuhr 1913, 1918, 1919, 1920: 496, 500, 656, 852; Ausfuhr in derselben Zeit: 520, 802, 1031, 1006; 1921 Ausfuhr 672, Einfuhr 635.

Die Ausfuhr besteht ausschließlich aus Produkten der Viehzucht, Land- und Forstwirtschaft. Die Anteile dieser drei Gruppen an der Gesamtausfuhr betragen in Prozent:

	1913	1914	1918	1919
Viehzucht	41,7	38,7	62,5	53,2
Landwirtschaft	55,5	58,1	32,3	42,6
Forstwirtschaft	1,8	2,0	1,9	2,4

S t a a t s f i n a n z e n (in Millionen Pfund Sterling). 1916: Einnahmen 34,6, Ausgaben 34,5; 1918: E. 32,8, A. 34,4; 1919: E. 34,9, A. 35,6; 1920: E. 41,7, A. 41,7; 1921 E. —,—, A. 43,9.

Außenschuld Ende 1918: 671 Millionen, innere: 2,8 Millionen Papierpesos.

Der Rückgang in der Ausfuhr hatte zur Folge, daß die Zahlungsbilanz in letzter Zeit passiv war und der Peso gegenüber dem Dollar entwertet wurde, im Laufe des letzten Jahres bis zu einem Disagio von 50 Prozent. Die Regierung erließ deshalb ein Goldausfuhrverbot.

Die „A. B. C. - S t a a t e n", Argentinien, Brasilien, Chile, sind durch Verträge gebunden, alle Streitigkeiten nicht durch Waffengewalt, sondern durch Schiedsgerichte zu entscheiden. Dieses System hat sich seit Jahrzehnten gut bewährt. Kriege wurden vermieden. Die A. B. C.-Staaten beherrschen die südamerikanische Politik. Sie bilden ein — wenn auch schwaches — Gegengewicht gegen die Vereinigten Staaten, die in neuer Auslegung der Monroe-Doktrin ganz Südamerika zu ihrem Kolonialgebiet machen möchten.

Politische Bewegung. In der gegenwärtigen politischen Lage Argentiniens teilen sich die konservativen Kräfte in verschiedene politische Fraktionen, die keine grundsätzlichen und deutlich sichtbaren Klassenunterschiede aufweisen. Die Arbeiterbewegung stellt in der Politik noch keine so mächtige Kraft dar, daß sie fähig wäre, einen politischen Konzentrationsprozeß der argentinischen Bourgeoisie hervorzurufen. Die Eroberung der Regierungsposten bestimmt den Kampf zwischen den bürgerlichen Parteien. Die Namen der Parteien entsprechen nicht ihrem objektiven Inhalt.

Es bestehen vier bürgerliche Parteien mit verschiedenen Strömungen: die „konservative Partei", von der man im allgemeinen sagen kann, daß sie die großen Latifundienbesitzer und Industriellen vertritt; die „Radikale Partei", die die allgemeinen und gemeinsamen Interessen der Bourgeoisie vertritt; die „Demokratische Partei", die die Tendenzen der liberalen Bourgeoisie widerspiegelt, und die „Sozialistische Partei". Einige der Parteien teilen sich bei den Kommunalwahlen in verschiedene Fraktionen, um die Interessen der Groß- oder Kleinhändler besonders zu vertreten.

Diese Differenz entsteht daraus, daß bei den Nationalwahlen bloß die stärkste und die zweitstärkste Partei Sitze erhalten, dagegen herrscht bei den Kommunalwahlen das richtige Verhältniswahlsystem.

Von diesen Parteien ist die einzige Organisation, die wirklich Anhänger hat, die Sozialistische Partei. Die Bildung einer bürgerlichen Partei hängt in sehr vielen Fällen von einem Namen ab, und es ist gar nichts ungewöhnliches, daß sich Konservative in Radikale verwandeln und umgekehrt, je nachdem, welche Partei an der Herrschaft ist.

Die Sozialistische Partei hat zur Zeit rund 6000 Mitglieder in der ganzen Republik. Ihr Organisationssystem, ihre Taktik, ihre politische Stellung ist vollkommen reformistisch. Sie war bis vor kurzem Mitglied der Zweiten Internationale, jetzt scheint sie sich auf die Zweieinhalb hin zu bewegen. Sie hat neun National-Deputierte, die in der Hauptstadt gewählt sind, wo sie zuletzt etwa 59 000 Stimmen bekam (im ganzen Lande 90 000 Stimmen). In der ganzen Republik hat sie rund 180 Ortsgruppen, von denen sehr viele kaum irgendwelche Tätigkeit entwickeln. Sie ist im Rückgang begriffen. In den von Arbeitern bewohnten Wahlbezirken verliert sie relativ Stimmen, während sie gleichzeitig in den von der Bourgeoisie bewohnten Bezirken Stimmen gewinnt, dadurch, daß die Konservativen und Demokraten für sie stimmen, um den Sieg der Radikalen zu vereiteln. Zur

Zeit hat sie nur einen ganz geringen Einfluß auf die Gewerkschaften, außer in einigen Verbänden der Staatsarbeiter. In ihrer Agrarpolitik stützt sie sich auf die kleinen Besitzer. Einer ihrer Hauptprogrammpunkte ist die Aufteilung des Großgrundbesitzes und die Förderung des ländlichen Kleinbesitzes. Ihr offizielles Organ ist die Tageszeitung „La Vanguardia" (Der Vortrupp). Diese Zeitung hat eine Auflage von etwa 10—12 000 Exemplaren.

Die Kommunistische Partei bildete sich 1917 unter dem Namen „Partido Socialiste International" (Internationale Sozialistische Partei) aus den von der Sozialistischen Partei Ausgeschlossenen. Ihr Ausschluß war erfolgt infolge ihrer Opposition gegen die Kriegshetzerei der Parteiführer. Die Kommunistische Partei ist in beharrlichem Aufstieg begriffen. Sie hat 85—90 Ortsgruppen mit 3000 bis 3500 Mitgliedern in der ganzen Republik. Ihre Orientierung, ihre Taktik und ihr Organisationssystem entsprechen denen der kommunistischen Internationale, deren argentinische Sektion sie bildet. In der Hauptstadt erhielt sie bei den letzten Nationalwahlen 4200 Stimmen, was einem Stimmenzuwachs von 1300 Stimmen gegenüber den vorletzten Wahlen entspricht. In der ganzen Republik hatte sie rund 8000 Stimmen. Ihr Einfluß unter den Arbeitern ist im Wachsen. Bei den Wahlen zum Stadtparlament, wo auch ausländische Arbeiter mitstimmen können und das echte Verhältniswahl-System herrscht, hat sie in Buenos Aires zuletzt 5265 Stimmen bekommen und damit einen Sitz im Stadtparlament. Ein weiterer Sitz fällt ihr sicher bei den nächsten Wahlen im November zu. Sie besitzt zur Zeit eine Zeitung „La Internacional" (Die Internationale), die, bevor sie offizielles Organ der Partei wurde, das Organ des linken Flügels der Sozialistischen Partei war. Sie erscheint in einer Auflage von rund 6000 Exemplaren. Ferner besitzt die Partei einige Halbmonats- und Monatsschriften im Innern, z. B. „Bandera Roja" (Rote Fahne) in Haedo und „Lucha de Clases" (Klassenkampf) in Cordoba. Die Zeitung „La Internacional" wird in der eigenen Druckerei der Partei gedruckt, wo sich auch eine Buchhandlung und der Parteiverlag befinden.

In den Provinzen, in denen sich mehr als 5 Ortsgruppen befinden, wird ein Provinzialverband organisiert. In der Stadt Buenos Aires wo 20 Ortsgruppen bestehen, hat sich ein Lokalverband gebildet. In der Provinz Buenos Aires besteht ein Provinzialverband; in den Provinzen Santa Fé und Cordoba ist er in Bildung begriffen. In den wichtigeren Gewerkschaften hat die Partei kommunistische Fraktionen organisiert, und diese entwickeln eine eifrige Tätigkeit, wie

z. B. in den Gewerkschaften der Tischler, Buchdrucker, Metallarbeiter, Schuhmacher usw. Sie haben eine nicht unbedeutende Mitgliedschaft und erheblichen Einfluß in den Gewerkschaften. Die kommunistische Jugendbewegung hat rund 500 Mitglieder. Sie entwickelt eine eifrige Tätigkeit. Ihr Organ ist „La Juventud Comenista" (Die kommunistische Jugend), das in einer Auflage von rund 2000 Exemplaren erscheint.

Die Gewerkschaftsbewegung. Argentinien ist ein noch hauptsächlich Ackerbau und Viehzucht treibendes Land. Die proletarische und kommunistische Bewegung leidet daran. Viele Arbeiterorganisationen haben keinen dauernden Charakter. Im Innern des Landes gibt es Organisationen, die nur während einer gewissen Zeitspanne aktives Leben haben.

Während der Erntezeit, wenn das Proletariat sich zerstreut, indem es der Arbeit im Camp nachgeht, verschwindet die Organisation tatsächlich, und es bilden sich einige neue, die dasselbe vorübergehende Leben haben. Dies ist der Grund, warum es fast unmöglich ist, eine genaue oder auch nur einigermaßen gut geschätzte Zahl der Organisationen und Mitglieder zu geben. Die Arbeiterbewegung befindet sich noch in der Periode der Konsolidation. Die Stärke der organisierten Arbeiterbewegung kann auf rund 140 000 im Jahre 1919, auf 180 000 1920 und nach der letzten Reaktion, die die Gewerkschaften stark in Mitleidenschaft zog, auf rund 110—120 000 im Jahre 1921 geschätzt werden. Zur Zeit, nach den intensiven Anstrengungen für den Einigungskongreß, können wir die Zahl der organisierten Arbeiter mit rund 150—180 000 angeben. [1]) Bis zu dem Einigungskongreß (am 6. März 1921) existierten 2 Zentralorganisationen der Gewerkschaften, die sogenannte FORA = Federation Obrera Redional Argentina (Argentinische Arbeiterföderation) „vom 9. Kongreß" (später „vom 10. Kongreß" genannt), die ihren Namen vom 9. Kongreß der Organisation herleitet, auf dem die Leitung die syndikalistisch-reformistischen Tendenzen der Richtung von Jouhaux übernahm; der andere Verband ist die „FORA vom 5. Kongreß", so genannt von denen, die sich beim 10. Kongreß abspalteten, um die anarchistische Orientierung, die sich den Namen „FORA auf dem 5. Kongreß" gegeben hatte, beizubehalten. Dieser Verband nennt sich z. Zt. „FORA Communistica", ein Name, der aus taktischen Gründen ange-

[1]) Nestripke und die Amsterdamer geben die Mitgliederzahl der der Amsterdamer Internationale angeschlossenen Arbeiterorganisationen auf 700 000 an; dies ist eine Fabel.

nommen wurde und hinter dem man die anarchistische Tendenz der Organisation zu verbergen trachtet. Die Kräfte dieser Organisation und der autonomen, d. h. keinem Verbande angehörenden Gewerkschaften lassen sich ungefähr wie folgt schätzen:

	1919	1920	1921	1922	
Autonome	60 000	70 000	40 000	30 000	
FORA vom 10. Kongreß	45 000	70 000	40 000	80—100 000	(USA)
FORA vom 5. Kongreß	35 000	40 000	20 000	30— 35 000	

Auf dem Einigungskongreß, an dem die Gewerkschaften der FORA des 10. Kongresses, viele autonome Gewerkschaften und einige wenige von der FORA des 5. Kongresses teilnahmen (die „FORA des 5. Kongresses" lehnte die Teilnahme an dem Einigungskongreß ab, weil die Kommunisten hauptsächlich Anteil daran nahmen), wurde die USA = Union Sindical Argentina (argentinische Gewerkschaftsunion) gegründet, die rund 80 bis 100 000 Mitglieder zählt. Die „FORA des 5. Kongresses", die sogenannte „kommunistische", zählt noch rund 30 000 Mitglieder, und vielleicht 30—35 000 Arbeiter blieben in den autonomen Gewerkschaften.

Vier große ideologische Strömungen lassen sich in der argentinischen Arbeiterbewegung aufzeichnen: die der „Sozialpatrioten", der reformistischen Syndikalisten, welche die Leitung der USA innehaben, der sie einen antipolitischen Stempel aufdrücken; die anarchistische, die in der „FORA des 5. Kongresses" dominiert, und zwischen diesen beiden die aus Elementen aus beiden Lagern gebildete, aber sehr wenig entschiedene und sehr wenig kräftige Strömung, die aus taktischen Gründen geneigt ist, in die R. G. I. einzutreten. Außer den erwähnten Strömungen existiert die offen kommunistische Richtung, die den bedingungslosen Anschluß an die R. G. J. propagiert. Es ist selbstverständlich, daß die kommunistischen Zellen in den Gewerkschaften die feste Grundlage für diese Richtung sind, die verschiedentlich Erfolge errungen hat, indem sie die Gewerkschaften der Tabakarbeiter und der Buchdrucker in Buenos Aires, der Tischler in Rosario und einen erheblichen Teil der Arbeiterorganisationen in Cordoba zum bedingungslosen Anschluß an die R. G. J. veranlaßte. Die Arbeiterbewegung ist in allererster Linie in der Hauptstadt konzentriert, was sich daraus erklärt, daß die Organisationen hier einen dauernderen Charakter haben als im Innern, wo sich, wie beispielsweise in den Yerba-Pflanzungen in Misiones und im Chaco, vorübergehend mächtige Orga-

nisationen bilden, die viele Zehntausende der in den dortigen Betrieben beschäftigten Arbeiter umfassen, aber nach einer gewissen Tätigkeitsperiode vollkommen zerfallen. In der Hauptstadt haben sämtliche Gewerkschaften von einiger Bedeutung ihre Zeitschriften, ebenso die beiden Zentralorganisationen. Das Organ der Union Sindical Argentina nennt sich „Union Sindical" (Gewerkschaftsunion) und erscheint wöchentlich in einer Auflage von 3000. Die „FORA des 5. Kongresses" hat ein Organ „La Organisacion Obrera" (Die Arbeiterorganisation), das nicht regelmäßig erscheint.

Die allgemeine Lage der Arbeiterklasse. Die schweren Krisenperioden und die allgemeine Teuerung haben das Lebensniveau des Proletariats in den letzten 10 Jahren herabgesetzt. Die bemerkenswerte Verringerung des Fleischkonsums der Arbeiterbevölkerung zeigt, daß die Entwicklung des Kapitalismus in ihren Folgeerscheinungen für das Proletariat fühlbar wird. Die Preise aller Konsumartikel sind enorm in die Höhe gegangen, und wenn auch die Löhne sich erhöht haben, so haben sie doch nicht gleichen Schritt gehalten mit der Teuerung. Die Arbeitszeit beträgt 8 Stunden. Im Innern des Landes ist die kapitalistische Ausbeutung viel schärfer. Im allgemeinen sind dort die Gehälter viel geringer und die Arbeitsbedingungen viel schwerer. In manchen Ausbeutungsbezirken, wie z. B. auf den Yerba-Pflanzungen, herrschen die brutalsten Ausbeutungsmethoden.

Belgien.

Flächeninhalt: 29 452 qkm, Einwohnerzahl 1921: 762 Millionen.

1815: Trennung von den Niederlanden, 1830: Erklärung zum unabhängigen Staat, 1831: Konstitutionelles Königreich.

Zweikammersystem. Senat 100, Abgeordnetenhaus 190 Mitglieder.

Die politischen Parteien. Seitdem Belgien als unabhängiger Staat besteht (1830), regieren abwechselnd zwei Parteien: die Klerikalen und die Liberalen. Die Klerikalen sind in erster Linie Vertreter der Interessen des Grundbesitzes. Indessen gelang es ihnen in der Periode von 1893—1914, alle konservativen Elemente der Großbourgeoisie zu gewinnen. Die Liberalen vertraten (wenigstens anfangs) das Industriekapital. In bezug auf grundlegende Fragen herrschte zwischen den beiden Parteien stets Uebereinstimmung. Wenn die Klerikalen auf dem Zensuswahlrecht bestanden, so waren ihm auch die Liberalen niemals allzu feindlich gesinnt. Unter dem Drucke der politischen Aktivierung des Proletariats (von 1880 an) stimmten die

Katholiken einer Abänderung des Wahlrechtes im Sinne der Begünstigung der Bauern und Kleinbürger zu, während die Liberalen sich nach links entwickelten, den Volksparteien näherten und anfangs das Pluralsystem, dann das allgemeine Wahlrecht verlangten. Parallel mit der Erstarkung der Arbeiterbewegung bildete sich innerhalb der Katholischen Partei eine „Junge demokratische Rechte" oder „Christliche Demokraten". Die Strömung hat indessen niemals die Vormundschaft der Katholischen Partei abgeworfen. Bestenfalls übt sie einen gewissen Einfluß auf die gläubigen Arbeiter aus.[1]) Die „fortschrittliche" Strömung, die die liberale Partei zu verjüngen suchte, hat sich ebenfalls recht bald erschöpft. Außer dem Vorschub, der durch diese Strömungen den Sozialisten zugunsten der politischen Gleichheit (1893) geleistet wurde, haben sie keine wichtige Rolle gespielt. Je mehr sich die Liberalen nach links entwickelten, umso rascher gingen die Industriellen zu den Katholiken über.

Abgeordnete im Parlament:

	1894	1898	1900	1914	1919
Katholiken	104	112	86	99	77
Liberale	20	12	35	—	—
Sozialisten	28	28	31	44	70

Von 1893 (Datum des ersten politischen Streiks) bis 1914 näherten sich die Sozialisten und Liberalen einander immer mehr zwecks Bekämpfung der Katholiken, die während 30 Jahren (1884 bis 1914) die Macht inne hatten. Während des Krieges und bis 1921 war es die „Heilige Allianz", die Koalition der Klerikalen, Liberalen und Sozialisten, die das Land regierte.

Religion: einheitlich katholisch.

Nationalitäten 1910 (in 1000): Flamen: 3221 (43,4 Prozent), Franzosen: 2 833 (38,1 Prozent), Deutsche 31 (0,4 Prozent), andere Nationalitäten: 331 (4,5 Prozent). Es sprachen mehr als eine dieser Sprachen: 1007 (13,6 Prozent).

Bevölkerungsbewegung (in Millionen):

Jahr		Jahr	
1835	3,78	1910	7,42
1876	5,34	1919	7,58
1890	6,07	1921[2])	7,62
1900	6,69		

Auswanderung (in 1000):

Jahr		Jahr	
1891	15	1919	38
1901	10	1920	53
1911	18	1921	57
1913	22		

Von sämtlichen Ländern der Welt hat Belgien die dichteste Bevölkerung pro Flächeneinheit.

[1]) Sie leitet gegenwärtig den Bund der Christlichen Verbände („Algemeen Christen Varkerbond van Belgie"), der 1920 156 000 Mitglieder umfaßte.

[2]) 1921 mit Eupen und Malmedy.

Berufsgliederung 1900 (in 1000):

Landwirtschaft	Industrie	Handel und Verkehr	Freie Berufe und Staatsang.	Haushalt	Militär	Handelsschiffahrt	Gesamterwerbstätigkeit
702 22%	1580 49,5%	430 13,5%	228 7,1%	213 6,7%	34 1,1%	3 0,1%	3190 100%

Verhältnismäßig sehr viel Analphabeten. Um 1900 konnten 10 Prozent des heranwachsenden Geschlechtes und die Hälfte der älteren Generation weder lesen noch schreiben.

Landwirtschaft. Sehr intensiver Parzellenbetrieb, höchste Hektarerträge in Europa. Der größte Teil der bebauten Fläche in Pachtwirtschaft; etwa 25 Prozent Besitzern stehen 75 Prozent Pächter gegenüber. 1920 1 340 415 ha landwirtschaftliche Fläche, 519 781 ha Wald.

Ernteerträge: A gleich Gesamtfläche in 1000 ha., B gleich Gesamtertrag in Millionen q., C gleich Hektarertrag in q.

	Weizen			Roggen			Gerste			Hafer			Kartoffeln		
	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C
1913	159	4,0	25,2	259	5,7	22,0	34	0,9	27,0	272	7,0	25,6	160	32,0	202,0
1914	162	3,3	23,5	261	5,9	22,5	34	0,9	27,0	278	7,2	26,0	—	—	—
1919	133	2,7	20,2	201	3,5	17,3	30	0,8	25,9	223	3,9	17,6	129	20,7	160,2
1920[1])	114	2,8	24,6	205	4,6	22,4	35	0,9	28,5	217	4,9	22,5	134	22,6	168,6
1921	139	4,0	28,3	226	5,4	23,8	39	1,1	28,7	244	5,1	21,2	—	25,4	—

Große Weizen- und Mehleinfuhr. 1913 19 Mill. q., davon 4,1 Mill. q. Reexport; 1920 9,18, davon 0,08 Reexport; 1921 10,77, davon 1,06 Reexport. Hingegen Zuckerausfuhr.

Zuckerproduktion (in 1000 t)

1913/14	229	1920/21	243
1919/20	147	1921/22	280

Viehzucht: Intensiv aber unbedeutend, infolge des Krieges stark zurückgegangen.

	Pferde	Rindvieh	Schafe	Schweine
	in Tausend			
1890	272	1421	236	1163
1915	317	1880	185	1194
1920	205	1487	—	977

Bergbau und Hüttenwesen. Große Kohlenlager, doch Steigerung der Kohlenbeförderung nicht so rasch wie in anderen Ländern, weil die Abbaue bereits tief liegen.

1913	22,8	1918	13,9
1914	16,7	1919	18,5
1915	14,2	1920	22,4
1916	16,9	1921	21,8
1917	14,9		

Im Kohlenbergbau beschäftigte Arbeiter: 1920 167 924, 1. Januar 1922 165 850.

[1]) 1920 Gesamtfläche provisorische Zahlen, aus „Annuaive Statistique" Paris. Daher Hektarerträge auch provisorisch.

Hochöfen:

	Gesamtzahl	Unter Feuer	Außer Betrieb	Im Wiederaufbau
1. Februar 1913	55	48	6	1
1. Februar 1922	54	18	18	18

Oktober 1921 nur 11 in Betrieb.

Eisenindustrie arbeitet mit importierten Kohlen und Eisenerzen, daher schlechter Standort. Konkurrenzfähig infolge niedrigerer Löhne als in den Nachbarländern (in der Vorkriegszeit). Produktion:

Stahl und Eisen in Millionen:

	1913	1914	1915	1916	1917	1918	1919	1920	1921
Eisen	2,5	1,5	0,06	0,1	—	—	0,3	1,1	0,9
Stahl	2,5	1,4	0,1	0,1	0,01	0,01	0,3	1,2	0,8

Zinkproduktion: 1913 und 1920 etwa 30 Prozent der europäischen Zinkproduktion. Rohzink in 1000 t:

Jahr		Jahr	
1913	204	1917	10
1914	146	1918	9
1915	52	1919	20
1916	23	1920	85
1921 [1]	59		

Von Industrien steht an erster Stelle die Textil- und Bekleidungsindustrie, dann die Metall- und Minen-, ferner die Bau-, Nahrungsmittel-, Holz-, Leder-, Transport- und Steinindustrie.

Verkehr. Ende 1917: 8 814 km. Eisenbahnen. Dichtestes Eisenbahnnetz der Welt. Wasserstraßen 2 000 km. Kleine Küste, einziger Hafen Antwerpen an der Scheldemündung. Handelsflotte 30. Juni 1920: 410 040 Bruttotonnen Dampfschiffe, 4700 Bruttotonnen Segelschiffe.

Außenhandel (in Millionen Frs.)

	1913	1919	1920	1921	1. Viertelj. 1922
Einfuhr	5 050	5 223	12 942	10 054	2 038
Ausfuhr	3 716	2 289	8 862	7 147	1 355
Einfuhrüberschuß	1 334	2 934	4 080	2 907	683

Prozentuelle Verteilung des belgischen Außenhandels nach Hauptwarengruppen:

	1913	1919	1920	1921
Einfuhr:				
Lebende Tiere	1,3	2,5	1,5	1,4
Getränke und Nahrungsmittel	20,5	28,7	25,4	31,7
Rohstoffe u. einfach bearbeitete Stoffe	52,8	33,8	46,8	39,8
Fertige Waren	17,2	34,8	26,2	27,1
Gold und Silber	8,2	0,2	0,1	—
Ausfuhr:				
Lebende Tiere	1,2	0,1	0,1	0,7
Getränke und Nahrungsmittel	8,8	22,3	7,6	13,1
Rohstoffe u. einfach bearbeitete Stoffe	49,1	41,4	38,4	44,1
Fertige Waren	38,7	35,9	53,8	42,9
Gold und Silber	2,2	0,3	0,1	0,1

Bei der Einfuhr hat sich das prozentuale Verhältnis von der Rohstoffeinfuhr zugunsten der Nahrungsmittel- und Fertigwaren-Einfuhr verschoben.

[1] 1921: 11 Monate.

Steigerung der Lebenskosten (April 1914 gleich 100):

	1920			1921		
	Januar	Juli	Dezember	Januar	Juli	November
	Einfache Indexziffern					
Durchschnitt	396	453	468	450	379	394
	Abgewogene Indexziffern					
1. Gruppe	382	459	511	493	410	442
2. Gruppe	381	451	503	491	405	434
3. Gruppe	382	451	504	496	409	434

Die erste Gruppe umfaßt Arbeiterfamilien mit einem täglichen Einkommen von weniger als 5.— Fr. im Jahre 1910, die zweite Gruppe solche mit einem täglichen Einkommen von 5.— Fr. bis 8.— Fr., die dritte Gruppe solche mit einem Einkommen über 8.— Fr. Der Berechnung ist die Annahme zugrunde gelegt, daß der Verbrauch der gleiche ist wie 1910.

Die Lohnkürzungen, die jetzt durchgeführt worden sind, sind prozentual erheblicher als das nur geringe Sinken der Indexziffer. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Löhne der belgischen Arbeiter im Frieden geringer als in Frankreich und Deutschland waren.

Arbeitsverhältnisse. 14. Juni 1921 Achtstundentag gesetzlich festgelegt. Arbeitslosigkeit nach Meldungen der Arbeitslosenkassen (in Tausend).

	1913	1914	Okt. 20	Dez. 20	Jan. 21	Juli 21	Dez. 21
Kassenmitglieder	77	77	263	546	600	688	757
Arbeitslose	2,1	3	16,8	94,8	117,8	147,2	86

Arbeitslosenunterstützung beträgt pro Familienhaupt 5.— Fr., Frau 1.50 Fr., Kind 1.— Fr. täglich.

Kapitalmarkt. Große Kapitalanlagen im Ausland, vor allem in Eisenbahnen in sämtlichen Weltteilen. In der Vorkriegszeit in Rußland über 1 Milliarde Goldfrancs angelegt. Volksvermögen vom belgischen Finanzministerium 1913 mit 23,42 Milliarden Goldmark geschätzt, nach anderen Schätzungen etwa 30 Milliarden Goldmark.

Im Budgetvoranschlag (ordentlich und außerordentlich) in Millionen Frs.

	1920	1921	1922
Einnahmen	3272	4356	2576
Ausgaben	9342	5756	4354
Defizit	6070	1400	1778

1921 Ausgaben für Heereszwecke 525, für Schulden 890 Millionen Frs. Staatsschulden, 1920 29278 Millionen Frs. Notenumlauf Mitte 1914 935, Ende 1921 6212, Ende Mai 1922 6103 Millionen Frs.

Die Kriegsverluste. E. L. Bogart veranschlagt die belgischen Kriegskosten auf 1155 Millionen Dollar. Unmittelbar unter dem Kriege hat nur das Ypern-Gebiet gelitten, das sich mitten in der Kriegszone befand, das aber industriell und landwirtschaftlich unbedeutend ist. Dagegen haben die Deutschen während des Krieges einen Teil der Maschinen sowie einen Teil des Viehs nach Deutschland verschleppt. Keynes schätzt die physischen Verluste Belgiens durch den Krieg auf etwas über 3 Milliarden Goldmark. Laut offiziellen Angaben wurden im Kriege 75 000 Liegenschaften zerstört, davon waren Anfang 1922

51 655 wiederhergestellt. Zerstörte Bahnlinien und Straßen sind mit Ausnahme zweier Brücken bereits vollständig hergestellt, ebenso sämtliche Schiffahrtsstraßen, mit Ausnahme eines Teiles des Kanals von Ypern.

Die politische Arbeiterbewegung. Während der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts hat sich Belgien sehr rasch industrialisiert. Die kapitalistische Konzentration vollzieht sich in einem starken Ausmaße. Trotzdem ist die Heimindustrie sehr bedeutend. Das eigentliche Industrieproletariat hat 1896 die Zahl von 680 000 Personen erreicht (gegenwärtig eine Million). Die Arbeitermassen lebten im furchtbarsten Elend, arbeiteten unter elenden Bedingungen, für niedrigen Lohn und beugten sich unter das Joch eines immer mächtiger werdenden Klerikalismus. Lange Jahrzehnte gab es keine Bewegung. Erst 1875 setzte eine mächtige Arbeiterbewegung ein. Es wurde die Arbeitskammer in Brüssel und die Gruppe der Sozialdemokraten in Genf gegründet. 1877 konstituierten sich die „Flämische Sozialistische Partei" und die „Brabantische Sozialistische Partei". Aus der Vereinigung dieser beiden Organisationen ging 1879 die „Belgische Sozialistische Partei" hervor. Zur selben Zeit entstanden die „Vereinigten Zirkel" (blanquistischer Richtung), „Générale ouvrière" (anfangs unter der Vormundschaft der Liberalen), zahlreiche „Arbeiterligen", Gewerkschaften und Gesellschaften gegenseitiger Hilfe. Anseele und Bertrand gründen Konsumgenossenschaften. 1885 vereinigten sich alle diese Organisationen zur „Belgischen Arbeiterpartei.

Im Jahre 1886 brach ein Arbeiteraufstand aus. Die Bewegung wurde durch Polizei und Militär erbarmungslos unterdrückt. Die Niederlage ließ in der Arbeiterschaft die Idee des Generalstreiks aufkommen. Die Partei hat von ihren Anfängen an bis zum Weltkriege an die Spitze ihrer Forderungen die des allgemeinen Wahlrechts gestellt. Sie suchte dieses Ziel durch Dynamitanschläge, Feuersbrünste, Generalstreiks (1893, 1902 und 1913), auf dem Wege parlamentarischer Verhandlungen und durch Annäherung an die Liberalen zu erreichen.

Auf dem Kongreß der Belgischen Arbeiterpartei 1887 kam es zu einer Spaltung. Die Bergarbeiter forderten einen sofortigen revolutionären Generalstreik. Für die Flaemen und Brüsseler kam lediglich ein lang vorbereiteter und friedlicher Streik in Betracht. Die Bergarbeiter verließen die Partei und gründeten die „Republikanische Sozialistische Partei", die einen revolutionären Streik (1888) durchzuführen versuchte. 1890 erfolgte ihre Wiedervereinigung mit der B. A. P.

Mißlungene Generalstreikversuche fanden ferner 1893 und 1902 statt. An dem letzteren nahmen 300 000 Arbeiter teil.

Da sich aber die Regierung nicht zum Nachgeben zwingen ließ, verfügte die Partei, um eine noch schlimmere Niederlage zu vermeiden, die Einstellung des Streiks. Doch die Idee, durch den Generalstreik zum Ziele zu gelangen, wurde nicht preisgegeben. 1913 erklärte die Arbeiterpartei nach langer Vorbereitung wiederum den Generalstreik. Es streikten 450 000 Arbeiter. Indessen gelang es auch diesmal nicht, das allgemeine Wahlrecht zu erkämpfen.

Zwanzig Jahre lang führten die belgischen Arbeiter den Kampf mit bewunderungswürdiger Solidarität und Disziplin, mit großem Opfermut, und nach jeder Niederlage bereiteten sie sich zu neuen Kämpfen. Und sie erlangten endlich das allgemeine Wahlrecht nicht durch ihre großartigen Kämpfe, sondern dadurch, daß sich die Sozialisten in den Dienst der klerikal-liberalen Bourgeoisie stellten.

Die Belgische Arbeiterpartei. Die Partei umfaßt alle drei Formen der Arbeiterorganisationen: die politische, gewerkschaftliche und genossenschaftliche. Die Gewerkschafts-Kommission, eine Abzweigung der Partei, leitet die Gewerkschaftsbewegung. Seit 1894 wird die Partei innerlich vom reformistischen Parlamentarismus zerfressen; sie verbündete sich so oft und so eng wie möglich mit den Liberalen gegen die Katholiken. Beim Ausbruch des Krieges wurde Vandervelde zum Minister ernannt. Der Generalrat der B. A. P. billigte die Politik der „Heiligen Allianz". De Brouckère, der radikale Marxist jener Zeit, ging zu den Chauvinisten über. Die gesamte Partei wurde ultra-nationalistisch.

Die Okkupation erweckte bei den im Lande verbliebenen Arbeitern das Gefühl der Zusammengehörigkeit mit der belgischen Bourgeoisie. Diese Stimmung wurde durch die sozialchauvinistische Propaganda noch erhöht. Nach Kriegsschluß traten die sozialistischen Führer (Vandervelde, Wanters, Anseele und Deshée) unter dem Vorwande, sich für die alte Forderung des allgemeinen Wahlrechts einsetzen zu müssen, in das Koalitionsministerium ein. Die letzten Kongresse der Partei (1918—1921) billigten die Teilnahme an der Koalition.

Die belgischen Sozialisten sind erbitterte Feinde der russischen Revolution. Sie sind stets bereit, jede Massenbewegung zu unterdrücken und auf die Bahnen des bürgerlichen Reformismus überzuleiten.

Die „Gewerkschafts-Kommission der Arbeiterpartei und der Unabhängigen Gewerkschaften" (Mertens) ist ebenso sozial chauvinistisch und opportunistisch eingestellt wie die Partei selbst. Die ihr angeschlossenen Gewerkschaften zählten 1914 130 000, 1919 500 000,

1920 700 000 Mitglieder. Es ist zu bemerken, daß die Kommunisten sich von der Kommission nicht losgelöst haben und einen immer steigenden Einfluß in den Gewerkschaften ausüben.

Die Belgische Kommunistische Partei. Die kommunistische Bewegung stieß auf erhebliche Schwierigkeiten. Ursprünglich war sie lediglich eine ideologische Strömung, der sich vorwiegend junge Genossen anschlossen, die während des Krieges in Opposition zu der nationalistischen Politik standen. Einige Schüler der „Bildungszentrale" (kurz vor dem Kriege durch Henri de Man gegründet) gaben in jener Zeit die „Roode Jeugd" (Rote Jugend) heraus, die auf dem Boden von Zimmerwald und Kienthal stand. Nach Kriegsende wurde die internationalistische und revolutionäre Propaganda von den „Jungen Garden" fortgesetzt. Es wurde eine „Flämische K. P." gegründet. Die „Jungen Garden" führten in ihren Zeitschriften „Socialisme" und „Exploité" eine erbitterte Kampagne gegen die bürgerliche Politik der B. A. P. und die Unentschlossenheit und Schwankungen der Parteiminderheit. Im Januar 1920 traten die „Jungen Garden" aus der Partei aus und bildeten die erste kommunistische Gruppe (60 Mitglieder). Im Mai 1920 wurde die „Kommunistische Föderation Walloniens" mit dem Zentralorgan „L'Ouvrier Communist" unter der Leitung von W. van Overstraaten gegründet. Kurze Zeit darauf vereinigten sich die flämische und wallonische kommunistische Partei zur Kommunistischen Partei Belgiens.

Andererseits entwickelte sich die Minderheit der B. A. P. unter der Führung Jacquemothés sowohl politisch als auch organisatorisch. Es wurden Gruppen der „Freunde des Ausgebeuteten" gegründet, die sich dann in einem Bunde organisierten und von 1918 bis 1921 drei Kongresse abhielten. Ursprünglich hatte die Minderheit keine andere politische Plattform als den Antimilitarismus. Auf ihrem zweiten Kongresse (27. Februar 1921) erklärten die „Freunde des Ausgebeuteten" ihren „moralischen Anschluß an die Kommunistische Internationale". Auf ihrem dritten Kongreß konstituierten sie sich als Kommunistische Partei Belgiens. Nach dem dritten Kongreß der Kommunistischen Internationale, auf dem die beiden kommunistischen Parteien vertreten waren, fand ein Vereinigungskongreß statt, auf dem sich die Vereinigte Belgische Kommunistische Partei konstituierte. „Exploité" und „L'Ouvrier Communist" wurden durch die „Drapeau Rouge" ersetzt, die auch in flämischer Sprache (Roode Vaan) erscheint. Fast unmittelbar nach ihrer Gründung sah sich die K. P. B.

vor die Parlamentswahlen gestellt, bei denen sie nur eine unbedeutende Stimmenzahl erhielt, erstens deshalb, weil sie noch nicht imstande war, eine große Wahlkampagne zu entfalten, zweitens, weil die antiparlamentarische Richtung nur ungern an den Wahlen teilnahm, doch vor allem deshalb, weil es den Sozialisten gelang, durch ihren Verzicht (November 1921) auf die Beteiligung an der Koalitionsregierung sich vor den enttäuschten Arbeitermassen rein zu waschen.

Die K. P. B. widmete alle ihre Aufmerksamkeit der Arbeit in den Gewerkschaften. Sie sucht hier die Taktik der K. I. konkret anzuwenden und hofft, auf diesem Wege ihren Einfluß auf die Arbeitermassen zu erweitern und ihre bisher noch wenig zahlreiche Mitgliedschaft zu vermehren.

Unter belgischer Einflußsphäre.

Belgisch-Kongo.

1885 von König Leopold II., welcher der größte Kapitalist Belgiens war, erworben. 1908 vom Staate annektiert. 1921 11 Millionen Einwohner, davon nur 8 221 Europäer. Das bedeutendste Kautschukgebiet Afrikas.

Außenhandel (in Millionen £):

	1916	1917	1918	1919	1920
Einfuhr	2,1	1,4	1,5	3,4	9,5
Ausfuhr	5,2	6,6	4,5	8,2	12,6

Bekannt ist die maßlose Ausbeutung und unmenschliche Behandlung der einheimischen Bevölkerung.

Luxemburg.

Großherzogtum. Im Londoner Vertrag von 1867 als neutrales Gebiet anerkannt, dessen Unabhängigkeit von England, Frankreich und Deutschland garantiert wurde. Bis zum Kriege deutsches Zollgebiet. Gegenwärtig wirtschaftlich dem belgischen Zollgebiet angeschlossen. Ausdehnung: 2 300 qkm; Bevölkerung 1916: 264 000. Fast ausschließlich Katholiken. Parlament von 48 Mitgliedern, gewählt auf Grund des allgemeinen Wahlrechtes (auch Frauen). Parteien: Katholiken 27, liberale 7, Sozialisten 9, andere 5. Sprache: deutsch. Wirtschaft: große Eisen- und Stahlindustrie. Produktion jährlich über 2 Millionen Tonnen Eisen und Stahl.

Bolivien.

Ausdehnung: 1 470 196 qkm. Die Einwohnerzahl würde 1900 auf 1 744 568, 1915 auf 2 889 970 geschätzt. 1900 waren über 50 Prozent

der Bevölkerung Indianer, 26,7 Prozent Mischrassen und 12,27 Prozent Weiße. 564 000 waren in der Landwirtschaft, 399 037 in der Industrie, 55 521 im Handel, 49 647 in freien Berufen, 36 285 in häuslichen Diensten, 12 625 im Bergbau, 3 106 in künstlerischen Berufen tätig. Der größte Teil der Bevölkerung (1 701 000) ist römisch-katholisch.

Seit 1885 ist Bolivien eine politisch unabhängige Republik. Verfassung seit 1880. Die Exekutive hat der für 4 Jahre durch allgemeine direkte Wahl gewählte Präsident. Kongreß: Senat und Deputiertenkammer. Direktes Wahlrecht. Wähler ist jeder des Lesens und Schreibens Kundige von 21 Jahren an.

Wirtschaft. Die Landwirtschaft ist sehr rückständig. Weizen, Mais, Gerste, Kartoffeln werden nur für heimischen Bedarf produziert. Kaffee wird nach Chile und Argentinien exportiert. Das wichtigste Agrarprodukt ist Kautschuk. 1918 wurden 4287 Tonnen ausgeführt. Bolivien steht unter den Kautschuk produzierenden Ländern Südamerikas an zweiter Stelle hinter Brasilien. — Der Bergbau fördert Silber, Kupfer, Zinn, Blei, Zink, Antimon, Wismut, Wolfram, Gold.

Der Außenhandel geht, da Bolivien keinen eigenen Seehafen besitzt, hauptsächlich über chilenische Häfen. Die Haupteinfuhrwaren sind Lebensmittel, Wein, Spirituosen und Textilien. Hauptausfuhrwaren sind Zinn, Zink, Silber, Antimonerze und Kautschuk. Die Nahrungsmittelausfuhr ist sehr spärlich. Der Wert der Ein- und Ausfuhr betrug in Millionen Pfund:

	1915	1916	1917	1918	1919
Einfuhr	1,8	2,5	2,7	2,7	4,8
Ausfuhr	7,6	8,1	12,6	14,2	11,2

Die Haupteisenbahnlinie geht von der chilenischen Hafenstadt Antofagasta bis La Paz. Die Gesamtlänge der Eisenbahnen beträgt 2178 Kilometer.

Die staatlichen Einnahmen stiegen von 1 840 000 (1914) auf 4 280 387 Pfund (1920). Die Staatsschuld belief sich am 30. Juli 1919 auf 68,9 Millionen Pfund, davon 39 Millionen Pfund auswärtige Schulden. Für den größten Teil ist der Gläubiger Frankreich. Die Einnahmen bestehen hauptsächlich aus Zöllen.

Eine nennenswerte Arbeiterbewegung gibt es nicht.

Brasilien.

Ausdehnung: 8,6 Millionen qkm. Einwohner: 1900 17 318 556; 1920 30 645 296. Bundeshauptstadt Rio de Janeiro: 1920 1 157 873 Einwohner.

Regierungsform und Verfassung. Bis Ende 1889 Kaiserreich und Einheitsstaat; seit 1891 föderative Republik: Vereinigte Staaten von Brasilien. 20 Gliedstaaten, 1 Bundesdistrikt, 1 Nationalterritorium. Die Staaten sind in Regierung und Verwaltung autonom; desgleichen die Gemeinden (Municipios). Die Bundesregierung oder Union vertritt die Republik nach außen und hat

das Recht der Kriegserklärung und des Friedensschlusses. In ihrer Hand liegt die Gesetzgebung für Zivil-, Handels- und Strafrecht. Sie erhebt Zölle, setzt Münzen, Maße und Gewichte und den jährlichen Staatshaushalt fest usw.

Das Haupt der ausübenden Gewalt ist der durch allgemeines direktes Wahlrecht auf 4 Jahre gewählte Präsident. Die gesetzgebende Gewalt wird durch den Nationalkongreß ausgeübt: Senat und Abgeordnetenhaus. Die Wahlen für beide sind allgemein und direkt. Wähler: männliche Brasilianer von über 21 Jahren.

W i r t s c h a f t. Agrarland. In den dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts produzierten fast alle südöstlichen Provinzen Brasiliens Getreide, Weizen, Roggen, Gerste usw. Das ganze Inland wurde mit einheimischem Getreide versorgt und darüber hinaus konnte noch exportiert werden. Eine plötzlich auftretende epidemische Getreidekrankheit hat die brasilianische Getreidekultur so gut wie gänzlich vernichtet. Während des Krieges hat der erhöhte Weltbedarf einen neuen Anreiz zum Weizenanbau gegeben. Nach wie vor ist aber Brasilien auf Getreideeinfuhr angewiesen. Diese beträgt im Jahresdurchschnitt ungefähr 3—400 000 Tonnen. Nach der Vernichtung der Getreidekulturen verwandte man den Boden zur Viehzucht und zur Anpflanzung von Kaffee, Kakao, Baumwolle und Zuckerrohr. Kaffee ist der wichtigste Exportartikel. Die Brasilianische Kaffeeproduktion beträgt 75 Prozent der Weltproduktion.

	1852/53	1910/11	1913/14	1918/19	1919/20	
Welternte . . .	4,6	14,6	19,5	15,5	—	(in Millionen
Brasil. Ernte . .	2,4	10,8	14,5	11,5	7,1	Sack à 60 kg)

Der Rückgang zeigt die Wirkung der Weltkrise; die Kaffeepreise fielen unter den Vorkriegspreis.

K a k a o. Ernte (in 1000 Tonnen): 1913 27,3, 1919 51,8, 1920 52,6. Brasilien steht unter den Kakao produzierenden Ländern an zweiter Stelle.

R o h r z u c k e r. Jahrhundertelang war Brasilien das erste Zuckerland der Welt. Durch Konkurrenz anderer Länder, vor allem aber durch den Rübenzucker, wurde die Produktion zurückgedrängt. Die Ausfuhr hörte fast vollständig auf. Während des Krieges neuer Aufschwung. Ausfuhr 1913 5 267 Tonnen, 1917 138 159 Tonnen; sie sank allerdings infolge der wiedererwachenden europäischen Zuckerproduktion auf 69 429 Tonnen 1919, 109 141 Tonnen 1920. Die Gesamtzuckerproduktion betrug 1919/20 399 000 Tonnen. Hauptabnehmer ist Nordamerika; sein Anteil an der Ausfuhr betrug 1920 55 Prozent.

T a b a k. Jahresdurchschnitt 50 Millionen kg, der zum großen Teil in einheimischen Fabriken verarbeitet wird.

Es gab deren 1914 2273, 1915 2231, 1916 2036.

B a u m w o l l e. Brasilien ist eines der ältesten Baumwolle produzierenden Länder der Welt. Ursprünglich beschränkte sich der Anbau auf die Nordprovinzen. Die Baumwollhausse der ersten Nachkriegsjahre hatte eine weitere Ausdehnung des Anbaus zur Folge. Die Baumwollproduktion betrug schätzungsweise:

1912	60 000 Tonnen	1918	90 000 Tonnen
1914	80 000 „	1919	128 000 „

K a u t s c h u k. Ungefähr die Hälfte des Weltbedarfs an Kautschuk kommt aus Brasilien. Die Kautschukernte betrug 1916 36 500, 1917 91 000 Tonnen.

V i e h z u c h t und V i e h p r o d u k t e. Unter den Viehzucht treibenden Ländern steht Brasilien hinsichtlich der Rindviehzucht an fünfter, der Schweinezucht an zweiter und der Pferdezucht an fünfter Stelle. In den letzten Jahren ist eine starke Abnahme des Viehstandes eingetreten. Der Weltkrieg hat in Brasilien eine große Fleischexportindustrie ins Leben gerufen. Die Kriegsnachfrage nach Vieh, Häuten und Fellen verursachte eine beträchtliche Steigerung der Schlachtungen. Das hat den Staat veranlaßt, mit seinen Mitteln die Viehzucht zu fördern. Es ist ein Versuch, die meist extensiv betriebene Viehwirtschaft zu intensivieren. Von den Produkten der Viehwirtschaft sind Leder, Häute und Gefrierfleisch wichtige Ausfuhrwaren.

I n d u s t r i e. Während des Krieges und der Nachkriegszeit hat der Industrialisierungsprozeß große Fortschritte gemacht. Besonders Baumwolle und Wolle wird zum nicht geringen Teil anstatt ausgeführt zu werden in der heimischen Industrie verarbeitet. Die Einfuhr von Baumwollwaren aus Europa geht zurück. 1908 waren 202 Baumwollfabriken mit 1 500 722 Spindeln und 78 186 Arbeitern, 35 Wollspinnereien mit 1324 Webstühlen, 20 116 Spindeln und 2 745 Arbeitern vorhanden. Die Seidenfabrikation wird staatlich gefördert.

1916 gab es 2036 Tabakfabriken und 114 Zuckerfabriken; im ganzen ist die Zahl der Fabriken in Brasilien 11335 mit einem Kapital von 666 Millionen Milreis. Die Zahl der Arbeitskräfte war 1916 115 841.

B e r g b a u. Geringe Kohlen-, Gold- und Diamantenfunde. Bedeutender Eisenerz, Manganerz und Monazit. Die Eisenerzlager erstrecken sich über fast ganz Brasilien; besonders reich sind sie im Staate Minas Geraes. Die Förderung ist aber trotz günstiger Abbauverhältnisse sehr gering, weil der Kohlenmangel der Verhüttung hinderlich ist. Die Regierung subventioniert den Erz- und Kohlenbergbau sowie die Eisen- und Stahlproduktion.

Durch das Versagen der früheren Lieferanten England und Rußland waren die Vereinigten Staaten von Amerika gezwungen, auf die brasilianischen Erzeugnisse zurückzugreifen. Infolgedessen stieg die Ausfuhr von 183 316 Tonnen 1914 auf 503 130 Tonnen 1916 und 532 855 Tonnen im Jahre 1917.

Inzwischen hat die wiederauftretende Konkurrenz einen Rückgang verursacht. 1918 betrug die Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten nur 393 388 Tonnen.

A u ß e n h a n d e l (in Millionen Pfund Sterling):

	1916	1917	1918	1919	1920	1921
Einfuhr	40,4	40,5	52,8	78,1	124,4	53,7
Ausfuhr	56,4	63,0	61,6	130,0	107,5	48,0

Die bisher aktive Handelsbilanz hat sich also infolge der Weltkrise in eine passive verwandelt, die Einfuhr ist gestiegen, aber die Ausfuhr gesunken. Die Ausfuhr der wichtigsten Exportwaren betrug in Metertonnen:

	Menge		Wert (in Millionen Pfund)	
	1919	1920	1919	1920
Kaffee (Säcke)	12 963	11 523	72,6	52,8
Gefrierfleisch	54 900	63 600	3,6	4,3
Kautschuk	63 352	23 531	6,2	3,7
Leder	56 790	37 265	6,0	4,0
Kakao	62 564	54 419	5,7	3,8

Auf die Hauptausfuhr- und -einfuhrländer verteilen sich Export und Import wie folgt:

	Import (in Millionen Pfund)		Export (in Millionen Pfund)	
	1918	1919	1918	1919
Großbritannien	10,8	12,7	6,1	9,5
Vereinigte Staaten	18,9	17,4	21,3	54,0
Argentinien	10,0	12,0	9,3	5,8
Frankreich	2,5	2,9	5,5	27,2
Portugal	2,0	2,3	0,5	0,7

Verkehrswesen. Brasiliens Eisenbahnen haben ein Schienennetz von 19 932 km. Davon sind 9455 Eigentum des Bundes; 1527 gehören den Staaten und die übrigen sind in privaten Händen. Die Hauptbahn Brasiliens, die brasilianische Zentralbahn, ist Eigentum des Staates. Die brasilianische Handelsflotte zählte 1919 588 Dampfer mit 423 000 Tonnen und 55 Segelschiffe mit 17 922 Tonnen Inhalt.

Ueber die „A. B. C.-Staaten siehe bei Argentinien.

Die Kommunistische Partei. Die Kommunistische Partei wurde vor kurzem gegründet. Vor rund zwei Jahren bildete sich infolge der Propaganda, die durch die Argentinische Kommunistische Partei in Broschüren, Zeitungen und Briefen betrieben wurde, eine Gruppe von Arbeitern, die bereit waren, eine brasilianische Sektion der Kommunistischen Internationale zu gründen. Ende 1921 trat in San Paolo der Gründungskongreß in illegaler Form zusammen. Die Zahl der Teilnehmer war 131. Wie man sieht, ist es eine Organisation, die keinen großen Einfluß hat. Er hat eine große Aufgabe zu bewältigen, denn in Brasilien existiert keine Arbeiterpartei, die irgend einen Einfluß auf die Massen ausübt. Bis vor kurzem existierte eine sozialistische Gruppe ohne Bedeutung. Die Hauptaufgabe der Kommunistischen Partei ist die, die Massen zu organisieren, wofür sie ein weites Feld findet. Wahrscheinlich wird die Partei in kurzem eine Zeitung herausgeben.

Die Gewerkschaftsbewegung. In Brasilien gibt es keine beträchtlichen Arbeiterorganisationen. Trotzdem sind an einigen Stellen des Landes größere Massen von Arbeitern konzentriert, die in den Kaffee-, Kakao- und Baumwollkulturen beschäftigt sind. Die bestehenden Gewerkschaften haben keine Verbindungen untereinander.

Nur wenige, wie die Buchdruckergewerkschaft von San Paolo, haben einige Bedeutung. Irgendwelche Zahlen über die gegenwärtige Arbeiterbewegung in Brasilien können nicht gegeben werden. Einige anarchistische Gruppen existieren noch, die verschiedene Zeitschriften herausgeben, so z. B. „A Rivolta" (Der Aufstand) und „A Prebe" (Das Volk). Ferner existiert eine Studentengruppe, welche die Zeitschrift „Clarté" herausgibt und das Programm der französischen Gruppe Clarté, also kommunistische Tendenzen, angenommen hat.

Bulgarien.

Die Kommunistische Partei Bulgariens und die Kommunistische Balkanföderation.

Die Kommunistische Partei Bulgariens ist nicht während des Krieges oder nach demselben entstanden, wie die überwiegende Mehrzahl der Kommunistischen Parteien, sondern viel früher, im Jahre 1903, als die Spaltung in der alten Sozialdemokratischen Partei Bulgariens erfolgte. Die Kommunistische Partei spielt im politischen Leben Bulgariens eine große Rolle. Sie ist die stärkste politische Partei des Landes, und bei den Parlamentswahlen wurde sie bloß von der herrschenden Bauernpartei überholt. Ihrem Einfluß auf die Massen, ihrer Organisation und ihrem Wahlerfolge nach überragt die Kommunistische Partei weithin alle kapitalistischen Parteien, die sich gegen dieselbe vereinigen. Trotz des bürgerlichen Blockes siegte bei den Wahlen die Kommunistische Partei in der Mehrzahl der Städte. Im allgemeinen hält die Partei in den Städten den Vorrang vor allen bürgerlichen Parteien, während sie in den Dörfern bloß hinter der Bauernpartei zurückbleibt. Bei den letzten Parlamentswahlen erhielt die Partei ein Viertel der abgegebenen Stimmen und fast ein Viertel der gesamten Abgeordnetensitze.

Indem aber die Kommunistische Partei ihre Erfolge hervorhebt, bekennt sie vollkommen, daß ihr noch sehr viel zu tun bevorsteht, um den Sieg der proletarischen Revolution vorzubereiten und zu sichern. Heute gehen im Innern des Landes unsere Anstrengungen nach zwei Richtungen; erstens in der Partei und in den mit ihr verbundenen Arbeiterberufsverbänden die Mehrzahl des Stadt- und Dorfproletariats zu organisieren und zweitens die Mehrzahl der Kleinbesitzer unter unse-

ren Einfluß zu bringen. Trotz der industriellen Entwicklung in den Städten ist Bulgarien noch immer ein vorwiegend kleinbäuerliches Land. Die Partei hat erkannt, daß unter diesen Verhältnissen das Proletariat, welches das Rückgrat der revolutionären Bewegung bildet, stark organisiert sein muß, damit die proletarische Revolution im entscheidenden Augenblick, bei der Eroberung der Macht und bei der Organisierung der Diktatur des Proletariats, nicht gleich einer Gefahr ausgesetzt ist; aber die Partei erkennt ebenso, daß ohne die Gewinnung der Mehrzahl der Kleinbauern in Bulgarien, wo $^4/_5$ der Bevölkerung Bauern sind, der Sieg der Revolution unmöglich ist.

Die Anstrengungen der Partei außerhalb des Landes, in den benachbarten Balkanländern, sind darauf gerichtet, feste politische und organisatorische Verbindungen mit den kommunistischen Parteien, mit dem Proletariat und den Kleinbauern dieser Länder zu schaffen. Der Balkan ist in einige Kleinstaaten zerrissen, die heute alle von dem Ententeimperialismus wirtschaftlich und militärisch unterjocht sind, und zwischen denen der Gegensatz heute viel größer als vor dem Kriege ist. Deshalb ist die Revolution in einem dieser Balkanländer der sicheren Gefahr ausgesetzt, nicht nur von dem Ententeimperialismus, sondern auch von der Reaktion in den benachbarten Balkanstaaten unterdrückt zu werden. Nachdem die Entente die Balkanländer in ihre Kolonien und in ein Durchgangsgebiet nach Konstantinopel und nach Kleinasien verwandelt hatte, schuf sie die kleine Entente. Sie will durch dieselbe alle Völker des Balkans und der Donau in einen gegenrevolutionären Krieg gegen Sowjetrußland hineinziehen. Gegenüber der allgemeinen Front der internationalen Gegenrevolution und deren Werkzeug, der Kleinen Entente, sind die kommunistischen Balkanparteien einzeln machtlos. Die Vereinigung und die Zusammenschweißung dieser Parteien in eine allgemeine Föderation, die sich schon viel früher, 1910, wegen der nationalistischen Politik der Balkanbourgeoisie und wegen der Balkankriege als notwendig erwiesen hat, ist in der heutigen revolutionären Epoche unbedingt notwendig. Die nationalistische Bourgeoisie richtete die Völker des Balkans zugrunde, zwang dieselben in die Fesseln einer nationalen Unterjochung, stürzte sie in eine ausweglose wirtschaftliche und finanzielle Krisis. Ihre nationale und soziale Befreiung können die Balkanvölker bloß durch den Sieg der proletari-

schen Revolution erkämpfen. Diesen Sieg zu sichern, wirkt die Kommunistische Balkanföderation, die in sich die Kommunistischen Parteien Jugoslaviens, Rumäniens, Griechenlands und Bulgariens vereinigt. Die Aufgaben der Kommunistischen Balkanföderation, deren Sitz und Sekretariat in Bulgarien ist — dem Lande mit der stärksten Kommunistischen Partei auf dem Balkan —, sind in der von der Kommunistischen Balkanföderation am 4. Mai 1920 zu Sofia angenommenen Deklaration der Prinzipien der Föderation festgelegt. Die wesentlichsten Punkte dieser Deklaration lauten:

„Die Vereinigung der Kommunistischen Parteien des Balkans in eine Kommunistische Balkanföderation zur einheitlichen Leitung des revolutionären Kampfes der Arbeiter und halbproletarischen Klassen dieser Länder ist eine unumgängliche Bedingung für den Sieg der Revolution in den Balkanländern.

Gegen die Kleine Entente, in welcher der Entente-Imperialismus die herrschenden Klassen der südöstlichen und der Balkanländer vereinigt und einen Vortrupp und eine gemeinsame Front der internationalen Gegenrevolution im nahen Osten geschaffen hat, müssen sich die Arbeiter und halbproletarischen Klassen dieser Länder ebenfalls in einer revolutionären Front vereinigen. Indem die Kommunistische Balkanföderation den revolutionären Kampf der arbeitenden Klassen vereinigt, organisiert und leitet, stellt sich dieselbe die Verwirklichung der Sozialistischen Föderativen Balkan-Sowjetrepublik zur historischen Aufgabe, die allein den Sieg der Revolution befestigen und diese durch die Vereinigung der Balkanvölker sichern kann, deren soziale Entwicklung bei der heutigen wirtschaftlichen und sozialen Zersplitterung unmöglich ist.

Die Opfer und die Verwüstungen des Krieges und die von denselben hervorgerufene tiefe Krise — der Niedergang der nationalistischen Bourgeoisie und ihrer linken radikal und sozialschillernden Parteien, die nach dem Kriege versuchten, sich durch ihren Radikalismus wieder beliebt zu machen und ihre zerrüttete Herrschaft zu befestigen —, alles das gab der revolutionären Bewegung der Arbeiter und kleinbäuerlichen Klassen der Balkanländer einen gewaltigen Schwung.

Die große Zahl von Wählern, Abgeordneten, Gemeinde- und Bezirksräten, die im letzten Jahre die Kommunistischen Parteien Bulgariens, Griechenlands und Jugoslaviens bekamen,

zeigt deren wachsende Macht und Einfluß. Die wütende Reaktion, die gegen die Kommunistischen Parteien in allen diesen Ländern von der Entente zur Unterstützung ihrer aggressiven Ziele gegen Rußland und von der Balkanbourgeoisie aus Angst vor der bevorstehenden Revolution auf dem Balkan — durchgeführt wurde, ist nicht imstande, das Wachsen der Kommunistischen Parteien aufzuhalten und die Revolution zu ersticken. Aber diese Lage auf dem Balkan legt im Zusammenhang mit der allgemeinen internationalen Lage der Kommunistischen Balkanföderation und den ihr angeschlossenen Parteien die Pflicht auf, ihre Tätigkeit zur Abwehr der Schläge der Reaktion und zur Vorbereitung der Revolution zu verstärken.

Die Anstrengungen, die die Entente anwendet, um mit Hilfe der herrschenden Klassen in den Balkan-Donauländern die revolutionäre Bewegung zu unterdrücken und die Länder zu einem gegenrevolutionären Krieg gegen Sowjetrußland zu zwingen, verschärften die kritische Lage auf dem Balkan und an der Donau. In nächster Zukunft können die Kommunistischen Parteien dieser Länder vor bedeutende und verhängnisvolle Geschehnisse gestellt werden. Die Kommunistische Balkanföderation und die in ihr vereinigten Parteien müssen sich rüstig vorbereiten, um im entscheidenden Augenblick den Kampf gegen jeden gegenrevolutionären Versuch der Entente und ihrer servilen Agenten am Balkan und an der Donau, die Völker dieser Länder zu unterwerfen, aufzunehmen. Sie müssen die durch einen solchen Krieg geschaffene Krise ausnützen, um die Herrschaft des Kapitalismus zu stürzen, dem großen russischen revolutionären Volke die Bruderhand zu reichen, den Bund der Balkan- und der R. S. F. S. R. zu schaffen und so die Front der internationalen proletarischen Revolution zu erweitern und zu verstärken."

Die herrschenden Klassen in Jugoslavien und Rumänien, die als „Sieger" aus dem Krieg hervorgingen und ihre Rüstungen behielten und erweiterten, konnten — auch von der Entente hierzu aufgemuntert — den Kommunistischen Parteien in diesen Ländern starke Schläge versetzen. In Bulgarien konnten alle Anstrengungen der Reaktion die Kommunistische Partei nicht niederschlagen dank der stärkeren Organisation der Partei, aber besonders auch infolge der Machtlosigkeit der Bourgeoisie, die besiegt und entwaffnet ist. Aber auch in

Jugoslavien und Rumänien erholt sich die Bewegung bereits, und in diesen größeren und industrialisierten Ländern, besonders in Rumänien, haben die Kommunistischen Parteien viel größere Aussichten auf eine starke Entwicklung in der Zukunft als in Bulgarien. In Griechenland zerstörte das letzte verbrecherische Abenteuer, der im Interesse Englands geführte Krieg in Kleinasien, die infolge der leicht gewonnenen Siege entstandene Illusion und schuf in den arbeitenden Klassen große Unzufriedenheit und eine starke Bewegung. Auch dort wird es der Reaktion nicht für lange Zeit gelingen, die Kommunistische Partei niederzuhalten.

Die Kommunistischen Parteien Bulgariens und der Balkanländer gehen vereint unter dem Banner der Kommunistischen Internationale. Sie trachten danach, die Anstrengungen der internationalen Gegenrevolution, die Balkanvölker als Kanonenfutter zur Vernichtung Sowjetrußlands zu verwenden, zu vereiteln. Sie bereiten die Bedingungen für den Sieg der proletarischen Revolution auf dem Balkan und an der Donau vor, der von gewaltiger Bedeutung für den Sieg der internationalen proletarischen Revolution ist.

Chr. Kabaktschieff.

Größe des Landes: 96 345 qkm.

Bevölkerung.

	Männer	Frauen	Zusammen
1910	2 206 685	2 130 828	4 337 513
1920[1]	2 434 375	2 425 964	4 860 311

Kriegsopfer. Die Opfer der beiden Kriege, des Balkan- und des Weltkrieges, werden auf rund 200 000 geschätzt. Nach Friedensschluß wanderten nach Bulgarien 350 000 Bulgaren aus der Dobrudscha, Mazedonien und Thrazien ein, die in der Volkszählung vom 31. 12. 1920 inbegriffen sind.

Bevölkerung nach Nationalität.

		1900	1905	1910
Slaven:	Bulgaren	2867 582	3 184 437	3 497 974
	andere Slaven	27 088	28 901	31 260
Nicht-Slaven:	Türken	531 084	488 010	465 988
	Rumänen	71 063	75 773	79 748
	Griechen	69 020	67 214	47 935
	Juden	33 661	37 663	40 118
	Zigeuner	89 549	99 004	121 573
	Tataren	18 884	17 948	18 170
	Armenier	14 581	14 172	12 919
	andere	21 871	22 423	21 895

Die Nationalität deckt sich ungefähr mit der Muttersprache.

Religion. Im Jahre 1910 waren orthodox 3 643 136, katholisch 32 149, mosaisch 40 070, Mohammedaner 602 084, andersgläubige 19 263.

[1]) Hierin ist auch die Bevölkerung der im Kriege angeeigneten Gebiete enthalten.

R e g i e r u n g s f o r m. Bulgarien ist eine konstitutionelle Monarchie. Die Verfassung ist am 10. Februar 1879 bestimmt worden. 1911 bekam das Staatsoberhaupt den Titel „Zar der Bulgaren". Nach der Konstitution gibt es in Bulgarien drei Arten der Macht: gesetzgebende, ausführende und richterliche. Die gesetzgebende Macht wird von der Narodno Sobranje (Parlament), die die Gesetze gibt, ausgeübt; die Gesetze bedürfen der Sanktion des Zaren. Die Narodno Sobranje ist das höchste Organ des Staates, durch welches das Volk an der Regierung teilnimmt. Es gibt die gewöhnliche und die große Narodno Sobranje. Die gewöhnliche Narodno Sobranje wird jedes Jahr zu Sitzungen einberufen, die vom 15. 10. bis zum 15. 12. und vom 15. 1. bis zum 15. 3. dauern, sie erörtert und bestimmt die vorgelegten Gesetzesvorschläge, votiert das Budget und die Steuern usw. Die große Narodno Sobranje wird nur in folgenden Fällen einberufen: 1. zur Erörterung von Fragen über Abtretung oder Tausch von Gebieten des Landes; 2. zur Abänderung der Verfassung; 3. wenn dem Zaren die Regierung eines anderen Staates auferlegt werden soll. Die ausführende Gewalt wird vom Zaren, der Regierung und den Staatsbeamten ausgeübt, von letzteren im Namen des Zaren. Die Justiz wird von den Gerichten, auch im Namen des Zaren, ausgeübt.

W a h l r e c h t. Wahlrecht besitzen alle Männer im Alter von über 21 Jahren. Nicht wahlberechtigt sind die der bürgerlichen und politischen Rechte Verlustigen, die Zigeuner, die Armeeangehörigen und die Schutzleute.

Die Abstimmung ist geheim, die Wahl erfolgt nach dem Proportionalsystem. Jeder Wähler muß in dem Wahlregister eingetragen sein und ein Wählbüchlein besitzen. Es werden gewählt: Gemeinderäte, Bezirksräte, Schulvorstände, Volksabgeordnete und Gerichtsbeisitzer.

Wählbar sind alle bulgarischen Bürger, die bürgerliche und politische Rechte besitzen und das 30. Jahr vollendet haben.

Die Wahl geschieht durch Listen. Die Liste jeder Partei trägt eine amtlich festgesetzte Farbe. Die Abstimmung geschieht mittels Wahlkuverts, die geschlossen in die Urne geworfen werden.

P o l i t i s c h e P a r t e i e n. Bis vor dem Kriege gab es folgende Parteien: 1. Nationalliberale (Stambolowistische), 2. Liberale (Radoslavistische), 3. Jungliberale (Tonschewistische). Nach dem Kriege vereinigten sich diese drei Parteien zu einer Partei der Nationalliberalen. 4. Volkspartei. 5. Progressivliberale. Diese beiden Parteien vereinigten sich ebenfalls nach dem Kriege zu der Volksprogressiv-Partei. 6. Demokraten. 7. Radikaldemokraten. 8. Bulgarischer landwirtschaftlicher Volksverband. 9. Kommunistische Partei. 10. Sozialdemokratische Partei. Nach dem Kriege machte sich aus Angst vor der Kommunistischen Partei eine Tendenz zur Verschmelzung der verwandten Parteien geltend.

Die Nationalliberale, die Vereinigte Volksprogressive und die Demokratische Partei umfassen die Großbourgeoisie (Bankiers, Kaufleute und Industrielle) und sind rein bürgerliche Parteien; die Radikaldemokraten und die Sozialdemokraten sind rein kleinbürgerliche und die schwächsten Parteien im Lande; der Bulgarische landwirtschaftliche

Volksverband umfaßt die Groß-Dorfbourgeoisie (Wucherer, Gastwirte, Mittel- und Groß-Landbesitzer); die Kommunistische Partei, die Arbeiter in der Industrie und der Landwirtschaft und die Halbproletarier im Gewerbe und der Landwirtschaft. Die Stärke dieser Parteien ist aus folgender Tabelle ersichtlich:

Erhaltene Stimmen in den Wahlen für:

	Parlament am 17. August 1919	Gemeinderäte am 7. Dezember 1919	Bezirksräte am 25. Januar 1920	Parlament am 28. März 1920
Landwirtschaftliche	203 773	339 740	321 549	346 949
Kommunistische . .	115 831	154 871	137 000	181 525
Demokratische . . .	63 019	83 194	68 453	97 581
Volks- u. Progr.-Lib.	58 900	81 057	64 218	113 644
Liberale	54 194	28 899	22 255	23 537
Radikale.	28 749	37 206	33 853	41 770
Soz.-Dem.(weitherz.)	97 624	56 487	51 215	55 017

Berufsstatistik.[1])

(Nach der Volkszählung von 1905 und 1910.)

	Jahr	Selbständige		Gehilfen u. Angest.		Arbeiter	
		Erwerbstätige	Angehörige	Erwerbstätige	Angehörige	Erwerbstätige	Angehörige
Erzeug. von Rohmaterialien (Landwirtschaft, Fischfang, Jagd, Bergwerke und Steinbrüche)	1910	475 656	1 009 408	1 184 461	328 303	162 628	109 835
Bearbeitung und Verbrauch d. Rohmaterialien (Industrie, Gewerbe, Handel, Bank und Verkehr)	1910	115 325	278 977	31 522	42 171	127 690	116 901
Administration u. freie Berufe . . .	1910	25 202	42 758	42 357	85 257	37 106	21 650
Haushalt und nicht näher bezeichnete Berufe	1910	828	2 218	879	1 383	36 422	45 135
Zusammen für	1910	617 011	1 333 361	1 259 219	457 114	363 786	293 521
" "	1905	581 538	244 245	1 226 791	443 127	298 457	217 282

Die Wirtschaftsverhältnisse.

1. **Landwirtschaft.** Der Landbesitz in Bulgarien ist vorwiegend ein kleiner und mittlerer. Die Gesamtfläche Bulgariens betrug 1908 9 634 550 ha,[2]) von der 7 982 451 ha landwirtschaftlich kultiviertes

[1]) Diese Statistik ist vom wissenschaftlichen Standpunkt anfechtbar. Es gibt aber keine verläßlichere.

[2]) Die angeführten Daten sind dem Buche Kyrill G. Popows, des Ersten Direktors des Statistischen Amtes, entnommen. Auch französisch: „La Bulgarie économique 1878—1911" erschienen.

Land sind. Von dieser Fläche sind 4 630 083 ha (48 Prozent) Privateigentum. Dieses Privateigentum besteht aus 4 625 787 ha persönlichem und 4296 ha gesellschaftlichem Besitz. Der öffentliche Besitz zerfällt wie folgt:

Besitz des Staates	760 530 ha	(7,9 Prozent)
Besitz der Gemeinden	2 417 488 „	(25,1 „)
Besitz der Schulen	69 210 „	(0,72 „)
Besitz der Kirchen und Klöster	70 741 „	(0,73 „)
Besitz der Moscheen und türkischen Religionsorte	4 137 „	(0,04 „)
Besitz der bulgarischen National- und der Landwirtsch.-Bank	28 086 „	(0,3 „)
Besitz der Bezirke	1 275 „	(0,02 „)
im Ganzen	3 352 367 ha	

Die Gesamtfläche Bulgariens nach dem Frieden zu Neuilly unterscheidet sich von jener des Jahres 1908, aber der Charakter der Besitzverteilung hat sich nicht bedeutend geändert. Ein Teil des Großgrundbesitzes befand sich in der Dobrudscha, die heute zu Rumänien gehört. Bulgarien bekam Gebiete im Süden und verlor Gebiete an seiner westlichen Grenze. Diese Gebietsverschiebungen änderten nicht den Charakter Bulgariens als Agrarland mit kleinem und mittlerem Besitz.

Wirtschaftliche Besitzverteilung 1908.

	Gesamtfläche in 1000 ha	Zahl der Eigentümer in 1000	Parzellen in 1000 ha
Bis zu 5 ha	220	88	140
von 5 bis 10 „	423	57	171
von 10 „ 30 „	2 702	164	1 055
von 30 „ 50 „	4 342	109	1 497
von 50 „ 100 „	12 334	172	3 352
von 100 „ 200 „	13 8[illegible]5	102	2 610
von 200 „ 500 „	7 674	28	899
von 500 „ 2000 „	2 545	2	135
von 2000 „ 5000 „	810	0,272	19
über 5000 „	1 114	0,099	9

Erntestatistik.

Jahr	Bebaute Fläche in ha							
	Kornfrüchte	Erzeug. aus Kornfrüchten i.1000Mzt.	Fett- u. Industr.-Gewächs.	Hülsenfrüchte	Kartoffeln	Gartengemüse	Feldgemüse	Futtergewächse
Durchschnitt 1911-14	2 589 368	25 086	36 324	63 399	3 382	10 671	24 095	549 259
1915	2 233 703	22 827	28 020	52 456	4 030	11 189	21 600	515 978
1916	1 931 369	16 279	—	—	4 190	—	—	—
1917	2 099 022	18 610	—	—	5 671	—	—	—
1918	2 143 765	11 964	69 153	73 890	6 534	14 879	31 298	570 354
1919	2 008 642	25 278	38 695	37 294	5 038	11 993	24 440	488 325
1920	2 084 843	28 277	41 992	50 958	6 505	11 379	26 357	513 612

Es zeigt sich während des Krieges ein starker Rückgang der mit Getreide bebautenFläche.

Viehstand 1910.

Pferde	478 222 Stück	Schafe und Ziegen	10 133 979 Stück
Esel	130 726 „	Schweine	527 311 „
Rinder	1 606 363 „	Hausgeflügel	8 688 853 „
Büffel	412 978 „		

Während des Krieges hat sich der Viehbestand bedeutend verringert; eine neuere Statistik gibt es nicht.

Bergwerke. Der bulgarische Staat besitzt 11, beutet aber nur drei Steinkohlenbergwerke aus: „Pernik", „Bobow-dol" und „Marica". Außerdem hat der Staat bedeutende Gebiete zur Ausbeutung von Steinkohle, Kupfer-, Blei- und Silbererzen zurückbehalten.

Ende 1921 betrugen die privaten Bergwerkskonzessionen 53, von welchen 29 auf Steinkohle, die übrigen auf Kupfer, Manganbleierze usw. entfallen.

Steinkohlenproduktion (in Tonnen):

Jahr	Staatl. Bergwerke	Privat-Bergwerke	Gesamtproduktion
1912	298 910	14 634	313 544
Durchschnitt 1913—14	364 970	24 589	389 459
Durchschnitt 1915—18	618 933	32 993	651 926
1919	558 655	24 367	583 022
1920	701 919	30 755	732 674
1921	871 940	—	—

Kohleneinfuhr vor dem Kriege über 100 000. Nach dem Kriege erhöhte sich die Kohlenproduktion, so daß der Bedarf des Landes gedeckt ist und die Möglichkeit einer Kohlenausfuhr besteht. Laut Friedensvertrag ist Bulgarien verpflichtet, jährlich 250 000 Tonnen Steinkohle abzugeben.

2. Industrie.

Die Industrie Bulgariens ist nicht bedeutend, aber in rascher Entwicklung begriffen. Es gibt bloß eine Gewerbezählung vom Jahre 1904 und eine Enquete vom Jahre 1912. Auf Grund dieser wurden folgende Ziffern festgestellt:

	Jahr	Bergwerke, Steinbrüche	Metall-industrie	Keramik	Chem. Industrie	Lebens-mittel und Getränke	Textil-industrie	Holz-industrie	Leder-industrie	Papier	Elektrizit.-Werke	Zusammen
Zahl der Betriebe	1904	3	8	6	15	57	51	8	13	1	—	166
	1912	6	37	24	30	158	76	22	28	6	2	389
Angelegtes Kapital in 1000 Lewas	1904	—	—	—	—	14 375	6 603	—	—	—	—	30 599
	1912	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	94 953
Zahl des Betriebs-personals	1904	—	7 026	In sämtlichen Betrieben.								
	1912	—	15 569									
Jahres-erzeug. in 1000 Lewas	1904	—	32 776									
	1912	—	115 086									

Gegenwärtig ist die Zahl der Betriebe und des Arbeitspersonals und das Kapital viel größer; in den staatlichen Bergwerken und in den

Eisenbahnwerkstätten allein sind fast 10 000 Arbeiter beschäftigt. Genaue Zahlen sind nicht vorhanden.

3. Außenhandel.

Jahr	Einfuhr			Ausfuhr		
	Stückzahl[1])	Tausend Tonnen	Millionen Lewas	Stückzahl	Tausend Tonnen	Millionen Lewas
1890	8 248	183	84,5	1 093 478	545	71,1
1900	6 638	152	46,3	833 476	314	54,0
1913	10 193	398	189,3	412 063	412	93,3
1914	21 662	628	241,5	108 024	664	154,4
1915	1 328	122	73,5	53 245	189	109,4
1916	805	93	89,4	7 936	77	95,8
1917	6 303	210	168,5	14 729	60	288,9
1918[2])	—	—	—	—	—	—
1919	809	82	963,9	31	20	552,3
1920[3])	1 879	126	2 213,8	54	185	1 643,0
1921[3])	4 284	117	1 927,6	276 820	154	1 003,5

Die Ausfuhr Bulgariens besteht hauptsächlich in Kornfrüchten, lebendem Vieh, landwirtschaftlichen Erzeugnissen (Käse, Eier, usw.) und Tabak. Einfuhr von Textilien, Maschinen und Instrumenten, Kolonialwaren. Bis vor dem imperialistischen Kriege ging die Ausfuhr hauptsächlich nach Belgien (Kornfrüchte), Türkei, Griechenland und Aegypten (lebendes Vieh und dessen Erzeugnisse). Die Einfuhr kam hauptsächlich aus der österreichisch-ungarischen Monarchie und Deutschland. Nach dem Waffenstillstand 1918 nehmen wegen der Blockade Italien, Tschechoslowakei, England und Frankreich lebhafteren Anteil an der Einfuhr. Während des letzten Jahres aber trachtet Deutschland danach, seine vorher eingenommene Stelle wieder zu erreichen.

Verkehrswesen. Eisenbahnen: Gesamtlänge 1905 1210 km, 1920 2205 km; normale Spurweite, innerhalb von 15 Jahren fast verdoppelt. Industriegeleise, schmalspurig, 353 km; ebenfalls staatlich. Im Bau: 176,5 km, von denen 52 km 1921 fertiggestellt und dem Betrieb übergeben wurden. Vom Parlament sind Kredite für den Bau von 336 km Eisenbahnen vorgesehen. Eisenbahnlinien, die gemäß dem Eisenbahnministerium zur Vervollständigung des staatlichen Eisenbahnnetzes gebaut werden müssen, betragen 1353,5 km. Projektiert sind 835 km Lokalbahnen, die von den Kreisräten für öffentlichen Bedarf verlangt wurden. Eisenbahnpersonal 1914: Beamte 5660, Arbeiter 4703; 1920: Beamte 8581, Arbeiter 7953.

Bulgarien besitzt zwei Häfen am Schwarzen Meer von internationaler Bedeutung: Burgas und Varna. Der Schiffsverkehr dieser Häfen war der folgende:

[1]) Mit Stück ist die Zahl des lebenden Viehes, der Schiffe, der Eisenbahnwagen und der gewöhnlichen Wagen angegeben.

[2]) Die Angaben für 1918 sind noch nicht ausgearbeitet.

[3]) Vorausberechnete Resultate; die Angaben für 1921 umfassen 8 Monate, von Januar bis August.

Jahr	Dampfschiffe	Segler	Rauminhalt in Tonnen
1914	1287	1826	1 420 795
1915	238	940	82 841
1916	14	223	5 599
1917	57	192	31 479
1918	36	196	54 305
1919—20	126	476	238 439

Die Tabelle zeigt den riesigen Rückgang des Schiffsverkehrs.

4. Finanzen.

Geldwesen. Die Bulgarische Nationalbank ist die einzige Emissionsbank. Sie führt auch den Kassendienst des Staates, empfängt die Einnahmen und bezahlt die Ausgaben des Staates. Im Jahre 1920: Grundkapital 100 Millionen, Reservefond 50 Millionen und verschiedene andere Fonds 43 Millionen. Die folgende Tabelle zeigt den Notenumlauf und dessen Deckung in Millionen Lewas.

Jahr	Metallbestand			Ausländ. Banknoten	Noten-umlauf	Staats-schatz- und Kassen-schein-Umlauf
	Gold	Silber	Zusammen			
1900	4	9	13	—	22	—
1910	32	21	53	—	82	—
1914	55	29	84	—	227	—
1915	61	22	83	—	370	—
1916	68	17	85	—	834	—
1917	63	17	80	16	1493	117
1918	64	19	83	20	2299	410
1919	37	17	54	24	2668	639
1920	37	17	54	15	2984	449
1921	38	21	59	2	3615	—

Das Gold ist im Jahre 1919 vermindert, weil damit das von Amerika gelieferte Mehl bezahlt wurde.

Die Entwertung des bulgarischen Lewa ging seit 1913 schnell vor sich. Die wichtigsten Kurse der Nationalbank in der Zeit von 1913 bis 1921 ersieht man aus folgender Tabelle:

Jahr 31. Dez.	Schweiz für 100 Frcs.	Holland für 100 Fl.	Frankreich für 100 Frcs.	England für 1 £	Amerika für 1 Dollar
1913	—	—	112,62	—	—
1915	129,70	—	117,00	32,00	—
1916	156,09	315,32	—	—	—
1917	166,32	320,32	—	—	—
1918	176,61	390,00	162,74	42,61	10,53
1919	702,50	—	411,25	157,50	39,00
1920	1349,75	2663,70	518,22	304,57	86,32
1921	2470,00	4595,00	1017,50	534,00	142,50

Die Ziffern für 1921 gelten für den 30. September. Die Entwertung des Lewa setzt sich bis heute noch fort.

Staatsfinanzen.

Staatsbudget in Millionen Lewas.

Jahr	Einnahmen	Ausgaben	Defizit
1911	199	207	8
1912	170	291	121
1913	169	345	176
1914	224	291	67
1915	195	314	119
1916	193	483	290
1917	338	978	640
1918	567	1 292	725
1919—20	844	1 473	629
1920—21	2 005	2 356	351

Die Haupteinnahmen werden durch indirekte Steuern aufgebracht (Zoll, Steuer auf Spirituosen, Staatsprivilegien). 1910 betrug der Ertrag der indirekten Steuern 66 Millionen, 1918 209, 1919/20 196, 1920/21 844, 1921/22 (bis zum 31. 1. 1922) 1 003 und im Budgetprojekt für 1922/23 sind 1 624 Millionen Lewa indirekte Steuern vorgesehen und dies in einem Budget mit einem Gesamteinkommen von 4 033 Milliarden Lewa.

Die Staatsschulden Bulgariens betragen gegen Ende des Jahres 1921 in Millionen:

Ausländische Schulden:

a) konsolidierte . . . . 2 786 Goldfrancs
b) nicht konsolidierte . . . . 432 „
Summe der ausländischen Schulden 3 218 Goldfrancs

Inländische Schulden:

a) konsolidierte . . . . 83 Lewa
b) nicht konsolidierte . . . . 3 699 „
Summe der inländischen Schulden 3 782 Lewa

Die ausländische Schuld erreicht, beim jetzigen Kurs des Lewas umgerechnet, samt den inländischen Schulden die Höhe von 100 Milliarden Lewa. Das bedeutet 20 570 Lewa Schulden pro Kopf der Einwohner. In der ausländischen Schuld sind 2,25 Milliarden durch den Frieden zu Neuilly auferlegte Kriegsentschädigungen einbegriffen. Vor dem Balkankriege erreichte die Staatsschuld Bulgariens die Höhe von rund 700 Millionen Lewa.

Die Gewerkschaftsbewegung.

In Bulgarien ging die politische Organisation des Proletariats dem Entstehen der Gewerkschaften voraus. Ja, die Gewerkschaften wurden durch die Initiative und unter dem unmittelbaren Einfluß der Sozialdemokratischen (heute Kommunistischen) Partei gebildet.

Von 1894 bis 1903 wurden lokale Arbeitersyndikate gegründet, die sich 1904 in einem Allgemeinen Arbeiter-Gewerkschaftsbund vereinigten. 1905—09 legten die einzelnen Syndikate die Grundlagen der jetzigen zentralistischen, nach Industrien aufgebauten Berufsverbände, die alle zusammen den Allgemeinen Arbeiter-Gewerkschafts-

bund Bulgariens bilden, der in ideeller und organisatorischer Verbindung mit der Kommunistischen Partei Bulgariens steht.

Neben dem Allgemeinen Arbeiter-Gewerkschaftsbund Bulgariens gründeten 1904 die „weitherzigen Sozialisten" (die bulgarischen Sozialpatrioten) einen eigenen Gewerkschaftsbund — einen „neutralen", der in der ersten Zeit einen Teil der gelernten Arbeiter und Vormeister umfaßte. Die Neutralität dieses Bundes war bloß Schein. In Wirklichkeit stand er unter dem Einfluß der „weitherzigen Sozialisten". Aus dem Kriege ging dieser Bund völlig zerschlagen hervor. Die wenigen Arbeiter, die ihm angehört hatten, wurden von dem Verrat ihrer Führer abgestoßen. Sie stehen heute in den Reihen der kommunistischen Berufsverbände, nachdem 1920 auch die formelle Verschmelzung der beiden Gewerkschaftsverbände proklamiert worden ist. Unter dem Einflusse der „weitherzigen Sozialisten" befindet sich heute nur eine unbedeutende Organisation der Buchdrucker, die vorwiegend aus Typographen der Staatsdruckerei besteht.

Es bestehen auch andere neutrale Berufsorganisationen, vorwiegend Eisenbahner, Postbeamte, Lehrer und staatliche und administrative Angestellte. Die Neutralität dieser Organisationen besteht darin, daß sie von dieser oder jener bürgerlichen Sippschaft in deren Kampf um Erlangung der Macht ausgenützt werden. Sie können als gelbe Organisationen gelten. Aber die ersten zwei (die Organisationen der Eisenbahner und der Postbeamten) erlitten nach dem Kriege, besonders nach dem großen Transportarbeiterstreik (1919—20), einen nie dagewesenen Zusammenbruch. Der Verrat ihrer Führer während des Streiks kam in seiner vollen Unverhülltheit zum Vorschein. Alle ihre Anstrengungen, sie von neuem zu beleben, blieben bis heute erfolglos. Die Organisation der Lehrer und der Staatsangestellten vegetiert weiter.

Zahl der Mitglieder der Berufsverbände

Jahr	Kommunistische (früher sozialdemokr.)	Sozialpatriotische	Gelbe
1890	—	—	150
1900	1000	—	2000
1910	5406	3152	12 164
1914	4503	—	8113
1918	5713	—	7000
1919	30 061	1000	6500
1920	31 349	600	6000
1921	29 300	300	5000

Als Verbände, die wirklich einen gewerkschaftlichen Kampf führen, gelten zur Zeit bloß die kommunistischen Berufsverbände, die im Allgemeinen Arbeiter-Gewerkschaftsbund vereinigt sind. Die größeren unter denselben sind:

1. Transportarbeiter	mit 3920	Mitgliedern
2. Tabakarbeiter	„ 3917	„
3. Fabrikarbeiter	„ 2015	„
4. Bergwerksarbeiter	„ 2390	„
5. Metallarbeiter	„ 1530	„
6. Leder- und Schuharbeiter	„ 1912	„

Die gelben und die sozialpatriotischen Verbände befinden sich zur Zeit in vollem Verfall. Ueber sie können daher keine Angaben gemacht werden.

Der Allgemeine Arbeiter-Gewerkschaftsbund Bulgariens gehört der Roten Gewerkschaftsinternationale an und ist eines ihrer Gründungsmitglieder. Er steht im offenen Kampf mit den wenigen Anhängern der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale, die durch die Sozialpatrioten vertreten ist. Zusammen mit der Kommunistischen Partei führt er einen entscheidenden Kampf gegen den neuen, die ganze Welt bedrohenden Weltkrieg und speziell gegen einen Ueberfall auf Sowjetrußland. Er erklärt, daß die wirtschaftliche Wiederherstellung ohne Sowjetrußland unmöglich ist und daß die vollständige Wiederherstellung des Wirtschaftslebens der ganzen Welt nur auf sozialistischer Grundlage möglich sei.

Der Allgemeine Arbeiter-Gewerkschaftsbund befindet sich in einer ununterbrochenen Aktion zur Hilfe der Hungernden Sowjetrußlands und zur Herstellung eines friedlichen Verhältnisses zwischen Bulgarien und Sowjetrußland.

Auf dem letzten Kongreß, der im Oktober 1921 stattfand, wurden folgende Resolutionen angenommen: 1. Annahme der Beschlüsse des Ersten Kongresses der Roten Gewerkschaftsinternationale; 2. Resolution über die wirtschaftliche Krise und die Berufsverbände, in welcher der kommunistische Standpunkt zu dieser Frage ausgeführt wird; 3. Resolution gegen den Terror und die Diktatur der Bourgeoisie aller Länder; 4. Resolution über den Bericht des Gewerkschaftsbund-Komitees, mit der das Aktionsprogramm der Roten Gewerkschafts-Internationale angenommen wird.

In den kommunistischen Berufsverbänden leisten die Mitglieder, gemäß dem Lohne, den sie erhalten, einen Minimalbeitrag von drei und einen Maximalbeitrag von 15 Lewa.

Unternehmerorganisationen. In Bulgarien besteht ein Allgemeiner Verband der Industriellen, der für die Ausnutzung der in einem besonderen Gesetz zur Unterstützung der heimischen Industrie

vorgesehenen Vorteile Sorge trägt und seine Mitglieder in ihrem Kampf gegen die Arbeiter unterstützt. Außerdem besteht ein Allgemeiner Verband der Kleingewerbetreibenden.

Wichtigere Gewerkschaftskämpfe. In den letzten drei Jahren wurden wichtigere Streiks und andere gewerkschaftliche Kämpfe in der Tabak-, Textil-, Bergwerks- und Zuckerindustrie, sowie in den staatlichen Transportunternehmungen geführt. (Eisenbahn-, Telegraphen- und Postämter). In den Jahren 1919—20 umfaßte der Streikkampf fast alle Industrien und Berufe. Er wurde hauptsächlich zur Verbesserung der Löhne und zur Durchführung des Achtstundentages geführt. 1919 waren fast alle Streiks, mit wenigen Ausnahmen, erfolgreich. Anfang 1920, mit der Verschärfung der wirtschaftlichen Krise, trat auch eine gewisse Wendung in den Arbeiterkämpfen ein. Sie wurden andauernder und von beiden Seiten mit ungewöhnlicher Hartnäckigkeit geführt, und deshalb waren die Erfolge in vielen Fällen unbedeutend. Alle Streiks ohne Ausnahme wurden von den kommunistischen Berufsverbänden, die zum Allgemeinen Gewerkschaftsbund Bulgariens gehören, geführt. Die verräterische Rolle der Führer der gelben und der sozialpatriotischen Berufsverbände trat besonders während des großen Transportarbeiterstreiks 1919 bis 1920 hervor.

Lohnverhältnisse. Die folgenden amtlichen Daten zeigen, wie sich die Durchschnittslöhne der Arbeiter in den wichtigeren Industrien entwickelt haben:

	Tagelohn					Indexziffer 1910 = 100
	1910	1914	1918	1919	1920	
Metallindustrie	2,75	3,56	8,12	17,01	29,50	1073
Lederindustrie	2,60	3,29	7,38	16,08	28,42	1093
Holzindustrie	2,82	3,10	10,06	19,52	34,05	—
Keramische Industrie	2,12	2,44	7,14	19,39	26,57	1253
Zuckerindustrie	2,16	2,16	1,78	17,14	27,61	1278
Woll- und Spinnindustrie	1,63	2,50	6,17	13,71	27,40	1681

Der Durchschnittslohn erhöhte sich seit 1910 für die meisten Zweige auf das 10—12fache, in der Textilindustrie auf das 16fache.

Preisentwicklung. Die folgenden Ziffern geben die Zahlen für den Unterhalt einer Durchschnittsfamilie an, ohne die Ausgaben für Wohnung, Kleidung, Steuer, Bildung usw.

Jahr	Ausgaben für den Unterhalt	Indexziffer
1910	743	100
1914	1 039	140
1918	6 423	864
1919	14 040	1 890
1920	17 146	2 308
1921	18 328	2 466

Aus diesen Angaben geht hervor, daß die Kosten der Lebenshaltung im Jahre 1920 (verglichen mit 1910) auf das 23fache gestiegen sind; hingegen ist der Durchschnittslohn in den meisten Zweigen bloß auf das 10—12fache gestiegen.

Das Verhältnis zwischen dem Lohn und dem Steigen der Teuerung ist im Jahre 1921 ein für die Arbeiter noch ungünstigeres.

Die Arbeitslosigkeit. Amtliche Angaben über die Arbeitslosigkeit gibt es nicht. 1920 erfaßte die Arbeitslosigkeit eine Reihe von Industrien; im Frühling 1921 vorwiegend die Arbeiter der Tabakindustrie, in der zweiten Hälfte desselben Jahres die Textilindustrie. Der Staat unterstützt nicht die ohne Erwerb gebliebenen Arbeiter. Die Arbeiterberufsverbände unterstützen ihre arbeitslosen Mitglieder und kämpfen für die Einführung einer staatlichen und Gemeinde-Arbeitslosenunterstützung.

Betriebsräte gibt es noch nicht. In einigen größeren Unternehmungen sind schon allgemeine Arbeiterkommissionen in Tätigkeit, die von den Berufsverbänden in der Folge zur Bildung der Betriebsräte selbst benutzt werden können.

Die Genossenschaftsbewegung in Bulgarien.

Die Genossenschaftsbewegung begann 1890 mit der Bildung der dorf-landwirtschaftlichen gemeinnützigen Spar - Kredit - Genossenschaft im Dorfe Mirkowo, Kreis Pirdop, Bezirk Sofia. 1898 wurde eine landwirtschaftliche Darlehenskassen-Genossenschaft (Raiffeisen) gebildet. Unter der türkischen Herrschaft und nach der Befreiung Bulgariens (1877—78) fing der westeuropäische Kapitalismus an, durch billige, fabrikmäßig erzeugte Waren das Kleingewerbe zu verdrängen. Dieses konnte der Konkurrenz des westeuropäischen Kapitals nicht standhalten. Der Prozeß des Zerfalls des Kleingewerbes und des Bauerntums begann. Andererseits trug der Staat selbst durch seine Steuerpolitik, die vor allem diese gewerkschaftlich-wirtschaftlichen Schichten belastete, sehr viel zu deren Zerrüttung bei. Diese verfallenden Schichten suchten Zuflucht bei den Dorf- und Stadtwucherern. Aber vom Netz des Wucherkapitals umfangen, ging der Verfall noch rascher vor sich. Die Periode von 1880 bis 1900 war die Zeit des wildesten Wuchers. Daher fand der Ruf „Zur Vereinigung", „Zur Kooperation gegen das Kapital" großen Widerhall. Das Ziel konnte natürlich nicht verwirklicht werden — das Großkapital erwies sich, wie überall, als stärker. Die ersten genossenschaftlichen Bauernvereinigungen gediehen nicht. Eine der Ursachen war, daß unter die Mitglieder der Genossenschaften sich mittlere, ja sogar Großlandwirte schmuggelten, so daß diese hauptsächlich ihren Zwecken und Interessen dienten. Von 1890 bis 1904 konnten sich etwa 87 Genossenschaften, vorwiegend Dorf-Darlehenskassen, befestigen. Ende 1910 gab es in Bulgarien schon 931 Genossenschaften.

In derselben Periode entstand auch eine Bewegung unter den Handwerkern in den Städten. Es wurden 12 Volksbanken gebildet, die zur Aufgabe hatten, ausschließlich den städtischen Handwerkern Kredite zu geben. (Eine Art Schulze-Delitzsche Gewerbegenossenschaften.) In derselben Zeit wurden auch 76 Konsumgenossenschaften gebildet. Außerdem bemerkte man Bildungsanfänge von Produktivgenossenschaften (ungefähr 55—60), die hauptsächlich unter den Landwirten Boden faßten: Milch 13, Viehzucht 5, Weinbau 8, Garten und Obst 8, andere ungefähr 20. Ende 1910 gab es in Bulgarien schon 5 Genossenschaftszentralen, von denen der bedeutendste der Verband der landwirtschaftlichen Genossenschaften ist, heute: Allgemeiner Verband der landwirtschaftlichen Genossenschaften in Bulgarien. Zu diesem Verband gehören die landwirtschaftlichen Genossenschaften und die Darlehenskassen (Kredit-, Produktiv- und Konsumgenossenschaften). In Wirklichkeit sind heute fast alle Kredit- und Produktivgenossenschaften gleichzeitig auch Konsumgenossenschaften, indem sie ihren Mitgliedern verschiedene Produkte, hauptsächlich landwirtschaftliche Werkzeuge und Maschinen, Samen usw., liefern, aber auch Konsumgegenstände wie Salz, Petroleum, Seife usw.

1910/11 wurde die Zentrale Genossenschaftsbank, ein halb-selbständiges, halb-staatliches Unternehmen zur besonderen Pflege des Genossenschaftswesens, vor allem durch Kreditgewährung, gegründet. Das Grundkapital dieser Bank, 5 000 000 Lewa, wurde zu gleichen Teilen von den beiden staatlichen Banken, der Bulgarischen Nationalbank und der Landwirtschaftlichen Bank, aufgebracht und durch Beiträge der verschiedenen Genossenschaften, die als Mitglieder der zentralen Genossenschaftsbank gelten, erhöht.

Wegen des wirtschaftlichen Zerfalls infolge des Krieges suchte die Klein-, ebenso aber auch die Großbourgeoisie ihre Rettung unter anderem auch in der Kooperative. So wurden in Bulgarien allein 1918 ungefähr 200 Genossenschaften und vom 1. Januar 1919 bis 30. Juni 1921 915 Genossenschaften gebildet. Nach den amtlichen Angaben, gesammelt von der Landwirtschaftlichen Bank, gab es am 30. Juni 1921 insgesamt 1862 Genossenschaften. Infolge der allgemeinen wirtschaftlichen Krisis, die 1920 anfing, stockte die weitere Entwicklung. Es stellten sogar viele der bestehenden Genossenschaften ihre Tätigkeit ein oder lösten sich völlig auf. Die bis zum 30. Juni 1921 bestehenden Genossenschaften zerfallen ihrer Art nach wie folgt:

Darlehnskassen und Volksbanken	1077
Produktivgenossenschaften (landwirtschaftl. und gewerbl.)	212
Konsumgenossenschaften	512
Syndikate (landwirtschaftliche)	61
im Ganzen	1862

Auf jede Genossenschaft entfallen also durchschnittlich 114 Mitglieder. Die 1862 Genossenschaften umfassen ungefähr 212—213 000 Mitglieder. Die auf Initiative der Kommunistischen Partei Bulgariens

gegründete Genossenschaft „Oswoboschdenie“ (Allgemeine Arbeitergenossenschaft) besitzt heute zirka 60 000 Mitglieder. Es gibt also mit Einschluß dieser Genossenschaft etwa 270—300 000 Genossenschaftsmitglieder.

Ueber den Umsatz sind keine Daten vorhanden.

Ein großer Teil der Genossenschaften in Bulgarien gehört tatsächlich den politischen Parteien an, trotzdem alle Genossenschaften laut Gesetz sich neutral verhalten müßten. So bildeten nach dem Kriege die bürgerlichen Parteien — jede in ihrem Wirkungskreise — ihre eigenen Genossenschaften. Die demokratische Partei bildete ihre eigene Genossenschaft „Solidarnist“ mit einigen Zweigen in der Provinz, die Progressive Volkspartei bildete die Genossenschaft „Mir“, mit Verzweigungen in der Provinz, die Radikale (eine kleinbürgerliche) Partei besitzt ihre Genossenschaft „Isgrew“; auch die „weitherzige“ sozialdemokratische Partei, die heute ihrem Bestand nach eine bedeutungslose Sippschaft ist, hat ihre Genossenschaft, „Napred“. Ebenso hat die heute regierende Landwirtschaftliche Partei ihre Genossenschaften, genannt „Syndikate“. Aber alle diese eben genannten Genossenschaften sind nichts anderes als kapitalistische Kommanditgesellschaften, die sich unter dem Schilde von „Genossenschaften“ verstecken, um einige Vorrechte des Gesetzes für genossenschaftliche Vereinigungen auszunutzen. Auch die „weitherzigen“ Genossenschaften haben sich in rein kapitalistische Wuchernester verwandelt. Alle diese „Genossenschaften“ aber haben sich in einer sehr kurzen Zeit zersetzt, und heute befinden sich fast alle in der Auflösung.

Eine glückliche Ausnahme macht die Genossenschaft „Oswoboschdenie“. 1919 gegründet und 1920 zu wirken angefangen, zählt dieselbe heute über 60 000 Mitglieder. Sie ist eine mächtige genossenschaftliche Organisation — in jeder Hinsicht die machtigste in Bulgarien —, deren Mitglieder hauptsächlich Arbeiter und Kleinbesitzer sind. Dank ihrer soliden Organisation, ihrer strengen demokratischen Zentralisation, konnte die Genossenschaft „Oswoboschdenie“ allen Stürmen der wirtschaftlichen und finanziellen Krise widerstehen. Die Genossenschaft besitzt heute ihre eigenen Filialen in mehr als 10 Orten. Sie bildet das Netz, das heute der Arbeiter- und der kleinbesitzenden Klasse dient und sich dazu vorbereitet, in der Zukunft den fertigen Apparat der Verteilung zu bilden. Die Genossenschaft hat mehrere Abteilungen: a) Konsumabteilung, b) Verlagabteilung, c) Bauabteilung (zum Bau von Volks- und Arbeiterheimen), d) Produktivabteilung (befindet sich noch in ihren Anfängen), e) Sparkassen (mit 5—6 Millionen Einlagen), f) auch befaßt sie sich mit der Eröffnung einer Versicherungsabteilung.

Die schnelle und mächtige Entwicklung der Genossenschaft „Oswoboschdenie“ (Allgemeine Arbeiter-Genossenschaft „Oswoboschdenie“) erweckt in den Gegnern der Kommunistischen Partei nicht nur Wut und Haß, sondern auch das verbrecherische Verlangen, diese Hochburg der Arbeiterschaft zu zerstören. Aber das Proletariat wird seine Werke zu schützen wissen.

Die politische Arbeiterbewegung.

Charakteristik der Arbeiterbewegung und der Rolle der Kommunistischen Partei in derselben.

Die Arbeiter- und sozialistische Bewegung begann in Bulgarien vor dreißig Jahren. Anfangs überwog in der Sozialistischen Partei das Kleinbürgertum. Später, mit der Entwicklung der Industrie, vermehrte sich das Proletariat; es entstanden Berufsorganisationen, und die Sozialistische Partei erhielt eine feste proletarische Klassenbasis. Die Erstarkung des Arbeiterelements verschärfte die Widersprüche zwischen den kleinbürgerlichen und den proletarischen Tendenzen in der Partei und führte 1903 zu deren Spaltung, als sich die „breiten Sozialisten", die das Kleinbürgertum, von den „engen Sozialisten", die das Proletariat vertraten und die wirkliche Sozialdemokratische Arbeiterpartei bildeten, trennten. Das Wachsen des industriellen Proletariats und die Steigerung des Klassenkampfes zwischen diesem und der Bourgeoisie gaben der „eng"-sozialistischen Partei einen mächtigen Aufschwung; ihr Kampf mit dem „breiten", d. h. kleinbürgerlichen Sozialismus verhalf ihr zu einer hohen theoretischen Klarheit und prinzipiellen Ausdauer. Sie erwarb sich den Ruhm, eine wirklich marxistische Partei zu sein. Während des imperialistischen Krieges war die „eng"-sozialistische Partei eine von den wenigen Parteien, die sich in ihrer Gesamtheit entschieden gegen den Krieg erklärte und den revolutionären Prinzipien und Idealen des Sozialismus bis zu Ende treu blieb.

Die „breite" sozialistische Partei, aus der Spaltung 1903 hervorgegangen, blieb bis heute ihrer Ideologie und ihrem Bestande nach eine kleinbürgerliche Partei; nur eine unbedeutende Zahl von gewerblichen Arbeitern gehört zu ihr. Diese kleinbürgerliche Partei blieb, trotzdem sie in einem vorwiegend kleinbürgerlichen Lande wirkt, einflußlos; sie blieb eine schwache, unbedeutende Partei, weil ihr Einfluß im Kleinbürgertum von anderen rein kleinbürgerlichen Parteien zurückgedrängt wird. In der Arbeiterschaft konnte die Partei gar keinen Einfluß erzielen, da die „eng"-sozialistische Partei mit ihrem klaren prinzipiellen und ausdauernden Kampf dieselbe ganz auf ihre Seite zog. Die „breiten" Sozialisten, zu einer selbständigen Politik und zum Kampf unfähig, wegen ihres Schwankens und Verrates von der „eng"-sozialistischen Partei täglich entlarvt, von derselben aus den Städten und vom Landwirtbund aus den Dörfern verjagt, verwandelten sich endlich in ein Anhängsel der bürgerlichen Parteien. Hinter den Phrasen von der „Zusammenarbeit der Klassen" ver-

steckten sie ihre schändliche Rolle, die sie als Knechte der Bourgeoisie spielten.

Die Partei der „engen" Sozialisten verlangte schon 1910 auf dem Kopenhagener Kongreß die Ausschließung der „breiten" Sozialisten aus der II. Internationale. Während des Balkankrieges 1912 standen die „breiten" Sozialisten auf der Seite der bulgarischen nationalistischen Bourgeoisie, die unter dem Schleier der „nationalen Vereinigung" einen Eroberungskrieg führte. Während des imperialistischen Krieges 1914 unterstützten sie die Bourgeoisie direkt und indirekt. Als die russische Revolution ausbrach, erklärten sie sich gegen dieselbe und sind heute einer der schmutzigsten Verleumder und der niederträchtigsten Feinde Sowjetrußlands. Nach dem Kriege gaben sie der bulgarischen bürgerlichen Regierung drei Minister: Sakasoff, Pastuchoff, Dschidroff; einer derselben, Pastuchoff, wurde Polizeiminister und wandte gegen die Partei der „Engen" und die unter ihrem Banner kämpfenden arbeitenden Massen den rücksichtslosesten Terror an: Zensur, Kriegsgerichte, Militär und politische Morde. Während ihrer Teilnahme an der Regierung erreichten die „breiten" Sozialisten, die bulgarischen Scheidemänner, durch die Kraft der Staatsmacht den Höhepunkt ihrer Stärke. Mit Hilfe des Polizeiapparates konnten sie in den Parlamentswahlen 1919 79 000 Stimmen und 39 Abgeordnete erzielen; aber 6 Monate später, März 1920, als sie aus der Regierung schon hinausgeworfen waren, bekamen sie bei den neuen Parlamentswahlen kaum 53 000 Stimmen. Im selben Jahre (September 1920) gelang es den „Engen", eine Spaltung in der „breiten" sozialistischen Partei hervorzurufen. Alle gewerblichen Arbeiter und bewußten kleinbürgerlichen Elemente verließen sie und schlossen sich der Partei der „engen" Sozialisten an. In den letzten, am 19. Februar 1922 stattgefundenen Dorfgemeinderatswahlen erhielt die „breit-sozialistische" Partei 22 000 Stimmen.

Die „breit-sozialistische" Partei verblieb während des Krieges in der II. Internationale. Nach dem Kriege verließ sie, unter dem Druck der allgemeinen Unzufriedenheit, die II. Internationale und versuchte, in die 2½-Internationale zu gelangen. Aber in Wien wußte man, daß die Hände der „breit-sozialistischen" Minister mit Arbeiterblut befleckt sind, und hatte nicht den Mut, dieselben aufzunehmen. Heute gehören die „breiten" Sozialisten gar keiner Internationale an. Ihre bloß auf dem Papier bestehenden Syndikate stehen in Verbindung mit der Amsterdamer Internationale.

Die Kommunistische Partei. Die „eng"-sozialistische

Partei nahm in ihrem ersten Kongreß nach dem Kriege, Mai 1919, ein neues Programm, entsprechend den Prinzipien der Kommunistischen Internationale, an, schloß sich derselben an und nannte sich Kommunistische Partei Bulgariens (enge Sozialisten), Sektion der Kommunistischen Internationale. Schon während des Krieges war die Partei im Einklang gewesen mit den radikalen und revolutionären Flügeln der übrigen sozialdemokratischen Parteien. Sie nahm an der Zimmerwalder Konferenz (Februar 1915) und an der Stockholmer Konferenz (Mai 1917) teil, begrüßte mit Begeisterung die russische bolschewistische Revolution, machte deren Losungen unter den Massen volkstümlich und nahm an der Grundlegung der Kommunistischen Internationale (März 1919) teil. Im Lande selbst war die Partei während des ganzen Krieges, von 1912 bis 1918, der unversöhnliche, entschiedene Gegner des Krieges. Sie allein stimmte 1915, bei dem Eintritt Bulgariens in den Krieg, gegen die Kriegskredite; sie war es, die mit legalen und illegalen Mitteln gegen die kriegerische Politik der Bourgeoisie kämpfte, die ihre Agitation und ihren Kampf auf die Front selbst ausdehnte und trotz des Terrors, dem sie ausgesetzt war (drei ihrer Abgeordneten wurden ins Gefängnis geworfen, tausende von Genossen wurden verhaftet, zehn niedergeschossen), unaufhaltsam wuchs und sich verstärkte. Ihrer Taktik und ihren Prinzipien nach stand also die Partei völlig auf dem Boden der Kommunistischen Internationale.

Infolge ihres kühnen und aufopfernden Kampfes gegen den Krieg hob sich der Einfluß und die Stärke der Partei so weit, daß sich gleich nach dem Kriege ihre Mitgliederzahl von 5000 auf 25 000 erhöhte. Fast in demselben Maße stieg die Auflage der kommunistischen Presse. Aber die Zahl der Arbeiter und der Kleinbesitzenden, die die Partei in den politischen Kämpfen nach dem Kriege beeinflußte, war eine viel größere als die Zahl der in ihr Organisierten.

Dies zeigen folgende Wahlerfolge:

	Stimmen überhaupt	Hiervon kommun.	Abgeordn. überhaupt	Hiervon kommun.
17. 8. 1919 Parlamentswahlen	608 000	120 000	227	48
7. 10. 1919 Gemeinderatswahlen . .	—	140 000	—	65
25. 1. 1920 Bezirksratswahlen	—	160 000	—	—
28. 3. 1920 Parlamentswahlen	608 259	182 000	229	72
19. 2. 1922 beendete Dorfgemeinderatswahlen	—	125 000	—	—
19. 2. 1922 beendete Stadtgemeinderatswahlen	—	65 000	—	—

Die Kommunistische Partei ist ihrer Stärke nach die zweite Partei des Landes. Sie wird bloß von dem Landwirtbund überholt, aber in den Städten ist sie ihrer Stärke nach die erste Partei; der größere Teil der Stadtgemeinderäte wurde von ihr erobert.

Trotz der großen Verfolgungen und des Terrors, denen die Kommunistische Partei ausgesetzt ist, wächst sie unaufhaltsam. Heute, März 1922, zählt sie 83 städtische Parteiorganisationen und Gruppen mit 9157 Mitgliedern und 1520 Dorfparteiorganisationen und Gruppen mit 28 863 Mitgliedern; im ganzen 38 020 Mitglieder.[1])

Die Partei verfügt über ein Zentral-Parteiorgan, die Tageszeitung „Rabotnitscheski Westnik", die in einer Auflage von 22 000 Exemplaren erscheint, und über ein für das Dorf bestimmtes Wochenblatt „Selski Westnik" mit einer Auflage von 15 000 Exemplaren. Außerdem gibt die Partei die wissenschaftliche Zeitschrift „Nowo Wremje" in einer Auflage von 6000 Exemplaren heraus. Eine gewaltige Broschüren- und wissenschaftlich-kommunistische Literatur, deren Auflage von 1918 bis heute eine Million Stück erreichte, dient der Vertiefung der Agitation. Alle bedeutenderen Werke von Marx, Engels, Plechanow, Kautsky, Bebel, die Werke Lenins, Trotzkis, Sinowjews usw. sind in bulgarischer Sprache herausgegeben. Die Partei verfügt auch über eine umfangreiche Originalliteratur.

Zur Vervollständigung müssen wir noch erwähnen, daß im letzten Jahre einige Dutzend von der Kommunistischen Partei ausgeschlossene, sich anarchistisch gebärdende Arbeiter und Intellektuelle eine „Kommunistische Arbeiterpartei" bildeten, die sich sogar der IV. Internationale anschloß. Diese Gruppe besitzt keinerlei Einfluß in der Arbeiterbewegung.

Chile.

Ausdehnung: 750 000 qkm, 23 Provinzen, die in 82 Departements und das Territorium Magallanes zerfallen. Einwohner: 4 038 050 (1919). Hauptstadt Santiago de Chile: 424 993 Einwohner (1919).

Regierungsform und Verfassung: Seit 1818 selbstständiges Staatswesen, von Spanien endgültig unabhängig. Republi-

[1]) Vom 4.—7. Juni 1922 fand in Sofia der IV. Parteikongreß der Kommunistischen Partei statt. 500 Delegierte waren anwesend, davon ungefähr die Hälfte aus den bäuerlichen Bezirken. Die Partei hat 38 000 Mitglieder, die sich auf 87 Stadt- und 1425 Dorforganisationen verteilen. In 9 Städten und 104 Gemeinden mit 139 Dörfern sind kommunistische Mehrheiten vorhanden.

kanische Verfassung seit 1833. Die Exekutivgewalt wird vom Präsidenten ausgeübt, der durch indirekte Stimmenabgabe für 5 Jahre gewählt wird; ihm zur Seite Staatsrat und Kabinett. Die gesetzgebende Gewalt liegt beim Nationalkongreß: Senat und Abgeordnetenkammer. Direktes Wahlrecht. Wähler ist jeder des Lesens und Schreibens Kundige vom 21. Jahre an.

L a n d w i r t s c h a f t. Ackerbaufläche ungefähr 17 Millionen Hektar. Produktion in Tonnen:

Jahr	Weizen	Gerste	Hafer	Wein (Gallonen)
1916/17	511 215	29 414	103 736	38 705 166
1917/18	629 230	71 931	46 118	45 448 392
1918/19	572 525	79 838	29 330	36 573 252
1919/20	552 652	88 820	35 986	—

Viehstand 31. 12. 1919 (in Tausenden): 391 Pferde, 36 Esel, 51 Maultiere, 2163 Stück Rindvieh, 4500 Schafe, 459 Ziegen, 292 Schweine.

I n d u s t r i e. Der Industriezweig, der Chile seine Weltmarktbedeutung gibt, ist der Bergbau, besonders die Produktion von Salpeter und Kupfer. Salpeter (in Millionen Tonnen) 1910: 2,5; 1914: 2,5; 1915: 1,7; 1916: 2,9; 1917: 2,0; 1918: 1,6; 1920: 2,6; 1921: 1,3. Salpeterindustrie:

Jahr	Zahl der Betriebe vorhanden	Zahl der Betriebe in Betrieb	Zahl der Arbeiter
1910	158	102	43 533
1914	170	137	43 979
1916	174	123	53 470
1917	174	129	56 378
1918	113	125	56 981

Das Jahr 1921 brachte im Zusammenhang mit der Weltwirtschaftskrise und der Geldentwertung in Europa eine Salpeterkrise. Die Ausfuhr ging beträchtlich zurück, die Preise fielen, Betriebe wurden stillgelegt. Allein in Santiago sind über 22 000 Arbeitslose aus dem Norden in Regierungsherbergen untergebracht.

Kupfer. Chile ist der zweitgrößte Kupfererzeuger der Welt. Die Produktion betrug 1913 43 200 Tonnen, 1920 94 500 Tonnen. Die Welterzeugung von Kupfer war 1920 984 700 Tonnen.

Kohlenproduktion 1918: 1 516 524 Tonnen.

Die Eisenerzproduktion wird auf über eine Million Tonnen geschätzt. Sonst wird noch gefunden: Gold, Silber, Kobalt, Borax, Salz, Schwefel, Guano.

Die Aus- und Einfuhr betrug in Millionen Goldpesos:

	1913	1914	1915	1916	1917	1918	1919	1920
Ausfuhr	396,3	299,6	327,5	513,5	712,3	782,6	317,0	791,5
Einfuhr	329,5	269,7	153,2	222,5	355,0	436,0	401,3	455,0

Den weitaus größten Bestandteil der Ausfuhr bildet Salpeter: 1920 535,6 gegenüber 127,1 Millionen Pesos im Jahre 1919.

Kupferausfuhr: 1920 84 000 Tonnen, 1921 50 000 Tonnen.

Im chilenischen Außenhandel stehen die Vereinigten Staaten an erster Stelle. Großbritannien ist vom ersten Platz, den es im Jahre 1913 innehatte, verdrängt und steht jetzt an zweiter Stelle. Deutschland, das 1913 an zweiter Stelle stand, ist auf die 4. gerückt.

Wert der Ausfuhr in Millionen Goldpesos.

nach	1913	1920
Vereinigten Staaten	83,3	345,7
Großbritannien	152,5	164,4
Frankreich	24,2	31,7
Deutschland	84,5	7,5
Argentinien	4,1	17,4
Holland	12,2	20,8
Bolivien	4,2	12,3
Peru	2,7	13,8
Japan	3,8	14,9
Spanien	2,7	16,9
Italien	1,8	9,6
Belgien	15,7	9,7
anderen Ländern	4,7	126,5

Auch an der Einfuhr sind an erster Stelle die Vereinigten Staaten, an zweiter Großbritannien beteiligt.

Verkehrswesen. Die chilenische Handelsflotte bestand 1913 aus 103 Dampfschiffen mit 145 382 Tonnen und 26 Segelschiffen mit 17 081 Tonnen.

Außer der staatlichen Eisenbahn, die die Republik vom Süden nach Norden durchquert — 4566 km —, gibt es Privatbahnen mit 3632 km.

Staatsfinanzen. Die staatlichen Einnahmen stiegen von 13,9 Millionen Pfund Sterling 1916 auf 24 Millionen Pfund Sterling 1921; die Ausgaben im gleichen Zeitraum von 12,1 Millionen Pfund Sterling auf 27,1 Millionen Pfund Sterling.

Am 31. Dezember 1920 betrug die auswärtige Schuld 29,6, die innere 51,7 Millionen Pesos. Die hauptsächlichste Einnahme war bisher der Ausfuhrzoll auf Salpeter. Da die Salpeterkrise des letzten Jahres diese Einnahmen beträchtlich eingeschränkt hat, zeigen die Staatsfinanzen ein ungünstiges Bild. Die öffentliche Schuld stieg im letzten Jahre um 450 Milionen Papierpesos. Der Peso fällt. Im Januar 1921 wurden für das englische Pfund 25 Papierpesos bezahlt, Anfang 1922 bereits 40.

Ueber die „A. B. C.-Staaten" siehe bei Argentinien.

Die bürgerlichen politischen Parteien und die Kommunistische Partei. In Chile gibt es 4 bürgerliche Parteien: die „Radikale", die „Liberale", die „Konservative" und die „Demokratische". Etwas Gemeinsames haben alle diese Parteien: sie stellen bloß die Gefolgschaft eines bestimmten Parteiführers dar, unterscheiden sich nicht wesentlich in ihrer Politik. Die „Radikale" Partei, die ziemlich stark im Parlament und Senat vertreten ist, versucht als arbeiterfreundliche Partei zu erscheinen. Ein besonderer Zug ihrer an sich ganz konservativen Politik ist es, mit pathetischen Phrasen die Schiefheit ihrer Aktion zu verdecken. Sie putzt sich antiklerikal heraus und schwärmt für Fortschritt in bezug auf die Arbeitergesetzgebung, aber in Wirklichkeit gehört sie ihrer Politik nach unter die Parteien, die am zynischsten die Arbeiter

täuschen. So gibt es beispielsweise unter den Deputierten dieser Partei einen, den Abgeordneten Labarca, der sich Anhänger der russischen Revolution und der Sowjetregierung nennt. In Wirklichkeit ist die Politik dieser Partei vollkommen konfus. Trotzdem kann man nicht leugnen, daß sie einen großen Einfluß im Volke hat, so sehr, daß man sie als die mächtigste der Parteien bezeichnen kann. Der Präsident der Republik stützt diese Partei durch seine Sympathie, wenn er auch aus politischen Gründen nicht offen in ihr tätig ist. Die Partei trat bei den letzten Präsidentenwahlen für die Wahl des jetzigen Präsidenten, Herrn Alessandri, ein. Die „Liberale" Partei hat keinen großen Einfluß. Ihre Hauptmitgliedschaft besteht aus Kaufleuten. Immerhin hat sie einige Sitze im Parlament, verliert jedoch von Tag zu Tag an Einfluß. Die „Konservative" Partei ist die Vereinigung der Aristokraten und der Großgrundbesitzer. Ihre Politik ist vollkommen reaktionär. Sie hat keinen Einfluß auf die Massen, außer dem, den die Großgrundbesitzer auf ihre armen Pächter ausüben. Bei den Wahlen benutzt sie mit größerer Hartnäckigkeit als die übrigen bürgerlichen Parteien den Schwindel, den Betrug und den Stimmenkauf mittels Alkohols. Ihre Hauptvertretung besitzt sie im Senat, doch hat sie auch Sitze im Parlament. Die „Demokratische" Partei ist über 35 Jahre alt. Im Anfang war sie die Partei der Arbeiterklasse. Bis zum Arbeiterkongreß von Rancagua im Jahre 1921 hatte sie einen großen Einfluß auf die Arbeiterföderation (den Gewerkschaftsverband). Die Hauptführer der Gewerkschaften im Süden des Landes gehörten dieser Partei an; ebenso blieben ihre Hauptführer, so weit sie nicht selbst Arbeiter waren, stets in innigem Kontakt mit den Arbeitern. Einige von ihnen haben sich zugunsten Sowjetrußlands ausgesprochen, wie z. B. der Deputierte Munoz. Im Parlament hat die Partei 12 Vertreter, im Senat nur wenige. Auf ihrem letzten Kongreß beschloß die Partei, um die Arbeiter, die in ihr tätig sind, mit Bourgeoisie und Kleinbürgern zu versöhnen, die Annahme der Idee des Klassenkampfes und gleichzeitig die größtmöglichste Kollaboration mit der Bourgeoisie. Sie hat sehr viel von ihrem früheren Einfluß verloren. Auf dem Kongreß von Rancagua nahm die Arbeiterföderation diesen kollaborationistischen Beschluß als Grundlage der Absage an die Partei.

Gegenüber allen diesen bürgerlichen Parteien — einerseits liberalen, andererseits konservativen — existiert als einzige Partei der Arbeiterklasse die Kommunistische Partei. Diese wurde 1921 nach dem Kongreß von Rancagua gegründet. Unter dem

Eindruck des Auftretens eines Delegierten des südamerikanischen Büros der Kommunistischen Internationale nahm sie die 21 Punkte an und schloß sich der Kommunistischen Internationale an. Vor diesem Kongreß nannte sie sich „Sozialistische Arbeiterpartei". Ihre Gründung erfolgte durch einen Flügel des Proletariats, der bisher in der demokratischen Partei tätig war. Dieser Flügel — an seiner Spitze der Genosse Recabarren — verursachte eine Spaltung und gründete so die neue Partei. Zur Zeit hat die Kommunistische Partei großen Einfluß auf die Massen, obwohl sie keine ganz klare Linie einhält. Im Parlament hat sie zwei Vertreter und einen im Stadtparlament von Vina del Mar bei Valparaiso. Mit der Arbeiterförderation unterhält sie sehr enge Beziehungen, die so weit gehen, daß das Organ dieses Gewerkschaftsverbandes der kommunistischen Bewegung zwei Spalten zur Verfügung stellt. Die Partei gibt zwei Zeitungen und eine Zeitschrift heraus: „El Communista", der in Autofagasta erscheint, „El Despertar" (Das Erwachen) in Iquique und „La Aurora" (Die Morgenröte). Die Partei hat rund 2500 Mitglieder.

Die Gewerkschaftsbewegung

in Chile ist in zwei Landeskörperschaften zusammengefaßt. Die beiden Zentralkörperschaften sind die Arbeiterföderation und die I. W. W. (International Workers of the World). Letzterer Verband hat keinen größeren Einfluß. Er hat rund 10 000 Mitglieder und ist, wie bekannt, von anarchistischer Tendenz. In der Arbeiterföderation dagegen konzentrieren sich die Massen des organisierten chilenischen Proletariats. Sie hat zur Zeit über 60 000 Mitglieder. Die Hauptmassen befinden sich im Süden in den großen Kohlenminen, wo 25—30 000 Arbeiter beschäftigt sind, und im Norden im Salpetergebiet. Als das Land noch nicht unter der großen Arbeitslosigkeit litt wie jetzt, arbeiteten in dieser Gegend rund 60 000 Arbeiter. Mit den industriellen Syndikaten zusammen arbeiten die Eisenbahner einiger Zonen (rund 35 000 Arbeiter) und rund 5000 Landarbeiter. Die Arbeiterföderation hat eine vollkommene Umwandlung durchgemacht. In ihren Anfängen war diese Organisation von den Unternehmern ziemlich abhängig. Ihr Gründer war ein Advokat, der sich ihrer Mitglieder bedienen wollte. Er war Nationalist und von der Idee des Klassenkampfes weit entfernt. Infolge der unablässigen Arbeit der Kommunisten hat sich diese Gewerkschaft nun sehr gewandelt. Auf ihrem Kongreß in Concepcion im Jahre 1919 wurde bereits erreicht, daß in den Statuten vom Klassenkampf gesprochen wurde, und ihr

Vorstand wurde schon aus klassenbewußten Arbeitern zusammengesetzt. Aber es dauerte noch bis Dezember 1921, bis zum Kongreß von Rancagua, bis es ihr gelang, endgültig mit ihrer Tradition zu brechen. Auf diesem Kongreß wurde der Anschluß an die Rote Gewerkschafts-Internationale beschlossen und mit der demokratischen Partei gebrochen. Kurz darauf wurde zum ersten Male in der Geschichte dieser Organisation ein fünftägiger Generalstreik erklärt, und der Verband empfing so die Feuertaufe seiner neuen Anschauung. Das Verbandsorgan ist die Zeitung „La Federacion Obrera" (Der Arbeiterverband), die in einer Auflage von 6—8000 Exemplaren erscheint. Der Verband ist nach Industrien organisiert. Wenn auch seine Tätigkeit noch nicht in allen Dingen der Tätigkeit der Roten Gewerkschafts-Internationale entspricht, so wird dies doch ohne Zweifel in nicht langer Zeit der Fall sein. Die autonomen Gewerkschaften stellen keine große Macht dar. Nur einige Gewerkschaften, wie die der Buchdrucker und der Eisenbahner von Santiago, gehören ihnen an. Eine der wichtigsten unter den autonomen Gewerkschaften ist die Arbeiterföderation von Magallanes, die rund 10 000 Mitglieder zählt und eine Zeitung „El Trabajo" (Die Arbeit) herausgibt. Diese Organisation ist apolitisch, sympathisiert aber mit der russischen Revolution.

China.

China ist sowohl dem Flächeninhalt wie der Zahl seiner Bewohner nach, das größte Land der Erde. Es hat einen großen natürlichen Reichtum an Bodenschätzen, eine lange Meeresküste, große schiffbare Ströme und eine, besonders im Süden des Landes, sehr dichte und durch eine jahrtausende alte Kultur zur Arbeit disziplinierte Bevölkerung. China wird daher neben Rußland immer mehr zum Mittelpunkt des Interesses des internationalen Kapitals.

Flächeninhalt des eigentlichen China 6 242 300 qkm.; zusammen mit den Außenländern, die nur nominell zu China gehören (Mandschurei, Mongolei, Tibet) 11 138 900 qkm. Eine zuverlässige Statistik gibt es für China nicht. Einwohnerzahl wird auf 400—500 Millionen geschätzt. Etwa ein Drittel der gesamten Bevölkerung der Welt wohnt also in China.

60 Prozent der Bevölkerung widmen sich der Bebauung des Bodens. Wie die Produktionsweise verändert sich auch die Form des sozialen Zusammenlebens nur langsam. Die Zelle der Gesellschaft ist noch immer der Familienverband. Die soziale Organisation des flachen Landes ist patriarchalisch. Die von den Familienvätern gewählten Vertreter üben alle Verwaltungsfunktionen aus.

Eine Staatsreligion oder Staatskirche gibt es nicht. Die herrschenden Bekenntnisse sind Konfuzianismus, Taoismus und Buddhismus. Es sind aber keine eigentlichen Religionen im europäischen Sinne, sondern vielmehr sittliche Lehren. Die meisten Chinesen gehören allen drei Religionen zu gleicher Zeit an. Mohammedaner gibt es in allen Provinzen Chinas, zusammen ungefähr 5—10 Millionen; Katholiken ungefähr zwei Millionen, Evangelische ungefähr eine halbe Million.

Jüngste Geschichte, Regierungswesen, politische Lage.

China, ein Land mit Jahrtausende alter Kultur, leistete bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts dem Eindringen der kapitalistischen Zivilisation Europas Widerstand, konnte aber der rohen Gewalt nicht widerstehen. England erzwang im Opiumkrieg von 1840—42 die Oeffnung von fünf Vertragshäfen zur Einfuhr von Opium, das die Lebenskraft des chinesischen Volkes gefährdet, und annektierte Hongkong. Im chinesisch-französischen Krieg (1884/85) nahm Frankreich die Provinzen Tonking und Annam. Japan führte 1894—95 einen erfolgreichen Krieg gegen China und raubt die Insel Formosa gegenüber der chinesischen Südostküste, die Fischerinseln und die von den Russen gebaute südmandschurische Bahn. Die japanischen Erfolge reizten die anderen imperialistischen Mächte. Deutschland „pachtete" für 99 Jahre Kiautschou in der Provinz Schantung. Es folgte Rußland, das die Halbinsel Kwantung mit Port Arthur und Dairen, England, das die Halbinseln Kan-Lung und Wei-Hai-Wei, Frankreich, das Kwangtschu „pachtete". England sicherte sich gleichzeitig das Yangtse-Tal als seine Domäne. Das Eindringen der Europäer bewirkte den Ausbruch des gegen die Fremden gerichteten Boxeraufstandes. Darauf 1900—1901 gemeinsame Strafexpedition europäischer Armeen unter Führung des deutschen Generals Waldersee. Die Folge war die Errichtung einer Finanzkontrolle, als Sicherheit für die Kosten des „Sühnefeldzuges", die China auferlegt wurden. Nach dem russisch-japanischen Kriege (1904—05) trat Rußland die Halbinsel Kwantung mit Port Arthur und Dairen an Japan ab. Während des Weltkrieges versuchte Japan, sich die ausschließliche Herrschaft über China zu sichern. Es zwang China einen Vertrag von 21 Punkten auf, der die vollständige wirtschaftliche und politische Knebelung Chinas bedeutete. Japan bemächtigte sich der Verwaltung Schantungs, erhielt die ehemals von Deutschland innegehabten Bergwerke und sonstige Rechte, ferner Bergwerksrechte in der Ost-Mongolei und eine Reihe anderer Privilegien übertragen. Es steigerte seinen Einfluß in der Südmandschurei, die praktisch eine japanische Kolonie wurde. Nach Beendigung des Weltkrieges waren die imperialistischen Staaten bestrebt, Japan aus der Vormachtstellung zu verdrängen, die es sich unter Ausnutzung der günstigen Kriegssituation verschafft hatte. Diesem Zweck diente vor allem die Washingtoner Konferenz 1921. Japan wurde gezwungen, das Prinzip der „Offenen Tür" anzuerkennen und die militärische Besatzung aus Schantung zurückzuziehen.

Innenpolitik. Das Eingreifen der kapitalistischen Mächte trieb China gewaltsam auf die Bahn des Kapitalismus. Der auf primitive Verhältnisse zugeschnittene patriarchalische Absolutismus

hatte sich überlebt. Unter Führung der Partei Kuomintang (auf amerikanischen Universitäten ausgebildeter Intellektueller) brach 1911 eine Revolution aus, die die Mandschu-Dynastie beseitigte. China wurde zur Republik erklärt. Ihr erster Präsident, Yuanschikai, versuchte eine auf Militärgewalt gestützte Diktatur über das ganze Reich aufzurichten. Der Versuch mißlang, er wurde gestürzt, und das Reich zerfiel in mehrere Teile, an deren Spitze die von ihm eingesetzten militärischen Befehlshaber, Tschutschüne genannt, standen. Dieser Zustand hat es Japan erleichtert, seine Vormachtstellung in China zu befestigen, indem es den gegenseitigen Kampf der chinesischen Machthaber und die Schwäche der Pekinger Scheinregierung in seinem Interesse ausnutzte.

Das chinesische Reich bietet also äußerlich das Bild der Auflösung. In Wirklichkeit bedeuten diese Vorgänge das gerade Gegenteil. Die chinesische Bourgeoisie ist dank dem raschen Tempo der kapitalistischen Entwicklung während der Kriegs- und Nachkriegszeit wirtschaftlich so erstarkt, daß sie das Bedürfnis nach politischer und wirtschaftlicher Selbständigkeit hat. Die Kämpfe der verschiedenen Gruppen gegeneinander sind der Ausdruck dafür, daß China daran ist, durch erbitterte Bürgerkriege hindurch, die dem Stande seiner kapitalistischen Entwicklung angemessene Staatsform zu suchen. Hierbei ist zu bedenken, daß ein Zerfallen Chinas in mehrere Teile noch immer Wirtschaftsgebiete entstehen läßt, die genügend groß für eine kapitalistische Entwicklung sind.

Die politischen Vorgänge in China zeigen folgende Haupttendenzen: 1. den Widerstand gegen die Vorherrschaft der kapitalistischen Mächte, besonders Japans; 2. Verschärfung des Gegensatzes zwischen dem kleinbürgerlichen und kleinbäuerlichen, unter amerikanischem Einfluß stehenden Südchina und dem mehr feudalistischen und großindustriellen Nordchina, das der Sitz der Pekinger Regierung ist; 3. das Bestreben der chinesischen Großbourgeoisie, eine starke militärisch gestützte Zentralregierung — oder einige solcher — mit modern bürgerlicher Verfassung auf dem Gebiete Chinas aufzurichten, die den Auflösungstendenzen Widerstand zu leisten vermag; 4. die Loslösung der Außenländer Mandschurei, Mongolei und Tibet vom eigentlichen China.

Der Süden ist der dichtbevölkertste Teil Chinas. Er ist Sitz der alten, aber meist im Manufaktur- und Handwerksstadium zurückgebliebenen Industrien. Obwohl auch der Süden in die rapide industrielle Entwicklung der letzten Jahre einbezogen ist, herrscht in den Städten Mittelbourgeoisie und Kleinbürgertum vor. Auf dem Lande überwiegt der gärtnereiartige Kleinbauernbetrieb; dementsprechend erstrebt der Süden eine kleinbürgerlich-demokratische, föderalistische Republik nach amerikanischem Muster und ist japanfeindlich. Die Partei, die die Interessen des südchinesischen Kleinbürgertums vertritt, ist die der Kuomintang. Sie erkennen die unter japanischem Einfluß stehende, monarchistisch gesinnte Pekinger Regierung nicht an. Sie haben eine Gegenregierung mit dem Sitz in Kanton gebildet, mit Sunyatsen als Präsident, der in Amerika studiert und in der Revolution von 1911 ein führende Rolle gespielt hat. Von den Mächten wird die Kanton-Regierung nicht anerkannt, wie sie selbst die von der Pekinger Regierung in Washington unterzeichneten Verträge nicht anerkennt.


I. St Lorenz
(V.St.)
Pribylow-In
(V.St.)
I. St Matthäus
Anadyr-(V.St.)
Golf
B E R I N G - M E E R
Alëuten
(V.St.)
Kommandeur In
Kamtschatka
Petropawlowsk
Kurilen-Str.
Paramuschir
Schimoschiri
Korjaken
Sachalin
Sichota-S.
Amur
Iturup
Nemuro
Hakodate
La Pérouse Str.
Soya
Yesso
Tsugar Str.
Sendai
Tokio
Yokohama
Osaka
Kioto
Schikoku
Kagoschima
Nagasaki
Japan. Meer
Kiang-heung
R E I C H
I S C H E S
Bonin-In
(Jap.)
Vulkan-In
(Jap.)
Wendekr. d. Krebses
S E R O Z E A N
ALGERIEN
(Französ.)
Algier
Fes
Gibraltar
Tanger
Lissabon
Ghadames
Mursuk
(Ital.)
20°
30°
40°
50°
160
170
180



ASIEN
POLITISCHE ÜBERSICHT.
Maßstab 1:56.000000
Kilometer
FREMDE BESITZUNGEN:
Britische
Franz.
Niederl.
Portugies.
Verein. Staaten v. N.-A.
Hauptstädte sind unterstrichen.
Östliche Länge 90° v. Greenwich
Nordpol
ATLANT. OZ.
NÖRDL. EISMEER
RUSSISCHES REICH
EUROPA
West Sibirien
MONGOLEI
MANDSCHUREI
CHINA
TIBET
PERSIEN
AFGHANISTAN
BELUTSCHISTAN
ARABIEN
Hadramaut
BRITISCH INDIEN
Hindustan
Ceylon
SIAM
Kambodja
Annam
Tongking
Burma
KOREA
Japan
JAPANISCHES REICH
Formosa
Philippinen
Borneo
Celebes
Sumatra
Java
NIEDERLÄND. INDIEN
NEU GUINEA
AUSTRALIEN
Arabischer Meerbusen
Bengalischer Meerbusen
INDISCHER OZEAN
Äquator
GROSSER OZEAN
Südchinesisch. Meer
Ostchinesisches Meer
Japan. Meer
Ochotsk. Meer
BERING MEER
Kamtschatka
Sachalin
Kaspisches Meer
Schwarzes Meer
Rotes Meer
Persischer Golf
MITTELLÄNDISCHES MEER
ÄGYPTEN
ABESSINIEN
Somali
AFRIKA
LIBYEN
ALGERIEN
FRANKREICH
SPANIEN
PORTUG.
DEUTSCHLAND
SCHWEDEN
NORWEGEN
FINNLAND
UKRAINE
RUMÄNIEN
Kirgisen
Aral See
Turkestan
Dschungarei
Wüste Gobi
Taimyr Halbinsel
Nowaja Semlja
Franz Jos. Ld.
Neusibirische Inseln
Aleuten
Bering Str.
Tokio
Peking
Kalkutta
Bombay
Madras
Delhi
Teheran
Kabul
Lhasa
Tomsk
Omsk
Irkutsk
Jakutsk
Wladiwostok
Hong-kong
Singapore
Batavia
Manila
G.v. Aden
Malediven
Lakkadiven
Nikobaren
Andamanen
Tschagos In.
Seychellen
Christmas I.
Marianen
Karolinen
Palau In.
Bonin In.
Bibliographisches Institut in Leipzig.

D e r N o r d e n ist der Hauptsitz der auf Initiative des ausländischen (japanischen, englischen, deutschen) Kapitals entstandenen modernen Großindustrie. Hier ist das Gebiet der wichtigsten Rohstoffquellen (Kohle, Erz, Eisen, Baumwolle) und daher auch die Hauptinteressensphäre des fremden Kapitals (Schantung, früher deutsche, jetzt japanische Domäne). Auf dem Lande überwiegt noch feudaler Großgrundbesitz. Das nordöstlich angrenzende Außenland, die Mandschurei, ist landwirtschaftlich ungeheuer ergiebig und birgt große Erz- und Kohlenvorräte. Die kapitalistische Erschließung, vom zaristischen Rußland begonnen, ist von den Japanern energisch gefördert worden. D i e S ü d m a n d s c h u r e i i s t f a k t i s c h e i n e j a p a n i s c h e K o l o n i e. Japan stützt sich auf die Anfu-Partei mit ihren auf Wiederherstellung des alten monarchistischen Absolutismus gerichteten Tendenzen. Es versucht so, den Gegensatz zwischen Nord und Süd zu verschärfen, das Entstehen einer starken unabhängigen Zentralregierung zu verhindern und die Pekinger Regierung zu seinem gefügigen Werkzeug zu machen. Der Norden ist aber auch gleichzeitig das Gebiet der für Japan gefährlichsten antijapanischen Bewegung im Interesse der zur Selbständigkeit strebenden chinesischen Großbourgeoisie. Der der Pekinger Regierung aufgezwungene Vertrag der 21 Punkte hat eine heftige japanfeindliche Bewegung in China erweckt. Es wurde der Boykott über japanische Waren verhängt. Bedeutungsvoller ist, daß die Bewegung von den Tschutschünen des Nordens zur Stärkung ihrer Macht ausgenutzt wurde. Im Sommer 1920 zogen die beiden mächtigsten Heerführer, Tschangsolün und Wupeifu, gegen die Anfu-Regierung. Sie schlugen das Regierungsheer vor den Toren Pekings. Tschangsolün setzte die von der Anfu-Regierung beherrschte, unter japanischem Einfluß stehende Regierung ab und eine neue, ihm gefügige ein. Die Pekinger Regierung, ehedem das Werkzeug Japans, ist jetzt das Werkzeug Tschangsolüns. (Ebenso bedeutungslos wie die Pekinger Regierung in das Pekinger Parlament; schon bei der Wahl kam die Einschätzung des Parlaments durch die Bevölkerung zum Ausdruck: Wahlbeteiligung 15 Prozent.) Sehr bald machte sich zwischen den beiden Bundesgenossen Tschangsolün und Wupeifu ein starker Gegensatz bemerkbar. Tschangsolün ist Tschutschüne der nördlichen Außenländer Mandschurei und Mongolei, die unter japanischem Einfluß stehen; er ist selbst Großkapitalist und Feudalherr allergrößten Stils. Er besitzt eine Bank, eigene Farmen und ist an allen wichtigen Handels- und Industrieunternehmungen seines Landes interessiert. Er hat die kapitalistische Entwicklung der nördlichen Außenländer sehr gefördert. Als Kapitalmagnat und Großfeudalherr in einem kapitalistisch halb erschlossenen Lande erstrebt er die Wiederherstellung einer absolutistischen Militärmonarchie. Seine politischen und wirtschaftlichen Interessen sind also mit denen Japans gleichlaufend. Dies zeigte sich sehr bald, als er nach dem Sturz der Anfu-Regierung wieder japanfreundliche Anfu-Leute in die Regierung brachte. Seitdem hat sich der Gegensatz zwischen Tschangsolün und Wupeifu verschärft. Wupeifu, im Gegensatz zu Tschangsolün ein Mann von militärischer Bildung, ist der Vertreter des fortgeschrittensten Teiles der Bourgeoisie, der energischste Verfechter der Unabhängigkeit nach außen und des Zentralismus im Innern. Er erstrebt

eine starke, auf militärische Macht gestützte, ganz China beherrschende Zentralregierung mit moderner parlamentarischer Verfassung. Er erfreut sich in China als Japanfeind und Reformator einer ungeheuren Popularität. Die rasch enthüllte Japanfreundschaft Tschangsolüns erweckte Wupeifus Widerstand. Als die Japanfreundlichkeit Tschangsolüns sich enthüllt hatte, wandte er sich, gestützt auf Kanton, gegen ihn. Er konnte sich aber nicht behaupten und mußte sich als Tschutschün des Yangtse-Tales, nun wiederum, gestützt auf Tschangsolün, gegen die Loslösung des Südens wenden. Seitdem hat sich der Gegensatz zwischen den beiden Führern von neuem verschärft. Der Bürgerkrieg ist (Frühjahr 1922) von neuem ausgebrochen. Es scheint, als ob eine Verständigung zwischen dem absolutistischen und dem demokratischen Teil, zwischen Tschangsolün und Sunyatsen, zustande gekommen ist, die jetzt gemeinsame Sache machen, weil sie glauben, ihre Sonderinteressen nach Erledigung des stärksten zentralistischen Faktors Chinas, Wupeifu, um so besser durchsetzen zu können. Nach den jüngsten Meldungen (Mai 1922) hat Wupeifu bei Peking einen entscheidenden Sieg über Tschangsolün errungen, der mit seinem geschlagenen Heer nach Mukden geflüchtet ist. Wupeifu setzte in Peking eine neue Regierung ein, worauf Tschangsolün die Mandschurei für unabhängig erklärte. Eine Erklärung Japans, daß ein Angriff Wupeifus auf die Mandschurei „internationale Verwicklungen" nach sich ziehen könnte, zeigt, daß Japan entschlossen ist, selbst mit Waffengewalt zu verhindern, daß die Mandschurei seinem Einfluß entzogen wird. Ob die zentralistischen Tendenzen sich fortsetzen werden, oder ob vorläufig die Dezentralisation fortschreiten wird, ist nicht vorauszusagen.*)

Die Außenländer: Die Mandschurei. Mit der südmandschurischen Bahn und der Halbinsel Liautung (mit den Häfen Dairen und Port Arthur) besitzt Japan den Schlüssel zur Mandschurei.

Die Mongolei ist zum größten Teil Wüste und Steppe (Wüste Gobi). Sie wird von nomadisierenden Stämmen bewohnt. Das zaristische Rußland hatte seine Hand lange Zeit vor dem Kriege nach der Mongolei ausgestreckt und, um es in seine Macht zu bekommen, China gezwungen, die Autonomie der Mongolei anzuerkennen. Nach dem Sturz des Zarismus erklärte China die Verträge für ungültig. Das verhinderte nicht, daß im Februar 1921 die Unabhängigkeit der Mongolei von neuem ausgerufen und der Hutuktu (Lebende Buddha) zum König ausgerufen wurde, diesmal auf Betreiben Japans, das auch in der Mongolei seinen Einfluß geltend macht. 1921 entstand in Urga eine revolutionäre, russenfreundliche Regierung.

Tibet ist sehr spärlich bevölkert, gebirgig und dicht von der Außenwelt abgeschlossen. England hat die Unabhängigkeitsbestrebungen in Tibet ausgenutzt, um es unter seinen Einfluß zu bringen. Während

*) Die obigen Ausführungen sind nur ein Versuch, die innerpolitischen Vorgänge in China zu verstehen und ihre Ursachen aufzudecken. Die Ergebnisse des Versuchs decken sich aber wohl kaum mit der Wirklichkeit. Es ist schwierig, bei der für Europa schwer verständlichen Eigenart der chinesischen Verhältnisse Klarheit zu gewinnen. Dazu kommt die Unzuverlässigkeit der Nachrichten und die Tatsache, daß bei dem Machtkampf der Parteien in China sich Gruppeninteressen, persönliche Interessen der Heerführer und die Interessen der kapitalistischen Mächte kreuzen.

der chinesischen Revolution von 1911 wurden die chinesischen Garnisonen aus Tibet vertrieben. Das Eingreifen Chinas wurde durch die Engländer verhindert. Der Einfluß Chinas auf Tibet ist fast gleich null.

Wirtschaft.

Landwirtschaft. China ist überwiegend Agrarland. 60 Prozent der Bevölkerung sind in der Landwirtschaft tätig. Die Methoden des landwirtschaftlichen Betriebes sind uralt. Besonders im Süden herrscht der Kleinbetrieb vor. Der chinesische Landwirt ist mehr Gärtner als Bauer. Er versteht durch intensive Bewässerung, Düngung und häufigen Fruchtwechsel auf einer kleinen Bodenfläche einen verhältnismäßig großen Ertrag zu erzielen. Im Norden herrscht Großbetrieb und Ackerbau vor. Die Hauptagrarprodukte des Südens sind Reis, Zucker, Indigo, des Nordens Weizen, Gerste, Mais, Hirse. Das Hauptprodukt der Mandschurei ist die Soyabohne; sie ist das wichtigste der landwirtschaftlichen Ausfuhrprodukte Chinas. Sie wird zu Bohnenöl und Bohnenkuchen verarbeitet und als Düngemittel verwendet. Tee wird ausschließlich im Süden und Westen gepflanzt. Die Ausfuhr ging in den letzten Jahren infolge der Konkurrenz Indiens und Ceylons zurück.

Von landwirtschaftlich erzeugten industriellen Rohstoffen sind besonders wichtig Seide (Seidenraupenzucht) und Baumwolle. Der Hauptsitz der Seidenraupenzucht ist das Hinterland von Schanghai. Von den Seidenvorräten der Welt liefert China über 27, Japan 28 und Italien 25 Prozent.

Das industriell wichtigste Bodenprodukt ist die Baumwolle. Der Baumwollanbau ist in der letzten Zeit gewaltig gestiegen. Die Regierung hat den Anbau gefördert und den sich der Baumwollkultur widmenden Landwirten besondere Vorrechte, z. B. Steuerfreiheit gewährt. Die Hauptgebiete des Baumwollanbaus sind das Yangtse-Tal und die nördlichen und östlichen Provinzen. Die Jahresproduktion beträgt etwa 5—6 Millionen Ballen. Damit steht China unter den Baumwolle produzierenden Ländern an zweiter Stelle. Die Ausfuhr ist ziemlich gering; der größte Teil wird im Inlande verbraucht.

Im Jahre 1920 wurde China von einer furchtbaren Hungersnot heimgesucht, von der etwa 60 Millionen Menschen betroffen wurden.

Industrie. Die Industrialisierung machte während des Krieges und seither große Fortschritte. Man darf allerdings auch nicht die Hemmungen unterschätzen, die der an den alten Arbeitsmethoden festhaltende chinesische Konservatismus verursacht. Den Hauptantrieb gab das Ausbleiben der europäischen Einfuhr während des Weltkrieges. Die Steigerung der Produktion diente vor allem zur Befriedigung des eigenen Bedarfs; die europäische Einfuhr wurde durch Eigenproduktion ersetzt. Die rasche kapitalistische Entwicklung ist weder durch Bürgerkrieg noch durch Hungersnot aufgehalten worden. Ebensowenig hat die Weltwirtschaftskrise der letzten zwei Jahre und der Sturz des Silberkurses (China hat Silberwährung) die Entwicklung gehemmt. China blieb von der Krise verhältnismäßig verschont, weil es überwiegend für den inneren Markt produziert.

China ist reich an Bodenschätzen. Die gesamten Kohlenvorräte werden auf 956—1500 Milliarden Tonnen geschätzt. Die Kohlenvorräte würden danach ausreichen, um den Kohlenbedarf der Welt für mehr als 1000 Jahre zu decken. Mangel an Transportmitteln verzögert die Ausbeute. Die Kohlenförderung soll 1920 insgesamt 19,5 Millionen Tonnen betragen haben, davon 54 Prozent aus chinesischen, den Rest aus in ausländischem Besitz befindlichen Gruben. Bei den Kohlengruben der Provinzen Schili und Tschangsi ist englisches Kapital, bei denen von Schantung und der Südmandschurei japanisches beteiligt.

Eisenerz findet sich in Mittelchina, ferner in Schantung und in der Südmandschurei. Der bedeutendste Teil der Erz- und Kohlenlager ist in japanischem Besitz.

Die industrielle Entwicklung wird durch folgende, einem amerikanischen Handelsbericht entnommene Zahlen der Maschineneinfuhr illustriert:

Jahr	Ver. Staaten von Amerika u. Kanada	Großbritannien	Japan	Insgesamt einschl. aller sonst. Länder
	in Haiknan Taels			
1914	681 170	3 749 149	852 934	8 157 270
1918	2 390 332	1 313 604	3 569 909	7 860 290
1919	6 407 7[illegible]7	1 073 968	3 604 905	14 328 249
1920	12 181 382	5 229 026	3 727 604	22 536 255

Das Vordringen der Vereinigten Staaten ist charakteristisch.

Die wichtigste Industrie ist die Textil-, vor allem die Baumwollindustrie. Trotzdem China der zweitgrößte Baumwollproduzent ist, ist die Ausfuhr von Rohbaumwolle minimal. Das Spinnen und Weben der Baumwolle geschieht auch heute noch zum größten Teil im Handbetrieb. Seit 1915 hat aber die Einführung mechanischer Spindeln und Webstühle mächtig zugenommen. Ihre Zahl betrug:

1915	642 000	Spindeln	4 584	Webstühle
1917	1 126 000	,,	5 853	,,
1921	2 838 000	,,	12 000	,,

Seit 1915 hat sich die Zahl der Spindeln auf mehr als das Vierfache, der Webstühle auf mehr als das dreifache vermehrt. Allein im Jahre 1919 sind 39 Spinnereien mit 590 000 Spindeln neu errichtet worden. Die Unternehmer haben riesige Gewinne gemacht; es wurden Dividenden von über 100 Prozent verteilt. Der Hauptsitz der Baumwollindustrie ist Schanghai. Nach der chinesischen Zollstatistik betrug die Einfuhr von Maschinen für die Textilindustrie:

Jahr	Ver. Staaten von Amerik. u. Kanada	Großbritannien	Japan	Insges. einschl. aller sonst. Länder
	in Haiknan Taels			
1914	2 530	1 540 100	187 661	2 038 460
1918	379 867	669 402	642 948	1 714 994
1919	1 944 350	813 254	697 760	3 767 406
1920	3 897 204	1 925 696	1 071 201	6 927 728

Charakteristisch ist auch hier wieder die Zunahme seit 1915 überhaupt und die Zunahme der Einfuhr aus den Vereinigten Staaten. Wichtig ist die Seidenindustrie. Zuverlässige statistische Angaben fehlen gänzlich.

Der Außenhandel betrug in Millionen Hk. Taels:

	1902	1913	1916	1918	1919	1920
Gesamteinfuhr	326	586	535	578	680	800
Gesamtausfuhr	224	419	501	569	663	579

Wert der Einfuhr von Baumwollwaren 1920 247 Millionen Taels; also fast ein Drittel. Die Zahlen sind wenig verläßlich, da eine Jahrzehnte andauernde passive Handelsbilanz ökonomisch kaum zu erklären wäre.

Die Ein- und Ausfuhr verteilt sich auf die wichtigsten Länder wie folgt (in Prozent):

	Einfuhr					Ausfuhr				
	1913	1916	1918	1919	1920	1913	1916	1918	1919	1920
Hongkong	29,3	28,6	28,1	22,6	19,0	29,0	24,8	24,1	20,8	25,2
Großbritannien . . .	16,5	13,1	8,6	9,5	16,5	4,1	7,2	5,2	9,1	8,5
Britisch-Indien . . .	8,2	6.1	1,4	3,8	4,1	1,5	1,4	1,2	1,5	1,6
Japan	20,4	30,1	41,4	36,3	28,6	16,3	23,4	33,6	30,9	26,2
Vereinigte Staaten .	6,1	10,1	10,2	16,2	17,9	9,3	15,0	15,9	16,0	12,4

Zu bemerken ist, daß die Einfuhr aus Hongkong zum größten Teil aus England und englischen Kolonien stammt.*)

Finanzwesen. Die werdende Selbständigkeit des chinesischen Kapitals kommt in der Entwicklung des Bankwesens und seiner Stellung zum Auslandskapital zum Ausdruck. Im Jahre 1906 hatte sich ein Konsortium europäischer Kapitalmächte zwecks gemeinsamer Ausbeutung Chinas gebildet. Der besondere Zweck war der Bau von Eisenbahnen. Die Führung hatte England; beteiligt waren außerdem die Vereinigten Staaten, Frankreich, Belgien, Rußland, Deutschland. Bis auf den Bau einiger Stichbahnen an der Küste hat das Konsortium so gut wie nichts zustande gebracht. Im Jahre 1921 hat sich, diesmal bezeichnenderweise unter amerikanischer Führung, ein neues Konsortium gebildet. Die bedeutendsten amerikanischen Finanzinstitute sind daran beteiligt, außerdem englisches, französisches und japanisches Kapital:

Vereinigte Staaten von Amerika: I. P. Morgan & Co.; Kuhn Loeb & Co.; National City Bank, New York; Guaranty Trust Co., New York; Continental Trust Saving Bank, Chikago; Chase National Bank, New York. England: Hongkong, Shanghai Banking Co. Frankreich: Banque de l'Indochine. Japan: Yokohama Specie Bank Ltd.

*) Die statistischen Angaben über die chinesische Wirtschaft sind alle sehr unzuverlässig. Sie geben nur einen ungefähren Einblick in die wirtschaftliche Tendenz. Die meisten Angaben über die Industrialisierung Chinas sind der vom deutschen Auswärtigen Amt herausgegebenen Sammelmappe „Deutschland und die weltwirtschaftliche Lage" entnommen. Die Außenhandelsstatistik ist kombiniert aus „Returns of Trade and Trade Reports", Schanghai 1910—21, und „Statistical Abstract of the Principal and other Foreign Countries", London.

Ziel des Konsortiums ist die Vergebung von Anleihen, vor allem zum Zwecke des Eisenbahnbaues. Bisher sind die Erfolge des Konsortiums gleich null. Bezeichnend ist, daß die chinesische Regierung Bewerbungen des Konsortiums um Staatsaufträge bisher abgelehnt hat und daß ein Gegenkonsortium von 26 chinesischen Banken gebildet worden ist, von denen die Regierung bereits eine Eisenbahnanleihe erhalten hat. Im übrigen befindet sich aber die Pekinger Regierung in vollständiger Abhängigkeit vom ausländischen Kapital. Die ertragreichsten Einnahmequellen, die Seezölle und das Salzmonopol, sind dem Auslandskapital verpfändet und werden von ihm kontrolliert. Die Seezölle durften bis zur Washingtoner Konferenz den Satz von 5 Prozent nicht überschreiten, jetzt beträgt er 7½ Prozent. Das hat den Zweck, die chinesische Regierung durch Finanzschwierigkeiten dauernd unter Druck zu halten und China zu verhindern, durch Zollerhöhung die eigene Industrie vor der ausländischen Konkurrenz zu schützen. Die Regierung steht dauernd vor dem Bankrott. Sie kann oft ihren Beamten kein Gehalt und den Soldaten keinen Sold zahlen. Unter den Beamten herrscht deshalb ungeheure Korruption. Die Soldaten haben sich wiederholt durch Plünderungen für den ausstehenden Sold entschädigt. Im Budget von 1918 bis 1919 wurde die gesamte Staatsschuld auf 1,8 Milliarden Dollar geschätzt, davon 1,6 Milliarden ausländische Schulden. Die Regierung versucht, dieselbe durch eine hauptsächlich im Innern aufzunehmende Anleihe zu konsolidieren. Dafür soll das Salzmonopol verpfändet werden. Die Voraussetzung wäre eine Erhöhung der Einnahmen aus den vom Ausland kontrollierten Monopolen und Zöllen. Mit den Finanzschwierigkeiten und der wachsenden finanziellen Abhängigkeit vom Ausland sinken Macht und Ansehen der Pekinger Regierung; andererseits wachsen Macht und Einfluß der auf Unabhängigkeit vom Ausland gerichteten lokalen Kräfte.

Verkehrswesen. Die Länge der Eisenbahnlinien war 1920 zirka 10 000 km; davon waren 6000 im Staatsbesitz, 3000 im Besitz ausländischer konzessionierter Gesellschaften, der Rest in chinesischem Privatbesitz. Die größte Linie ist die südmandschurische Bahn, die von Japan kontrolliert wird. Es folgt die Peking-Hankou-Bahn und die Peking-Mukden-Bahn. Während des Krieges hat der Bahnbau fast vollständig geruht. Das unter amerikanischer Führung stehende Konsortium hat bisher nicht viel geleistet. Es scheint, daß die chinesische Regierung neuerdings Bahnbauten mit Unterstützung chinesischer Banken in Angriff nimmt.

Telegraphische Verbindungen bestehen zwischen allen Hauptstädten des Reiches und mit den Nachbarländern; sie stehen unter staatlicher Verwaltung, ebenso die Post. Die in den letzten Jahren erbauten Stationen für drahtlose Telegraphie stehen unter amerikanischer Kontrolle.

Arbeiterbewegung.

Zahl der Arbeiter. Ueber die Zahl der Arbeiter gibt es keine genauen Angaben. Schätzungen beziffern die Zahl der Lohnarbeiter in der Industrie, ausschließlich Baugewerbe und Handwerk, auf rund

eine Million. Die in der Baumwollindustrie beschäftigten Arbeiter werden auf 200 000, die Bergarbeiter auf 10 000 geschätzt.

Arbeitsbedingungen. Da China sich erst auf dem Wege zum Kapitalismus befindet, so steht auch das chinesische Proletariat erst im Begriff, eine seiner gesellschaftlichen Bedeutung bewußte Klasse zu werden. Eine eigentliche Arbeiterbewegung, die über spontane Ausbrüche hinausgeht, existiert nur im Süden, und auch da beschränkt sie sich auf die Stadt Kanton. Die Industrie befindet sich hier meist in den Händen des Kleinbürgertums, das relativ schwach ist. Die Regierung als Vertreterin des Großkapitals verhält sich bei Arbeitskämpfen meist neutral. Daher sind die Arbeitsbedingungen in Kanton weit besser als im übrigen China. In Kanton herrscht der Neunstundenarbeitstag vor, im übrigen China dauert der Arbeitstag für Erwachsene durchschnittlich 14, für Kinder 12 Stunden. Einen allwöchentlichen Ruhetag gibt es nicht. Arbeiterschutzgesetzgebung besteht außer Ansätzen im Bergbau nicht. Der Arbeitslohn eines ungelernten Arbeiters beträgt höchstens 6, eines gelernten 12 Dollar monatlich, bei hochqualifizierten bis 30 Dollar, bei Kindern 2 Dollar. Die Lage der Handwerksgesellen und Lehrlinge ist noch schlechter als die der Industriearbeiter.

Arbeitskämpfe. Das Klassenbewußtsein der chinesischen Arbeiter ist noch sehr unentwickelt. Die Arbeiter kommen vorwiegend vom flachen Lande und halten die Verbindungen mit dem Heimatsort aufrecht. Immerhin hat die Industrialisierung und die Tatsache etwas Wandel geschaffen, daß etwa 15 000 chinesische Arbeiter während des Krieges in Frankreich gearbeitet haben und mit erhöhten Lebensansprüchen in die Heimat zurückgekehrt sind.

In Kanton brachen Ende 1921 Streiks der Mechaniker, Bauarbeiter, Buchdrucker, Eisenbahner und anderer Kategorien aus. Sie forderten Lohnerhöhungen, Arbeitsruhe an Feiertagen, Kürzung der Arbeitszeit; die Mechaniker forderten den Achtstundentag. Anläßlich des Streiks der Bauarbeiter erfolgten Zusammenstöße mit der Polizei. Der größte Lohnkampf in neuerer Zeit war der Werftarbeiterstreik in Hongkong im April 1920. Er war erfolgreich. Die Arbeiter erhielten eine Lohnerhöhung von 32½ Prozent und erzwangen die Einstellung der entlassenen Arbeiter. In Schanghai fanden Streiks der Eisenbahner, Schuhmacher, Bauarbeiter, Tabakarbeiter u. a. statt. Im Oktober 1921 streikten 10 000 Arbeiter einer großen Zigarettenfabrik wegen der Entlassung einiger Arbeiter. Gefordert wurde, daß Entlassungen und Einstellungen nur mit Zustimmung des Arbeiterverbandes erfolgen und Vertrauensleute der Arbeiter nicht entlassen werden dürften.

Trotzdem der Streik schlecht organisiert war (ohne Streikfonds), war er zum Teil erfolgreich.

Unternehmer- und Arbeiterorganisationen. Nicht nur das Handwerk, sondern auch Industrie und Handel sind in China in althergebrachter Weise in Gilden zusammengefaßt. Die eine Art von Gilden umfaßt Vertreter von Geschäftshäusern, die andere selbständige Handwerker und Handwerksgesellen. Die erste Kategorie hat zu Mitgliedern Bankiers, Seiden-, Tee- und Opiumhändler. Ihr Zweck ist, Preise und Verkehrsbedingungen festzusetzen. Die Gilden der zweiten Art bestimmen die Preise für ihre Gewerbe und die Löhne. Die Gilden der Großhändler haben die Tendenz, sich in Aktiengesellschaften umzuwandeln, die Gilden der Handwerker, die in Organisationen der Meister und Arbeitergewerkschaften zu zerfallen.

Eigentliche gewerkschaftliche Organisationen gibt es fast nur in Kanton. Der vorherrschende Typus der Arbeiterorganisationen ist die Landsmannschaft zum Zwecke gegenseitiger Hilfe, die oft bürgerlichen Charakter hat. Es gibt aber auch eigentliche Arbeitergewerkschaften. In Kanton bestehen etwa 30 Arbeiterverbände, die zum Teil aus Streiks heraus entstanden sind. Der Metallarbeiterverband hat 20 000 Mitglieder, der Bauarbeiterverband 14 000, der der Friseure 2000 und der der Eisenbahner 1000. Der Metallarbeiterverband steht unter dem Einfluß der bürgerlich-liberalen Partei der Koumintang. Der Bauarbeiterverband steht unter sozialistischem Einfluß. In Zentral- und Nordchina sind in den letzten Jahren einige Verbände entstanden, die aber schwach sind und rasch wieder zerfallen.

Die Träger der radikalen politischen Bewegung überhaupt und auch der sozialistischen sind die Intellektuellen, meist Studenten. Es erscheinen mehrere sozialistische Zeitschriften, meist rein theoretischen Charakters und eine kommunistische Monatsschrift „Der Kommunist", die Mitteilungen über die Bewegungen des Auslandes, hauptsächlich über Sowjetrußland, bringt, sich aber auch mit Fragen der chinesischen Arbeiterbewegung befaßt.

Columbien.

Republik im Norden von Südamerika, ungefähr 1 014 000 qkm. Einwohner ungefähr 6 Millionen, Spanier und Mischlinge. Sprache: spanisch; Religion: römisch-katholisch.

Verfassung. Kongreß, bestehend aus Senat und Volksvertretung. Präsident und Parlament unmittelbar vom Volk gewählt.

Volkswirtschaft. Große Landstriche nicht bebaut aus Mangel an Bevölkerung und Verkehrsmitteln. Hauptprodukte: Kaffee, Tabak, Baumwolle, Getreide, Kautschuk. Es gibt 120 Fabriken. Das Land ist reich an Mineralien: Kupfer, Manganerz, Quecksilber, Platin usw. Es wird aber wenig abgebaut.

Außenhandel (in Millionen Dollar). Einfuhr: 1919 48,5, 1920 94,2, Ausfuhr: 1919 79,0, 1920 70,0.

15 Eisenbahnlinien mit einer Länge von 2103 km. Diese wie auch die Schiffahrt und Industrie sind vorwiegend in englischen Händen.

Ueber die Arbeiterbewegung sind uns keine Daten zugänglich.

Dänemark.

Ausdehnung. 43 016,89 qkm, 1920 durch Nordschleswig um 3983,50 qkm und 163 622 Einwohner vergrößert. Das Hauptland sind die Halbinsel Jütland und die größeren Inseln Seeland und Fünen. Bewohnte Inseln: 97.

Nebenländer. Färöer und Grönland. Personalunion mit Island.

Bevölkerung. 1921 3 267 831; 1916 2 921 362; 1901 2 449 540; 1880 1 969 039. Provinzstädte: 710 256 Einwohner; Landdistrikte: 856 965 Einwohner; Kopenhagen: 700 610 Einwohner.

Nationalität und Sprache. Dänisch.

Religion. Evangelisch-lutherisch.

2,2 Prozent Analphabeten.

Seit 1849 erbliche konstitutionelle Monarchie mit Reichstag: Folketing (direkte Wahl) und Landsting (indirekte Wahl). Wahlrecht für Frauen und Männer über 25 Jahre zum Folketing, über 35 Jahre zum Landsting.

Die politischen Parteien.

Die Sozialdemokratie (Arbeiter und Halbproletarier). Wahlen 1920 zum Folketing 389 653 Stimmen und 48 Mandate, zum Landsting 242 543 Stimmen und 17 Mandate.

Radikale (liberale) Partei (Halbproletarier, Intelligenz, Kaufleute und Fabrikanten). 147 120 Stimmen und 18 Mandate in Folketing, 97 625 Stimmen und 6 Mandate in Landsting.

Venstre (demokratische Bauernpartei) bildet, unterstützt von den Konservativen, die jetzige Regierung. 411 661 Stimmen und 52 Mandate in Folketing, 289 409 Stimmen und 23 Mandate in Landsting.

Konservative (Gutsbesitzer, Offiziere, Großkapital). 216 733 Stimmen und 27 Mandate in Folketing, 164 148 Stimmen und 10 Mandate in Landsting. — Von den kleinen Parteien die Kommunistische Partei mit 5160 Stimmen zum Folketing kein Mandat.

Berufsstatistik.

	in Tausend	
Selbständige:		
Gutsbesitzer	1	
Mittelbauern	69	
Kleinbauern	108	
Industrie	76	
Handel und Transport	54	
Andere	125	
Selbständige zusammen	433	433
Angestellte	176	176
Arbeiter:		
Landwirtschaft	272	
Industrie, Handwerk, Transport u. a.	332	
Gesinde etc.	137	
Arbeiter zusammen	741	741
		1350

Wirtschaft. Seit 1875 ist die Landwirtschaft immer mehr von der Getreideproduktion zur Viehzucht übergegangen. Der fruchtbare Boden wird sehr intensiv durch moderne Maschinen bewirtschaftet, die Elektrifikation der Landwirtschaft ist ziemlich weit entwickelt. Die Bauern haben überall kooperative Molkereien, Schlächtereien und andere Kooperationen gebildet, die in direkter Verbindung mit dem Ausland stehen. Die herrschende Klasse Dänemarks ist die Bauernklasse, in der die Mittelbauern den Kern bilden.

1919 gab es 191 549 Besitzer mit einem Areal von 3 459 546 ha (Landgüter mit weniger als 0,55 ha nicht mitgerechnet). Verteilung des Bodenbesitzes 1919:

Größe in ha	Areal in ha	Zahl der Besitzer
0,55—10	512 018	102 965
10—15	343 887	23 952
15—30	1 018 162	40 178
30—60	947 545	20 120
über 60	637 935	4 434

Etwa 57 Prozent des Besitzes zwischen 15 und 60 ha gehört den Mittelbauern, 18 Prozent den Gutsbesitzern.

Ernte. 1921 23,65 Millionen Doppelzentner Getreide, 160,17 Millionen Doppelzentner Rüben und Kartoffeln.

Der Viehstand ist sehr groß und von bester Art. 1920 563 467 Pferde, 2 286 408 Rindvieh, 504 241 Schafe, 1 007 861 Schweine, 44 527 Ziegen.

Bergbau gibt es nicht.

Die Industrie beschäftigt nur etwa 25 Prozent der Einwohner. Sehr wenig Großindustrie; fast alle Betriebe haben unter fünf Arbeiter. Es gab 1914 82494 Betriebe mit einem Personal von 350 194, davon 232 615 eigentliche industrielle Arbeiter. Die wichtigsten Industriezweige sind Bau-, Lebensmittel- und Bekleidungsindustrie.

Außenhandel (in 1000 Kronen).

Jahre	Einfuhr	Ausfuhr von inländischen Waren	Ausfuhr von ausländischen Waren
1919	2 605 047	740 001	267 648
1918	945 747	710 490	47 956
1915	1 157 324	978 984	150 279

Die wichtigsten Ausfuhrwaren sind Butter, Fleisch, Eier und dergl. Einfuhrwaren: Textilien, Brennstoffe, Eisenwaren, Futtermittel.

Verkehrswesen 1919—20. 4294 km Eisenbahnen, davon 2065 km Staatsbahnen.

Die Handelsflotte 1919: 1584 Segelschiffe mit 103 392 Reg.-Tons, 1463 Motorschiffe mit 81 621 Reg.-Tons und 514 Dampfschiffe mit 333 828 Reg.-Tons.

Gut entwickelter Post-, Telephon- und Telegraphenverkehr.

Notenumlauf (in 1000 Kronen):

Juli 1914	156 473	100,0
Dezember 1920	556 706	355,0
Juli 1921	481 581	307,0
Dezember 1921	470 964	301,0

Der Rückgang ist eine Folge des Preisfalles. Der Kurs der dänischen Krone ist in der Nachkriegszeit stark unter die Parität gesunken.

Ausländische Verschuldung (in Millionen Kronen):

	Aktiva	Passiva	Nettoschuld
1912	134	1 001	877
1915	180	928	748
1921	900	1 700	800
1922	525	1 400	825

Gewerkschaftsbewegung.

Die dänischen Gewerkschaften standen seit ihrer Entstehung unter dem Einfluß der Sozialdemokraten. Solange die Partei revolutionär war, haben auch die Gewerkschaften ziemlich klare und weitgehende Forderungen aufgestellt. Aber je mehr die Sozialdemokratie sich zu einer kleinbürgerlichen Partei entwickelte, desto mehr haben die Gewerkschaften ihren Charakter als zielbewußte Kampforganisationen verloren. 1898 wurden sie in einer Zentral-Organisation zusammengeschlossen. Schon 1899 stand über die Hälfte von den 51 000 Mitgliedern dieser Organisation („De Samvirkende Fagforbund") im Kampfe gegen das Unternehmertum.

Die große Aussperrung 1899 hat in einem Jahre die Mitgliederzahl der Zentral-Organisation auf etwa 75 000 erhöht. Die folgenden Jahre bis 1905 zeigen eine Stagnation, ja sogar einen Rückgang in der Mitgliederzahl. Während des Krieges und nach dem Kriege starke Entwicklung, so daß jetzt fast jeder dänische Industriearbeiter organisiert ist. Die Gewerkschaften haben sich

jedoch mehr und mehr zu Unterstützungskassen entwickelt, und alle größeren Lohnkämpfe seit dem Straßenbahnstreik 1911 haben mit Niederlagen der Arbeiter geendet. Besonders hart getroffen wurden die Gewerkschaften von der Niederlage in dem großen Streik der Hafenarbeiter 1913 und von den verlorenen Lohnkämpfen während der zwei letzten Jahre, die bedeutende Lohnreduktionen zur Folge hatten.

Die Gewerkschaften werden fast alle von Sozialdemokraten geleitet, sowohl die, die zu der Zentral-Organisation gehören, als auch diejenigen, die außerhalb derselben stehen. Diese sind gerade so kleinbürgerlich wie jene und stehen nur aus gewerkschaftsegoistischen Motiven abseits. Eine Gruppe, die nur etwa 4500 Mitglieder zählt und sich 1919 in dem sogenannten „Föderalistike Sammenslutning" organisierte, wird von einem Mitglied des anarcho-syndikalistischen Propaganda-Verbandes geleitet. Die frühere syndikalistische „Fagopposition" hat sich im Februar d. J. aufgelöst; die Mitglieder haben sich meistens der K. P. Dänemarks angeschlossen.

Die Kommunisten haben noch keinen Verband erobert, aber durch ihre Zellen ziemlich großen Einfluß in verschiedenen Gewerkschaften errungen.

Mitgliedschaft in den Gewerkschaften.

Jahr	Männliche Mitglieder	Weibliche Mitglieder	Zusammen
1899	82 149	7 443	85 592
1909	108 228	11 967	120 195
1913	—	—	152 787
1918	260 760	54 837	315 597
1919	284 663	61 818	346 581
1920	—	—	—

Mitgliederzahl der größten Gewerkschaften 1920:

Gewerkschaft	Mitglieder
Verband der unqualifizierten Arbeiter (Arbejdsmands forbundet)	90 922
Verband der Landarbeiter	25 000
Gewerkschaft der Angestellten und Kontoristen	23 496
Verband der Schmieden und Metallarbeiter	22 014
Verband der Schneider	13 750
Verband der weiblichen Arbeiter	13 000
Verband der Textilarbeiter	10 954
Verband der Eisenbahnangestellten	10 296
Verband der Tischler	10 123
Verband der Tabaksarbeiter	9 504
Verband der kommunalen Arbeiter	8 750

Die Zentrale ist an Amsterdam angeschlossen; die selbständigen sind neutral. Kein Verband und keine Gewerkschaft hat sich der R. G. I. angeschlossen. Die Zahl der in Zellen organisierten Kommunisten kann nicht angegeben werden. Es gibt keine Arbeitsgemeinschaften.

Die Gewerkschaften waren offiziell gegen den Krieg, haben aber durch ihre Kooperationen und in anderer Weise sehr an diesem verdient. Sie sind sehr interessiert am Wiederaufbau Europas, besonders Deutschlands und Rußlands, und haben eine gute Arbeit geleistet, um eine Handelsverbindung zwischen Dänemark und Rußland zu ermöglichen.

Nur einzelne Kommunisten wurden bisher ausgeschlossen; gewöhnlich werden sie in den Gewerkschaften geduldet. — Der letzte Kongreß der Zentrale — 5. April d. J. — hat den allgemeinen Vergleich mit den Unternehmern angenommen und, nicht wie nach den beiden früheren Kongressen, den Beschluß zur Urabstimmung in den Gewerkschaften gestellt; daher große Unzufriedenheit, besonders im Verband der unqualifizierten Arbeiter, dem ein Drittel der Mitglieder der Zentrale angehört und der jetzt mit einer Spaltung der Zentral-Organisation droht. Auch innerhalb der Metallarbeiter herrscht Unzufriedenheit mit dem Beschluß des letzten Kongresses.

Die Zentralorganisation der Arbeitgeber ist sehr stark; sie wurde 1898 begründet und zählte 1920 247 Abteilungen mit 16 912 Mitgliedern.

Wichtige Lohnkämpfe. Generalstreik Ostern 1920; er brachte den Arbeitern einen politischen Sieg (neue Regierung, politische Amnestie); aber die Unternehmer erreichten, daß keine allgemeine Uebereinkunft zustande kam. Dadurch wurden die Arbeiter geteilt, und der Kampf war verloren. Sommer 1920 kämpften Seeleute, Heizer und Transportarbeiter zwei Monate und erlitten eine schwere Niederlage; die Heizer verloren ihren Achtstundentag. Frühling 1921 waren fast alle dänischen Arbeiter im Kampfe gegen die Lohnreduktionen, 70 000 Arbeiter wurden ausgesperrt. Aber auf dem entscheidenden Kongreß der Zentrale haben alle — etwa 120 Gewerkschaftsbeamte — für die Lohnreduktion gestimmt, die dadurch mit einer kleinen Majorität angenommen wurde. Die Löhne sollten im Verhältnis zu den Preisen „reguliert" werden. Die erste Lohnreduktion im März 1921 betrug 10—15 Prozent, die zweite, im August 1921, drückte den Lohn noch mehr. Endlich hat der Vergleich im April 1922 eine Lohnreduktion von 15 Prozent ergeben für eine Periode, wo die Preise nur um 10 Prozent gefallen sind.

Zwischen März 1921 und April 1922 wurden die Löhne um etwa 33 Prozent gekürzt. Acht Wochen kämpften die dänischen Arbeiter gegen die letzte Lohnreduktion, erlitten aber schließlich eine Niederlage. Nur der Achtstundentag wurde beibehalten, jedoch mit ziemlich bedeutenden Ausnahmen.

Löhne:

Durchschnittlicher Stundenlohn		Tagelohn	Jahresverdienst (Kronen)	
1914	50 Oere	475 Oere	1908	560.—
Oktober Quart. 1920	203 "	1624 "	1909	670.—
Januar Quart. 1921	200 "	1600 "	1915	730.—
April Quart. 1921	186 "	1488 "	1816	850.—
Juli Quart. 1921	168 "	1344 "	1917	936.—
			1918	1 090.—
			1919	1 700.—
			1920	2 190.—

Die Arbeitszeit war 1914 9½ Stunden, 1920 8 Stunden.

Kleinhandelspreise:

1914	1000	1918	1793
1915	1162	1919	2143
1916	1354	1920	2560
1917	1556	1921	—

Der Reallohn der Arbeiter:

1908—1913	100	1917	83
1914	100	1918	82
1915	91	1919	104
1916	78	1920	110

Der Reallohn war während des Krieges niedriger, in der Nachkriegszeit höher als vor dem Kriege; gegenwärtig infolge starker Lohnreduktionen sicherlich niedriger.

Die Arbeitslosigkeit war in den letzten Jahren sehr groß.

Jahr	Zahl der unterstützten Arbeitslosen	Arbeitslosigkeitsprozent im ganzen Jahre
1913	117 346	7,5
1917	159 727	9,2
1918	217 645	17,4
1919	295 754	10,7
1920	285 706	5,1
1921	—	etwa 20,0

Die wirkliche Zahl der Arbeitslosen ist etwas höher. Die Unterstützung ist in den verschiedenen Gewerkschaften sehr verschieden. So bekommen z. B. die Maler 21 Kr. und die Typographen 70 Kr. die Woche. Der Durchschnitt ist etwa 30 Kronen, hiervon zahlt 10 Kronen die Gewerkschaft, das übrige Staat und Kommune.

Betriebsräte gibt es nicht.

*

Die Kommunistische Partei Dänemarks wurde im November 1919 gegründet als Zusammenschluß folgender Gruppen: der Hälfte des Sozialdemokratischen Jugendverbandes, der Hälfte

der „Sozialistischen Arbeiterpartei", einer Gruppe der „Unabhängigen Sozialdemokratie" und einiger radikaler Mitglieder der Sozialdemokratie. Die neue Partei — „Dänemarks linkssozialistische Partei" — schloß sich der Kommunistischen Internationale an und gab eine Wochenzeitung („Arbejdet") heraus.

Es bestand in dieser Zeit noch eine zweite revolutionäre Strömung, die „Gewerkschaftsopposition", bestehend aus kleinen syndikalistischen Klubs mit einer Tageszeitung „Solidarität". Im Frühjahr 1921 wurde aus den beiden Organisationen eine „Kommunistische Föderation" gebildet und die beiden Zeitungen zusammengefaßt („Arbejder-Bladet"); sie erscheinen jetzt in 7000 Exemplaren.

Die Kommunistische Partei hat 40 Abteilungen mit etwa 3000 Mitgliedern; auf dem Lande meist einzelne Gruppen. Die Partei hat keinen Vertreter im Parlament und nur einen Kommunalvertreter.

Der kommunistische Jugendverband zählt ungefähr 4000 Mitglieder in 40 Abteilungen. Das Organ des Jugendverbandes (das erste Organ in Dänemark, das sich auf die Seite der russischen Revolution stellte) erscheint in zirka 4500 Exemplaren.

Das Deutsche Reich.

Der proletarische Klassenkampf in Deutschland im Jahre 1922.

1. Den allgemeinen Stand des proletarischen Klassenkampfes in Deutschland im Jahre 1922 kennzeichnet am schärfsten ein Vergleich mit 1921. Das hervorstechendste Ereignis des Klassenkampfes 1921 war die Märzaktion. Sie war eine Vorwegnahme des Kampfes, den nur die ganze Klasse tragen kann, durch die Vorhut. Sie endete mit der Niederlage der Vorhut, mit ihrer zeitweiligen Schwächung. Die Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse war noch nicht bereit, auch um sehr begrenzte und nahe Ziele geschlossen zu kämpfen. Die Kampfeswelle bewegte sich immer noch nach abwärts. Die gewonnene Schlacht wurde vom Kapital und seinem Anhang im Arbeiterlager nach allen Richtungen ausgenützt: Versuch der Diskreditierung und Isolierung der Vorhut, die sich zu weit von dem großen Körper der Klasse vorgewagt hatte, geschlossener syste-

matischer Angriff gegen die Hauptstellungen, die die Arbeiterklasse noch aus der ersten Revolutionswelle gehalten hatte, — den Achtstundentag, das Koalitions- und Streikrecht — und gegen den Lohn. Dieser Angriff ging weit über die Reihen des Industrie- und Landproletariats hinaus. Er griff über auf die verschiedenen Kategorien der Beamten und Angestellten. Er ging schließlich unter dem Druck der Finanznot des Reiches zu dem Versuch über, sich der staatlichen Betriebe (Eisenbahn, Post usw.) zu bemächtigen.

Unter dem Druck des allgemeinen und breiten Angriffs auf die Grundstellungen der Arbeiterschaft, der wachsenden Teuerung, der riesenhaften Ausplünderung durch Steuern beginnt langsam, schwerfällig, zögernd, unter mancherlei Störungen und Rückfällen die Sammlung der deutschen Arbeiterklasse zum Widerstand. Das ist die allgemeine Signatur der zweiten Hälfte des Jahres 1921 und des Jahres 1922. Diese Sammlung zum Widerstand wird noch befördert durch den immer unerträglicher werdenden Druck der Reparationslasten. Sie gewinnt dadurch einen internationalen Charakter. Ein besonderes Kennzeichen der Gesamtlage ist der Eintritt der unteren und mittleren Beamtenschaft in die Arena des Klassenkampfes (Streik der Eisenbahnbeamten im Februar 1922) und die Annäherung ihrer tatkräftigsten Schichten an das Industrieproletariat. Gleichzeitig vollzieht sich in den Auseinandersetzungen mit den Apologeten der preußischen Militärkaste die Ablösung eines Teiles der Intellektuellen und Kleinbürger von der militärisch-imperialistischen Ideologie. Der durch die langsame Entfaltung des proletarischen Klassenkampfes im Westen notwendig gewordene Rückzug Sowjetrußlands auf die „neue ökonomische Politik" wirkte zunächst weiter deprimierend auf die deutsche Arbeiterklasse. In dem Maße aber, wie der Druck der Ententemächte auf Deutschland wuchs und die Unfähigkeit der bürgerlichen Koalitionsregierung zu tatkräftigem Widerstand dagegen sich offenbarte, wie auf der anderen Seite Sowjetrußland im Kampf um die Verteidigung der Errungenschaften der Revolution gegen diese Mächte eine gewaltige Kraft an den Tag legte, wuchs in der deutschen Arbeiterklasse und bis tief in die Schichten der Beamten, der Intellektuellen und selbst eines Teiles der Kleinbürger die Anziehungskraft Sowjetrußlands und sank die Autorität der kraftlosen bürgerlichen Republik.

2. Die hervorragendsten Träger der bürgerlichen Politik im Lager der Arbeiterklasse, die deutsche Sozialdemokratie und die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer, nutzten die Ermattung der Arbeiterklasse nach der Märzniederlage aus, um den Bund mit der Bourgeoisie zu verbreitern und zu befestigen, und um auch ideologisch die lästigen Fesseln der marxistischen Doktrin abzustreifen. Der Görlitzer Parteitag der deutschen Sozialdemokratie (Herbst 1921) ist in dieser Entwicklung ein wirklicher „Markstein". Die Bahn wurde hier freigemacht für das Bündnis mit der Partei der Schwerindustrie, der Deutschen Volkspartei. Dieses Bündnis wurde direkt geschlossen in Preußen, indirekt im Reiche. Die wichtigste Entscheidung im Reiche, die kolossale Ausplünderung der Massen durch neue Verbrauchssteuern, stützt sich auf die Partei der Schwerindustrie. Das zweite wichtige Ereignis in Görlitz war die Liquidierung des altehrwürdigen Erfurter Programms und seine Ersetzung durch ein mit allerlei ethischen Phrasen verbrämtes Programm, aus dem das Kernstück des Marxismus, der unversöhnliche Klassenkampf gegen die Bourgeoisie, ausgebrochen ist. In den Gewerkschaften führte die sozialdemokratische Bürokratie einen erbitterten, rücksichtslosen Kampf gegen die Kommunisten, mit Ausschlüssen sowohl einzelner Kommunisten als auch ganzer Organisationen mit kommunistischer Mehrheit. Die Sozialdemokratie, vor allem soweit ihre führende Funktionärschicht in Betracht kommt, verwandelt sich zusehends in eine reaktionäre Kleinbürgerpartei. Sie sieht sich genötigt, sich selbst gegen kleinbürgerliche Schichten zu wenden, die unter dem Druck der Not in den Klassenkampf einbezogen werden.

Die Rückwirkung dieser Politik auf die S. P. D. und die von ihr beherrschten Gewerkschaften äußert sich hauptsächlich in folgenden Symptomen: 1. Austritt von Einzelnen und von Gruppen aus der Partei und den Gewerkschaften, vorläufig noch in kleinem Maßstabe; 2. oppositionelle Strömungen innerhalb der Partei, hauptsächlich in den Organisationen, in denen das proletarische Element vorwiegt; 3. Lockerung des Gefüges und Schwächung der Aktivität der Partei und 4. vor allem: steigende Sympathie für die Kommunisten, was sich bei gewerkschaftlichen und Betriebsrätewahlen zahlenmäßig offenbart. Gegen diese Rückwirkungen sucht sich die Sozialdemokratische Partei hauptsächlich durch zwei Mittel zu schützen: 1. durch das Heranziehen der Arbeiteraristokratie in Beamtenstellungen;

2. durch schärfste Hervorhebung des Kampfes gegen die Kommunisten, durch die Versuche, mit allen Mitteln der Demagogie die proletarische Unterschicht von den Kommunisten zu isolieren.

Trotz alledem lockert sich unverkennbar das Gefüge der S. P. D., entfernt sich das proletarische Element der Partei von der verbürgerlichten oder verkleinbürgerlichten Leitung. An einem gewissen Punkt wird die Leitung entweder dem steigenden Druck der proletarischen Elemente wenigstens zeitweise nachgeben oder die Gefahr eines tödlichen Bruches laufen müssen.

3. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei vereinigte sich praktisch nach der Märzaktion mit der S. P. D. zu gemeinsamem Angriff auf die Kommunistische Partei; sie war die „anonyme" Verbündete der bürgerlichen Koalitionsregierung, sie gab, sei es aktiv oder passiv, dem Druck der Unternehmeroffensive nach. Der rechte Flügel ihrer Führerschaft steuert die Wiedervereinigung mit der S. P. D. oder mindestens einer festen Kooperation mit ihr zu.[1]

4. Die Kommunistische Partei hat, nachdem die Märzaktion offenbart hatte, daß sie zu weit vorgestoßen war, bewußt und planmäßig den Anschluß an den tatsächlichen Stand des breiten Klassenkampfes gesucht und gefunden (der Lohnkampf, die Steuerkämpfe, die Verteidigung des Achtstundentages, des Streikrechts usw.). Sie hat sorgfältig die aufzustellenden Teilziele diesem Stand angepaßt. Als nächste Hauptetappenziele stellt sie die „Erfassung der Sachwerte" (Beteiligung des Staates an den kapitalistischen Unternehmungen unter Kontrolle der Arbeiterschaft) und die „Arbeiterregierung", als die dem gegenwärtigen Stand des Klassenkampfes angepaßte Waffe gegen die bürgerlichen Koalitionsregierungen, auf. Auf diesem Wege hat die Kommunistische Partei in den Gewerkschaften und Betriebsräten eine wachsende organisatorische Peripherie gewonnen, sich innerlich konsolidiert und ihren politischen Wirkungskreis zusehends ausgebreitet. Die Rolle der Kommunistischen Partei Deutschlands innerhalb des proletarischen Klassenkampfes in Deutschland im gegenwärtigen Abschnitt ist nicht von dem Glanze umstrahlt wie in den stürmischen Monaten der Revolution 1918—1919. Aber sie geht mehr in die Tiefe

[1]) Der Artikel wurde vor einigen Monaten der Vereinigung geschrieben.

und in die Breite. In den gegenwärtigen Massenkämpfen mit verhältnismäßig niedrig gesteckten Zielen, die noch nirgends über die Schranken der bürgerlichen Demokratie und der kapitalistischen „Ordnung" hinausgegriffen haben, bereitet sich systematisch die Führerrolle der Partei für die Periode vor, wo der Klassenkampf diese Schranken zersprengt.

A. Thalheimer.

Früherer Flächeninhalt des Deutschen Reichs 540 777 Quadratkilometer. Laut Versailles wurde abgetreten Elsaß-Lothringen an Frankreich, der größere Teil von Westpreußen und ein Teil von Oberschlesien an Polen, ein anderer Teil Oberschlesiens an die Tschechoslowakei, Memel und Danzig an die Entente, Eupen und Malmedy an Belgien. Durch Abstimmung fiel der Norden Schleswigs an Dänemark. Das Saargebiet ist besetzt. Die abgetretenen Gebiete einschließlich des Saargebietes haben einen Flächeninhalt von 71 396 Quadratkilometern, 13,2 Prozent des alten Reiches. Der Flächeninhalt des neuen Deutschen Reiches beträgt rund 470 000 Quadratkilometer.

Das Deutsche Reich besteht aus 18 Bundesstaaten: Preußen, Bayern, Sachsen, Baden, Württemberg, Thüringen, Hamburg, Bremen, Lübeck, Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz, Braunschweig, Anhalt, Oldenburg, Lippe, Schaumburg-Lippe, Hessen, Waldeck.

E i n w o h n e r z a h l. Die Einwohnerzahl des Deutschen Reiches betrug im Jahre 1890 49,4 Millionen, 1900 56,3 Millionen, 1910 64,9 Millionen, 1919 59,4 Millionen.

K r i e g s v e r l u s t e. Kriegsgefallene 1,7 Millionen, Geburtenausfall 3,7 Millionen, erhöhte Sterblichkeit der Zivilbevölkerung 0,8 Millionen, Verluste durch Abtretung rund 6 Millionen, zusammen 12,2 Millionen.

N a t i o n a l i t ä t u n d S p r a c h e. Jetzt nach der Lostrennung der Randgebiete wird fast ausnahmslos deutsch gesprochen.

R e l i g i o n. Es gab 1910: Evangelische 40 Millionen, Römisch-Katholische 24 Millionen, andere Christen 0,3, Juden 0,6, Konfessionslose 0,2 Millionen.

V e r f a s s u n g. Seit 1871 war Deutschland mit seinen 26 Bundesstaaten zu einem einheitlichen Reichsgebiet zusammengefaßt unter einer k o n s t i t u t i o n e l l e n Monarchie. Der Reichstag wurde alle fünf Jahre neu gewählt. Die Regierung war ihm jedoch nicht verantwortlich, sondern lediglich dem Monarchen, der auch die Minister ernannte.

Seit der Novemberrevolution 1918 ist in Deutschland die Reichsgewalt verstärkt. Die Einzelstaaten blieben jedoch bestehen. Die im Januar 1919 gewählte Nationalversammlung verabschiedete am

11. August in Weimar die neue Reichsverfassung (Weimarer Verfassung). Dieselbe erklärt Deutschland zu einer Republik, „in der die Staatsgewalt vom Volke ausgeht". Das Reich hat sich die ausschließliche Gesetzgebung über die wichtigsten Rechtsangelegenheiten im In- und Auslande, u. a. das bürgerliche und Strafrecht, das Enteignungsrecht, das Gewerbe- und Bergbaurecht, sowie über das gesamte Versicherungswesen vorbehalten. Die einzelnen Länder geben sich ihre Landesverfassungen im Rahmen der Reichsgesetze. Das Reich besitzt Einspruchsrecht. — „Reichsrecht bricht Landesrecht."

Das Wahlrecht ist allgemein, gleich, direkt und geheim für alle Deutschen beiden Geschlechtes über 20 Jahren. Das Ministerium ist dem Reichstag allein verantwortlich und bedarf seines Vertrauens. Die Repräsentation der Republik obliegt dem Reichspräsidenten, der alle sieben Jahre vom Volke gewählt wird. Der Reichspräsident hat das Recht der Ernennung und Entlassung von Reichsbeamten und Offizieren und außerdem den Oberbefehl über die Reichswehrmacht.

Der Reichsrat ist eine Körperschaft aus Vertretern der Landesregierungen.

Reichsgesetzgebung. Gesetzesvorlagen können von der Reichsregierung und aus der Mitte des Reichstages eingebracht werden. Der Reichspräsident kann für angenommene Gesetze Volksentscheidung bestimmen. Der Reichsrat hat Einspruchsrecht gegen beschlossene Gesetze.

„Alle Deutschen sind vor dem Gesetze gleich." Männer und Frauen sind rechtsgleich.

„Die Freiheit der Person ist unverletzlich, ebenso ist die Wohnung jedes Deutschen eine Freistätte."

„Innerhalb der Schranken der „allgemeinen Gesetze" ist Meinungsäußerung in Wort, Schrift, Druck und Bild gesetzlich gewährleistet", ebenso das Versammlungs- und Koalitionsrecht. Religion ist Privatsache. Die Schulpflicht ist allgemein. — Die Arbeitskraft soll unter besonderem Schutz des Reiches stehen, das ein einheitliches Arbeitsrecht schafft. — Die wirtschaftlichen Arbeiterräte sind verfassungsmäßig gewährleistet.

Soweit die geschriebene Verfassung. Der Artikel 48 läßt aber Sondergesetze zu, die der Reichspräsident verfügt. Das ist bei den verschiedensten Anlässen geschehen. Die kommunistische Presse wurde verboten; revolutionäre Arbeiter wurden durch sogenannte Sondergerichte abgeurteilt, selbst zu Todesstrafen.

Die politischen Parteien. Die wichtigsten politischen Parteien sind:

1. Sozialistische:
   a) Kommunistische Partei Deutschlands (Arbeiter, Angestellte, untere Beamte),
   b) Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (Arbeiter, Angestellte, untere Beamte),
   c) Sozialdemokratische Partei Deutschlands (Arbeiter und Angestellte, untere, mittlere, auch höhere Beamte, Kleinbürgertum);

2. Bürgerliche:
   a) Zentrum (katholische Partei), enthält alle Gesellschaftsschichten, hauptsächlich Kleinbürger und Bauern, aber auch süddeutsche und rheinische Industrielle, süddeutsche Großgrundbesitzer, Groß-, Mittel- und Kleinbauern, katholische untere Angestellte, Beamte und Arbeiter.
   b) Deutsche Demokratische Partei (Bank, Börse, Handel, Industrielle, Kleinbürger, Beamte, Angestellte),
   c) Deutsche Volkspartei (Schwerindustrie — Stinnes —, Fertigindustrie, Großhandel, Banken, höhere und mittlere Beamte),
   d) Deutschnationale Volkspartei (Offiziere, Junker, Beamte und Industrielle, Kleinbürger, Bauern).

Die übrigen, kleinen Parteien stehen dem Zentrum und den Deutschnationalen nahe oder sind kleinbürgerlich orientiert.

Bei der Reichstagswahl Juni 1920 erhielten von 26 017 590 abgegebenen Stimmen:

	Stimmen	Mandate
Kommunisten	441 995	24
S. P. D.	5 614 456	113
U. S. P.	4 895 317	59
Demokraten	2 202 394	45
Zentrum	3 540 830	69
D. V. P.	3 606 316	62
D. N. V. P.	3 736 778	66
Bayrische Volkspartei	1 171 722	20

Außerdem: Bayrischer Bauernbund 4 Mandate, Hannoversche Landpartei 4 Mandate. Kleine kleinbürgerliche Parteien und zersplitterte Stimmen: 808 846.

Der Reichstag setzt sich aus 446 Mitgliedern zusammen. Die Mandate verteilen sich auf die Parteien wie aus der obenstehenden Tabelle ersichtlich.

Die bürgerlichen Stimmen machten mit 15 065 822 56,9 Prozent aller abgegebenen Stimmen aus, die sozialistischen mit 10 951 768 43,1 Prozent.

V e r t e i l u n g u n d K l a s s e n s c h i c h t u n g d e r B e v ö l k e r u n g. Verteilung der im Hauptberuf tätigen und berufslosen Selbständigen:

Land- und Forstwirtschaft	9 825 000
Industrie und Bergbau	14 570 000
Handel, Verkehr und Gastwirtschaft	5 000 000
Persönliche Dienste	330 000
Oeffentliche Dienste und freie Berufe	2 440 000
Berufslose	1 700 000
zusammen	33 865 000

Die obigen Zahlen sind errechnet aus den Daten der Volkszählung 1919 und der Betriebszählung 1907, unter der Voraussetzung, daß das Tempo der Industrialisierung und der Kapitalkonzentration der Zeit zwischen den beiden Betriebszählungen (1895 und 1907) sich seitdem

fortgesetzt hat. Ferner ist die im Kriege und in der Nachkriegszeit stattgefundene Bürokratisierung und Vermehrung der Beamten und Angestellten in Betracht gezogen. Ohne Anspruch auf Genauigkeit sind auf diese Weise folgende Zahlen errechnet, die die Klassenschichtung der hauptberuflich tätigen und berufslosen Selbständigen illustrieren:

	Selbständige	Halbproletarier	Angestellte	Arbeiter
Landwirtschaft . . .	1 180 750	1 275 500	196 500	7 172 000
Industrie	550 000	1 200 000	1 020 000	11 800 000
Handel	500 000	1 000 000	1 000 000	2 500 000
Persönliche Dienste	—	—	—	330 000
Freie Berufe	500 000	—	1 000 000	950 000
Berufslose	1 700 000	—	—	—
Zusammen	4 430 750	3 475 500	3 216 500	22 750 000

Es ergibt sich, daß die Arbeiterschaft — auch ohne Angestellte und halbproletarische Elemente — doppelt so zahlreich ist wie alle anderen Schichten zusammengenommen.

Wirtschaft.

Landwirtschaft. Die landwirtschaftliche Produktion in Deutschland zeigt gegenüber der Vorkriegszeit einen beträchtlichen Ertragsrückgang. Die Einfuhr von Dünge- und Futtermitteln verringerte sich. Es wurden eingeführt (in Tonnen):

	1913	1920
Futtermittel	7 400 368	602 746
Futtermittelrohstoffe	1 747 389	329 882
Düngemittel	2 409 425	240 873

Die durch die Gebietsabtretungen verursachte Verringerung der Ackerbauerzeugnisse und des Viehstandes betrug in Prozenten: Weizen 14,6, Roggen 19,1, Gerste 19,5, Hafer 12,9, Kartoffeln 20,3, Zuckerrüben 20, Pferde 17,7, Rindvieh 13,1, Schafe 9,9 Schweine 14.

Die Getreidefläche im ganzen betrug nach dem Gebietsstand des Reiches von 1921, also unter Berücksichtigung der Gebietsverluste, in Millionen Hektar: 1913 13, 1918 10,5, 1919 9,9, 1920 10,7, 1921 10,6. Auch die Ernteerträge blieben noch immer hinter den Erträgen der Vorkriegszeit zurück.

Erträge pro Hektar in Doppelzentnern:

	1904—13	1913	1918	1919	1920	1921
Weizen	20,7	24,1	17,1	16,7	16,3	18,5
Roggen	17,2	19,2	14,1	13,9	11,5	15,4
Winterspelz	14,7	16,1	12,4	11,0	11,3	13,5
Sommergerste	19,8	22,0	15,3	14,8	15,0	15,7
Hafer	19,0	21,9	14,4	15,0	15,0	14,8
Kartoffeln	—	156,0	—	—	115,0	100,0
Durchschnitt	18,3	22,6	14,6	14,3	13,8	15,6

Die Gesamterträge waren in Millionen Tonnen:

	1913	1918	1919	1920	1921
Weizen	4,1	2,3	2,2	2,2	2,6
Roggen	10,2	6,7	6,1	4,9	6,6
Winterspelz	0,4	0,2	0,1	0,2	0,2
Sommergerste	3,0	1,8	1,7	1,8	1,8
Hafer	8,8	4,4	4,5	4,9	4,7
Kartoffeln	44,8			282,5	268,1
	71,3			296,5	284,0

Im letzten Jahr fand eine Steigerung der Erträge trotz Verringerung der Anbaufläche statt. Wahrscheinlich waren die Erträge tatsächlich noch höher als aus diesen Zahlen ersichtlich, da die Landwirte ein Interesse daran hatten, den Ertrag niedriger anzugeben. Der Rückgang der Hektarerträge war in jenen Gebieten, wo der Großbetrieb vorwiegt, stärker. In den landwirtschaftlichen Großbetrieben besteht eher die Möglichkeit, Ackerland in Brache und Oedland umzuwandeln. Der Anbau von Brache war 1921 um 7,8 Prozent, Ackerweide um 22,2 Prozent, Viehweide und Hutungen um 9,1 Prozent größer als 1913, ein sicheres Zeichen für den Rückgang der Landwirtschaft.

Der Bestand an Vieh betrug nach den am 1. Dezember vorgenommenen Viehzählungen, in Millionen Stück, rund:

	1. 12. 1913	1. 12. 1920	1. 12. 1921
Pferde	3,8	3,6	3,7
Rindvieh	18,6	16,8	16,8
Schweine	22,6	14,2	15,9
Schafe	5,0	6,1	5,9
Ziegen	3,2	4,5	4,3

Die Zahlen für 1913 sind für das neue Reichsgebiet umgerechnet.

I n d u s t r i e. Die industrielle Produktion Deutschlands hat durch den Weltkrieg einen starken Rückgang erfahren, durch die Abtretung Elsaß-Lothringens und eines Teiles von Oberschlesien und durch das Sinken des Arbeitsertrages infolge des während des Krieges und nachher getriebenen Raubbaues an den Produktionsmitteln und der Unterernährung und Revolutionierung des Proletariats. Daten über die Produktion gibt es nur für einzelne Gebiete.

Kohle.

Jahr	Steinkohlenförderung	Braunkohlenförderung
	in 1000 Tonnen	
1900	109,092	40,498
1910	152,828	69,547
1913	190,109	87,233
1918	158,254 [1]	100,599
1919	116,681 [1]	93,843
1920	131,347 [2]	111,634
1921	136,210 [2]	123,011

[1]) Ohne Lothringen, aber mit Saar.
[2]) Ohne Lothringen und Saar.

Also ein bedeutender Rückgang gegenüber dem letzten Vorkriegsjahr. Von diesem Quantum gehen noch die Kriegslieferungen an die Entente ab. Im Jahre 1920 betrugen diese mit der Produktion des Saarreviers zusammen 25 Millionen Tonnen. Die fehlende Steinkohle muß durch minderwertige Brennstoffe ersetzt werden. Daher die Steigerung der Förderung von Braunkohle.

Folgende Zahlen zeigen den prozentualen Rückgang des Arbeitsertrages:

Jahr	Gesamtförderung in 1000 To.	Arbeitstägl. Förderung in 1000 To.	Leistung pro Kopf u. Arbeitstag in kg	Prozent d. Arbeitsleistung 1913 = 100
	Ruhr			
1913	144,487	380	972	100
1920	84,847	289,3	582	59,9
1921	90,459	299,6	569	58,5
	Oberschlesien			
1913	43,435	145	1177	100
1920	31,686	106,4	616	52,3
1921	29,638	97,6	548	46,6

Die Zahl der Arbeiter betrug nach den Angaben des Berghauptmannes Benhold in der Versammlung des Reichskohlenrates vom 31. März 1922:

	Ruhrrevier	Oberschlesien
1913	390 000	123 000
1920	532 000	182 000
1921	557 000	185 000

Kali (in Millionen Doppelzentnern):

Jahr	Förderung Kalisalz	Absatz (Reinkali)		
		Inland	Ausland	insgesamt
1911	97,0	—	—	—
1913	116,1	—	—	—
1918	94,4	8,6	1,4	10,0
1919	77,7	6,4	1,7	8,1
1920	113,9	6,9	2,3	9,2
1921	92,4	7,7	1,5	9,2

Kupfer, Blei, Zink, Zinn (in 1000 Tonnen).

	Kupfer		Blei		Zink		Zinn	
	Prod.	Verbr.	Prod.	Verbr.	Prod.	Verbr.	Prod.	Verbr.
1913	49,5	267,7	188,0	230,4	281,1	232,0	12,0	19,9
1919	17,0	24,0	51,3	60,6	93,4	60,0	2,5	4,4
1920	20,5	73,7	59,0	67,5	99,2	71,8	3,0	7,0

Roheisen- und Stahlerzeugung (in 1000 Tonnen):

	Eisen	Stahl
1913	16,764	16,942
1918	10,702	13,216
1919	5,654	6,732
1920	5,550	7,710

Schiffbau. Auf deutschen Werften erbaute Kauffahrteischiffe:

	Zahl	Brutto-Raumgehalt in 1000 Reg.-Tonnen
1913	1 326	1 788
1918	523	1 094
1919	508	804
1920	856	1 705

Textilindustrie.

Baumwollindustrie	Gesamtzahl der Spindeln	Tätige Spindeln
31. Juli 1913	12 380 000	—
Mai 1920	10 951 000	3 530 000
31. Juli 1921	9 400 000	7 052 000

Die im Mai 1920 tätigen Spindeln betrugen 28,5 Prozent der Gesamtspindelzahl von 1913, am 31. Juli 1921 56,9 Prozent. Baumwollverbrauch in 100 Ballen (Geschäftsjahr 1. 8. — 31. 7.), 1912/13 1702, 1919/20 485, 1920/21 850. Die Nettoeinfuhr an Rohbaumwolle betrug 1921 ungefähr drei Viertel der Vorkriegszeit gegen ein Drittel im Jahre 1920.

Wollindustrie: Die Einfuhr an gewaschener Wolle war 1921 größer als vor dem Kriege, die heimische Wollproduktion ist aber von 2,11 Millionen Doppelzentnern 1913 auf 817 000 im Jahre 1920 und 1,27 Millionen im Jahre 1921 gefallen.

Kapitalkonzentration (Vertrustung): Während des Krieges und besonders in der Nachkriegszeit hat der Konzentrationsprozeß des deutschen Kapitals gewaltige Fortschritte gemacht. Die rheinisch-westfälische Schwerindustrie war und ist der Mittelpunkt der Vertrustung. Sie erhielt für die ihr von Frankreich genommenen Gruben und sonstigen Besitzungen in Lothringen, Luxemburg und an der Saar riesige Entschädigungen vom Reich. Diese Riesensummen wurden zu Ankäufen von Gruben und verarbeitenden Werken im Rheinland und in Westfalen benutzt. Das verschaffte der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie ein fast unbestrittenes Monopol für industrielle Rohstoffe und Halbfabrikate in Deutschland, dessen Rohstoffgrundlage durch die Lostrennung einstiger Versorgungsgebiete verkleinert wurde. Dieses Monopol benutzte sie, um durch Verteuerung der wichtigsten Produktionsmittel riesenhafte Profite zu erzielen auf Kosten der Weiterverarbeitungsindustrie, die hierdurch zum Eintritt in die Schwerindustriellentrusts gezwungen war oder sich Bergwerke angliedern mußte. Die Entstehung von Riesentrusts verstärkte die Macht des Großkapitals gegenüber der Arbeiterschaft.

Der umfangreichste Trust ist der Stinnestrust. Er entstand aus der Vereinigung der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten-

A.-G. Bochum mit der Gelsenkirchener Bergwerks-A.-G. Gelsenkirchen; später trat der Bochumer Verein für Bergbau und Gußstahlfabrikation hinzu. Sie bildeten zusammen die Rhein-Elbe-Union. Mit dem Beitritt des Siemens-Schuckert-Trusts, des größten Elektrokonzerns, wurde dieselbe in die Siemens-Rhein-Elbe-Schuckert-Union umgewandelt, eine G. m. b. H., die als Verwaltungs- und Kontrollgesellschaft die ihr angegliederten Unternehmungen zusammenfaßt. Die Alpine Montangesellschaft in Steiermark, der größte österreichische Erz- und Kohlenbergbau- und Hüttenbetrieb, wurde aufgekauft.

Unter Stinnes' Botmäßigkeit stehen außer den der Siemens-Rhein-Elbe-Schuckert-Union angeschlossenen Werken noch die Unternehmungen, die er oder seine Familie besitzen, oder an denen sie beteiligt sind. Dazu gehören u. a. Bergwerke, große Hotels in Berlin, Hamburg und in einer Reihe deutscher Badeorte, Fabriken verschiedenster Art, Schiffswerften in Deutschland und Schweden, Fluß- und Seeschiffsreedereien im In- und Auslande, Handelsgesellschaften in Amerika, ein großer Teil der deutschen Zellstoffindustrie, damit die praktische Beherrschung des Papiermarktes. Dies ist von großer politischer Bedeutung, weil es verbunden ist mit der Beherrschung von 60 bis 70 deutschen Zeitungen, darunter der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" (früher halbamtlich) und der noch amtlichen „Industrie- und Handelszeitung" der Verlagsanstalt Reimar Hobbing in Berlin, die die amtlichen Zeitschriften „Wirtschaft und Statistik" und „Reichsarbeitsblatt" herausgibt.

Die führenden Personen des Stinnes-Trusts sind: Hugo Stinnes, Vögeler, Kirdorf, Baare, Siemens. Die Zahl der im Stinnes-Trust beschäftigten Arbeiter wird auf 600 000 geschätzt. Seine Kapitalmacht ist im Juli 1921 von der „Metallarbeiterzeitung" auf 8 Milliarden Mark geschätzt worden, ist aber inzwischen sicherlich noch bedeutend gewachsen. Die Zahl der im Stinnes-Trust zusammengeschlossenen Unternehmungen wird von der „Metallarbeiterzeitung" (39. Jahrgang, Nr. 28, vom 9. Juli 1921), wie folgt geschätzt: Fabrikanlagen rund 290, Kohlengruben und -felder 230, Erzgruben und -felder 65, Transportunternehmungen 190, Werke zur Erzeugung elektrischen Stromes 285, Banken, Handelsgesellschaften, Büros usw. 160, sonstige Unternehmungen 120; zusammen rund 1340 Unternehmungen. Außerdem haben Stinnes und seine Teilhaber als Aufsichtsräte Einfluß auf eine Reihe großer Banken, Handels- und Industrieunternehmungen, die nicht direkt zum Trust gehören, und ferner auf die wichtigsten Kartelle, Syndikate und Verbände.

Zu dem Konzern der Alpinen Montangesellschaft gehört die Promontana-A.-G. in Zug (Schweiz). Der Zweck dieser Unternehmung ist nicht ganz klar. Es ist aber mehr als wahrscheinlich, daß sie der Kapitalverschiebung nach dem Auslande zum Zwecke der Steuerhinterziehung dient.

Außer dem Stinnes-Trust sind der Klöckner-Konzern, der Thyssen-Trust und der Haniel-Trust von besonderer Wichtigkeit.

Außenhandel. Während des Krieges und in der Nachkriegszeit bis zum Jahre 1920 fanden amtliche Veröffentlichungen über den deutschen Außenhandel nicht statt. Die Angaben für 1920 und 1921 sind lückenhaft und höchst unzuverlässig, weil tendenziös zurechtgemacht. Die Ermittlungen für Januar bis April 1921 wurden bisher nicht veröffentlicht. Für 1920 sind für die Einfuhr nur Mengenzahlen gegeben. Einfuhr und Ausfuhr in den Jahren 1913, 1920, 1921 (Mai bis Dezember):

	Millionen Doppelzentner		Millionen Mark	
1913	E. 728	A. 723	E. 10 770	A. 10 097
1920	E. 180	A. 198	E. —	A. 69 311
1921	E. —	A. 137	E. —	A. 66 574

Wichtige Einfuhrwaren:

	1913	1920	1921 Mai—Dez.	1913	1920	1921 Mai—Dez.
	1000 Doppelzentner			Millionen Mark		
Roggen und Weizen	28 984,9	9 956,1	17 346,3	459,5	—	9 137,9
Leder	93,9	121,4	89,2	73,4	—	661,5
Baumwolle und Abfälle	5 835,0	1 664,9	2 471,5	664,1	—	5 953,7
Eisen- und Manganerze	160 151,5	64 504,2	49 535,5	278,8	—	1 569,7
Rohkupfer und Abfälle	2 305,7	621,2	791,6	342,3	—	2 004,8
Baumwollgespinste	2 426,8	677,6	514,9	116,2	—	4 430,9

Wichtige Ausfuhrwaren:

	1913	1920	1921 Mai—Dez.	1913	1920	1921 Mai—Dez.
Maschinen	5 956,7	3 976,7	2 514,9	680,3	5 763,8	5 834,8
Elektr. Erzeugnisse	1 338,5	671,4	607,9	290,3	2 481,3	2 347,6
Fahrzeuge	1 089,9	2 078,0	622,3	160,6	3 024,8	1 695,6
Farben und Farbwaren	2 620,0	1 015,4	682,3	298,1	3 682,7	2 656,0
Kinderspielzeug	187,3	2 068,5	437,5	—	—	1 967,1

Verteilung der Ausfuhr nach Ländern:

	1913		1920		1921 Mai-Dezember	
Gesamtausfuhrmenge in Mill. Doppelzentnern	737,5		198,4		137,2	
	Mill. Goldmk.	Prozent	Mill. Papiermk.	Prozent	Mill Papiermk.	Prozent
Gesamtausfuhrwert	10 096,5		69 391,7		66 574,0	
I.) Europäische Staaten	7 677,2	76,0	57 191,5	82,4	52 955,3	79,6
darunter						
a) neutrale Staaten: Holland, Schweden, Norwegen, Dänemark, Spanien	2 048,6	20,3	31 802,5	45,9	24 351,9	36,6
b) Entente-Staaten: Großbritannien, Frankreich, Italien, Belgien	3 172,6	31,4	12 594,6	18,2	10 903,9	16,2
c) ehemalig. Oesterreich-Ungarn, Balkan, Türkei	1 417,9	14,0	6 812,2	9,9	9 424,5	14,1
d) Länder des ehem. Rußlands	977,5	9,7	2 425,4	} 3,8	3 229,1	} 5,1
Westpolen	—	—	243,4		200,5	

	1913		1920		1921 Mai - Dezember	
Gesamtausfuhrmenge in Mill. Doppelzentnern	737,5		198,4		137,2	
	Mill. Goldmk.	Prozent	Mill. Papiermk.	Prozent	Mill. Papiermk.	Prozent
II. Aussereuropäische Staat. Schiffsbestellung. für fremde Schiffe usw. darunter:						
a) Amerika, Vereinigte Staaten, Argentinien, Brasilien	1 546,5	15,3	8 895,9	12,9	8 220,8	12,3
b) Asien, Japan, Brit. Indien, Nied. Indien, China	549,9	5,5	2 847,4	4,1	4 557,2	6,8
c) Afrika	210,7	2,1	432,6	0,6	792,5	1,2
d) Australien, Polynesien	103,6	1,0	2,4	0,0	6,1	0,0

1920 wurden gegenüber 1913 die Ententeländer, besonders England, zugunsten der neutralen Länder zurückgedrängt; die Ausfuhr nach Uebersee ging stark zurück. 1921 ging der Anteil Gesamteuropas zurück, sowohl der neutralen wie der Ententeländer. Man suchte Ersatz in Südosteuropa (Tschechoslowakei, Oesterreich, Ungarn, Balkan). Ferner fand eine nicht unbeträchtliche Zunahme der Ausfuhr nach Uebersee statt.

Eisenbahnwesen. Die Staatsbahnen hatten 1908 (mit Elsaß-Lothringen) eine Länge von 62 442,8 km, 1918 (mit Elsaß-Lothringen) eine solche von 57 125 km und 1919 eine Länge von 55 950,8 km

Bestand an Betriebsmitteln:

	Lokomotiven und Triebwagen	Personen- und Gepäckwagen	Güterwagen
31. 12. 1913	28 111	79 034	631 323 (ohne Elsaß-L.)
1. 4. 1919	36 500	81 000	739 600 (ohne d. Kriegsverluste u. Abgaben an die Entente)
1. 10. 1920	30 000	60 000	546 800
1921	31 875	65 700	590 000 (vorgesehen)

Gesamtpersonal im Jahresdurchschnitt: 1913 740 502, 1917 768 775, 1918 913 396, 1919 1 121 745, 1920 1 090 850 (Schätzung), 1921 996 909 (Voranschlag).

Verhältnis der persönlichen und sachlichen Ausgaben:

1913	60,87	39,13	Prozent der Betriebsausgaben
1921	52,7	47,	" " "

Entwicklung der Fahrpreise und Frachten:

	4. Klasse	3. Klasse	2. Klasse	1. Klasse	
Friedensfahrpreise für 1 km	2	3	4,5	7	Pfennige
1. Dezember 1921	16,9	25,35	42,25	76,05	"

Fracht für Fettförderkohle für 100 km: Ende 1913 2 Mk., 1. 12. 1921 52,5 Mk. Defizit der Staatseisenbahnen in Milliarden Mark 1919 16,4, für 1920 und 1921 vorgesehen 6,7 bezw. 6,8 Milliarden.

Schiffsverkehr im Hamburger Hafen:
Zahl der Schiffe 1913 16 427, 1920 5191, 1921 8401. Raumgehalt derselben in 1000 Register-Nettotonnen: 1913 14242, 1920 4509, 1921 9421.

Staatsfinanzen (ausschließlich Betriebsverwaltungen). Für die Jahre 1913 bis 1919 sind die wirklichen Einnahmen und Ausgaben, für 1920 bis 1922 die Zahlen der Voranschläge eingesetzt.

	1913	1914	1915	1916	1917	1918	1919	1920	1921	1922
				in Milliarden Mark)						
Ausgaben	2,5	8,6	25,7	27,7	52,0	44,0	46,8	111,4	105,1	265,7
Einnahmen	2,1	2,4	1,8	2,1	7,9	7,4	10,5	39,2	50,7	105,6

Wichtigste Ausgabeposten:

Jahr	für Heer und Marine	Schuldendienst	Ausführung des Friedensvertrages
	in Millionen Mark		
1913	1 583,4	208,6	—
1914	7 706,2	442,4	—
1915	24 050,0	1 318,7	—
1916	24 808,7	2 590,7	—
1917	42 268,3	6 500,7	—
1918	33 952,4	6 752,5	—
1919	23 908,5	8 375,3	3 795,9
1920	3 176,9	12 678,6	41 440,3
1921	3 225,9	16 036,4	26 510,0
1922	4 700,0	29 800,0	187 500,0

Ergebnisse der wichtigsten Steuern:

Jahr	Direkte und Verkehrssteuern ausschl. Umsatzsteuer	Jahr	Zölle, Verbrauchssteuern und Monopole, einschl. Umsatzsteuer
	in Millionen Mark		
1913	61,7	1913	1 342,9
1914	46,4	1914	1 339,6
1915	49,6	1915	878,9
1916	65,6	1916	1 020,4
1917	172,4	1917	1 436,2
1918	167,7	1918	2 316,3
1919	223,8	1919	5 246,8
1920	18 640,0 (Voranschlag)	1920	12 797,0 (Voranschlag)
1921	29 953,0 (Voranschlag)	1921	23 989,0 (Voranschlag)
1922	44 170,0 (Voranschlag)	1922	34 457,0 (Voranschlag)

Im Voranschlag ist die Umsatzsteuer unter direkte und Verkehrssteuern verzeichnet. Es ist aber richtiger, sie zu den Verbrauchssteuern zu rechnen. Die Umsatzsteuer erbrachte in Millionen Mark: 1918 150, 1919 823, 1920 3650, 1921 9000, 1922 24 000 (Voranschlag).

Die ertragreichste direkte Steuer ist die Einkommensteuer; sie sollte laut Reichshaushaltplan einbringen: 1920 12 Milliarden Mark, 1921 20 Milliarden, 1922 23 Milliarden.

Die Bourgeoisie vermag durch verspätete Veranlagung die Geldentwertung auszunützen und sich praktisch vom Bezahlen der Einkommensteuer zu drücken. Bei Arbeitern, Angestellten und Beamten dagegen wird sie zwangsweise durch Abzug vom Lohn und Gehalt

erhoben. Der größte Teil der Einkommensteuer wird also von den arbeitenden Massen bezahlt.

Entwicklung der Staatsschulden.

	Feste	Schwebende	Zusammen	Gegenüber dem Vorjahre
	in Milliarden Mark			
Mitte 1914	4,9	0,5	5,4	—
Anfang 1915	9,6	2,9	12,5	+ 7,1
„ 1916	29,9	5,7	35,6	+ 23,1
„ 1917	49,9	12,6	62,5	+ 26,9
„ 1918	72,2	28,3	100,5	+ 38,0
„ 1919	93,7	55,1	148,8	+ 48,3
„ 1920	89,8	86,2	176,0	+ 27,2
„ 1921	90,0	174,0	264,0	+ 88,0
Juli 1921	90,0	220,0	310,0	—
Anfang 1922	90,0	270,3	360,3	+ 96,3
Mai 1922	90,0	281,0	371,0	—

Geldwesen.

Metallbestand und Papiergeldumlauf bei der Reichsbank.

	Metallbestand	Banknoten	Kassenscheine
	in Milliarden Mark		
7. III. 1914	1 616,2	64,9	1 856,9
7. III. 1915	2 335,2	204,0	4 905,1
7. III. 1916	2 501,0	291,4	6 532,1
7. III. 1917	2 544,6	289,5	8 164,0
7. III. 1918	2 524,5	1 325,8	11 324,1
7. III. 1919	2 265,0	6 018,5	24 248,0
7. III. 1920	1 118,1	3 031,0	41 648,4
7. III. 1921	1 100,0	22 732,9	69 907,8
7. VII. 1921	1 102,6	6 677,2	75 839,2
7. X. 1921	1 039,7	2 850,7	87 461,7
7. XII. 1921	1 005,8	3 522,2	102 789,6

Bewertung der Mark im Auslande.

Bewegung der deutschen Wechselkurse in New-York, Amsterdam und Zürich.

	New York für 400 Mark Münzparität 95,285	Amsterdam für 100 Mark Münzparität 59,26	Zürich für 100 Mark Münzparität 123,40
30. 6. 1914	95,125	59,105	—
31. 12. 1914	88,75	54,25	115,4
30. 12. 1916	73,375	41,2	84,875
31. 1. 1918	—	42,1	83,875
30. 12. 1918	—	30,25	62,5
30. 8. 1919	19,75	12,4	27,0
31. 12. 1919	8,35	5,425	11,5
30. 11. 1920	5,64	4,675	9,0
30. 3. 1921	6,36	4,62	9,22
20. 10. 1921	2,64	1,89	3,40
Durchschnit Dezemb. 1921	1,19	1,43	2,66

Reichspost. Personalbestand: Ende 1913 (altes Reich) 287 000, Ende 1921 410 000, 1. 3. 1922 402 000, Ende 1922 390 000 (Voranschlag).

Das Telegraphennetz umfaßt 630 000 km oberirdische und 40 000 km unterirdische Kabelleitungen.

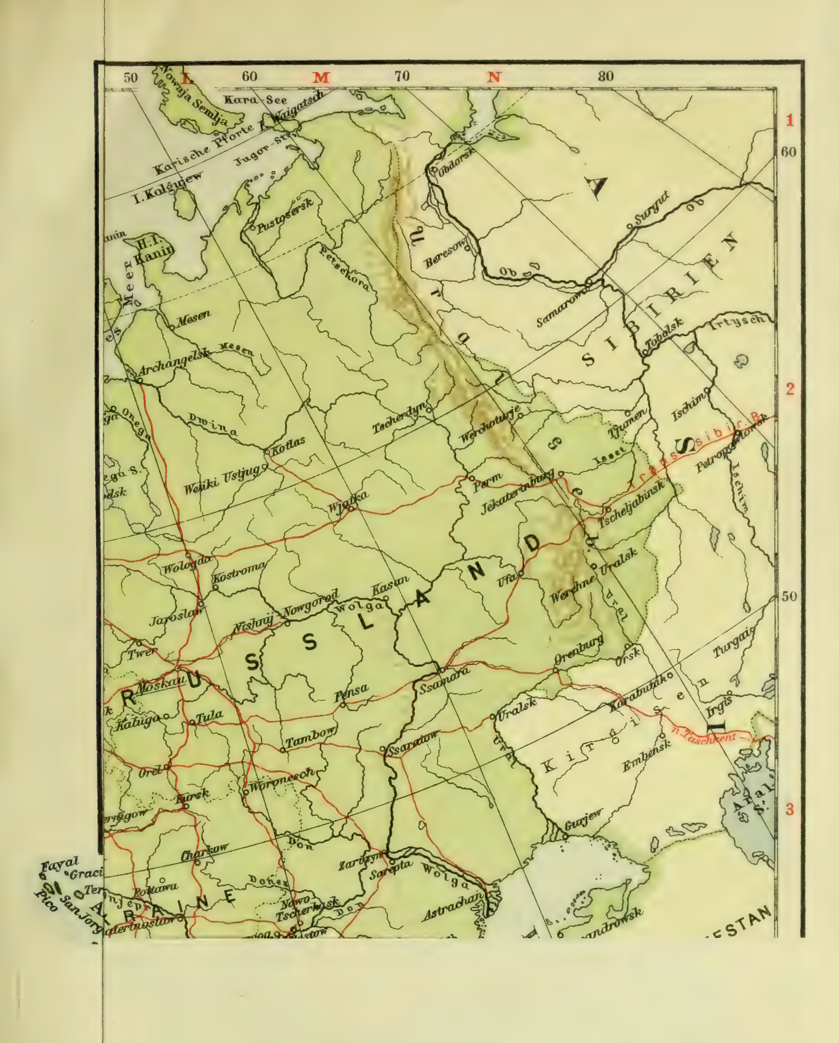
Die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland.

a) Entstehung. Kämpfe zwischen Handwerksgesellen und zünftigen Meistern gab es bereits seit dem 15. Jahrhundert. Die moderne Gewerkschaftsbewegung begann 1848. Am 23. August 1848 tagte in Berlin der Erste Allgemeine Arbeiterkongreß von 35 Ortsvereinen. Die Kundgebungen dieser ersten gewerkschaftlichen Regungen zeigten unverkennbar die Spuren des Kommunistischen Manifestes von Marx und Engels; doch hatte diese Bewegung keinen Halt. Erst Anfang der 60er Jahre zeigten sich wieder die ersten Bestrebungen zu gewerkschaftlichen Organisationen — trotz der Koalitionsverbote. 1865/66 gründeten folgende Arbeitergruppen Gewerkschaften: die Tabakarbeiter, Buchdrucker und Schneider. 1868 folgten die Zimmerer und Bäcker.

Die ersten Gewerkschaften wurden unter den verschiedensten Namen und Programmen gegründet infolge der vielen gesetzlichen Hemmungen. Alsbald setzte ein Ringen innerhalb der Organisationen um die verschiedensten Organisations- und Weltanschauungsfragen ein. Die Richtungen ließen sich bald erkennen: 1. Bebel und Liebknecht, die sich eng an Marx und Engels und die Erfahrungen der englischen Gewerkschaftsbewegung anlehnten; 2. Lassallle-Schweitzer, die im Grunde genommen die Selbsthilfe der Arbeiter ablehnten und Staatshilfe verlangten, um in Form von Produktivassoziationen gegen den Kapitalismus zu kämpfen, und 3. Hirsch-Dunker, eine bürgerliche Richtung unter Anlehnung an die liberale Fortschrittspartei; sie verlangte eine Gewinnbeteiligung der Arbeiter am Unternehmerprofit und verwarf gleichfalls die Selbsthilfe der Arbeiter. — Alle drei Richtungen waren auch organisatorisch getrennt; die dritte Richtung gründete im September 1868 die heute noch bestehenden „Hirsch-Dunkerschen Gewerkvereine". Die Richtung Bebel-Liebknecht gewann unter den beiden bestehenden sozialdemokratischen Gewerkschaftsorganisationen bald die Oberhand; sie propagierte die Einigung, und ihre verschiedensten Versuche dazu hatten bald Erfolg. Im Anschluß an den Einigungskongreß der beiden sozialistischen politischen Richtungen in Gotha 1875 einigten sich auch die beiden Gewerkschaftsrichtungen Ende Mai 1875. Fortan gab es nur noch eine Richtung der Gewerkschaften im sozialistischen Lager: die freien Gewerkschaften.

b) Entwicklung. Neue Streitfragen tauchten nach der Einigung der Gewerkschaften auf, diesmal über die Rolle der Gewerkschaften. Das Verhältnis der Gewerkschaften zur politischen Partei wurde eifrig diskutiert, wobei die Richtung, welche die „politische Neutralität der Gewerkschaften" proklamierte, siegreich blieb. Ihr gereichte das im Jahre 1878 von der Regierung erlassene Sozialistengesetz zum Vorteil. Es verschonte aber trotz der „politischen Neutralität" die Gewerkschaften nicht. Sie verloren viel, da die meisten gewerkschaftlichen Blätter und Organisationen polizeilich verboten wurden. Vor dem Sozialistengesetz (Anfang 1878, nach neun Jahren) waren die freien Gewerkschaften angewachsen auf 26 Zentralverbände, 5 Lokalorganisationen mit mehr als 50 000 Mitgliedern in 1300 Ortsvereinen und 19—20 Gewerkschaftszeitungen. Von 100 Arbeitern der betreffenden Arbeitszweige gehörten 25 den zuständigen Gewerkschaften an. Eine Ausnahme machten die ältesten Gewerkschaften, die Buchdrucker und Schiffszimmerer. Sie hatten bereits die Hälfte ihrer Berufsgruppe organisatorisch erfaßt. Die Hirsch-Dunkerschen Gewerkvereine vereinigten damals 25 000 Arbeiter. — Dem Sozialistengesetz fielen in zehn Jahren zum Opfer: 17 Zentralverbände, 78 Ortsvereine, 3 Zentral- und 20 Lokalunterstützungsvereine. Rund 1300 Druckschriften verfielen dem Verbot. Gegen Ende des Sozialistengesetzes begannen sich die freien Gewerkschaften wieder zu regen. Kurz nach dem Fall des Gesetzes zählten sie schon 121 000 Mitglieder. Von nun folgte ein fast stetiger Emporstieg der gewerkschaftlichen Organisationen (siehe Tabelle 1).

Nach dem Sozialistengesetz wurde die Haupttätigkeit der Gewerkschaften auf die Propaganda gegen die anderen Gewerkschaftsrichtungen verlegt. — Mittlerweile hatte sich auch die katholische und evangelische Kirche zum Kampfe gegen die „Vaterlands- und Religionsfeinde" gerührt. Christliche Gewerkschaften wurden gegründet unter Anlehnung an die bereits bestehenden christlichen Gesellenvereine. Ihre zentrale Zusammenfassung geschah im Jahre 1894. Seit dem Sommer 1906 nennt sich diese Bewegung die christlich-nationale Arbeiterbewegung. Diese Bezeichnung ist zurückzuführen auf die von Unternehmerseite erfolgten Versuche, gegen die „sozialdemokratischen Gewerkschaften" Gegenorganisationen zu schaffen, die sogenannten Gelben. Im Jahre 1907 gründete der von Unternehmergeldern gespeiste „Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie" den sogenannten „Bund der vaterländischen Arbeitervereine", die Zentrale der Gelben. Aber



Nowaja Semlja
Kara-See
Karische Pforte
Waigatsch
Jugor-Str.
I. Kolgujew
H.-I. Kanin
Pustosersk
Petschora
Ural
Obdorsk
Beresow
Surgut
Ob
Samarowo
Tobolsk
Irtysch
Ischim
Mesen
Archangelsk
Dwina
Kotlas
Weliki Ustjug
Tscherdyn
Werchoturje
Tjumen
Isset
Petropawlowsk
Transsibir. B.
Wjatka
Perm
Jekaterinburg
Tscheljabinsk
Wologda
Kostroma
Jaroslaw
Nishnij Nowgorod
Kasan
Wolga
Ufa
Werchne Uralsk
Ural
Twer
Moskau
Kaluga
Tula
Pensa
Ssamara
Orenburg
Orsk
Turgai
Irgis
Karabutak
Tambow
Ssaratow
Uralsk
Embensk
n. Taschkent
Orel
Kursk
Woronesch
Don
Charkow
Poltawa
Donez
Zarizyn
Sarepta
Astrachan
Gurjew
Nowo Tscherkask
Aral S.
RUSSLAND
SIBIRIEN
ASIEN
Kirgisen
UKRAINE
Fayal
Pico
San Jorge
50
60
70
80
L
M
N
1
2
3



EUROPA
Politische Übersicht.
Maßstab 1: 25000000.
Kilometer.
Die Hauptstädte sind unterstrichen.
Hauptverkehrsbahnen
NÖRDLICHES EISMEER
Nördlicher Polarkreis
NORD-SEE
GROSSBRITANNIEN
England
NIEDERLANDE
BELGIEN
DEUTSCHES REICH
DÄNEMARK
FINNLAND
ESTLAND
LETTLAND
LITAUEN
POLEN
RUSSLAND
UKRAINE
SIBIRIEN
TSCHECHOSLOWAKEI
ÖSTERREICH
UNGARN
SCHWEIZ
FRANKREICH
SPANIEN
PORTUGAL
RUMÄNIEN
SÜDSLAWISCH. REICH
BULGARIEN
GRIECHENLAND
TÜRKISCHES REICH
KLEINASIEN
GEORGIEN
ASERBEIDSCHAN
ARMENIEN
PERSIEN
TURKESTAN
KASPISCHES M.
SCHWARZES M.
MITTELLÄNDISCHES MEER
Tyrrhenisches M.
Ionisches Meer
ATLANTISCHER OZEAN
Meerb. v. Biscaya
Azoren (Port.)
Madeira (Port.)
Kanarische In. (Span.)
RIO DE ORO (Span.)
Algerien
Marokko
Tripolis (zu Italien)
LIBYEN
AFRIKA
ARABIEN
Ägypten
Barka (Kyrenaika)
Westl. L. v. Greenwich 0 Östl. L. v. Greenwich
Bibliographisches Institut Leipzig.

die freien Gewerkschaften erwiesen sich als die stärksten. Die äußere und innere Struktur der freien Gewerkschaften hat die verschiedensten Wandlungen durchgemacht. Je größer die Organisationen wurden, umso mehr gewann das Prinzip der Zentralisation im nationalen und internationalen Maßstabe.

Die Bestrebungen, mit den Gewerkschaften des Auslandes in Verbindung zu treten, wurden schon auf der ersten Gewerkschaftskonferenz 1890 diskutiert. 1892 wurde die „Pflege internationaler Verbindungen" den einzelnen Gewerkschaften zur Pflicht gemacht. Internationale Berufskonferenzen wurden einberufen. Bei Kriegsausbruch gehörten alle freien Gewerkschaften dem 1913 gegründeten Internationalen Gewerkschaftsbund an; sie waren in 32 Berufsinternationalen vertreten.

Die wichtigste Rolle nahmen indessen die Streitfragen über Theorie und Taktik der freien Gewerkschaften ein. Dieselben Debatten zwischen Reformismus und Revolution, die in der alten Sozialdemokratie stattfanden, tauchten auch in den Gewerkschaften auf. Diese waren von Anbeginn an dem Reformismus geneigter und wurden es noch mehr durch ihre Erfolge nach dem Sozialistengesetz, wo sie der Regierungspolitik des sog. „Zuckerbrotes" vieles abgewannen. Die Gewerkschaftsführer waren die Hauptstützen des Reformismus, der mit ihrer Hilfe bald auch die Partei eroberte. Das organisatorische Uebergewicht der Gewerkschaften gab ihnen bald einen großen Einfluß, der 1905, bei den Massenstreikdebatten, zu offener Kapitulation der Sozialdemokratischen Partei vor den Gewerkschaften führte. Fortan führten die Gewerkschaften die Politik der Sozialdemokratie. Daß damit das sogenannte Prinzip der „Politischen Neutralität" verletzt wurde, scherte die Gewerkschaftsführer nicht. Was weiter folgte, ist bekannt.

Charakteristik der Gewerkschaftsbewegung. Bei Kriegsbeginn schlossen die Gewerkschaftsführer mit den Unternehmern ihren „Burgfrieden" und zwangen die Sozialdemokratie zur Kreditbewilligung. Damit war die folgende verhängnisvolle Kriegspolitik zwangsläufig: Einstellung der Streiks, Unterstützung aller Kriegsmaßnahmen der Regierung bis zum U-Bootkrieg, ja sogar Denunziationen von revolutionären Gewerkschaftsmitgliedern. Und nach vier Jahren Krieg, dessen Aussichtslosigkeit für Deutschland offenbar wurde, boten die Gewerkschaftsführer den Unternehmern die Arbeitsgemeinschaft an, um den Burgfrieden auch

für die Nachkriegszeit zu retten. Die Folge war das Verhalten der Gewerkschaften zu allen revolutionären Aeußerungen der Arbeiterklasse nach dem Kriege: Gegen die Novemberrevolution, gegen die Sozialisierung, gegen die Räte der Arbeiter und Soldaten, gegen Streiks und Lohnbewegungen, kurzum: Gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung! Noske fand in den Gewerkschaften eine Stütze. Die Gewerkschaftsführer unterstützten nicht nur die Verfolgungen der Revolutionäre durch den weißen Terror, sondern wurden selbst Mitschöpfer aller Knebelungsgesetze gegen die Arbeiterklasse (Schlichtungsordnung usw.).

Diese innere Politik der deutschen Gewerkschaften ließ auch zwangsläufig die äußere Politik konterrevolutionär sein. Begeisterte Anhänger des Wilsonfriedens, orientierten sie sich nach der Ententeseite und machten Front gegen Sowjetrußland. Der Versailler Friedensvertrag wurde unter Assistenz von Gewerkschaftsführern unterzeichnet. Die Folgen des Vertrages werden von den Gewerkschaften im Sinne der Bourgeoisie, mit der sie in der Regierung zusammensitzen, abgewälzt auf das Proletariat. — Den Wiederaufbau des Kapitalismus erklären die Gewerkschaften als Voraussetzung für den Sieg der Arbeiterklasse.

Gegen diesen verhängnisvollen Reformismus der Gewerkschaften, vor allem ihrer Führer, entstand bereits während des Krieges eine immer stärker werdende Opposition, in der sich zuerst — auch nach dem Kriege noch — alle Elemente zusammenfanden, welche die Kriegspolitik der Generalkommission, das war diejenige der S. P. D., verurteilten. Die ganze Haltung der Gewerkschaftsführer löste erklärlicherweise starke Tendenzen für die Spaltung der Gewerkschaften aus. — Es kam jedoch nirgends zu größeren Abspaltungen, mit einer Ausnahme, bei den Bergarbeitern, wo 1919 die Bergarbeiterunion gegründet wurde, die heute noch besteht in der „Union der Hand- und Kopfarbeiter".

Die kommunistische Opposition vertritt entschieden das Prinzip der Eroberung der Gewerkschaften und der Revolutionierung ihrer Mitgliedermassen. Je stärker diese Opposition wird, um so mehr gehen die Gewerkschaftsführer zum Ausschluß der kommunistischen Mitglieder über.

Dabei ist der Klärungsprozeß in den meisten Verbänden soweit vorgeschritten, daß die von der U. S. P. geführte Opposition heute fast ebenso fanatisch gegen die Kommunisten kämpft wie die Leiparts,

Paeplow usw. Der Gegensatz der Anhänger und Gegner der Kriegspolitik der Gewerkschaften ist jetzt umgeschlagen in den Gegensatz zwischen sozialdemokratischer, d. h. mehr oder weniger burgfriedlicher Politik, und kommunistischer, d. h. konsequenter Klassenkampfpolitik der Gewerkschaften. Es ist der Kampf zwischen der Roten und der Amsterdamer Gewerkschafts-Internationale.

Aus alledem ergibt sich, daß Gewerkschaften, nach Parteien geschieden, in Deutschland nicht existieren. Alle drei Arbeiterparteien haben ihre Mitglieder in den freien Gewerkschaften, wo sie fraktionsmäßig von ihnen zusammengefaßt werden.

Die syndikalistischen Gewerkschaften sind numerisch unbedeutend; einen Einfluß auf die deutsche Gewerkschaftsbewegung besitzen sie so gut wie gar nicht. Anarchistische Gewerkschaften bestehen nicht.

Die kleinen Splitterorganisationen der K. A. P. (Betriebsorganisation und Arbeiterunion) vereinigen einige Tausend Mitglieder.

In den letzten Jahren hat sich eine große Konzentration in den verschiedensten Gewerkschaftsrichtungen vollzogen. Alle Gewerkschaften haben ihre Spitzenorganisationen, getrennt nach Arbeitern und Angestellten. Zurzeit bestehen für die Angestellten drei Hauptspitzenorganisationen:

der Afabund (Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände, freigewerkschaftlich);

der Gewerkschaftsbund der Angestellten, G. D. A., (freiheitlich-national-Hirsch-Dunker, christlich), und

der Gewerkschaftsbund kaufmännischer Angestelltenverbände (Gelbe, deutschnational).

In neuerer Zeit ist noch eine besondere Spitzenorganisation der Beamten entstanden:

der Deutsche Beamtenbund.

Für die Arbeiter bestehen gleichfalls drei Hauptspitzenorganisationen:

der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund A. D. G. B. (freigewerkschaftlich);

der Deutsche Gewerkschaftsbund, D. G. B., (christlich);

der Freiheitlich-nationale Gewerkschaftsring (Hirsch, Gelbe).

Der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale gehören alle freien Gewerkschaften und Spitzenorganisationen. Der Roten Gewerkschaftsinternationale ist nur die Union der Hand- und Kopfarbeiter sowie der Deutsche Seemannsverband angeschlossen. In allen Verbänden bestehen jedoch kommunistische Zellen, am stärksten bei dem größten Verband, dem der Metallarbeiter.

Alle Amsterdamer Gewerkschaften sind den Arbeitsgemeinschaften angeschlossen, mit Ausnahme der Metallarbeiter, der Bauarbeiter und der Textilarbeiter.

Ein Bild über das Kräfteverhältnis der einzelnen Gewerkschaften vermitteln die folgenden Tabellen:

Männliche und weibliche Mitglieder. Finanzen der Gewerkschaften.

Jahr	Zahl der Verbände	Mitglieder in 1000	davon weibl.	Ausgabe in Million. Mk.	Einnahme in Million. Mk.
1914	48	2076	210	79,7	71,0
1917	49	1107	269	28,6	39,2
1918	50	1665	423	41,7	59,7
1919	52	5479	1193	201,4	247,3
Anf. 1921	52	8351	1711	543,8	747,1

Leider geht die bisherige Statistik nur bis Anfang 1921 und erstreckt sich nicht auf alle Gewerkschaften.

Die freien Gewerkschaften. Die freien Gewerkschaften Deutschlands haben im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (A. D. G. B.) und in der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände (Afabund) ihre zwei Spitzenorganisationen (getrennt nach Hand- und Kopfarbeitern). Wir lassen nachstehend eine Uebersicht der Stärkeverhältnisse der beiden Spitzenorganisationen sowie ihrer größten Gewerkschaften folgen.

Jahr	A. D. G. B.-Mitglieder in 1000	Afabund-Mitglieder in 1000	Metall-arb.-Verb. in 1000	Fabrik-arb.-Verb. in 1000	Berg-arb.-Verb. in 1000	Text. arb.-Verb. in 1000	Ztr. Verb. der Angest. in 1000
1914[1])	2076	—	460	173	81	122	33
1919-1920	7514	692	1648	644	450	491	376

[1]) Bis 1918 existierte nur eine freigewerkschaftliche Spitzenorganisation, die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Unter der Gesamtmitgliederzahl befanden sich Anfang 1921 weibliche Mitglieder 1 697 939. Alle Gewerkschaften (59) geben ihre Verbandszeitung heraus, meistens als Wochenorgan. Außerdem haben einzelne Gewerkschaften noch Nebenorgane, im ganzen 29. Davon sind 9 Jugend- und Lehrlingszeitungen und 2 Be-

triebsrätezeitungen, die übrigen Fachorgane. Der A. D. G. B. gibt neben seinem Korrespondenzblatt noch eine „Gewerkschaftliche Frauenzeitung" und die „Betriebsrätezeitung" heraus. — Die Gesamtauflage der Gewerkschaftszeitungen betrug Anfang 1921 8 404 960 Exemplare.

Die Vermögensverhältnisse der freien Gewerkschaften.

Jahr	A. D. G. B. Mill. Mark	Afab. Mill. Mark	Metall-arb.-Verb. Mill. Mark	Fabrik-arb.-Verb. Mill. Mark	Berg-arb.-Verb. Mill. Mark	Text. arb.-Verb. Mill. Mark	Ztr.Verb. derAngest. Mill Mark
			Gesamteinnahmen				
1914	71,03	—	19,04	4,95	1,70	2,20	0,63[1])
1918	59,77	—	18,99	4,44	5,20	1,74	0,84[1])
1920	747,11	—	190,62	49,34	42,21	50,63	22,49
			Gesamtausgaben				
1914	79,71	—	20,39	5,65	1,87	2,62	0,56[2])
1918	41,67	—	11,53	3,35	2,45	1,45	0,73[2])
1920	543,81	—	131,31	36,54	21,63	37,73	20,21
			Vermögensstand				
1920/21	268,47	—	—	25,52	35,56	17,80	4,60

[1]) Bestand bis 1919 als Verband der Büroangestellten und als Verband der Handlungsgehilfen.

[2]) Nach den Jahresberichten des A. D. G. B. und des Intern. Arbeitsamtes (Genf) zusammengestellt.

Von den Ausgaben 1920 entfielen die meisten auf die Unterstützungen und die persönlichen und sachlichen Verwaltungskosten der Verbände. Die Ausgaben für Streiks, Aussperrungen, Lohnbewegungen etc. betragen in der Regel durchschnittlich den sechsten bis siebenten Teil der Gesamtausgaben, bei dem Textilarbeiterverband nicht einmal den zehnten Teil.

Die Mitgliederbeiträge schwanken entsprechend der fortgesetzten Wertverminderung des deutschen Geldes. Die Gewerkschaften gehen jetzt mehr und mehr dazu über, als Mitgliedsbeitrag einen Stundenlohn pro Woche festzusetzen.

Die Unternehmerorganisationen. Ursprünglich Einkaufsgenossenschaften oder gegenseitige Unterstützungsorganisationen gegen die in- und ausländische Konkurrenz, sind sie heute in der Hauptsache Interessenorganisationen gegen die Arbeiterschaft. Gegenseitige Streikunterstützung, Durchführung des Systems der „Schwarzen Listen", Zusammenarbeit in den Arbeitsgemeinschaften und den verschiedensten Regierungsstellen: das ist ihr heutiger Hauptzweck. —

Tabelle über Mitgliederzahlen der deutschen Gewerkschaften in den letzten 10 Jahren.

Jahr	Freie Gewerkschaften			Christliche Gewerkschaften			Hirsch-Dunker-Gewerkschaften			Gelbe Gewerksch. (Wirtschaftsfriedl.)			Selbständ. Gewerkschaften	Unionen (Syndikal.)	Bemerkungen
	Mitgl. in 1000	Verbde.	Ortsgrup.	Mitgl. in 1000	Verbde.	Ortsgrup.	Mitgl. in 1000	Verbde.	Ortsgrup.	Mitgl. in 1000	Verbde.	Ortsgrup.	Mitglied. in 1000	Mitglied. in 1000	
1890	23,8	63	3 226	0,5	—	103	—	—	—	—	—	—	—	—	1895
1900	67,7	57	8 366	8,4	27	910	9,2	18	1 828	—	—	—	5,5	—	
1910	201,7	53	11 926	31,6	22	4 119	12,2	23	2 263	11,3	—	—	26,4	—	Insgesamt 3 101 846 Organisierte
1914	207,8	48	11 385	21,8	25	45 99	7,8	22	2 004	16,7	13	1 185	20,6	—	
1918	166,5	50	10 365	53,8	28	4 950	11,4	20	1 720	4,6	13	406	21,4	—	Insgesamt 3 918 198 Organisierte
1919	547,9	52	32 862	100,1	25	9 918	19,0	19	1 728	—	—	—	—	—	
1920	789,0	52	27 271	110,6	25	10 966	22,6	25	1 869	—	—	—	—	30,2[1])	[1]) 1. Synd. 111 675 U. d Hand- und Kopfarbeit. 120 000 Allg Arb. Unt. Kap. 70000. Besteht erst seit 1919/20.
1921[2])	835,0	62	—	173,0	25	—	66,5	25	—	28,3	—	—	(25,5[3])	30,0	[2]) Zahlen von Anfang 1922 m. d — R — F — vom 9/3. Genaue Statistiken sind zur Zeit nicht veröffentlicht. [3]) Einschließlich des ersten 1918/19 entstandenen Deutschen Beamtenb.

Zusammengestellt nach Statistiken des Korrespondenzblattes des A. D. G. B., des Reichsarbeitsministeriums und des Intern. Arbeitsjahrbuches, Genfer Arbeitsamt.

Ihre Entwicklung und besonders ihre Konzentration zeigt uns folgende Statistik:

Jahr	Reichs-verbände	Landes- und Bezirksverb.	Ortsverbände	Insgesamt
1914	125	499	3059	3683
1919—20	839	126	132	1097

Gewerkschaftliche Kämpfe in den letzten drei Jahren.

Die allgemeine Unsicherheit aller Verhältnisse bei der Kriegsbeendigung brachte den Gewerkschaften nicht nur einen großen Aufschwung der Mitgliederzahlen, sondern vermehrte auch Zahl und Umfang der gewerkschaftlichen Kämpfe. Zwar hielten sich die Gewerkschaften von den politischen Auseinandersetzungen im Dezember 1918 und Januar 1919 offiziell fern. Aber die Arbeitslosigkeit, die fortgesetzten Preissteigerungen usw. ließen auch eine Menge ökonomischer Bewegungen ausbrechen. Hierbei zeigten sich schon die Folgen der verhängnisvollen Arbeitsgemeinschaftspolitik. Anstatt mit dem Maximum an Kräften auch das Maximum an Erfolgen für die Arbeiterklasse herauszuholen, hielt man die Massen vom Kampfe ab mit der Phrase, die Revolution dürfe zu keiner Lohnbewegung ausarten. — Es gelang indessen nur teilweise. Im März 1919, als die Unzufriedenheit der Massen aufs höchste gestiegen war, brachen in allen Teilen Deutschlands große Kämpfe aus, besonders in Berlin, Mitteldeutschland und Rheinland-Westfalen. Es waren Kämpfe gegen die Teuerung und die Arbeitslosigkeit. Aber sie gingen bald darüber hinaus und nahmen die Parole der Sozialisierung auf. Besonders der Kampf der Bergarbeiter in Rheinland-Westfalen wurde zu einem erbitterten Kampfe um die Sozialisierung des Bergbaus. Durch den Umstand, daß die Republikanische Bürgerwehr, eine Schöpfung des November 1918, mit den Arbeitern sympathisierte, die selbst durch das Verhalten der Regierung mit dieser in schärfstem Kampfe lag, war die Stellung der Regierung sehr bedenklich geworden, und nur der völligen Passivität der Gewerkschaften verdankte sie schließlich ihren Sieg über die kämpfende Arbeiterklasse. Die Regierung mußte dennoch die Sozialisierung und ein Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten im Produktionsprozeß versprechen. Sie entledigte sich dieses Versprechens durch die Zusage der Schaffung des Betriebsrätegesetzes und die Einsetzung einer sogenannten Sozialisierungskommission. — Bald darauf traten die Bankbeamten in den Ausstand (Juni 1919). Sie verlangten ebenfalls ein größeres Mitbestimmungsrecht. Ueber zwei

Wochen dauerte der Streik. Im Stiche gelassen von den übrigen Gewerkschaften, unterlagen auch sie.

Noch einmal brach im Herbst 1919 eine große umfangreiche Streikbewegung, die fast die gesamte Industrie Berlins lahmlegte, um das Mitbestimmungsrecht aus. Der Streik begann in den städtischen Elektrizitätswerken Berlins. Magistrat und Regierung antworteten mit Entlassungen und dem Belagerungszustand und gründeten eine besondere Streikbrechergarde, die sogenannte „Technische Nothilfe". Diese Provokationen der Elektrizitätsarbeiter riefen die gesamte Arbeiterschaft Berlins auf, und in wenigen Tagen war der Generalstreik vollständig. Wieder unterstützten die Gewerkschaften bei dieser Machtprobe den Staat und die Regierung und verhalfen diesen zu einem Siege über die streikenden Arbeiter und Angestellten.

Das alles waren schwere Niederlagen des Proletariats in Verbindung mit dem Zusammenbruch der ungarischen und der Münchener Räterepublik, die lange nachwirkten. Der weiße Schrecken, von Sozialdemokraten großgezogen, von den Gewerkschaften durch ihre Passivität unterstützt, triumphierte über die Arbeiterklasse, lähmte ihre Kampfeskraft und ließ den Kapitalismus die Demobilmachungskrise überwinden. Die Bourgeoisie baute ihre politische Macht weiter aus, und als nach kurzer Konjunktur 1920 eine neue Verschärfung der Wirtschaftskrise einsetzte, war das Proletariat so abgekämpft und geschwächt und der Kapitalismus politisch so gefestigt, daß die einsetzenden Kämpfe über den Charakter von Lohnbewegungen nicht hinausgingen. Sobald diese ernsthafteren Charakter annahmen, fielen die Gewerkschaften ihnen in den Arm. Selbst beim Kampfe der Arbeiterklasse gegen die Kapp-Lüttwitz im März 1920, als noch einmal die Geschicke Deutschlands in den Händen der Arbeiterschaft lagen, traten die Gewerkschaften für die Bourgeoisie ein. Sie ließen die Arbeiterschaft ruhig durch die gerettete sozialdemokratische Regierung entwaffnen, so daß die Konterrevolution mit ihren Soldaten bald wieder über das Proletariat triumphierte.

Jedoch alle Lohnbewegungen waren auf Grund der ganzen Verhältnisse und vor allem wegen des Schwankens des Geldwertes wenig erfolgreich. Eine Lohnbewegung löste die andere ab. Die Unternehmer, politisch und wirtschaftlich gegenüber der Arbeiterklasse wieder gestärkt, benutzten ihre Macht bald, alle Bewegungen der Arbeiterklasse in ihrem Interesse auszunutzen. Sie bewilligten wohl Lohnzulagen — denn sie machten durch den niedrigen Valutastand Riesengewinne —, aber sie stellten i h r e Bedingungen, nämlich Abbau des Achtstundentages, des Mitbestimmungsrechtes, kurzum: vermehrte

Ausbeutung. Wieder unterstützten die Gewerkschaften die Unternehmer. Sie schluckten den neun- bis zehnstündigen Arbeitstag (Mannesmann, Thyssen usw.) und die Rechtlosmachung der Betriebsräte (Höchster Farbwerke, Leunawerk usw.). Kam es zu Kämpfen der Arbeiter zur Erhaltung der spärlichen Revolutionserrungenschaften, so rieten die Gewerkschaften vom Kampfe ab, ja sogar zum Streikbruch. So erst in letzter Zeit bei gewaltigen Streiks der Eisenbahner gegen die Regierung und der Berliner städtischen Arbeiter gegen den Magistrat (Februar 1922).

Alle diese Angriffe der Unternehmer auf das Proletariat sollen von der Regierung nunmehr gesetzlich fixiert werden. Es liegen bereits vor Gesetzentwürfe gegen den Achtstundentag, gegen das Streikrecht, gegen die staatliche Arbeitslosenversicherung usw. Nach dem ganzen bisherigen Verhalten der Gewerkschaften zu den Kämpfen der Arbeiterklasse ist nicht daran zu zweifeln, daß die Gewerkschaftsführer wesentliche Einwände gegen die Versklavungsgesetze nicht machen werden.

Die Gewerkschaften feierten das Bündnis mit den Unternehmern in den Arbeitsgemeinschaften als einen Sieg ihrer Tarifpolitik. In Wirklichkeit haben sie damit dem Proletariat unermeßlichen Schaden und der Bourgeoisie großen Nutzen gebracht. Sie haben der Bourgeoisie geholfen, die politische und wirtschaftliche Macht wieder vollkommen in die Hand zu bekommen. Der Preis, der dafür gezahlt wurde, war: Herabdrückung der Lebenslage der gesamten Arbeiterklasse. Diese Verelendung bewirkt, daß die Opposition der Arbeiter gegen die Politik ihrer Gewerkschaftsführer immer größer wird, und diese Opposition bürgt dafür, daß die Gewerkschaften bald wieder zu dem werden, was sie immer sein sollten: Klassenkampforgane der gesamten Arbeiterklasse zur Ueberwindung des Lohnsystems durch den Kampf um den Sozialismus.

Löhne und Preise — Ergebnisse des Gewerkschaftskampfes.

Wie aus dem Vorhergesagten hervorgeht, erwies sich die Burgfriedenspolitik der Gewerkschaftsführer in den Arbeitsgemeinschaften als sehr verhängnisvoll. Das Maximum an Kraft und Macht der gewerkschaftlichen Organisationen wurde niemals aufgewandt, um ein entsprechendes Maximum an Erfolgen herauszuholen. So blieben die Löhne und Gehälter immer hinter der Preisentwicklung zurück. Die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterklasse verschlechterte sich von Monat zu Monat, wie folgende Beispiele zeigen:

Die durchschnittliche Steigerung der Löhne war nach Angabe der Gewerkschaften[1]) von 1914 bis Ende 1920:

bei den Löhnen			bei den Lebenshaltungskosten	
			nach d. Gewerksch.	nach d. Calwerindex
Für 1 444 851	Arbeiter	9 fach	15,5 fach	14,7 fach
" 817 706	"	6,5 "		
" 37 496	"	4,2 "		

[1]) Aus der K. P. D. Propaganda Nr. 16 v. 26. 10. 1920.

Deutsche Großhandels-Indexziffern.

	38 Waren	Lebenshaltungs-[1]) indexziffern, Ernährung, Beleuchtung, Heizung, Wohnung	Kuczynski[2]) Existenzminimum Ehepaar mit 2 Kindern in Groß-Berlin wöchentlich
1913 14	100	100	29
März 1920	1709	856	254
November 1920. .	1509	856	327
Januar 1921 . . .	1439	—	320
April 1921	1326	894	281
August 1921 . . .	1917	1045	331
Oktober 1921. . .	2460	1146	386
Dezember 1921 . .	3487	1550	557
Januar 1922 . . .	3665	1640	548

Löhne und Gehälter.[3])

	Buchdrucker-Wochenlohn verheiratet		Maurer	Zimmerer[4])	Gelernte Metallarbeiter (1. Lohnklasse) in Berlin (verheir.) Wochenlöhne		Bankangestellte[5]) Jahreseinkommen	
	absolut	relativ	absolut	relativ	absolut	relativ	männl. verh.	weibl. ledig
1913/14	34,38	100	43,46	100	42,44	100	2 165	1 670
März 1920 . . .	160,50	467	206,93	476	211,35	498	12 500	10 500
November 1920.	270,50	787	316,20	728	291,45	687	16 200	12 540
Januar 1921 . .	285,50	830	327,83	754	291,45	687	19 944	15 588
April 1921 . . .	285,50	830	327,83	754	291,45	687	19 944	15 588
August 1921 . .	295,88	861	362,70	835	353,33	833	21 984	16 988
Oktober 1921. .	385,00	1120	432,45	995	406,80	959	21 984	16 988
Dezember 1921.	518,00	1507	569,63	1311	562,65	1326	21 984	16 988
Januar 1922 . .	613,00	1783	627,75	1444	634,73	1496	35 184	28 088

[1]) Aus „Wirtschaft und Statistik" Nr. 1 1922 (Stat. Reichsamt). Die Lebensindexziffern sind besonders aus politischen Gründen vom Reichsorgan „frisiert". Es fehlen die hohen Kosten für Kleidung.
[2]) Aus „Finanzpolitischer Korrespondenz".
[3]) Aus „Wirtschaft und Statistik"!
[4]) Bisher bestbezahlteste Arbeiterkategorie in Deutschland.
[5]) Jahresgehalt nach 10 Berufsjahren (höhere Schulbildung ist Vorbedingung).

Wir sehen: Ein Anschwellen der Teuerung um das 35- und mehrfache und demgegenüber eine Lohnsteigerung nur um das 14- bis 15fache.

Die Schlußfolgerung ist: **Die Löhne müßten doppelt so hoch sein, um wenigstens die Vorkriegshöhe einigermaßen zu erreichen.**

Wir haben hier nur diejenigen Kategorien zum Vergleich gestellt, die am besten bezahlt sind. Den übrigen Arbeiterschichten geht es verhältnismäßig noch schlechter. Der „Courier", das Organ des Transportarbeiterverbandes, stellte am 22. Oktober 1921 fest, „daß unsere bestbezahlten Berufskollegen noch nicht 10 Prozent der amerikanischen Entlohnung für gleiche Arbeit erhalten". — Die Hungerlöhne der deutschen Arbeiter ermöglichen dem deutschen Kapitalismus seine Schmutz- und Schleuderkonkurrenz auf dem Weltmarkte, wodurch die Löhne auch international bedeutend herabgedrückt werden. — So versündigen sich die deutschen Gewerkschaften mit ihrer Arbeitsgemeinschaftspolitik am deutschen und internationalen Proletariat!

In den letzten Wochen (Februar-März) ist eine neue Teuerungswelle eingetreten, die noch mehr die Differenz zwischen Warenpreisen und Löhnen vergrößert. Die Unternehmer und die Regierung planen jetzt zur gesetzlichen Verewigung der Hungerlöhne die Einführung der sogenannten „gleitenden Lohnskala", für die auch viele Gewerkschaftsführer eintreten.

Die Arbeitslosigkeit. Die Nachkriegskrise des deutschen Kapitalismus hatte eine Arbeitslosigkeit im Gefolge, wie sie die Geschichte nicht kennt. Hier einige Zahlen über den Umfang der Erwerbslosigkeit seit Ende des Krieges:

Dezember 1918	501 610
Januar 1919	1 000 000 (Höchstzahl)
Juli 1920	322 923
1. Oktober 1920	392 823
1. September 1921	232 057
1. Oktober 1921	185 806
1. November 1921	150 105
1. Februar 1922	202 594
1. März 1922	212 526
1. April 1922	115 845
1. Mai 1922	64 838
1. Juni 1922	28 692
1. Juli 1922	19 864

Diese Zahlen betreffen nur die aus öffentlichen Mitteln unterstützten Erwerbslosen. Die wirkliche Zahl ist natürlich größer. Zu diesen Zahlen müssen noch hinzugerechnet werden die teilweise Erwerbslosen, die sogenannten Kurzarbeiter. Ihre Zahl betrug im Juli 1920 rund 100 000. Die Kurzarbeit herrschte besonders in der Textilindustrie.

Im Jahre 1921 hielt sich anfänglich dieser Zustand, um dann gegen Mitte des Jahres von einer Konjunktur infolge des Sinkens der

deutschen Valuta abgelöst zu werden. Diese Konjunktur dauert auch heute noch an, so daß die Arbeitslosigkeit bedeutend abgenommen hat. Die deutsche Schmutzkonkurrenz hat die Arbeiterklasse der Entente arbeitslos gemacht.

Seit dem Kriegsende wird die Unterstützung der Arbeitslosen staatlich geregelt, die von Reich, Staat und Gemeinden gezahlt wird. Sie entsprach etwa einem Drittel des Existenzminimums. Für die Gewerkschaftsmitglieder zahlten die Gewerkschaften noch besondere Zuschläge, etwa ein Zehntel des Existenzminimums. Dennoch gehen die Ausgaben des Staates in die Milliarden. Die Regierung plant jetzt, eine Arbeitslosenversicherung einzuführen, um sich die Ausgaben für die Erwerbslosigkeit vom Halse zu schaffen. Die Beiträge für diese Versicherung sollen zu je einem Drittel vom Staat, Arbeitgeber und Arbeitnehmer getragen werden. Im Grunde genommen eine neue indirekte Besteuerung der Arbeiterklasse, zu der dennoch die Gewerkschaftsführer bereits ihre Zustimmung gegeben haben.

Betriebsrätebewegung. Vor dem Kriege und im Kriege bestand in den Werkstätten und Fabriken für die Arbeiter das sogenannte Vertrauensleutesystem. Nach der Novemberrevolution 1918 gründeten sich sogenannte Arbeiter- oder Fabrikausschüsse, die bald den Namen Betriebsräte annahmen. Sie wurden, besonders in Berlin, Mitteldeutschland und Rheinland-Westfalen, zusammengefaßt in Vollversammlungen nach Industriezweigen. Betriebsrätezentralen waren die Spitzenorganisationen. Die Unternehmer und Gewerkschaftsführer strebten dahin, die Betriebsrätebewegung in gesetzliche Bahnen zu lenken. Im Sommer 1919 nahm die Nationalversammlung ein Betriebsrätegesetz an, das die Rechte der Betriebsräte wesentlich einschränkte. Der oberste Gesichtspunkt ist die Steigerung der Produktion, also Betriebsräte für die Unternehmer! Zuerst hatten die Betriebsräte großen Einfluß auf die Arbeiterklasse, er wich aber mit dem Abflauen der revolutionären Bewegungen. — Heute gibt es nur noch gesetzliche Betriebsräte, deren Einfluß minimal ist. Sie sind von den Gewerkschaften zusammengefaßt.

In letzter Zeit beginnen sich die Betriebsräte wegen des Versagens der Gewerkschaftsinstanzen zu regen. Sie haben wiederholt selbständige Lohnbewegungen geführt, wobei die Kommunisten der treibende Keil waren.

Arbeitergenossenschaften.

Geschichte. Die ersten Arbeiterkonsumgenossenschaften entstanden um 1840. In den fünfziger Jahren entstand und entwickelte sich rasch die bürgerliche Genossenschaftsbewegung. In den achtziger Jahren zeigte sich in der Arbeiterschaft eine starke Bewegung zur Gründung von Arbeiterkonsumgenossenschaften, die nur Arbeiter als Mitglieder aufnahmen. Sie bildeten die treuesten Mitglieder und Kunden der im Jahre 1894 gegründeten Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine, die auch bürgerliche Vereine aufnahm. Alsbald spalteten sich die Arbeitergenossenschaften ab und gründeten den Zentralverband Deutscher Konsumvereine. Die Genossenschaften sind keine Klassenkampforganisationen. Während des Krieges gingen sie ganz mit der Bourgeoisie. Auch nach dem Kriege setzten sie ihre offen reaktionäre Politik fort. Sie erklärten sich für den freien Handel und gegen die Zwangswirtschaft. Der Einfluß der Kommunisten auf die Genossenschaftsmitglieder wächst in letzter Zeit.

Bestand. Der Zentralverband Deutscher Konsumvereine hat seinen Sitz in Hamburg. Er umfaßt zehn Unterverbände, die 1921 1451 örtliche Konsumvereine zählten, mit zirka 7000 Läden und drei Millionen Mitgliedern. Dazu kommen 27 Arbeitsgenossenschaften, die G. E. G. und die Verlagsgesellschaft.

Die Statistik des Zentralverbandes weist folgende Zahlen auf:

	1914	1917	1920
Zahl der Verbandsvereine	1 149	1 112	1 320
Mitgliederzahl	1 730 000	2 201 000	2 725 000
Beschäftigte Personen	30 522	28 400	40 448
Eigenes Kapital . . . Mk.	77 811 000	112 153 000	191 146 000
Umsatz . . . „	699 445 000	726 609 000	4 215 735 000
Erübrigung und Rabatte . . . „	44 919 000	37 910 000	125 619 000

Bürgerliche Genossenschaften.

Die Konsumgenossenschaften sind zusammengefaßt im Allgemeinen Verband der deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften (1919:226 187 Mitglieder) und im Reichsverband deutscher Konsumvereine (1919: 410 928 Mitglieder).

Sonstige Genossenschaften. Kreditgenossenschaften, landwirtschaftliche Genossenschaften (darunter: Rohstoffwerksgenossenschaften zur Beschaffung von Maschinen und Geräten; Magazin- und Produktivgenossenschaften, Zuchtvieh- und Weidegenossenschaften), Bau- und Wohnungsgenossenschaften, Wareneinkaufsgenossenschaften, gewerbliche und sonstige Genossenschaften.

Die Arbeiterparteien in Deutschland.

In Deutschland bestehen nicht weniger als vier Arbeiterparteien: die Sozialdemokratische Partei, die Unabhängige Sozialdemokratische Partei, die Kommunistische Partei und die Kommunistische Arbeiterpartei. Diese Zersplitterung erklärt sich aus dem verschiedenen Erkenntnisgrade der Arbeiterschaft über die Notwendigkeit des Klassen-

kampfes, seine Aussichten und die in ihm anzuwendenden Kampfmittel, sie ist die Folge der Preisgabe der sozialistischen Grundsätze und der sich daraus ergebenden Burgfriedenspolitik mit der Bourgeoisie durch die sozialdemokratischen Führer.

In der S. P. D., die nach dem Novemberumsturz immer mehr zu einer kleinbürgerlichen Partei geworden ist, befindet sich der Teil der Arbeiterschaft, der noch an die von den Führern dieser Partei gepredigte bürgerliche Demokratie glaubt, durch die es ohne Bürgerkrieg möglich sei, den Sozialismus zu verwirklichen. Die Führer sind durch ihre enge Verbindung mit der Bourgeoisie in den Regierungen und den Gemeindeverwaltungen gezwungen, die Politik der Bourgeoisie zu betreiben oder aber ihre amtlichen Posten aufzugeben. Sie wollen der Arbeiterschaft einreden, daß dieser Besitz von Regierungs- und Gemeindeämtern ein Machtfaktor für die Arbeiterschaft sei.

In der U. S. P. befindet sich der Teil der Arbeiterschaft, der durch die gemachten Erfahrungen nicht mehr an die bürgerliche Demokratie und die Eroberung des Sozialismus auf parlamentarischem Wege glaubt, der aber noch nicht entschlossen ist, die Konsequenzen zu ziehen und Schulter an Schulter mit den Kommunisten den revolutionären Klassenkampf zu führen. Die Führer der U. S. P. D. nähern sich fast durchweg der von der S. P. D. betriebenen Politik, und so ist es nur zu natürlich, daß sie sich mit der S. P. D. auch wieder organisatorisch vereinigen.

In der K. A. P. D., die nie eine große Gefolgschaft gehabt hat und von Tag zu Tag bedeutungsloser wird, vereinigen sich die Arbeiter, die sich einbilden, „radikaler" als die Kommunisten zu sein, wenn sie sich gegen die Beteiligung an den Parlamentswahlen und gegen die Gewerkschaften wenden. Zum Teil sind in der K. A. P. D. Arbeiter, die ehemals an der Spitze der Kommunisten gekämpft und schwere Opfer gebracht haben, denen aber die Revolution zu langsam geht und die die Schuld daran in der angeblichen „Versumpfung" der Kommunistischen Partei sehen. Die K. A. P. D. hat in Wirklichkeit ebensowenig wie die U. S. P. D. ein politisches Programm. Sie lebt im wesentlichen nur von der Beschimpfung der Kommunistischen Partei, in der sie ihren gefährlichsten Gegner sieht.

Gegenüber diesen drei Parteien gewinnt die Kommunistische Partei von Monat zu Monat wachsenden Einfluß auf die deutschen Arbeitermassen. Die Partei hat seit ihrer Gründung nach dem Novemberumsturz schwere Kämpfe geführt und große Opfer gebracht. Die besten ihrer Führer sind von der Konterrevolution unter Führung

der Sozialdemokratie erschlagen worden. Daß bei den Kämpfen dieser Partei auch Fehler gemacht wurden, war unvermeidlich. Aber sie rang sich durch ihre Fehler zu immer größerer Klarheit ihrer Taktik durch. Bei dem Eisenbahnerstreik im Februar 1922 und bei der Bewegung aus Anlaß der Rathenau-Ermordung im August 1922 bewies die Partei in ihrer Gesamtheit, daß sie aus den Fehlern der Märzaktion 1921 wirklich gelernt hat, revolutionäre Strategie zu üben und die Kämpfe der Arbeiterschaft vorwärts zu treiben, ohne sich durch ein Vorwärtsstürmen von den Kämpfenden zu isolieren.

Kurze Geschichte der Arbeiterparteien.

1. Die S. P. D.

Die S. P. D. wurde geschaffen auf dem im Jahre 1875 in Gotha stattgefundenen Vereinigungskongreß, auf dem sich zusammenschlossen der im Jahre 1863 durch Lassalle gebildete Allgemeine Deutsche Arbeiterverein, der 15 300 Mitglieder zählte, und die im Jahre 1869 in Eisenach von Bebel gegründete Sozialistische Arbeiterpartei, die 9000 Mitglieder zählte. Die Vereinigung erfolgte auf Grundlage des Gothaer Programms. Die vereinigte Partei erhielt bei der Reichstagswahl 1877 493 300 Stimmen und zwölf Abgeordnete. Im Jahre 1878 wurde von Bismarck das Sozialistengesetz im Reichstage durchgebracht, um die anschwellende Arbeiterbewegung zu unterdrücken. Die Partei wurde aufs schärfste verfolgt, Tausende von Arbeitern wurden in die Gefängnisse geworfen und des Landes verwiesen. Erst im Jahre 1890 wurde das Gesetz wieder aufgehoben, da es seinen Zweck, die Erdrosselung der Arbeiterbewegung, nicht erfüllte. Bei der Reichstagswahl im Jahre 1890, nach Aufhebung des Sozialistengesetzes, erhielt die Partei 1 427 000 Stimmen und 35 Mandate. Die Mitgliederzahl betrug im Jahre 1906, als die ersten genauen Angaben gemacht wurden, 384 320 Mitglieder, während die Partei bei der Reichstagswahl im Jahre 1907 bereits 3 260 000 Stimmen auf sich vereinte und 43 Mandate eroberte.

Das Wachstum der Partei, insbesondere das der Gewerkschaften, rief bei den Führern immer mehr das Gefühl „größerer Verantwortlichkeit" hervor, d. h. größere Vorsicht in der Führung des Klassenkampfes und der Anpassung an den kapitalistischen Staat. Auf dem Parteitage in Erfurt 1891 hatte sich die Partei ein neues Programm geschaffen, in dem im wesentlichen die Prinzipien des Kommunistischen Manifestes über die Verschärfung des Klassenkampfes Aufnahme gefunden haben. Gegenüber dieser Auffassung bildete sich immer mehr der Reformismus aus, der eine Verschärfung des politi-

schen Klassenkampfes bestritt. So kam es in der Partei gleich nach Aufhebung des Sozialistengesetzes zu den heftigsten Auseinandersetzungen über die Taktik der Partei (Staatssozialismus, Budgetbewilligung, Wahlkompromisse, Massenstreik, Maifeier, gewerkschaftliche Neutralität), die ihren Höhepunkt auf dem Dresdener Parteitag 1903 erreichten. Obgleich hier die Reformisten durch die Abstimmung eine Niederlage erlitten, so hatten sie doch in der Tat gesiegt. Denn die sozialistischen Gewerkschaftsführer Legien, Schmidt, Bömelburg und die Reformisten David, Bernstein, Auer, Vollmar verstanden es, sich immer größeren Einfluß auf die leitenden Körperschaften der Partei zu verschaffen. So geschah es, daß bei Ausbruch des Weltkrieges die bei der Wahl von 1912 auf 110 Abgeordnete angewachsene Reichstagsfraktion die Grundsätze der Sozialistischen Internationale beiseite schob und sich an die Seite der deutschen Bourgeoisie „zur Verteidigung des Vaterlandes" stellte. Dem eifrigen Wirken von Rosa Luxemburg, Klara Zetkin, Karl Liebknecht, Franz Mehring war es nicht gelungen, die Arbeiterschaft zu bewegen, diesen Verrat an der proletarischen Internationale zu verhindern.

Die S. P. D. hatte bei Ausbruch des Weltkrieges 1 086 000 Mitglieder und 91 Zeitungen mit 1 488 300 Abonnenten. Während des Krieges ging die Mitgliederzahl bis auf 243 000 (1917) und die Abonnentenzahl auf 763 000 zurück. Die Führer der Sozialdemokratie predigten den Burgfrieden zwischen Proletariat und Bourgeoisie, sie halfen das berüchtigte Hilfsdienstgesetz schaffen, das eine moderne Sklaverei war, und sie predigten an der Seite der Bourgeoisie das Durchhalten bis zum Siege. Als die Kriegspolitik zusammenbrach und die Revolution begann, rettete die Sozialdemokratie den Kapitalismus. Sie wurde nach dem Novemberumsturz die offizielle Regierungspartei. Sie machte sich den Schutz des kapitalistischen Eigentums und die Wiederherstellung der bürgerlichen Ordnung zur Aufgabe. Alle revolutionären Bewegungen des Proletariats hingegen suchte sie mit brutaler Waffengewalt und durch die Ermordung seiner Führer zu unterdrücken. Die sozialistischen Führer Noske, Heine und Hörsing sind der schlimmste Schandfleck für die Sozialdemokratie. Durch diese Tätigkeit gewann die Sozialdemokratie immer mehr das Vertrauen der bürgerlichen Mittelschichten und der Beamten, die sich nach dem Novemberumsturz zum ersten Mal politisch organisieren konnten. Die Folge davon war, daß die Mitgliederzahl der Sozialdemokratie im Jahre 1919 auf 1 012 300 und ihre Stimmenzahl bei der Wahl zur Nationalversammlung im Januar 1919 auf 11 467 000 (163 Mandate) stieg. Die Sozialdemokraten zogen in alle Regierungs-

ämter ein. Der Vorsitzende der Partei, Ebert, wurde Reichspräsident, Scheidemann Reichskanzler, Noske Kriegsminister, andere bekannte Führer wurden im Reiche und in den Bundesstaaten Ministerpräsidenten, Staatsminister, Oberpräsidenten, Landräte, Bürgermeister usw. Der Jahresbericht von 1921 verzeichnet im Besitz der S. P. D. 7727 Stadtverordnete, 32 326 Gemeindevertreter, 1309 Magistratsmitglieder, 3456 Gemeindevorsteher, 2863 Kreistagsabgeordnete und 481 Provinzlandtagsabgeordnete. Trotz dieses enormen Eindringens der sozialdemokratischen Vertreter in die regierenden, gesetzgebenden und verwaltenden Körperschaften wuchs in keiner Weise die Macht der Arbeiterschaft; im Gegenteil, diese Führer trugen durch ihre amtliche Tätigkeit nur zur Stärkung der Konterrevolution bei. Die Folge davon war große Enttäuschung bei der Arbeiterschaft und wachsende Hoffnung des Bürgertums auf die Konterrevolution, was sich bei der Reichstagswahl 1920 vollauf bestätigte. Die Sozialdemokratie verlor die Hälfte ihrer Wahlstimmen, die sich auf 5 614 450 verminderten. Ein Teil ihres Anhangs ging offen zu den konterrevolutionären Parteien über, der größte Teil der Arbeiterschaft wandte sich der U. S. P. D. zu. Die Partei verfügte 1921 über 144 Zeitungen (also 53 mehr als im Jahre 1914) mit 1 238 600 Abonnenten (249 700 weniger als im Jahre 1914) und über 1 221 059 Mitglieder, darunter 192 485 Frauen. Die S. P. D. hält sich im wesentlichen in ihrem Bestande nur durch ihren staatlichen Einfluß, auf den immer noch größere Mengen von Arbeitern ihre Hoffnung setzen, der aber in keiner Weise zugunsten der Arbeiterschaft ausgenutzt wird. So muß sich immer mehr der Zwiespalt zwischen den Interessen der Arbeiterschaft und der Regierungspolitik der S. P. D. offenbaren, durch den auch dieses Bollwerk der Reaktion zersprengt werden wird.

2. *Die U. S. P. D.*

Die U. S. P. D. entstand infolge des Konfliktes, der in der deutschen Arbeiterschaft gegenüber der von den Führern der S. P. D. getriebenen Kriegspolitik ausbrach. Durch die eifrige Propaganda, die von den Gegnern dieser Kriegspolitik in der Partei getrieben wurde, wuchs der Widerstand bei den Arbeitern immer mehr; selbst die militärischen Verfolgungen konnten dies nicht verhindern. Da der Parteivorstand und der Parteiausschuß der S. P. D. die von der Reichstagsfraktion betriebene Kriegspolitik vollständig deckte, kam es zur Spaltung der Sozialdemokratischen Partei. Am 24. März 1916 hatten sich 18 Mitglieder, die mit der Fraktionsmehrheit nicht einverstanden waren, von der Reichstagsfraktion getrennt und sich als Sozial-

demokratische Arbeitsgemeinschaft konstituiert. Auch in den Parteimitgliedschaften schloß sich die Opposition fester zusammen. Am 7. Januar 1917 fand in Berlin eine Reichskonferenz der Oppositionsvertreter statt. Es waren 157 Vertreter anwesend, darunter 35 von der Mehring-Luxemburg — „Gruppe Internationale" (Spartakus). Auf dieser Konferenz wurde u. a. beschlossen, eine organisatorische Zusammenfassung der Opposition über das ganze Reich vorzubereiten. Vom 6. bis 8. April 1917 fand in Gotha eine Konferenz statt, auf der die U. S. P. D. gegründet wurde, der sich die „Gruppe Internationale" anschloß. So war die deutsche Sozialdemokratie in zwei Teile zerfallen. Wenn sich diese Spaltung nach außen hin nicht sofort offen zeigte, so lag das an den drakonischen Unterdrückungsmaßnahmen der Militärbehörden, die jede öffentliche Erörterung der Streitfragen in der S. P. D. unmöglich machten. Durch die eifrige Propagandatätigkeit der Spartakusgruppe wuchs aber der Widerstand gegen die Kriegspolitik unter der Arbeiterschaft außerordentlich stark, und die unerhörte Lebensmittelnot und die Teuerung führten im Januar 1918 zu großen Streiks der Munitionsarbeiter. Nach dem Zusammenbruch der Militär - Monarchie traten auch drei Vertreter der U. S. P. D. neben den drei Vertretern der S. P. D. in die erste Revolutionsregierung (Rat der Volksbeauftragten) ein. Die U. S. P. - Vertreter gingen mit den Führern der S. P. D. in den Regierungsmaßnahmen zum Schutz des kapitalistischen Eigentums und der Wiederherstellung der bürgerlichen Ordnung Hand in Hand. Die Parteileitung der U. S. P. D. stützte diese Maßnahmen ihrer Vertreter in der Regierung und machte sich mitschuldig an dem schnellen Wachsen der konterrevolutionären Kräfte und an den Niederlagen der revolutionären Bewegung. Die Parteileitung der U. S. P. D. lehnte trotz der Aufforderung der Spartakusanhänger die Einberufung eines Parteitages zur Beurteilung dieser Politik ab. Dies führte zum Ausscheiden der Spartakusgruppe und zur Gründung einer eigenen Partei. Die U. S. P. D. erhielt bei den Wahlen zur Nationalversammlung Februar 1919 2 314 300 Stimmen und 22 Mandate. In der Nationalversammlung traten die Vertreter der U. S. P. D. in keiner Weise hervor, noch führten sie den Kampf gegen die konterrevolutionäre Politik der Sozialdemokratie mit der nötigen Energie. Doch die Hoffnungen der von der S. P. D. enttäuschten Arbeiterschaft waren auf die U. S. P. D. gesetzt. So erlangte die U. S. P. D. bei der Reichstagswahl im Jahre 1920 4 895 300 Stimmen und 81 Mandate. Auf dem Spaltungsparteitag in Halle im Oktober 1920 berichtete die Parteileitung, daß die U. S. P. D. 893 000 Mitglieder, darunter 135 500 Frauen, zähle, doch scheint die

Zahl reichlich hoch angegeben zu sein. Die Partei besaß 55 Tageszeitungen, über deren Abonnentenzahl keine Angaben gemacht wurden. In einzelnen Bundesstaaten, so in Sachsen, Thüringen und Braunschweig, erlangte die U. S. P. D. einen die S. P. D. überragenden parlamentarischen Einfluß, trat in die Regierung ein, beherrschte sie sogar teilweise. Aber die U. S. P. treibt in diesen Ländern die gleiche reaktionäre Politik wie die S. P. D. im Reiche. In Worten bekennt sich die U. S. P. zur Diktatur des Proletariats (siehe das auf dem Leipziger Parteitag 1920 angenommene Aktionsprogramm), während sie in der Tat alles unternimmt, um den Kampf der Arbeiter für die Diktatur auf jede Weise zu schwächen. So konnte es nicht ausbleiben, daß sich in der U. S. P. D. der gleiche Konflikt offenbarte wie in der S. P. D. Dieser Konflikt spitzte sich zu in der Frage, ob die U. S. P. D. sich der Zweiten oder der Kommunistischen Internationale anschließen solle. Auf dem Zweiten Weltkongreß fanden hierüber mit den Vertretern der U. S. P.-Parteileitung ergebnislose Verhandlungen statt. Auf dem Parteitag in Halle vom 12.—20. Oktober 1920 entschieden sich 236 Vertreter für, 156 gegen den Anschluß an die Kommunistische Internationale. Die Partei spaltete sich, wobei freilich die Zahl der Mitglieder, die zur Kommunistischen Partei übergingen, nicht dem Abstimmungsverhältnis auf dem Parteitag entsprach. Mit der K. P. D. vereinigten sich ungefähr 300 000 Mitglieder; ein anderer Teil ging zur S. P. D. über, ein dritter Teil schloß sich überhaupt keiner Partei an. Ueber den in der U. S. P. verbliebenen Teil der Mitglieder hat die Parteileitung auf dem nächsten Parteitag Januar 1922 in Leipzig angegeben, daß die Partei noch 300 695 Mitglieder zähle. Die U. S. P. D. hat 7222 Stadtverordnete, 438 Kreistagsabgeordnete, 124 Landtagsabgeordnete, 64 Provinziallandtagsabgeordnete, 61 Reichstagsabgeordnete (nach Uebertritt der K. A. G. 74), ferner 15 Vertreter in Ministerien und Staatsräten. Auf dem Leipziger Parteitag markierte die U. S. P. D. eine innere Geschlossenheit, die aber in Wirklichkeit nicht vorhanden war; denn kurz darauf brachen größere Konflikte in der Partei aus. Der rechte Flügel unter Hilferding, Breitscheid und Kautsky neigt vollständig zu der S. P. D., während der linke Flügel unter Crispien und Dittmann zwischen dieser und einer völlig grundsatzlosen Politik hin- und herschwankt. In den Steuerkämpfen im Frühjahr 1922 sowie in den Reparationsfragen hatte die Partei keine einheitliche Stellung. Aus Furcht, ihren Anhang unter den revolutionär empfindenden Arbeitern zu verlieren, gibt sich die Parteileitung in Worten revolutionär, während sie die praktische Politik der Partei

doch vollständig dem rechten Flügel überläßt. Die Partei hat sich der Internationalen Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien (I. A. S. P.), der Internationale 2½ angeschlossen, und wenn sie in der letzten Zeit hier und dort sich zu gemeinsamen Demonstrationen mit den Kommunisten bereit erklärt hat, so nur unter dem Druck der hinter ihr stehenden Arbeitermassen, die wohl begreifen, daß der Arbeiterschaft in ihrem Kampf nur dann ein Erfolg beschieden sein kann, wenn sie sich zu einer wirklich revolutionären Kampffront vereinigt. So geht der Zug der Arbeiterschaft zur Kommunistischen Partei, und die U. S. P. D. verliert immer mehr den Boden unter den Füßen. Die Folge davon ist, daß sie sich auf ihrem Parteitag im Oktober 1922 der S. P. D. anschließen wird. Die Reichstagsfraktion der U. S. P. D. hat bereits mit derjenigen der S. P. D. eine Arbeitsgemeinschaft gebildet.

3. *Die K. A. P. D.*

Die K. A. P. D. bildete sich infolge eines Konfliktes, der im Jahre 1919 in der Kommunistischen Partei über die Tätigkeit in den Gewerkschaften und in den Parlamenten ausgebrochen war. Ein kleiner Teil der Parteigenossen war der Auffassung, daß dem revolutionären Kampfe am besten gedient wäre durch Austritt aus den Gewerkschaften, Bildung von Betriebsorganisationen und durch die Nichtbeteiligung an den Parlamentswahlen. Im Zusammenhang damit standen noch eine ganze Reihe abwegiger Vorschläge, die von diesen Genossen zur vermeintlichen Förderung des revolutionären Kampfes gemacht wurden. Wegen dieser Auffassungen kam es auf dem Heidelberger Parteitag der K. P. D. im Oktober 1919 zu einem Ausscheiden der Vertreter dieser Auffassungen, die dann mit ihrem Anhang die Kommunistische Arbeiter-Partei bildeten. Im wesentlichen stützt sich die K. A. P. D. auf Berlin, wo sie auch die „Kommunistische Arbeiterzeitung" herausgibt. Irgendwelche genauen Angaben über die Mitgliederstärke der Partei und über die Abonnentenziffer hat die Partei nie gemacht und hat sie wohl auch selbst nie besessen. Eine Zeitlang lebte die Partei, wie schon erwähnt, im wesentlichen von der Beschimpfung der Kommunistischen Partei. Und da die Revolution in Deutschland sich nicht mit der erwünschten Schnelligkeit entwickelte, im Gegenteil sehr starke Rückschläge erfolgten, so gelang es der K. A. P. D. hier und dort, die Arbeiter glauben zu machen, daß die Schuld daran die Kommunistische Partei trage, weil sie nicht genügend revolutionär sei. Doch auf die Dauer konnte die K. A. P. D. mit dieser Propaganda große Arbeitermassen nicht

fesseln. Eine gewisse Bedeutung bekam die Partei durch den Beschluß des Zweiten Kongresses der Kommunistischen Internationale, sie als sympathisierende Partei aufzunehmen. Aber die Partei bewies nicht nur auf dem zweiten Kongreß, sondern auch in ihrer weiteren Propaganda, daß ihr jede politische Grundlage fehlt und sie nur aus einer Reihe von Arbeitern besteht, die mit dem Entwicklungsgang der Revolution unzufrieden sind und die an ihrer Spitze Führer haben, von denen jeder einzelne seine eigene Auffassung über den revolutionären Kampf hat. Die Folge dieser Verworrenheit mußte ein Zerfall dieser Partei sein, der sich auch in der letzten Zeit sehr deutlich bemerkbar macht. Einen gewissen Halt hat die Partei in der Allgemeinen Arbeiter-Union, die sich aus den aus den Gewerkschaften ausgetretenen Arbeitern zusammensetzt, aber bereits in drei Richtungen organisatorisch gespalten ist. Von der wiederum gespaltenen K. A. P. D. erstrebt die eine Richtung unter der Führung des holländischen Genossen Hermann Gorter die Gründung einer Kommunistischen Arbeiter-Internationale, die aber ebensowenig eine Bedeutung für den revolutionären Klassenkampf hat wie die K. A. P. D. selbst.

4. Die K. P. D.

Schon in der alten Sozialdemokratie entwickelte sich unter der Führung von Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Klara Zetkin, Franz Mehring und anderen Genossen ein linker Flügel, der sich in schärfster Weise gegen den Reformismus wandte. Von diesem Kreise der Genossen, die in der alten S. P. D. einen beträchtlichen Anhang hatten, wurde gleich nach Kriegsausbruch die Opposition gegen die von den Parteiführern betriebene Kriegspolitik aufgenommen. Durch Flugblätter, Broschüren und geheime Zusammenkünfte wurde die Kriegspolitik aufs schärfste bekämpft. Im April 1915 versuchte die Gruppe eine wissenschaftliche Zeitschrift, die „Internationale", herauszugeben; aber nur ein Heft konnte erscheinen. Von dieser Zeitschrift nahm die Gruppe den Namen „Gruppe Internationale" an. Im Januar 1916 hielt sie ihre erste illegale Reichskonferenz in Berlin ab. Hier wurden besondere Leitsätze und die Herausgabe eines eigenen Mitteilungsblattes „Spartakus" beschlossen. Diesen Namen nahm dann auch die „Gruppe Internationale" selbst an, die sich im April 1917 der U. S. P. D. anschloß. Fast alle führenden Genossen der „Spartakus"-Bewegung saßen im Gefängnis, aus dem sie erst durch den Novemberumsturz befreit wurden.

Unter der Führung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht wurde

sofort am 9. November 1918 die „Rote Fahne" als Zentralorgan des „Spartakusbundes" herausgegeben, ferner eine Soldaten-Zeitung „Der Rote Soldat'. Rosa Luxemburg verfaßte das Programm des Bundes: „Was will der Spartakusbund?" Der Spartakusbund bildete innerhalb der U. S. P. D. eine nahezu selbständige Organisation, und als die U. S. P. D. ihre verhängnisvolle, mit der S. P. D. gemeinsame Regierungspolitik nicht aufgeben wollte, entschloß sich der Spartakusbund, eine eigene, die Kommunistische Partei zu bilden. Dies geschah auf dem Gründungsparteitag am 30. Dezember 1918. Der Parteitag beschloß entgegen dem Vorschlage von Rosa Luxemburg die Nichtbeteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung. Da die K. P. D. die einzige wirklich revolutionäre Führerin der Arbeiterschaft im Kampfe gegen die immer frecher auftretende Konterrevolution und für eine Fortführung der revolutionären Bewegung war, so setzten unerhörte Verfolgungen der Partei ein. Ihre beiden besten Führer, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, wurden während des Januaraufstandes 1919 von weißgardistischen Offizieren ermordet, und wenige Wochen darauf wurde auch Leo Jogiches von einem Weißgardisten im Gefängnis erschossen. Unter der Führung des S. P. D.-Führers Noske wurden durch Deutschland wahre Kriegszüge gegen die Kommunisten veranstaltet. Der sozialdemokratische Reichspräsident Ebert verhängte während des ganzen Jahres 1919 den Belagerungszustand, und zu Hunderten wurden die Kommunisten in die Gefängnisse geworfen und in den Kämpfen ermordet. Die Partei war zur illegalen Tätigkeit gezwungen. Der organisatorische Aufbau stockte. Trotz ihrer zahlenmäßigen Schwäche entfaltete aber die Partei eine ausgedehnte und intensive Propaganda, um die Arbeiterschaft gegen die verhängnisvolle Politik zu mobilisieren, die von den Führern der S. P. D. und der U. S. P. D. getrieben wurde.

Die Folgen dieser Illegalität und die mangelhafte organisatorische Festigung zeigten sich in dem Konflikt, der im Sommer in der Partei ausbrach und auf dem illegalen Parteitag in Heidelberg 1919 zur Absplitterung der K. A. P. D. führte. Mit dieser Ausscheidung der politisch unklaren Elemente hatte die Partei eine größere innere Geschloossenheit bekommen, und als der Belagerungszustand Ende 1919 aufgehoben wurde, ging die Partei energisch an den inneren Aufbau. Der dritte Parteitag (Februar 1920) in Karlsruhe verfiel trotz der Aufhebung des Belagerungszustandes der polizeilichen Auflösung. Der vierte Parteitag (April 1920) beschloß, sich an den im Sommer stattfindenden Reichstagswahlen zu beteiligen und eine intensive Tätig-

keit in den Gewerkschaften zu entfalten, um die dort organisierten Massen für den revolutionären Kampf zu gewinnen. Die Partei erhielt bei der Reichstagswahl am 20. Juni 1920 445 995 Stimmen und zwei Mandate, die auf die Genossen Clara Zetkin und Paul Levi fielen. Die Partei hatte in 1214 Ortsgruppen 78 715 Mitglieder, außerdem 7 Zeitungen mit 77 200 Abonnenten. Nach der Spaltung der U. S. P. D. wurde auf dem Vereinigungsparteitag im Dezember 1920 durch die Verschmelzung der linken U. S. P. D. mit der K. P. D. die „Vereinigte Kommunistische Partei" geschaffen. Von der U. S. P. D. kamen ungefähr 300 000 Mitglieder, so daß die V. K. P. D. bei ihrer Gründung annähernd 380 000 Mitglieder zählte. Auch eine Reihe von Zeitungen der U. S. P. D. kamen durch die Verschmelzung zur V. K. P. D. Durch diesen Zusammenschluß war in Deutschland eine kommunistische Massenpartei geschaffen worden.

Innerhalb der Partei kam es aus Anlaß der italienischen Parteispaltung zu Differenzen über die Frage Sekte oder Massenpartei, die von Paul Levi derart zugespitzt wurden, daß er mit noch einigen Genossen auf der Zentralausschußsitzung im Februar 1921 aus der Zentrale ausschied. Die Bourgeoisie und ihre sozialdemokratischen Lakaien in der Regierung fürchteten den wachsenden Einfluß der Partei auf die Arbeitermassen, und so versuchten sie durch einen Vorstoß in die bestorganisierten Teile des mitteldeutschen Proletariats, die Partei zu provozieren. Das mitteldeutsche Gebiet wurde auf Veranlassung des sozialdemokratischen Oberpräsidenten Hörsing militärisch besetzt, und die Partei war gezwungen, die Arbeiterschaft zur Abwehr dieses Angriffes, zum Generalstreik aufzurufen. Es kam dabei zu bewaffneten Kämpfen, bei denen die kommunistischen Arbeiter eine schwere Niederlage erlitten, der die unerhörtesten Verfolgungen und Einkerkerungen der revolutionären Arbeiter folgten. Aber auch eine starke innere Krise war die Folge dieser Märzaktion. Paul Levi gab eine Broschüre heraus, in der er die Parteileitung der K. P. D. eines schweren bakuninistischen Verbrechens beschuldigte. Der Zentralausschuß schloß ihn zwar in seiner Aprilsitzung aus der Partei aus, aber es blieben in der Partei eine Reihe von Genossen, die mit ihm vollständig einverstanden waren und die Parteileitung immer wieder aufs heftigste angriffen. Monatelang wurde die Partei durch diese Auseinandersetzung in ihrer Propaganda gelähmt. Der Dritte Weltkongreß der Kommunistischen Internationale schloß scheinbar diesen Streit ab, und auch der Jenaer Parteitag im August 1921 stellte sich einmütig hinter die Beschlüsse des Weltkongresses. Aber die Anhänger Levis in der Partei waren mit dieser Entwicklung nicht

einverstanden. Sie sahen in den Beschlüssen des Jenaer Parteitages eine Gefahr weiterer „Putsche", und so schieden eine Anzahl kommunistischer Parlamentsvertreter aus der Partei aus, legten aber ihr Mandat nicht in die Hände der Partei zurück, sondern bildeten mit Paul Levi gemeinsam die parlamentarische Fraktion „Kommunistische Arbeitsgemeinschaft" (K. A. G.), die sich später der U. S. P. D. anschloß.

Auf dem Jenaer Parteitage im August 1921 musterte die Partei 359 613 Mitglieder, außerdem 33 Zeitungen mit 395 000 Abonnenten. Die Partei hatte aus den Erfahrungen, die sie in der Märzaktion machte, gelernt, daß zur Führung größerer revolutionärer Kämpfe erforderlich ist eine gründliche Vorbereitung dieser Kämpfe unter den großen Massen des deutschen Proletariats. Dieser Vorbereitung in den Gewerkschaften und Betrieben ist die ganze Tätigkeit der Partei gewidmet. Sie hat neben den 42 jetzt bestehenden Tageszeitungen die wissenschaftliche Zeitschrift „Die Internationale" und eine Reihe von Spezialzeitschriften, so den „Kommunistischen Gewerkschafter" (38 000 Abonnenten), die „Kommunistin" (27 500), eine Landarbeiter- und Bauernzeitung „Pflug" (5000) und eine kommunalpolitische Zeitschrift „Kommune" (4500). Für die Funktionäre erscheint eine Parteikorrespondenz als Materialsammlung. Wiederholt sind Parteischulen zur Schulung der Parteifunktionäre abgehalten worden. Die Partei unterhält eine Verlagsbuchhandlung mit vielen Filialen in der Provinz und besitzt 20 eigene Druckereiunternehmungen. Im Reichstage war die Partei nach dem Zusammenschluß mit der linken U. S. P. D. durch 26 Genossen vertreten, die sich dann durch den Austritt der K. A. G. auf 13 verminderten. Die Partei hat ferner 57 Landtagsabgeordnete, 3 Staatsräte, 66 Provinzial-Landtagsabgeordnete, 761 Stadtverordnete, 427 Stadträte, 64 Bezirksverordnete, 1362 Gemeinderäte, 6 Schöffen, 2 Bürgermeister, 254 Kreistagsabgeordnete, zusammen also 2961 parlamentarische Vertreter. Bei den sieben Landtagswahlen (in Preußen, Sachsen, Thüringen, Mecklenburg-Schwerin, Lippe, Hamburg und Bremen), die im Winter 1920/21 stattfanden, erhielt die Partei 1 440 140 Stimmen gegenüber 1 481 350 Stimmen der U. S. P. D. und 5 309 189 der S. P. D. Eine Reichstagswahl hat nach der Gründung der V. K. P. D. noch nicht stattgefunden, so daß eine Gesamtzählung der für die K. P. D. abgegebenen Wahlstimmen für das ganze Reich noch nicht möglich war. Aber auch ohne eine solche Zählung ist ein ganz offenkundiges Wachstum des kommunistischen Einflusses auf die breiten Arbeitermassen bemerkbar. In der V. K. P. D. vollzieht sich eine innere politische und

organisatorische Konsolidierung, während in der U. S. P. D. und S. P. D. ganz offensichtliche Zerfallserscheinungen sich zeigen und bei den Arbeitern ein immer stärker werdender Widerstand gegen die von diesen Parteien betriebene Politik sich bemerkbar macht. Diese Entwicklung gibt uns die Gewähr, daß die Kommunistische Partei in den unvermeidlichen Arbeiterkämpfen gegen den Kapitalismus die Führerin sein wird.

5. *Die kommunistische Frauenbewegung in Deutschland.*

Die Zahl der weiblichen Mitglieder in der Partei beträgt ungefähr 30 000. Das zentrale Frauenorgan „Die Kommunistin", das zweimal im Monat erscheint, hat eine Auflage von 27 500. In fast allen Tageszeitungen der Partei erscheinen Frauenbeilagen. Die Leitung der Frauenpropaganda liegt in den Händen des Frauen-Reichssekretariats. In allen Bezirken und in vielen Ortsgruppen der Partei bestehen Frauen-Agitationskommissionen. Ein- bis zweimal im Jahre finden Bezirks-Frauenkonferenzen statt. Zur Schulung der Genossinnen und zur Heranziehung der weiblichen Mitglieder zur Parteiarbeit werden in den meisten Bezirken besondere Frauenkurse abgehalten. Eine Anzahl von Broschüren und Flugblättern für die Frauen sind erschienen. An allen Aktionen der Partei haben sich die Frauen in steigendem Maße beteiligt. Dies gilt nicht nur von der Märzaktion, sondern in besonderer Weise von der Hungerhilfe für Sowjetrußland. *Wilhelm Pieck.*

Geschichtskalender.

1848: Revolutionstage gegen die feudale Monarchie. — Sieg der Reaktion. (19. 3.)

1849—1863: Erste gewerkschaftliche Regungen. Reaktionsepoche.

1869: Gründung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins (Lassalle). Gründung der ersten Gewerkschaften. (22. 5.)

1864: Gründung der internationalen Arbeiterassoziation in London (1. Internationale, 28. 9.). Lassalles offenes Antwortschreiben (1 3.). Lassalles Tod (31. 8.).

1866: Internationaler Kongreß in Genf (1. 9.).

1869: Eisenacher Sozialistenkongreß (Richtung Bebel—Liebknecht (7. 8.).

1870: Kriegsbeginn gegen Frankreich. Bebel—Liebknecht stimmen gegen Kriegskredite.

1871: Kriegsende. Herstellung der Reichseinheit.

1872: Hochverratsprozeß Bebel—Liebknecht (25. 3.).

1875: Einigungskongreß Gotha (19. 8.).

1878: Soziulistengesetz (16. 9.).

1884: Berliner Volksblatt (jetzt Vorwärts) gegründet (1. 4.).

1890: 1. Weltfeiertag der Arbeit (1. Mai).

1891: Ende des Sozialistengesetzes (30. 9.).

1906: Parteitag in Erfurt (Erfurter Programm) (14. 10.).
Parteitag in Mannheim (Massenstreiks-Sieg der Gewerkschaftler).
384 327 Mitglieder der S. P. D.

1908: 587 333 Mitglieder der S. P. D.

1910: 720 038 Mitglieder der S. P. D.

1912: 970 112 Mitglieder der S. P. D.

1912: Reichstagswahlen (12. 1.). 4 250 329 sozialdemokratische Stimmen.

1914: 4. August: Sozialdemokraten bewilligen Kriegskredite. — Beginn des Burgfriedens. Karl Liebknecht stimmt gegen die Kriegskredite (2. Dezember).

1915: Reichstagsfraktion gegen Liebknecht (2. 2.). Er wird zum Militärdienst eingezogen (7. 2.). Rosa Luxemburg verhaftet (18. 2.). Erste Nummer der „Internationale" (15. 3.).
Erste Friedensdemonstration des Spartakusbundes (November).

1916: Erster Spartakusbrief (Rosa Luxemburg—Franz Mehring) (25. 1.). Notetat von 18 sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstag abgelehnt; Spaltung der Fraktion (24. 3.).

1917: Gründung der U. S. P. in Gotha (6.—9. 4.). Gleichzeitig Reichskonferenz des Spartakusbundes.

1918: Massenstreik gegen Krieg und Ernährungsmisere und zur Unterstützung Sowjetrußlands in Brest-Litowsk. (Januar.) Ausbruch der Revolution, Einsetzung von Arbeiter- und Soldatenräten, Regierung der Volksbeauftragten aus S. P. D. und U. S. P. (4.—11. Nov.)
Erster Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte, Preisgabe der Macht. (18. Dez.) Austritt der U. S. P. aus der Regierung. (29. Dezember.) Gründung der K. P. D. (Spartakusbund), Spartakusprogramm. (30. Dezember.)

1919: Blutige Kämpfe zur Entwaffnung der Arbeiter. (6.—13. Januar.) Noske bewaffnet die konterrevolutionären Offiziere und Soldaten — Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ermordet (15. Januar) — Wahlen zur Nationalversammlung. (19. Januar.) Bürgerlich-sozialdemokratische Koalitionsregierung.
Große Streiks und bewaffnete Kämpfe um die Sozialisierung. (März.) Militärische Reichsexpeditionen gegen die Arbeiterregierungen in Hamburg, Bremen, Braunschweig etc. (März, April.) Parteitag der U. S. P. D., Bekenntnis zum Rätesystem (Leipziger Aktionsprogramm). (März.) Räterepublik in München. (Mitte April bis Anfang Mai.) Unterzeichnung des Versailler Vertrages. (28. Juni.) Annahme der Weimarer Verfassung durch die Nationalversammlung. (11. August.) Parteitag der K. P. D. in Heidelberg, Abspaltung der antigewerkschaftlichen und antiparlamentarischen Opposition, die spätere K. A. P. (Oktober.)

1920: Annahme des Betriebsrätegesetzes, Blutbad vor dem Reichstag. 13. Januar.) Kapp-Putsch. (13. März.) Generalstreik und bewaffnete Kämpfe der Arbeiter, insbesondere in Mitteldeutschland und im Ruhrgebiet. Wiederkehr der Koalitionsregierung. Entwaffnung der Arbeiter, Bielefelder und Berliner Abkommen. (Ende März.)
Reichstagswahlen. (6. Juni.) Mehrheitssozialisten die stärkste, Unabhängige zweitstärkste Partei. K. P. D. 441 995 Stimmen, zwei Ver-

treter. Bildung einer rein bürgerlichen Regierung.
Massenbewegung gegen die französischen Truppentransporte zur russisch-polnischen Front. (Juli, August.)
Spaltung der U. S. P. D. in Halle (Oktober). Vereinigung des linken Flügels mit der K. P. D. zur V. K. P. D. (Dezember), zirka 400 000 Mitglieder.

1921: Offener Brief der V. K. P. D. (6. Januar.) Landtagswahlen in Preußen (Februar). V. K. P. D. 1 211 741 Stimmen, 30 Sitze.
Kämpfe in Mitteldeutschland gegen die Hörsingsche Polizeiaktion (18. März bis Anfang April. Ausschluß Levis aus der V. K. P. D. (15. April.) Sonderjustiz gegen die Märzkämpfe. Parteitag der V. K. P. D. in Jena, Billigung der Beschlüsse des III. Weltkongresses der K. I. (22.—26. August). Steuerprogramm.
Massenbewegung gegen die Reaktion nach der Ermordung Erzbergers (Ende August bis Mitte September).
Zentralausschuß der K. P. D. für Sachwerteerfassung (16. November).

1922: Ausschluß der K. A. G.-Opposition aus der K. P. D. (22. Januar). — Eisenbahnerstreik (Februar).
Kampf um die Einheitsfront gegen die kapitalistische Weltoffensive, Konferenz der drei Internationalen in Berlin (Anfang April), Neunerkommission. (23. Mai.)
Konferenz von Genua, Rapallovertrag (16. April). — Metallarbeiterstreik in Süddeutschland (März, April).
Ermordung Rathenaus (24. Juni), Riesendemonstrationen gegen die Reaktion, Berliner Abkommen der drei Arbeiterparteien (27. Juni).

Ecuador.

Größe: geschätzt auf ungefähr 400 000 qkm.
Bevölkerung 1915: 2 Millionen. Ueberwiegend Indianer, ungefähr 400 000 Mischlinge, sehr wenig Europäer.
Parlamentarische Republik. Wahlrecht an die Kenntnis des Lesens und Schreibens der Erwachsenen gebunden.

Das Land ist wirtschaftlich kaum erschlossen. Hauptprodukt der Landwirtschaft ist Kakao, Kaffee, Tabak und Zucker. An Bodenschätzen besitzt es: Petroleum, ausgebeutet von zwei englischen Gesellschaften; außerdem unaufgeschlossene Kohlen-, Eisen-, Kupfer-, Gold- und Silberbergwerke. Ein großer Teil des Landes ist von Urwäldern bedeckt.

Industrie wenig; einige Mühlen, Zuckerfabriken und Schokoladefabriken. Die wichtigste Industrie ist die Erzeugung der sogenannten Panamahüte. Außenhandel richtet sich vor allem nach den Vereinigten Staaten und nach Großbritannien. Hauptausfuhrartikel sind: Kakao, Hüte, Kaffee; Haupt-Importartikel: Textilwaren, Lebensmittel, Maschinen.
Eine nennenswerte Arbeiterbewegung gibt es nicht.

Estland.

Die Republik Eesti (Eestien, Estland) ist das kleinste Glied in der Randstaatenkette an der westlichen Peripherie des früheren Zarenreichs, entstanden nach dem Zusammenbruche des deutschen Imperialismus (November 1918). Von Gnaden der Okkupationsmächte zur Herrschaft gelangt, behauptete die einheimische Bourgeoisie, mit Hilfe finnischer, dänischer u. a. Freiwilligertruppen und englischer Munition, ihre Macht gegen den roten Ansturm. Nachdem jedoch die beiden Judenitsch-Angriffe auf Petrograd zurückgeschlagen worden waren, sah sich die estnische Bourgeoisie gezwungen, mit Rußland Frieden zu schließen. Der Friedensvertrag wurde am 2. Februar 1920 in Dorpat (Tartu) unterzeichnet und Eesti damit seitens Sowjetrußland als unabhängiger Staat anerkannt. Es war der erste Friedensvertrag Sowjetrußlands und schlug die erste Bresche in die weiße Blockademauer.

Estland hat eine Größe von 46 147 qkm und zählt zirka 1 200 000 Einwohner (26 Einwohner auf 1 qkm), davon etwa 300 000 in Städten. Die Hauptstadt Reval (Tallinn) hat 120 000 Einwohner. Etwa 85 Prozent der Bevölkerung sind estnischer, 5 Prozent deutscher und 8 bis 10 Prozent russischer Nationalität; außerdem gibt es eine kleine Anzahl von Schweden (auf den Inseln), Juden u. a. m. Die Mehrheit ist evangelisch-lutherisch (zirka 80 Prozent), die übrigen, mit einer kleinen Ausnahme, griechisch-katholisch.

Die höchste Macht im Staate ist die Reichsversammlung (das Parlament), die aus 100 Mitgliedern besteht und auf drei Jahre gewählt wird. Die Regierung ist dem Parlament verantwortlich. An der Spitze der Regierung steht ein Ersatzpräsident, der Reichsälteste genannt. In der Konstitution sind Referendum und Initiativrecht des Volkes vorgesehen. Die Wahlen geschehen auf breiter bürgerlich-demokratischer Basis. Allerdings ist die Republik in 10 Wahlbezirke eingeteilt mit der Absicht, den Einfluß der organisierten industriellen Arbeiterschaft auf einige wenige Bezirke zu beschränken.

Die politischen Parteien kann man in vier Gruppen teilen: 1. die bürgerlich-reaktionäre Gruppe mit dem Bauernbund an der Spitze. Die leitende Rolle in dieser Partei der wohlhabenden Bauernschicht spielt jedoch eine kleine Gruppe von Bank- und Spekulationskapitalisten und reaktionären Bürokraten. — Hand in Hand mit dem Bauernbund geht die Christliche Partei, ein ökonomischer Mischmasch, vorwiegend aus verschiedenen Schichten des Mittelstandes, mit der speziellen Losung: obligatorischer Religionsunterricht in allen Schulen! — In diese Gruppe gehören auch die beiden nationalistischen Parteien, die deutsche, mit den früheren Baronen an der Spitze, und die russische, sowie die sogenannte „ökonomische" Partei, deren Kern eine Gruppe von wohlhabenden Hausbesitzern bildet;

2. die bürgerlich-liberale Gruppe, eigentlich eine einzige Partei — die Volkspartei; stützt sich hauptsächlich auf die bürgerliche Intelligenz und einen Teil der Bauernschaft;

3. die kleinbürgerliche Gruppe, bestehend aus 2 Parteien: erstens aus der „Sozialistischen" Arbeitspartei,

einer kleinbürgerlichen Partei par excellence, teils stark zur Reaktion hinneigend, teils kleinbürgerlich-demokratische Illusionen hegend; zweitens aus der Sozialdemokratie, wie sie sein soll: in der Regierung der tollste Feind der revolutionären Arbeiterschaft, aus der Regierung hinausgeworfen — wieder um die Gunst des Proletariats buhlend. Beide stützen sich vorwiegend auf kleinbürgerliche Elemente und auf halbproletarische Schichten; die Sozialdemokratie auch auf einen kleinen Teil der rückständigsten Arbeiterschicht;

4. die Gruppe der Kommunistischen Internationale — die beiden Arbeiterparteien: die USP., die immer ernster bestrebt ist, die zentristischen Tendenzen abzustreifen, und die Kommunistische Partei Estlands (Sektion der Kommunistischen Internationale).

Die Parlamentswahlen Ende November 1920, an denen die Kommunistische Partei, als streng illegale, sich direkt nicht beteiligen konnte, ergaben folgendes Resultat:

1. Gruppe:	Bauernbund	21 Sitze	2. Gruppe:	Volkspartei	10 Sitze
	Christlichen	7 „	3. Gruppe:	Arbeitspartei	22 „
	Deutsche Partei	4 „		Sozialdemokratie	18 „
	Russen	1 „	4. Gruppe:	U.S.P. Estlands	11 „
	Oekonom. Part.	1 „		Kommunisten	5 „

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Stimmung in den Massen sich seitdem wesentlich verändert hat. Es herrscht eine große Unzufriedenheit gegen die beiden herrschenden Parteien, den Bauernbund und die Arbeitspartei.

Eine Berufsstatistik nach Klassengesichtspunkten gibt es nicht. Im allgemeinen ist anzunehmen, daß von den 800 000 Personen landwirtschaftlicher Bevölkerung zirka 65 Prozent Landlose oder Parzellenbauern sind. Die Zahl der Lohnarbeiter in den 2700 (1921) Industrieunternehmungen beträgt gegen 40 000. Von den 9450 (1921) Handelsbetrieben waren 7700 Kleinhändler, die nur ausnahmsweise fremde Hilfskräfte beschäftigten, und nur 300 bis 400 eigentliche Großbetriebe mit einer Anzahl von Lohnarbeitern.

Die Landwirtschaft. Bis 1919 spielte der Großbetrieb mit 1857 Gütern gegen die 74 000 Bauernhöfe eine dominierende Rolle. Das Agrarreformgesetz von 1919 verkleinerte aber die Güter durch Parzellierung, und die Folge davon war ein allgemeiner Rückgang in der Landwirtschaft. So z. B. waren von zirka 900 000 Deßjatinen (à 1,925 ha) Gesamtackerland im Jahre 1921 nicht ganz 500 000 Deßjatinen bebaut.

Die meisten großen Industriebetriebe wurden seinerzeit für das großrussische Gebiet gegründet. Jetzt, wo Estland von Rußland losgelöst ist, verliert die Großindustrie Estlands infolge von Mangel an Rohstoffen und Heizmaterialien allmählich den Boden. Soweit sie noch existiert, produziert sie auch heute noch für Sowjetrußland. An erster Stelle steht die Metallindustrie — dann kommen Textil- und Papierindustrie. Den Rückgang der Industrie bezeichnet das Herabsinken der Zahl der beschäftigten Arbeiter in der Großindustrie von zirka 45 000 (normal) auf 15 000 (1921). Im Bergbau produzieren nur ein paar Zementfabriken für den Export. Projektiert wird die Elektrifizierung des Wasserfalles in Narwa, der etwa 60 000 PS. liefern könnte.

Wegen der Armut an Naturschätzen, an Landwirtschafts- und Industrieprodukten ist auch der Außenhandel schwach entwickelt. Die Bilanz zeigt z. B. für das Jahr 1921: Wert der Ausfuhr 2236,7 Millionen Estmark, Wert der Einfuhr 4422,6 Millionen Estmark. (Ein englisches Pfund gleich 1500 Estmark.) Die wichtigsten Ausfuhrartikel sind Flachs, Kartoffeln, Spiritus, Holz und Holzwaren, Papier und Zement; eingeführt werden Metallwaren, Mineralien, Chemikalien, Eßwaren, Bekleidungsartikel. Eine wichtige Rolle spielt der russische Transithandel, im Januar 1922 weit über 1 Million Pud (à 16,38 kg). Diesem Transithandel ist es an erster Stelle zu verdanken, daß die Entwertung der Estmark in den letzten Monaten zum Stillstand gekommen ist, ja die großen Getreideaufkäufe (für Sowjetrußland) haben der Estmark sogar eine kleine Kursverbesserung gebracht.

Wert des englischen Pfundes in Estmark

Januar 1919 . . . . 60 Estmark
„ 1920 . . . . 400 „
„ 1921 . . . . 1350 „

Das Staatsbudget zeigt ein ständiges Defizit:

Jahr	Ausgaben in Millionen	Defizit Estmark	Defizit in Prozent
1918/19	714	576	80
1920	2 500	712	28,5
1921	6 400	1 019	15,9
1922	5 512	342	6,2

Die beiden letzten Zahlen sind bloß Voranschläge. Die scheinbare Verbesserung des Budgets geschieht auf Kosten der Verschlechterung der allgemeinen Lage; so zeigten z. B. die Kreis- und Kommunalverwaltungen in ihren Budgets für 1922 ein Defizit von 180 Mill. Estmark bei 330 Mill. Ausgaben (54,5 Prozent). Die Steuerlast ist unerträglich; der Schnaps spielt im Staatshaushalt die wichtigste Rolle (1921 22,3 Prozent) der Einnahmen. Den größten Teil der Einnahmen verschlingt das Heerwesen: 1922 zirka 36 Prozent!

Die Staatsschulden an das Ausland datieren aus der Kriegszeit und betrugen am 1. Jan. 1922 15,85 Mill. Dollar, 251 000 Pfund Sterling, 10 Mill. Frs. und 463 930 dänische Kronen, im Ganzen 6548,5 Mill. Estmark oder rund 5500 Estmark auf den Kopf der Bevölkerung.

Bis 1918 kämpfte das Proletariat Estlands Schulter an Schulter mit der russischen Arbeiterklasse. Die Oktoberrevolution vollzog sich in Estland ohne Blutvergießen; die Bourgeoisie fühlte sich zu schwach, um einen bewaffneten Widerstand zu leisten. Die deutsche Okkupation (1918) zerstreute die Reihen des kämpfenden Proletariats; Tausende flohen nach Rußland, die Organisationen wurden fast völlig vernichtet. Diese Schwäche der organisierten Arbeiterschaft gestattete der Bourgeoisie, Hand in Hand mit den freiwilligen sozialdemokratischen Henkern nach dem Zusammenbruch der Okkupation die Macht zu ergreifen und die Arbeiterklasse zu unterdrücken.

Mit Hilfe eines furchtbaren Terrors behauptete sie ihren Platz. Mehr als 3000 Opfer hat der Klassenkampf die estnische Arbeiterklasse seit 1918 gekostet, bei einer Bevölkerungszahl von 1 200 000!

Anfang 1919 beherrschte die Sozialdemokratie das Feld der legalen Arbeiterbewegung. Bald aber trat die Wandlung ein. Der erste Gewerkschaftskongreß am 30. August 1919 erklärte sich mit erdrückender Majorität für die Kommunistische Internationale, forderte den sofortigen Frieden mit Sowjetrußland und stellte die Sozialdemokraten als infame Kriegshetzer und Verräter an den Pranger. Nur 33 Delegierte von 412 stimmten für die Sozialdemokraten. Eine furchtbare Rache war die Antwort darauf: der sozialdemokratische Minister des Innern, Herr A. Hellat, jagte mit seinen Kosaken den Kongreß auseinander; 102 Delegierte wurden verhaftet, 76 davon unverzüglich durch die Front nach Rußland deportiert, 26 an der Grenze getötet, darunter ein bekannter Sozialdemokrat.

Alle Versuche, eine neue Zentralleitung der Gewerkschaften zu schaffen, hat die Regierung, da sie seit dem Kongreß eine Erstarkung des kommunistischen Einflusses befürchtet, vereitelt. Ihre Bestrebungen, die Arbeiterorganisationen durch den Terror wieder unter den Einfluß der Sozialdemokratie zu bringen, sind jedoch vollständig mißlungen. Die Sozialdemokratie suchte sich eine neues Betätigungsfeld auf dem Lande. Das stark terrorisierte und rückständige ländliche Proletariat war ein dankbares Feld für die sozialdemokratischen Schönredner. In wenigen Monaten hatten sie über hundert Landarbeitervereine gegründet. Aber schon auf dem ersten Landarbeiterkongreß (Mai 1920) erlitt die Sozialdemokratie eine Niederlage; die Leitung des Landarbeiterverbandes ging in die Hände der U. S. P. über, welche sich vor kurzem mit der Kommunistischen Internationale solidarisch erklärt hatte, sich sonst aber nur revolutionärer Phrasen befleißigte.

Die Führerrolle in der industriellen Gewerkschaftsbewegung übernahm der Revaler Gewerkschaftsrat. Seine Bedeutung trat zutage bei dem mächtigen Proteststreik während des Prozesses gegen 35 Kommunisten in Reval am 30. Juni 1920, und noch viel stärker bei den Parlamentswahlen. Da die Sozialdemokratie von der organisierten Arbeiterschaft schon längst in Acht und Bann erklärt worden und die U. S. P. nur in Worten revolutionär war, die Kommunistische Partei aber öffentlich an den Wahlen sich nicht beteiligen konnte, stellte der Revaler Gewerkschaftsrat seine eigene Kandidatenliste auf (in fünf Bezirken) und führte, trotz allen Terrors, fünf seiner Vertreter in die Reichsversammlung, wo sie sich als die Kommunistische Fraktion konstituierten. In der Hauptstadt

Reval erhielt die Gewerkschaftsliste über 14 200 Stimmen, weit mehr als irgend eine andere Partei. (Die nächstfolgende Arbeiterpartei erhielt 7800 und die Sozialdemokratie sogar nur zirka 2000 Stimmen.)

Das Ergebnis der Parlamentswahlen ermunterte die Arbeiter. Bei den Kommunalwahlen in Reval (Februar 1921) stellten sie ihre Kandidaten offen als Kommunisten auf und eroberten im Stadtparlament 28 Sitze (von 101). Dieses starke Anwachsen des Einflusses der revolutionären Gewerkschaften rief die Bourgeoisie zur Gegenwehr, um so mehr, als Mitte April zwei Kongresse, der allgemeine Gewerkschaftskongreß und der Landarbeiterkongreß, stattfinden sollten und eine Mehrheit für die Kommunisten klar vorauszusehen war. Im April brach dann der Sturm los. Die beiden Kongresse wurden verboten und alle auf den Gewerkschaftslisten stehenden Kandidaten (bei Parlaments- wie auch Kreis- und Kommunalwahlen), viele Vorstandsmitglieder der Gewerkschaften und des zugleich unterdrückten Jungproletarierverbandes verhaftet. Frei blieben nur die fünf „immunen" Kommunisten im Parlament.

Dieses terroristische Wüten der Bourgeoisie brachte einen kurzen Stillstand in die Bewegung; da die illegale Organisation der Kommunistischen Partei aber intakt geblieben war, konnte der Schaden bald wieder wettgemacht werden; und als in den Herbstmonaten 1921 die Bourgeoisie einen ökonomischen Feldzug gegen das Proletariat begann, waren die Gewerkschaften gerüstet und schlugen die ersten Anstürme zurück. Damit begann eine neue aufsteigende Welt in der Arbeiterbewegung Estlands; eine rege Agitation für die Gewerkschaften, für eine Reorganisierung derselben in Industrieverbänden.

In diese Periode gehören auch die ersten Schritte zur Schaffung einer E i n h e i t s f r o n t in Form einer Aufforderung an alle Parlamentsfraktionen, die sich als Arbeitervertreter bezeichnen, die in der gemeinsamen Versammlung des Revaler Gewerkschaftsrats und der Fabrikältesten des Revaler Bezirks aufgestellten Forderungen zu unterstützen. In der weiteren Entwicklung wurden diese Forderungen vervollständigt und von denselben Organisationen als die Forderungen der allgemeinen Einheitsfront aufgestellt. Die Idee der Einheitsfront fand bei den Arbeitermassen ein so lebhaftes Echo, daß es bald gelang, ein spezielles Organ der Einheitsfront zu gründen („Tallinna Tööline" (Der Revaler Arbeiter), das einzige legale politische Blatt der klassenbewußten Arbeiterschaft, das seit dem 1. Februar zweimal, seit dem 1. April dreimal wöchentlich erscheint. Jede Nummer zählt eine Reihe von Organisationen, Versammlungen usw. auf, welche die

Forderungen der Einheitsfront angenommen haben und sich verpflichten, dieselben zu unterstützen.

Einen Markstein in der Entwicklung der Gewerkschafts- und überhaupt in der Arbeiterbewegung Estlands bildet der am 20.—22. März 1922 abgehaltene 2. Kongreß der Landarbeiterorganisationen. Mit nur vier oder fünf sozialdemokratischen Delegierten (von 84) bedeutet dieser Kongreß das Ende der Sozialdemokratie Estlands auch bei dem ländlichen Proletariat. Dasselbe Ergebnis hatte die allestnische Konferenz der Fabrikältesten am 25. und 26. März, eine enorme Majorität (97 von 105) für die Forderungen der Einheitsfront, also gegen die Sozialdemokratie, die sich kategorisch gegen die „kommunistische" Einheitsfront erklärte.

Im ganzen steht jetzt die Arbeiterbewegung in Estland im Zeichen des revolutionären Klassenkampfes. Die Hauptaufgabe ist, die bisher noch indifferenten Massen heranzuziehen und die halbproletarischen Schichten zu bearbeiten. Die Güterparzellierung mit daraus resultierender Arbeitslosigkeit auf dem Lande und die bedrückte Lage der Parzellenbauer und der neuen Ansiedler bereiten dazu einen fruchtbaren Boden vor. Leicht wird der Kampf allerdings nicht werden, denn die bürgerlichen Schichten sind alle in ihren Vereinen resp. Parteien usw. organisiert, bei weitem besser als die Arbeiterschaft mit ihren vier Parteien, welche sich durch den Begriff „Arbeit" verbinden: der Arbeitspartei, der Sozialdemokratie, der U. S. P. und der Kommunistischen Partei.

Die Arbeitspartei ist ein Abklatsch der russischen Trudowiki; ihre Führer sind teils frühere Revisionisten, teils Sozialrevolutionäre, im „Prinzip" Sozialisten, in Wirklichkeit die tollsten Wucherer und Spekulanten. Bei der industriellen Arbeiterschaft hat diese Partei absolut keinen Anhang, wohl aber bei den Halbproletariern in Stadt und Land.

Die Sozialdemokratie ist Leib und Seele der russischen Menschewikis, die entstand als eine selbständige Organisation im Frühjahr 1917. Während und nach der Oktoberrevolution bildete sie mit der Bourgeoisie eine Einheitsfront gegen die Bolschewiki und für die unabhängige Republik Estland. Loyal gegenüber der deutschen Okkupation blieb sie unbehelligt und trat nach dem Zusammensturze derselben als „die einzige revolutionäre" Partei vor das Proletariat, in Wirklichkeit mit ihren blutigen Händen die Revolution erwürgend. Ihr hat die Bourgeoisie ihre Existenz zu verdanken. Sie erntete keinen Dank. Sobald die Sozialdemokratie durch ihre verräterische Politik ihren Kredit bei der Arbeiterklasse verscherzt hatte, vergaß die Bour-

geoisie ihre früheren Verdienste und setzte sie vor die Tür. Die Sozialdemokraten wurden gezwungen, aus der Regierung auszuscheiden (Juli 1920). Bei den Parlamentswahlen (November 1920) sammelte sie allerdings noch etwa 85 000 Stimmen (April 1919 152 000); aber schon bei den nächstfolgenden Kommunalwahlen ging ihre Stimmenzahl stark zurück, und seitdem ist ihr Einfluß ständig kleiner geworden. Zweimal ist ihr Organ eingegangen; das jetzige fristet sein Leben von Annoncen und dergleichen mehr.

Die U. S. P. (Unabhängige Sozialdemokratische Partei) ist entstanden aus den Resten der früheren Sozialrevolutionären Partei (April 1920). Nach der Oktoberrevolution unterstützte der linke Flügel der Sozialrevolutionären Partei die Sowjetregierung. Die Okkupation zwang aber die meisten Vertreter dieser Richtung, Estland zu verlassen. Die Politik der übrigen war in den nächsten Jahren sehr zweideutig und schwankend, jedenfalls nicht revolutionär. Die Partei ging einer völligen Bedeutungslosigkeit entgegen. Also wurde die Firma gewechselt und der Versuch gemacht, durch eine platonische Liebeserklärung an die Kommunistische Internationale ihr Ansehen bei der Arbeiterschaft zu erhöhen. Auf dem zweiten Kongreß (Frühjahr 1921) kamen die „21 Punkte" zur Sprache, und da entpuppten sich die eigentlichen Führer der Partei als regelrechte Leviten. Zugleich trat aber auch der Gegensatz zwischen diesen Führern und den revolutionär gesinnten „Gemeinen" zutage. Um ihren schwindenden Einfluß zu stärken, beantragten die Opportunisten den Anschluß der Partei an die Kommunistische Internationale (vor dem dritten Kongreß). Die Entscheidung wurde mit dem besten Resultat vertagt: es begann eine rege innere Tätigkeit von unten auf, ein Drängen zum wirklich revolutionären Handeln, und weil die Führer dabei nicht mitmachen wollten, begann eine allmähliche Reinigung der Partei von Opportunisten und Zentristen. Die Folge davon war ein wachsendes Interesse der revolutionären Arbeiterschaft für diese Partei und eine Verständigung zwischen der U. S. P. und der Kommunistischen Partei in Bezug auf die Einheitsfront.

Die Kommunistische Partei Estlands konstituierte sich als eine selbständige Organisation nach dem Zusammenbruch der Okkupation (November 1918) aus den Resten der früheren und der während der Okkupation neugegründeten bolschewistischen Kollektiven, mit der Revalschen Organisation an der Spitze. Sie nahm unverzüglich den Kampf gegen die Bourgeoisie auf, litt ungemein schwer unter dem weißen Terror und ist seit ihrem Entstehen streng illegal geblieben. Die Zugehörigkeit zur Kommunistischen Partei

unterliegt in der „demokratischen" Republik Estland immer noch dem Feldgericht und wird mit schweren Zuchthausstrafen bestraft. Die „Untersuchung" geschieht unter Anwendung von bestialischer, moralischer und physischer Inquisition, bis zur elektrischen „Wanne" gesteigert, gewöhnlich mit tödlichem Ausgange. Erschießen eines Kommunisten durch Geheimpolizisten hat die Regierung öffentlich von der Parlamentstribüne aus als eine „hochpatriotische Tat" gepriesen. Für die Kommunistenmörder von Isborsk (die Ermordung der 26 Delegierten des ersten Gewerkschaftskongresses) findet der republikanische Staatsanwalt keinen Paragraphen im zaristischen Strafgesetzbuch (die Republik Estland hat die zaristischen Gesetze übernommen!), ebensowenig wie für die junkerlichen Landesverräter.

Unter solchen Bedingungen ist die Arbeit der K. P. allerdings außerordentlich schwer und fordert die äußerste Vorsicht. Daraus erklärt sich die verhältnismäßig geringe Mitgliederzahl der Partei (siehe unten), aber zugleich auch die Tatsache, daß trotz aller Spionage die Parteiorganisationen die ganze Zeit über keinen nennenswerten Abgang erlitten haben, obwohl die Partei seit 1920 zwei Kongresse und einige Konferenzen abgehalten hat (alle in Estland).

Vor dem zweiten Kongreß der Kommunistischen Internationale war die Zahl der registrierten Mitglieder der K. P. E. 690, vor dem dritten Kongreß 1149. Dazu kommt eine fast ebenso große Anzahl Arbeiter, die allgemein als Kommunisten angesehen werden und für die Partei tätig sind, aber aus verschiedenen Gründen sich nicht formell registrieren lassen. Es muß gleich hinzugefügt werden, daß keine andere Partei in Estland bisher ihre Mitgliederzahl „verraten" hat, ein Vergleich also unmöglich ist. Nur für Reval sind einige Zahlen vorhanden, und daraus ersieht man, daß die K. P. in Reval etwa viermal soviel Mitglieder hat als die Sozialdemokratische Partei oder die Unabhängige Sozialdemokratische Partei (Ende 1921; die Organisation der U. S. P. ist seitdem stetig gewachsen).

Kommunistische und kommunistisch gesinnte Presse. Es erscheinen zurzeit kommunistisch (illegal): „Der Kommunist" (ein- bis dreimal monatlich); „Der Jungproletarier" (einmal monatlich); im kommunistischen Sinne (legal): „Töö" („Arbeit" Gewerkschaftsjournal, einmal monatlich); „Noor Tööline" („Der Junge Arbeiter", Journal, einmal monatlich); „Tallinna Tööline" („Der Revaler Arbeiter", das Organ der Einheitsfront, dreimal wöchentlich); „Politika ja Taktika" („Politik und Taktik", Organ der Revaler Organisation der U. S. P., seit 1. April irregulär). Die Auflage schwankt zwischen vier- und zehntausend.

Sehr aktiv ist die Jungproletarierbewegung. Nachdem ihre legale Organisation zertrümmert und verboten wurde (April 1921), arbeitet sie illegal. Schon Ende 1921 hatte die illegale Organisation über 300 registrierte Mitglieder und eine Anhängerschaft von zirka 2000; seitdem ist ihr Einfluß stark gewachsen. Es ist bezeichnend, daß der vierte Kongreß der Schuljugend, die noch vor drei Jahren die besten Bataillone zur Verteidigung des „Vaterlandes" hergab, jetzt (Januar 1922) scharf antimilitaristische und antipatriotische Resolutionen annahm.

Bis zur letzten Zeit wurde keine spezielle Arbeit unter den Arbeiterinnen geleistet — Agitation und Propaganda wurde gemeinsam geführt. Daß die Arbeiterinnen an der Arbeit sehr aktiv teilgenommen haben, zeigt u. a. ihr großer Prozentsatz unter Verhafteten und Ausgewiesenen. Viele von ihnen sind gefoltert und vergewaltigt worden.

Die Genossenschaftsbewegung wurde bisher als eine Art von Nebentätigkeit der Gewerkschaften betrachtet. (Die Gewerkschaften haben ihre eigenen Konsumgenossenschaften.)

Im allgemeinen zeigt sich seit Oktober-November des vorigen Jahres eine neue aufsteigende Welle in der Arbeiterbewegung Estlands, viel kräftiger, weil auf eine viel breitere Einheitsfront sich stützend als früher. Der Rückschlag der Krise ist überwunden, die Folgen des terroristischen Sturmes vom April-Mai des vorigen Jahres drohen der Bourgeoisie selbst zum Verhängnis zu werden. Der kommende „Prozeß der 115" wird die beste Gelegenheit geben zur Entblößung des reaktionärsten Zarismus hinter der Maske einer falschen Demokratie.

Die Fahne der Kommunistischen Internationale sammelt um sich immer größere Scharen von Proletariern und Halbproletariern, und während die Sozialdemokratie in Unentschlossenheit zwischen der 2. und der 2½.-Internationale pendelnd hinsiecht und sogar die alte Losung „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!" von ihrer verwitterten Fahne abgestreift hat, schreitet der Kommunismus von Erfolg zu Erfolg.

Finnland.

Finnland, seit 1809 autonomer Teil des russischen Reiches, erklärte sich am 6. Dezember 1917 durch Beschluß des finnischen Landtages als selbständige Republik. Es umfaßt 387 580 Quadratkilometer und zählte Ende des Jahres 1920 3 364 788 Einwohner.

Seit dem Jahre 1907 ist die Geburtenziffer gesunken, besonders stark im Jahre 1919, wo die Anzahl der Geburten 63 899 gegen 90 000

im vergangenen Jahre betrug. Die abnorm geringe Geburtenziffer des Jahres 1919 ist dadurch erklärlich, daß bis zum Ende des Jahres 1918 von der männlichen Arbeiterbevölkerung Finnlands gegen 100 000 Arbeiter in Gefangenenlagern interniert gehalten worden sind. Im Zusammenhang mit den Arbeiterverfolgungen im Jahre 1918 war die Sterbeziffer in diesem Jahre eine sehr hohe. 1918 verhungerten 15 000 Arbeiter in den Gefangenenlagern, 18 000 wurden erschossen, 10 000 fielen an den Fronten im Kampfe mit den Weißen. Rechnet man die Verluste der Weißen mit, so beträgt die Anzahl des durch die Revolution verursachten Menschenverlustes im Jahre 1918 zirka 45 000 Personen.

Die Hauptstadt des Landes ist Helsingfors mit 192 941 Einwohnern im Jahre 1920. In den Städten Finnlands wohnten im Jahre 1920 etwa 16 Prozent der Gesamtbevölkerung. Die vorherrschende Nationalität sind die Finnen mit 88,7 Prozent der Bevölkerung, dann die Schweden mit 11 Prozent und andere Nationalitäten mit 0,3 Prozent der Bevölkerung. Die Mehrheit der finnischen Bevölkerung ist dem Glaubensbekenntnis nach lutherisch.

An der Spitze der finnischen Regierung steht ein auf 6 Jahre gewählter Präsident. Die Rechte der Gesetzgebung und der Steuerbewilligung besitzt der Landtag, der auf Grund des allgemeinen gleichen und geheimen Wahlrechtes gewählt wird. Doch wurden 30 000 Arbeiter wegen Teilnahme an der Revolution 1918 ihres Wahlrechts beraubt. Neben der offiziellen Regierungsmacht besteht eine nichtoffizielle bürgerliche Klassenmacht, die sich auf die sogenannten Schutzkorps stützt, deren Anzahl ungefähr 100 000 Mann beträgt.

Die politischen Organisationen.

Im Jahre 1899 wurde in Finnland die Arbeiterpartei gegründet, die 1903 ein Programm annahm, das auf den Grundsätzen des Erfurter Programms fußte. Die Partei nahm damals den Namen „Sozialdemokratische Partei Finnlands" an und trat der Zweiten Internationale bei. Im November 1905 organisierte die Partei im Zusammenhang mit der ersten russischen Revolution den Generalstreik. Sie rekrutierte sich neben den Industrie- und städtischen Arbeitern hauptsächlich aus dem mittellosen Teil der Landbevölkerung und den sogenannten Kätnern (Bodenpächter in halbfeudalen Verhältnissen). Nach 1905 war die finnländische Sozialdemokratie unbestritten die stärkste politische Partei Finnlands. Im Jahre 1907 nahm sie zum ersten Mal an Parlamentswahlen teil und eroberte gleich 80 von 200 Mandaten des Landtages. Im Jahre 1916, während des Krieges also, stieg die Zahl der Mandate auf 103, wodurch die Partei im Landtage die absolute Majorität hatte. Die Februarrevolution 1917 in Rußland löste unter der finnischen Arbeiterschaft eine revolutionäre Massenbewegung aus, und die Partei wurde gezwungen, sich mit den praktischen Problemen der Arbeiterrevolution und mit dem Kampfe um die Macht im Staate

zu beschäftigen. Lange Zeit, noch während des Generalstreikes im November 1917, war die Parteileitung gegen eine offene Revolution. Doch schon Ende Januar 1918 brach diese aus, und die Partei stellte sich an die Spitze der Erhebung. Mit Hilfe deutscher Truppen und schwedischer Freiwilliger wurde die Revolution blutig niedergezwungen und die Sozialdemokratische Partei vernichtet, von der beinahe alle Mitglieder entweder getötet oder interniert wurden oder aus dem Lande fliehen mußten. Damals verblieb im Landtage nur ein einziger sozialdemokratischer Landtagsabgeordneter. Doch erstaunlich schnell gewann die Arbeiterklasse wieder an Kraft.

Von den in Rußland lebenden Emigranten wurde im August 1918 die Kommunistische Partei Finnlands gegründet, die bald ihre Tätigkeit nach Finnland ausdehnte. Sie konnte natürlich nur illegal wirken. Auch die legalen Arbeiterorganisationen erwachten Ende 1918 und Anfang 1919 allmählich wieder zum Leben. Oeffentliche Agitations- und Arbeitsmöglichkeit hatte jedoch nur die geringe Gruppe der sozialdemokratischen Führer, die an der Revolution nicht teilgenommen und nachher öffentlich jede Teilnahme an ihr abgeleugnet hatte. Diese Gruppe stellte sich nun an die Spitze der neuen organisatorischen Bestrebungen. Es wurde die Sozialdemokratische Partei gegründet, die im Dezember 1921 ihren 1. Kongreß abhielt. Das Programm der neuen Partei war kleinbürgerlich und gegenrevolutionär. Im März 1919 nahmen die Arbeiter an den Wahlen zum Landtag unter der Leitung der neuen Partei teil. Die Partei eroberte 80 Sitze im Parlament. Die Anzahl der organisierten Mitglieder betrug 1920 50 000, sank aber später.

Die Haltung der Sozialdemokraten rief unter dem größten Teil des Proletariats eine starke Opposition hervor, und trotz der rücksichtslosen Verfolgungen begannen die Arbeiterorganisationen, sich massenhaft von der Sozialdemokratie loszusagen. Im Mai 1920 schlossen sich diese Organisationen zur „Sozialistischen Arbeiterpartei Finnlands" zusammen, die trotz der Verfolgungen von seiten des Staates — die Gründungsversammlung wurde von der Polizei aufgelöst, das erste Parteikomitee verhaftet, das zweite Anfang 1922 wieder verhaftet — ständig an Boden bei der finnischen Arbeiterschaft gewann. Die Mitgliederzahl der Partei dürfte jetzt 50 000 überschreiten. Sie besitzt 6 Zeitungen und 2 Zeitschriften. Die „Hauptstütze" der Sozialdemokratie ist die Sozialdemokratische Parlamentsgruppe. Von sozialdemokratischen Abgeordneten sind nur 2 zu den Kommunisten übergegangen. Die Sozialistische Arbeiterpartei hat sich der Kommunisti-

schen Internationale mit einem „eigenen Programm" angeschlossen, um auf diese Weise ihre öffentliche Tätigkeit nicht unterbrechen zu müssen.

Seit dem Jahre 1906 besteht auch eine Christliche Arbeiterpartei, die während einiger Jahre ein bis zwei Vertreter im Landtage besaß, doch fast bedeutungslos ist.

Unter den bürgerlichen Parteien nimmt eine besondere Stellung die Kleinbauern-Partei ein. Ihre Anhänger sind Bauern mit Kleinbesitz. Sie wurde nach 1915 ins Leben gerufen und gewann eine ständig zunehmende Bedeutung. Nach 1918 war sie mit der Progressiven Partei die republikanische Regierungspartei und war an der Macht, solange diese von der Rechten nicht ausgeübt werden konnte.

Die Progressive Partei wurde 1918 aus den fortschrittlichen Elementen der beiden finnisch-nationalistischen Parteien, den Jung- und Altfinnen, gebildet. Die Partei ist republikanisch und huldigt in ihrem Programm liberal-bürgerlichen Grundsätzen. Dagegen ist die ebenfalls im Jahre 1918 gebildete Nationale Finnische Koalitionspartei konservativ und monarchistisch-militärisch; sie war 1918 im Verein mit der Schwedischen Partei die Hauptträgerin der deutschen monarchistischen Politik in Finnland. Sie stützt sich auf die Staatsfunktionäre, auf die Großbauern und auf den reaktionären Klerus.

Die Schwedische Volkspartei ist gleichfalls monarchistisch gesinnt und repräsentiert die Klasse der schwedischen Staatsfunktionäre und Bauern. Die beiden letztgenannten Parteien sind eifrige Förderer des Interventionsgedankens gegen die russische Räterepublik. Bei den Wahlen März 1919[1]) zum Landtage erhielten die verschiedenen Parteien folgende Stimmen und Mandate:

	Sozialdemokratie	Klein-Bauernpartei	Progr. Partei	Koalitionspartei	Schwed. Partei	Christl. Arbeit. Partei	übrige Part.	Summe
Stimmen	364 206	177 025	135 211	150 898	116 582	14 236	1 671	953 829
Mandate	80	42	26	28	22	2	—	200
Prozent	37,9	18,5	14,1	15,7	12,1	1,5	0,2	100

Die Verteilung der Bevölkerung nach den Berufen war 1910 folgende:

Ackerbau und Viehzucht	Industrie	Handel und Transport	Staatsfunktionäre und freie Berufe	Diener	Sonstige Berufe	Ohne Beruf
1 935 000	353 000	141 000	67 000	28 000	224 000	173 000
66,2 %	12,1 %	4,8 %	2,3 %	1,0 %	7,7 %	5,9 %

[1]) Unterdessen haben in Finnland Juli 1922 neue Wahlen stattgefunden mit folgendem Ergebnis:

Sozialdemokraten	53	Mandate
Sozialistische Arbeiterpartei (Kommunisten)	27	,,
Bauernpartei	45	,,
Finnische Koalitionspartei	35	,,
Schwedische Volkspartei	25	,,
Progressive Partei	15	,,

In der Landwirtschaft überwiegen die proletarischen und halbproletarischen Elemente. Von 497 000 Erwerbstätigen werden 295 360 zu den reinen Proletariern gerechnet. Von den restlichen sind zirka 90 000 Kleinpächter des Halbfeudaltypus (Kätner), Parzellenbesitzer mit kleinem Bodenbesitz sowie heimgebliebene Bauernsöhne. Die letzten 100 000 bilden Finnlands landbesitzende Bauernklasse, pro Kopf mit einer bebauten Fläche zwischen 5 und 50 Hektar. Nur 3 700 Landwirte haben größeren Grundbesitz. Die große Masse der proletarischen und halbproletarischen Elemente unter der ländlichen Bevölkerung erklärt die relativ starke Rekrutierung der Arbeiterparteien aus den ländlichen Gegenden. Die Industriebevölkerung zählt 122 550 Personen als Arbeiter, zirka 19 000 halbproletarische Handwerker sowie gegen 6 000 Fabrikbesitzer, Direktoren und leitendes Personal. Von Erwerbstätigen veranschlagt die Statistik des Jahres 1910 51,1 Prozent als Ganz- und Halbproletarier, welche Zahl sich auf 76,4 Prozent erhöht, wenn man auch die dazu gehörigen Familienmitglieder zu den proletarischen rechnet.

Wirtschaftsverhältnisse. Vom gesamten Grundbesitz gehört dem Staate ein Drittel, 12,5 Millionen Hektar, hauptsächlich Wald. Im Jahre 1901 verteilte sich der Privatgrundbesitz, gegen 20 Millionen Hektar, in folgenden Größengruppen:

	Grundbesitzer		Grundbesitz	
	Anzahl	Prozent	ha in 1000	Prozent
Kleinbesitzer unter 50 ha	31 262	26,4	873	4,4
50-250 ha	67 830	57,2	7 815	39,3
über 250 ha	19 525	16,4	11 216	56,3
Summa	118 617	100	19 904	100

Nach der Spezialuntersuchung des Jahres 1917 besaßen die größten Grundbesitzer mit je über 2000 ha 7 988 Besitzeinheiten mit 2 608 628 Hektar Bodenfläche. Die kultivierte Bodenfläche bestand im Jahre 1910 nur aus 2 837 642 ha gleich 8,6 Prozent des gesamten Bodens. In der Landwirtschaft ergibt sich folgende Uebersicht:

Besitz unter 0,5 ha	62 849 Landwirte
0,5—10 ha	169 482 ,,
10—50 ha	48 179 ,,
über 50 ha	3 678 ,,

Der größere Teil der Tätigen, die sogenannten Kätner (1912 56 636), bewirtschaftet gepachtete Erde. Nach der Revolution war die bürgerliche Regierung gezwungen, den Kätnern das Verkaufsrecht ihres Besitzes zuzusichern. Trotzdem der Ackerbau Hauptberufszweig ist, ernährt er nur die Hälfte der Bevölkerung, denn schon seit 1880 hat die Entwickelung des Getreidebaues zugunsten der Viehzucht stagniert. Die Meiereiproduktion nahm einen großen Aufstieg. Im Kriege war das Land gezwungen, seine Getreideproduktion zu steigern und seinen Getreidekonsum einzuschränken. Der Butterexport, der vor dem Kriege jährlich durchschnittlich 11—12 Millionen kg erreichte, ging stark zurück. Er betrug im Jahre 1921 6 465 000 kg.

Durchschnitt	Ernte in Millionen Kilogramm		
	1911-15	1918	1919
Weizen	4,9	5,9	7,4
Roggen	267,0	219,4	219,6
Gerste	102,6	97,0	98,9
Hafer	371,8	338,8	357,4

Außerdem wurden 1919 über 7 Millionen Hektoliter Kartoffeln, andere Wurzelfrüchte an 2 Millionen Hektoliter, Heu 210 Millionen Tonnen geerntet. Der Viehstand hat sich während der Kriegsjahre verringert:

	Pferde	Kühe	Schafe	Schweine
1910	301 000	1 166 000	788 000	205 000
1918	284 000	1 020 000	828 000	111 000
1919	262 000	1 100 000	—	—

Die Butterproduktion ist von 13 Millionen kg (Durchschnitt 1911 bis 1915) auf 6,9 Millionen 1919 zurückgegangen.

Industrie.

Industrie	Anzahl der Arbeitsstellen	Anzahl der Arbeiter	Produktion in Millionen Mk.
Metall	435	20 003	399,7
Stein und Ton	312	6 138	79,1
Leder	237	3 973	192,5
Textilien	199	14 614	401,8
Papier	162	12 550	395,5
Holz	573	18 457	340,2
Nahrungsmittel	366	9 292	350,3
Andere Industrien	418	6 944	226,0
	2702	91 971	2 385,1

Von der finnischen Industrie arbeiten nur die Sägewerke und die Papierindustrie für den Weltmarkt.

Außenhandel. Während des Krieges war der Außenhandel nur mit Rußland und Skandinavien möglich. Im Jahre 1918 wurde fast nur mit Deutschland Handel getrieben. Seit 1919 verlegte sich der gesamte Handel mehr nach dem Westen. Der russische Handel, der vor dem Kriege 35—40 Prozent des gesamten Handelsverkehrs ausmachte, war bis zum Jahre 1922 so gut wie vollkommen eingestellt. Der Wert des Handels in Millionen Mark:

	1913	1916	1918	1919	1920	1921
Einfuhr	495,4	962,8	504,6	2 510,0	3 626,5	3 583,0
Ausfuhr	404,8	510,6	226,8	880,4	2 026,4	3 388,7
Einfuhr-Überschuß	90,6	452,2	277,8	1 629,6	700,1	194,3

Verkehr. Das finnische Eisenbahnnetz hatte 1920 4 286 km, wovon 3 984 breitspurige Staatsbahnen waren. Im Jahre 1921 betrugen die Einnahmen der Staatsbahnen 4415 Millionen und die Ausgaben 395,7 Millionen Mark. Die Länge der Landstraßen wurde 1900 mit

44 199 km angegeben. Das Kanalnetz zusammen mit den Binnenseen ergibt 4 200 km fahrbaren Wasserweg im Lande.

Die Handelsflotte:

Jahr	Anzahl der Fahrzeuge		Registertonnen		Summa
	Dampfschiffe	Segelschiffe	Dampfschiffe	Segelschiffe	
1913	540	3 077	76 581	356 136	432 717
1918	864	4 284	98 718	433 930	532 648

F i n a n z w e s e n. Notenumlauf in Millionen finnischer Mark:

1914	141,7	1919	1 115,0
1917	764,5	1920	1 341,0
1918	1 156,2	1921	1 346,4

	Parikurs der finnischen Mark	Kurs Ende 1921
Pfund Sterling	25,22	216,00
100 schw. Kronen	138,89	1 285,00
Dollar	5,18	51,50

Die Ausgaben des finnischen Staatsbudgets betrugen 1921 2 229 Millionen, davon für das Heer 335,8 Millionen, Kulturausgaben 120 Millionen. Die Einnahmen werden mit 2231,2 Millionen angegeben. Die Staatsschulden betrugen 1921 1933,7 Millionen Mark, davon waren 691,5 Millionen Mark inländische und 1242,2 Millionen Mark ausländische Schulden.

Die Gewerkschaftsbewegung.

Die ersten Gewerkschaften wurden Anfang der 80er Jahre gegründet. 1890 machten sie sich von der Führung der Bürgerlichen frei und schlossen sich zu Verbänden zusammen. Der Finnische Gewerkschaftsbund kam erst 1907 zustande, gewann aber allmählich Boden bei der Arbeiterschaft, bei der die politischen Organisationen den professionellen einige Schritte voraus waren. Im Jahre 1915 gehörten zum Landesverband der Gewerkschaften 23 Gewerkschaften mit nur 30 150 Mitgliedern. Anfang 1918 (vor der Revolution) war die Mitgliederzahl auf zirka 150 000 Personen angewachsen. Nach der Niederlage der Revolution wurden auch die Gewerkschaftsorganisationen zerschlagen, die aber bald wieder zu neuem Leben erwachten. Ende 1920 gehörten dem Landesverband 25 Gewerkschaftsverbände mit 54 845 Mitgliedern an.

Die alte Leitung bestand aus Sozialdemokraten. Doch schon 1920 hatten die revolutionären Elemente im Landesvorstand die Mehrheit. Bei der Abstimmung in den Verbänden im Jahre 1921 für oder gegen Moskau stimmten 12 000 Mitglieder für den Anschluß an die Rote Gewerkschaftsinternationale, weniger als die Hälfte dieser Zahl da-

gegen für die „Selbständigkeit" der Gewerkschaften. Dieser Beschluß wurde jedoch mit Zustimmung der Roten Gewerkschaftsinternationale nicht durchgeführt, damit die Regierung nicht mit Hilfe der Sozialdemokraten diese Gelegenheit benütze, um die rote Gewerkschaftszentrale zu vernichten.

Die Arbeitgeber haben 1906 den Allgemeinen Arbeitgeberverband Finnlands gegründet.

In den letzten drei Jahren gab es zwei größere Streikbewegungen, die beide politischen Hintergrund hatten. Die eine umfaßte die Stapelarbeiter, die andere die Zimmerholzflößer im nördlichen Finnland. Wirtschaftlich verloren die Arbeiter beide Streiks.

Die Lebenshaltungskosten stiegen nach den Berechnungen des Sozialdepartements bis zum dritten Quartal 1921, wo sie ihren Höhepunkt erreichten. Setzt man die Kosten des Lebensunterhaltes im Juli 1914 gleich 100, so betrugen die entsprechenden Kosten im Februar 1921 1085,9, im III. Quartal 1921 1 246,6, im IV. Quartal 1 227,6 im Februar 1922 1 190,9. Die Kosten für den Lebensunterhalt sind bedeutend höher gestiegen als die Löhne. Eine aus den Statistiken aufgestellte Angabe über Warenpreise ergibt folgende Ziffern:

Preis 1913 = 100

	1918	1919	1920	1921
Importpreis	741	755	1 387	1 344
Exportpreis	415	441	1 053	1 202

Die Arbeitslosigkeit hat in Finnland niemals besonders große Dimensionen angenommen, ausgenommen diejenige in der Holz- und Metallindustrie 1921, als beide Industrien zum größten Teil stillgelegt waren.

Frankreich.

Das politische Leben Frankreichs.

Die „heilige Allianz", der patriotische Block aller Parteien einschließlich der Sozialisten, leitete die Schicksale des Landes während der Kriegszeit. Nach Erringung des „Sieges" hat der nationalistische Wahnsinn, durch die grenzenlose Furcht vor dem Gespenst des Bolschewismus zum höchsten Grade gesteigert, ein übriges Mal den Zusammenschluß aller bürgerlichen Parteien geheiligt. Aus dem Bündnis aller Elemente des politischen und sozialen Konservatismus und der Reaktion ging der „Nationale Block" hervor. Seit seinem Siege bei den Parlamentswahlen von 1919 beherrscht er die „Kammer der

Haifische", die in ihren Reihen nicht weniger als 140 Millionäre zählt.

Gegründet infolge eines Appells der Führer der „republikanisch" genannten Parteien und Organisationen — Republikanisch-Demokratische Allianz (Carnot), Republikanische Föderation (Maurice Hallay), Radikal-Sozialistische Partei (Herriot), Republikanisch-Sozialistische Partei (Breton, Painlevé, Viviani), Republikanisch-Sozialistisches Komitee (Mascuraud) —, wurde der Nationale Block dank der Ausschaltung der radikalen politischen Führer (Caillaux u. a.) zu einem reaktionären Block par excellence. Unter der Leitung des Renegaten Millerand fand er von Anfang an eine Stütze in den Konservativen und Royalisten. Mit seinen 3 491 974 Stimmen erhielt er 394 Sitze im Parlament, in dem die „Feinde" des „Nationalen Blocks" (größtenteils Feinde nur dem Worte nach) mit 2 317 242 Stimmen nur 216 Abgeordnete durchgebracht haben.

Den Ursprung dieser erstaunlichen Wiederaufnahme der Offensive durch die Reaktion muß man in den Vorkriegsjahren suchen. Die sogenannten „republikanischen" Parteien wurden, nachdem sie ihr antiklerikales Programm verwirklicht hatten, vor die Notwendigkeit gestellt, soziale und Finanzreformen zu unternehmen und zu gleicher Zeit den „Anforderungen" einer Epoche des kriegerischen Imperialismus zu entsprechen. Als an dem Horizont das Gespenst der Einkommensteuer sichtbar wurde, machte sich in ihren Reihen ein bedeutsames Schwanken bemerkbar, und die konservativen Parteien gewannen wieder einen für ihre Tätigkeit günstigen Boden. Die große Nachrichtenpresse, zugleich Presse der politischen Erpressung, trug unter geschickter Leitung von Geschäftsleuten zu Regierungserfolgen der Großbourgeoisie bei. Der Nationale Block von heute ist der direkte Erbe dieses bürgerlichen, Caillaux-feindlichen Blocks, dem Briand 1910 die Beruhigung versprach, der 1911 und 1914 über Caillaux den Sieg davontrug und mit Barthou und Poincaré, dem Manne des Krieges, regierte.

Das Programm des Nationalen Blocks entspricht genau den Forderungen der großen Unternehmerverbände, der Großfinanz und des Großgrundbesitzes: restlose Erfüllung des Versailler Friedens, unbedingte Achtung der wirtschaftlichen und der Arbeitsfreiheit, Abschaffung der Staatsmonopole; Kampf

gegen die Einkommensteuer, Abschaffung des Achtstundentages, Einschränkung des Streik- und Koalitionsrechtes der Arbeiter, Unterdrückung der kommunistischen Bewegung.

Block der Linken. Zurzeit noch im Stande der Organisierung, sucht er alle politischen Parteien und Gruppierungen des Kleinbürgertums, von den Radikalen bis zu den Sozialisten, gegen den reaktionären Block zu verbünden. Sein konkretes Ziel ist, dem Nationalen Block die Macht zu entreißen; sein politisches Bündnisprogramm ist nichts weiter als eine Ansammlung sozial-reformistischer Betrachtungen: Antiklerikalismus, Arbeitsschutzgesetze und soziale Reformen, wirtschaftliche Demokratie, freier Handel usw. Indem er aber den Weg eines „wissenschaftlichen und vernunftgemäßen Sozialismus, der sich ohne jegliche Gewalt verwirklichen wird", verfolgt, denn „jede Bewegung der zivilisierten menschlichen Gesellschaft führt zum Sozialismus", verlangt der Block der Linken, wie sein Hauptverfechter Herriot schreibt, nichtsdestoweniger: „Organisierung der Nationalverteidigung, loyale und strikte Ausführung des Versailler Friedens, Aufrechterhaltung unserer Bündnisse, die im Kriege das Unterpfand des Sieges waren und die der Schutz des Friedens von morgen bleiben müssen" usw. Die Sozialisten verlangten, daß zu diesem Programm die Forderung des Proportionalwahlsystems hinzugefügt werde. Paul Boncourt, Bracke u. a. arbeiten mit an den Zeitungen des Blocks der Linken. Der erstere sieht in der C. G. T. „einen wertvollen, unerläßlichen Mitarbeiter, wie es die C. G. T. von 1910 nicht war". So ist der „Demokratische Bund" der Linken bestrebt, außer den sozialistischen und radikalen politischen Organisationen sich auch — und möglichst restlos — die reformistische C. G. T. anzugliedern. Einerseits einige bürgerliche Parteien, die soziale Reformen versprechen, andererseits sozialistisch-reformistische Gewerkschaftler, die in der Demokratie das Heil suchen, doch alle die „nationale Verteidigung" als heilige Pflicht anerkennend — dies ist der Block der Linken.

*

Der Nationale Block, die Mehrheit der Parteien des Linksblockes und die Zwischenpartei von Briand, Organisationen, die alle den sich folgenden Regierungen Unterstützung gewährten, stets Herren des Landes und niemals durch eine mächtige

revolutionäre Bewegung beunruhigt, waren sich nach Kriegsschluß einig darin, die Kriegspsychose im Volk zu unterhalten. Man organisierte die Ernte der „Kriegsfrüchte", man stachelte die imperialistischen Appetite auf, man vollzog strategische Sondierungen in allen Weltteilen, indem die Regierungen, die Großindustrie, die Militärs, die Bankiers und die Diplomaten internationale Kreuzzüge gegen Sowjetrußland führten. Frankreich wurde der kriegerischste der imperialistischen Staaten. Es war bestrebt, die Oberhoheit in Europa, die ihm für den Augenblick anheimgefallen war, zu festigen. Gegenwärtig sind die Flügel dieser Trunkenheitsträume kürzer geworden. Die Nachkriegsregierungen — Millerand, Leygues, Briand, Poincaré — überschätzten die Macht und Bewegungsfreiheit des französischen Imperialismus. Sie haben weder die sozial-wirtschaftlichen Folgen des Krieges, noch die imperialistischen Interessen anderer kapitalistischer Staaten in Betracht gezogen. Die Folgen waren: die Isolierung Frankreichs, eine Staatsschuld von zirka 330 Milliarden Franken und keine Hoffnung, den Strom des deutschen Kontributionsgoldes fließen zu sehen. Der Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete läßt auf sich warten. Das Reparationsproblem, das drei Ministerien gestürzt hat und den Sturz des Kabinetts Poincaré vorbereitet, bleibt noch immer ungelöst und unheildrohend. Gerade das Reparationsproblem aber bildet den Mittelpunkt nicht nur der Regierungspolitik, sondern aller politischen Kämpfe und Diskussionen in Frankreich.

Der Nationale Block fordert „restlose Ausführung des Versailler Friedens". Die Parteien des Linksblockes verlangen seine „strikte und loyale Ausführung". Die einen sowie die anderen betrachten das Reparationsproblem vom Standpunkte der imperialistischen Außenpolitik der französischen Großbourgeoisie. Die Großindustriellen und das Bankkonsortium kümmerten sich niemals darum, die „Reparationen" den Bedürfnissen des Wiederaufbaus der verwüsteten Gebiete unterzuordnen. Dies ist die Ursache, weshalb die Reparationsfrage das die Finanzpolitik Frankreichs beherrschende Problem geblieben ist. Um sich nicht das geringste Teilchen seiner Gewinne entziehen zu lassen, befiehlt das Großkapital dem Staate, seine Einnahmequelle in Deutschland zu suchen. Mehr noch: die mächtigen Industriesyndikate blicken mit Begierde

auf das Ruhrgebiet, erstens um einen gefährlichen Konkurrenten zu erdrücken, dann, um die Hegemonie in der Metallurgie Europas zu gewinnen. Diese Syndikate sehen die Schwierigkeiten, die sich der Ausführung des Versailler Friedens entgegenstellen, gern; sie suchen, dieselben sogar hervorzurufen, da sie hoffen, auf diese Weise einen casus belli zu finden, der es ihnen ermöglicht, ihre Ausdehnungspläne zu verwirklichen. Doch noch ein anderes Moment kommt hier in Betracht. Unsere regierenden Klassen beobachten mit Erstaunen, daß der deutsche Kapitalismus Organisationsfähigkeiten aufweist, die nicht geringer als vor dem Kriege sind, und daß er über weit höhere Produktivkräfte verfügt, als man es hätte glauben können. Daher das wütende blinde Bestreben der französischen Regierungen, die Möglichkeit der wirtschaftlichen Wiederaufrichtung Deutschlands zu zerstören. Vom Waffenstillstande an bis heute, bei jedem Anlaß und ohne Anlaß, in der Presse, in den Kammern, in Versammlungen und auf Banketts hört man nichts anderes als Berichte, die „an Hand von Zahlen und Dokumenten" zu beweisen suchen, daß in wirtschaftlicher Hinsicht Deutschland siegreich aus dem Kriege hervorgegangen sei.

Die „Reparationspolitik" des „Nationalen Blocks" hat Bankerott gemacht. Die Milliarden des klingenden Goldes sind nicht nach Frankreich gekommen. Auch die auf das Ruhrgebiet abzielende Annexionspolitik hat Fiasko erlitten. Zwar hatte Briand auf eine Weile Frankfurt und einige andere Orte besetzt, doch mußte er sich zurückziehen. Poincaré brachte es fast zur Ruhrbesetzung. Doch wie vorher und wie auch anderorts mußte das imperialistische Frankreich, nicht ohne Wut, feststellen, daß es auf den Widerstand der imperialistischen „verbündeten" Rivalen stieß. So, aus einer Sackgasse in die andere gedrängt, sehen sich die Leiter unseres Landes gezwungen, der Form der Reparationen zuzustimmen, die sie bisher am meisten bekämpft haben: den Sachlieferungen. Es ist bekannt, daß das Wiesbadener Abkommen die Unzufriedenheit derjenigen Industriekreise hervorrief, die sich durch die Industrieklique Loucheurs geopfert sahen. Denn das Wiesbadener Abkommen legte das Monopol des Wiederaufbaus der zerstörten Gebiete in die Hände einer mächtigen Industriegruppe. Poincaré sieht sich gegenwärtig

gezwungen, dieses Abkommen aus den Archiven hervorzuholen. Man sucht es jetzt so abzuändern, daß die Technik, die Materialien und selbst die gelernten Arbeitskräfte aus Deutschland heranziehen zu können, um sie für die Stärkung der wirtschaftlichen Macht Frankreichs auszunutzen, aber nur in den Gebieten und in dem Maße, in dem der französischen Großindustrie keine Konkurrenz entstehen kann. Was die verwüsteten Gebiete anbetrifft, werden sie noch jahrelang warten müssen. Erstens deshalb, weil sie der natürliche und ausschließliche Absatzmarkt der französischen Industrie bleiben sollen. Dann — weil sie als Mittel zum demagogischen Aufschüren des Hasses gegen Deutschland immer noch herhalten und auch weiterhin herhalten müssen.

Den Plan der C. G. T., die verwüsteten Gebiete durch die Hinzuziehung deutscher Arbeiter, Techniker und Materialien aufbauen zu lassen, beantwortete die Kammer des Nationalen Blocks durch eine wahnsinnige Ovation für einen Abgeordneten des Nordens, Crespet, der erklärte, es vorzuziehen, „die Asche in Ruhe und die Ruinen unberührt in der Majestät ihrer Einöde zu lassen, als sie durch die Hände der Mörder und Brandstifter schänden zu sehen."

*

Die sozialistischen Parteien und die reformistischen Gewerkschaftler interessierten sich von Anfang an für das Problem der Reparationen. Augenscheinlich sind auch sie der Ansicht, daß „Deutschland reparieren muß, denn das erfordert die Gerechtigkeit". Ihr Standpunkt nähert sich wesentlich der offiziellen Anschauung der französischen Bourgeoisie. Deutschland, als allein verantwortlich für den Krieg, muß die Verwüstungen wiedergutmachen. „Den Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete, insbesondere in Belgien und Frankreich, muß Deutschland in vollem Maße seiner Fähigkeit auf sich nehmen." Deutschland muß das Geld, die Materialien, die gelernten Arbeitskräfte liefern. „Der Wiederaufbau muß schnell sein", denn „dies ist das einzige Mittel, die Lage zu sanieren, das finanzielle Gleichgewicht wieder herzustellen." Wie man bemerkt, sind es die Sorgen eines zukünftigen Staatsmannes. Indem die Sozialisten sich von den finanziellen Schwierigkeiten Deutschlands Rechenschaft ablegen, preisen sie, um seinen

Wechselkurs nicht allzu sehr herabzudrücken, das System der Reparationen auf dem Wege der Sachlieferungen und Arbeitsleistungen an. Außerdem schlagen sie vor, eine internationale Organisation für Kredit und Wiederaufbau zu gründen, möglicherweise unter der Aegide des Völkerbundes. Auf diese Weise hoffen die Sozialisten, die „friedliche Harmonie der Völker" und die „Oberhoheit der Arbeit" zum Ausdruck zu bringen. Der Hauptgedanke der Sozialisten läßt sich folgendermaßen zusammenfassen: Der Kapitalismus stellt sich nicht dem Wiederaufbau der zerstörten Städte und der Industrie entgegen; es fehlt ihm lediglich an einem Aktionsplan. In Amsterdam (April 1921) arbeiteten die Sozialisten und Gewerkschaftler einen vernünftigen, notwendigen Plan aus, und zwar auf folgender Grundlage: Der Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete muß das Werk sein: der Genossenschaften der Geschädigten, der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen und des Staates, dem in erster Linie die Kontrolle der Arbeiten obliegt.

Die Kommunistische Partei. Seit ihrer Gründung auf dem Kongreß in Tours (Dezember 1920) ist die Kommunistische Partei durch die Logik der Verhältnisse, durch ihre zahlenmäßige Stärke (100 000 Mitglieder, organisiert in 95 Föderationen) und durch das ungeheure Prestige der russischen Revolution, deren einzige tatsächliche Verteidigerin sie war, auf den ersten Platz des politischen Lebens und der Arbeiterbewegung gestellt worden.

Aus der Linken und einer bedeutenden Fraktion des Zentrums der früheren Sozialistischen Partei gebildet, konnte die K. P. F. nur um den Preis beständiger Anstrengungen diejenige Einheitlichkeit erreichen, die den anderen Sektionen der Kommunistischen Internationale, die durch die Abspaltung linker Minderheiten gebildet worden sind, bereits bei ihrem Entstehen gegeben war.

Unbestreitbar, die ersten Schritte der K. P. F. konnten sich nicht durch eine großzügige Aktivität auszeichnen. Die Partei mußte ihre ganze Energie dem Aufbau des Organisationsapparates widmen. In dieser Hinsicht hat sie sich glänzend bewährt. Dagegen bewältigte sie nur langsam, wenn auch sicher, ihre Hauptaufgabe: ihren kommunistischen Geist unbeugsam, mächtig und kampffähig zu gestalten. Der Tote ergreift den

Lebenden. Die Partei in ihrer Gesamtheit befreit sich langsam und mühsam von den Gebrechen, die ihr von ihrer früheren sozialistischen Praxis anhaften.

Ein Umstand, der in noch höherem Maße die Partei auf dem Wege zur Festigung ihres kommunistischen Geistes und Willens hindert, ist die tiefgehende und allgemeine Desorganisation der Arbeiterbewegung. In anderen Ländern hat die Arbeiterklasse gewaltige revolutionäre Kämpfe ausgefochten. Das französische Proletariat — nachdem es eine Periode der Erhitzung des Kampfes und der Streiks durchgemacht hat — zieht sich zurück und läßt sich erdrücken: materiell durch die vereinigten Kräfte des Staates und des Unternehmertums, geistig — durch die reformistischen Politiker.

In einer derartigen Lage stieß die K. P. F. von Anfang an auf Schwierigkeiten, die bis zu einem gewissen Augenblick fast unüberwindbar schienen. Die Partei mußte zu konkreten Fragen Stellung nehmen, sich an Aktionen beteiligen, die nicht nur seine große Anspannung des Willens und straffe Disziplin, sondern eine allen Mitgliedern gemeine unfehlbare theoretische Einstellung erforderten. Der Kampfgeist, der Enthusiasmus der Massen waren im Abnehmen begriffen. Dagegen steigerten sich die Angriffe der verschiedensten politischen Strömungen und Verleumdungen aller Art gegen die Kommunistische Partei. Die zahlreichen Strömungen des revolutionären Syndikalismus kristallisierten sich heraus. Die Partei übt augenscheinlich einen großen Einfluß in Arbeiterkreisen aus, doch genießt sie noch nicht das Vertrauen der Gesamtheit der Arbeiterklasse. Außerdem bleibt ihr die gewaltige Arbeit, die beharrliche Propaganda der Grundprinzipien des Kommunismus, zu vollziehen.

Nichtsdestoweniger hat die Partei während der kurzen Zeitspanne, die uns von dem Kongreß in Tours trennt, einen großen Schritt vorwärts getan. Sie hat nicht verfehlt, einzugreifen, und dies durch geeignete Mittel, jedesmal, wenn sie handeln zu müssen glaubte. In ihrem Verhalten zur Reparationsfrage ging die Partei von den kommunistischen Thesen über die Schuld am Kriege aus. Die allgemeine und unpersönliche Verantwortlichkeit für den Krieg und die durch ihn verursachten Verwüstungen und Schäden fallen in gleichem Maße dem Kapitalismus aller kriegführenden Länder zur Last. Die Zer-

störungen müssen durch ihre Urheber, die internationalen Kapitalisten, wieder gutgemacht werden. Die Partei verpflichtet sich, die Regierung und die kapitalistischen Klassen einer erbarmungslosen Kritik zu unterziehen und unaufhörlich ihre Verantwortlichkeit für den Krieg und seine Folgen, ihr Bestreben, aus dem Unglück der geschädigten Arbeiter Nutzen zu ziehen, aufzudecken. Die Partei verfolgt aufmerksam die Entwicklung des Reparationsproblemes und die Wiederaufbauarbeiten, um die recht häufigen Mißbräuche und Mißstände in der Propaganda gegen die wirtschaftliche und Außenpolitik der Regierung auszunutzen. Gegenwärtig, wo die Offensive des Unternehmertums gegen den Arbeitslohn und Achtstundentag ständige Fortschritte macht, wo zu gleicher Zeit die innere politische Reaktion sich immer schneller und offener nach rechts entwickelt, um sich von den Royalisten inspirieren und tatsächlich leiten zu lassen, wo eine organisierte faszistische Bewegung bei jeder kritischen Wendung der sozial-politischen und nationalen Ereignisse immer unverhüllter ihr Antlitz zeigt, wo endlich die militaristische und imperialistische Politik Poincaré - la - Guerres ständig die Säbel schwingt und Waffengeklirr hören läßt, steht die Kommunistische Partei vor ungeheuren Aufgaben, deren Ausführung ihre Grundsätze und ihre materielle Kraft auf eine heilsame und stählende Probe stellen wird. Der Bankrott der Politik des Nationalen Blocks wird immer augenscheinlicher. Man merkt zu deutlich, um sich nicht dadurch beeinflussen zu lassen, daß der Nationale Block eine Politik der Reaktion, des Finanzdefizits, der Auspressung der kleinen Händler und Arbeiter durch den Fiskus, der Begünstigung des Großgrundbesitzes und der hohen Schutzzölle treibt; daß er die schwindlerischen Bankoperationen begünstigt, daß er Frankreich isoliert und seine internationale Lage immer schwieriger gestaltet. Diese Lage macht sich der Linksblock zunutze, der sich darauf vorbereitet, in nächster Zeit die Macht zu ergreifen. Doch der Block der Linken kann nicht den Sieg ohne ernste Unterstützung durch die Arbeitermassen erringen. Er ist bestrebt, durch die Sozialisten und reformistischen Gewerkschaftler sich der politischen Kraft des Proletariats zu bemächtigen. Es handelt sich also für die K. P. F. darum, die Absichten des Blocks der Linken zu vereiteln und ihm, wie der gesamten Bourgeoisie, den

Arbeiterblock entgegenzustellen. International ist die K. P. F. immer auf dem Posten, was um so notwendiger ist, als der Bankrott der Regierungspolitik die französische Bourgeoisie nicht hindert, ihre kriegerischen Absichten aktiv und systematisch zu verfolgen. Andererseits steigt die Woge der Abwehrstreiks immer höher und dehnt sich immer weiter aus. Auch hier verharrt die Partei nicht in einer abwartenden Stellung, sondern greift aktiv ein.

Unsere Partei verheimlicht nicht ihre organischen Gebrechen und ihre Fehler. Sie arbeitet an der Festigung ihrer inneren Disziplin und Hebung ihrer theoretischen Ausbildung; sie unternimmt Aktionen, und in dem Maße, wie ihr ideologischer Einfluß wächst, wie das Beispiel ihres Kampfwillens und ihrer Kampffähigkeit ihren guten Ruf stärkt, stets wachsam den Ereignissen in anderen Ländern gegenüber —, wird die K. P. F., falls die Umstände es erfordern, es verstehen, auf der Höhe der Erfüllung ihrer revolutionären Pflicht zu sein, die ihre Stellung und Verantwortlichkeit als große Sektion der Kommunistischen Internationale ihr auferlegt.

A. Ker.

Kolonien und Protektorate.

Koloniale Großmacht. Von der Gesamtfläche beträgt die des Mutterstaates 4 Prozent, die der Kolonien 96 Prozent. Bei der Bevölkerung ist das Verhältnis 44 Prozent zu 56 Prozent.

Gebiete	Fläche (Quadratkilometer)	Bevölkerung (1000 Einwohner)
Frankreich	550 974	39 402
1. Afrika		
Nordafrika. Algerien, Tunis, Marokko, Sahara	3 594 620	13 350
Westafrika. Senegal, Ober-Senegal, Niger, Mauritanien, Guinea, Elfenbeinküste, Dahomey	3 913 250	11 340
Aequatorialafrika	1 453 890	9 000
Madagaskar und dazugehörige Gebiete	585 530	3 150
Verschiedene (Somaliland, Réunion, Inseln im Süden)	128 080	480
Summe	9 675 370	37 320
2. Asien		
Französisch-Indien	510	280
Hinterindien. Cochin-China, Kambodscha, Annam, Tonkin, Laos. Kouang-Tcheou-Wass.	803 060	17 000
Summa	803 570	17 280

Gebiete	Fläche (Quadratkilometer)	Bevölkerung (1000 Einwohner)
3. Ozeanien		
Neu-Kaledonien. Umliegende und dazugehörige Inseln. Niederlassungen Tahiti, Morea, Touamotou-Inseln, Gambier-Inseln, Les Marquises u. s. w.	22 650	80
4. Amerika		
St. Pierre und Miquelon, Guadeloupe, Große Antillen, Martinique, Guyana etc.	91 240	450
Summe der Kolonien	10 592 830	55 230
Gesamtsumme (inkl. Frankreich)	11 143 804	94 632

Kolonien und Protektorate, die infolge des Krieges erworben wurden: Syrien, Kamerun, Togo.

Bevölkerung. 37 500 000 Einwohner in den 87 Vorkriegs-Departements. Verminderung im Vergleich mit 1911: 2 105 000 Einwohner. Zuwachs durch Elsaß-Lothringen: 1 709 700 Einwohner. Gesamtbevölkerung: 39 402 000 Personen; davon 37 852 000 Franzosen und 1 550 000 Ausländer.

Bewegung der Bevölkerung (in Millionen Einwohnern):

Jahr	Mill.	Jahr	Mill.
1800	27,5	1891	38,3
1851	35,8	1901	38,9
1861	37,4	1911	39,6
1872	36,1	1918	32,8
1881	37,7	1920	39,4

Für 1918 umfassen die Angaben nur die Zahlen, die sich auf die 77 nicht besetzten Departements beziehen. Nicht miteinbegriffen ist die Zahl der im Kriege Gefallenen.

Frankreich hat **2 561 000** Menschen verloren, die an der Front oder seit dem Waffenstillstand infolge von Verwundungen oder Krankheiten gestorben sind.

Die Stadtbevölkerung vermehrt sich auf Kosten der Landbevölkerung.

Einwohnerzahl der größeren Städte (in 1000 Personen):

Städte	1881	1891	1901	1911	1921
Paris mit Vororten	—	—	—	4154	4411
Paris	2269	2448	2714	2888	2906
Marseille	360	404	491	551	586
Lyon	377	438	459	524	561
Bordeaux	221	252	257	262	267
Lille	178	201	211	218	201
Nantes	124	123	133	170	184
Toulouse	140	150	151	151	175
St. Etienne	124	133	146	148	168
Straßburg	104	124	151	178	167
Le Havre	106	116	130	136	163
Nizza	66	88	105	140	156
Rouen	106	112	116	125	124
Roubaix	92	115	124	123	113
Nancy	73	87	103	120	113
Toulon	70	78	102	105	106
Reims	94	104	108	115	76

Seit 1836 hat sich die Bevölkerung der industrie- und handelsreichen Departements folgendermaßen vermehrt: Seine um 260 Prozent, Bouches-du-Rhone um 124, Seine-et-Oise um 95, Rhone um 90, Nord um 65, Loire um 47, Pas-de-Calais et Gironde um 44, Hérolt um 33, Finistère um 32, Loire-Inférieure um 30 Prozent. In den ländlichen Departements dagegen zeigen sich die Rückgänge in folgenden Prozentsätzen: Basses Alpes 41, Lot 40, Orne 38, Gers 37,5, Meuse 36,4, Ariège 35, Tarn-et-Garonne 34, Hautes-Alpes 33, Haute-Saone 31,5, Lot-et-Garonne 31 Prozent.

Einwanderung und Auswanderung. Während des Krieges keine Auswanderung und nach dem Kriege nur eine geringfügige. Die Einwanderung, hauptsächlich von Arbeitern, bewegt sich dagegen in ständig aufsteigender Linie: 100 000 ausländische Arbeiter wanderten im Jahre 1916 ein, 150 000 im Jahre 1917, 100 000 im Jahre 1918, 150 000 im Jahre 1919, 200 000 im Jahre 1920, und 300 000 im Jahre 1921. Jouhaux schätzt die Zahl der ausländischen Arbeiter im Jahre 1921 auf 2 500 000. Der Nationalität nach sind es hauptsächlich Italiener, Spanier, Portugiesen, Polen, Tschechoslowaken, Belgier und selbst Engländer.

Staatsform. Konstitutionelle Republik. Die exekutive Gewalt wird von einem Präsidenten ausgeübt, der auf 7 Jahre von der Nationalversammlung (Senat und Deputiertenkammer, die vereint tagen) gewählt wird. Die gesetzgebende Gewalt liegt in Händen der Deputiertenkammer und des Senats.

Der Senat besteht aus 312 Senatoren, die mindestens das 40. Lebensjahr vollendet haben. Sie werden nach dem System der Listenwahl in jedem Departement von den Deputierten, den Generalräten, den Arondissementräten und den von den Munizipalräten ernannten Delegierten gewählt. Mandatsdauer 9 Jahre. Die Erneuerung des Senats geschieht zu einem Drittel alle drei Jahre in einer bestimmten Reihenfolge der Departements.

Die Deputiertenkammer besteht aus 626 Mitgliedern, die das 25. Lebensjahr vollendet haben und nach dem allgemeinen Wahlrecht gewählt sind. Neuwahlen alle vier Jahre. Die gegenwärtige Kammer ist das Ergebnis der Wahlen vom 16. November 1919. Von den Deputierten sind mehr als 100 Millionäre. Nach ihrem Beruf verteilen sich die Abgeordneten folgendermaßen:

Rechtsanwälte	164	Volksschullehrer	9	Maîtres de requêtes	4
Grundbesitzer	108	Offiziere des Landheeres	9	Diplomaten	4
Industrielle	62	Ingenieure	9	Katholische Priester	4
Publizisten	39	Assessoren	8	Protestantische Pfarrer	3
Aerzte	38	Apotheker	7	Marineoffiziere	3
Höhere Lehrer	30	Verwaltungs-Beamten	6	Präfekten	2
Kaufleute	26	Reeder	6	Architekten	2
Arbeiter	21	Bankiere	5	Geschäftsführer	1
Höhere Staatsbeamten	16	Schriftsteller	5		
Angestellte	15	Notare	4		

Die politischen Parteien.

Es gibt in Wirklichkeit gar keine großen politischen Parteien, die fest umgrenzte Gesellschaftsschichten vertreten, denn die Differenzierung der Interessen und ihre Gegensätzlichkeit ist im Wirtschafts-

leben nicht genügend scharf ausgeprägt. Die Interessenkämpfe zwischen den verschiedenen Gruppen der besitzenden Klassen erstrecken sich höchstens über ein begrenztes Gebiet und entwickeln sich nie zu einer organisierten Bewegung in nationalem Maßstab. Dieser Partikularismus der Konflikte und Zusammenstöße schafft also die Grundlage für die Möglichkeit eines politischen Nebeneinanders von wirtschaftlich oft heterogenen und manchmal tatsächlich einander feindlichen Gesellschaftsschichten. Das Kleinbürgertum ist überall vorherrschend: in Worten sehr liberal, jedoch immer reaktionär, wenn es zum Handeln kommt. Es gibt an die Großkapitalisten und an die Bankwelt nicht nur seine Intellektuellen, seine Politiker und seine Borniertheit, sondern auch seine Wählermassen ab. Eine Menge von Sippschaften, die sich um einige Staatsmänner herum bilden, korrupte Intriganten, Spezialisten auf dem Gebiete der politischen Demagogie, Sippschaften, die abwechselnd die Regierungsgewalt innehaben, ohne daß sie ein klar formuliertes Programm auszuführen hätten und ohne einen inneren organisatorischen Parteiapparat — das ist das Bild, welches das politische Leben der französischen Bourgeoisie bietet. Einzig und allein die Kommunistische Partei stützt sich auf nur eine Klasse, und nur sie besitzt ein Programm.

I. Die äußerste Rechte.

Konservative und Royalisten. Sie bilden im Parlament die Fraktion der Unabhängigen. 28 Deputierte. Die Partei des letzten Restes des verarmten Adels, der verabschiedeten höheren Militärbeamten, der kleinen Rentner und der Großgrundbesitzer. Die Royalisten verfügen über einen organisatorischen Parteiapparat und entfalten systematisch eine ultra-chauvinistische und klerikale Propaganda. Die aktiven Mitarbeiter dieser Partei rekrutieren sich aus der „Jeunesse dorè", die alle Regierungsparteien mit Polizeispionen und Spitzeln versorgt. Ohne ernsthaften politischen Einfluß im Lande. Sie hatten bei den letzten Kantonalwahlen 238 000 Stimmen erhalten.

II. Die Rechte.

Der Nationale Block. Zusammenschluß mehrerer Parteien. Er entstand kurz vor den letzten Wahlen (16. November 1919) und verfügt über die Mehrheit der Stimmen. Er repräsentiert und verteidigt die Interessen der großen und mittleren Bourgeosie, der reichen Bauern und von Finanzgruppen. Die Mannigfaltigkeit der bürgerlichen Schichten, die er vertritt, sowie die große Zahl verschiedener Interessen, die er verteidigt, geben dem Nationalen Block seine für ihn charakteristische bunte Physiognomie. Innere Politik: Reaktion bis zum äußersten, Unterdrückung der Arbeiterbewegung und der Kommunisten. Außenpolitik: eroberungslustiger, aggressiver Militarismus, wilde imperialistische Absichten, das Zentrum der Konterrevolution der ganzen Welt. Der Nationale Block besteht aus folgenden Fraktionen:

1. Republikanisch-demokratische Entente (Arago) — 184 Deputierte.
2. Republikanische und soziale Aktion (Noulens Bokanowski) — 47 Deputierte.

3. Republikanisch-demokratische Linke (Barthou) — 93 Deputierte.
4. Linksrepublikaner — 60 Deputierte.

Bei den letzten Kantonalwahlen erhielt der Nationale Block 1 290 000 Stimmen (406 000 durch die Entente und 884 000 durch die Linksrepublikaner).

III. Das Zentrum.

Radikale und Radikal-Sozialisten. 80 Deputierte. Sie setzen den Sozialismus der Zeit von Cambes und Caillaux fort, repräsentieren das Kleinbürgertum, die mittleren und keinen Bauern, eine Schicht der Angestellten und Beamten. Bei den Wahlen im Jahre 1919 haben sie den Nationalen Block aktiv unterstützt und gaben der Politik der Regierungen während des Krieges und nach dem Kriege ihre Unterstützung. Sie versuchen jetzt aus allen kleinbürgerlichen Parteien, mit Einschluß der Sozialisten, einen Linksblock im Gegensatz zum Nationalen Block zu bilden. Innere Politik: sie versprechen soziale Reformen, Besteuerung des Kapitals, Arbeiterschutz; Antiklerikalismus und Freihandel. Außenpolitik: sie verfolgen dieselben imperialistischen Ziele wie der Nationale Block, nur mit folgendem Unterschied: sie hoffen, ihre Ziele mit weniger radikalen Mitteln, die außerdem von einer pazifistischen Phraseologie verdeckt sind, zu erreichen. Bei den Kantonalwahlen 738 000 Stimmen.

IV. Zwischenglied zwischen der Rechten und dem Zentrum.

Republikaner-Sozialisten. 31 Deputierte. Dies ist die Gruppe, die von den Renegaten Briand, Viviani usw. begründet wurde. Sie fristet dank dem persönlichen Einfluß der „Briandisten" kümmerlich ihr Leben. Bis zu einem gewissen Grade repräsentiert diese Gruppe die Berufsinteressen der Intellektuellen und der mittleren Beamten. Sie ist der Zufluchtsort der prinzipienlosen Ueberläufer aller Parteien und nimmt an allen Zusammensetzungen der Ministerien teil. Bei den letzten Kantonalwahlen erhielt sie 117 000 Stimmen.

V. Die Linke.

1. Die Französische Sozialistische Partei. Im wahrsten Sinne des Wortes eine sozialnationalistische Partei. Mitglied der 2. Internationale.

2. Die Sozialistische Partei (S. F. I. O.) ist der Wiener Internationale angegliedert. Sie hat 53 Deputierte im Parlament, nimmt die nationale Verteidigung unter bürgerlichem Regime an und hat ungefähr 30—40 000 Mitglieder. Bei den Kantonalwahlen erhielt sie 276 000 Stimmen.

VI. Die äußerste Linke.

Die Kommunistische Partei Frankreichs. Gegründet auf dem Kongreß von Tours 1920. 15 Deputierte im Parlament. 215 000 Stimmen bei den letzten Kantonalwahlen.

Berufsstatistik in 1000 der Berufstätigen (1911).

Berufsgruppen	Gesamtsumme d. werktät. Bev.	Entlohnte			Selbständige		
		männl.	weibl.	Zus.	männl	weibl.	Zus.
Landwirtschaft	8517	2406	891	3297	2872	2346	5218
Industrie (Verkehr einbegr.)	7486	3893	1498	5399	1053	1037	2089
Handel	2053	610	325	935	608	500	1117
Freie Berufe	548	237	120	393	122	33	155
Häusliche Dienste	929	158	771	929	—	—	—
Staatlicher Verwaltungsd.	675	492	183	675	—	—	—
Handelsmarine u. Fischerei	103	—	—	—	—	—	—
Heer und Kriegsmarine	618	—	—	—	—	—	—

In der Zahl der Selbständigen in Industrie und Handel sind kleine Existenzen miteinbegriffen, ganz kleine Krämer und Handwerker, die nur dem Namen nach selbständig sind. Außerdem besitzen, wie aus der Tabelle der landwirtschaftlichen Betriebe hervorgeht, mehr als 2 Millionen der bäuerlichen Grundeigentümer weniger als 1 Hektar Land. Folglich gehören vier Fünftel der werktätigen Bevölkerung zum Proletariat und Halbproletariat. Dies wird noch klarer, wenn man weiß, daß die Zahl der Steuerzahler mit einem jährlichen Einkommen von wenigstens 6000 Franken bloß 528 971 beträgt.

Wirtschaft.

Landwirtschaft. Frankreich ist im wahrsten Sinne des Wortes ein ackerbautreibendes Land. Es gibt fast überhaupt keine unproduktiven Flächen. Das Klima und die Fruchtbarkeit des Bodens begünstigen alle Arten von Bodenkultur. Die moderne landwirtschaftliche Technik ist nur sehr ungenügend eingeführt. Aus diesem Grunde bleibt die französische Landwirtschaft hinsichtlich ihrer Produktivität um vieles hinter der von Belgien, Deutschland, England usw. zurück.

Verteilung der Landesfläche um das Jahr 1910 (in 1000 Hektar).
I. Produktive Fläche: 50 000, Gesamtfläche: 53 000.

Bestelltes Land		Nicht bestelltes Land	
Getreide	13 611	Wiesen und Weideplätze	10 063
Andere Nahrungsmittel	2 190	Staudenkulturen, Weinberge usw.	2 809
Industriepflanzen	388	Wälder und Forsten	9 329
Futterkulturen	5 131	Sümpfe, Heideland, Unbebautes produktives Land	3 909
Verschiedene Kulturen	2 607		
Summe	23 927	Summe	27 118

Landwirtschaftliche Betriebe.
Verteilung nach Zahl und Größe (1908)

Einteilung der Betriebe (Besitzungen)	Größe jedes einzelnen Besitztums	Zahl der Betriebe in Tausenden		Gesamtgröße d. Betriebe in 1000 Hektar	
	in Hektar	1908	1892	1908	1892
1. Sehr klein	0—1	2088	2235	1 228	1 243
2. Klein	1—10	2524	2618	11 559	10 383
3. Mittel	10—40	746	711	14 825	12 946
4. Groß	40—100	118	105	16 270	18 580
5. Sehr groß	Mehr als 100	29	33	16 270	18 580
1. und 2. zusammen	0—10	4612	4853	12 787	11 626
3., 4. u. 5. zusammen	10— mehr als 100	893	749	47 365	50 106

Der Grundbesitz ist sehr ungleichmäßig verteilt. 4 612 000 kleine ländliche Eigentümer besitzen 12 800 000 Hektar, während 147 000 Großgrundbesitzer 16 270 000 Hektar besitzen.

Ernten. Der Weizen nimmt die erste Stelle ein. Die bebaute Fläche hat sich während der Kriegsjahre infolge der Besetzung der nördlichen und östlichen Departements sehr verringert. Der Ertrag schwankt seit 20 Jahren zwischen 12 und 13 Doppelzentnern pro Hektar. Der Ertrag der anderen Getreidearten (Roggen, Gerste, Hafer, Mais) und der Kartoffeln zeigt in demselben Zeitraum eine Verminderung.

Der Weinbau nimmt seit 30 Jahren im Durchschnitt 1 500 000 Hektar ein und produziert jährlich 40—50 Millionen Hektoliter Wein. Die spinnbaren und ölhaltigen Pflanzen (Hanf, Flachs, Raps usw.) haben einen besorgniserregenden Rückschritt zu verzeichnen; ebenso die Gemüse (Verminderung um 10 Prozent). Die Viehzucht ist sehr stark direkt vom Kriege und dann auch von dem ungenügenden Futteranbau betroffen worden.

Anbaufläche — Produktion — Ertrag — Verbrauch.

Jahr	Weizen						Roggen			
	Anbaufläche in 1000 Hektar	Produkt. in Millionen Doppelzent.	Ertrag pro Hektar in Doppelzent.	Einfuhr in Millionen Hektolitern	Verbrauch in Millionen Doppelzent.	Verbr. pro Einwohn. in Hektolitern	Anbaufläche in 1000 Hektar	Produkt. in Millionen Doppelzent.	Ertrag pro Hektar in Doppelzent.	Verbrauch in Millionen Doppelzent.
1891	5 670	58,5	10,2	27,5	—	2,73	1 500	15,4	10,3	—
1901	6 790	84,6	12,5	2,6	—	2,82	1 400	14,8	10,5	—
1911	6 430	87,7	13,6	29,0	83,2	3,53	1 200	12,2	10,1	11,4
1915[1])	5 490	60,6	11,0	28,0	84,6	—	930	8,4	9,0	9,8
1916	5 030	55,8	11,1	39,0	79,5	—	870	8,5	9,7	7,3
1917	4 200	36,6	8,7	32,0	79,7	—	740	6,3	8,4	10,8
1918	4 450	61,4	13,8	26,8	53,7	—	700	7,3	10,4	6,4
1919	4 600	49,7	13,9	31,7	76,0	2,52	770	7,3	9,9	6,1
1920	5 094	62,7	12,9	31,4	72,0	3,02	810	8,4	10,4	5,9
1921[2])	5 330	87,8	16,5	—	—	—	874	11,3	—	—

[1]) Von 1914—18 sind die besetzten Gebiete nicht miteinbegriffen.
[2]) 1921 — in den Grenzen von 1914, vergrößert um Elsaß-Lothringen.

Jahr	Hafer				Kartoffeln				
	Anbaufläche in 1000 Hektar	Produktion in Millionen Doppelzent.	Ertrag pro Hektar in Doppelzent.	Verbrauch in Millionen Doppelzent.	Anbaufläche in 1000 Hektar	Produktion in Millionen Doppelzent.	Ertrag pro Hektar in Doppelzent.	Verbrauch in Millionen Doppelzent.	Verbr. pro Einwohn. in Doppelzent.
1891	3 240	49,6	11,7	—	1 500	111,7	74,8	109,7	2,86
1901	3 850	37,0	9,5	—	1 550	120,0	77,7	119,0	3,14
1911	4 000	50,7	12,7	50,1	1 560	128,0	81,9	128,0	3,26
1915	3 250	34,6	10,6	40,3	1 350	94,0	69,9	93,9	—
1916	3 150	40,2	12,8	50,2	1 280	88,0	68,6	88,0	—
1917	2 960	31,1	10,5	36,7	1 370	104,0	76,0	104,0	—
1918	2 720	25,6	9,4	—	1 190	65,0	54,8	65,3	—
1919	2 850	24,9	8,7	—	1 260	87,0	61,5	87,9	2,29
1920	3 260	42,2	12,9	—	1 350	113,0	76,3	112,9	2,93
1921	3 358	35,6	—	—	1 453	82,2	—	—	—

Viehstand (in 1000 Stück) am 31. Dezember.

Jahr	Pferde	Rinder	Schafe	Schweine
1891	2 883	13 662	21 792	6 096
1901	2 926	14 674	19 670	6 758
1913	3 222	14 788	16 131	7 036
1918	2 333	12 351	9 061	3 980
1919	2 503	12 789	8 991	4 080
1920	2 635	12 756	9 377	4 585
1021	—	—	—	—

Provisorische Zahlen für 1920; von 1914—1918 ist das besetzte Gebiet nicht miteinbegriffen.

Die Industrie Frankreichs war bis zum Kriege überwiegend Mittelindustrie und Fertigindustrie. Der Krieg und die Angliederung Elsaß-Lothringens machten Frankreich zu einem Exportland schwerindustrieller Waren.

Montanindustrie.

1. Brennstoffe. Ausgebeutet wurden im Jahr 1913 232 Gruben mit einer Oberfläche von 326 350 Hektar, die 200 000 Arbeiter beschäftigten. Ende Dezember 1921 240 000. Die Produktion im Jahre 1921 zeigt eine Vermehrung um 3 Millionen Tonnen gegenüber 1920, im ganzen jedoch bleibt sie um 27 Prozent hinter der Vorkriegszahl zurück. Der monatliche Durchschnitt: 3 720 000 Tonnen (1913), 2 107 000 Tonnen (1920), 2 400 000 Tonnen (1921).

Kohlenproduktion (in 1000 Tonnen).

	1921	1920	1919	1918	1917	1916	1915	1914	1911	1901	1891
Produktion .	29	25	22	26	29	21	19	27	39	32	26
Einfuhr . . .	22	33	23	17	18	21	21	19	21	15	12

	1921	1920	1913
Gesamtproduktion	9,6	9,4	13,0
Monatliche Produktion.	0,8	0,8	1,1

2. Eisenerze. Der Reichtum Frankreichs an Eisenerzen sichert ihm eine Vormachtstellung auf dem Gebiet der Metallerzeugung. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter 1913 (inkl. Lothringen) betrug 43 000; im Jahre 1921 auf 18 000 vermindert. Die jährliche Gesamtproduktion betrug 1913 43 Millionen Tonnen, 1921 14,2 Millionen Tonnen.

Produktion (in Millionen Tonnen).

1921	1920	1919	1918	1917	1916	1915	1914	1913	1911	1901	1891
14 (14,2)	14 (13,9)	9,4	1,7	2	1,7	0,6	11	22	17	5	4

Für die Jahre 1919, 1920 und 1921 Frankreich und Lothringen zusammen.

Metallindustrie. Im Jahre 1912 waren 206 eisenverarbeitende Betriebe in Tätigkeit. Personal: 112 000 Arbeiter.

	1921	1920	1919	1913
Hochöfen in Betrieb	66	82	87	131
Höchöfen ausser Betrieb	88	72	—	39
„ in Bau oder Reparatur	—	55	—	—
Stahl-Hochöfen	—	84	54	100
Martinöfen	—	101	100	152

Produktion von Gußeisen und Stahl (in 1000 Tonnen).

	1921	1920	1919	1918	1917	1916	1915	1914	1913	1911	1901	1981
Gusseisen	3,3	3,4	2,4	1,3	1,4	1,2	0,6	2,7	5,2	4,5	2,4	1,8
Stahl	3,0	3,2	2,4	2,0	2,2	2,0	1,3	3,1	3,6	3,2	1,7	1,5
Zahl der Arbeit. in 1000 Pers.				35	37	31	23	48	118	101	73	64

Schiffbauindustrie. Es gibt im Augenblick in Frankreich 17 große Schiffswerften, außerdem Arsenale der Kriegsmarine, Werkstätten und Kesselschmieden, die an der Reparatur von Schiffen arbeiten.

	1921	1920	1918	1917	1916	1915	1914	1911	1901	1891
Gesamttonnage der fertiggestellt. Schiffe (Gesamter Bruttogehalt in 1000 t.)	—	—	26	14	45	110	114	84	141	43

Eine Schiffstonne = 283 cbm.

Textilindustrie. Kurz vor Ausbruch des Krieges war der Stand der Baumwollindustrie folgender: es gab 10 800 000 Spindeln und 208 400 Webstühle. Abgesehen von der Abnutzung des gesamten Handwerkszeuges blieben hiervon. Anfang 1920 übrig: 9 350 000 Spindeln und 165 000 Webstühle; Personal: 177 000 Arbeiter, davon 62,5 Prozent Frauen.

Verbrauch von Baumwolle, Wolle und Seide (in Millionen kg).

Jahr	Baumwolle		Wolle			Beide
	Einfuhr	Verbrauch (Ausfuhr)	Produktion	Einfuhr	Verbrauch (Ausfuhr)	Produktion
1891	176	154	58	188	227	7
1901	213	185	41	248	262	8
1911	319	252	35	273	272	5
1915	228	219	27	65	87	2
1916	255	226	22	78	90	3
1917	273	254	22	60	78	2,5
1918	142	136	22	40	62	3
1919	218	201	22	159	177	2,3
1920	235	202	—	164	—	3,2
1921	220	200	—	—	—	—

Außenhandel (in Millarden Franken).

Jahr	Einfuhr				Ausfuhr			
	Nahrungs-mittel	Rohstoffe für die Industrie	Fabrikate	Zus.	Nahrungs-mittel	Rohstoffe für die Industrie	Fabrikate	Zus.
1871	1,2	2,0	0,4	3,5	—	—	—	2,9
1881	1,7	2,5	0,7	4,9	0,8	0,8	1,9	3,6
1891	1,6	2,4	0,7	4,8	0,8	0,8	1,9	3,6
1901	0,8	2,8	0,8	4,4	0,7	1,0	2,2	4,0
1911	2,0	4,5	1,5	8,0	0,7	1,8	3,5	6,0
1914	1,8	3,5	1,1	6,4	0,6	1,3	2,9	4,9
1915	3,3	4,6	3,1	11,0	0,6	0,8	2,5	3,9
1916	5,0	9,7	5,8	20,6	0,6	1,1	4,5	6,2
1917	7,0	11,9	8,7	27,5	0,5	1,1	4,4	6,0
1918	5,6	10,0	6,6	22,3	0,4	1,0	3,3	4,7
1919[1])	10,7	14,7	10,3	35,8	1,2	2,5	2,4	11,9
1920	11,9	25,1	12,9	49,9	2,6	6,1	16,9	26,9
1921	6,2	12,4	4,9	23,5	1,9	5,5	12,8	21,5

[1]) Von 1919 ab sind die neuen Grenzen berücksichtigt.

Man muß die willkürlichen Berechnungsmethoden der Zollverwaltung berücksichtigen. Die Berechnungen für 1921 fußen auf dem Berechnungssatz von 1919. Hätte man jedoch die Berechnungen auf der Grundlage der Vorkriegspreise vorgenommen, so hätte man bemerkt, daß der Außenhandel in den Jahren 1920 und 1921 noch nicht das Vorkriegsniveau erreicht hat.

Folgende Aufstellungen zum Beweis:
(in 1000 Tonnen)

	Einfuhr			Ausfuhr		
	1921	Differenz in Proz. im Vergl. mit 1920	Differenz in Proz. im Vergl. mit 1913	1921	Differenz in Proz. im Vergl. mit 1920	Differenz in Proz. im Vergl. mit 1913
Nahrungsmittel	4 066	÷ 34	÷ 26	1 227	÷ 2	÷ 15
Rohstoffe	32 488	÷ 22	÷ 12	12 858	+ 32	÷ 29
Fabrikate	1 459	÷ 40	÷ 6	1 891	+ 1	÷ 17
Postpakete	—	—	—	25	+ 7	÷ 29
Summe	37 973	÷ 25	÷ 14	16 000	+ 25	÷ 14

(in 1000 Doppelzentnern)

	Einfuhr			Ausfuhr		
	1921	1920	1913	1921	1920	1913
Nahrungsmittel	40 664	61 952	55 119	12 271	12 576	14 567
Rohstoffe	324 485	418 718	371 608	128 585	97 091	182 992
Fabrikate	14 583	24 649	15 477	18 908	18 908	22 833
Postpakete	—	—	—	240	233	353
Summe	379 732	505 319	442 104	160 004	128 808	220 745

Verkehr.

1. Eisenbahnen. Drei Viertel der Netze gehören privaten Gesellschaften, und nur ein Viertel wird direkt vom Staat verwaltet. Länge des Netzes bei Beginn des Jahres 1922 41 465 Kilometer.

Im Jahre 1913 gab es 15 000 Lokomotiven, 440 000 Waggons. Beschäftigt waren im Jahre 1913 360 000 Arbeiter.

2. Effektivbestand der Handelsmarine. (Bruttotonnage in 1000 Tonnen.)

Jahr	Dampfschiffe aus			Segelschiffe aus			Insges.
	Holz	Eisen	Stahl	Holz	Eisen	Stahl	
1914	3	183	1 735	81	16	358	2 379
1921	253	114	2 931	67	10	275	3 652

Banque de France. (Jährlicher Durchschnitt in Milliarden Franken.)

	1921	1920	1919	1918	1917	1916	1915	1914	1911	1901	1891
Bestand											
Gold	5,8	5,5	5,5	5,4	5,2	4,9	4,3	3,9	3,2	2,4	1,3
Silber	—	0,2	0,3	0,3	0,2	0,3	0,4	0,5	0,8	1,1	1,2
In Verkehr befdl. Banknoten	36,2	38,2	34,7	27,5	19,8	15,5	12,3	7,3	5,2	4,1	3,1
Durchschnittl. Disk.-Satz i. %	5,2	5,7	5	5	5	5	5	3	3,1	3	3

Staatsfinanzen.

Es ist nicht möglich, genau die Situation der Staatsfinanzen festzustellen. Die endgültigen Ergebnisse der Deckungen der Budgets werden ein Jahrzehnt später bekannt. Man läßt systematisch die voraufgehenden Budget-Jahre unabgeschlossen. Z. B. stellen in der nachfolgenden Tabelle die Einnahmen in den Jahren 1915—1921 nur eine „provisorische Situation" dar.

Jahr	Einnahmen	Ausgaben		
		gewöhnliche	aussergewöhnl.	insgesamt
1891	3 364	3 258	—	3 258
1901	3 634	3 756	—	3 756
1913	5 092	5 067	—	5 067
1914	4 548	4 855	5 466	10 351
1915	4 113	4 349	18 455	22 804
1916	4 886	5 705	27 240	32 945
1917	6 158	7 614	34 066	41 680
1918	6 784	10 489	44 048	54 537
1919	11 627	13 216	35 823	49 039
1920	19 122	23 186	28 878	52 064
1921	—	—	—	—

Die mißliche Lage der Staatsfinanzen ist der schwache Punkt der Wirtschaft. Sie zwingt Frankreich zu dem aussichtslosen Versuch, die vollen Reparations-Summen von Deutschland einzutreiben.

Die Zahl der Steuerpflichtigen, die der Einkommensteuer unterliegen, beläuft sich auf 528 971, die folgendermaßen verteilt sind:

Einkommen	Zahl der Besteuerten	Gesamtsumme der Einkommen in Mill. Franks
Von 6 000 bis 20 000 fr.	406 899	4 351
„ 20 001 „ 40 000 „	72 100	1 934
„ 40 001 „ 60 000 „	22 043	1 068
„ 60 001 „ 80 000 „	10 266	706
„ 80 001 „ 100 000 „	6 464	573
„ 100 001 „ 250 000 „	9 007	1 357
„ 250 001 „ 500 000 „	1 516	520
„ 500 001 „ 950 000 „	493	324
über 950 000	183	371
Insgesamt	528 971	11 204

Staatsschuld

(in Milliarden Franken, aus offizieller Quelle)

	1921[1])	1920	1919	1918	1914	1911	1901	1891
Unbefristete und befristete Schuld (konsolidiert und tilgbar)	144,3	97,6	67,8	70,4	31,4	31,3	29	25,1
Schwebende Schuld . .	93,5	79,2	56,0	33,5	2,1	1,4	1,2	1,1
Auswärtige Schuld. Berechnet n. d. jeweil. Kurs	86	62,4	27,3	20,4	—	—	—	—
Summe des Kapitals	323,8	239,2	151,1	124,3	33,5	32,7	30,2	26,2
Jährliche Ausgaben für die Verzinsung d. Staatsschuld	11,1[2])	13,1	8	7,1	1,3	1,3	1,2	1,1
Gesamtsumme	335	253	159	131	35	34	31	27

[1]) Für 1921: Die Lage am 1. Oktober, für die anderen Jahre am 1. Januar.

[2]) Die Abnahme ist nur scheinbar; denn 1921 brauchen für die Schulden an die Vereinigten Staaten und an England keine Zinsen bezahlt zu werden.

Nach anderen Quellen, die sich auf die vom Schatzamt festgestellten Zahlen stützen, beläuft sich die Staatsschuld auf eine viel höhere Summe. So berechnet z. B. Georges Lachapelle für das Jahr 1918 die Staatsschuld mit 170,6 Milliarden, die Zinsen nicht miteinbegriffen, obwohl die auswärtige Schuld in Goldfranken in Rechnung gestellt ist.

Die Gewerkschaftsbewegung.

I. Der Nationale Verband der Gewerkschaften und korporativen Gruppen Frankreichs.

Geschichte. Die Anfänge der Organisation reichen in der Form von Unterstützungsvereinen bis auf 100 Jahre zurück. Die moderne

Gewerkschaftsbewegung nahm nach der Kommune ihren Anfang. Im Jahre 1872 wurde der „Bund der gewerkschaftlichen Arbeiter-Union“ (Cercle de l'Union syndicale ouvrière) gegründet. 1881 gab es 500 gewerkschaftliche Arbeiterorganisationen mit 60 000 Mitgliedern. 1886 fand der gemeinsame Kongreß der Gewerkschaftsunion (Union des Chambres syndicales, gemäßigt) und der sozialistischen Arbeiterverbände (Fédérations sociales ouvrières, Guesdisten und Possibilisten) statt. Hier wurde der Nationale Verband der Gewerkschaften und korporativen Gruppen Frankreichs (Fédération nationale des Syndicats et groupes corporatives de France) gegründet. Seine Forderungen waren: Aufhebung des Gesetzes über die Gewerkschaften; Sozialisierung der Produktionsmittel; volle Amnestie für alle politischen Verbrechen und Delikte; Abschaffung des Gesetzes über die Internationale; internationale Arbeitsgesetzgebung. Der 3. Kongreß (Bordeaux) beschloß, einen Internationalen Arbeiterkongreß in Paris im Jahre 1889 zusammenzuberufen. Außerdem beschloß man: „. . . daß nur der Generalstreik . . . die Arbeiter auf den Weg zu ihrer Befreiung führen kann.“ Der 5. Kongreß war der bedeutendste (Marseille 1892). Er befaßte sich ausschließlich mit dem Generalstreik. Der Referent der Kommission zur Behandlung dieser Frage war Aristide Briand. Die Resolution, die angenommen wurde und die auf den Widerstand der Guesdisten stieß, endigte mit den Worten: „Der 1. Mai muß ein Beratungstag der Weltarbeiterschaft — sei sie gewerkschaftlich organisiert oder nicht — über das Prinzip des Generalstreiks sein.“ Der 6. Kongreß (Nantes 1894) vereinigte den Nationalen Verband der Gewerkschaften und korporativen Gruppen Frankreichs und den Verband der Arbeitsbörsen (Fédération des Bourses du Travail). 1662 Gewerkschaften waren vertreten. Alle sozialistischen Richtungen trafen sich: Guesdisten, Allemanisten (Bourderon- usw.), Blanquisten, Unabhängige (Briand usw.) und Anarchisten (Pelloutier usw.). Die Guesdisten, die in der Minderheit waren, verließen den Kongreß. Sie versammelten sich im folgenden Jahre in Troyes. Die Mehrheit dagegen trat 1895 in Limoges zusammen und schaffte dort die Grundlage für den Allgemeinen Arbeiterverband (Confédération Générale du Travail — C. G. T.).

Die Arbeitsbörsen.

Neben dem Verband der Gewerkschaften und korporativen Gruppen bildete sich eine andere rivalisierende Organisation: der Nationale

Verband der Arbeitsbörsen Frankreichs und der Kolonien. Der Nationale Verband der Arbeitsbörsen wurde 1892 begründet und hauptsächlich von den Allemanisten und Anarchisten geleitet und beeinflußt. Er bestand von 1892 bis 1902 (10. Kongreß). Seit 1903 bildet er eine Sektion der C. G. T. Forderungen: Verkürzung der Arbeitszeit und Mindestlöhne; das Recht, sich der Ausbeutung durch die Arbeitgeber zu widersetzen. Kostenlose Sicherung des Existenzminimums: Brot, Wohnung, Unterricht, Arzneien usw. Die Börsen sollten folgende Aufgaben erfüllen:

1. Gegenseitige Hilfe: Stellenvermittlung, Arbeitslosenunterstützung, Reisezuschüsse, Unterstützung bei Unfällen.

2. Unterricht: Bibliothek, Berufskurse, Auskunftsbüros usw.

3. Propaganda: Studien über Wirtschaft und Statistik, Gründung von Gewerkschaften, Teilnahme an der Wahl von Arbeiter-Schiedsrichtern am Gewerbegericht.

4. Kampf: Kampf gegen die Arbeitgeber, das kapitalistische Regime, Streiks, kommunistische Gruppen usw.

Der Allgemeine Arbeiterverband.

(Confédération Générale du Travail.)

Die Gründung der C. G. T. erfolgte auf dem Kongreß von Limoges; sie empfahl schon damals ihren Mitgliedern, sich „von allen politischen Schulen fernzuhalten". Die Hauptidee: die C. G. T. soll eine wahre Arbeiterpartei sein. Aufgaben: Gewerkschaftspropaganda, Schiedssprüche bei Konflikten, Organisierung von Teil- oder Generalstreiks, Ausarbeitung von Gesetzesvorschlägen, Arbeitsstatistik usw. Nach und nach schieden aber die Gewerkschaften, die Arbeitsbörsen und zuletzt der Verband der Arbeitsbörsen aus. So umfaßt die C. G. T. von 1899 bis 1903 nur noch „Verbände gleichartiger Berufe", an denen alle Gewerkschaften teilnehmen „sollen". Die „Einheit der Arbeitergewerkschaften" wurde erst 1903 zur Wirklichkeit. Von diesem Jahre an rechnet man auch die Existenz der C. G. T. Sie vereinigt: 1. die nationalen Industrie- und Berufsverbände und die nationalen Gewerkschaften; 2. die Arbeitsbörsen, die man als eine Zusammenfassung von verschiedenen Korporationen in einem Orte oder Bezirk betrachtete. In der C. G. T. bildeten die ersteren die Sektion der Gewerkschaftsverbände und die letzteren die Sektion der Börsen. Diese Sektionen sollten selbständig sein. Die Delegierten der beiden Sektionen bilden das Verbands-

Komitee. Die spezifische Ideologie — charakteristisch für die französische Gewerkschaftsbewegung — gehört dem sogenannten „Revolutionären Syndikalismus" an.

Während des Krieges hielt die C. G. T. keinen Kongreß ab. Dennoch wurde sie von den Minderheitsgruppen, den revolutionären Syndikalisten, gezwungen, eine Konferenz einzuberufen (1915), auf der die Sozialpatrioten die Mehrheit hatten. Eine zweite Konferenz fand im Dezember 1917 statt (Clermont-Ferrand). Hier gewannen die revolutionären Syndikalisten die Oberhand, und sie begrüßten die russische Revolution. Im März 1918 fand eine Konferenz der revolutionären Syndikalisten in St. Etienne statt. Die vorhergehenden und folgenden Monate sind durch eine furchterregende Ausdehnung der Kämpfe der Arbeiter und der Streiks gekennzeichnet. Man verlangte sofortigen Waffenstillstand und drohte mit Generalstreik. Der erste Kongreß seit Ausbruch des Krieges wurde am 16. Juli 1918 abgehalten. Nachdem die Haltung des Verbandsbüros während des Krieges kritisiert worden war, wurde ein Antrag angenommen, der jede militärische Intervention der Entente in Rußland mißbilligte. Auf dem Kongreß in Lyon (September 1919) zeigten sich die Minderheitsgruppen noch stärker. Sie beschuldigten das Verbandsbüro, die Aktion vom 21. Juli bewußt sabotiert zu haben. In der Tat hatten die Mehrheitler es für wichtiger und dringender gehalten, „eine starke Kampagne für die Reform des Wohnungswesens", als eine Demonstration für die russische und ungarische Revolution zu unternehmen. Alles in allem suchte die C. G. T., indem sie für die 14 Punkte von Wilson und den Völkerbund eintrat, das fünfte Rad am Siegeswagen des Entente-Imperialismus zu spielen.

Während der großen Streiks im März und Mai 1920 haben die reformistischen Führer der C. G. T. alles getan, um diese mißlingen zu lassen, damit sie dann die Verantwortung für den Mißerfolg den revolutionären Syndikalisten zuschieben könnten. Die besten und aktivsten Kämpfer der letzteren wurden ins Gefängnis geworfen. Die Reformisten benutzten die günstige Gelegenheit, um die Gewerkschaftsbewegung noch mehr zu zerrütten. Seit dem Kongreß von Orleans (September—Oktober 1920) widmen sie sich ganz der Bekämpfung von Sowjetrußland und besonders der Kommunisten. Denn der zweite Weltkongreß der Kommunistischen Internationale ließ seinen Einfluß auf die Gewerkschaftsbewegung fühlbar werden. Auf dem Kongreß von Lille (1921) wagte man es nicht, die revolutionären Syndikalisten auszuschließen. Aber in der Folgezeit machte sich das Verbandsbüro

trotzdem daran, sie auszuschließen, und zwar in einer Art und Weise, die die größtmögliche Zerrüttung der Arbeiterorganisationen nach sich ziehen mußte.

•

Tendenzen und Strömungen in der französischen Gewerkschaftsbewegung.

Reformistischer Syndikalismus. Er erinnert in vielen Punkten an den englischen Trade-Unionismus. Erstrebt Zusammenarbeit der Klassen, Bündnis zwischen Arbeitern und Kapitalisten, Sozialpazifismus und erwartet Besserungen von der wohlwollenden Hilfe des Staates. Absolute Neutralität nach links, Regierungsgesinnung nach rechts. „Vorsichtige, ausdauernde" Aktionen. Soziale Reformen, Tarifverträge, paritätische Kommissionen zur Beilegung von Konflikten. Vertreter und Verteidiger dieser Theorie sind in der Hauptsache Hubert Lagardelle (1899—1902, „Die sozialistische Bewegung", „Le Mouvement Socialiste"), Albert Thomas („Die gewerkschaftliche Rundschau", „La Revue Syndicaliste", 1905—1910). Der letzte zog die Bezeichnung „neutraler" anstelle von „reformistischer Syndikalismus" vor. A. Thomas war und ist der geistige Leiter der reformistischen Richtung. Jouhaux und Konsorten sind nur seine treuen Schüler und Diener. Während und wegen des Krieges wandelte sich die Losung „Neutraler Gewerkschaftler" in die Losung „Kanonen, Munition!" Das Verbandsbüro machte Kriegspropaganda und griff zu jeder Art von Maßnahmen, um jede Arbeiterbewegung und jeden Protest zu verhindern. Es nahm den „Burgfrieden" an, von dem es — „nach dem Kriege" — das Heil für die Menschheit und Verbesserungen in der Lebenslage der Arbeiter erwartete. Durch die Reformisten wurde die C. G. T. Mitglied der Amsterdamer Internationale. Gerade sie verleumden und greifen Sowjetrußland am heftigsten an. Um dem wachsenden Einfluß der Kommunisten und der anderen Revolutionäre entgegenzuarbeiten, haben die reformistischen Führer alle Arten von Kniffen und Schwindeleien, von Lügen und Verleumdungen in Anwendung gebracht und nicht einmal vor einer Spaltung der Gewerkschaftsbewegung haltgemacht. So haben wir denn seit Anfang 1922 den reformistischen Allgemeinen Arbeiterverband und den Einigen Allgemeinen Arbeiterverband (C. G. T. Unitaire), der alle revolutionären Richtungen schützt.

Der revolutionäre Syndikalismus. Diese Richtung gibt der französischen Gewerkschaftsbewegung ihr charakteristisches Gepräge. Der Theorie nach nähert sie sich anarchistischen Ideen, besonders denen von Proudhon, Bakunin, Sorel und Pelloutier. Politisch übernahm sie einen großen Teil des Erbes der Allemanisten und Blanquisten. Diese Richtung war im alten Verband der Arbeitsbörsen vorherrschend. Die Verrätereien, die die verschiedenen sozialistischen Parteien, besonders im Parlament, begangen hatten, stärkten den Einfluß dieser Gruppe. Sie erklärte sich als Gegnerin das Staates — sogar des Arbeiterstaates —, des Parlamentarismus, der Demokratie und jedes Zentralismus. Sie ist antimilitaristisch und antipatriotisch. Der Generalstreik ist ihre Lieblingsidee. Sie glaubt, die Gewerkschaft sei für sich selbst und für jedes andere Gebiet ausreichend. Vollkommene Unabhängigkeit allen politischen Parteien gegenüber. Die von dieser Richtung bevorzugten Kampfmethoden wurden wenigstens auf dem Papier von der C. G. T. in den ersten Jahren nach der Gründung angenommen.

Methoden. 1. Direkte Aktion, d. i. eine direkt von den Arbeitern ausgeführte Aktion, frei von jeder Bundesgenossenschaft, ohne Kompromisse mit den Kapitalisten oder der Regierung.

2. Streiks. Sie gewöhnen die Arbeiter an den Kampf und erlangen tatsächliche Resultate.

3. Boykotts.

4. Das Label (ein besonderes Zeichen, das auf den von Mitgliedern ausgeführten Arbeiten angebracht wird).

5. Sabotage oder „für schlechte Bezahlung schlechte Arbeit!"

6. Auf staatlichem Gebiet: die Taktik des Drucks von außen, den das Proletariat als Klasse ausübt.

7. Generalstreik, der „vielleicht nichts als die Revolution selber ist".

Diese Richtung beeinflußte die berühmte Resolution von Amiens (1906), die die Haltung der C. G. T. gegenüber der sozialistischen Partei und den anderen Parteien bestimmt:

„Die C. G. T. sammelt außerhalb jeder Lehre alle Arbeiter, die sich dessen bewußt sind, daß ein Kampf bis zum Verschwinden der beiden Klassen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu führen ist." Kein gewerkschaftlich organisierter Arbeiter darf in die Gewerkschaft seine politischen Meinungen hineinbringen, die er außen vertritt. Die verbundenen Organisationen, soweit sie gewerkschaftliche Gruppen sind, dürfen sich nicht besonders mit den „Parteien und Sekten" befassen.

Während des Krieges. Seit den ersten Kriegsmonaten kamen aus der Mitte dieser Gruppe kriegsgegnerische und antimilitaristische Ideen. Eine kleine Gruppe von mutigen Genossen, die sich um die „Vie Ouvrière" von Monatte gesammelt hatten, bekämpfte unaufhörlich die Sozialchauvinisten des Verbandsbüros. Diese Gruppe gründete später Komitees für Propaganda und für die Wiederanknüpfung der internationalen proletarischen Beziehungen. Sie nahm an den Konferenzen von Zimmerwald und Kienthal teil. Sie begrüßte mit Begeisterung die russische Novemberrevolution. Ihr Einfluß vergrößerte sich derart schnell, daß sie bald — trotz aller Machenschaften der Reformisten — die Mehrheit in der C. G. T. besessen hätte, wenn die Reformisten nicht auf die Idee gekommen wären, die revolutionären Syndikalisten auszuschließen. Seit Beginn des Jahres ist diese Richtung in dem Einigen Allgemeinen Arbeiterverband (C. G. T. Unitaire — C. G. T. U.) organisiert. Dieser vereinigt alle Spielarten von revolutionären Syndikalisten: Kommunisten, „reine" Syndikalisten, Anarchisten. Alle sind Gegner der Amsterdamer Internationale, aber nicht alle wollen der R. G. I. angehören. Was Sowjetrußland anbelangt, so gibt es unter ihnen Leute, die weder den Staat noch die proletarische Diktatur, noch den roten Terror, noch die Rote Armee anerkennen. Nichtsdestoweniger hat die C. G. T. U. niemals gemeinsame Aktionen oder Kundgebungen mit der Kommunistischen Partei Frankreichs abgelehnt. Im Gegenteil, sie selbst ergriff häufig die Initiative dazu.

I. Mitgliederbestände der Arbeitergewerkschaften (in 1000 Mitgl.)

1921	1920	1919	1918	1917	1916	1915	1914	1910	1901
650[1])		2,500	2 000	1 500			1,026	977	600

II. Mitgliederbestände des Allgemeinen Arbeiterverbandes (C. G. T.):
(in 1000)

300[1])	1 015	2,048	997	493	167	83	861	400	

Die Mitgliederbestände der bedeutendsten Organisationen waren im Jahre 1920 folgende (in 1000): Eisenbahner 137, Bergarbeiter 130, Textilarbeiter 127, Metallarbeiter 100, Bauarbeiter 75 usw. Im Jahre 1921 haben alle Verbände eine Verringerung der Mitgliederzahl zu verzeichnen. Im März 1922 schätzte man die Zahl der Mitglieder der C. G. T. U. auf mehr als 350 000 und die der C. G. T. auf fast 300 000.

[1]) Vorläufige Schätzungen.

Der Verband der christlichen Arbeiter (begründet 1919) nannte für 1920 140 000 Mitglieder und für 1921 etwa 129 000.

Der Nationale Arbeiterverband (Confédération Nationale du Travail), im wahrsten Sinne des Wortes eine gelbe Organisation, gab für 1920 93 000 Mitglieder an. Es gibt außerdem noch unbedeutendere gelbe Organisationen, wie „Die Freiheit der Arbeit" („La Liberté du Travail") und die Allgemeine Union der reformistischen Gewerkschaften im engen Bündnis mit der „Neuen Demokratie" von Lysis.

Geschichte der sozialistischen und Arbeiterparteien.

A. Erste Periode.

I. Die Französische Arbeiterpartei (Parti Ouvriers Français, P. O. F., 1879—1902). Auf dem dritten Arbeiterkongreß in Marseille von den Guesdisten 1879 gegründet. Bereits 1877 begann Jules Guesde die Herausgabe der „Egalité", der ersten Tageszeitung zur Propagierung kollektivistischer Ideen. Die Guesdisten errangen auf dem dritten Kongreß einen großen Sieg, und die Französische Arbeiterpartei wurde begründet. Von Anfang an ragten unter den Gründern der Französischen Arbeiterpartei Paul Lafargue und Gabiel Deville hervor. Das Programm der P. O. F. ist unter Mitarbeit von Marx geschaffen worden. Die Guesdisten vertraten — wenigstens in der Theorie — häufig den Aufstand. Trotzdem blieben sie Anhänger der nationalen Verteidigung im Falle eines „nicht provozierten Angriffs".

II. Der Verband der Sozialistischen Arbeiter Frankreichs (1882—1899) ist die Partei der Possibilisten, die es vorziehen, „das ideale Ziel in mehrere Stufen zu zerteilen, irgendwie einige unserer Forderungen zurückzustellen, um sie später einmal zu ermöglichen". Sie fordern für jede Ortschaft und jeden Bezirk das Recht, ein eigenes Programm zu besitzen. Der Possibilismus wurde vom „Prolétaire", einer hauptsächlich korporativen Tageszeitung, die Paul Brousse leitete, und im „Socialisme progressif" (1878 Lugano) von Benoit Malon vertreten. Die Possibilisten waren bis 1882 Mitglieder der P. O. F. Als sie die Mehrheit verloren hatten, ließen sie die Guesdisten die P. O. F. allein weiterführen, sie selbst aber schufen den Verband.

III. Die Revolutionäre Sozialistische Arbeiterpartei (Parti des Ouvriers Socialistes Révolutionaires. — P. O. S. R., 1882—1897). Begründet von Allemane und seinen Freunden, die den Verband der „Broussisten" verlassen hatten. Der Partei gehörte eine verhältnismäßig große Zahl Handarbeiter an. Sie trat für den General-

streik ein, nahm aber auch zum Wahlkampf aus Propagandagründen ihre Zuflucht; sie war gegen „Katastrophen-Revolutionen", maß den Gemeindeverwaltungen eine große Bedeutung bei und hielt es für nötig, als erste und sicherste Etappe auf dem Wege zur endgültigen Befreiung der Arbeiterklasse in allen Gemeinden die Munizipalgewalt zu erobern. Die Allemanisten glaubten an die „freien Kommunen" in der kommenden Gesellschaft, die vollkommen selbständig in ihrer Verwaltung sein sollten. Für eiserne Parteidisziplin, aber gegen „Autoritäts-Kommunismus". Hervorragende Vertreter: Allemane, Clément, Groussier, Bourderon, Barabant. Der letztere ist gegenwärtig Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Frankreichs. Das Parteiorgan war „Le Parti Ouvrier".

IV. Revolutionäre Kommunistische Allianz. Die Deputierten Groussier, Dejeante und ihre Freunde wurden aus der P. O. S. R. ausgeschlossen, weil sie sich nicht ihren Beschlüssen beugen und einen Teil ihres Gehalts der Propagandakasse zuführen wollten. 1901 traten ihre Mitglieder in die Sozialistische Partei Frankreichs ein.

V. Die Revolutionäre Sozialistische Partei (Parti Socialiste Révolutionaire). Dies ist die Bezeichnung (von 1898 ab) des alten „Revolutionären Zentralkomitees", gegründet von den Blanquisten. Sie ist für den Klassenkampf, für den Generalstreik, atheistisch, republikanisch, kommunistisch, revolutionär und internationalistisch. Von den bedeutendsten Vorkämpfern dieser Partei sind zu nennen: Vaillant, Maurice Allard, Dubreuilh, Paul Louis. — Aufgaben: Mit den Massen zu gehen und durch ihr Beispiel sie zu Aktionen zu bewegen.

VI. Die Unabhängigen Sozialisten. Eine reiche Sammlung von intellektuellen Sozialisten, die auf verschiedenen Wegen zum Sozialismus gekommen sind. Die meisten verleugnen den Sozialismus bald wieder. Ein Teil kam von der „Sozialistisch-Republikanischen Allianz", die Charles Longuet begründet hat. Die Allianz war der Ansicht, daß „die soziale Revolution sich durch eine Reihe von graduellen Evolutionen und Fortschritten vollziehen kann". Dann gab es alte kommunardische Journalisten: Lissagaray, Jules Vales, Camelinat, Felix Lyat u. a. Einige waren Sozialisten, die „ihre doktrinären Anschauungen nicht in eine enge Formel pressen lassen wollen", wie z. B. Millerand, Viviani, Briand, Augagneur, Morin. Sie gründeten 1893 den „Republikanisch-Sozialistischen Seine-Verband (Fédération Républicain Socialiste de la Seine), der sich

1898 in den „Verband der unabhängigen Sozialisten Frankreichs umwandelte, dem auch u. a. Jaurès, Fournière, André, Lefèvre, Camelinat, A. Veber, Renaudel, Zeräs, de Pressensé angehörten. Außerdem wurde 1898 eine andere Gruppe, der „Verband der revolutionären, unabhängigen, sozialistischen Gruppen" (J. Lubusquière), gegründet. Im März 1902 setzten sich die verschiedenen unabhängigen sozialistischen Gruppen und Verbände, die „Broussisten" (Verband der sozialistischen Arbeiter Frankreichs) und etwa 30 selbständige Provinzverbände ins Einvernehmen und gründeten die Französische Sozialistische Partei (Parti Socialiste Français — P. S. F.). In der Theorie waren alle unabhängigen Sozialisten Gegner des Marxismus. Einige nahmen allenfalls das „Prinzip des Klassenkampfes", aber nie seine Durchführung an. Beinahe alle waren für Teilnahme an der Regierung. Die Mehrzahl der Führer sind Renegaten und Minister geworden.

B. Zweite Periode.

Die Sozialistische Partei Frankreichs und die Französische Sozialistische Partei.

Nach dem „Bankett von Saint-Mandé" (1896), auf dem Millerand vor den Führern und Delegierten aller sozialistischen Parteien ein Programm entwickelt hatte, schuf man eine parlamentarische Fraktion aller Sozialisten. Nur die allemanistischen Abgeordneten weigerten sich, in diese Fraktion einzutreten. Die Idee der Einheitsfront machte Fortschritte. 1898, anläßlich des Dreyfus-Prozesses und der Drohungen der Reaktion, bildeten alle sozialistischen Parteien und Gruppen ein „Wachsamkeits-Komitee". Bald wurde dieses auf Anregung der Guesdisten, Blanquisten, Allemanisten und Broussisten in ein sozialistisches „Einigungskomitee" umgewandelt. Die Unabhängigen wurden aufgefordert, sich in nationalen Verbänden zusammenzuschließen, um in dieses Komitee eintreten zu können. Unterdessen kam das Ministerium Waldeck-Rousseau an die Regierung und übergab Millerand das Portefeuille des Handelsministeriums. Der Kampf gegen die Fraktion begann wieder. Trotzdem trat am 3. Dezember 1899 der erste Allgemeine Kongreß der französischen sozialistischen Organisationen zusammen. Die Debatte entspann sich u. a. über die Frage „Für oder gegen Teilnahme an Ministerien".

Im folgenden Jahre verließen die Guesdisten den zweiten Allgemeinen Kongreß. 1901 traten die Blanquisten und die Kommunistische Allianz wieder zur Arbeiterpartei über, und alle drei Parteien mit zahlreichen selbständigen Provinzverbänden bildeten die Sozialistische Partei Frankreichs (Parti Socialiste de France, P. S. F.). Bald traten auch die Allemanisten in diese Partei ein. Auf der anderen Seite bildeten die unabhängigen Sozialisten, die Broussisten und 30 selbständige Provinzverbände die Französische Sozialistische Partei (1902).

C. Dritte Periode.

Sozialistische Partei (Parti Socialiste. — S. F. I. O.).

Vor dem Internationalen Sozialistenkongreß in Amsterdam (1904) begannen die Besprechungen zwischen der Sozialistischen Partei Frankreichs und der Französischen Sozialistischen Partei, die zur Sozialistischen Einheitsfront (1905) führten. Die „Vereinigte Sozialistische Partei" umfaßte also alle, Guesdisten, Blanquisten, Broussisten, Allemanisten, Jaurèssisten, Unabhängige, Republikaner usw. Dennoch trat eine bedeutende Fraktion der Französischen Sozialistischen Partei nicht in die vereinigte Partei ein. Sie erklärte sich gegen den Radikalismus und für das Zusammenarbeiten mit den Republikanern. Millerand, Viviani, Augagneur, Briand, Zeräs bildeten weiterhin eine Französische Sozialistische Partei, die nach ihrem dritten Kongreß sich für den Namen Republikanisch-Sozialistische Partei entschied.

Die Vereinigte Sozialistische Partei wurde von Reformisten jeder Art eingefangen. Von 1905 bis Juli 1914 hielt diese Partei dreizehn nationale Kongresse ab. Während des imperialistischen Krieges betätigte sie sich im Sinne des Burgfriedens mit der Bourgeoisie, unterstützte die Regierung und nahm an der Bildung von Ministerien teil. Blanquisten, Guesdisten, Unabhängige usw. — alle halfen tatkräftig beim Kriege mit. Nur eine kleine Gruppe von Kämpfern begriff die Situation und stimmte, zusammen mit den revolutionären Syndikalisten, den Konferenzen von Zimmerwald, Kienthal und der russischen Revolution zu. Diese kleine Gruppe bildete das „Komitee der Kommunistischen Internationale". Die Mehrheit der Vereinigten Partei führte ihre Kriegspolitik fort, kämpfte für den Völkerbund und die 14 Punkte Wilsons etc. Nach dem Kongreß von Straßburg trat die Vereinigte Partei unter dem

Druck der Massen aus der Zweiten Internationale aus, trat aber nicht in die Kommunistische Internationale ein. Sie nahm teil an der Vorkonferenz der Wiener Arbeitsgemeinschaft (November 1920). Auf dem Kongreß in Tours (Dezember 1920) beschloß die ungeheure Mehrheit der Delegierten den Anschluß an die Kommunistische Internationale und nahm die 21 Bedingungen des Zweiten Weltkongresses an. Die Minderheit, der Parlamentarier, andere Deputierte, Journalisten, Redner usw. angehörten, organisierte sich unter dem Namen Sozialistische Partei (S. F. I. O.) und trat der Internationale 2½ bei. Die Mehrheit wurde Mitglied der Kommunistischen Internationale und nahm den Namen Kommunistische Partei Frankreichs (Sektion der Kommunistischen Internationale) an.

Zahl der Stimmen, die die Vereinigte Sozialistische Partei erhalten hat.

1910	1914	1919
1 110 561	1 397 373	1 615 800 (1 729 300)[1]

Die Kommunistische Bewegung und die kommunistische Partei.

Ein Häuflein Sozialisten und Gewerkschaftler, die der sozialpatriotischen Politik der Sozialistischen Partei und der C. G. T feindlich gegenüber standen, gründeten 1915 den „Ausschuß für die Wiederaufnahme der Internationalen Beziehungen" (Comité pour là reprise des Relations Internationales). Dies war der erste Zusammenschluß von Trägern internationalistischer und revolutionärer Propaganda. Er nahm die Beschlüsse der Tagungen von Zimmerwald und Kienthal zu seiner Richtschnur. Diese Gruppe wurde von den Behörden verfolgt und systematisch von den rechtsstehenden Sozialisten bekämpft. Im Mai 1919 beschloß diese, bereits über einen besonderen Verwaltungsapparat verfügende Gruppe der Partei mit Loriot und Monatte an ihrer Spitze, ihre Umwandlung in den „Ausschuß der Kommunistischen Internationale", dessen Ziele folgendermaßen umrissen wurden:

> „die Gesamtheit der proletarischen, sozialistischen, kommunistischen und revolutionären Organisationen für den Anschluß an die Kommunistische Internationale zu gewinnen und unter den Massen und proletarischen Organisationen die kommunistischen Grundsätze zu propagieren."

[1]) Mit Elsaß-Lothringen.

Der Einfluß des „Ausschusses" nahm ständig zu. Auf dem Straßburger Kongreß der S. P. (Ende Februar 1920) erhielt er ein Drittel der Mandate. Mit polizeibehördlichen Unterdrückungsmaßnahmen suchte man seine Propagandatätigkeit zu unterbinden, indem man die besten und aktivsten seiner Vertreter ins Gefängnis warf. Seit dem Straßburger Kongreß und vor allem seit dem zweiten Weltkongreß der K. I. führte, unter dem Druck der Massen, eine weitere starke Fraktion der S. P. um Cachin und Frossard, parallel mit dem „Ausschuß der Kommunistischen Internationale", eine energische Propaganda sowohl zugunsten Sowjetrußlands als auch zugunsten des Anschlusses an die Kommunistische Internationale.

So kam es, daß auf dem Kongreß der S. P. von Tours (Ende Dezember 1920) der Beitritt zur K. I. mit 3252 Stimmen beschlossen wurde, gegen 1082, die auf zentristische Anträge (Beitritt unter Vorbehalt) entfielen, und bei 397 Stimmenenthaltungen seitens des rechten Parteiflügels unter Renaudel und Blum. Zentristen und rechter Flügel schritten, nachdem sie den Kongreß verlassen hatten, zu gesonderter Parteibildung. Obwohl von den meisten Funktionären, Rednern und Publizisten im Stich gelassen und aller Geldmittel entblößt, gelang es der Mehrheit dennoch, nach einem Kampf mit Schwierigkeiten verschiedenster Art ihren Parteiapparat wieder aufzubauen und ihre Orts- und Provinzgruppen wiederherzustellen. Kurze Zeit darauf erklärte die Mehrheit sich einverstanden, den Namen „Kommunistische Partei" zu führen. Auf ihrem ersten Organisationskongreß, Mai 1921, gab sich die K. P. ihre Parteistatuten. Ende Dezember 1921 hielt die K. P. in Marseille ihren ersten Allgemeinen Kongreß ab, wo sie wichtige Resolutionen annahm, die ihre Haltung bezüglich folgender Fragen festlegten: Agrarfrage, Landesverteidigung, Beziehungen zu den Gewerkschaften, Wahltaktik, Organisation der kommunistischen Frauen, Presse und Genossenschaftsfrage. Auf dem Marseiller Kongreß hatte die K. P. 130 000 Mitglieder und 13 Deputierte in der Kammer. Das Zentralorgan der Partei ist die „Humanité" mit einer täglichen Auflage von ungefähr 200 000 Exemplaren. Außerdem besitzt sie noch 4 Tageszeitungen und etwa 50 Wochenschriften. Die K. P. hat an den parlamentarischen Teilwahlen, sowie an den Kommunal- und Kantonalwahlen teilgenommen. Sie hat eine prachtvolle Wahlkampagne um die Kandidatur der eingekerkerten Matrosen Marty und Badina geführt. Sie hat an allen großen proletarischen Manifestationen gegen die Teuerung, die Mietssteigerung, den Lohnabbau etc. teilgenommen. Außerdem ist die K. P. die einzige Partei

in Frankreich, die ihre Zukunft mit der Zukunft und dem Erfolg der russischen Revolution identifiziert.

Ueberblick über die geistigen Strömungen innerhalb der Kommunistischen Partei. Auch jetzt noch unterliegt die französische Arbeiterschaft in weitem Ausmaße dem intellektuellen Einfluß der Kleinbourgeoisie. Sie verstrickt sich in den zahllosen sozialen „Theorien“ und „Systemen“ letzterer und läßt sich bisweilen, wo ihr Instinkt sich nicht dagegen auflehnt, von der politischen Demoralisation der bürgerlichen Demokratie ins Schlepptau nehmen. Zu lange hat der „Sozialeklektizismus“ als sationen des Proletariats vorgeherrscht. Mehrere Generationen wurden in sozialeklektischem Geist erzogen. Dieser Geist lebt noch in den Köpfen der Mehrzahl derjenigen, die den Kern der Parteien und Gewerkschaften bilden. Die Arbeiterbewegung ist mehrmals hintereinander zur Reinigung ihrer Reihen geschritten. Sie hat sich einer Menge von schlechten Hirten entledigt, aber es ist ihr noch nicht geglückt, aus ihrem Denken den unheilvollen Einfluß der kleinbürgerlichen Ideen vollständig zu entfernen.

Die K. P. konnte erst nach Tours entstehen, d. h. nach der Trennung von den Zentristen und der Rechten. Sie hat mit den elektoralistischen Reformisten gebrochen, aber die K. P. kann noch nicht behaupten, daß ihr Kern ausschließlich von überzeugten und konsequenten Kommunisten gebildet wird. Die kommunistische Idee ist noch nicht vollkommen assimiliert. Die marxistische Methode ist ihr noch nicht Kompaß und Waffe im revolutionären Kampf. Die K. P. befindet sich noch in der Phase der inneren geistigen Konsolidierung. Sie bemüht sich, die innerhalb der Partei auftauchenden Strömungen zu einer einheitlichen marxistisch-kommunistischen Auffassung zu verschmelzen. Inzwischen läßt sich in der Partei das Wirken verschiedener gedanklicher Strömungen verfolgen, die nicht immer scharf voneinander abgegrenzt sind, sondern sich untereinander verstricken, sich annähern, mehr zurücktreten oder ziemlich heftig aufeinanderprallen.

Es gibt beispielsweise Genossen, die den Antiparlamentarismus als die für die Kommunisten beste Taktik betrachten. Was die Beziehungen zu den Gewerkschaften anbetrifft, treten sie für absolute Unabhängigkeit letzterer ein. Die Politik der Exekutive befriedigt sie nicht immer; sie scheint ihnen mit Opportunismus durchtränkt, zumal was die Taktik der Einheitsfront anbetrifft. Neben diesen Genossen zeichnet sich eine andere Strömung ab, die Strömung, welche sich in gewissem Sinne als Erbin des alten „Ausschusses der

Dritten Internationale“ ansieht. Sie bemüht sich, die Partei, ihren Gedanken, ihre Handlungen, ihre innere Struktur immer mehr auf den Weg der Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der Kongresse und der Exekutive der K. I. zu drängen.

Andererseits läßt sich feststellen, daß es in der Partei Genossen gibt, die die Trennung von den Sozialisten noch bedauern und nach wie vor den Tag der organisatorischen Einheit mit diesen letzteren herbeiwünschen. Ohne Einfluß auf die Stärke der Partei, üben sie gleichwohl einen ungünstigen Einfluß auf die Mitgliedschaft in dem Sinne aus, daß sie ein Element der Verwirrung für ihre marxistisch-kommunistische Schulung bedeuten.

Die Mehrheit der Partei bemüht sich, das Gleichgewicht zwischen diesen verschiedenen Strömungen herzustellen, was ihr bisweilen den Stempel einer gewissen Unschlüssigkeit in ihrer Aktion verleiht und viel Zögern mit sich bringt hinsichtlich der Anerkennung der Notwendigkeit einer starken Zentralisation in der politischen Leitung der Partei. Bisweilen sogar interpretiert diese Mehrheit das Dazwischentreten der K. I. nicht im richtigen Sinne. Glücklicherweise verschwinden alle diese Strömungen täglich mehr, um einer einzigen Idee, einem einzigen Wunsch, einem einzigen Willen Platz zu machen, — der Vorbereitung und Durchführung der proletarischen Revolution.

Trotz dieser Strömungen hat denn auch die K. P. schon Proben von innerer Aktionseinheit abgelegt. Die mißtrauische Haltung, die die C. G. T. Unitaire gegenüber der K. P. bobachtete, hinderte letztere nicht an wiederholtem gemeinsamen Vorgehen mit der C. G. T. U. Diesen beiden Körperschaften leisten auch die **A. R. A. C.** (Association Républicaine d'Anciens Combattants, Republikanischer Verband ehemaliger Frontkämpfer), der Verband der Kriegsbeschädigten, der Mieterbund etc. Gefolgschaft. Zusammen mit der K. P. entwickelt sich und handelt der Verband der Kommunistischen Jugend (Federation des Jeunesses Communistes). Was ihre internationalen Beziehungen anbetrifft, ist die Kommunistische Partei am stärksten mit der deutschen Kommunistischen Partei in Fühlung.

Die französischen Kolonien und Protektorate.

I. Nordafrika.

Algerien (mit Militärterritorium Südalgerien). — **Tunesien** und **Marokko** bilden in ihrer Gesamtheit eine wirtschaftlich sehr wichtige Ergänzung des Mutterlandes, mit welchem sie durch zollpolitische Institutionen, gemeinsame Finanzen usw.

aufs engste verbunden sind. Das ganze Gebiet wird fast monopolartig vom französischen Kapital beherrscht.

Algerien: Kolonie unter einem Generalgouverneur. Ein rein konsultativer Gouvernementsrat steht dem Generalgouverneur zur Seite. Ein Gesetz von 1919 erkennt das französische Bürgerrecht allen über 25 Jahre alten Eingeborenen zu, die im Kriege gedient haben, Landeigentümer oder Pächter sind, lesen oder schreiben können oder eine französische Ordensauszeichnung besitzen. Das französische Parlament hat das ausschließliche Recht der Gesetzgebung für Algerien, welches Deputierte und Senatoren in dasselbe entsendet.

Areal und Bevölkerung. 1911 515,477 Quadratkilometer; 5 069 522 Einwohner; hiervon 795 522 Europäer, 4 768 306 Eingeborene. Rasse vorwiegend arabisch-berberisch (kabylisch), Religion der Eingeborenen ausschließlich Islam (die Israeliten gelten alle als französische Bürger). Wichtigste Städte Algèr (Hauptstadt) mit 172 397 Einwohnern, Oran mit 123 186, Constantine mit 65 173.

Wirtschaft. Ackerbau und Viehzucht. Sehr fruchtbarer Boden, modern intensiv bebaut, meist europäischer Besitz, in beschränkter Ausdehnung nahe der Küste. Sonst Nordalgerien meist gebirgig und mehr zu Viehzucht als zu Ackerbau geeignet. Hauptprodukte: Weizen (1920 243 000 Tonnen), Gerste (207 397 Tonnen), Hafer (73 422 Tonnen), Mais, Tabak, (letzterer die lohnendste Kultur), Wein (1920 30 Millionen Hektoliter). Viehstand: 202 839 Pferde (1919), 184 895 Maultiere, 247 808 Esel, 1 092 996 Stück Rindvieh, 9 139 722 Schafe, 3 793 998 Ziegen, 108 213 Schweine. Ausgedehnte Fischerei.

Bergbau. Zink, Blei, Quecksilber, Kupfer, Antimon, Petroleum.

Handel. Ein- und Ausfuhr in 1000 Pfund Sterling in den Jahren:

	1915	1918	1919	1920
Einfuhr	18,9	29,4	54,3	101,4
Ausfuhr	21,5	31,8	67,6	57,7

Finanzen. Ausgaben für Krieg und Marine figurieren nicht im algerischen Budget, sondern in dem Frankreichs. Europäer und Eingeborene zahlen dieselben direkten und indirekten Steuern.

Budget in 1000 Francs für die Periode:

	1917	1918	1919	1920	1921
Einnahmen . . .	132,091	159,860	222,989	510,653	50 ,659
Ausgaben . . .	132,081	159,858	222,732	510,650	50 ,525

Heerwesen. Militärpflicht für Franzosen wie im Mutterlande, für Eingeborene drei Jahre aktiv, dann Reserve. Die Truppen gehören zur Heimatarmee, nicht zu den Kolonialtruppen.

Tunesien. Protektorat. Das Land wird unter der Kontrolle des französischen Außenministeriums durch einen französischen Minister-General-Residenten und ein ernanntes „Ministerium" (8 Franzosen, 2 Tunesier) regiert.

Areal. Zirka 116 000 Quadratkilometer, Einwohner: 1920 zirka 1 940 000. Große Mehrzahl der Bevölkerung beduinische Araber und Kabylen, 50 467 Juden, 46 044 Franzosen, 88 082 Italiener. Hauptstadt Tunis 162 000 Einwohner. Hauptmasse der Bevölkerung mohammedanisch. Boden zum Teil Wüste, zum Teil sehr fruchtbar. Getreideernte 1920: Weizen 110 000 Tonnen, Gerste 60 000, Hafer 22 000 Tonnen. Wein 2 Millionen Hektoliter, Datteln, Halfagras. Großgrundbesitz überwiegt. Große Flächen

Ackerbauland von Eingewanderten in Kauf und Pacht erworben. 1919 im Besitz von französischen Kolonisten 2 675 020 acres, von Italienern 345 000 acres, von anderen Europäern 113 600 acres, bei insgesamt 7 Millionen acres Ackerbauland.

V i e h s t a n d. 1919 (in Tausend Stück): 78,9 Pferde, 198,7 Esel, 31,3 Maultiere, 634,8 Stück Rindvieh, 2 661,6 Schafe, 1 660,6 Ziegen, 170,6 Kamele.

B e r g b a u. Eisenerze, Zinkerze und Eisen; am wichtigsten der Abbau von Phosphaten, der alljährlich noch zunimmt; 1919 815 385 Tonnen.

A u ß e n h a n d e l (in 1000 Pfund Sterling).

	1915	1916	1917	1918	1919
Import	4,290	5,370	5,682	8,298	11,430
Export	5,021	4,752	5,027	5,182	8,081

F i n a n z e n (Budget in 1000 Pfund Sterling).

	1916	1919	1920
Einnahmen . . .	2,569	4,803	5,324
Ausgaben . . .	2,457	4,803	5,324

Ende 1915 betrug die tunesische öffentliche Schuld zirka 360 Millionen Francs.

H e e r w e s e n. Französische Besatzungsarmee, dazu Eingeborenen-Regimenter, auf Grund lokaler Wehrpflicht ausgehoben. Mindestens 35 000 Tunesier während des Krieges in Frankreich verwendet.

M a r o k k o. Protektorat, Nationaldynastie. Durch Vertrag vom April 1912 erkannte der Sultan das französische Protektorat auch formell an. Der Sultan ist Staatsschef sowohl wie religiöses Oberhaupt. Regiert absolutistisch, hat jedoch den „Rat" des französischen Generalresidenten in allen Dingen zu befolgen. Dieser ist Außenminister, Oberkommandierender der französischen Truppen, zugleich Kriegsminister im Kabinett des Sultans. Französischer Generalstreik seit 1912 General Liautey.

A r e a l u n d B e v ö l k e r u n g. Gesamtareal Marokko (inkl. spanische Zone) 231 000 engl. Quadratmeilen. Davon spanische Zone (Nordmarokko) 10 000 Quadratmeilen. Bevölkerung französischer Zone (Eingeborenenbevölkerung) 1919 5 400 000. Die Eingeborenenbevölkerung besteht aus Berben, Arabern, Tuareg und ziemlich viel Juden und Negern. Gesamtzahl der Christen in Marokko etwa 87 800. Wichtigste Städte der französischen Zone: Fez 109 189 Einwohner, Marakesch 104 750, Casablanca 89 380, Tanger (internationales Regime) 50 000 Einwohner. Gesamtzahl der Europäer in Marokko ohne französische und spanische Truppen etwa 87 000.

R e l i g i o n. Mohammedaner.

P r o d u k t i o n u n d I n d u s t r i e. Boden fruchtbar. Moderne Bodenkultur beschränkt sich auf die Umgebung der Küstenstädte; dort neuerdings systematische f r a n z ö s i s c h e K o l o n i s a t i o n s b e s t r e b u n g e n; durch billigen Verkauf von Land für europäisch betriebene Farmen. Inneres der Kolonisation noch unzugänglich wegen Unsicherheit.

Getreideproduktion 1919 (in 1000 q): Gerste 9,747; Weizen 4,461; 1911 Baumwolle eingeführt. Viehstand der französischen Zone (1919): 6,7 Millionen Schafe, 1,63 Millionen Ziegen. 1,32 Millionen Rindvieh, 0,54 Millionen Esel, Pferde und Maultiere, 70 000 Kamele.

Außenhandel (in Millionen Pfund Sterling):

	19 5	1918	19 9
Import	7,21	12,58	19,23
Export	2,23	4,60	9,11

Der Außenhandel richtet sich vor allem nach Frankreich.

Finanzen. Der Staat ist an Frankreich stark verschuldet mit Anleihen (zirka 16 Millionen) und mit Kriegsentschädigung 2,5 Millionen. Geld: französisch.

Heerwesen. Die Armee steht unter dem Oberkommando des französischen Generalresidenten. Gesamtzahl der Truppen: französische und in französische Formationen eingereihte marokkanische Soldaten 43 892.

Tropisches Afrika. — Afrique Occiden'ale Française und Afrique Equatoriale Française. — 2. Französiches Somaliland (Obock). — 3. Madagaskar.

Afrique Occidentale Française umfaßt ein Kaiserreich im Westen und Innern von Afrika, welches noch ungenügend erschlossen und zum größten Teil unkultiviert ist.

Areal und Bevölkerung.

Bevölkerungszahl:

	km	Afrik. Rasse	Fremde	darunter Franzos.	Total-bevölkerg.
Senegal	171 939	1 200 000	4113	554	1 204 115
Guinée	220 905	1 890 000	1200	1100	1 891 200
Côte d'Ivoire . .	282 984	1 406 000	1030	900	1 407 030
Dahomey	98 507	860 000	590	500	860 590
Soudan Frcs. . .	1 432 832	2 200 000	975	900	2 200 975
Haut Volta . .	358 208	3 300 000	100	100	3 000 000
Mauretanie . .	805 968	240 000	144	144	240 144
Terr. Niger . .	805 968	700 000	225	200	700 225
	4 177 311	11 456 000	8377	7403	11 464 377

Dazu Togo (füher deutsch): französischer Teil 20 072 Quadratmeilen. Bevölkerung zirka 730 000.

Ueber der Gesamtheit der A. O. F. steht ein Generalgouverneur mit dem Sitz in Dakar (Senegal). Jede Einzelkolonie steht unter einem Gouverneur.

Zölle und Schiffahrtseinnahmen der einzelnen Kolonien fließen in ein gemeinsames Generalbudget für die allen Einzelkolonien gemeinsamen Verwaltungszweige. Generalbudget für die A. O. F. (1920) 40 509 800 Francs. Militär in Friedenszeiten 13 500 Mann, davon 1500 Europäer. Polizei 3000 Mann.

Handel und Verkehr. Import nach Französisch-Westafrika hauptsächlich Nahrungsmittel, Textilwaren, Geräte, Getränke; Export hauptsächlich Früchte, Oele und Oelsamen, Kautschuk, Baumwolle, Kakao, Bauhölzer.

Außenhandel. 1918—1919 in Millionen Francs:

	1918		1919	
	Import	Export	Import	Export
Senegal	295,8	215,2	198,2	202,2
Guinée	23,0	12,8	25,9	23,5
Côte d'Iv. . . .	15,8	13,2	23,5	28,5
Dahomey . . .	28,3	30,0	44,4	70,1

(Darin sind auch die Handelsziffern für die Binnenlandkolonien enthalten.)

Afrique Equatoriale Française (ehemals „Congo français") umfaßt die Gebiete von der Atlantischen Küste zwischen Kamerun und Belgisch-Kongo. Dazu der größere Teil der ehemals deutschen Kolonie Kamerun, als französisches Mandatsgebiet.

Areal und Bevölkerung der A. E. F.:

	Fläche in qkm	Bevölkerung
Gaboun	245 701	1 300 000
Mittelkongo	214 924	1 390 000
Oubangui Chari	421 939	1 590 000
Tschad	1117 608	2 090 000
Kamerun (frz. Anteil)	385 969	2 500 000
Total	2386 141	8 870 000

Das Gesamtgebiet untersteht einem Generalgouverneur, mit dem Sitz in Brazzavilla.

Natürliche Produktionsquellen noch völlig unentwickelt. Viel Urwald mit industriell wertvollen Hölzern.

Somaliland (Obock) Kolonie. Natürlicher Ausgang Abessiniens nach dem Roten Meer; zirka 13 432 qkm, und zirka 206 000 Einwohner. Meist Somalis.

Madagaskar. Eine der wertvollsten französischen Besitzungen. Protektorat. Es ist im französischen Parlament nicht vertreten und hat auch keine eigene parlamentarische Körperschaft, sondern wird von einem Generalgouverneur regiert; Eingeborene in subalternen Funktionen weitgehend beschäftigt, sowohl in Zivil wie in Militärverwaltung.

Fläche zirka 528 960 qkm. Bevölkerung (1918): 3 545 575, davon 3 520 069 Malgachen, 15 157 Franzosen, der Rest andere Europäer, Inder, Chinesen und festländische Afrikaner. Etwa 450 000 Eingeborene sind Christen, der Rest Heiden.

Produktion (1918): Reis 70 100, Zucker 518, Kaffee 1 116, Maniok 800 700 Tonnen, Baumwolle, Kakao, Tabak. Sehr viel wertvolle Hölzer und wildwachsender Kautschuk, Gummi, Harze, Textilfaserpflanzen, Farbpflanzen, Gerbstoffe.

Großer Viehstand. 1919 7,3 Millionen Stück Rindvieh neben Schafen, Ziegen, Schweinen etc. Die Insel ist mineralreich: Gold und edle Metalle, Graphit, Braunkohle, auch Steinkohle.

Import und Export in 1000 Pfund Sterling:

	1915	1916	1917	1918	1919
Import	1 751	4 078	5 471	4 091	3 959
Export	2 643	3 401	3 448	3 671	7 087

Hauptausfuhrartikel in 1000 Pfund Sterling 1917 (resp. 1918): Häute 349 (242), Reis 71 (212), Rafiafaser 133 (128), Goldstaub 111 (75), Wachs 65 (37), Vieh 24 (15), Gerbrinde 10 (0,5).

Kleinere Besitzungen im Indischen Ozean.

Comorenarchipel und Mayotte zu Madagaskar. 1832 qkm; 97 616 Einwohner.

Réunion (Isle de Bourbon) seit fast vier Jahrhunderten französisch. Selbstverwaltungskolonie, im Pariser Parlament durch einen Senator und 2 Deputierte vertreten. 2250 qkm mit 173 822 Einwohnern (1912), davon 159 218 europäischer (130 000 französischer) Abstammung. Haupthafen Pointe des Galets.

St. Paul und Amsterdam-Inseln.

Kerguleninseln.

Besitzungen in Asien:
1. Indochina; 2. Pondicherry und Dependencen in Vorderindien.

Indochina besteht 1. aus der Kolonie Cochinchina, 2. aus den Protektoraten Annam, Cambodja, Tonkin und Laos; 3. aus dem von China gepachteten Gebiet Kwang-Chau-Wan; 4. aus dem von Siam gepachteten Gebiet von Battambang.

Gesamtfläche zirka 256 000 englische Quadratmeilen; Bevölkerung 1914 zirka 16 990 229, davon 23 700 Europäer (exkl. Militär). Das Gesamtgebiet steht unter einem Generalgouverneur. Ein Generalbudget für ganz Indochina und separate Budgets für die Staaten und Provinzen (120), Generalbudget (1920) 57,093 Millionen Francs, Staatsschuld Indochinas 403 Millionen Francs.

Wirtschaft. Reiches Ackerbaugebiet; vor allem große Reisproduktion, Tee, Zuckerrohr.

Bergbau. Kohle (1918) 636 000 Tonnen, Braunkohle, Antimon, Zinn und Zink.

Seit 1887 besteht Zollunion für das Gesamtgebiet. Gesamteinfuhr (1918) 363,4 Millionen Francs, Ausfuhr 454,3 Millionen. Hauptausfuhrartikel: Reis (zirka 70 Prozent der Gesamtausfuhr); daneben Pfeffer, Häute, Kohle, Baumwolle, Kautschuk, Zucker.

Währung: Silberpiaster. — Banque de l'Indochine betätigt sich bis nach Neukaledonien. Wirtschaftlich von Frankreich beherrscht. Handel zum großen Teil in chinesischen Händen.

Einzelstaaten.

1. Kolonie Cochinchina. Fläche 20 000 englische Quadratmeilen. Bevölkerung: 3,45 Millionen (1919), 6 300 Europäer (ohne Militär), 2 Millionen Hektar bebautes Land, davon 1,67 Millionen Reis. Große Reismühle.

2. Protektorat Annam. Nominell Königreich, faktisch französische Kolonie seit 1787. Hauptstadt Hue hat französische Garnison. Zucker-, Reis-, Tee-, Seiden-Export.

3. Protektorat Cambodja. Protektorat seit 1863. 45 000 englische Quadratmeilen, 2 Millionen Einwohner (1 100 Europäer, 1 900 000 Chinesen). Boden fruchtbar, wenig bebaut, viel freies Land; Reis-, Fisch-, Kaffee-Export; blühende Viehzucht. — Salzwerke. — 875 Meilen Binnenschiffahrt.

4. Protektorat Tonkin: Protektorat seit 1884. Fläche 46 400 englische Quadratmeilen; Bevölkerung (1919) 6,47 Millionen, wovon 6 875 Europäer (exkl. Militär). Nominell Königreich. Französischer Resident seit 1897. Hauptstadt Hanoi. Hauptprodukt: Reis. Daneben Mais und tierische Produkte Hauptausfuhrartikel, viel Seide. Riesige Kalksteinbrüche, wodurch Portlandzementindustrie aufgeblüht (Export von Zement in 1919: 67 567 Tonnen).

5. Territorium Laos: Französisches Protektorat seit 1893. Fläche zirka 98 000 englische Quadratmeilen mit (1914) 640 877 Bewohnern. Reis, Baumwolle, Indigo, Tabak, Früchte; reiche Wälder von Teakholz, Minen.

6. Pachtgebiet Kwang-Chau-Wan. Von China seit 1898 erworben. Direkt unter dem Generalgouverneur von Indochina stehend. (Das von Siam abgetretene Battambang gehört zu Cambodja.)

Besitzungen in Vorderindien. Letzter Rest des einst großen indischen Besitzes.

Pondicherry und Dependencen. Zusammen 196 englische Quadratmeilen mit (1919) 263 868 Bewohnern. Teilweise Selbstverwaltungseinrichtungen und Vertretung im Pariser Parlament. Baumwollspinnereien und Jutespinnereien und einige sonstige gewerbliche Anlagen.

Besitzungen in Australien:

1. Neukaledonien und Dependencen; 2. Neue Hebriden; 3. Ozeanische Besitzungen.

Neukaledonien („Nouvelle Calèdonie"). Kolonie mit teilweiser Selbstverwaltung, an der Spitze ein Gouverneur, ursprünglich Sträflingskolonie. Areal: 7650 englische Quadratmeilen; Bevölkerung (1911) 50 608. Sträflingselement nimmt seit Aufhören von Neusendungen rasch ab. Dependencen von Neukaledonien: Wallis-Archipel nördlich von Fidji, Loyalty-Gruppe und einige kleinere Inseln, alle von geringer Bedeutung.

Neue Hebriden („Nouvelles Hébrides"). Gemeinsamer englisch-französischer Besitz (Konvention 1906).

Besitzungen in Ozeanien:

Im Südpacifik zerstreut. Unter einem Gouverneur mit einem Conseil Administratif. Sämtliche Inseln zusammen zirka 1520 englische Quadratmeilen mit (1911) 31 477 Bewohnern. Wichtigste Insel Tahiti (die Hauptinsel der Gesellschaftsinseln). Weitere Inseln: Marquezas-Gruppe, Tuamotu-Gruppe, Leeward-Islands („Isles sous le Vent"), Gambier-Tubuai-Rapa-Gruppen.

Besitzungen in Amerika:

1. Guadeloupe und Dependencen; 2. Guiana; 3. Martinique; 4. St. Pierre et Miquelon.

Guadeloupe in den Kleinen Antillen: Kolonie mit teilweiser Selbstverwaltung, im französischen Parlament vertreten. Fläche 532 englische Quadratmeilen. Bevölkerung (1912) 212 430.

Guiana. Kolonie mit teilweiser Selbstverwaltung, im französischen Parlament vertreten. Fläche zirka 32 000 englische Quadratmeilen. Bevölkerung (ohne Sträflinge, Beamte, fluktuierende Minenbevölkerung, Truppen und Eingeborenenstämme): 26 325.

Martinique. Kolonie mit Selbstverwaltungsregime und parlamentarischer Vertretung, ähnlich obigen beiden. 385 englische Quadratmeilen. (1916) 193 087 Bewohner.

St. Pierre et Miquelon. Zwei Inselgruppen an der Südküste von Neufündland. Fläche zusammen 93 englische Quadratmeilen. Bevölkerung (1911): 4 652. Meist kahler Fels, kein Ackerbau.

Griechenland.

Das Land liegt im südlichsten Teil des Balkans. Territorium und Bevölkerung zeigen folgende Entwicklung:

	Ausdehnung qkm	Einwohner 1000
Alt-Griechenland vor 1911	66 800	2 630
Mazedonien nach 1913	35 880	1 110
Epirus	6 730	250
Aegäische Inseln	12 820	660
Durch den Vertrag von Neuilly 1918 erhalten: West-Thrazien	6 400	320
Vertrag von Sèvres: Ost-Thrazien	22 230	490
Insgesamt	150 860	5 460

Außerdem wurden im Frieden von Sèvres Griechenland zugesprochen: die 12 Inseln mit Ausnahme von Rhodos, außerdem Smyrna und Umgebung, mit 200 qkm und 1 Million Einwohnern; doch ist der Besitz dieses Gebietes sehr unsicher.

Das Land hat in den letzten Kriegen ungefähr 80 000 Mann verloren. Es gibt außerdem eine starke Auswanderung, vor allem nach den Vereinigten Staaten. Die Anzahl der dort lebenden Griechen wird auf 400 000 geschätzt. Die Zunahme der Bevölkerung ist daher sehr langsam; in den neu erworbenen Gebieten fand in den letzten Jahren eine Abnahme der Bevölkerung statt.

Nationalität und Sprache. Griechen, ferner ungefähr 100 000 Juden, 50 000 Armenier, 50 000 Türken.

Religion. Griechisch-orthodox.

Regierungsform. Konstitutionelle Monarchie, nur eine Kammer mit 340 Abgeordneten, auf 4 Jahre gewählt. Das Wahlrecht allgemein, vom 21. Lebensjahr an; Abstimmung mit einfacher Majorität.

Parteiwesen. Die Liberale Partei (Venizelos) vertritt die Interessen der durch den Krieg erstarkten Groß-Bourgeoisie (Industrie, Reedereien, Bankkapital). Die Volkspartei (Gunaris) vertritt die Großgrundbesitzer und die alte griechische Aristokratie. Die National-reformistische Partei (Stratos) vertritt die Klein-Bourgeoisie. Die Stärke der Parteien im Parlament war: Venizelos-Partei 100, Gunaris 170, Stratos 27, verschiedene bürgerliche Gruppen 43. Letztere Gruppen bildeten vor den Wahlen die vereinigte antisemitische Opposition. Die Kommunistische Partei hat keine Abgeordneten. Sie hatte bei den Wahlen nur in 7 von 30 Wahlbezirken Kandidaten aufgestellt und erhielt 85 000 Stimmen. Drei Mandate, welche sie in Drama eroberte, wurden annulliert.

Wirtschaftliche Verhältnisse.

Griechenland ist wirtschaftlich kein Balkanland: die Unfruchtbarkeit des gebirgigen Bodens zwingt es zu Industrie und Handel. Es ist auf eine starke Einfuhr von Brotgetreide angewiesen und ist überhaupt stärker in die Weltwirtschaft verflochten als die anderen Balkanländer.

Landwirtschaft. Von dem gesamten Boden Alt-Griechenlands ist nur ein Viertel landwirtschaftlich benutzbare Fläche, das übrige Gebirge. Die Landwirtschaft wird primitiv betrieben, und ein großer Teil des bebaubaren Bodens bleibt unbebaut. Die Getreideproduktion wird auf 370 000 Tonnen berechnet und deckt den Bedarf nur zur Hälfte. Dagegen werden viel Wein und Olivenbäume gepflanzt. — Was die Bodenverteilung anbelangt, so überwiegt in Alt-Griechenland Kleinbesitz, in den neu erworbenen Gebieten von Thessalien, Mazedonien und Epirus der Großgrundbesitz.

Viehstand (in Tausenden). Schafe und Ziegen 9300, Rindvieh 583, Pferde 209, Esel und Maultiere 320, Schweine 350.

Der Bergbau ist geringfügig; die Kohlenproduktion deckt nur $^1/_9$ des Bedarfs. Beschäftigte Arbeiter: 10 954. Der größte Teil des Kapitals ausländisch.

Industrie. Die industrielle Entwicklung Griechenlands ist eine ziemlich rasche, trotz des Mangels an Rohstoffen. Die Daten für 1917 sind:

	Zahl der Arbeiter	Zahl der Unternehmen	Jährl. Produktion in Millionen Drachmen	Arbeiterzahl	Prozent der gesamten industriellen Arbeiterschaft
Kleinbetriebe .	1—5	1188	106	3 545	10 %
Mittelbetriebe .	5—25	743	202	8 849	24 %
Großbetriebe. .	über 25	282	514	23 730	66 %
		1213	822	36 124	

Dem Wert des Kapitals nach steht die Metallindustrie, in bezug auf den jährlichen Produktenwert die Lebensmittelindustrie an erster Stelle.

	Import	Export	Defizit
1919	1608	727	881
1920	2131	664	1467

Außenhandel in Millionen Drachmen:

Hauptimport-Waren:	Wert in Millionen	Hauptexport-Waren	Wert in Millionen
Textilien	544	Tabak	231
Lebensmittel	467	Rosinen	112
Chemikalien	187	Wein	30
		Metalle	76

Am Außenhandel sind die Hauptländer in folgender Reihenfolge beteiligt:

England, Vereinigte Staaten, Italien, Frankreich.

Schiffahrt. Die Schiffahrt bildet im Wirtschaftsleben Griechenlands einen wichtigen Posten. Es besaß 1920 282 Dampfschiffe mit 632 000 Tonnen und 1048 Segelschiffe. Während des Krieges haben die griechischen Reedereien sehr viel verdient, teils an Frachten, teils am Verkauf von Schiffen an die Entente zu riesigen Preisen. Die Schiffe wurden seither zu einem Bruchteil des Preises wieder zurückgekauft.

Das Eisenbahnnetz ist wenig entwickelt: 2314 km ohne Thrazien.

Das Bankwesen des Landes ist stark entwickelt durch den Zusammenhang mit dem großen Zwischenhandel und der Schiffahrt. Die Gewinne der Banken sind enorm. Die Nationalbank (gegründet 1841) konnte für das zweite Semester 1921 einen Reingewinn von 100 Millionen Drachmen verzeichnen bei einem Aktienkapital von 20 Millionen. Im Jahre 1918 wurden 180 Aktiengesellschaften gezählt, darunter 27 mit fremdem Kapital. Die Höhe der fremden Kapitalanlage wird auf 100 Millionen Drachmen geschätzt.

Das Geldwesen. Der Banknotenumlauf stieg während des Krieges von 1 auf 3 Millionen Drachmen. Hiervon wurde durch eine mit einem Notenumtausch verbundene Zwangsanleihe die Hälfte aus dem Verkehr gezogen. Der Kurs der Drachme ist im Verhältnis zu

anderen Balkanvaluten sehr hoch: ungefähr 25 Prozent der Goldparität.

Das Staatsbudget in Millionen Drachmen:

	Einnahmen 1920/21	1921/22		Ausgaben 1920/21	1921/22		Defizit 1920/21	1921/22
Außerordentl.	516	715	Außerordentl.	851	1400	Vorgesehenes	1560	1678
Ordentliche . .	80	1004	Ordentliche . .	1305	1997	Tatsächliches	1894	—

Der größte Teil der Ausgaben ist der für Kriegszwecke. Vorgesehen sind hierfür

1920/21	1921/22
1531 Millionen	ungefähr 2000 Millionen

Die Staatsschulden betrugen 1920 5,2 Milliarden und werden gegenwärtig auf 8—9 Millarden geschätzt. Hiervon sind ungefähr 7 Milliarden Auslandsschulden.

Die Gewerkschaftsbewegung.

Die Gewerkschaftsbewegung datiert vom November 1918, als der erste Arbeiterkongreß zusammentrat. Hier wurde die Konföderation gegründet, welche alle auf der Basis des Klassenkampfes stehenden Arbeiterorganisationen (250) zusammenfaßte. Die Entwicklung war folgende:

Jahr	Zahl der Gewerkschaften	davon untätig	Zahl der organisierten Arbeiter
1917	207	130	52 129
1918	366	124	79 306
1919	511	209	99 458

Von dieser Zahl sind 60 000 der Konföderation angeschlossen. Es gibt nur eine kommunistische und eine nichtpolitische „gelbe" Gewerkschaftsbewegung, in welcher die noch nicht klassenbewußten Arbeiter von verräterischen Führern beherrscht werden. Die Föderation der Eisenbahner konnten durch ihre gelben Führer bis jetzt von der Konföderation ferngehalten werden; sie wird aber auf ihrem nächsten Kongreß den Eintritt beschließen.

Die Konföderation hat auf ihrem zweiten Nationalkongreß 1920 für die offizielle Zusammenarbeit mit der Kommunistischen Partei gestimmt, sowohl in politischer als auch in organisatorischer und finanzieller Hinsicht. Die große Mehrzahl der führenden Gewerkschaftler sind Kommunisten. Der Einfluß der Kommunisten ist auch auf die der Konföderation nicht angehörenden Gewerkschaften sehr groß. Die Gewerkschaft der Tabakarbeiter (15 000 Arbeiter), welche die klassenbewußteste Arbeiterschaft besitzt, arbeitet auch direkt mit der Partei

zusammen und leistet derselben bedeutende finanzielle Hilfe. Die bedeutendsten Gewerkschaften sind die der Tabakarbeiter mit 15 000, Elektrizitätsarbeiter mit 4500, Seeleute mit 10 000, Eisenbahner mit 8500, Textilarbeiter mit 10 147, Post- und Telegraphenarbeiter mit 4310, Bäcker mit 3065 Mitgliedern.

Der zweite Kongreß September 1920 beschloß den Austritt aus der Amsterdamer Internationale. Aus taktischen Gründen, welche die Kommunistische Partei als richtig anerkannte, wurde der Eintritt in die R. G. I. nicht beschlossen. Der Geist der Bewegung ist ein revolutionärer: die Arbeiterschaft nimmt ständig scharf gegen den Krieg und für die Wiederaufnahme der politischen Beziehungen zu Sowjetrußland Stellung. Sehr viele Genossen sind verhaftet.

Lohnbewegungen gab es in den letzten 3 Jahren sehr viele, so bei den Eisenbahnern, Seeleuten, Elektrizitätsarbeitern. Fast alle diese Streiks wurden mit Gewalt unterdrückt durch Mobilisierung der Arbeiter und massenweise Verurteilung der Führer. Bei diesen Bewegungen spielten die Bürokraten des Eisenbahner- und des Gasarbeiterverbandes eine verräterische Rolle. Es wurden große Lohnerhöhungen durchgesetzt, welche jedoch durch die mit der Geldentwertung parallel gehende Teuerung wieder illusorisch wurden. Der Reallohn der Arbeiter ist gegenwärtig niedriger als vor dem Kriege. Das wichtigste Ergebnis all dieser großen Gewerkschaftskämpfe ist, daß die Arbeitermassen jedes Vertrauen in die regierenden Parteien verloren haben und sich sehr stark der Kommunistischen Partei nähern.

Betriebsräte gibt es in Griechenland allgemein nicht. Nur bei den Tabakarbeitern gibt es dreigliedrige, nicht gewählte, sondern vom Gewerkschaftsrat ernannte Körperschaften, welche als Betriebsräte fungieren. In den anderen Betriebszweigen fällt diese Rolle der in jeder Fabrik vorhandenen kommunistischen Zelle zu.

Eine Arbeitslosigkeit gibt es gegenwärtig infolge der Mobilisierung im allgemeinen nicht. Es gibt Arbeitslose bei den Hafen- und Transportarbeitern, bei den Seeleuten und den Tabakarbeitern. Durch die Einführung der Zigarettenmaschine wurden 4500 Arbeiter arbeitslos. Dieselben erhielten gesetzlich eine Entschädigung von ungefähr 5000 Drachmen, welche Summe durch einen besonderen Zuschlag auf die Zigarettenpreise gedeckt wurde. Im allgemeinen gibt es aber keine Arbeitslosenunterstützung.

Politische Arbeiterbewegung.

In Griechenland gibt es nur eine politische Arbeiterpartei: die Kommunistische Partei Griechenlands. Sie entstand durch die Ver-

schmelzung der verschiedenen bis 1918 voneinander unabhängig tätigen sozialistischen Gruppen. Gründungskongreß am 5. November 1918 in Piräus. Die K. P. Griechenlands ist eine wirkliche Arbeiterpartei: 95 Prozent der Mitglieder sind Arbeiter. Sie schuf die gegenwärtige Gewerkschaftsbewegung und leitet die Kämpfe der Arbeiter. Ihr Ansehen im Lande ist sehr groß. Ihre scharfe Stellungnahme gegen den Krieg und gegenüber allen bürgerlichen Parteien, ihre revolutionäre Tätigkeit, der Opfersinn ihrer Mitglieder haben ihr das Vertrauen des ganzen arbeitenden Volkes erworben. Sie führt einen ebenso schonungslosen Kampf gegen die gegenwärtige bürgerliche Regierung, wie sie ihn gegen Venizelos führte, und sucht, die durch den Krieg verelendeten Arbeiter und Bauern, die das Vertrauen zu jeder bürgerlichen Partei verloren haben, zu einem zielbewußten politischen Kampf zu organisieren.

Die Partei beschloß auf ihrem zweiten Kongreß, April 1920, einstimmig den Eintritt in die Kommunistische Internationale. Die Zahl ihrer Mitglieder ist aus taktischen Gründen auf 2000 beschränkt, aber die Zahl der Arbeiter, die unter ihrem direkten Einfluß steht und auch finanzielle Beiträge leistet, beträgt 16—20 000 und die der mit ihr sympathisierenden und durch die Gewerkschaftsföderation mit ihr in politischem und organisatorischem Zusammenhang stehenden 55 bis 60 000. Dreiviertel der Parteimitglieder sind in Asien und Thrazien mobilisiert und treiben an der Front eine gut organisierte Propaganda.

D i e P r e s s e. Die Partei hat seit August 1918 eine Tageszeitung „Rizospostis“ mit einer Auflage von 8—10 000 Exemplaren (die Verbreitung an der Front und in Asien, die ungefähr 7000 Exemplare betrug, wurde verboten). Die Zeitung übt nicht nur auf die Arbeiter, sondern auf das ganze politische Leben einen großen Einfluß aus.

Es erschienen außerdem spanische, jüdische und türkische Wochenblätter und die monatliche theoretische Zeitschrift: „Die Kommunistische Rundschau“ mit 3000 Abonnenten. Außerdem haben die Gewerkschaften Monatsorgane mit Auflagen von 2—6000. An der Bewegung nehmen auch die Frauen lebhaften Anteil. Die Jugendorganisation zählt 600 Mitglieder.

Die Partei hatte bis 1920 zwei Abgeordnete im Parlament, welche im Jahre 1915 durch Kollaboration der damaligen Sozialistischen Föderation von Saloniki mit der Gunaris-Partei (die damals gegen den Krieg war) gewählt wurden. Diese wurden auf den Gründungskongreß der Partei als Parteiabgeordnete anerkannt. Sie führten

lange Kämpfe für die entschädigungslose Enteignung des Großgrundbesitzes und seine sofortige Verteilung an die Bauern. Sie standen in scharfem Kampf gegen die Venizelos-Regierung. Diese Kämpfe sicherten der Partei ein großes Prestige bei den Arbeiter- und Bauernmassen.

Bei den Wahlen im November 1920 wurden der Partei sowohl seitens der Venizelos- als auch der vereinigten Anti-Venizelos-Parteien 40 Sitze angeboten unter der Bedingung der Kollaboration bei den Wahlen. Die Partei wies diese Vorschläge zurück und ging selbständig in den Wahlkampf. In den 7 Bezirken, wo sie Kandidaten aufstellte, eroberte sie die bedeutende Zahl von 85 000 Stimmen, aber kein einziges Mandat, da bei dem in Griechenland eingeführten Wahlsystem alle Mandate jener Liste zufallen, welche die absolute Majorität der abgegebenen Stimmen im Großbezirk erreichte. Nur in Drama eroberte die Partei 3 Mandate, welche aber später von der Gunaris-Regierung annulliert wurden.

Die wichtigsten Ereignisse der letzten Jahre.

Innerpolitisch: Die große Krise von 1915. Entthronung Konstantins. Venizelistischer Aufstand in Saloniki 1916. Venizelistischer Terror 1916—1920. Die Wahlen von 1920. Sturz von Venizelos. Wiedereinsetzung Konstantins.

Arbeiterbewegung: Gründung der Kommunistischen Partei Griechenlands 5. November 1918. Gründung der Generalkonföderation der Arbeiter November 1918. Generalstreik 20. Juli 1919. Februaraktion in Volo 28. Februar 1920 (110 Arbeiter verhaftet, 2 Tage lang die Stadt in den Händen der Arbeiter). Großer Streik ab 20. November 1921 (38 Arbeiter verurteilt zu 8 Jahren Kerker). Großer Streik der Eisenbahner Januar-Februar 1920 (500 Arbeiter an die Front geschickt).

Großbritannien.

Politische Arbeiterbewegung.

Die Bevölkerung Britanniens ist stärker industrialisiert und proletarisiert als die irgend eines anderen Landes. Andererseits ist die Arbeiterbewegung, wenn auch numerisch stark, so doch politisch rückständig. Es ist noch nicht lange her, daß die eine einheitliche Vereinigung von Gewerkschaften, örtlichen Arbeiterparteien und sozia-

listischen Gesellschaften bildende Labour Party eine sozialistische Plattform angenommen hat, und auch jetzt noch ist sie mit bürgerlichen Anschauungen durchsetzt. Hierfür liegt ein doppelter Grund vor. Erstens hat die eingewurzelte Herrschaft des Kapitalismus in Großbritannien das nur schrittweise Wachsen der Arbeiterbewegung in Gestalt formloser Zusammenfassung gewerkschaftlicher Vereinigungen von prä-sozialistischem Charakter, mit begrenzten wirtschaftlichen Zielen und unter bürokratischer Führung mit sich gebracht und erst in letzter Zeit zu politischer Aktivität und dem Streben nach Koordinierung geführt. Der zweite Grund muß in der Machtstellung Großbritanniens gesehen werden, welche der Mehrheit der britischen Arbeiterklasse eine im Verhältnis zum Weltproletariat privilegierte Stellung verschafft und den Grund zu einer Arbeiteraristokratie legt. Die sozialistische Bewegung in England beschränkt sich daher auf kleinere propagandistische Vereinigungen mit einer nur nach Tausenden zählenden Mitgliedschaft, deren Streben darauf gerichtet ist, Einfluß auf die allgemeine Arbeiterbewegung zu gewinnen. Die Durchdringung der Bürokratie der Arbeiterbewegung ist mit ausgesprochenem Erfolg sowohl von der Gesellschaft der Fabier als auch von der Unabhängigen Arbeiterpartei (Intependent Labour Party) betrieben worden, beide parlamentarisch und reformistisch in ihrer Einstellung, obgleich die pazifistische Haltung der I. L. P. ihren Einfluß während des Krieges schwächte. Heute gehen die Führer der I. L. P. darauf aus, den kleinen Mittelstand für sich zu gewinnen, sind Streikgegner usw., versuchen, ihre frühere, ihnen von dem Druck der Massen 1919—1920 auferzwungene revolutionäre Sprache ungeschehen zu machen, und wiegen sich in der Hoffnung, im Verlauf weniger Jahre wieder an der Macht zu sein. Andererseits sind die hinter der Arbeiterpartei stehenden Massen immer weniger durch die offiziellen Führer vertreten; in wachsendem Grade werden sie sich sowohl der Verrätereien jener während der letzten Jahre bewußt, als auch der Richtigkeit der kritischen Einstellung der Kommunisten. Sie sehen sich nach neuer Führung um, wenngleich sie auch noch kein Vertrauen zu den Kommunisten haben. Die ungeheure Arbeitslosenagitation, die auf Grund kommunistischer Intiative betrieben wird, hat mit nicht mißzuverstehender Klarheit die zwischen den Arbeiterführern und den Massen bestehende Kluft aufgezeigt. Die Kommunistische Partei ist noch jung und klein; sie ging aus der Verschmelzung miteinander rivalisierender linker Flügelgruppen hervor, und die Schattenseiten des Sektierertums, das stets die linksradikale Bewegung dieses Landes

geschwächt hat, werden erst schrittweise überwunden werden mit der klareren Erkenntnis von der Notwendigkeit einer geschlossenen revolutionären Partei. Die Führer der Arbeiterpartei zeigen sich wegen jeder derartigen Verschmelzung besorgt; aber hinter dieser Forderung stehen immer größere Gruppen von Arbeitern, die in vielen Fällen sogar der Anweisung ihrer Führer zum Trotz zu örtlichem Zusammengehen mit den Kommunisten geschritten sind. Auf diese Weise hat die Forderung der Kommunistischen Partei nach Beitritt zur Arbeiterpartei überall in der Arbeiterbewegung zu Auseinandersetzungen über die kommunistischen Prinzipien geführt. Aufgabe der Kommunistischen Partei ist es jetzt, das faktische Vertrauen der Massen zu gewinnen durch Energie und Tatkraft ihrer Mitglieder im ganzen Land und durch Richtigkeit ihrer Führung und Politik, angesichts des Zusammenbruchs der gegenwärtigen Führerschaft der Arbeiterbewegung. Zu diesem Zweck wird die Taktik der Einheitsfront in Anwendung gebracht.

Arthur Mac Manus.

Englische Maße in metrischen Maßeinheiten und umgekehrt.

1 qkm = 0,38611 Quadratmeilen (sq. mil.)	1 Quadratmeile = 2,58 qkm
1 ha = 2.47109 Acres	1 Acre = 0,4046 ha
1 kg = 2,20463 Pfund (Pound, lb)	1 pound = 0,4356 kg
1 l = (Liter) — 0,21998 Gallonen	1 Gallone = 4,54 l (Liter)
1 q (Doppelzentner à 100 kg) — 1,96843 Hundredweight (cwt)	1 Hundredweight = 50,8 kg
1 q = 0,11023 Short tons (sh. tons)	1 Short tons = 8,71 q
1 q = 0,09842 Longtons (long tons)	1 Longtons = 10,16 q
1 q = 6,88942 Bushels à 32 Pound	1 Bushels à 32 Pound = 14,04 kg
1 q = 6,48424 Bushels à 34 Pound	1 Bushels à 34 Pound = 14,81 kg
1 q = 4,89908 Bushels à 45 Pound	1 Bushels à 45 Pound = 19,61 kg
1 q = 4,59306 Bushels à 48 Pound	1 Bushels à 48 Pound = 20,91 kg
1 q = 4,40917 Bushels à 50 Pound	1 Bushels à 50 Pound = 21,88 kg
1 q = 4,23962 Bushels à 52 Pound	1 Bushels à 52 Pound = 22,75 kg
1 q = 3,93685 Bushels à 56 Pound	1 Bushels à 56 Pound = 24,49 kg
1 q = 3,67431 Bushels à 60 Pound	1 Bushels à 60 Pound = 26,14 kg
1 q = 0,68894 Quarters à 320 Pound	1 Quarter à 320 Pound = 1,404 q
1 q = 0,55116 Quarters à 400 Pound	1 Quarter à 400 Pound = 1,742 q
1 q = 0:52996 Quarters à 416 Pound	1 Quarter à 416 Pound = 1,812 q
1 q = 0,49210 Quarters à 448 Pound	1 Quarter à 448 Pound = 1,951 q
1 q = 0,45920 Quarters à 480 Pound	1 Quarter à 480 Pound = 2,091 q
1 q = 0,46122 Ballen (bales) à 478 Pound	1 Ballen bales) à 478 Pound — 2,082 q
1 q = 1,12481 Barrels à 196 Pound	1 Barrel à 196 pound = 85,38 kg

Das Britische Reich.

Die das Britische Reich bildenden Territorien (siehe untenstehende Uebersicht) umfassen ungefähr 14 000 Millionen Quadratmeilen, d. h. ein Viertel des bewohnten Erdballs, mit einer Bevölkerung von 450 Millionen, d. h. mehr als einem Viertel der Bevölkerung der ganzen Welt. Diese Territorien, obschon weithin zerstreut, unterstehen sämtlich der ausschließlichen Oberhoheit der britischen Krone und stellen ein einheitliches Gebilde des überall in der Welt

rührigen englischen Kapitalismus dar. Von der Gesamtbevölkerung sind nur 65 Millionen oder ein Siebentel Europäer, und zwar zumeist in Großbritannien und den Dominions mit Selbstverwaltung (Australien, Neu-Seeland, Südafrika und Kanada). Die übrigen 385 Millionen oder 85 Prozent sind sämtlich (bei aller Mannigfaltigkeit der Verwaltungsformen) einem unverantwortlichen, von außen her wirksamen Machtgebot unterworfen, dessen letztes Sprachrohr das India-Office oder Kolonialamt, und dessen Vollzugsorgane die von den Eingeborenen bezahlten Armeen und Polizeikräfte bilden, mit der britischen Flotte als Hauptmachtfaktor im Hintergrund. Das zur Ausbeutung der Kolonien benötigte Kapital liegt in den Händen der britischen Geldgeber. Das Britische Reich in seiner Gesamtheit stellt eine wirtschaftliche Produktionseinheit großen Stils dar (Rohstoffländer, Nahrungsmittel produzierende Länder und solche mit Industriezentren) und wird in dieser Richtung hin als unabhängige, sich selbst genügende Wirtschaftseinheit ständig weiterentwickelt durch die Politik der britischen Regierung. Die wachsende Unbotmäßigkeit der unterworfenen Bevölkerung führt zu interessanten Versuchen seitens der britischen Regierung, sich die Mitarbeit der Bourgeoisie der unterjochten Länder zur Aufrechterhaltung der britischen Reichsgewalt zu sichern.

Britisches Reich.

	Quadratmeilen	Bevölkerung
Vereinigtes Königreich[1]	121 633	47 000 000
Indien	1 802 629	315 156 000
Asien.		
Cypern	3 584	315 000
Aden, Perim, Sokotra	10 387	58 000
Ceylon	25 481	4 758 000
Straits Settlements, Verein. Malayenstaaten etc.	52 592	3 081 000
Borneo, Brunei und Sarawak	77 106	1 000 000
Hongkong	391	598 000
Wei-hai-wei	285	150 000
Ganz Asien (ohne Indien)	169 826	9 960 000
Australien.		
Austral. Gemeinwesen	2 974 581	5 247 000
Papua	90 540	250 000
Neuseeland	104 751	1 241 000
Fidji und Polynesien	18 533	434 000
Ganz Australien	3 188 405	7 172 000

[1]) „Vereinigtes Königreich" (U. K.) ist ein amtlicher Titel und umfaßt England und Wales, Schottland und Irland. „Großbritannien" nur die drei ersteren. Mit dem Ausscheiden Irlands entfällt die Bezeichnung „Vereinigtes Königreich".

	Quadratmeilen	Bevölkerung
Amerika.		
Kanada	3 729 665	9 030 000
Neufundland und Labrador	162 734	265 000
Britisch-Honduras	8 592	44 000
Britisch-Guyana	89 480	306 000
Bermudas	19	22 000
Falkland-Inseln	7 500	3 250
Westindien	12 295	1 863 000
Ganz Amerika	4 010 285	11 533 250
Afrika.		
West-Afrika (Nigeria, Goldküste etc.)	447 500	20 652 000
Südafrikanische Union (mit Rhodesien, Swazeland, Basutoland, Betschuanaland)	1 206 494	9 675 000
Nyassaland	39 573	1 203 000
Kenya-Kolonie	246 822	2 807 000
Uganda-Protektorat	109 119	3 318 000
Somaliland	68 000	300 000
Aegypten	350 000	12 878 000
Anglo-Aegypt.-Sudan	1 014 000	3 400 000
Ganz Afrika (Inseln inbegriffen)	3 481 508	54 233 000

Gesamtzahlen.	Quadratmeilen	Bevölkerung
Vereinigtes Königreich	121 633	47 000 000
Europa	120	242 000
Indien	1 802 629	315 156 000
Asien (ohne Indien)	169 826	9 960 000
Australien	3 188 405	7 172 000
Afrika	3 481 508	54 233 000
Amerika	4 010 285	11 533 000
zusammen	12 766 472	445 590 000

Mandatsgebiete:			
Afrika:	Tanganjika	384 000	3 500 000
	Südwestafrika	322 000	200 000
	Togo	12 500	300 000
	Kamerun	30 000	400 000
Asien:	Neu-Guinea	70 000	unbekannt
	Bismarck-Archipel	16 000	190 000
	Salomon-Inseln und Samoa	1 300	41 000
	Palästina	9 000	647 000
	Mesopotamien	143 250	2 850 000
	zusammen	988 050	8 128 000

Demnach umfaßt das Britische Reich, die Mandatsgebiete einbegriffen, ein Gesamtterritorium von 13 774 522 Quadratmeilen mit 453 718 000 Menschen (mehr als ein Viertel der ganzen Menschheit).[1])

[1]) Ueber Arabien ist England kein formelles Mandat übertragen worden, aber mit seiner Million Quadratmeilen und fünf bis sechs Millionen Einwohnern ist es fast gänzlich britische Einflußzone; seine Sultane stehen in englischem Sold.

Großbritannien.

(Leider ließen sich statistische Angaben in vielen Fällen nur für das „Vereinigte Königreich" mit Irland ermitteln.)

Größe und Bevölkerung von 1891—1921.

	Quadrat-meilen	1891	1901	1911	1921
England	50 574	27 483 551	30 807 310	34 045 290	35 678 530
Wales	7 466	1 518 974	1 720 533	2 025 202	2 206 712
Schottland	30 405	4 025 647	4 472 103	4 760 904	4 882 288
Großbritannien	88 345	33 028 172	36 999 946	40 831 396	42 767 530
Irland	32 586	4 704 750	4 458 775	4 390 319	
Vereinigtes Königreich	121 000	37 732 922	41 458 721	45 221 615	

Nationalitäten und Sprache. Engländer, Schotten und Walliser sind die einzigen Nationalitäten Großbritanniens. Die Landessprache ist Englisch, abgesehen von etwa 200 000 Personen, die nur wallisisch oder (in Schottland) gälisch sprechen. Fast eine Million spricht aber gälisch und wallisisch neben dem Englischen. Sowohl in Schottland als auch in Wales gibt es in kleinem Maßstab und vorwiegend auf das Bürgertum gestützte Homerule-Bewegungen.

Religion. In England ist die offizielle Landeskirche die „Church of England" (protestantisch-bischöflich), der die nominelle Seelsorge für ungefähr 60 Prozent der Bevölkerung obliegt. Der König ist das Haupt der Kirche. In Schottland ist die Landeskirche die „Church of Scotland" (protestantisch-presbyterianisch). 1914 wurde die „Church of England" in Wales entstaatlicht. Sowohl in England als auch in Wales gibt es zahlreiche dissentierende Körperschaften. Die Bekenner der offiziellen Religion verfügen zwar trotz der „nichtkonformistischen" Glaubensgemeinde über keine besondere politische Partei oder Gewerkschaft, bilden aber in ihrer zwanglosen Form sowohl innerhalb wie außerhalb der Arbeiterpartei ein einflußreiches, zugunsten der Klassenharmonie wirkendes Element.

Regierungsform. Sie ist die einer beschränkten Monarchie, d. h. eine Anpassung und Unterordnung von Einrichtungen des Feudalstaats unter die Interessen der Bourgeoisie. Auf Grund der Verfassung umfaßt der Regierungsapparat den „König im Parlament" (König, Lords und Abgeordnete), den „König im Rat" (für besondere oder außerordentliche Gesetzgebung) und „S. Majestät Richter". Konstitutionelle Praxis hat das Unterhaus zur obersten Instanz gemacht, wobei jedoch als Ergebnis neuerer Entwicklung des Parteiwesens und wachsenden Einflusses des Ministerpräsidenten die Macht sich in den Händen des Ministeriums konzentriert hat, das seinerseits seine Marschroute vom Großkapital vorgezeichnet bekommt.

Wahlrecht. Abgesehen von einigen ärgerlichen, aber unwesentlichen Einschränkungen steht das Stimmrecht jeder männlichen Person, ferner jeder verheirateten, über 21 Jahre alten Frau sowie jeder unverheirateten Frau von über 30 Jahren zu. Das bedeutet,

daß von ungefähr 26 Millionen Erwachsenen 22 Millionen stimmberechtigt sind.

Politische Parteien. Das 200 Jahre alte Parteisystem von Whigs und Tories oder Liberalen und Konservativen (wozu später noch in Aktionsgemeinschaft mit den Liberalen die Arbeiterpartei und die irischen Nationalisten traten) ist vielfach mit dem Krieg verschwunden.

Partei	Gruppe	Beschreibung
Konservative (Liberale Unionisten)	„Diehards"	Die Vertreter der letzten Ueberreste der Feudalklasse, ferner der Militärkaste, der irischen Gutsbesitzerklasse, Ulsters und der anglo-indischen Bürokratie.
	Koalitions-Unionisten	Das Gros der Gutsbesitzer, Geistlichen, schutzzöllnerischen Kapitalisten und Börsenleute.
	Freie Konservative	Eine sehr kleine Gruppe, vertritt die Shaftesburysche (Gutsbesitzer-) Tradition hinsichtlich „wohlwollender" Arbeitergesetzgebung. Liberalisierende Tendenzen in der Außenpolitik.
Liberale	Wee Frees	Mit Asquith und Grey als Führer: vertreten die Interessen der Textil-, Schiffahrts- und anderer freihändlerischer Industrien.
	Nichtkonformisten	Vertreten die Interessen der (religiösen) Nichtkonformisten, einen großen Teil der Kooperativen und gewisse Bank- und Finanzkreise.
	Nationalliberale (Koalitionsliberale)	In der Gefolgschaft von Lloyd George, Churchill etc.; vertreten Kriegsindustrien, die neuen Reichen, die Industriellen von Wales, Großkapital und jüdische Finanz.
Arbeiterpartei (Labour Party)		Vertritt die Gewerkschaften, rekrutiert sich aus der Gewerkschaftsbürokratie und nimmt jetzt auch die Interessen der Kleinbourgeoisie wahr (politische Bezeichnung = Radikale).

Parteien im Unterhause.

Die allgemeinen Wahlen vom Dezember 1918 hatten folgendes Resultat:

	Konservative	Liberale	Arbeiterpartei	Irische Nationalisten	Sinn-Feiner	Unabhängige	zusammen
Regierungskoalition . . .	384	133	11	–	–	–	478
Außerhalb der Koalition .	48	28	63	–	73	10	229

Seit den allgemeinen Wahlen hat die Arbeiterpartei 12 Sitze als Ergebnis von 65 Nachwahlen hinzugewonnen.

Die insgesamt im Dezember 1918 in Großbritannien abgegebenen Stimmen sezten sich folgendermaßen zusammen:

Koalitionsparteien	5 096 233
Arbeiterpartei	2 375 202
Andere Parteien außerhalb der Koalition	2 218 674

Berufsstatistik vom Jahre 1911.

	England und Wales	Schottland
Regierung	299 599	47 408
Verteidigung	205 117	
Freie Berufe	714 621	81 675
Hausangestellte (Heimarbeiter)	2 121 717	201 066
Handel und Transport	2 214 031	283 465
Landwirtschaft und Fischerei	1 260 476	227 111
Fabrikarbeiter	9 468 138	1 226 242

Es existieren keine ausreichenden statistischen Angaben über das Zahlenverhältnis von Proletariat, Kleinbürgertum, Beamtentum, Großbourgeoisie usw. Aber aus der Volkszählung von 1911 läßt sich entnehmen, daß von den 22 Millionen „Erwerbstätiger" 16 bis 17 Millionen dem Proletariat zuzuzählen sind.

Wirtschaftliches. Für alle Länder der Welt ist Großbritannien in jeder Beziehung das Vorbild der kapitalistischen Entwicklung.

Die Landwirtschaft tritt ganz zurück. Nur 12 Prozent aller Erwerbstätigen leben von der Landwirtschaft! Dabei ist jedoch die Landwirtschaft hoch entwickelt; die Hektarerträge sind fast die höchsten in Europa; freilich werden nur die allerbesten Böden zum Getreidebau verwendet, während riesige Flächen der Viehzucht und der Jagd dienen.

Großbritannien lebt vom Bergbau, von der Industrie, der Schiffahrt und dem Außenhandel. Es gibt kein Land der Welt, das so stark in die Weltwirtschaft verflochten wäre das einen so geringen Teil seiner eigenen Produktion im Lande selbst verbrauchen kann wie England. Daher leidet es an der Wirtschaftskrise stärker als irgend eines der europäischen Länder.

In der Wirtschaft Englands spielt das internationale Bankwesen eine große Rolle. Vor dem Kriege war London unbestritten der Mittelpunkt des Weltgeldmarktes. Das englische Pfund Sterling war die ausschlaggebende Valuta der ganzen Welt. Aus allen fremden Weltteilen wurde Kredit in London gesucht. Seit dem Kriege büßte England diese beherrschende Stellung auf dem Weltgeldmarkt zum Teil ein; New York trat an seine Stelle. Aber in den letzten zwei Jahren machte England starke und erfolgreiche Anstrengungen, um seine führende Stellung wieder zu erobern! Das Disagio des Pfund Sterling gegenüber dem Dollar wird mit harter Anstrengung abgebaut und beträgt gegenwärtig nur mehr 10 Prozent.

In der Wirtschaft Englands spielen die Kolonien eine große Rolle. Die Ausbeutung Indiens und Afrikas ist eine der Hauptstützen des englischen Kapitalismus.

1. Landwirtschaft

Das Land spielt eine relativ geringe Rolle im britischen Wirtschaftsleben.

1920 gab es in Großbritannien bei einer Gesamtbodenfläche von 56 207 000 Morgen nur 15 400 000 Morgen bebauter Fläche und 15 486 000 Morgen Dauer-Weideland.

Bebaute Fläche und Ernteertrag der drei hauptsächlichsten Getreidearten in Großbritannien[1]):

	1913	1917	1919	1920
Weizen				
Bebaute Fläche (1000 Q-Meilen)	1 757	1 979	2 301	1,929
Gesamtertrag (1000 Qu.)	6 642	7 165	7 976	6 669
Ertrag pro Morgen (Scheffel)	33	31	30,5	30
Gerste				
Bebaute Fläche (1000 Q-Meilen)	1 597	1 618	1 683	1 841
Gesamtertrag (1000 Qu.)	1 597	1 618	1 683	1 841
Ertrag pro Morgen (Scheffel)	34	32	30,5	33
Hafer				
Bebaute Fläche (1000 Q-Meilen)	3 011	3 300	3 675	3 304
Gesamtertrag (1000 Qu.)	9 378	10 865	11 417	10 746
Ertrag pro Morgen (Scheffel)	38	40	36,5	39

Viehzucht. Die englische Viehzucht ist die hervorragendste der Welt. Besonders englische Pferde und englische Schweine werden als Zuchttiere nach allen Ländern der Welt exportiert. Die wissenschaftliche Zuchtwahl wird schon seit fast 200 Jahren betrieben.

Viehstand. Stückzahl (in Tausenden) auf den landwirtschaftlichen Domänen in England und Wales:

	1884	1913	1917	1920	1921
Pferde	1 227	1 141	1 138	1 121	1 148
Hornvieh	5 132	5 717	6 227	5 547	5 515
Schafe	19 085	17 130	17 170	13 383	13 806
Schweine	2 425	2 102	1 919	1 994	2 508

Das Mißverhältnis, in dem die britische Landwirtschaft und Viehzucht zu den Konsumtionsbedürfnissen des eigenen Landes steht, zeigt sich bei einer Gegenüberstellung der einheimischen Produktion mit der Einfuhr an Weizen, Fleisch und Wolle. Da die Einfuhrzahlen keinen Unterschied zwischen Irland und Großbritannien machen, gelten in folgenden Aufstellungen beide Reihen für das Vereinigte Königreich als Ganzes.

Landesproduktion (in 1000 Tonnen) an:	Durchschnitt 1909—1914	1918	1920	1921
Weizen	1 519,5	1 535	1 522,5	1 929
Hammel und Lämmer	320	281	240	
Rinder und Kälber	749	721	720	1 056
Schweine	385	205	240	
Wolle	51,7	48,7	48,2	43,1

[1]) Der Ernteertrag in Großbritannien ist sehr hoch: siehe vergleichende Tabellen im internationalen Teil.

Nettoeinfuhr (in 1000 Tonnen) von:	Durchschnitt 1909—1914	1918	1920	1921
Weizen	5 294	2 897	5 467	4 012,4
Hammel und Lämmer	269	107	330	346,5
Rinder und Kälber	470	474	533	608,5
Schweine	298	606,5	328	375
Wolle (1913)	222,4	1,0	281,3	190,6

Was die Besitzverhältnisse anbelangt, so ist ein sehr großer Teil des Bodens in den Händen der „Landlords", die denselben an kapitalistische Pächter verpachten und selbst ein untätiges Herrenleben führen. Aehnlich steht es mit den Bergwerken und den städtischen Baugründen.

Die Anzahl von Pachtgütern in England und Wales von 1 Morgen oder mehr war wie folgt:

	1903	1913	1917	1919	1920
1—5 Morgen	91 797	92 302	84 264	81 193	80 737
5—50 „	198 874	200 144	194 292	191 375	194 059
50—300 „	126 980	128 718	131 064	130,225	129,703
über 300 „	15 351	14 513	14 098	13 875	13 492
zusammen:	433 002	435 677	423 718	416 668	417 991

Anmerkung. 1913 betrug die auf die Pachtgüter von über 300 Morgen entfallende bebaute Fläche 24,83 Prozent und die auf Pachtgüter von 1—50 Morgen entfallende nur 15,7 Prozent der Gesamtfläche.

Nachstehende Tabelle gibt die Zahl der von den Inhabern ganz oder doch überwiegend als eigener Besitz verwalteten Güter für die Zeitspanne, für die sich überhaupt Angaben ermitteln ließen, an:

	1919	1920
1—5 Morgen	10 423	10 925
5—50 „	22 132	25 268
50—300 „	14 059	17 962
über 300 „	2 021	2 352
zusammen	48 635	50 507

Dafür gab es Anfang 1920 ungefähr 1 250 000 Pachtgrundstücke (jedes mit weniger als 5 Morgen und alle zusammen ungefähr 180 000 Morgen), die von örtlichen Behörden kurzfristig an Einzelpersonen oder Verbände verpachtet wurden. Diese Zahl läßt sich mit folgenden vergleichen:

Mai 1918 — 1 400 000
Mai 1914 — 500 000
Januar 1895 — 500 000

2. *Bergbau.*

Obgleich die Produktion im Vereinigten Königreich fast 40 Mineralien umfaßt, ist lediglich die Kohle vor großer Bedeutung. 1919 entfielen beispielsweise von der Gesamtproduktion in Höhe von 275 Millionen Pfund Sterling auf die Kohle 314 Millionen Pfund Sterling. Fol-

gende Tabelle zeigt die Förderung und Verteilung der Kohle in den letzten Jahren:

	Produktion (1000 t)	Wert (£ 1 000)	Ausfuhr (1000 t)	Bunker (1000 t)
1913	287 431	145 536	76 688	21 023
1917	248 473	207 787	37 801	10 200
1920	229 503	390 422	28 863	13 840
1921	163 500	—	26 246	10 936

Die Produktion von 1921 war die kleinste seit 1887; im allgemeinen wird die Kohlenproduktion des Landes nur von der der Vereinigten Staaten übertroffen; sie beschäftigt ungefähr 12 Millionen Arbeiter.

3. *Industrie.*

Die Industrie Englands ernährt 44 Prozent der Bevölkerung. Sie hat zwei Hauptzweige: die Schwerindustrie mit der Metallbearbeitung und die Textilindustrie.

Die englische Schwerindustrie besitzt große Standortvorteile: Beisammensein von Kohle und Eisenerz; tief ins Land dringende schiffbare Flüsse, welche es ermöglichen, ausländische Rohstoffe billig bis an die Kohlengruben zu bringen; eine weitgehende Spezialisation (Es gibt Walzwerke in England, die Jahre hindurch dieselbe einzige Nummer von Feinblech erzeugen.) Im Schiffbau und in gewissen Zweigen des Maschinenbaues (Textilmaschinen) hat England eine beherrschende Stellung im Welthandel. Die Textilindustrie ist die älteste Fabrikindustrie Englands. Es besitzt hierzu ein vorzügliches Klima (große Feuchtigkeit) und eine seit einem Jahrhundert eingeübte, sehr intensiv produzierende Arbeiterschaft. Neben diesen ausschlaggebenden Arten der Industrie sind aber auch alle anderen Zweige im Lande stark vertreten (chemische, Porzellan-, Holzbearbeitungsindustrie usw.).

Da ein großer Teil der britischen Industrieerzeugnisse für den Exportmarkt bestimmt ist (1913 wurden zwei Drittel der Eisen- und Stahlerzeugnisse ins Ausland verkauft), ergibt sich die verschiedene Bedeutung der einzelnen Zweige aus den handelsstatistischen Zahlen.

a) Schiffbau.

I. Erbaute Handelstonnage (Verein. Königreich)

	1913	1917	1920	1921
Nettotonnage	1 885 000	1 163 474	2 055 624	1 538 052
Anzahl	—	—	618	426
in Prozenten des gesamten Weltschiffbaus	58	—	47,8	35,5

II. Im Baue befindliche Tonnage

Quartalsende	Tonnage im Bau	Vom Stapel gelassene Tonnage	Begonnene Tonnage
31. Dez. 1920	3 708 916	579 933	506 353
31. Dez. 1921	2 640 319	467 246	54 760

Von der als „am 31. Dezember 1921 in Bau" angeführten Tonnage sind 722 000 Tonnen abzuziehen infolge ihrer auf unbestimmte Zeit hinausgeschobenen Herstellung.

b) Eisen und Stahl.

	Zahl der in Gang befindlichen Hochöfen am Jahresende	Produktion von Roheisen in 1000 t	In Prozenten der Weltproduktion	Produktion v. Stahlbarren in 1000 t	In Prozenten der Weltproduktion
1913	338	10 260	13,4	7 664	10,3
1920	300	8 007	13,2	9 057	13,3
1921	77	2 611	7,2	3 624	8,9

Die Zahlen zeigen die Schwere der Wirtschaftskrise, die auf England im Jahre 1921 lastete.

c) Textilindustrie.

Sie ist die größte der Welt: nur von derjenigen der Vereinigten Staaten wird sie an Baumwollverbrauch übertroffen. Die Zahl der Baumwollspindeln beträgt nahezu 60 Millionen. Der Baumwollverbrauch in Millionen Doppelzentnern:

Durchschnitt

1909/13	9	1917	6,9
1914	7,5	1918	6,9
1915	10,5	1919	8,3
1916	8,8	1920	7,3
		1921	4,2

Der starke Rückgang während des Krieges ist offenkundig.

4. *Außenhandel.*

a) Ein- und Ausfuhr im Vereinigten Königreich (in 1000 £)

	1913	1917	1920	1921
Gesamteinfuhr	768 735	1 064 165	1 932 649	1 086 687
Rückausfuhr	109 567	69 677	222 753	107 052
Ausfuhr (Güter der Ver. Königreiche)	525 254	527 080	1 334 469	703 196
Einfuhrüberschuß	133 914	477 408	375 427	276 439

Der Außenhandel Englands zeigte immer einen starken Einfuhrüberschuß. Dieser wurde durch den „unsichtbaren Export", die Gewinne aus der Schiffahrt und die Zinsen des im Ausland angelegten Kapitals gedeckt.

Wenn die durchschnittliche Wertbestimmung der gegenwärtig ein- und ausgeführten Güter auf die in der Tabelle der gleichen Güter von 1913 begegnende gebracht würde, so würde sich folgendes Resultat, gemäß der Berechnung des Handelsamtes, ergeben (in 1000 £)

	1913	1920	1921
Gesamteinfuhr	768 735	679 274	570 912
Rückausfuhr	109 567	98 909	85 612
Einfuhr (Güter des Ver. Königreich)	525 254	372 476	261 647

So betrug die Einfuhr im Jahre 1921 nur 74,3 Prozent, die Rückausfuhr 78,1 Prozent, die Ausfuhr nur 49,8 Prozent der Einfuhr von 1913. Sowohl Ein- wie Ausfuhr waren geringer als in irgend einem anderen Jahr des gleichen Jahrhunderts.

b) Die Zusammensetzung des Außenhandels. Einfuhr (in 1000 £)

	1913	1920 A	1920 B	1921 A	1921 B
Nahrung, Getränke, Tabak	278 894	721 274	240 772	537 003	252 709
Rohstoffe	206 240	588 513	194 784	221 122	127 562
Fertigwaren	171 534	401 582	143 741	218 410	102 919

(A bedeutet den deklarierten Wert, B den schätzungsweise nach Maßgabe des durchschnittlichen Wertes von 1913 bestimmten.)

Nahrungsmittel. Die hohen Beträge kommen auf Rechnung der starken Einfuhr von Getreide und Fleisch (siehe oben).

Rohstoffe: Die deklarierten Werte der Hauptartikel setzen sich folgendermaßen zusammen (in 1000 £):

	1913	4917	1920	1921
Kohle	6	—	27	12 128
Eisen, Erz u. Metallbruch	7 445	12 040	20 800	5 072
Holz	32 956	25 646	80 562	29 453
Baumwolle	61 428	110 591	233 078	65 071
Wolle	24 163	49 505	58 421	24 147
Oele, Sämereien etc.	23 978	—	71 671	33 093
Gummi	6 947	23 852	12 671	6 432

Fertigwaren fallen für die Einfuhr verhältnismäßig wenig ins Gewicht. Die Werte der Hauptartikel waren folgende (in 1000 £):

	1913	1917	1920	1921
Eisen und Stahl	15 551	10 783	28 198	23 379
Kupferfabrikate	10 311	21 341	14 400	6 617
Chemikalien	11 936	—	29 959	11 289
Gereinigte Oele	13 350	—	70 516	54 453

c) Ausfuhr (in 1000 £).

	1913	1920 A	1920 B	1921 A	1921 B
Nahrungsmittel u. Getränke, Tabak	33 876	50 893	18 745	37 458	16 528
Rohstoffe	66 173	145 655	31 695	63 559	29 847
Fertigwaren	413 821	1120 732	316 410	588 665	210 056

(A bedeutet den deklarierten Wert, B den schätzungsweise nach Maßgabe des durchschnittlichen Wertes von 1913 bestimmten.)

Die Nahrungsmittelausfuhr ist unbeträchtlich. Drei Viertel des Ausfuhrwertes für Rohstoffe entfällt im allgemeinen auf die Kohle. Die Werte für die Hauptgattungen von Fertigwaren waren folgende (in 1000 £):

	1913	1917	1920	1921
Roheisen	4 824	6 772	10 003	1 686
Zinkblech	10 026	560	19 112	5 984
Landwirtschaftsmaschinen	2 989	—	1 026	593
Textilmaschinen	8 282	—	9 159	25 149
Baumwollgarne	15 006	16 695	47 586	23 982
Baumwollstoffe	87 776	112 810	315 718	137 168
Woll- und Kammgarngewebe	20 653	37 860	101 892	35 866
Chemikalien	19 533	—	40 536	19 057

d) Einfuhr aus bestimmten Ländern (in 1000 £).

	1913	1920	1921
Rußland etc.	40 271	33 523	13 123
Deutschland	80 411	30 252	20 550
Frankreich	46 353	75 836	53 094
Vereinigte Staaten Nordamerikas	141 652	536 327	275 189
Argentinien	42 485	128 046	68 261
Gesamtzahl aus fremden Ländern	577 219	1 372 712	755 595
Indien	48 420	95 721	44 268
Australien	38 065	112 288	67 858
Kanada	30 488	92 999	62 287
Gesamtzahl aus britischen Gebieten	191 516	559 937	333 091

Ausfuhr von Gütern des Vereinigten Königreichs nach bestimmten Ländern (in 1000 £).

	1913	1920	1921
Rußland etc.	18 103	11 992	8 630
Deutschland	40 667	21 707	17 832
Frankreich	28 933	135 936	44 257
China	14 845	43 577	26 001
Japan	14 530	26 093	21 369
Vereinigte Staaten Nordamerikas	29 295	77 119	44 201
Argentinien	22 641	42 929	27 622
Gesamtzahl für fremde Länder	329 942	832 991	404 425
Südafrika	23 024	50 485	30 945
Indien	70 273	181 240	109 022
Aegypten	9 806	43 644	18 830
Australien	34 471	62 574	45 645
Kanada	23 795	42 693	19 433
Gesamtzahl für britische Gebiete	195 311	501 470	298 771

5. *Verkehr.*

Eisenbahnen

I. Gesamte Meilenzahl bei Reduktion auf e i n e n Schienenstrang

1913 . . . . 55 2 1920 . . . . 56 097

II. Gesamtziffern des Güterverkehrs im Vereinigten Königreich.
(in 1000 £)

	1913	1919	1920
Verschiedene Waren	121 360	72 646	72 613
Kohle, Koks	345 115	181 462	182 640
Andere Mineralien	101 726	56 881	68 718
Zusammen	568 201	310 889	323 971
Stückvieh	32 399 100	21 198 000	21 294 100

6. *Schiffahrt.*

1. Folgendes ist eine Aufstellung der Dampfer- und Motorschiffahrt auf Grund der amtlichen Register für das Vereinigte Königreich:

	Dez. 1913	Dez. 1916	Dez. 1918	Sept. 1921
Anzahl	12 602	12 405	11 334	12 608
Netto-Tonnage	11 273 787	11 036 788	9 497 040	18 101 518

7. Geldwesen

Die Valuta Englands, das Pfund £, war vor dem Kriege die unbestrittene Weltvaluta. Während des Krieges mußte auch hier die Einlösung in Gold eingestellt werden. In der Nachkriegszeit setzte ein scharfes Fallen des Wertes ein, bis zu einem Disagio von über 30 Prozent dem Dollar gegenüber. In den letzten Jahren ist eine kontinuierliche Besserung eingetreten. Das Disagio beträgt jetzt nur knappe 10 Prozent. Neben den Noten der Bank von England wurden während des Krieges Staatsnoten („Currency Notes") in großen Summen ausgegeben. Der Notenumlauf betrug in Millionen engl. Pfund:

	Mitte	Ende				Mai
	1914	1918	1919	1920	1921	1922
Banknoten	29.5	70	91	133	125	121
Currency-Noten	—	323	366	368	326	299
Zusammen	29,5	393	457	501	451	420

Wir sehen, daß die englische Finanzpolitik erfolgreich bestrebt ist, den Notenumlauf einzuschränken. Der allgemeine Preisfall auf dem Weltmarkte ermöglichte dies.

Staatshaushalt.

Von allen kriegführenden europäischen Staaten ist England der einzige, dem es in der Nachkriegszeit gelungen ist, nicht nur ein defizitloses Budget aufzustellen, sondern auch seine Staatsschulden durch Abzahlung zu vermindern.

Die Hauptdaten des Budgets betrugen in Millionen £ abgerundet:

Einnahmen.

1912/13	189	1917/18	842
1913/14	198	1918/19	707
1914/15	227	1919/20	1201
1915/16	337	1920/21[1])	1426
1916/17	573	1921/22[2])	1125

Ausgaben.

1912/13	189	1917/18	2550
1913/14	198	1918/19	2696
1914/15	561	1919/20	1068
1915/16	1559	1920/21	1195
1916/17	2198	1921/22	1079

Diese Zahlen zeigen, daß ein nicht unbeträchtlicher Teil der Kriegsausgaben durch die laufenden Einnahmen gedeckt wurden. Im Gegensatz zu den kontinentalen kriegführenden Ländern wurde die Steuerschraube stark angezogen. Die Steuern sind gegenwärtig — die 10-prozentige Geldentwertung abgerechnet, annähernd so hoch wie vor dem Kriege.

---

[1]) Die tatsächlichen Einnahmen blieben infolge der Krise stark hinter dem Voranschlag zurück, während sich die Ausgaben höher stellten. Der Ueberschuß betrug nur knappe 50 Millionen Pfund.

[2]) Voranschlag.

Die Hauptposten der Einnahme- und Ausgabebeträge im Budget 1922/23[1]) in Millionen Pfund.

Einnahmen

Einkommensteuer	350	Verbrauchssteuer	196
Grundsteuer	48	Zölle	126
Uebergewinnsteuer	30	Stempelsteuer	21

Ausgaben

Zinsen der Staatsschulden	384	Luftschiffahrt	11
Heer	62,5	Pensionen	116
Marine	65	Soziale Versich. u. Gesundheitsw.	39

Es ist hervorzuheben, daß die Ausgaben für Heer und Marine, Luftschiffahrt usw. trotz der durch das Washingtoner Abkommen erzielten Verminderung der Flottenbauausgaben im Jahre 1922/23 das Doppelte betragen als 1913/14.

Das englische Steuersystem ist von jenem der anderen europäischen Staaten sehr verschieden. Das Hauptgewicht liegt auf der Einkommensteuer, welche im letzten Jahre 6 sh. vom £, also 25 Prozent betrug und in dieser Höhe im allgemeinen auch tatsächlich eingetrieben wird, da die Erfassung „an der Quelle" erfolgt.[2]) Der Schlüssel der Einkommensteuer wird alljährlich vom Parlament neu festgestellt. Im laufenden Jahre wurde derselbe auf 5 Schilling herabgesetzt; dies war nur möglich, weil man auf Tilgung der Schulden in diesem Jahre verzichtete. Die Verbrauchssteuern treffen vor allem nicht unbedingt unentbehrliche Konsumartikel: Spirituosen, Tee, Kaffee usw. Es gibt weder Umsatzsteuer noch Steuern auf Kohle oder Lebensmittel.

Die Staatsschulden betrugen in Millionen Pfund:

1/8. 1914	711	31./3. 1920	7876
31/3. 1918	5921	31./3. 1921	7799
31/3. 19 9	7481	13./5. 1922	7684
31/12. 1919[3])	8079		

Die Staatsschuld Englands hat sich durch den Krieg verelffacht und beträgt gegenwärtig ungefähr 220 Prozent des geschätzten Nationaleinkommens. Die Verschuldung ist prozentual größer als 1818 nach Beendigung des Krieges gegen Napoleon. Indessen wurden vom Höchststand bereits 300 Millionen abgetragen.

Gewerkschaftsbewegung.

Das Bestehen von Verbänden von Lohnempfängern ließe sich in Britannien bis zum Ausgang des 17. Jahrhunderts zurückverfolgen. Diese Verbände beschränkten sich hauptsächlich auf Drucker, Tuch-

[1]) Economist vom 29. 4. 1922.

[2]) Der Pächter zieht die Einkommensteuer des Grundherrn von der Pachtsumme ab, die Bank von den Zinsen, die Aktiengesellschaften von den Dividenden usw. und zahlen dieselben in die Staatskasse ein. Die Bezahlung erfolgt also durch Leute, die keinerlei Interesse haben, die Steuer zu hinterziehen.

3 Maximum.

arbeiter, Wollkämmer und Arbeiter der Baumwollspinnereien. Mit dem Herannahen der wirtschaftlichen Umwälzung griffen derartige Vereinigungen auf die Tagelöhner der meisten Industriezweige über, bis sie durch die Vereinsgesetze von 1799—1800 für ungesetzmäßig erklärt wurden. Bis zur Aufhebung dieser Gesetze im Jahre 1824 waren sie fortgesetzter Verfolgung und Unterdrückung ausgesetzt. Die Schaffung des Landesverbandes für Arbeiterschutz (National Association for the Protection of Labour) war der erste Anlauf, zu einer großen Einheitsfront zu kommen. 1834 wurde ein zweiter Versuch in der Richtung gemacht durch John Owen, den Schöpfer des Großen Nationalen Gewerkschaftsvereins (Grand National Consolidated Trade Union), dem unmittelbarer Erfolg beschieden war. Streiks und Tumulte herrschten diese ganze Periode über vor, und die den Einfluß Robert Owens zeigende Bewegung nahm ausgesprochenen Klassenkampfcharakter an. 1850 machten die Gewerkschaften abermals einen Wandel durch. Sie entwickelten sich in der Richtung einer nationalen Arbeiterbewegung, ließen ihren auf freundschaftliche Verständigung mit dem Kapital eingestellten Flügel stark an Einfluß zunehmen und gewannen so ein immer ausgesprocheneres reformistisch-politisches Aussehen, damit schon den Grund zu den Gewerkschaften von heute legend. Die nach diesen Richtlinien hin erfolgte Gründung der Vereinigten Maschinenarbeitergesellschaft von 1852 gilt als Wendepunkt in der Geschichte der britischen Gewerkschaftsbewegung. Der erste Landeskongreß der Gewerkschaften wurde 1864 durch den Glasgower Gewerkschaftsrat einberufen, aber erst der Gewerkschaftskongreß von 1871 stellte eine wirklich repräsentative Versammlung aller Gruppen der organisierten Arbeiter dar. Einen anderen Markstein in der Entwicklung der Gewerkschaften bedeutete der Londoner Hafenarbeiterstreik, der zum organisatorischen Zusammenschluß der ungelernten Arbeiter, darunter auch der Landarbeiter, führte. Mit Kriegsbeginn nahm die gewerkschaftliche Organisierung nach Fachverbänden rasch ab, und während der letzten sechs Jahre hat die auf Verschmelzung verwandter Vereinigungen zu Industrieverbänden abzielende Bewegung zusehends zugenommen.

Die britischen Gewerkschaften stützen sich ganz auf Fach- oder Industrieverbände. Jeder Facharbeiter ist in seinem speziellen Fachverband organisiert, obgleich sie die Verbindung mit den Handarbeitern ihres betreffenden Industriezweiges anstreben, wie beispielsweise die Angestellten des Schiffahrtswesens, die dem

Neuen Transportarbeiter-Verband („Transport and Several Workers Union") beigetreten sind. Staatsbeamte sind in den Staatsbeamtenvereinen zusammengeschlossen und halten sich im allgemeinen von den übrigen organisierten Arbeitnehmern fern, mit Ausnahme des Postbeamtenverbandes. Fast eine gelbe Organisation ist der Seeleute- und Feuerwehrleuteverband, dessen Sekretär, Havelock Wilson, bei den Unternehmern und der regierenden Klasse sehr wohl gelitten ist.

Weibliche Arbeitnehmer sind heute zusammen mit den männlichen in ihrem entsprechenden Verband, wie dem der Ladenangestellten, Handlungsgehilfen usw. organisiert. Bis 1921 war der Landesverband der Arbeitnehmerinnnen der organisatorische Rahmen für alle Frauen, denen andere Verbände nicht offen standen. Dieser Verband bildet jetzt die Frauensektion des Allgemeinen Landesverbandes der Arbeitnehmer. Jugendliche sind in denselben Verbänden wie die Erwachsenen organisiert.

Mitgliederschaft der Gewerkschaften.

Jahr	Mitglieder	Jahr	Mitglieder
1892	1 502 308	1918	6 652 000
1900	1 955 704	1919	8 051 000
1910	2 446 373	1920	8 502 000
1914	4 185 000	1921	—

Größte Gewerkschaften.

Gewerkschaft	Mitglieder
Eisen- und Stahl	164 000
Eisenschmelzerei, Maschinen- und Schiffsbau	888 270
Vereinigter Metallarbeiterverband	456 891
Baumwolle	458 353
Wolle und Kammgarn	123 374
Leinen und Jute	58 997
Bleichen, Färben und Appretieren	114 522
Kohlenbergbau[1])	1 113 801
Eisenbahnen	618 000

Keine britische Gewerkschaft ist Moskau angeschlossen, obschon gewisse Zweige der Gewerkschaften der R. I. L. U. angeschlossen sind. Sowohl der Gewerkschaftskongreß wie der Allgemeine Gewerkschaftsverband sind Amsterdam angeschlossen; der Allgemeine Gewerkschaftsverband (General Federation of Trade Unions) war bis 1920 allein hier vertreten.

Die Gewerkschaften unterstützen im großen ganzen den Krieg, waren aber nicht gerade anti-deutsch. Der Seeleute-Verband übertraf an Patriotismus die übrigen und zeigte eine ausgesprochen antideutsche Haltung.

Ihre Stellungnahme Rußland gegenüber war die der Nichtintervention, die sie durch ihren Aktionsrat bei einer einzigen Gelegen-

[1]) Bergarbeiterverband. Zahlende Mitglieder jetzt auf 500 000 veranschlagt. Ende 1920 457 831. Ende 1921 400 000.

heit erfolgreich bekundeten. Sie waren gegen die Blockade Rußlands und drängten wiederholt auf Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Rußland. Sie traten auch gegen den Versailler Vertrag auf.

Die Mehrzahl der Gewerkschaftsführer, besonders J. H. Thomas und Frank Hodges, haben die Kommunisten offen angegriffen. Die Haltung der Gewerkschaftsbürokraten ist in der Hauptsache feindlich. Die wichtigsten auf dem letzten Gewerkschaftskongreß (September 1921) angenommenen Resolutionen sind folgende:

a) einen Unterstützungfonds für das hungernde Rußland zu schaffen, für den der Kongreß 1000 engl. Pfund votierte;
b) sich für die Konferenz von Washington zu erklären und die Vertretung der Arbeiterschaft auf derselben zu fordern;
c) die Vertretung jedes Landes sowie entsprechende Vertretung der Arbeiterklasse im Völkerbund zu fordern.
d) gegen die Angriffe auf Löhne, Arbeitskammern usw. zu protestieren.

Dieser Kongreß setzte auch einen aus 32 Mitgliedern bestehenden Generalrat ein, der 18 Industriezweige vertritt und die alte Spitzenorganisation, den sogenannten Parlamentsausschuß, in seinen Funktionen ablöste.

Kassenverhältnisse der Gewerkschaften.

Die letzten vorliegenden Zahlen sind für 1920. Folgende Tabelle zeigt Einnahmen und Ausgaben einiger Hauptgewerkschaften:

Gewerkschaft	Einkommen durch Mitgliedsbeiträge	Gesamtunterstützungsbeiträge	Verwaltungskosten
Metallarbeiter	£ 11 393 126	£ 1 932 863	£ 252 745
Zimmerer und Tischler	364 617	214 151	111 767
Bergleute von Süd-Wales	350 125	387 608	156 163
Landes-Eisenbahnerverband	535 263	97 932	255 065
Arbeiterverband	525 265	168 897	195 860

Lohnkonflikte 1919—1921.

Die wichtigsten Lohnkonflikte in den Jahren 1919—1921 waren folgende:

1919.

März	**Bergarbeiterstreik in verschiedenen Distrikten zwecks genereller Gewährung von Lohnerhöhungen im Bergbau. 100 000 Arbeiter beteiligt.**

Juli	Streik der Bergarbeiter von Yorkshire um die Frage von Lohnerhöhungen als Kompensationen für Kürzung der Arbeitszeit. 150 000 Arbeiter beteiligt.
Januar	Metall- und Schiffsindustrie. 150 000 Arbeiter in den Konflikt um die Regelung der Arbeitszeitfrage und die Frage erhöhter Lohnraten als Kompensation für Stundenkürzung einbezogen.
Juni und Juli	Textilarbeiterstreik. Umfaßte 450 000 Arbeiter, welche Kürzung der Arbeitszeit und Erhöhung der Löhne fordern.
September	Streik der Eisengießer wegen Lohnforderungen. Ungefähr 65 000 Arbeiter beteiligt.
September	Eisenbahnerstreik unter Beteiligung von 500 000 Arbeitern gegen Aenderungen der Löhne für verschiedene Gruppen.
	1920.
Oktober	Allgemeiner Kohlenarbeiterstreik. Umfaßte 1 100 000 Arbeiter und betraf Forderungen von Lohnerhöhungen unabhängig von der Produktion.
	1921.
April	Allgemeiner Kohlenarbeiterstreik. Umfaßte 1 100 000 Arbeiter. Richtete sich gegen die von Unternehmerseite gewünschte örtliche Lohnfestsetzung, nachdem die Regierung die Kontrolle über diesen Industriezweig aufgehoben hatte.
Juni	Textilarbeiterstreik gegen Lohnreduktionen. 375 000 Arbeiter beteiligt.

Abgesehen von den unmittelbar wegen Lohnforderungen ausgebrochenen Streiks fanden zu Beginn 1919 eine Reihe von Arbeitseinstellungen wegen der Forderung auf Reduzierung der Arbeitszeit statt. Die wichtigste darunter war der Belfaster Generalstreik für die 44-Stundenwoche im Februar 1919. Die Streikleitungen wurden überhaupt nicht von den Verbandsleitungen unterstützt und die Arbeiter kehrten nach drei Wochen zur Arbeit zurück. Herabsetzung der Stundenzahl wurde im Laufe des Jahres fast für alle wichtigeren Industriezweige vereinbart, und die 48-Stundenwoche stellt jetzt das allgemeine Maximum dar.

Von den beiden Textilarbeiterstreiks führte der erste zu einer Herabsetzung der Stundenzahl von 55½ auf 48 Stunden wöchentlich und einer der Stundenkürzung ungefähr angepaßten

Festsetzung der Löhne. Der zweite führte zu einem Kompromiß, das die Höhe der Lohnherabsetzung betraf, und demzufolge die Löhne für volle Arbeitszeit auf den Stand der Löhne vom Juli 1919 zurückgebracht wurden.

Der Eisengießerstreik, der im September 1919 einsetzte, dauerte bis zum Januar 1920, wo es zu einer Einigung auf der Grundlage einer wöchentlichen Lohnerhöhung von 5 Schilling kam.

Der Eisenbahnerstreik vom September 1919 wurde nach einwöchentlicher Dauer durch Verhandlungen zwischen J. H. Thomas und Lloyd George beigelegt. Das Ergebnis war ein Kompromiß, welches die Hauptforderung der Eisenbahner — Normalisierung der Löhne für alle Eisenbahner gleicher Grade — unerfüllt ließ, aber die Regierung in der Frage sofortiger Lohnveränderungen zum Nachgeben zwang und die bestehenden Lohntarife für ein weiteres Jahr in Kraft ließ. Außerdem wurde ein Minimallohn von 51 Schilling festgesetzt, der solange gelten sollte, als die Lebenshaltungskosten nicht bis auf 110 Prozent des Friedensstandes gefallen wären.

Der Kohlenstreik von 1919 umfaßte nur einen Teil der Kohlenbergleute. Ein allgemeiner Kohlenarbeiterstreik wurde Februar 1919 vertagt, als die Sankey-Kommission ernannt wurde, um Forschungen über den ganzen Stand des Kohlenbergbaus und die Frage der Nationalisierung desselben anzustellen. Die Regierung erklärte sich mit der von der Kommission empfohlenen Lohnerhöhung sowie der Stundenkürzung einverstanden, wollte aber nichts von dem Vorschlag hören, den Bergbau zu nationalisieren.

Im März 1920 erklärte sich die Regierung abermals mit Lohnerhöhungen einverstanden, als aber im Herbst 1920 die Bergarbeiter weitere Lohnforderungen stellten auf Grund des Steigens der Lebenshaltungskosten, drang die Regierung darauf, dieselben von der Produktionssteigerung abhängig zu machen. Darauf setzte der Streik vom Oktober 1920 ein, aber schon nach drei Wochen gab die Exekutive der Bergarbeiter hinsichtlich dieses Prinzips nach.

März 1920 erreichte die staatliche Kontrolle über den Bergbau ihr Ende, worauf die Unternehmer die Abschaffung des einheitlichen Landestarifs vom 1. April ab proklamierten. Die Bergarbeiter erklärten sich mit örtlichen Lohntarifen nicht einverstanden, was zu einer allgemeinen Aussperrung am 1. April führte.

Die Triple-Allianz (Eisenbahner, Transportarbeiter und Bergarbeiter) proklamierte den Generalstreik zur Unterstützung der Forderungen

der Bergarbeiter. Aber J. H. Thomas, der Führer der Eisenbahner, verhandelte mit der Regierung und bewerkstelligte eine Vertagung des Generalstreiks um einige Tage. Diese Verhandlungen scheiterten, und der Streikbeginn wurde auf Freitag den 19. April festgesetzt. Aber am Morgen des 15. zogen die Führer der Eisenbahner und Transportarbeiter ihre Streikerlasse zurück. Es folgte der Zusammenbruch der Triple-Allianz, und der 15. April wurde als „schwarzer Freitag" bekannt. Die Bergarbeiter setzten den Streik allein bis Ende Juni fort, worauf auch sie nachgaben.

Als eine Folge des regionalen Tarifsystems betrugen die Januar 1922 gezahlten Ortstarife beispielsweise 9 Schilling in Süd-Wales und 17 Schilling 3 Pence in Nottinghamshire.

Gilden-Bewegung.

Die englische Gildenbewegung stellt einen reformistischen Versuch dar, den Kapitalismus friedlich aus dem Wege zu räumen, indem sich die Arbeiterschaft unmittelbar mit den Konsumenten in Verbindung setzt. Die Theorie dieser Bewegung ist vor allem durch die Schriften von G. D. H. Cole bekannt.

Mai 1915 wurde die „National Guilds League" gegründet. Ihre Mitgliederzahl war 5—600. Es war eine gemischte Gesellschaft: eine Sektion war entschieden revolutionär und hat sich jetzt der Kommunistischen Partei angeschlossen. Ein zweiter Teil war entschieden reformistisch und betrachtete die Gildenbewegung als eine Umwälzung ohne Revolution. Das Zentrum, geführt von Cole, besteht noch weiter, aber die Mitgliedschaft nimmt ständig ab.

Das Resultat der Propaganda ist die Schaffung von Gilden innerhalb der kapitalistischen Industrie. Der verständige Teil der Gildenführer sieht den Wert dieser Gilden darin, daß sie den Beweis liefern, daß die Arbeiter fähig sind, die Produktion ohne Kapitalisten erfolgreich zu führen. April 1922 wurde der „National Guild Council" (Nationaler Gildenrat) zur Vereinheitlichung der praktischen Bewegung geschaffen.

Es gibt Baugilden, Möbel-, Tischler-, Bekleidungs-, Maschinen- und Milchfahrergilden. Es besteht die Absicht, eine Schiffbaugilde zu schaffen. Die wichtigste von diesen ist die Baugilde, an deren Spitze S. G. Hobson steht. Dieselbe übernimmt vor allem für Gemeindeverwaltungen den Bau von Häusern. Das nötige Betriebskapital erhält sie von der Bank der Kooperativen. Der Käufer bezahlt den Kostenpreis und einen geringen Prozentsatz für die Leistungen und

Ueberwachungskosten, Versicherung und für einen Fonds zur Unterstützung der evtl. arbeitslosen Mitglieder der Gilde. Es wird kein Profit gemacht; alle Ersparnisse werden dem Bauherrn wieder zurückerstattet. Die Baugilde hat beträchtliche praktische Erfolge aufzuweisen, die natürlich nur möglich sind, weil in diesem Produktionszweig wenig Kapital und vor allem sehr wenig fixes Kapital nötig ist.

Die Gilden arbeiten im Einvernehmen mit den Gewerkschaften; manche von diesen haben Vertreter in den Gilden-Komitees.

Selbstverständlich sind alle weitgehenden Hoffnungen auf die Gildenbewegung innerhalb des Kapitalismus utopistisch; die Kapitalisten haben die Möglichkeit, wenn es ihnen paßt, die ihnen unbequem werdenden Gilden durch ihre Konkurrenz zu vernichten.

Arbeitgeber-Organisationen.

Fast jede Industrie hat ihre alte und spät ausgebaute Arbeitgeberorganisation. Der Mittelpunkt dieser Organisationen ist die „Federation of British Industry" (Bund der Britischen Industrie), welche nicht nur im Wirtschaftsleben des Landes, sondern auch in der Wirtschaftspolitik und in der allgemeinen Politik eine richtunggebende Macht hat.

Bis zur jüngsten Zeit war die Politik der englischen Arbeitgeber-Organisationen keine scharfmacherische. Das hängt mit dem Charakter des englischen Kapitalismus aufs engste zusammen; die Ausbeutung der Kolonien, die Vormacht auf dem Geld- und Frachtenmarkt der Welt ermöglichte es den Kapitalisten, der Arbeiterschaft entgegenzukommen.

Die verschärfte Konkurrenz, welcher England nach dem Weltkrieg begegnet, hat bereits eine starke Verschärfung im Verhältnis der Kapitalisten zur Arbeiterklasse hervorgerufen.

Die Genossenschaftsbewegung.

Die englische Genossenschaftsbewegung ist die älteste und mächtigste der Welt.

Den Kern der Bewegung bilden die lokalen Konsumgenossenschaften. Diese lokalen Konsumgenossenschaften sind in Großeinkaufsgenossenschaften zusammengeschlossen. Es gibt eine englische und eine schottische Großeinkaufsgenossenschaft. Parallel mit diesen sind die produktiven Genossenschaften aufgebaut. Den lokalen Konsumgenossenschaften sind lokale, die Bedürfnisse der einzelnen Konsumgenossenschaft befriedigende produktive Unternehmungen angeschlossen. Die Großeinkaufsgenossenschaft unterhält produktive Unter-

nehmungen in großem Stil, welche die Gesamtheit mit gewissen Waren versorgt.

Die englische Großeinkaufsgenossenschaft besitzt 108 Fabriken, welche 40 verschiedene Waren produzieren, vom Mehl bis zu Fahrrädern. Sie, wie auch die schottische Großeinkaufsgenossenschaft, hat weit ausgedehnte landwirtschaftliche Besitzungen, Milchwirtschaften, Teeplantagen in Indien und Ceylon, verschiedene andere Unternehmungen in den Kolonien, Handelsniederlassungen in den fremden Ländern. Es besteht eine 1867 gegründete Genossenschafts-versicherungs-Gesellschaft und eine Bankabteilung, welche Ende 1921 13 Millionen Pfund Sterling in Depositen besaß, welche zumeist den Genossenschaften selbst, den Gewerkschaften und Arbeiterklubs gehörten.

Die landwirtschaftliche Genossenschaftsbewegung ist vor allem in Irland wichtig, wo die kleinen Pächter sich in derselben zusammengeschlossen haben. Es gibt zwei Arten: landwirtschaftliche Konsumgenossenschaften, welche auch Geräte, Maschinen und Produktionsmittel verteilen; landwirtschaftliche Verkaufsgenossenschaften, welche die Produkte der kleinen Farmer sammeln und auf den Markt bringen.

Alle Organisationen sind in kommerzieller Weise aufgebaut und geführt. Die Käufer erhalten einen Nutzanteil im Verhältnis ihres Konsums. Die Arbeiter der Produktiv-Genossenschaften haben ähnliche Arbeits- und Lohnverhältnisse wie in den kapitalistischen Betrieben. Die ganze Bewegung wird nicht als ein Teil des Klassenkampfes der Arbeiter, sondern als Selbstzweck betrachtet.

Die Größe der Genossenschaftsbewegung wird durch folgende Tabelle ersichtlich:

Art	Anzahl	Zahl der Mitglieder in Tausend	Eigenes und Leihkapital in Tausend £	Umsatz in Tausend £	Zahl der Angestellten
Konsumgenossenschaften	1 379	4 505	85 553	254 158	138 955
Vereinigungen derselben	5	6	44	194	34
Produktivgenossenschaften	105	43	2 789	9 223	11 873
Besondere Vereinigungen	9	3	577	3 900	3 177
Großeinkaufsgenossenschaften	3	2	24 606	136 670	47 470
Total	1 501	4 559	113 569	404 145	201 509

Gerade während des Krieges war die Entwicklung sehr groß.

Jahr	Zahl der Genossenschaften	Zahl der Mitglieder in Tausend	Eigenes und Leihkapital in Tausend £	Umsatz in Tausend £	Zahl der Angestellten
1913	1 508	3 011	54 919	130 036	144 154
1914	1 511	3 188	57 810	130 036	148 264
1915	1 497	3 311	62 230	165 034	158 479
1916	1 481	3 566	67 349	197 295	158 715
1917	1 478	3 835	69 355	224 914	162 503
1918	1 474	3 895	80 473	248 984	164 383
1919	1 467	4 182	98 801	324 781	187 535
1920	1 501	4 559	114 568	404 144	201 508

Genossenschaftspartei.

1915 wurde eine besondere Genossenschaftspartei gegründet, welche gegenwärtig im Unterhaus ein Mitglied und in verschiedenen Gemeinden 180 Vertreter hat. Die Partei unterhält ein freundliches Verhältnis zu der „Labour Party" (Arbeiter-Partei), und es wurde mehrere Male eine Verbindung vorgeschlagen. Auf dem Genossenschaftskongreß von 1921 wurde die Allianz nur mit vier Stimmen verworfen. Mehrere hundert Genossenschaftsorganisationen sind der Genossenschaftspartei und der „Labour Party" angeschlossen.

Vergleichende Tabelle der Entwicklung der Lohnraten.

Folgende Tabelle zeigt die prozentualen Veränderungen der Löhne in den wichtigsten Industriezweigen zwischen 1914 und 1922. Die angegebenen Beträge charakterisieren die Lohnverhältnisse für gewisse Kategorien jeder Industrie, zeigen aber keineswegs immer den durchschnittlichen Verdienst für jeden Arbeitnehmer an.

Prozentuelle Lohnerhöhungen für eine Reihe von Arbeiterkategorien in verschiedenen Industrien Englands 1914—1920.

	Höhe der Vorkriegslöhne	Durchschnittliche Lohnsteigerung am Ende jedes Jahres							
		1914	1915	1916	1917	1918	1919	1920	Jan. 1922
Bauwesen (London) Maurer	11½- p. Stunde	—	9	33	66	104	103	126[1]	96
Bergbau (Süd-Wales) Kohlenbergarbeiter Akkordlohn	6/5 p. Schicht	—	32	68	84	100	121	176	36
Metall- u. Maschinenbau-Industrie (London) Werkmeister	40/- p. Woche	7	17	25	77	101	115	133	93
Siemens-Stahl	40/- p. Woche	—	15	27	67	85	130	180	68

[1]) Unter Berücksichtigung der Herabsetzung der Arbeitszeit von 50 auf 44 Stunden wöchentlich.

	Höhe der Vorkriegslöhne	Durchschnittliche Lohnsteigerung am Ende jedes Jahres							
		1914	1915	1916	1917	1918	1919	1920	Jan. 1922
Textil-Baumwollindustr. (Nördl. Grafschaften) alle Arbeitnehmer Stücklohn	—	—	—	5	33	105	102	159	102
Wolle (York u. Lancashire, alle männl. Arbeiter Stücklohn .	—	—	7	25	48	84	135	181	101
Transportwesen — Eisenbahnen (London) Lastträger	23/- p. Woche	—	21	43	91	143	165	215	158
Wasserkante (London) Dockarbeiter . . .	5/3- p. Tag	—	10	19	57	84	119	205	168
Handelsschiffahrt Vollmatrose	£ 5,10 monatl.	—	32	55	100	164	164	164	98
Landwirtschaft (England und Wales) Landarbeiter . . .	16/10-p. Woche	—	—	—	40	89	126	177	105
Druckereigewerbe (London) Setzer . .	39/- p. Woche	—	8	15	36	87	118	156	141
Möbelindustrie (London) Kunsttischler.	11½- p. Stunde	—	—	13	30	56	102[2])	134[1])	106
Töpfereien (N. Staffs) alle Arbeitnehmer Stücklohn	—	—	7	16	29	60	80	108	87

Durchschnittliche prozentuale Preiserhöhung seit Juli 1914.
(Nahrung, Wohnung, Kleidung, Heizung und Licht etc.)

	1915	1916	1917	1918	1919	1920	1921	1922
Januar	10—15	35	65	85—90	120	125	165	92
Februar	15	35	65—70	90	120	130	158	—
März.	15—20	35—40	70	90	115	132	149	
April	15—20	35—40	70—75	90—95	110	130	133	
Mai	20	40—45	75	95—100	105	141	128	
Juni	25	45	75—80	100	105	150	119	
Juli	25	45—50	80	100—105	105—110	152	119	—
August.	25	45—50	80	110	115	155	122	
September. . . .	25	50	80—85	110	115	161	120	
Oktober	30	50—55	75—80	115—120	125	164	110	
November	30—35	60	85	120—125	125	176	110	
Dezember	35	65	85	120	125	169	99	

Vergleich mit den Preisveränderungen.

Die amtliche, die Preisschwankungen aufzeigende Indexziffer, die seit Januar 1915 jeden Monat veröffentlicht wird, beruht auf Aufstellungen, die Nahrung, Steuer, Kleider, Heizung und Beleuchtung sowie andere Punkte umfassen und sich je nach der Wichtigkeit der einzelnen Faktoren für die durchschnittlichen Ausgaben des Arbeiters

[1]) Unter Berücksichtigung der Herabsetzung der Arbeitszeit von 50 auf 44 Stunden wöchentlich.
[2]) Unter Berücksichtigung der Herabsetzung der Arbeitszeit von 50 auf 47 Stunden wöchentlich.

in der Vorkriegszeit berechnen. Von Arbeiterorganisationen angestellte Untersuchungen haben gezeigt, daß die behördlichen Zahlen im allgemeinen die Steigerung der gegenwärtigen Lebenshaltungskosten, besonders was die Nahrung anbetrifft, zu niedrig angeben.

Vorstehende Tabelle zeigt die prozentuale Steigerung seit Juli 1914. („Labour-Gazette", Januar 1920, S. 10.)

Arbeitslosigkeit (1919—1922).

Die erste Tabelle zeigt die Gesamtzahl der Arbeitslosen gemäß amtlichen statistischen Angaben zu verschiedenen Zeitpunkten von Oktober 1919 bis Januar 1922 und die zweite die Zahl und prozentuale Stärke der Arbeitslosen in den wichtigsten Industrien Ende 1921.

Die Zahlen stützen sich auf Arbeitslosenunterstützungen gemäß dem Arbeitslosen-Versicherungsgesetz (Unemployment Insurance Act) — siehe unten —, das etwa 12 000 000 Arbeiter umfaßt. Die Tabelle für Oktober 1919 und Oktober 1920, als diese Gesetze noch nicht in Kraft waren, gibt die Zahl der auf den Arbeitsbörsen als Arbeitslose Registrierten an, inklusive Heeresentlassene.

Monat	Arbeitslose	Prozente aller unter das Versicherungsgesetz von 1920 Fallenden
Oktober 1919	564 136	—
Oktober 1920	337 334	—
Januar 1921	977 296	8,2
April 1920[1])	1 799 242	15,0
Juli 1921[1])	1 803 696	14,8
Oktober 1921[1])	1 554 973	12,8
Januar 1922	1 925 450	16,2

[1]) Zahl der durch die Aussperrung im Kohlenbergbau Betroffenen.

Arbeitslosigkeit in gegen Arbeitslosigkeit versicherten Industrien, 30. Dezember 1921.

(Gesamtzahl der versicherten Arbeiter 11 902 000.)

Industriezweig	Zahl der Beschäftigten	Prozent der Versicherten
Haus- und Wegebau	196 007	21,6
Schiffsbau	129 381	36,1
Maschinenbau und Eisengießereien	310 984	37,2
Metallindustrie	212 700	27,2
Transport	153 167	16,9
Kohlenbergbau	136 348	11,1
Baumwollindustrie	98 965	17,1
Wollindustrie	35 996	13,4
Andere Textilindustrie	62 314	13,1
Bekleidungsbranche	80 861	11,9
Verschiedene andere	527 307	11,0
Zusammen	1 934 030	Durchschn. 16,2

Abgesehen von den obigen gänzlich Arbeitslosen gab es am 30. Dezember 1921 315 760 Kurzarbeiter mit Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung. Die davon hauptsächlich betroffenen Industrien waren folgende:

Industriezweig	Kurzarbeiter	Prozent der Versicherten
Baumwollindustrie	80 404	13,2
Andere Textilindustrie	62 283	8,4
Bekleidung	23 246	3,4
Maschinenbau und Eisengießereien	49 813	4,4
Metallindustrie	30 100	3,8
Kohlenbergbau	4 782	0,4

System der Arbeitslosenunterstützung.

Regierungsmaßnahmen. Gemäß den Arbeitslosenversicherungsgesetzen von 1911, 1916, 1920 und 1921 besteht für die Arbeiter aller wichtigen Industrien, mit Ausnahme der Landwirtschaft und der Heimarbeit, der Versicherungszwang gegen Arbeitslosigkeit. Der Arbeitslosenunterstützungsfonds setzt sich aus Beiträgen der Unternehmer, Arbeiter und des Staates zusammen. Arbeiter, die Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung erheben wollen, müssen zwölfmal Beiträge gezahlt haben und andauernd unbeschäftigt gewesen sein seit dem Zeitpunkt, in dem sie um die Unterstützung einkamen.

Der Unterstützungsbetrag betrug wöchentlich anfangs 15 Schilling für Männer und 12 Schilling für Frauen. Dieser Betrag wurde März 1921 auf 20 Schilling für Männer und 16 Schilling für Frauen erhöht, im Juli aber wieder auf den alten Betrag herabgesetzt. Die Periode, während der Unterstützungsbeträge abgehoben werden konnten, betrug anfangs nicht mehr als 15 Wochen im Jahr; 1921 wurde diese Bestimmung jedoch erweitert. Auf Grund von Lohnstreitigkeiten unbeschäftigte Arbeiter sind von der Unterstützung ausgenommen.

Im Herbst 1921 wurden in aller Eile drei Sonderbestimmungen von der Regierung angenommen, nämlich:

das Arbeitslosen-Angehörigengesetz (Unemployed Workers' Dependants Act), das für die zeitweise Unterstützung (seit November 1921 für 6 Monate) der Angehörigen beschäftigungsloser Arbeiter sorgt. Und zwar erhalten die Frau oder der angehörige Ehemann 5 Schilling die Woche und jedes Kind 1 Schilling. Die nötigen Fonds werden aufgebracht durch Beiträge der beschäftigten Arbeiter, der Unternehmer und des Staates.

Einige Arbeitsbörsen zahlten höhere Beträge. In Poplar erreichten die Unkosten für Armenunterstützung die Höhe von £ 250 000 jährlich und der Stadtrat verweigerte die Leistung gewisser vom Londoner Grafschaftsrat erhobener Steuern, als Protest gegen das Versagen der Regierung in der Frage der staatlichen Fürsorge für die Arbeitslosen.

Im September wies ein Regierungserlaß die Ortsbehörden an, für unmittelbare Arbeitsleistung bei den Notstandsarbeiten 25 Prozent weniger zu zahlen, als die gewerkschaftlichen Tarife betrugen. Dieser Erlaß stieß auf heftigen Widerstand bei einigen Stadträten und führte dazu, daß ein Teil der Notstandsarbeiten durch Niederlegung der Arbeit ins Stocken kam.

Die Unterstützung der Arbeitslosen durch die Gewerkschaften. Die meisten Gewerkschaften des Landes verfügen über Vorkehrungen zugunsten der Arbeitslosen. In Zeiten akuter Arbeitslosigkeit, wie jetzt, erheben viele Gewerkschaften Sonderbeträge von den Organisierten, abgesehen von den gewöhnlichen Mitgliederbeiträgen. In einzelnen Fällen sind derartige Erhebungen bis zu 1, 1/6 und 2 Schilling wöchentlich gemacht worden, während ein Buchdruckerverband 3 Schilling wöchentlich erhoben hat. Von den durch den Generalrat des Gewerkschaftskongresses empfangenen Geldern haben die Gewerkschaften während des September 1921 endenden Jahres eine Gesamtsumme von 7 434 199 £ für Arbeitslosenunterstützung ausgezahlt. Die Arbeiter der Maschinenindustrie und Eisengießereien allein zahlten 2 257 189 £ aus, die Bergarbeiter 782 839 £, Kommunalarbeiter 768 290 £, Eisenbahner 735 898 £ und die Baumwollarbeiter 736 088 £.

Organisierung der Arbeitslosen. Der organisatorische Zusammenschluß der Arbeitslosen machte im Jahre 1921, hauptsächlich unter dem Einfluß der Kommunistischen Partei, rasche Fortschritte.

Im April fand die erste Landeskonferenz statt, die einen nationalen Verwaltungsrat einsetzte. Eine zweite Tagung fand im November in Manchester statt, auf welcher Vertreter von 90 Ortsausschüssen anwesend waren.

Betriebsräte.

Die Bildung von Arbeitsgemeinschaften von Arbeitgebern und Arbeitnehmern gemäß dem Whitley System ist jetzt in allen größeren Industrien durchgeführt. Dieses System empfahl die Bildung von Landes-, Distrikts- und Betriebsausschüssen.

Betriebsausschüsse sind niemals eingesetzt worden. Eine gewisse Anzahl von Landes- und Distriktsräten wurden 1919 und 1920 in unwichtigen Zweigen einzelner Industrien eingerichtet. Im Staatsdienst und der Postverwaltung war die Einsetzung gemischter Ausschüsse von gewissem Einfluß in der Richtung auf organisatorischen Zusammenschluß der Arbeitnehmer, zumal bei den Postbeamten.

Die inoffizielle Bewegung zugunsten der Schaffung von Betriebsausschüssen, die in den Betrieben der Maschinen- und Schiffsbauindustrie in Sheffield und Clyde 1915 einsetzte, verfügte während des Krieges über eine weitverzweigte und ziemlich starke Organisation. Die Bewegung für die Schaffung von Betriebsräteorganisationen machte beträchtliche Fortschritte unter den Munitions- und Luftschiffsarbeitern. Mit dem Zusammenbruch der Kriegsindustrien zerfiel indes auch die Schichtung der Industriearbeiter, auf die die Bewegung sich hauptsächlich stützte, so daß sie einen vornehmlich propagandistischen Charakter annahm, obwohl sie in einigen anderen Industrien, zum Beispiel dem Bergbau, auch zu Vereinigungen mit inoffiziellen Ausschüssen führte.

Geschichte der nicht-kommunistischen Arbeiterparteien.

Arbeiterpartei (Labour Party). Nach dem Zusammenbruch der Chartisten-Bewegung ruhte jede politische Betätigung von seiten der englischen Arbeiterbewegung viele Jahre vollständig. Seit 1874 hatten die Gewerkschaften ihre Vertreter im Parlament, aber bis zum Ausgang des Jahrhunderts nahmen die gewählten Mitglieder im Lager der einen oder anderen bestehenden Bürgerpartei Aufstellung. Dank vor allem den Bemühungen der Unabhängigen Arbeiter-Partei (Independent Labour Party), die auf die parlamentarische Vertretung der Arbeiterklasse im Rahmen einer unabhängigen politischen Partei hindrängte, bildete sich 1899 ein „Ausschuß der Arbeitervertreter" (Labour Representation Committee), eine föderative Körperschaft aus Gewerkschafts- und sozialistischen Organisationen, die bei den Generalwahlen von 1900 15 Kandidaten aufstellte. Nur zwei waren erfolgreich. Unter der Wirkung solcher Entscheidungen, wie der in der Affäre von Taff Vale, wo auf dem Wege einer Zivilklage Gewerkschaftsfonds in die Hände der Unternehmer ausgeliefert wurden, erwachten die Gewerkschaften zu der Erkenntnis von der Notwendigkeit einer ihre Tätigkeit schützenden Gesetzgebung, und als bei den Generalwahlen von 1906 eine

Gruppe von 29 Mitgliedern gewählt wurde, nahm der „Ausschuß der Arbeitervertreter" den Namen „Arbeiterpartei" (Labour Party) an.

In der ersten Zeit und bis zum Krieg stand die Labour Party stark unter dem Einfluß der Independent Labour Party. Sie hielt dabei eine mehr oder weniger enge Verbindung mit der liberalen Partei aufrecht, deren soziales Programm sie im allgemeinen unterstützte. Die Mehrzahl der Parlamentsmitglieder der Labour Party waren Gewerkschaftsbeamte oder liberale Arbeitervertreter. Als daher der Bergarbeiterverband 1908 der Labour Party beitrat, brachte er 15 Parlamentsmitglieder mit, die vorher Teile und Splitter der bürgerlich-liberalen Partei gewesen waren.

Die Wirksamkeit der Labour Party während des Krieges erschöpfte sich fast ganz darin, der Regierung bei der Fortführung des Krieges zu helfen. Die Partei trat der Regierungskoalition bei, wobei ihre Führer wie Henderson, Clynes u. a. Ministerposten bekleideten.

Nach dem Waffenstillstand zog sich die Labour Party aus der Koalition zurück, und bei den Generalwahlen vom Dezember 1918 waren 61 Kandidaten der Labour Party erfolgreich, da die Partei zur offiziellen Oppositionspartei geworden war.

1918 wurde eine neue Parteiverfassung angenommen, durch die auch einzelnen Mitgliedern Zutritt gewährt wurde, die nicht Mitglieder der Gewerkschaften oder sozialistischen Organisationen waren. Sie drückte ihre Ziele in folgenden allgemeinen Wendungen aus: „... den Hand- und Kopfarbeitern den vollen Ertrag ihrer Arbeit zu sichern, gleichwie die gerechteste Verteilung der Produktion auf der Basis der Ueberführung der Produktionsmittel in den Allgemeinbesitz, weiterhin das bestmöglichste System von Volksverwaltung sowie Kontrolle jeder Industrie und jedes Dienstzweiges." Die Partei hat, was ihre Größe und parlamentarische Stärke anbetrifft, rasch zugenommen. Von 64 umstrittenen Nachwahlen zwischen 1918 und März 1922 hat sie einen glatten Gewinn von 10 Sitzen zu verzeichnen. Die Gesamtheit der in diesen Nachwahlen abgegebenen Stimmen war folgende:

Arbeiterparteien	457 000
Oppositionsparteien (inkl. Arbeiterparteien)	778 776
Koalitionsparteien	603 572

Die Labour Party hat um die Hilfe früherer Liberaler geworben, und ihre Politik ist dementsprechend auch beeinflußt worden. Aber bei mehr als einer Gelegenheit wurde sie unter dem Druck der Arbeitermassen zu einer mehr proletarischen Haltung gezwungen. So

zwang im August 1920 der Druck von unten die Parlamentsfraktion der Labour Party, den Vereinigten Aktionsrat einzuberufen, um der drohenden Gefahr eines erneuten Krieges gegen Rußland entgegenzuwirken, und örtliche Gruppen der Labour Party beteiligten sich mehr oder weniger bereitwillig an der Bildung lokaler Aktionsräte in ihrem Bezirk. Im Mai 1921 stimmte die Labour Party mit der Regierung bei der zweiten Lesung des Wiedergutmachungsgesetzes (Reparations Bill), „um Deutschland gegenüber eine feste Front aufzuzeigen", aber die allgemeine Entrüstung war so groß, daß sie gezwungen war, ihre Haltung zu ändern. Und wieder im Oktober 1921 versuchte der sozialistische Stadtrat von Poplar seine verfassungsmäßigen Vollmachten zu überschreiten, indem er sich weigerte, eine vom Londoner Grafschaftsrat eingeforderte Steuer zu bezahlen, als Protest gegen die Ungleichheit zwischen Reich und Arm in Poplar und als Anspruch auf größere Freiheit bei der Verwendung der ihm zur Verfügung stehenden Gelder; die Folge war die Einkerkerung der Stadträte.

Die Erfolge der Labour Party bei den Nachwahlen sowie bei Munizipal- und Grafschaftswahlen, verbunden mit der Furcht vor einer möglichen Einstellung der sozialistischen Parteien auf den Klassenkampf, veranlaßte die kapitalistischen Parteien, ihre Reihen zu schließen und die Gefahr des Klassenkampfes als ihre Hauptlosung gegen die sozialistischen Parteien aufzustellen. So wurde bei den letzten Londoner Grafschaftsratswahlen vom März 1922 der Kampf von seiten der Bürgerlichen unter der Parole der Abwehr gegen „die rote Fahne" geführt. Als Folge davon gelang es der Labour Party nur knapp, ihre frühere Vertreterzahl wiederzuerhalten (16 Sitze von insgesamt 124), anstatt des erwarteten Gewinnes an Sitzen. Furcht vor diesem Einwand des Klassenkampfes hat die Labour Party dazu gebracht, die Aufforderung der Kommunistischen Partei auf ein Zusammengehen abzuschlagen. Auf der Konferenz von Brighton 1921 schritt man nach einer Diskussion über die Entscheidung der Exekutive nicht zur Abstimmung. Im ganzen hält die Partei ihren kleinbürgerlichen Standpunkt aufrecht. Ihre Führer sind die Säulen der Zweiten Internationale.

Geschichte der sozialistischen Parteien.

Unabhängige Arbeiterpartei. (Indenpedent Labour Party). Die Independent Labour Party wurde 1893 auf einer Tagung gegründet, auf der unabhängig-sozialistische Ortsgruppen, gewisse Gruppen des sozialistisch-demokratischen Verbandes sowie Mit-

glieder der Fabischen Gesellschaft u. a. vertreten waren. Keir, Hardie, Tom Mann, Bruce Glasier waren unter anderen bestrebt, ihren Einfluß geltend zu machen. Ihre anfängliche Funktion war die, unter den Gewerkschaftlern den Drang nach unabhängiger politischer Betätigung zu fördern, und es gelang ihr rasch, einen beträchtlichen Einfluß auf die organisierte Gewerkschaftsbewegung zu gewinnen, indem sich Gewerkschaftsfunktionäre und aktive Gewerkschaftler in großer Zahl zur I. L. P. bekehrten. Im Zeitraum von 2 Jahren verschafften sich mehr als 200 ihrer Mitglieder Sitz und Stimme in Munizipal- und anderen örtlichen Körperschaften.

Von Anfang an stützte sie sich auf einer allgemeinen sozialistischen Basis, wobei der theoretische Grund von der Gesellschaft der Fabier herrührte, und wurde damit zu einem starken Faktor, um die organisierte Gewerkschaftsbewegung für einen kollektivistischen Standpunkt zu gewinnen. Die ersten Jahre dieses Jahrhunderts sahen sie vielleicht im Zenith ihres Einflusses. Sie war damals die einzige sozialistische Körperschaft mit überhaupt realem Kontakt mit den Massen. In den dem Krieg vorangehenden Jahren besaß sie faktisch die politische Führerschaft innerhalb der Labour Party. Ihr führender Theoretiker, Ramsay Macdonald, war von 1911 bis 1914 Vorsitzender der parlamentarischen Labour Party und trug als solcher einen großen Teil der Verantwortung für die Politik unbestimmter Kompromisse mit der liberalen Partei, die die Labour Party annahm.

Während des Krieges nahm die I. L. P. im großen ganzen gegen den Krieg Stellung und ihr Einfluß innerhalb der Labour Party nahm dementsprechend ab. Sie wurde zum Treffpunkt für alle die in der Arbeiterbewegung, die aus sozialistischen oder anderen Gründen Gegner des Krieges waren. Sie empfing einen Zustrom von bürgerlichen Sozialpazifisten, radikalen Parlamentsmitgliedern, Quäkern usw., und ihre anfängliche sozialistische Gegnerschaft gegen den Krieg ging allmählich in dem Brei bürgerlichen Pazifismus unter. Nach dem Kriege setzte von seiten des linken, stark unter kommunistischem Einfluß stehenden Flügels eine Protestbewegung gegen die Führerelemente ein. Auf der Konferenz von 1920 ging mit 529 gegen 144 Stimmen ein Antrag durch, aus der Zweiten Internationale auszuscheiden. Eine Delegation (Clifford Allen und R. C. Wallhead) wurde nach Sowjetrußland zur Erforschung des Kommunismus entsandt, ob sie der I.L.P. die Annahme des kommunistischen Standpunkts und den Beitritt zur Kommunistischen Internationale empfehlen könnten. In der Zwischenzeit war Ramsay Macdonald, der Vorsitzende der Partei, nach wie vor Sekretär der Zweiten Internationale. Ein An-

trag auf Anschluß an die Kommunistische Internationale wurde sowohl 1920 wie 1921 entschieden zurückgewiesen, worauf eine Anzahl der auf dem linken Flügel stehenden, teilweise ganze Gruppen, absplitterten und sich der Kommunistischen Partei anschlossen. Die I. L. P. nahm an der Wiener Konferenz teil und bildet auch jetzt noch eine der Hauptstützen der Zweieinhalb-Internationale.

Gesellschaft der Fabier.

1884 gegründet, besteht sie fast ausschließlich aus bürgerlichen Intellektuellen, darunter vielen bekannten Schriftstellern und Sozialforschern, wie Bernard Shaw, Sidney Webb, H. G. Wells, Chiozza Money u. a. Der von ihnen herausgearbeitete Typ des Sozialreformismus hat starken Einfluß ausgeübt auf die liberale Sozialgesetzgebung, und sie waren — teilweise mittels der I. L. P. — vor dem Krieg und noch unmittelbarer jetzt von entscheidendem Einfluß auf die großen Linien der Politik der Labour Party. In dieser Hinsicht ist ihr Einfluß weiter lebendig, obgleich Mitgliedschaft und Organisation der Gesellschaft sehr unbedeutend sind.

Der Sozialdemokratische Verband.
(Social Democratic Federation.)

Der Plechanow'sche Typus des nationalen Marxismus findet sich in dem 1881 von H. M. Hyndman gegründeten ursprünglichen Sozialdemokratischen Verband verkörpert. Seine kriegsfreundliche Haltung führte zu seiner Spaltung im Jahre 1916, wobei die genannte Gruppe die National-sozialistische Partei gründete. Späterhin nahm sie wieder den ursprünglichen Namen an. Großen Einfluß, zumal nach dem Tod von Hyndman, hat sie nicht besessen.

Sozialistische Arbeiterpartei.
(Socialist Labour Party.)

1903 gegründet, als linker Parteisplitter des Sozialdemokratischen Verbandes. Anfänglich war sie eine Sektion der amerikanischen Sozialistischen Arbeiterpartei, unter der Führung von Daniel De Leon. Späterhin wandelte sich ihre abstrakte Auffassung vom britischen Kapitalismus dank der persönlichen Tätigkeit vieler ihrer Mitglieder als Betriebsräte während der Kriegszeit. Der auf ihrem, jedem Kompromiß abgeneigten revolutionären Antimilitarismus gegründete Einfluß dieser Partei war 1917 und 1918 am größten. Die Socialist Labour Party beteiligte sich an den Einheits-Verhandlungen, die der

Gründung der Kommunistischen Partei in Großbritannien vorangingen. Aber sie bestand auf dem Nichtanschluß an die Labour Party als der conditio sine qua non für die Realisierung der kommunistischen Einheit und sagte sich von denjenigen ihrer Mitglieder (die einbegriffen, die während des Krieges die Führer der Partei gewesen waren) los, die gewillt waren, diese Vorbedingung preiszugeben. Die Mehrzahl der Mitgliedschaft trat der Kommunistischen Partei bei. Der zurückbleibende Parteirumpf nennt sich gleichfalls kommunistisch, ist aber nicht der Kommunistischen Internationale angeschlossen.

Mitgliedschaft.

Labour Party.

Tabellarische Uebersicht der angeschlossenen Mitglieder:

Jahr	Gesamtzahl	Gewerkschafts-mitglieder	Sozialistische Parteimitglieder
1914	1 612 000	1 572 000	33 000
1915	2 093 000	—	—
1917	2 465 000	—	47 000
1918	3 013 000	2 930 000	53 000
1919	3 511 000	—	47 000
1920	4 330 000	4 318 000	42 000

Parlamentarische Stärke:

Zahl der bei den Generalwahlen von 1918 abgegebenen Stimmen der Arbeiterparteien: 2 375 202.

Zahl der gewählten Kandidaten der Arbeiterparteien: 63.

Die starke Zunahme der auf die sozialistischen Parteien entfallenden Stimmen seit 1918 geht aus der Tatsache hervor, daß bei den Neuwahlen vom Juni 1921 die sozialistischen Parteien 396 000 Stimmen erhielten, gegenüber einer Stimmenzahl von nur 160 000 in denselben Wahlkreisen anläßlich der Generalwahlen.

Zahl der neu hinzukommenden Arbeitervertreter im Parlament (bis Februar 1922): 10.

Irland.

1. Name: Irischer Freistaat.
2. Flächeninhalt. 20 371 000 Acker.
3. Bevölkerung. 1848 8 295 000, 1901 4 438 000, 1911 4 390 000, 1920 4 470 000 (geschätzt).

Der starke Rückgang der Bevölkerung im letzten Jahrhundert ist die Folge der bekannten Politik Großbritanniens.

Auswanderung. Gesamtauswanderung eingeborener Bevölkerung

von 1851 bis 1920	4 339 199
1910	32 437
1920	13 531

4. Nationalität und Sprache. Durch die von England forcierte Kolonisation des Nordostens (des Ulster-Distrikts) sind die eigentlichen (keltischen) Iren nach dem Süden und dem Westen gedrängt worden. Trotz der englischen Zwangsmaßnahmen sprachen (Zensus 1911) mehr als 300 000 sowohl irisch als englisch und mehrere Tausend ausschließlich irisch. Die wiedererwachte nationalistische Bewegung propagiert eine „Irische Kultur" und fordert irischen Sprachunterricht in den Schulen.

5. Religion. Nach der Volkszählung von 1911:

römische Katholiken	3 243 000
Mitglieder der 1869 wiederhergestellten anglikanischen protestantischen Kirche	577 000
Presbyterianer	440 500
Methodisten	62 000

Die Mehrheit der Protestanten bildet einen Teil der Bevölkerung des kolonisierten Gebietes im Nordosten.

6. Regierungsform. Im Januar 1922 wurde Irland innerhalb des britischen Imperiums ein „Freistaat" mit einer Verfassung gleich der des kanadischen Dominiums, mit einem Vertreter der Krone, in derselben Weise bestimmt wie der Generalgouverneur von Kanada, mit eigenem Parlament und Ministerium mit gesetzgebender und vollziehender Gewalt.

Seit der englischen Invasion im 12. Jahrhundert wurde Irland stets mit Waffengewalt unterjocht. Die Geschichte des Kampfes gegen die britische Herrschaft ist die einer revolutionären nationalistischen Bewegung mit Perioden verhältnismäßiger Ruhe und Ausbrüchen immer stärkerer Revolten. Solche waren z. B. die große Rebellion von 1798, der Aufstand unter Emmet von 1803, unter O'Brien 1848, der Aufstand der Fenian von 1867 und die Osterrevolution von 1916.

Von 1916 bis 1921 wurde das Land durch militärischen Terror niedergehalten, vergleichbar nur mit dem gegen eine revoltierende Kolonial-Sklavenbevölkerung angewandten.

7. Wahlrecht. Während der Vereinigung mit England war das Wahlrecht das gleiche; der irische Freistaat hat eine Kommission beauftragt, ein eigenes Wahlrecht auszuarbeiten.

8. Bürgerliche und Arbeiter-Parteien.

Partei	Sitze im engl. Parlament (nach der Wahl von 1918)
1. Unionisten	24
2. Nationalisten	6
3. Sinnfeiner	73 (die meisten völlig ohne Opposition gewählt und das Parlament boykottierend)
4. Arbeiterpartei	unterstützt die Sinnfeiner
5. Arbeiter-Unionisten	2

Unionisten: loyal, imperialistisch, unterstützen Koalitionsregierung, bestehen zumeist aus Grundbesitzern und Unternehmern, die von einem Teil der protestantischen Industriearbeiter (Unionisten) unterstützt werden.

Nationalisten: liberal, Home-Rule-Bewegung rekrutiert sich aus den Klassen der Handel- und Gewerbetreibenden.

Sinnfeiner: republikanisch, repräsentieren die traditionelle nationalistische Bewegung, teilweise bürgerlich und kleinbürgerlich, fordern aber die Unterstützung der Massen des Proletariats und der Bauernschaft während der Periode revolutionärer Kämpfe.

Arbeiterpartei: republikanisch und sozialistisch, hauptsächlich Industriearbeiter.

Die vorübergehende „Home-Rule"-Bewegung, die unter Isaac Butt im Jahre 1870 begann, brach schließlich mit der Aussetzung des „Home-Rule"-Gesetzes von 1914 zusammen, und die nationalistische Bewegung nahm ihren traditionellen revolutionären Charakter wieder an.

Die von Arthur Griffith 1906 gegründete Bewegung der Sinnfeiner war in ihren Teilen eine pazifistisch-literarische und politische Bewegung. Sie wurde durch die Arbeit der „Gaelic League" (gegründet 1893) und auf der wirtschaftlichen Seite von der neuen Arbeiterbewegung unter James Connolly beeinflußt. Aber erst nach dem Osteraufstand von 1916 begann der ernste revolutionäre Kampf.

Bei den allgemeinen Wahlen von 1918 wurden nun 6 Nationalisten wiedergewählt. Die Sinnfeiner verzichteten auf ihre Sitze im englischen Parlament, und ein irisch-republikanisches Parlament (Dail Eireann) hielt im Januar 1919 seine erste Sitzung ab.

Die Sinnfeiner konnten nicht mit Gewalt unterdrückt werden. In den örtlichen Wahlen seit 1920 wurden von den Republikanern von 953 Sitzen der Grafschaftsräte 794 erobert.

Die Verhandlungen zwischen Sinnfeinern und britischen Delegierten begannen im Oktober 1921. Am 6. Dezember 1921 wurde eine Vereinbarung zwischen Großbritannien und Irland unterzeichnet, in der letzterem das Ziel einer unabhängigen irischen Republik zugestanden wurde. Dieser Vertrag wurde vom Dail Eireann am 7. Januar 1922 mit 64 gegen 57 Stimmen ratifiziert. Diese Mehrheit der Sinnfeiner repräsentiert ihren bourgeoisen Teil, die mit der Bourgeoisie Englands zusammenarbeitet. Die Minderheit unter de Valera stärkt die republikanische Bewegung.

Die irische Arbeiterpartei (Trade Union Congress) hat nun ihre politische Fusion mit den Sinnfeinern aufgegeben und will ihr eigenes Programm verwirklichen. Der kommunistische linke Flügel verlangt die „Arbeiter-Republik".

9. Berufe.

Zahlen der Volkszählung von 1910 (nur Personen über 10 Jahre)

Gewerbetreibende	141 000	Industriearbeiter	613 000
Dienstboten	171 000	Solche mit unbestimmbaren Berufen und nicht produktive Arbeit Leistende	2 573 000
Handeltreibende	111 000		
Ackerbautreibende	781 000		

Diese Ziffern schließen noch ein die Gelegenheitsarbeiter und die Angehörigen der 613 000 Industriearbeiter, von denen nahezu ein Drittel in der Textil- und Bekleidungsindustrie tätig ist.

Wirtschaftliches.

1. Ackerbau. Statistik des Landbesitzes (1918): 572 000 Liegenschaften befinden sich in der Hand von 562 000 verschiedenen Besitzern.

Größe der Liegenschaften	Zahl
1 Acker oder weniger	115 000
1 bis 50 Acker	366 000
50 „ 500 „	89 000
über 500 „	2 000
	572 000

Das feudale Lehenssystem wurde bei der Invasion im 17. Jahrhundert plötzlich aufgehoben, und das eingeführte System des Privateigentums führte zu einer schweren Bedrückung der Bauernklasse, die Revolten und Auswanderung nach sich zog. Der Absentismus der Großgrundbesitzer kam hinzu, verschlechterte die Situation und beschleunigte die Auswanderung.

Eine neue Agrarpolitik begann mit dem Landgesetz von 1881 und wurde mit dem Gesetz über den Landerwerb von 1903 fortgeführt; dadurch wurde eine Klasse kleiner Besitzer als Hauptstütze der irischen Agrarwirtschaft geschaffen. Diese bildete auch das Rückgrat der Sinnfeiner-Bewegung.

2. Ernten. Umfang des 1918 angebauten Landes 5 271 000 Acker.

Umfang und Ernten der hauptsächlichsten Kulturpflanzen.

		1913	1917	1918	1919	1920
Weizen:	Areal (in tausend Ackern)	34	124	157	70	50
	Ertrag (in tausend Quarters)	162	572	711	306	175
Gerste:	Areal (in tausend Ackern)	173	177	185	186	207
	Ertrag (in tausend Quarters)	960	945	1,003	975	903
Hafer:	Areal (in Millionen Ackern)	1,05	1,46	1,58	1,44	1,33
	Ertrag (in Millionen Quarters)	6,73	9,71	10,40	8,77	6,71
Kartoffeln:	Areal (in tausend Ackern)	582	709	702	589	584
	Ertrag (in Millionen Tonnen)	3,74	4,15	3,86	2,75	2,00

Bei allen Feldfrüchten hat sich der durchschnittliche Ertrag pro Acker ständig verringert, von 6,42 Tonnen pro Acker im Jahre 1913 auf 3,4 Tonnen im Jahre 1920.

Andere bedeutende Kulturpflanzen sind Heu und Flachs:

Im Jahre 1920 betrug das Areal der Grasweiden 2518 Tausend Acker und die Heuernte 3 550 000 Tonnen.

3. Viehhaltung (1920).

Pferde	624 000	Rindvieh	5 023 000
Maultiere	27 000	Schafe	3 586 000
Schweine	982 000		

4. Für Bergbau und

5. Industrie gibt es keine gesonderten, sondern nur für das ganze Großbritannien geltende Zahlen. Im Norden, in Belfast, gibt es eine große Leinenindustrie; im ganzen Lande auch Lebensmittel-Industrie und Schiffswerften.

6. Außenhandel. Wert des irischen Gesamthandels in Millionen £:

	1914	1917	1918	1919	1920
Import . . .	74	119	126	159	204
Export . . .	77	34	153	176	205

Wert der hauptsächlichst eingeführten Güter in Millionen £.

Einfuhr	1914	1917	1918	1919
Agrarprodukte, Lebensmittel	27	41	34	35
Rohmaterialien	11	21	22	24
Fabrikwaren	36	56	70	79
Ausfuhr				
Agrarprodukte, Lebensmittel	42	72	78	94
Rohmaterialien	43	53	54	68
Fabrikwaren	31	57	69	76

Im Jahre 1920 lieferte Großbritannien 78,3 Prozent der irischen Einfuhr und saugte 99 Prozent der Ausfuhr auf.

7. Transport und Verkehr.

Die Länge des Eisenbahnschienennetzes betrug 1919 3435 engl. Meilen.

8. Geldwesen vorläufig gemeinsam mit England.

9. Nationale Finanzen.

Totaleinkünfte 1919/20 42 Millionen £, von denen 40 Millionen durch Steuern einkamen.

Hauptfaktoren der Staatseinkünfte für 1919/20 in Mill. £:

Zölle	7.65
Verbrauchersteuern	14.65
Besitz- und Einkommensteuern	8,00
Ausnahmegewinn-Steuern	7.20
Staatssteuern	1.67
Postwesen	1.52

Die Totalausgaben für 1919/20 betrugen 29,2 Millionen £, von denen 25,7 Millionen auf die Kosten der Zivilverwaltung, ausschließlich der Ausgaben für Polizei- und Militärkräfte, entfielen.

Gewerkschaftsbewegung.

1. Irischer Transport- und allgemeiner Arbeiter-Verband. (Irish Transport and General Workers Union), gegründet 1909 von Jim Larkin.

Wirklich revolutionär, Kern der „One big Union"-Bewegung. Begünstigt Sympathiestreiks und Massenaktionen; die gegenwärtige Führerschaft neigt zu den revolutionären Republikanern. Die von James Connolly ins Leben gerufene irische Bürgerarmee war in Westeuropa die erste bewaffnete Organisation, die für die Arbeiter-Republik kämpfte.

2. Irische Arbeiterpartei und Gewerkschaftskongreß. Ein Verband der nationalen und lokalen Gewerkschaften, zusammen mit den „Amalgamated Unions", d. h. Gewerkschaften, die ihren Sitz in England haben (wie z. B. die „National Union of Railwaymen").

Von der Gesamtmitgliederzahl von über 300 000 (1920) gehören ungefähr die Hälfte zur „Irish Transport and General Workers Union", 100 000 zu zwei anderen Verbänden, der Rest zu britischen Gewerkschaften.

Der allgemeine Charakter des Kongresses ist geschlossener als der der englischen Arbeiterbewegung; er arbeitet mit der revolutionär-republikanischen Bewegung zusammen.

3. Der „Ulster Arbeiter-Verband" und die „Unionistische Ulster Arbeiterassociation", ein gelber Verband mit ungefähr 4000 Mitgliedern im Distrikt von Belfast, stehen offen unter kapitalistischem Patronat.

4. Mitgliederbestand der Gewerkschaften:

Irish Transport Workers-Union		Trade Union Congreß	
1920	150 000	1914	110 000
1921	100 000	1918	250 000
		1920	300 000

5. Die hauptsächlichsten Gewerkschaften außer der „Irish Transport and General Workers Union"

Eisenbahner	18 700	Tuchhandelsangestellte	7 560
Lehrer	11 500	Dacharbeiter	5 000
Maschinenbauer	5 000		

Der Gewerkschaftskongreß ist ohne internationale Verbindung. Er hat an dem nationalistischen Kampf teilgenommen, doch auf der Konferenz vom 21. Februar 1922 wurde mit 194 gegen 49 Stimmen beschlossen, sich an allen Wahlen aktiv zu beteiligen.

6. Arbeitslosigkeit. Dezember 1921: 130 000 Arbeitslose von einer Arbeiterbevölkerung von 750 000.

Politische Arbeiterbewegung.

1. Einleitung. Bis vor wenigen Jahren war der Kampf der Arbeiterklasse in Irland dem nationalen Kampf untergeordnet und existierte höchstens als eine wirtschaftliche Gewerkschaftsbewegung, die in der Hauptsache ein Teil der britischen Gewerkschaftsbewegung ohne unabhängigen politischen Charakter war. Erst die Gründung der „Irish Transport und General Workers Union" durch Connolly im Jahre 1909 war der erste Anfang einer revolutionären Arbeiterbe-

wegung in Irland, zunächst noch mit nur industriegewerkschaftlichem Charakter, der aber mit der Gründung der irischen Bürgerarmee und dem Osteraufstand von 1916 als eine politisch-revolutionäre Kraft in Erscheinung trat. Die Hinrichtung Conollys ließ die Bewegung in der Hand zentristischer Führer, die, während sie vorgaben, sie in der Tradition Conollys weiterzuführen, diese der Bewegung der Sinnfeiner unterordneten und sie nach den Richtlinien der Labour Party entwickelten. Trotz dieser Unterdrückung bewiesen die revolutionären Tendenzen ihr Vorhandensein in solchen Dingen wie den Sowjets in Limerick. Die Gründung der Kommunistischen Partei unter der Führung des Sohnes von Connolly im Jahre 1921 bezeichnet den Beginn des Kampfes für die Wiederherstellung der revolutionären Führung in der irischen Arbeiterbewegung.

2. Geschichte der nichtkommunistischen Arbeiterpartei. Die irische Arbeiterpartei und der „Trade Union Congress" nahmen diesen Namen 1918 an, hatten aber bereits 1912 die politischen Funktionen einer Arbeiterpartei erfüllt. Jeder Gewerkschaftler, der zum „Trade Union Congress" gehört, ist automatisch auch Mitglied der Labour Party.

Politische Aktionen auf Grund der Parlamentswahlen waren während des republikanischen Kampfes nicht möglich, obgleich 1920 ungefähr ein Viertel aller Sitze der lokalen Regierungskörperschaften von der Arbeiterpartei oder republikanischen Arbeitervertretern eingenommen wurden. Für 1922 ist die Partei entschlossen, aktive Politik zu treiben.

3. Die Kommunistische Partei. Die irische sozialistisch-republikanische Partei, die 1896 von Conolly gegründet worden war, nahm 1904 den Namen „Sozialistische Partei von Irland" an. Sie war eine propagandistische Körperschaft auf marxistischer Klassenkampfbasis. Während des militärischen Terrors wurde sie vom „James Connolly College" (J. C. Arbeiterhochschule) gut unterstützt. Sie hat schon früh ihre Sympathie mit der Kommunistischen Internationale und dem Kommunismus erklärt, wurde 1921 zur Kommunistischen Partei von Irland und schloß sich der Kommunistischen Internationale an.

Ihr Organ ist die „Workers Republic".

Genossenschaftsbewegung. Die Hauptform genossenschaftlicher Entwicklung in Irland stellen die Agrikultur-Genossenschaften dar. 1894 wurde die Irische Landbau-Organisations-Gesellschaft (Irish Agricultural Organisation Society Ltd.) ins Leben gerufen. 1903 hatte sie in sich aufgenommen: 360 Meiereigesellschaften,

140 Landbaugenossenschaften, 200 Agrarbanken und 40 Geflügelzuchtgesellschaften und hatte eine Gesamtmitgliederzahl von 80 000. 1920 hatte sie 950 angeschlossene Gesellschaften mit einer Mitgliederzahl von 117 500. Der Umsatz betrug 1918 7½ Millionen Pfund.

Die Gesellschaft erlitt große Verluste durch die Zerstörung genossenschaftlicher Anlagen durch die Regierungstruppen.

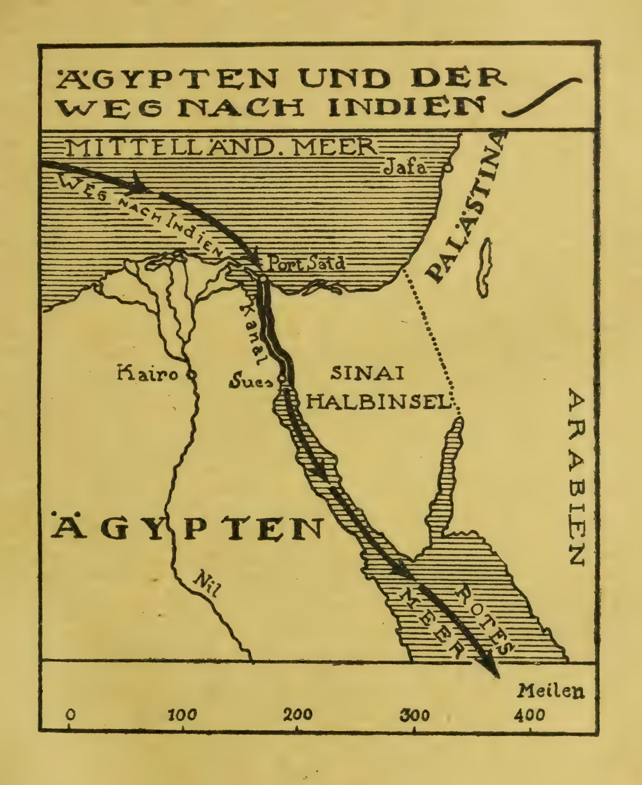
1919 waren 48 Konsumgenossenschaften, die einen Teil der im „Genossenschaftsverbande der Vereinigten Königreiche" organisierten Genossenschaften darstellten, mit 3350 Mitgliedern vorhanden.

Aegypten.

1. Zugehörigkeit. Britisches Protektorat.
2. Größe. Gesamtfläche 363 181 Quadratmeilen, hauptsächlich Wüste. Das kultivierte und besiedelte Gebiet des Niltales und Nildeltas umfaßt nur 12 226 Quadratmeilen.
   Drei Gegenden sind durchforscht:
   a) Unter-Aegypten (Masr-el-Bahri), 7547 Quadratmeilen, mit den wichtigen Regierungszentren Kairo und Alexandrien.
   b) Ober-Aegypten (El Said), 4416 Quadratmeilen.
   c) Grenzdistrikte, 351 000 Quadratmeilen — Wüste.
3. Bevölkerung. 1907: 11 387 000; 1917: 12 718 000.
4. Nationalität. Die einheimische Bevölkerung besteht aus drei Elementen:
   a) 12½ Millionen Aegypter (Fellachen). Mehrzahl mohammedanisch, aber 834 000 koptische Christen.
   b) 140 000 nomadische Araber. Mohammedanisch.
   c) Nubier des Niltales (Mischung von Araber- und Negerblut).
   Fremde Bevölkerung. 1917 206 000, davon Türken 31 000, Griechen 57 000, Italiener 40 000, Briten 24 000.
5. Religion. 1917: Mohammedaner 11,6 Mill.; Christen 1 Mill.; Juden 60 000; andere 9000.
6. Regierung. Britische Kontrolle in Aegypten datiert von 1883, seit welcher Zeit eine britische Besatzungsarmee im Land geblieben ist. 1914 war Aegypten nominell ein Vasallenstaat des Türkischen Reiches, aber von britischen Truppen okkupiert und vollständig in den Händen der britischen Verwaltung und des britischen Bevollmächtigten, des Generalkonsuls. November 1914 wurde der Kalif abgesetzt und Aegypten zum britischen Protektorat erklärt.
7. Bildungswesen. Prozentzahl der Analphabeten 1907 94,6, 1917 93,3.

Wirtschaft.

1. Landwirtschaft. 1918 umfaßte die bebaubare Fläche 7,82 Millionen Geddans (1 Geddan = 1,038 Morgen), von denen 2,76 Millionen Geddans, da herrenlos, unbebaut blieben.


ÄGYPTEN UND DER WEG NACH INDIEN
MITTELLÄND. MEER
Jafa
PALÄSTINA
WEG NACH INDIEN
Port Saïd
Kanal
Kairo
Sues
SINAI HALBINSEL
ARABIEN
ÄGYPTEN
Nil
ROTES MEER
Meilen
0
100
200
300
400



1918 waren von dem kultivierbaren Gelände 4,8 Millionen Geddans in den Händen von 1,73 Millionen ägyptischen Grundbesitzern, während 688 000 Geddans von ungefähr 8000 Fremden bebaut wurden. Von der Gesamtzahl der Grundbesitzer besaßen 1918 63 Prozent, fast alle davon Aegypter, Güter von 1 Morgen oder weniger. Die meisten von diesen sind faktisch Landarbeiter.

Der Aegypter kann in Zeiten besonderer Not zur Leistung von Zwangsarbeiten aufgefordert werden; 1914 wurden auf diese Weise 216 000, 1916 113 000 aufgerufen.

2. Ernten. Die Ertragsfähigkeit des Bodens hängt von der Bewässerung durch den Nil ab. Die so benutzbare Fläche betrug 1919 5,4 Millionen Morgen. Die Fläche könnte auf 7,6 Millionen Morgen gebracht werden durch Verbesserung des Bewässerungswesens.

Es gibt zweierlei Ackerland. Dasjenige, welches nur die jährliche Ueberschwemmung des Nils erfährt, wird mit Getreide und Futterkräutern besät. Jenes, welches durch Kanäle bewässert wird (und daher mehr als nur einmal im Jahre Wasser empfängt), vor allem in Unter-Aegypten, produziert Baumwolle, Mais, Weizen, Reis usw. mit zwei bis drei Ernten im Jahr.

Folgende Tabelle gibt bebaute Fläche und Ernteertrag der hauptsächlichsten Feldfrüchte für 1919 an.

Sorte	Bebaute Fläche (Tausend Morgen)	Ernteertrag (Tausend Tonnen)
Weizen	1 323	820
Gerste	357	219,6
Mais	1 792	—
Hirse	267	—
Reis	150	—

Das hauptsächlichste Handelsprodukt ist Baumwolle.

	1913—14	1915—16	1920—21
Anbaufläche (in Millionen Geddans)	1,7	1,2	1,0
Ernteertrag (in Millionen Kantars)	7,7	4,8	6,0

1 Kantar = 99 Pfund

3. Viehstand.

	1911	1918
Hornvieh	656 000	517 000
Büffel	657 000	571 000
Pferde	51 000	30 000
Maulesel	25 000	15 000
Esel	—	583 000

4. Grubenproduktion. Keine Kohle. Mineralien kommen nur aus den Wüstengebieten. Wert 1919 in engl. Pfund: Phosphate 56 000, Erze 76 000, Gold 30 000.

Produktion von Rohölen (in Tonnen): 1918 282 000; 1919 224 000.

5. Industrie. Die Hauptartikel sind baumwollene und wollene Fabrikate, Seiden, Stickereien, Messing- und Kupferwaren und Lederartikel.

6. Außenhandel. Wert der Warenein- und -ausfuhr (in Millionen Pfund):

Einfuhr		Ausfuhr	
Textilien	34,4	Rohbaumwolle	75,1
Feldfrüchte	13,3	Feldfrüchte	5,1
Metalle	11,9	Tiere usw.	2,1
Brennmaterial	12,0	Felle, Häute	1,6

Die Hauptgebiete und ihr Anteil daran (in Millionen):

Land	Einfuhr von	Ausfuhr nach
Großbritannien	37,9	36,3
Vereinigte Staaten	10,8	26,5
Frankreich	6,1	8,1
Italien	5,7	3,3

7. Transport- und Verkehrswesen. Schiffahrt. 1919 betrug die Zahl der ägyptische Häfen anlaufenden Dampfschiffe (ohne Kriegsschiffe) 4507, mit einer Gesamttonnage von 12,5 Millionen. Die Zahl der abgehenden Schiffe betrug 4511 mit einer Tonnage von 12,6 Millionen. In diese ist der Transitverkehr durch den Suezkanal in Höhe von 3048 einbegriffen. Länge des Suezkanals = 103 Meilen. Zahl der ihn passierenden Personen 1918 106 000, 1919 527 000.

Eisenbahnen. Gesamtlänge der staatlichen Eisenbahnen März 1920 = 2330 Meilen. Privatgesellschaften besaßen 721 Meilen leichter Feldbahnen.

Post und Telegraph. 1919 2501 Postämter. Staatliche Telegraphen- und Telephonlinien 6311 Meilen.

8. Banken. Die Nationalbank hat ein Kapital von 3 Millionen und Reservefonds von 2 Millionen engl. Pfund. Die Landwirtschaftsbank hat ein Kapital von 3,7 Millionen engl. Pfund und leiht Geld an die Fellachen zu 8 Prozent.

Die Banknoten der Nationalbank in Höhe von 5 Schilling zu 100 Pfund sind seit dem Kriege gesetzliche Zahlungsmittel und nicht in Gold einlösbar.

9. Staatsfinanzen. Einnahmen und Ausgaben (in Millionen Pfund):

	1913—14	1916—17	1919—20	1920—21
Einkommen	17,37	20,0	27,3	35,7
Ausgaben	15,73	17,2	28,8	34,6

Hauptquellen von Einnahmen und Ausgaben (Werte in Millionen Pfund):

Einkommen 1919		Ausgaben 1919	
Grundsteuer	5,62	Regierung	10,02
Zölle	6,63	Eisenbahnen	5,42
Eisenbahnen	7,14	Schuld	4,62
Tabak	3,33	Kriegsleistungen	2,56
		Ägyptisches Heer	1,62

Die Staatsschuld betrug 1914 94,2 Millionen und 1920 93,2 Millionen Pfund.

Arbeiterbewegung.

In der Vorkriegszeit gab es keine Organisation von Lohnarbeitern, und bis 1919 waren Streiks tatsächlich unbekannt (mit Ausnahme von einem im Jahre 1911 und einem im Jahre 1918). Seit dem Mißlingen des Aufstandes vom März 1919 ist Aegypten nicht mehr zur Ruhe gekommen. Bei den verschiedensten Gruppen von Arbeitnehmern kam es zu zahlreichen Streiks, in einzelnen Fällen aus politischen Motiven. Die Streikwelle von 1919 indes ging hauptsächlich auf die Steigerung der Lebenshaltungskosten zurück. Das Hauptstreikzentrum war Kairo, wo im August ein großer, fast einen Monat dauernder Streik der Straßenbahner stattfand, desgleichen Streiks der Omnibusführer, Kellner, Drucker, Zigarrenarbeiter, Arbeiter der Wasser- und Lichtgesellschaften und anderer.

Bis November 1919 gab es 21 Gewerkschaften in Kairo, 17 in Alexandria und 4 in Tanta. In Kairo wurde eine richtige Arbeiterbörse gegründet. August 1919 wurde eine Arbeitsschlichtungsinstanz eingesetzt, die sich die Beilegung der Mehrzahl der Streiks angelegen sein ließ.

Auch 1920 kam es zu zahlreichen Streiks.

Februar 1921 kamen Delegierte von 30 Gewerkschaften in Alexandria zusammen, um einen Allgemeinen Arbeiterverband zu gründen.

Löhne und Preise. Im Durchschnitt waren die Preise 1917 um ungefähr 100 Prozent, verglichen mit den Preisen der Vorkriegszeit, gestiegen. Ende 1918 waren die Preise nur unbeträchtlich weitergestiegen, aber gegen Ausgang 1919 betrug die Preissteigerung ungefähr 145 Prozent, verglichen mit 1914.

Als Ergebnis der Streikbewegung sind die Löhne Ende 1919 um ungefähr 100—125 Prozent der Vorkriegshöhe gegenüber gestiegen.

November 1919 war die Indexziffer der Kleinverkaufspreise 300, aber seither sind die Preise gefallen.

Politische Bewegung.

Aegypten ist kein Industrieland, und eine politische Bewegung der Arbeiterklasse hat sich noch nicht herausgebildet. Die politische Geschichte der letzten 40 Jahre ist die Geschichte der ägyptischen Auflehnung gegen britische Okkupation gewesen. Wichtige Faktoren, durch die Aegypten Mitte des vergangenen Jahrhunderts in die Krallen des ausländischen Kapitals geriet, waren: 1. die finanzielle Abhängigkeit infolge von einer bestochenen Dynastie gewährten Anleihen; 2. die Erpressung von Konzessionen; 3. die Kapitulationen — Abkommen, wonach den Ausländern spezielle Vorrechte eingeräumt wurden —, und 4. der Bau des Suez-Kanals. Um ihre Finanzinteressen zu schützen, nahmen sowohl England wie Frankreich 1879 das Land unter Kontrolle. Eine nationalistische Aufstandsbewegung gipfelte in der Erhebung von 1882, die den Vorwand für die Okkupation durch britische Truppen bot. Seit der Zeit ist Aegypten trotz aller Unabhängigkeitsversprechen faktisch eine britische Provinz. Vor dem Krieg wurde die britische Regierungsgewalt durch den Bevollmächtigten und Generalkonsul, den Finanzgeber und die zahlreichen britischen Beamten innerhalb jedes Zweiges der ägyptischen Verwaltung ausgeübt.

Bei Kriegsausbruch wurde das Land als unter britischem Protektorat stehend erklärt. Der türkische Kalif wurde durch einen von Briten ausgesuchten „Sultan" ersetzt. Die Gesetzgebende Versammlung wurde unterdrückt, der Kriegszustand verhängt, strenge Zensur eingeführt und die Besatzungsarmee erheblich verstärkt. Der Geschäftsträger und Generalkonsul wurde zu einem Oberkommissar, der den Posten unter dem Belagerungszustand als Militärkommandeur ausfüllte. Entbehrungen und Ungemach, das ein zur Hälfte aus Zwangsrekrutierten gebildetes Arbeitskorps ertragen mußte, schürte die Unzufriedenheit der Arbeiter mit der britischen Herrschaft.

Nach dem Waffenstillstand wurde die versprochene Unabhängigkeit weiter verweigert. Der Belagerungszustand dauerte an. Vertretung bei der Friedenskonferenz wurde abgeschlagen. Zaglul Pascha stellte eine Landesdelegation zur Friedenskonferenz zusammen, wurde aber an der Abreise gehindert und im März 1919 nach Malta deportiert. Offener Aufstand war die Folge. Er wurde blutig durch die britischen Streitkräfte unterdrückt. Mai 1919 wurde verkündet, daß eine Studienkommission unter Lord Milner abgehen sollte, um die Bedingungen festzustellen, unter denen sich dem Protektorat eine Verfassung

gewähren ließe. Die Kommission blieb vom Dezember 1919 bis März 1920 und wurde von der Bevölkerung völlig boykottiert.

Schließlich wurde Zaglul Pascha Juni 1920 nach London eingeladen zwecks Verhandlungen mit Lord Milner. Wie laut verkündet wurde, gingen die britischen Vorschläge bis zur Gewährung völliger Unabhängigkeit. In Wirklichkeit enthielten sie Forderungen auf Beibehaltung einer britischen Armee, eines Finanzratgebers und der — an England übertragenen — Kapitulationen. Die ägyptische Delegation brachte gewisse Amendements vor, von denen aber die Regierung nichts hören wollte, und im November kam es zum Abbruch der Verhandlungen.

Die Gärung ging weiter. März 1921 gab die britische Regierung ihre Absicht kund, das Protektorat durch ein Verhältnis zu ersetzen, das Aegyptens berechtigte Aspirationen zu befriedigen geeignet sei. Die ägyptische Regierung unter Adly Pascha forderte die Teilnahme Zaglul Paschas bei den neuen Verhandlungen. Letzterer kehrte im April nach Aegypten zurück, wo ihm von der Bevölkerung ein beispielloser Empfang bereitet wurde. Er stellte folgende Bedingungen für seine Teilnahme auf: 1. den Erlaß eines Dekrets des Sultans, in welchem vollständige Unabhängigkeit als Ziel der Abmachungen zu nennen sei; 2. Aufhebung des Belagerungszustandes und der Zensur; 3. daß die ägyptischen Vertreter die Mehrheit der Delegation bestimmen sollten (das Kabinett Adly's bestand aus indirekt von der britischen Regierung Ernannten). Sie wurden abgeschlagen, und Adly Pascha führte die Verhandlungen in London allein. Im November 1921 wurden sie schließlich von Adly Pascha abgebrochen, da die britischen Vorschläge auf einer unbegrenzt langen Beibehaltung einer gleichfalls unbegrenzten Besatzungsarmee bestanden.

Am 8. Dezember 1921 trat Adly Pascha zurück, und der Sultan war nicht imstande, einen Nachfolger zu finden. Die Gärung schritt fort und Zaglul Pascha wurde nach Ceylon deportiert. Die militärische Unterdrückung nahm zu, und die Bekanntmachung erfolgte, daß öffentliche Versammlungen von Luftfahrzeugen aus mit Bomben beworfen würden. Januar 1922 setzte eine Non-cooperation- und Boykottbewegung nach indischem Vorbild ein.

Im Februar 1922 gab die englische Regierung abermals ihre Absicht kund, wahre Unabhängigkeit zu gewähren. Der Militärkommandierende wurde zur Beratung nach London zurückgerufen. Die neuen Vorschläge enthielten: 1. formelle Abschaffung des Protektorats; 2. Aufhebung des Belagerungszustandes auf Grund eines Indemnitäts - Be-

schlusses; 3. Haftung der britischen Regierung für die Sicherung des Suezkanals zum Schutz Aegyptens und des Sudan.

Anfang März bildete sich eine neue Regierung unter Sarwat Pascha, um diese Forderungen durchzuführen.

Es fehlt an Unterlagen, um die Stärke der wirtschaftlichen Kräfte abzuschätzen, die für die Haltung der verschiedenen Gruppen der nationalistischen Bewegung bestimmend sind. Folgendes stellt eine ungefähre Charakterisierung der wichtigsten Elemente dar:

1. Loyalisten. Aegyptische und türkische Standespersonen. Zumeist britische Schützlinge.
2. Gemäßigte Nationalisten, wie Adly Pascha und andere Mitglieder des ägyptischen Kabinetts. Die Mehrzahl der öffentliche Stellen bekleidenden Aegypter. Ein großer Teil ging 1919 zu der großen nationalistischen Bewegung über.
3. Nationalisten unter Zaglul Pascha. Umfaßt das Gros der gebildeten einheimischen Bevölkerung. Besonders stark unter den Vertretern des Rechts- und Bildungswesens.
4. Organisierte Arbeiter. Erst im Anfangsstadium und politisch rein-nationalistisch. Die Streikbewegungen der letzten Jahre sind zum Teil durch die Tatsache beeinflußt worden, daß die Unternehmer in weitem Ausmaß Fremde sind.
5. Fellachen. Umfassen die Masse des Proletariats. Sie wurden ausgesprochen antibritisch unter der Wirkung der Bedrückung während des Krieges, aber auch Klassenbewußtsein gegenüber der einheimischen Bourgeoisie ist zu konstatieren. Sie verspüren ebensowenig Neigung für die Unterdrückung durch den ägyptischen Effendi wie für die Herrschaft des Ausländers. In letzter Zeit ist ausgesprochene Klassenpropaganda nach kommunistischen Linien in die Erscheinung getreten.

Arabien.

Die ganze arabische Halbinsel hat zirka 2 237 000 qkm und schätzungsweise 5—6 Millionen Einwohner. Der größte Teil der Fläche ist Wüste und Steppe. Siedlungsdichte gering, Staatenbildung nur wenig ausgeprägt. Nomadische, halbnomadische und angesiedelte Stämme; meistens nur ihren eigenen Scheiks untertan. Die Zahl der „Beduinen", d. h. nomadischen Araber, ungefähr 1,5 Millionen. In den Oasen von Zentralarabien und den fruchtbaren Küstenländern gibt es Staaten.

I. Britisch-Arabien: Aden mit Insel Sokotra; Churian Murian-Inseln; Bahrein-Inseln.

II. Unabhängiges Arabien: größtenteils allerdings nur formell unabhängig, tatsächlich meist unter britischem Einfluß; 1. Königreich Hedschas, 2. Emirat Nedschd und Hasa, 3. Emirat Gebel Schammar, 4. Prinzipat Assir, 5. Imadat Yemen, 6. Sultanat Oman, 7. Sultanat Kuweit, 8. Emirat Kerak (Transjordania; dieses siehe auch unter Palästina).

Britische Gebiete:

Aden, sehr wichtige Kohlenstation und starke Festung an der Hochstraße des Seeverkehrs nach Indien. Bis 1921 gehörte Aden (mit der Insel Perim, die an der engsten Stelle des Roten Meeres liegt und daher eine wichtige Position ist) administrativ zu Britisch-Indien. Einwohnerzahl (1911) 46 000. Ausfuhr: Kaffee.

Insel Sokotra (administrativ zu Aden) 12 000 Bewohner.

Churian Murian-Inseln (administrativ zu Aden). Vom Sultan von Maskat (Oman) an England zu Kabelzwecken abgetreten.

Hadramut (Südarabisches Britisches Protektorat). Teils formell, teils tatsächlich unter britischer Kontrolle. Bewohner zirka 500 000. Wirtschaftliche Bedeutung haben nur die „Wadis" (Täler periodischer Regenflüsse) des Innern, mit einigen recht volksreichen Ortschaften.

Bahrein-Inseln im Persischen Golf, 110 000 Einwohner; die städtische Bevölkerung Araber, Nedschd und Neger. Berühmt durch die Perlenfischerei, daneben Datteln, Segeltuch, Matten. Die Bahrein-Inseln bilden eine Art Protektorat der anglo-indischen Regierung, ein britischer Resident regelt die Beziehungen zwischen England und dem Herrscher (Al Khalifa).

Unabhängiges Arabien.

Yemen. An Fruchtbarkeit der weitaus wertvollste Teil der ganzen Halbinsel. Ausdehnung etwa 174 000 qkm. Bevölkerung zirka 100 000. Produkte des tropischen Ackerbaus, Hauptartikel Kaffee, Häute. Hafen: Mocha und Hodeida (je zirka 40 000 Einwohner). Yemen ist ein wirklich noch unabhängiger Staat. Früher nominell türkisch, im Wesen unabhängig.

Prinzipat Asir. Fläche wegen loser Staatenbildung nicht bestimmbar. Einwohnerzahl nach englischen Schätzungen 1 000 000.

Königreich Hedschas. Früher türkische Provinz, hat in erfolgreichem Aufstand gegen die Türkei, angestiftet von England, die Unabhängigkeit gewonnen (Proklamation vom 5. 6. 1916).

Im Friedensvertrag von Sèvres erkennt die Türkei Hedschas als unabhängiges Königreich an. Ausdehung zirka 232 700 qkm, Bevölkerung auf 750 000 geschätzt. Grenzen noch unbestimmt. Politisch wichtig, weil die wichtigsten „Heiligen Stätten" des Islam auf seinem Gebiet liegen, was den Engländern die Möglichkeit geboten hat, eine antitürkische, auf Sicherung ihrer

eigenen Herrschaft in Aegypten, Mesopotamien und Palästina hinzielende Politik der Abspaltung eines rein arabischen Kalifats zu betreiben. Die beiden Söhne des früheren Emir, jetzt Königs von Hedschas — Hussein-ibn-Ali — sind als Herrscher von Mesopotamien (Emir Feissal) und von Transjordania oder Kerak (Emir Abdallah) die Werkzeuge Englands geworden.

Die Staaten des Innern und am Persischen Golf:

Emirat Nedschd. Fläche nicht bestimmbar, Bewohnerzahl zusammen mit El Hasa auf 250 000 geschätzt.

El Hasa. 1913 bis an den Persischen Golf ausgedehnt.

Emirat Gebel Schammar. Bewohnerzahl auf 250 000 geschätzt.

Sultanat Kuweit. An der Nordwestecke des Persischen Golfes. Bevölkerung zirka 50 000. Der Sultan erhält britische Subsidien, ein britischer politischer Agent residiert bei ihm. Kuweit ist als Endpunkt der Bagdadbahn berühmt.

Sultanat Oman. Nominell unabhängiger Staat. Unabhängigkeit von England und Frankreich garantiert. Bevölkerung auf 500 000 geschätzt. Meist Araber, aber mit starkem Einschlag von Negern, besonders an der Küste. Dieses fremde Rassenelement erklärt sich aus den intensiven Wechselbeziehungen zwischen Oman und Ostafrika (Sansibar). Das Land gerät mehr und mehr unter rein britischen Einfluß. Ein britischer Konsul und politischer Agent residiert in Maskat.

Indien.

I. Allgemeines.

Größe, Bevölkerung. Die Bevölkerung des indischen Reiches untersteht in ihrer Gesamtheit der Oberhoheit Großbritanniens. Während aber die Britisch-Indien umfassenden Provinzen der britischen Regierung unmittelbar untertan sind, bilden gewisse andere Gebiete (im großen und ganzen jene, die während der Erhebung vom Jahre 1857 loyal geblieben waren) die sogenannten Eingeborenen-Staaten, die nominell von ihren eigenen Gewalthabern regiert werden.

Gesamtfläche 1921, Ceylon nicht einbegriffen, 1 800 000 Quadratmeilen. Bevölkerung 319 Millionen. Britisch-Indien mit einer Fläche von einer Million Quadratmeilen hat eine Bevölkerung von 247 Millionen, d. h. 78 Prozent der Gesamtbevölkerung. Seit der vorletzten Zählung (1911) nahm die Gesamtbevölkerung um nur 1,2 Prozent zu, verglichen mit einem Zuwachs von 7,1 Prozent zwischen 1901 und 1911. Dieses Resultat läßt sich zum Teil auf die verheerenden Wirkungen der Influenzaseuche des Jahres 1918 zurückführen, die in Indien über 6 Millionen Opfer gefordert hat.

Die Hauptprovinzen und Eingeborenen-Staaten bieten im einzelnen folgendes Bild:

Britisch-Indien.
(Gesamtprovinzen 15).

Hauptprovinzen	Bodenfläche Quadr.-Meilen	Bevölkerung Millionen	Religion	Bevölkerung pro Quadr.-Meil.
1. Madras	142 000	41½	überwieg. Hindu	291
2. Bombay	123 000	19½	" "	160 (577 in Aden)
3. Bengalen	78 700	45½	Hindu u. Mohamedaner in gleichen Proportionen	578
4. Verein. Provinzen (Agra und Ordk)	107 000	47	40 Mill. Heiden 6½ Mill. Moh.	440 (520 in Oidh)
5. Punjab	99 000	19	10 Mill. Moh. 6½ Mill. Heiden 2 Mill. Sikh	—
6. Burma	231 000	12	überwiegend Buddhisten	—
7. Bikar und Orissa	83 000	34½	überwieg. Hindu	415 (561 in Bikar)
8. Zentralprovinzen und Berar	100 000	14	" "	—
9. Assam	53 000	6¾	½ H., ¼ M.	—

Haupt-Eingeborenenstaaten.

	Bodenfläche	Bevölkerung
Haidarabad	82 700 Quadratmeilen	13½ Millionen
Radschputana	129 000 ,,	19½ ,,
Zentral-Provinz	77 000 ,,	9½ ,,
Bombay-Staaten	64 000 ,,	7½ ,,

Zwei Drittel der Bevölkerung finden sich auf einem Viertel des Gesamterritoriums zusammengedrängt. Im Jahre 1921 gab es 30 Städte mit einer Bevölkerung von mehr als 100 000 Einwohnern.

Rasse, Religion, Sprache. Hinsichtlich der Rasse, Religion, Sprache und Kasten bestehen viele Unterschiede. Von der Gesamtbevölkerung sind mehr als zwei Drittel, nämlich ca. 218 Millionen, Hindus, vom Rest 67 Millionen Mohammedaner. Von anderen Religionen entfallen 11 Millionen auf die Buddhisten, 10 Millionen auf die Animisten, 4 Millionen auf die Christen und 3 Millionen auf die Sikhs.

Von den einheimischen Sprachen sind die hauptsächlichsten das von 82 Millionen gesprochene Hindi, nächstdem Bengali mit 48 Millionen, Telegu mit 24 Millionen, Marathi mit 20 Millionen, Tamil mit 18 Millionen, Punjabi mit 16 Millionen.

Analphabetentum. Zählung von 1911. Von einer Gesamtzahl von 313,5 Millionen waren 295 Millionen des Lesens und Schreibens unkundig.

Regierung. Ungeachtet der 1919 angenommenen konstitutionellen Reformen untersteht Indien faktisch nach wie vor dem autokratischen Regime der britischen Regierung. Englische Kontrolle ist verkörpert in dem dem britischen Parlament verantwortlichen Staatssekretär von Indien, dem ein aus wenigen Mitgliedern bestehender und aus Ernennung hervorgegangener Rat zur Seite steht.

Die oberste Vollzugsgewalt in Indien stellt die Zentralregierung dar (der Generalgouverneur oder Vizekönig mit seinem Rat). Sie setzt sich ausschließlich aus ernannten Mitgliedern zusammen. Alle Provinzialregierungen sind ihr untergeordnet.

Neben die Zentralregierung ist jezt eine indische gesetzgebende Körperschaft aus zwei Kammern getreten, der Staatsrat und die Gesetzgebende Versammlung, letztere mit einer Mehrheit von aus Wahlen hervorgegangenen indischen Mitgliedern. Die Wählerschaft verfügt indes über eine sehr geringe Basis, und die Wahlen sind, — wie auch die Wahlen für die Provinzialausschüsse — von den Nationalisten boykottiert worden. Der Vizekönig kann sich bei seinen Anordnungen über sämtliche gesetzgebenden Körperschaften hinwegsetzen.

Auf Grund der neuen Verfassung teilen sich ein Offizialrat und ein indischer Ministerrat in die Regierung jeder der neun größeren Provinzen. Ersterer, der Gouverneur mit einem aus je zwei britischen Beamten und Indiern (alle ernannt) bestehenden Vollzugsrat, hat die Kontrolle über alle wichtigeren Angelegenheiten, letzterer wird vom Gouverneur aus den Mitgliedern eines teilweise aus Wahlen hervorgegangenen Gesetzgebenden Rates mit lediglich beratenden Funktionen heraus erwählt.

Gliederung der Bevölkerung. Es ist unmöglich, auf Grund der veröffentlichten Zahlen ein genaues Bild von der Klassenstruktur der Bevölkerung zu geben. Folgende aus der Zählung von 1911 stammende Ziffern geben einen gewissen Begriff von der beruflichen Schichtung der Bevölkerung.

Beschäftigung	Gesamtzahl	Proz. d. Bevölk.	Beschäft. Arb.
Landwirtschaft	225 000 000	72	105 000 000
Bergbau	500 000	0,2	200 000
Industrie	35 000 000	11	17 500 000
Transportwesen	5 000 000	1,6	2 400 000
Handel	18 000 000	6	8 000 000
Verteidigungswesen und Verwaltung	5 000 000	1,6	2 000 000
Freie Berufe	5 000 000	1,6	2 000 000
Hauspersonal	5 000 000	1,6	2 700 000

Von den 105 Millionen der in der Landwirtschaft Beschäftigten sind ungefähr 3 Millionen Grundbesitzer, die sich fremder Arbeitskräfte bedienen, etwa 74 Millionen kleine Pächter, Gutsverwalter, Viehzüchter usw.; etwa 28 Millionen sind zum Landwirtschaftsproletariat zu rechnen. Einer neuen Schätzung zufolge zählt das Industrieproletariat in Fabrik- und Heimindustrie, Bergbau und Transportwesen über 20 Millionen.

II. Volkswirtschaft.

Landwirtschaft. Ackerbau — zumeist unter Anwendung primitiver Methoden — bildet noch heute die Hauptbeschäftigung der Bevölkerung Indiens. 72 Prozent derselben ziehen aus ihm ihren Lebensunterhalt.

Fast in ganz Indien befindet sich der Grund und Boden im Besitz des Staates. Die Grundsteuer, diese wichtigste

staatliche Einnahmequelle, trägt hier den Charakter eines Pachtzinses. Von örtlichen Abweichungen abgesehen, herrschen hinsichtlich der Arten des Grundbesitzes zwei Hauptsysteme vor. Im Zamindarisystem leisten Dorfgemeinschaften ihre Abgaben durch den Zamindar, welcher die Funktionen eines Grundbesitzers mit denen eines Steuereintreibers verbindet. Im Ryotwarisystem zahlt der einzelne bäuerliche Landeigentümer seine Steuern der Regierung direkt. Der Ryot (indische Bauer) lebt in der Mehrzahl der Fälle in außerordentlicher Armut und gerät daher sehr oft in die Krallen des Dorfwucherers.

Ernten. Die Zahlen für Britisch-Indien von 1919-1920 ergeben 255 Millionen Morgen bebaute Fläche und 87½ Millionen Morgen Waldungen.

Anbaufläche und Ernteertrag:

	Anbaufläche 1919 in Morgen	Ernteertrag in Mill. Tonnen 1918/1919	Ernteertrag in Mill. Tonnen 1919/1920
Reis[1]	—	24	33,5
Weizen	30[2]	7,5	10
Baumwolle	23	—	5,8 Mill. Ballen à 400 Pfund
Jute	2,8		8,5 Mill. Ballen à 400 Pfund
Oelsamen (Leinöl, Raps, Senf)	14,8[3]	2	3
Teeplantagen	0,7	—	377 Mill. Pfund
Zuckerplantagen	2,6	—	3[4]

Viehstand (1919-1920):

Ochsen	117,4 Millionen	Pferde	1,7 Millionen
Büffel	28,5 „	Maulesel	0,07 „
Schafe	22,0 „	Esel	1,4 „
Ziegen	24,1 „	Kamele	0,4 „

Bergbau. Kohle. Die ganze Kohle kommt von den Kohlengruben Bengalens.

	1919	1920
Produktion in Millionen Tonnen	22,6	19,3
Beschäftigtes Personal	203 000	234 000

Eisenerz. Produktion in Tonnen 166 290

Eisen. Förderung 1919: 564 000 Tonnen. Es gibt zwei große Eisen- und Stahlhüttenwerke, beide noch sehr jungen Datums.

Petroleum. Gesamtertrag 1919: 306 Millionen Gallonen. An sonstigen Mineralien finden sich Gold, Kupfer, Mangan, Salz, Blei, Silber etc. Viele derselben sind von beträchtlicher Zukunftsbedeutung für die Industrieentwicklung Indiens.

Industrie. Das Wachsen des Industriekapitalismus ging schon vor dem Kriege unablässig vor sich, aber das Tempo der Entwicklung während des Krieges und nach dem Kriege — teilweise im Gefolge von Regierungsmaßnahmen — lassen den plötzlichen Grad seiner Ausdehnung geradezu erschreckend groß erscheinen.

[1]) 31 Prozent der bebauten Fläche. [2]) 1918/19: 19 Millionen Morgen.
[3]) 1918/19: 11 Millionen Morgen. [4]) 1921: —

Die Entwicklung der Industrie zeigt folgende Tabelle:

Jahr	Zahl der Gesellschaften	Aktienkapital Mill. Pfund	Jahr	Zahl der Gesellschaften	Aktienkapital Mill. Pfund
1910	245	—	1917	276	21,3
1913	356	44,7	1918	290	14
1914	112	2,7	1919	905	184
1915	131	4,7	1920	965	110
1916	184	11,3			

Die wichtigsten Industrieartikel sind Baumwolle, Jute, Eisen.

Baumwollgarne. Produktion indischer Spinnereibetriebe.

1914 . . . . . . 652 Mill. lbs. 1919 . . . . . . 636 Mill. lbs.
1915 . . . . . . 722 „ „ 1920/21 . . . . . . 660 „ „

Baumwollstoffe. Produktion indischer Spinnereibetriebe:

1914 . . . . . . 1135 Mill. Yards 1919 . . . . . . 1640 Mill. Yards
1915 . . . . . . 1441 „ „ 1920/21 . . . . . 1581 „ „

In der Fabrikindustrie beschäftigte Arbeiterschaft (nur aus Betrieben mit mehr als 50 Arbeitern).

Industriezweig	Beschäftigte Personen
Baumwollspinnereien	282 000
Jutespinnereien	264 000
Baumwollfabriken	133 000
Eisenbahn- und Maschinenwerkstätten, Waffen- und Munitionsfabriken	188 000
Reismühlen	47 000
Druckereien	31 000
Eisen- und Stahlwerke	17 000

Man schätzt die Zahl der Handwebstühle auf zwei bis drei Millionen mit einer Jahresproduktion von 50 Millionen. Während die Arbeitsbedingungen unbeschreiblich schlecht und die Löhne niedriger als irgendwo sonst in der Welt sind, erzielen die meisten Gesellschaften sehr hohe Gewinne, so daß Dividenden von 40 bis 400 Prozent nichts Seltenes sind.

Außenhandel. Den Wert von Einfuhr und Ausfuhr im Laufe der letzten fünf Jahre veranschaulicht folgende Tabelle (in Millionen Pfund)

	1916-7	1917-8	1918-9	1919-20	1920-1
Gesamteinfuhr	132,5	144	173	200	254
Gesamtausfuhr	166	163	170	222	177

Werte der wichtigsten Artikel des Außenhandels (1920-21):

Einfuhr.

Baumwollwaren	59 Millionen Pfund Sterling
Eisen und Stahl	21 „ „ „
Maschinen	15 „ „ „
Zucker	12 „ „ „

Ausfuhr.

Jutefabrikate	35	Millionen	Pfund	Sterling
Rohbaumwolle	28	,,	,,	,,
Getreide und Kernmehl	17	,,	,,	,,
Baumwolle	12	,,	,,	,,
Oelsamen	11	,,	,,	,,
Rohjute	11	,,	,,	,,

Zwei Drittel der Wareneinfuhr kommen aus dem britischen Reich, das seinerzeit kaum weniger als die Hälfte der indischen Ausfuhr aufnimmt. Die Rolle, die die Hauptländer hinsichtlich des indischen Außenhandels während 1920-21 spielten, ergibt sich aus folgendem:

Land	Einfuhr	Ausfuhr	Gesamthandel
Großbritannien	61 %	22 %	44 %
Vereinigte Staaten	10,5 %	14,8 %	12 %
Japan	7,9 %	9,5 %	8,6 %
Frankreich	1,1 %	3,1 %	2 %

Der wachsende Wettbewerb Amerikas fällt in die Augen; sein Anteil ist doppelt so hoch wie vor dem Kriege. Japans Anteil nahm während des Krieges beträchtlich zu, ist aber seither zurückgegangen.

Verkehrswesen, Eisenbahnen.[1])

1920	Gesamtmeilenzahl	36 735 Meilen
1921	,,	37 029 ,,

Zahl der 1921 beschäftigten Personen 751 750, davon 733 000 Inder. Der Reingewinn des Staates belief sich 1921 auf 7 Millionen Pfund.

Kanäle. Eine große Anzahl derselben, in Verbindung mit Bewässerungsanlagen, dient dem Binnenverkehr. Gesamtlänge in Madras 1318 Meilen, in Bengalen 590 Meilen.

Post und Telegraphie. Die postalischen Einnahmen 1919-20 beliefen sich auf 3½ Millionen Pfund Sterling. Es gab 10 440 Telegraphenämter mit 26 728 Verbindungen.

Schiffahrt. 1919-20.

	Anzahl	Tonnengehalt
Einlaufende Schiffe	4022	6½ Millionen
Gelöschte Schiffe	4157	6½ ,,

Die Mehrzahl britischer Herkunft.

Geldwesen.[2]) In Indien gibt es Silberwährung, Rupie, die aber mit der englischen Pfund-Währung in ein festes Verhältnis gebracht ist. Neben Silbergeld sind Banknoten als gesetzliches Zahlungsmittel in Umlauf. Der Notenumlauf stieg von 44 Millionen Pfund Sterling im Jahre 1913 auf 116 Pfund Sterling im Jahre 1919-20.

[1]) Trade Commerce, Report 1921.

[2]) Statesman's Year Book 1921.

Finanzwesen.[1])

	Budget 1919/20	1921/22
	in Millionen engl. Pfund	
Gesamteinnahmen	130,5	47,0
Gesamtausgaben	146,0	94,8
Defizit	15,75	21,2

Zur Deckung des Defizits (für 1922-23) sind Steuern im Betrage von fast 14 Millionen engl. Pfund (200 Millionen Rupien) vorausgesehen. Die Hauptposten sind folgende:

Einkommen	in Mill. £	Ausgaben	in Mill. £
Bodensteuer	22,5	Heereswesen	58
Eisenbahnen	21	Verwaltung	40
Einkommensteuer	15,5	Eisenbahnen, Verzinsung etc.	12
Zölle	15	Steuererhebung	9,5
Warensteuer	13	Verzinsung der Staatsschuld	8

III. Gewerkschaftsbewegung.

Einleitung. Gewerkschaftliche Organisation stammt erst aus der letzten Kriegszeit. Mit über 20 Millionen allein an Fabrikarbeitern, bietet sich der Organisierung ein politisch sehr weites Feld, und die Bewegung macht rasche Fortschritte.

Arbeitsbedingungen. Die schrecklichen Bedingungen der Fabrikarbeit haben gewerkschaftlichen Zusammenschluß schwierig gemacht. Lange Arbeitszeit, außerordentlich niedrige Löhne, ungesunde Fabrikräume, Übervölkerung, schlechte Wohnungs- und sanitäre Verhältnisse sowie niedriger Bildungsstand treffen zusammen, um das Los der indischen Fabrikarbeiter schwerer zu machen als sonst irgendwo in der Welt. Das Fabrikgesetz von 1911 setzte einen Maximal-Arbeitstag von 12 Stunden für Männer. 11 Stunden für Frauen fest. Es fand seine Anwendung nur auf Betriebe mit 50 Arbeitern oder darüber. Januar 1922 wurde es dahin verbessert, daß auch Betriebe mit 20 Arbeitern oder darüber unter dasselbe fallen sollten und daß künftig überhaupt die 60-Stunden-Woche mit einem Maximalarbeitstag von 12 Stunden gelten sollte. Das Minimalalter für Fabrikarbeit der Kinder sollte ab Juli 1922 von 9 auf 12 Jahre erhöht werden.

Die Arbeitsinspektion ist äußerst mangelhaft, und breite Schichten von Arbeitern sind noch ohne jeden gesetzlichen Schutz gegen maßlose Ausbeutung.

Lebenshaltungskosten. Die Kosten der Lebenshaltung waren im Jahre 1919 70 Prozent höher als vor dem Kriege und mehr als 80 Prozent höher während der zweiten Jahreshälfte von 1920. Anfang 1921 gingen die Kosten zurück, aber gegen Jahresende war die Indexziffer wieder auf 75 Prozent über den Vorkriegsstand gestiegen.

[1]) Whitaker, 1922.

Preise und Löhne. Durchschnittlicher Tagelohn in den Städten der Zentralprovinz und von Berar:

	1919-20	1920
Gewöhnliche Arbeiter	4 pence	6 pence
Zimmerleute	10 ,,	10 ,,
Maurer	10 ,,	10 ,,

Die Löhne haben mit den Lebenshaltungskosten nicht Schritt gehalten, mit Ausnahme von gewissen Klassen gelernter Arbeiter, z. B. in Jute- und Baumwollspinnereien und Eisenbahnwerkstätten, wo die Erhöhung dem Steigen der Preise für Gegenstände des täglichen Bedarfs fast gleichkam.

Anfänge der Gewerkschaftsbewegung. Der Anstoß dazu kam von außen, und zwar von gewissen nationalistischen Intellektuellen, die ihr Augenmerk den Arbeitsbedingungen der Eingeborenen zuwandten. Die erste Gewerkschaftsorganisation war die Madras Labour Union (Arbeiterverband von Madras), die sich in Madras 1918 dank der Tätigkeit B. P. Wadia's bildete. Dieser Verband umfaßte getrennte Sektionen für Straßenbahner, Drucker u. a. und erreichte nach zwei Jahren einen Mitgliederbestand von 12 000.

Streiks und Lohnkonflikte. Dezember 1919 trat eine Massenkonferenz von Spinnereiarbeitern mit Forderungen auf, die zu dem Bombayer Baumwollarbeiterstreik vom Januar 1920 führten, an dem 200 000 Arbeiter beteiligt waren. Der Streik wurde durch eine Abmachung beigelegt, die einen zehnstündigen Arbeitstag sowie eine Lohnerhöhung von 20 bis 40 Prozent gebracht haben soll.

Während des Jahres 1920 breiteten sich Lohnbewegungen und Lohnkonflikte — meist in nicht oder doch nur schwach organisierter Form — über das ganze industrielle Indien aus, und 1921 nahmen sie noch an Intensität zu. 1921 betrug der Ausfall an Arbeitstagen infolge von Lohnstreitigkeiten 86 000 000 (1920: 27 000 000); die Gesamtzahl der davon betroffenen Arbeiter war 1 800 000 (1920: 2 000 000).

1921. Die Zahl von 800 Arbeitskonflikten bedeutete einen Rückgang gegenüber 1920, aber die Zahl der davon betroffenen Arbeiter war fast die gleiche und die Zahl der verlorenen Arbeitstage wegen des Kohlenarbeiterkonflikts größer. Durch beständige Streiks gelang es den Bergarbeitern, die 44-Stunden-Woche, bessere Wohnungsverhältnisse, unentgeltliche Schulen für die Kinder u. a. zu erzwingen.

Gewerkschaftskongreß. Oktober 1920 trat der erste Allindische Gewerkschaftskongreß in Bombay unter dem Vorsitz des nationalistischen Führers Lajport Rai zusammen. Vertreter von ungefähr 40 Verbänden nahmen an ihm teil. Er führte zur Schaffung einer ständigen Organisation mit einem Zentralbüro in Bombay.

Im Dezember 1921 trat der zweite Indische Gewerkschaftskongreß in Jharria im Kohlendistrikt Bengalens zusammen. An ihm nahmen 1000 Delegierte als Vertreter von ungefähr 100 verschiedenen Verbänden mit insgesamt mehr als einer Million Arbeiter teil.

Die indische Regierung ernannte 1919 zum Vertreter der indischen Arbeitnehmer auf dem Landesarbeitsamt Joshi, der in keinen Beziehungen zur Gewerkschaftsbewegung steht. Im Augenblick gibt es noch kein die Gewerkschaften betreffendes Gesetz, aber die Regierung faßt eine derartige Gesetzgebung ins Auge, durch welche voraussichtlich alle Arten gewerkschaftlicher Verbände — von gewissen „harmlosen" abgesehen — zu illegalen Organisationen gestempelt werden.

Die indische Gewerkschaftsbewegung folgt den traditionellen Linien der englischen Gewerkschaften. Sie nimmt offiziell keinen Anteil an der politischen Bewegung, obwohl zweifellos viele Arbeiter unter dem Einfluß der Non-cooperation-Propaganda Ghandi's und des Swaraj-Ideals stehen. Bemerkenswerterweise sind viele unter den zahlreichen Unruhen der letzten Monate reine Arbeiterbewegungen (Streikkundgebungen, Arbeitslosentumulte usw.) gewesen, bei denen die Polizei rücksichtslos von der Waffe Gebrauch machte, während Kundgebungen zugunsten der Non-cooperation lediglich zu Verhaftungen führten.

Die meisten Gewerkschaftsfunktionäre sind entweder Nationalisten oder Agenten der englischen Labour Party oder einfach Regierungsagenten. In der Arbeiterschaft macht sich eine Unzufriedenheit mit den Führern bemerkbar.

IV. Politische Bewegung und Arbeiterschaft.

Es gibt noch keine offizielle politisch-sozialistische Bewegung in Indien. Lange Zeit hindurch war die nationalistische die einzige unabhängige politische Bewegung, und noch bis vor kurzem war dieselbe ohne Einfluß bei den Arbeitern und in nur geringer oder gar keiner Verbindung mit den Massen. Mit dem Krieg trat eine illegale revolutionäre politische Bewegung mit kommunistischer Zielsetzung in die Erscheinung. Der Hauptrepräsentant der nationalistischen Bestrebungen ist der Indische Nationalkongreß, der 1885 aus den bürgerlich-liberalen Schichten der gebildeten indischen Öffentlichkeit hervorging. Jahrelang war dieser Kongreß nichts als ein politischer Debattierklub, aber mit dem Erstarken der nationalistischen Welle gewann der Kongreß an Einfluß.

Das nationalistische Empfinden wurde zum ersten Male stark aufgerüttelt durch die Aufteilung von Bengalen im Jahre 1904. Daran schloß sich die Swadeshi-Boykottbewegung. Die Vorkriegsjahre waren ausgefüllt vom Kampf zwischen den konstitu-

tionellen Liberalen oder Gemäßigten und den Extremisten. Die Politik der Regierung ging die ganze Zeit über dahin, die Gemäßigten zu unterstützen und ihnen sogar kleine Konzessionen zu machen, die Extremisten aber grausam zu unterdrücken. Hunderte von Einkerkerungen, Deportationen usw. fanden statt. Der Führer der Extremisten, Tilak, wurde zu sechsjähriger Gefängnisstrafe verurteilt. Das Pressegesetz von 1910 bedeutete eine Abwürgung der nationalistischen Presse. Nationalistisches Fühlen erhielt ungemessene neue Schwungkraft durch den Krieg. Unter der Führung von Besant bekannte sich der Nationalkongreß von 1916 zu einem uneingeschränkten Homerule-Programm. Zwischen den Hindus und Mohammedanern wurde Einigkeit hergestellt. Die 1906 als Gegengewicht zu dem vorwiegend aus Hindus zusammengesetzten Nationalkongreß gegründete Mohammedanische Liga Indiens blieb loyal bis 1913, als sie die Forderung nach „Selbstregierung" in ihr Programm aufnahm. 1916 wurde bereits ein vollständiger Einigungspakt mit dem Nationalkongreß geschlossen. Seit dem Kriege ist unter der Nachwirkung der Kalifatsnöte das Band zwischen Hindus und Mohammedanern noch fester geknüpft worden. Die Antwort der Regierung auf die neue Lage bestand einmal in neuen Zugeständnissen an die Gemäßigten in Form von Verheißung konstitutioneller Reformen, auf der anderen Seite in verschärften Repressalien gegenüber den Extremisten. Das Rowlatt-Gesetz von 1918, das den Ausnahmegesetzen Europas entspricht, verlieh den örtlichen Behörden weitreichende Vollmachten bei der Verhängung von rasch in Kraft tretenden Straf- und Präventivmaßnahmen. Die Folge hiervon war eine Welle der Empörung und die Weigerung des Kongresses, die konstitutionellen Reformen anzunehmen. Die Extremisten gewannen zum ersten Male die Führung auf dem Nationalkongreß von 1918. Zwei Jahre später mußten sie den Platz Ghandi und seiner Non-cooperation-Politik, für die sie sich seither eingesetzt haben, einräumen. Die Non-cooperation-Politik baut sich auf dem Grundsatz auf, daß die britische Herrschaft in Indien von der aktiven oder passiven Mitarbeit der indischen Bevölkerung abhängt, so daß bei einer im großen Maßstab durchgeführten Politik des passiven Widerstandes und der Weigerung der Mitarbeit die britische Herrschaft zu völliger Unwirksamkeit gebracht werden kann. Die ersten Stadien hierbei sollten „Swadeshi" sein, Boykott fremder Fabrikanten und Bevorzugung eigener Landeserzeugnisse, besonders einheimischer Wirkwaren, Boykott britischer Fabriken in Indien, Boykott von Wahlen, britischen Schulen, Gymnasien, Gerichten, Festesveranstaltungen, Ablegung britischer Titel, Auszeichnungen und Ernennungen und schließlich „bürgerlicher Ungehorsam" in Gestalt von Massenverweigerung der Steuerleistungen.

Infolge der 1920 verschärften Regierungsrepressalien und besonders auch unter dem Eindruck des Blutbades von Amritsar

nahm der Nationalkongreß von 1920 das uneingeschränkte Non-cooperation-Programm an.

Im ganzen genommen hatte der Boykott keinen vollen Erfolg. 1921 verließen etwa 25 Prozent der Studenten die Lehranstalten und Hochschulen, und ungefähr 900 Gerichtspersonen stellten ihre Tätigkeit ein. Immerhin wurde durch die Bewegung der Aufbau einer weitverzweigten Organisation von Einheimischen erreicht. Ghandi's Propaganda drang zum ersten Male tatsächlich in die Massen, und in wenigen Monaten wurden ein Landesfonds von 1 Million Pfund aufgebracht und an 10 Millionen Mitglieder in die Kongreßliste eingetragen. Für einige wenige Monate nach der Wahl des neuen Vizekönigs (Lord Reading) im April 1921 hielt die Regierung noch an sich. Dann setzte eine verschärfte Unterdrückungskampagne ein. Massenverhaftungen fanden statt. Die Kongreßfreiwilligen, ein Stab von unbewaffneten Versammlungsordnern mit den gelegentlichen Funktionen von Vorposten, wurden für illegal erklärt. Sämtliche Kongreßführer, mit Ausnahme von Gandhi selbst, wurden eingekerkert. Trotzdem wurde auf den Besuch des Prinzen von Wales mit einer Reihe von „hartals" oder Streiks von gewaltigem Ausmaß erwidert. Die Massen brannten darauf, mit dem bürgerlichen Ungehorsam zu beginnen, besonders was den Programmpunkt der Nichtbezahlung von Steuern anbetraf. Der Losung zufolge sollte hiermit in Delhi am 23. November begonnen werden, aber anläßlich der in Bombay am 17. November zu Blutvergießen führenden Unruhen erklärte Gandhi das Land für zu passivem Widerstand einstweilen noch nicht reif. Seit der Zeit sind noch verschiedentlich Vertagungen vorgenommen worden, und es ist klar, daß Gandhi vor der Möglichkeit eines Aufruhrs zurückschreckt. Trotz der Verhaftungen fand der Nationalkongreß im Dezember 1921 statt. Gandhi wurden diktatorische Vollmachten zur Ausführung des Non-cooperation-Programms übertragen. Die Bewegung ist aber nicht einheitlich. Gandhi's Plan, den religiösen und Klassengegensatz durch eine Einheitsbewegung für passiven Widerstand zu überwinden, trägt notwendigerweise Zerfallskeime in sich. Ihre Stärke als eine revolutionäre Massenbewegung hängt von der Teilnahme der unterdrückten Klassen ab. Diese aber werden mehr aufgestachelt von dem Drang, ihrer Wirtschaftsmisere abzuhelfen, als von dem Glauben an die Lehren von „Seelenstärke".

Der Kampf nahm durch die im Frühjahr 1922 erfolgte Verhaftung Ghandi's und die Demission des friedliebenden Staatssekretärs für Indien, Montagu, schärfere Formen an. Vorläufig verkündet die englische Regierung, daß es ihr gelungen sei, der revolutionären Bewegung Herr zu werden.

Die Agrarbewegung in Indien. Völlig unabhängig, sowohl von der nationalistischen als auch von der Arbeiterbewegung, hat sich die agrarische Einheitsbewegung entwickelt. Sie ist aus den Agraraufständen hervorgegangen (z. B. Mophla-Aufstand im vergangenen Jahre) und tritt in der Form des Kishan Shaba's (Bauernverband), der Aikabewegung (Einheitsbewegung) u. a. auf. All diesen Bewegungen, so verschiedene Namen sie auch in den einzelnen Provinzen tragen mögen, liegt dasselbe ökonomische und politische Programm zu Grunde, dessen Hauptforderung in der Verminderung der Steuern besteht. Es verlangt ferner die Konstituierung des Dorfes als einer administrativen Einheit unter dem Namen „Palli Panchayct" (Dorfsowjet). Die hauptsächlichste Kampfmethode der Agrarbewegung ist die Sabotage der Produktion und die Steuerverweigerung. Um dieser Bewegung entgegen zu wirken, hat die Regierung mit Hilfe der loyalen Indier eine Gegenorganisation unter dem Namen „Aman shabbas" (Verband der Loyalen) gegründet. Diese besitzt über 300 000 eingeschriebene Mitglieder. Die hohen Beamten, wie die Distriktskommissare, sind Leiter dieser Organisation.

Südafrikanische Union.

1. Name. Gebildet 1916 durch den Zusammenschluß der Kolonien mit Selbstverwaltungen: Kolonie des Kaps der Guten Hoffnung, Natal, Transvaal und der Orange-Strom-Kolonie, welch letztere den Namen Orange-Freistaat annahm.

2. Flächengebiet in Quadratmeilen: Kap der Guten Hoffnung 276 966, Natal 35 291, Transvaal 110 450, Orange-Freistaat 50 389, zusammen 473 096.

3. Bevölkerung (in Millionen)

	1904	1911	1920 (schätzungsw.)	1921 (Census)
Gesamtbevölkerung	5,176	5,07	7,30	7,15
Weiße	1,12	1,22	1,50	1,54
Farbige	4,06	4,69	5,80	5,61

Von der farbigen Bevölkerung waren 1911: Bantus 4 019 000, Asiaten 152 000, andere 526 000.

4. Nationalität und Sprache. Englisch und Holländisch sind beide als offizielle Sprachen anerkannt. In den Landbezirken ist das Kap-Holländisch, das „Afrikanisch", die gewöhnliche Sprache.

5. Religion. Weiße: Holländische Kirche 800 000, Methodisten 92 000, Presbyterianer 60 000. Eingeborene: ½ Million Christen, drei Millionen religionslos.

6. Regierung. Die Union erhielt ihre Verfassung durch die Südafrika-Akte von 1909. Die Vollzugsgewalt liegt bei dem von der Krone ernannten Generalgouverneur, dem ein Vollzugsrat (der vom Generalgouverneur ernannt ist und als Ministerium auftritt) zur Seite steht, einem Senat von 40 Mitgliedern und einem Repräsentantenhaus (House of Assembly) von 130 gewählten Mitgliedern, das nach Belieben des Generalgouverneurs zusammengerufen oder aufgelöst werden kann.

Die Mitglieder beider Häuser müssen Untertanen des europäischen Großbritannien und im Besitz einer Vermögensqualifikation sein. Der Generalgouverneur hat das Vetorecht bei jeder Gesetzesvorlage, seine Zustimmung dagegen ist von der des Königs abhängig.

Wahlrecht. Das Stimmrecht ist beschränkt auf erwachsene Personen männlichen Geschlechts, die britische Untertanen durch Geburt oder Naturalisierung sind und ein Mindesteinkommen von 50 engl. Pfund jährlich besitzen.

Bürger- und Arbeiterparteien.

Südafrikanische Partei. Entstanden September 1920 durch die Verschmelzung der Unionistischen Partei und der „Loyalen" Burenpartei (den Gefolgsmännern von Botha und Smuts) nach den großen Wahlerfolgen der Nationalisten und Arbeiterparteien.

Unionisten. Die alte, für britisches Uebergewicht eintretende Partei (Britische Ascendenzpartei) unter Führung von Kaufleuten, Bergwerkseigentümern und Finanzleuten, in weitem Ausmaß Kollegen und Anhänger von Cecil Rhodes.

Nationalisten (republikanisch). Sie führen den nationalen Kampf weiter, das Erbstück des Botha'schen „Union"-Kompromisses. Ursprünglich eine von kleinen Farmern gebildete Burenpartei, die aber auch zahlreiche weiße Landwirtschaftsarbeiter im Orange-Freistaat und Transvaal umfaßt, antiimperialistisch sowie Gegner des Industrie-Kapitalismus.

Arbeiterpartei. Unter der Führung von nicht-revolutionären Patrioten („Weiße" in ihrer Politik und Taktik ähnlich der Australischen Arbeiterpartei.

Die Ergebnisse der Unionswahlen vom Februar 1921 waren folgende:

Partei	Senat	Repräsentantenhaus
Südafrikanische Partei	17 Sitze	79 Sitze
Nationalisten	13 „	45 „
Arbeiterpartei	2 „	9 „

Nach den Wirtschaftskämpfen von 1913 gewann die Arbeiterpartei die Mehrheit im Parlament von Transvaal, verlor sie aber 1920 wieder.

Beschäftigung.

Freie Berufe	60 000	Landwirtschaft	192 000
Heimarbeiter	291 000	Fabrikarbeiter	143 000
Handel	82 000	Ohne festen Beruf	16 000
Gesinde	493 000		

Bergarbeiter.

In Goldminen: 1914—1919 222 000, 1920 20 800; in den Diamantminen: 1914—1919 506 000, 1920 57 000.

Arbeitskräfte in den Transvaaler Goldminen.

Jahr	Weiße	Eingeborene	Chinesen
1906	17 980	94 305	51 427
1914	21 875	179 287	-
1918	23 237	186 798	
1919	23 621	178 101	

2. *Wirtschaftliches.*

Das Land hat zwei Haupteinnahmequellen: Landwirtschaft und Bergbau. Die Industrie begann sich erst während des Krieges weiter zu entwickeln.

Ernten.

	Produktion in Millionen engl. Pfund				
	1904	1911	1918	1919	1920
Weizen	142	382	609	479	308
Gerste	48,5	61	99	49	34,5
Hafer	131	309	345	204	150
Mais	722	1,726	2,528	1,734	1,873
Zucker	—	—	210	300	378
Baumwolle	—	—	1,8	1,42	—
Tabak	—	15,0	14,9	14,2	11,6

Gesamtumfang der Farmen in der Union (1918): 80,6 Millionen Morgen.

Viehstand (1920).

Hornvieh	5 975 000	Schafe	26 289 000
Pferde	690 000	Ziegen	4 895 000
Esel	524 000	Schweine	560 000
Strauße	284 000		

Die Zahlen zeigen die überwiegende Bedeutung der Viehzucht gegenüber dem Ackerbau.

Bergbau. Wert der jährlichen Gesamtproduktion an Mineralien (in Millionen Pfund.)

1910—14 (Durchschnitt)	48,5	1918	47,7
1917	52,3	1919	51,6
1920	55,4		

Der Gesamtwert der Grubenproduktion von Anbeginn an bis Dezember 1920 wird auf 965 Millionen Pfund geschätzt; die beiden Hauptprodukte sind Gold mit 659 Millionen Pfund und Diamanten mit 217 Millionen Pfund.

	1913	1918	1919	1920
Million. Unzen Feingold	—	8,42	8,43	8,16
Wert (Millionen Pfund)	—	35,8	35,4	34,7
Diamanten (Millionen Karat)	—	2,54	2,59	2,55
Wert (Millionen Pfund)	11,4	7,1	11,7	14,8
Kohle (Millionen Tonnen von 2000 Pfund)	—	—	10,27	11,47
Wert (Millionen Pfund)	—	3,22	3,42	4,52

Fertig-Industrie.

	1915—16	1918—19	1919—20
Zahl der Betriebe	3 908	5 968	6 869
Wert an Boden und Gebäuden (Pfund)	11 775 000	16 276 000	18 563 000
Wert an Maschinen (Pfund)	15 777 000	20 980 000	23 490 000

Zahl der Beschäftigten.

	1915—16	1918—19	1919—20
Europäer	39 500	53 600	62 500
Asiaten	11 300	—	—
Eingeborene	35 000	89 500	113 000
Andere Farbige	15 300	—	—
Zusammen	101 200	143 100	175 500

Die Zahlen zeigen die infolge des Krieges vor sich gegangene rasche Industrialisierung.

Durchschnittlicher Jahreslohn (in engl. Pfund).

	1915—16	1918—19	1919—20
Europäer	187	218	244
Farbige	35	42	46

Außenhandel (in 1000 engl. Pfund).

Einfuhr und Ausfuhr ohne Metallgeld.

	1913	1917	1919	1920	1921
Einfuhr	40 829	36 476	50 791	101 827	—
Ausfuhr	66 569	91 575	104 514	87 668	—

Haupteinfuhrartikel (in 1000 engl. Pfund).

Nahrungsmittel u. Getränke	1917	1919	1920	1921
Kaffee	571	692	1 153	—
Getreide	926	359	3 144	—
Meh	403	460	2 038	—
Reis	410	381	807	
Fisch, getrocknet usw.	181	296	869	—
Zusammen	2 491	2 188	9 011	—
Maschinen	1 878	2 526	4 257	
Textil- u. Bekleidungsartikel	12 380	15 386	30 311	

Hauptausfuhrartikel (in 1000 engl. Pfund).

	1917	1919	1920	1921
Gold (roh)	39 910	49 672	35 547	—
Diamanten	6 097	11 547	11 597	—
Wolle (von Schafen)	8 782	17 920	15 955	—
Felle	838	1 068	1 182	—
Schafshäute	1 432	2 827	2 141	—
Kohle (Fracht)	321	929	1 483	—

Einfuhr. Ungefähr 60 Prozent der Gesamteinfuhr kommen aus dem Britischen Reich, und über 80 Prozent derselben aus dem Vereinigten Königreich selbst. Kanada, Australien und Indien teilen sich hauptsächlich in den Rest. Von der Einfuhr aus fremden Ländern entfällt auf die Vereinigten Staaten in der Regel mehr als die Hälfte. Andere Länder mit einigermaßen beträchtlicher Einfuhr nach Südafrika sind Schweden, Frankreich, Japan, Argentinien und Brasilien.

Ausfuhr. Drei Viertel der südafrikanischen Ausfuhr gehen nach anderen Teilen des Britischen Reiches, und zwar fast insgesamt nach dem Vereinigten Königreich. Von fremden Ländern sind Japan und die Vereinigten Staaten seit dem Krieg die größten Absatzgebiete geworden, während Belgien, Frankreich und Deutschland die übrigen Hauptkäufer sind.

Transport- und Verkehrswesen.

Eisenbahn.

1920: 9 542 Meilen staatlicher Linien.
597 Meilen unter der Kontrolle der Rhodesia-Eisenbahnverwaltung.
1 285 Meilen in Südwestafrika (Mandatsgebiet).

Schiffahrt.

1919	Eingelaufen		Gelöscht	
	Zahl	Tonnage	Zahl	Tonnage
Überseeschiffe	1 075	3 647 000	1 070	3 586 000
Küstenschiffe	2 124	4 013 000	2 100	4 040 000

Geldwesen.

Südafrikanische Reservebank, gegründet Dezember 1920 mit 1 Million Pfund Kapital. Augenblicklich gibt es fünf private Bankgesellschaften mit einer Gesamtsumme von 5 543 000 Pfund an eingezahltem Kapital.

März 1920 gab es 307 500 Deponenten der Regierungs-Sparkassen mit einem Gesamtdepot von 7 080 000 Pfund.

Finanzwesen der Union.

Ordentliche Einnahmen und Ausgaben während der letzten vier Jahre in Millionen Pfund:

	1913	1916	1917	1918	1919—20	1920—21	1921—22
Einnahmen	16,0	18,4	19,7	21,9	26,9	29,7	28,4
Ausgaben	14,3	17,8	19,0	21,3	24,4	—	—

Gewerkschaftsbewegung.

Geschichtliches. Das industrielle Wachstum Südafrikas und damit auch der Gewerkschaftsbewegung ist eng verknüpft mit der Entwicklung der Bergwerksindustrie. Trotz des Ueberwiegens eingeborener Arbeitskräfte blieb organisatorischer Zusammenschluß fast ausschließlich auf europäische Arbeiter beschränkt. Der große Bergarbeiterstreik von Rand im Jahre 1913 wirkte als Antrieb für weiteres Wachsen der Gewerkschaften, und im Laufe der nächstfolgenden Jahre wurden die europäischen Arbeiter zu einer verhältnismäßig gut organisierten und fest zusammengeschlossenen Gruppe zum Schutz ihrer Privilegien gegenüber den Uebergriffen der Kapitalisten ebensowohl wie denen der farbigen Arbeiter. 1921 setzte die kapitalistische Offensive ein, die durch die blutige Unterdrückung des Streiks von Rand im März 1922 die Sprengung der Gewerkschaftsbewegung verursachte.

Die verschiedenen Gewerkschaften. Weiße und farbige Arbeiter. Der Hauptunterschied zwischen der Arbeiterschaft Südafrikas ist der zwischen Weißen und Farbigen. Die weiße Minderheit hat sich in bewußter Opposition gegen die numerisch stärkere farbige Arbeiterschaft zusammengeschlossen. Erstere besteht auf höheren Löhnen, einer gehobeneren Lebenshaltung und Aufrechterhaltung der „Rassenschranke" (colour bar), durch die der farbige Arbeiter gehindert werden soll, jedwede besser entlohnte Arbeit zu übernehmen.

Der Südafrikanische Arbeiterbund (South African Worker Federation). Dieser Bund umfaßt die hauptsächlichsten

Verbände, aber doch stehen noch viele außerhalb desselben. Was Charakter und Führerschaft anbelangt, so hat er eine gewisse Aehnlichkeit mit der amerikanischen Arbeiterföderation. Ein Verschmelzungsprozeß hat innerhalb des Bundes eingesetzt unter der Führung des Südafrikanischen Fabrikarbeiterverbandes (South African Industrial Federation Union), der einer einheitlichen großen Gewerkschaftsorganisation zustrebt. Er beansprucht die Kontrolle über eine große Anzahl von Verbänden innerhalb des Bundes, läßt aber einige der größten Verbandsgruppen draußen.

Die Mehrzahl der Gewerkschaften sind auf einer lockeren Basis organisiert, einer Mischung von Fach- und Industrieverbänden. Man war dabei von dem Bestreben geleitet, im gegebenen Augenblick eine möglichst große Anzahl Arbeiter nach dazu möglichst geeigneten Richtlinien zu organisieren. So wurden bei Erschließung eines neuen Bergwerkes die mit dem Bau der Eisenbahnen beschäftigten Arbeiter usw., alle zusammen in den Bergarbeiterverband mit hineingenommen.

Südafrikanischer Rat organisierter Arbeiter (South African Council of Organised Workers). Gegründet 1920 mit dem Zweck, Verbindungen und Vereinigungen von Kopf- und Handarbeitern zu fördern.

Nationalverband der Eisenbahn- und Hafenarbeiter (National Union of Railway and Harbour Workers). Die größte der außerhalb des Arbeiterbundes stehenden Organisation. Die Stellung der Eisenbahner als Staatsangestellte erinnert an die ihrer Kollegen in Deutschland. Sie stehen außerhalb und rechts von der eigentlichen großen Gewerkschaftsbewegung.

Der Südafrikanische Arbeiterausschuß (South African Worker's Board) vertritt das nationalistische Element unter den Arbeitern von Rand. Auch er tritt für eine große gewerkschaftliche Einheitsorganisation ein. Von der Bergwerkskammer ist er nie anerkannt worden.

Der Verband der Industrie- und Handelsangestellten (Industrial & Commercial Workers Union). Eine 1920 gegründete, nichteuropäische Arbeiter umfassende Organisation. Der Zusammenschluß farbiger Arbeiter zeigt eine junge, unter sehr schwierigen Bedingungen sich vollziehende Entwicklung. Der erste Kongreß des genannten Verbandes im Juli 1920 wurde sowohl von Delegierten des Südafrikanischen Landeskongresses der Eingeborenen wie von den verschiedensten Gruppen einheimischer Arbeiter be-

schickt. Er sprach sich für „die große Einheitsorganisation" aller nichteuropäischen Arbeiter Südafrikas aus.

Gesamtzahl der gewerkschaftlich Organisierten:

Mitgliedschaft der Gewerkschaften:

Januar 1920 . . . . 114 805
„ 1921 . . . . 132 784

Mitgliedschaft des Südafrikanischen Arbeiterbundes:

1915: 5 000, 1920: 50 000, 1921 (Januar): 60 000.

Organisierte Arbeiter verschiedener Berufszweige:

Beschäftigung	Zahl der Verbände	Mitglieder
Bergbau	8	22 250
Maschinenbau	8	8 780
Bauarbeiter	8	7 210
Staatsarbeiter (einschl. Eisenbahner)	7	41 900
Handelsfach	15	9 490
Gemeindearbeiter und Straßenbahner	25	6 560

Charakterisierung der Gewerkschaften.

Ungefähr die Hälfte aller Verbände sind der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale angeschlossen.

Organisation des Kapitals.

Die mächtigste Gruppe der Finanzindustrie ist die Transvaaler Bergbaukammer mit einer Mitgliederzahl von 86.

Es bestehen auch sechs Industriellenverbände mit 421 Mitgliedern (1920).

Lohnkämpfe.

Der große Streik von Rand 1913, der in einen Generalstreik überging und erst durch die Deportation der Streikführer unterdrückt wurde, bedeutet den Hauptmarkstein in der Geschichte der südafrikanischen Arbeiterbewegung.

Seit dem Krieg sind wiederholt Streiks ausgebrochen; bis 1921 ging es dabei meist um Lohnerhöhungen sowie verbesserte Arbeitsbedingungen, aber hernach verschärfte sich die internationale Kapitaloffensive, die in der Niederwerfung des Rand-Streikes von 1922, an dem ungefähr 22 000 weiße Arbeiter beteiligt waren, gipfelte. Die Arbeiter in den Goldminen, die Kohlenbergarbeiter, Maschinenarbeiter und andere Kategorien wurden zu gemeinsamer Abwehr gezwungen, und nach einer Politik zunehmender Provokationen von seiten der Bergwerkskammer und der Regierung wurden militärische Streitkräfte aufgeboten, um das Werk der blutigen Niederwerfung der Arbeiter-

bewegung zu vollenden. Der Streik war ein rein wirtschaftlicher. Er ging um die Frage allgemeiner Lohnverkürzungen sowie der erweiterten Inanspruchnahme einheimischer Arbeitskräfte. Die Macht der Gewerkschaften ist zeitweise dadurch erschüttert, und die Bergwerkskammer lehnte es ab, den Arbeiterbund anzuerkennen.

Andere Streiks.

Februar — April 1919; Streik der Bau- und städtischen Arbeiter für Lohnerhöhungen. Im großen ganzen erfolgreich. Johannesburg soll in einem gewissen Kampfesstadium in den Händen eines Arbeiter-„Kontrollausschusses" gewesen sein.

Dezember 1919: erfolgreicher rhodesischer Kohlenarbeiterstreik.

Februar 1920: Streik der farbigen Bergarbeiter. Umfaßte zirka 50 000. Grund: allgemeine Gärung und Zusammenwirken verschiedener den Mißmut nährender Faktoren. Geringe Organisation. Blutvergießen zum Schluß, durch die Regierung provoziert. Die Arbeiter geschlagen.

Mai 1920: Streik der einheimischen Docker um Lohnerhöhungen. Kleine Lohnerhöhung bewilligt.

Januar 1921: Streik von 5000 weißen Bergarbeitern für Kontrollrecht der Werkführer. Der Südafrikanische Arbeiterbund mißbilligt den Streik offiziell. Bleibt wirkungslos.

November 1921: Streik der Goldbergwerkarbeiter. 1000 weiße Arbeiter im Ausstand wegen Lohnherabsetzung.

Januar 1922: Beginn des Rand-Streiks. Kohlenbergarbeiter, Goldminenarbeiter, Maschinenarbeiter und Arbeiter der Kraftanlagen.

9. März 1922: Militärische Niederwerfung des Streiks beginnt und ist am 14. März erfolgreich. Der Südafrikanische Arbeiterbund zur völligen Ohnmacht gebracht.

	Juni 1914	Juni 1920
Goldbergwerkarbeiter (weiße Bergarbeiter unter Tag)		
Tageslohn	18/— bis 21/—	27/— bis 33/—
Andere Kategorien (Holzarbeiter, Schienenleger usw.,		
weiße Arbeiter unter Tag)	14/— „ 20/—	25/— „ 30/—
Bauwesen, durchschnittlicher Wochenlohn	100/7	Dez. 1920 164/9

Auf der anderen Seite empfängt der e i n g e b o r e n e Arbeiter Hungerlöhne.

Hafenarbeiter (Docker) 2—3 shilling täglich (1920).

Einheimische Goldminenarbeiter 3.— engl. Pfund monatlich (1919).

Einheimische Kohlenarbeiter 2.— engl. Pfund monatlich.

P r e i s e. Beständiges Steigen der Lebenshaltungskosten seit

1918, bis im Dezember 1920 die Kleinhandelspreise um 88 Prozent den Stand von 1914 überschritten.

Arbeitslosigkeit machte sich zum ersten Mal 1914 bemerkbar. September 1920 hatte sie einen so hohen Grad erreicht, daß die Regierung gezwungen war, eine Untersuchungskommission zu ernennen. Juni 1921 war die Arbeitslosigkeit noch sehr groß. Sie betraf wenigstens 10 000 Arbeiter in der Union, hauptsächlich „arme Weiße", davon 4—5000 Rand-Arbeiter.

Kanada.

1. Name. Die verschiedenen von Großbritannien in Besitz genommenen nordamerikanischen Gebiete wurden 1867 unter dem Titel „Dominium von Kanada" vereinigt.

2. Fläche. 3 729 665 Quadratmeilen, 125 755 mit Wasser bedeckt.

3. Bevölkerung.

Jahr	Gesamtbevölkerung	Dezimale Zunahme
1901	5 371 000	538 000
1911	7 207 000	1 836 000
1917	8 361 000 (schätzungsweise)	990 000
1920	9 030 000	609 000

1917 betrug die Landbevölkerung 3,9 Millionen und die Stadtbevölkerung annähernd 3,3 Millionen. Die Zunahme geht zum größten Teil auf die Einwanderung zurück.

	1903	1915	1919	1920
Zahl der Einwanderer	384 000	48 500	117 300	147 500

Infolge des Krieges wurden 595 440 Männer ins Heer eingereiht und 418 052 davon nach Europa gesandt. Bis zum Dezember 1918 betrugen die Verluste 214 000, davon 59 000 Tote.

4. Rasse und Sprache. Bei einer sich stark aus Einwanderung rekrutierenden Bevölkerung finden sich sehr viele verschiedene Nationalitäten vertreten.

Angaben über die Bevölkerungszahl hinsichtlich ihres Ursprungslandes gemäß der Volkszählung von 1911: Kanada 5 620 000, Vereinigtes Königreich 785 000, andere Länder des Britischen Reiches 49 000, Vereinigte Staaten 304 000, Oesterreich-Ungarn und Deutschland 161 000, Rußland 100 000.

Von einheimischer Bevölkerung gab es 1917 106 000 Indianer und 3300 Eskimos.

Bürger- und Arbeiterparteien.

Bei den letzten Generalwahlen im Dezember 1921 siegten die Liberalen über die Konservative Partei, die vorher das Uebergewicht hatte. Die Wahlresultate sind folgende:

Parteien	Sitze	Gesamtstimmen
Liberale	120	1 297 000
Konservative	50	921 000
Progressive	62	769 000
Arbeiterpartei	2	—

Parteien.

Den Hauptstreitpunkt zwischen den kapitalistischen — der liberalen und der konservativen — Parteien bildet die Frage des Zolltarifes. Die Konservativen begünstigen als Vertreter der großen Fabrikanteninteressen des industriellen Ostens einen hohen Zolltarif, während die Liberalen, die sich in der Hauptsache auf den weniger industriellen Westen stützen, für eine gemäßigte Freihandelspolitik eintreten.

Die großen Gebiete mit Landwirtschaft haben in den letzten Jahren zur Bildung einer neuen Partei als Vertreterin der eigenen landwirtschaftlichen Interessen geführt, deren organisatorischer Rahmen zuerst die Vereinigte Farmer-Partei war und jetzt die Progressive Partei ist. Bei den Provinzialwahlen hat sie bemerkenswerte Erfolge gehabt. Viele Provinzialvertretungen sind in ihrer Hand, und auch im Föderativen Parlament ist sie stark vertreten. Wie die entsprechenden Parteien der Vereinigten Staaten verkörpert sie die Auflehnung der Grundbesitzer gegen die Begehrlichkeit des Industriekapitalismus und ist daher, auch als Bürgerpartei, zur Unterstützung oder zum Zusammengehen mit der Arbeiterpartei in vielen Fragen bereit.

Bei den letzten Wahlen unterstützten die Arbeiterparteien meistens die Kandidaten der Progressiven. Von den zwei gewählten Mitgliedern der Arbeiterpartei — ein Sitz mehr als bei den letzten Wahlen — war einer ein prominenter Führer des „One Big Union"-Streiks in Winnipeg.

Religion. Röm.-Kath. 2,5 Millionen, Presbyterianer 1,2, Methodisten 1,08, Kirche von England 1,04, Juden 74 000, Buddhisten 10 000, Donkhobours 10 000.

Regierung. Kanada ist ein Dominium des Britischen Reiches mit Selbstverwaltung. Die Exekutivgewalt liegt bei dem vom Landesherrn ernannten Generalgouverneur, dem ein Staatsrat oder Mi-

nisterium zur Seite steht, das einer Zweikammer-Vertretung verantwortlich ist, d. h. einem Senat aus 96 lebenslänglichen Mitgliedern, die vom Generalgouverneur ernannt sind, und dem Unterhaus aus auf fünf Jahre nach einem für jede der Provinzen verschiedenen Wahlrecht gewählten Mitgliedern. 1917 hatte das Unterhaus 234 Mitglieder. Jede der Provinzen hat außerdem ihre eigenen Gouverneure und Provinzialvertretungen.

Es besteht eine Tendenz, die britische Reichskontrolle zu lockern. Dies zeigt sich beispielsweise in der Tatsache der Sonderunterzeichnung des Versailler Friedens durch Kanada und der Ernennung eines besonderen kanadischen Gesandten in den Vereinigten Staaten.

Wirtschaftliches.

1. Landwirtschaft. Von der Gesamtfläche des Landes waren 1911 109,8 Millionen Acres in Besitz genommen und 48,4 Millionen Acres kultiviertes Land; große Flächen sind noch herrenlos.

1911 gab es 710 681 Gutshöfe, davon 523 700 mit über 50 Acres, davon mehr als die Hälfte über 200 Acres.

Forstwesen. Es gibt über 500—600 Millionen Morgen Forstgelände. Investiertes Kapital (1918) 182 Millionen Dollar. Produktionswert 146 Millionen Dollar, Sägewerke 3085, Arbeiter 61 000, Löhne und Gehälter 50 Millionen Dollar.

Fischereien. Die buchtenreiche Seeküste hat eine Länge von über 12 000 Meilen. Es gibt außerdem 220 000 Quadratmeilen zum Fischfang tauglicher Wasserfläche. 1918 betrug das in der Fischfangindustrie investierte Kapital 60,2 Millionen Dollar, und die Gesamtproduktion desselben Jahres hatte einen Wert von 60¼ Millionen Dollar.

2. Ernten. 1917 gab es 42,6 Millionen Morgen mit Feldfrüchten bestelltes Land. Nachstehende Tabelle bezieht sich auf 1920.

Feldfrucht	Weizen	Hafer	Gerste	Flachs	Kartoffeln	Heu u. Klee
Anbaufläche (Mill. Morgen)	18,2	15,8	2,6	1,4	0,78	10,4
Ernte (Mill. Scheffel)	263,2	530,7	63,3	8,0	133,8	13,3

Viehstand. Zahlen für Juni 1920 in Millionen: Pferde 3,4, Milchkühe 3,53, anderes Rindvieh 5,95, Schafe 3,72, Schweine 3,52, Geflügel 25,94.

Bergbau	1913	1918	1919
Kohle: Millionen Tonnen (Tonne — 2000 Pfd.)	15,12	14,98	13,59
Eisenerze: Roheisen (Mill. Tonnen)	1,13	1,16	0,92
Petroleum (1000 Faß)	228	305	241
Kupfer (Millionen Pfd.)	77	118,8	75,1
Gold	785	700	767
Silber (Millionen Unzen)	31,7	21,4	15,7

Viele andere Mineralsorten werden produziert, davon Blei und Nickel als die wichtigsten. Es besteht eine ausgedehnte Gewinnung von natürlichem Glas, Kalk, Zement etc.

Gesamtwert an Mineral-Produktion (Mill. Dollar)

1913	144
1917	190
1918	211
1919	170

Industrie. Die Fertigindustrie ist erst jüngeren Datums und hat sich, von hohen Schutzzöllen geschützt, entwickeln können. Folgende Tabelle zeigt die Lage der Hauptindustrie im Jahre 1917.

Industriezweig	Kapital (Mill.Dollar)	Zahl der Betriebe	Zahl der Arbeiter	Löhne u. Gehälter (Mill. Dollar)
Eisen- und Stahlindustrie	307	1949	77 000	78,7
Nutz- und Bauholzindustrie	289	4463	98 000	68,4
Textilfabriken	203	4112	87 000	53,9
Nahrungsmittelindustrie	299	8009	59 000	46,1
Papierfabrik. u. Druckereien	244	1819	47 000	39,9
Zusammen	2787	34400	675 000	550,2

Kriegsindustrie. Während des Krieges waren 350 000 Männer und Frauen bei der Munitionsherstellung beschäftigt.

Außenhandel. Wert der Gesamtausfuhr und -einfuhr (für den Landeskonsum) in Millionen Dollar:

Jahr	Ausfuhr	Einfuhr
1913/14	479,0	633,7
1917	1586,2	962,5
1918	1268,8	916,4
1919 (vorläufig)	1286,7	1064,5
1920/21 (ungefähr)	—	1240

Haupteinfuhrwaren. (Wert in Millionen Dollar): Eisen-, Stahl- und Fertigprodukte 191,0, Kohle und Koks 78,8, Baumwollmanufakturwaren 40,8, Baumwolle, Wolle und Rohbaumwolle 34, Wollmanufakturwaren 31, Zucker, Melasse etc. 39,5, Drogen, Chemikalien, Explosivstoffe 35,9, Petroleum 32,7.

Folgende Tabelle gibt die Geldwerte für die Hauptausfuhrartikel an (in Millionen Dollar):

Ausfuhr	1913	1917	1918	1919
Bergbauprodukte	59,0	85,6	77,1	71,0
Fischereiprodukte	20,6	24,9	37,1	42,0
Forstprodukte	9,5	8,3	18,1	14,2
Tierische Produkte	53,3	127,8	197,8	259,0
Landwirtschafts-Produkte	198,2	373,4	269,8	365,4
Fertigwaren	90,8	525	601,4	494,6

Fast 80 Prozent der Ausfuhr gehen nach Großbritannien und den Vereinigten Staaten, wobei auf ersteres Land kaum mehr als auf dieses entfällt. Aber die Vereinigten Staaten allein liefern mehr als 80 Proz. der Einfuhr.

Transport- und Verkehrswesen.

Schiffahrt. Uebersicht für 1919.

Fahrzeuge	Eingelaufene Zahl	Eingelaufene Fracht (Mill. Tonnen)	Gelöschte Zahl	Gelöschte Fracht (Mill. Tonnen)
Ueberseeschiffe	15 803	11,69	16 543	13,57
Küstenschiffe	73 672	28,41	72 452	26,10

Binnen-Wasserwege. 1918: 2700 Meilen Kanal- und Flußwege.

Eisenbahnen. Zahlen für 1919: Gesamtlänge 38 896 Meilen, ein Drittel im Besitz der Regierung.

Geldwesen. Die Geldeinheit ist der kanadische Dollar, dessen Bewertung dem der Vereinigten Staaten fast gleich ist.

Landesfinanzen.

Jahr	Reineinnahme in Millionen £	Ausgaben in Millionen £
1913/14	33,54	26,18
1918/19	64,33	47,84
1919/20	80,40	71,73

Staatsschulden. Dezember 1914: Nettobetrag 377 Mill. Dollar. Juli 1920: Nettobetrag 2234 Millionen Dollar.

Gewerkschaftsbewegung.

I. Geschichte und Entwicklung. Die Gewerkschaftsorganisation in Kanada stellt überwiegend eine Fortsetzung derjenigen der Vereinigten Staaten dar. Die „internationalen" Verbände der Amerikanischen Arbeiterföderation sind international in dem speziellen Sinn, daß sie sich über die einzelnen Staaten der Amerikanischen Föderation erstrecken und eben auf die Art auch nach Kanada reichen.

Die Zentralkörperschaft der kanadischen Gewerkschaften war stets der 1885 gegründete Gewerkschafts- und Arbeiterkongreß des Dominiums. Seine Unterordnung unter die Amerikanische Föderation sollte bedeuten, daß er kein Kontrollrecht über die Wirtschaftspolitik besaß. 1902 wurde ein Versuch gemacht, eine unabhängige Kanadische Arbeiterföderation ins Leben zu rufen; der Versuch fand aber nur schwache Unterstützung.

Neben der konservativen Amerikanischen Arbeiterföderation breitete sich auch die Organisation der marxistischen Industriearbeiter der Welt (Industrial Workers of the World) nach Kanada aus, wo sie 1911 11 000 Mitglieder zählte. Bei Kriegsbeginn war sie auf ein paar hundert Mitglieder zusammengeschmolzen und wurde 1918 durch einen Erlaß des Staatsrats unterdrückt. Während des Krieges begann ungeachtet der strengen Regierungsrepressalien die radikale Bewegung innerhalb der Verbände an Einfluß zu ge-

winnen. Nach dem Waffenstillstand war eine potentiell-revolutionäre Lage geschaffen. Angesichts der Auswirkungen der Kriegsgewinnlerei, der Preissteigerung und der Unterdrückung von Regierungsseite ging es wie ein Ruck durch die Arbeiterbewegung. Die Enttäuschung der vom Ausland heimgekehrten Soldaten steigerte noch die allgemeine Unzufriedenheit. Die neue Gärung fand ungeschminkten Ausdruck auf dem Gewerkschafts- und Arbeiterkongreß in Quebec 1918, und im Frühjahr 1919 entschloß sich die Britisch-Columbische Arbeiterföderation, die größte der Provinzverbände, sich abzuspalten und eine „One Big Union"-Organisation (Eine große Arbeiterorganisation) auf der Basis von Industrieverbänden zu bilden. Diese Bewegung verbreitet sich rasch, besonders unter den Arbeiterorganisationen von West-Kanada. Auf einer intergewerkschaftlichen Konferenz in Calgary März 1919 fand die Idee der „One Big Union" großen Anklang, und nach einer diesbezüglichen Abstimmung wurde erfolgreich zur Bildung der großen Einheitsorganisation geschritten. Die Krise nahte in Gestalt des Generalstreiks von Winnipeg Mai 1919, der von der OBU. organisiert wurde. Obgleich ursprünglich wegen Lohnforderungen und der Forderung auf Anerkennung begonnen, sah die Regierung in dem Streik einen revolutionären Vorstoß. Sie unterdrückte ihn rücksichtslos mit Hilfe eines mächtigen „Millionär-Ausschusses" und militärischer Streitkräfte. Durchgreifende Maßnahmen gegen die große Einheitsorganisation als solche wurden in Anwendung gebracht und ihre Führer deportiert oder eingekerkert. Trotzdem zählte sie 70 000 Mitglieder, aber mit der Handelsdepression von 1921 erlitt die Organisation einen schweren Rückschlag.

Die Gesamtzahl der organisierten Arbeiter belief sich Ende 1921 auf ungefähr 375 000, d. h. ungefähr das Doppelte der Vorkriegszeit. Die Organisation steht noch auf einem niedrigen Niveau. An dem letzten Kongreß im August 1921 nahmen 500 Delegierte teil als Vertreter von nur 175 000 Arbeitern.

II. Die verschiedenen Gewerkschaftsvereinigungen. 1. Die OBU. Mit Ausnahme der IWW., die eine verhältnismäßig kleine Mitgliedschaft aufweisen und nur illegal existieren können, ist die OBU. die einzige gewerkschaftliche Organisation in Kanada, die sich revolutionäre Ziele setzt und auf der Plattform des Klassenkampfes steht. Sie ist als Industrieverband organisiert, der alle Arbeiter in „Industriedepartements" mit Sektionen in jedem Departement zusammenfaßt. Das Ganze steht unter dem One Big-Union-Rat mit seinen One Big Union-Bezirksräten anstelle der Gewerkschaftsräte. Sie verfolgt eine fortschrittliche Politik, tritt unablässig für Sowjetrußland ein und greift die reaktionäre Amerikanische Arbeiterföderation an. Während der letzten Wirtschaftskrise hat sie einen Rückgang erfahren. Die Mitgliederzahl sank von 70 000 im Jahre 1920 auf nur wenig mehr als 5000 im Jahre 1921. Die Amerikanische Arbeiterföderation führt zusammen mit der kanadischen Regierung eine aktive Kampagne gegen die

OBU. So erreichten in den Albert-Kohlengruben, wo sich die Mehrheit der Arbeiter für die OBU. erklärt hatte, die Maschinenarbeiter eine Gesetzgebung, die die Bergarbeiter zum Eintritt in den Verband der Amerikanischen Arbeiterföderation zwang.

Auf dem Kongreß der Roten Gewerkschaftsinternationale in Moskau 1921 war auch ein Delegierter der OBU. anwesend und stellte hernach den Antrag auf Unterstützung der OBU. bei ihrer Tagung durch die Rote Gewerkschaftsinternationale, aber man beschloß, daß die nächste Aufgabe in der Fortführung der Bildungskampagne zu bestehen hätte.

2. Unabhängige Verbände. Sie sind der Kanadischen Arbeiterföderation angeschlossen.

3. Nichtinternationalistische Verbände. Vermischte Verbände. Stehen außerhalb der Amerikanischen und der Kanadischen Arbeiterföderation.

4. Internationalistische Verbände. Diese umfassen das Gros der organisierten kanadischen Arbeiter. Sie zeigen denselben konservativen Typus wie die Amerikanische Arbeiterföderation, deren Kontrolle sie anerkennen. Ihre Hauptstütze haben sie in den östlichen Gebieten, wo ein enges Zusammenarbeiten zwischen der Amerikanischen Arbeiterföderation und der kanadischen Regierung besteht.

5. Katholische Verbände. Die Römisch-Katholischen haben ihre eigenen Verbände, hauptsächlich in Quebec, und nehmen eine „neutrale" Position ein.

III. Mitgliedschaft. Lage im September 1921.

2455	Ortsverbände intern. Vereinigungen	mit 267 000	Mitgliedern
259	nichtinternationalistische Verbände	„ 25 000	„
30	unabhängige Verbände	„ 31 000	„
123	katholische Verbände	„ 45 000	„
50	Sektionen der OBU	„ 5 000	„
Zusammen 2917	Gewerkschaftsvereinigungen aller Zweige mit einer Gesamtmitgliederzahl von	373 000	„

Veränderungen in der Mitgliedschaft.

	1919	1920	1921
Internationalistische Verbände	260 000		267 000
Nicht-International. „			25 000
Unabhängige „		5 000	31 000
Katholische „	35 000		45 000
OBU „	41 000	70 000	5 000

Gewerkschafts- und Arbeiterkongreß des Dominiums. Die im August 1921 abgehaltene 37. Jahrestagung wurde von 500 Delegierten beschickt, die eine Mitgliederschaft von 175 000 vertraten. Der Kongreß bekundete seine Unterordnung unter die Amerikanische Arbeiterföderation durch die Beschlußfassung, den

Ausschluß der Kanadischen Brüderschaft der Eisenbahnangestellten (7000 Mitglieder) zu erzwingen, die mit dem Amerikanischen internationalen Verband, der die entsprechende Gruppe organisierte, in Widerstreit stand. Andererseits beschloß der Kongreß den Anschluß an die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale, trotzdem die Organisation Gompers' sich von derselben zurückgezogen hatte.

Unternehmerverbände. Die Hauptmacht des kanadischen Kapitalismus verkörpert sich im kanadischen Industriellenverband (Manufacturer's Association), einer festgefügten Organisation mit dem Ruf beträchtlichen politischen Einflusses.

Lohnkämpfe. Der größte Kampf der kanadischen Arbeiterschaft seit dem Kriege war der Winnipeger Generalstreik vom Mai 1919. Er ging aus von Forderungen der Metall- und Bauarbeiter, aber unter dem Einfluß der One Big Union-Bewegung wurde der Generalstreik ausgerufen, an dem mehr als 30 000 Arbeiter beteiligt waren. Im Anfang hatte der Streikausschuß volle Kontrolle über die Stadt, aber infolge des Auftretens des „Bürgerausschusses der Tausend", dem die kanadische Regierung den Rücken deckte, und infolge der Verwendung von Truppen und der Verhaftung der Führer brach der Streik schließlich zusammen. Die Streikenden waren für eine lediglich passive Bewegung vorbereitet gewesen und nicht imstande, die entstandene revolutionäre Lage auszunutzen.

Löhne und Preise.

Detailpreise Dezember 1914 138, 1918 289, 1919 323, 1920 290, 1921 231.

Die Arbeitslosigkeit ist augenblicklich groß. Im Dezember 1921 kamen auf 1506 Verbände mit einer Gesamtmitgliederzahl von 164 000 18 000 Arbeitslose, d. h. 11 Prozent. Die Zahl für Dezember 1920 war 10,2 Prozent.

Die politische Arbeiterbewegung. Bis 1917 waren die einzigen Vertreter der politischen Arbeiterbewegung kleine extrem-sozialistische Körperschaften. Schon zu Beginn des Jahrhunderts besaß die Amerikanische Sozialistische Arbeiterpartei Zweigsektionen in Kanada. 1905 schlossen sich die Sozialistische Arbeiterpartei und verschiedene sozialistische Gruppen zur Sozialistischen Partei Kanadas zusammen, einer revolutionären marxistischen Partei, die 1909 den Anschluß an die Zweite Internationale ablehnte wegen des Anschlusses der britischen und australischen Arbeiterparteien.

1911 bildete sich die Sozialdemokratische Partei, die der Zweiten Internationale beitrat. Aber 1918 wurde sie zusammen mit der Sozialistischen Arbeiterpartei und anderen linksradikalen Organisationen unterdrückt.

Seit kurzem hat sich eine Kommunistische Partei Kanadas gebildet, die der Kommunistischen Internationale angeschlossen ist.

Die Entwicklung der politischen Seite der Gewerkschaftsbewegung ist durch die Unterordnung unter die amerikanischen Gewerkschaften gehemmt worden. Erst 1917 erhielt der Gewerkschaftskongreß den Auftrag, die ersten Schritte zur Gründung einer Kanadischen Arbeiterpartei nach dem Muster der britischen Arbeiterpartei zu tun, aber erst auf dem Gewerkschaftskongreß von 1921 wurde dieselbe ins Leben gerufen.

Vordem waren die provinzialen Arbeiterparteien mit den verschiedensten Namen benannt, wie Arbeiterpartei, Unabhängige Arbeiterpartei oder Kanadische Arbeiterpartei. In mehreren Fällen gab es mehr als eine Organisation an einem einzigen Platz. Um 1920 herum hatten sich in fast jeder Provinz derartige Parteien gebildet, von denen manche anfänglich bedeutende Wahlerfolge erzielten, namentlich in Ontario, wo 1919 11 Arbeitervertreter von insgesamt 16 gewählt wurden und sich eine Farmer-Arbeiterregierung mit zwei sozialistischen Ministern bildete. Die aktivste politische Arbeiterpartei in dieser Provinz war die Unabhängige Arbeiterpartei von Ontario, die, wie ihre britische Namensschwester, auf der Basis individueller Mitgliedschaft aufgebaut war und 70 Sektionen besaß. 1918 schloß sie sich mit anderen Arbeiterorganisationen in der Provinz (darunter örtliche Gewerkschaftsräte, Gewerkschaften usw.) zur Ontario-Sektion der Kanadischen Arbeiterpartei zusammen. Bei den Dominiumswahlen von 1917 hatte kein Arbeiterkandidat Erfolg, aber 1920 wurde als Ergebnis einer Nachwahl ein Mitglied der Arbeiterpartei in das Bundes-Unterhaus von Ottawa gewählt.

Auf dem Gewerkschaftskongreß von 1921 kamen, auf Anregung der Sektion der Arbeiterpartei von Ontario, 29 interprovinzielle Vertreter von Arbeiterparteien zusammen, entwarfen ein Parteistatut und ein Programm für die Bundespartei und wählten Parteifunktionäre und Vollzugsrat.

Australien.

Flächenausmaß 2 974 581 engl. Quadratmeilen. Der Kontinent ist in 6 Staaten eingeteilt: Queensland, Neu-Süd-Wales, Victoria mit dem Inselstaat Tasmanien im Osten, Südaustralien im Zentrum und Westaustralien (523 620 Quadratmeilen). Der innerste Teil dieses ausgedehnten Gebietes leidet sehr darunter, daß die jährliche Regenmenge unter 10 Zoll bleibt.

Bevölkerung.

Volkszählungsziffern

1891	3 240 985
1901	3 790 710
1911	4 455 005
1921	5 426 008

Diese kleine Bevölkerungszahl erscheint durchaus nicht so unverhältnismäßig zur Größe des Flächenausmaßes, wenn man die geringe jährliche Regenmenge in Betracht zieht. Ein besonderes Kennzeichen Australiens ist die Zusammenballung der Bevölkerung in den Hauptstädten der verschiedenen Staaten. So zählte Sidney 897 640, Melbourne 765 846, Brisbane 209 699, Adelaide 255 318, Perth 155 129 Einwohner. Zusammen 2,28 Millionen, 40 Prozent der Bevölkerung.

Nationalität und Religion. Die Australier gehören zumeist der angelsächsischen Rasse an. Asiaten sind von der Einwanderung rücksichtslos ausgeschlossen, aber britische Auswanderer werden unterstützt, um als Siedler nach Australien zu kommen. Die Zahl solcher Auswanderer erreichte 1912 ihren Höhepunkt mit 46 712, während 1921 nur 8 909 Auswanderer ankamen. Die eigentlichen Eingeborenen Australiens sind nahezu ausgestorben. 1 710 443 gehören zur englischen Kirche; die Römischen Katholiken bilden eine starke und auch politisch gut organisierte Minderheit von 921 425 Seelen.

Verfassung und Regierungsform. Die 6 australischen Kolonien haben bereits vor vielen Jahren alle Rechte der Selbstverwaltung erhalten. Die britische Krone wird in jeder von ihnen durch einen vom britischen Kolonialministerium ernannten Gouverneur vertreten. In Praxis jedoch wirkt dieser ganz nach den Wünschen seiner australischen Minister. Jeder Staat hat Senat und Unterhaus; letzteres wird auf Grundlage des allgemeinen Wahlrechtes (auch für Frauen) auf drei Jahre gewählt.

Die 6 Staaten sind seit 1901 zur Australischen Republik zusammengeschlossen. Ein Generalgouverneur und ein gemeinsames Parlament wurden für ganz Australien übergeordnet. Dieses gemeinsame Parlament besteht gleichfalls aus zwei Häusern: dem Senat und dem Repräsentantenhaus. Bei der Vereinigung übergaben die Einzelstaaten dem Gesamtstaat ihre Macht hinsichtlich der Verteidigung, Einwanderung, des Uebersee- und interstaatlichen Handels, der Schiffahrt, Post und Telegraphie, Münz- und Bankrechte und der Beilegung interstaatlicher industrieller Streitigkeiten. Sowohl der Gesamtstaat als die Einzelstaaten können Steuern erheben.

Parteien.

1. Die Arbeiterpartei wird außer den Gewerkschaften unterstützt von

a) den kleinen Farmern, die im Gegensatz zu den großen Viehzüchtern und in Opposition zu der Mittelklasse der Städte und der Importeure stehen.

b) den kleinen Grubenbesitzern und Kaufleuten, die ihren Kampf gegen die Trusts und das Großkapital führen,

c) den „Prohibitionisten", die Schnapsbrennerei und -Handel verboten sehen wollen, und

d) der römisch-katholischen Hierarchie aus sektiererischen Gründen.

2. Die nationalistische Partei vertritt die Banken, die großen Viehzüchter, Großimporteure und Fabrikanten, überhaupt die Großindustrie im allgemeinen. Die letzteren Elemente haben seit 1916 entscheidenden Einfluß, wo die Partei durch eine Koalition der alten Liberalen mit einer Sezession der Arbeiterpartei gegründet wurde. Die Partei hat die Loyalität gegen das Britische Reich zu ihrem Programm gemacht.

3. Die Fortschritts-Partei vertritt die Farmer und die kleineren Viehzüchter. Sie stellt den Widerstand gewisser, eben in die kapitalistische Klasse eingedrungener Elemente gegen die Wirtschaftspolitik der Nationalisten dar und wird gegenwärtig völlig von einer Gruppe Agenten der Farmer- und Viehzüchter-Genossenschaften beherrscht.

Wirtschaftliche Verhältnisse.

Australien ist ein Agrar-Exportland, das seine Urprodukte — Wolle, Fleisch, Getreide und Metalle — ins Ausland exportiert, um im Austausch Industrieerzeugnisse zu erhalten. Seit der Vereinigung besteht eine Tendenz zum Schutzzoll, der der Entwicklung einer eigenen Industrie dienen soll. Der Krieg war hierfür günstig und Australien exportiert nunmehr z. B. statt der Erze — Metalle. In der Textilindustrie jedoch kann die Inlandsproduktion kaum ein Drittel des Bedarfs an Wollwaren decken. Die Bedeutung der Urproduktion erhellt aus folgendem. Es wurde exportiert im Werte von Millionen Pfund Sterling:

Wolle	50
Fleisch, Häute und Talg	25
Weizen	31
Mineralien	12

Die Viehzucht ist die Grundlage des Wirtschaftslebens. Ihre Produktion beträgt rund ein Drittel der Gesamtproduktion. Nahezu der ganze Kontinent ist für Schaf- und Rinderzucht geeignet. Dieselbe wird im großen betrieben. Diese „Runs“ messen in vielen Fällen Tausende von Quadratmeilen und sind im allgemeinen auf lange Zeit hinaus von der Krone verpachtet, doch variiert die Größe der einzelnen Besitzungen nach den Verkehrsmöglichkeiten, die in den Zentraldistrikten sehr gering sind. Selbst die größten Unternehmungen geben nur verhältnismäßig wenigen Arbeitern Beschäftigung, und nur die Schafzüchterei bedarf in jedem Jahre in der Zeit der Schafschur für die Dauer weniger Wochen einer größeren Zahl von Hilfskräften.

Neben den großen Züchtern (Squatters) existiert eine wachsende Klasse kleiner Viehzüchter mit Ländereien von 1000 bis 10000 Morgen, je nach der Güte des Bodens.

Statistiken.

	1919	1920
Zahl der Schafe	73 534 082	
Woll-Schur in lbs.	704 750 698	723 208 176
Wert in engl. Pfund	45 515 634	46 336 361

A c k e r b a u. Ackerbau, Weinbau und Milchwirtschaft sind infolge der Verteilung der jährlichen Regenmenge nur in einem Küstenstreifen von etwa 200 Meilen Breite möglich. Die bedeutsamste Feldfrucht ist der Weizen. Die Weizenernte, die Ernte von Wein und anderen Früchten gibt einer großen Zahl von S a i s o n a r b e i t e r n in den landwirtschaftlichen Bezirken Arbeit.

P r o d u k t i o n.

	Weizen 1920/21	Heu- u. Korn 1920/21	Zucker	Total	Weinberge	Obstbau
Areal(acres)	9 063 590	4 461 300	159 037	13 298 516	73 326	192 500
Ernte . . .	144 409 488 Bushels		1 350 081 Tons			

M o l k e r e i p r o d u k t e (in Millionen lbs.)

Butter	165
Käse	27
Schweine	57,7

Die meisten Farmer bearbeiten ihr Land selbst, nur im Weizenbau gibt es an manchen Stellen ein Pachtsystem. Der Farmer rodet und bearbeitet das Land und erhält die Hälfte der Ernte. Doch ist dies System im Abnehmen begriffen.

Die Bodenverwertung — ohne Kronland — zeigt folgende w e n i g z u v e r l ä s s i g e Statistik:

	Neusüdwales		Victoria		Südaustralien	
unter 50 acres .	41 732	508 758 acr.	20 966	370 026 acr.	7 204	115 933 acr.
50— 500 „ . .	34 269	7 360 347 „	34 282	7 089 467 „	7 793	1 838 902 „
500—5000 „ . .	18 705	24 483 187 „	17 089	17 881 345 „	8 182	10 218 022 „
über 5000 „ . .	1 770	26 371 949 „	442	4 834 913 „	186	2 121 759 „

Zur letzten Klasse gehören die meisten der Ländereien, die auf lange Zeit verpachtet sind, und deren Umfang in Neu-Südwales 73 Millionen, in Viktoria 7 Millionen und in Süd-Australien 100 Millionen Morgen beträgt.

B e r g b a u. Die Hauptkohlenbasis liegt in der Nähe von Sidney; die Bergwerke selbst liegen ungefähr 100 Meilen von dieser Stadt entfernt, im Norden bei Newcastle, im Westen bei Lithgow und im Süden.

Von Wichtigkeit ist der Gold- und Silberbergbau.

W e r t d e r E r z f ö r d e r u n g (in engl. Pfund)

	1913	1917	1920
Gold	9 376 572	6 185 410	5 494 083
Silber	4 716 989	5 510 303	1 922 050
Kupfer	3 260 235	4 863 890	1 891 875
Kohle	4 628 063	5 596 425	6 761 129

W e i t e r v e r a r b e i t e n d e I n d u s t r i e. Von der Totalproduktion des Gesamtstaates entfallen nur zwei Siebentel auf die weiter-

verarbeitenden Industrien. Nur wenige Industrien besitzen einen Exportüberschuß, so die für Yams, Mehl, gefrorenes und Konservenfleisch, Kondensmilch und ähnliche Produkte. Unter dem Anreiz des Schutzzolles haben eine Anzahl englischer Firmen Fabriken in Australien für den lokalen Inlandsmarkt gegründet. Die Regierung hat in Sidney eine Werft für Kriegsschiffe gebaut. Lokomotiven werden sowohl in den staatlichen Eisenbahnwerkstätten als auch von verschiedenen privaten Firmen gebaut; im Jahre 1914 wurde ein großes Stahlwerk errichtet, das mehr als 4000 Arbeiter beschäftigt. Die meisten dieser neuen Industrieniederlassungen entstanden in der Nähe bereits vorhandener Städte. Es gab in Australien 1920 15 588 Unternehmungen mit 340 475 Arbeitern.

Gesamtsumme der gezahlten Löhne: 42 506 095 engl. Pfund.

Außenhandel (in Millionen engl. Pfund):

	Import	Export
1913	79,7	78,6
1917	76,2	98,0
1920	163,3	132,0

Hauptsächliche Exportwaren:

	Menge in 1000 engl. Zentnern	Wert in 1000 £	Nach Großbritann. für 1000 £
Wolle	4 960,0	33 773,3	21 698,0
Weizen und Mehl	51 069,2	39 422,9	17 990,6
Butter	924,2	11 067,1	10 285,2
Gefrierfleisch	2 346,0	5 398,5	4 693,4

Wichtigste Importwaren. Textilwaren 49,8 und Maschinen 39,1 Millionen engl. Pfund. Der Wert des Imports aus Großbritannien betrug 76,8 und aus den Vereinigten Staaten 36,1 Millionen engl. Pfund.

Transport. Die Eisenbahnen sind im Besitz der verschiedenen Staaten, die verschiedene Spurweiten benutzen. Gesamtlänge 23 150 engl. Meilen; weitere 60 337 im Bau.

Schiffahrt. 4 758 916 Tonnen erreichten die australischen Häfen.

Finanzen. In der Verfassung von 1911 wurde die Ausgabe von Banknoten der Gesamtregierung vorbehalten.

Notenumlauf (in Millionen engl. Pfund):

1913	9,9
1916	44,4
1921	55,3

Bankdepots (in engl. Pfund):

	täglich kündbare	langfristige	Sparkassenguthaben
1913	62 012 773	87 814 795	75 261 354
1916	92 821 872	100 118 758	97 076 354
1921	124 244 404	156 411 043	143 304 487

Staatsfinanzen. Die Budgets der Einzelstaaten sind im Gleichgewicht. Ihre Staatsschulden betragen, Inland und England zusammen, 401,7 Millionen engl. Pfd.

B u d g e t d e s S t a a t s w e s e n s. Die hauptsächlichsten Einnahmequellen sind Zölle mit 31,8, Einkommensteuer mit 14,4, Grundsteuer mit 2,2, Erbschaftssteuer mit 1,2, Kriegsprofitsteuer mit 2,1 und die Einkünfte aus der Post mit 8,4 Millionen engl. Pfund.

A u s g a b e n i n M i l l i o n e n e n g l. P f u n d :

Armee	1,3
Marine	2,4
Krieg	2,7
Schuldendienst . . .	19,6

Gewerkschaftsbewegung.

Die frühesten australischen Gewerkschaften waren entweder Teilorganisationen englischer Branchenverbände oder nach deren Muster organisiert. In den sechs damals politisch noch nicht verbundenen Kolonien wurden gesonderte Gewerkschaften gegründet und in jeder von ihnen unter den verschiedenen Gewerkschaftsgesetzen anerkannt, ohne Verbindung mit den gleichartigen Organisationen eines anderen Staates zu haben; ein Mangel, unter dem die Bewegung heute noch leidet. Nach einer Reihe verlorener Streiks in der großen Wirtschaftsdepression der 90er Jahre akzeptierten die Gewerkschaften das Prinzip der staatlichen Schlichtung der industriellen Konflikte, und diese Tatsache erhielt für die weitere Entwicklung der australischen Gewerkschaftsbewegung bestimmenden Einfluß.

Zunächst wurde hierdurch die Tendenz zur Isolation gestärkt, da die Schlichtungsausschüsse und Lohn-Schiedsgerichte (Wage Boards) staatliche Einrichtungen waren, die entsprechenden Gesetze jedoch von Staat zu Staat differierten. Die Einrichtung eines gesamtstaatlichen Schiedsgerichts im Jahre 1905 führte zur Vereinigung einer Anzahl von Organisationen, so daß gegenwärtig 96 Gewerkschaften 80 Prozent der gesamten gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft Australiens umfassen.

Zweitens förderte diese Gesetzgebung unzweifelhaft die zahlenmäßige Zunahme der Gewerkschaften. In den vier Jahren, die der Durchführung der ersten Schiedsgerichtsgesetzgebung im Staate Neu-Südwales folgten, wurden 111 neue Gewerkschaften eingetragen gegen 26 in den vorhergehenden acht Jahren. Andererseits wurde der Typ eines „Schlichtungsgewerkschaftlers" gezüchtet, der zwar die Erfolge eines Schiedsspruches gern genoß, jedoch keinerlei Klassenbewußtsein besaß. Diese Klasse von Arbeitern ist es, die den während der letzten Jahre gegründeten Berufsverbänden angehört, z. B. denen der Staatsarbeiter (3172), Lehrer (2405), Bankbeamten (1000) und Werkmeister (78), die in Neu-Südwales eingetragen sind.

Endlich diente die Schiedsgerichtsgesetzgebung zur Verhinderung von Streiks und Aussperrungen. Infolge ihrer „legalen" Position besaß keine der Gewerkschaften, mit Ausnahme derjenigen der Kohlenbergleute, einen besonderen Streikfonds, und sie mußten ihre Mitglieder im Fall länger dauernder Konflikte mit in anderen Organisationen gesammelten Geldern unterstützen. So erhielten die Gewerkschaften immer mehr den Charakter von lohnregulierenden Organisationen, und die größte unter ihnen, die Australian Worker Union (A. W. U.), hat sich mehr als einmal prinzipiell gegen die Sammlung eines Streikfonds als Kampfmittel erklärt.

Eine weitere Besonderheit der australischen Gewerkschaftsbewegung erklärt sich aus den Schwierigkeiten, die sehr zahlreichen Wanderarbeiter, die nicht nur unter den Landarbeitern, sondern auch unter den Bergleuten, Schafscherern, Erdarbeitern u. a. vorhanden sind, zu organisieren. Erst nachdem ein System der Massenorganisation angenommen wurde, war es möglich, diese Schichten in steigendem Maße zu erfassen. Dieses System wurde durch den dauernden Uebergang der sogenannten „Busch-Arbeiter" von einem Beruf zum andern notwendig. Im Jahre 1910 nahmen die Bergarbeiter von Queensland die schwachen Gewerkschaften der Zuckerarbeiter, Holzfäller und ungelernten Arbeiter in ihre Reihen auf. 1913 sog die A. W. U., die zumeist aus Schafscherern bestand, sowohl die Queensländische Organisation als auch etliche andere Organisationen von Busch-Arbeitern in anderen Staaten auf; zwei Jahre später erfolgte der Zusammenschluß der Erzbergleute, Eisenbahner und Ungelernten. D a d u r c h s i n d a l l e l ä n d l i c h e n A r b e i t e r m i t A u s n a h m e d e r S c h l a c h t e r i n e i n e r O r g a n i s a t i o n, d e r A. W. U., z u s a m m e n g e f a ß t. Die A. W. U. ist bereits seit ihrer Gründung im Jahre 1887 „kontinental" organisiert gewesen und hat die einzelstaatlichen Grenzen ignoriert.

Drittens besteht kein genügendes Zusammenwirken zwischen den einzelnen Gewerkschaften. In den Einzelstaaten bilden die Gewerkschaftskartelle der Hauptstädte die gemeinsamen Schlichtungsausschüsse. Aber die meisten dieser Körperschaften sind lediglich beratender und repräsentativer Natur. Alle Versuche, für die Arbeiterschaft ganz Australiens eine ständige Körperschaft in Form eines „General Council" zu bilden, sind bisher mißglückt; doch finden periodische Gewerkschaftskongresse statt.

Alle Gewerkschaften mit Ausnahme derjenigen der Bergleute sind den S c h i e d s g e r i c h t e n unterworfen. Von diesen Körperschaften haben bisher nur etliche sehr gelbe Organisationen Anerkennung ge-

funden, z. B. die Gewerkschaft der Angestellten der Australischen Stahlindustrie (Australian Steel Industry Employer Union), die 1300 Mitglieder umfaßt. Andererseits sind unter dem Einflusse der I. W. W. Schritte unternommen worden, die gesamte Arbeiterschaft auf der Basis der Industrieaktionen zu einer „One Big Union" zusammenzufassen. Der Gewerkschaftskongreß von 1918 prüfte diese Vorschläge und nahm ein dem Programm der W. J. J. U. nachgebildetes Programm an. Jedoch haben nur die Kohlenbergleute dieses Programm befolgt. Doch gegenwärtig bereiten die Bergarbeiter, Eisenbahner, Seeleute und Hafenarbeiter ihren Zusammenschluß mit der A. W. U. auf der Grundlage dieses Programms vor.

Stärke der Gewerkschaftsbewegung.

Jahr	Zahl der Gewerkschaften	Mitgliederzahlen
1900	nicht feststellbar	
1910	482	302 119 (schätzungsweise)
1914	430	523 271
1918	394	581 755
1919	394	627 685
1920	388	684 450

Politik. Die Mehrheit der Gewerkschaften ist gleichzeitig den einzelstaatlichen Zweigen der Australischen Arbeiterpartei (A. L. P.) angeschlossen. Die australischen Gewerkschaften als solche sind keiner Internationale angeschlossen, doch haben diejenigen Organisationen, die dem „U. S. W. Labour Council" angehören, durch diese Körperschaft ihre Aufnahme in die Kommunistische Internationale beantragt.

Der letzte Gewerkschaftskongreß fand auf Einladung der A. L. P. im Jahre 1921 statt und forderte Sozialisierung der Industrie, Organisation auf der Basis der I. W. W.-Grundsätze, Gegnerschaft gegen die imperialistische Zentralisation aller englischen Kolonien, gemeinsames Vorgehen aller Arbeiter gegen jeden künftigen Krieg, besonders unter den Mächten des Stillen Ozeans, Mutterschaftsversicherung, staatliche Arbeiterversicherung, Gründung von Arbeitertageszeitungen in jeder Stadt, Selbstbestimmung für Irland und Bildung eines Aktionsausschusses von 13 Köpfen.

Streiks. Da die Löhne ganz allgemein durch die Schiedsgerichte festgesetzt werden, scheuen die Gewerkschaftsbeamten vor Streiks zurück. Die Seeleute streikten 1919 mit vollem Erfolge, aber die Marinemaschinisten und die Stewards wurden 1920 bezw. 1921 nach langen Kämpfen niedergeworfen. Die Bergleute von Broken Hill

befanden sich vom Mai 1919 bis November 1920 in einem Streik für die 36-Stundenwoche. Zwar wurden ihre Hauptforderungen bewilligt, doch die meisten Bergwerksgesellschaften schlossen die Gruben, als der Preis für Blei im Januar 1921 fiel.

Jahr	Zahl der Streiks	Zahl der Arbeiter	verlorene Tage	durchschnittl. Wochenlohn	Kosten der Lebenshaltung[1])
1913	208	33 493	623 528	64/—	22/1
1917	444	173 970	4 599 658	64/2	26/4
1919	460	157 591	6 308 226	74/11	30/2
1921 (1½ Jahr)	359	104 833	1 030 271	93/3	34/5

Arbeitslosigkeit	Mitglieder der Gewerkschaften	davon arbeitslos	Prozent
Juni 1913	243 523	17 834	7,3
„ 1917	303 507	19 257	6,3
„ 1919	303 468	25 768	8,5
„ 1921	363 675	45 622	12,5

Ein regelrechtes Unterstützungssystem existiert nicht, doch sind von den Einzelstaatsregierungen Unterstützungen an Leute, die sich in Not befinden, vorgesehen. Die Arbeiterregierung von Neu-Süd-Wales überwies den streikenden Bergleuten von Broken Hill 113 806 engl. Pfund, und in ähnlicher Weise unterstützte die Regierung von Queensland die Kupferbergleute von Mount Morgan u. a.

Politische Bewegung.

Arbeiter- und sozialistische Parteien. Nach dem Mißerfolge des Seeleutestreiks von 1891 wurden in jedem Staat Arbeiterparteien gegründet. Sie beruhen auf der Mitgliedschaft der Gewerkschaften, doch können auch Einzelpersonen Mitglieder der Lokalorganisationen, der sogenannten Ligen, werden. Das Programm wird in jährlichen Konferenzen der Delegierten der Gewerkschaften und Ligen beraten. Die hier gewählte Exekutive bestimmt die Parlamentskandidaten, leitet die Sammlung von Wahlfonds und die Wahlkampagnen. Das den einzelstaatlichen Arbeiterparteien gemeinsame Programm wird von einer zwischenstaatlichen Konferenz fertiggestellt. Außerdem ist eine gemeinsame Exekutive vorhanden, doch ist die Leitung der Wahlfondssammlungen und die Namhaftmachung der Parlamentskandidaten den einzelstaatlichen Organisationen vorbehalten geblieben.

[1]) Die Zahlen geben lediglich die Preise für Lebensmittel und die Wohnungsmiete nach dem Verhältnis von 1 Pfd. Sterling im Jahre 1911. Die wirkliche Zunahme der Preise seit 1914 beträgt nahezu 65 Prozent.

Ziele. Der Hauptzweck der Parteien ist die Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiterschaft. Zu diesem Zwecke fordern sie gesetzliche Lohn- und Arbeitszeitregelung, soziale Gesetzgebung und obligatorische Gewerkschaftslöhne und Arbeitsbedingungen, Bevorzugung gewerkschaftlich Organisierter bei Einstellung staatlicher Arbeiter (der Staat ist der größte Unternehmer), ferner eine der Arbeiterschaft günstige Auslegung der bestehenden industriellen Gesetze, wohlwollende Neutralität des Staates in jedem Streikfalle.

Die A. L. P. neigte seit jeher zu dem Fabian-Sozialismus. 1905 nahm sie Stellung für die Nationalisierung aller Monopole und die Erweiterung der staatlichen Gemeinwirtschaft mit Ausschluß der Kleinbetriebe.

Die Partei erklärte sich 1905 gleichfalls für die Kultivierung einer einheitlichen „Australischen Auffassung" (Australian Sentiment), die auf dem „weißen Australien" basieren sollte. Diese nationalistische Politik wurzelt in wirtschaftlichen Tatsachen: der dauernden Bedrohung der Gewerkschaften durch billigere farbige Arbeitskräfte, der Notwendigkeit einer einheitlichen Gesetzgebung zur Durchführung gleichartiger Arbeitsgesetze und dem Wunsche, die eigene Industrie zu stärken, um die Arbeitsmöglichkeiten zu vermehren. Diese Politik führte die Partei dazu, für den obligatorischen Militärunterricht (military training) und für eine große Flotte Stellung zu nehmen. Im Jahre 1916 jedoch verweigerte die Partei ihre Zustimmung zur Rekrutierung in den Uebersee-Kolonien und erklärte sich 1919 für die Abschaffung des obligatorischen Militärdienstes. Sie nahm auch gegen den „föderalistischen Imperialismus" schärfste Stellung und forderte die „volle Autonomie Australiens innerhalb der britischen Völkerfamilie".

A. L. P.-Politiker haben sich stets um die Stimmen der Kleinfarmer, Erzgrubenarbeiter und ähnlicher Schichten bemüht und zu diesem Zwecke mannigfache Konzessionen machen müssen. Mit diesen Stimmen gelang es der A. L. P. in den meisten Staaten, ein- oder mehrmals die Regierung zu übernehmen und im Gesamtparlament von 1910 bis 1916 zu herrschen. Die meisten Arbeiterminister, unfähig, ihre Wähler zu befriedigen, desertierten zur Gegenseite, als 1916 die Rekrutierungsvorlage eingebracht wurde. Die verschiedenen Arbeiterregierungen gaben den Arbeitern im allgemeinen Verminderung der Arbeitszeit, Erhöhung der Nominallöhne und Verbesserungen der Arbeitsbedingungen. Aber während sie dies taten, bewiesen sie — von

Fällen offener Verräterei ganz abgesehen —, daß solche Regierungen tatsächlich unfähig sind, die Lage der Lohnarbeiter zu ändern, weil

1. alle Verbesserungen des Lohnes, der Arbeitszeit und der Arbeitsbedingungen durch die Ausbeuterklasse zunichte gemacht werden können entweder durch Erhöhung der Preise oder, wenn dies — wie gegenwärtig in Neu-Südwales und Queensland — nicht möglich ist, durch Aussperrung der Arbeiter; das herrschende System macht die Beschaffung von Staatsanleihen für öffentliche Arbeiten in einem solchen Falle unmöglich, und die Regierung ist daher nicht in der Lage, den Kapitalisten entgegenzuwirken, so daß die Arbeitslosigkeitsziffern in Staaten mit einer Arbeiterregierung höher sind als in anderen, wie das Beispiel von Queensland mit 21,8 Prozent und Neu-Süd-Wales mit 13,5 Prozent gegenüber einem Durchschnitt von 9,3 Prozent in anderen Staaten zeigt;

2. die Politik der Arbeiterpartei keine Möglichkeit gibt zur Abschaffung des Lohnsystems, da die Gründung von staatlichen Unternehmungen abhängig ist von Anleihen, die entzogen werden können, sobald solche Unternehmungen den Privatkapitalismus bedrohen. Die 1913 in Neu-Südwales und 1920 in Queensland projektierten Gründungen staatlicher Stahlwerke mußten aus diesem Grunde unterlassen werden.

Was den Krieg anbelangt, so war die A. L. P. entschieden für den Krieg bis nach der ersten Rekrutierungskampagne von 1916; nachdem sie gegen diese Stellung genommen hatte, forderte sie den „Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen", unterstützte jedoch die freiwilligen Rekrutierungen bis 1918.

Die A. L. P. ist keiner Internationale angeschlossen, ist reformistisch, verwirft Revolution und Gewaltanwendung, bekämpft die Kommunisten. Doch hat sie einige energische Resolutionen gegen die Intervention in Rußland angenommen.

In der Gesamtwahl von 1919 erreichte sie 415 000 Stimmen und gewann damit 26 Sitze von 75 im Gesamtparlament. In Queensland und Neu-Süd-Wales hat sie die Mehrheit.

Sozialistische Parteien. Die „Socialist Labour Party" entstand aus einer Sezession der Labour Party von Neu-Süd-Wales 1897. Sie stellte immer Kandidaten für den Senat des Gesamtstaates, doch ohne Erfolg. Die Auflösung der I. W. W. durch den „Unlawful Associations Act" (Gesetz über ungesetzliche Organisationen) von 1917 hatte die Entstehung einiger kleinerer Parteien zur Folge, die sich zumeist mit dem einflußreichen linken Flügel der A. L. P. von Neu-Süd-

wales zu der „One big Union"-Bewegung verschmolzen. Die Socialist Labour Party erhielt bei der letzten Gesamtwahl 6307 Stimmen.

Kommunistische Partei. Diese verschiedenen sozialistischen Parteien — mit Ausnahme der S. L. P. — gründeten 1920 zusammen mit den besten Elementen der alten I. W. W. die „Communist Party of Australia". Fast alle Sektionen der S. L. P. von Neu-Südwales kamen zur C. P. A., ebenso auch die Zeitungen. Interne Streitigkeiten nahmen der neuen Bewegung zwar viel Kraft, doch wurde nach der Rückkehr der Genossen Howie, Smith und Earsman aus Rußland die Einigkeit wieder hergestellt. Führer der Seeleute, Bergarbeiter, Eisenbahner und der N. S. W. „Labour Council" sind Mitglieder der Partei, die von der A. W. U. und der A. L. P. bitter bekämpft wird.

Britisch-Ostafrika.

Britisch-Ostafrika umfaßt, außer der Insel Sansibar, folgende Territorien auf dem Festland: Kenya-Kolonie und Protektorat, Tanganjika-Territorium (ehemals Deutsch-Ostafrika) und das Uganda-Protektorat.

Kenya-Kolonie und Protektorat.

Die Kolonie Kenya wurde durch die 1920 erfolgte Annexion des vormals „Britisches Protektorat Ostafrika" genannten Territoriums gebildet, mit Ausnahme des vom Sultan von Sansibar gepachteten Küstenstreifens, der das Kenya-Protektorat wurde.

Fläche. 246 800 Quadratmeilen.

Bevölkerung. 2 800 000, darunter 17 000 Inder und 5—7000 Europäer.

Regierung. Britisch-Ostafrika ist „Kronkolonie" und untersteht dem Kolonialministerium. 1920 wurde ein Gesetzgebender Rat aus 18 Beamten, 11 gewählten Europäern und 2 gewählten Indern geschaffen. Die Verwaltung zugunsten der Briten und britischer Gefolgsmänner hat, zusammen mit dem Versuch, die indische Bevölkerung auf einen Fuß mit der afrikanischen zu stellen, große Verstimmung unter den Indern verursacht. Das afrikanische Element spielt natürlich nicht die geringste Rolle bei der Regierung des Landes.

Wirtschaftliches, Landwirtschaft. In den Niederungen gibt es an tropischen Produkten Reis, Kokosnuß, Mais usw. In den Niederungen gedeihen auch viele Sorten Feldfrüchte gemäßigter Zonen, darunter Weizen. Kaffee- und Baumwollplantagen dehnen sich immer mehr aus. Es gibt 3 200 Quadratmeilen Wald mit viel wertvollem Holz.

Mineralprodukte gibt es nur wenig.

Handel (Wert in Millionen engl. Pfund).

	1913—14	1914—15	1917—18	1918—19
Einfuhr	2,15	1,47	2,81	3,40
Ausfuhr	1,48	1,00	1,74	2,50

Die Einfuhr setzt sich hauptsächlich aus Fertigwaren zusammen, vornehmlich Baumwollwaren; die Ausfuhr an Baumwolle, Kaffee und Fasern ist bedeutend.

Die Lage der Inder. Die indische Bevölkerung ist zu bitterem Groll getrieben worden dadurch, daß man sie unter der ausgesprochenen Parole „Europäische Interessen voran" ihrer gleichen Rechte mit den britischen Staatsbürgern beraubt hat. Inder spielen, wie in Tanganjika, eine wichtige Rolle als Kleinhändler. Das ungleiche Wahlrecht, das darauf zugeschnitten ist, jede Möglichkeit indischer Einflußnahme auf die Verwaltung zu verhindern, läßt nur die Entsendung von zwei Indern (auf Grund eines besonderen Wahlrechts erwählt) in den Gesetzgebenden Rat zu. Weiterhin bedeutet die „Politik der Rassenunterscheidung" eine faktische Bevorzugung der Europäer, was das Anrecht auf Landbesitz anbetrifft, sowie eine Beschränkung der indischen Gemeinschaften in den Städten auf ein „Bazar"-Gelände.

Arbeitspflicht. Die Ausbeutung des tropischen Afrika durch Europäer bedingt, da der weiße Mann zu körperlicher Arbeit nicht fähig ist, die Verwendung afrikanischer Arbeitskräfte. Wenn sie ihr eigenes Stück Land bebauen, haben die Afrikaner keine Ursache, für weiße Ansiedler zu arbeiten. Infolgedessen gilt es, ein afrikanisches Proletariat durch Wegnahme des Landes und Auferlegung schwerer Steuern (Hüttensteuer, Kopfsteuer etc.) zu schaffen, die der Afrikaner nur durch Arbeitsleistung für die Weißen aufbringen kann. Wo, wie in Ostafrika, diese Politik allein nicht ausreicht, wird Zwangsarbeitsleistung, die Sklavenarbeit gleichkommt, angewendet. Nominell nur für öffentliche Arbeiten bestehend, wurde Zwangsarbeitsleistung auch für andere Zwecke gefordert. Im Juli 1920 erließ der Gouverneur von Kenya ein Amendement zum Arbeitspflichtgesetz von 1912, durch welches die Bestimmungen dieses Gesetzes auf private Unternehmen ausgedehnt und es den Behörden zur Pflicht gemacht wurde, eingeborene Arbeitskräfte den weißen Kolonisten zur Verfügung zu stellen. Die Folge davon war ein Zustand unterdrückter Unzufriedenheit, der das Kolonialamt im September 1921 zur Aufforderung an den Gouverneur von Kenya nötigte, diese Politik soweit wie möglich einzuschränken.

Tanganjika-Territorium (vormals Deutsch-Ostafrika).

Name. Bei der Eroberung von Deutsch-Ostafrika 1918-19 erhielt der von Großbritannien annektierte Landesteil den Namen Tanganjika-Territorium.

Fläche. 384 000 Quadratmeilen.

B e v ö l k e r u n g. 1913 bestand die Bevölkerung aus 7 660 000 Afrikanern, 14 000 Indern, 5336 Europäern. Die gegenwärtige britische Sphäre hat ungefähr 3½ Millionen Einwohner.

R e g i e r u n g. Das eroberte Gebiet wurde zwischen Großbritannien und Belgien aufgeteilt. Dem Gouverneur der britischen Sphäre steht ein Vollzugsrat aus ernannten Mitgliedern zur Seite. Die Lage der afrikanischen und indischen Bevölkerung ist ungefähr die gleiche wie die in der Kenya-Kolonie.

A u ß e n h a n d e l.

	1913—14	1918—19	1919—20
Einfuhr (1000 £)	2 668	1 008	1 158
Ausfuhr „ „	1 778	700	1 426

Palästina.

A r e a l u n d B e v ö l k e r u n g. Palästina in den alten türkischen Grenzen umfaßte 13 724 engl. Quadratmeilen. Bevölkerung 675 000, unter britischer Okkupation jedoch nur zirka 9 000 engl. Quadratmeilen mit 647 000 Bewohnern (1919).

Bevölkerung im Mandatgebiet 1919: 515 000 Mohammedaner, 65 300 Juden, 62 000 Christen, 5 500 andere. Städte: Jerusalem (Hauptstadt) 60 000 Einwohner, Jafa 40 000. — Die zionistischen Organisationen haben 55 Kolonien mit zusammen 15 000 Bewohnern und 147 505 acres Fläche.

V ö l k e r r e c h t l i c h e r S t a t u s u n d R e g i e r u n g. Früher türkische Provinz, 1 9 1 7 v o n E n g l a n d e r o b e r t, am 25. April 1920 durch den Obersten Rat in San Remo als M a n d a t s g e b i e t E n g l a n d z u g e s p r o c h e n. Zum Mandatszweck gehört die Bildung eines „National Home" für die Juden, entsprechend der „Balfour Declaration" vom 2. November 1917, die auch im Friedensvertrage von Sévres figuriert. Regiert durch einen Oberkommissar (seit 1. Juli 1920 Sir Herbert Samuel); er hat einen Advisory Council ernannt aus den Chefs der verschiedenen Regierungsdepartements sowie 10 „nicht offiziellen", die verschiedenen Gemeinden repräsentierenden Mitgliedern. Dieser Council gilt als der erste Schritt zur Selbstverwaltung. Die jüdischen Gemeinden haben ihre innere Organisation vollendet durch Einberufung einer gewählten Versammlung, die ihrerseits ein Nationalkomitee gewählt hat, das die jüdische Bevölkerung gegenüber der britischen Administration vertritt. Offizielle Landessprachen sind Englisch, Hebräisch und Arabisch. — Wegen der starken Spannung zwischen dem an Zahl weit überwiegenden arabischen Element und den Juden (weniger der altansässigen jüdischen Bevölkerung als den einwandernden Zionisten, die zum Werkzeug der rein englischen Politik werden) ist die britische Regierung bis jetzt genötigt gewesen, eine im Verhältnis zu den anderen Gebieten im Orient recht starke Garnison aus englischen Soldaten zu unterhalten.

Wirtschaftliche Verhältnisse. Palästina ist so gut wie ausschließlich Ackerbaugebiet. Oliven, Wein, Baumwolle, Flachs, Reis, Datteln etc. können gebaut werden. Ackerbau sehr vernachlässigt. Die einzigen Industrien mit einer gewissen Bedeutung für den Export sind die Gewinnung von Wein, Seife und Olivenöl. Salzlager und Schwefel am Toten Meer und im Jordantal. Petroleum vorhanden, doch ist die Ausbeutung bis zur endgültigen Regelung der Mandatsfrage suspendiert. Handel: im Jahre 1920 Wert des Imports 4 191 060 Türkische Pfund, des Exports 773 443 Türkische Pfund.

Einziger natürlicher Hafen der Palästinaküste Haifa, aber ganz erstklassig; die Bucht von Akkra bietet der gesamten britischen Flotte Schutz. Haifa ist bestimmt, die wichtigste Meeresbasis für das gesamte britische Mandatsgebiet Palästina-Mesopotamien zu werden. — Eisenbahnen im Betrieb am 1. Januar 1921: 625 engl. Meilen. Wichtigste Bank ist die „Anglo-Egyptian Bank". Währung: ägyptische Währung jetzt gesetzlich.

Transjordania (Kerak).

Nominell selbständiges Emiraf unter Emir Abdallah, einem der beiden Söhne des Königs Hussein von Hedschas (s. dieses unter „Arabien"), praktisch britisches Protektorat. Eine englische Staatengründung der Nachkriegszeit, in Verbindung mit dem englischen Palästinamandat und mit unverkennbarer Spitze gegen die französische Herrschaft in Syrien. Areal nach Abrechnung des durch das englisch-französische Grenzabkommen vom 3. Dezember 1920 zu dem französischen Mandatsgebiet Syrien fallenden Teil etwa 9000 englische Quadratmeilen; ein großer Teil davon ist Wüste. Bevölkerung schätzungsweise 350 000.

Im Lande herrscht ein scharfer Gegensatz zwischen Juden und Arabern. Es handelt sich hierbei nicht nur um einen Rassen- und Religionskampf, sondern um eine Art Klassenkampf. Jüdische kapitalistische Kreise versuchen eine Kolonisation auf Grundlage der Ausbeutung der arabischen Arbeit. Andererseits werden die arabischen Arbeiter durch die zunehmende Zahl von einwandernden Arbeitern, die versuchen, sich gegenüber den „eingeborenen" arabischen Arbeitern eine privilegierte Stellung zu verschaffen, bedroht.

Die Kommunistische Partei. Es gibt in dem kleinen Lande eine ganze Anzahl verschiedener Arbeiterparteien. Der linke Flügel der jüdischen Arbeiterpartei Palästinas begann bereits August 1919 für den Anschluß an die Kommunistische Internationale zu arbeiten. 1920 wurde die Sozialistische Arbeiterpartei gegründet, aus welcher die gegenwärtige Kommunistische Partei Palästinas hervorgegangen ist. Dieselbe betreibt eine energische Propaganda sowohl unter den jüdischen als auch unter den arabischen Arbeitern. Bei der Demonstration um den 1. Mai 1921 in Jafa kam es zu einem schweren

Zusammenstoß mit der „Labour Party", welcher — nach den Informationen der englischen Regierung — die Gelegenheit für einen Angriff der Araber gab, wobei 267 Todesfälle vorkamen.

Die numerische Stärke der Kommunistischen Partei wird auf 500 bis 1000 Mitglieder geschätzt.

Im Lande herrscht übrigens eine ständige Arbeitslosigkeit; die neu ankommenden Einwanderer erhalten ungenügend Land und strömen in den Städten zusammen.

Mesopotamien.

Königreich Mesopotamien; auch „Irak".

Areal und Bevölkerung. 43 250 englische Quadratmeilen mit (1920) 2 849 282 Bewohnern

Rassenverhältnisse. Weitaus überwiegend Araber; im Norden (in Teilen des Wilajets Mosul, in dem zum jetzigen Mandatsgebiet Mesopotamien gehörigen Südkurdistan) auch Kurden; daneben fremde Beimischungen (Türken u. a.).

Religion. Mohammedanisch, kleinere Hälfte sunnitischer, größere schiitischer Richtung (die in Persien Staatsreligion ist). Das schiitische Religionszentrum ist Kerbelah (maßgebend für alle Schiiten bis nach Persien).

Völkerrechtlicher Status und Regierungsform. Mesopotamien war früher türkische Provinz, im Weltkrieg durch England erobert (Fall von Basra 22. November 1914, von Bagdad 11. März 1917), durch Friedensvertrag von Sèvres Mandatsgebiet des Völkerbundes geworden, in San Remo 1920 England als Mandatarmacht zugeteilt. Die Bildung einer Provisorischen Regierung erfolgte 1920; am 23. November 1921 wurde der (durch die Franzosen in Syrien entthronte) Emir Feissal, Sohn des Königs Hussein von Hedschas (siehe unter „Arabien"), zum König des „Unabhängigen Araberstaates" gekrönt. Trotz dieser Formalität ist Mesopotamien praktisch mehr britische Kolonie als britisches Protektorat. Hauptstadt: Bagdad.

Zum Mandatsgebiet Mesopotamien gehört ein Teil von Kurdistan, besonders wichtig durch die Petroleumquellen von Mosul, während der andere (nördliche) Teil nach dem Friedensvertrag von Sèvres bei der Türkei bleiben sollte, jedoch vollkommene Autonomie erhalten hat. Die Londoner Orientkonferenz von 1921 hat diese Forderung auf Gewährung von „Lokalautonomie" mit Schutz für die assyrisch-chaldäischen Minoritäten ermäßigt. Die Türkei hat aber auch auf den südlichen, effektiv dem britischen Mandatsgebiet einverleibten Teil von Kurdistan, mit den Oelquellen von Mosul, niemals verzichtet.

Wirtschaftliche Verhältnisse. Ober-Mesopotamien ist eine hügelige Hochsteppe oder Wüste; Nieder-Mesopotamien teils Wüste, teils Sumpf. Das Schwemmland entlang den Flüssen aber ist

von hervorragender Fruchtbarkeit. Das besiedelte und kultivierte Land stellt sich daher als zwei lange Streifen entlang dem Euphrat und Tigris dar; das ganze übrige Land hat eine verschwindend geringe Bevölkerungsdichtigkeit. Nur ein sehr geringer Teil ist Kulturland. Dieser Zustand ist aber erst durch säkulare Vernachlässigung entstanden; denn an und für sich ist Mesopotamien der klassische Boden der ältesten Kultur Vorderasiens. Der Ackerbau ist in ganz Mesopotamien an künstliche Bewässerung gebunden; auf höheren Landstufen überwiegt Gerste, auf tieferen Reis. Getreide, Baumwolle, Datteln, Erdnüsse sind die wichtigsten landwirtschaftlichen Produkte. Baumwolle bildet nahezu die Hälfte des gesamten Exports, sodann Teppiche und Getreide. Im Jahre 1919 Wert des Imports 11 940 404 engl. Pfund, des Exports 7 150 268 engl. Pfund. Reger Zwischenhandel mit Persien; Seehafen Basra.

Mesopotamien ist besonders wichtig durch sein Petroleum; Oelvorkommen werden bereits ausgebeutet bei Gazara, nahe Mosul, und bei Mandali, nordöstlich von Bagdad (eine Hauptursache des englisch-deutschen Konfliktes).

Von der Bagdadbahn (europäische Spurweite) wurde gerade vor Kriegsausbruch die Sektion Bagdad-Smyrna eröffnet; während des Krieges wurden verschiedene Schmalspur-Strecken erbaut. Seit dem Waffenstillstand ist Bagdad mit Basra verbunden, und mehrere andere Sektionen sind in Angriff genommen. Gesamtlänge Konia (Kleinasien)—Bagdad 1509 englische Meilen, davon 1921 1117 Meilen in Betrieb.

Politische Chronik.

Dezember 1919. Beginn einer großen englandfeindlichen Aufstandsbewegung. März 1920 Aufstand von Basra bis Mosul. Sommer 1920 unter dem Eindruck des großen Aufstandes grundlegende Aenderung der englischen Politik, Entsendung des „arabischen Spezialisten" Sir Percy Cox nach Mesopotamien zwecks Vorbereitung der Gewährung vollkommener Autonomie. September 1920 Höhepunkt des Aufstandes, fast 100 000 englische und indische Truppen in Aktion. Oktober 1920 Abflauen des Aufstandes, Beginn der Strafexpeditionen (mit Bombenflugzeugen) und Unterwerfungen. Anfang Januar 1921 die Pazifikation im wesentlichen durchgeführt. 23. August 1921 Krönung des franzosenfeindlichen Emir Feissal zum König des „Unabhängigen Araberstaates Mesopotamien".

Mosulfrage: Nordmesopotamien mit Mosul gehört nach dem englisch-französischen Abkommen von 1916 zu der Frankreich zugesprochenen Zone. Im Herbst 1918 verzichtete Clémenceau auf das Wilajet Mosul. England verpflichtete sich später vertraglich, 25 Prozent der Petroleumproduktion von ganz Mesopotamien an Frankreich — gegen Bezahlung — abzugeben.

Italien.

Politische Verhältnisse.

Das Spiel der sozialen und politischen Kräfte in Italien ist gewiß nicht leicht verständlich für einen, dem die unmittelbare Erfahrung fehlt, und um so schwerer ist es, in kurzen Worten

ein umfasendes Bild davon zu geben. Wie bekannt, hielt die Entwicklung des industriellen Kapitalismus in Italien mit jener der anderen charakteristischen kapitalistischen Staaten nicht gleichen Schritt und ist auch in Italien selbst nicht einheitlich. Am stärksten ist sie in Norditalien und läßt immer mehr nach, je weiter wir nach dem Süden gehen. Anders ist die Entwicklung der Landwirtschaft. Sie ist in Norditalien ebenso bedeutend wie in Süditalien, ja, vom Gesichtspunkte der technischen Vollkommenheit und der relativen und absoluten Produktionsintensität aus ist ihre Bedeutung im Norden noch höher. In der Po-Ebene, wo sich die wichtigsten industriellen Zentren befinden, ist gleichzeitig auch die Landwirtschaft sehr entwickelt und reich, während die übrigen Teile Italiens — abgesehen von einigen überaus fruchtbaren Bezirken in Mittelitalien, in Kampanien usw. — der Landwirtschaft im allgemeinen weniger günstige Bedingungen bieten. Ebensowenig kann man daher die herrschende Klasse als einen Bund zwischen den industriellen Kapitalisten Norditaliens und den Großgrundbesitzern des Südens bezeichnen, denn damit würde man die sehr bedeutenden konservativen sozialen Kräfte der Agrarier des Nordens (insbesondere der Emilia, Lombardia, Veneto) übersehen. Im Gegenteil, der halbfeudale Charakter des Großgrundbesitzes in Süditalien und die veralteten Anschauungen seiner Eigentümer halten diese von der direkten Teilnahme an der Politik zum Teile fern. Und wenn die bürgerlichen Regierungen im Süden dennoch immer eine weitgehende soziale und politische Unterstützung finden, so ist das größtenteils den Mittelschichten des Südens zuzuschreiben. Die Bourgeoisie Italiens hat, infolge der veralteten sozialen Verhältnisse und des Fehlens einer kräftigen Proletarierbewegung, kein klares Klassenbewußtsein, ist nicht in den ersten Reihen im Kampfe gegen die Revolutionsgefahr, schickt ins Parlament — innerhalb des Rahmens der Verfassung — sowohl rechts- als auch linksstehende Abgeordnete und hat keinen aktiven Anteil an der gegenwärtigen Reaktion, die die politischen Organisationen der herrschenden Klasse führt.

Dem gegenüber haben wir in Oberitalien seit vielen Jahren eine sehr entwickelte Arbeiterbewegung, und zwar nicht nur beim städtischen, sondern — was für Italien besonders charakteristisch ist — auch unter dem landwirtschaftlichen Prole-

tariat. Diese letztere Bewegung stützt sich besonders auf die landwirtschaftlichen Lohnarbeiter der Großgrundbesitze und in einigen Zonen auch auf die Kleinbauern (Halbpächter), niemals jedoch auf die Kleinbesitzer.

Die Bewegung des industriellen Proletariats, die bereits vor dem Kriege ziemlich stark war, *nahm unmittelbar nach Kriegsende einen neuen und großen Aufschwung.* In erster Reihe kommen die Massen der Metallarbeiter in Betracht, die im Klassenkampfe immer die entschiedensten sind und einen beträchtlichen Teil der revolutionären Parteien ausmachen. An ihrer Seite stehen die großen Massen der Textil-, der chemischen, Bau-, Glas-, typographischen, Holz- etc. Industriearbeiter. Intensiv ist die Bewegung unter den Transportarbeitern, sowohl in den staatlichen, wie auch in den Privatbetrieben, bei den Eisenbahnern, Straßenbahnern, Hafenarbeitern, Seeleuten. Sehr bedeutend ist die Gewerkschaftsbewegung auch unter den Arbeitern der staatlichen Industriebetriebe (Arsenale, Tabakfabriken) und ebenso bei den Gas- und Elektrizitätsarbeitern. Vom Klassenstandpunkte weniger wichtig, doch immerhin sehr bedeutend ist die Bewegung der öffentlichen und der Privatangestellten. — Die größten Industriezentren sind in der Reihenfolge ihrer Bedeutung: Mailand, Turin, Genua, Triest und in der letzten Zeit auch Neapel; außerdem gibt es äußerst wichtige Zonen ohne ein städtisches Zentrum in Piemont (Novarese), Lombardei, Venetien (Vicentino), Ligurien, Toskana etc. Andere bedeutendere Städte, wie Bologna und Florenz, sind die Hauptstädte von landwirtschaftlichen Zonen mit einem besonders entwickelten Klassenkampf; wieder andere haben eine größere Bedeutung wegen ihres entwickelten Handels oder weil sie Häfen sind. Die Bevölkerung von Rom hat den spezifischen Charakter einer Hauptstadt und weist — auch ohne eine große Industrie — eine revolutionäre Bewegung auf. Auf Sizilien beschäftigt die Schwefelindustrie ein zahlreiches Proletariat, das jedoch bisher kaum aus den Formen einer fast sklavischen Ausbeutung herausgetreten ist.

Die Mittelschichten weisen die denkbar verworrenste Physiognomie auf. Ein Teil der eigentlichen Intellektuellen steht in der schlimmsten reaktionären Bewegung, die anderen — wie das Lehrpersonal —

nähern sich teilweise dem Proletariat. Die kleinen Gewerbetreibenden schließen sich ganz der Bourgeoisie an.

*

Obwohl die Italiener im allgemeinen, und besonders die Süditaliener, recht wenig Sinn für die Organisation haben, trachten heute schon alle Gesellschaftsschichten danach, sich in Organisationen zusammenzuschließen und so für ihre Interessen zu kämpfen. Sie wurden durch die verschärfte allgemeine Lage der Nachkriegszeit dazu gedrängt. Knapp vor dem Kriege machte die italienische Wirtschaft eine gewisse Prosperitätsperiode durch; ungeachtet der großen schwebenden Schulden waren die Staatsfinanzen in gutem Zustande, der Stand der Valuta war günstig, der Kurs der Staatspapiere ziemlich fest, der Notenumlauf und die Lage der Banken normal. Der Krieg hat alles bis auf den Grund geändert: die Budgets haben große Defizite, die Staatsschulden haben sich enorm vergrößert, der Kurs der italienischen Valuta ist stark gesunken, viele Geldinstitute sind bankrott, andere befinden sich in einer trostlosen Lage; die Industrie leidet unter einer akuten Krisis und unter Entwertung ihrer Kapitalien; auch die Landwirtschaft befindet sich — nach der Periode eines scheinbaren Wohlstandes gewisser Gutsbesitzerschichten — in einer Krise. Die Lage der Arbeiterklasse wird infolge der Entwertung des Geldes, der Teuerung und der Arbeitslosigkeit immer unerträglicher; dasselbe gilt auch für die Kleinbauern, und in einem gewissen Grade auch für die kleineren Kaufleute und für die niederen Schichten der Mittelklassen.

Zur Ueberwindung der Krise haben die herrschenden Klassen ihre Solidarität wiedergefunden und bilden große Interessengruppen, teils offen, in den Verbänden der Industriellen und der Agrarier, teils verschleiert, in den Bank- und Börsenmanövern, die mit politischen Manövern verbunden werden, um die Regierungsmacht in den Händen behalten zu können.

Die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung erreichte 1919 und 1920 ihren Gipfelpunkt, sowohl in der Zahl der Organisierten, wie auch in der Zahl der Streiks und in der Größe der Errungenschaften. Seit Ende 1920 ist sie — teils infolge der verschärften Krisis und der Stillegung vieler Fabriken, teils infolge der Offensive der Reaktion — im Rückgange.

Fast alle Gewerkschaftsorganisationen stehen zu einer der politischen Parteien in Beziehung, und der Einfluß dieser letzteren in der ersteren ist sehr groß. Wir können daher die beiden zusammenfassen und gleichzeitig zur Untersuchung der Lage des gewerkschaftlichen und politischen Kampfes schreiten.

Das italienische Parlament stützt sich sozusagen schon traditionell auf eine Koalition der konstitutionellen Parteien. Die Grenzlinie ihrer geschichtlichen Einteilung in eine Rechte und Linke zieht sich zwischen den rechten Liberalen und den sogenannten liberalen Demokraten hin. Zwischen diesen beiden befindet sich heute die aus der katholischen Bewegung hervorgegangene Katholische Volkspartei (Partito Popolare). Die katholische Bewegung, — trotzdem sie, infolge der freimaurerisch-anteklerikalen Färbung der Linken, eine traditionelle Verbündete der Rechten war — ließ diese Partei entstehen — die mit ihrer Organisation, ihrem Programm, ihrer Tätigkeit, ihrer Kühnheit in den Methoden der Gewerkschaftsbewegung besonders innerhalb des landwirtschaftlichen Proletariats und der Bauernschaft[1]) heute schon mehr links steht als die sogenannte bürgerliche Demokratie. Trotzdem bleibt sie im Grunde genommen eine konstitutionelle und Regierungspartei. Der aus Agrariern zusammengesetzte rechte, sowie aus „katholischen Syndikalisten" bestehende linke Flügel der Partei wird vom Zentrum beherrscht, das unter der Führung eines Mannes von nicht gewöhnlichen politischen und organisatorischen Fähigkeiten, des Geistlichen Sturzo, steht.

Eine fortgeschrittenere Partei der „Demokratie", und zwar die „Radikale Partei", welche eine Zeitlang zur einheitlichen bürgerlichen Demokratie gehörte, konstituiert sich gerade jetzt wieder in einer eigenen Partei, in der „Sozialen Demokratie", kann sich aber nicht über die bloß parlamentarischen Manöver erheben. Es muß betont werden, daß der ganze Mechanismus der Regierungskrisen in Italien im allgemeinen nicht durch präzise Klasseneinteilungen erklärt werden kann; vielmehr besteht er in fortwährenden Kompromissen zwischen einzelnen Personen und kleinen Gruppen. Die bürgerliche Rechte und Linke sind im Parlament, wo ihre Gruppen

[1]) Man soll nicht glauben, daß die katholische Volkspartei im Süden stärker ist als im Norden; im Gegenteil, sie ist in Veneto, Lombardia und Mittelitalien am stärksten.

nicht die Disziplin der Gruppen einer katholischen Volkspartei oder Faszisten haben, der Boden für solche Manöver und der Sammelpunkt der Männer, die sich in der Regierung abwechseln. Giolitti, der nach Kriegsende gern linksgefärbte Reden hielt und sich oft den proletarischen Parteien näherte, ist bereits der Mann der Rechten und der Faszisten. Nitti, dessen letzte Rede noch entschieden die Gunst der Rechte suchte, wird heute von den Popolari begünstigt und sogar von den Reformisten der Sozialistischen Partei. Die Zahl ihrer Anhänger richtet sich danach, daß der eine oder der andere von ihnen mehr Aussicht hat, Minister- und Unterstaatssekretärposten zu verteilen. Eine Art Zwischenschicht bilden diejenigen, die sich um Bonomi, Facta, evtl. Orlando scharen; de Nicola steht etwas mehr links als diese letzteren.

Die 1912 von den S. P. abgebröckelten Sozialreformer traten mit ihrer Stellungnahme für den Krieg endgültig in die Reihe der bürgerlichen Gruppen ein; ihre Tätigkeit ist ausschließlich auf das Parlament begrenzt und auf Erlangen von Ministersitzen gerichtet.

Von den antikonstitutionellen Parteien müssen wir die Republikanische Partei erwähnen, die trotz ihrer geringen Stärke in zwei Lager gespalten ist. Der rechte Flügel will die Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien, der linke Flügel orientiert sich in der letzten Zeit nach den proletarischen Parteien.

Unter den nicht parlamentarischen Parteien wollen wir die syndikalistische und die anarchistische Bewegung erwähnen; beide waren bereits vor dem Krieg von der Sozialistischen Partei getrennt.

Die Sozialistische Partei bildet im Parlament eine starke Fraktion und hat heute noch unter den Massen auch im Lande große Anhängerschaft, deren größter Teil in der Confederative Generale del Lavore organisiert ist und dort die Mehrheit bildet.

Was die Kommunistische Partei betrifft, so hat diese starke Minderheiten in der C. G. d. L. und im Eisenbahnersyndikat. Als Vorkämpferin des Prinzips der Einheit der Gewerkschaften verbleibt und arbeitet die K. P. in jeder Organisation und verficht überall die Vereinigung aller gewerkschaftlichen Kräfte des Proletariats. Darin ist auch die Fraktion

für die Kommunistische Internationale innerhalb der Union der Syndikalisten solidarisch mit ihr, welche Fraktion in Wirklichkeit die Mehrheit in der Union ausmacht, auch wenn die Diktatur der Anarchisten das Ergebnis des letzten Kongresses gefälscht hat.

Die Politik der linksstehenden Parteien hängt im gegenwärtigen Augenblick von der Stellung ab, die sie dem Angriff der Kapitalisten gegenüber einnehmen. Dieser hat die revolutionäre Bewegung von Ende 1920 bis heute bedeutend zurückgedrängt, vor allem weil diese Bewegung ihren Aufgaben nicht gewachsen war und insbesondere infolge der zweideutigen Haltung der Sozialistischen Partei, welche den Worten nach revolutionär, in Wirklichkeit aber reformistisch ist und mit der Bourgeoisie zusammenarbeitet.

Der Angriff der Bourgeoisie knüpft sich an die wirtschaftliche Krisis, die es den industriellen und landwirtschaftlichen Arbeitgebern möglich machte, die in den vergangenen Jahren erreichten Errungenschaften des Proletariats in der Form von Arbeiterentlassungen und Lohnherabsetzungen anzugreifen. Politisch ergänzt sich der Angriff mit der Wiedererstarkung des Staatsapparates und mit einer neuen Bewegung, die infolge ihres spezifischen Charakter soviel Interesse erregt: dem Faszismus.

Dieser ist eine bewaffnete militärische Kampforganisation der Bourgeoisie gegen die Arbeiterbewegung; ohne die Staatsmacht zu stützen, hatte die Arbeiterbewegung in Italien einen Grad von Intensität und Einfluß erreicht, daß sie die Verwirklichung irgend eines „nationalen" Programms, d. h. den Wiederaufbau auf kapitalistischer Basis unmöglich machte. Die Reste der vom Krieg großgezogenen patriotischen Ideologie, die bei einigen Mittelschichten noch immer einen nennenswerten Einfluß hatten, und die Notwendigkeit des Gegenangriffes seitens der industriellen und landwirtschaftlichen Bourgeoisie ergänzten sich in der faszistischen Bewegung, die ihre Anfänge in den während des Krieges für die Bekämpfung des „Defaitismus" der Arbeiterbewegung gegründeten „fasci di combattimento" (Kampfbund) hatten.

Die Aktion des italienischen Staates und des Faszismus gegen die revolutionäre Bewegung darf nicht als eine Erscheinung der „äußersten Rechten" aufgefaßt werden in dem Sinne,

daß diese gewisse demokratische und liberale Formen der italienischen politischen Organisation zerstören will. Die Regierung entfaltet ihre Unterdrückungstätigkeit mit ihrer Polizei, deren Stärke in den letzten Jahren sehr erhöht wurde, mit der Justiz, welche Bluturteile gegen die Arbeiter fällt, und mit all ihren Hilfsquellen; gleichzeitig kann sie jedoch — wie auch während der Genueser Konferenz — den Schein der Freiheit und der Demokratie wahren. Diese Komödie wird eben ermöglicht durch den Faszismus, der zwar keine offizielle und legale Organisation der Bourgeoisie ist, der aber tausendmal schwächer wäre, wenn er sich nicht der unbegrenzten Solidarität des Staatsapparates erfreuen könnte. Dieser unterstützt ihn im geheimen in der Vorbereitung und der Entfaltung seiner Unternehmungen und tritt offen und brutal nur dazwischen, wenn die Arbeiter sich wehren. Der Faszismus deckt seine Tätigkeit mit einem politischen Programm, das nicht ein Programm des blinden Konservatismus ist. Die Faszisten haben die Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung erkannt und eine eigene Gewerkschaftsorganisation gegründet, der zwar Gewalt und Betrug zugrunde liegt, deren Bedeutung jedoch, besonders bei den landwirtschaftlichen Arbeitern, nicht zu unterschätzen ist.

Dieses in größten Zügen entworfene Bild zeigt, daß die herrschenden Klassen Italiens im Besitze eines Apparates sind, der ihnen die Erhaltung der Macht garantiert.

Welches ist die Taktik, die die verschiedenen proletarischen Parteien in dieser Lage den Arbeitermassen vorschlagen? Die Kommunistische Partei Italiens entfaltet, ungeachtet ihres kurzen Bestehens und der vielfältigen Schwierigkeiten, jene ideelle und materielle Vorbereitung des Proletariats für den Kampf, um dessentwillen sie sich von der dazu unfähigen Sozialistischen Partei loslösen mußte. Allein unsere Partei ist eine Minderheit, und sie begreift, daß sie mit ihrer Initiative allein die gegenwärtige Gesellschaftsordnung nicht stürzen kann, wenn große Teile der Arbeitermassen noch unter dem Einfluß der anderen Parteien, und insbesondere unter jenem der S. P. stehen. Unter der Parole der „Einheitsfront" propagiert unsere Partei seit längerer Zeit die einheitliche Aktion des ganzen Proletariats zur Verteidigung jener Errungenschaften, die durch die Offensive der Bourgeoisie — sowohl in den wirtschaft-

lichen, wie auch politischen Erscheinungen — gefährdet sind. Die Taktik der Einheitsfront ist in Italien in voller Entwicklung; die Koalition der Gewerkschaften ist schon unter dem Namen „Alleanza del Lavore" gebildet, und die Aufgabe der K. P. I. ist es, diese zur Aktion anzuspornen und gleichzeitig den Einfluß der Kommunisten in der „Alleanza" selbst gegen die Opportunisten zu verstärken. Die vereinzelten Teilaktionen gegen den Faszismus und gegen die anderen Erscheinungsformen der kapitalistischen Offensive sind ganz unzureichend; sie müssen durch einen einheitlichen Kampf auf der ganzen proletarischen Front ersetzt werden.

Die neuesten Erscheinungen deuten auf ein Wiedererwachen des Proletariats: seit einigen Monaten beginnen wieder — zwar defensive — Streiks und Gewerkschaftskämpfe. Auch der Kampf gegen den Faszismus erstarkt von Tag zu Tag, und die K. P. I. und die kommunistischen Organisationen stehen überall in der ersten Kampfreihe.

Auch die syndikalistischen und die anarchistischen Elemente wären für den Kampf; ihre oberflächlichen revolutionären Konzeptionen machen sie jedoch für den zielbewußten, ausdauernden Kampf untauglich, während die Sozialisten weiter in ihrem ewigen Widerspruch stehen, der ihnen jede ernste revolutionäre Vorbereitungsarbeit unmöglich macht. Die Reformisten wissen wohl, daß die Massen von ihren Organisationen eine Aktion erwarten zur Erleichterung ihrer nunmehr unhaltbaren Lage. Prinzipiell gegen jeden direkten Kampf, empfehlen daher die Reformisten die Koalition mit jenem Teile der Bourgeoisie, der ihrer Meinung nach bereit und auch fähig wäre, die Autorität der Gesetze gegenüber den Faszisten wieder herzustellen. Die Maximalisten (Serratianer) sind zwar gegen diese Lösung, wagen aber nicht, sich für den Kampf zu entscheiden.

Die einheitliche Aktion des italienischen Proletariats tut heute not, und sie ist auch möglich. Auch wenn eine solche Aktion den endgültigen Sieg vorläufig nicht bringt, so bringt sie uns einen großen Schritt vorwärts in der Aufnahme der Offensive seitens des Proletariats und seiner Organisierung und Vorbereitung zum Endkampfe. Die Aufgabe der K. P. I. ist, durch die Herstellung der Einheit des Kampfes der Arbeiter

das Proletariat zum Siege zu führen. Heute kämpft noch das italienische Proletariat gegen zwei Fronten: gegen die Reaktion der Bourgeoisie und gegen den Verrat der Sozialdemokraten. Es hat schon viel Bitteres erlebt, es wird aber dennoch über seine beiden Feinde den Sieg davontragen.

Amadeo Bordiga.

Flächeninhalt und Bevölkerung.

	Flächenraum in 1000 qkm	Bevölkerung in Tausend	Bevölkerung per qkm
Italien vor dem Kriege	286,6	37 270,5	130,3
Die neu erworbenen Provinzen	24,5	1 564,6	63,8
Das Mutterland	311,1	38 835,1 [1]	194,1
Die Kolonien: Lybien	1115,0	900,0	0,8
Erythräa	119,0	300,0	2,7
Somalia	357,0	350,0	1,0
Italien samt Kolonien	1902,1	40 385,1	—

Der Friedensvertrag von Sèvres gibt außerdem Italien im südlichsten Kleinasien (Konia, Adalia, Aidin) eine „Wirtschaftseinflußzone" und sieht vor, daß die Insel Rhodos bis 1935 von Italien besetzt bleibt. Nachher Volksabstimmung.

Die Entwicklung der Bevölkerung

	1862	1872	1882	1901	1911	1921
in Tausend	25 000	26 801	28 459	32 375	34 671	38 835
per qkm	87,2	93,5	99,3	113,3	120,9	124,8

Auswanderung. Im letzten Jahrzehnt vor dem Kriege wanderten aus Italien jährlich durchschnittlich über 600 000 Personen aus. Während des Krieges sank diese Zahl auf ein Minimum. In den ersten zwei Nachkriegsjahren nahm die Auswanderung wieder zu, ging aber 1921 sehr stark zurück. Die Gründe dieses Abflauens sind die überseeische Wirtschaftskrise, das nordamerikanische Einwanderungsverbot, die enormen Kosten der Ueberseefahrt und endlich die Valutakrise in Mitteleuropa. Die Stockung in der Auswanderung trägt zur Verschärfung der Arbeitslosigkeit in Italien stark bei.

	1911	1913	1914	1916	1918	1919	1920	1921
Anzahl der Ausgewanderten in Tausenden	711	872	479	142	28	130	364	255
in Prozent der Gesamtbevölkerung	2,0	2,5	1,3	0,4	0,1	0,6	0,9	0,7
davon nach Übersee in Proz.	57	64	49	52	14	52	57	95

Während in den Jahren 1919 und 1920 und auch noch im ersten Halbjahr 1921 über 80 Prozent der überseeischen Auswanderer nach

[1] Dieses ist die Zahl der am 1. Dezember 1921 tatsächlich in Italien anwesenden Bevölkerung. Die italienischen Statistiken pflegen nämlich auch die „zeitlich Ausgewanderten" mitzurechnen. Diese inbegriffen (1 243 Tausend) wäre die Bevölkerungszahl des Mutterlandes am 1. Dezember 1921 40 078 Tausend gewesen.

den Vereinigten Staaten gingen, sank dieser Prozentsatz im zweiten Halbjahr 1921 auf rund 50 Prozent; die Prozentzahl der Auswanderer nach Argentinien und Brasilien nimmt in der letzten Zeit rasch zu.

Kriegsverluste (in Tausend) an Toten 496,9
an Verwundeten 949,5

Nationalität. Vor dem Kriege war die Bevölkerung Italiens einheitlich: es hatte nur etwas über 150 000 an fremden Nationalitäten, (darunter 80 000 Albanier, 40 000 Slaven, 25 000 Griechen). Durch den Anschluß der neuen Provinzen erhielt Italien etwa 300 000 Deutsche und 200 000 Slawen. Die dadurch aufgetauchten Fragen erhielten bis heute keine endgültige Lösung.

Religion. Rund 97 Prozent der Bevölkerung sind römisch-katholisch. Die Zahl der Konfessionslosen ist 875 000 (Volkszählung 1911) gleich 2,52 Prozent. Die übrigen Religionen erreichen zusammen keine 0,5 Prozent. Die Macht der Kirche ist sowohl wirtschaftlich (große Bankorganisationen) als auch politisch sehr groß.

Analphabetismus. Analphabeten waren von der Gesamtbevölkerung zwischen dem 6. und 60. Lebensjahr 1872 68 Prozent, 1901 48 Prozent, 1911 37 Prozent. Heute dürfte es noch 30 Prozent Analphabeten geben. Besonders stark ist der Prozentsatz der Analphabeten in Süditalien und auf den Inseln (über 70 Prozent der Bevölkerung).

Berufsstatistik.[1]) Bevölkerung über 10 Jahre:

	1911		1901	
	in Tausend	in Proz.	in Tausend	in Proz.
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	9 086	34,1	9 443	38,2
Industrie	4 502	17,0	3 875	15,6
Handel	1 331	5,0	1 189	4,9
Haushaltungs- und Marktangestellte	506	1,9	567	2,4
Staats- und Privatbeamte freie Berufe	946	3,55	840	3,5
ohne Beschäftigung	10 178	38,3	8 745	35,2
Nicht bestimmt	32	0,15	47	0,2
Insgesamt	26 581	100	24 706	100

Verfassung, Parlament und Parteien. Konstitutionelles Königreich. Das Parlament besteht aus zwei Häusern: Senat und Deputiertenkammer.

Im Senat sitzen die königlichen Prinzen (von 21 Jahren an) und die vom König auf Lebensdauer ernannten Senatoren (Mindestalter 40 Jahre). Am 1. Januar 1920 waren im Senat 368 Senatoren und 9 Prinzen. Die Deputierten-Kammer wird auf 5 Jahre gewählt. Das Land ist in 40 Wahlbezirke eingeteilt. Es wird nach Listen und innerhalb derselben auf Namen (sog. Vorzugsstimmen) gestimmt. Die Abstimmung ist direkt und geheim. Wahlberechtigt sind alle Männer, die ihr 21. Lebensjahr vollendet haben. Wählbar ist jeder Wähler mit vollendetem 30. Lebensjahr. Es gibt 535 Abgeordnete. Die letzten Wahlen fanden am 15. Mai 1921 statt. An den Wahlen nahmen von den über

[1]) Die diesbezüglichen Daten der letzten Volkszählung sind noch nicht veröffentlicht. Es ist als bestimmt anzunehmen, daß die Tendenzen des Jahrzehntes 1901 bis 1911 — Zunahme der Beschäftigten in der Industrie, Abnahme in der Landwirtschaft (mit Ausnahme der Kategorie „ohne Beschäftigung") — sich im letzten Jahrzehnt noch mehr geltend gemacht haben.

12 Millionen Wahlberechtigten nur 6,5 Millionen teil. Im Parlament sitzen:

„Konstitutionelle"		„Antikonstitutionelle"	
Liberale Demokraten	80	Kommunisten	15
Soziale Demokraten	64	Sozialisten	122
Reformisten	25	Republikaner	7
Liberale	20	Deutsche	4
Agrarier	25	Slaven	4
Nationalisten	10	Popolari („Mittelpartei")	107
Faszisten	35		259
Wilde	17		
	276		

Unter den konstitutionellen Parteien haben nur die Faszisten und die Nationalisten und teilweise die Agrarier einen ausgeprägten Charakter. Nur diese haben auch eine Parteiorganisation, alle übrigen sind lediglich „parlamentarische Gruppen" ohne Partei und ohne ein fixiertes Programm. Sie sind die parlamentarischen Vertreter verschiedener kapitalistischer Gruppierungen; daß sie verhältnismäßig so viel Sitze im Parlament haben, erklärt sich daraus, daß ihre Wahllisten von den jeweiligen Regierungen in jeder Hinsicht unterstützt werden. Sie erhalten die überwiegende Mehrheit ihrer Stimmen in Süd-Italien und auf den Inseln, wo die eigentlich politischen Parteien noch nicht eingedrungen sind. Die Grenzen zwischen diesen Gruppen sind keineswegs scharf bestimmbar. Daher der häufige Uebertritt der einzelnen Abgeordneten aus einer Gruppe in die andere, sowie die immer wechselnden Gruppierungen und Fusionen in den Gruppen selbst. So waren die zwei Gruppen der Demokraten Ende 1921 und Anfang 1922 in einer einzigen Gruppe vereinigt, während sie gerade jetzt (Mai 1922) im Begriff sind, in 3 oder gar 4 Gruppen auseinanderzufallen.

Die „liberale" Demokratie ist die parlamentarische Gruppe Giolittis, der seinerseits der Banca Commerciale Italiana und der von dieser kontrollierten Industrie nahesteht.

Die „italienische" Demokratie ist die Gruppe Nitti's, der mit der am Ende 1921 zusammengebrochenen Banca Italiana di Sconto in engerer Beziehung steht.

Die Reformisten (Bonomi) haben Beziehungen zum Industrie- und Finanzkapital der zwei industriell entwickelten Provinzen Piemont und Lombardei.

Die Liberalen sind mittel- und süditalienische Feudal-Agrarier.

Die Agrarier vertreten die Interessen der Agrarkapitalisten Nord- und Mittelitaliens. Auch diese waren bis Anfang 1922 eine parlamentarische Gruppe ohne Partei. Das definitive Programm der Partei ist erst zu formulieren; aus den beim Gründungskongreß aufgenommenen Richtlinien geht hervor, daß die Partei — mit materieller Unterstützung der Feudalen — die parteilosen und die zur Volkspartei (Partito Popolare) gehörenden Klein- und Mittelbauern in ihr Schlepptau ziehen möchte.

Die Nationalisten sind Exponenten der Schwerindustrie. Ihre Partei als solche ist unbedeutend. In der Kammer geht ihre Gruppe mit der der Faszisten auch zusammen.

Die Faszisten bilden die Stoßtruppe der Bourgeoisie. Die Entstehung der Faszisten-Bewegung rechnet man gewöhnlich von der Gründung des Faszio (Bündel) von Mailand im Frühjahr 1919 durch Benito Mussolini. Doch der Anfang fällt in eine frühere Periode, wo allerdings die Bewegung noch nicht ihren heutigen Namen hatte. Kurz nach Ausbruch des Weltkrieges gründete Mussolini seine Zeitung, den „Popolo d'Italia", mit dem Zwecke, Propaganda für den Krieg zu machen. Seine Tätigkeit stand damals ausschließlich im Dienste der Schwerindustrie, deren Interesse mit jenem der Gesamtindustrie im allgemeinen insofern übereinstimmte, als die Verdrängung des feudalen Großgrundbesitzes von der Staatsmacht den Weg zur Entwicklung der Gesamtindustrie frei machen sollte. Als der König, Vertreter der Klasse der feudalen Grundbesitzer, sich diesen Bestrebungen des Industriekapitals entgegensetzte, gab Mussolini die Parole aus: „Krieg oder Republik!" Das Kriegsende fand die italienische Bourgeoisie erschöpft, desorganisiert und demoralisiert vor. Relativ wurde die Arbeiterschaft zu einer ausschlaggebenden Macht, stand aber ohne Organisation und ohne klare Ziele da. Wieder war es Mussolini, der als erster seine Stimme fand: Frühjahr 1919 gründete er den ersten Faszio. Unter nationalistischen Parolen begann er die Propaganda für die „Wiederherstellung der Autorität des Staates — gegen alle!" Doch die Bewegung hatte bis zur Besetzung der Fabriken durch die Metallarbeiter (September 1920) keine größere Bedeutung. Die Bourgeoisie, deren weitere Kreise erst durch die Besetzung der Fabriken die Größe der Gefahr, die ihr drohte, voll begriffen, gab jetzt ihre weitgehendste Unterstützung den Faszisten, in denen sie ihre einzigen Retter erblickte. Die Aufgabe der Faszisten war leicht: die Arbeiterschaft stand nach dem Verrat ihrer Führer entwaffnet und infolge der großen Niederlage demoralisiert da. — Die Bourgeoisie wollte aber einen vollständigen Sieg: neben der Niederwerfung der Arbeiterschaft auch die endgültige Beseitigung des Einflusses der feudalen Großgrundbesitzer im Staate sowie die Zurückdrängung jenes Finanzkapitals, welches mit dem Großgrundbesitz alliiert war. Es kam die Periode (September 1920 bis April 1921), wo der Faszismus außer den „Strafexpeditionen" gegen die Arbeiterorganisationen wieder einen äußerst scharfen Kampf gegen die Dynastie und die Regierung Giolitti führte. — Während der letzten Wahlkampagne im April bis Mai 1921 gelang es dann Giolitti teils direkt (durch Schaffung des Wahlblocks), teils indirekt (durch Straflosigkeit für die „Strafexpeditionen" gegen die landwirtschaftlichen Arbeiter u. a.), die Agrarier zu bewegen, massenhaft in die Faszio einzutreten, so daß sie heute die Mehrheit in der Faszinistenpartei bilden. Durch diese Ueberflutung seitens der Agrarier erlitt der Faszismus eine Funktionsverschiebung und eine latente Krisis. Funktionsverschiebung, indem er nur den einen — den zweiten — Teil seiner ursprünglichen Aufgabe, und zwar die Niederhaltung der Arbeiterschaft, verwirklichen, nicht aber gegen den Grundbesitz

kämpfen kann, um diesen von der Staatsmacht wegzudrängen. Zwei Richtungen: die „echten" Faszisten, d. h. die Söldner des Industriekapitals unter der Führung von Mussolini und die Agrarier unter Grandi — ringen miteinander innerhalb derselben Organisation in einem stillen, aber sehr erbitterten Kampfe. — Der Faszismus ist daher, so wie er heute erscheint, die Kampftruppe des Kapitals im allgemeinen. Die Formen des Kampfes gegen das Proletariat sind dreierlei: der politische Kampf in und außerhalb des Parlaments; die bewaffneten Angriffe der nach militärischem Muster organisierten sog. „Kampfgeschwader", denen monatlich Hunderte von Proletariern an Toten und Verwundeten zum Opfer fallen, und — seit Ende 1921 — auch der gewerkschaftliche Kampf. Dieser letzte besteht teils aus regelrechten Gewerkschaftsorganisationen, die die Faszisten unter der eingeschüchterten Arbeiterschaft der gesprengten früheren Organisationen unter Terror bilden, teils aus „technischen Geschwadern", welche vornehmlich zur Vereitelung der Streiks bestimmt sind. — Nach eigenen Angaben hatten die Faszisten Ende 1921 etwa 2200 Lokalsektionen (Faszio) mit 300 000 Mitgliedern.

Von den „antikonstitutionellen" Parteien siehe Kommunistische und Sozialistische Partei sowie Anarchisten - Union unter „Arbeiterbewegung".

Die Republikanische Partei, die noch vor einigen Jahren eine große Rolle im politischen Leben Italiens spielte, ist heute infolge des ideologischen Klärungsprozesses ganz zusammengeschrumpft. Sie zählt ungefähr 20 000 Mitglieder. Selbst bei ihrer Kleinheit ist die Partei in zwei Teile gespalten: der linke Flügel orientiert sich unter dem Drucke der Arbeiter-Mitglieder immer mehr nach den Sozialisten; der rechte Flügel (liberale Bourgeoisie) liebäugelt mit den Faszisten und bildet selbst republikanische Avantgarden, die ihrerseits oft mit den faszistischen Kampftruppen kooperieren.

Partito Popolare (Katholische Volkspartei). Eine Mittelpartei zwischen „Konstitutionellen" und „Antikonstitutionellen". Die Partei wurde kurz nach Kriegsende von Don Luigi Sturzo gegründet, der Generalsekretär der Partei und zweifellos einer der größten staatsmännischen Talente Italiens ist. Politisch stützt sich die Partei auf den Vatikan, organisatorisch auf die zirka 30 000 Kirchenorganisationen Italiens, was die ungewöhnlich rapide Entwicklung erklärt: am 3. Jahreskongreß im Oktober 1921 zählte die Partei bereits über 200 000 Mitglieder. Diese rekrutieren sich aus der Bauernschaft und dem städtischen Kleinbürgertum. Territorial ist das hauptsächlichste Rekrutierungsfeld der Partei Mittelitalien, doch hat sie auch in einzelnen norditalienischen Provinzen starke Gruppen. Die Klassenlage der Mitglieder und besonders die Interessen der Bauernschaft zwingen die Partei zum Klassenkampf gegen die Großgrundbesitzer, obwohl die Partei theoretisch den Klassenkampf natürlich verneint. Ihre Arbeiter- und Bauernmassen sind in den „weißen" Gewerkschaften organisiert, die örtlich oft mit den Organisationen der sozialistischen Confederazione Hand in Hand vorgehen.

Die letzten Kommunalwahlen v. 24. November 1920 ergaben für die

	Kommunal-	Provinz-
	Verwaltungen	
Konstitutionellen	2259	34
Sozialisten[1]	2162	25
Popolari	1610	10
Republikaner	28	—
	6059	69

Früher hatten die Sozialisten bloß 350 Kommunen und 4 Provinzen in der Hand.

Wirtschaftliche Verhältnisse.

Italien ist ein Agrikulturland par excellence, da Eisen und Kohle seinem Boden fast ganz fehlen. Das Land zerfällt wirtschaftlich in 3 große Teile:

a) Norditalien (nördlich von der Luftlinie Spezia-Rimini),

b) Mittelitalien (von dieser Linie südwärts bis zur Mündung des Garigliano und Trigno),

c) Süditalien (der übrige Teil der Halbinsel und die Inseln).

Die erst in den letzten Jahrzehnten entwickelte Industrie entfällt zum größten Teil auf Norditalien. Süditalien mit den Inseln hat einen ausgeprägt spät-feudalistischen Charakter. Mittelitalien ist eine Art Uebergang zwischen den beiden Gegensätzen.

Landwirtschaft. In Süditalien herrscht der Großgrundbesitz feudalistischen Charakters vor.

In Norditalien gibt es sowohl Großgrundbesitz als auch Mittel- und Kleinbesitz. In Mittelitalien ist die Aufteilung des Großgrundbesitzes unter Bauern in kleinere Halbpacht-Parzellen allgemein (Mezzadria); besonders in den Provinzen Toscana, Umbrien, Marche, Lombardei, Romagna. Die Bedingungen des Pachtvertrages (patto colonico) wechseln nach Ort und Zeit, der Abschluß dieser Verträge gibt jährlich zu ausgedehnten Kämpfen zwischen Halbpächtern und Großgrundbesitzern Anlaß.

Erntestatistik.

	Bebaute Fläche in 1000 Hektar				Ernte in Millionen q				
	1914	1918	1919	1920	1914	1918	1919	1920	1921
Weizen	4 769	5 487	5 347	5 681	46,1	49,8	46,1	38,4	57,2
Roggen	122	136	138	142	1,3	1,3	1,1	1,1	1,3
Gerste	246	241	242	250	1,5	2,1	1,4	1,2	2,4
Hafer	491	614	571	586	3,8	6,5	5,0	3,5	5,5
Mais	1 575	1 799	1 878	1 876	26,6	19,3	21,7	22,6	24,0
Reis	146	173	164	139	5,4	5,2	4,8	4,5	4,7
Kartoffel	294	538	489	534	16,6	14,0	13,8	14,2	15,0
Zuckerrb.	40	53	53	57	13,5	11,4	14,0	12,0	15,0
Wein[1])	4 319	3 630	5 379	—	43,0	54,5	32,7	42,3	38,0
Oel[1])	2 297	2 875	2 868	—	1,7	—	1,5	1,8	1,8

[1]) Das Ausscheiden der Kommunisten aus der Sozialistischen Partei erfolgte erst im Januar 1921.

Die Hektarerträge sind nicht groß. Doch ist in Betracht zu ziehen, daß es in Norditalien oft Doppelkulturen gibt: Getreide wird unter Obstbäume gesät usw.

Eine Statistik der Verteilung des Bodenbesitzes wurde noch nie veröffentlicht. Die Anzahl der Bodenbesitzer beträgt rund 3 Millionen.

Viehstand in Millionen Stück.

	1908	1913	1918
Pferde	0,9		0,9
Esel	0,8	2,2	0,9
Maultiere	0,4		0,4
Rinder	6,2	6,7	6,2
Schweine	2,5	3,0	2,3
Schafe	11,1	14,0	12,0
Ziegen	2,7	3,2	3,1

Der Bergbau ist von ganz geringer Bedeutung; er beschäftigt ungefähr 60 000 Arbeiter.

Produktion der relativ wichtigsten Zweige (in 1000 Tonnen).

	Eisenerz	Kupfererz	Blei	Fossile Brennstoffe	Petroleum
1911	373,7	68,1	38,4	557,1	10,3
1918	726,5	82,3	37,5	2171,3	4,9
1919	487,5	16,6	32,1	1293,0	4,8
1920	444,4	6,3	34,4	1662,0	4,7

Industrie. Die Industrie ist durch den Mangel an Rohstoffen, Kohle, Holz, Petroleum, Eisen und Metallen in ihrer Entwicklung gehemmt.

	Anzahl der Unternehmungen 1911 (in Tausenden)	Beschäftigte Arbeiter in Tausenden
Bergwerk, Metallurgie Chem. Industrie etc.	70	890
Lebensmittel-Industr.	60	280
Textil-Industrie	35	650
Verschiedene	85	480
	250	2300

Die Textilindustrie ist die wichtigste Industrie des Landes.

a) Seidenindustrie. Anzahl der Unternehmungen zirka 2000 mit über 200 000 Arbeitern, größtenteils Frauen. Neun Zehntel der Fabriken befinden sich in Oberitalien. Die jährliche Kokonernte beträgt 50 Millionen kg; davon fallen 43 Millionen auf Norditalien.

b) Baumwollindustrie.

	Anzahl der Spinnereien und Webereien	Anzahl der Spindeln	Arbeiter auf 1000 q	Rohmaterial Einfuhr in 1000 q	Italien. Export in 1000 q	Elekt. Strom in 1000 Pferdekräft.
1900	610	2 200	127	1 200	170	78
1921	1 100	3 500	200	2 000	650	200

Die überwiegende Mehrzahl der Unternehmungen befindet sich in Norditalien (Lombardei allein 450), doch gibt es etliche auch in Süditalien (Campanien).

c) Schafwollindustrie. Der älteste Zweig der italienischen Textilindustrie, jedoch wenig entwickelt. Sie hat heute 800 Unternehmungen mit 800 000 Spindeln und beschäftigt ungefähr 70 000 Arbeiter. Das Rohmaterial des Landes (zirka 300 000 Doppelzentner) deckt zirka die Hälfte des Verbrauches.

Schwefelindustrie. Die Schwefelindustrie Siziliens hatte bis Ende des vorigen Jahrhunderts ein Weltmonopol. Die Entwicklung der Schwefelindustrie in Amerika versetzte jedoch diese italienische Industrie in die schwerste Krisis. 1905 betrug die Produktion Siziliens 600 000 Tonnen, 1920 etwa noch 200 000, aber selbst dieses Quantum findet wegen der amerikanischen Konkurrenz keine Abnehmer. Die unheilbare Krisis der Industrie trifft 20 000 Arbeiterfamilien in Sizilien aufs schwerste.

Schwerindustrie. Infolge Mangels an Kohle und Eisenerz war diese Industrie vor dem Kriege wenig entwickelt. Der Krieg verhalf ihr zu einem treibhausartigen Aufschwung, worauf dann — nach Beendigung des Krieges — ein jäher Zusammenbruch folgen mußte. Die beiden größten Konzerne Ansaldo und Ilva-Werke sind bankerott. Der erstere hat sogar die Banca Italiana di Sconto, welche mit rund dreiviertel Milliarden Lire seine Hauptgläubigerin war, mit sich gerissen. — Die Kriegsentwicklung der Industrie zeigt die folgende Tabelle.

Jahr	Anzahl der elektr. Hochöfen	Kapital in Milliarden Lire	Anzahl der beschäftigt. Arbeiter in Tausend
1913	7	300	40
1920	100	1 700	250

Mechanische Industrie. Was auf die Metallurgie zutrifft, bezieht sich in geringerem Maße auch auf die mechanische Industrie. Vor dem Kriege hatte diese Industrie 80 Aktiengesellschaften mit 260 Millionen Gesamtkapital; heute gibt es ca. 250 Gesellschaften mit 1,5 Milliarden Aktienkapital — wobei die Automobilindustrie nicht einbegriffen ist. Die überwiegende Mehrheit der Unternehmungen befindet sich in Norditalien.

Automobilindustrie. Im letzten Jahrzehnt einer der bedeutendsten Industriezweige. Die Entwicklung zeigt folgende Tabelle:

	1900	1904	1917	1921
Anzahl der Fabriken	1	2	32	38
Aktienkapital in Tausend Lire	800	1 500	70 000	500 000

Der Schiffbauindustrie wurde durch den Krieg ebenfalls zu einer unnatürlichen Entwicklung verholfen. Das beschäftigte Kapital stieg von 82 Millionen 1914 auf über eine Milliarde Lire 1921.

Chemische Industrie.

	1914	1918	1921
Anzahl der Gesellschaften	100	341	300
Aktienkapital in Millionen Lire	400	750	1 500

Außenhandel (in Millionen Lire).

	Einfuhr			Ausfuhr		
	1914	1919	1920	1914	1919	1920
Rohmaterial	1 193	5 302	5 015	329	758	989
Halbfabrikate	580	2 841	3 249	491	2 153	2 269
Fertigfabrikate	672	2 614	3 765	671	2 192	3 292
Lebensmittel	478	5 864	4 237	719	962	1 253
	2 923	16 621	16 266	2 210	6 065	7 803

	in Tausend Tonnen			
	1914	1916	1918	1919
Import	16 034	15 060	12 157	12 796
Export	3 814	2 446	1 506	1 787
Differenz	12 220	12 614	10 651	11 009

Die Passivität der Handelsbilanz wurde vor dem Kriege vor allem durch den Verdienst der im Auslande arbeitenden Arbeiter ausgeglichen. Die große Differenz im Gewicht der ein- und ausgeführten Warenmengen entsteht durch die Einfuhr schwerer Massenartikel, von Kohle, Holz, Eisen.

Verkehrswesen. 1. Eisenbahnen. Die überwiegende Mehrheit der Linien ist staatlich.

1859	1 800 km
1870	6 000 „
1914	18 000 „
1922	21 700 „

Von den 21 700 km sind 3500 km Doppellinien. Elektrifiziert sind bisher 750 km; die Elektrifizierung weiterer 4200 km steht auf dem Programm.

2. Handelsschiffahrt.

Jahr	Dampfschiffe		Segelschiffe		Gesamttonnage in 1000 Tonnen
	Anzahl der Schiffe	Tonnage in 1000 Tonnen	Anzahl der Schiffe	Tonnage in 1000 Tonnen	
1862	57	10	9300	650	660
1881	176	94	7600	895	989
1914	949	933	4700	350	1 283
1921[1]	1000	1500	4000	250	1 750

[1]) Schätzung.

3. Postautoverkehr. Infolge der Schwierigkeiten und der hohen Kosten des Eisenbahnbaues hat sich der Postautoverkehr in Italien sehr entwickelt. Durch Automobilverkehr sind 8 000 Ortschaften miteinander verbunden. — Es gibt 100 000 km Telephon und 60 000 km Telegraphenlinien.

Geldwesen. Valuta wie in den Ländern der „romanischen Münzunion". Goldzahlungen bei Beginn des Krieges eingestellt.

Notenumlauf. 1. Juli 1921 in Milliarden Lire:[1])

1914	1915	1916	1917	1918	1919	1920	1921[2])	1922[3])
2,2	4,6	5,4	7,4	12,2	15,1	20,0	20,4	20,7

Valutenkurse. Die italienische Valuta wurde während des Krieges von den Ententeländern gestützt, fiel aber trotzdem auf die Hälfte ihres Wertes. Nach Kriegsende Besserung, dann rasche Entwertung. In diesem Jahre Erholung!

Zürich zahlte für 100 italienische Lire (Parität gleich 100):

	1914	1915	1916	1917	1918	1919	1920	1921	1922
Ende März	99,65	92,50	79,12	65,00	49,10	63,30	33,10	23,35	27,75
Ende Juni	99,85	88,87	82,95	67,00	43,65	67,95	26,40	29,95	25,20
Ende Sept.	95,25	84,75	82,54	61,00	71,67	58,65	19,60	23,80	22,75
Ende Dez.	98,65	79,50	73,90	52,40	74,40	42,40	21,65	21,80	—

Staatsfinanzen. Fundierte Schulden in Millionen Lire:

		Kapital	Zinsen
30. Juni	1914	14 839	523
	1915	15 927	572
	1916	19 790	770
	1917	29 961	1 274
	1918	43 046	1 391
	1919	53 674	2 383
	1920	72 839	3 553
	1921	76 106	3 606
	Schwebende	117 153	
	Schuld 1921	41 047	

Die Staatsschulden haben sich seit der Vorkriegszeit verachtfacht. In Wirklichkeit ist diese Summe noch bedeutend größer, da die Auslands-Goldschulden im Nominalwert aufgenommen sind, obwohl das italienische Geld auf ein Viertel seines Wertes gesunken ist

Budget (tatsächliche Einnahmen und Ausgaben in Milliarden Lire)

	1913/14	1914/15	1915/16	1916/17	1917/18	1918/19	1919/20	1920/21	1921/22[4])
Einnahm.	2,55	2,6	3,7	5,3	7,5	9,7	14,0	18,0	19,0
Ausgaben	2,70	5,4	10,6	17,6	25,3	32,5	23,0	28,7	24,0

[1]) Daten bis 1920 von Federico Flora (Resto del Carlino 27. 12. 21) — „Biglietti di Stato" einbegriffen.
[2]) 31. Oktober.
[3]) 1. März.
[4]) Schätzung.

Gewerkschaftsbewegung.

Die sozialistische Bewegung. Den ersten Impuls zur Arbeiterbewegung in Italien gab die Pariser Kommune. Gnocchi und Viani gründeten gegen 1880 die ersten Fachverbände (Federazione Mestieri). Gegen 1890 entstanden nach dem Muster der Pariser Arbeitsbörse (Bourse de Travail) die ersten Arbeitskammern (Camere del Lavoro), die die verschiedenen Fachgruppen örtlich zusammenfaßten. Bald schlossen die beiden Organisationen einen Bund und setzten ein gemeinsames Komitee (Comitato della Resistenza) ein, das auf dem zweiten gemeinsamen Kongreß der alliierten Organisationen 1906 durch den Allgemeinen Gewerkschaftsbund (Confederazione Generale del Lavoro) abgelöst wurde.

Bis 1911 tobte innerhalb der C. G. d. L. ein Kampf zwischen den mehr oder weniger sozialistisch orientierten Reformisten und den Syndikalisten, bis auf dem Kongreß von Modena (1911) die Syndikalisten zum Austritt gezwungen wurden. Seit dieser Zeit stand die C. G. d. L. in ständiger Beziehung zur Sozialistischen Partei, was während des Krieges zum Abschluß eines Allianzvertrages zwischen den beiden Organisationen führte. Nach dem Wortlaut dieses Vertrages sollte die S. P. die politische Richtung der Arbeiterbewegung bestimmen, (die Partei hatte sogar das Recht, die Leitung der Confederazione beiseite zu schieben und die Leitung selbst zu übernehmen); in Wirklichkeit führte die Allianz dazu, daß die durchweg reformistischen Führer der C. G. d. L. zuerst die natürliche Entwicklung der S. P. hemmten, dann aber die tatsächliche Herrschaft an sich reißen konnten.

Die Mitgliederzahl der C. G. d. L. betrug im Jahre

1907	190 422	1914	320 858	1918	249 039
1909	307 925	1915	233 963	1919	1 159 042
1911	383 770	1916	201 291	1920	2 150 000
1913	327 302	1917	277 560	1922	1 000 000 (Schätzung)

Im Jahre 1921 und Anfang 1922 hat die Mitgliederzahl bedeutend abgenommen. Bei annähernder Berechnung (genaue Daten zu erhalten war unmöglich) kann man annehmen, daß die Zahl der Anfang 1922 in der C. G. d. L. organisierten Arbeiter kaum eine Million ausmacht. Der Grund dieses Rückganges ist die nach der Rückgabe der besetzten Fabriken (1920) eingetretene allgemeine Reaktion (besonders die verheerenden Faszisten - Strafexpeditionen). Es gibt ganze Provinzen (Modena, Ferrara, Rovigo, Provinzen in der Toscana u. a.), wo bis 1920 die blühendsten Organisationen der C. G. d. L.

waren und wo sie heute — infolge der Faszisten-Expeditionen — keine einzige Organisation mehr hat. Allein die Mitgliederzahl der Landarbeiterföderation sank von über 300 000 Mitte 1920 auf weniger als 200 000 am Anfang des Jahres 1922. Doch ist die C. G. d. L. auch heute noch die weitaus größte und bedeutendste Gewerkschaftsorganisation Italiens.

Bei der Gründung der R. G. I. trat die C. G. d. L. unter dem Drucke der damaligen revolutionären Welle in Italien in die R. G. I. ein, — ohne aus der Amsterdamer Internationale auszutreten. In ihrer letzten Nationalratssitzung trat sie dann von der R. G. I. zurück und bestätigte ihr Verbleiben in der Amsterdamer Internationale.

Die Kommunisten verfolgen die Politik der gewerkschaftlichen Einheit und bleiben in der C. G. d. L. — Um die kommunistische Tätigkeit in den Gewerkschaften einheitlich zu gestalten, wurde in jeder Gewerkschaft ein kommunistisches Gewerkschafts-Komitee eingesetzt; diese Komitees sind in einem Gewerkschafts-Zentralkomitee vereinigt. Bei der letzten Abstimmung in der C. G. d. L. (Nationalrat in Verona, November 1921; es wurde mit der Organisationszahl von 1920 abgestimmt) erhielt die kommunistische Resolution 400 000 Stimmen gegen 1 350 000 der Sozialisten.

Die Syndikalisten, die bis 1911 in der C. G. d. L. organisiert und aus dieser auf dem Kongreß von Modena ausgetreten waren, bildeten 1912 ein „Komitee für direkte Aktion". 1914 gründete dann diese die „Unione Sindicale Italiana". Aus dieser trat schon im nächsten Jahr eine starke Gruppe (Interventionisten) aus und konstituierte sich mit Regierungsunterstützung als selbstständige „Unione Italiana del Lavore".

Die U. S. I., die Anfang 1922 zirka 120 000 Mitglieder zählte, hat eine anarchistische Mehrheit; infolgedessen hat sie sich — obwohl sie 1920 ihren Eintritt in die R. G. I. zusagte — im März 1922 sowohl gegen die Amsterdamer als auch die R. G. I. ausgesprochen und ihr Zusammengehen mit der Confédération Générale du Travail Unitaire von Paris verkündet. Es gibt jedoch innerhalb der U. S. I. eine starke Strömung für die Kommunistische Internationale und für den Eintritt in die R. G. I. Diese „syndikalistische" Opposition (unter der Führung von Vecchi), welche auf dem letzten Kongreß der U. S. I. (März 1922 in Rom) von den Anarchisten brutal überrumpelt wurde, gibt eine eigene Wochenschrift heraus („Internationale" Verona) und hat die besten Aussichten für den nächsten Kongreß.

Die christliche Bewegung. Kurz nach den ersten Anfängen der Bewegung der industriellen und landwirtschaftlichen Lohn-

arbeiter setzte eine ähnliche in den Reihen der Bauern und kleinen Grundbesitzer ein, die dann bald unter den Einfluß der christlichen Strömungen geriet. Die christliche Gewerkschaftszentrale (Confederazione Italiana dei Lavoratori) steht in den engsten Beziehungen zu der katholischen Volkspartei (Partito Popolare). — Die christliche Organisation leugnet den Klassenkampf; das Interesse ihrer Organisation zwingt sie jedoch, ihn zu führen. Unter dem Druck der eigenen Mitglieder sind ihre Lokalorganisationen sehr oft genötigt, mit den Lokalorganisationen der C. G. d. L. solidarisch vorzugehen.

Die Mitgliederzahl der C. I. d. L. beträgt Anfang 1922 schätzungsweise 400 000.

Die Faszisten. — Eine bürgerliche Gewerkschaftsorganisation gab es in Italien bis 1921 nicht. Seit der zweiten Hälfte des Jahres 1921 bemühen sich die Faszisten, eigene Gewerkschaftsorganisationen zu bilden. Das gelingt ihnen nur dort, wo ihre „Strafexpeditionen" die anderen Arbeiterorganisationen bereits zerstört haben und wo sie die Arbeiterschaft (besonders die landwirtschaftlichen Arbeiter) unter ständigem Terror halten. Die faszistischen Gewerkschaftsorganisationen dienen natürlich ausschließlich den Interessen der Arbeitgeber (von denen sie auch finanziell unterstützt werden), sei es, daß sie „die Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit in Einklang zu bringen" versuchen, sei es, daß sie offen zum Brechen der Streiks der Arbeiterorganisationen verwendet werden. — Anfang 1922 schufen die Faszisten für ihre Gewerkschaftsorganisationen eine Zentrale (Confederazione Nazionale delle Corporazioni Sindicali), die ein wöchentlich einmal erscheinendes Organ hat.

Laut Angaben des Kongresses dieser Confederazione (5. Juni 1922) hat sie 2000 Lokalorganisationen mit 450 000 Mitgliedern. Diese Zahlen sind jedoch stark übertrieben.

Selbständige Gewerkschaften. Außer diesen fünf Organisationen, die alle Kategorien umfassen oder zu umfassen trachten, gibt es einige selbständige Gewerkschaften, von denen die der Eisenbahner und der Seeleute von größerer Bedeutung sind. Beide vereinigen die überwiegende Mehrzahl ihrer Fachgenossen ohne Rücksicht auf deren politische Gesinnung, mit Ausnahme der Faszisten, die sich überall selbständige Gruppen schaffen. In der Eisenbahnergewerkschaft überwiegen die Anarcho-Syndikalisten, doch haben auch die Sozialisten und die Kommunisten große Minderheiten in ihr; die politische Führung der Gewerkschaft der Seeleute ist ebenso konfus wie die Person ihres Begründers und all-

mächtigen Generalsekretärs Kapitän Giulietti, der zwischen den Anarchisten, Sozialisten und Nationalisten hin und her schwankt.

„Alleanza del Lavoro" (Allianz der Arbeit). Teils, um ihre Organisationen gegen die immer heftiger werdenden Schläge der Reaktion zu verteidigen, teils unter dem Eindruck und Druck der Agitation der Kommunistischen Internationale für die Einheitsfront bildeten im Februar 1922 — auf Initiative der Eisenbahnergewerkschaft — diese, die Confederazione Generale del Lavoro, die Unione Sindacale Italiana und die Unione Italiana del Lavoro die sog. „Alleanza del Lavoro", deren Aufgabe es ist, durch die Herstellung einer „gewerkschaftlichen Einheitsfront" der Reaktion einen Damm zu setzen. Organisatorisch besteht sie aus einem Zentralkomitee und aus Lokalkomitees. Das erstere wird von den Vertretern der Zentralen der zur „Alleanza" gehörenden vier Organisationen, die letzteren von den Vertretern von deren örtlichen Sektionen zusammengesetzt. In das Zentralkomitee delegiert die C. G. d. L. fünf Vertreter, die anderen Organisationen je zwei; da aber von den Delegierten der Eisenbahnergewerkschaft einer ein Sozialist ist, haben im Zentralkomitee der „Alleanza" die Reformisten die Mehrheit, während die Kommunisten auch nicht mit einer Stimme dort vertreten sind. Die Beschlüsse sind für die einzelnen Organisationen nur dann bindend, wenn sie einstimmig gefaßt worden sind. — Mitte 1922 muß festgestellt werden, daß die „Alleanza" die Hoffnungen des italienischen Proletariats nicht erfüllte, ja, daß sie bis zu diesem Moment keinen einzigen ernsten Schritt in der Richtung des Zieles, das ihr bei ihrer Gründung gestellt worden ist, getan hat.

Arbeitgeberorganisationen gibt es zwei: die „Confederazione Generale del Industria Italiana" und die „Agraria". Beide sind ausgedehnte, mächtige Organisationen, die auch Beziehungen zueinander haben. In einigen Provinzen (Toscana, Emilia, Lombardei) lösten sich die Ortsgruppen der Agraria von ihren Zentralorganisationen los und bildeten agrar-faszistische Organisationen.

Die Lohnkämpfe der Jahre 1919 und 1920 waren äußerst rege; es war sozusagen ein Ineinanderfließen von Streiks. Charakteristisch für diese Streiks war ihr offensives Wesen und daß sie meistens in territorial eng begrenzten Gebieten (meistens in einzelnen Städten und oft sogar in Dörfern) sich abspielten, ohne daß sie in eine einheitliche Aktion zusammengefaßt worden wären. Die herrschenden Klassen waren jedoch derart desorganisiert, daß sowohl

die industriellen wie auch die landwirtschaftlichen Arbeiter trotz der Verzettelung der Kämpfe meistens ihre Forderungen durchsetzen konnten.

Ergebnis der Lohnkämpfe.

	Lebenshaltungskosten	Lohn	Reallohn
1914	100	100	100
1919	286	279	98
1920	378	408	108
1921 (1. Halbjahr)	466	571	124

Das Ergebnis der Lohnkämpfe war eine bedeutende Besserung gegenüber den Kriegsjahren. Außerdem muß bemerkt werden, daß der Verdienst der Familie höher war als in den Vorkriegsjahren, da während des Krieges auch Familienangehörige, die früher nichts verdienten, in die Reihe der Lohnarbeiter eintraten.

Der Gipfelpunkt der Kämpfe war die Besetzung der Fabriken seitens der Metallarbeiter (Ende August 1920) und die gleichzeitige Beschlagnahme des Grundbesitzes in Süditalien und auf Sizilien. Nachdem aber die Führer der C. G. d. L. die kämpfenden Arbeiter verraten hatten und diese die Fabriken und den Grundbesitz räumen mußten, schlug der offensive Charakter bald in einen defensiven um: die zweite Hälfte 1921 und das Jahr 1922 sind mit schweren Kämpfen zur Verteidigung des Lohnes und des Achtstundentages, wie auch der Organisationen ausgefüllt. Diese Kämpfe endeten bisher — besonders was die Löhne anbelangt — mit Niederlagen der Arbeiter; die Lohnherabsetzung betrug im letzten Jahre in der

Maschinenindustrie	15–20 Proz.	Bauindustrie	18–20 Proz.
Textilindustrie	15–18 „	Chemische Industrie	15–25 „
Wollindustrie	20–25 „	Nahrungsmittelindustrie	20–30 „

während die Lebenshaltungskosten sich folgendermaßen gestalteten:

Juli—Sept. 1921	Okt.—Dez. 1921	Jan.—März 1922	April 1922
468	528	502	475

Die Arbeitslosigkeit nahm in den letzten anderthalb Jahren ständig zu. Die Zahl der Arbeitslosen war nach offiziellen Angaben in Tausend:

1. Januar 1921	200
1. August 1921	435
1. Febr. 1922	606

Nach Angaben des Sekretariats der C. G. d. L. betrug jedoch am 1. Februar 1922 die Zahl der Arbeitslosen rund 1 Million; dazu kamen 300 000 Kurzarbeiter.

Politische Arbeiterbewegung.

Die Sozialisten. Die Anfänge einer politischen Arbeiterbewegung reichen bis zu den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts zurück. Sie entstand und stand unter dem Einflusse des Bakuninischen Flügels der Ersten Internationale. Andrea Costa und Cafiero organisierten die ersten Gruppen in der Romagna, der Toscana, in Neapel und in einigen anderen Städten. Diese ideologisch noch unklare Bewegung konsttuierte sich 1891 in Mailand als „Arbeiterpartei" (Partito Operaio), deren Begründer Constantino Lazzari und der Handschuharbeiter Croce waren, der aber auch Costa und die Mazzinianer beitraten. Anläßlich des zweiten Kongresses der Arbeiterpartei (Genua 1892) traten die Sozialisten unter der Führung von Anna Kulischoff, Filippo Turati und Enrico Ferri zu einem separaten Kongreß zusammen und begründeten die „Partei der Italienischen Arbeiter" (Partito dei Lavoratori Italiani), welche die Mehrzahl der Mitglieder der alten „Arbeiterpartei" aufsog. Die Anarcho-Syndikalisten mit Andrea Costa und die Republikaner mit Mazzini zogen sich zurück; doch trat der erstere bald wieder in die Partei ein, welche schon auf ihrem nächsten Kongreß (Reggio Emilia 1893) den Namen „Italienische Sozialistische Partei" (Partito Socialista Italiano, P. S. I.) annahm.

Die Arbeiterverfolgungen unter der Ministerpräsidentschaft Crispi's schlossen die zwei Richtungen der neuen Partei einstweilen zusammen; als aber der Druck der Reaktion nach dem Generalstreik von 1904 nachließ, spitzten die Gegensätze zwischen Sozialisten und Anarcho-Syndikalisten sich immer mehr zu. Auf dem Kongreß zu Rom (September 1906) erhielten die ersteren 24 000 Stimmen gegen 5200 der Syndikalisten (Labriola, Leone, Orano), und diese traten aus der Partei aus. Auf dem Kongreß zu Reggio Emilia 1912 wurden die dem Tripoliskrieg günstig gesinnten Reformisten (Bissolati, Bonomi, Canepa) mit 12 000 Stimmen gegen 8000 aus der Partei ausgeschlossen. Der linke Flügel dieser Reformisten (unter Canepa) konstituierte sich als die sogenannte „Autonome Gruppe" in Genua, deren Wiederaufnahme in die Partei gerade beim Redaktionsschluß des Jahrbuches besprochen wird; während die anderen in den Dienst der Bourgeoisie traten.

Während des Weltkrieges nahm die P. S. I. scharf gegen den Krieg Stellung (es gab auch bürgerliche Parteien, welche den Krieg bekämpften). Die Partei war in Kienthal und in Zimmerwald vertreten und gehörte dort zum rechten Flügel.

Nach Kriegsende schwoll die Mitgliederzahl der Partei stark an, und gleichzeitig machte sie unter dem Druck der revolutionären Welle einen großen Schritt nach links. Auf dem Kongreß zu Bologna (Oktober 1919) bildeten sich vier Richtungen aus: 1. Antiparlamentarische „Maximalisten" (Bordiga), 2. Parlamentarische „Maximalisten" (Serrati), 3. Zentristen (Lazzari), die sich zwar für die Diktatur des Proletariats, aber gegen die „Gewalt" aussprachen, und 4. der Rechte Flügel, auch Reformisten genannt (Turati), die gegen die Diktatur des Proletariats und für die Beibehaltung des alten „demokratischen" Programms eintraten. Diese Gruppe legte jedoch keine eigene Resolution vor, sondern schloß sich der Resolution Lazzari an. Es wurde mit der Mitgliederzahl des Jahres 1918 abgestimmt (1418 Parteigruppen mit 66 700 Mitgliedern):

	Parteigruppen	Stimmen
Resolution Serrati	1012	48 400
Resolution Lazzari	339	14 900
Resolution Bordiga	67	3 400

Der Kongreß erklärte den Eintritt der Partei in die Kommunistische Internationale; die sich selbst als Gegner bezeichnenden Mitglieder wurden jedoch aus der Partei nicht ausgeschlossen!

Die im nächsten Monat (November 1919) stattfindenden Parlamentswahlen brachten der P. S. I. einen großen Sieg und verhalfen ihr zur stärksten Parlamentsfraktion. Allein die Partei und ihre „maximalistische" Leitung verstand nicht, die revolutionäre Situation auszunutzen und das opferwillige revolutionäre Proletariat in eine feste Organisation zusammenzufassen. Die Parteileitung verbarg sich hinter der Parole: „Die Revolution wird nicht gemacht, die Revolution kommt von selbst!" Der in Bologna aus der Partei nicht entfernte rechte Flügel blieb weniger passiv. Sich auf die C. G. d. L. stützend, deren Leitung er immer behalten konnte, dämpfte er jede kleinste revolutionäre Regung des Proletariats. Der revolutionäre Teil der Partei konnte infolge der oppositionellen Passivität der „Einheitler" (Serrati) nicht die nötige organisatorische Arbeit vollführen, und diesem Teile der Partei wurde es immer klarer, daß die Untätigkeit der Partei, wozu diese teils durch die bewußte Sabotage des rechten Flügels, teils durch die vielleicht unbewußte Sabotage der Serratianer verurteilt war, einem Verrat am Proletariat gleichkam. Nach dem offenen und von den Serrati-

anern gedeckten Verrat des rechten Flügels anläßlich der Besetzung der Fabriken spitzten sich die Gegensätze innerhalb der Partei derart zu, daß von diesem Zeitpunkt an garnicht mehr von einer Partei gesprochen werden konnte, obgleich die formelle Trennung erst vier Monate später, im Januar 1921, auf dem Kongreß zu Livorno erfolgte.

Serrati versuchte, den offen gegenrevolutionären rechten Flügel unter der Parole der Parteieinheit zu retten; allein die 21 Punkte des zweiten Kongresses der Kommunistischen Internationale zwangen ihn, Farbe zu bekennen. Auf dem Kongreß zu Livorno erhielten:

die Kommunisten (Bordiga)	58 000
die Einheitler (Serrati)	98 000
die Reformisten (Turati)	14 000

Stimmen, worauf die Kommunisten die Serratianer aufforderten, mit den Reformisten zu brechen und diese aus der Partei auszuschließen. Doch die „Einheitler" zogen es vor, sich anstatt mit den 58 000 Kommunisten mit den 14 000 Reformisten zu vereinigen.

Die Kommunisten verließen den Kongreß und setzten sich am selben Tag zu einem separaten Kongreß zusammen, wo sie sich als die „Kommunistische Partei Italiens" konstituierten.

Die P. S. I., die auf dem 3. Weltkongreß aus der Kommunistischen Internationale ausgeschlossen wurde, verfolgte auch weiter ihre widerspruchsvolle Politik. Die „Maximalisten" bildeten die Mehrheit in der Partei und in der Parteileitung — tatsächlich geschah jedoch nichts, was die Reformisten nicht guthießen. Ihr Einfluß nahm numerisch immer mehr zu; auf dem Kongreß zu Mailand (Oktober 1921) verteilten sich die Stimmen wie folgt:

„Intransigente" (Serrati)	57 000
Reformisten u. Zentristen (Turati, Treves, Modigliani u. Alessandri)	28 000
Gruppe für die III. Internationale (Lazzari, Maffi, Riboldi)	3 000

Der Kongreß von Mailand verkündete feierlich die Diszipliniertheit der Parteimitglieder, was aber den rechten Flügel nicht hinderte, seine eigenen Organe (Critica Sociale, La Giustizia) zu haben, worin er die Parteileitung offen bekämpfte. Die Reformisten haben die Mehrheit in der parlamentarischen Gruppe und haben die C. G. d. L. und den Genossenschaftsbund in der Hand. Sich auf diese Organisationen stützend, führen sie einen planmäßigen Kampf für die endgültige Eroberung der Partei und für die Koalitionsregierung mit der Bourgeoisie, was nunmehr bloß eine Zeitfrage ist.[1])

[1]) Inzwischen hat sich auf dem letzten Kongreß der S. P. I. (1. Okt. Rom) die Spaltung zwischen den Reformisten und den Maximalisten vollzogen. Die Reformisten erklärten sich offen als eine „ultrademokratische" Partei. Die Maximalisten haben sich für den Wiedereintritt in die K. I. ausgesprochen.

Die Entwicklung der Sozialistischen Partei.

Jahr	Parteimitglieder	Erhaltene Wählerstimmen	Abgeordnete
1892	—	26 000	6
1895	—	76 000	10
1897	—	135 000	16
1900	19 000	175 000	32
1904	45 000	320 000	28
1909	40 000	338 000	39
1910	30 000	—	—
1912	25 000	—	—
1913	45 000	883 000	52
1919	70 000	1 840 000	156
1920	216 000	—	—
1921	113 000[1])	1 638 000	123
1922	70 000	—	—

[1]) Vor der Spaltung 171 000.

D i e A n a r c h i s t e n waren bereits in den Anfängen der Arbeiterbewegung vertreten; Andrea Costa und Cafiero selbst nannten sich Anarchisten. 1892 spalteten sich die Sozialisten von den Anarchisten; in diesem Jahre bildeten diese ihre ersten Gruppen. Eine größere Bedeutung gewann die anarchistische Bewegung erst seit dem Generalstreik von 1904. Sie wurde von der Regierung verfolgt, ihre Führer mußten ins Ausland flüchten. — Die „Unione Anarchia" wurde 1919 nach der Rückkehr von Malatesta aus England gegründet. Seit 1920 hat die Union ein Tagesorgan (Umanità Nuova), das in 50 000 Exemplaren erscheint. Die Zahl der zur Union gehörenden Anarchisten wird auf 10 000 geschätzt.

D i e K o m m u n i s t i s c h e P a r t e i I t a l i e n s (S e k t i o n d e r K o m m u n i s t i s c h e n I n t e r n a t i o n a l e) wurde am 27. Januar 1921 auf ihrem ersten Kongreß zu Livorno konstituiert. Der formellen Konstituierung ging jedoch eine Periode voran, in der die Kommunisten innerhalb der P. S. I. als deren „Kommunistische Fraktion" ihre Propagandatätigkeit entfalteten. Zuerst gruppierten sie sich um die Turiner Ausgabe des „Avanti"; später residierte das Komitee der Fraktion in Imola, wo es ein eigenes Organ (die Wochenschrift „Il Comunista") herausgab.

Das erste Jahr der Partei war von einer fieberhaften Organisationsarbeit ausgefüllt. Kaum war die „K. P. I." gegründet, und kaum hatte sie an den Ausbau ihrer Organisationen schreiten können, als sie schon in eine Wahlkampagne eintreten mußte, woselbst sie den vereinigten Angriffen des Staatsapparates und der Faszisten die Stirn bot. Die Partei konnte nur in 27 von den 40 Wahlbezirken eine eigene Liste aufstellen und erhielt 305 000 Stimmen und 15 Sitze im Parlament.

Nach den Wahlen nahm die Partei die Organisationsarbeit wieder auf. Zuerst mußten die Reihen der Partei von den nicht unbedingt verläßlichen Elementen gesäubert werden; die Partei ging in dieser Beziehung mit der größten Rigorosität vor. Diesem Umstande ist es zuzuschreiben, daß die Zahl der Parteimitglieder gegenüber den zu Livorno erhaltenen 58 000 Stimmen auf dem 2. Kongreß der Partei im März 1922 zu Rom nur 42 000 betrug, organisiert in 1400 Ortsgruppen. Auf diesem zweiten Kongreß konnte die Parteizentrale melden, daß sowohl die legalen als auch die illegalen Organisationen der Partei ausgebaut seien. Entsprechend den italienischen Verhältnissen (Faszistenkämpfe) werden die Parteimitglieder außer in politische Ortsgruppen auch in Kampfformationen militärischen Charakters eingereiht.

Dem zweiten Kongreß der K. P. I. (März 1922) legten die Genossen Bordiga und Gramsci „Thesen über die Taktik der K. P." vor, die darin kulminieren, daß die „Einheitsfront" nur als eine „gewerkschaftliche Einheitsfront" verwirklicht werden könne und dürfe. Der Kongreß nahm die Thesen — „unbeschadet der internationalen Disziplin" — fast einstimmig an und übergab sie der Exekutive der Kommunistischen Internationale, damit sie dem 4. Weltkongreß zur Diskussion vorgelegt würden.

In der Gewerkschaftsbewegung steht die K. P. I., entsprechend den Beschlüssen der K. I., auf dem Standpunkte der Einheit der Gewerkschaften. Diese waren, als sie noch zur P. S. I. gehörten, in der mit dieser in Allianz stehenden C. G. d. L. organisiert, und sie sind auch weiter in dieser bedeutendsten Gewerkschaftsorganisation geblieben. Auf dem Kongreß der C. G. d. L., der bald nach dem Austritt der Kommunisten aus der P. S. I. stattfand (26. Februar 1921), erhielt die Resolution

	der Kommunisten	der Sozialisten
Camere del Lavoro	287 966	556 608
Fachföderationen	130 459	797 618
	418 425	1 354 226

Diese Zahlenverhältnisse blieben auch in der Nationalratssitzung der C. G. d. L. (6. November 1921 zu Verona) fast dieselben.

Um die Aktion der Kommunisten innerhalb der Gewerkschaften einheitlich zu gestalten, wurden in den Föderationen kommunistische Gewerkschaftskomitees gebildet, die in einem kommunistischen Gewerkschaftszentralkomitee zusammengefaßt sind.

Anfang 1922 hatten die Kommunisten die Mehrheit in etwa 40 Camere del Lavoro (von zirka 150, darunter in jenen von Turin, Triest, Venedig, Forli, Imola, Neapel, Florenz, Cremona), in der

Holzarbeiterföderation und in einer ganzen Anzahl von Ortsgruppen und Provinzföderationen der verschiedenen Gewerkschaften.

Die Jugendorganisation der alten P. S. I. schloß sich bei der Konstituierung der K. P. I. in ihrer überwiegenden Mehrzahl dieser an. Die Mitgliederzahl der kommunistischen Jugendorganisation beträgt derzeit rund 35 000, während die sozialistische weniger als 6000 Mitglieder hat. —

Innerhalb der Partei besteht ein Frauensekretariat; die Organisationen sind jedoch nicht getrennt. Die Zahl der organisierten Frauen ist verhältnismäßig sehr gering.

Die Parteipresse. Die K. P. I. hat eine größere Zahl von Pressorganen, jedoch erscheinen die einzelnen Zeitungen nicht in großer Auflage.

Tageszeitungen:	Auflage
Il Comunista, Rom	12 000
L'Ordine Novo, Torino	30 000
Il Lavoratore, Triest	16 000
Wochenzeitungen:	
Rassegna Comunista (Halbmonatsschrift)	2 000
Sindacato Rosso (für die Gewerkschaften)	15 000
La Compagna (für die Frauenbewegung)	6 000
L'Avanguardia (für die Jugendlichen)	25 000

Außerdem hat die Partei 16 Provinzzeitungen.

Die Genossenschaftsbewegung.

Die Genossenschaftsbewegung hat in Italien einen bürgerlichen Ursprung. Die ersten Genossenschaften wurden von Luigi Luzzatti und Wollemborg gegründet und umfaßten insbesondere die sog. Banche popolari. Allmählich wandelte diese Bewegung sich in eine Arbeiter-Genossenschaftsbewegung um und geriet zum Teil unter klerikalen Einfluß. Die Klerikalen legten das Hauptgewicht zunächst auf die „Casse rurali" (etwa 3000), welche den Bauern und Kleinbesitzern Kredite bieten.

Die Sozialisten. Fast gleichzeitig mit den Anfängen der politischen Arbeiterbewegung entstanden die ersten Arbeitergenossenschaften. 1886 wurden sie in Mailand in der „Lega Nazionale delle Cooperative" zusammengefaßt. Nach Konstituierung der Sozialistischen Partei geriet die „Lega" unter ihren Einfluß; und seitdem nahm die Entwicklung der Arbeitergenossenschaften einen größeren Aufschwung. Anfang 1922 gehörten zur Lega rund 8000 Genossenschaften, wovon ungefähr zwei Drittel Konsum- und die übrigen Arbeits- und landwirtschaftliche Genossenschaften sind, nebst einigen Kreditinstituten für die Genossenschaften selbst. Die landwirtschaftlichen Genossenschaften pachten (seltener kaufen) Grundbesitze zur kollektiven Bebauung.

Anfang 1922 schloß die „Lega" eine Allianz mit der C. G. d. L. und hat mit dieser für die gemeinsamen Kämpfe ein gemischtes Komitee gebildet.

Die Tätigkeit der Kommunisten in den Genossenschaften entspricht ihrer Taktik in der Gewerkschaftsbewegung.

Die „Popolari". Seitdem die klerikale Bewegung von der katholischen Volkspartei (Partito Popolare) aufgesogen ist, umfaßt die katholische Genossenschaftstätigkeit dieselben drei Parteien, auf die sich die sozialistische Bewegung erstreckt. Die Zahl der zur katholischen „Confederazione Cooperativa Italiana" gehörenden Genossenschaften beträgt rund 5000; davon sind 3000 Konsumgenossenschaften und die übrigen Arbeits- und landwirtschaftliche Genossenschaften. Die Praxis der letzteren weicht von derjenigen der sozialistischen landwirtschaftlichen Genossenschaften ab; sie ziehen den Ankauf und die Parzellierung der Gutsbesitze vor oder pachten dieselben, um sie in kleinen Betrieben zu bebauen. Die kollektive Bebauung ist bei ihnen äußerst selten.

Die italienischen Kolonien.

Die italienischen Kolonien haben für das Stammland nicht die große Bedeutung wie jene Englands oder Frankreichs; sie sind dünn bevölkert und wenig fruchtbar. Das günstigste Feld, die Sizilien so nahe liegende Nordküste von Afrika, hat Frankreich in Beschlag genommen.

Tripolitanien und Cyrenaica (Italienisch-Lybien).

Im italienisch-türkischen Krieg von der italienischen Armee okkupiert, später formell für annektiert erklärt, durch den Frieden von Gouchi am 18. 10. 1912 als italienische Herrschaft etabliert, was dann durch die Großmächte bestätigt wurde. Grenzabkommen mit Frankreich (Tunesien—Sahara) vom 12. 9. 1919 (auf Grund des Interalliierten Abkommen von 1915; von England Djarabaib an der ägyptischen Grenze abgetreten).

Administrativ und militärisch in zwei separate Distrikte eingeteilt: Tripolitanien und Cyrenaica; jeder unter einem besonderen Gouverneur. In beiden Teilen haben die Eingeborenen die gleichen Rechte wie die Italiener, und beide Gebiete haben ein von allen Bewohnern gewähltes lokales Parlament. Italienisches Militär und Eingeborene, von italienischen Offizieren kommandiert.

Areal und Bevölkerung. Gesamtgebiet schätzungsweise 406 000 englische Quadratmeilen. Gesamtbevölkerung wird auf 6 Millionen geschätzt, davon etwa 30 Prozent Araber, 40 Prozent Neger, 20 Prozent Juden, 10 Prozent Europäer.

Wirtschaft. Küste und Oasen sehr fruchtbar; Palmen, Oliven, Obst, auch Getreide. Viehzucht trotz großer Weiden noch wenig entwickelt. Vier natürliche Zonen in Tripolitanien: a) Küstenzone mit Palmen, Früchten, Oliven, b) Hochländer, c) Oasenzone, d) vierte Zone mit Palmen, Feigen, Reben, Mandelbäumen.

Budget. (1920-21.) Totaleinnahmen 127,2 Mill. Lire, davon koloniale Einnahmen 24,1, Staatsbeitrag 55,5, außerordentliche Einnahmen 47,6, Totalausgaben 127,2, davon Zivilverwaltung 38,2, Militärausgaben 41,3, außerordentliche Ausgaben 47,6.

Die ständige Auflehnung der Eingeborenen macht große und teure militärische Maßnahmen unentbehrlich.

Erythrea am Roten Meer. Fläche zirka 45 800 englische Quadratmeilen, Gesamtbevölkerung zirka 450 000 inkl. 3000 Europäer, davon 2600 Italiener (ohne Militär).

Religion der Eingeborenen: koptische Christen und Mohammedaner. Sprache tigrenisch (ein abessinischer Dialekt) im Hochland und arabisch an der Küste. Zwei natürliche Regionen und Produktionsgebiete: die tropisch-heiße Küste mit Winterregen und das Hochland mit Sommerregen, beide fruchtbar; künstliche Bewässerungsanlagen in der tiefen Zone zwecks intensiven italienischen Farmbetriebes sind in Ausführung. Ueberfluß an Weideland. Viehzucht treibende Bevölkerung, teilweise halbnomadisch. Viel Palmkerne. Verschiedene Goldminen erfolgreich betrieben. Petroleum neuerdings gefunden. — 74 englische Meilen Eisenbahn. Italienische Währung, aber auch noch Maria-Theresia-Taler in Umlauf. Neue Silbermünze „Tallero d'Italia".

Somaliland („Somalia Italiana"). Bestehend aus 1. Kolonie „Südsomaliland" (ehemals „Benadir" genannt) von 4 Grad 30 Minuten nördlicher Breite bis Südufer des Djubaflusses; 2. den Protektoraten nordwärts von der eigentlichen Kolonie, nämlich Sultanat der Mijertins, Territorium Nogal und Sultanat Obbia. Gesamtareal 139 430 englische Quadratmeilen. Gesamtbevölkerung schätzungsweise 650 000.

Die Kolonie „Südsomaliland" steht unter einem Zivilgouverneur; italienisches Militär. Produktion: Viehzucht und Ackerbau (seit italienischer Okkupation Umwandlung vieler Viehzüchter in Ackerbauer). Hauptexportartikel: Durrha, Mais, Gummi arabicum, Häute, Butter, tierische Produkte. Eisenbahnbau Makdischu-Baidoa.

Japan.

Die politische Situation.

Die Revolution von 1868 war das Anzeichen für das Wachstum des Kapitalismus in Japan, für das Entstehen einer nach politischem Einfluß strebenden Bourgeoisie im Schoße des Feudalismus. Die kapitalistische Bourgeoisie war aber noch zu schwach, um das feudalistische Regiment allein zu beseitigen. Das geschah mit Hilfe eines Teiles der Feudalklasse selbst, der Samurai. Sie verhalfen dem Kapitalismus zur Ausdehnung, aber sie hatten in Gemeinschaft mit der zahlreichen Bürokratie die Oberhand im Staate. Die Bürokraten, Militaristen und Kapitalisten sind die heilige Dreifaltigkeit, die das ganze Land beherrscht. Seit dem Kriege gewinnt die kapitalistische Bourgeoisie mehr und mehr die Oberhand. Bei den Kämpfen innerhalb der herrschenden Schichten Japans handelt es sich um ein Ringen um die Macht zwischen Bourgeoisie, Militarismus und Bürokratie.

Die Regierungsform. Japan ist eine konstitutionelle Monarchie. Der Herrscher wird volkstümlich Mikado genannt. Die Revolution von 1868 beseitigte die Feudalrechte, aber außer der alten Ritterkaste wurde auch das Volk entwaffnet. Der Mikado, der bis zur Revolution nur nominell das Haupt der Regierung gewesen war, während in Wirklichkeit einige feudale Kliquen die Herrschaft ausübten, wurde jetzt wirklicher Herrscher. Er begann seine Regierung mit liberalen Versprechungen, ging aber bald zu einer reaktionären Politik über, bis zum Erlaß der Verfassung von 1890, die den Reichstag mit seinen zwei Häusern ins Leben rief. Die Verfassung gewährleistet zwar die Religions-, Versammlungs-, Rede- und Pressefreiheit, aber mit einer Reihe von Einschränkungen und gesetzlichen Klauseln. Nach der Verfassung ist der Mikado Herrscher von Gottes Gnaden und unverletzlich. Er ernennt die Minister, ist aber dem Volke nicht verantwortlich. Er hat die absolute Gewalt über Heer und Flotte, erklärt den Krieg und schließt den Frieden. Das Unterhaus hat das Recht der Budgetkontrolle; ihm steht das Oberhaus gegenüber. Dieses setzt sich aus erblichen Adligen und vom Mikado ernannten Mitgliedern zusammen und aus solchen, deren Berufung in das Oberhaus als Belohnung für treue, der Regierung geleistete Dienste gilt. Das Oberhaus ist demnach äußerst reaktionär, aber auch das Unterhaus ist so zusammengesetzt, daß es nichts als ein Instrument der herrschenden Schichten ist. Die Mitglieder des Unterhauses werden von der sehr kleinen Zahl von Stimmberechtigten gewählt (3 Millionen bei einer Bevölkerung von 55 Millionen), die nach der Höhe der Steuer ermittelt werden. Die Wähler gehören der Grundbesitzer- und Kapitalistenklasse an. Die Arbeiter und armen Bauern haben kein Wahlrecht, obwohl die wachsenden Staatsschulden in Form indirekter Steuern auf die Schultern der Armen abgewälzt werden.

Alle politischen Parteien im Parlament sind bürgerlich. Es gibt nur zwei große Parteien: die Seiyukai und die Kenseiykai. Die ersten sind die Partei der Großgrundbesitzer, die zweiten sind aus einer Partei der Bürokraten eine Interessenvertretung des Kapitals geworden. Die Seiyukai sind konservativ, die Kenseiykai befürworten das allgemeine Wahlrecht, aber nur, um eine Waffe gegen die Regierung zu haben. Die Wahlen

sind in hohem Maße korrupt. Trotz der strengen Wahlvorschriften werden Stimmen öffentlich gekauft und bezahlt. Eine wirkliche parlamentarische Regierung hat Japan bisher nicht gehabt. Keine der Parteien zeigt eine eigene politische Initiative. Daher vermögen es die bürokratischen und militaristischen Kliquen, die Regierung mehr und mehr zu beeinflussen und nach der reaktionären Seite zu drängen. Die immer mehr zum Klassenbewußtsein erwachenden arbeitenden Massen werden unterdrückt und andererseits durch fragwürdige Halbreformen verführt.

Massendemonstrationen entwickeln sich plötzlich während des russisch-japanischen Krieges von 1904/1905. Ein Aufstand in Tokio vom September 1905 wurde durch Verhängung des Belagerungszustandes unterdrückt, andere fürchterlich niedergeschlagen. 1918, während des sibirischen Feldzuges, brachen Reis-Unruhen aus. Sie breiteten sich über das ganze Land. Ungefähr 10 Millionen Menschen nahmen daran teil. Ueber 7000 Aufständische wurden bestraft. In diesen spontan entstandenen Massenbewegungen lernten die arbeitenden Massen erst ihre Kraft kennen und üben. Seitdem sind Massendemon strationen, Streiks usw. an der Tagesordnung.

Japan ist in der letzten Hälfte des 19. Jahrhunderts völlig industrialisiert worden. Im Laufe von fünfzig Jahren hat es eine Entwicklung durchgemacht, zu der die Westländer etliche Jahrhunderte gebraucht haben. Der japanische Arbeiter mußte sich rasch die für einen modernen Industriearbeiter nötigen Kenntnisse und Fertigkeiten aneignen. Aber sein Klassenbewußtsein war bis zum Weltkriege noch sehr unentwickelt. Das hat sich seither gründlich geändert. Japan trat in die Weltpolitik ein, seine Industrie wuchs während des Krieges. Allein die in der Industrie beschäftigten Arbeiter zählen über 6 Millionen. 3—4 Millionen Familien landarmer Bauern leiden unter der wachsenden Unterdrückung durch den Großgrundbesitz. Unter diesem Wechsel der Verhältnisse sind die Arbeiter und Bauern jäh erwacht und verlangen ihre Rechte. Streiks, Sabotage und sogar Aufstände vermehren sich. Die Arbeiter verlangen nicht nur Lohnerhöhung und Kürzung der Arbeitszeit, sie fordern Minimallöhne und Kontrolle der Industrie durch Arbeiter mit der Arbeiterregierung als endgültigem Ziel der Arbeiterbewegung. Auch die Bauern beginnen

in den Kampf zu treten. Schon haben sie 300 örtliche Pächterverbände gegründet und hatten in den letzten Jahren in Form von Streiks und anderen Differenzen 600 Konflikte mit den Grundbesitzern. Die rasche Veränderung der Lebensbedingungen des japanischen Proletariats erzwingt auch seine rasche Revolutionierung. Daß die japanischen Arbeiter und Bauern den Wandel der Umstände begreifen und ihr Verständnis in die Tat umzusetzen verstehen, haben sie schon in der Vergangenheit bewiesen, als sie während des Weltkrieges plötzlich in eine Kampffront mit den Arbeitern des Westens traten. Sie haben immer gezeigt, daß sie kämpfen können, doch jetzt haben sie eine Avantgarde, die ihre Kämpfe führt und leitet: die Kommunistische Partei Japans und die Roten Gewerkschaften, die Sektionen der R. G. I. innerhalb der revolutionären Arbeiterorganisationen, deren Größe und Macht ständig zunimmt. Unsere Arbeiter werden erfolgreich gegen die Kapitalistenklasse kämpfen, um so für die kommende Revolutionsperiode im fernen Osten die internationalen Vorbedingungen zu schaffen, die von den kommunistischen Parteien des fernen Ostens und den revolutionären Arbeiterorganisationen Koreas, Chinas, Japans und der Mongolei auf der im Februar 1922 in Moskau abgehaltenen Konferenz übereinstimmend als notwendig erkannt worden sind.

Sen Katayama.

Allgemeines.

Das Reich besteht aus 5 Hauptinseln: Honschiu, Kiuschiu, Schikoku, Hokkaido, Taiwan (Formosa) und einer Reihe kleinerer Inseln. Der junge, rasch emporgeschossene japanische Kapitalismus hat durch eine agressive imperialistische Expansionspolitik sein Gebiet über das Inselreich hinaus auf Kosten Chinas, Rußlands und Deutschlands erweitert. Der chinesisch-japanische Krieg von 1894-95 brachte Japan die Insel Formosa und das Protektorat über die Halbinsel Korea, deren offizielle Abtretung im Jahre 1910 erfolgte. Der russisch-japanische Krieg 1904 bis 1905 brachte ihm den südlichen Teil der Insel Sachalin, die Kwantung-Provinz, in der Mandschurei die wichtigsten Häfen Port Arthur und Dairen. Den Weltkrieg benutzten die Japaner, um sich im eigentlichen China festzusetzen. Sie vertrieben die Deutschen aus Tsingtau, besetzten die ganze Provinz Schantung, führten dort japanische Verwaltung ein und machten energische Japanisierversuche. Sie erwarben den größten Teil der chinesischen Kohlen- und Erzvorkommen, besonders das reiche Gebiet der Südmandschurei, dessen kapitalistische Erschließung sie förderten und das sie praktisch zur japanischen Kolonie machten. Aehnlich gingen sie in Ostsibirien, in

der Ost-Mongolei und auf dem nördlichen Teil der Insel Sachalin vor. Sie annektierten den nördlich vom Aequator gelegenen Teil der ehemals zu Deutschland gehörigen Südsee-Inseln. Japan benützte die Schwäche der Mächte und die politische Zerrissenheit Chinas um sich die Vorherrschaft über China zu sichern. Nach Friedensschluß aber wurde ihm die Vorherrschaft von zwei Seiten streitig gemacht. Die Vereinigten Staaten, und in ihrem Schlepptau auch die Entente-Mächte, suchten, um einen Ersatz für den durch die Weltkrise zusammengeschrumpften Absatzmarkt zu erhalten, Japan die Vorherrschaft streitig zu machen. Andererseits hatte sich in China selbst eine japanfeindliche Bewegung erhoben. Sie war gestärkt worden durch den China von Japan aufgezwungenen Vertrag der 21 Punkte, der China an Händen und Füßen knebeln sollte. Im Sommer 1920 wurde die japanfreundliche Anfu-Regierung vor den Toren Pekings von den beiden vereinigten Tschutschunen Tschangsolun und Wupeifu geschlagen und abgesetzt. Auf der Washingtoner Konferenz im Winter 1921 stand die Frage China im Mittelpunkt. Das englisch-japanische Bündnis ging in die Brüche. Die Vereinigten Staaten setzten ihren Willen, Japan zu isolieren, durch. Es mußte Konzessionen machen, das Prinzip der offenen Tür anerkennen und die militärische Besatzung aus Schantung zurückziehen. Es blieb aber dabei, daß Japan die Hand auf einen großen Teil der chinesischen Rohstoffquellen gelegt hat, daß Schantung, der Hauptsitz der modernen Großindustrie, die Südmandschurei und die Ostmongolei unter seinem Einfluß faktisch japanische Kolonien bleiben.

Im Jahre 1918 versuchte das vereinigte Japan und Amerika mit einer Armee Sowjetrußland von Sibirien aus zu bekämpfen. Der Feldzug blieb ohne Erfolg. Der Mißerfolg wurde noch vergrößert durch die Niederlage Koltschaks. Weitere Versuche, die alle fehlschlugen, machte Japan mit Unterstützung weiß-gardistischer Truppen (Semonow, Kappel, von Ungern-Sternberg). Nach dem Mißlingen all dieser Versuche plante es die Gründung von Pufferstaaten in Ost-Sibirien, die den Einfluß Sowjetrußlands ausschalten sollten. Das Resultat war die Gründung der Republik des Fernen Ostens mit der Hauptstadt Tschita, die in engster Verbindung mit Sowjetrußland steht.

Flächeninhalt, einschließlich der Kolonien 680 000 qkm. Das eigentliche Japan nur 382 000 qkm.

Einwohnerzahl Altjapans 1920 schätzungsweise 56 Millionen. Die Kolonien 1920 22 Millionen, davon Korea 17,3, Formosa 3,7; das ganze „Kaiserreich Japan" also ungefähr 78 Millionen. Japan ist arm an Boden mit natürlicher Fruchtbarkeit und an industriellen Rohstoffen. Es kann seine relativ sehr dichte Bevölkerung schwer ernähren. Bis 30. Juni 1917 waren daher 450 773 Japaner ausgewandert; davon lebten 228 178 in den Vereinigten Staaten, 47 126 in China, 29 508 in Australien, der Rest in Südamerika und Europa.

Religion. Es gibt keine eigentliche Staatsreligion. Es herrscht vollständige Religionsfreiheit. Die zahlreichsten Religionen sind Schintoismus und Buddhismus.

Regierung und Verfassung. Siehe den politischen Artikel des Genossen Sen Katayama.

Heerwesen. Allgemeine Dienstpflicht vom 17. bis 40. Lebensjahr. Zahlen über die Friedensstärke des japanischen Heeres werden nicht veröffentlicht. Sie wird auf rund 250 000 Mann geschätzt.

Kriegsflotte. Die Zahl der am Jahresende 1921 fertiggestellten Kriegsschiffe betrug:

Dreadnoughts 11, Pre-Dreadnoughts 13, Kreuzer 25, Zerstörer 105, Torpedoboote 30, Unterseeboote 40.

Wirtschaft.

Landwirtschaft. Altjapan. Auf den japanischen Inseln bewohnt eine dichtgedrängte Bevölkerung einen verhältnismäßig engen Raum. Weniger als ein Fünftel der Gesamtfläche ist für Ackerbau geeignet, und von dieser Fläche ist nur ein kleiner Teil von natürlicher Fruchtbarkeit. Man bedient sich meist der primitivsten Geräte, aber infolge der Arbeitsintensität der Bauern und der Bewässerung und Düngung ist der Ertrag relativ groß. Er reicht aber nicht zur Ernährung der Bevölkerung aus. Die bebaute Ackerfläche ist schätzungsweise 15 Millionen Acres.

Mehr als die Hälfte des kultivierten Bodens dient dem Reisbau, ohne den Bedarf an diesem Hauptnahrungsmittel zu decken. Es wurden geerntet in Millionen Doppelzentnern:

Jahr	Reis	Weizen	Gerste
Durchschnitt 1905/1914	91,2	6,1	20,7
1914	103,1	5,9	19,9
1915	101,1	6,9	22,1
1916	105,7	7,7	20,9
1917	98,7	8,9	20,8
1918	98,9	8,4	19,4
1919	110,2	12,0	17,9
1920	114,4	10,4	14,9

Die Stockung der Getreidezufuhren während des Krieges, die sich nach dem Kriege fortsetzte, führte zur Steigerung der Produktion, besonders von Reis.

Die Viehzucht ist wegen Mangel an Weideflächen sehr gering. Im Jahre 1918 zählte man 1 307 120 Kühe, 1 510 626 Pferde, 91 777 Ziegen, 38 156 Schweine. Ungefähr drei Fünftel des Landes werden von kleinen Besitzern bebaut, der übrige Teil ist feudaler Großgrundbesitz.

Kolonien.

Formosa. Das wichtigste Produkt ist der Kampfer, gewonnen aus dem Kampferbaum. Er unterliegt einem Staatsmonopol. Der weitaus größte Teil des Kampferbedarfes der Welt wird von Formosa befriedigt. Außerdem wird Reis, Zucker und Tee gebaut.

Korea. Das wichtigste Erzeugnis der Landwirtschaft ist Reis. Die japanische Regierung fördert besonders den Baumwollbau, um wenigstens einen Teil des japanischen Baumwollbedarfs damit zu decken.

*

Industrie. Kaum in einem anderen Lande der Welt ist der Prozeß der Industrialisierung und Kapitalanhäufung durch den Krieg so

beschleunigt worden wie in Japan. Die Einfuhr aus den kriegführenden Ländern stockte, und ihre Erzeugung — hier kommt vor allem Rußland in Betracht — reichte nicht aus, um die Kriegsbedürfnisse zu befriedigen. Diese Notlage wurde von dem japanischen Kapital weidlich ausgenutzt. Besonders Textilindustrie und Schiffbau konnten sich mächtig entfalten. Aber auch neue Industrien entstanden, z. B. die Farbstoffindustrie, die ihre Entstehung der Ausschaltung der deutschen Farbstoffindustrie aus dem Welthandel verdankte. Im Jahre 1914 zählte man in Japan 4961 industrielle Unternehmungen. 1921 gab es deren 9605. Ihr Kapital betrug 1921 4,5 Milliarden Yen gegen 833,5 Millionen im Jahre 1914. Die Zahl der Unternehmungen hatte sich also mehr als verdoppelt, das darin angelegte Kapital mehr als verfünffacht.

Japan ist an industriellen Rohstoffen verhältnismäßig arm und in dieser Hinsicht in hohem Maße vom Auslande abhängig. Daher der Drang, die chinesischen Rohstoffquellen in seine Hand zu bekommen. Die Produktion betrug:

Jahr	Kohle Millionen Tonnen	Kupfer Tonnen	Roheisen Tonnen	Stahlerzeugnisse Tonnen
1914	22,4	70 500	570 000	283 000
1917	26,4	108 000		
1918	28,0	90 300		
1919	31,3	88 400	613 000	553 000
1920	29,2	67 800		
1921				

Die Entwicklung der Kupferproduktion zeigt besonders deutlich den Aufschwung im Kriege und den starken Rückschlag der Nachkriegszeit.

In der Maschinen- und Werkzeugindustrie stieg die Zahl der mehr als 30 Arbeiter beschäftigenden Unternehmen von 83 im Jahre 1914 auf 600 im Jahre 1919.

Die Zahl der Baumwollspindeln betrug am 31. Juli 1909: 1 731 587, am 31. Juli 1920: 3 690 000. Der Verbrauch von Baumwolle hat sich in dieser Zeit verdoppelt.

Seide ist das Hauptexportprodukt, die Seidenindustrie die älteste Industrie Japans. Rund 40 Prozent des Weltverbrauchs stammen aus Japan. Auch in dieser Industrie hat der Krieg den Mechanisierungsprozeß stark beschleunigt. 1908 waren von insgesamt 783 153 Webstühlen 745 525 Handwebstühle und 37 630 Maschinenstühle. 1917 gab es insgesamt 849 836 Webstühle, davon 671 263 Hand- und 178 673 Maschinenstühle. Diese hatten sich also seit 1908 um das Fünffache vermehrt.

Schiffbau. Auf japanischen Werften wurden gebaut:

Jahr	Zahl der Dampfer	Gesamttonnengehalt
1913	112	156 000
1918	531	698 000
1919	300	620 000
1920	93	433 000
1921	42	217 000

Die Reeder heimsten in der Kriegszeit ungeheure Gewinne ein. Die durchschnittlichen Gesamtgewinne des Aktienkapitals betrugen 1908: 6,4, 1917: 75 Prozent. Der Schiffbau wurde mit umfangreichen staatlichen Subventionen gefördert, wie der Industrialisierungsprozeß überhaupt durch Staatshilfe in Gestalt von Einfuhrverboten, Zollschutz, Subventionen, auch in Form von Staatsbeteiligung bei industriellen und Handelsunternehmungen beschleunigt worden ist.

Außenhandel. Am besten wird die Entwicklung der japanische Wirtschaft durch die Außenhandelsziffern illustriert.

Es betrugen (in Millionen Yen)

Einfuhr.

	1910	1913	1914	1915	1916	1917	1918	1919	1920	1921
Nahrungs- u. Genußmittel	45	121	79	38	31	37	176	350	222	—
Rohstoffe	231	354	329	340	432	565	855	1094	1260	—
Halbfabrikate	83	127	96	98	202	323	458	451	509	—
Fertige Waren	103	124	87	51	85	104	169	261	328	—
Sonstige Waren	2,5	4	5	5	6,5	8	10	16	16	—
Zusammen	464	729	596	532	756	1036	1668	2173	2336	1612

Ausfuhr.

	1910	1913	1914	1915	1916	1917	1918	1919	1920	1921
Nahrungs- u. Genußmittel	51	62	64	80	105	172	210	150	142	—
Rohstoffe	40	51	54	45	59	81	102	109	140	—
Halbfabrikate	225	328	306	323	541	726	757	906	679	—
Fertige Waren	137	185	168	243	381	588	854	901	963	—
Sonstige Waren	4	6	8	16	42	36	39	32	24	—
Zusammen	458	632	591	708	1127	1603	1962	2099	1948	1252

Die Ausfuhrstatistik ist zusammengestellt nach: Résumé statistique de l'Empire du Japan 35e année, Tokio 1921; The twentieth financial and economic Annual of Japan, Tokio 1920; Commerce Reports, Washington; In-en Uitvoer, Amsterdam vom 27. April und 4. Mai 1921. (Zitiert aus „Weltwirtschaftliche Nachrichten" vom 18. Januar 1922.)

Die Industrialisierung kommt zum Ausdruck: erstens in dem Wachsen der Außenhandelsziffern überhaupt, zweitens in der Verwandlung der bis 1914 passiven Handelsbilanz in eine aktive, des Einfuhrüberschusses in einen Ausfuhrüberschuß; drittens in der Steigerung der Einfuhr von Nahrungsmitteln und Rohstoffen einerseits und der Ausfuhr von Halbfertig- und Fertigfabrikaten andererseits. Zur gleichen Zeit stiegen die Goldbestände von 330 Millionen Yen 1914 auf 1,6 Milliarden Yen 1918. Die Riesengewinne der Unternehmer in der Kriegs- und Nachkriegskonjunktur wurden benutzt nicht nur zum Ausbau des Produktionsapparates im Innern, sondern auch zur Beteiligung an Rohstoff- und Nahrungsmittelunternehmungen und Konzessionen im Ausland, also zur Verbreiterung der Rohstoffbasis. Ein japanisches Konsortium erwarb Salpeterkonzessionen in Chile. Japanische Syndikate beteiligen sich in Südamerika, besonders Brasilien, an der Ausbeutung von Baumwoll-, Reis-, Kaffeeplantagen und Eisenerzgruben und erwarben Eisenwerke und Petroleum-

konzessionen in Mexiko. Es wird berichtet, daß japanisches Kapital neuerdings auch in Kalifornien eindringt. Die obige Außenhandelstabelle zeigt den raschen industriellen Aufschwung Japans, aber auch seine Kehrseite, die 1919 beginnende, im Frühjahr 1920 mit aller Schärfe einsetzende und sich bis Ende 1921 fortsetzende Krise. Gerade die beiden Länder, die sich im Kriege am meisten industriell entfalten konnten, die Vereinigten Staaten und Japan, wurden zuerst von der Weltkrise betroffen. Die aktive japanische Handelsbilanz verwandelte sich wieder in eine passive. Die Ausfuhr ging zurück, der Schiffbau erfuhr einen katastrophalen Rückgang, ein Teil der Industrieunternehmungen, besonders der erst im Kriege entstandenen, brach zusammen. Dagegen stieg die Maschineneinfuhr weiter, ein Zeichen, daß die Industrialisierung trotz der Krise nicht nachgelassen hat.

Prozentuale Verteilung des Außenhandels auf die wichtigsten Länder.[1])

Einfuhr.

	1913	1914	1915	1916	1917	1918	1919	1920
China	8,4	9,8	16,1	14,4	12,9	16,9	14,8	9,3
Britisch-Indien	23,7	26,9	27,7	23,7	21,6	16,1	14,7	16,9
Niederl.-Indien	5,1	3,7	3,1	1,9	1,7	2,9	3,0	2,9
Großbritannien	16,8	15,5	10,9	10,8	6,1	4,0	5,9	9,9
Frankreich	0,8	0,7	0,7	0,6	0,4	0,2	0,4	0,6
Deutschland	9,4	7,5	1,1	0,5	0,2	0,2	0,0	0,1
Ver. Staaten	16,8	16,2	19,3	27,0	34,7	37,5	35,3	37,4
Südamerika	0,4	0,4	0,6	0,9	1,4	1,2	0,8	1,4
Afrika	1,0	1,1	1,2	1,1	3,8	2,5	2,5	3,8
Australien und Neuseeland	2,1	2,5	5,4	5,7	3,2	2,9	2,6	2,7

Ausfuhr.

	1913	1914	1915	1916	1917	1918	1919	1920
China	24,4	27,5	19,9	17,1	19,9	18,3	21,3	21,1
Britisch-Indien	4,7	3,8	3,1	3,3	4,1	5,9	7,1	5,8
Niederl.-Indien	0,8	0,9	1,2	1,5	2,3	3,7	2,7	5,5
Großbritannien	5,2	5,6	9,7	9,1	12,6	7,3	5,3	5,0
Frankreich	9,5	5,3	6,0	5,7	6,1	7,2	3,2	3,7
Deutschland	2,1	1,7	0,0	—	—	—	—	0,1
Ver. Staaten	29,2	33,3	28,8	30,2	29,9	27,0	39,5	29,0
Südamerika	0,2	0,1	0,3	0,3	0,5	1,9	1,0	2,0
Afrika	0,3	0,4	0,3	0,9	1,3	2,5	1,2	2,1
Australien und Neuseeland	1,4	1,8	2,6	2,7	2,0	3,8	1,7	3,5

Bemerkenswert ist das Sinken des europäischen Anteils am japanischen Außenhandel und das Wachsen der Einfuhr besonders aus den Vereinigten Staaten, ferner das Eindringen Japans in die englischen Kolonien in Asien, Australien und Afrika. 1921 gelang es allerdings dem europäischen Kapital, Japan einen Teil der in der Kriegs- und Nachkriegszeit eroberten Produktionszweige wieder strei-

[1]) Bei den Zahlen ist der während der Krise eingetretene Fall der Preise zu berücksichtigen. Das Sinken der Mengen ist also nicht ganz so groß.

tig zu machen. Während der Krise sind viele kleinere Unternehmungen zugrunde gegangen. Die großen dagegen konnten die Wirkung der Krise durch eine energische Konzentrazionsbewegung abschwächen. Fast sämtliche Industriezweige sind durch Interessengemeinschaften verbunden in der Form von Trusts, Syndikaten oder Preiskartellen, die durch planmäßige Produktionseinschränkung und Preispolitik einen allzu rapiden Preissturz verhinderten. Seit Ende 1921 machen sich Anzeichen einer Ueberwindung der Krise bemerkbar.

Verkehrswesen. Länge der Eisenbahnstrecken 1919 einschl. Formosa etwa 13 000 km; davon drei Viertel Staatsbahnen, ein Viertel Privatbahn. Japan erhielt von China das Recht zum Bau von 5 Eisenbahnlinien in der Mandschurei und Mongolei. Die Länge der elektrischen Bahnen beträgt etwa 2 700 km.

Staatsfinanzen. Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen in Millionen Yen:

	1917/18	1918/19	1919/20	1920/21	1921/22
Einnahmen	1085	1479	1064	1335	1562
Ausgaben	735	1017	1064	1335	1562

Die Zahlen von 1919-20 an sind den Voranschlägen entnommen. Der größte Teil der Einnahmen bestand aus den Einkünften öffentlicher Unternehmungen, Staatseigentum, und Monopolen. Im Rechnungsjahr 1920-21 stammten aus diesen Quellen von einer Gesamteinnahme von 1335 Millionen Yen 570 Millionen Yen; der übrige Teil aus Steuern, davon 181,5 Millionen aus der Einkommensteuer, der Rest aus der Verbrauchs- und Verkehrssteuer. Von den Ausgaben entfielen im Rechnungsjahr 1920-21 auf Heer und Marine 265 Millionen Yen, gleich 25 Prozent.

Schulden (in Millionen Yen):

1915	1916	1919	1920	1921
1214,6	2992,5	3336,4	3423,6	3450,2

Hiervon 1921 Auslandsschulden 1362,3. Mit der schwebenden Schuld belief sich die Gesamtstaatsschuld am 31. Oktober 1921 auf 4023,6 Millionen Yen.

Die Gewerkschaftsbewegung in Japan.

1. Geschichte und gegenwärtige Lage der Gewerkschaftsbewegung in Japan.

Die ersten Arbeiterunruhen tauchten in Japan auf in der durch den siegreichen Krieg gegen China geschaffenen Periode außergewöhnlicher ökonomischer Expansion (1894-95). Zwischen 1897 und 1900 entstanden in Tokio und Umgebung mehrere Gewerkschaften von Metallarbeitern, Buchdruckern

und Lokomotivführern. Im Jahre 1900 wurde im Parlament ein arbeiterfeindliches Gesetz, die Polizeiverordnung „zum Schutze des Friedens" angenommen, die jede Anstiftung zum Streik mit Gefängnis bestrafte. Von da an begannen alle Gewerkschaften zu verschwinden, bis nichts mehr von ihnen übrig blieb.

Inzwischen hat der europäische Krieg das Antlitz der Arbeiterbewegung in Japan schnell verändert. Die ungeheure kapitalistische Entwicklung während der Kriegszeit hat den Klassenkampf auf das höchste zugespitzt. Die Statistik zeigt, daß 1917 eine Reihe von Streiks einsetzte, die 1919 ihren Höhepunkt erreichten. In diesem industriellen Kampfe sind die Arbeiterorganisationen rasch entstanden und gewachsen. Die meisten der jetzt bestehenden Gewerkschaften wurden 1919 gegründet und verbreiteten sich über alle Industrien und Städte. Es wird berichtet, daß es damals 150 Gewerkschaften mit einer Mitgliederzahl von 100 000 im Lande gab.

Anfang 1920 jedoch änderte sich plötzlich die Situation. Der Handel ging zurück, die Arbeitslosigkeit wuchs und die herrschenden Klassen nahmen die Gelegenheit wahr, die Gewerkschaften zu unterdrücken. Streiks endigten mit Niederlagen, die Gewerkschaften erlitten schwere Schläge, manche verschwanden, andere wurden lahmgelegt. Dieser ungünstigen Situation gegenüber begann die Arbeiterschaft ihre Gewerkschaften auf fester Grundlage neu aufzubauen und ihre Kampffront zusammenzuschließen. Im Juni desselben Jahres schlossen sich in Tokio 12 Gewerkschaften (wovon 3 dem Allgemeinen Arbeiterbund angehörten) zum Gewerkschaftsrat oder Gewerkschaftsbund zusammen. Bald darauf folgten diesem Versuch 13 Gewerkschaften in Osaka. Im Jahre 1921 erlitt der Gewerkschaftsbund in Tokio einen kurzen Rückschlag durch den Austritt des Allgemeinen Arbeiterbundes, als Folge einer Uneinigkeit zwischen den Führern des linken und des rechten Flügels; im Dezember jedoch wurde er durch den Wiedereintritt des Allgemeinen Arbeiterbundes im früheren Umfang wiederhergestellt.

2. *Richtungen in der Gewerkschaftsbewegung.*

Die Idee des Sozialismus faßte erst 1920 fest Wurzel in den Köpfen der Arbeitermassen, die durch bitterste Klassenkämpfe

hindurchgegangen waren. Grob gesagt gibt es in der Gewerkschaftsbewegung jetzt drei Richtungen: kommunistische oder syndikalistische, sozialistische und gelbe. Oertlich ist Tokio das Zentrum der revolutionären Gewerkschaftsbewegung, während die Arbeiter von Osaka und Kobe reformistischen Führern folgen. Nach Industrien gesehen, bilden die Gewerkschaften der Buchdrucker, Schiffbauer, Metall- und Grubenarbeiter die Vorhut der radikalen Bewegung.

Die Gewerkschaften, die mehr oder weniger klar die Idee des revolutionären Sozialismus vertreten, sind: die Seishin-kai, die Shinyu-kai (beide aus dem Buchdruckereigewerbe), die Uhrmacher-Gewerkschaft, die Tokioer Metallarbeiter-Gewerkschaft. Alle gehören dem Gewerkschaftsbund in Tokio an. Zwar sind sie zahlenmäßig nicht groß, üben aber einen starken geistigen Einfluß auf die übrigen Gewerkschaften aus.

Indessen ist es die zweite Richtung, die den Grundton der gegenwärtigen japanischen Bewegung bildet. Sie fordert die Abschaffung des Kapitalismus und den Klassenkampf und wird geführt von Sozialisten im weiteren Sinne. Die Richtung wird vertreten durch den Allgemeinen Arbeiterbund und andere Gewerkschaften, die zum Gewerkschaftsbund in Tokio und Osaka gehören.

Die gelben Gewerkschaften endlich, die an das Zusammenwirken von Kapital und Arbeiterschaft glauben und häufig in der offenen oder geheimen Gunst der Arbeitgeber stehen, sind keineswegs klein an Zahl, haben aber wenig Einfluß auf die Bewegung.

3. *Statistik der Gewerkschaften.*

Es gibt keine Gewerkschaftsstatistik. Schätzungsweise beträgt die Zahl der bestehenden unabhängigen Gewerkschaften 150 bis 200.

Praktisch wird die gegenwärtige japanische Bewegung von einigen wenigen Gewerkschaften, u. a. dem sehr mächtigen Allgemeinen Arbeiterbund geführt. Dieser umfaßt den Alljapanischen Bergarbeiterverband und etwa 100 Gewerkschaften der Metall-, Schiffsbau-, Textil-, Kleider-, Gummiwaren-

und einiger anderer Industrien. Die Mitgliederzahl beträgt etwa 30 000.

Die japanische Seemannsunion nimmt 100 000 Mitglieder für sich in Anspruch; das ist ein Drittel der gesamten japanischen Seeleute. Aber diese Union ist keine eigentliche Gewerkschaft, sondern eine lose Vereinigung befreundeter Gruppen. Während sie sich offen zur Zusammenarbeit der Unternehmer mit der Arbeiterschaft bekennt, beherbergt sie in ihren Reihen radikale Elemente, die in Zukunft die „Union" führen werden. Auf allen Linien der staatlichen Eisenbahnen wurde seit 1920 unter dem Schutze der Regierung ein System von Stations- und Arbeiterräten organisiert.

Die Arbeiter der Eisen-, Stahl- und Schiffbau-Industrie sind im ganzen Lande gut organisiert und führen einen ständigen Kampf gegen die Unternehmer. Die Mehrzahl der Metallarbeiterverbände gehört dem Allgemeinen Arbeiterbund an, ebenso der Alljapanische Bergarbeiterverband mit 5000 Mitgliedern.

Der Arbeiterverband der staatlichen Betriebe (gegr. 1921) ist eine lose Vereinigung, die zusammengeschlossen ist mit dem Kaistikawa Arbeiterverband (1919), dem Transportarbeiterverband, dem Kojo-kai (1920) und anderen Verbänden. Mitglieder sind die Arbeiter der Land- und Seegeschützfabriken und anderer Munitionsfabriken, Straßenbahnangestellte, Tabakarbeiter usw. Die Mitgliederzahl soll 20 000 betragen.

Die Textilarbeiter, die die Hälfte aller Fabrikangestellten ausmachen und 79 Prozent weibliche Arbeiter haben, stehen — mit Ausnahme einiger unwichtiger Körperschaften — weit abseits von der Gewerkschaftsbewegung.

Die Buchdruckergewerkschaften sind im revolutionären Sinne wichtig. Die Seishin-kai (1919) und die Shinyu-kai (1917) werden von kommunistischen oder syndikalistischen Arbeitern geführt und spielen immer die Rolle der revolutionären Führerschaft in der Gewerkschaftsbewegung.

Im Jahre 1921 machten die Bauern und Kleinpächter einen großen Fortschritt in ihrer Erhebung gegen die Grundbesitzer und im Anschluß daran in der Koalitionsrechtbewegung. Es ist aber nicht klar, wieviele ihrer Vereinigungen in die Kategorie der Gewerkschaften gehören.

Die weiblichen Arbeiter, deren Zahl in Fabriken 850 000 beträgt, halten sich von der Bewegung fern; sie haben praktisch keine Gewerkschaften, ausgenommen einige kleine Gruppen im Allgemeinen Arbeiterbund.

Die Keimei-kai (1919) ist eine Gewerkschaft von Lehrern, und ihre Führer sind auch als aktive Führer in der Arbeiterbewegung tätig. Neben dieser gibt es einige unwichtige Organisationen der Geistesarbeiter.

Internationale. Gegenwärtig haben die japanischen Gewerkschaften weder zu Moskau noch zu Amsterdam offizielle Beziehungen. Die Haltung der wichtigen Gewerkschaften, wie des Allgemeinen Arbeiterbundes, besteht darin, die offizielle Entscheidung über die Frage „Moskau oder Amsterdam" solange zurückzustellen, bis die Massen die Notwendigkeit einer internationalen Bewegung einsehen und sich entschließen, gegen jede Bedrückung, die von oben her kommen wird, zu kämpfen. Denn die japanische Regierung mißbilligt sogar den Anschluß der Gewerkschaften an die Amsterdamer Internationale.

Die legale Stellung. Die Regierung erkennt formal weder die Gewerkschaften an, noch verbietet sie sie; dagegen stellt sie ihre gesetzliche Anerkennung in nahe Aussicht. Tatsächlich aber benutzt sie den ganzen Gesetzesapparat zur Unterdrückung der Gewerkschaften. Vor allem ist die Polizeiverordnung zum Schutze des Friedens wirksam genug, Streiks abzubrechen.

Streiks. Wie die weiter folgende Tabelle zeigt, begannen die industriellen Unruhen im Jahre 1917, dem Anfangsjahre der großen kapitalistischen Expansion und der außerordentlich hohen Lebenshaltungskosten.

Während der ersten drei Jahre nach 1917 entsprangen die meisten Streiks der Forderung nach höheren Löhnen und endeten in verhältnismäßig kurzer Zeit zugunsten der Streikenden. Berg-, Metall-, Schiffbauarbeiter und Drucker übernahmen die Führung. In jener Zeit gab es nur wenige Gewerkschaften, daher wurden Streiks im allgemeinen nicht von Gewerkschaften, sondern von zeitweiligen Streikkomitees geleitet.

Im Juli 1919 führten die Drucker sämtlicher Tageszeitungen in Tokio einen Generalstreik für den Achtstundentag; sie

wurden aber besiegt. Im September unternahmen die Arbeiter der Kawasaki Schiffswerft in Kobe eine erfolgreiche Sabotage mit dem gleichen Ziel wie die Drucker. Seit dieser Zeit wurde die Forderung des Achtstundentages eine der Hauptursachen der Streiks. In jener Zeit kamen die gewerkschaftlichen Organisationen hoch und übernahmen die Führung der Streiks.

Die ökonomische Krisis von 1920 änderte aber den Stand der Dinge; die Arbeiter wurden in die Defensive gedrängt. Trotz der schlimmen Lage streikten und kämpften sie gegen die Herabsetzung der Löhne, gegen die Entlassung von Gewerkschaftsmitgliedern, für die Arbeitslosenunterstützung usw. Die wirtschaftliche Depression, die Arbeitslosigkeit und die Angriffe der Unternehmer auf die Löhne setzten sich 1921 fort. Die Arbeiter mußten sich verteidigen; sie kämpften für Mindestlöhne, Anerkennung der Gewerkschaften, für das Genossenschaftswesen und endlich für Arbeiterräte zur Kontrolle der Industrie. Die Arbeiter der Sumitomo-Gießerei in Osaka führten im Juni, die Arbeiter der Kawasaki-Schiffswerft in Kobe im Juli für diese Forderungen einen sehr schweren Kampf, wobei es zu einer Straßenschlacht zwischen Streikenden und der Polizei kam. Beide Streiks wurden vom Allgemeinen Arbeiterbund geführt; im ersten siegten die Arbeiter, im anderen aber unterlagen sie vollständig.

Arbeitsbedingungen. Im allgemeinen kann man sagen, daß die Lage der japanischen Arbeiter infolge ihrer Kämpfe in der günstigen Zeit von 1917 bis 1920 im Vergleich zu den früheren Jahren sich wesentlich gebessert hat. In vielen großen Metallfabriken und Schiffswerften wurde der Achtstundentag eingeführt. Aber meistens werden Ueberstunden gemacht (zwei, manchmal auch vier Ueberstunden), weil die Arbeitslöhne zu gering sind, als daß ein Arbeiter von achtstündiger Arbeit leben könnte. Ende 1921 betrug die Arbeitszeit im allgemeinen 9—10 Stunden. Man erwartet jedoch, daß die Unternehmer diese Zeit wieder ungehemmt verlängern werden, wenn sich die Konjunktur hebt.

Die Löhne sind in den letzten Jahren auch erhöht worden, aber in geringerem Maße als die Preise.

Preise und Löhne in Osaka.
(Bericht der Handelskammer Osaka 1920.)

Monat	1914		1915		1916		1917		1918		1919		1920	
	Index		Index		Index		Index		Index		Index		Index	
	Pr.	L.	Pr.	L.	Pr.	L.	Pr.	L.	Pr.	L.	Pr.	L.	Pr.	L.
Januar			102	97	142	104	160	112	216	135	254	171	340	264
Februar			105	97	148	103	161	113	221	134	249	170	359	270
März			108	97	150	105	161	113	223	134	237	170	372	273
April			112	98	147	106	164	114	226	143	243	177	347	274
Mai			112	97	143	106	168	116	224	144	247	177	313	268
Juni			112	98	140	105	175	120	235	146	266	182	288	262
Juli	100	100	111	99	137	107	195	122	245	156	285	194		
August	102	100	109	98	139	107	211	124	257	158	258	205		
September	104	100	112	100	141	109	218	129	264	116	298	213		
Oktober	104	100	114	99	146	111	210	129	268	167	310	236		
November	102	99	123	102	156	111	208	131	268	169	324	245		
Dezember	103	99	136	102	158	113	211	133	258	170	335	250		

Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosigkeit stieg im April 1920 plötzlich an und die Verhältnisse blieben bis zum Ende des Jahres 1920 äußerst schwierig. In dieser Zeit wurde die Mehrzahl der weiblichen Arbeiter, insbesondere in der Textilindustrie, entlassen. Die folgenden Zahlen umfassen nur Arbeiter, die in Fabriken mit mehr als 15 Arbeitern beschäftigt sind. Die tatsächliche Arbeitslosigkeit ist daher weit größer.

Zahl der Arbeitslosen Januar 1920 bis Juni 1921[1])

	1. Halbj. 1920	2. Halbjahr 1920		1. Halbjahr 1921	
	Arbeitsl.	Arbeitsl.	Beschäft.	Arbeitsl.	Beschäft.
Männlich	203 925	203 973	168 256	163 510	158 349
Weiblich	222 631	353 786	208 720	188 583	351 350
Zusammen	426 556	557 759	376 976	352 093	509 699

In der zweiten Hälfte 1921 betrug die Arbeitslosigkeit weit über 50 Prozent. Gegen die Arbeitslosigkeit ist die japanische Arbeiterschaft machtlos. Es gibt keine gesetzliche Arbeitslosenunterstützung. Die Gewerkschaftsorganisation ist noch zu jung, um die Arbeitslosen in befriedigender Weise zu versorgen.

Die politische Arbeiterbewegung.

1. Geschichte der sozialistischen Bewegung.

Die sozialistische Bewegung sammelte sich zuerst in der sozialdemokratischen Partei. Diese verwandelte sich 1903 in

[1]) Bericht des Departements für Landwirtschaft und Handel.

die Plebejer-Liga, eine marxistische Gruppe, die praktisch bis 1909, unter neuem Namen, fortlebte. Die Liga führte in diesen sieben Jahren eine Reihe heroischer Kämpfe gegen die Regierung. Schließlich kam es infolge der „Roten Flaggen-Demonstration" von 1908 zu der Katastrophe von 1909 mit dem berüchtigten „Fall Kotoku", wo unter der falschen Anklage einer Verschwörung zwölf Anarchisten und Sozialisten guillotiniert und zwölf andere zu lebenslänglichem Kerker verurteilt wurden.

Von da an bis 1920 ging die sozialistische Bewegung unterirdisch weiter. Doch bald gründete Sakai die „Baibun-sha" (Kritik-Gesellschaft) zum Studium des Marxismus und zur Unterstützung der Genossen. 1914 gab die Baibun-sha eine Monatschrift „Die neue Gesellschaft" heraus. Natürlich wurden Baibun-sha und ihr Organ das Zentrum für alle japanischen Sozialisten im Lande und außerhalb. 1916 gab Osugi eine syndikalistische Monatsschrift „Der moderne Gedanke" heraus, die aber nicht lange bestehen konnte. In Amerika veröffentlichte 1917 Katayama „Heimin" (Plebejer).

Im Dezember 1920 wurde in Tokio die „Japanische Sozialisten-Liga" mit etwa 1500 Mitgliedern im ganzen Lande gegründet. Formell umfaßte die Liga alle sozialistischen Richtungen, in Wirklichkeit aber wurde sie von Kommunisten geführt, und innerhalb der Liga wurden Kommunisten ausgebildet. Im März 1921 ging aus diesem Kern die illegale Kommunistische Partei Japans hervor. Die Liga wurde von der Regierung alsbald verboten. Sie hatte aber schon ihre Mission erfüllt.

In Amerika wurde 1918 von Katayama und seinen Freunden die japanische Kommunistengruppe gegründet. Durch diese Gruppe wurde eine enge Verbindung zwischen Japan und Moskau hergestellt.

Im Jahre 1921 schloß sich die Kommunistische Partei Japans der K. I. an und sandte Delegierte zum 3. Weltkongreß. Im Januar 1922 nahm sie teil an der Konferenz der Ostvölker.

Der unbarmherzige Kampf der Regierung gegen alle revolutionären Bewegungen ging weiter. Die unterirdische Organisation der Kommunistischen Partei wurde im November 1921 aufgedeckt, und die Führer wurden unterschiedslos verhaftet. Doch konnte dies die Bewegung nicht hemmen.

2. Stärke der Parteien.

1. Die Kommunistische Partei Japans ist zwar eine Geheimorganisation, hat aber etwa 600 Mitglieder und zwei Halbmonatsorgane: „Sozialismus" und „Sozialistische Studien", letztere herausgegeben von Kin und Kikue Yamakawa.

2. „Sekiran-kai" (Der Rote Wellen-Bund) ist eine kleine Gruppe kommunistischer Frauen, die in kommunistischer Propagandaarbeit eine aktive Rolle spielen.

3. Seite an Seite mit diesen beiden Körperschaften steht eine Gruppe von Syndikalisten-Kommunisten unter Führung von Osugi, die ihre Kraft darauf konzentrieren, die bestehenden Gewerkschaften zu revolutionieren. Ihr jetzt unterdrücktes Wochenorgan war „Rodo Undo" (Arbeiterbewegung).

4. „Rodo-sha" (Arbeiterverband) ist die anarchistische Gruppe, deren Monatsorgan „Rodo-sha" (Arbeiter) ist.

5. Die Japanische Kommunistengruppe in Amerika beschäftigte sich mit Propagandaarbeit unter den japanischen Arbeitern dieses Landes. Sie ist gegenwärtig klein an Zahl, da eine Anzahl führender Mitglieder Ende 1921 mit Katayama nach Moskau und Sibirien gegangen ist, um unter den Ostvölkern Propaganda zu treiben.

6. Es gibt ferner eine Arbeiterorganisation namens „Arbeiterpartei", die kaum einige Hundert Arbeiter umfaßt. Ihr Hauptprogramm ist die Verwirklichung des allgemeinen Wahlrechts, aber sie ist nichts weiter als ein Werkzeug der Bourgeoisie-Politiker.

Die Genossenschaftsbewegung ist unbedeutend, überwiegend Beamte und Angestellte.

Kalender der Arbeiterbewegung.

1919

Juli: Generalstreik in 16 Tageszeitungsbetrieben in Tokio, niedergeschlagen. Große Sabotage in der Kawasaki-Schiffswerft in Kobe mit Erfolg. Wahl eines gewesenen Direktors einer Firma durch die Regierung zum Arbeiterdelegierten zur Washingtoner Internationalen Arbeiter-Konferenz. Agitation von Arbeiterorganisationen gegen ihn.

November: Großer Streik in den Kamaishi- und Ashio-Minen.

1920

April: Niedergeschlagener Streik (20 000 Beteiligte) in der Yamata-Eisengießerei. Niedergeschlagener Streik der städtischen Straßenbahnangestellten in Tokio.

Mai: Erste Mai-Demonstration.
Gründung des Gewerkschaftsrates durch 12 Gewerkschaften in Tokio.

Juli: Niedergeschlagener Arbeiterstreik (1600 Frauen und 400 Männer) in der Oshiage-Spinnerei in Tokio.

Dezember: Gründung der Japanischen Sozialisten-Liga (1500).

1921

März: Gründung der Kommunistischen Partei Japans.

April: Unterdrückung der Sozialisten-Liga.

Mai: Spaltung im Gewerkschaftsrat in Tokio.

Juni: Großer Streik in der Sumitomo-Metall-Gießerei in Osaka.

Juli: Erfolgloser Streik in der Kawasaki-Schiffswerft in Kobe (25 000).

November: Versammlung der Arbeiter staatlicher Betriebe nimmt Stellung zum Arbeitslosenproblem.

Dezember: Einberufung einer großen Konferenz durch den Gewerkschaftsrat zwecks Stellungnahme zum Arbeitslosenproblem.

Lettland.

Allgemeines.

Lettland als selbständiger Staat existiert seit dem Friedensvertrage mit Rußland (1920). Flächenraum: 65 685 qkm. Die Einwohnerzahl beträgt (1920) 1 727 000, während auf demselben Territorium am 1. Januar 1914 2 552 000 und am 1. Januar 1897 1 929 387 Einwohner gezählt wurden. Der Verlust ist fast ausschließlich dem Kriege zuzuschreiben (Kriegsopfer, evakuierte Arbeiter und Kriegsflüchtlinge). Von den letzteren sind in den Jahren 1920-21 einige Hunderttausende zurückgekehrt, so daß man zur Zeit die Zahl der Einwohner wohl auf 2 Millionen schätzen kann. Der Nationalität nach stehen an erster Stelle Letten mit 76,19 Prozent, dann Russen mit 11,11 Prozent, Juden mit 5,20 Prozent, Deutsche mit 3,83 Prozent usw. Der Religion nach war 1920 die Mehrzahl evangelisch-lutherisch, 57,3 Prozent, Katholiken 23,5 Prozent, Orthodoxe und Altgläubige 13,3 Prozent, mosaisch 5 Prozent.

Die Regierungsform ist republikanisch, bürgerlich-demokratisch. Das Wahlrecht ist allgemein, gleich, geheim und proportionell. Die Verteilung nach Parteien ist sehr buntscheckig, etwa 14 Gruppierungen.

Stimmenzahl der Parteien bei den Konstituantewahlen:

Bauernbund	209 395	Stimmen,	43 Vertreter,	28,7 Prozent
Nationale Gruppen (deutsche, russische, hebräische, polnische)	72 450	,,	16 ,,	11,3 ,,
Verschiedene lett. bürgerliche, kleinbürgerliche, demokratische und dergleichen Gruppen	81 146	,,	18 ,,	12 ,,
Christlich-nationale und andere kleinbürgerliche Gruppierungen	74 549	,,	16 ,,	10 ,,
Sozialdemokratische (noch ungespalten)	274 877	,,	57 ,,	38 ,,

Die Kommunistische Partei, illegal und unter unerhörtem Terror leidend, konnte an den Konstituantewahlen (1920) nicht teilnehmen, weshalb alle ihre Arbeiterstimmen der einzigen Oppositionspartei, der Sozialdemokratie, zufielen. Jetzt hat sich die Sozialdemokratie gespalten, wobei die Regierungsgruppe 17 und die Opposition 40 Mitglieder der Parlamentsfraktion erhalten hat. Ein später gewählter Sozialdemokrat neigt zur Linken, als unabhängiger Arbeitervertreter, von den Gegnern „Kommunist" genannt.

An den bevorstehenden Parlamentswahlen nimmt die Kommunistische Partei, wenn auch illegal, teil.

Bei den eben durchgeführten städtischen Kommunalwahlen haben die Sozialdemokraten sehr große Verluste zu verzeichnen. Wo sie in verschiedenen Städten die Majorität hatten, haben sie dieselbe meistens an die Bourgeoisie verloren. Andererseits hatten dort, wo unter dem Einfluß der illegalen Kommunisten arbeitergewerkschaftliche Kandidaten aufgestellt waren, die Sozialdemokraten Verluste nach links. So haben sie in Riga von 28 Mandaten an die linke, von der bürgerlichen Presse mit Denunziationsabsichten Kommunisten genannte Arbeitergruppe 13 Stellen verloren, an die Rechtssozialisten 2. Freilich haben sie einen kleinen Zuzug aus den Mittelschichten erhalten und haben noch 18 Mandate. Die „Kommunisten" haben 13 Stellen (von 90) mit 17800 Stimmen oder 15 Prozent, was genau der Zahl der organisierten Arbeiterbevölkerung entspricht. Und das ohne jegliche legale Agitation.

Die Berufs- und Klasseneinteilung ist gegenwärtig ziemlich schwierig festzustellen, denn der Krieg hat zuviel Zerstörung übers Land gebracht. Im Jahre 1914 betrug die Stadtbevölkerung 40,3 Prozent (im Jahre 1897 31,5 Prozent), nach dem Kriege (1920) nur noch 24 Prozent.

Die Mehrzahl der Bevölkerung bildet die Bauernschaft (etwa 71 Prozent). Vor der Revolution von 1905 bestand die große Mehrzahl der Bauernschaft aus landlosen Proletariern (in Livland und Kurland war das Verhältnis wie 1 : 9 bezw. 10). Die Revolution von 1905 hatte eine Verschärfung der Klassengegensätze zur Folge. Die Landflucht, die in den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts die Landbezirke zu entvölkern begann, dauerte fort. Auf dem Lande verwandelte sich der Landarbeiter zu einem Halbpächter, Kleinpächter, Parzellenwirt und dergl., und diese Tendenz wurde noch durch den Krieg verschärft. Die Landaufteilung schuf durch fast vollständige Zerschlagung des Großgrundbesitzes einen neuen Stand von Kleinbauern oder Kleinpächtern.

Nach Durchführung der Reform wird die Landbevölkerung etwa sich verteilen:

30 Prozent große und mittlere Bauern, die fremde Arbeiter beschäftigen, 46 Prozent Kleinbauern, Halbproletarier, 24 Prozent rein proletarische Elemente.

Die Berufsgliederung der Stadtbevölkerung ist schwierig festzustellen. Die erwachsene industrielle Arbeiterschaft beträgt 21 213, hinzukommen Eisenbahner, Hafenarbeiter, Handelsangestellte, Hausbedienstete usw., im Ganzen zirka 40 Prozent der erwachse-

nen Bevölkerung. Einen großen Prozentsatz nimmt der Kleinhandel ein, aber genaue Ziffern sind da nicht festzustellen.

Die werktätige Einwohnerschaft verteilt sich folgendermaßen:

	1897 in %	1920 in %
In der Landwirtschaft	48,4	79,8
in der Industrie	21,4	6,6
Handel und Transport	8,0	3,9
Hausbediente	13,5	2,1
Beamte und liberale Berufe	2,8	1,4
Diverse	5,9	6,5

Die wirtschaftlichen Verhältnisse.

Landwirtschaft. Die Landwirtschaft war vor dem Kriege, namentlich bei den Bauern, gut entwickelt; der lettische Bauer näherte sich dem dänischen, nur daß er fast ohne Ausnahme fremde Arbeitskraft anwandte. Die großen Güter wurden kapitalistisch bewirtschaftet, jedoch nicht gut. Die Großgrundbesitzer, fast ausschließlich Adelige, waren nicht auf die Gutseinnahmen allein angewiesen, da sie zugleich über eine große Zahl von Pachtbauern und Bauernhypothekenschuldnern verfügten.

Vor dem Kriege gehörten dem Adel zirka 48,12 Prozent des ganzen Landes und der Bauernschaft 39,36 Prozent; 10,02 Prozent waren Kronland und 1,08 Prozent Kirchenland.

Die bei der Güteraufteilung entstandenen neuen Landwirte, zum größten Teil auch schon frühere Teilpächter, werden wenigstens in den nächsten Jahren ein halbproletarisches Element bilden, welches zum großen Teil vom Verkauf seiner Arbeitskraft existieren wird.

Erntestatistik. Die bebaute Fläche ist von 1 089 633 ha 1913 auf 739 255 ha 1920 zurückgegangen. Der Ertrag ist von 94 504 200 Pud 1913 auf 59 991 600 Pud 1920 gesunken.

Der Viehstand ist sehr zerrüttet.

	Pferde	Rindvieh	Schafe	Schweine
1913 (in Tausenden)	320	912	996	557
1920 „ „	261	768	978	481

Industrie. Die Industrie ist ganz ruiniert. Die einzige heimische Industrie, die Holz- und Textil-(Flachs-)Industrie ist stillgelegt, weil die Regierung zu Valutazwecken das Rohmaterial ins Ausland verschiebt.

Die Zahlen über die Lage der Industrie sind folgende:

	1910		1920	
Weniger als 16 Arbeiter	205 Untern.	1 598 Arbeiter	1192 Untern.	4 281 Arbeiter
von 16—50 „	248 „	8 011 „	145 „	4 230 „
50—500 „	295 „	45 872 „	90 „	10 730 „
500—1000 „	24 „	15 672 „	3 „	1 972 „
1000 u. mehr „	10 „	21 290 „	—	—
Summa	782 Untern.	92 443 Arbeiter	1430 Untern.	21 213 Arbeiter

Außenhandel. Vor dem Kriege war Lettland nicht losgelöst von Rußland und daher sind die Zahlen für den Außenhandel für Lettland nicht zu ermitteln.

	Import 1920		Export 1920	
	Mill. Pud	Mill. lett. Rub.	Mill. Pud	Mill. Rubel
Fertigfabrikate	0,8	791	0,2	22,6
Rohstoffe und Halbfabrikate	1,0	393	11,7	1048,9
Lebensmittel	5,3	848	0,06	3,9

Trotzdem es ein Ackerbauland ist, importiert Lettland doch hauptsächlich Lebensmittel (Brot, Fische, Kolonialwaren). Die Ausfuhr besteht hauptsächlich aus Holz, Flachs und altem Eisen.

Verkehrswesen. Die Eisenbahnen sind alle Staatsbahnen. 1920—1921: Eisenbahnnetz im ganzen 2903,4 km, davon im Betrieb 2741,6 km. Im Mai 1921: Frachtwagen im ganzen 6020, Lokomotiven 280, Personenwagen 392.

Geldwesen. Bei der „Selbstbestimmung" hat Lettland den russischen Rubel zu einem lettländischen Rubel gemacht zum Kurse eines Ostrubels. Die Emission beträgt zurzeit 2½ Milliarden lettische Rubel. Der Kurs des Rubels betrug für 1 Pfund Sterling beim Beginn der Kursnotierungen 1920 am 15. Juli 300 Rubel, am 16. August 630, am 16. Dezember 580, 1921 am 15. Januar 780, am 13. März 1000, am 30. April 1725, am 1. Juli 1875, am 15. August 1400, am 15. Oktober 1395, am 5. November 1300, am 16. November 1000. Dieser Kurs blieb stabil bis zum Februar 1922, wo er wieder zu fallen begann. Am 28. März betrug er für 1 Pfund Sterling 1125.

Das Geldsystem basiert jetzt auf einer im Umlauf nicht existierenden Goldmünze: Franc (genannt Lat). 100 Francs müssen 32,25806 Gramm reines Gold enthalten. Der Kurs eines Goldfrancs war bis Februar 1922 75 lettische Rubel, Ende April 50. Die Kursnotierungen sind offiziell.

Staatsfinanzen. Das Budget für 1921-22 ist noch nicht bestimmt.

Die Hauptausgaben	Mill. Rubel	Die Haupteinnahmen	Mill. Rubel
Finanzministerium	2240	Finanzministerium	5110
Kriegsministerium	1822	Ackerbauministerium	1685
Verkehrsministerium	1312	Verkehrsministerium	1316
Volksaufklärung nur	300	Volksaufklärung	59
Reichskredit (%)	1486	Defizit	1253

Sehr hohe Einfuhrzölle (sogar auf Salz und Zucker), auf einige Gegenstände 300—350 Prozent. Hohe Abgaben, sogar auf Brot, Salz, Tee, Seife, Petroleum usw. verteuern die Lebensmittel. Das Defizit des Budgets 1922-23 soll 1 847 000 000 lettische Rubel betragen. Ueber die Staatsschuld gibt es keine offizielle Daten, man schätzt dieselbe auf 5 Milliarden lettische Rubel.

Die Einnahmen betragen in Prozenten: Abgaben 22 Prozent, Reichsmonopole 28 Prozent, Reichsunternehmungen 15,5 Prozent,

Reichsländereien und Wälder 16 Prozent, andere Einnahmen 3,5 Prozent, das Defizit 15 Prozent des Budgets.

Die Ausgaben betragen: Finanzministerium 22 Prozent, Reichsheer 18,5 Prozent, Schulden (nicht eingerechnet Prozente für Landentschädigung) 15 Prozent, Verkehr 13,3 Prozent usw.; an letzter Stelle kommt die Volksaufklärung mit 3 Prozent.

Die Gewerkschaftsbewegung.

Die Gewerkschaftsbewegung konnte legal erst nach der Revolution von 1905 entstehen, früher gab es nur verschiedene legale Arbeiterhilfsvereine, Krankenkassen und dergl. Die 1905 entstandenen Verbände wurden von der Konterrevolution (1906) vernichtet, die Tausende von Arbeitern ins Grab, in die Verbannung und ins Exil (hauptsächlich nach Amerika) trieb. Erst 1908 entstanden von neuem Gewerkschaften (Metallarbeiter-, Bauarbeiter-, Schneider-, Holzarbeiterverbände u. a.).

Der Krieg und die Okkupation fegten die Anfänge der Gewerkschaften wieder weg. Die Räterepublik (1919) erweiterte die Ueberreste der alten Gewerkschaften in dem Maße, daß dieselben alle proletarischen Massen umfaßten. Der entsetzliche Terror von 1919—1921 ließ wenig davon übrig. Doch begannen bald Neuorganisationen, aber nur lokalen Charakters, zuerst in Libau, das vom weißen Terror sehr heimgesucht war, dann in Riga. Zurzeit ist wieder das ganze Proletariat gewerkschaftlich organisiert. Man zählt zirka 60 000 Gewerkschaftsmitglieder (eingerechnet halbproletarische Organisationen). Dieselben scharen sich um zwei Zentren, die dadurch entstanden sind, daß 1921 im Mai der proletarische Teil (die faktische Mehrheit) den II. Gewerkschaftskongreß verließ, und daß es infolge Sabotage der Sozialdemokraten, die die sogenannte Lettländische Zentrale inne haben, noch immer nicht zu einer Wiedervereinigung gekommen ist. Diese Lettländische Zentrale umfaßt angeblich 22 000 Mitglieder, darunter 10 000 des „Landarbeiterverbandes“ (in der Mehrzahl Kleinbauern), 6000 Eisenbahner, 2000 Beamte, 1900 Buchdrucker, 1000 Post- und Telegraphenbeamte. 500 Straßenbahnangestellte usw. und gehört zu Amsterdam.

Das zweite Zentrum, das angeblich unter dem Einfluß der Kommunisten steht, ist die Rigaer Zentrale, welche sämtliche proletarischen Gewerkschaften umfaßt: Rigaer Metallarbeiter 1900, Transportarbeiter 1714, Eisenbahner 1700, chemische Arbeiter 1600, Holzarbeiter 1500, Setzer 1450, Lederbranche 1000, Handelsangestellte 1000 usw., im ganzen 17 236. Zu ihnen gesellt sich die Libauer Zentrale, welche

1500 Metallarbeiter, dann Holz- und Hafenarbeiter, Eisenbahner usw., im ganzen 11 000 Mitglieder, umfaßt. Ferner die Dünaburger Zentrale, die 5000 organisierte Arbeiter umfaßt. Außerhalb der beiden Zentralen stehen einige lokale Verbände. Ein Anschluß an Moskau ist vor einer Wiedervereinigung nicht beabsichtigt.

Diese Verbände sind in der Mehrzahl noch immer nicht über ganz Lettland zentralisiert, ausgenommen 10 Verbände, darunter gerade die am wenigsten proletarischen Landarbeiter, der Eisenbahner, Post- und Telegraphenbeamten.

Große Lohnkämpfe fanden 1920 und 1921 statt. In beiden Jahren auch ein allgemeiner Eisenbahnerstreik, der das erste Mal günstig, das zweite Mal ungünstig ausfiel und Verhaftungen und Repressalien nach sich zog.

Die statistischen Daten über die Lebenshaltung sind sehr spärlich. Das Arbeitsministerium (Sozialdemokraten) hat das Existenzminimum im Oktober 1921 auf 83 Rubel 20 Kopeken täglich oder 2497 Rubel monatlich berechnet, während im September der Durchschnittslohn 115 Rubel täglich betrug. Diese Berechnung nennt als notwendig: monatlich 40 Pfund Brot, 13 Pfund Rindfleisch, 7 1/3 Liter Milch, 3 Pfund Quark, 2½ Pfund Butter, 36½ Pfund Kartoffeln, 22 Pfund Gemüse und 9 Pfund Erbsen, was im ganzen 1248 Rubel 90 Kopeken ausmacht. Für andere Bedürfnisse 100 Prozent Zuschlag, in Summa 2497 Rubel 80 Kopeken. In Wirklichkeit ergibt diese Quantität Lebensmittel zu wenig Kalorien (2900), und eine monatliche Ration von 3300—3500 Kalorien kostet nicht weniger als 1795 Rubel, also mit den übrigen Bedürfnissen zusammen 3590 monatlich. Rechnet man aber 2,2 Familienglieder auf je einen Arbeiter durchschnittlich, so entsteht die Summe von 8436 Rubeln monatlich.

Die Preise der notwendigsten Lebensmittel sind durchschnittlich auf das 240fache, die Löhne nur auf das 100fache gestiegen.

Die Daten über Arbeitslosigkeit sind ganz ungenügend. Die Arbeitslosigkeit ist groß. Organisierte Arbeitslose zählte man in Riga Januar 1921 bis 10 000, während an der Arbeitsbörse nur 2000 registriert waren. Zur gleichen Zeit waren in Libau 5000 Arbeitslose. Nach Schließung der Textilfabriken wuchs die Zahl der Arbeitslosen stark an. Und im März 1922 waren in Riga allein offiziell 4300 Arbeitslose registriert.

Die Betriebsrätebewegung strebt hier eine Wiederherstellung des alten Gesetzes über Fabrikkomitees an mit erweiterten

Funktionen derselben. Die Regierung ist dagegen, und die Frage wird zum Kampfesgegenstand der gesamten Arbeiterschaft.

Politische Arbeiterbewegung.

Die einzige Arbeiterpartei Lettlands war die revolutionäre Sozialdemokratie, gegründet 1903, die im März 1919 den Namen „Kommunistische Partei Lettlands" annahm. Während der deutschen Okkupation von 1917 wurde eine kleine opportunistische Gruppe ausgeschlossen, die sich seitdem als „Sozialdemokraten-Menschewisten" bezeichnet.

Nach dem Falle der Sowjetrepublik Lettland (22. Mai 1919) wurde die Kommunistische Partei von neuem illegal und litt unter einem unerhörten Terror, der mehr als 10 000 Arbeitern das Leben kostete. In dieser Atmosphäre wuchs die legale menschewistische Sozialdemokratie empor, welche 1920 nach eigener Angabe 10 000 Mitglieder zählte, zwei Tageszeitungen herausgab und bei den Konstituantewahlen 274 877 Stimen erhielt und 57 von 150 Sitzen eroberte. Jetzt hat sie die ganze Arbeiterschaft verloren, welche von neuem dem Kommunismus zuneigt. Die Mitgliederzahl fällt sogar laut offiziellen Angaben (7000, in Wirklichkeit viel weniger). Die zwei Organe haben kaum 8000 Leser. Die Partei will eine Kopie der deutschen Unabhängigen sein; ihre Mitgliedschaft besteht hauptsächlich aus Kleinbauern. 1921 spaltete sich die Sozialdemokratie; 17 Mitglieder der Konstituantefraktion gehören nunmehr zur Regierungspartei und zur II. Internationale, die übrigen 40 zur Zweieinhalb-Internationale. Die Regierungssozialisten sind Sowjetrußland sehr feindlich, offene konterrevolutionäre Chauvinisten und Antisemiten. Die Sozialdemokraten spielen sich als Freunde Rußlands auf, aber nicht Sowjetrußlands, denn die Verleumdung der Kommunisten aller Länder ist ihre Spezialität.

D i e K o m m u n i s t i s c h e P a r t e i als illegale Organisation hat eine 19jährige Geschichte hinter sich. Als konspirative illegale Organisation hat sie Großes geleistet; sie hat die Idee der sozialdemokratischen Zellen als erste, noch vor der Vereinigung mit der russischen Partei (1906), durchgeführt und hat als illegale Organisation einmal bis 14 000 Mitglieder gezählt. In der Revolution von 1905 hatte sie die führende Rolle in Lettland, und ihr Zentralkomitee besaß einige Monate hindurch die faktische Macht im Lande. Die grauenhafte Reaktion von 1906 (die Strafexpeditionen in Kur- und Livland) unterdrückte die Partei, welche von neuem illegal wurde und

einige Jahre hindurch unter eine opportunistische Leitung geriet. 1914, kurz vor dem Kriege, siegte von neuem die bolschewistische Richtung, welche den ganzen Krieg hindurch revolutionäre Politik trieb. Beim Ausbruch der Revolution von 1917 stand die revolutionäre Sozialdemokratie wieder an der Spitze der Arbeiterbewegung, die aber infolge des Krieges und der Evakuation fast sämtlicher Fabriken lahmgelegt war. Die Okkupation von 1918 brachte neuen Terror mit sich. Im Dezember 1918 bildete sich die Räterepublik Lettland, welche fünf Monate bestand und durch deutsche Truppen gestürzt wurde. Ein noch fürchterlicherer Terror setzte ein, die Partei wurde von neuem illegal und ist bis jetzt illegal geblieben. Ihre Mitgliederzahl wird nicht publiziert; eine legale Presse besitzt sie nicht, gibt aber mehrere illegale Zeitschriften, unter anderem die 18 Jahre bestehende historische „Zihna" („Kampf"), und eine große Anzahl von Aufrufen und Flugblättern heraus. Unter ihrem Einfluß stehen fast alle proletarischen Elemente des Landes.

Die kommunistische Jugendorganisation ist ein Teil der Kommunistischen Partei; eine besondere Frauenorganisation hat die Partei nicht, aber der Prozentsatz der weiblichen Mitglieder in manchen Organisationen beträgt über 50 Prozent.

Genossenschaftsbewegung.

Eine Genossenschaftsbewegung existierte in Lettland anfangs nur in der Art von Schultze-Delitzschen Spar- und Anleihekassen, die sich aber bald zu Kreditvereinen und Banken für die bäuerliche Bourgeoisie entwickelten. Außerdem bestanden Konsumgenossenschaften, auf bäuerliche Verhältnisse zugeschnitten. Arbeiterkonsumgenossenschaften waren vor dem Krieg recht spärlich und infolge des politischen Druckes nicht zentralisiert. Zur Zeit der Begründung der Räterepublik im Januar 1919 bestand eine zentralisierte Gruppierung um den Arbeiterkonsumverein „Produkt", welche unter dem Einflusse von Kommunisten stand und einen guten Verteilungsapparat für die Räteregierung bildete. Der Terror der Konterrevolution wütete nach dem Sturz der Räteregierung im Mai 1919 auch in den Reihen des Konsumvereins fürchterlich. Jetzt ist „Produkt" (1900 Mitglieder) von neuem das kooperative Zentrum der Opposition gegen die Sozialdemokraten und die Bourgeoisie. Auf dem letzten Arbeiterkonsumvereinskongreß (vertreten waren 30 Organisationen mit 36 970 Mitgliedern) hatte die Linke die Majorität, um aber die junge Kooperativbewegung nicht zu spalten, machte sie große Zugeständnisse an

die Minorität. Die Kooperativbewegung leidet sehr unter der Krise und unter dem Drucke der Regierung (Entziehung von Krediten, große Abgaben usw.). Die übrigen Kooperativen sind während des Krieges zu Grunde gegangen. Wiederhergestellt sind bis jetzt nur die unter dem Deckmantel von Konsumgenossenschaften bestehenden und von der Bauernregierung reichlich unterstützten Profitgesellschaften des Bauernbundes.

Kalender.

1918

22. Dez. I. Manifest der Räteregierung Lettlands.

1919

3. Januar Die Revolution siegt in Riga und begründet die Räterepublik in Lettland.

13. Januar I. Kongreß der Arbeiterdeputiertenräte von ganz Lettland.

2. März Eröffnung des VI. Kongresses der Sozialdemokratischen Partei Lettlands, woselbst sie die Benennung „Kommunistische Partei Lettlands" annahm.

22. Mai Fall des roten Riga. Beginn der grauenhaften Konterrevolution in Riga und ganz Lettland; Blutbad unter den Kommunisten und Arbeitern, zirka 10 000 Opfer.

November Ueberfall von konterrevolutionären deutschen Bermondt-Truppen von der lettischen demokratischen Regierung zurückgeschlagen.

1920

Frühjahr Frieden mit Sowjetrußland unterzeichnet; Anerkennung der Selbständigkeit Lettlands.

1. Mai Eröffnung der Konstituante. Imposante kommunistische Arbeitermaidemonstration.

Juli I. Eisenbahnerstreik.

1921

März II. Eisenbahnerstreik.

Mai Große Maidemonstration unter kommunistischer Leitung.

11. Juni Als Antwort auf die Maidemonstration Hinrichtung von 9 gefangenen Kommunisten, darunter 2 Mitglieder des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei (Genossen Schilf und Behrze).

15. Juni I. Koalitionsregierung mit Rechtssozialisten.

Litauen.

Territorium, Bevölkerung, Klassengliederung.

Litauen hat sich nach dem Weltkriege von Rußland losgelöst. Es umfaßt Teile der früheren Kownoer, Wilnaer und Suwalker Gouvernements (laut dem Vertrage mit Sowjetrußland vom 12. Juli 1920)

Um Wilna wird noch ein Kampf zwischen Litauen und Polen geführt, der seinem Wesen nach ein Kampf der polnischen Großgrundbesitzer gegen die litauischen Großbauern ist.

Territorium und Bevölkerung am 1. Januar 1914:

	qkm	Einwohner in Tausend	auf dem flachen Lande in Tausend	in den Städten[1]) in Tausend
Kowno- und Wilna-Litauen (4 Bezirke)[1])	76 000	3 795,9	3795,7	505,2

Der Nationalität nach stehen die Litauer an erster Stelle. Die nationale Zusammensetzung schwankt jedoch bedeutend, je nach den einzelnen Gebieten. So schwankt der Prozentsatz der Litauer zwischen 3,8 bis 82,7 Prozent, der Polen zwischen 1,3 bis 66,8 Prozent, der Weißrussen und Russen zwischen 0,9 bis 82,4 Prozent, der Juden zwischen 7,1 bis 23,8 Prozent.

Litauen ist ein Agrarland mit vielem Großgrundbesitz (die Großgrundbesitzer sind vorwiegend Polen). Nach den offiziellen Daten vom Jahre 1905 war der Grundbesitz folgendermaßen verteilt (in 1000 Deßjatinen):

Bauern	Adel	Bürger	Städter	Geistlichkeit
3414	2479	168	782	15

94 Prozent der gesamten landwirtschaftlichen Betriebe gehören den Bauern. Sie umfassen aber nur 50 Prozent der gesamten Bodenfläche. Die Großgrundbesitzer verfügen über 2 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe und 40 Prozent der Bodenfläche.

	Landarbeiter	Prozent d. landwirtsch. Bevölkerung	Landarme Bauern bis 3 Deßjatinen	%	Landarme Bauern 3—10 Deßjatinen	%
Kowno-Gouv. 1913	233 564	14,2	30 317	22	42 663	30,9
Wilna (5 Bez.) 1907	85 980	13,5	38 540	30,8	—	—
Suwalki (6 Bez.) 1901	104 736	22,9	17 749	31,4	20 088	35,5

Um Einfluß auf die landarmen Bauern und Landarbeiter zu gewinnen, betreibt die litauische Regierung eine demagogische Agrarpolitik. Im Jahre 1919 hat eine besondere Kommission Daten darüber gesammelt, wieviel Landarbeiter und Bauern Bodenparzellen zu erhalten wünschen. Es wurden 90 786 Ansuchen gestellt, die aber zu befriedigen unmöglich ist. Während des Krieges hat sich die Zahl der Proletarier und Halbproletarier erheblich vermehrt. Ihre Lage verschlimmert sich unaufhörlich und ihre Unzufriedenheit wächst.

[1]) Da spätere und genauere Angaben fehlen, benutzten wir die Vorkriegsdaten, die sich auf das Kownoer Gouvernement, 4 Bezirke des Suwalker Gouvernements und einen Bezirk des Wilnaer Gouvernements beziehen. Zu Wilna-Litauen rechnen wir 4 Bezirke: Wilna, Swientziany, Oschmiany und Lida. Die Angaben sind nicht ganz genau.

Industriearbeiter. Die Fabrikinspektion vom Jahre 1911 ergab folgende Daten:

	Zahl der Betriebe	Zahl der Arbeiter	davon über 500 Arb.	
			Betriebe	Zahl der Arbeiter
Kowno-Wilna-Suwalki-Bezirk . . .	466	17 817	4	3 141

Gegenwärtig besteht kein einziger Betrieb mit über 500 Arbeitern. Ueberhaupt ist die Zahl der Industriearbeiter erheblich zurückgegangen. Genaue Daten über zahlenmäßige Stärke der Klassen fehlen; doch kann man ungefähr feststellen, daß das Proletariat mehr als die Hälfte der Bevölkerung ausmacht. Die zweitstärkste Klasse bildet das städtische und ländliche Kleinbürgertum.

Regierungsform. Bürgerliche demokratische Republik mit allgemeinem, direktem, gleichem, geheimem und proportionalem Wahlrecht, auch für Frauen. Doch trotz der formalen Demokratie verfügt die Arbeiterklasse über keinerlei Freiheit. Noch besteht in Litauen der Kriegszustand, wodurch alle konstitutionellen Garantien aufgehoben sind.

Politische Parteien.

Arbeiterparteien. Außer der Kommunistischen Partei, welche die Wahlen zur Konstituante boykottiert hat, besteht eine sozialpatriotische „Sozialdemokratische Partei", die sich aus den Anhängern sowohl der Zweiten als auch der Zweieinhalb-Internationale zusammensetzt. Die Losung der Einheitsfront wurde von den Mitgliedern dieser Partei freudig begrüßt, wird jedoch von den Führern nicht durchgeführt. Dank ihrer legalen Lage und den Fehlern der Kommunistischen Partei gelang es der Sozialdemokratie, einen gewissen Einfluß auf die Arbeiterschaft und das Kleinbürgertum zu gewinnen. Bei den Wahlen zur Konstituante erhielt ihre Liste 87 158 Stimmen und brachte 13 Delegierte durch.

Die Arbeiterföderation. Faktisch und formell ist sie ein Bestandteil der groß-bäuerlichen, christlich-demokratischen Partei. Dank der demagogischen Politik ihrer Führer besitzt sie einen erheblichen Einfluß auf die unaufgeklärten Arbeitermassen. Bei den Wahlen zur Konstituante erhielt sie zirka 20 Mandate.

Die Christlich-Demokraten sind die im Sejm herrschende Partei. Sie hat bei den Wahlen die absolute Stimmenmehrheit (310 000) erhalten und 59 Kandidaten durchgebracht. Sie ist die Vertreterin der Interessen der Bourgeoisie, sucht aber Einfluß auf die Arbeiterschaft zu gewinnen. Im Augenblick des revolutionären Aufschwunges hat sie sogar die Losung der Enteignung des Großgrundbesitzes aufgestellt. Sie arbeitet auf die Vereinigung der Arbeiter mit den Großbauern zwecks gemeinsamen Kampfes gegen die Bolschewisten hin. Zusammen mit der Arbeiterföderation hat die Christlich-demokratische Partei einen klerikalen Bauernbund gebildet, in welchem sich aber

gegenwärtig große Gegensätze zwischen den Bauern und Arbeitern bemerkbar machen.

Die Sozialdemokratische Volkspartei ist tatsächlich dem Sozialismus völlig fremd. Sie ist die zweitstärkste Partei im Sejm und hat bei den Wahlen 157 000 Stimmen und 29 Mandate erhalten. Sie vertritt die Interessen des liberalen Großbauerntums, das sich von der Vormundschaft der katholischen Kirche befreien will. Eine Zeitlang hat sie einen Block mit den Christlich-Demokraten gebildet, der jedoch gegenwärtig auseinandergefallen ist. Der rechte Flügel dieser Partei hat unlängst die „Volkspartei" gebildet.

Die sogenannte „Fortschrittliche Partei" steht in Opposition zu der Regierung, sie ist tatsächlich die reaktionärste Partei der litauischen Großbauern. In ihren Reihen befinden sich ausgesprochene Anhänger der Monarchie, des Zweikammersystems usw. Sie ist Gegnerin der Arbeitergesetzgebung und der vom Sejm angenommenen Bodenreform. Gegenwärtig besitzt die Partei keinen einzigen Vertreter im Sejm, hat aber einen großen Einfluß auf die litauische Großbourgeoisie gewonnen. Sie kämpft gegen die Vereinigung oder Verbindung mit Polen.

Außerdem besteht im Sejm eine jüdische Fraktion (6 Deputierte), welche die Interessen der jüdischen Handelsbourgeoisie vertritt, und eine polnische Fraktion (3 Deputierte), Vertreterin des polnischen Großgrundbesitzes.

Für das sogen. Wilna-Litauen gelten dieselben Parteigruppierungen wie für Polen. Die stärkste Partei ist dort die „Nationaldemokratie", die Partei der polnischen Großgrundbesitzer. Dank der Hilfe der katholischen Geistlichkeit steht sogar ein erheblicher Teil der rückständigen katholischen Bauern unter ihrem Einfluß.

Alle polnischen Parteien, einschließlich der Polnischen Sozialistischen Partei, verfechten die Angliederung von Wilna-Litauen an Polen. Die litauische Regierung strebt augenscheinlich auch einen Vergleich mit Polen an. Sie tut es zum Teil unter dem Druck der Entente, zum Teil aus Furcht vor der steigenden Unzufriedenheit der Arbeiterschaft. Das Bündnis Litauens mit Polen bedeutet ein Bündnis der Litauer Großbauern mit den polnischen Großgrundbesitzern gegen die Arbeiter und armen Bauern, die auch aus diesem Grunde ausgesprochene Gegner dieses Bündnisses sind.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Gewerkschaften sind schon lange vor der Revolution von 1905 entstanden, doch konnte sich ein großer Teil von ihnen unter dem Druck der zaristischen Regierung nicht halten. Die gewerkschaftliche Arbeit hat erst nach der Revolution von 1905 einen Aufschwung erfahren, doch war sie durch die Spaltung der Gewerkschaften erheblich erschwert. Jede sozialistische Partei (es gab deren 7) organisierte ihre eigene Gewerkschaft. Die nach 1905/06 eingetretene Reaktion hat eine völlige Unterdrückung der Gewerkschaftsbewegung zur Folge gehabt. Erst im Jahre 1912 begannen die Gewerkschaften wieder

aufzuleben, wurden aber durch den Krieg völlig vernichtet. Besonders schwere Folgen für die Gewerkschaftsbewegung hatte die Evakuierung der Industriebetriebe nach Rußland und die deutsche Okkupation. Die Mehrheit des Industrieproletariats wurde mobilisiert oder nach Rußland evakuiert. Die in Litauen verbliebene Arbeiterschaft wurde deklassiert. Die Gewerkschaften wurden aus Klassenkampforganisationen zu Organisationen der gegenseitigen Hilfe.

Die Gewerkschaftsbewegung, die im Jahre 1919 unter der Herrschaft der Sowjet-Regierung einen neuen Aufschwung erlebte, ist nach dem Sturz dieser Regierung wieder zum Stillstand gekommen und beginnt sich neuerdings erst allmählich wieder aufzurichten.

Im Kownoer Gebiet entwickeln sich die Gewerkschaften besonders stark unter den Landarbeitern. Sie sind aber großen Verfolgungen seitens der Regierung ausgesetzt.

Als Gegengewicht zu den auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Gewerkschaften hat die Christlich-demokratische Partei im Jahre 1919 ihre Arbeiterföderation organisiert.

Gegenwärtig bestehen in Litauen 2 Kategorien von Gewerkschaften: die christlichen und die Klassenkampfverbände. In den auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Gewerkschaften führen die Kommunisten einen Kampf gegen die Sozialpatrioten. In Wilna ist der Einfluß der letzteren in den Gewerkschaften stärker als der Einfluß der Kommunisten. Im Kownoer Gebiet ist das Gegenteil der Fall. Einige Gewerkschaften des Kownoer Gebietes haben sich der R. G. I. angeschlossen und ihre Vertreter zum 1. Kongreß der Roten Gewerkschaften entsandt. Die Arbeiter haben sich aber noch nicht gänzlich von kleinbürgerlichen Illusionen befreit, und deshalb hat hier auch die christliche Arbeiterföderation einen günstigen Boden gefunden. Die Fehler der Kommunistischen Partei, die sich bis 1921 dem alltäglichen Kampf um die Teilforderungen entzog, und die Krise in der Kommunistischen Partei, die besonders heftig im Jahre 1921 ausbrach, haben zur Festigung der christlichen Verbände beigetragen. In der letzten Zeit macht sich jedoch unter den Arbeitermassen eine Radikalisierung bemerkbar.

Chronik der Lohnkämpfe der letzten drei Jahre.

Streiks der landwirtschaftlichen Arbeiter in den Bezirken Wilkowischki und Mariampol im Herbst 1919. Die Streiks wurden unterdrückt.

Zu gleicher Zeit ein eintägiger Generalstreik in Kowno. Infolge dieses Streiks wurde das Zentralbüro der Gewerkschaften verhaftet. Die Forderungen der Arbeiter wurden nicht bewilligt.

Generalstreik in Kowno im Sommer 1920. Es gelang den Arbeitern, alle ihre Forderungen durchzusetzen.

Wirtschaftliche Streiks im Sommer 1921 in Wilna. Es wurden Lohnerhöhungen bewilligt.

Streiks im Herbst 1921 in Kowno. 25 Prozent Lohnerhöhung bewilligt.

Streiks im Februar/März 1922 in Kowno und Szawle. 25 Prozent Lohnerhöhung.

Streik der Landarbeiter im Suwalker Gouvernement.

Streiks der Arbeiter in Szawle, der Eisenbahner in Kowno, Szawle und anderen Städten im März 1922.

Alle Streiks hatten Massenverhaftungen und Unterdrückung der Gewerkschaften zur Folge. Die Lage der Arbeiter ist derartig schwer, daß sogar die rückständigsten zu streiken gezwungen sind.

Die Preise der Lebensmittel sind seit dem vergangenen Herbst um das Drei- bis Vierfache gestiegen. Dies hatte in einer Reihe von Städten Hungerkrawalle von Frauen zur Folge; die Bevölkerung verhinderte gewaltsam die Ausfuhr von Kartoffeln und Brot nach dem Ausland.

Dies alles weist auf einen Aufschwung in der Arbeiterbewegung hin.

Kommunistische Partei.

Infolge der schwachen Industrialisierung des Landes und der rücksichtslosen Unterdrückung durch die litauische Regierung stößt die Entwicklung der kommunistischen Bewegung auf erhebliche Schwierigkeiten. Die Partei ist völlig illegal. Die bloße Zugehörigkeit zur K. P. wird von den Kriegsgerichten vielfach mit Tod oder lebenslänglichem Zuchthaus bestraft. Trotz alledem schreitet die kommunistische Bewegung vorwärts. Bei den Kommunalwahlen im Sommer 1921 waren für die Liste der Gewerkschaften, die von der gesamten bürgerlichen Presse als bolschewistisch erklärt wurde (was allerdings nicht völlig zutraf) ungefähr ein Drittel aller Stimmen, in einigen Amtsbezirken sogar 60 Prozent der Stimmen abgegeben. In Kowno sind 7 Kommunisten und 2 Sozialdemokraten gewählt worden.

In der illegalen Parteidruckerei (die im März d. J. in Kowno von der Polizei ausgehoben wurde) sind im Laufe des Jahres 1921 und

der ersten Monate 1922 180 000 Exemplare verschiedener Schriften, davon 5 Zeitungen (litauisch, polnisch und russisch), gedruckt worden. In Wilna erscheinen, polnisch und russisch, 4 illegale Zeitungen. Außerdem ist die Partei bestrebt, alle legalen Arbeitsmöglichkeiten auszunutzen.

Die K. P. L. setzt gegenwärtig alle ihre Kräfte daran, um die Krise des Jahres 1921 zu überwinden und ihre Tätigkeit nach den Losungen zu richten: Heran an die Massen, Teilnahme an dem alltäglichen Kampf der Arbeiterklasse, Einheitsfront des Proletariats gegen die Bourgeoisie.

Die immer stärker anschwellende Streikwelle trägt dazu bei, den Einfluß der K. P. L. auf die Massen zu festigen, da sie die einzige Partei Litauens ist, die in der Tat für die Interessen der Arbeiterklasse kämpft.

Liberia.

Unabhängiger Negerstaat an der Westküste von Afrika. Gegründet von Rückwanderern aus Nordamerika nach der Sklavenbefreiung. Ausdehnung 92 000 qkm, Bevölkerung ungefähr 2 Millionen. Lauter Neger, darunter ungefähr 50 000 zivilisierte Küstenneger. Letztere sprechen englisch und sind Christen. Die übrige Bevölkerung ist überwiegend heidnisch.

Verfassung: Nach dem Muster der Vereinigten Staaten. Wähler müssen Neger und Landbesitzer sein. Sprache: englisch. Die Zölle, welche zur Sicherstellung der internationalen Anleihen dienen, werden von einer Kommission behoben, welche von der englischen, französischen und amerikanischen Regierung ernannt wird. Die Wirtschaft ist unentwickelt. Es wird vor allem Rohgummi exportiert.

Liechtenstein.

Fürstentum zwischen Vorarlberg und der Schweiz. Ausdehnung 159 (1917) Quadratkilometer. Bevölkerung zirka 11 000 Deutsche. Beschäftigung: Landwirtschaft, etwas Textilindustrie. Keine Staatsschulden. Kein Militärdienst. Auf Grund des allgemeinen Wahlrechts gewähltes Parlament von 15 Mitgliedern.

Mexiko.

Flächeninhalt 1920: 1 987 000 Quadratkilometer. Bevölkerung ungefähr 15½ Millionen (Schätzung für 1912). Die Bevölkerung besteht überwiegend aus Indianern und Mischlingen. Verteilung 1910 ungefähr: Mischlinge 55,5 Prozent, Indianer 33,3 Prozent, Weiße 11,2 Prozent. Der Hauptsitz der weißen Bevölkerung ist Mittel-Mexiko, zugleich der Hauptsitz der Zivilisation der großen Städte und der modernen Industrie. Die Indianer, hauptsächlich im Süden lebend, vermindern sich langsam durch Aufgehen in der Mischlingsbevölkerung. Sie leben zum Teil in allerurwüchsigsten Verhältnissen, zum Teil werden sie als Arbeitskräfte auf den Riesengütern verwendet. Die Mischlingsbevölkerung lebt zum Teil ebenso anspruchslos und primitiv wie die Indianer, zum anderen Teil besteht sie aus ländlichen kleinen Besitzern, Kleinunternehmern, Kleinhändlern, Landarbeitern, Industriearbeitern usw. In den letzten 30 Jahren hat ein rascheres Tempo der kapitalistischen Entwicklung eingesetzt. Bestand vorher die Bevölkerung aus einer kleinen Zahl großer Latifundien- und Minenbesitzer und der großen Masse der Ausgebeuteten und mittelbar oder unmittelbar von ihnen Abhängigen, so ist in den letzten drei Jahrzehnten eine kapitalistische Mittelschicht entstanden. Aeltere Wirtschaftsformen bestehen jedoch auf dem Lande weiter. Die Indianer wurden vielfach mit Polizeigewalt zur Arbeit im Dienste der großen Latifundienbesitzer gezwungen. Das Arbeitsverhältnis, eine eigentümliche Art der Schuldknechtschaft, ist von Sklaverei nicht sehr verschieden. Die gegenwärtige Regierung versucht eine Aufteilung der großen Latifundien durchzuführen. Wie weit es ihr gelingt, ist zweifelhaft.

Die Bevölkerung ist ungebildet. 1910 betrug die Zahl der über 12 Jahre alten Analphabeten 7 065 464 = 52 Prozent.

Unproduktive (Minderjährige u. Studenten)	5 423 170	Industrie	723 023
Häusliche Dienste	4 673 804	Handel	278 130
Landwirtschaft	3 570 674	Bergwerk	95 878

Jüngste Geschichte — Regierungsform — Politische Lage. Bis 1810 war Mexiko eine Kolonie Spaniens. Seit der Befreiung war es fast ständig von Bürgerkriegen erschüttert, die eine Reihe von Diktatoren mit dem Titel eines Präsidenten oder Kaisers zur Herrschaft brachten. Seit 1857 hat es eine Verfassung nach dem Vorbild der Vereinigten Staaten von Amerika. Föderative Trennung der drei Gewalten: Exekutive, Legislative, Rechtsprechung. Die Exekutive wird ausgeübt von dem in indirekter Wahl für 4 Jahre gewählten Präsidenten. Gesetzgebung: 2 Kammern (Senat und Abgeordnetenhaus), gewählt auf zwei Jahre. Die Verfassung gewährt auf dem Papier Gedankenfreiheit, Pressefreiheit usw. Die Verfassung ist in Wirklichkeit bisher niemals in Kraft getreten. Porfirio Diaz gelangte im Jahre 1874 unter der Parole der Verwirklichung der Verfassung zur Macht. Er herrschte mit einer Unterbrechung von 4 Jahren von 1876—1911. Unter seinem Regiment ist die kapitalistische Entwicklung Mexikos mächtig gefördert worden. Es gelang ihm, die Armee

in seine Hand zu bekommen und eine starke Zentralgewalt aufzurichten. Die Haupttätigkeit Diaz' bestand in der Beschaffung und Sicherung von Auslandsanleihen. Die Anleihen verwandte er vor allem zum Bau von Eisenbahnen und verpfändete dafür die wichtigsten Einnahmen des Staates, die Ein- und Ausfuhrzölle. Das Auslandskapital, das in industriellen Unternehmungen Anlage suchte, unterstützte er durch Steuerfreiheit, Schutzzölle usw.

1906 erfolgte die Entdeckung der Petroleumquellen bei Tampico. Die Verfügung über diese Rohstoffquellen von weltwirtschaftlicher Bedeutung konnte von der mexikanischen Bourgeoisie und ihrer Regierung ausgenutzt werden, um die Petroleuminteressen des Auslandskapitals gegeneinander auszuspielen und einen gewissen Grad von Unabhängigkeit zu erstreben. Diaz, der bisher das Kapital der Vereinigten Staaten bei Erteilung von Konzessionen bevorzugt hatte, gab auch der englischen Mexican Eagle Co. eine Petroleumkonzession. Von diesem Augenblick an trat unter dem Kommando der Standard Oil Company und ihres Präsidenten Rockefeller an die Stelle der „friedlichen Durchdringung" die Politik der Gewalt. Die Vereinigten Staaten versuchten, die mexikanische Regierung zu schwächen, mit dem Ziel, aus Mexiko eine Kolonie zu machen. Ein unter Führung von Madero 1911 ausgebrochener Aufstand wurde von den Vereinigten Staaten und Rockefeller finanziert. Er führte zum Sturz Diaz' und zur Präsidentschaft Madero's. Der beabsichtigte Erfolg ist aber nicht eingetreten. Zwar wird Mexiko seit Diaz' Sturz durch eine fast ununterbrochene Kette von Bürgerkriegen erschüttert, aber der Widerstand gegen die Vorherrschaft des amerikanischen Imperialismus hat nicht nachgelassen, sondern wird ständig stärker. Der Krieg und die Nachkriegszeit haben die weltwirtschaftliche und weltpolitische Bedeutung der Beherrschung von Erdölquellen ungeheuer gesteigert. Das hat zwar den Appetit des nordamerikanischen Kapitals nach den mexikanischen Petroleumquellen gereizt, aber auch der mexikanischen Bourgeoisie ein Mittel in die Hand gegeben, das sie zur Abwehr des amerikanischen Imperialismus anwenden kann. Schon der mit Rockefellers Hilfe zur Herrschaft gelangte Madero setzte den nordamerikanischen Ansprüchen Widerstand entgegen. Der schwerste Schlag aber gegen das Kapital der Vereinigten Staaten war die Verfassung von 1917. Sie erklärte alle Mineralien für Nationaleigentum. Damit war der mexikanische Besitz der Standard Oil Company in Frage gestellt und außerdem der amerikanische Trust gegenüber der englischen „Eagle" benachteiligt, die so vorsichtig gewesen war, sich bei der Gründung als mexikanische Firma aufzumachen. Um den Widerstand gegen das Auslandskapital durchführen zu können, mußten sich die verschiedenen, einander ablösenden mexikanischen Präsidenten auf immer breitere Massen der Bevölkerung stützen. Die durch den Krieg und die Nachkriegszeit geförderte kapitalistische Entwicklung hat das Klassenbewußtsein der industriellen und ländlichen Arbeiterschaft gestärkt. Daher richtet sich die Politik der jetzigen Regierung unter dem seit 1920 herrschenden Präsidenten Obregon nicht nur gegen das nord-

amerikanische Großkapital, sondern auch gegen das heimische und ausländische Großagrarkapital, die großen Landgesellschaften. Er brachte ein Gesetz ein, wonach die Großgrundbesitzer enteignet, ihr Besitz aufgeteilt und Kleinbesitzern gegeben werden kann. Das Gesetz ist — allerdings mit wichtigen Einschränkungen — angenommen worden. Wie weit es durchgeführt wird, ist unbestimmt. Die Regierung ist stets in einer argen Finanzklemme und ist auf Anleihen angewiesen. Die kapitalistischen Mächte, vor allem die Vereinigten Staaten, haben also gegen Mexiko ein Druckmittel in der Hand, das sie verschärfen durch die Verweigerung der Anerkennung des Präsidenten Obregon. Dieser wird sich also wohl dazu verstehen müssen, den Vereinigten Staaten gewisse Konzessionen zu machen. Das wird voraussichtlich auch zu einer Abschwächung seiner zeitweise arbeiterfreundlichen und gegen die großen Landgesellschaften gerichteten Politik führen.

L a n d w i r t s c h a f t. Trotz der Größe des Landes genügt die heimische Produktion nicht zur Ernährung der Bevölkerung. Die Bodenbebauung ist außerordentlich primitiv. Fruchtwechsel kennt man kaum. Die Ackergeräte sind sehr primitiv. Im Jahre 1908/09 waren die Durchschnittserträge für den Hektar bei Weizen 292, Mais 650, Gerste 292 kg. Die Produktion betrug in Millionen kg:

	Durchschnitt 1906 = 10	1918
Getreide	3219,0	1171,0
Baumwolle	40,5	79,3
Hanf	84,8	158,0
Tabak	14,4	12,6

Das wichtigste Ausfuhrprodukt unter den Bodenerzeugnissen ist der Sisalhanf. Wichtig sind ferner Kaffee, Baumwolle, Kakao, Tabak, Mais, Bohnen.

I n d u s t r i e. Die Entwicklung der Industrie ist vor allem durch den Mangel an Kohle, an Transportmitteln und qualifizierten Arbeitern gehemmt. An Bergwerksprodukten wurden gefördert in Millionen kg:

	1918	1919	1920
Kupfer	75,5	60,5	50,5
Blei	88,8	78,4	84,2
Zink	20,7	11,6	14,3
Antimon	3,3	0,5	1,6
Zinn	13,6	1,6	—

Die Baumwollen- und Wollindustrie hat sich neuerdings rasch entwickelt.

P e t r o l e u m. Durch die Entdeckung und Erschließung der Erdölquellen gelangte Mexiko zu weltwirtschaftlicher Bedeutung. Da sich die nordamerikanischen Quellen langsam erschöpfen und die russische Produktion gesunken ist, erfolgte eine gewaltige Steigerung der mexikanischen Produktion, besonders seitdem die Eagle Co. der große Rivalin der Standard Oil, in der Royal Dutch Shell Co. aufgegangen ist.

Die Produktion betrug:

1913	26 Millionen Gallonen	1920	159,8 Millionen Gallonen
1918	64,6 „ „	1921	195,1 „ „
1919	87,0 „ „		

Der Anteil an der Weltproduktion war 1910 1,1, 1917 10,1, 1920 23,3 Prozent und 1921 31 Prozent. Mexiko ist der zweitgrößte Erdölproduzent der Welt. 70 Prozent des in der Petroleumproduktion angelegten Kapitals ist nordamerikanischen Ursprungs, aber der größte Teil der Produktion ist in den Händen des englischen Trusts. Die Royal Dutch Shell Co. hat Riesenkapitalien in Mexiko investiert. Sie besitzt eine eigene Eisenbahn, eine Flotte von 450 000 Tonnen Schiffsraum. Bohrgeräte, Röhrenleitungen usw. stammen zum größten Teil aus den Vereinigten Staaten. Der Hafen von Tampico ist durch nordamerikanisches Kapital entwickelt und ausgebaut worden.

A u ß e n h a n d e l. Der Wert des Außenhandels betrug in mexikanischen Dollars:

	Einfuhr	Ausfuhr
1918	164,5	367,3
1919	265,2	424,5
1920	—	—
1921	—	—

In der letzten Zeit hat sich die aktive Handelsbilanz in eine passive verwandelt und zwar betragen die Passiva 100 Millionen Dollar mehr als die Aktiva. Besonders groß war die Einfuhr von Lebensmitteln und Fertigwaren.

A r b e i t e r b e w e g u n g. 1. G e w e r k s c h a f t s b e w e g u n g. Die mit Gompers verbundenen opportunistischen Führer stehen an der Spitze des Regionalen Mexikanischen Arbeiterbundes (Confederacion Regionale Obrera Mexicana), der nach den Angaben der Führer 120 000 Mitglieder zählt. Die links stehenden Elemente sind in der C. G. T. (Confederacion General de Tracajadores), gegründet im Jahre 1921, organisiert. Zuerst wurde der Anschluß an die R. G. I. beschlossen, aber später unter dem Einfluß der Anarchisten und Syndikalisten rückgängig gemacht. Auf dem Gründungskongreß waren 60 000 Mitglieder vertreten.

2. P a r t e i e n. Es existierten mehrere sozialistische „Parteien", die sich im Jahre 1919 zu einer Sozialistischen Partei Mexikos zusammenschlossen. Die Sozialisten sitzen in der Obregon-Regierung zusammen mit den Radikalen und haben die Mehrheit im Staate Yucatan. Der Begriff „Sozialisten" wird aber in vielen Fällen etwa im Sinne „fortschrittlich" gebraucht. Es besteht aber schon eine K. P. in Mexiko!

Monaco.

Fürstentum, im Süden Frankreichs am mittelländischen Meere. Ausdehnung: 18,6 Quadratkilometer. Bevölkerung 30 000. Der Fürst und die Staatsfinanzen werden von der Internationalen Spielbank in Monte Carlo erhalten.

Mittelamerika.

Unter „Mittelamerika" sind die fünf Staaten Guatemala, Honduras, San Salvador, Nicaragua und Costarica zu verstehen. Ihr Verhältnis zueinander ist ein stets wechselndes. Eine Zeitlang waren sie in der mittelamerikanischen Föderation vereinigt. Dann wurden sie jeder eine selbständige Republik. Die ersten drei vereinigten sich am 15. April zu einem Staatenbund unter dem Namen „Federacio de Centro America". Dieser Bund hatte wiederum nur eine kurze Dauer: die bisherige Hauptstütze des Bundesgedankens, Guatemala, erklärte sich Anfang Dezember 1921 wieder als unabhängige Republik, worauf Salvador und Honduras das Gleiche taten. Der ganze Staatenbund steht übrigens unter dem Einfluß der Vereinigten Staaten. Nicaragua ist gegenwärtig von den Vereinigten Staaten militärisch besetzt; daher behandeln wir dasselbe bei den Vereinigten Staaten.

Alle vier Staaten zusammen haben einen Flächeninhalt von 468 403 Quadratkilometern und 5½ Millionen Einwohner. Flächeninhalt und Einwohnerzahlen der einzelnen Staaten betragen:

	Flächeninhalt qkm	Einwohnerzahl
Costarica	59 570	468 373 (1920)
Guatemala	113 030	2 003 579 (1914)
Honduras	114 670	637 104 (1921)
Salvador	34 155	1 501 000 (1922)

Das feuchte und ungleich heiße Klima gestattet in vielen Gebieten den Weißen keine körperliche Arbeit. Nur in Costarica überwiegt die weiße Rasse, in Guatemala die reinen Indianer und in den übrigen Ländern eine spanisch-indianische Mischrasse.

Die Verfassung ist in allen fünf Republiken fast die gleiche. Die ausübende Gewalt liegt in den Händen des Präsidenten, die gesetzgebende bei dem aus zwei Kammern bestehenden Parlament.

Wirtschaft. Die Produktion ist fast ausschließlich agrarisch. Im Hochlande und an der nach dem Stillen Ozean abfallenden Seite wird Kaffee, an der atlantischen Seite Bananen gebaut. Daneben ist das Hauptprodukt Zuckerrohr.

Wert der Kaffee- und Zuckerproduktion (in 1000 Gold-Pesos):

		1912	1915	1918	1920	1920
Honduras	Kaffee	3	1	1	8	5
	Zucker	—	20	72	52	57
Salvador	Kaffee	324	307	361	331	376
	Zucker	17	24	45	38	61
Guatemala	Kaffee	143	696	778	893	929
	Zucker	81	97	11	112	214
Costarica	Kaffee	122	122	115	140	140
	Zuc er	—	23	18	20	51

Infolge des Sinkens der Kaffeepreise ist der Kaffee in Nicaragua und Costarica teilweise durch Bananenanbau verdrängt worden. Dieser liegt in Mittelamerika vollständig in der Hand nordamerikanischer kapitalistischer Gesellschaften, die über eigene Bahnen, Wege und Schiffe verfügen und durch den Bau von Wohnungen, Schulen und Kirchen die Arbeitskräfte an sich zu fesseln suchen.

Von Forsterzeugnissen sind Kokosnüsse, Mahagoni- und Cedernholz zu erwähnen, ferner ein Baumharz, Perubalsam, das als Heilmittel verwendet wird.

Außenhandel (in 1000 Pfund Sterling):

Jahr	Honduras		Costarica		Salvador	
	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr
1911[1])	827	1069	1839	1828	1949	1023
1917	1606	1888	2346	1153	2206	1416
1918	1376	1435	1981	770	2527	1266
1919	1799	2079	3653	1697	3500	3084
1920	2083	3858	2564	3646	2124	1868
1921	1629	5017				

Der Außenhandel ist durchschnittlich in allen vier Ländern in der Zeit von 1910 bis 1920 um 216 Prozent gestiegen. Von der Einfuhr stammte mehr als die Hälfte aus Nordamerika, 18 Prozent aus England und 15 Prozent aus Deutschland. Die Ausfuhr ging zu 41 Prozent nach Nordamerika, zu 24 Prozent nach Deutschland und zu 17 Prozent nach England. Während des Krieges und nachher ist der Anteil Europas am mittelamerikanischen Außenhandel in beträchtlichem Maße durch die Vereinigten Staaten zurückgedrängt worden. In den letzten Jahren dringt die europäische Konkurrenz wieder vor. Die Einfuhr besteht hauptsächlich aus Eisen und Stahl, Leder und Chemikalien, Mehl, Getränken, Büchsenfleisch und anderen Nahrungsmitteln. An Mehl werden jährlich 300 000 Barrels eingeführt. Trotzdem ist für drei Viertel der Bewohner Weizenbrot Luxus.

Eine nennenswerte Arbeiterbewegung gibt es nicht.

[1]) Die Zahlen für Honduras rechnen von Halbjahr zu Halbjahr. Für Guatemala liegen keine statistischen Angaben vor.

Niederlande.

Bevölkerung und Wirtschaft.

Das Königreich der Niederlande hatte 1920 eine Einwohnerzahl von 6 841 155 und einen Flächeninhalt von 480 000 Quadratkilometern. 1917: Niederländisch-Ostindien 47 000 000 Einwohner, 1 915 421 Quadratkilometer; davon Java und Madura 34 157 383 Einwohner, 131 508 Quadratkilometer; Sumatra 5 027 078 Einwohner, 415 332 Quadratkilometer; Celebes 3 094 074 Einwohner, 85 810 Quadratkilometer; restliche Gebiete 4 721 470 Einwohner, 1 182 781 Quadratkilometer; Niederländisch-Westindien 165 459 Einwohner, 130 231 Quadratkilometer.

Nationalitäten. Holländer mit eigener Literatur und Schriftsprache, Niederfranken, Friesen, Niedersachsen. Der Konfession nach gehören etwa 60 Prozent den reformierten Protestanten an, 35 Prozent den Katholiken, und 5 Prozent sind Andersgläubige, darunter 2½ Prozent Juden.

Berufsgliederung der Erwerbstätigen 1909:

Industrie u. Bergbau	Land- u Forstw.	Handel u. Verkehr	Häusl. Dienstb.	Oeff. Dienst u. fr. Berufe	Sonst. Erwerbstät.	Armee Marine
783 327 34,6%	640 577 28,2%	411 303 18,2%	222 520 9,6%	162 076 7,1%	24 750 1%	20 977 0,9%

Landwirtschaft. Der Weizenanbau in Holland ist unbedeutend, er bewegte sich in der Friedens-, Kriegs- und Nachkriegszeit durchschnittlich um 1,5 Millionen q. Hollands Weizeneinfuhr: 1913 6,1, 1920 5,0, 1921 5,3 Millionen q. Roggenernte: 1913 4,0, 1918 3,3, 1920 3,6, 1921 4,2 Millionen q.

Gesamtertrag in Millionen qm

Kartoffeln				Hafer			
Durchschn. 1909—13	Durchschn. 1915—19	1920	1921	Durchschn. 1909—13	Durchschn. 1915—19	1920	1921
29,3	28,0	27,8	23,1	2,8	3,0	3,2	3,1

Von Bedeutung ist der Garten- und Gemüsebau in den Provinzen Holland und Zeeland.

Infolge der günstigen Feuchtigkeitsverhältnisse besitzt Holland ausgezeichnetes Wiesen- und Weideland, das den größten Prozentsatz des produktiven Bodens einnimmt. Die Viehzucht ist eine der größten Einnahmequellen Hollands. Es gab in 1000 Stück:

Jahr	Rindvieh	Schafe	Schweine	Pferde
1915	2027[1])	842	1350	327
1920	2049	642	600	378
1921	2063	668	1519	364

[1]) 1910

In der Kriegszeit starker Rückgang bei Rindvieh, Schafen und Schweinen. Die „holländische Rasse" eignet sich besonders zu Zwecken der Milchwirtschaft mit Käse- und Butterbereitung. Die Schafzucht ist in erster Linie für die Fleischausfuhr von Bedeutung. Neben der Viehzucht ist ein sehr wichtiger Ernährungszweig der Bevölkerung die Seefischerei auf der Nordsee.

Gewerbe und Industrie. Holland hat keine mineralischen Schätze, nur Kohle und Torf in der Provinz Limburg.

Kohlenproduktion in Millionen Tonnen:

Jahr		Jahr	
1913	1,9	1917	3,1
1914	1,9	1918	3,4
1915	2,3	1919	3,4
1916	2,7	1920	3,9
1921	3,9		

Die Kohlenproduktion ist gegenüber den Friedensjahren gestiegen.

Kohleneinfuhr in Millionen Tonnen aus:

Jahr	Groß-britannien	Deutschland	Belgien	Vereinigte Staaten	Andere Länder	Insgesamt
1919	0,4	0,8	1,1	0,7	—	3,0
1920	0,2	1,1	0,03	1,4	0,27	3,0
1921	1,8	1,3	1,3	0,5	—	4,9

Die Industrie hängt in vielen Rohmaterialien vom Ausland und zwar an erster Stelle von Deutschland ab, beispielsweise u. a. in Eisen und Kohle. Ebenso liefert Deutschland der holländischen Weiterverarbeitungs- und Verfeinerungsindustrie Halbfabrikate. Die holländische Industrie ist dadurch gekennzeichnet, daß die Verarbeitung einheimischer Produkte vor jener kolonialer Rohstoffe in den Hintergrund tritt und daneben jene Industrien entwickelt sind, die dem Verkehr, vor allem dem Seeverkehr dienen.

Handel und Verkehr. Hollands außerordentlich günstige Lage — es liegt zwischen den drei größten Industriestaaten Europas: England, Deutschland und Belgien — in Verbindung mit der langen Küste hat es zu einem bedeutenden Handels- und Verkehrsland entwickelt. Auch im Inlande besitzt es einen Reichtum an natürlichen Verkehrsstraßen, an schiffbaren Strömen und Kanälen, die auch für Dampfer fahrbar sind. 1917 hatte es etwa 5000 Kilometer Wasserstraßen und 3400 Kilometer Eisenbahnen. Die holländische Handelsflotte hatte an Seedampfern Juni 1914 1 923 000 Bruttotonnen, Juni 1921 2 285 000 Bruttotonnen. Die wichtigsten Verkehrs- und Handelsplätze sind Rotterdam und Amsterdam.

Außenhandel
(in Millionen Gulden):

	1913	1914	1915	1916	1917	1918	1919	1920	1921	1. V. 1922
Einfuhr	3918	2889	2111	1883	965	608	2826	3332	2240	486
Ausfuhr	3083	2505	1749	1347	819	381	1411	1702	1702	267
Einfuhr-Uebersch.	835	384	362	536	146	227	1415	1631	871	219

Im Kriege, infolge der verschärften Blockademaßnahmen, starker Rückgang des gesamten Handels; in der Nachkriegszeit Wiederbelebung. 1921 ist der Außenhandel den Mengen nach wesentlich größer als 1920.

Die Preisbewegung. Großhandelspreise von 53 Waren (1901 bis 1910 = 100)

1914	120	1920	320
1915	165	1921, März	214
1916	253	1921, Juli	201
1917	326	1921, Dezember	188
1918	447	1922, Februar	200
1919	339	1922, März	199
		1922, April	193

Der holländische Kapitalmarkt ist der älteste Auslandsmarkt für amerikanische Effekten. Groß war der Umfang des holländischen Besitzes an russischen Werten (1½ Milliarde Gulden). Mit der fortwährenden Entwertung der Mark hat die Beteiligung holländischen Kapitals an deutschen Unternehmungen zugenommen. Ebenso ist das holländische Kapital in den Successionsstaaten der ehemaligen östereichischen Monarchie in der Nachkriegszeit eingedrungen und besitzt außerdem bereits feste Stützpunkte in den Randstaaten und in Polen. Die bedeutendste holländische Kapitalsanlage ist die auf dem Erdölmarkte. Hier geht holländisches Kapital mit englischem zusammen (Royal Dutch Shell Trust) und kontrolliert den bedeutendsten Teil der außerhalb der Vereinigten Staaten liegenden Erdölgebiete.

Dagegen hat Holland in seinem Besitz an amerikanischen Effekten eine große Verringerung erfahren.

Unmittelbar nach Beendigung des Krieges setzte unter Einfluß des Warenmangels in Europa auch in Holland eine starke Konjunktur ein. Es erfolgte ein Rückschlag, und seither befindet sich die holländische Wirtschaft in einer starken Krise.

Die Konkurrenz der Länder mit schlechter Valuta, insbesondere Deutschlands, ist besonders fühlbar in der Metallindustrie (sowohl in Erzeugung von Halbprodukten als auch von Fertigartikeln: Maschinen und Schiffbau), in der Textil-, Leder-, Papier- und Glasindustrie, aber auch in der Margarine- und landwirtschaftlichen Industrie. Bei der erstgenannten Gruppe ist es mehr der Inlandsabsatz, bei der letzteren der Auslandsverkauf, der unter der Konkurrenz leidet. Die Krise hat am Effektenmarkt im Jahre 1920 einen sehr großen Kurssturz herbeigeführt. Stark ist die Arbeitslosigkeit. Ende 1921 betrug die Zahl der Arbeitslosen etwa 46 000; Ende Januar 1922 gab es vollkommen Arbeitslose 65 708, teilweise Arbeitslose 18 023, doch ist die Arbeitslosenziffer bedeutend größer, da nur jene Arbeiterschichten angegeben sind, die bei den bestehenden Versicherungskassen gegen die Arbeitslosigkeit eingeschrieben sind.

Budget (in Millionen Gulden):

	1920	1921	1922
Ausgaben	587	797	855
Einnahmen	410	552	607
Defizit	177	245	248

Die Staatsschuld betrug im Jahre 1913 1163 Millionen Gulden. Am 20. Februar 1922 betrug die schwebende Schuld Hollands 894 Millionen Gulden, die konsolidierte Schuld 2 502 Millionen Gulden. Der holländische Notenumlauf belief sich Mitte 1914 auf 300 Millionen Gulden, Januar 1922 auf 1100 Millionen (Höhepunkt), April 1922 auf 1000 Millionen.

Die politischen Parteien.

In der zweiten Kammer des holländischen Parlaments (States General) erlangten bei den Wahlen 1918 von 100 Sitzen folgende Parteien Mandate: Katholiken 30, Sozialisten 22, Antirevolutionäre 13, Protestanten 7, Kommunisten 3, verschiedene Gruppen 26. Im Jahre 1913 war das Mandatsverhältnis folgendes: Katholiken 25, Sozialisten 19, Antirevolutionäre 11, Rest — Liberale und andere Parteien.

Die Gewerkschaftsbewegung.

Die holländische Gewerkschaftsbewegung ist durch ihre starke Zersplitterung gekennzeichnet. Es gibt nicht weniger als fünf zentrale Gewerkschaftsorganisationen. Die gewerkschaftlich Organisierten verteilen sich in folgender Stärke auf die verschiedenen Gewerkschaften:

Jahr	Zentral-gewerkschaft.	Katholiken	Christliche Gewerkschaft	Neutral-gewerkschaft.	Syndikalisten
1920	260 000	164 000	70 000	62 000	50 100
1922	206 400	130 000	60 000	50 000	26 720

Bei sämtlichen Gewerkschaftsorganisationen in der letzten Zeit Rückgang der Mitgliederzahl.

Die syndikalistische Organisation, zusammengefaßt im N. A. S. (Nationales Arbeitssekretariat), ist die älteste holländische Gewerkschaftsorganisation. Ende März 1922 fand ein Kongreß der Syndikalisten statt, der mit 125 Stimmen gegen 52 bei 23 Stimmenthaltungen sich für den Anschluß an die Rote Gewerkschaftsinternationale mit Vorbehalt einiger Abänderungen des Statuts aussprach. Die Mehrheit des Vorstandes der N. A. S. war gegen den Anschluß an die R. G. I.

Alle anderen Gewerkschaftsorganisationen gliedern sich in Landes- und Ortsorganisationen. Der Einfluß der kommunistischen Opposition in den reformistischen Zentralgewerkschaften ist sehr schwach. Mitglieder der Kommunistischen Partei Hollands sind zu zwei Drittel bei den Syndikalisten, zum anderen Drittel in den Zentralgewerkschaften organisiert. Mitte Oktober des vorigen Jahres brach der Metallarbeiterstreik aus, an dem von etwa 80 000 Metallarbeitern 15 000

teilnahmen und der zehn Wochen dauerte. Der Streik endete mit einem Mißerfolg, da die Unternehmer eine 10prozentige Lohnermäßigung durchsetzten.

Die Genossenschaftsbewegung.

Bis April 1920 gab es zwei Genossenschaftsverbände der sozialistischen Arbeiter: die Allgemeine Kooperativen-Union und die Union der Arbeiterkooperativen. Jetzt sind beide in der Zentral-Union der holländischen Kooperativen vereinigt. Sie besitzen 220 Organisationen mit 250 000 Mitgliedern. Die katholischen Kooperativen haben 200 Organisationen mit 35 000, ferner eine Gartenkulturkooperation mit 80 000 Mitgliedern.

Die politische Arbeiterbewegung.

Als Anfang der Arbeiterbewegung in Holland darf man die Rebellion der ihrer Existenz beraubten proletarisierten Schichten des Kleinbürger- und Kleinbauerntums und der in ihrer Selbständigkeit bedrohten Handwerker und der Hausindustrie halten, die Rebellion gegen den seit 1870 rasch emporkommenden industriellen Kapitalismus. Nach dem Mißerfolg ihres Gründers Domela Nieuwenhuise im Parlament kehrte die Partei Anfang der 90er Jahre dem Parlamentarismus den Rücken, verfiel dem Anarchismus und beschränkte sich in örtlichen föderativen Verbänden auf den rein ökonomischen Kampf.

Unter der Führung Troelstras als Politiker und Goes als Theoretiker ging 1893 aus dieser alten „Bewegung" die parlamentarische „Sozialdemokratische Arbeiterpartei" hervor. Diese politische Bewegung des Proletariats, die in enger Fühlung mit den zur selben Zeit sich entwickelnden Gewerkschaften arbeitete, erreichte bei dem allgemeinen Eisenbahnerstreik und dem daran sich anschließenden Generalstreik 1903 den Höhepunkt ihrer Aktionsfähigkeit. Infolge der verräterischen Haltung der Führer der Partei wurde der Streik niedergeschlagen. Die Folge war nicht nur ein Rückgang der Bewegung, sondern auch die Beherrschung der Partei durch ihre vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus geleitete opportunistische Richtung. Im Jahre 1912 zählte die Partei 61 553 politisch Organisierte. Das Zentralorgan der Partei war „Het Volk".

Im Kriege war Holland von der Außenwelt abgesperrt — sein Kolonialkapital von seinem Ausbeutungsterrain abgeschnitten. Sein Schiffahrtskapital lag brach. So wurde das holländische Kapital gezwungen, sich im Inlande zu betätigen. Ganz neue Industrien wuchsen

aus dem Boden. Landbau und Milchproduktion wurden industrialisiert. Das Bankkapital konzentrierte sich mit Riesenschritten. Die politische Arbeiterbewegung begann sich infolge dieses Prozesses lebhafter zu entwickeln.

Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei unterstützte im Kriege die deutsch-orientierte Auslandspolitik, die Holland in den Krieg hineinzuziehen drohte. Sie stimmte den Kriegskrediten zur Verteidigung des holländischen Kapitals zu und unterstützte die Militarisierung der holländischen Arbeiter.

Gegen die Kriegspolitik der herrschenden Klasse und der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei führte die oppositionelle „Sozialdemokratische Partei" einen heftigen Kampf. Diese war bereits im Jahre 1909 gegründet worden. In der alten Sozialdemokratischen Arbeiterpartei hatte sich unter Führung Wynkoops, Ravensteyns und Getoms nach der russischen Revolution eine Opposition gebildet. Diese gab seit dem Jahr 1907 neben der wissenschaftlichen Monatsschrift „De Nieuwe Tyd" das Wochenblatt „De Tribune" heraus. Auf dem Kongreß in Deventer 1909 wurde die Opposition aus der Partei ausgeschlossen. Die S. D. P. entwickelte sich bereits im Frieden als eine rein marxistische, anti-imperialistische und revolutionäre Partei, ähnlich den Bolschewiki in Rußland. Sie zählte 1914 500 organisierte Mitglider. 1916 schloß sich der S. D. P. unter Führung Roland-Holsts eine kleine Gruppe Oppositioneller an. Als höchste Steigerung ihrer Aktionen gegen die Kriegspolitik der holländischen Regierung steuerte die S. D. P. einem planmäßig vorbereiteten Generalstreik zu, wofür die Verhältnisse innerhalb der von dem „Revolutionären Komitee" allmählich fester umfaßten Organisation Anfang 1917 reif schienen. Der Streik, der sogenannte „Kartoffelaufstand", wurde anfangs leidlich gut durchgeführt, doch wurde er schließlich mit Hilfe der S. D. A. P. niedergeschlagen.

In der Nachkriegszeit erfolgte eine ganze Reihe reaktionärer Maßnahmen gegen die Arbeiterbewegung. Im Jahre 1920 setzte die Regierung ein Gesetz durch, das ihr ermöglichte, jede öffentliche revolutionäre Propaganda und Aktion der Gewerkschaften zu unterbinden. Ein eintägiger Streik gegen dieses Gesetz, sogar von der S. D. A. P. und den Zentralgewerkschaften unterstützt, nützte dem holländischen Proletariat nur wenig. Im allgemeinen machte die politische Arbeiterbewegung in Holland in der Nachkriegszeit Rückschritte. So zählte die S. D. A. P. im Jahre 1919 nur noch 42 000 politisch Organisierte. Man muß sich vergegenwärtigen, daß noch heute ein großer Teil der hollän-

dischen Arbeiterschaft politisch sehr rückständig ist und dem Einfluß der Klerikalen erliegt.

Die S. D. P. schloß sich 1919 der Kommunistischen Internationale an und nannte sich Kommunistische Partei Hollands. Sie hat jetzt etwa 2500 Mitglieder; die Abonnentenzahl der zu einem Tagesorgan umgewandelte „Tribune" betrug Anfang 1920 6000. Bei den Wahlen im Sommer 1918 bekam sie 2 Mitglieder ins Parlament, van Ravensteyn und Wynkoop, 34 in die Kommunalräte, davon in Amsterdam 6 auf 45 im ganzen. Die für die Kommunistische Partei abgegebene Stimmenzahl betrug bei diesen Parlamentswahlen 31 143. In der Partei bestand eine K.-A.-P.-Opposition unter Pannekoeks und Gorters Führung, die, völlig unbedeutend an Zahl und Einfluß, die Partei verließ.

Die holländischen Kolonien.

Ausdehnung und Bevölkerung der Kolonien beträgt ein mehrfaches des Stammlandes. Trotzdem ist Holland kein selbständiger imperialistischer Staat; seine Kolonien stehen eigentlich unter dem Schutze Großbritanniens, welches durch die gemeinsame Ausbeutung der Erdölvorkommen an der Erhaltung derselben interessiert ist.

I. Niederländisch-Ostindien umfaßt allen asiatischen Besitz. 1602—1798 Besitz der „Ostindischen Compagnie", seither Staatskolonie und einem Gouverneur unterstehend; keine Vertretung im Parlament. Eingeborene Bevölkerung ganz rechtlos, schwer unterdrückt und schonungslos ausgebeutet. Verteilung der Bevölkerung (offizielle Schätzung) in Tausenden:

	Europäer	Chinesen	Araber	Andere Orientale	Eingeborene
1905	81	563	29	23	37 200
1917	134		833		46 232

Religion. Ueberwiegend Mohammedaner, Christen und Budhisten.

Soziale Verhältnisse. Der Boden gilt überwiegend als Staatsbesitz; der Rest ist Besitz von Europäern und Chinesen. Die Eingeborenen sind des Landbesitzes völlig beraubt worden und waren bis 1914 zur Zwangsarbeit verpflichtet; diese wurde formell aufgehoben, im Wesen besteht sie aber weiter. Große Staatsländereien werden an Aktiengesellschaften auf 15 Jahre vermietet.

Landwirtschaft. Hauptprodukte: Reis, Mais, Zuckerrohr, Kaffee, Tee.

Bergbau. Hauptprodukte: Petroleum (1920 16 Mill. Faß) an vierter Stelle in der Weltproduktion steht Kohle (ungefähr 1 Million Tonnen), sehr viel Zinn.

Die Industrie ist wenig entwickelt; meistens Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte (Rohrzuckerfabriken).

Der Außenhandel ist ziemlich groß. Hauptartikel: Zucker, Kaffee, Tee, Indigo, Butter, Tabak. Vor allem nach Holland und England.

Die Wirtschaft ist fast ganz in Händen holländischer Kapitalisten.

1. Politische Bewegung. Der japanisch-russische Krieg gab 1907 den Anstoß zur Gründung einer radikal-nationalistischen Organisation javanischer Intellektuellen, „Budi Utomo", die die Unabhängigkeit Javas forderte. Die koloniale Verwaltung wußte jedoch sehr bald den Radikalismus dieser Organisation zu unterdrücken, und jeder politischen Bedeutung beraubt, beschränkte sich Budi Utomo längere Zeit nur auf kulturelle Tätigkeit. Erst in der letzten Zeit rückte Budi Utomo wieder nach links. Der radikale Flügel der B. U. bildete mit einer Gruppe von Indo-Europäern 1912 die Indische Partei, die nicht mehr javanisch, sondern indisch-nationalistisch war und sich anfänglich rasch entwickelte, doch bereits 1913 von der Kolonialverwaltung aufgelöst wurde. Sie reorganisierte sich dann wieder, änderte aber ihre Taktik, wurde hauptsächlich eine Partei der Indo-Europäer und bekam damit einen kleinbürgerlichen Charakter. Großen Einfluß auf die Massen gewann die Organisation nicht.

Weit wichtiger für die politische Bewegung wurde die 1912 gegründete Organisation „Sarekat Islam" (Verein des Islams), die hauptsächlich von Bauern, Arbeitern und kleinen selbständigen Handwerkern usw. gebildet und von einigen Intellektuellen geleitet wurde. Der Islam hielt die Massen zusammen. Die Organisation verfolgte in erster Linie wirtschaftliche Ziele, was in zahlreichen Demonstrationen in den Zentren der Zuckerindustrie und in Streiks der Arbeiter in den Städten zum Ausdruck kam. Durch die rasche Entwicklung der Sarekat Islam beängstigt, suchte die Regierung sie lahmzulegen, und zwar nicht durch direkte Unterdrückung, sondern indem sie einige gemäßigte Führer für ihre Zwecke gewann. Auf diese Weise wurde die Organisation von Massenaktionen abgehalten und selbst dazu gebracht, 1916 gleich anderen eine bessere militärische Verteidigung der Kolonien zu verlangen. Doch bestand in der S. I. auch ein linker Flügel, der eine erfolgreiche Propaganda in Gang setzte, um die Organisation vor Versumpfung zu bewahren.

1914 bildete eine kleine Gruppe von Europäern mit einigen Eingeborenen den „Indischen Sozial-Demokratischen Verein" der sich gegen den Wunsch der gemäßigten Elemente für eine propagandistische Tätigkeit entschied. Er leistete ferner gewerkschaftliche Arbeit und führte im Anschluß an die radikalen Elemente im Sarekat Islam eine Kampagne gegen das „Indie Weerbaar Comité"

und für die Pressefreiheit. Das Band zwischen Sozialisten und Sarekat Islam wurde immer stärker, insbesondere, nachdem die gemäßigten Sozialdemokraten den I. S. D. V. verlassen hatten. 1913 nahm die S. I. ein sozialistisches Programm an. 1920 schloß sich der Indische Sozialdemokratische Verein als Indische Kommunistische Partei der Kommunistischen Internationale an. Die Partei besteht fast nur aus Eingeborenen und unterhält enge Beziehungen zur S. I. In dem Programm der Kommunisten wird ausdrücklich die nationale Unabhängigkeit Indonesiens verlangt. Die Kommunistische Partei ist beständigen Repressalien seitens der Regierung ausgesetzt.

Politische Organisationen der Eropäer. Der „Politisch-Oekonomische Bund" ist der Vertreter der imperialistischen Gesinnung, die jede radikale Form der Eingeborenen-Bewegung rücksichtlos unterdrücken will.

Diese Organisation ist die politische Stütze der mächtigen Zuckerindustrie und spielt eine führende Rolle in der Verwaltung Indiens. Mit Hilfe einiger käuflichen indischen Intellektuellen sucht sie Einfluß auf die Eingeborenen auszuüben.

Die kolonial-ethische Strömung ist für die Irreführung der Eingeborenen-Bewegung weit gefährlicher. Zu ihr gehört auch die Indische Sozialdemokratische Partei, welche in den Kreisen der Intellektuellen Indiens gewissen Einfluß ausübt, aber mit den indischen Massen keine Verbindung hat. Bei der Verfolgung der revolutionären Elemente hat diese Partei der kolonialen Regierung schon wichtige Dienste geleistet.

II. Gewerkschaftsbewegung. Die europäischen Beamten der Kolonialverwaltung, der Zuckerindustrie, der verschiedenen Plantagen, der Schiffahrt usw. haben ihre eigenen Gewerkschaften, die meistens keine Eingeborenen als Mitglieder aufnehmen, für die Privilegien der europäischen Gemeinschaft in den Kolonien kämpfen und unzweideutig eine reaktionäre Politik führen. Im Klassenkampf der Eingeborenen gegen ihre Arbeitgeber stehen diese Gewerkschaften immer auf der Seite des Ausbeuters und der kolonialen Regierung.

Die älteste Gewerkschaft Indonesiens ist die 1908 von Europäern gegründete Organisation der Eisen- und Straßenbahner. Bis 1914, solange die Rechte der javanischen Mitglieder des Verbandes gegenüber den Europäern äußerst eingeschränkt waren, konnte die Organisation unter den Eingeborenen keinen großen Anhang finden. 1914 stellte sie sich auf den Klassenstandpunkt mit voller Anerkennung der Rassengleichheit. Der Erfolg war eine rasche Vermehrung der Eingeborenenmitgliedschaft. 1914 betrug die Mitglieder-

zahl kaum 900; davon 50 Prozent Europäer. Jetzt zählt der Verein 16 000 Mitglieder, davon nicht mehr als 150 Europäer. Einige ökonomische Streiks wurden erfolgreich durchgeführt. Der Verein übte einen sehr starken Einfluß aus auf die Weiterentwicklung der Gewerkschaftsbewegung in Indonesien. Die Eisenbahnerorganisation wird von Kommunisten geleitet.

Die gewerkschaftliche Bewegung der Eingeborenen erfaßte zunächst die Beamten der Kolonialverwaltung. So bestehen Organisation der Beamten der Leihhäuser (unter nationalistischem Einfluß), der Lehrer, der Beamten des Postdienstes, der Irrigation, des Zollwesens, der Krankenpflege usw. — Die Eisenbahnerorganisation ist bestrebt, auch Privatarbeiter in die Gewerkschaftsbewegung einzubeziehen. Ungefähr 4000 Arbeiter der Petroleumindustrie Javas sind organisiert; die Hafenarbeiter von Soerabaya und Semarang, die Typographen und die Chauffeure haben auch ihre Gewerkschaften.

Hauptsächlich durch Führer der S. I. wurde eine Gewerkschaft der geschulten Arbeiter der Zuckerindustrie gebildet. Diese Organisation verbreitete sich auf das ganze Zuckergebiet, doch macht sie jetzt eine schwere Krise durch, nachdem ein von ihr vorbereiteter allgemeiner Streik nicht durchgesetzt werden konnte. Ungenügende Organisationsarbeit hemmt die Entwicklung dieser Organisation.

Der Eisenbahnerverband ergriff die Initiative zur Bildung einer Gewerkschaftszentrale, die zum Teil von Vertrauensmännern der S. I., zum Teil von Kommunisten geführt wurde. 1921 zerfiel diese Zentrale, infolge von Streitigkeiten zwischen den beiden Gruppen. Eine neue revolutionäre Zentrale bildete sich unter kommunistischem Einfluß und schloß sich mit etwa 30 000 Mitgliedern der R. G. I. an. Die Organisation der Leihhausbeamten mit einigen anderen Vereinen bildete eine zweite Zentrale. Seitdem der Streik der Leihhausbeamten durch die revolutionäre Zentrale tatkräftig unterstützt wurde, haben sich die gegenseitigen Beziehungen sehr gebessert. Man darf eine baldige Wiedervereinigung der beiden Zentralen erwarten.

Holländisch-Westindien besteht 1. aus einem Küstenstrich im Norden von Südamerika, Surinam oder Holländisch-Guiana genannt, mit 110 000 Ansässigen und einer unbekannten Zahl von in den Wäldern lebenden Negern und Indianern; 2. aus der Curaçao-Inselgruppe mit 35 000 Einwohnern.

Nepal.

Formell unabhängiges Königreich, nördlich von Indien im Hymalaja; in Wirklichkeit eine englische Kolonie. Ausdehnung: 124 200 Quadratkilometer; Bevölkerung ungefähr 5,6 Millionen. Herrschendes Volk sind die Gurkhas, die im Weltkriege an der Westfront kämpften. Wirtschaft unentwickelt, keine große Industrie, keine Arbeiterbewegung.

Norwegen.

Norwegen besaß im Jahre 1920 2 046 300 Einwohner und einen Gebietsumfang von 322 986 qkm. Im Osten grenzt es an Schweden, im Norden an Finnland. 97 Prozent der Bevölkerung sind evangelisch-lutherisch, der Rest Methodisten und römisch-katholisch. Norwegen ist eine konstitutionelle Monarchie mit einem Parlament, dem Storting, das auf Grund eines allgemeinen Wahlrechts für Männer und Frauen gewählt wird. Bei den Wahlen im Oktober 1921 erhielten die verschiedenen Parteien folgende Stimmenzahl:

	Konservative	Kommunisten	Liberale	Bauern-Partei	Sozialdemokr.	Radikal. Volksp.	Insgesamt
Stimmenzahl	301 357	192 497	181 903	118 549	83 572	22 974	903 633
Mandate	57	29	37	17	8	2	150

Die Konservativen sind eine rein kapitalistische Partei, die Liberalen eine Finanz- und Kleinbauernpartei, die Bauernpartei die Partei der Großagrarier, die Sozialdemokraten eine Partei der Arbeiter und Kleinbürger, die Radikale Volkspartei eine Kleinbauernpartei, die Kommunisten eine reine Arbeiterpartei.

Berufsstatistik (Anzahl der Bevölkerung in Prozent).

	Landwirtschaft	Fischerei	Schiffahrt	Handel und Transport	Industrie	Imm. Arb.
1910	41,67 %	5,89 %	4,31 %	12,62 %	26,70 %	4,61 %

Im Jahre 1919 betrug die Gesamtzahl der Industriearbeiter 160 750. Im Jahre 1910 waren 1 436 128 (60,2 Prozent) nach der offiziellen Statistik erwerbstätig. Von den übrigen waren 814 930 (34,1 Prozent) Schulkinder und Studenten, 74 711 (3,1 Prozent) Rentiers, 63 049 (2,6 Prozent) arbeitslos. Selbständig waren im Jahre 1910 977 992 (inkl. Familienmitglieder), Lohnarbeiter 1 207 768, davon 942 822 Arbeiter und 264 946 Angestellte.

Landwirtschaft. Obgleich nur 4 Prozent der gesamten Fläche bebaut ist, ernähren sich 38 Prozent der Bevölkerung von der Landwirtschaft. Von den 260 000 Landwirtschaften haben 100 000 unter 2 ha, 17 000 10—50 ha und etwa 400 über 50 ha.

Der Ernteertrag betrug im Jahre 1920:

Getreide	Kartoffeln	Heu
408 478 t	845 754 t	1 883 279 t

Viehstand (1918):

Pferde	Rinder	Schweine
200 197	1 081 850	122 554

Die Industrie ist mit Ausnahme der Holz-, Papierstoff- und Papierindustrie wenig entwickelt. Arbeiterzahl 1919: Mechanische Industrie 36 961, Holzindustrie 25 793, Lebensmittelindustrie 21 407, Papierindustrie 16 146, Chemische Industrie 12 572, Bekleidungsindustrie 11 314, Textilindustrie 10 669, Steinindustrie 9522, andere 8884.

Außenhandel (in Millionen Kronen):

	1917	1918	1919	1920	1921
Einfuhr	1661	1253	2584	2552	1551
Ausfuhr	788	753	739	1053	753

Haupteinfuhrländer im Jahre 1919 waren die Vereinigten Staaten, England, Deutschland, Schweden.

Verkehrswesen. Im Jahre 1918 besaß Norwegen 3236 km Eisenbahnen. Die Schiffahrt ist bedeutend. Die Handelsflotte verteilte sich nach Anzahl und Schiffsraum:

Jahr	Dampfschiffe		Motorschiffe		Segelschiffe		Gesamtflotte	
	Zahl	Reg.-T.	Zahl	Reg.-T.	Zahl	Reg.-T.	Zahl	Reg.-T.
1916	2142	2 108 284	613	54 018	740	466 971	3495	2 629 273
1920	1922	2 004 892	1497	201 501	409	222 839	3828	2 429 232

Wie aus dieser Uebersicht ersichtlich ist, ist der Gesamt-Tonnenraum der norwegischen Flotte im Jahre 1920 gegenüber dem Jahre 1916 um etwa 200 000 Tonnen zurückgegangen. Im Jahre 1920 hat sich das Verhältnis der Schiffe zugunsten der mit Oel betriebenen Schiffe wesentlich verschoben.

Geldwesen und Staatsfinanzen. Im Jahre 1918 betrug der Notenumlauf 436 Millionen Kronen und steigerte sich im Jahre 1920 auf 483 Millionen. Für das Finanzjahr 1919/20 betrugen die Ausgaben insgesamt 798 Millionen Kronen, davon Militärausgaben etwa 64 Millionen. Die Staatsschulden wuchsen von 109 Millionen innere und 347 Millionen äußere Staatsschulden im Finanzjahr 1917/18 auf 802 Millionen innere 338 Millionen äußere Staatsschulden im Finanzjahr 1920/21 an.

Die Gewerkschaftsbewegung. Die Gewerkschaftsbewegung nahm in der Vergangenheit eine ähnliche Entwicklung wie die sozialdemokratische Partei. Von der Spaltung der Partei im Jahre 1920 wurde die Gewerkschaftsbewegung nicht berührt. Die Mehrzahl der Gewerkschaftsführer besteht aus Mitgliedern der Kommunistischen Partei.

Die Generalkommission der Gewerkschaften hat beschlossen, dem nächsten Landeskongreß den Vorschlag zu unterbreiten, aus der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale auszutreten.

Die Mitgliederzahl der Gewerkschaften.

1916	80 628	1919	143 926
1917	93 912	1920	142 642
1918	107 542	1921	127 096
1922	94 128		

Der Mitgliederstand der verschiedenen Gewerkschaften. Seemannsverband 24 790, Eisen- und Metallarbeiter 20 439, Papierarbeiter 9377, Transportarbeiter 9036, Holzarbeiter 8177.

Die Unternehmerorganisation umfaßte 1918 1813 Betriebe mit 87 819 Arbeitern, 1919 2145 Betriebe mit 84 614 und 1920 2464 mit 86 380 Arbeitern.

Preis- und Lohnbewegung. Preisniveau Juli 1914 — 100. Lohnniveau der Maurer Juli 1914, berechnet nach einem Wochenlohn von Kr. 37,05 = 100. Lohnniveau der Eisenarbeiter Juli 1914, berechnet nach einem Wochenlohn von Kr. 27,95 = 100.

	Juli 1914	Anfang 1915	Anfang 1917	Anfang 1919	Ende 1920	Ende 1921	Anfang 1922
Preise	100	105	160	265	330	280	272
Maurerlöhne	100	100	120	230	272	272	272
Eisenarbeiterlöhne	100	100	130	220	363	360	360

Während die Preise gleich nach dem Juli 1914 fortwährend stiegen, blieben die Löhne lange Zeit auf dem Niveau von Juli 1914. Erst 1916 trat ein schwacher Aufstieg der Löhne, die in der Kriegszeit der wachsenden Teuerung nicht nachkommen konnten, ein. Ende 1920 erfolgte in Norwegen der Preissturz; nach offiziellen Angaben blieb das Lohnniveau der Eisenarbeiter über dem Preisniveau. Das Lohnniveau der Maurer erreichte Anfang 1922 das Preisniveau. Anfang 1922 betrug der Wochenlohn der Eisenarbeiter 99,84 Kronen, das der Maurer 100,80 Kronen.

Die Genossenschaftsbewegung. Im Jahre 1903 begann der bürgerlich-liberale Politiker Dehli in Norwegen für die Kooperativ-Bewegung zu arbeiten. Obwohl es ihm damals gelang, einige Genossenschaften zu gründen, gibt es in Norwegen erst seit 1906 eine wirklich organisierte Bewegung der Kooperativen. In diesem Jahre wurde der kooperative Landesverein gegründet. Die dem Landesverein angeschlossenen Kooperativen sind in erster Linie Konsumgenossenschaften. Doch haben einzelne von ihnen Produktionsbetriebe, wie Bäckereien, Mühlen, Schuhreparationswerkstätten usw. Der Landesverein besitzt eine Tabak- und Margarinefabrik und eine Darlehnskasse. In der ersten Zeit wurde die Genossenschaftsbewegung in Norwegen vor allem von der organisierten Arbeiterschaft unterstützt, die Leiter der Genossenschaftsbewegung wurden aus den Reihen der Gewerkschaften entnommen. In den späteren Jahren gewannen kleinbürgerliche Elemente auf die Genossenschaftsbewegung Einfluß, und gegenwärtig ist sie in den Händen der Rechtssozialisten.

In den letzten Jahren hatten sich nämlich die Arbeiter fast ausschließlich für politische und gewerkschaftliche Fragen interessiert. Die Genossenschaftsbewegung umfaßte daher zum größeren Teil Landleute. Doch nach den großen Lohnkämpfen im Jahre 1921 scheint eine Aenderung eingetreten zu sein, da sich immer mehr klassenbewußte Arbeiter der Genossenschaftsbewegung anschließen. Der Umsatz des Großverkaufsvereins betrug im Jahre 1914 etwas über 3 Millionen Kronen, im Jahre 1917 erreichte er etwas über 8 300 000 Kronen, im Jahre 1920 über 18 Millionen Kronen. Der Gesamtumsatz der verschiedenen Genossenschaften stieg von 48 Millionen Kronen im Jahre 1918 auf 113 Millionen Kronen im Jahre 1920. Die Mitgliederzahl der Genossenschaften betrug:

	1916	1917	1918	1919	1920
Zahl der Vereine . . .	205	237	233	295	401
Zahl der Mitglieder . .	47 000	60 000	60 000	70 984	88 346

Die politische Arbeiterbewegung. Die Norwegische Arbeiterpartei war bis zum Februar 1920 die einzige Arbeiterpartei Norwegens. Auf dem ersten Parteitag nach der russischen Revolution im Jahre 1918 gewann die mehr oder minder bewußt kommunistische Opposition die Mehrheit und setzte eine neue Leitung der Partei ein. Im Jahre 1920 schloß sie sich der Kommunistischen Internationale an. Damals bildeten die Sozialdemokraten eine eigene Partei, die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Norwegens, die aber besonders nach dem Wahlergebnis im Herbst 1921 jede wirkliche Bedeutung verloren hat. Die rechtssozialistische Partei ist weder der Zweiten, noch der Zweieinhalb - Internationale angeschlossen.

Oesterreich.

1. Allgemeines.

Flächeninhalt 82 000 qkm. Bevölkerung: die Mehrzahl deutsch und katholisch, am 31. Januar 1920 6 131 445 gegen 6 354 726 im Jahre 1910. Tote im Kriege: 170 000. Auswanderung 1921: 10 000. Oesterreich stellte in der ehemaligen österreich-ungarischen Monarchie den organisatorischen Ueberbau dar und lebte davon, daß es Rohstoffe einkaufte, daß es vor allem den kreditorganisatorischen Mittelpunkt der Monarchie bildete, den übrigen Ländern Organisatoren, Ingenieure, Kaufleute, Juristen usw. zur Verfügung stellte, kurz, daß es die Zentralverwaltung eines 53-Millionen-Reiches führte und dafür Entgelt aus den anderen Ländern beanspruchte.

Oesterreich ist ein Bundesstaat, die Länder besitzen selbständige Verwaltungen; nominell hat die Nationalversammlung die oberste Ge-

walt. Neben der Nationalversammlung besteht der Bundesrat, der sich aus den Vertretern der einzelnen Länder zusammensetzt. Die Staatsgeschäfte führt ein verantwortliches Ministerium. An der Spitze des Staates steht der Präsident; er und das Ministerium sind vom Parlament g e w ä h l t.

Die Machtverhältnisse dieses Staates verteilen sich auf die Sozialdemokratische und Christlich-soziale Partei. Die Christlich-soziale Partei stützt sich auf die Bauern und das Kleinbürgertum in der Stadt, die Sozialdemokratische Partei auf den größten Teil der Arbeiterschaft. Verhältnismäßig unbedeutend ist die Deutsch-nationale Partei, deren Parteianhänger sich aus den Mittelstandsschichten rekrutieren. Wahlberechtigt ist jeder Oesterreicher, Mann und Frau, über 20 Jahre. Es bestehen 30 Bezirke, Proportionalwahl und geheime Abstimmung.

Ergebnis der Nationalratswahlen vom 17. Oktober 1920:

Christlich-Soziale	1 204 926
Sozialdemokraten	1 022 614
Groß-deutsche Volkspartei	349 893
Kommunisten	27 385

Außerdem die Splitterparteien, Bauern, Demokraten, Tschechische Demokraten, Jüdischnationale. Die Kommunistische Partei steht an siebenter Stelle.

Die Berufsstatistik vom 31. Januar 1920 ergibt ein ungefähres Gleichgewicht zwischen agrarischer und industrieller Bevölkerung. Die Zahl der Berufstätigen wird für 1920 mit 3 084 602 angegeben, Hausfrauen 1 050 224.

Die Vergleichszahlen zwischen Selbständigen und Unselbständigen in der Landwirtschaft weisen auf mittleren und kleinen bäuerlichen Besitz hin.

	Gesamtsumme	Prozent	Selbständig	Unselbständig
Land- u. Forstwirtschaft	984 034	31,09	284 775	699 259
Industrie und Gewerbe	1 026 004	33,26	185 961	840 043
Handel und Verkehr	375 248	12,17	86 445	288 803
Freie Berufe	80 294	2,60	27 331	52 963
Öffentliche Dienste	271 805	8,81	—	271 803
Hauswirtschaft	347 219	11,26	—	347 219
Gesamtsumme	3 084 602	100,00	584 512	2 500 090

2. *Wirtschaftliche Verhältnisse.*

L a n d w i r t s c h a f t. Infolge der gebirgigen Beschaffenheit Oesterreichs dienen nur 23 Prozent der Gesamtfläche dem Ackerbau, gegenüber 50 Prozent in Deutschland. Ferner entfallen 38 Prozent auf Wälder, 10 Prozent auf Wiesen, 17 Prozent auf Hutweiden und Alpen, 11 Prozent sind unproduktiv. Dementsprechend ist auch der B o d e n - e r t r a g viel zu gering, um die Bevölkerung halbwegs zu ernähren. Dabei ist der Ertrag während der Kriegszeit stark zurückgegangen.

Der Ertrag pro Hektar betrug in Doppelzentnern:

Jahr	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer
1909/13	14,7	14,8	13,6	13,4
1914/18	8,7	8,6	8,9	7,1
1919	9,3	7,9	8,8	8,0
1920	9,8	8,9	9,9	9,1
1921	—	—	—	—

Der faktische Minderertrag dürfte während des Krieges kleiner gewesen sein: das Getreidemonopol des Staates führte zur Verheimlichung des Ertrages. Nach dem „Oesterreichischen Volkswirt" würde selbst die Vorkriegsernte den Bedarf der Bevölkerung nur bis zur Hälfte decken. Der Bedarf der industriellen Bevölkerung belief sich im Frieden auf 2,1 Millionen Doppelzentner. Das im Juni 1921 aufzubringende Getreidekontingent wurde hingegen nur mit 1,1 Million Doppelzentner festgesetzt.

Aehnlich steht es mit der Kartoffelernte. Das alpenländische Oesterreich erntete im Frieden gegen 13 Millionen Tonnen Kartoffeln; der Bedarf betrug 22½ Millionen Tonnen. In der Kriegszeit ist die Anbaufläche für Kartoffeln von 145 000 ha auf 95 000 ha zurückgegangen.

Die Friedensproduktion der österreichischen Zuckerindustrie betrug nur ¼ des Bedarfs.

Die Mindererträge der Futtermittelernte haben auf die Viehzucht, die eines der wichtigsten Exportmittel im alten Oesterreich gewesen ist, sehr nachteilig gewirkt. Sie ist quantitativ und qualitativ stark gesunken.

Jahr	Rinder	darunter Kühe in Millionen	Schweine	Fleischgewinnung
1910	2,22	1,1	1,84	1913 = 300 kg p. Rind
1919	1,93	0,9	1,11	1919 = 100/200 „ „

Bergbau. Der Steinkohlenbedarf von Oesterreich hat vor dem Krieg 12½ Millionen Tonnen betragen, die eigene Kohlenförderung an Braunkohle 2½ Millionen Tonnen. In der Nachkriegszeit wurde die eigene Produktion an Braunkohle mit allen Mitteln erhöht. Im Jahre 1921 erreichte die Kohlenförderung 26 Millionen Doppelzentner.

Etwas besser steht es mit der Eisenerzförderung. Hier sind von 30,4 Millionen Tonnen in der österreichisch-ungarischen Monarchie auf das heutige Oesterreich 20,3 Millionen Tonnen gefallen, die fast gänzlich im Besitz der Alpinen Montangesellschaft sind (jetzt von Stinnes kontrolliert). Die Förderung im Jahre 1919 ist auf 2,4 Millionen Tonnen zurückgegangen, hat sich aber im Jahre 1920/21 gehoben.

Industrie. Das neue Oesterreich ist ein weiterverarbeitendes Industrieland. Metallindustrie, Textilindustrie, chemische Industrie, Holz- und Lederindustrie, Galanterie- und Luxusindustrie ist in solchem Maße vorhanden, daß hierdurch eine große Quelle des Reichtums gegeben wäre, falls die Rohstoff- und Lebensmittelversorgung der Industrie billige Gestehungskosten sicherte. Infolge der Entwertung der österreichischen Valuta ist es zurzeit umgekehrt.

Statistische Daten sind in systematischer Form für den Stand der österreichischen Industrie nicht zu erbringen.

Von der alten Roheisenerzeugung von 14,3 Millionen Tonnen sind auf Oesterreich nur 5,5 Millionen Tonnen entfallen. Von der alten österreichischen Maschinen- und landwirtschaftlichen Industrie blieb in Oesterreich die Lokomotiv-, Sensen-, Automobil- und Motorraderzeugung.

Die Leistungsfähigkeit der Maschinenindustrie betrug 1918 10 000 Personen- und Lastautomobile, 3000 Motoren, 400 Lokomotiven; 1913 10 Millionen Sensen, 2½ Millionen Sicheln.

Für den Ausbau der Wasserkräfte, die in Oesterreich reichlich vorhanden sind, fehlt es an Kapital.

Außenhandel. Oesterreich hat in der Zeit vom Spätsommer 1919 bis 1921 davon profitiert, daß es für Mittel- und Osteuropa kein stabiles Währungssystem und kein Verkehrswesen gab; es hat für diese Länder den Zwischenhändler gespielt; das beweisen die Durchfuhrzahlen 1920/21:

1. Halbjahr 1920 . . . . 0,53 Millionen Tonnen
1. Halbjahr 1921 . . . . 1,21 Millionen „

Der Außenhandel Oesterreichs betrug in Millionen Doppelzentnern:

	1919	1920	1. Halbjahr 1921
Einfuhr	41,36	60,6	38,0
Ausfuhr	9,98	13,2	7,0

In Millionen Goldkronen:

Einfuhr 1920 . . . . 1751 Ausfuhr 1920 969

Die wichtigsten Einfuhrartikel sind: Kohle, Koks, Getreide, Zucker, Maschinen, Baumwolle und Wolle.

Die bedeutendsten Ausfuhrartikel: Holz, Maschinen, Eisen, Papier, Magnesit.

An der Spitze der nach Oesterreich einführenden Staaten steht 1921 die Tschechoslowakei mit 42,6 Prozent, Deutschland mit 32,3 Prozent.

Die Ausfuhr ging nach Italien mit 21,1 Prozent, Tschechoslowakei 19,9 Prozent, Ungarn 16,1 Prozent, Deutschland 15,2 Prozent.

Geldwesen. Der Banknotenumlauf ist seit Herbst 1921 von 67 Milliarden auf 240 Milliarden Kronen im Februar 1922 gestiegen und betrug Mitte August 1922 bereits 833 Milliarden. Dementsprechend ist auch die österreichische Krone gesunken. Nach einer vorübergehenden Steigerung des Kronenkurses März 1922 infolge Gewährung ausländischer Kredite ist die Krone immer stärker gefallen. Gegenüber dem Friedenswert der Krone betrug ihre Entwertung Ende 1919 das 33fache, Ende 1920 das 67fache, Ende 1921 das 525fache, Mitte August 1922 das 10 500fache.

Bei dieser Gelegenheit kann man auf die eigentümliche Stellung des Geldplatzes Wien hinweisen. Es ist der bedeutendste Finanzplatz für den Osten und Südosten Europas. Die Wiener Banken kontrollierten im Frieden den größten Teil der österreichisch-ungarischen Industrie,

da sie ihre Geldgeber waren. In der Nachkriegszeit hat Wien zwar den größten Teil seines Aktienbesitzes abgestoßen, die Ueberfremdung (durch englisches und französisches Kapital vor allem) hat riesige Fortschritte gemacht, da aber die Banken Wiens über einen ausgezeichneten Apparat verfügen, ist Wien noch immer ein sehr bedeutender Finanzplatz geblieben. An der Wiener Börse wird am besten in den Valuten sämtlicher Nachfolge- und Balkanstaaten gehandelt, so daß in dieser Beziehung der Geldplatz Wien auf einen bedeutend größeren Kreis von Ländern Einfluß übt als selbst im Frieden.

Staatsfinanzen. Das ständige Auf und Ab der österreichischen Krone machte jede Berechnung und genaue Angabe des Budgets unmöglich. Dezember 1921 wurden die Lebensmittelzuschüsse abgebaut, was ein sprunghaftes Anwachsen der Teuerung zur Folge hatte. Die Ausgaben für Löhne und Beamtengehälter sind vervielfacht, die Exportprämie aber beseitigt worden. Der letzte Kredit im Betrage von 5 Millionen Pfund Sterling wurde erst gewährt, als die österreichische Arbeiterschaft wegen der plötzlichen Erhöhung des Brotpreises um 36 Kronen auf 74 Kronen zu revoltieren begann. Mitte August ist der Brotpreis auf 4190 Kronen gestiegen.

Der Kredit war nur der äußere Anlaß, um Oesterreich unter die direkte Kontrolle Englands zu stellen. Die Staatsvoranschläge weisen ein immer steigendes Defizit auf. Während für den Staatsvoranschlag 1919/1920 ursprünglich ein Defizit von 400 Millionen Kronen angenommen wurde, ist es im Jahre 1920/21 von 12½ Milliarden auf 40 Milliarden gestiegen. Das Defizit für 1921 wird auf 340 Milliarden geschätzt.

Die indirekten Steuern haben sich in den letzten drei Jahren zu den wichtigsten Einnahmequellen entwickelt. Die Erhöhung der Eisenbahnverkehrssteuer, der Post und der Telegraphengebühren, der Getränke- und Tabaksteuer spielen hier die stärkste Rolle.

1919/20	Oeffentl. Abgaben	1,9 Milliarden
1920/21	,, ,,	8,5 ,,
1921/22	,, ,,	40 ,,
März 1922	erhöht auf	200 ,,

Die Entwicklung der Staatsschulden ist folgende:

30. Juni 1920	14,4 Milliarden ohne Auslandskredit für Lebensmittel und Rohstoffe.
Dezember 1921	181,2 Milliarden

Doch diese Berechnung stimmt heute nicht mehr. Die Staatsschulden sind ungeheuer angewachsen. Das Einnahmen- und Ausgabenverhältnis hat sich zu ungunsten der Einnahmen trotz der Aufhebung der Lebensmittelzuschüsse immer stärker verschoben.

Einnahmen	1920/21	41,7 % der Gesamt-Ausgaben
,,	2. Halbjahr 1921	48,5 % ,, ,,
,,	1922	36,1 % ,, ,,

3. *Gewerkschaftsbewegung.*

Die Gewerkschaftsbewegung hat in der Nachkriegszeit riesige Fortschritte gemacht: 1913 253 137, 1916 108 739, 1918 295 047, 1919 772 146, 1920 900 820, 1921 1 000 000 Mitglieder. Die Mitgliederzahl

der christlichen Gewerkschaften wird für das Jahr 1920 mit rund 140 000 angegeben. Nationale und Syndikalisten bedeutungslos.

Das Ergebnis der Wahlen in die Arbeiterkammer 1921: Freie Arbeitergewerkschaft 452 123, Christliche Gewerkschaft 25 268, Kommunisten 15 268.

Die wichtigsten Organisationen in den Gewerkschaften 1920: Angestellte 273 242, Metallarbeiter 153 334, Eisenbahner 91 944, Landarbeiter 61 621, Textilarbeiter 37 059.

L ö h n e u n d P r e i s e. Die Preise haben besonders in der letzten Zeit vor den Löhnen einen großen Vorsprung. Einige Zahlen über Löhne und das Existenzminimum, die allerdings sehr unvollständig sind, bringen dies zum Ausdruck.

	Existenz-Minimum	Schaffner	Schuhmacher	Industr.-Ang.	Bäcker
		Wochenlöhne			
Okt. 1921 .	2 335	4240	3200 – 4500	9219	6442
		Handel und Transport	Faßbinder	—	—
Dez. 1921 . .	6 599	7100—9000	7000—10 400	—	—
		Glasarbeiter	Taschnergehilfen	Versicher.-Angestellte	—
Febr. 1922 .	13 936	18—20 500	10 644—10 860	35 805	—
		Bauindustrie	Schuhmacher	Glasindustrie	Holzindustrie
März 1922 .	16 138	19 872—27 360	12 000	19 920—32 000	14 200—26 000

Dazu ist zu bemerken, daß das Existenzminimum so niedrig als denkbar gegriffen ist und nicht einmal das zur Ernährung Notwendigste enthält. Für die Mindestbedürfnisse ergeben sich nach dem „Volkswirt" folgende Indexziffern:

1. Halbjahr 1914	2,23
Anfang Januar 1921	100,00
„ Oktober 1921	242,36
„ Januar 1922	989,21
Anfang Februar 1922	1444,53
„ März 1922	1672,84
„ April 1922	1725,40

D i e A r b e i t s l o s i g k e i t. Das Bild der Arbeitslosigkeit in Zahlen:

1. Dezember 1918	45 675
1. Mai 1919	185 238
1. Februar 1920	64 483
Dezember 1920	24 861
Dezember 1921	17 742
Jauuar 1922	27 478
März 1922	80 000

IV. Genossenschaftsbewegung.

Die Konsumvereinsbewegung bildet den wesentlichsten Bestand der österreichischen Genossenschaftsbewegung. Die Zahl der dem Verband der Konsumvereine angehörenden Vereine beträgt 113. Im Jahre 1921 wurden die vier Arbeiterkonsumvereine zu einem großen Konsumverein verschmolzen. Außerdem gehören zu dem Verband: 19 Bau- und Wohnungsgenossenschaften, 20 Produktivgenossenschaften, 5 Kreditgenossenschaften, 2 Produktivgesellschaften, 3 Landeseinkaufsverbände, 1 Versicherungsgesellschaft. Die Mitgliederzahl betrug 1920 503 622. Besondere Bedeutung kommt der Großeinkaufsstelle zu, die als Einkaufsstelle und Bank der Genossenschaft fungiert.

Eine andere Gesellschaft ist die Warenverkehrsstelle, an der der Staat, die Großeinkaufsgesellschaft und die Landwirtestelle beteiligt sind, und die durch Bestellung von Textilwaren an die Landwirte vor allem den Verkehr zwischen Stadt und Land zu regeln bemüht ist.

V. Politische Arbeiterbewegung.

Der Mitgliederstand der Sozialdemokratischen Partei:

Am 30. Juni 1913	89 673,	davon in Wien	46 378
„ 30. Juni 1919	332 391,	„ „ „	105 431
„ 30. Juni 1920	335 863,	„ „ „	123 684
„ 30. Juni 1921	491 160,	„ „ „	188 379

Seit den Tagen des Umsturzes kann man in der Geschichte der Sozialdemokratie zwei Abschnitte unterscheiden:

Die Periode vom Februar 1919 bis Oktober 1920 ist durch die offizielle Koalition der Sozialdemokratie mit den Christlich-Sozialen gekennzeichnet; in der zweiten Periode befindet sich die Sozialdemokratie in einer wohlwollenden Opposition, d. h. in einer verhüllten Koalition. In der Zeit der Koalition wurden in Oesterreich zahlreiche sozialpolitische Gesetze durchgeführt, so die Gesetze über Heimarbeit, Kinderschutz, Abschaffung des Arbeitsbuches, Achtstundentag, Einigungsämter, Arbeiterurlaub, Arbeitslosenversicherung, Verbot der Nachtarbeit für Frauen und Kinder und andere.

Ende letzten Jahres stellte die Sozialdemokratie einen Finanzplan auf, der von der christlich-sozialen Regierung in den für die Arbeiterschaft nachteiligen Punkten restlos angewendet wird. Insbesondere wurden die Lebensmittelzuschüsse abgebaut.

Als eine besondere Institution haben sich in Oesterreich die Arbeiterräte erhalten, die im Laufe der Entwicklung immer mehr Rechte verloren haben und heute nur noch ein Scheindasein führen, besonders jetzt, wo die Kommunisten aus ihm ausgetreten sind.

Außenpolitisch war die wichtigste Forderung der österreichischen Sozialdemokratie die Parole des Anschlusses an Deutschland, ebenso die Propaganda zur Wiedererlangung Westungarns. Das wichtigste außenpolitische Ereignis des Jahres 1921 war das zweimalige Erscheinen Karl Habsburgs in Westungarn, März und Oktober 1921, was eine schwache monarchistische Bewegung in Oesterreich hervorrief.

Die Kommunistische Partei. Die Gründung der Partei erfolgte am 4. November 1918 durch revolutionäre Elemente, von denen ein größerer Teil bis dahin außerhalb der Sozialdemokratie gestanden hatte. Ein größerer Zuzug erfolgte durch Heimkehrer aus Rußland. Am 9. Februar 1919 fand die erste Reichskonferenz statt. Es folgte ein stärkeres Wachstum während der ungarischen und bayrischen Rätediktatur durch Heimkehrer, Arbeitslose, Invalide und Konjunkturelemente. Nach dem Zusammenbruch der bayrischen Räterepublik und der Niederlage vom 15. Juni 1919 erfolgte ein Rückschlag, der auf der zweiten Reichskonferenz, 6. Juli 1919, und nach dem Sturz von Räteungarn auf dem 3. Reichsparteitag, 7. und 8. Dezember 1919, zum Ausdruck kam. Auf dem Reichsparteitag vom 23. bis 25. Januar 1921 vereinigten sich mit der Partei die kurz vorher von der Sozialdemokratie abgesplitterte „Sozialistische Arbeiter-Partei, Linke" und die tschechischen Zentralisten. Im Jahre 1921 wurde die erste Vorbedingung zur Festigung der Partei geschaffen, die auf ihrem fünften Reichsparteitag, 24. bis 26. März 1922, 110 Organisationen mit 14 500 tatsächlich zahlenden Mitgliedern vertreten fand.

Stimmen bei den Wahlen 1921: 27 000 = 1 Prozent der abgegebenen Stimmen.

Presse „Rote Fahne" 15 000; „Rote Gewerkschaft" 8000; „Roter Soldat" 3000; „Prukopnik Swobody" 1500; „Lehrling" 6000.

Paraguay.

Republik, Ausdehnung ungefähr 200 000 km, Bevölkerung ungefähr 1 Million, meist Mischlinge von Indianern, Negern und Spaniern. 60 000 Ausländer, hiervon 30 000 Argentinier, 15 000 Italiener. Religion römisch-katholisch, Sprache spanisch. Zwei Kammern: Senat 20 Mitglieder, Deputiertenkammer 40 Mitglieder. Ministerium und ein Präsident. Wirtschaftlich ist das Land sehr unentwickelt. Der größte Teil Grasland. Große Viehzucht. 1915 5 Millionen Stück Rindvieh, 600 000 Schafe, 500 000 Pferde. Export von Gefrierfleisch und Konserven, Paraguay-Tee, Tabak. 7 Zuckerfabriken. Die Mineralschätze:

Eisen, Mangan, Kupfer, noch wenig ausgenützt. Mangel an Arbeitskräften.

Außenhandel (in Millionen Dollar). Einfuhr 1919 14,4, 1920 14,5. Ausfuhr 1919 15,4, 1920 12,7.

Die Schiffahrt und das wenig entwickelte Eisenbahnnetz sind in Händen englischer Kapitalisten.

Persien.

Areal und Bevölkerung. Areal zirka 628 000 englische Quadratmeilen. Bevölkerung 8—10 Millionen. Ein Teil der Fläche ist absolute Wüste, aber auch die bewohnten Teile dünn bevölkert. Von der Bevölkerung sind etwa 3 Millionen Nomaden, davon (nach runden Schätzungen) 260 000 Araber, 720 000 Türken, 675 000 Kurden, 20 700 Beludschen und Zigeuner, 234 000 Luren, Rest Perser, stark mit den eingedrungenen turkotartarischen Stämmen vermischt, die in einer Gesamtzahl von 1,5 bis 2 Millionen, sich „Ilat" („die Stämme") nennend, namentlich als aktives Element die politische Herrschaft in Händen haben. Der Religion nach sind zirka 8 500 000 Mohammedaner der Sekte Schia, 850 000 sunnitische Mohammedaner, 40 000 Israeliten, 50 000 orthodoxe Armenier, 30 000 Nestorianer (assyrische Christen). Die Persische Priesterschaft („Ulema") ist sehr mächtig. Der Schah und die Regierung sind auf die Ernennung der Hauptpriester ohne Einfluß, haben aber mit deren politischen Einfluß zu rechnen. Im Gegensatz zum türkischen Sultan hat der Schah keine religiöse Stellung. Die Institution der „Wakuf" (Frommen Stiftungen) besteht wie in der Türkei; die heiligen Stätten besitzen zum Teil ungeheure Reichtümer und unterhalten riesige Gefolge.

Wichtigste Städte. Hauptstadt Teheran über 220 000 Einwohner, Täbris 200 000, Ispahan und Kermanschah je 80 000, Mesched und Kerman je 70 bis 80 000 Einwohner.

Regierung und Verwaltung. Dynastie der Kadscharen. Jetziger Herrscher Sultan Ahmed Schah, Sohn des 1919 abgedankten Mohammed Ali Schah. Schiitische Religion (Staatsreligion). Bis 1906 war das Regime absolutistisch. Januar 1906 willigte auf das Drängen des Volkes nach einer Verfassung der Schah in die Bildung eines Nationalen Rates, „Medjliss" genannt, der jedoch nie zur Ausübung seiner Funktionen gelangte. Erst am 22. Juni 1921 wurde der Medjliss feierlich zu einer neuen Tagung einberufen, und zwar im Zeichen der neuen nationalen, englandfeindlichen Bewegung.

Heerwesen. Vor der russischen Revolution hatte Persien zwei Brigaden „Kosaken", d. h. nach russischem Muster unter russischen Offizieren ausgebildete persische Mannschaften. 1919 wurden beide Brigaden zur „Kosakendivision" vereinigt, mit 56 russischen Offizieren, 202 persischen Offizieren und 7856 Mann Gesamtbestand. Die englische Politik hat diese Kosakenformationen (Kommandeur Oberst Starosselsky) 1921 zum Zusammenbruch gebracht. Die Truppen-

bestände sind dann durch die persische Regierung reorganisiert worden. In Südpersien bestand ferner die Formation der „South Persian Rifles", als Instrument der britischen Politik mit (Ende 1920) zwei Brigaden, 47 britischen Offizieren, 190 persischen Offizieren, 5400 Mann Gesamtbestand. Ein Teil der von schwedischen Offizieren organisierten Gendarmerie war in dieser Truppe aufgegangen. Nach der Aufhebung des englisch-persischen Protektoratsabkommens von 1919 ist sie aufgelöst worden, Persien hat sich geweigert, die Bestände zu übernehmen, England andererseits hat sich geweigert, die Waffen und das Material der Truppe an die persische Regierung auszuhändigen. Eine wirkliche Armee hat Persien nicht; das englisch-persische Abkommen sah die Bildung einer solchen durch Verschmelzung aller vorhandenen Truppen, unter Erhöhung des Bestandes auf 43 000 Mann, unter britischen Offizieren (zunächst für 4 Jahre) vor, doch ist dieser Reorganisationsplan zugleich mit dem Protektoratsabkommen hinfällig geworden.

Wirtschaftliche Verhältnisse. Das warmgemäßigte bis subtropische Klima Persiens bringt, meistens mit Hilfe künstlicher Bewässerung, in den fruchtbaren Strichen eine Fülle wertvoller Bodenprodukte hervor. Hauptartikel des Landes sind: Getreide, Reis, Früchte, Gummi, Wolle, Baumwolle, Seide, Teppiche. Der Mineralreichtum ist bedeutend, aber unentwickelt. Blei-, Eisen- und Kupfererze. Kohle und Eisen, Salz, Manganerz. Von großer Wichtigkeit ist der Reichtum an Naphtha in der Region des Persischen Golfs (Anglo-Persian Oil Cy.). Ein reicher Erdöldistrikt auch an der Südostküste des Kaspischen Meeres.

Handel. Von dem nicht durchgeführten anglo-persischen Abkommen von 1919 ist als positive Maßregel eine bedeutende Erhöhung des Zolltarifs seit 1920 in Kraft getreten und hat den persischen Staatseinnahmen eine etwas bessere Grundlage gegeben.

Außenhandel in Millionen engl. Pfund:

	Export	Import
1913/14	8,3	11,8
1914/15	6,6	8,3
1915/16	6,8	7,7
1916/17	12,8	14,6
1917/18	11,3	15.6
1918/19	9,5	17

Hauptausfuhrartikel damals: Petroleum, Opium, Früchte, Tiere, Teppiche, Baumwolle, Wolle. Hauptländer des Außenhandels: Britisches Reich, Rußland, Türkei.

Eisenbahnwesen unentwickelt. Im Süden kurze englische Linien ans Meer und nach Indien. Der Fluß kaum im Erdölgebiet eine Strecke schiffbar.

Geldwesen: Praktisch besteht Silberwährung, die Münzeinheit ist das „Kran", das im Jahre 1874 im Wert 1 Franc gleichkam. Es besteht eine persische Staatsbank. Die frühere russische Bank ist durch Vereinbarung mit der Sowjetregierung an Persien gefallen.

Finanzen: Im Budgetjahr 1911/12 betrugen die Einnahmen 2 042 850 Pfund Sterling, die Ausgaben 1 608 000 Pfund Sterling. Fast


DER NAHE ORIENT
RUSSLAND
SCHWARZES MEER
GEORGIE
KLEIN-ASIEN (TÜRKEI)
ARMENIEN
Baku
AZERBAIJAN
CHINES. TURKESTAN
Mittell-Meer
SYRIEN
MESOPOTAMIEN
PERSIEN
AFGHANISTAN
Amritsar
PALÄSTINA
Sues
EGYPT.
ARABIEN
Persischer G.
INDIEN
ENGLISCHE BESTZ. U. MANDATE



die gesamte Steuerlast ruht auf den arbeitenden Klassen. Die Zolleinnahmen betrugen in den Jahren 1918/19: 1 074 140 Pfund Sterling (seit 1920 bedeutend erhöht).

Uebersicht der ausländischen Anleihen: Es bestanden russische Anleihen im Betrage von ungefähr 60 Millionen Goldrubel, welche die Sowjetregierung erlassen hat. Ferner Anleihen von England ungefähr 5—6 Millionen engl. Pfund.

Chronik der politischen Ereignisse.

Zu Ausgang des Weltkrieges war Persien fast ganz von englischen Truppen besetzt, ein persiches Kabinett nach dem andern war der britischen Politik vollkommen gefügig. Auf der Pariser Friedenskonferenz wurde die persische Delegation nicht empfangen.

9. 8. 1919: England schließt durch Sir Percy Cox in Teheran mit dem Premierminister Wussuq-ed-Dauleh das berüchtigt gewordene Protektoratsabkommen ab.

20. 1. 1920: Russische Besetzung von Krassnowodsk.

Anfang 1920: Meldungen von „demokratischen", später „bolschewistisch" genannten Unruhen in Nordpersien.

April 1920: wurde die Bewegung in der Provinz Täbris ausgesprochen revolutionär. Die Engländer entfalten auf Grund des Protektoratsvertrags eine fieberhafte Tätigkeit der „friedlichen Durchdringung" (Erpressung von großen Konzessionen für Eisenbahn- und Bahnbauten, britischen Offizieren etc.). Allgemeiner england-feind- versuchte Reorganisation des persischen Heeres unter licher Stimmungsumschwung.

4. 4. 1920: Niederlage der Denikin'schen Kaspiflotte durch das Torpedoboot „Karl Liebknecht".

28. 4. 1920: Besetzung des bis dahin englisch okkupierten Baku durch Rote Truppen.

11. 5. 1920: sowjetrussische Besetzung von Lenkoran und Astara. Ueberschreitung der persischen Grenze, mit der Forderung nach Räumung Persiens durch die englischen Truppen. Ein Teil der persischen Presse tritt bereits für Rußland ein.

18. 5. 1920: Beschießung von Enzeli am Kaspi durch russische Schiffe; Auslieferung der Denikinflotte, Rote Truppenlandung bei Rescht.

20. 5. 1920: Klassische Erklärung Bonar Law's: „England hat keinerlei Verpflichtung, Persien zu schützen!"

21. 6. 1920: Demission des england-freundlichen Kabinetts Wussuq-el-Dauleh aus Finanznot. — Der schon während des ganzen Weltkrieges im Kampf gegen England stehende nationalistisch-revolutionäre Führer Mirza Kütschük Khan geht mit der inzwischen (10. 5. 20) in Rescht ausgerufenen „Roten Provisorischen Regierung" (pers. und tartarische Arbeiter aus Baku) zusammen; durch die Bildung dieser selbständigen Regierung verändert sich der ganze Charakter des sowjetrussischen Vordringens und der Neutralitätsfrage für Rußland.

Der Völkerbund erklärt Mitte Juni 1920 seine vollkommene Impotenz in der persischen Frage. Tschitscherin regt die Entsendung einer persischen Sonderkommission nach Moskau an.

21. 6. 1920: Neues endgültig gebildetes Kabinett Muschir-el-Dauleh bringt einen ungewohnt frischen, nationalen Zug ins Leben des Landes.

15. 7. 1920: setzt die persische Regierung das englisch-persische Protektoratsabkommen außer Wirkung und verzichtet trotz Finanznot auf die englische Anleihe von 2 Millionen Pfund Sterling. Drei Tage darauf verläßt die britische Militärmission Teheran und demissioniert der britische Finanzratgeber Hart.

17. 8. 1920: Erster Zusammenstoß der bis dahin ängstlich untätigen britischen Truppen in Nordpersien mit Roten Truppen bei Ismailabad.

Ende August bis Oktober: wechselnde Kämpfe zwischen persischen Truppen und Roten Truppen um Rescht und Enzeli. Kein weiteres Vordringen bolschewistischer Truppen auf persisches Gebiet, weil der Zweck: — Sicherung von Baku (dort 2. 10. 1921 Revolutionärer Kongreß der Völker des Ostens eröffnet), Druck auf England und auf die bisher england-freundliche persische Regierung — erreicht ist.

31. 10. 1920: Schließung der Bazare in Teheran und polizeiliche Unterdrückung anti-englischer Demonstrationen. Drohung Englands mit Zurückziehung der englischen Truppen, die persische Regierung angesichts der nordpersischen Gefahr schutzlos lassend, falls nicht binnen Monatsfrist der Medjliss (Parlament) einberufen wird und das englisch-persische Abkommen vom 9. 8. 1919 und eine vorläufige persische Streitmacht unter britischen Offizieren ratifiziert wird. (Ultimatum Englands an Persien 24. 11. 1920.) In krassem Gegensatz zu den Unterhauserklärungen Bonar Laws vom 20. 5. 1920 bietet Lord Curzon in seiner Rede im Oberhaus 16. 11. 1920 englische Truppenhilfe an Persien (gegen Rußland!) für den Fall der Ratifizierung des Protektoratsvertrages an.

16. 12. 1920: Bereitschaft Sowjetrußlands zu einer rein freundschaftlichen Verzicht- und Bündnispolitik gegenüber Persien, unter der einzigen Bedingung gleichzeitiger englischer Räumung des Landes.

30. 12. 1920: kündigt Lenin auf dem 8. Sowjetkongreß eine „Entente-cordiale" mit Persien an.

24. 2. 1921: Offizieller Abschluß des russisch-persischen Abkommens. Neues Kabinett mit Seyid-Zia-ed-Din als Premier- und Oberst Reza Khan als Kriegsminister. Politik der nationalen Reformen im Innern, freundschaftliche Beziehungen nach außen, auch mit England. Aber dies nur unter

	der Voraussetzung, daß das englisch-persische Abkommen ein für allemal begraben sei.
Ende April 1921:	Eintreffen des sowjetrussischen Vertreters Rothstein in Teheran.
16. 5. 1921:	Regierung entzieht der „Persian Roads & Transport Cy." (Lynch-Concern) alle Konzessionen.
26. 5. 1921:	Reza Khan, starker Vertreter der rein nationalen Politik, übernimmt die Regierung.
2. 6. 1921:	Britische militärische Räumung Nordpersiens offiziell für beendigt erklärt.
8. 7. 1921:	nimmt eine Proklamation der Mehrheit der Parlamentsmitglieder in schärfster Weise gegen die englische Politik Stellung.
26. 7. 1921:	stellt Lord Curzon im Oberhaus äußerst pessimistische Betrachtungen über die Zukunft Persiens an.
14. 9. 1921:	Wechsel in der britischen Vertretung in Teheran („fällt zusammen mit dem Verschwinden des englischen Einflusses in Persien durch die Hintertür", nach „Morning Post").
25. 6. 1921:	wird dem Medjliss der Entwurf eines diplomatischen Vertrages mit Afghanistan vorgelegt und kurz darauf unterzeichnet.
29. 7. 1921:	kommt eine kemalistische Delegation in Rescht an.

Peru.

Die Republik Peru ist der Kern des ehemaligen Inkareiches. Ausdehnung: 1 382 832 Quadratkilometer. Einwohner (1876 letzte Zählung) 2 487 916; darunter 13,8 Prozent Weiße, 1,9 Prozent Neger, 57,6 Prozent Indianer, 24,8 Prozent Mischlinge, 1,9 Prozent Asiaten, hauptsächlich Chinesen. 1908 wurde die Einwohnerzahl auf 4 500 000 geschätzt; 1919 auf 7 300 000. Zwei Drittel der Einwohner sind Analphabeten. — 19 Departements und drei Provinzen; Hauptstadt Lima mit 175 000 Einwohnern (geschätzt 1919). 1821 Unabhängigkeitserklärung. Seit 1824 praktisch unabhängig von Spanien. Gesetzgebende Gewalt: Senat und Abgeordnetenhaus, gewählt auf fünf Jahre durch direkte Stimmabgabe. Die ausführende Gewalt liegt beim Präsidenten, in direkter Wahl gewählt.

W i r t s c h a f t, L a n d w i r t s c h a f t. Hauptprodukt: Rohrzucker. Der Krieg hat die Zuckerproduktion außerordentlich begünstigt. Sie stieg von 1913/14 bis 1918/19 von 223 369 Tonnen auf 294 500 Tonnen auf 330 000 1919/20, auf 350 000 1920/21, 325 000 1921/22. Bei der Zuckerproduktion waren im Jahre 1918 23 456 Arbeiter beschäftigt.

Die Produktion von Baumwolle betrug 1918/19 33 558 Tonnen, 1919/20 35 500, 1920/21 34 000 Tonnen, Kautschuk im Südosturwald 1180 Tonnen. Die Kaffeeproduktion ist auch von Bedeutung: 1919/20

42 600, 1920/21 35 000 Tonnen. Ein Hindernis für die Ausnutzung der reichen Bodenschätze ist die geringe Dichtigkeit der Bevölkerung und der zurückgebliebene Kulturstand ihres größeren Teils. Die fruchtbarsten Gebiete, die von den Höhen der Cordilleren zum Amazonastrom sich erstreckenden Waldgebiete, sind so gut wie ganz unerschlossen.

Die Weizenernte betrug 1918/19 62 115 Tonnen 1919/20 71 483, 1920/21 72 000 Tonnen, die Reisernte betrug 1916/17 59 581, 1917/18 64 629, 1918/19 63 790 Tonnen. Die Ernteerträge reichen nicht aus, um den heimischen Bedarf zu decken. Die Zahl der Reismühlen beträgt 20. Außerdem wird Tabak, Wein, Oliven und Mais produziert. Seit 1909 hat die Regierung ein Herstellungs- und Vertriebsmonopol für Tabak. Versuche mit Seidenkulturen werden in den Küstengebieten gemacht. Die Unentwickeltheit der landwirtschaftlichen Produktion hat zur Folge, daß Peru vorwiegend ein Land der Mineralgewinnung ist. Die Bergbauproduktion betrug:

	Kupfer Tonnen	Petroleum Tonnen	Silber kg	Gold kg	Kohle Tonnen	Salz Tonnen
1918	44 144	335 002	304 253	1 793	342 322	26 663
1919	39 230	348 640	305 407	2 029	344 260	27 724

Außenhandel. Durch den Krieg haben Produktion und Außenhandel Perus einen großen Aufschwung erfahren. In Millionen Pfund Sterling:

	1911	1916	1917	1918	1919	1920
Einfuhr . .	7,4	16,5	18,6	19,9	26,9	35,3
Ausfuhr . .	5,4	8,7	13,5	9.7	12,2	17,9

Die Einfuhr besteht aus Weizen und industriellen Rohstoffen: Holz, Kohle, Industrieöle, Säcke. Ausfuhr: Zucker, Baumwolle, Kupfer, Petroleum, Wolle. Hauptlieferanten und Hauptabnehmer sind die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Chile.

Verkehrswesen. Das Schienennetz ist noch sehr unentwickelt. Gesamtlänge 1918 1900 km. Die Eisenbahn ist ganz in den Händen ausländischer Gesellschaften, die den Staat mit Geld entschädigt haben.

Staatsfinanzen. Die Einziehung der Staatseinnahmen, die ausschließlich aus indirekten Abgaben und Monopolen bestehen, liegt in den Händen privater Gesellschaften. Indirekte Steuern werden erhoben auf Alkohol, Tabak, Stempelpapiere, Eigentumsübertragung. — Die gesamte Schuld am 30. Juli 1921 war 6 Millionen Pfund Sterling. Die Einnahmen 1919 6,1, die Ausgaben 5,7 Millionen Pfund Sterling.

Ueber die Arbeiterbewegung haben wir keine Nachrichten.

Polen.

Die Entstehung der Kommunistischen Partei Polens.

Die Kommunistische Arbeiterpartei Polens ging aus dem Vereinigungsprozeß (16. Dezember 1918) zweier Parteien hervor: der „Sozialdemokratie Russisch-Polens und Litauens" und der „Linken der Polnischen Sozialistischen Partei", die beide in Kongreß-Polen wirkten. Während also in anderen Ländern der Prozeß der Entstehung kommunistischer Parteien sich in der Form von Spaltungen innerhalb der alten sozialdemokratischen Parteien vollzog und noch weiter vollzieht, war der Werdegang der Kommunistischen Partei Polens ein umgekehrter: Vereinigung statt Spaltung. Um dies zu erklären, genügt es, darauf hinzuweisen, daß die historisch notwendigen Spaltungen, die während des Krieges und nach dem Kriege zur Bildung der meisten westeuropäischen kommunistischen Parteien führten, sich in Polen bereits früher vollzogen hatten, und zwar auf dem gleichen Boden des Kampfes gegen den Nationalismus in der Arbeiterbewegung gegen den Sozialpatriotismus (das Wort ist 1894 von Rosa Luxemburg geprägt worden). Für die „Sozialdemokratie Russisch-Polens" war seit ihrer Entstehung im Jahre 1893 die Auseinandersetzung mit den nationalen Traditionen in der polnischen Arbeiterbewegung die Hauptaufgabe. Aber schon im Jahre 1905 wurde die Mehrzahl der Arbeiter, die in der sozialpatriotischen P. P. S. (Polnischen Sozialistischen Partei) organisiert waren oder unter ihrem Einfluß standen, von dem mächtigen Strom der ersten russischen Revolution mitgerissen und geriet in Gegensatz zu ihren kleinbürgerlichnationalistischen Führern, die gegen die revolutionäre Kampfgemeinschaft der polnischen und russischen Arbeiter auftraten. Dieser Gegensatz führte zur Spaltung und zur Gründung der Linken der P. P. S. als selbstständiger Partei im Jahre 1906, die im Prozeß des Kampfes mit der Rechten der P. P. S. ihren scharf antinationalistischen Charakter immer mehr herausarbeitete und betonte. So gelangte sie unter Führung von Walecki, Koszutska, Felix Kon und Lapinski in der Hauptfrage des polnischen Sozialismus — in der Frage seiner Stellung zum Nationalismus — zu derselben Praxis und zu derselben theore-

tischen Erkenntnis, wie sie Rosa Luxemburg in ihren (auch in deutscher Sprache 1896—97 erschienenen) Arbeiten für die polnische Sozialdemokratie formulierte. Genosse Trotzki hat schon 1909 in einem Artikel in der theoretischen Zeitschrift der Sozialdemokratie Russisch-Polens (in der „Sozialdemokratischen Revue") die Vereinigung beider Parteien empfohlen. Die polnische Sozialdemokratie aber hielt die damalige Zeit der wütenden Gegenrevolution im zaristischen Rußland und der äußersten Abschwächung der Arbeiterbewegung nicht für geeignet, um an die Frage praktisch heranzutreten. Bei dem Scheinleben, das die Arbeiterparteien damals in Kongreßpolen führten, wäre es höchstens zur Vereinigung der Führer gekommen, ohne das Bewußtsein der breiten Mitgliedschaft beider Parteien, die durch Kerker, Verbannung und Regierungsterror vom Parteileben entfernt wurden, zu befruchten und sie zu tätigen Verfechtern des Einigkeitsgedankens zu machen. Während die Linke der P. P. S. trotz mancher Differenzen in taktischen Fragen die Parole der Vereinigung sofort nach ihrer Konstituierung aufstellte und an ihr festhielt, erachteten die Führer der Sozialdemokratie vielmehr die Vertiefung der taktischen Gegensätze als notwendig. Dies erschien um so gebotener, als der Drang der linken P. P. S. — die auf dem Boden der Einheit der russischen Revolution ihre Spaltung von der Rechten vollzogen hatte —, engere Fühlung mit der russischen Sozialdemokratie zu nehmen, zu einer Annäherung an die Menschewiki und an die Trotzki-Gruppe führte, während die polnische Sozialdemokratie in den wichtigsten taktischen Fragen mit den Bolschewiki Hand in Hand ging, gleichzeitig aber gegen deren Organisationsmethoden Stellung nahm.

Als aber 1912/13 in Rußland und auch in Russisch-Polen die neue revolutionäre Welle einsetzte, erhielt die Frage der Vereinigung eine praktische Bedeutung. Im gemeinsamen Strom der immer mächtiger auflebenden revolutionären Bewegung milderten sich die Gegensätze zwischen beiden Parteien beträchtlich. In Fragen der internationalen Arbeiterbewegung gab es nie Meinungsverschiedenheiten zwischen ihnen, und auf allen Kongressen der II. Internationale seit 1907 vertraten beide Parteien einmütig die Taktik des revolutionären Marxismus. So beschlossen im Frühjahr 1914 Rosa Luxemburg, Leo Jogiches, Julius Marchlewski, ich und ein paar andere Genossen, die Frage der Einigung auf die Tagesordnung der „Sozial-

demokratie Russisch-Polens" zu stellen, und in einem öffentlichen Aufruf forderten wir die Parteimitgliedschaft auf, zu dieser Frage Stellung zu nehmen, wobei wir fest entschlossen waren, auf die Antwort in bejahendem Sinne hinzuwirken. Dazu kam noch, daß wir 1911 eine Spaltung in der Sozialdemokratie Polens selbst erlebten, deren Grund keine taktischen Differenzen, sondern Organisations- und Personenstreit bildete. Mit der Ablenkung der Aufmerksamkeit der gespaltenen Partei von Personenfragen zu den taktischen Fragen der Vereinigung mit der Linken der P. P. S. hofften wir zugleich die Spaltung in den eigenen Reihen zu überwinden.

Es mag dahingestellt bleiben, ob diese historisch notwendige Vereinigung der alten Sozialdemokratie mit der linken P. P. S. nicht schon um mehrere Jahre früher zum Nutzen der revolutionären Arbeiterbewegung in Polen durchgeführt werden konnte.

Das beginnende Werk der organisatorischen Einigung wurde zuerst durch den Weltkrieg unterbrochen, obwohl vom Ausbruch des Krieges an, schon im August 1914, beide Parteien in gemeinsamen Kundgebungen die gleiche Haltung eingenommen hatten. Es kamen die wechselnden deutschen und österreichischen Okkupationen, die die Partei territorial zerrissen, die Genossen zerstreuten. Jetzt aber, in der Epoche des Imperialismus und der sich vorbereitenden Weltrevolution, wurde die Frage der Stellung zum Nationalismus, die in Polen die Hauptfrage der Arbeiterbewegung war, zur Kardinalfrage des internationalen Sozialismus überhaupt, zum Prüfstein des Klassenkampfcharakters jeder Arbeiterpartei in jedem Lande. Während die Rechte der P. P. S., die Partei Pilsudskis und Daszynskis, sich zum gemeinen Werkzeug eines Conrad von Hötzendorf und Ludendorff erniedrigte und zum Spielball des deutschen Imperialismus wurde, haben beide Parteien, sowohl die Sozialdemokratie Russisch-Polens als auch die Linke der P. P. S., in schärfster Weise die Verlockungen der imperialistischen Lager zurückgewiesen, auch die Heuchelei der deutschen Scheidemänner-Partei, die den kaiserlich-deutschen Bajonetten die Mission der Befreiung Polens andichtete.

Und was noch entscheidender war: als die Kunde von dem Ausbruch der Oktoberrevolution und der Machtergreifung durch die Russische Kommunistische Partei kam, waren die beiden Parteien für die russische und für die Weltrevolution.

War und ist in Polen auf Grund seiner historischen Bedingungen der Nationalismus in der Arbeiterbewegung mehr als irgendwo der spezifische Ausdruck des Opportunismus, der nationalen Klassengemeinschaft, so bedeutete die Stellung gegen den Nationalismus von vornherein den revolutionären Klassenkampf. Es war kein Zufall, daß der Ausgangspunkt der revolutionären Geistesentwicklung einer Rosa Luxemburg der Kampf gegen den Nationalismus in Polen war und daß die unter ihrer geistigen Führung entstandene polnische Sozialdemokratie zur Partei der sozialen Revolution wurde. Es war aber auch die eherne Logik, die die Linke der P. P. S. in derselben Richtung trieb, seitdem sie der Rechten der P. P. S. den Rücken gekehrt und den Kampf gegen den polnischen Nationalismus aufnahm. Als die Linke der P. P. S. entstand, war es für Rosa Luxemburg, Leo Jogiches und andere führende polnische Genossen kein Zweifel, daß es zur Vereinigung kommen mußte, es war nur eine Frage der Zeit.

So kam es während des Weltkrieges und nach dem Ausbruch der Oktoberrevolution zur Vereinigung der Geister, und so mußte es auch bald zur organisatorischen Einigung kommen.

Im Jahre 1916 vereinigten sich die 1911 gespaltenen Teile der Sozialdemokratie Kongreßpolens wieder. Im Dezember 1918 vollzog sich die Verschmelzung der Sozialdemokratie und der Linken der P. P. S. zu einer Kommunistischen Partei.

Große Aufgaben und schwere Zeiten harrten der Partei. Es galt, dem kriegerischen Imperialismus des neu errichteten polnischen Staates die Stirn zu bieten, es galt, die Arbeitermassen dem Einfluß der staatsaufbauenden, sozialpatriotischen Regierungspartei und anderer nationalistischer Organisationen zu entreißen, den Sieg der politischen Revolution vorzubereiten. Dreieinhalb Jahre währt schon dieser Kampf, der uns neben schweren Niederlagen auch große Erfolge brachte. Die Mehrheit des politisch aktiven polnischen Proletariats steht schon heute unter unserem Banner.

Die Partei hat sich ihrer schweren und verantwortungsvollen Aufgabe im großen und ganzen als gewachsen erwiesen. Wenn in ihren Reihen in bezug auf manche taktische Frage Schwankungen oder Meinungsdifferenzen entstanden, die den Strömungen innerhalb der Kommunistischen Internationale entsprachen, so hatten sie mit den alten Teilungen nichts gemein.

Die durch den ganzen historischen Werdegang aufs gründlichste vorbereitete Verschmelzung der alten Organisationen hat dem revolutionären polnischen Proletariat in seiner kommunistischen Partei eine Bannerträgerin gegeben. *A. Warski.*

Die ehemalige Republik Polens wurde 1772, 1792 und 1795 unter die drei benachbarten Großmächte Rußland, Preußen und Oesterreich geteilt. Von dem ganzen Gebiet, welches im Moment der ersten Teilung 753 000 Quadratkilometer betrug, kamen an Rußland 592 682 Quadratkilometer, an Preußen 106 496 Quadratkilometer, an Oesterreich 80 719 Quadratkilometer.

Der jetzige polnische Staat, die „Polnische Republik" entstand Ende 1918 nach dem Rückzug der deutsch-österreichischen Okkupationstruppen. Kongreßpolen, Galizien, die Provinz Posen und Westpreußen bildeten den Kern des neuen Staates, aber seine endgültigen Grenzen wurden erst im Laufe der nächsten drei Jahre fixiert. Und zwar bestätigte im Jahre 1919 der Versailler Friedensvertrag die Entstehung des neuen Staates und sprach ihm das ehemalige deutsche Gebiet endgültig zu. Der Botschafterrat bestimmte am 20. Juni 1920 die Grenze Polens im Teschener Gebiet und entschied am 20. Oktober 1921 über die Zugehörigkeit eines Teiles Oberschlesiens zum polnischen Staate. Der Rigaer Vertrag vom 18. März 1921 hat einen Teil von Weißrußland und Wolhynien an Polen angegliedert, der Sejmbeschluß vom 24. März 1922 hat die Vereinigung des Wilnalandes mit Polen bestimmt.

Die stufenweise Zusammenschweißung des zerstückelten Landes, sowie die frühere Zugehörigkeit seiner verschiedenen Teile zu verschiedenen Staatsorganismen erschwert jede statistische Zusammenstellung.

Größe. 369 558 Quadratkilometer (einschl. Oberschlesien und Wilnaland 386 272).

Bevölkerung. Volkszählung vom 30. September 1921 25 406 103 einschl. Oberschlesien und Wilnaland 27 160 100). 1911 27 357 923.

Für frühere Zeitperioden gibt es nur Angaben für die einzelnen Landesteile. (Millionen):

Kongreß-Polen	Galizien	Posener Gebiet	Wilnaland	Polnisch-Oberschlesien
1870— 5,9	1869—5,4	1880—1,8	1921—0,6	1921—1,0
1880— 6,5	1880—6,0	1890—1,8		
1890— 8,3	1888—6,4	1910—2,1		
1905—11,3	1898—7,2	1917—2,0		
1909—11,9	1910—8,0	1921—2,0		
1912—12,8	1921—7,5			
1921—11,2				

Die Ziffern der früheren Statistik sind besonders für das russische Gebiet zu hoch gegriffen, so daß die jetzige Volkszählung eine Verminderung der Bevölkerungszahl um 1 957 820 Personen angibt, was die Kriegsverluste allein keinesfalls erklären können.

Die Auswanderung war vor dem Kriege sehr stark.

	Ständige Auswanderung (Jahresdurchschnitt)	Saisonauswanderung
Kongresspolen 1890—1905	zirka 10 000	
,, 1908—1912	35 000	
,, 1908		268 446
,, 1912		360 142
Galizien 1890—1910	42 800	zirka 200 000
Posen 1840—1910	12 540	
Westpreussen 1840—1910	8 614	

(Nach dem statistischen Jahrbuch von Römer und Grabski.)

Die amerikanische offizielle Statistik der Einwanderung gibt folgende Daten:

In Amerika angekommen	1905	1910	1911	1912	1913
Polen	102 437	128 348	71 447	85 165	174 365
Juden	129 910	84 260	91 223	80 595	101 330
Litauen	18 604	22 714	17 027	14 078	24 647

Eine neue, die Kriegs- und Nachkriegsjahre umfassende Statistik der Ein- und Auswanderung gibt es nicht. Die Anzahl der Auswanderer bei den Auswanderungsämtern Meldenden betrug im Jahre 1921 109 001.

Nationalität, Sprache und Religion. Die Mehrheit der Bevölkerung bilden die Polen, die geschlossen im Königreich Polen und Westgalizien wohnen, andere Provinzen haben eine gemischte Bevölkerung. Die herrschende Religion ist die römisch-katholische.

Religion und Nationalität (in Prozenten):

	Jahr	röm. lat.	orthod.	evang.	jüd.	Polen	Russ.	Deutsch	Juden
Königr. Polen.	1913	76	4	5	15	72	5	5	15
Galizien	1910	47	42	—	11	59		1	40
Westpreussen	1910	54	(gr. kat.)	46		35,2		64	
Prov. Posen	1910	68		31	1	61		38	
Posen	1921					82,1			
Westpreussen	1921					74,1			

Regierungsform und Wahlrecht. Laut Verfassung vom 17. März 1921 Republik. Die gesetzgebende Gewalt gehört dem Landtag (Sejm) und dem Senat, die ausführende liegt in den Händen des Präsidenten und der verantwortlichen Minister. Der Präsident wird auf 7 Jahre vom vereinigten Sejm und Senat durch absolute Stimmenmehrheit gewählt.

Der Landtag und Senat werden auf 5 Jahre durch allgemeine, geheime, direkte, gleiche und proportionelle Wahlen gewählt.

Die Staatsverfassung verbürgt die Presse-, Versammlungs-, Koalitions-, sowie die anderen bürgerlichen Freiheiten; jedoch, auch nach der im Frühling 1921 erfolgten Aufhebung des von der Regierung Moraczewski eingeführten Ausnahmezustandes, der über 2 Jahre lang auf dem Lande lastete, bleibt die Mehrzahl dieser Freiheiten für die linksorientierten Arbeitergruppen durchaus fiktiv. Die admini-

strativen Behörden üben eine unbeschränkte Gewalt aus. Die Pressevergehen und die Zugehörigkeit zur Kommunistischen Partei werden nach den berüchtigten §§ 102 und 126 der alten zaristischen Gesetzgebung und nach österreichischer und preußischer Kriminalgesetzgebung beurteilt und mit mehreren Jahren Zuchthaus bestraft.

Bürgerliche und Arbeiter-Parteien. Der jetzt tagende Sejm umfaßt eine große Anzahl von Parteien und Parteigrüppchen.

Die Rechte des Sejms bilden folgende Parteien: der Nationale Volksverband (Nationaldemokraten), 78 Abgeordnete, der die Interessen der reaktionären Großbourgeoisie, besonders aber die der Großgrundbesitzer vertritt; die dem Obengenannten nahestehende Nationale Christliche Partei von Dubanowitsch, 22 Abgeordnete und die Nationale Christliche Arbeiter-Partei, 28 Abgeordnete, die die rückständigen, von Pfaffen geleiteten Arbeiterschichten und Kleinbürger umfaßt. In der äußeren Politik sind diese Parteien, der Tradition des alten nationaldemokratischen Führers Dmowski treu, für eine vollständige Anlehnung an Frankreich und scharf gegen Deutschland orientiert. In der inneren Politik vertreten sie die schlimmste Reaktion und bekämpfen besonders als ihren unmittelbaren Gegner das Staatsoberhaupt Pilsudski, in dem sie die Verkörperung des bürgerlichen Radikalismus sehen, der noch dazu mit austrophilen Remineszenzen und unberechenbaren abenteuerlichen Neigungen behaftet ist.

Das Zentrum bildet hauptsächlich die nationale Volksvereinigung (Skulski's Partei) mit 42 Abgeordneten und mehrere kleine Grüppchen, die in ihrer schwankenden Politik die Stimmungen der Mittelschichten des städtischen Bürgertums wiederspiegeln. Sie sind der unentbehrliche Bestandteil jeder Regierung, die durch die Rechtsparteien oder die Linksparteien gebildet wird, und pendeln stets zwischen beiden. Die stärkste Partei des Landtages, die Großbauernpartei „Piast", geführt von Witos, die 85 Abgeordnete zählt, gehört zum linken Zentrum des Hauses. Sie verfolgt die selbstsüchtigen Gruppeninteressen der wohlhabenden Bauernschichten, die ihren ausgeprägtesten Ausdruck in dem Agrarreformgesetz von 1919 und 1920 und in dem hartnäckigen Kampf für die unbeschränkte Spekulationsfreiheit und in ihrer ausgesprochenen Arbeiterfeindlichkeit gefunden haben. Obwohl keineswegs zu einem konsequenten und entschiedenen Kampf gegen die Rechtsparteien geneigt, unterstützt sie doch im allgemeinen Pilsudski

insofern, als sie das Zustandekommen einer reinen Großgrundbesitzerherrschaft befürchtet.

Auf den linken Bänken sitzen zwei kleine Bauernparteien: „Wyzlowenie" („Erlösung"), 23 Abgeordnete, und die Stapinski-Partei, 11 Abgeordnete, ferner die Nationale Sozialistische Partei, 33 Abgeordnete. Die beiden obengenannten Bauernparteien, welche die Mittel- und Kleinbauernschichten vertreten, sind stark antiklerikal und oppositionell gesinnt, doch unfähig zu jeder entschiedenen und radikalen sozialen Politik. Die in der Nationalen Arbeiterpartei organisierten Arbeiterschichten lassen sich von der nationalistischen Phrase irreführen und lehnen das Prinzip des Klassenkampfes ab. Die Polnische Sozialistische Partei (P. P. S.) gleicht im allgemeinen den Parteien der II. Internationale, aus der sie aus rein nationalistischen Gründen ausgetreten ist (Haß gegen die deutschen Sozialpatrioten). Die Eigenart der Partei ist ihre bonapartistische Entartung unter dem Einfluß ihres früheren Mitgliedes und Führers Pilsudski, dessen treue Stütze sie auch gegenwärtig bildet.

Die Vertreter der nationalen Minderheiten spielen im Landtage eine unbedeutende Rolle.

Die Kommunisten haben sich an den Wahlen von 1919 nicht beteiligt. Die jetzige kommunistische Fraktion hat sich gebildet durch den Beitritt von Dombal, einem Vertreter der Kleinbauern, und Lancucki, einem früheren Mitglied der P. P. S.

Bei den Wahlen, die im Anfang des Jahres 1919 stattfanden, wurde für die einzelnen Parteien die folgende Stimmenzahl abgegeben:

	Anzahl von Stimm.	Rechtspartei	Nation. Arbeit.-Partei	Polit. Bauernpartei	Linke Bauernpartei	Versch. bürgl.	P. P. S.	Jüd. bürgl.
Kongreßpolen . .	3 828 067	1 931 225	67 285	930 345		31 094	326 707	392 601
	100 %	45 %	1,75 %	24,3 %			8,53 %	10,20 %
Galizien	979 094	158 907		342 532	189 885		174 414	55 092
	100 %	16,23 %		34,99 %	19,39 %		17,81 %	5,63 %
Posen	773 819	496 799	139 286				13 941	

Ostgalizien beteiligte sich nicht an den Wahlen.

Wirtschaftliche Verhältnisse. Bei der Entstehung des Staates waren alle Industrie-Anlagen zerstört, die Maschinenteile durch die Okkupanten requiriert, die Arbeiter zerstreut, die Rohstoffe requiriert und ausgeführt, die Landwirtschaft in Verfall, der Transport ruiniert; alle Hochöfen, alle Metallfabriken im Stillstande; in Lodz, dem polnischen Manchester, keine einzige Textilfabrik in

Betrieb. Ohne irgendwelche normale Einnahmequellen zu haben, führte Polen zwei Jahre ununterbrochen Kriege um die Erweitung seiner Grenzen und, indem es gänzlich auf Kosten seiner imperialistischen Verbündeten lebte, fuhr es fort, seinen Produktionsapparat zu ruinieren und zu desorganisieren. Erst die Kiewer Niederlage war der Ausgangspunkt einer Periode der Ernüchterung und des Verständnisses für die katastrophale wirtschaftliche Lage des Landes, einer Periode des Friedensschlusses und Handelsvertrages mit Nachbarstaaten.

Produktion.

Jahr	in 1000 Tonnen							in 1000 Hektol.	
	Kohle	Eisenerz	Petroleum	Roheisen	Eisen u. Stahl	Walz-Prod.	Zucker-Prod.	Spirit.-Prod.	Brauer.-Prod.
1913	8 900	330	1 071	418	640	467	573,2	2051	3490
1919	6 000	93	831	31,5	16,6	14,9	95	152	1207
1920	6 400	121	765	42,2	70,4	55,1	167,7	247	1740
1921	7 500	239	705	60,5	115,2	140,1	205 ca.	445	—

Zahl der Arbeiter.

Jahr	Hüttenindustrie	Petroleumindustrie	Zuckerindustrie	Spiritusindustrie	Brauereien	Textilindustrie
1913	21 000	8 628	69 000	4 740	9 380	150 000
1919	5 000	10 509	36 000	2 050	2 744	—
1920	10 300	10 705	40 000	2 400	4 150	36 000
1921	13 000	14 071	—	—	—	80 000

Die Jahresleistung eines Kohlengrubenarbeiters beträgt 153,7 Tonnen, vor dem Kriege 275 Tonnen. Jährlicher Kohlenverbrauch für ganz Polen 1913—1921: 21 000 000 Tonnen.

Die Petroleumproduktion sinkt, da die notwendigsten Kapitalzuwendungen ausbleiben.

Von der Besserung der Perspektiven der Metallindustrie zeugt die Gründung von 4 Eisenbahn- und Lokomotivfabriken, denen die Regierung einen Auftrag auf 2970 Lokomotiven, 7800 Personenwaggons und 76 000 Lastwaggons, mit dem Jahre 1932 als endgültige Fertigstellungstermin, erteilt hat.

Die neuen Häuser-Baupläne, für welche städtische Obligationen bis zu 20 Milliarden durch den Staat garantiert werden sollen, lassen ebenfalls eine Hebung der Metallindustrie voraussehen.

Die Textilindustrie ist für Polen von besonderer Wichtigkeit. Eine Gesamtstatistik gibt es außer jener des Verbandes der Textilindustriellen nicht. Der Verband umfaßt fast die gesamte Baumwollindustrie und annähernd die Hälfte der Wollindustrie. Demzufolge haben die Angaben des Verbandes für die Baumwollindustrie eine

absolute, für die Wollindustrie nur eine bedingte Geltung. Die Zahl der tätigen Spindeln bezw. Webstühle betrug:

	Gesamtzahl 1914	In Betrieb 1914	1. 5. 20	1. 1. 21	1. 1. 22	Prozent zu 1914
a) Baumwollindustrie						
Spindeln (feine)	1 251 000	1 553 609	669 465	937 504	1 544 193	99
Spindel-Abfälle	184 000	133 085	67 036	92 952	102 980	75,5
Mechan. Webstühle	35 000	35 116	12 182	17 088	25 269	72
Arbeiter	69 000	63 981	24 170	31 077	48 425	76
b) Wollindustrie						
Spindeln (Kammgarn) . . .	425 600	546 022	108 840	144 542	212 304	39
Spindel- (Streichgarn) . . .	500 000	219 631	79 783	122 239	146 267	66
Mechan. Webstühle	14 000	8 301	993	2 135	2 700	32,3
Handwebstühle.	10 000	1 105	61	302	396	39,2
Arbeiter	62 000	31 511	6 064	11 271	15 336	48,5

Wir sehen, daß die Baumwollspinnerei Anfang 1922 fast das Vorkriegsniveau erreicht hat, während die Wollindustrie stark unter der Hälfte bleibt.

Die momentane Krise, die als Folge der Besserung der polnischen Valuta in der zweiten Hälfte des vorigen Jahres ausbrach, wurde rasch überwunden, und nach der vorübergehenden Stagnation im Herbst folgt im Jahre 1922 ein weiterer Aufschwung besonders der Textilindustrie. Manche Zweige der Baumwollindustrie erreichten unlängst 120 Prozent der Vorkriegsnorm.

Transportwesen.

	Lokomotiven	Personenwagen	Güterwagen	Reparaturdürftige Lokomot.	Pers.-Wag.	Güt.-Wag.
1. 7. 1919	2127	4851	41 000	49%	32%	11%
1. 1. 1920	3250	3251	50 000	42%		
1. 1. 1921	4130	8871	77 000	28%	23%	9,7%

Allgem. Transport	1919	1920	1921
Personen	61 452 700	66 748 800	117 629 800
Waren in Tonnen	11 485 747	16 889 162	28 032 000

Der Außenhandel zeigt die Tendenz zur Besserung. Die Einfuhr von Lebensmitteln vermindert sich und die Ausfuhr der Fertigfabrikate steigt.

	Einfuhr (In 1000 Tonnen) 1919	1920 1. Halbj.	1920 2. Halbj.	1921 1. Halbj.	1921 2. Halbj.	Ausfuhr (in 1000 Tonnen) 1920 1. Halbj.	1920 2. Halbj.	1921 1. Halbj.	1921 2. Halbj.
Nahrungsmitt.	23,9	214 0	192,0	362,0	32,7	114,0	29,0	105,0	58,0
Rohstoffe . .	28,0	1607,0	2305,0	1899,0	1862,5	60,0	289,0	631,0	739,0
davon Kohle .	8,0	1458,0	1151,0	1567,0					
Halbfabrikate	0,9	3,4	4,5	7,3	5,5	3,5	1,4	2,2	14,1
Fertigfabrik. .	24,0	82,0	120,0	300,0	180,4	29,0	92,0	140,0	238,0
Verschiedenes	—	1,3	0,1	1,9	1,5	1,8	0,5	0,2	0,9
Insgesamt		3345,7	3772,6	4137,2	2082,6		413,9	878,4	1050,0

Im Januar des Jahres 1922 hat das Statistische Amt zum erstenmal Daten über den Wert der Ein- und Ausfuhr veröffentlicht. Die Einfuhr beträgt 26 999 Millionen polnischer Mark, die Ausfuhr 9091. Die endgültige Angliederung Oberschlesiens mit seinen Kohlen wird dieses Defizit vermindern.

Gestaltung des Staatshaushaltes. Gesamteinnahmen in den Jahren 1919-20 7 Milliarden polnischer Mark. Gesamtausgaben 75 Milliarden, d. h. die Einnahmen des Staates decken kaum 10 Prozent der Ausgaben.

Der Voranschlag für das Jahr 1921 sah vor: ordentliche und außerordentliche Einnahmen 135,2 Milliarden, Ausgaben 209 Milliarden, Defizit 76 Milliarden. Tatsächlich betrugen die Ausgaben 343,6 Milliarden, die Einnahmen 102 Milliarden, demnach das Defizit 241 Milliarden. Doch die Einnahmen des Staates deckten bereits über 30 Prozent der Ausgaben, von 10 Prozent sind sie auf 31,7 Prozent gestiegen.

Innere Schulden am 31. 12. 1921: 251,2 Milliarden polnische Mark, äußere Schulden 283 389 610 Dollar.

Die Erntestatistik 1920 und 1921 zeigt eine erhebliche Vergrößerung der landwirtschaftlichen Produktion.

	Gesamtbetrag in 1000 To.	Zu- od. Abnahme gegenüb. 1919-20	Verhältnis zur Vorkriegszeit	Verhältnis zur Welternte (auss Rußland) %
Weizen	968,2	+ 48,3	58,4	1,1
Roggen	4247,7	+ 104,3	76,1	20,2
Gerste	1160,6	+ 31,5	78,8	4,6
Hafer	2174,2	+ 9,5	83,3	4,6
Kartoffeln	16 741,5	÷ 15,0	72,0	20,9

Das Organ der Industriellen, „Wirtschaftliche Rundschau", charakterisiert folgendermaßen die Errungenschaften des Jahres 1921: 1. Besserung der Staatsfinanzen, 2. das zur Geltung kommende Bewußtsein der Notwendigkeit des äußeren Friedens, 3. Befreiung von den Fesseln der Zwangswirtschaft, 4. Besserung des Transportes, 5. wirtschaftliche Vereinheitlichung des Landes, 6. Erlangung der Unabhängigkeit vom Auslande in bezug auf die Lebensmittelversorgung.

Polen besitzt manche Standortvorteile und einen noch aus der Vorkriegszeit stammenden industriellen Produktionsapparat ersten Ranges. Nach der Angliederung Oberschlesiens verfügt es über einen großen Reichtum an Bodenschätzen. Die landwirtschaftlichen Erzeugnisse können, bei einer gewissen Hebung der Landwirtschaft, nicht nur die Bedürfnisse des Landes decken, sondern auch Exportwaren liefern. Die nach Osten und dem Balkan geöffneten Wege schaffen günstige Perspektiven für die Industrie; zugleich sichert die große industrielle Reservearmee, verursacht durch die Uebervölkerung des flachen Landes, billige Arbeitskräfte. Es muß daher zugegeben werden, daß Polen sich sehr schnell vom vollständigen ökonomischen Ruin zum jetzigen Zustand durchgerungen hat. Doch bleibt die allgemeine wirtschaftliche Lage Polens auch fernerhin sehr schwer. Und zwar:

1. Polen ist ein durch den Krieg verarmtes Land, auf die Hilfe des ausländischen Kapitals und fremder Mächte angewiesen und zur Annahme sehr schwerer ökonomischer und politischer Bedingungen gezwungen (Monopolstellung Frankreichs in der polnischen Petroleumindustrie, Abgabe der schlesischen Reichtümer an französische und englische Kapitalisten);

2. die Abhängigkeit Polens von seinen imperialistischen Verbündeten und die fortdauernden Schwankungen in der Außenpolitik zwingen zur Unterhaltung einer großen Armee (ungefähr 300 000), was eine übermäßige Last für ein erschöpftes und verarmtes Land bildet;

3. es fehlen an dem Mindestmaß politischen und sozialen Gleichgewichts, welches eine unumgängliche Bedingung des wirtschaftlichen Aufblühens ist.

Der Mangel an Kapital erlaubt der polnischen Industrie nur, auf Auftrag und für Barzahlung zu produzieren, was ständige Sprünge und Schwankungen im Produktionsumfange zur Folge hat. Jede Valutaschwankung übt ebenfalls eine hemmende Wirkung auf die Produktion aus.

Endlich sind die Absatzmöglichkeiten sehr gering (besonders in der Textilindustrie, wo die Erfolge äußerst kurzatmig sind; jeder Erweiterung der Produktion folgt bald eine neue Verringerung). Nach der letzten, drei Monate dauernden Konjunktur Anfang 1922 melden die Zeitungen wieder die Anzeichen einer neuen Stagnation. Die Eroberung des für die polnische Textilindustrie so wichtigen russischen Marktes wird jetzt nicht mehr so leicht zu erreichen sein, wie es vor dem Kriege unter dem Schutz von hohen Zöllen der Fall war. Die polnische Industrie leidet unter der fortwährenden Schwankung der Valuta, die jede Kalkulation unmöglich macht und das Kapital aus der Produktion in die Spekulation treibt.

Der Dollarkurs wies folgende Schwankungen auf:

Juli 1914	17,50	Oktober 1921	6300
Januar 1920	110	Dezember 1921	2950
Juli 1920	142	10. Februar 1922	3240
Januar 1921	620	6. März 1922	4540
Juli 1921	2300	10. März 1922	4000

Die ungelöste Agrarfrage läßt immer neue Verwicklungen erwarten. Die Struktur des Bodenbesitzes in Polen war stets höchst anormal. Bodenverteilung in der Landwirtschaft (in Tausenden):

Bauernbesitz:

	Zahl d. Betr.	Ganze Anbaufläche der Kleinbetriebe	0—2 ha		2—5 ha		5—20 ha		20—100 ha	
			Zahl d. B.	Fl. ha	Zahl d. B.	Fl. ha	Zahl d. B.	Fl. ha	Zahl d. B.	Fl. ha
Kongresspolen 1905	—	6397 (im Jahre 1909 7082)	237	310	432	1687	364	3549	25	851
Galizien 1902	1004	4256	444	660	367	1415	182	1704	11	477
Prov. Posen	274	1368	184	87	26	104	51	657	13	550
Westpreussen	208	1368	138	63	21	85	66	509	13	711

Großgrundbesitz (in 1000 ha):

	öffentlicher Besitz	Privatbesitz
Kongreßpolen 1909	931	4272
Galizien 1902	526	2164
Provinz Posen 1907	251	924
Westpreußen	318	318
	9864	

800 000 Bauernfamilien, die ausschließlich von der Landwirtschaft leben, besitzen durchschnittlich ¾ Hektar Land, während der Großgrundbesitz über 9 Millionen Hektar ausschließlich der Wälder 6 Millionen Hektar zu eigen hat.

Die Unterbindung der Auswanderung und der Abwanderung nach den Städten verschärfte nach dem Kriege die Uebervölkerung des flachen Landes erheblich. Unter dem Drucke der Bauernschaft wurde im Jahre 1919 eine Agrarreform beschlossen, die den Grundsatz der Zwangsenteignung des Großgrundbesitzes einführte und das Maximum des Grundbesitzes auf 160 Hektar, für einige Gebiete auf 900 Hektar festsetzte.

Die Reform, die vor allem den Interessen der Großbauern entspricht, löst durchaus nicht die brennende Frage des landarmen und landlosen Bauerntums. Die durch die Unzufriedenheit der Bauernmassen zu Macht und Einfluß gekommenen Großbauern, die an einer übermäßig raschen Liquidierung des Großgrundbesitzes nicht interessiert sind, haben in Sejm sehr dehnbare Vorschriften für die Enteignungsordnung durchgeführt. Auf diese Weise ist der Boden in den Zustand einer beständigen Mobilisierung gebracht worden. Ueber dem Großgrundbesitz hängt die Drohung der Enteignung. Der parzellierte Boden ist zum Gegenstand unerhörter Spekulationen und erbitterter Kämpfe verschiedener Bauernschichten und der Landarbeiter geworden, denen die Bodenmobilisierung die Arbeitswerkstätte entzieht. So ist das flache Land zum Herde einer unaufhörlichen Gärung geworden. Die Verschärfung der Agrarfrage wirkt hemmend auf die landwirtschaftliche Produktion, und der große Einfluß von Großbauern in der Leitung des Staates macht jede rationelle Steuer- und Wirtschaftspolitik unmöglich.

Die Anbauflächen der einzelnen Kulturen im Jahre 1921, 1920 und dem Durchschnitt von 1911—1913 waren (laut Angaben des Statistischen Amtes):

Jahr	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer	Kartoffeln
1911/13	1 343 678	5 000 439	1 245 733	2 633 295	2 359 444
1920	724 632	2 928 181	786 638	1 666 714	1 643 657
1921	842 616	3 576 440	983 161	1 917 183	1 933 014
	109,3	106,8	116,9	107,2	108,6
	62,7	71,5	78,9	72,2	81,9

Zu betonen ist, daß die diesjährige außerordentlich gute Ernte die Bevölkerung nur bei einer erheblichen Herabminderung der Vorkriegsnorm des Konsums ernähren könnte. Bei Anwendung der Vorkriegsnorm (für Galizien 180 kg pro Kopf jährlich von Weizen und

Roggen) ist ein Mangel an 274 000 Tonnen Getreide zu verzeichnen. Unter solchen Umständen kann weder die Industrie noch die Landwirtschaft zur Quelle großer Einnahmen und zur Gleichgewichtsgrundlage der Staatsfinanzen werden.

Die Steigerung des Banknoten-Umlaufes dauert an und betrug in Milliarden polnischer Mark:

1921		1921	
Januar	55,1	September	152,8
Februar	62,6	Oktober	182,8
März	74,1	November	207,8
April	80,8	Dezember	329,0
Mai	84,6	1922	
Juni	102,7	Januar	239,6
Juli	115,2	Februar	247
August	133,7	März	252

Die Teuerung wächst daher auch unaufhörlich.

1921		1921	
Januar	100	August	215,8
Februar	120,4	September	282,4
März	127,7	Oktober	345,1
April	122,4	November	338,5
Mai	127,2	Dezember	332,1
Juni	143,9	1922	
Juli	182,4	Januar	333,1

Für das Jahr 1922 veröffentlicht das Statistische Amt folgende Angaben:

	Nahrung	Kleidung	Wohnung	Lebenskosten
Januar 1914	1	1	1	1
Januar 1922	736	819	189	460
Februar 1922	752	828	199	480
März 1922	812	967	206	520

Die Entwicklung der Löhne bleibt immer mehr hinter der Preisentwicklung zurück, was zu ständigen Lohnkämpfen führt, in die sogar die im größten Elend lebenden Staatsbeamten mit hineingeschleudert werden. Die Zahl der Arbeitslosen ist sehr schwankend. Amtlich registrierte:

1920		1921	
Januar	222 297	März	54 344
Juli	56 106	Mai	66 345
November	25 888	Dezember	180 000

Der Staat gewährt den Arbeitslosen fast keine Unterstützung. Die Arbeitslosen, die große Anzahl der Rückwanderer (vor allem aus Rußland), ferner die zahlreichen auf dem flachen Lande unbeschäftigten Arbeitskräfte, denen der Ausweg der Emigranten jetzt verschlossen ist, erzeugen eine Gärung im gesamten sozialen Leben.

Reich an vielen natürlichen Gütern und wertvollen Werkstätten, jedoch sklavisch abhängig vom ausländischen Kapital, durch unerbittliche soziale Kämpfe unterminiert, wird Polen in der nächsten Zeit noch viele wirtschaftliche Erschütterungen erleben, deren Endresultat aufs engste mit dem Gang und Tempo der weltwirtschaftlichen Zerrüttung und dem Ergebnis der internationalen revolutionären Kämpfe verknüpft ist.

Die Gewerkschaftsbewegung.

Vor dem Kriege ging die Gewerkschaftsbewegung in jedem der drei Gebiete Polens verschiedene Wege.

In dem am stärksten industrialisierten Kongreßpolen konnten unter dem Terror der zaristischen Regierung bis 1905 die Gewerkschaften überhaupt nicht bestehen. Die ersten Versuche der Bildung gewerkschaftlicher Organisationen im Jahre 1892 wurden rücksichtslos unterdrückt. Erst nach der Revolution errang sich die Gewerkschaftsbewegung, auf dem Wege beständigen Kampfes das Existenzrecht. Die auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Gewerkschaften, anfangs illegal, wurden in den Rahmen des armseligen zaristischen Koalitionsgesetzes eingezwängt. Eng mit der sozialistischen Bewegung und dem politischen Kampfe verbunden, unaufhörlichen Repressalien unterworfen, sind sie ausgesprochen revolutionäre Kampfesorganisationen. Die neben ihnen bestehenden nationaldemokratischen und christlichen Berufsverbände haben ebenfalls einen ausgesprochen politischen Charakter als Organe des Kampfes gegen die sozialistische Ideologie und die Streikbewegung.

In Galizien sind im Gegenteil selbst die auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Gewerkschaften, welche hier seit dem Jahre 1890 bestehen und einen Teil der zentralistischen österreichischen Gewerkschaften bilden, eher Organisationen der gegenseitigen Hilfe. Vom Geiste des Bureaukratismus und Opportunismus durchtränkt, spiegeln sie die Schwäche der Gewerkschaftsbewegung wieder und führen in dieser schwach industrialisierten Provinz ein schwindsüchtiges Dasein.

In Posen war die Lage noch schlimmer. Die auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Gewerkschaften waren hier sehr schwach. Die nationale Unterdrückung begünstigte die Entwicklung der nationalistischen Verbände, welche die sogenannte „Polnische Berufsvereinigung" bildeten.

Während des Krieges und der Okkupationszeit entstanden in Kongreßpolen zwei Zentralen der auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Gewerkschaften, und zwar „Der Rat der Gewerkschaften", der unter dem Einfluß der revolutionären Parteien, der Linken der P. P. S. und der Sozialdemokratie stand, und die sogenannte „Zentral-Kommission", die von der P. P. S. geleitet wurde.

Im Jahre 1919 erfolgte auf Grund der Anerkennung der Arbeiterräte die Vereinigung der beiden Zentralen und dann die stufenweise

Vereinheitlichung und Zentralisierung der Gewerkschaften in allen Teilen Polens. Nach der Vereinigung behielt die oberste Leitung den Namen „Zentral-Kommission", und die örtlichen Kartelle hießen „Räte der Gewerkschaften". Gegenwärtig sind die Gewerkschaften in allen wichtigsten Industriezweigen schon zentralisiert. Neben den zentralen Leitungen, die meistens nach rechts orientiert sind, spielen auch die örtlichen Kartelle, die besser der Stimmung der Arbeiter entsprechen, eine bedeutende Rolle.

Die offizielle oberste Leitung der Gewerkschaften, die Zentralkommission, befindet sich in den Händen der Reformisten. Sie sind unbedingte Anhänger der Amsterdamer Internationale mit einer scharfen Zuspitzung gegen Sowjetrußland (was besonders während des Krieges 1920 zum Ausdruck kam). Ihre Machtposition in den Gewerkschaften haben sich die Reformisten gesichert teils durch die Vereinigung mit den rückständigen Gewerkschaften Galiziens, teils durch die verschiedensten Machenschaften, wie Ernennung von Delegierten zu Gewerkschaftskongressen, Ungültigkeitserklärung radikaler Mandate usw. So haben sie auf dem ersten Kongreß der vereinigten Gewerkschaften (Juli 1920), wo die Zentralkommission gewählt wurde und die Kommunistische Fraktion die Mehrheit der tatsächlich von der Mitgliedschaft delegierten Vertreter umfaßte, die Mehrheit errungen. Dank den genannten Methoden und der Illegalität der K. P. P. ergaben auch die letzten Kongresse der großen Gewerkschaften — Bergarbeiter (Juni), Textilarbeiter (Juli), Eisenbahner (August), Metallarbeiter (Oktober) — reformistische Mehrheiten, die aber durchaus nicht der wirkliche Ausdruck der Meinung der organisierten Arbeiter waren, wie es die Wahlen zu den Krankenkassen bewiesen. (Bei diesen Wahlen hat die Liste der Kommunisten in den größeren Arbeiterzentren die Mehrheit der Stimmen erhalten.)

Den organisatorischen Apparat benutzten die Reformisten, um den kommunistischen Einfluß aus den Gewerkschaften auszuschalten. In den Gewerkschaften tobt ein ständiger erbitterter Kampf. Die Zentralkommission fordert die Verbände zum Ausschluß der Anhänger der Roten Internationale auf. Die rote Richtung ist vollkommen illegal. Die radikalen gewerkschaftlichen Organe werden verboten, die tätigen Genossen verhaftet, die Lokale der radikalen Gewerkschaften durch Haussuchungen geplagt und versiegelt, wobei die Reformisten Hand in Hand mit der Polizei arbeiten.

Es ist schwer, statistische Daten über den Mitgliederbestand der Gewerkschaften zu bringen, da weder die Zentralkommission noch die Regierung genaue Daten besitzen.

	Mitgliederzahl der Klassenverbände (in 1000)					Nationale Verbände			
	Zentralkommission			Eisenbahn.	Jüdische	Kreis-Rat in Kongr.Polen u. Galizien	Poln.Verein. in Oberschl. und Posen	Christliche	Zusammen
	Kong. Polen	Galizien	Preus. Polen						
Bericht des Ministers 1. 11. 1919	293	82		76	91	58	240	36	876
Bericht der Zentralkomm. 31. 12. 1919	210	102	21						
Bericht vom Gewerk.-Sekr.	310	150	27	88	62	90	250	40	1027
Bericht des Minist. 11. 1920		506		93	84	116	320	50	1164 dav. in Klass. Verb. 683

Der Mitgliederbestand einzelner größerer Verbände.

(Bericht vom Gewerkschafts-Sekretariat XI. 1922)

	Metallarbeiter	Textilarbeiter	Berg arbeiter	Eisenbahnarbeiter	Landarbeiter[1])	Bauarbeiter[2])
1919	39 000		44 916	75 000		16 000
Anfang 1920	31 000					
Septb. 1920		18 000			120 000	8 000
1. Jan. 1921		44 000	30 624	91 000		5 000
1. Sept. 1921	17 580	60 000				

Die Gesamtzahl der der Zentralkommission angeschlossenen Gewerkschaften beträgt 35.

Die zweitstärkste Gewerkschaftsorganisation sind die sogenannten „Polnischen" Verbände. Sie werden von der nationalen Arbeiterpartei geleitet und ordnen den Klassenkampf dem „nationalen" Interesse unter. Ihre stärksten Organisationen haben sie im Posenschen, in Pommern und in Lodz unter den Textilarbeitern. In ihren Reihen machte sich eine starke Gärung infolge der Radikalisierung ihrer Mitglieder bemerkbar. Im Jahre 1919 besaßen sie 298 000 Mitglieder, wovon 240 000 auf das ehemals deutsche Gebiet entfallen. Andere Angaben des Arbeitsministers aus dem Jahre 1920 geben ihre Zahl mit 436 000 an.

Die „christlichen" Verbände umfassen die Dienstboten, halbselbständige Handwerker und einen Teil der Landarbeiter. Sie sind in den Händen der katholischen Geistlichkeit und stellen eine

[1]) Jetzt in Zerrüttung infolge der reformistischen Taktik.
[2]) Verminderung wegen Einstellung der öffentlichen Arbeiten.

gelbe Organisation dar. Sie hatten am 1. September 1919 zirka 35 000 Mitglieder, Anfang 1921 zirka 50 000.

Die „jüdischen" Verbände stehen auf dem Boden des Klassenkampfes und werden vom „Bund" geleitet. Sie umfassen hauptsächlich Werkstättenarbeiter. Die Roten führen einen Kampf, um sie unter ihren Einfluß zu bringen. Ihre Mitgliederzahl betrug 1920 91 676. In letzter Zeit fand eine Vereinigung der zentralen Instanzen der jüdischen und polnischen Klassengewerkschaften statt.

Streikbewegung. Die reformistischen Gewerkschaftsvorstände sowie die Zentralkommission haben eine Scheu vor Massenbewegungen und suchen sie zu sabotieren, die Konflikte zu lokalisieren und ihnen jede politische Spitze abzubrechen. Trotzdem ist die Streikbewegung unaufhörlich und nimmt von Zeit zu Zeit einen großen Umfang an. Im Oktober 1919 brach in Kongreßpolen ein großer Streik der Landarbeiter aus, die damals noch einen radikalen Vorstand hatten. Die Zentralkommission hat nicht nur den Streik nicht unterstützt und sich der Erklärung eines Solidaritätsstreiks widersetzt, sondern direkt zum Streikbruch aufgerufen. Der Streik brach zusammen; es folgten ihm ungeheure Repressalien, Strafexpeditionen, Massenverhaftungen, Massenmaßregelungen. Die Eisenbahner traten in große Kämpfe ein, erst im Oktober 1920, dann im Februar 1921. Der letzte Streik verbreitete sich über das ganze Land trotz des Widerstandes der Zentralleitung. Die Regierung antwortete mit der Militarisierung der Eisenbahner und kündigte die Todesstrafe für die Streikenden an. Als nach einer darauf erfolgten Proklamation der Generalstreik ausgebrochen war, erklärten Zentralkommission und P. P. S. nach Erlangung einiger nichtssagender Versprechungen seitens der Regierung den Streikabbruch, und die Bewegung endete mit einer Niederlage der Arbeiterschaft.

Im Herbst 1921 fand ein langdauernder Streik im Naphthagebiet von Galizien statt, der den Streikenden ebenfalls eine völlige Niederlage brachte.

Im Juli 1921 hatte die plötzliche Preiserhöhung aller Bedarfsartikel eine Streikwelle in fast allen Industrien Polens zur Folge; sämtliche Gewerkschaften traten in den Kampf um Lohnerhöhungen ein. Es gelang ihnen aber, soweit die Streiks zu keinem völligen Mißerfolg führten, in den meisten Fällen nur Teilerfolge zu erringen. Mehrere Zehntausend Textilarbeiter erhielten nach einem dreiwöchentlichen Streik 40 Prozent statt der geforderten 120 Prozent Lohnerhöhung. (Nach Berechnung des Statistischen Amtes betrug die Steigerung der Preise zur selben Zeit 100 Prozent.) Den Warschauer Metallarbeitern

wurden 45 Prozent statt 75 Prozent Lohnerhöhung zugestanden. Die Metallarbeiter des Dombrower Kohlenbeckens und von Bialystock, die Warschauer Holzarbeiter, die Bauarbeiter des Radomer Bezirks mußten die Arbeit zu den alten Bedingungen aufnehmen; in Sosnowice wurden sie ausgesperrt. Die Ursache all dieser Niederlagen war in erster Linie die opportunistische Politik der leitenden Organisationen der Gewerkschaften.

Die große Streikbewegung, die im März 1921 in der Provinz Posen und in Westpreußen ausbrach und mehrere Industriezweige umfaßte, verlief für die Arbeiter verhältnismäßig günstig.

Die Arbeiter-Genossenschaftsbewegung in Polen befindet sich in ihren Anfängen.

1919 entstand der Verband der Arbeitergenossenschaften Kongreßpolens; im Mai 1920 fand sein erster Kongreß statt. Der Verband zählte im Oktober 1920 67 Genossenschaften mit 105 000 Mitgliedern. In Galizien gibt es eine Anzahl von Arbeitergenossenschaften, die nicht zentralisiert sind; im ehemalig preußischen Gebiet gehören die Arbeitergenossenschaften zusammen mit kleinbürgerlichen Genossenschaften zu einer Zentrale. Außerdem besteht eine gut funktionierende Zentrale der Kooporativen der Eisenbahnergenossenschaften für ganz Polen. 1921 fand der zweite Kongreß der Arbeitergenossenschaften statt, auf dem auch die westgalizischen Genossenschaften vertreten waren. Der Verband zählte am 1. Oktober 1921 79 Genossenschaften mit 176 336 Mitgliedern, wovon 56 585 auf Westgalizien entfallen. In Warschau selbst besteht eine ganze Anzahl von Arbeitergenossenschaften. Außer den Arbeitergenossenschaften besteht eine kleinbürgerliche Genossenschaftsbewegung, die älteren Ursprungs ist. In der Genossenschaftsbewegung findet ebenfalls ein Kampf der „Roten" mit den Reformisten statt. Auf dem letzten Kongreß waren ein Sechstel der Delegierten Kommunisten.

Die Kommunistische Partei Polens.

Die Kommunistische Partei Polens ist so alt wie die als Nebenprodukt des Weltkrieges und der russischen und deutschsen Revolution entstandene polnische Republik selbst. Sie wurde gegründet Mitte Dezember 1918 als zweitälteste kommunistische Partei überhaupt, ein Vierteljahr vor der Gründung der Kommunistischen Internationale. Ihre bisherige Tätigkeit zerfällt in drei Perioden: von der Gründung der Partei bis zum Beginn des polnisch-russischen Krieges (Februar 1919) — während dieses Krieges bis zum Waffenstillstand (Oktober 1920) — nach dem Kriege.

Während der ersten Periode trat die Partei offen auf und verfügte über eine legale Presse; sie wirkte hauptsächlich in den Arbeiterräten und durch die Arbeiterräte, deren Netz sich über das ganze Land verbreitete und in denen die kommunistischen Fraktionen bedeutende Minderheiten (Warschau, Lodz, Lublin-Stadt) oder Mehrheiten bildeten (Dombrowaer Becken, Lublin-Land). Den Wahlen zur Konstituierenden Nationalversammlung, die Anfang Februar 1919 stattfanden, erklärte die Partei den Boykott. Die Hauptlosungen in dieser Periode waren: direkter Kampf um die Diktatur des Proletariats, Bewaffnung der Arbeiterklasse und Entwaffnung der Bourgeoisie. Die revolutionäre Gärung in Polen entwickelte sich jedoch nicht zum Bürgerkrieg. Die Moraczewskische P. P. S.-Regierung wich widerstandslos einer bürgerlich-reaktionären Regierung unter Führung Paderewskys. Die Ursachen dieses Entwicklungsganges waren folgende: erstens war die Arbeiterklasse selbst infolge des durch den Krieg und die Okkupation verursachten Ruins der einst mächtigen Industrie zahlenmäßig und sozial geschwächt; zweitens stand ein beträchtlicher Teil der Arbeiterschaft im Banne der nationalistischen Illusionen, die die plötzliche Errichtung des „unabhängigen" Polens schuf; drittens hatte die Januarniederlage der proletarischen Revolution in Deutschland eine starke Rückwirkung auf Polen. Trotzdem bildet die Tätigkeit der Partei eben während dieser Periode die Grundlage für ihre ganze weitere Tätigkeit.

Im Februar 1919 begannen ohne formelle Kriegserklärung die Feindseligkeiten zwischen Polen und Sowjetrußland. Polen wollte den Krieg, um durch Annexionen im Osten sein Territorium zu erweitern, um den polnischen Großgrundbesitzern den von der Sowjetmacht in Litauen, Weißrußland und Wolhynien zugunsten der Bauern konfiszierten Grund und Boden zurückzugeben, um sich die Unterstützung der Entente und vor allem Frankreichs für den Ausbau und die Ausrüstung einer polnischen Armee zu sichern. Pilsudski wollte den Krieg, um die Sowjetmacht in Rußland selbst zu stürzen und sein „Föderativprogramm", die Gruppierung der Randstaaten von Finnland bis Georgien unter dem Protektorat der Großmacht Polen, zu verwirklichen. Endlich brauchte Polen den Krieg, um der Gefahr einer Revolution im eigenen Lande vorzubeugen. Während die inzwischen zusammengetretene Nationalversammlung einmütig, mit Einschluß der Sozialpatrioten, dem Krieg zujubelte, nahm die Kommunistische Partei vom ersten Augenblick an entschieden gegen den Krieg und zugunsten Sowjetrußlands Stellung. In einer besonderen Sitzung des Warschauer Arbeiterrates verteidigten ihre Redner offen und rück-

haltlos diese Stellungnahme. Von da an steigerten sich die Verfolgungen der Kommunistischen Partei, die bereits unter der Sozialistenregierung begonnen hatten, zu einem System des Massenschreckens. Die Kommunistische Partei wurde nicht nur als Umsturzpartei, sondern auch als „Partei des Landesverrates" außer Gesetz gestellt. Jede legale Tätigkeit wurde ihr verboten; sie wurde zu einer gänzlich illegalen, unterirdischen Tätigkeit verdammt. Alle Bemühungen der Partei gingen in dieser Periode dahin, sich nicht aus dem öffentlichen Leben vertreiben zu lassen, die Fühlung mit den Massen aufrecht zu erhalten. Die Arbeiterräte wurden im Frühsommer 1919 von der P. P. S. gesprengt, von den Behörden auseinandergejagt, ihre kommunistischen Mitglieder verhaftet. Die Kommunisten verlegten alsdann den Schwerpunkt ihrer öffentlichen Tätigkeit in die Gewerkschaften. Die Verfolgungen erreichten ihren Höhepunkt im Frühling und Sommer 1920 während des Kiewer Feldzuges Pilsudskis und der darauf folgenden Gegenoffensive der Roten Armee. Nicht weniger als 7000 Kommunisten saßen damals in den Gefängnissen. Auf dem rechten Weichselufer wurden Hunderte von Arbeitern, hauptsächlich Mitglieder des Landarbeiterverbandes, standrechtlich erschossen oder einfach ermordet.

Der Waffenstillstand mit Sowjetrußland (Oktober 1920) brachte ein vorübergehendes Nachlassen des weißen Schreckens. Gleichzeitig begannen große Streikbewegungen, die durch die sprunghafte Teuerung und die Offensive des Unternehmertums provoziert wurden. Den Höhepunkt dieser Bewegung bildete der Eisenbahnerstreik (Februar 1921), der gegen den Willen der schwankenden Eisenbahnerverbandsleitung und der P. P. S. ausbrach und unter der Führung der Kommunisten stand. Die von Pilsudski auf Anregung des französischen Botschafters erklärte Militarisierung der Eisenbahner und die Verhängung der Todesstrafe für Streikpropaganda verlieh dem Ausstand einen eminent politischen Charakter und führte zu einem zweitägigen Sympathiegeneralstreik im ganzen Lande. Das Anwachsen des Einflusses des Kommunismus äußerte sich in den Ergebnissen der Krankenkassenwahlen und einiger Gemeindewahlen im Spätsommer und Herbst 1921. Bei den Krankenkassenwahlen in Warschau vereinigte die „rote Liste" die größte Anzahl von Stimmen, im Dombrowaer Becken eroberte sie 37 von 50 Mandaten. Ebenso schlugen die „Roten" die P. P. S. bei den Gemeindewahlen in Posen und in Wloclawek. Diese Erfolge gaben der Regierung das Signal zu verstärkten Verfolgungen der kommunistischen Bewegung; im Sejm wurde eine Ausnahmegesetzesvorlage eingebracht und durch ein geheimes Zirkular

des Justizministers strenge Handhabung des bestehenden Paragraphen angeordnet. Tatsächlich wurde darauf in einer Reihe von Prozessen (Lodz, Krakau) auf Zuchthausstrafe bis zu 11 Jahren für die Zugehörigkeit zur Partei erkannt, in einem Prozeß in Lublin wurden 25 Angeklagte insgesamt zu 79½ Jahren Zuchthaus verurteilt. Der Redakteur einer legalen Zeitung erhielt 2 Jahre Zuchthaus. Alle diese Urteile wurden auf Grund des zaristischen Strafgesetzes gefällt, das im Januar 1919 vom „sozialistischen" Ministerium Moraczewski wieder eingeführt worden war. Im Dezember 1921 erfolgte die Verhaftung des vom Sejm ausgelieferten Abgeordneten Dombal, der auf Grund zweier öffentlich gehaltener Reden wegen Hochverrats angeklagt war. Dombal, der als unabhängiger Bauernführer gewählt worden war, erklärte nach zwei Jahren parlamentarischer Tätigkeit seinen Beitritt zum Kommunismus und bildete mit dem aus der P. P. S. ausgetretenen Eisenbahner Lancucki eine kommunistische Fraktion im Sejm.

In den sozialpatriotischen Parteien findet ein unaufhörlicher Zersetzungsprozeß statt. Von der P. P. S. trennten sich der Reihe nach (1919 und 1920) zwei bedeutende Gruppen, die dann in die K. P. aufgenommen wurden. Vor einigen Monaten bildete eine dritte aus der P. P. S. ausgetretene Gruppe eine „Unabhängige" Sozialistische Partei, deren Lebensfähigkeit aber zweifelhaft erscheint. Aehnliches ist in den jüdischen Parteien zu beobachten: im „Bund" trat eine Spaltung ein, die Minorität konstituierte sich als Kommunistischer Bund, der mit der K. P. in Verbindung trat und eine Vereinigung mit ihr anstrebt; auch aus der Poale-zionistischen Partei treten revolutionäre Elemente zur K. P. über.

In April 1922 fand eine allgemeine Parteikonferenz statt. Im Mittelpunkt der Debatten stand die Frage der Einheitsfront. Mit einer Dreiviertelmehrheit stellte sich die Konferenz auf den Boden der Beschlüsse der Erweiterten Exekutive und nahm eine Resolution an, die die Taktik der Einheitsfront in Polen selbst bespricht; die oppositionelle ultraradikale Minderheit bekämpfte nicht nur die Einheitsfront, sondern auch die gesamte Taktik des Dritten Kongresses der Kommunistischen Internationale. Die darauf erfolgte Anwendung der beschlossenen Taktik (1. Mai, Gewerkschaftskongreß) bestätigte ihre Richtigkeit, indem sie die Position der Partei in den Massen und gegenüber der P. P. S. offensichtlich stärkte. Die Konferenz befaßte sich außerdem mit der Agrarfrage. Der Bankrott der offiziellen „Agrarreform" schafft auf dem flachen Lande eine revolutionäre Lage und nötigt die Partei, ihr Agrarprogramm dieser Tatsache anzupassen.

Auf dem nächsten Parteitag wird zwischen den zur Diskussion gestellten Thesen, die drei verschiedene Standpunkte vertreten, entschieden werden. Auf dem gleichen Parteitag soll zu der Frage der nationalen Minderheiten und zu der revolutionären Rolle der Bewegung unter den von Polen unterdrückten Nationalitäten Stellung genommen werden. Gleichzeitig bereitet sich die Partei auch auf die Parlamentswahlen vor, die voraussichtlich im Herbst stattfinden werden und an denen die Partei trotz aller Gegenmaßnahmen der Behörden teilnehmen wird.

Die allgemeine Lage in Polen und die revolutionären Perspektiven der Entwicklung werden in den von der Konferenz angenommenen Thesen geschildert, deren Schlußfolgerungen lauten:

„Der Ausgangspunkt der Revolution in Polen wird in folgenden drei Grunderscheinungen bestehen: 1. Revolutionierung der Arbeitermassen infolge der wachsenden Offensive des Kapitals und der Regierung, die bestrebt sind, alle Kosten ihrer Großmachtspolitik und des kapitalistischen Wiederaufbaues auf die Schultern der arbeitenden Massen abzuwälzen; 2. Revolutionierung der breiten Massen der landlosen und kleinen Bauern infolge des Bankrotts der Agrarreform und der Verschärfung der Klassengegensätze auf dem Lande, im Kampfe um den Boden; 3. Fortschreiten der revolutionären Gärung in den östlichen Grenzgebieten infolge der kolonialen Ausrottungspolitik der polnischen Regierung und der nationalen und konfessionellen Unterdrückung.“ *H. Walecki.*

Portugal.

Portugal ist seit der Revolution im Jahre 1910, die zur Absetzung des Königs Manuel II. führte, eine konstitutionelle Republik. Die gesetzgebende Körperschaft besteht aus dem Nationalrat (Unterhaus) mit 164 Mitgliedern und dem Oberhaus. Das Unterhaus wird auf Grund des direkten Wahlrechts jedes dritte Jahr neu gewählt. Die Mitglieder des Oberhauses (71 Sitze) werden von den Gemeindevertretungen gewählt und jedes dritte Jahr zur Hälfte erneuert. Der Präsident der Republik wird von beiden Häusern für vier Jahre gewählt. Eine Wiederwahl kann nicht stattfinden.

Portugal hat einen Flächeninhalt von 35 490 englischen Meilen. Nach der letzten Volkszählung (1911) beträgt die Zahl der Einwohner 5 957 985, wovon 412 000 auf die Azoren- und Madeira-Inseln fallen. Die Landbevölkerung macht 67,6, die städtische 32,4 Prozent der Gesamtbevölkerung aus. Mit Ausnahme von annähernd 5000 Protestanten und 500 Israeliten ist die ganze Bevölkerung römisch-katholischer Konfession.

Wirtschaftliche Verhältnisse.

57 Prozent des Bodens sind produktiv bezw. kultiviert, wovon 26,2 Prozent auf Getreidekultur, 3,5 Prozent auf Weinkultur und 17,3 Prozent auf Wälder und Wiesen entfallen. Große Strecken fruchtbaren Landes werden nicht bebaut. Die Weizenproduktion betrug im Jahre 1919 4 767 665 bushels (1 Hektoliter = 2,75 bushel), die Roggenproduktion 1 785 838 bushel, die Haferproduktion 3 037 831 bushel und die Gersteproduktion 1 009 780 bushel.

Die für Portugal außerordentlich wichtige Weinproduktion betrug im Jahre 1919 96 041 160 Gallons. Die jährlichen Olivenölproduktion beläuft sich auf 12 760 000 Gallons (1 Gallon = 22 Liter).

Portugals Einfuhr- und Ausfuhrbilanz zeigt die wachsende Abhängigkeit des Landes von Großbritannien.

Jahr	Gesamteinfuhr £	davon entfällt auf England	Gesamtausfuhr £	davon entfällt auf England
1916	28 839 766	4 098 000	12 548 000	5 250 000
1918	20 284 200	3 744 000	17 144 775	9 747 000
1919	52 110 675	6 434 000	24 874 650	10 797 000
1920		10 549 000		7 060 000

Die Industrie ist unentwickelt, was hauptsächlich auf den großen Kohlenmangel zurückzuführen ist. Ausgeführt werden Sardinen, Olivenöl, Rosinen, Kork, Chemikalien und hauptsächlich Weine. Die Fischerei beschäftigte 1918 über 36 000 Personen.

Kolonien.

Portugal hat größere Kolonien, von denen in Afrika Angola (Portugiesisch-West-Afrika), Flächeninhalt 484 000 englische Quadratmeilen mit 4 119 000 Einwohnern, und Mozambique (426 712 Quadratmeilen, mit 3 120 000 Einwohnern), in Asien Goa mit 515 000 und Timor mit 377 000 Einwohnern die wichtigsten sind. Die gesamte Bevölkerung der Kolonien beträgt 8 736 000. Die Kolonien erfreuen sich seit 1914 einer relativen Autonomie in bezug auf Gesetzgebung und Finanzwesen.

Die Hauptprodukte von Angola und Mozambique sind Kaffee, Zucker, Kokosnüsse, Petroleum und Asphalt (in Angola), Elfenbein, Kautschuk. Der Gesamtimport in Mozambique betrug 1918 23 Millionen Esandos, der Export 8 100 000 Esandos. Der Handel und auch die Verwaltung befinden sich in Händen der privaten (zum größten Teil englischen) Mozambique Company. Petroleum und Asphalt werden von einem besonderen englischen Syndikat ausgebeutet.

Staatsfinanzen. Finanziell befindet sich Portugal in vollkommener Abhängigkeit von Großbritannien. Während des Weltkrieges erhielt Portugal von England langfristige Anleihen, die aber restlos für die Kriegsausgaben bestimmt wurden und das Anschwellen des Banknotenumlaufs im Lande nicht verhindern konnten. Die Gesamt-Ein- und -Ausgaben betrugen in den Jahren

	Einnahmen	Ausgaben
1919/20	29 443 625 £	52 921 863 £
1920/21	26 913 445 £	52 802 831 £

Der B a n k n o t e n u m l a u f betrug

am 6. März 1921 . . . . . 632 161 233 Esandos
am 18. Januar 1922 . . . . . 734 388 164 Esandos
(1 Esandos = 1 Dollar als Goldparitätswert).

Die Staatsschuld betrug laut Ausweis der Bank von Portugal am 18. Januar 1922 620 000 000 Esandos. Die Finanzen zeigen das Bild einer fortgesetzten Zerrüttung. Die Valuta ist unter $^{1}/_{10}$ ihres Goldwertes gesunken.

Politische Verhältnisse.

A r b e i t e r b e w e g u n g. Die Teilnahme am Weltkrieg hat von Portugal schwere materielle Opfer verlangt, nennenswerte Vorteile aber nur den Spekulanten gebracht, die den Sardinen- und Weinexport monopolisierten. Die dadurch entstandene allgemeine Unzufriedenheit benutzten die Monarchisten mehrmals, um die Republik zu stürzen und die monarchistische Verfassung wieder herzustellen. Die „Republikaner" selbst sind in zahlreichen Parteien organisiert, die sich gegenseitig auf Tod und Leben bekämpfen. Die Offiziere, die eine bedeutende Rolle in der Politik des Landes spielen, sind zum Teil Monarchisten, zum Teil Republikaner. Die jeweilige politische Lage scheint von den Kräfteverhältnissen zwischen den Offizierskliquen abzuhängen. Im Jahre 1 9 2 0 gab es 9 Kabinette, im Jahre 1 9 2 1 nur 5, dafür aber 3 Militärputsche. Einen tätigen Anteil an diesen Putschversuchen nimmt die k a t h o l i s c h e K i r c h e, die die Monarchisten unterstützt und die von der Republik durchgeführte Trennung von Staat und Kirche rückgängig zu machen versucht.

Das Proletariat nahm an diesen Operettenrevolutionen wenig Anteil. Der Einfluß der Sozialistischen Partei ist gänzlich unbedeutend, die syndikalistische Generalkonfederation (C. G. T.) ist dagegen vollkommen apolitisch orientiert. Zur Zeit des Novemberputsches, der mit der Ermordung mehrerer Minister endete, erklärte das Organ der C. G. T. „A Batalha", daß die Arbeiterschaft für die Kämpfe der bürgerlichen Parteien kein Interesse habe.

Die Generalkonfederation zählt zirka 50 000 Mitglieder, während die alte Sozialistische Partei sich in vollkommener Auflösung befindet. Ein Teil der Sozialisten tritt für die Koalition mit den bürgerlichen Parteien ein, während die Mehrheit die Koalition ablehnt. Die Kommunisten haben besonders in der Hauptstadt Lissabon und in Oporto Anhang („Centro Communista", eine Propagandaschule in Lissabon).

Die anarchistisch-syndikalistische C. G. T. konzentriert ihre Kräfte auf Lohnkämpfe. Im Jahre 1912 wurde wegen der Verhaftung mehrerer Syndikalisten der Generalstreik proklamiert, der mit vollem Erfolg endete. Im Jahre 1921 sind die lange andauernden Streiks in der graphischen Industrie, der Journalistenstreik und der Hafenarbeiterstreik in Oporto zu verzeichnen. Ueber Spanien wurde seitens der C. G. T. wegen des weißen Terrors der Boykott verhängt, den die Arbeiterschaft zum Teil auch durchgeführt hat.

In den Kolonien, besonders in Mozambique, ist die Arbeiterschaft auch in syndikalistisch-anarchistischen Verbänden organisiert. Die Arbeiterschaft Portugals und der Kolonien kämpft für die Befreiung der Eingeborenen in den Kolonien und unterstützt kräftig die „panafrikanische" Bewegung der Neger in Portugiesisch-Westafrika.

Rumänien.

Allgemeines. Bodenfläche und Bevölkerung Rumäniens hat sich infolge des Krieges verdoppelt. Sie betrugen in

	qkm	Einwohner
Altrumänien	137 903	7 897 311
Neuangegliederten Gebieten:		
Beßarabien von Rußland	44 422	2 344 800
Bukowina von Österreich	10 442	811 721
Transsylvanien } von Ungarn	57 819	2 685 883
Maramuresch } von Ungarn	18 592	466 956
Krischana } von Ungarn	17 086	1 145 113
Banat } von Ungarn	17 980	910 393
Neurumänien zusammen	156 341	8 364 866

Das gesamte jetzige Königreich. 294 244 Quadratkilometer, 16 262 177 Einwohner. Die Entwicklung der Bevölkerung in Altrumänien zeigt folgendes Bild: 1914 7,7 Mill., 1915 7,9 Mill., 1919 7,2 Mill. Kriegsverluste: 800 000 Menschen.

Das Land beherrscht den ganzen unteren Lauf sowie die Mündungen der Donau und hat am Schwarzen Meer verschiedene gute Häfen (Konstanza).

Bevölkerung. Vor dem Kriege war die Bevölkerung ganz einheitlich und bis auf einige wenige Bulgaren und Tartaren in der Dobrudscha waren es lauter — auch kirchlich einheitliche, orthodoxe — Rumänen. Durch den Friedensvertrag wurde eine ganze Reihe fremder Volksstämme einverleibt: Ungarn zirka 2 Mill., Deutsche zirka 500 000, Bulgaren zirka 175 000, Russen zirka 75 000, zusammen zirka 3 Millionen. Es zeigen sich auch schon die ersten

Anzeichen nationaler Konflikte, besonders bei den Magyaren und Russen, während die Deutschen sich eher mit den neuen Staaten abgefunden haben. Dieser Uebergang spiegelt sich auch in den konfessionellen Verschiedenheiten wider: Griechisch-orthodoxe (Altrumänen), Griechisch-katholische (Siebenbürger Rumänen), Calvinisten (Ungarn), Protestanten (Siebenbürger Sachsen) und Mosaische leben durcheinander und nebeneinander.

Klassengliederung. Nach offiziellen Angaben teilte sich 1916 die Landbevölkerung folgendermaßen: Großgrundbesitzer 13 538, Mittelbauern 23 800, Kleinbauern 2 271 050, Landarbeiter zirka 300 000. Im Jahre 1919 arbeiteten in den Großbetrieben (mit wenigstens 20 Arbeitern) 157 000 Proletarier.

Verfassung. Rumänien ist eine konstitutionelle Monarchie mit Ferdinand I., einem Hohenzollern, an der Spitze. Der Thronfolger ist mit einer griechischen Prinzessin verheiratet, während eine Tochter den griechischen Thronfolger zum Mann genommen hat. Diese Heiratspolitik soll jetzt dahin ausgebaut werden, daß eine zweite Prinzessin den König Alexander von Serbien heiratet. Auf diese dynastische Weise soll Rumänien sich in einen Balkanbund einfügen, in dem es eine führende Rolle zu spielen gedenkt.

Siebenbürgen, die Bukowina und Beßarabien haben eine gewisse Autonomie. Diese Autonomie der Verwaltung spielt eine große Rolle in den politischen Kämpfen.

Seit dem Kriege gibt es in Rumänien das allgemeine, direkte Wahlrecht, Proportionalsystem, während vor 1914 das Parlament nach einem gänzlich veralteten Klassenwahlrecht gewählt wurde. Das Parlament besteht aus Abgeordnetenkammer und Senat. Die Reform, die der Krieg auslöste, bedingt zwar eine Aenderung des Gesetzes, aber wie die letzten Wahlen (März 1922) gezeigt haben, ist von einer freien Ausübung des Wahlrechtes noch lange nicht die Rede.

Augenblicklich besitzt Rumänien ein liberales Ministerium, wobei der Name „liberal" auf historischer Tradition beruht. Vor dem Kriege gab es nämlich zwei große Parteien: die konservative (Großgrundbesitz) und die liberale (Banken und Industrie). Daneben hat sich das Kleinbürgertum in der Konservativ-demokratischen (?!) Partei eine eigene Vertretung geschaffen. Gegenüber diesen bürgerlichen Parteien spielte die Sozialdemokratische Partei eine geringe Rolle. Bei der Beurteilung der rumänischen Parteiverhältnisse darf nie die Tatsache außer Acht gelassen werden, daß das persönliche Moment eine ganz ausschlaggebende Bedeutung besitzt, und daß oft die Teilnahme an einer Partei mehr dem Führer als dem Programm gilt.

Heute zeigt die politische Gruppierung in Rumänien folgendes stark veränderte Bild:

1. Die Liberale Partei. Vertreterin der Großbourgeoisie, beherrscht die Banken und die Industrie. Augenblicklich Regierungspartei, nachdem sie in den ersten Nachkriegsjahren fast vollkommen an die Wand gedrückt wurde. Sie besitzt die absolute Mehrheit im Parlament gegen 6 Abgeordnete in der letzten Kammer. Führende Männer: die Brüder Joan und Vintila Bratianu, Al. Constantinescu, Duca, Corbescu u. a.

2. Die Volkspartei (Partidul poporului), kleinbürgerlich, entstand aus der persönlichen Beliebtheit ihres Führers, des General Avarescu, bei Bauern und Kleinbürgern. Sie hat durch zweijährige korrupte Regierungszeit vollkommen abgewirtschaftet und ist jetzt zu verhältnismäßiger Bedeutungslosigkeit verurteilt.

3. Nationalpartei Siebenbürgens. Regionalpartei mit noch nicht deutlich differenzierten Klassenscheidungen, bei vorherrschendem Einfluß der Mittelschichten. Sie vertritt die Sonderinteressen Siebenbürgens mit föderalistischem Einschlag. Sie ist Erbin der alten rumänischen Nationalpartei in Ungarn und heute noch ausschlaggebend in Siebenbürgen. Führer: Maniu, Vaida.

4. Die Bauernpartei (Partidul taranesc) stützt sich auf die kleinen, landarmen Bauern und ist in starkem Aufschwung begriffen. Sie hatte ursprünglich eine beinahe revolutionäre Haltung mit ausgesprochenen Sympathien für das sozialrevolutionäre Bauernprogramm der russischen Revolution. Durch ihr Wachstum wurde sie immer mehr ins kleinbürgerliche Lager gedrängt, besonders seitdem sie in den letzten Wahlen die Stimmen der Juden erhielt. Heute vertritt sie eine weitgehende Demokratie und bildet den äußersten linken Flügel des Kleinbürgertums. Führer: Lupu (früherer Sozialist), Stere (früherer linker Liberaler) und Michalache. Sie und die Siebenbürger Nationalpartei sind die einzigen Oppositionsparteien, die sich in den letzten Wahlen halten konnten.

Die übrigen bürgerlichen Parteien verlieren daneben an Bedeutung, so die alte Konservative Partei (Marghiloman), die Demokratische Partei (aus der Konservativ-demokratischen Partei hervorgegangen mit Take Jonescu an der Spitze), die Nationaldemokratische (Jorga) und die Nationalpartei der Ungarn.

Auf Seiten der Arbeiterschaft finden wir folgende Parteien:

1. Die Kommunistische Partei mit überwiegendem Einfluß auf die Industrie-Arbeiterschaft Altrumäniens. Der herrschende weiße Terror verhinderte die Wahl eines kommunistischen Abgeordneten ins Parlament. Die Partei kann erst seit kurzer Zeit ein mehr oder weniger legales Dasein führen und Zeitungen erscheinen lassen. Viele Genossen sitzen im Kerker.

2. Die Sozialistische Partei entspricht den deutschen Unabhängigen. Ihre Stellung zur Internationale ist noch nicht geklärt, da sie sich erst seit kurzer Zeit von der sozialistisch-kommunistischen Partei getrennt hat. Sie hat geringen Einfluß auf die Massen und beherrscht zum Teil die Gewerkschaftsfunktionäre.

3. Die Sozialdemokratische Partei ist besonders stark in den neuangegliederten Gebieten (Siebenbürgen und die Bukowina), wo sie zugleich die Gewerkschaften beherrscht. Doch beginnt auch hier die Kommunistische Partei an Boden zu gewinnen. Die Sozialdemokratische Partei ist der 2½ Internationale angeschlossen, deren äußersten rechten Flügel sie bildet. Führer: Pistiner und Grigorowitz. Sie hat einen Abgeordneten (Bukowina).

Alle diese Parteien sind der politische Ausdruck einer Bevölkerung von 16 Millionen, in der auch heute noch die Bauernschaft einen wichtigen Teil ausmacht. Während aber Altrumänien und Bessarabien

durchaus als Agrarländer anzusprechen sind, weist Siebenbürgen einen größeren Prozentsatz industriell Tätiger auf. Vor allen Dingen kam durch die Eingliederung der vormals österreichischen und ungarischen Gebiete ein Stamm städtischen Bürgertums nach Rumänien, durch den die vor dem Kriege geringe Mittelschicht eine bedeutende Stärkung und Festigung erfahren hat.

Wirtschaft.

L a n d w i r t s c h a f t. Altrumänien war vor dem Kriege das Land des Großgrundbesitzes. Die Bauern, die in ihrer Mehrheit landlos waren, empörten sich zu wiederholten Malen gegen die ungerechte Verteilung des Bodens (Aufstand 1907!), wurden aber von der Regierung immer mit blutigen Köpfen heimgeschickt. Während des Krieges wurde dann zur Anfeuerung der Massen eine Bodenreform versprochen, die im großen und ganzen für Altrumänien als jetzt abgeschlossen gelten kann. Insgesamt wurden 2 700 000 Hektar an Bauern verteilt, die teilweise den Staats- und Krongütern, teilweise dem Großgrundbesitz entnommen sind, wobei wiederum die Fremden und die im Ausland lebenden Großgrundbesitzer in erster Linie herangezogen worden sind. Boden erhalten: die Kriegsteilnehmer, die Kriegswitwen und Kriegswaisen und die, die keinen oder ungenügenden Boden besitzen. Der Boden muß in 50 Jahren bezahlt werden. Der Preis ist vierzigmal höher als der Verpachtungspreis von 1906. Die Regierung wird dem enteigneten Eigentümer Geldvorschüsse geben.

Durch diese Agrarreform können nicht alle Bauern Boden bekommen, andererseits können viele Bauern den aufgeteilten Boden nicht bearbeiten aus Mangel an Vieh und landwirtschaftlichen Maschinen.

In Beßarabien ist die Agrarreform — nach der ersten und zweiten russischen Revolution — durchgeführt worden. Die Verteilung geschah ohne Gesetz. In den ersten zwei Jahren nach der Revolution wagte es die Regierung nicht, gegen die Bauern etwas zu unternehmen. Heute ist schon die gesetzliche Durchführung der Enteignung im Gange.

Während vor 1916 der Großgrundbesitz 47 Prozent der gesamten Anbaufläche in Händen hatte, soll er nach offiziellen Angaben in Zukunft nur mehr 8 Prozent betragen. In Siebenbürgen wird nach Mitteilungen der Regierung die Neuverteilung des Bodens in kurzer Zeit in Angriff genommen.

Verteilung des Grundbesitzes vor dem Kriege.

	Alt-rumänien	Beß-arabien	Trans-sylvanien	Bukowina
Großgrundbesitz über 100 Hektar				
% des Bodens	48,7	45,0	34,6	60,0
% der Besitzer	0,64	0,7	0,5	0,4
Mittelbesitz 10—100 Hektar				
% des Bodens	11,0	30,0	29,9	14,6
% der Besitzer	3,68	24,3	10,8	3,32
Kleinbesitz unter 10 Hektar				
% des Bodens	40,3	25,0	35,6	25,3
% der Besitzer	95,5	74,4	88,7	96,3

Ernteergebnisse (in Tonnen):

	Durchschn. 1910—14	1920	1921
Weizen	2 311 409	2 215 000	2 800 000
Roggen	109 162	350 000	320 000
Gerste	561 071	2 300 000	1 700 000
Mais	2 717 474	6 150 000	3 650 000
Hafer	412 650	2 100 000	2 000 000

Anbauflächen der wichtigsten Produkte (in ha):

	Durchschn. 1910—14	1920	1921
Weizen	1 936 527	2 026 163	2 494 000
Mais	2 072 653	3 053 129	3 444 000
Gerste	537 488	1 369 783	1 570 000
Hafer	435 923	876 043	1 246 000
Kartoffeln	—	119 730	166 000

Die Zahlen für 1910—1914 beziehen sich auf Altrumänien, während die der letzten beiden Jahre für das gesamte Gebiet gelten. Für die extensive Wirtschaft kennzeichnend ist, daß 77 Prozent der bebauten Fläche mit Getreide bestellt ist.

Viehbestand. Die Zahlen, richtig verstanden, zeigen den durch Krieg und Verwüstung entstandenen Rückgang:

	Altrumänien		Neurumänien
	1916	1921	1921
Pferde	1 218 563	680 000	1 496 184
Ochsen	2 937 857	2 151 422	4 875 561
Schafe	8 084 310	3 953 112	8 729 996
Ziegen	—	236 261	499 922
Schweine	1 382 184	1 010 455	2 519 610

Rumänien ist ein verhältnismäßig sehr waldreiches Land; besonders Siebenbürgen verfügt über viel Forste (der waldreichste Teil des Reiches). Es sind mit Wald bedeckt:

	In ha.	In Prozent der Oberfläche
in Altrumänien	2 487 632	18,1
in Neurumänien	7 308 688	24,6

Eine wichtige Rolle im wirtschaftlichen Leben Rumäniens spielt der Bergbau, und zwar in erster Reihe die Petroleum-Gewinnung. Es wurde gewonnen (in Tonnen):

Jahr	Rohpetroleum	Benzin	mineral. Oele
1906	748 798	114 428	53 588
1910	1 215 299	230 703	25 064
1914	1 680 894	396 865	100 047
1919	712 381	150 209	53 290

Neuere Daten stehen uns nicht zur Verfügung, doch hat sich die Produktion infolge Exportverhinderung seitens der Regierung von ihrem tiefen Sturz kaum erholen können.

Nach den Angaben von Xenopol (in seinem Buche „La Roumaine Économique") war im Jahre 1915 das fremde Kapital an der Petroleumindustrie folgendermaßen beteiligt:

Deutsches Kapital 160 Millionen Lei, englisches 115 Millionen Lei, holländisches 60 Millionen Lei, französisches 45 Millionen Lei, amerikanisches 25 Millionen, italienisches 10 Millionen, belgisches 10 Millionen und rumänisches 25 Millionen Lei, d. h. 5 Prozent.

Zu der Lage der Petroleumindustrie bemerkt die Wirtschaftszeitung „Argus" für das Jahr 1921 folgendes:

„Die Staatspetroleumgebiete gehen zu Grunde. Die 20 Jahre gepredigte Nationalisierung hat zur Folge, daß das Petroleum von den Fremden erobert wird. Die Majorität der Aktien der „Steaua Romana", „Concordia" und anderer, die den Deutschen gehörten, sind über Nacht in die Hände der französischen, englischen und belgischen Kapitalisten gelangt. Das deutsche Kapital der Gesellschaft „Astra-Romana" ist in unbekannte Hände übergegangen. Täglich kaufen Unbekannte auf der Börse die Aktien auf. Das rumänische Kapital hat in der Petroleumindustrie einen sehr geringen Einfluß. Die Ursachen der Produktionsstagnation im Jahre 1921 waren die Maximalpreise und das Exportregime. Weil die großen Petroleumunternehmungen von dem fremden Konsortium abhängig sind, kann man die Petroleumerzeugnisse nicht als Kompensationsmittel gebrauchen, sondern man muß dazu Getreide verwenden."

Kohle gibt es ganz ansehnliche Lager, vor allem in Petroschani und Comanesti. Genaue Angaben über Wert und Ausbeutung fehlen; doch ist es meistens unverkokbare Braunkohle. Viel Salz, wenig Eisen.

Metallindustrie. Siebenbürgen hat einen ganz erheblichen Zuwachs dieses Industriezweiges gebracht. (Die großen Werke in Reschitza!) Die Produktionsfähigkeit erreicht 297 000 Tonnen, d. h. 46 Prozent des Inlandsbedarfes von 650 000 Tonnen, doch konnten wegen Kohlenmangels in den letzten Jahren nur rund 20 Prozent der Maximalleistungsfähigkeit erreicht werden. In der Metallindustrie ist ein Kapital von ungefähr 290 Millionen Lei investiert. Diese Werke beschäftigen über 34 000 Arbeiter. In Reschitza arbeitet man augenblicklich am Bau einer Lokomotivfabrik, der ersten in Rumänien, die angeblich jährlich 100 Lokomotiven erzeugen soll.

Wollindustrie. 60 Unternehmungen mit 5—8 Millionen Meter jährlicher Höchstproduktion. Sie verfügen über 75 000 Wollspindeln, 1400 Wollwebstühle, 5200 Arbeiter.

Leinen- und Baumwollindustrie. 42 Unternehmungen mit 20 000 Baumwollspindeln, 3500 mechanischen Baumwollwebstühlen, 3400 Arbeitern.

Die Hanf- und Juteindustrie ist trotz günstiger Vorbedingungen nur schwach entwickelt.

Strickereien gibt es ungefähr 50, besonders in Bukarest, Arad und Jassy, mit 1500 Arbeitern.

Von besonderer Wichtigkeit für das Wirtschaftsleben Rumäniens ist die Holzindustrie.

	Zahl der Unternehm.	Investiert. Kapital	Wert der Rohstoffe	Wert der Produktion	Zahl der Arbeiter
		(Millionen Lei)			
Gesamtindustrie	2 747	2 837	6 151	11 712	157 423
hiervon Holzindustrie .	502	478	1 550	2 053	44 886
in Prozent	18,0	16,0	23,5	16,8	28,4

Innerhalb der Holzindustrie stehen wiederum die Sägewerke mit 330 Unternehmungen an erster Stelle. Seit dem Kriege ist auch die Möbelindustrie in Siebenbürgen zu Rumänien gekommen (12 Unternehmungen mit 5241 Arbeitern).

Von vielleicht noch größerer Bedeutung ist die Lebensmittelindustrie, in der sich 37 Prozent des gesamten industriellen Kapitals vereinigen. Ihre Produkte stellen 38 Prozent vom Werte der industriellen Produktion dar. Doch gerade diese Industrie hatte ganz besonders schwer unter den Kriegswirkungen zu leiden; Mühlen, Zuckerfabriken (mit 3860 Arbeitern, die bloß 17 Prozent ihrer Produktionsfähigkeit erreichten), Spiritusfabriken (240 Unternehmungen mit 4800 Arbeitern). Daneben bestehen noch 16 Fabriken zur Teigwarenerzeugung und verschiedene Bierbrauereien.

Die elektrische Industrie ist wenig entwickelt und besteht fast nur aus Elektrizität erzeugenden Kraftzentren.

An der Industrie ist in großem Maßstabe fremdes Kapital beteiligt: in der Petroleumindustrie englisches und deutsches, in der Holzindustrie italienisches, in der Donauschiffahrt englisches, in den Hafenbauten französisches. Doch trachtet die Bourgeoisie, das fremde Kapital auszuschalten. Die „Liberale" Partei errichtete zu diesem Zwecke die „Banka romanstaja".

Abschließend kann über die rumänische Industrie folgendes gesagt werden:

Durch die Angliederung von Siebenbürgen, dem Banat, der Bukowina und Beßarabiens hat die Industrie Rumäniens eine ganz bedeutende Vergrößerung erfahren. Aus einem beinahe rein agrarischen Lande, wie es vor dem Kriege war, ist es ein Land mit gemischtem Charakter geworden. Die Landwirtschaft hat ihr absolutes Uebergewicht schon durch die Verteilung des Bodens verloren. Wenn das Jahr 1921 für die Industrie kein günstiges war, so liegt die Schuld teils an den Zerrüttungen durch den Krieg, teils aber auch an der Unfähigkeit der rumänischen Bourgeoisie und Regierung, dem Lande eine solche industrielle Organisation zu geben, wie es nötig wäre. Anarchie herrscht auf allen Gebieten.

Außenhandel. Für die Jahre 1920 und 1921 liegen uns keine Zahlen vor, doch wird das Bild kaum wesentlich von dem des Jahres 1919 verschieden sein:

Jahr	Einfuhr		Ausfuhr	
	Wert (in Tausend Lei)	Men e (in Tonnen)	Wert (in Tausend Lei)	Menge (in Tonnen)
1912	637 906	1 213 957	642 103	4 326 735
1913	590 012	1 374 116	670 705	4 569 076
1914	504 240	1 145 298	451 890	3 127 449
1915	332 942	290 607	570 182	1 412 633
1919	3 622 946	393 522	103 891	108 879
1920	—	—	—	—
1921	—	—	—	—

Aus dieser Tabelle kann man die Wirkungen des Krieges und der durch ihn bewirkten Verschiebungen in der Handelsbilanz deutlich erkennen, ebenso auch die Folgen der Geldentwertung und des dadurch hervorgerufenen Wechsels in den Beziehungen zwischen Menge und Wert. Unter den eingeführten Gütern stehen an erster Stelle Metalle, Metallwaren und Bergbauerzeugnisse, Textilwaren und chemischen Produkte, im letzten Jahr (1919) auch Lebensmittel; bei der Ausfuhr Getreide, Holz und Holzwaren, Petroleum und seine Derivate. Die Länder, mit denen Rumänien in erster Linie in Handelsverkehr stand, sind Oesterreich-Ungarn, Deutschland, England, Frankreich und Italien. Getreide ging in großen Mengen nach Holland.

V e r k e h r s w e s e n. Ein besonders trauriges Kapitel im rumänischen Wirtschaftsleben ist der Zustand des Transportwesens. Die rumänische Regierung war unfähig, in den Nachkriegsjahren den vollkommen zerrütteten Wagenbestand wieder zu voller Höhe zu heben, und auch heute noch krankt die Wirtschaft unter diesem Uebelstand. Die Gesamtlänge der Eisenbahn verteilt sich wie folgt:

Altrumänien 4357 km, Transsylvanien, Banat, Krischna, Maramuresch 5533 km, Beßarabien 1129 km, Bukowina 659 km. Zusammen 11 678 km.

Stand der Nationalbank (in Millionen Lei):

	Metallstock		Diskontwechsel	Vorschüsse an d. Staat.	Notenumlauf
	im Ganzen	Gold			
31. 12. 15	302	8	198	315	762
31. 12. 16	574	6	128	506	1 452
31. 12. 17	690	196	118	1 060	1 961
31. 12. 18	642	309	108	1 604	2 489
31. 12. 19	1 371	876	151	3 844	4 089
31. 10. 20	1 850	1 355	476	4 101	5 450
2. 4. 21	3 762	—	595	9 171	10 962
25. 3. 22	4 602	—	—	12 553	13 751

Die beiden ersten Kolonnen entsprechen aber sicher nicht der Wahrheit; sie sind offiziellen rumänischen Berichten entnommen, deren Wirkung sein soll, die Lage so rosig wie möglich zu zeichnen. Bekanntlich wurde der gesamte Goldschatz Rumäniens vor den Deutschen nach Rußland „gerettet", so daß von einem effektiven Goldbesitz Rumäniens in nennenswertem Umfang nicht die Rede sein kann. Im übrigen wäre bei einer so hohen Metalldeckung, wie sie diese Auf-

stellung annimmt, der tiefe Stand der rumänischen Valuta nicht denkbar. Der Lei begann schon im Jahre 1919 zu fallen.

Staatshaushalt. Die Kriegsjahre haben den rumänischen Staatshaushalt zerrüttet. Die tatsächlichen Einnahmen und Ausgaben können nicht genau kontrolliert werden und stehen auch beinahe gar nicht zur Verfügung, da die Regierungen es stets vermieden haben, die wahre Lage zu zeigen. Einen Begriff von dem wachsenden Defizit bekommt man aber, wenn man die Entwicklung der Vorschüsse der Nationalbank an den Staat (siehe oben) und die der Staatsschulden (siehe unten) aufmerksam durchliest. Im Folgenden die offiziellen Schätzungen (in Millionen Lei) zu Beginn des Finanzjahres, Aufstellungen, die sich auf dem Papier sehr schön machen:

	1914/15	1916/17	1920/21
Einnahmen	600	646	6116
Ausgaben	600	646	6625
Defizit	—	—	509
Wichtigste Posten der Einnahmen:			
Direkte Steuern	50	57	461
Indirekte Steuern	107	135	1901
Staatsmonopole	88	101	1035
Oeffentliche Leistungen	160	156	1651
Wichtigste Posten der Ausgaben:			
Kriegsministerium	98	115	951
Finanzministerium	232	251	1528
Unterrichts- und Kultusministerium	59	62	786
Oeffentl. Arbeiten- und Verkehrsministerium	112	115	1583

Diese Aufstellung beweist, daß 1921 die indirekten Steuern fast das Vierfache der direkten ausmachen, wobei die Monopole, die ebenfalls indirekte Steuern sind, gar nicht berücksichtigt werden.

Staatsschulden. Eine — zu Propagandazwecken verfertigte — offiziöse Aufstellung gibt ein vergleichendes Bild über den Stand der Staatsschulden am 1. April 1914 und 1. April 1920 (neuere Zahlen stehen uns nicht zur Verfügung). Doch sind diese Zahlen vollkommen unzulänglich, da die auswärtigen Schulden, die auf Pfund Sterling, Dollar und Franken lauten, zu Parikursen aufgenommen sind. Durch die Entwertung des Geldes ergibt sich natürlich in Lei eine weit höhere Summe. Man wird nicht sehr fehlgehen, wenn man die äußere Schuld mit 20 multipliziert. Hier die Zusammenstellung in Millionen Lei:

	1. April 1914	1. April 1920
Innere konsolidierte Schuld	134	2 434
„ schwebende „	45	4 500
Äußere konsolidierte Schuld	1 552	1 552
„ schwebende „	—	2 662

Die inneren schwebenden Schulden sind hauptsächlich Schatzscheine, die das Finanzministerium für seine Einkäufe in Zahlung gegeben hat, und die auch zum sehr großen Teil ihren Weg nach Paris und ins übrige Ausland gefunden haben, wo sie das ihrige zum Niedergang der rumänischen Valuta beitragen.

Die Arbeiterbewegung.

In der rumänischen Arbeiterbewegung läßt sich die politische und gewerkschaftliche Bewegung von jeher schwer trennen. Es war immer die politische Bewegung, welche für die gesamte Arbeiterbewegung die Richtung gab.

Die Bewegung hatte immer mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Das Kulturniveau der Bevölkerung Altrumäniens ist außerordentlich niedrig: es gibt 70 Prozent Analphabeten. Hierzu kommt, daß die Entwicklung einer Arbeiterbewegung von der Regierung seit jeher mit terroristischen Mitteln gehindert wurde. Als dritte Schwierigkeit kommt in der Nachkriegszeit hinzu, daß die Sprache, die Kultur, die gewerkschaftlichen und politischen Traditionen der neu hinzugekommenen Gebiete von jenen Alt-Rumäniens — und auch untereinander — sehr verschieden sind, so daß von einer einheitlichen Bewegung Großrumäniens bisher nicht gesprochen werden kann.

Gewerkschaftsbewegung. Die erste Gewerkschaft gründeten im Jahre 1906 die Holzarbeiter von Bukarest. Im Jahre 1907 nahm die Gewerkschaftsbewegung im Zusammenhang mit den gleichzeitigen großen Bauernaufständen einen großen Aufschwung. Doch die Gewaltmaßregeln der Regierung waren stark genug, diese Bewegung von neuem zu unterdrücken. Ein neuer Aufschwung trat in den Jahren unmittelbar vor dem Kriege ein und erreichte seinen Höhepunkt im Jahre 1914. Während des Krieges gab es in Altrumänien keine Gewerkschaftsbewegung. Jedoch setzte dieselbe unmittelbar nach dem Kriege im November 1918 wieder ein. Die Teuerung gab hierzu den Hauptbeweggrund. Trotz einer sehr scharfen Verfolgung durch die Regierung — wir geben Details in dem Abschnitt über weißen Terror — nahm die Bewegung einen großen Aufschwung und erreichte ihren Höhepunkt Mitte 1920. Zu gleicher Zeit kam ein stark revolutionärer Geist in die Gewerkschaften, mit Ausnahme jener Beßarabiens, wo es dem alten Sozialverräter Grigorovici durch seinen Nationalismus und seine Freundschaft zu den Behörden gelang, jeden revolutionären Geist aus der Bewegung auszumerzen. Die Arbeiter selbst erklärten in ihren Mitgliederversammlungen den Anschluß an die Kommunistische Internationale. Im September 1920, auf dem Kongreß der Gewerkschaften, erklärten sich auch die Sekretäre der Gewerkschaftskommissionen Altrumäniens und des Banats für die Rote Gewerkschafts-Internationale. Die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder war folgende: 1912 14 000, 1915 7000, Mitte 1920 25 000.

Diese Blüte der Gewerkschaftsbewegung wurde durch die Unterdrückung des Generalstreiks im Oktober 1920 zerstört, und einige der damals vernichteten Gewerkschaften konnten sich bis heute nicht wieder von diesem Schlage erholen. Es wurde ein Antistreikgesetz erlassen, welches bestimmt, daß die Gewerkschaftsstatuten von einem Richter als legal anerkannt werden müssen. Es wurden zwar fast überall legale Gewerkschaften neu gegründet, aber ihre Mitgliederzahl ist gegenwärtig sehr gering. Dies trifft vor allem auf Altrumänien zu. Hier gibt es bloß in Galatz und Ploesti trotz des Terrors der Jahre 1920/21 eine bedeutendere Gewerkschaft; außerdem in der Bukowina und Siebenbürgen. Aber auch in diesen Gebieten ist die Zahl der gewerkschaftlich Organisierten stark zurückgegangen; sie ist aber in den letzten Monaten wieder im Steigen begriffen.

Mit dem zahlenmäßigen Niedergang der Gewerkschaftsbewegung ging auch ein ideologischer Rückschritt vor sich. Die meisten Gewerkschaftsführer sind schon wieder für Amsterdam, evtl. für die Neutralität nach rechts und links. Diese Neutralität führte dazu, daß man Argumente der I. W. W. und der italienischen und französischen Syndikalisten in der Bewegung gebraucht. Der gegenwärtige Zustand der Gewerkschaftsbewegung muß daher als ein unbefriedigender bezeichnet werden.

Der Organisationsform nach sind die Arbeiter nach Professionen organisiert. Mehrere Gewerkschaften bilden einen professionellen Verband, und an der Spitze steht die Gewerkschaftskommission. Seit Mai/Juni 1921 bestanden zwei Gewerkschaftskommissionen: eine von den Sozialdemokraten, die andere von den Zentristen geleitet. Dieselben wurden vor einigen Wochen vereinigt und werden Anfang Juni einen Kongreß mit folgender Tagesordnung abhalten: Generalstatut, Autonomie der Gewerkschaften, Reorganisierung. Die K o m m u n i s t e n konnten bei den Gewerkschaften Altrumäniens, Beßarabiens und eines Teiles von Siebenbürgen festen Fuß fassen. Da aber fast alle bedeutenden Führer im Gefängnis sitzen, so fehlt die geistige Kraft zum weiteren Ausbau.

B e t r i e b s r ä t e sind sofort nach dem Waffenstillstand entstanden, hatten aber über ihre Aufgaben keinen klaren Begriff. Jetzt bestehen hier und da Betriebsräte mit den Rechten der ehemaligen Vertrauensleute.

Die L o h n k ä m p f e gehen in Rumänien trotz des scharfen Widerstandes der Regierung weiter. Die Lage der Arbeiterschaft ist eine

sehr schlechte. Die Lebensmittelpreise sind gegenwärtig vierzigmal höher als im Jahre 1914, während die Löhne ungefähr auf das Fünfzehnfache gestiegen sind. Doch sind die Verhältnisse für die Streikbewegung ungemein schwierig. Das Antistreikgesetz verbietet den Streik der Arbeiter in Staats-, Gemeinde- und Lebensmittelbetrieben. Allen anderen Arbeitern ist ein Streik nur erlaubt, wenn alle Versuche, die Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern durch Schiedsspruch zu regeln, gescheitert sind. Das Gesetz fordert außerdem die Autonomie der Gewerkschaften gegenüber den politischen Parteien. Die Existenz von drei politischen Arbeiterparteien und die bestialischen Verfolgungen der Kommunisten führten tatsächlich zu einem gewissen antipolitischen Geist in den rumänischen Gewerkschaften. Es kommt sogar vor, daß Kommunisten die Forderung aufstellen, daß keine Politik in den Gewerkschaften getrieben werden soll. Es besteht die Gefahr, daß diese Neutralität die Arbeiter politisch und ideologisch den bürgerlichen Parteien ausliefert.

Die politische Arbeiterbewegung. Die Geschichte der rumänischen Arbeiterbewegung ist eine Kette schwerster Verfolgungen von Beginn bis zum heutigen Tage. In den neu an Rumänien angeschlossenen Gebieten sind die Verhältnisse anders gewesen. In der Bukowina gab es von jeher eine stark rechts gerichtete sozialdemokratische Bewegung, in Siebenbürgen und dem Banat eigentlich gar keine politische Partei, da hier nach dem ungarischen Organisationssystem jedes Mitglied der Gewerkschaften zugleich als Mitglied der Sozialdemokratischen Partei galt. Die Arbeiterbewegung Beßarabiens endlich bildete einen Teil der russischen Arbeiterbewegung. Das gegenwärtige Bild der Arbeiterbewegung ist folgendes:

Es gibt drei politische Arbeiterparteien.

Die Sozialdemokraten haben sich für ganz Rumänien zusammengefunden und die „Federation der sozialistischen Parteien Großrumäniens" gebildet. Die einzelnen Provinz-Parteien besitzen eine große Autonomie. Die Hauptstütze dieser Föderation ist die Sozialdemokratische Partei der Bukowina. Sie besitzt schwache Organisationen im Banat und Siebenbürgen. Ihr angeschlossen ist die Sozialdemokratische Partei Altrumäniens, die überhaupt keine Organisation hat und die bei ihrer Gründung in der Bukarester Organisation im ganzen 19 Intellektuelle und Kleinbürger und einen einzigen Arbeiter hatte. Die Federation ist der 2½ Internationale angeschlossen, obwohl ein Teil ihrer Führer, vor allem Grigorovici, dagegen waren.

Die Zentristen mit dem offiziellen Namen „Sozialistische Partei Rumäniens“ gehören inoffiziell der 2½ Internationale an und glauben, daß sie mit der Serrati-Partei identisch sei. Ihre Bewegungsfreiheit ist größer als die der Kommunistischen Partei, und sie waren daher imstande, kleine Organisationen im Lande zu gründen. Die Partei nähert sich, nach ihrer Presse zu urteilen, immer mehr der Sozialdemokratie. Wie ein sozialdemokratischer Führer Mitte April im Czernowitzer „Vorwärts“ ausführte, gibt es heute, wenn beide Parteien Moskau gegenüber dieselbe Stellung einnehmen, keinen Grund, die Vereinigung weiter zu verschleppen. Die Sozialisten vermeiden bisher die Vereinigung, weil die Sozialdemokraten bei den Massen vollständig kompromittiert sind. Die Zentristen beschäftigen sich vor allem mit theoretischen Auseinandersetzungen mit den Kommunisten. Ihre Hauptgesichtspunkte sind:

In Rumänien ist gegenwärtig eine Revolution unnötig, man muß den Marxismus studieren, kräftige Organisationen unter einer zielbewußten Leitung schaffen, Anschluß an die Kommunistische Internationale nur, wenn diese auf Direktiven, Bedingungen und Thesen, auf alle ihre sonderbaren Theorien, die sich als falsch und gefährlich erwiesen haben, verzichtet. Manche gehen im Kampf gegen die Kommunistische Internationale so weit (der sozialistische Führer J. Moscowics, der Sozialdemokrat Grigorovici), daß sie in Versammlungen erklärten, sie seien für ihre politischen Handlungen von der bolschewistischen Partei Rußlands „zu Tode verurteilt worden“. Die Sozialisten wünschen eine Vereinigung mit der Kommunistischen Partei unter der Voraussetzung, daß sich letztere auflösen soll.

Die Kommunistische Partei, dem offiziellen Namen nach „Sozialistisch-kommunistische Partei“ (Beschluß des verhafteten Kongresses Mai 1921), befindet sich in einer ungemein schwierigen Lage, da die Mehrzahl der Mitglieder und der Führer verhaftet sind. Die Genossen, die noch frei sind, besitzen keine genügende politische Erfahrung, um die geringen Möglichkeiten, welche der wütende Terror läßt, voll ausnutzen zu können.

Die Kommunistische Partei ist die Nachfolgerin der alten Sozialdemokratischen Partei. Nach der Rückkehr der rumänischen Delegation aus Rußland, Februar 1921, erklärten die Sozialdemokraten ihren Austritt. Auf dem Kongreß im Mai 1921, der den Anschluß an die Kommunistische Internationale beschlossen hatte, erklärten sich die Zentristen noch bereit, in der Partei zu bleiben. Nach 6 Monaten sagten sich auch diese los, und der Rest der Partei konstituierte sich

als „Kommunistische Partei". Die Partei war bis zur letzten Zeit infolge des weißen Terrors vollständig illegal, so daß wir nähere Angaben über ihre Tätigkeit nicht veröffentlichen können.

Der weiße Terror. Ganze Bücher könnte man in dieser Hinsicht über Rumänien schreiben. Leider ist das Material nicht gesammelt und die sofortige Veröffentlichung unmöglich. Der weiße Terror der rumänischen Bourgeoisie stellt Rumänien in die Reihe der barbarischen Länder. Und es wäre ein Verdienst für die „Demokratie", wenn man die Taten der Bratianu, Avarescu und Genossen der Welt bekannt machen würde. Wir müssen uns hier darauf beschränken, die Terrorepochen zu erwähnen und die schrecklichen Leiden der vielen Arbeiter und Intellektuellen im einzelnen verschweigen.

1907: Noch während die Kanonen gegen die Bauern und die Dörfer gedonnert haben, hat die damalige liberale Regierung auch den Terror gegen die Arbeiterbewegung begonnen. Die Parteilokale wurden teils geschlossen, teils von den Polizisten vernichtet, die Zeitungen und Broschüren beschlagnahmt, den Genossen die Verbindungen mit den Dörfern untersagt, viele Genossen verhaftet und des Landes verwiesen.

1908, 1909, 1912: Während dieser Zeit litt die Arbeiterschaft im Kampfe für die Annullierung des Ausweisungsbefehls gegen den Genossen Rakowsky unter der Verfolgung der Regierung.

Im Jahre 1913 kamen die Verfolgungen als Antwort auf die Haltung der sozialistischen Arbeiterschaft gegenüber dem Krieg, den die rumänische Bourgeoisie gegen Bulgarien aufgenommen hat.

1914, 1915 und 1916 dauerten die Verfolgungen der rumänischen Arbeiterschaft, welche den Krieg bekämpfte, durch die Bratianu-Regierung an. Im Jahre 1915 wurden während einer Demonstration in Galatz neun Arbeiter erschossen. Im Jahre 1916, einige Tage nach Ausbruch des Krieges, verhaftete die Regierung den Genossen Rakowsky, schleppte ihn nach der Moldau, wo er am 1. Mai 1917 von den russischen Soldaten befreit wurde.

1917 und 1918 wurden im Okkupationsgebiet Genossen für Verbreitung von Flugschriften zu mehreren Jahren Zuchthaus verurteilt. In der Moldau, dort, wo die rumänische Bourgeoisie und die Militärkaste trotz ihrer unsicheren Existenz ein tolles Leben führten, wurden mehrere Genossen, Soldaten und Zivilisten, verhaftet und standrechtlich erschossen, darunter auch einer der besten Marxisten in Rumänien, Genosse Max Wechsler.

Der 13. Dezember 1918 bleibt ein Trauertag für die rumänische Arbeiterbewegung. Schon am Frühmorgen dieses Tages hatte die Bukarester Regierung die Maschinengewehre auf den Dächern der Häuser aufgestellt, und am Nachmittag wurde gegen die friedlichen und unbewaffneten Demonstranten losgefeuert; über 100 Genossen wurden getötet. Das Bukarester Parteibüro wurde vom Militär besetzt, die Gelder geraubt, das Mobiliar verbrannt. 53 führende Genossen wurden verhaftet und zu Tode geprügelt. Dieses brutale Vorgehen der Regierung zwang die Partei neuerdings zu illegaler Tätigkeit.

Im Sommer 1920 wurden mehrere Genossen, an der Spitze Konstantinescu, verhaftet und zum Tode oder lebenslänglicher Kerkerstrafe verurteilt.

Im Oktober 1920 gab der Generalstreik Gelegenheit zu Verfolgungen im ganzen Lande. Tausende wurden verhaftet und Hunderte zu 5—10 Jahren Kerker verurteilt. In Bacau schleppten die Offiziere den Genossen Dr. Aroneanu in die Kaserne und töteten ihn. Der Belagerungszustand wurde verhängt, das Erscheinen der Zeitungen verboten, die Versammlungsfreiheit unterdrückt und eine neue Hetze gegen die Genossen unternommen. Wieder wurden Hunderte von Genossen in Beßarabien, Siebenbürgen und Altrumänien verhaftet. Die Verfolgungen der Regierung wegen des Generalstreiks verursachten das Attentat des Anarchisten Max Goldstein im Senat im Dezember 1920. Im Mai 1921 erfolgte die Verhaftung der Kongreßdelegierten während der Tagung, trotzdem der Kongreß durch einen besonderen Beschluß des Regierungsrates erlaubt wurde, weil der Kongreß den unbedingten Anschluß an die Kommunistische Internationale vollzogen hatte. 75 Genossen wurden verhaftet und die Zeitung wieder verboten; die Tätigkeit der Organisationen mußte unterbleiben. Seit drei Monaten dauert der Prozeß gegen die Genossen, die sich der Kommunistischen Internationale angeschlossen haben, gegen diejenigen, die die illegale Bewegung geführt haben und gegen die, die an dem Attentat beteiligt waren. Selbst während der Tagung des Prozesses sind die Genossen einer schrecklichen Behandlung ausgesetzt; ohne jeden Grund werden Genossen gekettet und in den Kerker geworfen, und fast alle zwei Wochen wiederholt sich der Hungerstreik der Angeklagten. Der Genosse Filipescu, der sich unter den Angeklagten befand, wurde „auf der Flucht" erschossen. Die Regierung hat den Kommunisten verboten, in öffentlichen Versammlungen das Wort zu ergreifen. Unter diesen Umständen konnte sich bisher keine kommunistische Massenbewegung entwickeln.

Schweden.

Flächeninhalt: 448 278 Quadratkilometer. Bevölkerung (in Tausend):

1880	4565,6
1890	4784,9
1900	5136,4
1910	5522,4
1920	5904,4

	Einwanderung in Tausend	Auswanderung in Tausend
1913	8,4	20,3
1918	4,9	4,8
1919	7,8	7,3
1920	10,8	10,2

Schweden ist eine konstitutionelle Monarchie. Die Bevölkerung besteht fast durchweg aus Schweden. Der Religion nach ist sie evangelisch. Reichstag mit zwei Kammern, gewählt auf Grund des allgemeinen Wahlrechtes.

Parteien:

1. Höger (Konservative, Kapitalisten),
2. Bondeförbundet (Liberale, Bauern und Agrarpartei),
3. Frisinnade (Freisinnige, Partei der Intellektuellen und der mittleren Bauern),
4. Socialdemokrater (Sozialdemokraten, Arbeiter und intellektuelle Kleinbürger),
5. Venstersocialister (Links - Sozialisten, die auf dem Kongreß März 1921 die 21 Bedingungen der Kommunistischen Internationale nicht angenommen haben),
6. Kommunister (Kommunisten).

Stimmenzahl und Fraktionsstärke.

	Konservative	Liberale	Freisinnige	Sozialdemokraten	Linkssozialisten	Kommunisten
Wählerzahl 1921	448 556	192 097	332 265	630 901	45 070	90 600
Fraktionsstärke 1922	62	21	41	93	6	7

Berufsstatistik nach Klassengesichtspunkten (in Tausend).

	Landwirtschaft 1910	Handel 1910	Industrie 1913	Industrie 1918	Industrie 1919
Selbständige	15,5	142,7	—	—	—
Halbproletar.	1200	83,6	—	39,3	44
Arbeiter	976,4	18,8	368,5	384,5	391,9

Der größte Teil von Schweden ist felsiges Gebirgsland mit mächtigen Wäldern. Landwirtschaft wird hauptsächlich an der Südküste getrieben, wo auch die Bevölkerung zusammengedrängt ist. Charakteristisch sind kleine, gut bewohnbare Landschaften und große menschenarme Zwischengebiete. Der Landwirtschaftsbetrieb ist intensiv mit hohen Hektarerträgen.

Erntestatistik für Getreide.

	1913	1918	1920	1921
Bebaute Gesamtfläche in 1000 ha	3700	3827	3788	3788
Gesamtertrag in 1000 t	3032,5	2251,2	2652,9	2922
Hektarertrag in q				
Herbstsaat	17	14,1	17,4	
Frühlingssaat	15,6	12,1	14,9	

Die Viehzucht ist durch natürliche Wiesen, Almböden (Säter) und Waldweide (es gibt förmliche Waldalmen und Lichtungen), aber auch durch starken Anbau von Futterpflanzen begünstigt.

	in 1000 Stück		
	1913	1918	1919
Pferde	660	710,8	715,6
Rinder	3069,1	2584,1	2550,8
Schweine	1023,4	633,8	716,7

Unter den Bergprodukten ist heute nur mehr das schwedische Eisenerz von internationaler Bedeutung. Eisenerzproduktion in 1000 Tonnen: 1913 7475,5, 1918 6623,6, 1919 4981,1, 1920 4523. Starker Rückgang der Eisenerzförderung infolge der Weltkrise in der Eisenindustrie.

Schweden teilt das Schicksal anderer erzreicher, aber kohlenarmer Länder, mit seinen Erzen einer ausländischen Industrie zu dienen, deren Endprodukte es zum großen Teil importieren muß. Bei der Unmöglichkeit billiger Massenproduktion ist es hauptsächlich auf Erzeugung von Qualitätswaren angewiesen. Die Fabrikindustrie faßte zuerst in den Häfen (Kohlenzufuhr) und an Wasserfällen Fuß. Die Großindustrie ging von der Landwirtschaft und mehr noch von der Mineral- und Waldproduktion aus und konzentrierte sich auf einheimische Rohstoffe, griff aber bald auch auf importierte Rohstoffe über und verspricht, durch elektrische Kraft, einen großen Aufschwung zu nehmen.

Wichtigste Industrien.

Jahr	Eisen und Stahl	Eisenbahnwaggons	Schiffe	Maschinen	Holz	Papier mech.	Papier chem.
			in 1000 Einheiten				
	t	Kr.	Kr.	Kr.	cbm	t	t
1913	196,7	9 477	19 733	192 867	4458,6	293	831,2
1918	153,3	9 873	95 023	648 889	3892,3	266,4	653,7
1919	136,4	16 737	131 232	603 697	4569,2	267,2	682
1920	—	—	136 866	—	4807,1	324,7	973,6

Außenhandel (in Millionen Kronen).

		1913	1918	1920	1921
Einfuhr:	Kr.	846,5	1 233,3	3 373,5	1266,1
	1000 t	8 500	4 500	6 100	—
Ausfuhr:	Kr.	817,3	1 350,4	2 293,6	1097,1
	1000 t	16 000	8 800	11 000	—

Das Eisenbahnnetz hat einen Gesamtumfang von 15 154 km (1919); Dampfer, Motorfahrzeuge 726 355 (1921); Segelschiffe 92 771 Nettotonnen (1921).

Notenumlauf (in Millionen Kronen): 1913 234,5, 1918 813,5, 1920 759,9, 1921 627,7. Der Dollar in Stockholm: Parität 3,75, 1918 3,47, 1922 (Frühjahr) 3,87. Am Ende des Weltkrieges stand die schwedische Krone über dem Dollar, gegenwärtig besteht ein geringes Disagio.

Staatsfinanzen.

Jahr	Ausgaben	Heeres-ausgaben	Marine-ausgaben	Staatsschulden	Steuer pro Kopf
	in Millionen Kronen				in Kronen
1913	214,5	63,3	25,8	622,6	59,42
1918	907,1	—	310,1	117,3	175,—
1921	788,9	214,8	—	1270,4 (1920)	209,— (1919)

Die Staatsschulden haben sich seit dem Jahre 1913 verdoppelt, die Besteuerung fast vervierfacht.

Die Gewerksschaftsbewegung. Der Reichsverband der schwedischen Gewerkschaften wurde 1899 gebildet und arbeitete im engen Anschluß an die Schw. S. P. Er geriet bald ins reformistische Fahrwasser. 1919 trat eine Krise ein, und der Generalstreik, den der Reichsverband zur Abwehr der Unternehmeroffensive durchführen mußte, endete infolge der verräterischen Haltung der Gewerkschaftsführer mit einer vollkommenen Niederlage der Arbeiterschaft. Damals verließ eine große Anzahl Arbeiter die Gewerkschaften. Erst knapp vor dem Weltkriege begann sich die Gewerkschaftsbewegung in aufsteigender Linie zu entwickeln.

Die Mitgliederzahl der Reichsorganisation der Gewerkschaften:

1911	79 926
1914	101 207
1918	222 185
1919	258 996
1920	280 029
1921	252 361
1922 (Januar)	303 940

Eine verhältnismäßig geringe Rolle spielen die syndikalistischen Verbände. Deren Mitgliederzahl: 1911 1304, 1914 4519, 1918 20 331, 1919 24 133, 1920 30 000 (schätzungsweise).

Mitgliederzahl der größten Gewerkschaften, Januar 1922: Metallarbeiter 69 701, Gruben- und Fabrikarbeiter 51 187, Sägemühlenarbeiter 22 230.

Die schwedische Gewerkschaftsbewegung wurde im Laufe der Jahre immer mehr zu einer bürgerlich-reformistischen Verhandlungs- und Einigungsinstitution. Da die Bewegung völlig erstarrte, verlor sie sogar die Möglichkeit, ihren Mitgliedern auch nur jene Arbeitsbedingungen zu sichern, die sie sich in früheren Zeiten erkämpft

hatten. In der Nachkriegszeit entstand spontan eine Opposition, die sich im „Verband für gewerkschaftliche Propaganda" organisierte. Das eigentliche Rückgrat des oppositionellen Verbandes besteht aus den kommunistischen Gewerkschaftsklubs. Unter Beibehaltung der organisatorischen Einheit der Gewerkschaften üben die Kommunisten dort ihre Tätigkeit aus und bekämpfen jede Tendenz, aus den Organisationen auszutreten, ebenso den kleinbürgerlich-industriealistischen Anarchismus der Syndikalisten und ihren dezentralistischen Föderalismus. Gegenwärtig sind 32 Gewerkschaften, 2 Gewerkschaftssektionen und 30 kommunistische Gewerkschaftsklubs dem Verband angeschlossen. Die gesamte Mitgliederzahl beträgt 5000. Im Vorstand des größten Verbandes, des Verbandes der Metallarbeiter, verfügt die Opposition über eine Mehrheit von einer Stimme. Doch ist diese Opposition nicht einheitlich, da sie sich aus Kommunisten, Linkssozialisten und Anarchisten zusammensetzt. Im November 1920 beschloß die Vertretung des Verbandes für gewerkschaftliche Propaganda einstimmig, sich der R. G. I. anzuschließen.

Ergebnisse des Gewerkschaftskampfes.

	1918	1919	1920
Zahl der Kämpfe	2 290	2 950	3 419
Teilnehmerzahl	200 257	275 964	339 234
Durchschnittliche Lohnerhöhung pro Woche in Kronen	10,93	13,81	14,07

Vergleich mit der Preisentwicklung.

	Durchschnittlicher Lohn (in Kr.)			Erhöhung in Prozenten (1913 = 100)		
	1918	1919	1920	1918	1919	1920
pro Jahr	2178	2795	3211	100	156	194
pro Tag	7,92	10,17	11,84	107	166	209

Lebenskosten-Indexzahl: 1913 100, 1918 242, 1919 257, 1920 281, 1921 (Januar) 271.

Arbeitslosigkeit unter den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern.

	Dezember					Januar
	1913	1918	1919	1920	1921	1922
Arbeiterzahl	59 921	116 916	129 701	145 802	143 649	140 768
Arbeitslosenzahl	5 775	8 499	9 337	22 982	47 668	48 955
in Prozent	9,6	7,3	7,2	15,8	33,2	34,8

Die Zahl der gesamten Arbeitslosen war durchschnittlich dreimal so groß, wie die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeitslosen. Es gibt etwa 200 Arbeitslosenverbände, die man gegenwärtig in einen

einheitlichen großen Verband verschmelzen will. Wie die Not der Arbeitslosen ausgebeutet wird, zeigt folgendes Beispiel: Die Gesellschaft „Skogselskibet" beschäftigt gegen 12 000 vom Staate unterstützte Arbeitslose, deren Lohn um 50—60, manchmal aber auch um 80 Prozent niedriger ist als der, den die anderen Arbeiter erhalten. Die Gewerkschaftsverbände beschlossen daher, aus den Arbeitslosen, der K. P., aus den Organisationen der Syndikalisten und aus den Gewerkschaftsverbänden einen Block zum gemeinsamen Vorgehen gegen diese Gesellschaften zu bilden.

Genossenschaftswesen. Es gibt nur allgemeine Konsum- und Produktivgenossenschaften, unabhängig in Klassen- und Berufshinsicht. Die Genossenschaftsbewegung ist politisch neutral.

Zahl der Genossenschaftsverbände 1913 689, 1918 961, 1919 1063. Mitgliederzahl: 1913 139 059, 1918 239 588, 1919 262 105.

Die politische Arbeiterbewegung. Die Anfänge einer politischen Arbeiterbewegung reichen bis in die 80er Jahre zurück. Im Jahre 1889 wurde die „Schwedische Sozialdemokratische Partei" gegründet, die bald eine lebhafte Propaganda entfaltete. Ende der 90er Jahre setzte die Partei mit einer großen Propaganda für das allgemeine Wahlrecht ein und führte im Mai 1902 für dieses einen Generalstreik durch. Nach den Wahlerfolgen 1908 geriet die S. P. unter Führung Brantings vollkommen ins reformistische Fahrwasser. Nach den Parlamentswahlen 1911, die der S. P. neue Erfolge brachten, setzte die Partei ihre Evolution nach rechts fort; dazu trug auch der Einfluß der bürgerlichen „Radikalen" bei, von denen sich eine bedeutende Anzahl angesichts der sozialdemokratischen Wahlerfolge der Partei anschloß. Schon im Jahre 1909 hatte sich gegen die reformistische Politik der Parteiführer eine Opposition gebildet, die sich hauptsächlich auf den „Sozialdemokratischen Jugendverband" stützte. Zu scharfen Zusammenstößen zwischen der rechten und linken Strömung kam es bei Kriegsbeginn, als das Zentralkomitee der Partei sich der Losung des Burgfriedens anschloß und die Durchführung des Gesetzes über die Heeresorganisation unterstützte. Während des Krieges (November 1915) wurde ein liberal-sozialistisches Koalitionsministerium gebildet. Auf dem Parteikongreß, der damals stattfand, erzwang Branting unter Drohung mit seinem Rücktritt einen Beschluß, der die Koalitionspolitik nachträglich guthieß. Die Opposition des linken Flügels und des Jugendverbandes bestand aber unvermindert weiter. In der Nachkriegszeit im März 1920 bildete Branting ein

rein „sozialistisches" Ministerium, das erste „sozialistische" Ministerium in einer Monarchie.

Oktober 1920 trat das sozialistische Kabinett zurück und machte einer rechtsorientierten Regierung Platz. Die Wahlen September 1921 brachten den Rechtssozialisten besonders große Erfolge; von 230 Mandaten errangen sie 93. Diese Wahlerfolge hatten sie hauptsächlich der Listenverbindung der drei sozialistischen Parteien zu verdanken. Diese wurde mit der Begründung geschlossen, daß gegen den erneuten Ansturm der Reaktion, die durch Lohnabbau, Verlängerung der Arbeitszeit und erhöhte indirekte Besteuerung das Proletariat zu knebeln suchte, ein gemeinsames Vorgehen der sozialistischen Parteien notwendig sei. Augenblicklich setzt sich das Ministerium wiederum nur aus Sozialisten zusammen mit Branting als Ministerpräsident. Das Zentralorgan der Partei ist „Der Sozialdemokrat".

Wie bereits erwähnt, ging die oppositionelle Bewegung aus der Jugendbewegung hervor. Der „Sozialdemokratische Jugendverband" spielte in der Arbeiterbewegung seit März 1903, wo er gegründet wurde, eine bedeutende Rolle. An der Konferenz in Zimmerwald nahmen 2 Vertreter des schwedischen Jugendverbandes teil. März 1916 veranstaltete der Jugendverband in Stockholm einen Arbeiterkongreß über die Friedensfrage. Dieser Kongreß beschleunigte die Spaltung der Partei. Damals lösten sich von der sozialdemokratischen Fraktion im Parlament ungefähr 10 Mann los, die die „Linkssozialistische Fraktion" bildeten. Mit einigen linksstehenden Parteigenossen begannen im Mai 1916 die Mitglieder des Jugendverbandes die Zeitung „Politiken" herauszugeben, die damals jeden zweiten Tag erschien und heute das täglich erscheinende Organ der kommunistischen Bewegung ist. Nach dem Parteikongreß Februar 1917 kam es endgültig zur Spaltung, und im Mai 1917 konstituierte sich die neue „Linkssozialistische Partei". Die Zeitung „Politiken" wurde erweitert, in ein Tagesorgan umgewandelt, in der Provinz wurden viele Organe teils gegründet, teils den alten Sozialdemokraten entrissen. Oktober 1920 schloß sich die „Linkssozialistische Partei" der Kommunistischen Internationale an, nachdem der Sozialdemokratische Jugendverband denselben Beschluß bereits Juni 1919 gefaßt hatte. Die „Humanisten", mit Lindhagen an der Spitze, traten damals aus der neuen Kommunistischen Partei aus und bildeten eine eigene Linkssozialistische Partei. Die Kommunistische Partei zählt etwa 20 000 organisierte Mitglieder, der Jugendverband besitzt 500 Klubs mit über 25 000 Mitgliedern.

Die Schweiz.

Flächeninhalt 41 000 qkm, Bevölkerung 3 856 525, Deutsche 70 Prozent, Franzosen 20 Prozent, Italiener 8 Prozent, Romanen 2 Prozent.

Die Schweiz ist ein föderativer Bundesstaat mit 22 Kantonen. Bis 1848 war es ein Staatenbund von politisch sehr selbständigen Kantonen. Die gegenwärtige Verfassung wurde im Jahre 1848 durch Volksabstimmung festgelegt. Die wesentlichsten Punkte derselben sind außer den allgemeinen demokratischen Einrichtungen Referendum[1]) und Initiative.[2])

Das Land hat ein Milizsystem bei allgemeiner Wehrpflicht.

Dem Bunde selbst steht das Recht der Abschließung von Staatsverträgen zu und untersteht das Militärwesen. An der Spitze des Bundesstaates steht ein aus 7 Mitgliedern zusammengesetzter Bundesrat als vollziehende Behörde. Derselbe wird von der Bundesversammlung gewählt. Die Bundesversammlung besteht aus Nationalrat und Ständerat. Der Nationalrat wird vom Volke nach dem Proportionalsystem gewählt, der Ständerat von den einzelnen Kantonen.

Wirtschaftlich ist die Schweiz eines der industrialisiertesten Länder der Welt. 78 Prozent industrielle und kommerzielle, obwohl außer der Wasserkraft jedes natürliche Hilfsmittel der Industrie fehlt, und 22 Prozent landwirtschaftliche Bevölkerung. Der Import beträgt die Hälfte des Gesamtbedarfs, der Export ein Drittel der Gesamtproduktion. Neun Zehntel des Gesamtexportes bestehen aus Fertigfabrikaten. Dabei ist die Industrie stark konzentriert. — Von den Berufstätigen in der Industrie arbeiten

in Betrieben bis zu 20 Arbeitern . .	7	Prozent
in Betrieben von 21—100 Arbeitern .	22	„
in Großbetrieben über 100 Arbeiter	71	„

Die Landwirtschaft ist sehr intensiv, der Getreidebau ziemlich gering, aber die Erträge pro Hektar höher als in Deutschland. Infolge des Mangels an Ackerboden gingen die Bauern zur Milchwirtschaft und Viehzucht über. Sie vereinigten sich in mannigfachen Genossenschaften und Kooperativen, die hauptsächlich die Milch einsammeln, unter Ausnutzung der rationellsten technischen Methoden verarbeiten und im Großen verkaufen. So stellte sich die bäuerliche Landwirtschaft unter Beibehaltung des privaten Kleinbesitzes und Kleinbetriebes auf eine Groß- und Exportindustrie um, die sich hauptsächlich mit der Produktion von hochwertigen Erzeugnissen, Zuchtviehrassen, Käse, Kondensmilch usw. beschäftigt. Mit Hilfe des Genossenschaftswesens hat sich auf diese Weise die bäuerliche Landwirtschaft zur arbeitsteiligen, Waren produzierenden Kleinbauernwirtschaft entwickelt, die für das Land besonders kennzeichnend ist.

Der Mangel an Rohstoffen hat auch die Industrie zur Produktion von Qualitätsartikeln gedrängt. Es werden Halbfabrikate und Rohstoffe importiert und Qualitätsartikel ausgeführt. Statistik 1918:

---

[1]) Referendum: Wichtige Gesetze bedürfen einer Volksabstimmung, um Gesetz zu werden.

[2]) Initiative: Gesetzentwürfe können durch Petitionen mit einer gewissen Zahl von Unterschriften dem Parlament vorgelegt werden, das diese beraten muß.

	Einfuhr	Ausfuhr
An Rohstoffen	1072 Mill. Fr.	83,2 Mill. Fr.
„ Lebensmitteln	631 „ „	138 „ „
„ Fertigfabrikaten	698 „ „	1724 „ „

Produktion und Ausfuhr der Hauptindustrien 1912.

	Arbeiterzahl	Gesamtprodukt.	Ausfuhr
Stickereiindustrie	72 261	229 Mill. Fr.	219 Mill. Fr.
Uhrenindustrie	51 510	200 „ „	110 „ „
Seidenindustrie	55 982	193 „ „	173 „ „
Baumwollindustrie	31 365	183 „ „	55 „ „
Schokoladefabrikation	6 010	76 „ „	55 „ „
Farbenproduktion	11 177	30 „ „	28 „ „

Eine Spezialität ist die „Fremdenindustrie". Vor dem Kriege jährlich 500 000 Besucher. Roheinnahme 250 Millionen Franken.

Während des Krieges hatte die schweizerische Industrie eine Hochkonjunktur und große Exportüberschüsse, daher Goldzufluß. Die schweizerische Papierwährung stand höher als jene der Weltmächte. Ende 1920 trat ein Umschwung ein. Der Mangel an Absatzmärkten wurde immer stärker fühlbar; die Schleuderkonkurrenz der valutaschwachen Länder drohte jeden Export zu untergraben. Eben, weil die schweizerische Industrie eine Exportindustrie ist, wurde sie durch die allgemeine Weltwirtschaftskrise sehr stark gelähmt. Dies zeigt sich in der Statistik des Außenhandels (in Millionen Francs):

	1919	1920	1921
Einfuhr	3 533	4 243	2 296
Ausfuhr	3 298	3 277	1 764

Die hohen Transportkosten und der hohe Valutastand lähmen den Export der Industriegüter.

Die Zahl der Arbeitslosen steigt infolge der Krise von Monat zu Monat. Sie betrug:

	September 1920	August 1921	Dezember 1921	Januar 1922
Totalarbeitslose	7 275	63 182	88 967	96 580
Teilarbeitslose	10 379	74 309	53 970	49 181
Zusammen	17 654	137 491	142 937	145 761

Dies sind die amtlichen Zahlen. In Wirklichkeit ist die Zahl der Arbeitslosen viel größer. Man rechnet mit 200 000. Von der industriellen Arbeiterschaft sind 35 Prozent arbeitslos. Die Bourgeoisie sucht die Löhne der Arbeiter zu reduzieren und die Arbeitszeit zu verlängern, um die Industrie wieder konkurrenzfähig zu machen; andererseits geht sie systematisch an die Einstellung der Betriebe im eigenen Land, indem sie dieselben in die valutaschwachen Länder abschiebt. Gleichzeitig soll die Arbeiterschaft zur Auswanderung dahin gezwungen werden.

Die Gewerkschaftsbewegung. Die Entstehung der ersten Gewerkschaften datiert um die Mitte des letzten Jahrhunderts. Große wirtschaftliche Streiks kamen bereits in den 50er und 60er Jahren vor. Die Erste Internationale Arbeiterassociation zählte in den ersten Jahren ihrer Existenz in der Schweiz über 100 Vereine. Diese Vereine hatten eine genossenschaftlich-gewerkschaftliche Form und führten mit Hilfe der Internationale mehrere Streiks durch. Einige Jahre darauf entstanden bereits die ersten gewerkschaftlichen Zentralverbände. 1873 entstand der alte Schweizer Arbeiterbund, eine Organisation, die sowohl gewerkschaftliche als auch politische und genossenschaftliche Arbeitervereine in sich vereinigte. 1876 zählte derselbe 121 Vereine mit 6330 Mitgliedern. 1880 trat an seine Stelle der Schweizerische Gewerkschaftsbund, dem statutenmäßig nur gewerkschaftliche Organisationen angehören dürfen.

Jahr	Sektionen	Zentralverbände	Mitglieder
1887	56	—	1 958
1889	102	—	3 460
1891	197	—	6 950
1894	—	13	9 495
1902	—	31	25 975
1920	—		223 572

Der Gewerkschaftsbund hat gegenwärtig 400 lokale Organisationen. An allen größeren Orten gibt es Gewerkschaftskartelle, eine Vereinigung aller örtlichen Gewerkschaften, teilweise auch der politischen Parteien, mit sogenannten „Arbeiterunionen". Die Leitung des schweizerischen Gewerkschaftsbundes liegt heute in den Händen der Reformisten.

Genossenschaftsbewegung. Die Genossenschaftsbewegung hat bereits ein Alter von 70 Jahren. Die Konsumgenossenschaften vermehrten sich sehr rasch und vereinigten sich zu Verbänden. 1890 fand die erste schweizerische Genossenschaftskonferenz statt. Dieselbe beschloß die Konstituierung des „Verbandes schweizerischer Konsumvereine". Im Jahre 1891 waren demselben bereits 47 Vereine mit 35 000 Mitgliedern angeschlossen. 1920 zählte der Verband 493 Vereine mit 1806 Verkaufsläden, 320 Millionen Jahresumsatz und 362 284 Mitgliedern. Von 1910-1919 hatte sich der Jahresumsatz verdreifacht, die Mitgliederzahl um 150 000 zugenommen. Große und zentrale Warenhäuser, eigene Landgüter, eigene Fabriken und Produktionsstätten und eine eigene Bankabteilung wurden während dieser Zeit geschaffen, so daß heute der Verband schweizerischer Konsumvereine eine weit verzweigte, gut ausgebaute Organisation darstellt. Leider hat sich diese Organisation, indem sie hauptsächlich kleinbürgerliche Mittelschichten und die Arbeiteraristokratie in sich vereinigte, von der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung stark abgesondert. Sie ist kein Instrument des proletarischen Klassenkampfes. Die Leitung liegt in den Händen typischer Kleinbürger, die sich als politisch neutral ausgeben. Das grundsätzliche Programm, die Erstrebung des Sozialismus, wurde längst über Bord geworfen.

Neben diesen Konsumgenossenschaften besitzt die Schweiz ein gut ausgebautes und stark entwickeltes landwirtschaftliches Genossenschaftswesen, das im schweizerischen Bauernverband seine oberste Spitze hat.

Die Parteien lassen sich in 2 Hauptgruppen scheiden: bürgerliche und sozialistische. Das bürgerliche Lager teilt sich in 3 Hauptgruppen. Die stärkste und führende Partei ist die „Freisinnige Partei", die Partei der Großindustrie, der Banken und des Handels. die „Konservative Partei" ist Anhängerin des Feudalismus und der Zunftaristokratie und hat heute hauptsächlich in den katholischen Gegenden noch feste Positionen. Die beiden Parteien haben sich heute tatsächlich bereits ausgesöhnt. Die Freisinnige Partei ist selbst eine konservative, hemmende, konterrevolutionäre Partei geworden, von der sich Arbeiter- und Beamtenschichten immer mehr loslösen. Die alte Tradition der Freisinnigen sucht noch mit schwachem Erfolg einige linke bürgerliche Gruppen Demokraten, Jungfreisinnige und ähnliche Parteichen aufrecht zu erhalten. In allen wichtigen Fragen marschieren diese „Links"-Parteien jedoch regelmäßig mit der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse.

Die Arbeiterklasse selbst weist 3 Parteien auf, die sich wie beim Bürgertum in eine Linke, Rechte und ein Zentrum gruppieren. Die älteste historische Arbeiterpartei ist die Grütlianerpartei. Sie nennt sich sozialistisch, hat aber einen starken nationalistischen Einschlag und trat während des Krieges offen für die Vaterlandsverteidigung ein. Heute scheint in ihren Reihen eine starke pazifistisch-antimilitaristische Strömung obenauf gekommen zu sein. Das Programm des Grütlivereins ist ausgesprochen reformistisch, organisatorisch gehört er der II. Internationale an, zählt etwa 5000 Mitglieder und geht bei Wahlen und parlamentarischen Kämpfen in der Regel mit dem Bürgertum zusammen.

Die Sozialdemokratische Partei, heute die stärkste Arbeiterpartei, zählte vor der Spaltung mit den Kommunisten zirka 55 000 Mitglieder, heute werden es noch zirka 40 000 sein. Die S. P. S. gehört der Wiener Internationale an, vertritt in der Schweiz das Programm des Wiederaufbaues des Kapitalismus, läßt es aber an radikalen Phrasen nicht fehlen. Ihre Haupttätigkeit besteht in der Eroberung des Parlamentes, im Ergattern von bezahlten Aemtchen in den Behörden und der Bekämpfung der Kommunisten. Sie entpuppt sich immer mehr als getreue Helferin der Reaktion. Sie verleugnet die Diktatur des Proletariats, wenn sie gegen die Bourgeoisie angewendet werden soll, obwohl sie grundsätzlich in ihrem Programm der Diktatur zugestimmt hat. Sie ist aber für die Diktatur, wenn sie gegen die Kommunisten, besonders von ihren rechten Parteifreunden, zur Anwendung gelangt. Heute helfen die Sozialdemokraten dem Bürgertum beim Hinauswurf der Kommunisten aus den Parlamenten, in den Gewerkschaften praktizieren sie ebenfalls den Hinauswurf der revolutionären Arbeiter. Es ist heute eine unbestreibare Tatsache, daß die ausgesprochenen Reformisten vom Schlage eines Dürr und Konsorten das Heft in der Sozialdemokratischen Partei in den Händen haben, während die Zentrümler um Grimm immer mehr in ihr Schlepptau genommen werden und einzig noch dazu verwendet

werden, gegenüber der Arbeiterschaft das „revolutionäre" Gesicht der Partei zu wahren. Die Wiener „Helden" Grimm, Nobs, Heeb und Schneider werden bereits vor den Wagen der Reformisten gespannt, helfen mit bei der „Säuberung" der Gewerkschaften, leisten dem Bürgertum in den Behörden und Parlamenten „praktische" Hilfe und sehen ruhig zu, wie sich die Freunde zur Rechten trotz des „revolutionären" Parteiprogramms an der Filiale des Völkerbundes, dem sogenannten Internationalen Arbeitsamt, rührig betätigen. Ihr Los ist, zwischen Kommunismus und Reformismus aufgerieben zu werden. Dieser Aufreibungsprozeß vollzieht sich langsam, aber mit deutlicher Sicherheit.

Die Kommunistische Partei. Am 5. und 6. März 1921 vereinigten sich in der alten „Eintracht" in Zürich die alte Kommunistische Partei mit der Linken der Sozialdemokratischen Partei, die auf dem Parteitag der Sozialdemokratie im Dezember 1920 sich von der alten Partei losgelöst hatte. Die Kommunistische Partei zählt heute nahezu 6000 Mitglieder, die sich in der Hauptsache auf die Industriezentren Basel, Zürich, Genf und Schaffhausen verteilen. Sogleich nach dem Vereinigungsparteitage trat die Kommunistische Partei der Schweiz angesichts der herrschenden Reaktion und der immer größer werdenden Verelendung der Arbeiterschaft für die Bildung einer proletarischen Einheitsfront zur Führung des Abwehrkampfes ein. Die Parole fand in den Massen großen Widerhall und bewirkte auch, daß die Kommunisten innerhalb der Gewerkschaften einen großen, zum Teil führenden Einfluß erlangten.

Dies war jedoch den Gewerkschaften unbequem. Sie wollten ihre Ruhe haben, deshalb antworteten sie mit einer regelrechten Hetze, die darin gipfelte, daß Ilg & Co. den Metallarbeiterverband spalteten, indem sie kommunistische Verbandsangestellte des Amtes enthoben, kommunistisch orientierte Sektionen einfach auflösten usw. Unterdessen sabotierte man den Schweizer Gewerkschaftskongreß, der im Januar 1922 hätte stattfinden sollen, um zur Frage der Einheitsfront Stellung zu nehmen. Jedoch gewinnt die Kommunistische Partei innerhalb der Gewerkschaften tagtäglich mehr an Boden. Mehr und mehr beginnen die Massen auch bei uns den Verrat der Reformisten zu erkennen, die den revolutionären Kampf der einheitlichen Front der gesamten Arbeiterklasse sabotieren.

Den Reformisten aber ist dieser Kampf ein Greuel. Sie sehen der immer mehr um sich greifenden Reaktion in aller Gemütsruhe zu. Die Arbeiterklasse aber ist gewillt zu kämpfen. Die Kommunistische Partei hat sich zur Aufgabe gestellt, alle Kräfte anzustrengen, um die kommenden unvermeidlichen Kämpfe sowohl ideell als auch organisatorisch vorzubereiten. In diesem Sinne entfaltet sich die gesamte Agitation und Propaganda der Kommunistischen Partei.

Chronik der wichtigsten Ereignisse.

November 1918. Erster Generalstreik, der mehrere Tage dauerte, wurde von den Reformisten abgewürgt, weil sie fürchteten, daß der Generalstreik in einen Bürgerkrieg ausarten könne. Der Verrat dieser Aktion durch den rechten Flügel der S. P. S. bildete das Signal zur Spaltung der Sozialdemokratischen Partei. Hunderte von Arbeitern verhaftet.

15. März 1919. 1. Konferenz der Kommunistischen Gruppen der Schweiz in Zürich. Beschluß der Gründung der Kommunistischen Partei der Schweiz und ihr Anschluß an die Kommunistische Internationale. Die Bourgeoisie gezwungen, den Achtstundentag gesetzlich einzuführen. Das Bürgertum organisiert überall Bürgerwehren. Heftiger Richtungsstreit in der Arbeiterbewegung.

März 1919. Auf dem 1. Kongreß der Kommunistischen Internationale waren vertreten die Linke der Sozialistischen Partei und die Kommunistische Partei der Schweiz.

Juni 1920. 2. Kongreß der Kommunistischen Internationale. Bestätigung der Aufnahme der K. P. S. in die Kommunistische Internationale.

Herbst 1920. Die Weltwirtschaftskrise greift auf die Schweiz über. Die Arbeitslosigkeit steigt.

Dezember 1920. Der linke Flügel trennt sich von der Sozialdemokratischen Partei und verläßt den Parteitag.

Januar 1921. Die Bourgeoisie nützt die immer schärfer werdende Krise aus und geht zu einem allgemeinen Angriff auf die Arbeiterklasse über.

März 1921. Vereinigungsparteitag der linken Sozialdemokraten mit der Kommunistischen Partei. Die Zentrale der K. P. S. wird nach Basel verlegt.

April 1921. Die Zentrale der K. P. S. wendet sich an die Sozialdemokratische Partei und den Gewerkschaftsbund mit dem Vorschlag zur Bildung einer gemeinsamen Kampffront gegen die Reaktion. Die Leitung der S. P. und des Gewerkschaftsbundes lehnen einen gemeinsamen Kampf mit den Kommunisten gegen die Reaktion ab.

Mai 1921. Neun gewerkschaftliche Zentralverbände versammeln sich mit der K. P. S. in Trimbach. Es wird ein Aktionskomitee gebildet zur Ergreifung der Initiative zur Einberufung eines außerordentlichen Gewerkschaftskongresses. Derselbe sollte zur Offensive des Kapitals Stellung nehmen und den Abwehrkampf gemeinsam organisieren. Trotz genügender Zahl von Unterschriften lehnt die reformistische Leitung des Gewerkschaftsbundes die Einberufung dieses Kongresses ab. Später setzt sie denselben auf den 21. Januar 1922 fest. Im Bundesparlament wird in der Form einer Motion Abt die Beseitigung der gesetzlich festgelegten 48-Stundenwoche verlangt. Bundesrat Häberlein reicht eine Motion ein, die bezweckt, die Kommunisten außerhalb des Gesetzes zu stellen. Die Offensive des Unternehmertums macht Fortschritte. In einer Reihe von Berufsgruppen werden die Arbeitslöhne reduziert und die Arbeitszeit verlängert. Die Arbeitslosigkeit steigt rapid.

Dezember 1921. Tagung des Schweizer Metall- und Uhrenarbeiterverbandes in Bern. Beschluß über den Ausschluß von sechs Funktionären aus dem Verbande, weil sie Kommunisten sind. Sektionen, die diesem Beschluß nicht nachkommen, werden ohne weiteres vom Zentralvorstand aufgelöst. Das kommt einer Spaltung des Schweizer Metallarbeiterverbandes gleich. Die reformistische Leitung des Gewerkschaftsbundes bekommt Mut und verschiebt den Gewerkschaftskongreß auf unbestimmte Zeit.

Februar 1922. Die Delegiertenversammlung des Typographenbundes verbietet die Fraktionsbildung innerhalb des Verbandes und droht den Kommunisten, die dagegen verstoßen, mit dem Ausschluß. Ebenso verbietet der Gemeinde- und Staatsarbeiterverband, sowie die Gewerkschaft der Handels- und Transportarbeiter die Bildung von Zellen und Fraktionen.

Es wird ein gemeinsames Aktionskomitee der drei proletarischen Parteien und Gewerkschaften gegen die Lex Häberlein gebildet. Im April sind bereits 100 000

Unterschriften von Schweizerbürgern beisammen. Das Referendum ist somit zustandegekommen. Das Gesetz muß der Volksabstimmung unterbreitet werden und wird sehr wahrscheinlich verworfen.[1])

Die Krise greift auf die Landwirtschaft über. Die K. P. S. verlangt die Annullierung der Hypothekarschulden.

Königreich der Serben, Kroaten und Slovenen.

Die allgemeine politische Lage und die K. P. Jugoslaviens.

Zum ersten Mal in der Geschichte hatten sich nach dem Zusammenbruch der österreichisch-ungarischen Monarchie Ende 1918 die Serben, Kroaten und Slovenen, die als drei Stämme eines Volkes angesehen werden können, zu einem gemeinsamen Nationalstaat vereinigt. Die Vereinigung wurde im ganzen Lande mit großem Pomp gefeiert. Selbst die Arbeiterklasse der früheren österreichisch-ungarischen Provinzen konnte sich der allgemeinen nationalistischen Psychose nicht erwehren. Die Erfahrung des dreieinhalbjährigen Zusammenlebens beweist aber, daß die Vereinigung die Serben, Kroaten und Slovenen einander nicht genähert, sondern sogar entfremdet hat. Der Gegensatz zwischen den Serben und Kroaten zum Beispiel ist heute größer als je zuvor. Was sind die Gründe dafür?

Die kroatische und slovenische Bourgeoisie begrüßte die nationale Befreiung mit größter Begeisterung, da sie unter ihr selbstverständlich die Befreiung i h r e s Kapitals von der privilegierten Konkurrenz und Vormundschaft des österreichisch-ungarischen Kapitals verstand. Die serbische Bourgeoisie, die während des Krieges und insbesondere infolge der Okkupation sehr großen Schaden erlitten hat — während die kroatische und slovenische Bourgeoisie zu d e r Zeit ziemlich gute Geschäfte gemacht hatte —, sah im vergrößerten Vaterland vor allem ein vergrößertes Exploitationsobjekt und eine vergrößerte Möglichkeit für ihre rasche Bereicherung. Um dies verwirklichen zu können, behielt sie die ganze Staatsgewalt für sich. Die Dynastie identifizierte ihre Interessen mit jenen der serbischen Bourgeoisie und befestigte dadurch ihre Position. Die kroatische und slovenische Bourgeoisie mußten sich mit politi-

[1]) Es ist inzwischen tatsächlich verworfen worden.

schen Brosamen zufrieden geben. Die Vorherrschaftspolitik der serbischen Bourgeoisie stieß aber bald auf den heftigen Widerstand der kroatischen und slovenischen Bourgeoisie, der um so größer wurde, je krasser der ökonomische Hintergrund der serbischen Politik zutage trat. Sich als Klasse möglichst bald zu restaurieren, mochte es auch auf Kosten der kroatischen und slovenischen Bourgeoisie sein, war das Hauptziel, dem die serbische Bourgeoisie mit Aufgebot der ganzen Staatsgewalt rücksichtslos zusteuerte. Diese Vorherrschaftsbestrebungen kamen besonders in der Finanz-, Handels- und Verkehrspolitik klar zum Ausdruck. Im Gegensatz ihrer Klasseninteressen liegt der Hauptgrund der gegenwärtigen großen Gegensätze zwischen der serbischen, der kroatischen und slovenischen Bourgeoisie. Sowohl die serbische als auch die kroatische und slovenische Bourgeoisie versuchen mehr oder weniger, ihre Klassengegensätze in ein nationales Gewand zu kleiden, damit sie auf diese Weise das ganze Volk in den Dienst ihrer besonderen Klasseninteressen stellen können. Jugoslavien ist daher zum Schauplatz großer nationalistischer Hetze geworden, an der leider auch ein Teil der Arbeiter teilnimmt.

Diese Gegensätze kamen auch in der Verfassungsfrage klar zum Ausdruck. Die serbische Bourgeoisie trat für die streng zentralisierte Verfassung ein, während sich die kroatische und slovenische Bourgeoisie für die föderalistische Staatseinrichtung aussprachen. Trotz des großen Widerstandes gelang es der serbischen Bourgeoisie, durch Terror und Korruption dem Lande eine reaktionäre Verfassung aufzuzwingen, wodurch ihre Vorherrschaft gesichert wurde. Die neue Verfassung erregte noch heftigere Kämpfe. Alle Angriffe der kroatischen und slovenischen Bourgeoisie konzentrierten sich auf die neue Verfassung. Die Verfassungsrevision wurde als erste politische Parole aufgestellt.

Aber auch der Arbeiterklasse und den breiten Schichten der armen Bauernschaft aus den früheren österreichisch-ungarischen Provinzen hat der neue Staat große Enttäuschungen gebracht. Oesterreich-Ungarn war, und dies mit Recht, für unser Volk das Symbol der politischen und sozialen Reaktion, dessen Zusammenbruch gleichbedeutend mit dem Zusammenbruch der politischen und sozialen Reaktion sein sollte. Diese Hoffnungen erwiesen sich als Selbsttäuschungen, wie es die Serbische Sozialistische Partei von ihrem revolutionär-marxisti-

schen Standpunkt aus vorausgesagt hatte. Statt der Pressefreiheit wurde eine strenge Pressezensur eingeführt, als sie je in Oesterreich-Ungarn bestanden hat. Statt politischer Freiheit setzte eine wilde Verfolgung aller freisinnigen und revolutionären Elemente ein. Darin liegt eine der Hauptursachen der großen und immer mehr wachsenden Unzufriedenheit der Volksmassen.

Die zweite Ursache liegt in der ständigen Aufschiebung der Lösung der Agrarfrage. Serbien ist ein klassisches Kleinbauernland ohne Großgrundbesitz. Hier wurde die Agrarfrage noch im Anfange des vorigen Jahrhunderts auf revolutionärem Wege gelöst. Gerade deswegen war Serbien ein Anziehungspunkt für die proletarischen und halbproletarischen Bauernmassen der früheren österreichisch-ungarischen Provinzen. Aber als diese Bauernmassen im Augenblick des Zusammenbruches Oesterreich-Ungarns das Land nach dem serbischen revolutionären Vorbilde in Besitz nehmen wollten, stießen sie nicht auf direkten Widerstand der Großgrundbesitzer, die zum größten Teil fremder Herkunft und daher sehr eingeschüchtert waren, sondern auf die serbische Armee, die in aller Eile entsandt wurde, um das heilige Privateigentum der Großgrundbesitzer sicherzustellen. So hat die serbische Armee, die im Dienste der serbischen Bourgeoisie stand, in der jugoslavischen „nationalen Revolution" eine konterrevolutionäre Rolle gespielt. Und die Agrarfrage ist auch heute, vier Jahre nach der Entstehung Jugoslaviens, noch nicht gelöst! Dies und die immer steigende Teuerung, unter welcher die arbeitenden Massen soviel leiden, verursachen die allgemeine Unzufriedenheit, die das Wesen der inneren Lage bildet.

Daher befindet sich Jugoslovien seit seiner Entstehung in einem sehr labilen Gleichgewicht. In dieser Situation hat sich die Kommunistische Partei Jugoslaviens, dank ihrer revolutionären Haltung, zu einem großen politischen Faktor durchgerungen. Nicht nur fast die gesamte organisierte Arbeiterklasse, sondern auch die breiten Schichten der armen Bauern stehen unter dem mächtigen Einfluß der K. P. J. Bei den letzten Wahlen entfielen trotz des größten Terrors über 200 000 von etwa 1½ Millionen Stimmen und 59 von 419 Mandaten auf die K. P. J. Das Wahlergebnis war um so bedeutender, als die Partei die Wahlkampagne mit offen revolutio-

nären Parolen führte. Die regierende Bourgeoisie sah in der rapiden Entwicklung unserer Partei eine Gefahr für ihre Klassenherrschaft. Unsere Gewerkschaften leisteten dem Raubzuge der profitgierigen jungen Bourgeoisie starken Widerstand. Die Klassengegensätze spitzten sich immer mehr zu. Alle größeren Streiks gaben der Regierung Anlaß zu Blutvergießen. Bei dem Eisenbahnerstreik 1920 wurden 14 Streikende auf der Straße in Laibach erschossen. Bei dem Bergarbeiterstreik Ende 1920 und Anfang 1921 kam es vielerorts zu blutigen Zusammenstößen. Der Aufruf des Zentralgewerkschaftsrates und der K. P. zum Generalstreik zum Zeichen des Protestes gegen die angeordnete Militarisierung der streikenden Bergarbeiter gab der Regierung Anlaß zu einer Verordnung, der zufolge nicht nur alle kommunistischen Parteiorganisationen, sondern auch alle Gewerkschaften aufgelöst wurden. Die kommunistische Presse wurde eingestellt, alle kommunistischen und gewerkschaftlichen Archive und Kassen konfisziert, alle Arbeiter-Buchhandlungen, Druckereien und Arbeiterheime über Nacht militärisch besetzt. Diese antikommunistische Verordnung hatte vor allem den Zweck, der Arbeiterklasse zu zeigen, daß die jugoslavische Regierung um jeden Preis die sich rapid entwickelnde und infolgedessen noch nicht fest organisierte Partei vorzeitig in einen Kampf verwickeln wollte, um ihr eine vollständige Niederlage zu bereiten. Die Arbeiterklasse Jugoslaviens ließ sich aber nicht provozieren. Nach zähem Kampf zog sie sich zurück, um sich für die neuen Kämpfe besser vorbereiten zu können.

Die anti-kommunistische Verordnung war nur der erste Schritt zur rücksichtslosen Diktatur. Die Gründe hierfür waren erstens ökonomische. Jugoslavien bot nach dem Kriege ein sehr fruchtbares Feld für die Spekulation verschiedenster Art. Solange die ungeregelte Doppelwährung (serbische und österreichisch-ungarische Kronen) bestand, konzentrierte sich die Spekulation auf Valutageschäfte. Da Jugoslavien außerdem gleich nach dem Kriege in der beneidenswerten Lage war, große Mengen von Agrarprodukten ausführen zu können, zog das in den Banken konzentrierte und die Ausfuhr monopolisierende Kapital aus der großen Differenz zwischen dem Inland — und dem Weltmarktpreise der Agrarprodukte glänzende Profite. So hatte das ganze Kapital die gewinnbringende Form des kauf-

männisch-spekulativen Kapitals angenommen. An den Wiederaufbau der Industrie wollte man gar nicht denken. Aber die goldene Ernte der Spekulation konnte nicht ewig dauern. Die Anpassung der inländischen Preise der Agrarprodukte an jene des Weltmarktes, die sich Ende 1920 in ziemlich raschem Tempo zu vollziehen begann, bereitete der Ausfuhrspekulation ein Ende. Das Bankkapital mußte sich jetzt der Industrie zuwenden. Aber, gewohnt an fabelhafte Profite, wollte es sich mit dem normalen Profit nicht zufriedengeben. Es blieb nur ein Mittel übrig: die Verlängerung der Arbeitszeit und die Herabsetzung der Löhne. Zur leichteren Verwirklichung dieses Ziels war es notwendig, die revolutionären Gewerkschaften und die K. P. lahmzulegen. Das war der erste Grund für die Errichtung der bürgerlichen Diktatur.

Der zweite Grund liegt in der innerpolitischen Lage. Der regierende serbische Block hatte in den letzten Wahlen eine Niederlage erlitten. Er hatte im Parlament keine Mehrheit. Er wollte aber trotzdem am Ruder bleiben, um um jeden Preis eine reaktionäre Verfassung durchzupressen. Da es sich dabei um eine Lebensfrage der serbischen Dynastie und der serbischen Bourgeoisie handelte, war ihr jedes Mittel recht. Die Gegensätze zwischen den serbischen Regierungsparteien und den kroatisch-slovenischen Oppositionsparteien näherten sich ihrem Höhepunkte. Die Kommunistische Partei nützte alle diese Gegensätze geschickt aus. Dies beunruhigte die Regierung immer mehr. Sie entschloß sich darum, gegen die Kommunistische Partei mit Gewalt vorzugehen, was auch die kleinbürgerlichen und kleinbäuerlichen oppositionellen Parteien einschüchtern und zum Gehorsam zwingen sollte. Das war der zweite Grund für den antikommunistischen Sturm.

Der dritte Grund ist internationaler Natur. Infolge seiner finanziellen Abhängigkeit befindet sich Jugoslavien stark unter Einfluß des französischen Imperialismus. Jugoslavien ist daher bereit, wahrscheinlich auch dazu formell verpflichtet, auf Befehl Frankreichs an jeder bewaffneten Intervention gegen Sowjetrußland teilzunehmen. Um die Durchführung eines solchen Abenteuers zu ermöglichen, war es notwendig, alle revolutionären Kräfte im Lande lahmzulegen.

Einige Monate nach dem Erscheinen der antikommunistischen Verordnung war es aber ganz klar, daß dies ein Fehlschlag war. Die Arbeiterklasse blieb trotz ungeheurer Verfolgungen

ihren kommunistischen Idealen treu; aber die Bourgeoisie wollte nicht nachgeben. Sie begann einen noch stärkeren Schlag gegen die Arbeiterklasse vorzubereiten. Die im Juni und Juli vorigen Jahres verübten Attentate dienten zum Vorwand. Anfang August 1921 erschien das bekannte Ausnahmegesetz gegen die Kommunisten, demzufolge jede kommunistische Propaganda als Verbrechen angesehen und bis zu 20 Jahren Zuchthaus oder mit dem Tode bestraft werden kann. Alle kommunistischen Gemeinderäte wurden suspendiert, alle Beamten, die der Kommunistischen Partei angehörten, entlassen, die kommunistische parlamentarische Fraktion — ein einzigartiges Beispiel in der Geschichte des Parlamentarismus — wurde aufgelöst. Der rücksichtsloseste weiße Terror setzte ein. Tausende von den besten Proletariern wurden in Gefängnisse gesteckt, wo sie unerhörten Qualen ausgesetzt waren. Alle Mitglieder des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei wurden verhaftet und des Hochverrats angeklagt. So dauerte die Schreckensherrschaft einige Monate unvermindert an. Während dieser Zeit stellten sich die Sozialdemokraten und die Zentristen in den direkten Dienst der Polizei. Als Entgelt dafür erhielten sie von der Polizei alle konfiszierten kommunistischen Archive und Kassen, Buchhandlungen, Druckereien und Arbeiterheime. Die Unverschämtheit der Sozialverräter übertraf selbst die der regierenden Bourgeoisie. Aber trotzdem, oder richtiger gesagt, gerade deswegen hatte das klassenbewußte Proletariat Jugoslaviens für die Polizeisozialisten nur — tiefe Verachtung. Nach einigen Monaten konnte die Bourgeoisie wieder einmal feststellen, daß sich das jugoslavische Proletariat von dem revolutionären Wege des unversöhnlichen Klassenkampfes durch nichts abbringen läßt. Dazu kam noch ein für die Bourgeoisie sehr unangenehmer Umstand. Es wurde nämlich in beiden Attentatsprozessen festgestellt, daß die Kommunistische Partei mit den verübten Attentaten gar nichts gemein hatte. Das war ein schwerer Schlag für die Regierung, die den weißen Terror falsch begründet hatte. Die Mitglieder der Zentralkomitees konnten wegen der Attentate nicht verurteilt werden. Sie wurden dennoch wegen kommunistischer Propaganda zu zwei Jahren Kerker verurteilt. Die Kommunistenprozesse haben in der Tat die Bourgeoisie in höchstem Maße kompromittiert und der Kommunistischen Partei neuen Stoff für ihre Propaganda geliefert.

Die Verfolgung der Kommunistischen Partei hatte auch auf die anderen oppositionellen Parteien nicht die Wirkung, die die Regierung gewünscht hätte. Im Gegenteil. Die Kluft zwischen Regierung und allen oppositionellen Parteien ist heute tiefer als je. Alle kroatischen Parteien haben sich zu einem oppositionellen Block vereinigt. Es kann heute unzweifelhaft festgestellt werden, daß das Regime des weißen Terrors in Jugoslavien ein klägliches Fiasko erlitten hat. Die diktatorische Regierung, gestützt auf die Armee und die Polizei, hält sich aber trotzdem noch immer mit Gewalt aufrecht. Die ganze Opposition verlangt Neuwahlen. Die Regierung sucht aber um jeden Preis neuen Wahlen auszuweichen, denn diese bedeuten für die heutige Regierung neue Niederlagen. Die Kommunistische Partei Jugoslaviens, obgleich zur vollständigen Illegalität verurteilt, wird sich bei den nächsten Wahlen als politischer Faktor geltend machen.

Das revolutionäre Proletariat erholt sich von den schweren Schlägen des weißen Terrors und sammelt seine Kräfte für neue Kämpfe. Es ist sich darüber klar, daß das Regime des weißen Terrors nur durch seinen organisierten, unversöhnlichen Klassenkampf vernichtet werden kann. Das revolutionäre Proletariat geht diesen dornigen Weg trotz aller Schwierigkeiten, mit denen es auf diesem Wege zu kämpfen hat, im vollen Bewußtsein, daß allein dieser Weg zum endgültigen Siege führt. *Sima Markovic.*

Flächeninhalt 247 916 qkm; Gesamtbevölkerung 11 724 915. Vor dem Kriege zählte das alte Königreich Serbien 2 911 701 Einwohner auf einer Fläche von 48 302 qkm. Nach dem Kriege wurde es vergrößert durch den südlichen Teil von Ungarn, Banat und Batschka, serbisch Vojvodina genannt, das frühere Kroatien, Slovenien, Bosnien, die Herzegowina, Montenegro, Dalmatien und die südlichen Provinzen von Oesterreich, Kärnten und Krain. Die Zugehörigkeit Albaniens ist strittig. Nach der Volkszählung zählte 1921 das Königreich 11 971 679 Einwohner auf 247 916 km.

Nationalität. Serben, Kroaten und Slovenen, ein Volk mit drei Dialekten. Weiter wohnen im Staate: Deutsche, Magyaren, Italiener, Rumänen, Albaneser und andere Nationalitäten, zusammen 1 854 000, das sind 16 Prozent.

Religion. Griechisch-orthodox 47 Prozent, Katholisch 35,5 Prozent, Mohammedaner 11,6 Prozent, übrige Religionen 9 Prozent.

Regierungsform. Konstitutionelle Monarchie, aber nur formell, da in der Tat durch Unterdrückung der nationalen Minderheiten

und durch weißen Terror gegen die Arbeiterklasse regiert wird. Das Wahlrecht hatten bei den letzten im November 1920 stattgefundenen Wahlen alle volljährigen Männer mit Ausnahme der Deutschen und der Magyaren, die damals noch optionsberechtigt waren.

Wahlberechtigt waren 2 490 571, abgegebene Stimmen bei den Wahlen für die Konstituante 1 627 209, wovon die kommunistische Partei, bei ordinärster Sabotierung der kommunistischen Wähler, 210 000 Stimmen erhielt.

Die einzelnen Parlamentsfraktionen hatten folgende Stärke: Demokraten 83, Radikale 82, Kommunisten 59, drei Bauernparteien 89 (Republikaner 49 und sonstige 40), Sozialdemokraten (Ministerialisten) 10, Muselmanen 24, Klerikale 27, Kroatische Vereinigung 17, bürgerliche Republikaner 4; alle übrigen noch 24 Abgeordnetenmandate, insgesamt 419 Abgeordnete.

Gleich am Anfang blieben 49 kroatische Abgeordnete dem Parlamente fern, und diese Zahl wuchs auf 63. Nach sechs Monaten wurden die 59 kommunistischen Mandate annulliert.

Wirtschaft. Das Land ist ein Agrarland mit sehr verschiedenem Boden: Kroatien, Slovenien, Banat sehr fruchtbare Ebene, Großgrundbesitz; in Altserbien, Bosnien, Montenegro, gebirgig und unfruchtbar. Gegenwärtig werden große Anstrengungen zur Schaffung einer nationalen Industrie gemacht.

Die Saatfläche betrug (in Hektar) in den Jahren

	1920	1921
Weizen	1 469 163	1 218 948
Korn	223 721	193 907
Gerste	461 082	354 828
Hafer	487 497	398 904
Mais	1 959 240	1 658 963
Leinen	12 979	13 707
Hanf	31 302	23 495
Kartoffeln	205 648	195 641

Der Durchschnittsertrag war ungefähr pro Hektar: Weizen 900 kg, Korn 600 kg, Gerste 700 kg, Mais 1000 kg, Hafer 500 kg, Kartoffeln 3500 kg.

Viehstand nach der Zählung Januar 1921:

1. Pferde	1 059 285	4. Schafe	6 772 960
2. Rinder	4 833 885	5. Ziegen	1 544 238
3. Schweine	3 281 026		

Serbien selbst hatte

	1913	1918	1921
Pferde	152 617	19 031	68 750
Rinder	957 918	596 832	1 010 817
Schafe	3 808 815	699 301	2 257 701

Der Viehstand ist während des Krieges stark zurückgegangen, in der Nachkriegszeit hat er sich erholt.

Die gesamte Kohlenförderung für alle Kohlensorten betrug im Jahre 1921 ungefähr 3 210 000 Tonnen.

Die gesamte Eisen- und Stahlindustrie besteht aus fünf Bergwerken und Gießereien. Die zwei Hauptbergwerke mit

sieben Hochöfen arbeiteten in den letzten drei Jahren nur mit zwei, gegenwärtig mit vier Hochöfen.

Trotz großen Mangels an Koks, Gußeisen und Blech, was Haupthindernis für die intensive Arbeit ist, werden doch die bestehenden Betriebe erweitert und neue errichtet. Fünf neue große Fabriken sind im Bau, von denen zwei die Arbeit bereits begonnen haben. Militärtechnische metallurgische Anstalten wurden sieben neu errichtet.

Die Holzindustrie ist unverhältnismäßig entwickelt und beschäftigt zirka 25 Prozent der gesamten Industriearbeiter im Lande; hiervon 60 Prozent unqualifizierte und halbqualifizierte Arbeiter der etwa 10 vorhandenen großen und sehr modernen Sägewerke. Diese Industrie ist auf den Export angewiesen, aber infolge der Valuta und der Verkehrsverhältnisse befindet sie sich in Stagnation. Die leichte Holzindustrie (Möbel und dergleichen) entwickelt sich und hat einen Zuwachs von 10 Unternehmungen zu verzeichnen.

Die Bauindustrie befindet sich in einer allgemeinen Stagnation und war auch früher nicht gut entwickelt.

Die Maschinenindustrie ist erst in der Entstehung begriffen; zwei Waggonfabriken sind im Bau. Die Verkehrsmittel und Reparaturen werden im Auslande gemacht.

Die Schiffabrik, die einst sehr modern war, wurde erst jetzt zu einer beschränkten Arbeit hergerichtet.

Außenhandel (in Millionen Dinar):

	Ausfuhr	Einfuhr
1919	686	2982
1920	1320	3488
1921	2169	2100

Ausfuhr 1920:

	Tonnen		Tonnen
Weizen	87 795	Brennholz	49 542
Mais	329 919	Bauholz	312 303
Mehl	31 568	Zement	180 953
Dörrpflaumen	38 376	Verschiedene Erze	85 481
Fleisch und Fleischprodukte	26 735	Rest	251 064

Hauptposten der Einfuhr (in Millionen Dinar):

Baumwollprodukte	1283	Seife	113
Schafwollprodukte	221	Kleiderkonfektion	113
Chemikalien	225	Mahlprodukte	176
Leinen und Hanfprodukte	181	Mineralöle	189
Leder und Felle	108	Maschinen und Apparate	91
Eisen und Eisenprodukte	229		

Verkehrswesen:

1. Eisenbahnstrecken in Kilometern	9 500
2. Waggons	43 269
3. Lokomotiven	2 475

Staatseigentum sind nur zirka 70 Prozent der Waggons und 66 Prozent der Lokomotiven. Der Rest ist Privateigentum. 45 Prozent der Waggons und 55 Prozent der Lokomotiven sind unbrauchbar, und 70 Prozent der Eisenbahnschwellen sind verfault.

Schiffspark.

Seeschiffe: Segelschiffe 666, Gesamttonnen 11 000; Dampfer 142, Gesamttonnen 128 000.

Flußschiffe: 66 Lastschiffe, 25 Personenschiffe, 24 Schlepper.

Statistik der größten 49 einheimischen Banken:

Jahr	Eingezahlt. Kapital	Reservefond	Bargeld	Spareinlagen	Eskompt	Reingewinn
	Millionen Dinar					
1919	131,10	72,5	26,8	229,38	26,55	13,75
1920	286,63	192,55	138,79	473,80	180,67	48,94

Nach einer neuen Statistik bestanden Anfang des Jahres 1922 in Jugoslavien 1168 Kreditinstitutionen, darunter 438 Banken mit ungefähr 900 000 000 Dinar eingezahltem Aktienkapital. Im Januar und Februar 1922 wurden 26 neue Banken gegründet mit ungefähr 50 000 000 Dinar Aktienkapital. Nach den bisher publizierten Bilanzen haben 14 Banken ihr Aktienkapital von 39 000 000 auf 122 000 000 Dinar erhöht. Bei allen bis jetzt publizierten Bilanzen beträgt die Dividende 15—30 Prozent.

In Jugoslavien sind nur die von der privilegierten Nationalbank ausgegebenen Noten im Umlauf. Derselbe betrug am 27. Juli 1921 3841 Millionen Dinar.

Bis zum Monat März 1922 erreichte der Umlauf die Summe von nahezu fünf Milliarden Dinar.

Der Kurs des Dollars an der Belgrader Valutenbörse im Jahre 1921 in Dinar:

Monat	Kurs	Monat	Kurs
Januar	36,65	Juli	39,85
Februar	35,75	August	44,60
März	35,75	September	51,62
April	35,00	Oktober	63,92
Mai	31,40	November	95,00
Juni	36,00	Dezember	67,00

Staatshaushalt. Jugoslavien (S. H. S.) hat tatsächlich kein Budget. Während der letzten drei Jahre arbeiteten die Regierungen mit fiktiven Budgets und besonders mit sogenannten Bugetzwölfteln und verheimlichten auf diese Weise die Budget-Endresultate, weil sie skandalös ungünstig sind und den S. H. S.-Staat sowohl im Lande als auch im Auslande diskreditieren könnten. So wurde für das laufende Budgetjahr ein Gleichgewicht vorgesehen, es herrscht aber allgemein die Meinung, daß gerade dieses Budget ein ungeheures Defizit haben wird.

Das Staatsbudget für die letzten drei Jahre betrug in Millionen Dinar:

	1919/20	1920/21	1921/22
Vorgesehene Ausgaben	1558	3 907	6257
„ Einnahmen	715	3 484,1	6257,5
Defizite	843,9	109,9	—
Tatsächliche Defizite	unbekannt	1 000	dürften sein zirka 2000

Die Hälfte der Ausgaben entfiel im letzten Jahre auf Kriegszwecke. Dabei scheint uns die für die Staatsschulden angegebene Summe unwahrscheinlich niedrig zu sein.

Vorgesehene Einnahmen, wichtigste Posten	1919—20	1920—21	1921—22
	in Millionen Dinar		
Zolleinnahmen	140	402	417,3
Verzehrungssteuer	80	130	390
Gewinn am Gelde	25	90	810
Umsatzsteuer	—	400	400
Direkte Steuer	91,4	550	1 806,1
Monopole	205,3	1 493	} 1 295,3
Verkehrssteuer	82,7	396	
Vermögenssteuer	—	—	597,1
Außerordentliche Steuer	—	—	400

Die gesamten Schulden aller Provinzen, aus welchen nach dem Krieg der S. H. S-Staat zusammengestellt wurde, betrugen:

Vorkriegsschulden in Millionen Geldeinheiten:

Serbien und Montenegro	Frs. franz.	88
Bosnien und Herzegowina	Kr. österr.	252
Kroatien und Slavonien	Kr. österr.	43
Slovenien (Krain)	Kr. österr.	29
Dalmatien	Kr. österr.	4.1

Kriegsschulden in Millionen Geldeinheiten:

Schulden an Frankreich und England	Francs	1 936
Schulden an Amerika	Dollar	12

Nachkriegsschulden in Millionen Geldeinheiten:

Schulden an Frankreich und England	Francs	150
Schulden an Amerika für Nahrung und Material	Dollar	55

Innere Schulden in Millionen Geldeinheiten:

Kronen-Bons	Kronen	335
Dinar-Bons	Dinar	20
7%ige Investitionsanleihe von 1921	Dinar	500
Schuld an die Nationalbank 1. Juli 1921 (das ist die Emissionsbank)	Dinar	4 022

Gesamtübersicht:

Auswärtige Anleihen (in Millionen)	Francs	2967
	Dollar	67
Innere Schulden (in Millionen)	Kronen	664
	Dinar	4543

Diese Schulden, umgerechnet in die jugoslavische (S. H. D.) Dinarvaluta, ohne die von Oesterreich-Ungarn nach dem Friedensvertrag geerbten Schulden, betragen

18 163 344 493 Dinar

und zwar nach dem durchschnittlichen Stande der Valutenkurse des verflossenen Jahres: 1 Franc = 3,48 Dinar und 1 Dollar = 46,43 Dinar.

Die Gewerkschaftsbewegung.

Die jugoslavische Gewerkschaftsbewegung setzt sich aus sechs provinziellen selbständigen Bewegungen zusammen, die sich bis zum Jahre 1919 abgesondert entwickelten und zueinander nur in internationalem Kontakt standen. Von diesen Bewegungen waren drei absolut selbständig: Serbien, Kroatien und Bosnien. Die Bewegungen in der Vojvodina, Slovenien und Dalmatien waren dagegen nur Teile der ungarischen und der österreichischen Gewerkschaftsbewegung mit den Zentralen in Budapest und Wien.

Bei der Einigung dieser sechs Bewegungen waren Bosnien und die Vojvodina ihre unbedingten Verfechter, während Kroatien und insbesondere Slovenien die Einigung auf alle möglichen Arten und unter allerlei bürgerlichen Ausreden bekämpften. Es entstanden verschiedene und sehr gefährliche innere Erschütterungen und Zersplitterungen innerhalb dieser Bewegungen, welche die Sozialpatrioten bis zum Verbrechen ausgenützt haben. Die politischen Parteien der genannten Bewegungen entsandten noch im Jahre 1918 ihre sozialdemokratischen Führer in die bürgerliche Regierung, was in ihren Gewerkschaften selbst einen Kampf hervorrief, welcher in seiner weiteren Entwicklung eine Absplitterung in Kroatien und eine zweite in Slovenien zur Folge hatte. Die Bewegung wurde dadurch sowohl nach außen als auch nach innen geschwächt. Da diese beiden Provinzen zum Unglück die industriell entwickeltsten waren, war dies für die gesamte proletarische Bewegung im ganzen Lande sehr schädlich.

Dank der schnellen Evolution von der sozialdemokratischen zur kommunistischen Orientierung im ersten Jahre der Schaffung der Staatsgemeinschaft und der eingetretenen Assimilierung der sozialpatriotischen Gewerkschaftsorganisationen am Ende der legalen

Gewerkschaftsperiode, umfaßten die Gewerkschaften zur Zeit ihrer definitiven zentralistischen Einigung eine absolut kommunistisch orientierte Arbeiterschaft.

Die dreijährige künstliche Hemmung seitens der Gewerkschaftsbürokratie, deren politische Orientierung ministeralistisch, sozialpatriotisch und zentristisch war, hatte zur Folge, daß die Bewegung sehr wenig für ihre innere Konsolidierung und Stärkung tun konnte, um gerüstet zu sein zur Abwehr des außerordentlich scharfen Angriffes der Bourgeoisie, die Ende 1920 die Legalität der Gewerkschaften durch Terror vernichtete.

Bis zu dieser Zeit führten die Gewerkschaften ununterbrochen energische und weit ausgedehnte Lohnkämpfe. Im letzten Jahre der Legalität hatten allein die kommunistisch orientierten Gewerkschaften über 600 Streiks mit ungefähr vier Millionen Streiktagen durchgeführt. In diesem Jahre waren die Streiks der größeren Gewerkschaften von sehr langer Dauer: einen halben, ein, zwei und drei Monate lang. Die sozialpatriotischen Gewerkschaften gingen infolge ihrer Passivität zurück, da die ministeriellen Führer sowohl in der Partei als auch in der Gewerkschaft jede Streikinitiative mit allen Mitteln sabotierten. Hierbei gingen sie weit über die polizeilichen Provokationen hinaus; die drastischen Beispiele dieser antiproletarischen Aktion der Führer werden den Zeitgenossen für immer in Erinnerung verbleiben.

Die Gewerkschaften führten den Kampf gegen die steigende Teuerung und dieser Kampf wurde von Tag zu Tag erbitterter. In dieser glühenden Atmosphäre vereinigten sich alle antiproletarischen Führer der drei Parteien, der Zentristen, der Sozialpatrioten und der Sozialnationalisten, zu einer Front, zu der noch größere Aufgebote der sonst politisch sehr deklassierten Gewerkschaftsbürokraten stießen. Zwei Kämpfe auf zwei Fronten begannen zu gleicher Zeit: nach außen die Abwehr der bewaffneten, zu jeder Repressalie bereiten Staatsgewalt, nach innen die Abwehr der hinterlistigsten, zu jeder Schandtat fähigen Verräterbande. Der Angriff erfolgte gemeinsam und konzentriert.

Die unter der physischen Assistenz der Polizei und der Gendarmerie geeinigten Zentristen, welche die Hauptinitiatoren dieses Feldzuges sind, die Sozialpatrioten und die Sozialnationalisten, monopolisieren die Freiheit der gewerkschaftlichen Betätigung und führen, begleitet vom Glückwunsch und dem Händedruck des Polizeiministers, den wildesten Kampf gegen jene Gewerkschaften, die der „Amsterdamer Internationale" nicht beitreten wollen. Diesen

Gewerkschaften wurde verboten, sich neuerlich zu konstituieren und sich auf normale Weise zu äußern, für welche internationale Orientierung sie sind. Wer sich nicht für Amsterdam entschließen will, ist Kommunist, und für die Kommunisten besteht ein spezielles Strafgesetz, nach welchem jede kommunistische Betätigung mit Zuchthaus bis zu 20 Jahren geahndet wird.

Von den über eine Viertel Million in den legalen Gewerkschaften organisierten Arbeitern gingen unter das Joch der Sozialpolizisten bisher zirka 12 Prozent[1]); zirka 17 Prozent gelang es, sich nach fürchterlichen Anstrengungen und Opfern in „unabhängigen Gewerkschaften" zu konstituieren; zirka 3 Prozent dürften in verschiedene antiproletarische Gewerkschaften verirrt sein, und die restlichen 68 Prozent haben immer noch keine eigene Organisation, da es ihnen nicht gelingt, gegen den Druck des weißen Terrors die politisch unabhängigen Gewerkschaften zu schaffen und sie den anderen Gewerkschaften nicht beitreten wollen.

Zur Aufklärung über die wirtschaftliche Struktur, mit welcher die Struktur der Arbeitermassen im absoluten Zusammenhange steht, genügt, folgendes zu wissen: im Jahre 1920, im letzten Jahre der gewerkschaftlichen Legalität, waren 260 000 organisierte Arbeiter auf ungefähr 2000 gewerkschaftliche Organisationsgruppen verteilt. Eine derartige unnatürliche Zersplitterung kompliziert das Organisations- und Aktionsproblem und ermöglicht die gegenwärtige absolute und lang andauernde Terrorisierung der gewerkschaftlichen Freiheit.

Die unabhängigen Gewerkschaften erhalten sich mit übermenschlichen Anstrengungen, da sie die Polizei unaufhörlich verfolgt und suspendiert mit der Motivierung: Der Ausschuß sei aus Leuten mit kommunistischer Gesinnung zusammengesetzt; es bestehen bereits Gewerkschaften der Sozialdemokraten, wo sich die Arbeiter organisieren sollen!

Zu gleicher Zeit werden in den zentristischen und sozialdemokratischen Gewerkschaften, in denen die Kommunisten die Mehrheit haben, alle jene Leitungen, welche von dieser Mehrheit gewählt werden, stets durch die Polizei suspendiert, und auf diese Weise gelingt es den Zentristen und den Sozialdemokraten, die Mehrheit dieser Gewerkschaften ihrem Willen unterzuordnen.

[1]) Davon die Hälfte Kommunisten, die in der gegenwärtigen Lage und im Zusammenhang mit lokalen Verhältnissen den sozialdemokratischen Gewerkschaften beigetreten sind.

Ueber die Entwicklung und Orientierung der Gewerkschaften Jugoslaviens gibt die folgende Tabelle Aufschluß:

Jahr	Zentrist.	Sozial-patrioten	Sozial-nationale	Klerikale	Freie	Kommu-nisten	Polit. Unabhäng.
1918	68 000	—	1 000	8 000	—	—	—
1919	—	48 000	3 000	5 000	8 200	72 000	—
1920	—	25 000	8 000	2 500	2 000	265 000	—
1921	60 000	—	5 500	8 000	—	—	45 000

In Ermangelung einer präzisen Statistik, da die Archive noch immer von der Polizei beschlagnahmt sind und viele gewerkschaftliche Lokalgruppen nicht wagen, ihre Orientierung öffentlich zu manifestieren, dürfen diese Ziffern nur als annähernde betrachtet werden.

Anschluß an Moskau.

Die Orientierung der Massen, solange die Gewerkschaften Betätigungsfreiheit hatten, war unbedingt für Moskau, aber diese Orientierung haben die Gewerkschaftsbürokraten in gewissen Teilen der Bewegung künstlich sabotiert, wozu sie die Direktiven von ihren nichtkommunistischen Parteien erhielten. Dennoch gelang es gegen Ende des letzten legalen Jahres (1920), sämtliche Gewerkschaften, mit Ausnahme einer, auch offiziell für die Moskauer Rote Internationale zu gewinnen. Dieser prinzipiellen Entscheidung hätte der nächste allgemeine Landes-Gewerkschaftskongreß die Sanktion erteilt. Dieser Kongreß konnte aber infolge des Verbotes der Regierung überhaupt nicht abgehalten werden. Die Mehrzahl der Gewerkschaften hatte von früher Beziehungen zu ihren Gewerkschaftsinternationalen, die Amsterdam angehörten, aber keine einzige unserer Gewerkschaften (Mitgliederzahl 260 000) hat durch volle drei Jahre die Pflichten gegenüber diesen ihren Gewerkschaftsinternationalen erfüllt.

Alle Gewerkschaften sind absolut gegen den Krieg und der Meinung, daß auf die Kriegsmobilisierungen mit bewaffneten Aufständen erwidert werden soll. Auf der Wiener Internationalen Konferenz der Metallarbeiter im Jahre 1921 hat der „Delegierte" aus Jugoslavien, Blagoje Bracinac, gegen die Resolution für die Sabotierung der Kriegsmaterial-Produktion im Falle eines Krieges gestimmt. Dies ist aber eine traurige Ausnahme in der Arbeiterbewegung.

Alle organisierten Arbeiter, ohne Rücksicht auf die Parteiorientierung, schauen mit Begeisterung auf Rußland. Selbstredend ist bei den Nichtkommunisten diese Begeisterung auf die Bewunderung der kolossalen Taten des russischen Proletariats beschränkt. Gleich-

zeitig aber hassen die Zentristen und Sozialpatrioten das heutige proletarische Rußland mehr als das einstige zaristische und mehr als die eigene heimische bürgerliche Ordnung. Es sind unter ihnen Individuen, die in der Bewegung bekannt geworden sind erst von dem Tage an, als sie gegen das proletarische Rußland zu bellen begannen.

Die Kommunisten genießen in ihren Gewerkschaften das Vertrauen und die Sympathien der Massen und gelten als die aktivsten in ihrer Organisation, wenn auch nicht immer als die Fähigsten in der Führung der Kollektivtätigkeit.

Der letzte Kongreß, welcher im April 1919 abgehalten wurde, war gleichzeitig auch der erste gemeinsame Kongreß. Der für Juni 1920 einberufene Kongreß wurde von der Regierung verboten. Der abgehaltene Kongreß hat im Prinzip die Einheit der Gewerkschaften beschlossen, und der verbotene Kongreß hätte hauptsächlich die Fragen der Taktik und der Aktion zu besprechen gehabt: Die Zentralisierung, internationale Orientierung, Reorganisierung nach Industrieverbänden usw. Merkwürdig ist, daß die Regierung die Abhaltung des kommunistischen Parteikongresses zu gleicher Zeit bewilligte, als sie den Gewerkschaftskongreß verboten hat. Aber dieses Paradox ist erklärlich, wenn man weiß, daß die Zentristen geistige und politische Inspiratoren der Reaktion und des Terrors der Regierung gewesen sind.

Bei allen wirtschaftlichen Kämpfen jener Gewerkschaften, welche außerhalb des Zentralgewerkschaftsrates gestanden haben, hat die Gewerkschaftsbürokratie alle beginnenden notwendigen Streiks systematisch gebremst, was der Bürokratie großes Ansehen und Vertrauen bei der Bourgeoisie verschafft hat. Angesehen bei der Bourgeoisie, aber diskreditiert beim Proletariat, manöverierten die Bürokraten zur Zeit der permanenten politischen Reaktion hin und her.

Es ist bekannt, daß der Sozialpatriot Cobal, 13 Jahre hindurch Sekretär des Bergarbeiterverbandes in der Bergprovinz Slovenien, niemals gewagt hat, in die Bergwerke zu gehen, ohne von Gendarmen beschützt zu sein. So konnte er vom Jahre 1913 bis heute die Einberufung und die Abhaltung des Kongresses dieses Verbandes sabotieren. Und als die Mitglieder massenhaft den Verband verließen, blieb Cobal mit nur 200 Trabanten von 12 000 früheren Mitgliedern, aber mit einigen Millionen Kronen des Verbandsvermögens sitzen. Ungefähr 8000 ausgetretene Mitglieder traten dann der kommunistischen Gewerkschaft bei, die ohne irgendwelche Geldmittel war.

Folgender zweiter Fall charakterisiert das Vorgehen der Bürokratie. Der Sozialpatriot Kristan, aktiver Minister für Forst- und Berg-

bauwesen, erschien während des Streiks der Bergarbeiter in Slovenien, um in Gegenwart eines Bataillons Soldaten die Bergarbeiter zur Kapitulation und zur bedingungslosen Aufnahme der Arbeit zu zwingen. Damals spielten sich folgende Szenen ab: die Bergarbeiter fluchten und drohten, ein Kordon Soldaten verdrängte sie und verteidigte den Minister-Sozialpatrioten.

Mitgliederbeiträge. Alle Gewerkschaften haben als Norm für die Mitgliederbeiträge die Bestimmung eingeführt, daß jeder Arbeiter einen Stundenlohn als einen Wochenbeitrag entrichtet.

Arbeitgeberorganisationen. Die Organisationen der Arbeitgeber bestehen im ganzen Lande. Die Industriellen sind in „bürgerlichen Syndikaten" und die kleinen Gewerbetreibenden unter verschiedenen Namen organisiert. Alle diese Organisationen sind gut entwickelt; die erstere hat sehr große Geldreserven und ist für die Bekämpfung der Arbeitergewerkschaften.

Die Arbeiterlöhne entwickelten sich ungleichmäßig und je nach der politischen Orientierung der Arbeiter. Die Gewerkschaften mit den sozialpatriotisch orientierten führenden Faktoren waren nicht imstande, während der Jahre 1919 und 1920 die Löhne auch nur um 400 Prozent zu erhöhen, während bei den kommunistisch orientierten Gewerkschaften, welche im Jahre 1920 90 Prozent aller gewerkschaftlich organisierten Arbeiter repräsentierten, infolge ihrer lebhaften Aktivität, die Arbeiterlöhne im Vergleich mit den Vorkriegslöhnen durchschnittlich bis auf 800 Prozent, bei den besser organisierten Arbeitern auch bis auf 1000 Prozent gestiegen sind.

Die Lebensmittelpreise sind rasch gestiegen und waren der Hauptantrieb der Aktivität der Gewerkschaften und der Streiks.

Bewegung der Detailpreise in Prozent. (Die Summe: je ein Kilogramm Brot, Rindfleisch, Fett, Bohnen, Erdäpfel, Zucker, Kaffee, Reis, Salz und Seife; je ein Liter Petroleum und Milch; ein Ei und ein Kubikmeter Brennholz.)

Jahr	Prozent
1914	100
1919	423
1920	876
1921	775

Der Rückgang der Preise war aber nur ein vorübergehender; heute ist der Zucker teurer als jemals vorher, das Rindfleisch erreichte einen ungeahnten Preis, ebenso das Fett, und was am wichtigsten ist, das Brot ist jetzt im Jahre 1922 um 50 Prozent bis 100 Prozent teurer als jemals vorher.

Arbeitslosigkeit. Eine amtliche Statistik über die Anzahl der Beschäftigungslosen wird im Lande des weißen Terrors, wo der Arbeiter als Vagabund und Verbrecher betrachtet wird, nicht geführt. Nur die organisierten Arbeitslosen werden bei ihren Gewerkschaften registriert. Diese Registrierung zeigt, daß die Zahl der Arbeitslosen bei den organisierten Arbeitern in den Wintermonaten 30, 40 bis 50 Prozent beträgt. Die Arbeitslosigkeit ist mehr oder weniger permanent, was vor dem Kriege unbekannt war. In den Hauptstädten Jugoslaviens werden die arbeitslosen Arbeiter jeden Monat bei großen polizeilichen Razzien verhaftet, nur deshalb, weil sie arbeitslos sind. Die Intervention der Gewerkschaftsfunktionäre hat manchmal Erfolg, manchmal bleibt sie erfolglos, und die Arbeiter verbleiben im Arrest; viele werden nach anderen Orten, wenn sie Fremde sind, nach dem Ausland verwiesen. Eine Unterstützung gewähren nur die Gewerkschaften.

Betriebsräte oder ähnliche Einrichtungen bestehen in Jugoslavien nicht und bestanden auch nie. Selbst die Aufwerfung dieser Frage wird seitens des weißen Staatsterrors als Revolution qualifiziert.

Die politische Arbeiterbewegung.

Im April 1919 fand in Belgrad der Vereinigungskongreß der Serbischen Sozialistischen Partei mit allen auf dem Boden des unversöhnlichen Klassenkampfes stehenden sozialistischen Gruppen aus den neuen Provinzen statt. Die so konstituierte Sozialistische Arbeiterpartei Jugoslaviens (Kommunisten) hat sich einstimmig der Kommunistischen Internationale angeschlossen. Auf dem zweiten Kongreß im Juni 1920 in Vukovar wurde die Partei in „Kommunistische Partei Jugoslaviens" umgenannt. Auf dem Vukovar-Kongreß waren 60 000 Mitglieder vertreten. Zur Zeit der Suspension (29. Dezember 1920) zählte die Partei 80 000 Mitglieder, hatte zirka 300 Organisationen, verfügte über sieben Tage- und fünf Wochenblätter. Im Verlage der kommunistischen Buchhandlung wurden in den letzten fünf Monaten zehn Bücher verschiedenen Inhalts herausgegeben.

Die Sozialdemokratie. Bis zum Jahre 1921 bestand in Jugoslavien keine einheitliche sozialdemokratische Partei, sondern einzelne kleine Gruppen, die in Vojwodina, Bosnien, Kroatien und Slovenien als selbständige sozialdemokratische Parteien existierten. Im Jahre 1918 trat der Führer der kroatischen Sozialdemokratie V. Korac in die bürgerliche Regierung ein. Im Jahre 1919, zur Zeit der Sowjetregierung in Ungarn, wurde er neuerlich, zusammen mit drei anderen

Sozialdemokraten, zum Minister ernannt. Die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder betrieben eine ausgesprochen opportunistische und kommunistenfeindliche Politik.

Im Dezember 1921 vereinigten sich die einzelnen sozialdemokratischen Organisationen mit den aus der K. P. J. ausgeschlossenen Zentristen zu einer Sozialistischen Partei Jugoslaviens. Aus den Elementen der Zweiten und Zweieinhalb-Internationale zusammengesetzt, beschloß die S. P. J., weder der Zweiten noch der Zweieinhalb-Internationale beizutreten, sondern die internationalen Beziehungen gleichzeitig sowohl mit der Zweiten als auch mit der Zweieinhalb-Internationale zu pflegen und auf ihre Vereinigung hinzuwirken. Die vereinigte S. P. J. zählt höchstens 5000 Mitglieder. Sie hat neun Abgeordnete im Parlament. Das Zentralorgan der Partei erscheint zweimal wöchentlich in 1500 Exemplaren. Als Kind des weißen Terrors, erblickt die S. P. J. ihre geschichtliche Aufgabe darin, sich im Dienste des weißen Terrors gegen die Kommunisten zu betätigen, was zum wiederholten Male dokumentarisch festgestellt wurde. An Feindseligkeit gegen Sowjetrußland wird die S. P. J. vielleicht nur von der russischen Menschewiki übertroffen.

Kommunistische Frauenorganisationen. Es bestanden Frauenorganisationen mit 5000 Mitgliedern. Das Frauenlandessekretariat war ein Organ des Zentralkomitees der K. P. J. für die kommunistische Arbeit unter den Frauen. Ein spezielles Blatt wurde zu diesem Zwecke wöchentlich herausgegeben.

Kommunistische Jugendorganisationen. Die kommunistischen Jugendorganisationen zählten 6000 Mitglieder. Ihr Einfluß auf die proletarische und insbesondere auf die Schuljugend war sehr groß. Das Zentralorgan erschien zweimal monatlich in 10 000 Exemplaren. Es bestanden auch Kindergruppen in allen größeren Organisationen. Einmal monatlich erschien auch ihr eigenes Organ.

Siam.

Formell unabhängiges Königreich, in Wirklichkeit unter französischem und englischem Einfluß. Ausdehnung 448 500 qkm, Bevölkerung ungefähr 9 Millionen. Die innere Wehrmacht wird von englischen und dänischen Offizieren unterrichtet und geführt. Allgemeine Wehrpflicht vom 18. bis 45. Lebensjahr. Die Fremden stehen unter der Gerichtsbarkeit ihrer eigenen Konsule. Religion: buddhistisch. In der Landwirtschaft besteht noch die Zwangsarbeit. Die industriellen

Arbeiten werden von chinesischen Kulis verrichtet, besonders in den Mühlen und Bergwerken. Hauptprodukt ist Reis, welches als Brot dient. Der Viehstand betrug über 4 Millionen Stück Rindvieh und Büffel. Im Norden des Landes große wertvolle Waldungen. Mineralschätze bisher wenig ausgenutzt.

Außenhandel (in Millionen Pfund). Einfuhr 1919: 20—12,3, Ausfuhr 1919: 20—15,7.

Der Handel ist in Händen von Ausländern; in neuerer Zeit gibt es eine große Einwanderung von Chinesen.

Schiffahrt und Eisenbahnen in englischen und französischen Händen.

Spanien.

I.

Spaniens Ausdehnungsfläche beträgt 190 050 englische Quadratmeilen (mit den Balearischen und Canari-Inseln, sowie dem unter spanischer Herrschaft stehenden Territorium an den nord- und westafrikanischen Küsten 194 783 englische Meilen). Die Gesamtbevölkerung betrug

am 31. Dezember	1919:		20 783 844
Bevölkerungsbewegung:	1917:	+	36 283
	1918:	—	83 064
	1919:	+	106 322

Mit Ausnahme von 30 000 Protestanten, 7000 Juden und 4000 konfessionslosen „Rationalisten" ist die gesamte Bevölkerung katholisch. Spanien ist formell eine konstitutionelle Monarchie. Die gesetzgeberische Körperschaft, die Cortez, besteht aus dem Senat und dem Kongreß. Die Mitglieder des Senats sind 1. die Aristokraten und Erzbischöfe, die höchsten staatlichen Würdenträger, 2. vom König ernannte lebenslängliche Mitglieder, 3. 180 Senatoren, die von den staatlichen Körperschaften, kommunalen Vertretungen, der Kirche und den Virilisten gewählt werden. In den Kongreß (Abgeordnetenhaus) werden 417 Abgeordnete gewählt. Wahlberechtigt sind nur Männer über 25 Jahre, die „im Vollbesitz ihrer bürgerlichen Rechte" sind (d. h. politisch nicht verfolgt werden) und wenigstens seit 2 Jahren ständig in einem Ort wohnen. Die Ausübung des Wahlrechts ist formell obligatorisch.

II.

Im Senat besitzt die größte bürgerliche Partei, die konservative, die absolute Mehrheit. In dem Parlament hängt das Schicksal der konservativen Regierung von der Unterstützung ab, die ihr die liberale Partei von Fall zu Fall gewährt oder verweigert. In den letzten drei Jahren hat es in Spanien sieben konservative Kabinetts gegeben. Die Konservative Partei steht vornehmlich unter kirchlichen und militärischen Einflüssen, während die Liberalen mehr die Großindustriellen vertreten. An ihrer Spitze steht Graf Romanones, einer der reichsten Spekulanten und Minenbesitzer Spaniens. Die

spanische Aristokratie ist überhaupt an den größten industriellen Unternehmungen stark beteiligt. Die Grenzen zwischen den zwei großen bürgerlichen Parteien sind daher fließend. Im Parlament sitzen außerdem einige Vertreter der „Demokraten", „Republikaner", „Reformisten", Parteilose, Regionalisten und zwei Sozialisten. Das Parlament entfaltet seit drei Jahren nur eine Scheintätigkeit, da die Redefreiheit durch das sog. Guillotinegesetz aufgehoben wurde. In der Provinz herrschen die Militärgouverneure, in den großen Städten und in dem Kriegsministerium die „Juntas", Verbände der zahlreichen Generäle und hohen Stabsoffizere.

Wirtschaftliche Verhältnisse.

Landwirtschaft und Industrie. Spanien ist ein ausgesprochenes Agrarland. 88,45 Prozent des Bodens sind als produktiv bezeichnet, von dem 35,5 Prozent für die Agrikultur und 2,5 für Weinbau verwendet werden. Die Produktion ist äußerst extensiv. Die Weizenproduktion betrug[1]) im Jahre 1921 3 950 372 Tonnen gegen 3 772 238 Tonnen im Jahre 1920 und 3 883 000 Tonnen im Jahre 1917. Die wichtigsten Produkte sind Gerste, Roggen, Hafer und Mais. Eine hervorragende Bedeutung hat, besonders für den Außenhandel, die Weinerzeugung. Geerntet wurden im Jahre 1921 33 288 000, 1920 42 752 000, 1917 40 693 000 Doppelzentner Trauben.

Die Industrie ist nur in Südspanien (Katalonien) entwickelt. Im Jahre 1910 zählte man in der Baumwollindustrie in 742 Betrieben 68 300 Webstühle mit 2 614 000 Spindeln, in der Wollindustrie 8800 Webstühle mit 662 000 Spindeln. In Katalonien gibt es eine größere Anzahl von Papierfabriken und Glasfabriken (37). Wichtig ist die Fischerei (Sardinen, Thonfische), die über 100 000 Fischer und Arbeiter beschäftigt. Im Jahre 1917 wurden Konserven im Werte von 63 Millionen Pesetas hergestellt. Die Bergwerksindustrie beschäftigte im Jahre 1919 133 015 erwachsene und 21 178 jugendliche Arbeiter. 1919 betrug der Wert der gesamten Förderung (hauptsächlich Kohle, Eisen, Schwefel, Zink, Quecksilber) 500 Millionen Pesetas. Die wichtigsten Bergwerke befinden sich in den Händen von Gesellschaften, deren Hauptaktionäre die führenden liberalen und konservativen Politiker sind. Auch der Marokkokrieg sollte dem Zweck dienen, die nordafrikanischen Bergwerke deren Ausbeutung auszuliefern.

Staatsfinanzen. Der Staatshaushalt schloß im Jahre 1909 mit einem Defizit von 35 200 000 Pesetas ab, dieses verdoppelte sich im Jahre 1912 auf 71 400 000 Pesetas, erreichte 1914 164 400 000 Pesetas, 1918 416 800 000 Pesetas, 1919/20 482 400 000 Pesetas und betrug für das Rechnungsjahr vom 1. April 1920 bis zum 31. März 1921 872 700 000 Pesetas. Trotz der gewaltigen Zölle und trotz der weitgehenden steuerlichen Erfassung aller Handelsobjekte, ganz abgesehen von den laufenden Einnahmen der Staatskasse durch Steuern und Kontributionen, hat man den riesig angewachsenen Finanzbedarf nicht decken können, wie die Auflage der seit 1. Januar vorigen Jahres erfolgten

[1]) Nach Veröffentlichungen der Junta Consultion Agronomica.

Staatsobligationen zeigt, die am 1. Januar 1921 750 000 000, am 1. Juli 600 000 000 und am 4. November, dieses zugleich als erster Erfolg der de Cambo'schen Finanzpolitik, 1 356 892 000 Pesetas betrugen. Zu diesem Zustand trugen insbesondere die unglücklichen militärischen Operationen in Nordafrika bei. Während der Gesamtbedarf für das nordafrikanische Produktionsgebiet von 1909 bis zum Frühjahr 1921 1450 Millionen Pesetas ausmachte, belief sich die Summe der Kriegsraten allein in der zweiten Hälfte des Jahres 1921 auf 1560 Millionen Pesetas. Die sprunghafte Steigerung des Defizits in der Staatswirtschaft hängt außerdem mit der allgemeinen wirtschaftlichen Krise Spaniens zusammen.

Während die Handelsbilanz in den Kriegsjahren, der großen Konjunkturperiode Spaniens, stark aktiv war (noch im Jahre 1919 wies sie einen Plusbetrag von 293,79 Millionen auf), machte die Passivität der Handelsbilanz für die ersten neun Monate des Jahres 1919 schon 452,75 Millionen Pesetas aus.

Die spanische Regierung versucht auf Drängen der Kohlen- und Textilindustriellen, die ausländische Konkurrenz durch hohe Schutzzölle aufzuhalten. Dies führte zum spanisch-französischen Zollkrieg im Jahre 1921, wodurch wieder der spanische Export von Wein, Olivenfrüchten, Orangen, Sardinen usw. schwer getroffen wurde. Das größte spanische Blatt „ABC" schildert die Verhältnisse mit folgenden Worten: „Tarifkrieg mit Frankreich, ein Teuerung und Hungersnot schaffender Zolltarif, voraussichtlicher Abbruch der Handelsbeziehungen zu übrigen Ländern, Zusammenbruch der Ausfuhrindustrie. Die schwebende Schuld hat sich fast verdoppelt, der Papiergeldumlauf ist enorm angewachsen."

Arbeiterbewegung.

Gewerkschaftsbewegung. Die spanischen Arbeiter sind in zwei Gewerkschaftskonföderationen organisiert, in der Nationalen Arbeiterkonföderation (Confederacion Nacional del Trabajo, C. N. T.) und in dem spanischen Allgemeinen Arbeiterverband (Union General del Trabajo, U. G. T.). Die Nationale Arbeiterkonföderation, die die großen Massen der syndikalistisch-revolutionären Arbeiterschaft umfaßt, wurde im Jahre 1911 gegründet. Sie ging aus der Vereinigung der bakunistischen Gewerkschaften hervor, die sich in Spanien seit der Spaltung der Ersten Internationale entwickelt hatten. Die Zahl der in der C. N. T. organisierten Arbeiter betrug im Dezember 1919 über 850 000. Seitdem können keine genauen Zahlen angegeben werden, da die Gewerkschaften von den Militärgouverneuren für aufgelöst erklärt wurden und nur illegal arbeiten können. Trotz der Verfolgungen, denen die Syndikalisten seitens der Behörden, der von dem Industriellenverband organisierten gelben Gewerkschaften und Weißgardistenformationen (Somaten), die eine systematische Ausrottung aller bekannten

Syndikalisten bezwecken, ausgesetzt sind, dürfte obige Zahl nicht viel abgenommen haben.

Seit Ende 1919, der großen Massenaussperrung der Arbeiterschaft in Katalonien und der Organisierung der gelben Gewerkschaften, wird die Geschichte der spanischen Arbeiterbewegung von dem Guerillakrieg beherrscht, der aus den damaligen Repressalien gegen die Syndikalisten hervorging. Die Syndikalisten, in deren Ideologie anarchistische Gedankengänge eine große Rolle spielen, antworteten auf die Verhaftung und Erschießung ihrer Führer mit dem individuellen Terror. Die Ermordung der besten Syndikalistenführer, die auf offener Straße von den gelben Gewerkschaftlern oder von den Gendarmen „auf der Flucht" erschossen wurden, wurde mit Attentaten auf die Präsidenten der Industriellenverbände beantwortet. In den letzten Zeiten setzte unter kommunistischem Einfluß eine Bewegung ein, die an Stelle des individuellen Terrors die Methode des Klassenkampfes setzen will. In den Jahren 1920—1921 wurden in den Gefängnissen von Barcelona mehr als 45 000 Arbeiter in Haft gehalten. Viele Tausende wurden nach ihrem Geburtsort verbannt oder nach Westafrika deportiert. Im Jahre 1921 sind laut der „Vie Ouvrière" (21. April 1922) über 783 politische Morde zu verzeichnen. Unter den Opfern befanden sich 600 Syndikalisten, Anarchisten und Kommunisten. Die syndikalistischen Gewerkschaften haben in den letzten Jahren eine Reihe von Streiks durchgeführt. Die Massenaussperrung der Arbeiterschaft in Katalonien im November 1919 traf 600 000 Arbeiter und Angestellte. Im Jahre 1921 sind der Generalstreik in Malaga (Januar), der Generalstreik in Salamanca (August), der Streik der Typographen in Madrid und der in Bilbao und im Biscayagebiet proklamierte Generalstreik gegen den Marokkokrieg (August) besonders zu verzeichnen. Am letzteren nahmen mehr als 35 000 Arbeiter teil.

Der Allgemeine Arbeiterverband ist eine Schwesterorganisation der reformistischen Sozialistischen Partei. Der Verband zählte nach Angaben seiner Führer über 240 000 Mitglieder; diese Zahl muß nach der Meinung der Syndikalisten in der Wirklichkeit auf die Hälfte reduziert werden. Der Verband verfolgt eine vollkommen reformistische Politik; seine Vertreter beschränken sich darauf, die Wiederherstellung der Koalitionsfreiheit für die Arbeiterschaft und der übrigen „verfassungsgemäßen Rechte" zu fordern. Der Allgemeine Verband ist der Amsterdamer Internationale angeschlossen, während die C. N. T. auf dem Kongreß der Roten Gewerkschaftsinternationale im Jahre 1921 den Anschluß an diese vollzogen hat.

In der Gewerkschaftsbewegung macht sich seit 1921 auch der Einfluß der Kommunisten immer mehr fühlbar. Sie haben die Mehrheit im Verband der Staatsarbeiter in Madrid erobert, haben starken Einfluß unter den graphischen Arbeitern und in den Reihen der Bergarbeiterschaft in Asturien.

Politische Arbeiterparteien.

Die Sozialistische Arbeiterpartei Spaniens umfaßte seit jeher nur einen geringeren Teil der Arbeiterschaft, da die überwiegende Mehrheit derselben syndikalistisch-anarchistisch orientiert war. Die Partei verfolgt eine vollkommen reformistische Politik. Unter dem Einflusse der kommunistischen Bewegung in Frankreich und Italien erstarkte der linke Flügel der Partei und forderte den Austritt derselben aus der Zweiten Internationale bezw. den Anschluß an die Kommunistische Internationale. Im April 1921 kam es auf dem Parteikongreß zu einer Spaltung; mehrere Tausend Mitglieder traten aus der Partei aus und gründeten die Kommunistische Partei Spaniens. Um die schwankenden Elemente zu gewinnen, entschloß sich die reformistische Mehrheit der Sozialistischen Partei Spaniens zum Eintritt in die Wiener (Zweieinhalb-) Internationale.

Vor der Gründung der Kommunistischen Partei Spaniens hatte die Sozialistische Jugend sich schon als Kommunistische Arbeiterpartei Spaniens konstituiert. Auf dem Dritten Kongreß der Kommunistischen Internationale wurde die Fusion beider Parteien beschlossen und im Oktober 1921 vollzogen. Die Anzahl der Mitglieder betrug annähernd 10 000. Ueber die Stärke der Sozialistischen Arbeiterpartei liegen keine genauen Daten vor.

Syrien.

Name: Syrien, Syrie, Syria.

Areal und Volkszahl. Nach dem englisch-französischen Grenzabkommen vom 3. Dezember 1920 und unter Zugrundelegung des Vertrags von Sèvres für die Nordgrenze (modifiziert zugunsten des Türkei durch das französisch-kemalistische Abkommen vom 20. Oktober 1921) hat das gesamte Mandatsgebiet Syriens zirka 60 000 englische Quadratmeilen Fläche mit wahrscheinlich nicht ganz 3 000 000 Bewohnern. Städte: Aleppo und Damaskus mit je zirka 250 000 Einwohnern.

Rassen- und Religionsverhältnisse. Die Syrer sind ein Mischvolk mit semitischem Kern (Araber, Juden und Aramäer), aber durch ununterbrochene Fremdherrschaft mit vielen Beimischungen. Man findet türkische, kurdische, cirkassische, armenische, persische, griechische und europäische Elemente.

Völkerrechtlicher Status und Regierungsform. Früher türkische Provinz, ist Syrien durch den Friedensvertrag Mandatsgebiet des Völkerbundes geworden und als solches durch den Obersten Rat in San Remo April 1920 Frankreich als Mandatarmacht zugesprochen worden. Ganz Syrien ist von einer französischen Besatzungsarmee okkupiert und wird von einem französischen Oberkommissar (General Gouraud, zugleich Oberbefehlshaber der französischen Levantearmee) unter der Kontrolle des französischen Außenministeriums regiert.

Wirtschaftliche Verhältnisse. Syrien ist hauptsächlich ein Ackerbau- und Viehzuchtland; nur Straßenmangel und Vernachlässigung unter dem türkischen Regime hat bisher eine große Weizenausfuhr verhindert, und nur zirka 10 Prozent der Gesamtfläche sind bisher bebaut. Die Weizenernte beträgt durchschnittlich über 1 000 000 Tonnen; dazu Gerste, Durra, Mais, Tabak, Hanf, Zuckerrohr in beschränktem Maße, sehr viel Oliven, Orangen, Wein. Syrien ist dem Anschein nach nicht besonders mineralreich, allerdings noch sehr ungenügend erforscht. Eisen wurde im Libanon von altersher gewonnen; ziemlich reiche Braunkohlenvorkommen im Südlibanon; Spuren von Petroleum an verschiedenen Stellen, aber bisher erfolglose Ausbeuteversuche. Spuren von Kupfer, Blei, Phosphaten u. a.

Außenhandel. Vor dem Kriege durchschnittlicher Export im Werte von 3 636 000 engl. Pfund, Import im Werte von 6 653 000 engl. Pfund. Hauptausfuhrartikel Rohseide (viel Anbau von weißen Maulbeeren), Schafe, Ziegen und Rindvieh, Früchte, Seife, Wolle, Tabak, Sesam.

Haupthäfen Beirut und Alexandrette.

Eisenbahnnetz jetzt ziemlich entwickelt.

Finanzen und Währung. Budget 1914: Einnahmen 3 878 841 türkische Pfund, Ausgaben 1 953 855 türkische Pfund. Offizielle Währung die syrische Banknote; Emission unter der Kontrolle des französischen Schatzamtes; 1 Piaster gleich 20 französische Centimes.

Tschechoslowakei.

Die politische Lage und die Entstehung der K. P. der Tschechoslowakei.

Die österreichisch-ungarische Monarchie war als Konglomerat von nationalen Bruchteilen — Deutschen, Polen, Italienern, Rumänen, Ruthenen und Serben —, sowie von nationalem Volks-

ganzen — Magyaren, Tschechen, Slowaken, Slowenen und Kroaten — ein Nationalitätenstaat. Das Nationalitätenproblem spielte in dem politischen Leben Oesterreich-Ungarns eine um so größere Rolle, je stärker der Einfluß der privilegierten ungarisch-deutschen feudalbourgeoisen Schichten in der Staatsverwaltung verspürt wurde. Der Weltkrieg hat mit absoluter Deutlichkeit die zentrifugalen Kräfte in der österreichisch-ungarischen Monarchie entblößt. Der Bourgeoisie aller Nationen — außer der deutschen und ungarischen — war die habsburgische Monarchie in ihrem industriellen, finanziellen und Handelsaufschwung ein Hemmnis, weswegen sie den Weltkrieg als Mittel zur Durchführung der bürgerlich-nationalen Revolution, die in anderen Staaten, wie etwa in Deutschland und Italien, bereits in den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts beendigt worden war, begrüßte. Auf den Trümmern der österreichisch-ungarischen Monarchie entstanden selbständige Staaten, die auf denselben privatkapitalistischen Grundsätzen aufgebaut waren wie die übrige Welt, außer Sowjetrußland. Dieser kapitalistischen Wirtschaftsbasis entspricht in politischer Beziehung die Herrschaft der Bourgeoisie: In den nach dem Weltkriege auf dem Gebiete der gewesenen Habsburger Monarchie entstandenen selbständigen Staaten hat die Bourgeoisie die höchste Gewalt in der Hand und geht gegen die Arbeiterschaft um so reaktionärer vor, je mehr ihr zum Bewußtsein kommt, daß sie das Maximum ihrer politischen Macht in einem Augenblick erlangt hat, wo ihre Stütze — der Weltkapitalismus — sich dem Minimum seiner Kräfte nähert und auf die schiefe Ebene geraten ist, wo er seinem Verderben zustürzt.

Das tschechoslowakische Proletariat erkennt, belehrt durch die Erfahrungen von vier Jahren, daß die selbständige tschechoslowakische Republik, die auf kapitalistischen Grundlagen aufgebaut ist, nicht ihm, sondern der tschechoslowakischen Bourgeoisie die Befreiung gebracht hat. Frei von allen nationalen Vorurteilen, bereitet sich dieses Proletariat zum Sturze der bourgeoisen Herrschaft und zur eigenen sozialen Befreiung vor. Die Geschichte dieser Vorbereitungen ist gleichzeitig die Geschichte der Kommunistischen Partei in der Tschechoslowakei.

Der Weltkrieg und das tschechoslowakische Proletariat. Der Weltkrieg traf das tschechoslowakische Proletariat in einem Zustande der Abhängigkeit von der Arbeiterbewegung Wiens und Berlins an. Zu einem Protest gegen

den Krieg kam es in Prag nicht, weil die Arbeiterviertel in Berlin und Wien ruhig geblieben waren, und der schmachvolle Tag vom 4. August wurde von den tschechoslowakischen Sozialdemokraten aus dem einfachen Grunde nicht wiederholt, weil die österreichische Regierung das Parlament nicht einberief. In einem Zustande der Abhängigkeit und Unselbständigkeit befand sich jedoch nicht nur das tschechoslowakische Proletariat, sondern auch die tschechoslowakische Bourgeoisie: Ihr Widerstand gegen die Habsburger Monarchie und das Streben nach der Schaffung eines selbständigen tschechoslowakischen Staates kam nicht früher zum Vorscheine, bevor der Machtapparat Oesterreichs infolge des langwierigen Krieges bis zur Agonie geschwächt wurde. Erst dann griff die tschechoslowakische Bourgeoisie, unterstützt von außen durch die Emigration, die den Professor Masaryk umgab, die Losung von „der Selbstbestimmung der Nationen" auf und begann eine prinzipielle Opposition gegen den österreichtischen Staat, wobei sie den Widerstand der Arbeitermassen gegen den Krieg ausnützte. Ideologisch stießen in der Tschechoslowakischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei während des Weltkrieges zwei Konzeptionen über die Tendenzen des Weltkrieges aufeinander. Der eine Teil — die sogenannten Opportunisten — ging von der Voraussetzung aus, daß der Weltkrieg die großen wirtschaftspolitischen Staatskomplexe stärken wird und daß die geschichtliche Entwicklung in der Epoche des Imperialismus nicht in der Richtung einer Zersplitterung der schon bestehenden großen Staaten und ihrer Zerbröckelung in kleine Nationalstaaten gehen wird. Der zweite Teil der Tschechoslowakischen Sozialdemokratischen Partei ging von dem Widerstande gegen den Krieg aus, jedoch nicht von einem prinzipiellen Widerstande, sondern aus nationalen Motiven. Aus denselben Motiven schloß er sich, indem er die Zertrümmerung des österreichisch-deutschen Imperialismus herbeiwünschte, der imperialistischen Gruppe der Ententestaaten an, von derem Siege er die Schaffung eines selbständigen tschechoslowakischen Staates erwartete. Konkret drückten sich diese beiden Konzeptionen im Burgfrieden des einen Teiles der Sozialdemokratie gegenüber Oesterreich und im Burgfrieden des zweiten Teiles gegenüber der tschechoslowakischen Bourgeoisie aus. Die dritte, einzig richtige und konsequente Konzeption über die Tendenzen des Weltkrieges

zeigte sich in der tschechoslowakischen Arbeiterbewegung erst nach der Beendigung des Weltkrieges als die kommunistische.

Neue Strömungen in der tschechoslowakischen Arbeiterbewegung in den Jahren 1918 bis 1919. Durch die Zertrümmerung Oesterreich-Ungarns und die Schaffung der tschechoslowakischen Republik schien es zuerst, als hätten in der Sozialdemokratie jene gesiegt, die auf den Triumph des Ententeimperialismus gerechnet und die den Repräsentanten der amerikanischen Milliardäre, Wilson, zum Apostel eines neuen nationalen und sozialen Evangeliums erhoben hatten. Es genügten jedoch einige Monate, damit das tschechoslowakische Proletariat von jenen Illusionen geheilt wurde, mit denen es während des Weltkrieges von der Bourgeoisie und den Sozialpatrioten erfüllt worden war. Die gemeinsame Ideologie, welche die tschechoslowakische Bourgeosie und den nationalopportunistischen Flügel der Sozialdemokratischen Partei während des Weltkrieges gegen den nationalen Feind um den selbständigen tschechoslowakischen Staat vereinigt hatte, wirkte nach dem Umsturze am 28. Oktober 1918 nach den Gesetzen der Trägheit weiter und hatte ihren entscheidenden Einfluß auf die Schaffung der Koalitionsregierungen, die aus den Vertretern der Bourgeoisie und der Sozialdemokraten zusammengestellt wurden. Die Basis und die Kulissen des politischen Lebens waren jedoch so verschieden von den Verhältnissen während des Weltkrieges, daß das gemeinsame Vorgehen des nationalen Flügels der Sozialdemokratie mit der Bourgeoisie im Proletariat ein tiefes Mißtrauen gegen die sozialdemokratische Führung hervorrief. Dieses Mißtrauen der Arbeitermassen zur Koalitionspolitik wuchs um so mehr, je schneller unter dem Drucke der Wirklichkeit jene Illusionen verschwanden, die durch die Bourgeoisie in der Arbeiterschaft bezüglich des selbständigen Staates erweckt worden waren, je stärker der bourgeoise Charakter des Staatsapparates zum Vorschein kam und je mehr die Hoffnungen auf eine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiterschaft während der Dauer des kapitalistischen Produktions- und Distributionssystems verschwanden. Die Augen des tschechoslowakischen Proletariats waren ebenso wie die des Proletariats der ganzen Welt von Anfang an auf die Entwicklung der Revolution in Rußland gerichtet: die russische Oktoberrevolution wirkte auf natürliche psychologische Weise auf den Gedankengang der

tschechoslowakischen Arbeiterschaft, die von der Koalition mit der Bourgeoisie durch die mageren Resultate dieser Koalition abgewendet wurde in der Richtung der Losung: Weg mit der Koalition — zurück zum Klassenkampf! Dieser Gedankenprozeß, durch den sich die Arbeitermassen vom Nationalismus und sozialen Illusionismus entfernten, indem sie den sozialdemokratischen Ministern den Rücken kehrten und sich wieder für den Klassenkampf gegen die bürgerliche Klasse entschieden, wurde ideologisch von der marxistischen Linken der Tschechoslowakischen Sozialdemokratischen Partei formuliert. Die marxistische Linke vereinigte in ihren Reihen nicht nur einen großen Teil derer, die während des Weltkrieges die Konzeption über die Tendenzen zur Schaffung großer wirtschaftspolitischer Staatskomplexe vertraten (der sogenannten Opportunisten), sondern auch der aus Sowjetrußland zurückgekehrten Kommunisten. Die marxistische Linke konstituierte sich formell erst im Dezember 1919, indem sie eine programmatische Erklärung herausgab, in der sie die sozialdemokratische Koalitionspolitik kritisierte und die Rückkehr zu den Prinzipien des Klassenkampfes forderte. Doch existierte diese Gruppe faktisch bereits seit Februar 1919, wo sie die erste Nummer der theoretischen Wochenschrift „Socialnidemokrat" herausgab. Die marxistische Linke hielt von Anfang an den Kurs ihrer Politik in der Richtung zur Kommunistischen Internationale, zur kommunistischen Bewegung.

Die Spaltung der tschechoslowakischen Sozialdemokratie im Jahre 1920. Je größer der Anhang der marxistischen Linken unter den Parteiangehörigen wurde, um so klarer wurde es, daß die Entwicklung der Ereignisse zur Spaltung der Partei führen wird. Wie anormal die Verhältnisse innerhalb der Partei im Frühjahre 1920 sich gestalteten, beweist genügend die Tatsache, daß die Regierung, an deren Spitze ein Sozialdemokrat stand, lange Monate eine Reihe von Sozialdemokraten gefangen hielt, die mit der Koalitionspolitik nicht übereinstimmten. Nach den Wahlen ins Parlament, in den Senat und in die Gemeinden forderte die marxistische Linke, die in dieser Zeit bereits die Mehrzahl der Kreisausschüsse für sich gewonnen hatte, die Einberufung des Parteitages, auf dem über die weitere Parteipolitik die Entscheidung getroffen werden sollte. Die sozialdemokratische Rechte vertagte aber gegen den Wortlaut der Statuten den be-

reits einberufenen Parteitag, zu dem bereits die Wahlen der Delegierten durch alle politischen Organisationen durchgeführt worden waren, unter dem Vorwande, daß die Organisationen zur Durchdiskutierung der Thesen der Kommunistischen Internationale Zeit bekommen müssen. In Wirklichkeit bestand die Ursache zum Aufschube des Parteitages darin, daß zwei Drittel der Delegierten Anhänger der marxistischen Linken waren. Die Entscheidung der Rechten bezüglich der Verschiebung des Parteitages rief in den Organisationen einen stürmischen Widerspruch hervor. Der Parteitag wurde in der ursprünglich bestimmten Frist von den Delegierten beschickt, und die Thesen der marxistischen Linken wurden angenommen (September 1920). Die sozialdemokratische Rechte erklärte sich gegen diesen Parteitag und schloß eine Reihe von Anhängern der marxistischen Linken aus der Partei aus. Es kam zur Spaltung innerhalb einer jeden einzelnen politischen Lokalorganisation. Im Herbst 1920 existierten in der tschechoslowakischen Republik 2 tschechoslowakische Arbeiterparteien: eine Rechte und eine Linke, deren Entwicklung erst durch die Schaffung einer Kommunistischen Partei beendigt werden konnte.

Der Weg zur Kommunistischen Internationale. Die marxistische Linke gewann bei der Spaltung 80 Prozent der Anhänger der gewesenen Einheitspartei für sich. Die sozialdemokratische Rechte verlor durch die Parteispaltung die soziale Basis, auf die sie sich in der Koalition mit der Bourgeoisie gestützt hatte. Die parlamentarische Regierung trat ab, und es wurde ein Beamtenkabinett gebildet, dessen Regierungsprogramm in der „Befestigung der Staatsautorität" bestand, das heißt in dem Versuche, die revolutionären Kräfte, die sich in der marxistischen Linken gruppiert hatten, zu desorganisieren. Dieser Versuch wurde auf Druck der sozialdemokratischen Rechten im Dezember 1920 unternommen, als die Regierung das Volkshaus, in dem sich die zentralen Institutionen der marxistischen Linken befanden, von der Gendarmerie und der Polizei besetzen ließ und es der sozialdemokratischen Rechten übergab. Die marxistische Linke beantwortete diesen Angriff mit der Proklamierung des Generalstreikes, an dem in der tschechoslowakischen Republik etwa eine Million Arbeiter und Arbeiterinnen teilnahm. Der Streik dauerte mehr als eine Woche und wurde durch das außerordentlich brutale Vorgehen der Gendarmen und Polizisten gegen die streikenden

Arbeiter, die den Generalstreik als Demonstration für ihre Sozialisierungsforderungen benützten, gekennzeichnet. Die Folgen des Generalstreiks und der brutalen Vergewaltigung der Arbeiterschaft waren aber anders, als sich die Regierung und die sozialdemokratische Rechte vorgestellt hatten. Mehr als 3000 Verhaftete, 1750 Verurteilte, über 20 erschossene Arbeiter und Arbeiterinnen, der Raub der Druckerei und des Volkshauses, die außerordentlichen Gerichte, die Verfolgung und Konfiskation der Presse der marxistischen Linken, — alles dies wurde zum besten Agitationsmittel bei der Entwicklung der marxistischen Linken zu einer wirklichen revolutionären proletarischen Partei, zur Kommunistischen Partei. Auf dem Maiparteitage 1921 wurden die Thesen der Kommunistischen Internationale angenommen, die marxistische Linke gab sich den Namen Kommunistische Partei (tschechoslowakische Abteilung), und die Beendigung dieser Entwicklung bildete der Novemberparteitag 1921, auf dem es zur Vereinigung beider Sektionen der Kommunistischen Internationale in der tschechoslowakischen Republik — der tschechoslowakischen und deutschen Abteilung — zu einer einheitlichen Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (Sektion der Kommunistischen Internationale) kam.

Die Entstehung der Kommunistischen Partei in der Tschechoslowakei unterschied sich wesentlich von der Entwicklung der kommunistischen Parteien in anderen Staaten. Genosse Smeral formulierte diesen Unterschied wie folgt:

> „Wir führen die Arbeitermassen durch den Anschauungsunterricht der Wirklichkeit hindurch, wir wollen ihnen die revolutionäre Erkenntnis nicht aufdrängen, aber ohne ihren Empfindungen zuvorzukommen, machen wir sie pädagogisch auf die Ereignisse aufmerksam und erhöhen auf diesem Wege ihr proletarisches revolutionäres Klassenbewußtsein. Wir entfernen uns nicht von den Arbeitermassen, welche uns die Gewähr bieten, daß die in Wahrheit aus Arbeitern bestehende Partei sich zum Schluß immer ihres Arbeitercharakters erinnern und ihre Arbeiterorientation finden wird."

Durch diese Taktik gelang es, die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei zu einer Massenpartei werden zu lassen, an der das internationale Proletariat einen ehrlichen Mitkämpfer findet. Die nächste Aufgabe der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei ist einerseits ihre innere Konsolidierung, andererseits das Eindringen ihres Einflusses in die

Gewerkschaftsorganisationen. Diese beiden Aufgaben werden erfüllt werden, da sie erfüllt werden müssen. *Smeral u. Hula.*

Einwohnerzahl am 15. Februar 1921: 13 595 816. Flächenausmaß: 104 448 qkm. Die Tschechoslowakei zerfällt in fünf Länder:

Böhmen	50 052 qkm	6 664 932	Einwohner
Mähren	22 304 qkm	2 660 737	„
Schlesien	4 096 qkm	670 937	„
Slowakei	49 019 qkm	2 993 479	„
Karpatorußland	12 694 qkm	605 731	„

Die Tschechoslowakei ist ein Binnenstaat, ohne Verbindung mit dem Meer. Der Versailler Friede sucht diesem Uebelstand abzuhelfen, indem er Deutschland die Verpflichtung auferlegt, der Tschechoslowakei einen Teil des Hamburger Hafens auf 99 Jahre zu verpachten und die Donau, die Elbe, Moldau und Oder für neutral erklärt.

Prozentueller Bevölkerungszuwachs.

Land	1869/80	1881/90	1891/1900	1901/10
Böhmen	8,2	5,2	8,1	7,1
Mähren	7,0	5,8	7,1	7,6
Schlesien	10,1	7,0	12,2	11,2
Slowakei	0,2	4,8	7,2	4,9

Infolge des Krieges fand zwischen 1910 und 1921 keine Zunahme der Bevölkerung statt; im eigentlichen Böhmen ergab sich sogar eine Abnahme.

Nationalität und Sprache. Aus den Ergebnissen der Volkszählung von 1921 sind die Daten über die nationalen Verhältnisse noch nicht bekannt. Wir führen deshalb hier die Ziffern der amtlichen Zählung von 1910 an. Vor dem Umsturze gehörten jene Landesteile der Tschechoslowakei, die Böhmen, Mähren und Schlesien bilden, zu Oesterreich, während die Slowakei und Karpatorußland zu Ungarn gehörten. Mit Hinblick auf die damaligen Machtverhältnisse muß darauf aufmerksam gemacht werden, daß die österreichische Regierung bei der Volkszählung die Tendenz verfolgte, die Deutschen, die ungarische Regierung, die Magyaren zu begünstigen Da nun heute in der Tschechoslowakei mit einer Tendenz der Regierung zugunsten der Tschechen gerechnet werden muß, werden die Ergebnisse der Volkszählung vom Jahre 1921 recht abweichende sein; besondere Veränderungen gegenüber der letzten Zählung werden bei den slowakischen Daten zu erwarten sein.

Nationalität (in Tausenden).

Gebiet	Tschechen	Deutsche	Polen	Slovaken	Ruthenen	Magyaren
Böhmen, Mähren, Schlesien	6 291	3 513	251	—	—	—
Slowakei	8	212	27	1 709	152	1 209
Karpatoruß.	—	85	—	2	295	209

Religion (in Tausenden).

Gebiet	Römisch katholisch	Griechisch katholisch	Evangelisch Reformiert	Augsburgische	Mosaisch	Andere
Böhmen . Mähren . Schlesien	9 617	—	—	354	140	25
Slowakei. .	2 240	291	222	418	177	26
Karpatoruß.	57	423	—	86	111	25

Verfassung. Demokratische Republik mit einem vom Abgeordnetenhaus und Senat gemeinsam auf 7 Jahre gewählten Präsidenten an der Spitze (Masaryk). Parlament bestehend aus Abgeordnetenhaus (300 Mitglieder) und Senat (150 Mitglieder). Aktives Wahlrecht allgemein für Männer und Frauen; Altersgrenze 21 Jahre für Abgeordnetenhaus, 26 Jahre für Senat. Passives Wahlrecht 30 bezw. 45 Jahre. Mandatsdauer 6 bezw. 8 Jahre. Gebundene Listenwahl nach großen Wahlkreisen; keine Nachwahlen, sondern Eintritt des nächsten Ersatzmannes. Referendum nur, wenn das Parlament einen Gesetzentwurf der Regierung ablehnt. Die Verfassung steht bedingungslos auf dem Grundsatze der Unantastbarkeit des Privateigentums. Es ist interessant, daß bei der Beratung und Annahme der Verfassung die bürgerlichen Parteien der Regierungskoalition als Sprecher gerade die Führer der Sozialdemokratie entsendet haben, um diesen Punkt zu formulieren und vorzuschlagen. Die Bestimmungen über den Ausnahmezustand und die Ausnahmegerichtsbarkeit sind weitreichend. Die Verfassung wurde nach dem Zerfall Oesterreichs geschaffen, aber nicht durch ein gewähltes Parlament, sondern durch eine Körperschaft, die von den einzelnen politischen Parteien der zur Macht gelangten tschechischen Nation aus den Reihen ihrer Parteigänger ernannt wurde. Diese ernannte Körperschaft der einen in der Revolution siegreichen Nation entschied unter Ausschluß der Vertreter aller übrigen Nationen über alle Angelegenheiten der Gesetzgebung und Verwaltung von Oktober 1918 bis Mai 1920 in diktatorischer Weise. Erst als die endgültige Verfassung beschlossen, das Militär organisiert, die Bürokratie und die Verwaltung derartig aufgebaut worden war, daß die Erhaltung der Staatsmacht für die tschechoslowakische Nation gesichert schien, wurde die Ausschreibung von Wahlen für das Parlament vorgenommen und den Vertretern der übrigen Nationen als oppositionelle Minoritäten die Teilnahme an der Gesetzgebung gestattet. Karpatorußland soll nach dem Versailler Frieden Autonomie und autonomen Landtag haben! Aber bis jetzt sind diese Friedensbedingungen nicht erfüllt.

Politische Parteien. Die K. P. C. vereinigt in ihren Reihen die klassenbewußtesten tschechischen, slowakischen, deutschen, magyarischen, polnischen, ruthenischen und jüdischen Arbeiter. Nach der Spaltung traten 26 Abgeordnete zur K. P. über, von denen aber einige später ausgeschlossen wurden, andere selbst austraten. Gegenwärtig gibt es 23 kommunistische Abgeordnete und 4 Senatoren. Die Anzahl der Abgeordneten entspricht jedoch keineswegs der Stärke der Kommunistischen Partei. Die kommunistischen Abgeordneten wurden im Jahre 1920 vor der Spaltung der Sozialdemokratie, deren

Anhänger zu 75 Prozent in das Lager der K. P. C. übergegangen sind, gewählt. Erst die nächsten Wahlen werden die Stärke und den Einfluß der K. P. dartun können. Ihre Forderung nach Neuwahlen blieb bisher ohne Erfolg, weil die Regierungsparteien den großen Zuwachs an kommunistischen Abgeordneten fürchten. Die Partei hat 6 Tagesblätter, 6 zweimal die Woche erscheinende, 18 Wochenblätter, 1 theoretische Revue „Kommunismus", Zeitschriften für die Frauen- und Jugendbewegung in 4 Sprachen und 2 satirische Wochenblätter.

Die übrigen Parteien:

Parteien	Stimmenzahl bei der letzten Wahl	Zahl der Abgeordneten	Senatoren
A. Tschechische Parteien:			
Tschechoslowakische Sozialdemokraten vertreten nach der Spaltung die Arbeiteraristokratie und das Kleinbürgertum, kleine Beamten und Angestellten, die aber auch in den übrigen „sozialistischen" Parteien sind. Nach der Spaltung zählt der Abgeordnetenklub 48 Abgeordnete und 36 Senatoren	1 590 284	74	41
Tschechoslowakische Nationalsozialisten; bei den Nachwahlen der Legionäre erhielt die Partei noch 2 Abgeordnetenmandate	500 455	24	10
Fortschrittliche Sozialisten-Modracek-partei	58 572	3	—
Sozialdemokratischer Klub der gewerkschaftlichen Abgeordneten; Zentristen, nach der Spaltung zu dem genannten Klub zusammengetreten	—	4	—
Bürgerliche Parteien:			
Republikanische Partei des tschechoslowakischen Landvolkes, Agrarier, bemitteltes Bauerntum	602 743	24	14
Tschechoslowakische Volkspartei: vertritt halbproletarische und Kleinbürgerschichten mit christlichen Vorurteilen. Die slowakischen Abgeordneten dieser Partei sind aus dem Klub ausgetreten und haben einen eigenen Abgeordnetenklub gegründet.	699 459	33	18
Tschechoslowakische nationaldemokratische Partei, Vertreter des Großkapitals und der hohen Bürokratie	387 426	19	10
Slowakische National- und Bauernpartei: reiche slowakische Bauern und Kapitalisten	241 881	12	6
Tschechoslowakische Gewerbepartei, Mittelstandspartei, Kleingewerbetreibende	122 660	6	3
B. Deutsche Parteien:			
Deutsche sozialdemokratische Arbeiter-Partei	699 201	31	16
Deutsche Nationalpartei, nationalistisches Kleinbürgertum, Intelligenz etc.	—	12	6
Deutsche nationalsozialistische Partei	—	4	2
Bund der Landwirte, reiche Agrarier	241 723	13	6
Deutsche Christlichsoziale Volkspartei, analog der tschechischen Volkspartei	212 999	9	4

Parteien	Stimmenzahl bei der letzten Wahl	Zahl der Abgeordneten	Senatoren
Deutsch-demokratische Freiheitspartei, Großkapital	105 418	2	3
Ungarische Parteien			
1. Deutschungarische christlich-soziale Partei	139 246	5	2
2. Deutsch-ungarische sozialdemokratische Partei	108 296	4	—
3. Ungarische Landwirtepartei . . .	26 464	1	1

Berufsstatistik nach Klassengesichtspunkten. Von 1000 berufstätigen Bewohnern in Böhmen, Mähren und Schlesien (siehe „Statistisches Handbuch des Königreiches Böhmen", 2. Ausgabe, Prag 1913) entfallen im Jahre 1910 auf:

	Selbständige	Pächter	Halbproletarier	Arbeiter
Landwirtschaft	295	14	5	686
Industrie	145	1	26	828
Handel und Transport	352	15	99	534
Durchschnitt: auf 1000 in der Landwirtschaft, der Industrie, dem Handel und dem Transport tätigen Bewohner in Böhmen, Mähren, Schlesien entfallen:	264	10	43,3	682,6

Aus der Slowakei sind die statistischen Daten noch nicht veröffentlicht worden.

Anmerkung. Die amtliche Statistik zählt unter „Selbständige" auch Träger, Diener, Droschkenkutscher, Höker, Friseure, Tischler, Wäscherinnen, Milchhändler etc., die auch nicht einen einzigen Arbeiter beschäftigen. Unter „Halbproletarier" werden Beamte und höhere Angestellte, unter „Arbeiter" Taglöhner, Lehrlinge, Familienmitglieder, die Hilfsarbeiten verrichten, gezählt. Letztere gehören zu 99 Prozent der Arbeiterschaft an.

Wirtschaft.

Die Tschechoslowakei vereinigt auf ihrem Gebiete reiche Bodenschätze, insbesondere Kohle, eine vielseitige, gut ausgebaute Industrie und eine intensive Landwirtschaft. Die Kohlenproduktion der gewesenen österreichisch-ungarischen Monarchie stammte fast ausschließlich aus den Bergwerken der Tschechoslowakei. Ebenso befinden sich etwa 70—80 (in manchen Zweigen mehr) Prozent der Bergwerke der alten Monarchie auf dem Gebiete der Tschechoslowakei.

Neben diesem großen Reichtum an Sachwerten befand sich die Tschechoslowakei zur Zeit ihrer Errichtung auch finanziell in sehr günstiger Lage. Kriegslasten hat sie nicht zu tragen. Die Kriegsanleihen erkennt sie nicht an, nur die österreichisch-ungarischen Vorkriegsschulden und jene, die sie selbst gemacht hat. Trotz dieser überaus vorteilhaften Bedingungen gestaltet sich die wirt-

schaftliche Lage ungünstig. Die Produktion geht in allen ihren Zweigen zurück.

Die Landwirtschaft ist nicht überall gleichmäßig entwickelt. Aus den folgenden Tabellen über die Verteilung des Bodens ist es ersichtlich, daß die Gegensätze zwischen Kleinbesitz und Großbesitz sehr groß sind. In Böhmen, Mähren und Schlesien besitzen über eine halbe Million Zwergbauern nur 1,32 Prozent des Bodens, während 236 Großagrarier 27 Prozent des Gesamtbodens in Händen haben. In der Slowakei ist der Gegensatz noch krasser.

Verteilung des Bodens in Böhmen, Mähren und Schlesien (1896).

Bodenbesitz der Größe nach	Zahl der Besitzer	Bodenfläche in 1000 ha	in Prozent
0—1/2 ha	667 526	102	1,32
1/2—1 „	201 389	144	1,86
1—2 „	180 542	257	3,31
2—10 „	280 323	1 305	16,82
10—100 „	150 954	3 081	39,69
100—1000 ha	1 907	480	6,19
1000—2000 „	165	241	3,10
über 2000 „	236	2 151	27,71
Zusammen	1 483 042	7 761	100,00

Verteilung des Bodens in der Slowakei und Karpatorußland (1895).

Bodenbesitz der Größe nach	Slowakei			Karpatorußland		
	Zahl der Besitzer	Bodenfläche in 1000 kat. Joch	Bodenfläche in Prozent	Zahl der Besitzer	Bodenfläche in 1000 kat. Joch	Bodenfläche in Prozent
weniger als 1 kat. Joch	93 754	38	0,50	19 140	8	0,54
1—5 „ „	140 587	389	5,23	28 292	78	5,44
5—10 „ „	97 136	799	9,43	18 776	136	9,48
10—100 „ „	114 485	2 375	31,97	25 521	562	39,32
100—1000 „ „	3 845	1 248	16,79	663	174	12,11
über 1000 „ „	842	2 678	36,08	93	474	33,11
Zusammen	450 649	7 527	100,00	92 485	1432	100,00

32 Prozent des Bodens sind Wald und gehörten fast ausschließlich den Großgrundbesitzern.

Statistik der Saatfläche der Tschechoslowakei.

Jahr	Weizen		Roggen		Gerste		Hafer	
	in 1000 ha	Prozent	in 1000 ha	Prozent	in 1000 ha	Prozent	in 1000 ha	Prozent
1914	744	100	1047	100	915	100	1042	400
1916	—	—	—	—	—	—	—	—
1920	570,5	73,3	905,8	86,5	694,6	75,8	801,8	76,5
1921	570,2	73,6	883,5	84,4	640,6	70,0	810,7	77,4
1922	556,3	71,8	874,2	83,5	682,4	74,5	822,0	78,5

Ernteertrag in Böhmen, Mähren und Schlesien.

Art der Bodenfrucht	Ernteertrag in q				pro 1 ha der bebauten Fläche			
	1914	1915	1916	1917	1918	1919	1920	1921
Bebaut	—	—	—	—	—	—	—	—
Weizen	17,7	12,8	10,7	8,2	8,6	10,6	11,3	17,8
Roggen	16,1	9,9	8,9	7,5	8,4	8,6	8,5	15,6
Gerste	19,8	10,5	13,0	7,0	8,5	13,0	12,4	16,1
Hafer	18,2	7,4	11,2	5,1	8,3	12,0	11,7	13,0
Kartoffeln	116,6	94,0	59,5	61,2	60,7	—	82,7	60,5
Zuckerrüben	284,0	259,6	230,1	158,0	191,0	208,0	190,0	140,0
Hopfen	9,1	5,4	5,0	6,1	2,4	—	6,3	3,0

Die Wirkung des Krieges zeigt sich in der Verminderung der Saatfläche um fast ein Viertel bis ein Drittel, in der Zunahme des Brachlandes (1913: 57 206 ha, 1920: 363 000 ha) und in der Abnahme des Ertrages pro ha (bei Roggen und Zuckerrübe etwa 50 Prozent).

Auch der Viehstand wurde infolge des Krieges vermindert:

	Pferde	Rinder	Ziegen	Schweine	Schafe
			in 1000 Stück		
1910	732	4791	718	2667	1640
1920	581	4213	1174	2015	0975

Der durch die Trockenheit im Jahre 1921 verursachte Futtermangel verringerte den Viehstand ebenfalls stark (große Fleischteuerung im 1. und 2. Vierteljahr 1922).

Bodenreform. Das Gesetz vom 16. 4. 1919 verhängte über den Großgrundbesitz die Sperre. Dadurch erwarb der Staat das Recht, den Besitz zu übernehmen und aufzuteilen. Die Sperre ist keine Enteignung. Sie verhindert den Eigentümer nur daran, ohne staatliche Zustimmung (Bodenamt) über den Besitz zu verfügen. Die eventuelle Enteignung erfolgt gegen Entschädigung (Wert des Bodens im Jahre 1913—1915, eventuell erhöht um 30—70 Prozent). Der Besitzer hat außerdem Recht auf Bodenbesitz bis 500 ha. Der Staat behält den Boden oder verpachtet ihn an kleine Landwirte, Häusler, Kleingewerbler oder an jene, die für die Republik gekämpft haben. Hauptgesichtspunkt ist, „dem kleinen Landwirt eine anständige Existenz zu sichern", landwirtschaftliche Genossenschaften zu gründen und vor allem, „das Mißverhältnis zwischen Groß- und Kleinbesitz aufzuheben". Wälder sind unteilbar.

Bis 31. 12. 1921 waren 3 945 784 ha, das sind 16,3 Prozent des gesamten Ackerbodens, beschlagnahmt. Verteilt sind 222 830 ha, das sind 0,94 Prozent, Beschlagnahme wird hauptsächlich gegen ungarischen und deutschen Großgrundbesitz durchgeführt.

Bergbau. Die Kohlenproduktion der Tschechoslowakei stand vor dem Krieg an fünfter Stelle in der Welt. Infolge des Rückganges des Verbrauches im Innern und der Konkurrenzunfähigkeit auf dem Weltmarkte geht der Absatz zurück. Die Produktion ist stark vermindert (verfahrene Schichten 5 in der Woche in den Hauptschächten, die Arbeitsleistung ist um 33 Prozent gefallen), die Zahl der Arbeiter um 20—23 Prozent höher als vor dem Kriege.

Monatsdurchschnitt (Steinkohle) in 1000 Tonnen:

1913 7660
1914 7315
1916 8935
1919 5710
1920 6280

Monatsdurchschnitte und Kohlenvorräte (1921):

	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Monatsdurchschnitt in 1000 Tonnen . .	6 958	6 713	7 001	6 893	6 196	6 719	6 628	6 740	6 256	5 558	6 312	5 663
Vorrat in 1000 Tonnen . .	147	111	123	136	136	236	312	417	522	575	578	686

Die Schichtleistung betrug pro Bergmann
(in 1000 Tonnen)

1913 . . . . 8 83
1914 . . . . 8 80
1915 . . . . 9 72
1916 . . . . 10 73
1917 . . . . 10 07
1918 . . . . 7 44
1919 . . . . 5 70
1920 . . . . 5 78
1921 . . . . 6 86

Die anderen Produkte des Bergbaues: Eisenerz (1 800 000 Tonnen), Graphit (18 741 Tonnen), Kochsalz, Blei (3 457 Tonnen) sind verhältnismäßig unbedeutend. An Edelmetallen wird Gold und Silber gewonnen.

I n d u s t r i e. Die Produktion ist im Verhältnis zur Vorkriegszeit stark gesunken. Ihre wichtigsten Zweige sind: Eisen-, Maschinen-, Textil-, Glas- und Porzellan-, Chemische- und Zucker-Industrie. Der Rückgang hält hauptsächlich bei Eisen, Textil und Glas an.

	1913	1914	1915	1916	1917	1918	1919	1920	1921	1922
Steinkohle (in 1000 t)	14 570		14 466				10 385	11 131	11 648	
Braunkohle „	28 103		18 148				16 980	19 700	21 100	
Eisen „	1 237				1 610	1 019	0 786	0 972	0 917	
Zucker[1]) „	12 195			9 120		6 480	6 422			6 883
Spiritus[2]) „								403,1	648,1	
Bier[1]) „		12 368		6 659			3 359	5 709		

[1]) Produktionsperiode von der Mitte des Jahres gerechnet. Daten vom Ende dieser Periode.
[2]) Seit 1919 nur 1/3 — 1/4 der Kapazität ausgenützt.

Zahl der Arbeiter 1919

Eisen- und Metallindustrie . . . 301 500
Textilindustrie 277 000
Glasindustrie . . . . über 100 000
Bergbau 130 000
Baugewerbe 120 160
Holzindustrie 51 000

Seit Mitte 1921 besteht eine wachsende Krise, über die keine genauen Zahlen vorliegen. Von 28 Hochöfen arbeiteten 1921 nur 4, die Textilindustrie arbeitet 45—55 Prozent der Kapazität. Die Ursachen der Krise: Inlandkonsum nur 30 Prozent der Produktion, Unmöglichkeit der Konkurrenz auf dem Weltmarkt (zu hohe Produktionskosten, die Folge der veralteten Einrichtungen).

Außenhandel: Ausfuhr und Einfuhr.

Die Einfuhr betrug	1919	6 555 418 562 Kr.	Die Ausfuhr betrug	1919	5 323 621 196 Kr.
	1920	16 383 532 000 „		1920	16 189 865 000 „
	1921	23 384 400 000 „		1921	27 596 500 000 „
	1919	18 378 000 t		1919	56 644 000 t
	1920	39 101 000 „		1920	69 022 000 „
	1921	39 600 000 „		1921	96 460 000 „

Die große Steigerung in Kronen ist zum Teil auf die große Verteuerung der Produktion, auf die Ueberschätzung der Ausfuhrwerte und die Unterschätzung der Einfuhrwerte zurückzuführen.

Die wichtigsten Artikel der Einfuhr sind: Getreide, Mehl, Baumwolle, Garne und Flachs, Kochsalz, chemische Produkte, der Ausfuhr: Zucker, Holz, Papier, Glas, Eisen und Metallwaren.

Die wichtigsten Länder des tschechischen Außenhandels sind: Deutschland (Einfuhr 60 Prozent, Ausfuhr 46 Prozent), Oesterreich (Einfuhr 7 Prozent, Ausfuhr 32 Prozent), Ungarn (Einfuhr 5 Prozent, Ausfuhr 6 Prozent), Polen.

V e r k e h r. Länge der Bahnlinien: 13 200 km (nur 1620 km doppelgleisig).

	Zahl der Lokomotiven	Waggons
1919	1200	94 696
1920	1900	111 000
1921	3600[1]	136 500

[1]) 35 Prozent in Reparatur.

Das Anwachsen des rollenden Materials geschah auf Oesterreichs Kosten. Schiffahrt und Automobilverkehr unbedeutend. Hauptwasserwege: Donau, Hafen Bratislava, und Elbe, Häfen Usti und Decin.

Indexziffern

	Juni 1914	Jan. 1921	Juli 1921	Nov. 1921	Dez. 1921		Jan. 1922	Febr. 1922	März 1922	April 1922
Gruppe I	100	1643	1346	1551	1544	1475[1])	1444	1462	1414	[2])
Gruppe II	100	2878	1865	2087	2052	2200	2530	1960	1882	

[1]) Dezember nach alter und neuer Art berechnet.
[2]) Infolge der Fleischteuerung in Gruppe I ab März bedeutende Steigerung.

Gruppe I umfaßt 27 Artikel: Lebensmittel, Heizmaterial, Seife; Gruppe II Textilien, Schuhe, Herrenhüte. Ab Dezember neue Berechnungsart (Basis der Berechnung: die Woche, in welcher der 15. eines jeden Monats vorkommt).

V a l u t a. Die tschechische Krone in New York.

Parität 20,26 ct.

Oktober 1920	1,25	Juli 1921	1,31
Dezember 1920	1,25	Oktober 1921	1,05
Januar 1921	1,30	Dezember 1921	1,25
April 1921	—	Januar 1922	1,73

März 1922 1,73

Die Gründe der Wertsteigerung sind nicht klar ersichtlich. Zum Teile: staatliche Unterstützungsaktion, Spekulation inländischer Groß-

banken; zum Teil der Abschluß eines 10-Millionen-Pfund-Kredites in London.

Notenumlauf. Seit Mai 1919 keine Notenemission. Der Notenumlauf von Monat zu Monat gleichmäßig (in Milliarden Kronen).

Ende 1920	10,9	Januar 1922	12,1
April 1921	10,9	März 1922	10,7
Juli 1921	11,1	April 1922	10,3
Dezember 1921	11,7	Mai 1922	10,0

Das starke Steigen Dezember-Januar ist die Folge der Mobilisierung gegen Ungarn Ende 1921. Die wachsende Arbeitslosigkeit und Teuerung wird den Notenumlauf in den nächsten Monaten steigern.

Finanzen. Staatsschulden in Millionen: an Amerika 91,2 Dollar, an England 12,4 engl. Pfund, an Italien 180 Lire, an Frankreich 128 Francs, an die Entente (Befreiungsbeitrag) 750 Goldfranken.

Innere Anleihen: zwei „Freiheitsanleihen" 1 Milliarde, 983 Mill. Kr., Anleihe bei den Banken 1 031,5 Millionen Kr., 4½ prozentige Anleihe (Summe nicht festgesetzt). Der innere Geldmarkt schließt sich für den Staat ab. Die Zwangsanleihe für Investitionen (Bahn, Telephon, Telegraph, Post) brachte Ende 1921 400 Millionen statt der erwarteten 1 Milliarde.

Staatshaushalt

Einnahmen:		Ausgaben:	
1920		**1920**	
Ordentliche	5 323 582	Ordentliche	4 926 691
Außerordentliche	2 427 188	Außerordentliche	5 489 484
Zusammen	7 750 770	Zusammen	10 416 175
1921		**1921**	
Ordentliche	12 057 436	Ordentliche	9 172 265
Außerordentliche	2 050 643	Außerordentliche	4 932 208
Zusammen	14 108 079	Zusammen	14 104 473
1922		**1922**	
Ordentliche	17 290 600	Ordentliche	13 125 932
Außerordentliche	1 593 609	Außerordentliche	6 546 038
Zusammen	18 884 209	Zusammen	19 671 970

Nachtragsbudget: Gesamtausgaben 18 026 Millionen, Einnahmen 17 299 Millionen, Defizit 727 Millionen; ungedeckte Investitionsausgaben 3174 Millionen, Mobilisierung etwa ¼ Million.

Die wichtigsten Steuern

Jahr	Real	Allgemeine Erwerbs	Besondere	Einkommen	Branntwein	Bier und Getränke	Kohlen	Verkehr	Gebühren	Umsatz
1919	106	49	48	138	34	20	—	37	126	—
1920	178	87	85	199	150	118	—	89	128	800
1921	194	125	96	303	255	131	1200	199	211	1050
1922	214	190	176	634	491	240	1450	365	381	2200

	Ausgaben für				
	Nationale Verteidigung	Unterricht	Verkehr	Oeffentliche Arbeiten	Staatsschuldentilgung
1921	1 085 879 669	608 344 891	3 502 554 500	1 020 931 381	1 085 879 669
1922	3 118 846 222	1 129 071 228	4 660 257 600	1 028 309 869	2 080 669 044

Das Budget 1921 wies einen Ueberschuß (288 Mill.) auf. Tatsächlich schloß es mit einem Defizit (Gewinn am Zuckerexport geringer; Ausgaben für Getreide und für Beamtengehälter höher, die Mobilisierungskosten statt ¼ Milliarde = 1 Milliarde). Das Budget 1922 schließt mit 788 Millionen Defizit. Dazu kommt ein ungedecktes Investionsbudget von 3263 Mill., das, wie auch 1921, fast ganz vom Militärbudget aufgebraucht wird. Das Gesamtbudget stieg 1921 bis 1922 um 5,83 Milliarden (43 Prozent). Die Militärausgaben stiegen auf das Doppelte, ebenso der Staatsschuldendienst.

Die tschechische Gewerkschaftsbewegung.

1. Die Entwicklung.

Die Anfänge der Organisation der tschechischen Arbeiterschaft reichen in das Jahr 1867 zurück in der Form von Unterstützungsvereinen. 1880 gab es bereits mehrere Arbeiterblätter, von denen ein Teil bereits neben den politischen auch die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterschaft wahrte. Eine ganze Reihe von Arbeitervereinen, besonders von Bergarbeitern und Metallarbeitern, wurde auf gewerkschaftlicher Grundlage begründet.

1893 wurde in Wien ein eigener ständiger Ausschuß aus Vertretern der Gewerkschaftsorganisationen gegründet. Weihnachten 1893: erster allgewerkschaftlicher Kongreß; er beschloß, in Wien die „Gewerkschaftskommission" zu gründen.

In den Jahren 1905 bis 1911 wurde der „Kampf der Autonomisten und Zentralisten" um die Form der Organisation geführt. Die österreichische Zentrale stand auf dem, im übrigen vollständig richtigen Standpunkt, daß für das ganze Reich einheitliche Gewerkschaftsverbände bestehen müßten, während die Tschechen „nationale" Organisationen forderten. Der Konflikt konnte erst im Jahre 1910 als beendigt angesehen werden. Es kam damals zu einem vollständigen Verfall der gewerkschaftlichen und politischen Bewegung der tschechischen Arbeiterschaft. Der Zentralismus wurde durch einen Beschluß des Amsterdamer internationalen Kongresses vom Jahre 1906 bestätigt, die tschechische Gewerkschaftskommission abgewiesen und ihre Vertreter zum Kongreß nicht zugelassen. Die Gewerkschaftsbewegung zerfiel in die sogenannte autonomisti-

sche und zentralistische. Zwischen beiden Richtungen entwickelten sich heftige Kämpfe, die die Energie der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft in hohem Maße absorbierten und auf beiden Seiten großen Schaden anrichteten. Den größten Nutzen aus diesem Streite zogen die damals mit Unterstützung der Kapitalisten gegründeten nationalsozialistischen Organisationen.

Der ganze Konflikt wurde erst durch die staatliche Loslösung der Tschechoslowakei beendet.

1896 zweiter Kongreß. Zahl der organisierten Mitglieder: Böhmen 31 658, Mähren 8674, Schlesien 1473.

31. 1. 1897: Karolinentaler Konferenz, Gründung einer tschechischen neuen Gewerkschaftskommission „cesko-slovanská odborová komise". Die einzelnen Berufsvereine schlossen sich mit den gleichartigen in Oesterreich zu Reichsverbänden zusammen. Einige jedoch trennten sich aus nationalistischen Gründen von den unter deutscher Leitung stehenden gesamtstaatlichen Verbänden. Es ist interessant, daß eine große Anzahl der zentralistischen Führer, die zur Zeit des Konfliktes so viel von Internationalität und Einheit der Gewerkschaftsfront gesprochen haben, heute in den reformistischen Reihen stehen und sich aufs schärfste gegen die R. G. I. stellen. Andererseits arbeitet eine ganze Reihe von Autonomisten für die R. G. I.

Als 1918 die Tschechoslowakei entstand, strömte die Arbeiterschaft in ungeheuren Massen in die Gewerkschaftsverbände. Im Jahre 1919 und 1920 können wir ein ständiges Anwachsen der Mitgliederzahlen feststellen. Aber bereits in diesem Jahre begann die Arbeitslosigkeit, die große Wirtschaftskrise, die dann im Jahre 1921 in vollem Maße zum Ausbruch kam und dem Zulauf zu den Gewerkschaften ein Ende machte.

Auf politischem Gebiete kam es zur Spaltung der Sozialdemokratie, wobei aber die Gewerkschaftsorganisationen nicht in Mitleidenschaft gezogen wurden. Die Differenzen in den Anschauungen der breiten Arbeitermassen und der Führer über die Aufgaben und die Taktik der Gewerkschaftsorganisationen in der gegenwärtigen Zeit verschärften sich aber natürlich immer mehr, so daß die Verhältnisse immer gespannter und unerträglicher wurden. Seit November 1921, dem Zeitpunkt der Konstituierung der kommunistischen Einheitspartei in der Tschechoslowakei, begannen die kommunistischen Elemente in den Gewerkschaften eine intensive Arbeit und sind an die Schaffung von oppositionellen Fraktionen herangetreten,

die zu Anfang unorganisiert, später aber planmäßig und systematisch den Kampf gegen die derzeitigen, reformistisch gesinnten Gewerkschaftsführer aufnahmen und sich bemühten, die Gewerkschaften auf den Weg des revolutionären Klassenkampfes zu führen.

Innerhalb der Gewerkschaften machten die staatlichen Veränderungen eine große Umorganisationsarbeit nötig.

Die tschechischen Gruppen der Wiener Verbände schlossen sich den tschechoslowakischen Gruppen an. Hingegen organisierten sich die deutschen und polnischen Gruppen der Wiener Verbände als selbständige Verbände. In der Slowakei aber wurde der Uebergang der ungarischen Verbände gleich zu Beginn 1920 ganz elementar durchgeführt. Der Anschluß der Gruppen der Podkarpatska Rus erfolgte auf der Konferenz vom 5. Dezember 1920 in Uzhorod; die polnischen schlossen sich erst 1921 an. Die Zentrale dieser tschechischen, polnischen, slowakischen, ungarischen, sowie zum Teile auch deutschen Gruppen führt den Namen „Tschechoslowakische Gewerkschaftsvereinigung". (Odborové sdruzeni ceskoslovenské).

Die deutschen Gruppen der gewesenen österreichischen Verbände gründeten (Gewerkschaftstag April 1919 in Teplitz) eigene selbständige Gewerkschaften, sowie eine eigene Gewerkschaftszentrale. Diese Zentrale heißt „Landesgewerkschaftskommission für die deutschen Gebiete der tschechoslowakischen Republik".

Außer diesen Klassenkampf-Gewerkschaftsorganisationen besteht noch eine Gewerkschaftsbewegung der national-sozialistischen Partei, die in der Vorkriegszeit auf Veranlassung der Unternehmer organisiert, von ihnen unterstützt und für streikbrecherische Zwecke benutzt wurde. Erst nach dem Umsturz bezeichnen sie sich mehr oder weniger als Sozialisten: Die Zentrale dieser Organisationen führt den Namen „Ceská obec delnická" (Tschechische Arbeitergemeinde).

Ferner gibt es noch eine christlich-soziale Bewegung, welche namentlich in Mähren schon vor dem Kriege auf die Fabriken übergriff. In ihren Reihen sind teilweise die Landarbeiter, Textilarbeiter und chemischen Arbeiter organisiert. Ihre Zentrale heißt „Rizsská vseodborová komise" (Reichsgewerkschaftskommission), und an ihrer Spitze steht der gegenwärtige Eisenbahnminister Dr. Sramek.

In der letzten Zeit, seit 1919, hat auch die rein bourgeoise Partei der Nationaldemokraten mit der Bildung eigener Gewerkschaftsorganisationen aus den Reihen käuflicher und abhängiger Arbeiter begonnen. Ihre Zentrale führt den Titel „Narodni sdruzeni odborovych organizaci" (Nationale Vereinigung der Gewerkschaftsorganisationen).

Bewegung des Mitgliederstandes der Gewerkschaften in der Tschechoslowakei in den Jahren 1897—1921.

Jahr	Tsch. Gewerkschaftsvereinigung	Landes. Gew. Kom. Reichenberg	Tsch. Arbeitergemeinde, nat.-soz.	Christlich-soz. Verband	Nat.-dem. Verband
1897	5 230	Existiert erst seit dem Jahre 1918	Daten existiert. vor dem Kriege nicht	Eine Statistik ist noch nicht erschienen. Vor dem Kriege gab es schon einige 1000 Mitglieder	Existiert erst seit dem Jahre 1918
1900	13 146				
1905	25 790				
1910	60 518				
1913	103 990				
1914	54 646				
1915	31 183				
1916	23 783				
1917	42 644		35 998		
1918	161 247	96 956	152 649		
1919	727 055	285 000	211 932	40 000	2000
1920	822 561	352 608	348 349	77 000	5000

Mitgliederzahl der größten Verbände.

Die zahlenmäßig stärksten Verbände im „Odborové sdruzeni ceskoslovenské" sind: der Metallarbeiterverband, der gegen Ende des Jahres 1920 146 701 Mitglieder hatte, der Verband der Land- und Forstarbeiter mit 113 677, der Bergarbeiterverband mit 84 895, der Chemikerverband mit 84 750, der Textilarbeiterverband mit 67 335 und die Eisenbahnerunion mit 66 598 Mitgliedern.

In der Landesgewerkschaftskommission in Reichenberg ist der zahlenmäßig stärkste Verband der der Textilarbeiter (88 065). Es folgen: der Metallarbeiterverband (44 954) und der Bergarbeiterverband (43 248).

Die stärkste unter den in der national-sozialen Gewerkschaftszentrale „Ceská obec delnická" organisierten Gewerkschaften ist der Eisenbahnerverband mit 41 247 Mitgliedern und der Metallarbeiterverband mit 28 114 Mitgliedern. Unter den übrigen Verbänden wäre noch der Schneiderverband mit 10 066 und der Textilarbeiterverband mit rund 10 000 Mitgliedern zu nennen.

Charakteristik der Gewerkschaftsbewegung.

Der tschechoslowakische Gewerkschaftsbund (Odborové sdruzeni ceskoslovenské) gehört der Amsterdamer Internationale an. Die in ihm organisierten Verbände sind zum großen Teil Mitglieder der internationalen Sekretariate.

Die kommunistische Opposition macht sich in gesteigertem Maße seit dem Jahre 1921 geltend. Einzelne Verbandsleitungen haben bereits zu Repressalien gegriffen, doch blieben diese Maßnahmen auf ein kleineres Ausmaß beschränkt. Ausgeschlossen wurden Kommunisten aus dem Verbande der Gemeinde- und Staatsangestellten und aus der Eisenbahnerunion. Der Verband der Land- und Forstarbeiter ist ganz in der Hand der Kommunisten, ebenso der Verband der chemischen Arbeiter, der Bauarbeiter, Zimmerleute, Transport-, Leder- und Holzarbeiter, in deren Leitungen entweder durchweg oder in der Mehrheit Kommunisten sitzen. In den übrigen Verbänden haben die Kommunisten einen ziemlichen Einfluß, und es ist unzweifelhaft, daß bei den nächsten Verbandstagen weitere Verbände unter kommunistische Führung kommen.

Der letzte allgewerkschaftliche Kongreß fand vom 25. bis 29. Januar 1922 statt. Damals wurde ein heftiger Kampf um die Zugehörigkeit zur Amsterdamer oder Moskauer Internationale geführt. Die Reformisten hatten die Vertretung auf dem Kongreß aber in so geschickter Weise zu regeln gewußt, daß der Wille der Mitgliedsmehrheit, die den Anschluß an die R. G. I. wünschte, nicht durchdringen konnte. Für Amsterdam stimmten 339 Delegierte (338 477 Stimmen), für Moskau 227 Delegierte (229 028 Mitglieder). Die Reformisten hatten also eine Mehrheit von 112 Delegierten und 116 450 Stimmen. Es muß aber betont werden, daß der Landarbeiterverband mit seinen 113 667 Stimmen auf jenem Kongreß nicht vertreten war, weil er seine Verpflichtungen gegenüber der Zentrale nicht erfüllt hatte.

Die Mitgliedsbeiträge bei den einzelnen Verbänden sind verschieden. Sie schwanken zwischen 0,60 und 4 tschechischen Kronen wöchentlich.

Die tschechischen Unternehmerorganisationen sind sehr stark. Ende 1921: 6400 Mitglieder, die in 17 Industriegruppen gegliedert sind. Sie geben 3 periodische Organe heraus. Es gibt auch eine deutsche und eine slowakische Organisation. Ihre Vereinigung ist im Gange.

Uebersicht der Lohnaktionen, Streiks und Aussperrungen der in der tschechoslowakischen Gewerkschaftsvereinigung vertretenen Verbände

Jahr	Teilgenommen an					Zahl der Arbeiter	Die Aktion endete mit			
	Verbände	Lohnaktionen	Streiks	Aussperrungen	im Ganzen		vollem Erfolg	Teilerfolg	keinem Erfolg	Abschluß von Kollektivverträgen
1910	15	112	80	14	206	40 675	13	162	31	90
1913	29	251	61	5	317	36 900	44	245	28	118
1914	22	239	56	7	291	45 778	99	147	23	119
1915	16	95	—	—	95	300 118	5	80	10	21
1916	21	119	—	—	319	25 797	15	96	8	30
1917	17	252	39	—	291	83 301	16	252	23	86
1918	30	292	139	—	431	343 752	43	378	10	312
1919	47	2014	788	26	3728	1 293 400	1922	1800	6	443
1920	31	2603	1491	14	4199	1 675 321	976	3140	83	313

Dezember 1920 wurde von der K. P. C. ein allgemeiner Streik wegen Verfolgung der revolutionären Arbeiterbewegung proklamiert. Der Streik dauerte annähernd 3 Tage, und es beteiligten sich nach den amtlichen Berichten im ganzen 162 100 Arbeiter.

1921 wurde die Zahl der Lohn- und Arbeitskonflikte noch höher. Die Kämpfe werden schärfer. Die Unternehmer gingen zur Offensive über und bemühten sich, die Errungenschaften der Arbeiter aus der ersten Zeit nach dem Kriege rückgängig zu machen. Sie versuchten, die Löhne herabzusetzen. Eine detaillierte Statistik der Kämpfe im Jahr 1921 ist bisher nicht erschienen.

Statistik der Arbeitslöhne 1914 und 1922 nach den Erhebungen des staatlichen statistischen Amtes.

	Wochenlohn eines Arbeiters in Kronen 1914	1922	Ansteigen des Lohnes in Prozent
Landarbeiter im Deputat und Saisonarbeiter	4,50	45,— und Deputat	1000
Bergarbeiter	32,—	400,—	1250
Weber	17,—	185,—	1088
Fleischhauer und Selcher	22,50	195,— mit ganzer Verpflegung	866
Zuckerfabrikarbeiter	33,—	200,— Wohnung, 30 q. Kohle, 30 kg Zucker	606
Schneider	25,—	265,—	1060
Wäschenäherinnen	16,—	155,—	968
Schuster	30,—	280,—	933
Maurer	32,—	250,—	781
Maschinisten	33,—	385,—	1166
Metallarbeiter (ältere Arbeiter)	28,—	385,—	1375
,, (Vorarbeiter)	32,—	400,—	1250
Typographen	38,—	380,—	1000

Die Lohnunterschiede bei den einzelnen Kategorien sind ziemlich bedeutend. Nach den amtlichen Daten beträgt der Wochenlohn bei den

Bergarbeitern	400 Kr.	Steinarbeitern	275 Kr.
Metallarbeitern	385 "	Schneidern	265 "
Typographen	380 "	Buchbindern	265 "
Bäckern	330 "	Brauarbeitern	260 "
Lederarbeitern	310 "	Textilarbeitern	250 "
Glasern	300 "	Arbeitern i. d. Zuckerfabriken	200 "
Schuhmachern	280 "	Fleischhauern	195 "
Holzarbeitern	300 "		

Aber auch in den einzelnen Industriezweigen selbst sind die Schwankungen sehr groß. So wurden bei den Verhandlungen über den neuen Kollektivvertrag im Jahre 1921 in der Prager Metallindustrie folgende Durchschnittslöhne angeführt:

	Großbetriebe		Mittelbetriebe		Kleinbetriebe	
	a	b	a	b	a	b
Gießer	10,53	25,780	7,87	19,265	5,56	13 610
Schmiede . . .	9,29	22,740	7,84	19,192	7,15	17 500
Schlosser . . .	8,21	20 100	6,07	14,860	4,58	13 660
Dreher	8,10	19 820	6,57	16 080	6,—	14 688
Hilfsarbeiter . .	5,24	12 830	5,23	12 805	4,52	11 006

Dieser Erhöhung der Löhne steht aber noch eine stärkere Teuerung gegenüber. Von der Wohnung abgesehen, ist fast alles um weit über 1000 Prozent gestiegen. Mehl um 1546 Prozent, Fett um 1698 Prozent, Kartoffeln um 3060 Prozent.

Die deutschen Gewerkschaften in der Tschechoslowakei.

Mitte April 1919 tagte in Teplitz eine Konferenz von sozialdemokratischen Funktionären, die, völlig beherrscht von dem Gedanken des nationalen Selbstbetimmungsrechtes, beschlossen, eigene deutsche Gewerkschaften für das Gebiet der Tschechoslowakei zu gründen. „Im vollen Bewußtsein der „internationalen" Solidarität faßt die heutige Konferenz diesen Beschluß in der Erwartung, daß die Not der Vergewaltigung bald ein Ende hat, damit die Arbeiter des Landes selbst in freier Wahl über ihre staatliche Zukunft entscheiden können", sagt die Resolution.

Es wurden 22 deutsche Industrieverbände gegründet, die sich zu „Landesgewerkschaftsorganisationen für die deutschen Gebiete der tschechoslowakischen Republik", Sitz Reichenberg, zusammenschlossen. Der separatistische Gewerkschaftsbund lehnte die Forderung der ihrerseits sehr stark tschechisch-sozialpatriotischen Prager

Zentrale auf Schaffung einheitlicher internationaler Verbände konsequent ab und erstrebte ein föderatives Verhältnis, was ihm bei den Eisenbahnern und Bergarbeitern gelang. Erst in letzter Zeit, unter dem Druck der kommunistischen Agitation, vollzieht sich die Annäherung der Prager und Reichenberger Bürokratie, die mit Recht in den Kommunisten den gemeinsamen Feind wittern. Als Ganzes gehört der deutsche Gewerkschaftsbund Amsterdam nicht an, unterscheidet sich aber taktisch in keiner Beziehung von den übrigen Amsterdamern.

Die deutsche Sektion der K. P. Tsch. führt einen starken Kampf um die Eroberung der Gewerkschaften und fordert den Zusammenschluß derselben ohne Unterschied der Nationalität.

Im Textilarbeiterverband führte der Ausschluß von kommunistischen Vertrauensmännern zur Abtrennung von 20 000 Arbeitern vom Verband, die aber die Wiedervereinigung fordern und nur provisorisch in einem eigenen Verband zur Warnehmung ihrer täglichen Interessen organisiert sind. Vielleicht wird es möglich sein, die Wiederaufnahme aller Ausgeschlossenen zu erzwingen. Der Kampf der Bürokraten des Textilarbeiterverbandes gegen die Ausgeschlossenen wird im Bunde mit den Unternehmern und dem Staat in der terroristischsten und gemeinsten Form geführt. Bei den deutschen Bauarbeitern, Holzarbeitern, chemischen Arbeitern und Landarbeitern ist eine Uebertrittsbewegung zu den Prager Verbänden im Gange, die der R. G. I. zustreben, so daß eine volle Einigung in diesen Berufen in absehbarer Zeit zu erwarten ist.

Eine christliche Organisation besteht in nennenswerter Stärke nur bei den Textilarbeitern, eine deutschnationalistische bei den Eisenbahnern. Doch ist die praktische Bedeutung dieser Organisationen äußerst gering.

Politische Arbeiterbewegung.

Tschechoslowakische Bewegung siehe einleitenden Artikel

Deutsche politische Bewegung.

Im alten Oesterreich waren die Deutschen die herrschende Nation. Sie unterdrückten alle nichtdeutschen Nationen. In der Tschechoslowakei ist die tschechische Nation zur herrschenden geworden, und sie behandelt die nichttschechischen Nationen so, wie sie im alten Oesterreich behandelt wurde. Im alten Oesterreich mimten die deutschen sozialdemokratischen Führer die Internationalisten. Sie fühlten

sich stark genug. Die deutsche Sozialdemokratie der Tschechoslowakei wurde national und antikommunistisch. Sie bekämpft mit der deutschen Bourgeoisie den tschechoslowakischen Staat und mit der tschechischen und deutschen Bourgeoisie die deutsche und tschechische Arbeiterklasse wie z. B. während des Dezemberkampfes. Die deutsche Sozialdemokratie der Tschechoslowakei hat sich zwar formell der Wiener Arbeitsgemeinschaft angeschlossen, praktisch aber unterscheidet sich ihre Politik im Parlament, in der nationalen Frage und in der Beurteilung der tschechoslowakischen Außenpolitik, in der Gewerkschaftsfrage, kurz in keiner wirtschaftlichen Angelegenheit von der Politik der II. Internationale, von der Scheidemanns und Noskes.

Der klassenbewußte Teil der deutschen Arbeiter der Tschechoslowakei, der sich übrigens schon während des Krieges in schärfster Opposition zur opportunistischen Wiener Führung befand, versuchte, die Gesamtpartei auf den revolutionären Weg, auf den Boden des revolutionären Klassenkampfes zu drängen. Mit zäher Energie und Ausdauer verfolgte die Opposition ihren Weg. Obwohl große Teile der Arbeiterschaft bereits nach dem Zusammenbruche des Krieges entschlossen gewesen waren, den Bruch mit den Sozialpatrioten herbeizuführen, hielten sie doch unsere Methode, auf die Gesamtheit des deutschen Proletariats der Tschechoslowakei so lange wie möglich einzuwirken und sie für die Grundsätze des revolutionären Klassenkampfes zu gewinnen, für nicht richtig. Erst am 9. Mai 1920 entschloß sich die Opposition, eine sogenannte Sonderaktion zu veranlassen und die Parteiführung zu zwingen, sich mit uns wegen des Anschlusses an die Kommunistische Internationale auf einem Parteitag auseinanderzusetzen. Die Opposition hat auf einem Reichenberger Kongreß, am 11. September 1920, ein Aktionsprogramm beschlossen, in dem vor allem die Grundsätze der Kommunistischen Internationale anerkannt und der Anschluß an die Kommunistische Internationale gefordert wird. Auf dem Karlsbader Parteitag, am 3. Oktober 1920, erfolgte eine heftige Auseinandersetzung. Eine Kampfabstimmung ergab folgendes Stimmenverhältnis: 144 für, 293 gegen den Anschluß an die Kommunistische Internationale. Es kam noch einmal zu einem Kompromiß. Während des Dezemberkampfes 1920 wurde aber die Karlsbader Deklaration zerfetzt. Die deutschen Rechtssozialisten machten ganz offen gemeinsame Sache mit der Regierung und der Gesamtbourgeoisie gegen das kämpfende deutsche und tschechische Proletariat. Nach dem Dezemberkampf hat die Mehrheit des Parteivorstandes den Beschluß gefaßt, die Führer der

Opposition bezw. den führenden Kreis (Reichenberg) aus der Partei auszuschließen. Am 9. und 10. Januar 1921 tagte in Reichenberg die Konferenz der Opposition, die aus der Gesamtsituation der Partei die Konsequenzen zog und die Gründung der K. P. C. (deutsche Abteilung) beschloß. Der gründende Parteitag fand am 12. März 1921 statt.

Die deutsche Sozialdemokratie zählte vor der Spaltung (Anfang 1921) ungefähr 120 000 zahlende Mitglieder. Wie überall, verstand es auch die deutsche Sozialdemokratie der Tschechoslowakei, den ganzen Apparat und vor allem das Vermögen der Arbeiter fest in den Händen zu halten. Der kommunistische Flügel mußte sich erst seinen eigenen Apparat schaffen. In wenigen Monaten verfügte die Kommunistische Partei über drei Tageblätter („Vorwärts", „Kampf", „Internationale") und über drei Wochen- bezw. Kopfblätter („Südwestböhmische Arbeiterzeitung", Ostböhmische Arbeiterzeitung", „Warnsdorfer Volksblatt"). Ueberdies wurde ein populäres Agitationsblatt der „Weckruf" (zweimal monatlich), ferner der „Rote Gewerkschafter" und schließlich das Frauenblatt „Die Kommunistin" ins Leben gerufen. Die Partei besitzt eine sehr leistungsfähige Parteibuchhandlung, einen Parteiverlag und eine ziemlich moderne Druckerei. Die Schaffung der K. P. C. (deutsche Abteilung) war von vornherein nur als eine provisorische Maßnahme gedacht. Vom ersten Tage der Gründung der deutschen Abteilung an wurde im Einvernehmen mit den kommunistischen Genossen der tschechischen Abteilung auf die Vereinigung der tschechischen und deutschen Kommunisten hin gearbeitet. Der Vereinigungskongreß wurde am 30. Oktober 1921 in Prag abgehalten. Die Gesamtpartei zählt heute mindestens 250 000 Mitglieder.

Die magyarische Arbeiterbewegung in der Tschechoslowakei ist fast ganz kommunistisch. Sie stützt sich vor allem auf das industrielle Proletariat der Städte in der Slowakei; sie besitzt ein Tageblatt in Kosice: „Munkás". Die Versuche der ungarischen Sozialdemokraten, eine magyarische Sozialdemokratische Partei in der Tschechoslowakei zu gründen, hatten bisher nur einen Scheinerfolg.

Die ruthenische Bewegung der Tschechoslowakei ist ganz kommunistisch. Dieselbe stützt sich vor allem auf die armen Bauern und einige Tausend industrielle Arbeiter in der Podkarpatska Rus, dem ruthenischen Teil der Tschechoslowakei.

Türkei.

Die heutige Türkei umfaßt nur noch Kleinasien (Anatolien) vom Aegäischen Schwarzen Meer bis zu den Grenzen der französischen und englischen Mandatsgebiete Syrien und Mesopotamien mit einem Teil von Kurdistan und östlich bis zur armenischen Republik; ferner einen noch umstrittenen Teil von Thrazien, als Rest der ehemaligen „Europäischen Türkei". Die Rückgabe des (von der griechischen Armee noch besetzten) Gebietes von Smyrna an die Türkei ist durch die verschiedenen Orientkonferenzen schon entschieden.

Areal und Volkszahl vor und nach dem Weltkrieg:

	Fläche qkm	Bewohner
Bis 1914	1 423 839	20 973 900
Verlust durch Vertrag von Sèvres	1 017 900	12 000 000
Soll verbleiben	405 768	8 000 000

Einwohnerzahl der wichtigsten Städte: Konstantinopel 1 000 000, Brussa 110 000, Siwas 65 000, Trapezunt 55 000.

Nationalität sehr gemischt. Eigentliche Türken und Jürüken (mongolische Nomaden Kleinasiens), Kurden, kaukasische Tscherkessen, Juden, Griechen, Armenier usw., Türken zirka 8 Millionen, Griechen 1 Million, Armenier 800 000, Juden etwa 200 000, alle andern weniger. Alle Zahlen sind sehr unzuverlässig.

Der Religion nach wurden 1904 geschätzt im eigentlichen Anatolien: 7,2 Mill. Mohammedaner und ungefähr 1,85 Millionen Christen (zirka 20 Prozent). Der Islam ist Staatsreligion. Der Sultan hat als „Kalif" zugleich die Funktion des geistlichen Oberhauptes.

Der „Scheikh-ül-Islam" ist der oberste geistliche Würdenträger.

Auf dem Gebiete der früheren Türkei gab es 13 gesetzlich anerkannte nichtmuselmanische Minoritäten oder religiöse Gemeinden.

Verfassung, Verwaltung. Erbliche Monarchie. Das Parlament besteht aus zwei Häusern (Kammer und Senat).

Wahlrecht. Alle Männer über 25 Jahre, indirekte Wahl.

Justiz. Zwiespältig, religiös und bürgerlich. Grundlage: der Koran.

Wirtschaft. Boden zum Teil sehr fruchtbar, aber sehr vernachlässigt. Trotzdem ist ein zwanzig- und mehrfacher Weizenertrag ohne jede Düngung und Brachwirtschaft an vielen Stellen ganz normal.

Bodenbesitzverhältnisse. Das türkische Recht kennt drei Arten von Landbesitz: Kronland (Miri), von der Krone direkt verpachtet, das den weitaus größten Teil der Gesamtfläche ausmacht; fromme Stiftungen, freies Eigentum (Mulk) nur in geringerem Ausmaße vorkommend. Ferner kennt das Gesetz „Metrukeh", d. i. für die Gemeinschaft oder Teile derselben reserviertes Land, und „Mewat", d. i. unbenütztes Land.

Ein großer Teil der Staatseinnahmen beruht auf den Zehnten aus der landwirtschaftlichen Produktion, die in natura ein-

gezogen werden. Das System der Grundsteuererhebung ist in der Praxis meist recht drückend, besonders da diese gewöhnlich an Steuerpächter verpachtet wird. Versuche zur Ersetzung der Zehntenabgabe durch feste Geldbeträge sind gemacht worden.

Der Ackerbau ist technisch noch sehr primitiv. Hauptprodukte sind: Getreide, Tabak, Baumwolle, Mohn, Feigen, Nüsse, Mandeln, Trauben, Oliven, Flachs, Hanf. 1919 Produktion der gesamten Türkei an Weizen 2 453 700 q, an Gerste 16 698 000 q.

Forstwesen. Das bewaldete Areal wird auf 21 Millionen acres geschätzt. Die Waldverwüstung ist eine verhängnisvoll rapide.

Viehzucht. Der Viehbestand betrug vor und nach dem Kriege in 1000 Stück:

	Hornvieh	Pferde	Esel	Schafe	Ziegen	Kamele
1913	6532	1051	1374	18722	16 463	314
1919	4118	630	825	11	2 065	95

Bergbau. Kleinasien gehört zu den an Mineralschätzen hervorragend reichen Gebieten, ist aber noch zu wenig bekannt und ausgenutzt. Produziert wird 400 000 Tonnen Kohle jährlich, Meerschaum, etwas Eisen, Kupfer, Gold, Mangan und Antimonerze.

Fischerei. Recht bedeutend. Die Mittelmeerküste Kleinasiens hat eine bedeutende Schwammfischerei.

Industrie. Neben dem häuslichen Gewerbefleiß (Teppichknüpferei) ist die industrielle Entwicklung noch ganz unbedeutend. Es bestehen einige Baumwollspinnereien und eine Wollspinnerei.

Außenhandel. Neuere Daten sind infolge des Zerfalles in mehrere Gebiete nicht vorhanden.

Import und Export in 1000 Türkischen Pfund:

	1909/10	1913/14
Import	31 432	40 810
Export	18 439	21 436

Hauptländer der Aus- und Einfuhr: Großbritannien, Oesterreich-Ungarn, Frankreich, Deutschland, Italien, Rußland.

Das Eisenbahnnetz der europäischen und asiatischen Türkei in Kilometern (1914): Orientalische Bahnen (Europa) 954; Bahnen in Asien 4 609; davon Gesamtstrecke der Bagdadbahn Konia-Bagdad 2227, wovon mit kurzen Unterbrechungen 1921 1797 Kilometer bereits im Betrieb.

Finanzen. Einnahmen und Ausgaben in 1000 türkischen Pfund abgerundet:

Budgetperioden	Einnahmen	Ausgaben
1914/15	31 921	34 008
1915/16	26 836	35 658
1916/17	25 613	39 725
1917/18	23 584	53 305
1918/19	34 017	51 970

Die Hauptausgaben waren 1918/19 in Millionen türkischen Pfund Außendienst 17,4, Krieg, Marine, Gendarmerie 9,8.

Die Regierung der Nationalen Türkei von Angora hat ihr eigenes Budget. 1921 figurierten darin die Einnahmen mit 79 933 000 türkischen Pfund, die Ausgaben mit 86 520 000 türkischen Pfund [1]).

Staatsschulden. Die Türkei stand seit 1881 unter der Finanzkontrolle der Westmächte, die eine Schuldenverwaltung „Dette publique ottomane" eingesetzt haben. Von der ausländischen Schuld der Türkei fallen 60 Prozent auf Frankreich, 14 Prozent auf England, 21 Prozent auf Deutschland. Die Gesamtschuld der Türkei am 31. 8. 1919 betrug 465 673 338 türkische Pfund, davon äußere Schuld 155 713 029. Kriegsanleihen: 234 155 138 türkische Pfund.

Kapitulationen. Wie in anderen der Ausbeutung durch den westeuropäischen Kapitalismus unterliegenden Ländern des Orients besteht auch in der Türkei die Einrichtung der „Kapitulationen". Dies ist der Name für eine Reihe von lange zurückdatierten Verträgen, durch die den Ausländern exterritoriale Privilegien, sowohl finanziell-fiskalischer als auch juristischer Natur, zugesichert worden sind. Ein türkisches Dekret bald nach Eintritt des Landes in den Krieg schaffte die Kapitulationen ab und wurde dann von den verbündeten Zentralmächten formell anerkannt, nicht aber von den andern Mächten. Der Friedensvertrag von Sèvres sieht die Wiedereinführung der Kapitulationen vor.

Folgende politische Gruppierungen und Parteien sind zur Zeit der Einberufung und in den ersten Tagen des Bestehens der „Großen Nationalversammlung" als Gegengewicht zur unter der Führung von Mustafa Kemal Pascha stehenden nationalistischen „Trapezunt - Gesellschaft zur Verteidigung der Rechte der Nation" geschaffen worden: „Die grüne Armee", „Die Volksgruppe", „Die Türkische Kommunistische Partei", die „Türkische Kommunistische Volkspartei". Zur selben Zeit entstand auch die provokatorische „Kommunistische Regierungspartei". Fast alle diese Parteien, zwischen denen in ihrer Tätigkeit und ihrem Ursprung ein organisches Band bestand, waren illegal.

Die „Grüne Armee" wurde als erste nach der „Gesellschaft der Verteidigung" gegründet. Es war eine Volkspartei im Geiste des Islam, aus der die „Volksgruppe" und die „T. K. P." entstanden sind.

Die „Volksgruppe" (Chalk Sümrjassi) war die Parlamentsfraktion der „Grünen Armee". Unter diesem Namen blieb sie auch nach der Unterdrückung der „Grünen Armee" bestehen und gewann auf diese Weise eine gewisse Selbständigkeit. Zu gleicher Zeit erklärte sich das Angora-Komitee der „G. A." für kommunistisch und von der Gesamtorganisation unabhängig und wurde infolgedessen von dem Auflösungsbefehl nicht betroffen. Es entstand somit eine Grundlage für die erste Kommunistische Partei der Türkei, unabhängig von der K. P., deren Zentralkomitee sich in Baku befand.

[1]) Seit dem Waffenstillstand ist das Budget vollkommen verwirrt, und es erfolgt keine regelmäßige Aufstellung. Die auf Grund des von der Konstantinopeler Regierung unterzeichneten Friedensvertrages von Sèvres eingesetzte interalliierte Finanzkontroll-Kommission hat am 1. Oktober 1920 ein provisorisches Kontrollsystem eingerichtet, ausgeübt durch drei Delegierte der öffentlichen Schuldenverwaltung.

Die T. K. P. wurde späterhin völlig zertrümmert, es gelang ihr aber mit Hilfe ihrer Bruderpartei, der „Volksgruppe", sich wieder aufzubauen. Die Verbindung mit der Gruppe verhalf der K. P. zur Legalisierung als „Türkische Kommunistische Volkspartei".

Die kommunistischen Ideen bewähren sich auf dem Boden der türkischen Verhältnisse soweit als lebensfähig, als die Regierung sich gezwungen sah, die kommunistische Tätigkeit in Anatolien zu monopolisieren und sie den Paschas und Gendarmen anzuvertrauen, indem sie die „Kommunistische Regierungspartei" gründete.

Chronik der wichtigsten politischen Ereignisse.

13. Oktober 1918: Waffenstillstand. Ententeflotte fährt durch die Meerengen. März 1919: Kabinett Damad Ferid, völlig in der Hand der Entente. Ende Juni 1919: Mustafa Kemal Pascha, Führer der anatolischen Streitkräfte, stellt sich an die Spitze einer Bewegung gegen die der Entente gegenüber ohnmächtige Regierung von Konstantinopel. Kämpfe gegen Griechen. 23. Juli 1919: Nationalkongreß in Erzerum. 4. September 1919: Nationalkongreß von Siwas für ganz Anatolien. Nationales Manifest („Nationaler Pakt") als türkisches Minimalprogramm für die Friedensregelung aufgestellt; es willigt in die Abtretung der von rein nichttürkischen Nationalitäten bewohnten Provinzen des Reiches, fordert aber die bedingungslose Rückgabe von Smyrna und Thrazien samt Adrianopel und „volle politische, wirtschaftliche und militärische Souveränität innerhalb der nationalen Grenzen".

16. März 1920 unerwartete militärische Besetzung von Konstantinopel durch die Ententetruppen unter englischer Führung. 23. April 1920: Konstituierende Nationalversammlung in Angora. 11. Mai 1920: Ueberreichung des Friedensvertrages von Sèvres an die türkische Regierung. Juni 1920: Vordringen der Kemalisten an allen Fronten.

20. Juni 1920: Venizelos erhält auf sein Angebot, durch englisches Betreiben, das Mandat zur Erzwingung des Friedens gegen die türkischen Nationalisten durch die griechische Armee. 25. Juni 1920: Beginn der griechischen Offensive in Kleinasien, zunächst erfolgreich. 10. August 1920: Nach vorhergehendem Ultimatum Unterzeichnung des Friedens von Sèvres durch die Konstantinopeler Regierung und des „Accord tripartite" zwischen England, Frankreich und Italien über die Verteilung der territorialen Interessensphären in Kleinasien. Angora setzt den Krieg gegen Griechenland fort.

26. November bis 4. Dezember 1920: Interalliierte Orientkonferenz in London. Italien geht in der türkischen Frage mit Frankreich gegen England. 3. Dezember 1920: Ueberwältigendes Plebiszit in Griechenland für die Rückkehr des Königs, der am 19. Dezember 1920 in Athen eintrifft.

21. Februar bis 14. März 1921: Londoner Orientkonferenz. Angora und Konstantinopel senden ihre eigene Delegation. Sie verläuft ergebnislos. Revision des Vertrages von Sèvres angetragen. Die Konferenz enthüllt die Uneinigkeit der Entente.

23. März 1921 neue griechische Offensive in Kleinasien. 16. März 1921: Vertrag zwischen Moskau und Angora. Es sichert der Türkei die Ostflanke (Transkaukasien) und stellt ein immer enger werdendes Freundschaftsverhältnis zwischen Rußland und der wichtigsten Vormacht der islamisch-nationalistischen, englandfeindlichen Emanzipationsbewegung aller Orientvölker her.

4. April 1921: Beginn des griechischen Rückzuges auf Brussa nach blutigen türkischen Gegenangriffen. Anfang Juni Vermittlung der Westmächte. In Erkenntnis der sicheren allmählichen Erschöpfung Griechenlands durch den kleinasiatischen Eroberungskrieg und in dem Bestreben, die russisch-türkische Entente zu lösen,


ALTE UND „NEUE" TURKEI
SCHWARZES MEER
RUSSLAND
GEORGIEN
AZER-BAIJAN
Constantinopel
Adrianopel
Durchgangszone
Angora
ARMENIEN
TÜRKEI
PERSIEN
DARDANELLEN
Smyrna
BAGDAD BAHN
Mosul
CYPERN
SYRIEN
Bagdad
MITTELLÄNDISCHES MEER
MESOPOTAMIEN
PALESTINA
Cairo
Sues
ÄGYPTEN
ARABIEN
ROTES MEER
Medina
ELHIDJAS
Mecca
0
250
500
1000 Meilen
GEBIETSVERL. DER TÜRKEI SEIT 1919



hat die englische Türkeipolitik mit diesen Pariser Verhandlungen Curzons die klare Scheidung getroffen zwischen den eigentlich britischen, weiter unentwegt mit Hilfe Griechenlands zu verfolgenden Meerengeninteressen (englische Intransigenz in der thrazischen Frage, Versuche, Rumänien mit Hinweis auf den Vertrag von Neuilly und die „bulgarisch-russische Gefahr" aktiv für die Aufrechterhaltung des status quo, auch auf der europäischen Meerengenseite, zu interessieren). England entschließt sich, Griechenland zum Verzicht auf Smyrna zu bringen. Griechenland antwortet ablehnend am 12. Juli 1921 mit einer neuen Offensive gegen die Türken und dringt bis nahe an Angora vor. Am 9. September beginnt der türkische Gegenstoß. 28. August bis 12. September 1921 Zwanzigtageschlacht am Sakharia, endigt mit dem Zusammenbruch des griechischen Eroberungskrieges. 15. Oktober 1921: Reise des griechischen Ministerpräsidenten Gunaris nach London und Paris, um die Ententevermittlung herbeizuführen. 20. Oktober 1921: Sonderabkommen Frankreichs mit den Kemalisten, das eine neue Wendung in der Stellung der Nationalen Türkei zu den Westmächten bedeutet und den englisch-französischen Orientgegensatz aufs höchste steigert.

Anfang September bis 13. Oktober: Die in Kars tagende Türkisch-transkaukasische Konferenz ratifiziert den russisch-türkischen Vertrag vom 16. März 1921 und regelt alle zwischen Türkisch-Transkaukasien und Rußland einerseits und der Türkei andererseits schwebenden territorialen Fragen. Die Zeit von Ende Oktober 1921 bis Februar 1922 steht im Zeichen einer heftigen englisch-französischen Presse- und Notenpolitik um das französisch-kemalistische Abkommen, in dem England einen Bruch der Ententesolidarität sieht.

Ende März 1922 findet in London eine neue (interalliierte) Orientkonferenz statt, deren Vorschläge an die beiden Kriegführenden zwar in Revision des Friedensvertrages von Sèvres weit über die Beschlüsse der ersten Londoner Orientkonferenz (1921) hinausgehen, aber doch noch eine rein englische Lösung der Meerengenfrage darstellen. Eine endgültige Entscheidung ist noch nicht getroffen.

Ungarn.

Die ungarische Räterepublik.

Die Entstehung der Diktatur.

Die österreichisch-ungarische Monarchie brach im Weltkriege zusammen. Die einzelnen Nationen, aus welchen sich das Reich zusammensetzte, konstituierten sich als selbständige Staaten oder schlossen sich Nachbarstaaten gleicher Nationalität an.

Die Niederlage im Weltkriege endete mit der völligen Auflösung jeder militärisch organisierten Macht. Bei jenen Völkern, die in der österreichisch-ungarischen Monarchie national unterdrückt waren, bildete sich rasch eine neue Staatsmacht auf Grundlage der wiedererlangten nationalen Freiheit aus. In Ungarn aber, wo der Verlust des Krieges und die Auflösung des

Heeres zugleich die Niederlage der herrschenden Klasse und der herrschenden magyarischen Nationalität bedeutete, kam ein Zustand, in dem es faktisch keine Regierungsmacht und keine bewaffnete Organisation gab. Die Armee löste sich vollständig auf, die Soldaten kehrten in ihre Heimat zurück. Die früheren Politiker der herrschenden Klasse verkrochen sich.

Nach der am 31. Oktober 1918 erfolgten Abdankung des Königs bildete die ententistisch orientierte Sozialdemokratie zusammen mit einem linksradikalen Flügel der Bourgeoisie die sogenannte Károlyi--Regierung. Die einzige organisierte Schicht waren die Gewerkschaften und die auf diesen sich aufbauende Sozialdemokratische Partei. (In Ungarn galt jedes Mitglied der Gewerkschaften automatisch als Mitglied der Sozialdemokratischen Partei.) Daher besaß während der Károlyi-Regierung die Arbeiterschaft die tatsächliche politische Macht.

Indessen zeigte es sich bald, daß innerhalb der bürgerlichen Gesellschaftsordnung auch eine überwiegend unter dem Einfluß der Arbeiterschaft stehende Regierung unfähig ist, die Gesellschaftsordnung mit friedlichen Mitteln umzuändern. Wir können ruhig behaupten, daß es niemals eine in ihren Absichten und Ueberzeugungen radikalere bürgerliche Regierung gegeben hat, als es das Károlyi-Regime war. Trotzdem wurde von den Forderungen der Arbeiterschaft außer dem Achtstundentag nichts verwirklicht. Alle Versuche zur Sozialisierung der „reifen" Betriebe scheiterten an dem zähen Widerstand der Bourgeoisie und der staatlichen Bürokratie. Unter diesen Umständen wurde die revolutionäre Gärung innerhalb des Proletariats immer stärker, und das Fehlen einer bewaffneten Macht, eines bürgerlichen Gewaltapparates, ermöglichte es, daß in die bürgerliche Eigentumsordnung starke Breschen geschlagen wurden: private Enteignungen von Gütern durch einzelne Gruppen der Landarbeiter, gewalttätige Entfernung von Kapitalisten und Direktoren aus den Betrieben usw.

November 1918 wurde in Ungarn die Kommunistische Partei unter Führung des aus Rußland zurückgekehrten Genossen Bèla Kun als legale Partei gegründet. Das Hauptgewicht wurde nicht auf die Organisierung der Partei selbst, sondern auf Aufrüttelung der Arbeitermassen im allgemeinen gelegt. Arbeitslose, ausgediente Soldaten usw. wurden in die Bewegung einbezogen, und nach einigen Monaten, während der Vorarbeit,

wurde bereits die Losung „Eroberung der politischen Macht und Aufrichtung der Diktatur des Proletariats" herausgegeben. Die Losung fand in den aufgerüttelten proletarischen Massen raschen Widerklang. Immer größere Massen der Arbeiterschaft, ganze Gewerkschaften sagten sich von der alten Sozialdemokratie los und schlossen sich als Ganzes der jungen Kommunistischen Partei an.

Die Lage der Parteibürokratie und der mit ihr im Wesen identischen Gewerkschaftsbürokratie wurde durch diesen Abfluß der Arbeitermassen sehr schwierig. Es kristallisierte sich in der Partei selbst ein linker Flügel heraus unter Führung von Landler, Hamburger, Pogàny, Varga, der mit der Kommunistischen Partei sympathisierte und nur das stürmische Drängen zum Endziel für historisch verfrüht hielt. Die Politik der Sozialdemokratie gegenüber den Kommunisten zeigte große Schwankungen. Es gab Elemente, die eine rücksichtslose Niederschlagung der neuen Kommunistischen Partei befürworteten. Indessen fand diese Richtung keine Mehrheit in der Partei. Im Februar 1919 kam es zwischen Kommunisten, die das Gebäude der sozialdemokratischen Zeitung zu bedrohen schienen, und der Polizei zu einem bewaffneten Zusammenstoß, wobei mehrere Polizisten getötet wurden. Infolgedessen wurden die Führer der Kommunistischen Partei verhaftet und von den Polizisten im Gefängnis arg mißhandelt. Dies hatte aber für die kommunistische Bewegung keinerlei nachträgliche Folgen; im Gegenteil: die linken Elemente der Sozialdemokratie nahmen für die Kommunisten Stellung, und auf ihr Drängen erhielten die eingekerkerten kommunistischen Genossen nach einigen Tagen weitgehende Freiheiten, so daß sie aus dem Gefängnis heraus die Bewegung weiterführen konnten.

Die Führer der Gewerkschaftsbewegung, die sozialdemokratischen und die bürgerichen Minister standen dem kommunistischen Ansturm gegenüber machtlos und ratlos da. Den Führern drohte die Gefahr, ohne Anhängerschaft zu bleiben. Die Situation wurde noch verworrener durch das Vorgehen der Entente, die immer größere und größere Teile Ungarns mit ihren Truppen besetzte und von Ungarn losriß. Am 20. März traf eine Note der französischen Regierung in Budapest ein, die eine weitere sehr weitgehende Verkleinerung des Landesgebietes anordnete. Die Károlyi-Regierung erklärte, die Forderungen der

Entente nicht erfüllen zu können, dankte ab und forderte die Sozialdemokratische Partei auf, allein eine Regierung zu bilden. Die sozialdemokratischen Führer aber sahen, daß es unmöglich sei, gleichzeitig gegen drei Fronten zu kämpfen: Gegen die Entente, gegen die sich zeigenden gegenrevolutionären Bewegungen und gegen die kommunistische Bewegung. Sie beschlossen daher, den Kommunisten einen Pakt anzutragen. Die Verhandlungen, die mit den noch immer eingekerkerten Führern der Kommunistischen Partei geführt wurden, hatten die Entstehung der ungarischen Räterepublik zur Folge. *Die Sozialdemokraten akzeptierten alle Bedingungen der Kommunistischen Partei*: Räteregierung, Diktatur des Proletariats, Bewaffnung der Arbeiterschaft, Bündnis mit Sowjetrußland.[1]) *So entstand ohne den geringsten Widerstand am 21. März 1919 die ungarische Räteregierung.* Die Bourgeoisie und die Bürokratie, die von dem Bündnis mit Rußland die Erhaltung der Integrität des Landes oder zumindest einen besseren Frieden erhofften, die vom Wesen der Diktatur keine Ahnung hatten, leisteten nicht den geringsten Widerstand. Die ganze staatliche Bürokratie, Polizei, Gendarmerie usw. erklärten ihre Bereitschaft, die Räteregierung zu stützen.

Heute, nach drei Jahren, läßt es sich feststellen, daß die Konstituierung der ungarischen Räterepublik historisch verfrüht war. Historisch verfrüht aus inneren Gründen: der Kampf gegen die Arbeiterbürokratie war nicht zu Ende gekämpft, und eine fest organisierte, geschlossene, kommunistische Partei war nicht vorhanden. Aus äußeren Gründen: die revolutionäre Entwicklung der umliegenden Länder war nicht so weit gediehen, um ein Weitergehen der proletarischen Revolution zu ermöglichen! Indem wir dies feststellen, wollen wir damit durchaus nicht behaupten, daß die Ergreifung der Macht und die Konstituierung der Räterepublik unrichtig waren. Keinesfalls. Wenn in einer revolutionären Periode wie im Frühjahr 1919 die Möglichkeit zur Machtergreifung gegeben ist, so muß diese Möglichkeit ausgenutzt werden. Aber mindestens die leitenden Männer der

---

[1]) Von den bisherigen Führern der Sozialdemokratie hielten nur drei: Garami, Buchinger und Peidl, an der Demokratie fest und lehnten eine Teilnahme an der Räteregierung ab; die sozialdemokratischen Minister Böhm und Kunfi traten unmittelbar als Volkskommissare in die Räteregierung über.

Räterepublik hätten im Klaren sein müssen darüber, daß dieselbe nur eine vorübergehende Erscheinung sein werde . . .

Chronik der inneren Ereignisse.

Die wichtigsten innerpolitischen Ereignisse im Leben der ungarischen Diktatur waren die folgenden:

März: Konstituierung des revolutionären Rates der Volkskommissare. Verkündigung der Sowjetkonstitution.

Auflösung der Polizei und Gendarmerie. Bildung von Arbeiter-Bataillonen durch Bewältigung der Fabrikarbeiter. Beginn der Organisation der Roten Armee. Wahlen von Betriebsräten in allen Unternehmungen.

April: Verstaatlichung der Geldinstitute. Alle Guthaben werden mit Beschlag belegt. Zu Privatkonsum pro Familie nur 2000 Kronen monatlich abhebbar; die zur Fortsetzung der Produktion nötigen Gelder werden unter Kontrolle der Betriebsräte freigegeben.

Enteignung aller industriellen und kommerziellen Betriebe mit mehr als 20 Arbeitern ohne Entscheidung. Ernennung von Produktionskommissionären, die unter Kontrolle des Präsidenten des Betriebsrates die Betriebsleitung übernehmen. Abschaffung der Akkordarbeit; allgemeine Lohnregulierung.

Enteignung allen Grundbesitzes von über 50 Hektar Ausdehnung; die Güter werden Produktionsgenossenschaften übergeben, die aus den Lohnarbeitern des betreffenden Besitzes gebildet werden.

Monopol des Außenhandels und Großhandels.

Mai: Parteikongreß. Die gewesenen Sozialdemokraten und die Gewerkschaftsbürokratie in der Mehrheit. Die Aufnahme des Namens „Kommunistische Partei" abgelehnt. In die Parteileitung werden — gegen Uebereinkunft — in überwiegender Mehrheit Sozialdemokraten gewählt. Durch Drohung mit einer Spaltung wird sodann eine paritätische Liste ohne Abstimmung angenommen.

Juni: Der Sowjetkongreß bestätigt die Sowjetkonstitution und die bisherigen Verordnungen und wählt das Zentralexekutivkomitee und den Rat der Volkskommissare. Alle wirt-

schaftlichen Kommissariate werden organisatorisch vereinigt im Obersten Rat für Volkswirtschaft.
Gegenrevolutionäre Bewegungen unter der Bauernschaft. Streik der Eisenbahnbeamten. Gegenrevolution in Budapest fordert ein „nationales sozialdemokratisches Ministerium" sie wird in einem Tage niedergeschlagen.

Juli: National-gegenrevolutionäre Bewegung in Offizierkorps fordern „nationalfarbigen Rand zur roten Staatsflagge".

Aeußere Politik.

Die Konstituierung der Räterepublik verblüffte die bürgerlichen Staatsmänner sowohl der umliegenden Staaten als auch der Ententeländer. Obwohl die Räterepublik in den ersten Wochen keinerlei bewaffnete Macht besaß, unterblieb der Angriff der bürgerlichen Nachbarn und der Ententeheere. Man fürchtete die Revolution im eigenen Lande, Meutereien im eigenen Heere. Erst Ende April begann der Vorstoß der Rumänen, der die schwachen Kräfte der Räteregierung bis an die Theiss zurückdrängte. Am 1. Mai schien es bereits, als sei die Diktatur verloren. Da wandte sich die Räteregierung an das Proletariat Budapests mit der Frage, ob es bereit sei, die Diktatur zu schützen. Der Erfolg übertraf jede Erwartung. Die Arbeiterschaft ganzer Fabriken beschloß, alle gewesenen Soldaten zu mobilisieren. Die Mobilisierung der kleinindustriellen Arbeiterschaft Budapests erfolgte mit Hilfe der Gewerkschaften. Das Proletariat selbst rettete die Lage. Der Angriff der Rumänen wurde an der Theiss aufgehalten. In diese Periode fällt der Versuch Englands zu einer friedlichen Verständigung bezw. Liquidierung der ungarischen Räterepublik. Der Ministerpräsident von Südafrika, Smuts, kam nach Ungarn, um zu verhandeln; die Verhandlungen verliefen jedoch ergebnislos.

Die zweite Periode der Außenpolitik bildete die Offensive Räte-Ungarns gegen die Tschechoslowakei zur Befreiung der von den Tschechen besetzten Gebiete in Nordungarn. Die Offensive führte zu einem guten Erfolg, fast ganz Oberungarn wurde von den Tschechen geräumt. Aber im Heere zeigte sich infolge gegenrevolutionärer Agitation von seiten des Bürgertums und der Sozialdemokraten — auf die wir

gleich zurückkommen — Unzufriedenheit. Es kam die Note Clémenceaus, welche die Einstellung der Offensive forderte, mit dem Versprechen, die territorialen Verhältnisse in wohlwollender Weise zu regeln. Hierauf wurde die Offensive eingestellt und das Heer auf die von der Entente vorgeschriebene Linie zurückgezogen.

Indessen hielt die Entente ihr Versprechen, die Rumänen auf die vorgesehenen Grenzen zurückzubeordern, nicht ein. Es begann daher die dritte Periode in der Außenpolitik Räte-Ungarns: der Angriff gegen die Rumänen. Derselbe endete infolge des Verrates vieler hohen Offiziere und der Uebermacht des Feindes mit der militärischen Niederlage Räte-Ungarns, welche den Sturz der Räteregierung zur Folge hatte.

Es ist unleugbar, daß die äußere Politik Räte-Ungarns schwankend war. Dies hing mit dem unklaren Urteil über den weiteren Verlauf der Weltrevolution und der Lage der russischen Räterepublik aufs engste zusammen. Prinzipiell wären zwei politische Grundauffassungen möglich gewesen. Die erste: die Diktatur wird zusammenbrechen, weil die Revolution nicht rasch genug weiterschreitet und Rußland keine militärische Hilfe bringen kann. (Denikin war in scharfem Vordringen!) Dieser Grundauffassung hätte entsprochen: Vorsichtiges Lavieren, Annahme der Bedingungen von Smuts, möglichste Verlängerung der Lebensdauer der Diktatur — und unterdessen Organisierung einer festen Kommunistischen Partei, volle Vorbereitung zur illegalen Arbeit nach der Niederlage der Diktatur. Die zweite: die Diktatur kann durch Ausdehnung der Revolution nach Westen gefestigt werden. Bei dieser Grundauffassung hätte die Offensive gegen die Tschechoslowakei weitergeführt, der bewaffnete Kampf in das damals noch gärende revolutionierte Deutschland hineingetragen werden müssen. Wahrscheinlich wäre auch dieser Weg erfolglos geblieben: aber ganz Mitteleuropa wäre revolutionär aufgerüttelt worden, und die ungarische Räterepublik wäre heroisch, inmitten eines bis in den Grund und Boden aufgerüttelten Europas, zusammengebrochen. Ganz sinnlos war die letzte Wendung: die Offensive gegen Rumänien. Rumänien war für die Revolution ein totes Gefilde, wo nur eine Niederlage, keinesfalls ein Sieg zu holen war.

Der Sturz der Diktatur.

Mittlerweile hatte sich in der Stimmung des Landes ein starker Wechsel vollzogen. Die enteignete Bourgeoisie flüchtete ins Ausland und organisierte dort den Widerstand. Frühere Offiziere sammelten sich zu weißen Garden, die von den Kapitalisten finanziert wurden. Diese weißen Garden hielten Verbindungen mit den alten Offizieren der Roten Armee. Die Bauernschaft war unzufrieden, da sie eine weitere Enteignung ihres Grundbesitzes fürchtete und weil infolge des Boykotts, den die Entente über das ganze Land verhängte, und des Niedergangs der industriellen Produktion sie keine industriellen Güter für ihr Geld erhalten konnte. Auch die Stimmung der industriellen Arbeiterschaft hatte sich sehr verschlechtert. Wie im Beginn jeder Diktatur zeigte sich ein Rückgang der Lebenshaltung der industriellen Arbeiterschaft. Da die Arbeitsdisziplin mit dem Aufhören der bürgerlichen Klassendisziplin sich gelockert hatte, die Arbeitsleistung geringer wurde, die Produktion außerdem durch Mangel an Rohstoffen und durch die Einziehung der Arbeiterschaft zum Militärdienst herabgemindert wurde, stellte sich ein Mangel an industriellen Gütern ein. Dies hatte alsbald auch einen Mangel an Lebensmitteln zur Folge. Die Bauern brachten keine Lebensmittel auf die städtischen Märkte, weil sie dafür keine industriellen Artikel erhalten konnten. Diese ökonomische Lage wurde durch politische Mittel künstlich verschärft; die reichen Bauern boykottierten systematisch die Städte, und die Unzufriedenheit der industriellen Arbeiterschaft wurde durch offene und heimliche Agitation der sozialdemokratischen Führer geschürt. Diese Unzufriedenheit machte sich auch in der Roten Armee geltend und war eine der Hauptursachen der Niederlage. Es zeigte sich hierbei mit aller Schärfe das Fehlen einer organisierten Kommunistischen Partei, die das Gerippe der Diktatur hätte bilden können. Eine solche gab es nicht. Die Ansätze zur Schaffung einer Kommunistischen Partei wurden durch die bei der Ausrufung der Rätediktatur erfolgte Vereinigung der Kommunistischen Partei mit der alten Sozialdemokratischen Partei vernichtet; die Kommunistische Partei löste sich praktisch in der alten Sozialdemokratischen Partei auf, wobei letztere ihre alten Organisationen beibehielt. Als nun die sozialdemokratischen Führer die Gefährlich-

keit ihres Unternehmens gewahr wurden, knüpften sie Verhandlungen mit den Entente-Vertretern in Wien an, um einen Abbau der Räterepublik, eine Rückverwandlung in eine demokratische Volksrepublik in die Wege zu leiten. Diese Verhandlungen waren so weit gediehen, daß, als die Niederlage der Roten Armee am 1. August offenkundig war, die Regierung — nachdem der Rat der Volkskommissare seine Macht in die Hände des Arbeiterrates zurückgelegt hatte — ohne weiteres von einem bürgerlich-demokratischen Uebergangs-Ministerium, gebildet aus den Führern der Gewerkschaften, übernommen wurde. So endete die ungarische Räterepublik ebenso unerwartet und unblutig, wie sie erstand, und einige soziademokratische Volkskommissare traten wiederum ohne weiteres in die neue Regierung als Minister über. Diese sozialdemokratische Uebergangsregierung aber wurde nach vier Tagen, nachdem die Rumänen entgegen den Versicherungen der Entente-Vertreter in Budapest eingezogen waren, und nachdem das Proletariat von der neuen sozialdemokratischen Regierung entwaffnet worden war, von einer Handvoll bewaffneter Gegenrevolutionäre gestürzt und verhaftet. Es begann das Regime des weißen Terrors, das unter verschiedenen Wandlungen bis jetzt anhält.

Die wichtigste Lehre aus der Geschichte der ungarischen Räterepublik ist die Unentbehrlichkeit einer fest organisierten, disziplinierten Kommunistischen Partei während der Zeit der Diktatur. Wir wollen nicht behaupten, daß bei Vorhandensein einer solchen Partei die ungarische Räterepublik endgültigen Bestand gehabt hätte. Wir halten es sogar nicht für wahrscheinlich. Das Land war viel zu klein dazu, um isoliert innerhalb kapitalistischer Länder bestehen zu können. Aber der ganze Verlauf der Sache wäre ein anderer und in ihren späteren Folgen für das ungarische Proletariat günstigerer gewesen, wenn die Zeit während des Bestehens der Diktatur dazu ausgenutzt worden wäre, eine kampfkräftige, auch zur illegalen Existenz vorbereitete Kommunistische Partei zu bilden. Die Unterlassung dessen hat zur Folge, daß die kommunistische Bewegung in Ungarn bis heute nur schwer neue Wurzeln schlagen kann.

Eugen Varga.

Größe des Landes:

	Ausdehnung in qkm[1])	Bevölkerung in Tausend	Bevölkerung pro qkm
Vor dem Kriege	282 870	18 264	64,6
Nach Friedensschluß . . .	91 114[2])	7 946	82,1

[1]) Daten ohne Quellenangabe sind dem Buche Budai's, Direktor des Statistischen Amtes in Budapest, entnommen.
[2]) Diese und alle folgenden statistischen Angaben beziehen sich auf Ungarn nach Friedensschluß und sind auf das neue Gebiet umgerechnet.

Nationalität. 6 612 000 Ungarn, 521 000 Deutsche, 166 000 Slowaken, 49 000 Rumänen, 1000 Ruthenen, 41 000 Kroaten, 22 000 Serben, 70 000 Sonstige.

Auswanderung nach Amerika 1905—1913: altes Ungarn 790 068, neues Ungarn 213 067; Rückwanderung aus Amerika: altes Ungarn 213 542, neues Ungarn 58 302.

Religion (in Prozent). Römisch-katholisch 63,0, reformiert 21,3, lutherisch 6,2, jüdisch 6,2, sonstige 3,3.

Klassengliederung. Landwirtschaft: Selbständige 186 000, Halbproletarier mit einem Besitz unter 10 Hektar 332 000, Arbeiter, Landarbeiter, Knechte und Wanderarbeiter zusammen 1 131 000; Industriearbeiter 454 972; Fabrikarbeiter in Betrieben mit mehr als 20 Arbeitern 221 972.

Regierungsform. Formell Königreich. Das Haus Habsburg auf Druck der Entente entthront. An der Spitze des Reiches steht der gewesene Admiral Nikolaus Horthy als Reichsverweser. Die Nationalversammlung wurde auf Grund des allgemeinen Wahlrechtes im März 1920 auf zwei Jahre gewählt und im März 1922 aufgelöst. Die Neuwahlen finden im Mai 1922 statt. Die Regierung oktroyierte ein neues Wahlrecht. Wähler sind Männer, 24 Jahre alt, 10 Jahre ungarische Staatsbürger, 4 Volksschulklassen absolviert; Frauen 30 Jahre, 6 Volksschulklassen absolviert. Es gibt noch eine Menge anderer Beschränkungen. Wählbar: Wahlberechtigte über 30 Jahre. Abstimmung nur in den Städten geheim.

Die politischen Parteien.[1])

Bürgerliche Parteien.

1. Christliche Kleinbauer-, Landwirte- und Bürgerpartei („Einheitliche Regierungspartei"), vertritt Großbauerntum, Kleinadel (Gentry). Parteiführer: Graf Bethlen, Szabo von Nagyatad, Anhänger Horthys.

[1]) Die hier angeführten Parteien gingen in dieser Zusammenstellung in die Wahlen. Nach den Wahlen, welche Ende Juni 1922 stattfanden, sehen wir im Parlament:
1. Regierungspartei: Partei der christlichen Einheit
2. Parteilose, welche die Regierung unterstützen.
Die Regierung hat durch die obigen Parteien etwa 160 Mitglieder des Parlaments (von 230) hinter sich.
Oppositionsparteien:
1. Legitimisten,
2. Bürgerlich Radikale (8),
3. Sozialdemokraten (25),
4. Nationaldemokraten (4),
5. Parteilose Oppositionelle;
diese Parteien umfassen zusammen etwa 70 Stimmen.

2. 48er Kleinbauernpartei, vertritt Mittelbauerntum. Anhänger der freien Königswahl.

3. Unabhängige Kleinbauern- und Bürgerpartei, vertritt städtisches und ländliches Kleinbürgertum und die progressive Intelligenz; unter ihnen viele Republikaner.

4. Christlich-nationale Landwirte- und Bürgerpartei, vertritt Großgrundbesitz, hohen Adel, hohe Geistlichkeit. Legitimisten. Führer: Graf Julius Andrassy.

5. Nationaldemokratische Partei, vertritt städtische Bourgeoisie Legitimisten. Führer: Vázsonyi.

6. Wirtschaftspolitische Partei, vertritt Industrie- und Bankkapital, Legitimisten.

An der Wahlpropaganda nahmen zusammen 23 verschiedene bürgerliche Parteien teil; jedoch sind die Parteien voneinander nicht streng abgegrenzt.

Arbeiterparteien. Die Sozialdemokratische Partei steht unter Führung der Gewerkschaftsbürokratie. Die politischen Führer zur Emigration gezwungen. Die einzige Arbeiterpartei, welche gewisse legale Möglichkeiten hat.

In der Wiener Emigration sind folgende Gruppierungen:

1. Die Führer der Sozialdemokratie bilden einen politischen Block mit dem linken Flügel der Bourgeoisie, welche in der Karolyi-Revolution kompromittiert ist, und geben gemeinsam eine Tageszeitung heraus.

2. Die „radikale" Gruppe, welche die Bourgeois-Intelligenz vertritt, gibt eine Tageszeitung heraus.

3. Gruppe „Világosság". Angeschlossen an die Internationale 2½.

4. Die Kommunistische Partei (Sektion der Kommunistischen Internationale).

Wirtschaft. Landwirtschaft.

Besitzstatistik (1895, keine neuere)[1])

	1—3 Joch Zwergbauern	4—10 Joch Kleinbauern	11—50 Joch Mittelbauern	51—500 Joch Großbauern	üb. 500 Joch Großgrundb
Von der Gesamtfläche in Proz.	4,67	14,43	32,30	21,28	27,12
Besitzer in „	45,72	30,91	20,91	2,16	0,30

Erntefläche in 1000 Joch:

Jahresdurchschnitt	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer	Mais	Kartoffeln
1911—15	2,626	1,182	912	599	1,493	421
1920	1,872	1,037	890	564	1,418	440
1921	1,896	963	834	567	1,418	480

Ertrag in 1000 Meterzentnern:

Jahresdurchschnitt	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer	Mais	Kartoffeln
1911—15	19,942	8,033	7,128	4,398	15,054	19,421
1920	10,422	5,223	4,917	3,238	12,740	20,675
1921	12,815	5,612	4,483	2,932	6,894	12,409

[1]) Statistik aus dem letzten Friedensjahre; umgerechnet auf das neue Gebiet.

Viehstand in 1000 Stück:

	Hornvieh	Schweine	Pferde	Schafe
Jahresdurchschnitt 1911—15	2148	3330	895	2406
1918		3729	746	1817

Bergbau. Tätige Personen: 85 438; Wert der Bergbauprodukte im Jahre 1915 in Millionen Kronen: 83,5. Produktion (in Millionen Doppelzentnern, Jahresdurchschnitt 1911—15): Eisenerz 2, Steinkohle 8, Braunkohle 56. Die Kohlenproduktion im heutigen Ungarn hat im Jahre 1921 6 119 660 Tonnen betragen, gegen 4,98 und 2,90 Mill. in den Jahren 1920 und 1919.

Industrie.[1]) Industrieanlagen 2029; Pferdekräfte 398 929; Arbeiterhöchstzahl 219 725; bezahlte Löhne (in 1000 Kronen) 211 381; Verkaufswert der Produkte (in 1000 Kronen) 1 887 930; hiervon Lebensmittel 945 306, Eisen-Stahl 252 388, Maschinen 250 680, chemische Industrie 126 029, Textilien 78 712; sonstige 234 815; zusammen 1 887 930.

Außenhandel. Die ersten 9 Monate 1921 (in Milliarden Kronen): Ausfuhr 29,4; Einfuhr 13,1; Einfuhrüberschuß 16,3. Wichtigste Einfuhrwaren (in Milliarden Kronen): Textilien 12, Holz 2, Kohle 1,5, Papier 1,2, Eisen und Maschinen 1,1; Ausfuhr: landwirtschaftliche Rohstoffe 5,2. Den größten Anteil am Außenhandel hat Oesterreich, Deutschland und die Tschechoslowakei.

Verkehrswesen: Eisenbahnnetz 8320 km, Lokomotiven 1549, Waggons 21 033.

Geldwesen. Am 1. Juni (1922) 32, am 15. August 40,9, am 1. Oktober 50 Milliarden Kronen Noten des Noteninstituts und 27 Milliarden Staatsnoten[2]) im Umlauf. 1852 Kreditinstitute mit einem Eigenkapital von 1708 Millionen Kronen.

Staatsfinanzen. Ein Finanzplan wurde dem Parlament bisher nicht vorgelegt. Die Regierung führt ihre Finanzwirtschaft auf Grund der zeitweilig (für 3—6 Monate) erteilten Ermächtigung des Parlaments.

Die Gewerkschaftsbewegung.

In den 1890er Jahren wurden die ersten Gewerkschaften im heutigen Sinne gegründet. Die Führung von Lohnkämpfen war ihnen jedoch verboten. Daher entwickelten sich innerhalb der Gewerkschaften selbst die sogenannten „Freien Organisationen". Alle Gewerkschaftsmitglieder waren zugleich Mitglieder dieser Organisationen, welche besondere Beiträge zu Streikzwecken erhoben. Jedes Mitglied der Freien Organisationen galt zugleich automatisch als Mitglied der S. P. und bezahlte im Gewerkschaftsbeitrag gleich seine Parteisteuer. Die Gewerkschaftsbewegung erstarkte unter dem Eindruck der ersten russischen Revolution. Die Zahl der organisierten Arbeiter stieg von

[1]) Statistik aus dem letzten Friedensjahre; umgerechnet auf das neue Gebiet.
[2]) Noten der Oesterreichisch-Ungarischen Bank.

71 173 (1905) auf 153 332 (1906). Um diese Zeit begannen die Arbeitgeber, unterstützt von den Behörden, gelbe Gewerkschaften zu gründen. Doch blieben die sozialdemokratischen Gewerkschaften obenauf. Ende 1918 begann die Arbeit der K. P. in den Gewerkschaften. Ganze Gewerkschaften sagten sich von der Sozialdemokratischen Partei los und schlossen sich der K. P. an. Während der Räterepublik nahmen die Gewerkschaften einen großen zahlenmäßigen Aufschwung. Da dieselben gewisse staatliche Funktionen ausübten, die Mitgliedschaft Vorteile gewährte, drängten sich alle bürgerlichen Elemente hinzu und fanden dort Aufnahme. Ein Teil der Gewerkschaften und besonders die Gewerkschaftsbürokratie wurden zu Zentren der gegenrevolutionären Bewegung. Nach dem Sturz der Diktatur wurden von der weißen Regierung christlich-soziale Gewerkschaften errichtet zum Kampfe gegen die Sozialdemokratie. Doch erwies es sich, daß die Masse der Arbeiterschaft den Freien Gewerkschaften treu blieb. Innerhalb der Gewerkschaften entstanden allmählich kommunistische Zellen.

Mitgliederzahl:

Ende 1917	214 000
Ende 1918 (Károlyi-Regierung)	723 000
Mitte 1919 (Räterepublik)	1 633 000
Ende 1920 (Horthy-Regierung)	154 000

Die größten Gewerkschaften sind gegenwärtig: Eisen- und Metallarbeiter 38 116, Holzarbeiter 10 000, Bergarbeiter 11 207, Buchdrucker 5960.

Die Gewerkschaftsbürokratie, welche viel zum Sturz der ungarischen Räterepublik beitrug, erlebte danach sehr schwere Zeiten. Die Gewerkschaften wurden verfolgt, aufgelöst und ihre Gelder und Lokalitäten beschlagnahmt, die Führer ins Gefängnis geworfen, einige getötet.

Die Arbeiterlöhne wurden in der ersten Woche nach dem Sturz der Diktatur auf weniger als die Hälfte herabgesetzt, trotzdem die Preise in die Höhe gingen. Die Stimmung der Arbeiterschaft ist sehr erbittert, die Arbeitslosigkeit ständig sehr groß. Der weiße Terror verhinderte lange Zeit jede Aeußerung der Opposition. Die Streiks wurden mit Waffengewalt unterdrückt. In den Gewerkschaften selbst sorgten die Gewerkschaftsführer dafür, daß keine revolutionäre Stimme sich erheben konnte. Mit der Abschwächung des weißen Terrors belebte sich auch die Gewerkschaftsbewegung von neuem. Es gibt in den Gewerkschaften eine starke oppositionelle Stimmung. Der letzte Gewerkschaftskongreß, Dezember 1921, wurde auf den Druck

der oppositionellen Bewegung hin einberufen. Derselbe forderte Amnestie für alle Arbeiter, die wegen Teilnahme an der Diktatur oder an der politischen Bewegung eingekerkert oder interniert sind.

Die ungarischen Gewerkschaften sind der Amsterdamer Internationale angeschlossen.

Die Genossenschaftsbewegung ist in Ungarn ziemlich stark. In der Hauptstadt gibt es eine mächtige Arbeiterkonsumgenossenschaft, die im Jahre 1920 9,6 Millionen Kapital hatte. Sie sollte während der Diktatur zur allgemeinen Verteilungsorganisation ausgebaut werden. Der weiße Terror setzte alles daran, diese Organisation zu vernichten. Die Genossenschaftsbewegung stand und steht im engsten Zusammenhang mit der sozialdemokratischen Bewegung. Ein Punkt des unten folgenden Paktes der sozialdemokratischen Führer mit der Horthy-Regierung war die Wiedergabe der Autonomie an die Genossenschaften. Außer der Arbeitergenossenschaft gibt es ausgedehnte bäuerliche Genossenschaften, die unter dem Einfluß der Großgrundbesitzer stehen.

Politische Arbeiterbewegung.

Nach dem Sturz der Diktatur übernahm eine rein sozialdemokratische Regierung der Gewerkschaftsführer die Geschäfte (2. August 1919). Diese wurde von einem Häuflein Weißgardisten verhaftet. Die Entente versuchte, eine Regierung mit Einbeziehung der Sozialdemokratischen Partei zu schaffen. Die korruptesten Gewerkschaftsbürokraten, Peyer und Miakits, gaben sich dazu her, an der Regierung des weißen Terrors teilzunehmen. Doch wurden sie alsbald schmählich hinausgeworfen; Peyer mußte ins Ausland fliehen. Der weiße Terror verhinderte jede politische Betätigung. Der Redakteur des Zentralorgans der Partei Béla Somogyi wurde zusammen mit einem anderen Redaktionsmitglied ermordet, das Gebäude der Zeitung der Weißgardisten gestürmt und demoliert. Bei den Wahlen zur Nationalversammlung 1920 waren die Sozialdemokraten zur Passivität verurteilt. Sie erreichten wohl das heißersehnte allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht, konnten aber wegen des Terrors keine Kandidaten aufstellen.

Im Jahre 1921 gewann die sozialdemokratische Bewegung mit dem teilweisen Erlahmen des weißen Terrors wieder an Kraft. Die Führer benutzten aber die erste Gelegenheit, um mit dem weißen Terror ihren Separatfrieden zu schließen. Im Frühjahr 1922, nach Auflösung der Nationalversammlung, fand eine Versöhnung zwischen der Sozial-

demokratischen Partei und der Horthy-Regierung statt. Letztere gewährte kleine Konzessionen beim oktroyierten Wahlrecht: die Sozialdemokratische Partei nahm an den Wahlen teil und rehabilitierte auf diese Weise die Terrorregierung vor dem Auslande.

Hierbei ist zu beachten, daß der weiße Terror inzwischen jeden sozialen Rückhalt eingebüßt hat. Die Terrorgruppen, „Detachements" genannt, sind eine selbständige Macht geworden, welche die tatsächliche Herrschaft ausüben. Parlamentarismus und Ministerium sind eine Komödie. Die Kandidaten jener oppositionellen Parteien, die eine Klasse vertreten, Sozialdemokraten und Kleinbauern, wurden terrorisiert, ihre Versammlungen auseinandergejagt, die Kandidaten verhaftet. Unter dem Schutze der Terrorgruppe standen die Kandidaten der herrschenden Klassen, die sich als Legitimisten und Horthy-Anhänger zeitweise versöhnen, zeitweilig bekämpfen. Die ganze Situation ist jener von Marx im 18. Brumaire beschriebenen ähnlich.

Unter den Massen der vielgequälten ungarischen Arbeiterschaft, von denen viele dem weißen Terror zum Opfer fielen, Tausende noch gegenwärtig in Gefängnissen und Internierungslagern schmachten, erregte der Verrat der sozialdemokratischen Parteiführer die größte Erbitterung. Indessen wird jede Aeußerung dieser Stimmung erbarmungslos unterdrückt. Die Spitzel der weißen Regierung sind beständig in den Versammlungen der Arbeiterschaft — Versammlungen sind im allgemeinen verboten und können nur mit besonderer Erlaubnis und unter Aufsicht der Polizei oder Gendarmerie abgehalten werden — und sorgen dafür, mit der stillschweigenden Zustimmung der Parteiführer, daß keine oppositionell-revolutionäre Regung zum Vorschein komme. Die Ungarische Sozialdemokratische Partei gehört natürlich der Zweiten Internationale an.

Eine legale Kommunistische Partei gibt es in Ungarn nicht. Der bloße Verdacht, Kommunist zu sein, genügt, um ins Gefängnis geworfen und eventuell totgeschlagen zu werden. Es gibt aber Anfänge einer kommunistischen Bewegung, die innerhalb der Gewerkschaften, der sozialdemokratischen Partei, der Genossenschaften usw. Zellen zu bilden versucht. Die emigrierten ungarischen Kommunisten gaben bis Ende 1921 in Wien ein Organ, den „Proletár", heraus. Infolge von Zwistigkeiten innerhalb der Emigration wurden die ungarischen Gruppen als selbständige Gebilde von der Exekutive der Kommunistischen Internationale aufgelöst. Dieselben traten den kommunistischen Parteien der betreffenden Ländern bei.

Der Anfang des Jahres 1922 zeigt ein Aufleben und Anwachsen der ungarischen Arbeiterbewegung. Die Furcht vor den Terrororganisatio-

nen hat sehr nachgelassen. Es kommen immer häufiger Fälle vor, in welchen sich die von den Terroristen angegriffenen Arbeiter erfolgreich zur Wehr setzen. Im selben Maße verliert die Sozialdemokratie die Möglichkeit, die Ausbrüche der Unzufriedenheit zu unterdrücken.

Im Januar 1922 brach eine Streikwelle über die ungarische Wirtschaft herein. Die Reihe der Ausstände eröffneten die Metallarbeiter von Budapest, die eine Lohnerhöhung von 30 Prozent forderten. Der Streik dauerte über 5 Wochen und endete mit einem Kompromiß (15 Prozent Lohnerhöhung).

Der April brachte zahlreiche Lohnkämpfe. Die Arbeiter der mechanischen Schuhmacher-Werkstätten, die Färber, die Kleidermacher forderten um 20 bis 50 Prozent mehr Lohn. Die Kämpfe waren alle erfolgreich, was neben der besseren Konjunktur der Industrieen auch dem zähen Festhalten an den Forderungen zuzuschreiben ist. Ihrem Beispiel folgen die Keramikarbeiter, die Lederarbeiter, die Bauarbeiter, die Arbeiter der staatlichen Tabakfabriken, die chemischen Arbeiter, die alle ebenfalls Lohnerhöhungen von 15 bis 40 Prozent fordern.

Mitte Mai greift die Bewegung auf die Provinz über. Die Gießer der Waggonfabrik in Györ legen die Arbeit wegen einer Lohndifferenz von 20 Prozent nieder.

Neben Lohnforderungen kämpfen die Arbeiter auch um andere Rechte. Die Arbeiter der Militärtuchfabrik in Csepel treten am 25. Mai in den Streik, weil die Unternehmer die Vertrauensleute entlassen wollen. Auch dieser Ausstand hat Erfolg.

Der erste Streik um die Herabsetzung der Arbeitszeit findet im Gastwirtsgewerbe statt. Auch die chemischen Arbeiter treten für diese Forderung ein.

Die Bergarbeiter von Salgotarjan (12 000) fordern Ende Juli die Herabsetzung der Arbeitszeit und die Erhöhung der Löhne um 50 bis 60 Prozent und treten für ihre Forderung in den Streik. Dieser Ausstand charakterisiert übrigens das Verhalten der Sozialdemokratie in den Kämpfen der Arbeiterschaft: sie betrachtet zwar das Parlament als ausschließlichen Boden ihrer Tätigkeit, aber selbst dort interpellierte sie nicht in dieser Sache und ließ die Bergarbeiter völlig im Stich. Sie kümmerte sich nicht darum, daß die Unternehmer die streikenden Arbeiter von der Nahrungsmittelzufuhr abschnitten, daß die Gendarmen Hunderte von Arbeitern verhafteten und folterten. Sie beschränkte sich nur darauf, die Regierung aufzufordern, daß diese sich um die Angelegenheit bekümmere, und nahm mit Zufriedenheit zur Kenntnis, daß „zu einem Einmischen kein Anlaß vorliege", da der Charakter des Aufstandes ein „friedlicher" sei. — Der Streik, der Ende August noch andauerte, verursachte einen Förderausfall von 8000 Waggons Kohle.

Aehnlich verhielt sich die Sozialdemokratie bei dem Juli-Ausstand der Metallarbeiter, mit denen zu gleicher Zeit auch die Mühlen-, Werft-, Holz- und Lederarbeiter, die Gastwirtsangestellten, Friseure, Schneider, Privat- und Bankangestellten streikten (mehr als 100 000 Arbeiter).

Diese Streiks wurden von der Sozialdemokratie ebenfalls ohne Führung gelassen. Bei allen entscheidenden Verhandlungen stellte sie sich

auf den Standpunkt, daß die betreffenden Fachgruppen „tun mögen, was sie für richtig halten".

Bei der Beendigung des Metallarbeiterstreiks stellt die Gewerkschaftsleitung fest, daß einzig die Schaffung einer paritätischen Lohn- und Schlichtungskommission unter unparteiischem Vorsitze die Möglichkeit bietet, die Lohnkämpfe hintanzuhalten. Zu gleicher Zeit wird die Arbeiterschaft wiederholt aufgefordert, keine Streiks zu beginnen, die nicht die Zustimmung der Gewerkschaft erhielten.

Am 14. Juli fand in Budapest die erste große Demonstration seit dem Zusammenbruch der Diktatur mit mehr als 30 000 Teilnehmern statt. Dieselbe war gegen die Teuerung gerichtet. Die Arbeiter zogen trotz der Aufforderung der sozialdemokratischen Redner, sofort und lautlos auseinander zu gehen, in großen Massen in die vornehmen Stadtteile und sangen unter anderen revolutionären Liedern auch die Internationale. Erst wiederholte Polizeiattacken mit blanker Waffe konnten die Demonstranten zerstreuen.

Die revolutionäre Stimmung der Landarbeiterschaft läßt sich auch nicht mehr unterdrücken. Zur Zeit der Ernte kam es in verschiedenen Orten zu Rebellionen. Eine größere Gruppe von besitzlosen Landarbeitern zog auf ein Gut zwischen Donau und Theiss, schnitt auf einem Gebiete von etwa 150 Joch das Getreide und brachte es in die eigenen Behausungen. (Ein Punkt des Wahlpaktes zwischen Regierung und Sozialdemokratie bestimmt, daß die Landarbeiterschaft nicht in die Agitation der Sozialdemokraten einbezogen werden darf!)

Wir sehen also, daß der weiße Terror weder die Wirtschaft des Landes wieder aufrichten noch die Arbeiterbewegung töten konnte. Der Boden für eine neue starke kommunistische Bewegung wurde durch das Regime des weißen Terrors auf Beste vorbereitet.

Uruguay.

Ausdehnung 165 952 qkm; Bevölkerung Ende 1919: 1 462 887. Davon 62 000 Italiener, 55 000 Spanier, 28 000 Brasilianer, 19 000 Argentinier, 17 000 andere Ausländer; der Rest Eingeborene. Religion katholisch.

Verfassung: Senat und Kammer, allgemeines geheimes proportionales Wahlrecht für Männer über 18 Jahre; parlamentarisches Ministerium. Präsident für 4 Jahre gewählt in geheimer Wahl.

Agrikulturland, hauptsächlich Viehzucht. Große Weiden mit schlechtem Vieh. Export von Gefrierfleisch und Fleischkonserven. Während des Krieges Aufschwung, seit 1920 Rückgang. Viehstand 1916 (in Tausenden): 7800 Rindvieh, 11 500 Schafe, 567 Pferde, 404 Schweine.

Hauptprodukte der Landwirtschaft: Weizen, Hafer, etwas Wein und Tabak. Industrie unbedeutend. Außenhandel (in Millionen Dollar): Einfuhr 1919 43,8, 1920 50,0; Ausfuhr 1919 153,2, 1920 84,0. Hauptprodukte der Ausfuhr: Wolle, Häute, lebende Tiere, Fleisch.

Hauptaus- und -einfuhrländer: Vereinigte Staaten, England, Frankreich, Argentinien.

Die bürgerlichen politischen Parteien und die Kommunistische Partei.

Die bürgerlichen politischen Strömungen Uruguays sind in zwei große Parteien geteilt, die Colorado (Rosa) und Blanco (Weiße). Seit vielen Jahren vollzieht sich der Kampf um die Regierung nur zwischen diesen beiden Parteien, die abwechselnd die Präsidentschaft der Republik besetzen. Erst seit wenigen Jahren haben die Kämpfe zwischen den beiden Parteien aufgehört, gewaltsam zu sein. Früher spielten sich ununterbrochen Kämpfe und Erhebungen zwecks Eroberung der Präsidentschaft ab. Der Grundcharakter beider Parteien ist rein bürgerlich. Trotzdem kann man einen Unterschied in bezug auf das Regierungsprogramm feststellen: die Colorado-Partei ist für eine liberale Sozialpolitik, und zwar so sehr, daß infolge Beschlusses der Coloradoregierung der Achtstundentag in Uruguay eingeführt wurde. Außerdem hat sich diese Partei immer gestellt, als sympathisiere sie mit den revolutionären Elementen, dies natürlich nur, um die Massen zu sich hinüberzuziehen. Zur Zeit ist die Partei an der Herrschaft. Charakteristisch ist für sie ihre Popularitätshascherei. Sie versucht, die Sympathie der Massen sich mit schönen Gesten zu erhalten. Ihr starker Einfluß im Volke ist nicht zu leugnen. Die Blanco-Partei ist dagegen die reine reaktionäre Partei. Zum Unterschied von der Colorado-Partei, die sich für liberal und antiklerikal ausgibt, ist diese Partei aristokratisch und klerikal. Sie versucht, den Interessen der Bourgeoisie nachzugeben und ihre traditionelle Stellung zu behalten. Sie ist wütend chauvinistisch. Ihr Einfluß ist bedeutend zurückgegangen, so sehr, daß sie schon einige Präsidentschaftsperioden hindurch nicht mehr an der Regierung teilnimmt. Sie besitzt, ebenso wie die Colorado-Partei, eine beträchtlich starke Vertretung im Parlament.

Diesen beiden Parteien gegenüber steht die Kommunistische Partei. Sie hat auf ihrem Kongreß im Jahre 1920 in Montevideo die Eintrittsbedingungen der Kommunistischen Internationale angenommen. Vor dem Kongreß nannte sie sich Sozialistische Partei. Sie hat z. Zt. rund 2000 Mitglieder und gibt eine Tageszeitung in einer Auflage von rund 9000 Exemplaren heraus, genannt „Jisticia" (Gerechtigkeit). Sie hat einen Nationaldeputierten und mehrere Provinzialdeputierte. Ebenso besitzt sie ein eigenes Haus und eine Druckerei, in der sie ihre Zeitung herausgibt. Ihr Einfluß auf

die Gewerkschaftsbewegung ist beträchtlich. Im Innern gibt sie zwei Zeitschriften heraus: „Nuevos Horizontes" in Fray Bentos (der Gegend der Fleischextraktgewinnung) und „El Debate" in Carmelo.

Als Folge der Anschlußresolution für die Kommunistische Internationale erfolgten einige Ausschlüsse aus der Partei. Vom Ausschluß betroffen wurde in erster Linie der Dr. Frugoni, der der Parteiführer gewesen war, und einige Stadtverordnete.

Dr. Frugoni war zu dieser Zeit Deputierter und versuchte, mit dem ihm gebliebenen Einfluß eine sozialistische Partei durch Vereinigung der Ausgeschlossenen ins Leben zu rufen. Diese neue Partei zählt 84 Mitglieder. Im Anfang gab sie eine Zeitschrift unter dem Titel „Germinal" heraus. Diese Zeitschrift ging aber ein. Erst nach beträchtlicher Zeit gelang es ihnen, eine Zeitung unter dem Namen „El Sol" (Sonne) herauszugeben. Wie man sieht, handelt es sich um eine fiktive Partei ohne jede Kraft. Auf die Arbeiterbewegung hat sie keinen Einfluß.

Die Gewerkschaftsbewegung.

Die Gewerkschaftsbewegung Uruguays ist in zwei Zentralverbänden organisiert, beide sind antipolitisch und nennen sich Foru = Federacion Obrera Regional Uruguaya. Der Grund zu dieser Teilung war eigentlich die Postenverteilung, obwohl zugegeben werden muß, daß es auch einen gewissen Tendenzunterschied gibt. Der eine Verband nämlich, der einen größeren Einfluß auf die Massen besitzt, nimmt, unbeschadet seiner anarchistischen Einstellung, die Theorie von der „Diktatur der Gewerkschaften" an und spricht sich zugunsten der russischen Revolution aus, obwohl er gegen die Bolschewisten und Kommunisten ist. Der andere Verband, ebenfalls anarchistisch, beharrt auf dem reinen Dogma und verabscheut sowohl die Diktatur des Proletariats als auch die Kommunisten und die russische Revolution. Beide Verbände waren aufgefordert worden, einen Einigungskongreß herbeizuführen. Neben diesen beiden Zentralverbänden existiert noch eine ganze Anzahl von autonomen Gewerkschaften, zu denen die Seeleute und die Buchdrucker beispielsweise gehören. Die Gesamtsumme der organisierten Arbeiter in ganz Uruguay erreicht keine 15 000. Zur Zeit macht die Bewegung eine Periode der Demoralisation durch, weshalb die Einberufung des Einigungskongresses sehr schwierig ist.

Verschiedene Zeitschriften gewerkschaftlicher Richtung werden herausgegeben, so z. B. „La Organisacion" von einer der beiden Foru's, „Solidaridad" von der Federacion Maritima (Seeleutegewerkschaft),

„El Grafico" von der Buchdruckergewerkschaft. Ferner besitzen eigene Zeitschriften die Chauffeur-, die Schuhmacher- und die Schneidergewerkschaft. Die vorherrschenden Strömungen in der uruguayischen Gewerkschaftsbewegung ist antipolitisch, syndikalistisch, anarchistisch. Immerhin haben einige Gewerkschaften den Anschluß an die Rote Gewerkschaftsinternationale beschlossen.

Wirtschaftliche Lage der Arbeiterklasse.

Das Leben ist für die Arbeiter in Uruguay sehr schwer. Die Preise stehen in keinem Verhältnis zu den üblichen Löhnen. Durchschnittlich verdient ein Arbeiter in Uruguay 70 Pesos Gold im Monat. Obwohl das uruguayische Geld einen ziemlich gleichmäßigen Wert hat, so hat sich der Reallohn doch vermindert. Der Achtstundentag ist im ganzen Lande gesetzlich festgelegt. Genossenschaftsbewegung existiert in Uruguay nicht, und die Jugendbewegung befindet sich noch im embryonalen Zustand.

Venezuela.

Ausdehnung: 916 766 qkm; Bevölkerung geschätzt Ende 1918: 2 853 000. Republik. Senat und Deputiertenkammer; Wahlrecht allgemein für die Bevölkerung über 30 Jahre. Es zerfällt in 20 Bundesstaaten mit besonderen Präsidenten. Agrikulturland. Hauptprodukte: Kaffee, Baumwolle, Zuckerrohr, Mais. Große Viehzucht. Viehstand (geschätzt): 2 Millionen Rindvieh, 1,8 Millionen Ziegen und Schafe, 1,6 Millionen Schweine, 191 000 Pferde. Mineralien: Kupfer, Gold, Petroleum. Wenig Industrie, einige Baumwollwebereien, Zement- und Glasfabriken. Ueberwiegend unter dem Einfluß englischen Kapitals.

Außenhandel (in 1000 Dollar): Einfuhr 1919 35,9, 1920 59,6; Ausfuhr 1919 49,9, 1920 32,4.

Eisenbahnen: 1500 km, überwiegend in englischen Händen.

Vereinigte Staaten von Amerika.

Größe der Vereinigten Staaten mit Kolonien und beherrschten Gebieten

	Land	Jahr der Erwerbung	Fläche in qkm	Einwohnerzahl 1920
Vereinigte Staaten			7 839 064	105 708 779
Territorien und Kolonien	Alaska	1867	1 530 327	54 899
	Hawaii	1898	16 702	255 912
	Porto Rico	1898	9 314	1 299 809
	Philippinen	1898	297 904	10 350 640
	Guam	1898	544	13 275
	Samoa	1899	199	8 056
	Kanalzone (Panama)	1903	1 128	22 858
	Jungferninseln	1917	397	26 051
Beherrschte Gebiete	Cuba		166 122	2 900 000
	Haiti		28 676	2 000 000
	San Domingo		48 577	708 000
	Nicaragua		128 340	703 000

Bevölkerung

Zählungsjahr	Gesamtbevölkerung	Zuwachs in Prozent	Fremde Weiße in Prozent	Weiße in Prozent	Neger in Prozent
1880	50 155 783			86,5	13,1
1890	62 947 714	25,5		87,5	11,9
1900	75 994 575	20,7		87,9	11,6
1910	91 972 266	21,0	14,5	88,9	10,7
1920	105 710 620	14,9	13,0	89,7	9,9

Die Bevölkerung hat sich in 40 Jahren mehr als verdoppelt.

Berufstätige Personen
von 10 Jahren aufwärts, 1910—1920

	1910 Zahl	1910 Proz.	1920 Zahl	1920 Proz.
Land-, Forstwirtschaft u. Viehzucht	12 659 082	33,2	10 951 074	26,3
Mineralgewinnung	965 169	2,5	1 090 854	2,6
Industrie	10 658 657	27,9	12 812 701	30,8
Transportwesen	2 637 671	6,9	3 066 305	7,4
Handel	3 614 670	9,5	4 244 354	10,2
Oeff. Dienste (sonst nicht gezählt)	459 291	1,2	771 120	1,9
Freie Berufe	1 663 569	4,4	2 152 464	5,2
Häusliche und persönliche Dienste	3 772 175	9,9	3 400 365	8,2
Bureau-Angestellte	1 737 053	4,6	3 119 955	7,5
Insgesamt	38 167 336	100,0	41 609 192	100,0

1919 gab es in der Fabrikindustrie 9 103 200 Lohnarbeiter; 1920 2 031 927 Eisenbahnangestellte; 1920 775 000 Kohlenarbeiter.

Einwanderung. Gesamteinwanderung von 1861 bis 1916 27 772 000; seit 1880 17 389 000 Einwanderer. Eine große Zahl der Einwanderer hat aber nicht die Absicht, dauernd im Lande zu wohnen und bildet nur eine vorübergehende Vermehrung der Arbeitskräfte.

Bevölkerungszuwachs.

Jahr	Zugelassene Ausländer (Eingewanderte und Nicht-Eingewanderte)	Fortgezogene Ausländer	Zuwachs
1901—10	8 795 368		
1911—15	5 312 007	2 763 420	2 548 597
1916—20	1 800 075	1 224 747	575 328
1921	978 163	426 031	552 132

Dauernder Wechsel der Herkunft europäischer Auswanderer. In früherer Zeit lieferte Westeuropa den größten Teil der Einwanderer; Süd- und Osteuropa etwa 9 Prozent der Gesamteinwanderung aus Europa; in dem Jahrzehnt 1900—1910 etwa 75 Prozent. Das Gesetz zur Beschränkung der Einwanderung (Mai 1921) begrenzt die Zahl der zulässigen Fremden auf 3 Prozent der Kopfzahl der bereits im Jahre 1910 in den Vereinigten Staaten Lebenden der betreffenden Nation. Frühere Kongreßakte, Mai—Juni 1920, schließen radikale Ausländer aus, die „den gewaltsamen Umsturz der Regierung der Vereinigten Staaten" propagieren oder „Sabotage" predigen, und erteilt dem Arbeitsminister die Befugnis, jeden Fremden, der sich einer Verletzung der sogenannten Kriegsakte schuldig gemacht hat, zu deportieren. 1920 und 1921 wurden mehrere Hundert Radikale so deportiert.

Die Negerbevölkerung. Von den 10,5 Millionen Negern leben etwa 80 Prozent im Süden. Sie sind dort politisch unfrei, sozial ausgeliefert und wirtschaftlich leibeigen. Bis zum heutigen Tage sind Lynchungen und verschiedene terroristische Mittel im Süden an der Tagesordnung. Jeder Versuch von seiten der Neger-Farmpächter oder der Arbeiter, ihre Lage zu bessern, wird beantwortet durch Gewaltakte von seiten der Banditen der Ku Klux Klan, einer Wiederbelebung der südlichen Mordgesellschaften der sechziger Jahre, die nachts maskiert in die Häuser einfallen, brennen, plündern und martern. Die Behörden der Südstaaten schreiten gegen dieses Mordwerk nicht ein, obwohl die Mitglieder des Klan (meist Söhne von Kaufleuten und Bankiers) bekannt sind. Das Unterhaus erließ kürzlich eine Anti-Lynch-Bill; 119 Kongreßmitglieder des Südens stimmten dagegen (!); das Gesetz harrt gegenwärtig noch der Genehmigung des Senats.

Infolge der fortgesetzten Bedrückung und bestialischen Behandlung sind viele Tausend Neger nach dem Norden gewandert. Während im Süden die Negerbevölkerung im letzten Jahrzehnt (1910—1920) nur um 1,9 Prozent zunahm, vermehrte sie sich im Norden um 43,3 Prozent und im Westen um 55,1 Prozent. Während des Krieges wurden Tausende von Negern von den Großindustriellen veranlaßt, nach dem Norden zu kommen und dort für niedrigere Löhne zu arbeiten. Das führte zu den Rassenkämpfen in den Städten East St. Louis, Chikago usw. Viele Gewerkschaften, die der American Federation of Labor angegliedert sind, schließen die Neger von der Teilnahme an ihren Organisationen aus. Der Kongreß der A. F. of L. im Jahre 1919 nahm eine Entschließung zugunsten der Organisierung der Neger an.

Infolge der verhältnismäßigen Freiheit im Norden entwickelten sich mehrere Negerorganisationen, die alle rein rassenpolitisch orientiert sind: Universal Negro Improvement Association (Weltbund zur Besserung der Lage der Neger), Garvey Movement (Garvey-Bewegung), geführt von Marcus Garvey, dem „Provisorischen Präsidenten von Afrika", mit dem Programm, Afrika für die Negerrasse zu erobern; sie ist kleinbürgerlich, und ihre Führer benutzen die Befreiungspropaganda dazu, mittels verschiedener Projekte und Geschäftsunternehmungen wie die „Black Star Line Inc.", die „Negro Factories Corporation" usw., die Neger-Arbeiter zu rupfen. Eine andere Organisation ist die „Association for the Advancement of Coloured People" (Vereinigung zur Förderung der Farbigen), geführt von Dr. Du Bois. Hauptziel: volle bürgerliche Rechte für den Neger und Gleichberechtigung der Rassen. Sie ist pazifistisch, arbeitet in Verbindung mit einer Gruppe weißer „Liberaler" und hat Einfluß bei den Neger-Mittel-Klassen. Die „African Blood Brotherhood" (Afrikanische Blutbrüderschaft), geführt von Cyrill Briggs, eine Kampforganisation, sucht die Mitarbeit der weißen radikalen Kräfte, die sich dem kapitalistisch-imperialistischen System entgegenstellen. Ihr letztes Ziel ist auch ein freies Afrika, aber das Programm enthält auch die Erringung politischer, wirtschaftlicher und sozialer Freiheit in den Vereinigten Staaten; sie ist eine Verteidigungsorganisation gegen Lynchjustiz und Terrorismus.

N a t i o n a l i t ä t. Gemischter Ursprung, Angelsachsen vorherrschend. Offizielle Sprache Englisch; es gibt aber eingewanderte Arbeiter, die die Sprache nicht lernen und Siedlungen ihrer eigenen Nationalität bilden, hauptsächlich in den Industriegegenden, wo sie einen großen Prozentsatz der Lohnarbeiter, insbesondere der ungelernten, bilden. Das Textilzentrum Massachussets hat allein wohl ein Dutzend oder mehr Nationalitäten in seiner Industrie, wodurch die Organisation dieser Arbeiter sehr erschwert wird, um so mehr, als kapitalistische Propaganda die Feindseligkeit und Vorurteile der eingeborenen Arbeiter gegen die Fremden aufstachelt, während die Geistlichkeit und die kleinlichen politischen Führer der einzelnen Nationalitäten Haß zwischen den verschiedenen Nationen nähren und sie ferner, indem sie in Zeiten von Streiks oder Wahlen die Arbeiter täuschen und ihren Einfluß benutzen, von der radikalen Arbeiterbewegung fernhalten. Trotzalledem sind viele ausländische Arbeiter in den radikalen Arbeiterorganisationen zu finden. In der Blütezeit der Amerikanischen Sozialistischen Partei bildeten sie als „fremdsprachige Sektionen" ungefähr 50 Prozent der Parteimitgliedschaft, und heute bilden sie ebenfalls einen starken Prozentsatz der kommunistisch gesinnten „Workers' Party of America". Es ist charakteristisch, daß jetzt in den V. St. sechs fremdsprachige kommunistische Tageszeitungen erscheinen, während es noch keine englische gibt!

R e l i g i o n. Die Kirche ist vom Staate getrennt. Gesamt-Kirchenzugehörigkeit etwa 42 000 000; 16 000 000 Römisch-Katholische, 25 000 000 Protestanten verschiedener Benennung (Methodisten, Baptisten, Presbyterianer usw.). Wert des Kirchenvermögens: 1 676 000 000

Dollar; jährliche Ausgaben (1916): 328 000 000 Dollar. Die Geistlichkeit macht ihren Einfluß im Dienste des Kapitals hauptsächlich unter den fremden Arbeitern geltend während der Streiks und anderer Arbeitsstörungen. Eine große Unterstützung der Kapitalisten ist die „Young Men's Christian Association" (Y. M. C. A., Christliche Vereinigung Junger Männer) mit einer Mitgliederzahl von 935 000. Gesamtwert ihres Vermögens über 100 000 000 Dollar. Sie gibt jährlich rund 45 000 000 Dollar aus und wird fast ausschließlich vom Großkapital finanziert, um die Arbeiter von der radikalen Arbeiterbewegung fernzuhalten. Abgesandte werden speziell in die Fabriken geschickt, um die Agitatoren ausfindig zu machen und die Arbeiter im Zaum zu halten. Die Y. M. C. A. dient auch als Vorhut der Kapitalisten in den Kolonialbesitzungen. Während des Krieges wurden Arbeiter gezwungen, für die Y. M. C. A. beizusteuern. Es gibt auch katholische und jüdische Vereinigungen für den gleichen Zweck. Wenn einmal eine Kirchengemeinschaft oder eine lokale Einheit der Y. M. C. A. eine sympathisierende Haltung gegenüber der Arbeiterschaft zeigt, so wird ihr die finanzielle Unterstützung entzogen und sie rasch zur Auflösung getrieben. Eine Reihe von Kirchengemeinschaften zeigt liberale Tendenzen und verteidigt die Sache der Arbeiter; ein bemerkenswerter Fall ist die Untersuchung und der Bericht über den Stahlstreik von 1919, veröffentlicht von der „Interchurch World Movement" (Interkirchliche Weltbewegung), einer Bewegung zum Ziele der Einigung der protestantischen Kirchen, die 1918 entstand, aber wegen ihrer Aktivität während des Stahlstreiks von den Stahlinteressenten unterdrückt wurde.

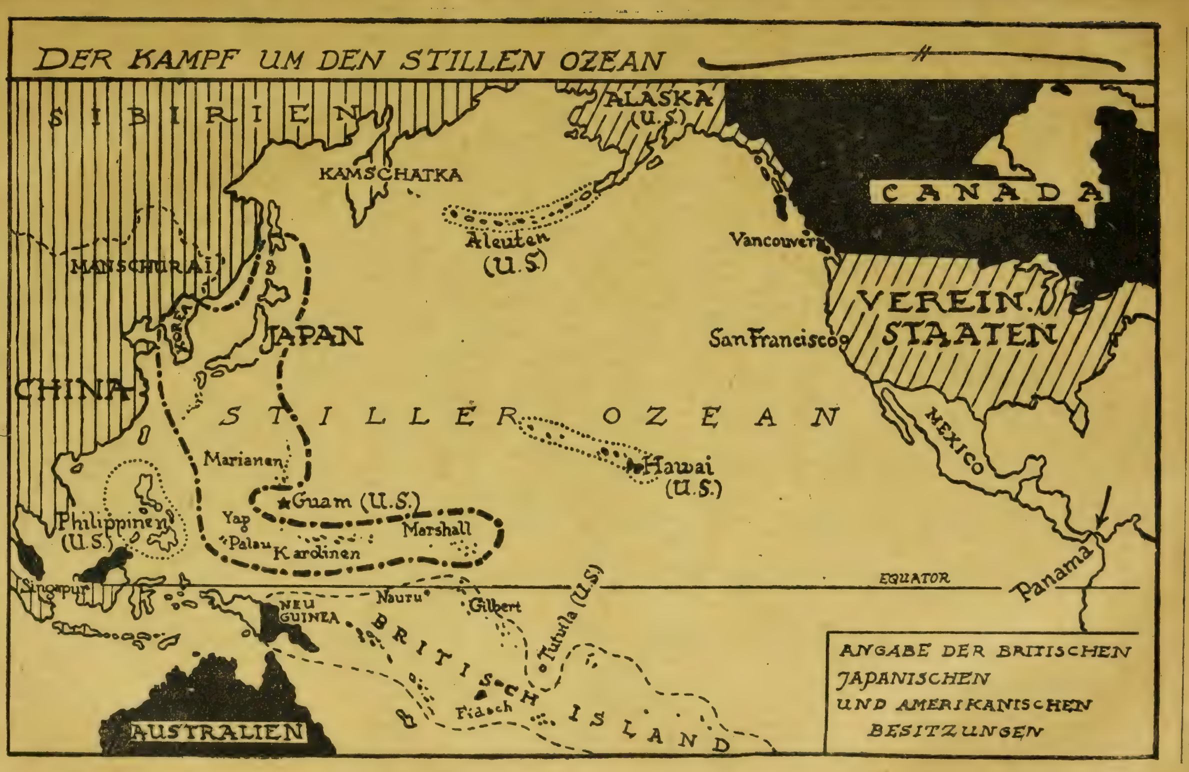
Regierungsform. Nach der Konstitution zerfällt die Macht in drei getrennte Gewalten: die exekutive (Präsident), die gesetzgebende (Kongreß) und die richterliche (Oberster Gerichtshof).

Der Präsident wird durch indirekte Stimmabgabe der Bürger für die Dauer von 4 Jahren gewählt.

Der Kongreß besteht aus Senat und Abgeordnetenhaus. Der Senat besteht aus 96 Senatoren, die für 6 Jahre gewählt werden, aus jedem Staate zwei. Außer der Gesetzgebung hat der Senat alle Verträge mit fremden Ländern zu ratifizieren oder zu verwerfen (für die Ratifikation ist eine Zweidrittel-Majorität der anwesenden Senatoren erforderlich); der Senat bestätigt oder verwirft auch alle Ernennungen des Präsidenten. Die Abgeordneten werden jedes zweite Jahr nach Staaten im Verhältnis zur Bevölkerungszahl nach lokalem Stimmrecht gewählt.

Der Oberste Gerichtshof (Supreme Court) ist eine unabhängige gesetzgebende und zugleich richterliche Körperschaft. Er hat absolute Macht und das alleinige Recht, alle Gesetze zu interpretieren. Seine neun Mitglieder werden vom Präsidenten für Lebenszeit ernannt.

Der Bundesregierung unterliegen: allgemeine Steuergesetze, Heer, Marine, äußere Politik, Außenhandel und zwischenstaatlicher Handel, Post, Geldwesen, Maße und Gewichte, Untersuchung und Bestrafung von Verbrechen gegen die Bundesgesetze.


DER KAMPF UM DEN STILLEN OZEAN
SIBIRIEN
KAMSCHATKA
MANSCHURAI
KOREA
CHINA
JAPAN
ALASKA (U.S.)
CANADA
Aleuten (U.S.)
Vancouver
San Francisco
VEREIN. STAATEN
STILLER OZEAN
Marianen
Guam (U.S.)
Hawai (U.S.)
MEXICO
Philippinen (U.S.)
Yap
Palau
Karolinen
Marshall
EQUATOR
Panama
Singapur
NEU GUINEA
Nauru
Gilbert
Tutuila (U.S.)
BRITISCH ISLAND
Fidsch
AUSTRALIEN
ANGABE DER BRITISCHEN JAPANISCHEN UND AMERIKANISCHEN BESITZUNGEN



Jeder Staat der Union hat eine eigene Verfassung, eine gesetzgebende Körperschaft von zwei Häusern, einen Gouverneur, ein Gerichtssystem. Die staatliche Gesetzgebung ist kompetent für alle Angelegenheiten, die nicht auf Grund der Bundesverfassung der Bundesregierung vorbehalten sind. Zu ihren Machtbefugnissen gehört die Feststellung des Wahlrechts, die Kriminal- und Zivilgesetzgebung, Sozialpolitik usw. In den meisten Staaten ist für das Wahlrecht mindestens ein einjähriger Aufenthalt, in manchen die Zahlung von Steuern erforderlich; manche der Südstaaten schließen Neger von dem Wahlrecht aus; manche Staaten fordern die Kenntnis des Lesens im englischen; Frauen sind wahlberechtigt und sind wählbar sowohl für das Bundesparlament als auch für die Staatsparlamente.

Die amerikanische Verfassung war von Beginn darauf zugeschnitten, den Einfluß der breiten Massen auf die Gesetzgebung auszuschalten. Sie ist starr und tatsächlich unabänderlich. Eine Verfassungsänderung muß erst entweder von einer Zweidrittel-Majorität beider Häuser oder von einem zu diesem Zweck auf Antrag der gesetzgebenden Körperschaften von zwei Drittel der Einzelstaaten einberufenen Verfassungskonvent vorgeschlagen und sodann von den gesetzgebenden Körperschaften durch drei Viertel der Einzelstaaten ratifiziert werden; so kann jede beantragte Aenderung von einem sehr kleinen Teil der Bevölkerung verhindert werden, wenn sich nur in den zwölf kleinsten Staaten eine Majorität dagegen findet. Außerdem verhindert die Macht des Obersten Gerichtshofes, der jedes Gesetz für verfassungswidrig erklären kann, jede fortschrittliche Gesetzgebung. Die Entscheidungen des Obersten Gerichtshofes sind stets arbeiterfeindlich; man muß nur an den bekannten Danbury Hutmacher-Fall erinnern, als die Gewerkschaft zum Schadensersatz wegen Boykotts verurteilt wurde, und die Entscheidungen aus letzter Zeit; in dem einen Falle annullierte er das Bundesgesetz über Kinderarbeit und untersagte in einem anderen die Schaffung von Gesetzen, die den gerichtlichen Eingriffen (injunctions) in Arbeiterkämpfe Grenzen ziehen. Der schlimmste Zug der amerikanischen Verfassungspraxis sind nämlich die richterlichen Eingriffe bei Arbeitskämpfen; die Arbeiter werden wegen Mißachtung der richterlichen Entscheidung verfolgt und auf diese Weise dem Geschworenengericht entzogen.

Politische Parteien. In Amerika besteht das System der Parteiherrschaft. Das politische Leben bestand jahrzehntelang in dem Zwei-Parteien-System. Es entwickelte sich keine fortschrittliche Partei, obwohl von Zeit zu Zeit Versuche zur Bildung einer dritten Partei stattfanden. Seit Ende des Bürgerkrieges (1865) regierten Republikaner und Demokraten abwechselnd. Die Parteischeidung gründet sich nicht auf deutliche Klassenunterschiede, sondern auf historische und traditionelle Gründe. Es gibt nicht viele amerikanische Wähler, die sagen können, warum sie für diese oder jene Wahlliste stimmen. Die amerikanischen Wähler haben jahrzehntelang nicht für ein Programm, sondern gegen die Fehler der herrschenden Partei gestimmt. Das Studium der Berichte über die Kongreßwahlen der letzten 50 Jahre zeigt, daß sich bei jeder Wahl ein Stimmenabgang von der Mehrheitspartei zur Minderheits-

partei bemerkbar machte, bis die eine aus der Regierung heraus und die andere eingesetzt wurde. Im allgemeinen wird die Republikanische Partei von der Großindustrie und den Farmern unterstützt, die Demokratische Partei von kleinbürgerlichen Elementen und Arbeitern, wie auch von den Südstaaten. Die Republikanische Partei trat für eine streng zentralisierte Regierung und für hohe Zolltarife ein, während die Demokratische Partei die Rechte der Einzelstaaten vertrat, den freien Handel predigte und eine Zeitlang (1896) auf der Seite der „Massen" stand. Während der Wahlen von 1920 war die Grenze zwischen den beiden Parteien verwischt. Ein kapitalistisches Blatt sagte: „Das Geschäftsleben fühlte sich vor beiden sicher".

Beide Parteien besitzen ausgebaute und kostspielige Wahlmaschinen, die ohne Unterschied vom „Großkapital" (big business) finanziert werden und beide Herde der Günstlingswirtschaft und Korruption sind. Wahlfälschung ist allgemein; bei lokalen Wahlen vereinigen sich die beiden Parteien nicht selten gegen einen gefährlichen Kandidaten einer „dritten Partei". Neuerdings beginnen Bauern und Arbeiter politische Organisationen zu schaffen, um ihre Kandidaten auf der alten Parteiliste zu wählen, eventuell den politischen Apparat einer der Parteien an sich zu reißen. Solche Organisationen wurden in Idaho, Oklahoma, Nord-Dakota usw. mit einigem Erfolg gegründet. Diese Entwicklung trachten die alten Parteien durch die Einführung spezieller Regeln aufzuhalten. (Im Staate Idaho entscheiden Parteirichter während der Wahlen über die Parteizugehörigkeit des Wählers.) Die bekannteste dieser Organisationen ist die Non Partisan-League, 1915 von fortschrittlichen Bauern gegründet (Führer meist frühere Sozialisten), um den republikanischen Parteiapparat zu erobern; 1916 gelang es ihr, den Staat Nord Dakota zu erobern, einen Anhänger zum Gouverneur zu wählen. Es begann die Durchführung des Programms, das staatliche Elevatoren, staatliche Mühlen, Viehhöfe, Landkreditbanken usw. forderte. Im Oktober 1921 wurde sie in einer Volksabstimmung von den vereinigten Republikanischen und Demokratischen Organisationen („Unabhängiger Wählerbund") geschlagen; dieser „Unabhängige Wählerbund" vertrat die Interessen der Bankleute, Elevator- und Mühlenbesitzer usw. und wurde von den Kapitalisten des ganzen Landes unterstützt.

Eine Entwicklung der letzten Zeit ist die Entstehung des sogenannten „Agrikultur-Blocks" im Kongreß, eine Vereinigung von Senatoren und Abgeordneten aus beiden Parteien zur Förderung der Farmerinteressen Von den alten Parteien unabhängig, organisierte sich die „Bauern- und Arbeiterpartei" (Farmer-Labour-Party), gegründet von der Chikagoer Gewerkschaftszentrale — Chicago Federation of Labour — als „Arbeiter-Partei von Illiois" in Opposition gegen die Taktik Gompers und der A. F. of L.-„Maschine", welche die arbeiterfreundlichen Kandidaten der alten Parteien unterstützte. Im Laufe des Jahres 1919 schlossen sich einige Staats- und Stadtorganisationen der A. F. of L. an. Im November 1919 wurde eine gesamtstaatliche „Arbeiter-Partei" gebildet. 1920

wurde sie neu organisiert als „Bauern- und Arbeiter-Partei" (Farmer-Labour-Party) und erhielt für ihre Präsidentschafts- und andere Kandidatenwahlen die Unterstützung des liberalen „Komitees der 48". Die F. L. P. hat Anhänger in den Anti-Gompers-Elementen der organisierten Arbeiterschaft, ihre Anhängerschaft unter den Farmern ist noch klein. Programm: Nationalisierung der wichtigsten Industrien, der für die Allgemeinheit wichtigen Einrichtungen und des unbebauten Landes; Arbeitsgesetzgebung, bürgerliche Freiheiten, internationale Abrüstung usw.

Das „Komitee der 48" oder die liberale Partei ist neu entstanden. Sie hat Anhänger unter den Intellektuellen der Mittelklassen. Ihre Stärke ist schwer zu bestimmen. Die Organisation wird sich wahrscheinlich in Zukunft einer neuen politischen Partei anschließen, die gegenwärtig im Entstehen ist und die aus den fortschrittlichen Elementen der Bauern und Arbeiter bestehen wird.

Der 67. Kongreß, gewählt im November 1920, setzt sich folgendermaßen zusammen:

Senat: 59 Republikaner, 37 Demokraten.

Abgeordnetenhaus: 301 Republikaner, 133 Demokraten, 1 Sozialist.

Bei den Präsidentschaftswahlen 1920 erhielten Stimmen:

Republikaner	16 152 200
Demokraten	9 147 353
Sozialisten	919 799
Sozialistische Arbeitspartei	31 175
Bauern- und Arbeiter-Partei	265 411

Ueber die Sozialistische und Kommunistische Partei siehe „Politische Arbeiterbewegung".

Der Weiße Terror. Mit dem Kriege — infolge der Unruhen in der Arbeiterbewegung im Jahre 1919, des Aufkommens der Tendenzen zur Nationalisierung der Hauptindustrien, Verbreitung der kommunistischen Propaganda — erstarkte in den Vereinigten Staaten das latent immer bestehende Regime des Weißen Terrors. Neben groß angelegter Verfolgung seitens der Regierung, einer Gesetzgebung über „Kriminellen Syndikalismus" gegen Kommunisten und Mitglieder der I. W. W. in einer Anzahl von Staaten, gibt es die Radikalen verfolgende, freiwillige Organisationen wie die „Amerikanische Legion", die aus gewesenen Soldaten besteht und von früheren von Kapitalisten angeworbenen Offizieren geführt wird; die Ku Klux Klan, verschiedene „Wachsame" und „Bürgerkomittes" usw. Sie wenden offen Gewalt gegen Streikende, Radikale und sogar Fortschrittliche an: „Teeren und Federn" (eine Art Lynchjustiz) und Verbannung aus der Stadt. Die V. St. sind das einzige Land, wo Menschen für Antikriegs-Propaganda noch eingekerkert sind. Die kapitalistische Reaktion griff sogar die reformistischen Sozialisten an, ließ Victor Berger nicht zum Kongreß zu und schloß fünf sozialistische Mitglieder von der New Yorker gesetzgebenden Körperschaft aus. Gegenwärtig sind die Sozialisten „entlastet", aber die Verfolgung von Kommunisten und Mitgliedern

der I. W. W. geht weiter. Hunderte von ihnen schmachten in Kerkern, verurteilt bis zu 20 Jahren.

Imperialismus. Vor dem Kriege entwickelte der amerikanische Imperialismus sich nach zwei Richtungen: Expansion nach dem Süden, im Karibischen Meer und nach dem Fernen Osten. Die Anleihen an Europa, der Ueberschuß der Ausfuhr über die Einfuhr aus Europa, die Konzentration der Goldreserven der Welt in den V. St., der Rücklauf der amerikanischen Wertpapiere aus europäischem Besitz, neuerdings auch der Ankauf von europäischen Wertpapieren, die Konkurrenz der Standard Oil Co. mit der Royal Dutch usw. — all das führte zu einer Uebermacht der V. St. und verwickelte diese endgültig in die imperialistische Weltpolitik. Die industrielle Krise von 1921 zeigt die Unmöglichkeit, das amerikanische Wirtschaftsleben von dem bankrotten Europa zu trennen, eine von einem Teil der amerikanischen Kapitalisten befürwortete Idee.

Wirtschaftliche Verhältnisse.

Die Hilfsquellen. Das Land versorgt sich im großen und ganzen selbst. Die Landwirtschaft gestattet die Ausfuhr eines großen Teiles der Produkte (bis zu 30 Prozent); große Fischereien riefen eine bedeutende Fischkonservenindustrie hervor; der Bauholzvorrat genügt dem Bedarf einer wachsenden Industrie; reichlich vorhanden sind Kohle, Petroleum, Eisen, Kupfer, Blei, Zink, Gold und Silber. Der Anteil der Vereinigten Staaten an der Weltproduktion besteht nach Schätzungen in Prozent: Mais 75, Petroleum 66, Kupfer 50, Eisen 40, Kohlen 40, Weizen 25. Die einzigen wichtigen Mineralien, mit denen die Vereinigten Staaten ihren Bedarf nicht decken, sind Salpeter und Kalisalze, sowie Zinn, Nickel und Platin.

Aenderungen in der Entwicklung. Die Vereinigten Staaten haben sich rapid vom Agrar- zum Industrieland entwickelt. Die Folgen waren: ein sehr starkes Anwachsen der Städte. Die städtische Bevölkerung wuchs von 29,5 Prozent im Jahre 1880 auf 36,1 Prozent im Jahre 1890, 40,5 Prozent im Jahre 1900, 46,3 Prozent im Jahre 1910 und übertraf 1920 die Zahl der ländlichen Bevölkerung mit 51,4 Prozent der Gesamtbevölkerung. Zweitens: die Nahrungsmittelproduktion hielt nicht Schritt mit dem raschen Anwachsen der Bevölkerung. 1919 hätte die Ernte um 1 Milliarde Bushels größer sein müssen, als sie tatsächlich war, um mit der Zunahme der Bevölkerung Schritt zu halten. Das Land nähert sich schnell dem Zeitpunkt, wo es nur so viel Nahrungsmittel produzieren wird, als es zum eigenen Bedarf braucht. Jetzt sind über 26 Prozent der Bevölkerung in der Landwirtschaft und 31 Prozent in der Industrie beschäftigt. Der Wert der landwirtschaftlichen Produkte beträgt 17 Milliarden Dollar pro Jahr, der der Industrieprodukte hat eine Gesamthöhe von 65 Milliarden Dollar. Diese Tendenz verlangt einen wachsenden Export von Industrieprodukten: ungefähr 20 Prozent mußten ausgeführt werden.

Vor dem Kriege waren die Vereinigten Staaten ein Schuldnerland; viele Aktien von amerikanischen Unternehmungen gehörten Europäern. Ein sehr großer Prozentsatz ist wieder zurückgekauft worden. Es befanden sich Ende 1914 25,3 Prozent der Aktien der „United States Steel Corporation" und 8,7 Prozent der Vorzugsaktien in Händen des Auslandes; 1918 nur 9,7 Prozent bezw. 4,1 Prozent und im September 1921 5,5 Prozent bezw. 2,8 Prozent. Amerika hat an fremde Regierungen 10 Milliarden Dollar geliehen, deren unbezahlte Zinsen sich jetzt auf 1 Milliarde Dollar belaufen. Von der Zeit des Waffenstillstandes an bis Ende 1921 wurden von fremden Regierungen und Gemeinden Anleihen für 1 115 Millionen Dollar in Amerika aufgenommen.

Nationalreichtum, Nationaleinkommen und deren Verteilung.

Der Nationalreichtum wuchs von 88 Milliarden Dollar im Jahre 1900 auf 187 Millarden im Jahre 1914. Für 1920 wird er auf 350 Milliarden geschätzt (nach anderer Quelle für 1921 auf 290 Milliarden). Die Menge der produzierten Güter wuchs in schnellerem Tempo als die Zahl der Bevölkerung, wie man aus folgenden Zahlen ersehen kann (Zahl der Produktenmenge von 1910 gleich 100 gesetzt):

Jahr	Produktenmenge in Milliarden Dollar
1890	39,4
1895	40,7
1900	54,0
1905	76,4
1910	100,0
1915	110,0

So nahm die Bevölkerung in dieser Periode um wenig mehr als 50 Prozent zu, die Gesamtmenge der produzierten Güter um etwas weniger als 300 Prozent.

Nach den Zahlen, die das Kongreß-Komitee für Industrieverhältnisse 1915 veröffentlichte, war die Verteilung des Nationalvermögens folgende:

2 Prozent des Volkes, die Reichen, besitzen	. .	60 Prozent des Vermögens
33 „ „ „ „ Mittelklasse „	. .	35 „ „ „
65 „ „ „ „ Armen „	. .	5 „ „ „

Nach den Zahlen des „Nationalbureaus für wirtschaftliche Untersuchungen" betrug das Nationaleinkommen in der Periode 1909—1918:

Jahr	Gesamtnational-einkommen (Milliarden)	Dasselbe in Preisen von 1913	Einkommen pro Kopf in Dollar	Dasselbe in Preisen von 1913
1909	28,8	30,1	319	333
1910	31,4			
1911	31,2			
1912	33,0			
1913	34,4			
1914	33,2		335	333
1915	36,0		358	350
1916	45,4	40,7	445	400
1917	53,9		523	396
1918	61,0	38,8	586	372

Die Verteilung dieses Einkommens für 1918 ist folgende:

auf	1	Prozent der Einkommenbezieher entfallen	14	Prozent vom Nationaleinkommen
,,	5	,, ,, ,, ,,	26	,, ,, ,,
,,	10	,, ,, ,, ,,	35	,, ,, ,,
,,	80	,, ,, ,, ,,	53	,, ,, ,,

Kriegsgewinne. Die von den Gesellschaften gemachten riesigen Profite wurden durch eine Debatte der Senatoren über das Einkommengesetz aufgedeckt.

Es zeigte sich, daß von 115 056 Gesellschaften, die 1919 unter dem Einkommensteuergesetz berichteten:

10 698 Gesellschaften einen Profit von weniger als 5 Prozent
21 869 ,, ,, ,, zwischen 5 Prozent und 10 Prozent
22 684 ,, ,, ,, ,, 10 ,, ,, 15 ,,
17 388 ,, ,, ,, ,, 15 ,, ,, 20 ,,
11 987 ,, ,, ,, ,, 20 ,, ,, 25 ,,
7 743 ,, ,, ,, ,, 25 ,, ,, 30 ,,
9 050 ,, ,, ,, ,, 30 ,, ,, 40 ,,
4 807 ,, ,, ,, ,, 40 ,, ,, 50 ,,
4 911 ,, ,, ,, ,, 50 ,, ,, 75 ,,
1 734 ,, ,, ,, ,, 75 ,, ,, 100 ,,
2 194 ,, berichteten einen Profit von 100 Prozent und darüber.

Diese Gewinne wurden angegeben, nachdem geschulte Buchhalter sich bemüht hatten, die wirklichen Gewinne zu verbergen, nachdem schon die Zinsen der Obligationen abgezogen und die übrigen Kosten, einschließlich der Abschreibungen und der fürstlichen Gehälter für die Leiter der Konzerne, gedeckt waren.

Die Debatte im Senat ergab, daß alle Gesellschaften in der Zeit vom 1. Januar 1916 bis 12. Juli 1921 einen Reingewinn von 38 Milliarden Dollar gemacht hatten, und zwar nach Bezahlung aller Steuern und Verpflichtungen.

Der Senatsbericht zeigt die folgenden Profite von 340 Kohlenbergwerksgesellschaften, die teerhaltige Kohle in West-Pensylvanien fördern:

23 Gesellschaften weniger als 25 Prozent des Kapitals
68 ,, 25—30 ,, ,, ,,
79 ,, 50—100 ,, ,, ,,
135 ,, 100—500 ,, ,, ,,
21 ,, 500—1000 ,, ,, ,,
14 ,, 1000 ,, ,, ,, und mehr.

Verschiedenartigste Landwirtschaft im ganzen Land, bestimmte Produkte jedoch lokalisiert; im Süden (einschl. Teile von Texas und Oklahoma) Baumwolle; in dem Gebiet zwischen Pittsburg und der westlichen Grenze von Kansas und Nebraska Mais und Winterweizen; in Minnesota und Nord- und Süd-Dakota Sommerweizen; in den Bergländern Wolle und Vieh.

Jahr	Gesamtfläche der Farmen (1000 Acres)	Bebaute Fläche der Farmen (1000 Acres)	Wert der Farmen (1000 Dollar)	Wert des Bodens allein (1000 Dollar)
1900	838 591	414 498	20 439 901	13 058 007
1910	878 798	478 451	40 991 449	28 475 674
1920	955 676	506 982	77 925 989	54 903 453

Produktion.

Jahr	Anbaufläche in 1000 Acres	Per Acre (bushels)	Bushels im Ganzen (in 1000)
Roggen			
1900	83 321	25,2	2 105 103
1910	104 035	27,7	2 886 200
1918	104 467	24,0	2 502 665
1919	—	—	—
1920	104 601	30,9	3 232 367
1921	—	—	—
Weizen			
1918	59 181	15,6	2 502 665
1919	72 308	12,9	934 265
1920	57 192	13,8	787 128
Mais			
1900	42 495	12,2	522 230
1910	45 681	13,9	635 121
1918	59 181	15,5	921 438
1919	—	—	—
1920	57 192	13,7	787 128
1921	—	—	753 858
Baumwolle		(Pfund)	Ballen im Ganzen
1900	—	—	10 123
1910	—	—	11 608
1918	36 008	167,1	12 041
1919	33 566	161,5	11 420
1920	36 383	178,4	12 987
1921	32 322	129,0	8 340

Viehbestand auf den Farmen (in 1000):

Jahr	Pferde	Rindvieh	Schafe	Schweine
1900	13 583	43 902	41 883	37 079
1910	19 833	61 803	52 447	58 185
1920	20 785	68 369	47 104	71 727
1921	20 183	66 191	45 067	66 649

Größe der Farmen in den Vereinigten Staaten 1910—1920:

Jahr	Gesamtzahl der Farmen	Unter 20 Acres	20—49 Acres	50—99 Acres	100—174 Acres	175—499 Acrns	500 Acres und darüber
1910	6 361 502	839 166	1 404 376	1 438 069	1 516 286	978 175	175 430
1920	6 448 366	796 534	1 503 734	1 474 753	1 449 659	1 006 487	217 099

Mehr als 45 Prozent aller Farmen umfassen zwischen 50 und 174 Acres. Im Süden sind die Farmen kleiner: mehr als 60 Prozent der Farmen unter 20 Acres und über 70 Prozent jener zwischen 20 und 49 Acres fallen auf die Südstaaten. Es gibt viele Farmer, die zwar einige hundert Acres besitzen, deren Einkommen und Lebenshaltung aber niedriger ist als die eines städtischen Arbeiters.

Die Verschuldung wächst. 41 Prozent der von Eigentümern bearbeiteten Farmen waren verschuldet. Für das Jahrzehnt 1910—1920 wuchs die Zahl der verschuldeten Farmer um 18,6 Prozent; der Wert des verschuldeten Landes um 117,6 Prozent, der Betrag der Hypothekenschulden aber um 132,6 Prozent.

Die Verpachtung dehnt sich aus. In dem Jahrzehnt 1910 bis 1920 wuchs die Gesamtfläche der Farmen um 8,7 Prozent, die Gesamtfläche der von Eigentümern bewirtschafteten Farmen um 6,3 Prozent, der von Pächtern bearbeiteten um 13,1 Prozent; die Zahl der von Eigentümern bearbeiteten Farmen fiel um 0,6 Prozent, diejenige der von Pächtern bearbeiteten stieg um 4,2 Prozent.

Elend und Armut ist das gewöhnliche Los des Farmpächters. In den meisten Fällen muß er seine Ernte bereits ungeschnitten verpfänden. Aus seiner Ernte kann er nur einen Teil seiner Schulden bezahlen, und alte Schulden werden von Jahr zu Jahr weitergeschleppt. Wucherische Zinsen — bis zu 60 Prozent — werden von den Pächtern durch Bankiers und Grundbesitzer erpreßt.

Aber auch die reicheren Farmer sind völlig in der Gewalt des Großkapitals, der Eisenbahnen, die den Löwenanteil ihres Gewinnes durch hohe Frachttarife verschlucken, sowie der Großmüller und Großelevatoren, Bankiers usw. Die politische Geschichte der Vereinigten Staaten ist die Geschichte des sich immer erneuernden Kampfes der Farmer gegen das vertrustete Kapital, in dem die Farmer unterliegen. In den letzten Jahren ist eine starke Genossenschaftsbewegung entstanden, sowie verschiedene wirtschaftliche Organisationen, die auch politischen Zwecken dienen, vorwiegend der Beeinflussung der Gesetzgebung. Das Großkapital trachtet jetzt nach einer Koalition mit den konservativen Farmerorganisationen gegen die Arbeiter und radikaleren Farmerelemente.

Bedeutende Farmerorganisationen in den Vereinigten Staaten:

American Farm Bureau Federation: 1 250 000 Mitglieder; konservativ und arbeiterfeindlich, speziell im Osten des Landes.

National Grange: konservativ, speziell die Spitzen; einzelne Staatszweigorganisationen, meistens im Westen, progressiv und arbeiterfreundlich.

National Farmer's Union: progressiv und arbeiterfreundlich.

Farmers National Council umfaßt vor allem die kleinen Farmer und Farmpächter; progressiv und tritt für ein Bündnis mit den Arbeitern ein.

Non Partisan League in Nord-Dakota und manchen mittelwestlichen Staaten; progressiv und für ein Bündnis mit den Arbeitern.

Bergbau. Die Vereinigten Staaten haben die Führung in Erzeugung von Eisenerz, Kupfer, Blei, Zink, Kohle, Petroleum und Aluminium. Die Industrie ist stark konzentriert: entweder vertrustet (Petroleum, Kupfer, Blei) oder vom Finanzkapital beherrscht (Kohle). Schon 1919 beschäftigten 9 Prozent der Anthrazitgrubenbesitzer 84 Prozent der Arbeiter; in der Kupferindustrie 7,5 Prozent Unternehmer 75 Prozent der Arbeiter, in der Eisenerzeugung 5 Prozent Unternehmer 58 Prozent der Arbeiter.

Produktion von Kohle, Petroleum, Kupfer und Blei.

Jahr	Anthrazitkohle 1000 Großtonnen	Weichkokle 1000 Großtonnen	Petroleum in Millionen Gallonen	Kupfer 1000 Großtonnen	Blei 1000 Kleintonnen
1910	75 433	372 420	8 801	482	375
1914	81 090	377 414	11 162	513	512
1918	88 237	517 308	14 948	852	539
1919	78 501	408 908	15 864	585	424
1920	80 032	496 975	18 622	503	476
1921	—	366 964	19 724	—	—

Industrie. Tabelle der Entwicklung seit 1910.

(Die Wertangaben mußten wegen Höchstpreise im Jahre 1920 reduziert werden).

Jahr	Zahl der Unternehmungen	Zunahme in Proz.	Zahl der Arbeiter	Zunahme in Proz.	Investiert. Kapital i. Mill. Dollar	Wert der Produkte i. Mill. Dollar
1910	268 491	—	6 615 046	—	18 428	20 672
1915	275 791	2,7	7 036 337	6,3	22 790	24 246
1920	289 768	5,6	9 103 200	29,0	44 678	62 910

12,3 Prozent Unternehmungen beschäftigten 1914 77,9 Prozent der Arbeiter und produzierten 84,7 Prozent der gesamten Produktion.

Die amerikanische Industrie ist durch ihr rasches Wachstum, ihre starke Konzentration und Vertrustung und die stark entwickelte Rationalisierung des Industrieprozesses (Taylorsystem) gekennzeichnet. Ungeachtet der Anti-Trust-Gesetzgebung (Sherman-Gesetz von 1890), die allerdings mehr gegen die Arbeiterorganisationen als gegen die Trusts angewandt wird, sind die wichtigsten Industriezweige vertrustet. Die mächtige Standard Oil Company (formell aufgelöst) kontrolliert etwa 80 Prozent des gesamten Petroleumgeschäfts und dehnt ihren Einfluß nach allen Richtungen der Welt aus. Die United States Steel Corporation (Stahltrust) kontrolliert 45 Prozent der gesamten Eisen- und Stahlgewinnung; der Fleischtrust etwa 70 Prozent. Der letztere hat auch Unternehmungen in Argentinien und Australien und außerdem die Uebermacht im Handel und die Bearbeitung der Nebenprodukte. Ferner bestehen der Kupfer- und Bleitrust, die ein eigentliches Monopol haben, der Zuckertrust (50 Prozent), der Tabaktrust usw.

Durch seine Verknüpfung mit dem Eisenbahnkapital ist das Industriekapital, besonders die Schwerindustrie, in das Bankgeschäft eingedrungen. Heute bildet das Finanzkapital eine kleine Oligarchie, die das gesamte Wirtschaftsleben Amerikas beherrscht. Der Gang der Entwicklung war vom Industriekapital zum Bankkapital, also umgekehrt als in Europa.

Die Fleischindustrie steht an erster Stelle dem Produktionswert nach. Vertrustet etwa 10 Prozent.

Jahr	Gesamtproduktion (Rinder, Kälber, Hammel, Lämmer, Ziegen, Schweine, Schweinefett) in Millionen Pfund	Produktion pro Kopf der Bevölkerung Pfund	Konsumtion pro Kopf der Bevölkerung Pfund
1914	18 223	186,3	—
1918	18 990	226,4	167,3
1919	22 573	215,2	157,2
1920	20 870	196,2	154,3

Eisen, Stahl, Kupfer, Blei, Zink.

Jahr	Eisen	Stahl	Kupfer	Blei	Zink
	1000 Großtonnen			1000 Tonnen	
1910	27 303	26 094	482	375	252
1914	23 332	28 513	513	512	343
1918	39 054	44 462	852	539	492
1919	31 015	34 671	585	424	452
1920	36 925	42 132	503	476	450
1921	16 750	20 250	—	—	—

Die Automobilindustrie steht an erster Stelle der Fertigfabrikate und an dritter der Industrieprodukte (Fleisch, Stahl). Zahl registrierter Automobile 1921 (in 10 Millionen Stück):

Jahr	Personenwagen 1000 St.	Frachtwagen (Trucks) 1000 St.
1910	181	—
1914	543	25
1918	926	227
1919	1 586	305
1920	1 883	322
1921	1 535	145

Textilindustrie. Zahl der Baumwollspindeln (1921) 36 617 584, der Wollspindeln (1921) 4 689 794.

Jahr	Baumwollspindeln tätig	Baumwollwebstühle tätig 1000 Stück	Wollspindeln tätig 1000 Stück	Wollwebstühle tätig 1000 Stück	Seidespindeln tätig 1000 Stück	Seidewebstühle tätig 1000 Stück
1909	28 179	665	3 909	72	2 156	75
1914	31 703	677	4 307	75	2 079	85
1921	34 000	—	—	—	—	—

Schiffbau. Infolge des Krieges sind die Vereinigten Staaten (1919) an die erste Stelle im Schiffsbau gelangt; aber schon 1921 haben sie diese Position wieder an England abtreten müssen, und im weiteren wird sie gewiß Deutschland verdrängen. Etwa die Hälfte der während des Krieges vom Staate gebauten Schiffe ist wegen ungeheurer Korruption nicht seetüchtig.

	1911	1913	1915	1917	1918	1919	1920
Zahl der gebauten Schiffe . . .	142	205	84	326	926	1 051	509
Gesamttonnage in 1000.	171	276	177	997	3 033	4 075	274 4

Verkehrswesen.

Jahr	Eisenbahnen					Schiffahrt		
	Gesamtlänge 1000 Meilen	Lokomotiven 1000 Stück	Personenwagen 1000 Stück	Güterwagen 1000 St.	Personen befördert Millionen	Frachtton. bef. Millionen	% Einfuhr beförd. in amerik. Schiffen	% Ausfuhr beförd. in amerik. Schiffen
1890	—	—	22	1069	492	631	16,7	9,4
1900	193	37	34	1365	576	1081	12,9	7,1
1910	240	58	47	2135	971	1849	10,0	7,5
1920	253	67	56	2441	1234	2234	39,0	45,1

Die Eisenbahnen sind das größte Privatunternehmen im Lande. Das investierte Kapital wird auf 19 Milliarden geschätzt, doch sind wenigstens 35 Prozent überkapitalisiert. Während des Krieges, als die Eisenbahnen unter Staatsverwaltung standen, übten die Privatbesitzer Sabotage an der Staatsverwaltung, um die Unmöglichkeit einer Staatsverwaltung zu beweisen. Seit März 1920 sind sie wieder in Privatbesitz übergegangen. Das Eisenbahnkapital ist mit dem Industrie- und Bergbaukapital durch Vermittlung von Banken eng verbunden.

Die Preisbewegung war bis Mitte 1920 eine ständig aufwärtsgehende; mit der Wirtschaftskrise trat ein scharfer Preissturz ein. Die Entwicklung zeigte folgende Indexziffern der Großhandelspreise (Federal Reserve Bulletin):

1913 Jahresdurchschnitt	100
1914 „	211
1920 „	239
1921 „	148
1920 Mai (höchst)	269
1922 Januar (niedrigst)	142
1922 März	147

Der Preissturz war nicht gleichmäßig. Farmprodukte fielen viel stärker als industrielle Waren, deren Preis das vertrustete Kapital künstlich hoch hielt. Dies war eine der Ursachen der industriellen Krise, da die Farmer keine industriellen Waren in gewohnter Menge kaufen konnten. Der Preis der „importierten Waren" fiel auf 111, jener der produzierten Güter hielt sich März 1922 auf 144. Das reiche Amerika beutet auf diese Weise mit Hilfe seiner hochbewerteten Valuta das verarmte Europa aus.

Außenhandel. Der Außenhandel der V. St. hat sich während des Krieges und nach dem Kriege außerordentlich entwickelt. Die Hauptzahlen sind die folgenden (in Millionen Dollar).

	1913	1914	1915	1916	1917	1918	1919	1920	1921
Einfuhr	1749	1789	1777	2292	2952	3031	3904	5279	2587
Ausfuhr	2476	2113	3556	5481	6263	6149	7920	8229	4428
Ausfuhrüberschuß	727	324	1779	3189	3311	3118	4016	2950	1841

Wir sehen also ein starkes Anschwellen des Außenhandels im allgemeinen, insbesondere aber der Ausfuhr, womit das Entstehen eines ungeheuren Ausfuhrüberschusses zusammenfällt. Zur Deckung er-

hielten die Vereinigten Staaten vor allem Gold: 1914-1921 2313 Millionen Dollar (zwei Drittel bis drei Viertel des gesamten sichtbaren Goldwertes der Welt ist in den V. St. konzentriert), außerdem amerikanische Wertpapiere, die vor dem Kriege im Besitz europäischer Kapitalisten waren, und endlich Forderungen an die Entente-Länder!

Indessen muß bei diesen Zahlen die Teuerung in Betracht gezogen werden. Nach den Berechnungen des „Federal Reverse Bulletin" betrug der Außenhandel von 29 bezw. 27 wichtigsten Waren der Ausfuhr und Einfuhr, umgerechnet auf die Preisbasis von 1913 = 100

	1913	1919	1920	1921	1922 (Jan.)	1922 (März)
Ausfuhr	100	115,3	107,5	108,9	94,5	107,1
Einfuhr	100	168,4	168,8	135,6	160,1	206,5

Es ergibt sich, daß die Quantität der Einfuhr — trotz des gegenteiligen Scheines — mit den Preisen von 1913 berechnet viel stärker gestiegen ist als jene der Ausfuhr. Infolge der höheren Bewertung ihrer Valuta konnten die V. St. alles unter dem wirklichen Werte von Europa kaufen.

Zwei Entwicklungstendenzen müssen noch hervorgehoben werden: 1. Die Ausfuhr von Fertigwaren stieg auf Kosten der Rohmaterialausfuhr; 2. der Handel mit Europa ist verhältnismäßig viel kleiner, jener mit den anderen Weltteilen viel größer geworden.

Ausfuhr (in Millionen Dollar)

Fiskaljahr	Rohmaterialien z. weiteren Produktion	Fabrikate z. weiteren Produktion	Fertigfabrikate z. Konsum	Nahrungsstoff. in rohem Zustand	Nahrungsstoff. halb od. ganz verfertigt	Verschied.
1910	565	267	499	109	259	8
1913	731	408	776	181	321	8
1918	897	1201	2185	374	1153	22
1919	1226	952	2385	710	1183	15
1920	1968	991	2834	626	1514	13
1921	1288	687	2643	979	719	8
Einfuhr (in Millionen Dollar)						
1910	566	285	367	144	181	11
1913	635	349	408	211	194	14
1918	1230	540	402	372	380	19
1919	1250	605	393	376	456	13
1920	2141	801	745	622	891	37
1921	1051	542	744	452	842	21

Ausfuhr nach Ländern (in Millionen Dollar)

Fiskaljahr Ende Juni	Gesamt	Europa	Nord-Amerika	Süd-Amerika	Asien	Ozeanien Australien	Afrika
1910	1744	1135	385	93	60	150	18
1913	2465	1479	617	146	115	179	29
1918	5838	3732	1236	314	447	134	54
1919	7081	4644	1288	400	607	105	85
1920	7949	4863	1634	490	798	193	128
1921	6383	3408	1646	523	547	257	134

Einfuhr nach Ländern (in Millionen Dollar)

Fiskaljahr Ende Juni	Gesamt	Europa	Nord-Amerika	Süd-Amerika	Asien	Ozeanien Australien	Afrika
1910	1556	806	306	196	193	37	17
1913	1813	892	361	217	276	37,5	26
1918	2945	411	918	567	826	146	75
1919	3095	372	1052	568	830	190	81
1920	5238	1179	1486	869	1368	157	185
1921	3654						

Geldverhältnisse. Die Vereinigten Staaten konnten — infolge ihres großen Ausfuhrüberschusses — während und in der Nachkriegzeit ihre Valuta auf dem Goldniveau erhalten. Die Kurse der anderen Valuten, in Dollar ausgedrückt, sind im I. Teil, Aufsatz über Valuten, zu finden. Der Dollar ist in der Nachkriegszeit zur beherrschenden Valuta auf dem Weltgeldmarkt geworden.

Die Vereinigten Staaten als Weltbankier. Während des Krieges und in der Nachkriegszeit sind die Vereinigten Staaten zum Mittelpunkt des Weltkredits geworden. Während des Krieges war es der Staat selbst, der den Ententestaaten Kriegskredite in der Gesamthöhe von (mit rückständigen Zinsen) über 11 Milliarden Dollar gewährte. Seit Kriegsende ist es das private Kapital, das die Anleihen den europäischen Staaten zu Wucherzinsen gewährt: Jugoslavien zahlte Frühjahr 1922 9,22 Prozent, die Tschechoslowakei über 9 Prozent für ihre Anleihen.

Staatsfinanzen

Fiskaljahr bis 30. Juni	Ordentliche Regierungseinnahmen Mill. Dollar	Pro Kopf Dollar	Ordentliche Regierungsausgaben Mill. Dollar	Pro Kopf Dollar	Staatsschulden exkl. Bargeld im Schatzamt Mill. Dollar	Pro Kopf Dollar
1910	675	7,4	659	7,3	1 015	10,8
1914	734	7,4	700	7	1 027	10,4
1918	4174	39,7	8 966	85	10 924	103,9
1919	4647	43,7	15 365	144	24 479	229,3
1920	6704	63	6 141	57	24 330	228,6
1921	5624	52	5 115	47	23 427	216,7

Vom 7. April 1917 bis 31. Dezember 1921 betrugen die Regierungseinnahmen, ordentliche und aus Staatsschulden, über 99 Milliarden Dollar, davon hatten 75 Milliarden ihre Quelle in Staatsschulden; in demselben Zeitabschnitt waren die Regierungsausgaben ebenfalls mehr als 99 Milliarden, davon 53,4 Milliarden auf Kosten der Staatsschulden.

Von den ordentlichen (d. h. ohne Panama-Kanal-Abgaben, Post, Staatsschulden) Regierungseinnahmen 1921 waren 3228 Millionen Dollar Einkommen- und Profitsteuern, 1366 Millionen meistens Konsumsteuern, 308 Millionen Zollabgaben. Die Ausgaben für Kriegszwecke sind von 25,6 Prozent in den Jahren 1910—1914 auf etwa 38 Prozent im Jahre 1920 gestiegen, und für 1921—1923 sollen sie sich auf 93 Prozent stellen.

Die amerikanischen Forderungen an fremde Staaten betragen zusammen 10 141 Millionen und verteilen sich auf die einzelnen Länder wie folgt:

	Mill. Doll.
Grossbritannien	4166
Frankreich	3351
Italien	1648
Belgien	375
Russland	192
Polen	136
Tschechoslowakei	91
Serbien	51
Rumänien	36
Oesterreich	24
Grichenland	15
Estland	14
Kuba	9
Armenien	12
Finnland	8
Lettland	5
Litauen	5
Ungarn	1,7
Liberia	0,03

Gewerkschaftsbewegung.

In keinem Lande der Welt sind die Kapitalisten so gut organisiert und gegen die Arbeiterschaft und ihre Organisationen so aggressiv wie in den Vereinigten Staaten. Da die Industrien meistens vertrustet sind, ist die wirtschaftliche Stärke des Kapitals (das übrigens in den Industriegegenden die ganze politische Maschinerie beherrscht und daneben eine eigene, mit den modernsten Waffen ausgerüstete Armee und ein ausgezeichnetes Spionagesystem besitzt) so groß, daß sie alle Anfänge einer wirklichen Massenorganisation der Arbeiterschaft zu verhindern vermag. (Die polizeiliche Macht der Sheriffs, die Möglichkeit, in Streikzeiten Strolche aller Art zu Untersheriffs zu machen, und die Macht der Gerichte, allerlei Verbote gegen die Streikenden und die Gewerkschaften zu erlassen — dies sind zwei für den Kapitalismus äußerst günstige Handhaben.) Die Angriffspolitik des amerikanischen Kapitals ist sogar gegen die konservativen Gewerkschaften, deren Parole „guter Tagelohn für gute Tagesarbeit" ist, gerichtet.

In keinem Lande ist die Gewerkschaftsbewegung so konservativ und engstirnig. Vor dem Kriege erstreckte sich ihr Einfluß lediglich auf noch nicht monopolisierte Industriezweige, in denen sie mitunter den „closed shop" (geschlossenen Betrieb), d. h. einen solchen, in dem nur gewerkschaftlich Organisierte beschäftigt wurden, erzwingen konnte. Doch solche Erfolge kamen lediglich den besonderen Schichten organisierter gelernter Arbeiter zustatten, während die große Menge der ungelernten oder halbgelernten Arbeiter unorganisiert und waffenlos blieb. Zwischen den konservativen gelernten Arbeitern, die durch ihre Gewerkschaften gestützt wurden, und der Masse der Halb- und Ungelernten, die ihrem Widerstand nur in unorganisierten Streiks Luft machen konnten, klaffte ein breiter Spalt. Die Situation wurde noch weiter kompliziert durch den jährlichen Zustrom von Hunderttausenden einwandernder Arbeiter, die zunächst

ablehnten, sich zu organisieren, weil sie sich — infolge ihrer Einwanderung — in einer besseren wirtschaftlichen Lage fühlten. Das Verschwinden der scharfen Scheidung zwischen gelernten und ungelernten Arbeitern zwang die konservativen Organisationen langsam aber ständig, außenstehende, unter schlechteren als den von der Gewerkschaft vorgeschriebenen Bedingungen arbeitende Fachgenossen aufzunehmen. Diese Tatsache und die Wirksamkeit der revolutionären Gewerkschaften (der I. W. W.) veranlaßten die amerikanische Federation of Labor zu Schritten, die Halb- und Ungelernten zu organisieren, doch fürchtete sie sich vor einem Zusammenstoße mit solchen Kolossen wie dem Stahltrust, Fleischtrust, der Standard Oil Company und andern. Der Krieg und die industrielle Konjunktur von 1919 gaben den Halb- und Ungelernten einen Ansporn zur Organisierung, indem sie mehr als 2 Millionen von ihnen den alten Organisationen zuführten, was zwar die Zusammensetzung der Organisationen, nicht aber den konservativen Geist der Gewerkschaftsbürokratie änderte. Deren Treulosigkeit in Streikfällen, die Unterdrückung jeder fortschrittlichen Bewegung unter den Mitgliedern, das Zusammenarbeiten mit den Kapitalisten und der Regierung, wenn es galt, „ungesetzliche" Streiks zu brechen u. a. m., trugen dazu bei, die Strömung des „dual unionism" (Doppel-Gewerkschaftstum), unter dem die amerikanische Arbeiterbewegung leidet, zu verstärken. Andererseits mißlangen alle Versuche der Revolutionäre, die konservativen Gewerkschaften zu zerstören und lebenskräftige revolutionäre Industrieverbände aufzubauen.

Der gegenwärtige Stand der Gewerkschaftsbewegung.

Die amerikanischen Gewerkschaften können in vier Gruppen geteilt werden:

1. die mit der A. F. of L. verbundenen,
2. die unabhängigen Gewerkschaften, die jedoch denen der A. F. of L. verwandte Methoden und Taktiken anwenden und zur A. F. of L. freundschaftliche Beziehungen unterhalten,
3. unabhängige Gewerkschaften, die durch eine Spaltung oder aus Opposition zur A. F. of L. entstanden sind, wie z. B. die „Vereinigten Arbeiter der Bekleidungsindustrie" oder die „Vereinigten Textilarbeiter" und
4. revolutionäre Gewerkschaften wie die „Industriearbeiter der Welt", die „Vereinigten Arbeiter der Nahrungsmittelindustrie" usw.

Die American Federation of Labor ist die bedeutendste Organisation der amerikanischen Arbeiterbewegung. Sie ist ein Verband von 111 nationalen und „internationalen" Gewerkschaften (letztere solche, die Zweige in Kanada und in einigen Kolonien der Vereinigten Staaten haben), deren organisatorische Grundlage 36 000 Lokalgewerkschaften sind. Die A. F. of L. umschließt außerdem auch etwa 12 000 kleine, zu nationalen und internationalen Verbänden noch nicht zusammengefaßte Fachverbände, die von ihr organisiert und direkt kontrolliert werden. Die verschiedenen örtlichen Gewerkschaften bilden in den Städten städtische Gewerkschaftszentralen und in den Staaten die „Staatsverbände", die jedoch in keinem Falle das Recht haben, einen Streik zu erklären. Dem Exekutiv-Ausschuß der A. F. of L. sind fünf sogenannte Departements angeschlossen; für Baugewerbe, Metallindustrie, Bergbau, Eisenbahnwesen und für „Union label" (Gewerkschaftsabzeichen), von denen die ersten vier bestrebt sind, die einzelnen Branchen der verschiedenen Industrien zusammenzufassen, — ein Zeichen, daß sogar die A. F. of L. sich der Notwendigkeit des Zusammenschlusses der Branchenorganisationen beugen muß. Die Gewerkschaften des Baugewerbes haben in verschiedenen Städten starke „Baugewerbs-Kartelle" (building trade councils) gebildet.

Der Exekutiv-Ausschuß der A. F. of L. hat neun Mitglieder (einen Präsidenten: Samuel Gompers, sechs Vizepräsidenten, einen Sekretär und einen Schatzmeister).

Mitgliederzahl der A. F. of L.

Jahr	Mitglieder	Jahr	Mitglieder
1897	264 825	1915	1 946 347
1900	548 321	1917	2 371 431
1905	1 494 300	1920	4 078 740
1910	1 562 112	1921	3 906 528

Nationale und internationale Gewerkschaften müssen an die A. F. of L. pro Mitglied und Monat zwei Drittel Zent zahlen; Orts- und Branchenverbände zahlen 10 Cent, von denen 5 für Streikfälle usw. deponiert bleiben. Staatsverbände und Ortskartelle zahlen 10 Dollar pro Jahr.

Gompers und seine Freunde sind prinzipiell gegen eine besondere politische Arbeiterpartei und unterstützen die Kandidaten der beiden kapitalistischen Parteien, die „arbeiterfreundlich" sind. Die A. F. of L. zog sich 1920 von der Amsterdamer Internationale zurück, da dieselbe „zu revolutionär" sei. Das Programm der A. F. of L. von 1920 bezeichnet das Rätesystem als „undemokratisch", enthält jedoch gegen die Wünsche Gompers die Forderung nach Verstaatlichung der Industrie.

Am 12. März 1917 erklärte die Exekutive der A. F. of L., ferner Vertreter von 9 angeschlossenen und 5 nicht angeschlossenen (Eisenbahner-) Verbänden, der Krieg sei „ein Kampf zwischen den Vertretern der Demokratie und der Autokratie" — — verpflichtete sich, „die Republik der Vereinigten Staaten gegen ihre Feinde, wer sie auch sein mögen, zu verteidigen, zu schützen und zu bewahren", — — und rief „Mitarbeiter und Mitbürger im heiligen Namen der Arbeit, Gerechtigkeit, Freiheit und Menschlichkeit zum patriotischen Dienst" auf. Für diesen Dienst verlangte die A. F. of L. die offizielle Anerkennung der Gewerkschaften.

Folgende sind die hauptsächlichsten Organisationen der A. F. of L. mit ihren Mitgliederzahlen von 1921:

Organisation	Mitglieder
Vereinigte Bergarbeiter	442 000
Vereinigte Brüderschaft der Zimmerleute	352 000
Internationaler Maschinistenverband	267 000
Brüderschaft der Eisenbahner	200 000
„ „ Eisenbahnbeamten	169 000
„ „ Elektrizitätsarbeiter	142 000
„ „ Anstreicher	113 000
„ „ Fuhrleute	105 000
Internationaler Seeleuteverband	103 000
Verband der Angestellten der Straßen- und elektr. Kleinbahnen	100 000
Verband der Frauenschneider	94 000

Die nationalen und internationalen Gewerkschaften sind autonom; sie variieren in ihrem organisatorischen Aufbau, ihrer Politik, ihren Methoden. Viele von ihnen sind noch ausschließlich Branchenorganisationen, die jeglichen Außenseiter durch ihre Bestimmungen über Lohnwesen und hohe Eintrittsgelder und vor allem „niedrigere Rassen" (Neger, Chinesen, Japaner) ausschließen und in vielen Fällen die amerikanische Staatsbürgerschaft der im Ausland geborenen Arbeiter verlangen. Die Bürokratie dieser Gewerkschaften bildet das Rückgrat der reaktionären A. F. of L.-Maschine. Andere Gewerkschaften erheben keinerlei Schwierigkeiten, tragen Massencharakter und nähern sich der Organisationsform von Industrieverbänden. Die Bürokratie dieser Gewerkschaften ist zumeist fortschrittlich, würde Gompers durch einen „modernen" Führer ersetzen und sympathisiert mit der Idee einer politischen Arbeiterpartei.

Eine ähnliche Verschiedenheit weist auch der Charakter der Staatszentralen und vieler Kartelle auf. Die Staatsverbände von Pennsylvanien und Wisconsin unterstützen die Farmer-Labour-Party (reformistische Arbeiter- und Bauernpartei); sowohl manche Kartelle (Detroit, Seattle) als auch Lokalorganisationen einiger internationaler Gewerschaften sind für den Anschluß an die R. G. I. Trotz der Angriffe Gompers' gegen Sowjetrußland trat eine Anzahl

der A. F. of L. angeschlossenen Verbände für die Anerkennung Rußlands ein und bildete ein „Gewerkschaftliches Hungerhilfe-Komitee".

Von den hauptsächlichsten Gewerkschaften der A. F. of L. bewegt sich der als Industrieorganisation aufgebaute Vereinigte Verband der Bergarbeiter in revolutionärer Richtung. Der Verbandstag von 1919 nahm ein Programm für die Verstaatlichung der Bergwerke usw. an, der Verbandstag von 1921 verlangte die Bildung einer nationalen Arbeiter- und Bauernpartei (da die Farmer Labour Party nur in wenigen Staaten verbreitet ist). Doch obgleich das Beamtentum dieses Verbandes offiziell als „fortschrittlich" gilt, hält es doch die Mitglieder von revolutionärem Kampf zurück und vereinigt sich mit den Regierungsbehörden, um „ungesetzliche" Streiks und die Rebellion der Mitglieder gegen die korrupte Führung niederzuwerfen. Trotzdem brachten einige Lokalorganisationen der U. M. W. (United Mine Workers) Resolutionen ein, die den Anschluß an die R. G. I. verlangten. Gleichfalls ist eine Bewegung vorhanden für die Zusammenfassung (Amalgamation) aller Gewerkschaften in- und außerhalb der A. F. of L. Die U. M. W. ist Mitglied der Bergarbeiter-Internationale.

Die „International Association of Machinists" ist eine weitere große Organisation mit fortschrittlichen Zielen. Sie ist für einen Wechsel in der Führerschaft der A. F. of L., stark pazifistisch und unterstützt den Gedanken des Wiederaufbaus in Rußland. Einige ihrer Lokalorganisationen brachten Resolutionen für den Anschluß an die R. G. I. ein.

Die „International Ladies Garment Workers Union" (Damenschneider) hat eine sozialistische Führerschaft, die mit den Führern der Sozialistischen Partei in Verbindung steht; die Mitgliedschaft ist in vielen Organisationen revolutionär und für die R. G. I.

Die unabhängigen Verbände. Der größte derselben ist der der „Amalgamated Clothing Workers Union" (Herrenschneider), der 1914 sich von den der A. F. of L. angeschlossenen „United Garment Workers" abspaltete und infolge einiger geglückter Angriffsstreiks die Mehrheit der Arbeiterschaft der Konfektionsindustrie zu organisieren vermochte. Seine Mitgliederzahl betrug 1921 175 000. Taktik und Methode sind die gleichen wie die der fortschrittlichen Verbände der A. F. of L., mit denen er in Verbindung steht. Einer Internationale ist er nicht angeschlossen. Seine Bürokratie ist sozialistisch, unterstützt die Labour Party — die Mitglieder vieler Lokalorganisationen sind revolutionär und für die R. G. I.

Der Verband der „Amalgamated Textile Workers" wurde von einer Sezession der I. W. W. nach dem Zusammenbruch der großen I. W. W.-Streiks und von ehemaligen Mitgliedern der „United Textile Workers" (A. F. of L.) gegründet. Mitgliederzahl zirka 25 000. Der Verband gehört mit einer Anzahl kleinerer unabhängiger Verbände der Textilindustrie zu den „Federated Textile Unions", deren Gesamtmitgliederzahl 100 000 beträgt. Von diesen sind die Strumpfwarenarbeiter Mitglied des der R. G. I. angeschlossenen „United Labor Council". Unter den Mitgliedern der „Amalgamated Textile Workers" sind viele Kommunisten.

Revolutionäre Gewerkschaften. Die bedeutendsten derselben sind:

Industrial Workers of the World (I. W. W.)	19 000
Workers International Industrial Union	3 000
Amalgamated Metal Workers	10 000
Amalgamated Food Workers	15 000

Die prominentesten dieser Gruppe sind die I. W. W. Ihr Programm: Zerstörung der A. F. of L. durch Organisierung gegnerischer Industrieverbände. Syndikalistische Tendenzen herrschen vor, doch ist starke Stimmung für engste Zusammenarbeit mit den Kommunisten, Angliederung an die R. G. I. und Aufgabe der „doppelgewerkschaftlichen" Politik (dual unionism). Sie schickten Delegierte zum Kongreß der R. G. I., ohne jedoch derselben — infolge der Differenzen in der Frage des „dual unionism" und der antipolitischen Stellungnahme — beizutreten.

The Workers International Industrial Union ist eine Absplitterung von der I. W. W. und wird von der Sozialistischen Arbeiterpartei kontrolliert, hat dasselbe Programm wie die I. W. W., ist jedoch antisyndikalistisch, sandte gleichfalls Delegierte zum Kongreß der R. G. I., trat jedoch derselben wegen „dual unionism" nicht bei.

Die anderen revolutionären Gewerkschaften sind im allgemeinen die Resultate von Spaltungen innerhalb der A. F. of L.-Verbände. Sie stehen zumeist auf dem Boden der R. G. I. und vereinigten sich kürzlich (im Dezember 1921) zum „General Council of United Labour Bodies", um für die Vereinigung der gesamten Arbeiterschaft zu wirken. Die Gesamtmitgliederzahl dieser Organisation beträgt 150 000, ihr Programm ist das der R. G. I.

Eine ganz besondere Stellung in der Gewerkschaftsbewegung des letzten Jahres nimmt die von William Z. Foster gegründete „Liga für gewerkschaftliche Erziehung" (Trade Union Educational League) ein. Der Zweck der Liga ist ein mannigfacher. Sie will vorerst die radikalen Elemente in den Gewerkschaften der A. F. of L., sowie in

den unabhängigen Eisenbahner-„Brüderschaften" vereinigen, um gemeinsam für die Zusammenfassung (Amalgamation) der Branchenorganisationen zu Industrieverbänden innerhalb der Gewerkschaften Propaganda zu führen, sodann auch für eine revolutionäre Gewerkschaftspolitik und revolutionäre Führer zu agitieren; die Liga wendet sich entschieden gegen alle Zersplitterungstendenzen in der Gewerkschaftsbewegung und bekämpft speziell die in den kleinen „revolutionären" gewerkschaftlichen Organisationen sowie auch anderswo eingenistete Ideologie und Bestrebungen des „dual unionism", d. h. der Bildung von Doppelgewerkschaften. Die Liga selbst ist nur eine Organisation für Propaganda und nimmt keine gewerkschaftlichen Funktionen auf sich. Allen Anzeichen nach gewinnt sie stark an Einfluß und bildet momentan den Mittelpunkt der Angriffe seitens Gompers und seiner Maschine.

Ergebnisse der Gewerkschaftsbewegung. Löhne.

Tabelle I (nach Basil M. Manly)
Reallöhne in der Fabrikindustrie

Jahr	Tatsächlicher Durchschnits-Jahreslohn Dollar	Kaufkraft gemessen in Dollar i. J. 1899	Wie hoch der Lohn sich stellen müßte um die Kaufkraft v. J. 1899 zu erhalten	Defizit pro Arbeiter Dollar
1899	426	426	426	—
1904	477	426	477	—
1909	518	395	558	40
1914	579	383	643	64
1919	1159	420	1176	17

Tabelle II (nach P. H. Douglas und F. Lamberson)
Index der Reallöhne 1890—1918

Jahr	Voller Wochenlohn	Detailpreis der Lebensmittel	Kaufkraft des „vollen" Wochenlohnes gemessen an den Detailpreisen der Lebensmittel
1890	100,9	101,9	98,4
1895	98,3	97,1	97,5
1900	104,6	103,0	101,6
1905	114,4	116,4	98,3
1910	126,5	144,1	87,8
1911	128,9	143,0	90,1
1912	132,6	159,2	85,9
1913	135,2	155,7	86,8
1914	137,9	158,5	87,0
1915	135,5	156,5	86,0
1916	144,8	177,6	80,8
1917	146,9	233,4	64,0
1918	187,7	266,6	70,4

Tabelle III. Lohnskala in gewerkschaftlich organisierten Berufen.

Jahr	Relativer Wochenlohn	Kaufkraft des Dollars	Relative Kaufkraft der Unionlöhne
1907	100	100 Cent	100
1913	109	82 ,,	89
1914	111	79 ,,	88
1915	112	78 ,,	86
1916	116	69 ,,	80
1917	123	58 ,,	71
1918	142	47 ,,	66
1919	162	44 ,,	71
1920	206	39 ,,	81
1921	209	45 ,,	94

Entgegen der allgemein verbreiteten Ansicht, daß sich der Reallohn der amerikanischen Arbeiter während des Krieges verbessert hätte, zeigen diese Daten, daß im Gegenteil eine Verschlechterung eingetreten ist. In der Nachkriegszeit haben sich die Verhältnisse gebessert, aber die große Arbeitslosigkeit und der Lohnabbau wirkten alsbald entgegen.

Bereits nach der Verfassung dieser Schrift sind die großen Textil-, Kohlen- und Eisenbahnarbeiterstreiks ausgebrochen, die durch die Standhaftigkeit und Opferwilligkeit der Massen sowie durch die ungemeine Zähigkeit des Kampfes der Abbaukampagne und dem organisierten Ansturm des Kapitals gegen die Existenz der Gewerkschaften selbst die Spitze gebrochen zu haben scheinen. Im Juni 1922 befanden sich in diesen drei Industrien mehr als eine Million Arbeiter im Ausstand, und allem Anschein nach werden sie entweder siegreich oder jedenfalls unversehrt aus dem Kampfe herauskommen. Diese Kämpfe scheinen auch die mit der Krise von 1921 aufgetretene Hilfslosigkeit der Gewerkschaften sowie die damit verbundene Flucht der Massen aus den Organisationen aufgehalten zu haben.

Politische Arbeitsbewegung.

Die erste sozialistische Organisation in den Vereinigten Staaten war die 1877 ins Leben gerufene „Socialist Labour Party" (Sozialistische Arbeiterpartei). Sie war die Zusammenfassung zweier anderer Organisationen, der „Social Democratie-Workingmen's Party of North America" und der nordamerikanischen Sektion der (ersten) Internationale; in der ersten dominierten die Lassalleaner, die zweite wurde von ihrem korrespondierenden Sekretär, dem Freunde Karl Marx', F. A. Sorge, geleitet. Beide Teile verbanden sich schon

1876 zur „Workingmen's Party of the United States", welche Organisation 1887 ihren Namen in „Socialist Labour Party" änderte.

Der führende Kopf der neuen Partei wurde Daniel De Leon, ein entschiedener Marxist. Das Problem der Partei war ihre Haltung gegenüber den Gewerkschaften, das schließlich die Hauptfrage der ganzen amerikanischen sozialistischen Bewegung wurde. Von ihrer anfänglichen Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften ging die Partei später, zu Anfang der 80er Jahre, unter dem Einfluß einer anarchistischen Gruppe zu einer Haltung der Feindseligkeit über. Mit dem Zusammenbruch der „Knights of Labour" und dem steigenden Einfluß der A. F. of L., die unter Gompers' Führung immer mehr wuchs und konservativer und antipolitischer, d. h. antisozialistisch wurde, verschärfte sich auch die Gegnerschaft der S. L. P. gegen die Gewerkschaften. 1895 gründete die Partei die „Socialist Trade and Labour Alliance", mit dem Ziel, die ganze Gewerkschaftsbewegung ins politische Fahrwasser zu leiten und die Branchenorganisationen in Industrieverbände zu verwandeln; die S. T. L. A. war jedoch ein Mißerfolg.

1899 kam es in der Partei zu einer Spaltung; der abgesplitterte Teil organisierte später die „Socialist Party of America". Die S. L. P. verlor dann ständig an Einfluß; 1905 war sie um die Bildung der I. W. W. bemüht, die jedoch zwei Jahre später sich spalteten, wobei nur der kleinere Teil, die sogenannte „Detroit-Fraktion", die heutige „Workers International Industrial Union", in der S. L. P. verblieben.

Gegenwärtig ist die S. L. P. eine unbedeutende Organisation, die kaum noch eine Rolle spielt. Der Tod de Leons 1913 beraubte sie ihrer Führung, und unter dem Einfluß der russischen Revolution und der kommunistischen Propaganda gingen ihre aktivsten und revolutionärsten Elemente zu den Kommunisten über. Die S. L. P. verurteilt die Haltung der Zweiten Internationale, deren opportunistische Tendenzen von Daniel de Leon seiner Zeit stets bekämpft worden sind. Die S. L. P. sandte einen Delegierten zum Dritten Kongreß der Kommunistischen Internationale, doch verhinderte ihre Opposition gegen kommunistische Taktik und Methoden ihren Eintritt in die Kommunistische Internationale.

Stimmenzahl der S. L. P. bei den Präsidentenwahlen.

Jahr	Stimmen	Jahr	Stimmen
1892	21 164	1908	13 825
1896	36 274	1912	29 259
1900	39 739	1916	14 180
1904	31 249	1920	31 175

Die „Socialist Party" wurde 1901 von einer Sezession der S. L. P. unter Führung von Morris Hillquit gemeinsam mit der 1898

von Victor Berger und Eugen von Debs aus den Fragmenten der „American Railway Union" gebildeten „Social Democratic Party" gegründet. Bereits ein Jahr später hatten diese beiden Gruppen ihre Kräfte zur Unterstützung der Präsidentschaftskandidatur von Debs vereinigt. Die Partei gewann ständig an Größe, obgleich sie niemals eine homogene Organisation gewesen ist, sondern Mittelklassen-Sozialreformer und wirklich proletarische Revolutionäre vereinigte. Die Führerschaft war stets reformistisch und gedachte die S. D. P. zur „dritten Partei" Amerikas, zu einer Zuflucht aller mit der Korruptionspolitik der beiden alten Parteien Unzufriedenen, zu machen. Ihre „neutrale" Haltung gegenüber den konservativen Gewerkschaften der A. F. of L. war zumeist von dem Wunsche nach einer großen Stimmenzahl diktiert. Die Absplitterung der Hillquitgruppe von der S. L. P. geschah gelegentlich der Diskussion über die Frage der „Arbeit innerhalb der Gewerkschaften", doch die S. D. P. hat niemals ernsthaft innerhalb der A. F. of L. gearbeitet; ihre Tätigkeit erschöpfte sich hier in einer schwachen Verteidigung der Industrieverbände und der Propaganda politischer Aktion, d. h. der Unterstützung ihrer Anwärter auf Beamtenposten. 1912 war die Führerschaft der Partei endgültig „vernünftig" geworden, denn auf dem Parteitage von Indianopolis wurde der berühmte „Teil 6" des Programms angenommen, der Gewaltanwendung, Sabotage usw. verwirft. Die Folge war ein schnelles Sinken der Mitgliederziffer, die vor dem Parteitage 118 000, die höchste Zahl in der Geschichte der Partei, betrug.

Der europäische Krieg entwickelte unter den Mitgliedern der S. D. P. radikale Tendenzen, während die Führer, bestrebt, den opportunistischen Charakter der Partei zu bewahren, den Patriotismus der europäischen Sozialisten lobten und höchstens in der Frage „prodeutsch" oder „proalliiert" sich teilten. Je mehr die Kriegshetze („Bereitschaft") der kapitalistischen Presse zunahm, um so entschiedener wurde die Tendenz gegen den Krieg und für die revolutionäre Massenaktion in den Reihen der Mitgliedschaft betont. Im Jahre 1916 stimmte das Parteireferendum der Mitgliedschaft die Führer zweimal nieder, indem es die Aufnahme eines Punktes über den Generalstreik für den Fall eines Krieges durchsetzte. Der Parteitag von St. Louis tagte zu einer Zeit (April 1917), zu der der Krieg bereits erklärt war. Ein Beschluß des Parteitages wandte sich gegen den Krieg, stimmte für die internationale Solidarität der Arbeiterklasse und für Massenaktionen. Hillquit, Berger und andere opportunistische

Führer mußten dem Kampfgeist der Massen nachgeben, um ihre Stellung in der Partei zu halten. Gleichzeitig erwarteten sie wohl auch, die angenommene revolutionäre Klassenkampf-Taktik durch pazifistische Propaganda paralysieren zu können und bemühten sich um gemeinsame Aktionen mit verschiedenen liberalen Pazifistengruppen. Eine andere Gruppe von Führern, Spargo, Benson, Russel und andere proalliierte Intellektuelle, zog sich von der Partei völlig zurück und bildete eine eigene Organisation, die jedoch keinerlei Gefolgschaft hatte und sich schließlich auflöste, indem sie einen anrüchigen Rekord an regierungsfreundlicher und antibolschewistischer Tätigkeit aufstellte, in welcher noch mancher von ihnen (Spargo, Walling usw.) ausharrt. Eine Anzahl Sozialisten, unter ihnen auch E. von Debs, mußten für ihre Angriffe gegen die Kriegsrüstungen und für antimilitaristische Propaganda ins Gefängnis gehen. Die verschwommene Stellungnahme der Parteibonzen jedoch — unter denen etliche ganz offen den Krieg unterstützten — rief die größte Unzufriedenheit unter den Mitgliedern hervor. Unter dem Einfluß der russischen Revolution entwickelte sich 1918 ein „linker Flügel", der die revolutionäre Massenaktion und den Rücktritt der konservativen Führerschaft forderte. Seine erste Veröffentlichung war „Das Zeitalter der Revolution" (Revolutionary Age). Dieser linke Flügel entwickelte sich derart, daß er Anfang 1919 bereits die Mehrheit der Partei hinter sich hatte. Seine stärkste Stütze hatte er an den ausländischen Sektionen der S. D. P., besonders unter den Russen und jenen Nationalitäten, die früher zu Rußland gehörten (Polen, Letten, Esten usw.). Angesichts der Gefahr, von ihnen verdrängt zu werden, schloß das Exekutivkomitee der Partei sowohl diese Sektionen als auch etliche andere dem linken Flügel angehörende Gruppen aus der Partei aus. Der linke Flügel veranstaltete im Juni 1920 eine Konferenz in New York. Für den 1. September war in Chikago ein Parteitag geplant, und die Frage war, was getan werden sollte, um Delegierte zu dieser Tagung zu schicken. Die angeschlossenen Sektionen verlangten von der Konferenz die Veröffentlichung eines Aufrufs zur sofortigen Bildung einer Kommunistischen Partei, während andere die Wahl regelrechter Delegierter zum Chikagoer Parteitag forderten, bis schließlich die Konferenz die Delegation von Mitgliedern nach Chikago beschloß. Doch zwischen Juni und September trat aus diesen und anderen Gründen eine Spaltung im linken Flügel ein, ein Teil erließ einen Aufruf für die Gründung einer Kommunistischen Partei am 1. September in Chikago, und als Resultat ergab der

1. September zwei kommunistische Parteien in Chikago, die „Communist Party" und die „Communist Labour Party". Die letztere wurde von jenen Delegierten des Parteitages gegründet, die von den Bonzen mit Polizeigewalt aus dem Versammlungslokal entfernt wurden.

Mit der Gründung dieser kommunistischen Organisationen fing der Kampf innerhalb der S. D. P. erst richtig an. Ein Teil unter J. Louis Engdabl organisierte ein „Komitee für die Kommunistische Internationale", um den Anschluß der S. D. P. an die Kommunistische Internationale zu fördern. Zu den 21 Punkten bemerkte das Komitee, daß „jede Diskussion über ihre Anwendbarkeit in den Vereinigten Staaten nur innerhalb der Kommunistischen Internationale, nicht außerhalb derselben geführt werden kann". Ferner wirkte das Komitee für die Revolutionierung der Taktik der S. D. P. Jedoch die Bürokraten der Partei erklärten sich entschieden gegen die Kommunistische Internationale und für den parlamentarischen Sozialismus. Erschreckt durch die Woge des kapitalistischen Terrors und durch den Ausschluß der sieben zahmen Sozialisten aus dem Parlament des Staates New-York, befreite sich die S. D. P. schleunigst von allen Dingen, die auch nur von fern nach Revolution schmeckten, nahm ein anderes Programm an und verleugnete jede Sympathie für die Prinzipien und Taktik der Kommunistischen Internationale.

Nachdem sie die Unmöglichkeit eines Systemwechsels innerhalb der S. D. P. eingesehen, trat di Fraktion des „Komitees für die Kommunistische Internationale", nachdem der Parteitag der S. D. P. im Juni 1921 gegen den Eintritt in die Kommunistische Internationale gestimmt und alle Resolutionen über Massenaktionen, Diktatur des Proletariats usw. abgelehnt hatte, aus der Partei aus. Die Ausgetretenen bildeten dann den „Arbeiterausschuß" (Workers' Council), der sich im Dezember vergangenen Jahres mit der „American Labour Alliance" zur Bildung einer legalen kommunistischen Organisation, der „Workers' Party of America", vereinigte. Nachdem die Mitgliederzahl der S. D. P. von 104 822 im Jahre 1919 auf 5781 im Jahre 1921 gesunken ist, sucht sie eine Vereinigung mit den fortschrittlich gerichteten Farmerorganisationen, der „Farmer Labour Party", der „Non-Partisan-League" und den Gewerkschaften.

Mitgliederstand 1903—1921.

Jahr	Mitglieder	Jahr	Mitglieder
1903	15 975	1908	41 751
1904	20 763	1909	41 470
1905	23 327	1910	58 011
1906	26 784	1911	84 716
1907	29 270	1912	118 045

(Nach der Annahme des „Teil 6" des Programms.)

1913	95 957	1915	79 374
1914	93 579	1916	83 284

(Zunahme wegen des kriegsgegnerischen Standpunktes.)

1917	80 379	1918	82 344

1919 (vor der Spaltung) . . . 104 822

(Abnahme wegen der anti-kommunistischen Einstellung.)

1919 (nach der Spaltung)	34 926	1921 Mai	9 919
1920	26 766	1921 Juni	12 074
1921 (ersten 4 Monate)	14 934	1921 Juli	5 781

Die Stimmenzahl der S. D. P. bei den Präsidentenwahlen.

1900	87 814	1912	901 873
1904	402 283	1916	590 579
1908	420 793	1920	919 799

Die geringere Stimmenzahl von 1916 ist auf den Umstand zurückzuführen, daß viele der „Sozialisten" auf die Wilsonsche „Demokratie" und „Pazifismus" hereinfielen.

Von den beiden im September 1919 in Chikago gegründeten kommunistischen Organisationen vertrat die „Communist Party of America" scharf „linke" Tendenzen, während die „Communist Labour Party" bestrebt war, die Prinzipien und die Taktik der Kommunistischen Internationale den besonderen amerikanischen Verhältnissen anzupassen. Die erste wurde von L. G. Fraina, die andere von John Reed geführt. Doch diese Differenzen waren nicht von solcher Bedeutung, daß sie das Vorhandensein von zwei kommunistischen Parteien hätten rechtfertigen können. Unter der Führung von Ruthenberg und Ferguson, die sich beide jetzt im Gefängnis befinden, vereinigte sich 1920 ein Teil der Communist Party der „Communist Labour Party" zur „Vereinigten Kommunistischen Partei Amerikas" („United Communist Party of America"). Die Differenzen zwischen der Vereinigten Partei und den noch in der „Communist Party" verbliebenen Gruppen dauerten solange, bis im März 1921 die Exekutive der Kommunistischen Internationale sie zur Einigkeit bewogen hat.

Gegenwärtig gibt es in den V. St. nur eine Kommunistische Partei, die aber unterirdisch arbeitet, da die polizeilichen Razzien, die Verfolgungen und die Gefängnisstrafen, denen die Kommunisten durch die Wilsonregierung unterworfen waren, sie zur Illegalität zwangen. Sie bildeten geheime Organisationen, gaben illegale Wochenschriften heraus und entwickelten eine intensive Tätigkeit. Doch bald war eine Notwendigkeit für öffentliche Arbeit vorhanden: ganze Organisationen, die mit der Kommunistischen Internationale sympathisierten, traten geschlossen aus der S. D. P. aus. Sie zu erfassen, war der illegalen Organisation nicht möglich, und darum wurde eine offene kommunistische Organisation ge-

gründet, die „American Labour Alliance", die später gemeinsam mit dem „Workers' Council", der letzten Sezession der S. D. P. nach dem Parteitag von Detroit im Juni 1921 eine neue Partei gründete. Diese im Dezember 1921 ins Leben getretene neue Organisation nennt sich selbst „Workers' Party of America": Sie steht auf dem Boden der Kommunistischen Internationale, ohne ihr jedoch angeschlossen zu sein. Ihr Aktionsprogramm spricht von der Revolutionierung der alten Gewerkschaften, Beteiligung an den Wahlkämpfen, Kampf für unmittelbare Lebensbedürfnisse der Arbeiter usw. Die Partei zählt gegenwärtig ungefähr 25 000 Mitglieder. Eine Jugendorganisation ist im Entstehen.

Die erste Arbeit der kommunistischen Elemente, diejenige der Enthüllung des pseudo-revolutionären Charakters der Sozialistischen Partei, ist mit den letzten klar reformistischen Beschlüssen der S. D. P. vollbracht worden. Diese Arbeit war um so wichtiger, als die S. D. P. ihren wahren konterrevolutionären Charakter derart zu verhüllen suchte, daß sie 1920 sogar einen Anschlußantrag an die Kommunistische Internationale sandte.

Inzwischen hat sich die kommunistische Bewegung von der bloßen Propaganda abstrakter Revolutionsformeln im großen und ganzen losgesagt und auf den realen Boden amerikanischer Verhältnisse gestellt, sie hat ihr Programm und ihre Taktik den praktischen Bedürfnissen der amerikanischen Arbeiter angepaßt. Das wichtigste in dieser Hinsicht war die Aufstellung eines konkreten Gewerkschaftsprogramms, welches ihr erlaubt, in den alten Gewerkschaften Boden zu fassen und schon manche Erfolge zeitigte. Die Partei arbeitet auch an einem Agrarprogramm, das ein Zusammengehen der revolutionären Arbeiterschaft mit der Schicht der Kleinfarmer und -pächter möglich machen würde.[1])

Kolonien und beherrschten Gebiete.

Alaska.

Halbinsel. Kolonie der Vereinigten Staaten, 1867 von Rußland für 7 200 000 Dollar gekauft. Verwaltet als „Territorie" von einem

[1]) Neuerdings (Anfang 1922) sind im Zusammenhang mit der Frage einer legalen kommunistischen Partei neue Differenzen in den kommunistischen Reihen entstanden, die zu einer zeitweiligen Spaltung führten. Eine Minorität agitiert gegen eine regelrechte legale Kommunistische Partei, an deren Stelle sie lediglich eine jeder politischen Betätigung und Bedeutung beraubte legale Hilfsorganisation für die illegale Partei einsetzen möchte. Die Exekutive der K. I. hat in ihrer Februarsitzung die Majorität unterstützt.

Gouverneur, ernannt auf vier Jahre vom Präsidenten; teilweise Autonomie mit einer lokalen gesetzgebenden Versammlung. Ausdehnung: 590 884 Quadratmeilen.

Bevölkerung: Zirka 55 000, davon die Hälfte farbig, meistens Indianer; außerdem kommen jährlich etwa 20 000 Arbeiter auf einige Monate herüber, die in den Gruben, Fischereien und auf der Eisenbahn arbeiten. Beschäftigung: Seehund- und Lachsfischerei und Bergbau; reiche und für die Papierindustrie geeignete Wälder; Papierindustrie entwickelt sich neuerdings; unter Umständen könnte diese ein Drittel des ganzen Papierverbrauches der Vereinigten Staaten liefern; die Guggenheim-Interessen sind daran, die Wälder und die Industrie unter ihre Kontrolle zu bekommen. Goldproduktion 1919: 437 131 Unzen, Wert 9 036 300 Dollar; außerdem Silber-, Kupfer- und Kohlenproduktion. Wert der Fischprodukte (1918) 59 Millionen Dollar; der Mineralprodukte (1920) 22 Mill. Dollar. Eine Eisenbahn mit einer Schienenlänge von 112 Meilen; weitere im Bau. 1920 zählte man 364 Farmen. Viehstand (1920) 92 933 Renntiere, 17 625 Arbeitshunde, 1063 Pferde, 445 Rinder.

Philippinische Inseln.

Kolonie der Vereinigten Staaten auf Grund des Friedensvertrages mit Spanien vom Jahre 1899. Nach der Unterdrückung eines nationalen Aufstandes wurde 1902 amerikanische Zivilverwaltung eingeführt. Der Generalgouverneur wird vom Präsidenten der Vereinigten Staaten mit Senatszustimmung ernannt. Seit 1916 besteht eine Volksvertretung aus Senat (24 Mitglieder) und Unterhaus (91 Mitglieder), sowie einem Kabinett, dessen Mitglieder (mit Ausnahme der vom Kultusamt) Philippinen sind. Von 47 Provinzen ist in 35 die Provinzialverwaltung und auch Stadtverwaltung autonom.

Die Inselgruppe besteht aus 7083 Inseln, davon 2441 namenlos. Gesamtfläche 114 400 Quadratmeilen. Ausdehnung der größten Inseln: Luzon 40 814, Mindanao 36 906, Samar 5124, Negros, Palawan, Panay je von 4—5000 Quadratmeilen. Bevölkerung (1920) 10 350 640, hauptsächlich malaiischer Rasse, von denen 91,5 Prozent Christen (meistens römisch-katholisch), 4 Prozent Moros (Mohammedaner) und 4,5 Prozent Heiden. — Sprache: viele einheimische Dialekte, außerdem spanisch und englisch, auch einheimische spanische und englische Dialekte. Der Unterricht in den öffentlichen Schulen wird in englischer Sprache erteilt.

Es besteht eine starke Unabhängigkeitsbewegung, die die Arbeiter ganz beeinflußt; 1920 z. B. sind alle Drucker in amerikanischen Zeitungen wegen Veröffentlichung von für die Einheimischen nachteiligen Artikeln in einen Ausstand getreten.

Hauptprodukte der Landwirtschaft: Reis, Hanf, Kokosnuß, Zucker, Mais, Tabak. — Das Land ist reich an metallischen (Gold, Silber, Eisen, Kupfer) und nicht-metallischen Mineralien (Kohle, Petroleum, Schwefel usw.), doch ist ihre Bearbeitung gar nicht entwickelt. Hauptprodukte der Industrie: Hüte und Kokosnußöl.

Landwirtschaftliche Kooperativen nach dem Schultze-Delitzsch-Muster werden jetzt organisiert; es bestehen momentan 518 Gesellschaften mit 93 000 Mitgliedern.

Porto Rico.

Eine Kolonie der Vereinigten Staaten, von Spanien 1898 erworben. Nach dem Kongreßgesetz von 1917 besteht eine Legislative mit zwei Kammern (Senat aus 19 Mitgliedern und Unterhaus aus 39 Mitgliedern). Der Gouverneur wird vom Präsidenten der Vereinigten Staaten ernannt. Die Insel hat eine Fläche von 3606 Quadratmeilen. Bevölkerung 1 299 809, davon 35 Prozent farbig (Neger und Mulatten). Von der arbeitenden Bevölkerung sind 63 Prozent in der Landwirtschaft, der Fischerei und dem Bergbau, 8 Prozent in der Industrie, 8 Prozent im Handel und Transport, der Rest im Hausdienst beschäftigt. Hauptprodukte der Landwirtschaft: Zucker, Tabak, Kaffee und Südfrüchte; der Industrie: Zigarren und Zigaretten, Hüte, Stickereien, Rum usw. Tabakexport 20 000 Pfund, 233 Millionen Zigarren und 5 Millionen Zigaretten. Gesamtausfuhr 1920: 150 811 449 Dollar, davon 133 207 508 Dollar nach den Vereinigten Staaten. Gesamteinfuhr 1920: 96 388 534 Dollar, davon 90 724 259 Dollar aus den Vereinigten Staaten. Es gibt zirka 1000 industrielle Unternehmungen mit etwa 20 000 Lohnarbeitern; gewerkschaftliche Organisationen sind mit der Amerikanischen Arbeitsföderation (A. F. of L.) vereinigt.

Viginien-Inseln.

Diese Gruppe umfaßt hauptsächlich die Inseln St. Thomas, St. Croix und St. Johann (St. John), früher Dänisch-Westindien genannt, und ist eine Kolonie der Vereinigten Staaten, die 1916 von Dänemark für 25 000 000 Dollar erworben wurde und aus zwei Munizipalitäten besteht. Die Inseln St. Thomas und St. Johann bilden die eine, St. Croix die andere. Zivile und militärische, auch gerichtliche Gewalt in den Händen eines Gouverneurs, von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten mit Senatszustimmung ernannt. Beide Munizipalitäten haben ihre teils ernannten, teils gewählten „Kolonialräte". Gesamtfläche der Inseln: 132 Quadratmeilen; Bevölkerung: 1920 26 051, 1911 27 086, 1860 38 231, 1835 43 178 Neger und Mulatten; 7,4 Prozent Weiße. Fast die gesamte Arbeiterbevölkerung ist gewerkschaftlich organisiert, zum Teil mit der amerikanischen Arbeitsföderation (A. F. of L.) verbunden. St. Thomas hat einen Sozialisten in der Legislatur und ein Wochenblatt rechtssozialistischer Richtung. — Produktion: Zucker, Tabak, Rum, auch Viehzucht. Außenhandel 1919: Ausfuhr 919 525 Dollar; Einfuhr 2 276 512 Dollar.

Hawaii-Inseln.

Annektiert von den Vereinigten Staaten 1898; seit 1900 gilt es als „Territorie". Verwaltung: Gouverneur, ernannt vom Präsidenten mit

Zustimmung des Senats. Gesetzgebung: Senat von 15 und ein Unterhaus von 30 Mitgliedern. Hawaii wählt einen Vertreter zum Kongreß, der Redefreiheit, aber kein Stimmrecht genießt. Ausdehnung der wichtigsten Inseln: Hawaii 4015, Maui 728, Oahu 598, Kauai 547 Quadratmeilen. Die Hauptstadt Honolulu hat 83 327 Einwohner und liegt auf der Insel Oahu. Gesamtbevölkerung (1920): 255 912, davon 22 000 vollblütige und 16 900 teilweise Hawaiier, 22 600 Chinesen, 113 500 Japaner, 23 400 Philippiner, 24 800 Portugiesen, 25 000 Amerikaner, Briten, Deutsche und Russen. Hauptproduktion: Zucker und Ananas; außerdem: Reis, Kaffee, Bananen, Wolle, Baumwolle und Gummi. Zuckerausfuhr (1918) 600 000 Tonnen. Die Zuckerplantagenarbeiter bekommen 25—30 Dollar pro Monat für zehn- bis zwölfstündige Arbeit. Januar 1920 sind Tausende Zuckerarbeiter in den Ausstand getreten mit der Forderung eines festgesetzten Lohnes von 1.25 Dollar pro Tag (anstatt 77 Cents plus Prämie gemäß Verkaufspreis von Zucker). Der Streik dauerte bis Juli und endete siegreich. Die Arbeiter sind gewerkschaftlich organisiert, aber nach Rassen. Die japanische samt der philippinischen Gewerkschaft zählen zirka 35 000 Mitglieder. Die Amerikanische Arbeitsföderation (A. F. of L.) will die Hawaiische Arbeitsföderation nicht anerkennen, weil diese von Japanern beherrscht ist. Neuerdings ist eine Bewegung entstanden, die unter dem Namen „Vereinigte Arbeiter von Hawaii" eine Verschmelzung aller vorhandenen Gewerkschaften ohne Rassenunterschiede in eine gemeinsame Organisation erstrebt, der auch die weißen Arbeiter, welche in Zweigorganisationen der Gewerkschaften der Amerikanischen Arbeitsföderation organisiert sind, angehören sollen. Alle Arbeiter, chinesische eingeschlossen, sind gegen die Einwanderung von chinesischen Kulis, die von Plantagenbesitzern angestrebt wird.

Gesamtausfuhr (1920) nach den Vereinigten Staaten 192 Millionen Dollar, davon 154 Millionen Zucker und 29 Millionen Ananas. Gesamteinfuhr (1920): 74 Millionen Dollar.

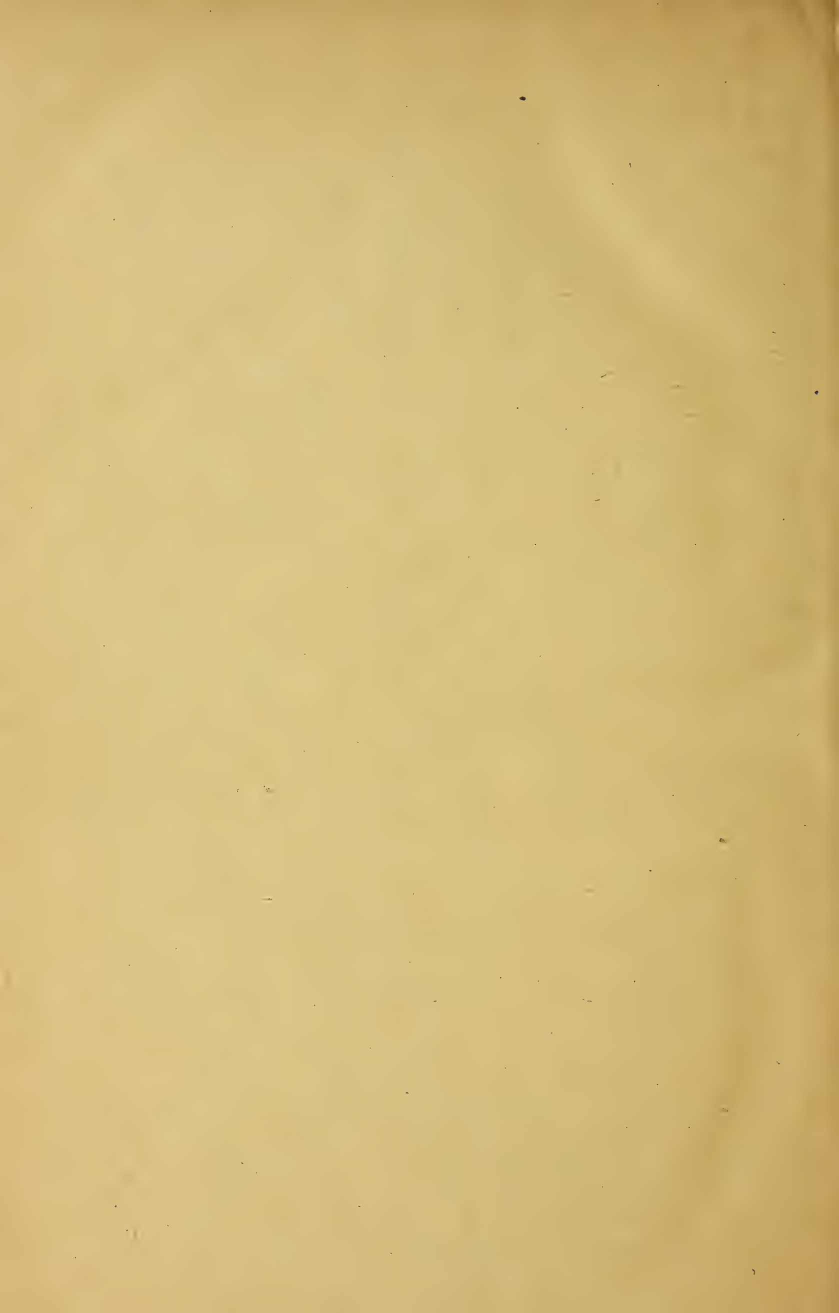
Guam-Insel.

Die größte Insel der Mariana-Gruppe im Stillen Ozean. Kolonie der Vereinigten Staaten; von Spanien 1898 abgetreten. Fläche: 225 Quadratmeilen. Bevölkerung: 14 344 polynesischer Rasse. Die Insel steht unter der Verwaltung der Admiralität; wichtig als befestigte Flottenstation zur Verteidigung der Philippinen bei evtl. Ueberfall von Japan. Nach dem Washingtoner Viermächte-Abkommen darf Guam nicht weiter befestigt werden.

Samoa-Inselgruppe.

Amerikanisch-Samoa besteht aus den Inseln Tutuila, Annuu, Ofu, Olosega und Talu. Gesamtoberfläche: zirka 25 Quadratmeilen. Bevölkerung: 8056 polynesischer Rasse. Es soll der höchste Typus der Rasse sein. Infolge von Schutzgesetzen, die den Ankauf von Land durch Ausländer verbieten, wächst die einheimische Bevölkerung rasch an. Ein Stapelprodukt ist Copra; jährliche Produktion 1500 Tonnen. Steuern werden mit Copra bezahlt.


DIE KOLONIE DER VEREINIGTEN STAATEN
VEREINIGTE STAATEN
ATLANTISCHER OCEAN
MEXICO
Neu Orleans
Florida
GOLF VON MEXICO
Bahama (Brit.)
WESTINDIEN
CUBA
HAITI
STO DOMINGO
PORTO RICO
VIRGIN
Leeward
(Brit. & Fr.)
Windw'rd
(Brit.)
Trinidad (Brit.)
Jamaica (Brit.)
BRITISCH HONDURAS
GUATEMALA
HONDURAS
SALVADOR
CARAIBISCHES MEER
NICARAGUA
COSTA RICA
PANAMA
Kanal
GROSSER OCEAN
VENEZUELA
Orinoco
COLOMBIA
0 250 500 1000 2000 3000
Meilen



Die Inseln kamen in den Besitz der Vereinigten Staaten auf Grund des Vertrages zwischen den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Deutschland von 1899. Wichtig als Kohlen- und Flottenstation. (Der Hafen Pagopago ist sehr wertvoll; es soll der beste Hafen auf dem Pazifischen Ozean sein.) Die Inseln stehen unter der Verwaltung der Admiralität, die auf der Tutuila-Insel eine starkströmige Radiostation besitzt.

Cuba.

Bis 1898 eine Kolonie Spaniens; als Resultat des Aufstandes und des spanisch-amerikanischen Krieges 1902 zur unabhängigen Republik proklamiert unter dem Protektorat der Vereinigten Staaten, die die Kontrolle über die Finanzen, den Gebrauch der Flottenstationen und ein Interventionsrecht ausüben. Trotz mehrfacher Proteste seitens Cubas halten die Vereinigten Staaten ihre Marinetruppen auf der Insel. Verfassung: Präsident und National-Kongreß (Senat 24, Unterhaus 118 Mitglieder), vom Volke gewählt. Fläche: 44 215 Quadratmeilen. Bevölkerung 1919: 2 898 905, davon 74,3 Prozent Weiße und 25,7 Prozent Farbige. Sprache: Spanisch. Jährliche Durchschnittseinwanderung 45 000, meistens Spanier und Einwohner der Insel Jamaica. Beschäftigung: hauptsächlich Landwirtschaft, dann Bergbau und Industrie. Zuckerproduktion 1918: 4 446 229 Tonnen, Tabakproduktion: 378 426 Pfund geschnitten, außerdem 330 Millionen Zigarren und 340 Millionen Schachteln Zigaretten; Produktion von Alkohol und Rum 1915: 2 021 000 resp. 696 000 Gallon. Eisenerzgruben beschäftigen 4000 Arbeiter und liefern den Vereinigten Staaten jährlich 600 000 Tonnen Erz. Die gesamte Zuckerproduktion mit Plantagen und Eisenbahnlinien ist in den Händen amerikanischer Kapitalisten konzentriert. Außenhandel 1920: Ausfuhr 855 138 000 Dollar; Einfuhr 435 258 000 Dollar; etwa 75 Prozent nach und von den Vereinigten Staaten. Der Hafen Havanna ist einer der größten und besten in der Welt. Eisenbahnlänge: 32 000 Meilen.

Haiti.

umfaßt den westlichen Teil der Insel Haiti. Nominell unabhängige Republik, in Wirklichkeit eine Kolonie der Vereinigten Staaten. Fläche: ungefähr 23 000 Quadratkilometer. Bevölkerung (schätzungsweise): ungefähr 2½ Millionen Neger, Abkömmlinge der gewesenen Sklaven, 5000 Fremde, darunter 10 Prozent Weiße. Sprache: verdorbenes Französisch. Religon: römisch-katholisch. Beschäftigung: überwiegend Landwirtschaft (Kaffee, Rohrzucker, Tabak). Große Zucker-, Rum-, Zigarren- und Zigarettenfabriken.

Außenhandel (in Millionen Dollar): Einfuhr 1919 17,1, 1920 27,4. Ausfuhr 1919 21,5, 1920 19,0.

Das Land steht formell unter dem Protektorat der Vereinigten Staaten, in Wirklichkeit aber wird es militärisch besetzt gehalten. Jährlich werden Dutzende, oft Hunderte Menschen getötet. Jede antiamerikanische Bewegung oder Arbeiterbewegung wird militärisch unterdrückt.

San Domingo.

Formell unabhängiger Staat; umfaßt die östliche Hälfte der Insel Haiti. Ausdehnung: ungefähr 43 700 Quadratkilometer; Bevölkerung: ungefähr 1 Million; sehr gemischt: Kreolen, Neger, Indianer und Mischlinge jeder Art. Sprache: spanisch. Religion: römisch-katholisch. Beschäftigung: Landwirtschaft, hauptsächlich Viehzucht (Zuckerrohr, Tabak, Kakao). Großer, wenig ausgenutzter Mineralreichtum: Kohle, Eisen, Petroleum, Silber, Platin. Eisenbahn und Schiffahrt in der Hand der Vereinigten Staaten und Englands. Außenhandel (in Millionen Dollar): Einfuhr 1919 22,0, 1920 46,5. Ausfuhr: 1919 39,6, 1920 58,7. Das Land wurde im November 1916 von der Marine der Vereinigten Staaten besetzt und wird seither besetzt gehalten. Die Regierung führt der Militärgouverneur der Vereinigten Staaten. Die Bevölkerung wird auf jede Weise unterdrückt.

Panama.

Formell unabhängige Republik; in Wirklichkeit Kolonie der Vereinigten Staaten. Auf Betreiben der letzteren Ende 1903 von Columbia losgelöst, um den Vertrag der Vereinigten Staaten betreffs der Kanalzone schließen zu können. Ausdehnung: 74 474 Quadratkilometer. Bevölkerung 1920: 401 428 Spanier, Indianer, Neger, 55 000 Engländer von den westindischen Inseln. Produktion: Bananen, Kaffee, Kautschuk, Zucker, Tabak. Viehzucht. Großer Mineralreichtum.

Der Panamakanal selbst und eine Zone 12 km breit links und rechts davon gehört unmittelbar den Vereinigten Staaten an. Letztere bezahlten hierfür an Panama 10 Millionen Dollar bei Ratifikation des Vertrages und jährlich 250 000 Dollar. Der Verkehr des Panamakanals steigt rasch an. 1916 passierten 787 Schiffe, 3,1 Millionen Tonnen Inhalt; 1920: 2478 Schiffe, 9,4 Millionen Tonnen.

Nicaragua.

Formell eine unabhängige Republik. In Wirklichkeit von den Vereinigten Staaten beherrscht, welche ihre Marinetruppen in der Hauptstadt Managua halten angeblich zwecks Beschützung der amerikanischen Zollbeamten, die die Schulden der Republik an die amerikanischen Banken mittels Zolleinnahmen sichern (ungesetzlich); auch beeinflußt die Marinebesatzung die Präsidentenwahlen. Verfassung: Präsidenten und Nationalkongreß (Senat: 13 Mitglieder, Unterhaus: 40), vom Volke gewählt. Ausdehnung: 49 200 Quadratmeilen. Bevölkerung 1917: 746 000 meistens spanisch-indische Mischlinge. Religion: römisch-katholisch. Stapelprodukte der Landwirtschaft: Bananen und Kaffee; Holzproduktion und Bergbau (Gold- und Silbergruben) folgen dem Werte nach. Ausfuhr 1919: Kaffee 6 268 000 Dollar; Holz 655 000 Dollar; Bananen 559 000 Dollar; Zucker 608 000 Dollar; Häute 417 000 Dollar; 95 Prozent der Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten. Einfuhr 1919: Baumwolle 2 229 000 Dollar; Chemikalien 448 000 Dollar; Weizen-

mehl 451 000 Dollar; Stahl und Eisen 490 000 Dollar; etwa 85 Prozent Einfuhr kommt aus den Vereinigten Staaten, 10 Prozent aus England.

Laut dem „Vertrag" zwischen Nicaragua und den Vereinigten Staaten haben die letzteren einen Kanalweg durch Nicaragua erworben, sowie zwei Flottenbasen, eine am Atlantischen (Corn-Insel), die andere am Pazifischen Ozean (Fonesca Bucht).

Kalender der wichtigsten Ereignisse 1919—1922.

1919

6. Februar	Generalstreik in Seattle, Washington.
19. März	Der Senat lehnt den Friedensvertrag von Versailles ab.
28. Mai	Präsident Wilson verwirft die Kongreßresolution über den Frieden mit Deutschland.
2. Juni	Der Senat lehnt amerikanisches Protektorat über Armenien ab.
5. Juni	Der Kongreß erläßt ein Schutzgesetz („Jones Bill") für die amerikanische Schiffahrt.
7. Juni	Kongreß der Amerikanischen Arbeitsföderation (A. F. of L.) für Völkerbund und Verstaatlichung der Eisenbahnen und gegen Anerkennung Sowjetrußlands.
Juni	Eisenbahner-„Brüderschaften" erheben Einspruch gegen Rückgabe der Bahnen in Privatbesitz und drohen mit Streik.
August	Streik der Munizipalpolizei in Boston, Massachusets.
August	Präsident Wilson erläßt einen Aufruf zum Waffenstillstand im Klassenkampfe auf 6 Monate.
1. September	Spaltung der Sozialistischen Partei. Gründung der „Kommunistischen Partei" und der „Kommunistischen Arbeiterpartei" in Chikago.
1. September	„Wilder Streik" auf den Eisenbahnen.
22. September	Streik von 300 000 Stahlarbeitern.
6. Oktober	Tagung der „Industriellen Konferenz", der Vertreter des Kapitals, der Arbeit und der „Gesellschaft", zusammengerufen vom Präsidenten Wilson, um „das Problem der industriellen Gärung zu lösen".
1. November	Streik von 500 000 Kohlengräbern in Weichkohlengruben.
22. November	Gründung der Arbeiter- und Farmer-Partei (Farmer-Labour-Party) in Chikago.
27. November	Note an Großbritannien verlangt gleiche Rechte für die Vereinigten Staaten bei Verteilung von Mandatgebieten in Mesopotamien und Persien.
10. Dezember	Die amerikanische Admiralität veröffentlicht ein Flottenprogramm, das für 1925 eine der englischen gleich starke Flotte voraussieht.
13. Dezember	Vertreter der amerikanischen Arbeitsföderation und der Eisenbahner-„Brüderschaften" halten eine Konferenz ab zwecks Abwendung der Offensive des Kapitals.

1920

4. Januar	5000 Kommunisten arretiert; Ausländer unter ihnen bis zur Deportation gefangen gehalten.
12. Februar	Nationale Farmer- und Arbeiter-Konferenz in Chikago.

24. Februar	Die Note Sowjetrußlands an die Vereinigten Staaten wird vom Staatsdepartement verheimlicht.
1. März	Rückgabe der Eisenbahnen an den Privatbesitz.
1. April	Die gesetzgebende Körperschaft des Staates New York schließt 5 sozialistische Mitglieder aus.
1. April	„Wilder" Streik auf den Eisenbahnen.
7. Juni	Kongreß der Amerikanischen Arbeitsföderation spricht sich für Gleichberechtigung der Neger in den Gewerkschaften und Verstaatlichung wichtiger Industrien (gegen Gompers) aus.
14. Juni	„Farmer-Labour-Party" stellt gemeinsam mit der „Liberal Party" ihre Kandidaten für die Novemberwahlen auf.
August	Staatssekretär Colby sendet eine Note an Italien in der russischen Frage.
2. November	Staat Californien nimmt ein Gesetz gegen japanischen Landbesitz an („Alien Land Law").
4. November	Harding (Republikaner) mit überwiegender Majorität zum Präsidenten gewählt.

1921

3. Januar	Das Oberste Gericht verneint das Recht der Arbeiter, nach dem Clayton-Gesetz (1914) den Boykott erklären zu können.
17. Januar	Der Senat (41 gegen 33) und Unterhaus (285 gegen 4) schränken die Armee auf 175 000 Mann ein.
17. Januar	Samuel Gompers wird auf dem Kongreß in Mexiko wieder zum Präsidenten der Pan-Amerikanischen Arbeiterföderation gewählt.
22. Januar	Sowjetvertreter L. C. Martens verläßt zwangsweise die Vereinigten Staaten (Ausweisung später widerrufen).
31. Januar	Präsident Wilson verweigert die Begnadigung von Debs.
1. Februar	70 russische Radikale nach Rußland ausgewiesen.
5. Februar	Kohlenarbeiter im Staate Kansas streiken gegen das „industrielle Gericht".
8. Februar	Präsident des New Yorker Baugewerbekartells, Brindell, wegen Erpressung verurteilt.
21. Februar	Staatssekretär Colby sendet eine Note an den Rat der Völkerliga über Amerikas Rechte bei Verteilung von Mandatsgebieten.
4. März	Harding übernimmt sein Amt als Präsident.
5. März	Die Vereinigten Staaten fordern Costa Rica und Panama auf, ihre Streitigkeiten einzustellen.
18. März	65 russische Radikale nach Rußland ausgewiesen.
25. März	Präsident Harding und Staatssekretär Hughes weisen den Antrag Rußlands (Note vom 22.) auf Handelsbeziehungen zurück.
30. März	Das Unterhaus von New York schließt ein sozialistisches Mitglied aus. (77 gegen 62.)
6. April	Die Vereinigten Staaten senden an die Mächte eine Protestnote wegen der Insel Yap.
13. April	Senator Borah schlägt im Senat eine Resolution über eine Internationale Konferenz zum Zweck der Entwaffnung vor.
15. April	Das Unterhaus nimmt das „Notfall-Zollgesetz" an. Angenommen im Senat am 11. Mai.
20. April	Der Vertrag mit Columbia vom Senat ratifiziert.

30. April	Der Senat nimmt eine Resolution über den Frieden mit Deutschland an.
1. Mai	Streik der Seeleute gegen 15 Prozent Lohnreduktion. Beendet am 23. Juni ohne Erfolg.
13. Mai	Streikende Kohlenarbeiter in West Virginia kämpfen mit der Polizei. 6 Mann getötet. Am 20. Mai das Kriegsrecht erklärt, Kämpfe dauern weiter. Am 28. August 5 Streikende von der Polizei getötet. 31. August beginnt ein bewaffneter Kampf gegen Polizei und Staatstruppen.
25. Mai	Der Senat nimmt eine Resolution über die Drei-Mächte-Konferenz zwecks Entwaffnung einstimmig an.
26. Mai	Kriegsgerichte werden im Verfahren wegen Anstiftung zum Aufstand oder Beschimpfung der Vereinigten Staaten in Haiti an Stelle der Zivilgerichte gesetzt.
31. Mai	Das „Eisenbahn-Arbeits-Amt" verordnet eine Lohnreduzierung von 12 Prozent für die Eisenbahner.
1. Juni	Rassenkämpfe in Tulsa (Oklahoma).
15. Juni	Staatssekretär Hughes beginnt Verhandlungen mit Japan wegen der Insel Yap.
25. Juni	Samuel Gompers zum Präsidenten der Amerikanischen Arbeitsföderation wiedergewählt. (Gompers 25 022 Stimmen; Lewis 12 324.)
2. Juli	Der Frieden mit den Zentralmächten vom Präsidenten unterzeichnet.
8. Juli	Howat und Dorchy, Funktionäre des Kohlenarbeiterverbandes, zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt wegen Uebertretung des „Industriellen Gesetzes" im Staate Kansas.
10. Juli	Präsident Harding ladet Großbritannien, Frankreich, Japan, und Italien zur Konferenz in Washington ein.
24. Juli	Hoover gibt an Rußland die Zusicherung, Hungerhilfe zu leisten, falls Rußland die amerikanischen Gefangenen befreit.
24. Juli	Die Jungferninseln protestieren gegen Besteuerung ohne Volksvertretung.
16. August	Das Arbeitsamt schätzt die Zahl der Arbeitslosen auf 5 735 000.
17. August	Präsident Harding unterzeichnet das Gesetz über die Kontrolle der Fleischindustrie.
19. August	Stahltrust reduziert die Löhne auf das Niveau von 1917.
21. August	Die Vereinigten Staaten fordern Panama zur Rückgabe des Coto-Gebietes an Costa Rica auf und senden Truppen nach Panama.
4. September	Kämpfende Streikende in West-Viginia ergeben sich den Bundestruppen und werden entwaffnet.
13. September	Die Eisenbahner stimmen für den Streik.
5. Oktober	Der Verbandstag der Kohlenarbeiter stimmt für die „Farmer- und Arbeiterpartei".
27. Oktober	Führer der Eisenbahner-Gewerkschaft widerrufen den für 1. November angeordneten Eisenbahnerstreik.
29. Oktober	Die „Non-Partisan League" in Nord-Dakota niedergestimmt.
12. November	Eröffnung der Washingtoner Konferenz.
14. November	Streik von 60 000 Damenschneidern in New York.

5. Dezember	Streik von Fleischtrustarbeitern in Chikago, Kansas-City, Omaha und anderen Städten.
24. Dezember	Gründung der „Workers Party“.

1922

3. Januar	Die Regierung der Vereinigten Staaten akzeptiert die Dementis von Frankreich und Japan betreffs des von der Delegation der Republik des Fernen Ostens veröffentlichten französisch-japanischen Geheimvertrages.
6. Januar	Die staatliche Seeschiffahrtsgesellschaft und die privaten Reeder reduzieren die Löhne der Mannschaft um 25 bis 35 Prozent.
8. Januar	Unabhängige radikale Gewerkschaften mit einer Mitgliedschaft von 150 000 gründen den „Generalrat der Vereinigten Arbeiterkörperschaften“ und schließen sich der R. G. I. an.
15. Januar	Streik von 60 000 Damenschneidern endet mit einem Sieg durch ein gerichtliches Einhaltsbefehl-Verfahren (injunction) gegen die Unternehmer.
16. Januar	Eine Delegation der Kohlenarbeiter in West-Virginien appelliert an den Präsidenten Harding gegen die von den Unternehmern veranstalteten Exmittierungen und stellt ihre Hungerlage dar.
17. Januar	Der Senat nimmt ein Gesetz über die Vertretung der Farmer im Direktorat der Federal Reserve Bank an.
22. Januar	Das Eisenbahn-Arbeitsamt erläßt „Arbeitsregeln“, die den gesetzlichen Achtstundentag für einen Teil der Eisenbahner abschaffen. Aehnliche Beschlüsse am 12., 13. und 24. Februar erstrecken sich auf den Rest der Eisenbahnarbeiter.
23. Januar	Die „Landwirtschaftliche Konferenz“ beginnt ihre Tagung in Washington, um über die kritische Lage der Farmer zu beraten.
1. Februar	Der Kohlenarbeiterverband ladet die 16 Eisenbahnergewerkschaften zu einer gemeinsamen Konferenz, um die Lohnabbaukampagne zu bekämpfen.
	Die Gewerkschaftszentrale in Philadelphia eröffnet eine Kooperative Bank.
2. Februar	Textilunternehmer in den Staaten Massachusets, Maine und New Hampshire reduzieren die Löhne von 50 000 Arbeitern um 20 Prozent und führen Verlängerung der Arbeitswoche auf 54 Stunden ein.
3. Februar	Das Unterhaus nimmt das Gesetz über die Fundierung der ausländischen Schulden an.
4. Februar	Nichtorganisierte Kohlengruben in West-Virginien reduzieren die Löhne um 30 Prozent.
5. Februar	Das Arbeitsamt stellt im Januar einen geringen Rückgang der Arbeitslosigkeit fest.
	Staatsmiliz beschießt und prügelt die streikenden Stahlarbeiter in Newport (Kentucky).
6. Februar	Vertagung der Washingtoner Abrüstungskonferenz.
	Konferenz der Textilarbeiter in den Staaten Neu-Englands erklärt sich für einen Streik.
7. Februar	Senator Lodge stellt den Antrag, Oesterreich eine 25jährige Frist zur Schuldenabzahlung zu gewähren. — Präsident Harding ordnet

	die Einstellung von Befestigungsarbeiten auf Guam, den Philippinen und anderen pazifischen Inseln an.
	Ein Anti-Streikgesetz wird im Unterhaus von New York vorgeschlagen.
	16 wichtigste Eisenbahnergewerkschaften rufen eine politische Arbeiterkonferenz zusammen.
8. Februar	Der Senat nimmt das Gesetz über die Farmerkooperativen an.
9. Februar	15 000 Arbeiter in den Flottenwerften werden infolge der Abrüstung entlassen.
10. Februar	Handels-Sekretär Hoover greift die progressiven und radikalen Organisationen an, welche Geld für das hungernde Rußland sammeln.
13. Februar	Streik der Textilarbeiter dehnt sich auf weitere 30 000 Arbeiter aus.
18. Februar	Der Verbandstag der Kohlenarbeiter in Indianopolis stimmt für einen Streik am 1. April, falls die Unternehmer die Lohnforderungen nicht berücksichtigen. Der Fraktionskampf zwischen dem Gewerkschaftspräsident Lewis und Alexander Howat endet mit einem Sieg von Lewis.
20. Februar	Eine Konferenz von mehreren Gewerkschaftsführern und Farmern sowohl wie progressiven politischen Organisationen in Chikago eröffnet, um ein gemeinsames Programm auszuarbeiten.
21. Februar	Präsident Harding lehnt die Forderung des Senats, in das Protokoll des Vier-Mächte-Vertrages Einsicht zu bekommen, ab.
22. Februar	Der Kohlenarbeiterverband und 15 Eisenbahnergewerkschaften schließen ein loses Bündnis.
25. Februar	Die Arbeiter der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft stimmen (5704 gegen 3549) dem Vorschlag der Gründung einer „Company Union" (vom Unternehmer gegründete Gewerkschaft) nieder.
1. März	Präsident Harding schlägt dem Kongreß eine Unterstützung der Handelsmarine in Höhe von 30 Millionen Dollar vor.
3. März	Das Unterhaus von New York gibt unter dem Druck der Arbeiterproteste die Antistreik-Bill auf.
5. März	Eine kommunistische Organisation „United Toilers of America" in New York gegründet.
8. März	Streik von 17 000 Seidenwebern in Paterson (New Jersey).
9. März	Die Vereinigten Staaten lehnen die Beteiligung an der Konferenz in Genua ab.
21. März	Präsident Harding ordnet an, daß die 4000 Mann zählenden amerikanischen Besatzungstruppen bis 1. Juli aus Deutschland zurückgezogen werden.
23. März	Das Schatzamt verkündet ein Defizit von 200 Millionen Dollar an laufenden Einkommen- und Profitsteuern.
24. März	Das Vier-Mächte-Abkommen vom Senat mit Vorbehalt ratifiziert.
27. März	Der Vize-Präsident des Marine-Transportarbeiterverbandes erklärt, der Verband werde Schritte unternehmen, um die Einfuhr von britischer Kohle nach den Vereinigten Staaten, mit welcher der Streik abgewürgt werden soll, zu verhindern.
	Weitere 7500 Textilarbeiter treten in Lawrence (Massachusets) in den Ausstand.
1. April	Streik von 600 000 Kohlenarbeitern.

2. April	Protestversammlung in Haiti gegen amerikanische Okkupation. Mehrere Führer verhaftet.
4. April	Die Sozialistische Partei wählt einen Richter und Polizeichef in Milwaukee (Wisconsin).
	Der Ausschuß für Arbeitsangelegenheiten des Unterhauses fordert die Grubenbesitzer zu einer gemeinsamen Konferenz auf. Die Letzteren lehnen am 5. die Einladung ab.
5. April	30 Streikende bei einer Demonstration in einer Ortschaft Pennsylvaniens infolge des Angriffs der Staatspolizei auf ihren Zug verwundet.
6. April	General Semjonow in New York verhaftet.
11. April	Gompers greift auf einer Versammlung von 500 Chikagoer Gewerkschaftsbeamten die Resolution der Chikagoer Gewerkschaftszentrale über Amalgamierung der Branchenorganisationen zu Industrieverbänden an.
	Zwei Mitglieder der I. W. W. in Sacramento, Kalifornien, auf Grund des Gesetzes über „Kriminellen Syndikalismus" verurteilt.
13. April	Die Herrenschneidergewerkschaft „Amalgamated Clothing Workers" sendet 15 000 Dollar nach Rußland zur Ausstattung eines Krankenhauses in Moskau.
18. April	Der Staatsanwalt von San Franzisko verlangt die Begnadigung von Mooney und Billing, da sie auf Grund von falschen Zeugenaussagen verurteilt wurden.
19. April	Gerichtlicher Einhaltsbefehl gegen die Organisierung der nichtorganisierten Kohlenarbeiter in Pennsylvanien erlassen.
24. April	Hochverratsprozeß gegen 500 Kohlenarbeiter wegen des Aufmarsches gegen die Truppen im Jahre 1921 beginnt in Charlestown (West-Virginien).
24. April	Zwei Frauen wegen Verteilung kommunistischer Zirkulare verurteilt.
26. April	Eine Anzahl hervorragender Rechtsanwälte erhebt Protest gegen die Behandlung von Haiti.
29. April	Kongreß der Sozialistischen Partei beschließt den Anschluß an die Zweieinhalb-Internationale.
	Staatssekretär Hughes erklärt, die Regierung halte an ihrer Politik Haiti gegenüber fest.
	Textilunternehmer exmittieren die Streikenden aus den Häusern.
	Präsident Harding lehnt es ab, eine Delegation von Kindern mit dem Gesuch um politische Amnestie zu empfangen.
30. April	Gompers greift den Gewerkschaftsführer Foster wegen der Tätigkeit der „Trade Union Educational League" an.

I.

Die Zweieinhalb-Internationale seit der Berliner Konferenz.[1]

Bereits einige Wochen nach der Tagung der Berliner Konferenz, auf der sich die Internationale Zweieinhalb noch als selbständiger politischer Faktor, als Bindeglied zwischen den „Extremen" von links und rechts geltend zu machen suchte, fand in Brüssel (18. Mai) eine Konferenz statt, an der Vertreter der Englischen Arbeiterpartei, der Belgischen Arbeiterpartei (Zweite Internationale) und der Französischen Sozialistischen Partei (Internationale Zweieinhalb) teilnahmen. Es wurden Fragen der internationalen Politik erörtert und u. a. ein Beschluß gefaßt, daß die englische und belgische Partei bei der Zweiten Internationale, die französische Partei bei der Internationale Zweieinhalb veranlassen sollen, während der Haager Konferenz eine Zusammenkunft ins Werk zu setzen und zwar — nach Angaben der reformistischen Presse — mit Ausschluß der Kommunisten.

Bei der Tagung der Neunerkommission versuchten die Vertreter der Internationale Zweieinhalb zum letzten Mal den Eiertanz aufzuführen und die Rolle der Vermittler zu spielen, als sich dies aber als erfolglos und die Gegensätze als unüberbrückbar erwiesen, machten sie recht unzweideutig gemeinsam mit der Zweiten Internationale gegen die K. I. Front. Seitdem sehen wir ein unaufhaltsames Hinabgleiten der Internationale Zweieinhalb sowohl im ganzen als auch ihrer nationalen Sektionen (Deutschland) zur Zweiten Internationale.

Am 15. Juni tagte das Büro der I. A. S. P. in Frankfurt. Es billigte die Haltung seiner Delegierten bei den Verhandlungen der Neunerkommission, griff in einer Resolution betr. den Sozialrevolutionären-Prozeß die Sowjetregierung und die K. I. heftig an und erklärte, daß im Falle eines Todesurteils gegen die Sozialrevolutionäre „die Möglichkeit jeder Vereinbarung mit Parteien, die der Kommunistischen Internationale angehören, schwindet".

[1]) Siehe Seite 43.

Am 19.—20. Juli fand in Amsterdam die erste gemeinsame Konferenz des I. G. B., der Zweiten Internationale und der I. A. S. P. statt, um über Maßnahmen zum Schutze der deutschen Republik zu beraten. Es wurde ein gemeinsamer Aufruf erlassen mit den Losungen: für die deutsche Republik, für den Frieden der Welt, für den Wiederaufbau und mit der Aufforderung für diese Losungen zwar keinen Kampf einzuleiten — dieser könnte ja sowohl auf den Frieden als auch auf den Wiederaufbau störend einwirken — aber „eine unermüdliche, unausgesetzte Propaganda zu entfalten". Außerdem gelangte eine Protestresolution zum Prozeß gegen die Sozialrevolutionäre zur Annahme. Zugleich wurde vereinbart, für Oktober d. Js. eine gemeinsame Konferenz aller sozialistischen und Arbeiterorganisationen, die auf dem Boden von Wien, London und Amsterdam stehen, einzuberufen. Es wurde ferner eine Studienkommission für die Untersuchung der Lage in Deutschland, zwecks Beschlußfassung über die an den Friedensverträgen notwendigen Abänderungen, eingesetzt. Die Mitglieder dieser Kommission haben am 7. August eine Vereinbarung getroffen, für Oktober d. Js. eine Konferenz der drei Exekutiven nach Paris einzuberufen. Auf den kurz darauf folgenden Tagungen der E. K. der Zweiten und Zweieinhalb-Internationale wurde die Frage der Vereinigung bereits offen erwogen.

Die Vorstandsitzung der Zweiten Internationale fand am 12. August in Prag statt. Sie beschloß, die für Oktober eingesetzte Konferenz der Zweiten Internationale zu vertagen und in nächster Zeit „einen gemeinsamen Kongreß einzuberufen". Dagegen sollte mit der K. I. „in keiner Weise" verhandelt werden.

Das Exekutivkomitee der Internationale Zweieinhalb hielt seine Sitzung in Prag am 2.—3. September ab. Die hier angenommenen Resolutionen bedeuten, obgleich sie formell das Prestige der Zweieinhalb zu wahren suchen, tatsächlich ihre bedingungslose Kapitulation. Die Resolution betr. der bevorstehenden Vereinigung der sozialdemokratischen Parteien in Deutschland fordert, daß „die Genossen der U. S. P. sich in ihren Verhandlungen auf den Boden der vollen Gleichberechtigung der sich verschmelzenden Parteien gegenüber den internationalen Verbänden stellen, daß ihre Anhänger auch weiterhin für die Prinzipien, die auf der Wiener internationalen Konferenz im Februar 1921 aufgestellt wurden, wirken können und daß in internationaler Beziehung den Mitgliedern der I. A. S. P. kein Opfer auferlegt wird, das nicht gleichermaßen die Mitglieder der anderen

Parteien bringen", nimmt jedoch Abstand davon, der Gegenseite konkrete politische Bedingungen zu stellen. Die zweite Resolution weist auf die Notwendigkeit der Zusammenfassung aller proletarischen Organisationen hin und auf die von der I. A. S. P. in dieser Richtung unternommenen Versuche. Da nun die K. I. durch das Sozialrevolutionären-Urteil „jede wirkliche Zusammenarbeit mit den kommunistischen Parteien unmöglich gemacht" und „heute Verhandlungen mit Moskau selbst oder mit Moskau angeschlossenen Parteien vollständig aussichtslos sind", muß sich der Zusammenschluß ohne Moskau vollziehen. Die nächsten Etappen hierzu sind: internationaler Arbeiterweltkongreß, Schaffung eines gemeinsamen Aktionskomitees „bis die Vorbedingungen gegeben sind, die selbständigen internationalen Verbände zu einer gemeinsamen Internationale zu verbinden". Diese Vorbedingungen scheinen jedoch lediglich organisatorischer, technischer Art zu sein. Politisch sind sie bereits gegeben: die Internationale Zweieinhalb ist tot.

II.

Der Gang der Reparationsverhandlungen seit der Pariser Bankierkonferenz.[1]

Am 31. Mai 1922 hatte die Reparationskommission das Moratorium vom 22. 3. 1922 bestätigt, das die deutschen Leistungen von 720 Millionen Goldmark in bar und 1450 Millionen Goldmark in Sachleistungen festgesetzt hatte. Davon sollten am 15. April, nachdem Deutschland bis Ende März in je 10-Tage-Raten zu je 31 Millionen Goldmark knapp 282 Millionen Goldmark abgeliefert hatte, noch 18 Millionen Goldmark gezahlt werden und dann jeden 15. der folgenden Monate bis Oktober je 50 Millionen Goldmark, am 15. November und 15. Dezember je 60 Millionen Goldmark. Mitte Juni erhielt die deutsche Regierung eine Note der Reparationskommission, in der diese im Anschluß an ihre Note vom 31. Mai darauf hinwies, daß sie bezüglich folgender drei Punkte das Ergebnis der Verhandlungen des Garantiekomitees mit der deutschen Regierung abwarten wolle:

---

[1]) Siehe Seite 181.

1. Kontrolle der Einnahmen und Ausgaben des Reiches;
2. mißbräuchliche Kapitalausfuhr;
3. Statistik.

Betreffs anderer, noch in der Schwebe befindlicher Punkte hieß es unter „Zwangsanleihe", daß die Kommission erwarte, daß alle Dispositionen getroffen werden, um bis zum 1. Januar 1923 zu diesem Zwecke mindestens 40 Milliarden Einnahmen zu erzielen. Ferner forderte die Reparationskommission eine völlige Autonomie der Reichsbank. Die Rechte der deutschen Regierung sollen sich bei der Ernennung des Präsidenten und des Aufsichtsrates der Reichsbank nach der neuesten Regelung nur auf eine Kontrolle beschränken, die in Form eines einfachen Einspruchsrechtes ausgeübt wird, wobei den Aktionären und ihren Vertretern volle Freiheit bei der Wahl gelassen wird. Es müßte ein dementsprechendes Gesetz von der deutschen Regierung angenommen werden. (Diese Forderung nach der Reichsbank-Autonomie wurde restlos erfüllt.) Zugleich müßte die deutsche Regierung die Wiederherstellung einer vernünftigen Limitierung des Emissionsrechtes vorbereiten.

Anfang Juli stand die deutsche Regierung vor neuen Zahlungsschwierigkeiten, die zeitlich und nur zufällig mit innerpolitischen Konflikten nach dem Rathenau-Mord zusammenfielen. Die deutsche Regierung bat um ein Moratorium, welches aber die Reparationskommission vorläufig ablehnte. Zu den am 15. Juli fälligen Zahlungen bestimmte die Kommission, daß die Höhe dieser Zahlungen unter Berücksichtigung gewisser Deutschland gutgeschriebenen Kredite sich auf etwas mehr als 32 Millionen Goldmark beziffern solle, die unbedingt am 15. Juli gezahlt werden müßten. Vorher hatten bereits in Paris inoffizielle Verhandlungen der Vertreter der deutschen Regierung wegen eines Moratoriums begonnen. Am 14. Juli hatte die deutsche Regierung eine Note in London, Paris, Rom und Brüssel übergeben (den Botschaftern der Vereinigten Staaten und Japan in Berlin wurde eine Abschrift überreicht), in der sie um ein Moratorium für die bis 1924 fälligen Reparationszahlungen bat und für die Zeit bis Ende des Jahres 1924 beantragte, daß die monatlichen Cearing-Raten (Ausgleichsverfahren) in Höhe von 2 Millionen Pfund Sterling auf ½ Million Pfund Sterling herabgesetzt werden.

Der Garantieausschuß, der sich Mitte Juni nach Berlin begeben hatte, hatte sich unterdessen mit den zuständigen deutschen Behörden wegen der Organisation der Kontrolle über die Einnahmen und Ausgaben, die schwebenden Schulden, ferner wegen der Vorkehrungen

gegen die Kapitalflucht und der Frage hinsichtlich der periodischen Veröffentlichung von Statistiken in Verbindung gesetzt. Das Ergebnis war ein Moratorium an die Reparationskommission, in das der deutsche Finanzminister Einblick erhielt und zu dessen Bestimmungen er sein Einverständnis erklärte. Die Denkschrift des Garantiekomitees forderte die Einstellung zweier Kontrolleure beim Reichsfinanzministerium, den Zwang zu ständiger Berichterstattung, einen beweglichen Kontrolldienst, verschiedene Maßnahmen zur Unterdrückung der Kapitalflucht und schließlich tägliche, zehntägige, monatliche, vierteljährliche Uebersichten über die deutsche Wirtschafts- und Finanzlage.

In einer Note an den Garantieausschuß erklärte sich der deutsche Reichskanzler bereit, diese vom Garantieausschuß vorgesehenen Maßnahmen für die Dauer des Moratoriums auszuführen, doch sollten diese Maßnahmen die Souveränität des Reiches, die Aufrechterhaltung des ungestörten Ganges der Verwaltung und den Schutz des Steuer- und Geschäftsgeheimnisses in keiner Weise verletzen.

Unterdes hatte die Reparationskommission das Kohlenlieferungsprogramm für August und September um 10 Prozent statt um 60 Prozent, wie es die deutsche Regierung gefordert hatte, herabgesetzt. Auf das deutsche Moratoriumsgesuch vom 14. Juli erhielt die deutsche Regierung zunächst eine Antwort von England, in der dieses erklärte, daß es bereit sei, die in der Note aufgeworfene Frage mit den anderen alliierten Mächten der deutschen Regierung eine Antwort zu erteilen. Poincaré dagegen lehnte in einer Note vom 26. Juli 1922 schroff ab, stellte eine zehntägige Frist bis zum 5. August, in welcher die deutsche Regierung die Versicherung abgeben sollte, daß sie am 15. August 2 Millionen Pfund für das Ausgleichsverfahren bezahlen werde, und drohte mit „progressiven Maßnahmen" (Retorsionen) für den Fall, daß die deutsche Regierung die Ausgleichsrate bis zum genannten Datum nicht hinterlegt hätte.

Dieser Schritt Poincaré's war ein Gegenzug gegen Lloyd George, mit dem er nach dem 5., aber vor dem 15. August in London zu einer Konferenz zusammentreten sollte, um auf diese Weise Lloyd George, der für die Erledigung des deutschen Gesuches in einem Deutschland günstigerem Sinne eintrat, vor ein fait accompli zu stellen. In zwei Noten protestierte Deutschland gegen die französische Drohung, indem es seinen Standpunkt dahin auslegte, daß die Moratoriumsbewilligung in gleicher Weise für die Reparationszahlungen und für die Zahlungen im Ausgleichsverfahren gelten müsse, da beide Verpflichtungen Ursache der Zerrüttung der deutschen

Finanzen seien. Die Antwort der französischen Regierung war die Durchführung der angedrohten Zwangsmaßnahmen am 5. August. Die Ausgleichsämter von Paris und Straßburg hatten bis auf weiteres jede Anerkennung deutscher Forderungen aufzuschieben, die aus dem Erlös der Liquidation der deutschen Güter in Frankreich gewährten Entschädigungen an die deutsche Regierung nicht weiter auszuzahlen und verschiedene andere Maßnahmen gegen die deutschen Privateigentümer (u. a. auch Ausweisung Deutscher aus Elsaß-Lothringen), die praktisch eine Sistierung ihrer Privateigentumsrechte in Frankreich bedeuteten, durchzuführen.

Vom 7.—14. August tagte die Londoner Konferenz. Ihr war die Balfour-Note vorangegangen, in der die englische Regierung ihren Standpunkt in der Frage des Schuldenausgleiches dahin festgelegt hatte, daß England seine Schuldner zur Zahlung ihrer Verpflichtungen in der Höhe anhalten werde, in der England von seinem Gläubiger — den Vereinigten Staaten — zur Begleichung seiner Schuld angehalten würde. Das bedeutete praktisch für Frankreich, daß England an eine Aufgabe seiner Forderungen an Frankreich nicht denke, wodurch Poincaré, der der Londoner Konferenz einen bestimmten Reparationsplan im Zusammenhang mit dem allgemeinen Schuldenausgleich vorlegen wollte, augenblicklich in eine intransigente Stellung zu England gedrängt wurde, so daß die Konferenz von vornherein zum Scheitern verurteilt war. Während England geneigt war, Deutschland ein weitgehendes Moratorium zu gewähren und sich im Prinzip nur mit einer scharfen Kontrolle Deutschlands begnügen wollte, stellte Poincaré die Forderung nach „produktiven Pfändern" auf, deren Folge vor allem die Lostrennung des Ruhrgebietes von Deutschland durch eine dazwischen geschobene Zollgrenze gewesen wäre. Ausdrücklich behielt sich Poincaré auch die Möglichkeit selbständiger Schritte gegen Deutschland vor. Infolge der unüberbrückbaren Gegensätze mußte die Londoner Konferenz scheitern. Das einzige Ergebnis der Konferenz blieb der gemeinsame Beschluß der Alliierten, daß die deutschen Zahlungen im Ausgleichsverfahren, die am 15. August fällig waren, innerhalb von vier Wochen zu zahlen seien und daß das entsprechende Abkommen vom Juli 1921 gekündigt wurde. (Deutschland lieferte bekanntlich nur ½ Millionen Pfund statt der fälligen 2 Millionen Pfund ab und beantragte für den Rest Erlaß.) Das Schicksal der Reparationszahlungen überwies man der Reparationskommission, die diese Angelegenheit zunächst „in Schwebe" ließ, so daß die am 15. August fälligen 50 Millionen Goldmark

Reparationszahlungen tatsächlich gestundet wurden. Frankreichs Retorsionen im Ausgleichsverfahren und die Ausweisung Deutscher aus Elsaß-Lothringen im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen, sowie die Beschlagnahme ihres Eigentums wurden dann völlig oder fast restlos zurückgenommen.

Diese rein finanziellen und wirtschaftlichen Verhandlungen zwischen den verschiedenen Parteien wurden durch eine Kriegsbeschuldigten-Note der Botschafterkonferenz an die deutsche Regierung, die Poincaré gezeichnet hatte, unterbrochen. In dieser Note beschwerten sich die alliierten Regierungen über das Vorgehen des Leipziger Gerichtshofes in der Angelegenheit der Kriegsbeschuldigten und erklärten schließlich, daß die deutsche Regierung ihre Zusage, sachliche und loyale Justiz zu üben, nicht gehalten habe. Sie behielten sich vor, nötigenfalls im Abwesentheitsverfahren die Kriegsbeschuldigten zu verfolgen.

In dieser Zeit griff die deutsche Industrie in die Reparationsverhandlungen ein; Stinnes erschien beim Reichskanzler, Industrie und Gewerkschaften sollten die Garantien für die Kohlen- und Holzlieferungen der deutschen Regierung an Frankreich werden.

In Paris ließ in diesem Zusammenhang die deutsche Regierung den deutschen Bevollmächtigten Schröder folgende Vorschläge machen: „Deutschland verpflichtet sich zur Lieferung bestimmter Kohlen- und Holzmengen. In einer Stadt des besetzten Gebietes sollen 50 Millionen Goldmark aus der Reichsbank als Garantie für die Durchführung der Kohlen- und Holzlieferungen hinterlegt werden. Jede Verfehlung Deutschlands würde zu einer Geldabhebung dieser Summe, die immer auf der Höhe von 50 Millionen Goldmark erhalten werden sollte, führen. Die Kohlen- und Holzindustriellen sollten privatrechtlich für die übernommenen Verpflichtungen haften." Dieser Vorschlag der deutschen Regierung fand offiziell keine besondere Beachtung.

Dagegen wurde am 14. August das Stinnes-Lubersac-Abkommen abgeschlossen (am 5. September veröffentlicht), das die praktische Abwicklung der Reparationen auf eine neue, bereits im Bemelmann-Abkommen vorausgesehene Basis stellt. In Deutschland ist auf diese Weise die Durchführung der Reparationen aus den Händen der Regierung in die der Schwerindustrie gekommen. Das Abkommen selbst hat gegenüber den Rathenau'schen Abmachungen solche Vorteile wie Kohlenzuwendungen für die Materialleistungen aus den Reparationskohlen.

In einer Sitzung vom 31. August beschäftigte sich die Reparationskommission mit dem deutschen Stundungsgesuch, das mit 2 (England und Italien) gegen 2 (Frankreich und Belgien) Stimmen abgelehnt wurde; ebenso wurde der Antrag Bradbury auf Bewilligung des Moratoriums und Einführung einer strengen Finanzkontrolle mit 3 gegen 1 Stimme (Frankreich) abgelehnt. (Zu seiner Annahme war Stimmenmehrheit erforderlich.) Man einigte sich einstimmig auf den belgischen Kompromißantrag, wonach die nächsten deutschen Zahlungstermine (Deutschland hatte an diesen Terminen an Belgien zu zahlen) bis Ende des Jahres 1922 (6 Monate) durch Schatzwechsel gedeckt werden sollten. In der Einleitung des Berichtes über diese Entscheidung wurde ausdrücklich festgestellt, daß das deutsche Reich jeden inneren und äußeren Kredit verloren habe und daß die Beschlußfassung über die eingereichten Gesuche des Reiches bis zu dem Zeitpunkt verschoben werden sollte, wo das Reich den Entwurf einer durchgreifenden Reform der öffentlichen Finanzen Deutschlands fertiggestellt habe. Ueber die Garantien der in Gold zahlbaren deutschen Schatzbons sollte sich die deutsche Regierung mit der belgischen Regierung direkt ins Einvernehmen setzen. Sollte ein entsprechendes Einvernehmen nicht zustande kommen, so sollte diese in einem Golddepot in einer ausländischen, Belgien genehmen Bank sichergestellt werden.

Diese nur formelle Ablehnung des Moratoriums brachte Deutschland praktisch eine „Atempause" auf vorläufig sechs Monate. Da aber die Zahlungsunfähigkeit des deutschen Reiches auch nach Ablauf dieser sechs Monate feststand, war eine Regelung der Verpflichtungen Deutschlands an Belgien derart, daß diese „Atempause" sich auch über die sechs Monate hinaus erstreckte und Gegenstand neuer Verhandlungen. Belgien verlangte anfangs ein Golddepot von 100 Millionen Goldmark im Auslande, wogegen Deutschland sich aus erklärlichen Gründen sträubte. Daher begab sich der deutsche Reichsbankpräsident Havenstein nach London, um mit der Bank von England zu verhandeln. Der Abschluß der Verhandlungen hatte folgenden Erfolg: Das Reich hat sich gegenüber der Reichsbank verpflichtet, dieser während 18 Monaten (vom 15. August 1922 bis 15. Februar 1924) monatlich 15 Millionen Goldmark zur Deckung der Reparationsschuld zur Verfügung zu stellen. Die 270 Millionen Goldmark, die Deutschland Belgien zu zahlen hat, sollen folgendermaßen eingelöst werden: die ersten beiden Raten am 15. Januar und 15. Februar 1923 kann die Reichsbank auf Grund der von der Bank von England

garantierten oder gelieferten 100 Millionen Goldmark bezahlen, für die neben der Unterschrift der Reichsbank das englische Depot der Reichsbank von 50 Millionen Goldmark als Sicherheit gilt. Die weiteren Raten von 50 und zweimal 60 Millionen Goldmark kann die Reichsbank bis 15. Juni 1923 auf Grund der bis dahin durch die Zahlungen des Reiches angesammelten 11 - Monate - Raten von je 15 Millionen Goldmark bis auf einen kleinen Rest von 5 Millionen Goldmark einlösen. Alle weiteren vom Reich an die Reichsbank erfolgenden Goldzahlungen der nächsten acht Monate dienen dann der Reichsbank dazu, der Bank von England die geschuldeten 100 Millionen Goldmark wieder zurückzuzahlen.

Trotz dieser Regelung steht fest, daß die Entscheidung vom 31. August (das „Pariser Kompromiß") provisorisch ist, daß das deutsche Stundungsgesuch vom 12. Mai noch immer nicht endgültig beantwortet ist, daß der Londoner Zahlungsplan „theoretisch" seine Geltung noch immer nicht verloren hat.

III.

Vereinigung der U. S. P. und S. P. D.[1]

Bereits im Frühjahr d. Js. leitete die Rechte der U. S. P. mit Breitscheid, Hilferding und insbesondere Kautsky an der Spitze eine Kampagne für die Vereinigung mit der S. P. D. ein. Indem aber dieses Bestreben bei der S. P. D., die in der Vereinigung eine Möglichkeit für die Ausdehnung ihrer politischen Basis sah, im allgemeinen (mit Ausnahme eines kleinen rechten Flügels) Anerkennung fand, traf es seitens der überwiegenden Mehrheit der U. S. P. auf entschiedenen Widerstand. In erster Linie wurde dabei die Verschiedenheit der Haltung der beiden Parteien in bezug auf die Regierungskoalition als ein unüberwindliches Hindernis für die Vereinigung hervorgehoben.

Mit der Ermordung Rathenaus und der darauf folgenden Zuspitzung der politischen Lage ist in dem Stand der Dinge eine plötzliche Wendung eingetreten. Die U. S. P. sah sich unentrinnbar vor die entscheidende Wahl gestellt, der sie bisher auszuweichen suchte: revolutionärer Klassenkampf oder Arbeitsgemeinschaft mit der Bour-

[1] Siehe die Arbeiterbewegung in Deutschland.

geoisie? Die Partei, der die revolutionäre Phrase seit langem nichts mehr als eine Bemäntelung ihrer opportunistischen Praxis war, entschied sich für das letztere. Auf eine diesbezügliche Anfrage der S. P. D. erklärte sie sich bereit, an einer Koalitionsregierung teilzunehmen. Damit hatte die U. S. P. als selbständiger politischer Faktor ausgespielt, die letzte Schranke, die sie von der S. P. D. trennte, war gefallen. Die Vereinigung war nur mehr eine Frage der Zeit und zwar einer recht kurzen.

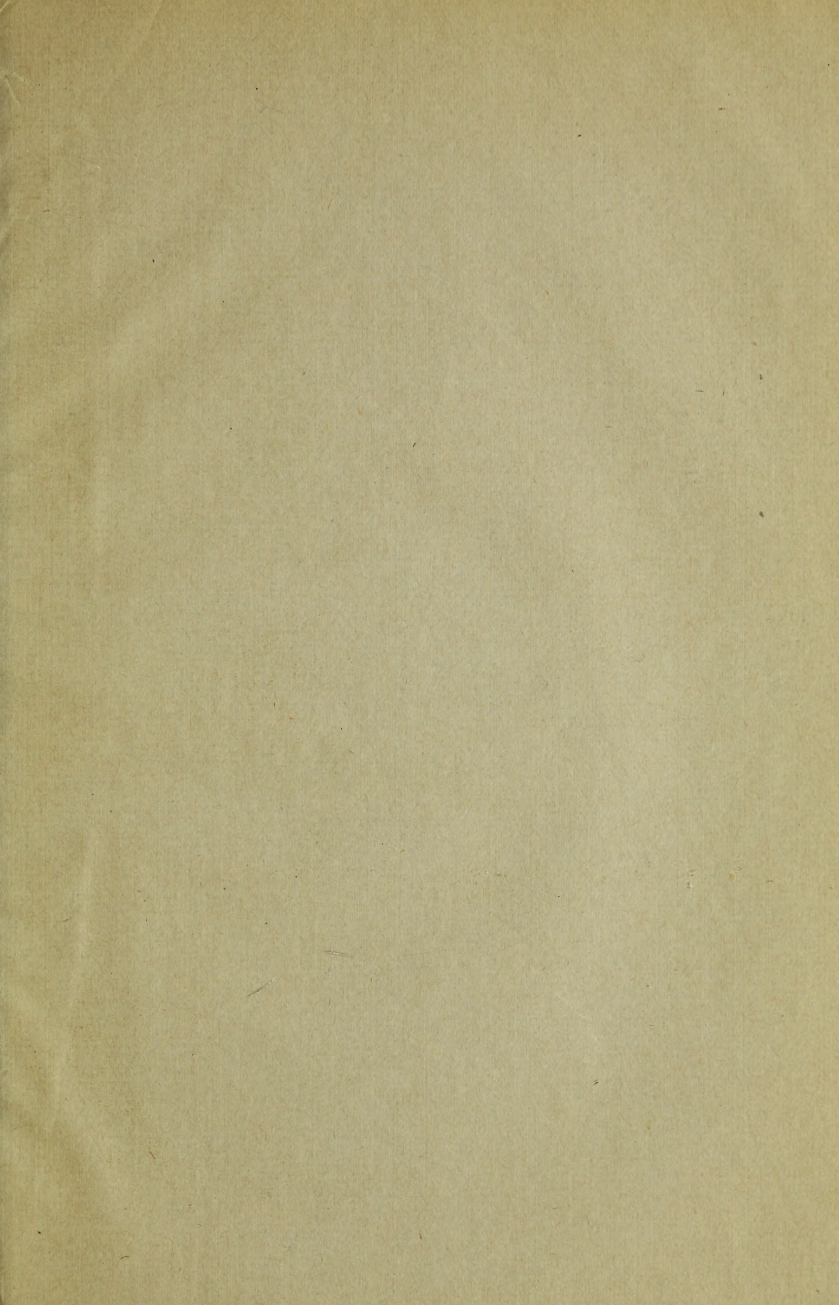
Am 14. Juli wurde eine Arbeitsgemeinschaft der sozialdemokratischen Reichstagsfraktionen geschlossen; Bayern und Braunschweig folgten bald dem Beispiel. Ende August wurden von Vertretern beider Parteien offizielle Vereinigungsverhandlungen eingeleitet und (am 4. September) ein gemeinsames Aktionsprogramm ausgearbeitet, das den Parteitagen beider Parteien zur Beschlußfassung unterbreitet werden sollte. Das Programm erwähnt zwar, im Unterschied zum Görlitzer, die Notwendigkeit des Klassenkampfes, statt aber den Weg für denselben vorzuzeichnen, besteht es einem losen Nebeneinander einer Anzahl recht bescheidener und unklar formulierter „frommer Wünsche". Es enthält weder die Losung der Diktatur des Proletariats, noch eine Ablehnung der Koalitionspolitik, dagegen ein Bekenntnis zur demokratischen Republik, die „dem Sozialismus den weitesten Spielraum, die sicherste Grundlage und den Ausgangspunkt bietet" und erklärt den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete für eine „moralische Pflicht Deutschlands".

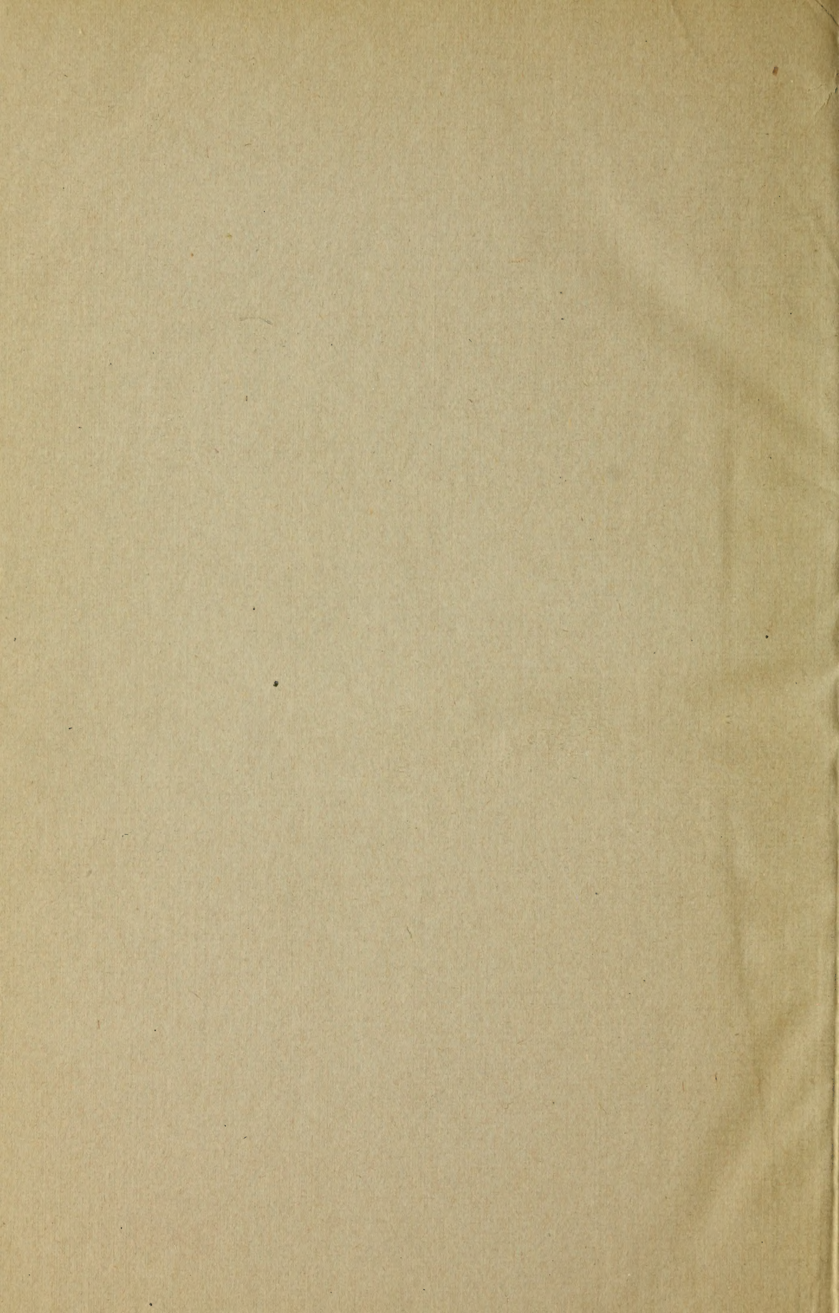
Das Aktionsprogramm und der Vereinigungsbeschluß gelangten auf dem Augsburger Parteitag der S. P. D. (18.—22. September) einstimmig, auf dem Geraer Parteitag der U. S. P. (20.—23. September) mit überwältigender Mehrheit zur Annahme. Nur ein kleiner linker Flügel der U. S. P. unter Ledebour widersetzte sich diesem Beschluß. Diese Gruppe erklärte, die U. S. P. aufrechterhalten zu wollen, löste sich von der Partei los und bildete eine neue provisorische Parteileitung.

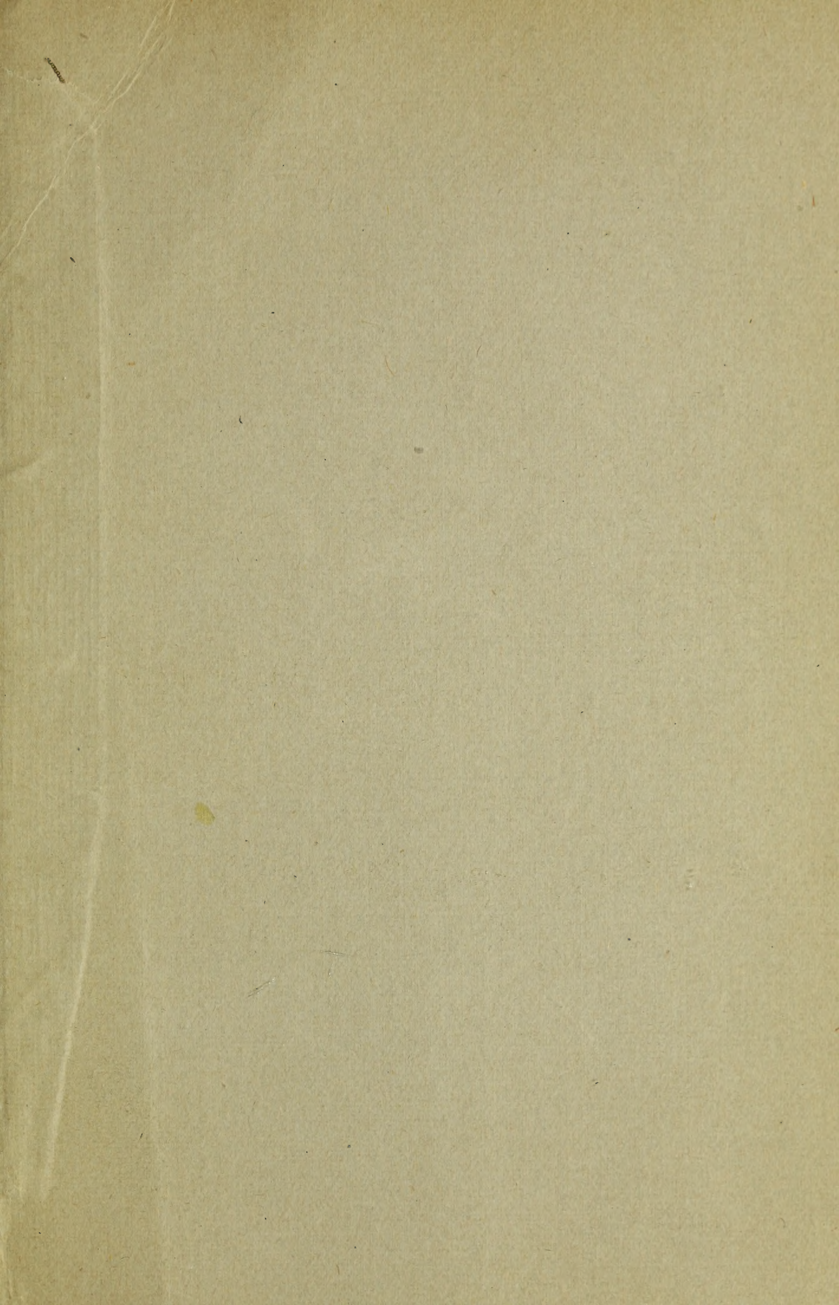
Auf dem gemeinsamen Parteitag zu Nürnberg (24. 9.) vollzog sich offiziell die Vereinigung der beiden Parteien zur „Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands". Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die neue Partei in jeder Beziehung den Weg der alten S. P. D. weitergehen wird.

Sachregister.

Erratum: In der Tabelle auf der Seite 227 muß es statt „Vereinigte Staaten mit Japan" „V e r e i n i g t e S t a a t e n" heißen.








UNIVERSITY OF ILLINOIS-URBANA
3 0112 047801979